

## RROP Entwurf 2015 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie

### Zusammenfassung der Anregungen und Bedenken privater Einwender

#### Themen

A: Allgemein SO: Standort mit Nr. der Detailkarte  
 B: Beschreibende Darstellung U: Umweltbericht  
 E: Erläuterung Z: Zeichnerische Darstellung allgemein

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P001a	P001a.01	Z	In Abstimmung mit allen! 61 betroffenen Grundstückeigentümern, darf ich Ihnen mit diesem Schreiben auch deren Unterschriftenliste überreichen. Ausnahmslos haben sich die Eigentümer in den drei bisher stattgefundenen Eigentümerversammlungen FÜR die Ausweisung eines Windeignungsgebietes in Hackemühlen (024 u. 134) ausgesprochen. Wir alle bitten Sie also nunmehr um eine positive Ausweisung dieser Fläche.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P001a	P001a.02	Z	Der gute Winderlass wird Ihnen und uns dabei schon eine große Hilfe sein und hoffentlich dafür sorgen, dass der Landkreis Cuxhaven erstmalig nach bisher 4 gescheiterten Regionalplänen 1999/2002/2007/2012 einen rechtskräftigen RROP mit substantiell Raum bei korrektem Abwägungsergebnis aufgestellt bekommt.	Der Entwurf des Windenergieerlasses muss nicht beachtet werden. Ein Entwurf kann eine Verwaltung nicht binden.	Nicht zu berücksichtigen.
P001a	P001a.03	Z	Bitte werten Sie die Eingabe und dies Schreiben bereits, auch ab Veröffentlichung des Entwurf, als aktive Beteiligung. Gleichwohl wir uns natürlich auch im Öffentlichkeitsverfahren beteiligen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P001b	P001b.01	A	mit sehr großem Bedauern habe ich den „handwerklich schlechtest gemachten RROP“ meiner 15 Jahre Windenergie gesehen. Leider ! - welche Chance haben Sie wieder damit vertan und warum muss auch dieser RROP - immerhin dann der 5'te in Folge beim Landkreis Cuxhaven! - wieder alsbald möglich, gerichtlich für unwirksam erklärt werden?	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P001b	P001b.02	E 01	1.) Wie auch immer, bereits gegen den RROP 2005 habe ich geklagt und in 2007 bereits erstinstanzlich vor dem VG Stade gewonnen, dass es außer der Einstufung „Landschaftsschutzgebiet“ keine einzige zulässige, denn dann subjektive Einstufung, der wie Sie schreiben „Wertstufe 4 (=Landschaftsbild mit hoher Bedeutung)« gibt oder gar in irgendeiner Konstruktion zulässig wäre!	Die Bewertung des Landschaftsbildes wurde in der Tabelle in der Begründung nur als Information beigelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.03	E 01	So ist auch diese Potentialfläche kein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet und somit „nur“ genauso schön, wie der ganze Rest unseres schönen Landkreises! Ihr, im Übrigen auch nicht weiter beschriebenes, weiches Kriterium „Wertstufe 4“ kann also an dieser Stelle nicht zu einem Ausschluss führen, bzw. wird gerichtlich nicht standhalten.	Siehe Stellungnahme P001b.02. Es ist keine Potentialfläche nur aufgrund des Landschaftsbildes entfallen.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.04	E 01	2.) Zur Avifauna sind Nahrungshabitate und Brutgebiete von regionaler/landesweiter Bedeutung wahrlich keine Ausscheidungsgründe sondern die Regel. Denn stets ist die freie Landschaft auch Heimat unserer Vögel und viele der bestehenden Cuxhavener Windparks sind genau an diesen Stellen, „Brutvogelgebiet von Regionaler Bedeutung“, errichtet worden oder ausgewiesen siehe Osten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 18 bis 20 (= Lfd. Nr. 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor-Mühlenreihe)]. - Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P001b	P001b.05	E 01	Wir haben das Gebiet seit seiner ersten Betrachtung im RROP 2014 ein Jahr lang avifaunistisch untersucht und können kein Ausschlusskriterium finden.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P001b	P001b.06	E 01	Weder Uhu, Rotmilan, Schwarzstorch usw. brüten dort.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P001b	P001b.07	E 01	NOCH ist dies Gebiet Flugkorridor für Kraniche, Seeadler und Co., die an vielen anderen, bereits als Vorranggebiet WE ausgewiesenen, Standorten zum nachträglichen Ausschluss führen, führen müssten.	Kenntnisnahme. Hinweis: Ein Gutachten, das diese Aussagen belegt, wurde vom Einwender nicht vorgelegt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P001b	P001b.08	E 01	Diese so hervorragend avifaunistisch geeignete Fläche hier auszuschließen, stellt objektiv eine Verhinderungsplanung dar!	Kenntnisnahme. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 18 bis 20 (= Lfd. Nr. 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor-Mühlenreihe)].	Kenntnisnahme.
P001b	P001b.09	E 01	3.) Auch beträgt der im RROP zu berücksichtigende Bauabstand zum Vorranggebiet für Raumbedeutsame Windenergieanlagen in Lamstedt Mittelstennahe mit 6,9km, sehr deutlich mehr als die geforderten 4km!	Dies ist richtig. Allerdings wird die Potentialfläche 019 des RROP Entwurfs 2015 zur Hälfte vom 4km Puffer des Standortes SO 40, Lamstedt, überlagert. Die verbleibende Fläche der Potentialfläche 019 und die Potentialfläche 118 entfallen jedoch aufgrund der naturschutzfachlichen Einschätzung.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.10	E 01	Der Abstand zu den drei als nichtraumbedeutsame Anlagen errichteten 2x150kW 1x500kW beträgt 3,3km.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P001b	P001b.11	E 01	Diese drei kleinen Anlagen sind aber bei dem Abstandskriterium „4km von Raumbedeutsamen Vorranggebiet zum nächsten Vorranggebiet für raumbedeutsame Windenergieanlagen“ gerade nicht zu berücksichtigen!	Die drei Windenergieanlagen sind nach heutigem Maßstab des RROP Entwurfs 2015 (Raumbedeutsamkeit, sobald mehr als zwei Anlagen, unabhängig von der Höhe, vorhanden sind) als raumbedeutsam einzustufen. Insofern muss ein 4km Abstand zu diesen eingehalten werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.12	E 01	Dies rechtswidrig doch zu tun, ohne dabei richtig zu betrachten — ja gar Formulierungen zu verwenden, die geeignet sein sollen, den Leser glauben zu lassen „ja auch von den drei kleinen Anlagen sei ein unbedingt einzuhaltender PARKABSTAND von 4 km zu halten“ - ist arglistige Täuschung — daher unzulässig und tatsächlich angewandt, rechtswidrige Verhinderungsplanung.	Es handelt sich weder um ein rechtswidriges Verfahren, eine Täuschung, noch um eine Verhinderungsplanung. Die vom Landkreis Cuxhaven vorgelegte Planung wurde einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt. Wie in der Begründung ausgeführt, wurde um alle raumbedeutsamen Windenergiestandorte ein 4km Abstandspuffer gelegt. Insofern wäre eine Ausnahme bei bestimmten Standorten rechtswidrig und würde gegen das einheitliche Planungskonzept verstoßen.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.13	E 01	Ihre Aussage „Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet“, können wir daher überhaupt nicht nachvollziehen.	Die Aussage ergibt sich aus der Begründung. Die Abwägung aller Potentialflächen wurde transparent und nachvollziehbar dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.14	E 01	Wir bitten Sie daher, diese Fläche zur Größe von ca. 90 Hektar (2014) wieder in den Regionalplan aufzunehmen.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.15	E 01	Die Fläche bietet Platz für 9-11 große moderne Multi Megawattanlagen und genau das ist, was die Energiewende braucht, der neue Windlass Niedersachsen mit 1 .98% des Cuxhavener Kreisgebietes fordert, und letztlich sich eine Konzentrationsplanung moderner effizienter Windenergienutzung nennen kann.	Siehe Stellungnahme P001b.14	Nicht zu berücksichtigen.
P001b	P001b.16	E 01	Auch sei noch einmal erwähnt, dass bis auf einen Grundstückseigentümer, alle anderen sechzig sich FÜR die Ausweisung ausgesprochen haben und daher entsprechend positiv gewichtet werden müssen. (Siehe auch mein Schreiben vom 11.06.2015 mit Unterschriftenliste).	Bei der Abwägung stehen lediglich die Argumente im Vordergrund, die Häufigkeit wie oft bestimmte Argumente hervorgebracht haben, ist für das Verfahren rechtlich irrelevant.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P001b	P001b.17	A	Bitte bestätigen Sie den Eingang, bitte nehmen Sie dezidiert zu meinen 3 Gegenhalten Stellung, und beteiligen Sie mich im laufenden Verfahren.	Alle eingegangenen Stellungnahmen werden ausführlich geprüft und ausgewertet. Der Landkreis Cuxhaven stellt alle eingegangenen Stellungnahmen mitsamt der Auswertung öffentlich zugänglich ins Internet. Zudem wird ein rechtlich nicht notwendiger, das heißt freiwilliger, Erörterungstermin für alle privaten Einwander durchgeführt. Der Landkreis Cuxhaven beteiligt keine Privatpersonen und Unternehmen.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.01	SO 30	auch wir möchten nochmals in schriftlicher Form unsere Bedenken zum Vorranggebiet Stinstedt/Odisheim äußern! Nach wie vor können wir es nicht verstehen, warum an diesem Standort festgehalten wird.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.02	SO 30	Es ergeben sich allein der Fläche wegen, doch schon erhebliche Nachteile für die Entstehung eines Windparks!	Die naturschutzfachliche Eignung ist unabhängig von der Größe des Standortes.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.03	SO 30	Was müssen für Eingriffe in die dort schützenswerte Natur zugelassen werden, um dort, wie geplant, solche „Windriesen“ aufzustellen!	Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind. 1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden. 2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft. 3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden. 4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002	P002.04	SO 30	Wir haben dort Moorflächen. ...einerseits sollen Flächen zugunsten des Naturschutzes vernässt werden, und dort wird so massiv in die Natur eingegriffen... wie passt das zusammen?	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das gesamte Gebiet der Potenzialfläche 053 wird durch den Bodentyp "Hochmoor" geprägt. - Im Niedersächsischen Moorschutzprogramm, Teil I (1981) ist die Potenzialfläche 053 mit "Kulturfläche nach derzeitigem Kenntnisstand von untergeordneter Bedeutung; höhere Bedeutung für den Naturschutz durch Nutzungsänderung möglich" eingestuft. In der Naturschutzfachlichen Bewertung der Hochmoore (1994) ist die Potenzialfläche 053 mit "Fläche mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz (außerhalb der Bereiche mit Abbaugenehmigungen)" dargestellt. - Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P002	P002.05	SO 30	Außerdem ist doch die Zuwegung gar nicht für solch ein hohes Verkehrsaufkommen durch große Baufahrzeuge oder gar Schwertransporte vorhanden!	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Windparks für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.06	SO 30	Auch die K34 wird dadurch sicherlich große Schäden davontragen. ...wer saniert die Straße dann wieder. ...wo wir doch gerade vor kurzem die sehr kostenintensive Sanierung hinter uns gebracht haben....?	Siehe Stellungnahme P002.05	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002	P002.07	SO 30	Dann weiterhin sehr wichtig, Naturschutzgebiet in unmittelbarer Nähe. ...was passiert mit den dort ansässigen schützenswerten Tieren. Wir können nur bestätigen, dass zahlreiche und seltene Tiere hier ihre Heimat haben.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Der westliche Teil des Gebietes gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; der östliche Teil gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört das gesamte Gebiet zu zwei Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung.	Kenntnisnahme.
P002	P002.08	SO 30	Auch zieht sehr wohl der sehr seltene Seeadler bei uns seine Bahnen...	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Vorkommen des Seeadlers wurde in der Naturschutzfachlichen Einschätzung zu dieser Potenzialfläche 053 nicht berücksichtigt, weil das dort dargestellte Vorranggebiet Windenergienutzung - wenn auch sehr knapp - außerhalb des Prüfbereichs von 6.000 m nach den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten liegt; es handelt sich hierbei um das Vorkommen im Bereich des Balksees. - Es ist (bisher) kein Brutvorkommen des Seeadlers im Bereich des Stinsteder Sees bekannt; vielmehr handelt es sich beim Stinsteder See (einschließlich der vernässten Bereiche in räumlicher Nähe) um ein Nahrungshabitat. - Es liegt ein BIOS-Gutachten vom Januar 2015 liegt vor. Dort heißt es u.a.: "Das unmittelbar in Nestnähe gelegene und bisher in besonderem Maße genutzte Jagdhabitat Balksee und Balkseeniederung sowie das gelegentliche Jagdgebiet Stinsteder See (in 8 km Entfernung) dürften die wichtigsten Nahrungshabitate des untersuchten Revierpaars darstellen. (...) Der geplante Windpark Odisheim-Stinstedt beeinträchtigt in seiner Flächenausdehnung die großräumige Gebietseignung der Balkseeniederung für den Seeadler nicht und der Betrieb wird auch im Falle eines erfolgreichen Brutgeschehens in der Aufzuchtzeit kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen."	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002	P002.09	SO 30	Viele junge Weißstörche sind auf der Suche nach einem neuen Zuhause..	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Nahezu das gesamte Gebiet liegt innerhalb der 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu mehreren Weißstorch-Vorkommen. Ein erstes Weißstorch-Vorkommen ist etwa 1,3 bis 1,4 km, ein zweites Vorkommen etwa 1,8 bis 1,9 km, ein drittes Vorkommen etwa 1,9 bis 2,0 km entfernt.	Kenntnisnahme.
P002	P002.10	SO 30	Wenn man, wie wir hier lebt, kann man sich nur daran erfreuen. Um so größer ist dann unser Unverständnis, für diesen Standort.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.11	A	Für uns als Familie stellt sich dann natürlich auch die Frage, wie sieht es mit den gesundheitlichen Auswirkungen in unmittelbarer Nähe eines Windparks aus? Denn immerhin leben wir nur in ca. 700 m Entfernung....	Mögliche Gesundheitsrisiken werden abstrakt durch den Vorsorgeabstand zur Wohnbebauung geregelt, eine konkrete Behandlung erfolgt im Zuge des Genehmigungsverfahrens. In diesem müssen Gutachten vorgelegt werden, die bestätigen, dass die gesetzlichen Werte zum Schutz der Bürger eingehalten werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002	P002.12	A	<p>Wenn man sich im Zeitalter des Internets informiert, gibt es sehr wohl Beeinträchtigungen. Infraschall, blinkende Lichter, Schattenwurf ... wenn das alles so unproblematisch wäre, gäbe es ja sicherlich nur Befürworter....?!?...mit was müssen wir rechnen....</p>	<p>Im Rahmen des RROP werden lediglich Standorte ausgewiesen, die sich vorrangig für die Windenergienutzung anbieten. Bevor Windenergieanlagen errichtet werden, müssen diese jedoch zuerst im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden. In diesem Rahmen müssen die Vorhabensträger mittels Gutachten darlegen, dass Anwohner durch anlagenbedingte Auswirkungen (bspw. Schattenwurf) nicht erheblich beeinträchtigt werden. Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002	P002.13	A	Und in finanzieller Hinsicht, wir „dürfen“ die nächsten 20 bis 25 Jahre die gute Aussicht genießen, bekommen aber keinen Cent Entschädigung für diesen massiven Eingriff in unsere ganz private Zukunft! Herzlichen Dank dafür....	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.14	A	Da überlegt man sich wohl zurecht, wir verkaufen unsere Immobilie...aber natürlich sinkt der Wert mit solchen Windriesen in der Nachbarschaft. Ach ja, wer entschädigt uns dafür eigentlich....	Siehe Stellungnahme P002.13	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.15	SO 30	Natürlich müssen wir uns alle an der Energiewende beteiligen und sauberen Strom produzieren. Wir haben auch nichts gegen Windkraftenergie, aber wenn wir bei uns alles zusammenzählen, kommen wir einfach auf kein positives Ergebnis in Sachen Windpark Stinstedt/Odisheim.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002	P002.16	A	Und nur so am Rande, was im Moment hier bei uns im Dorf Stinstedt vor sich geht, durch so eine Ausweisung eines Standorts, ist sicherlich nicht lobenswert. Es ist erschreckend, da wird beim Landkreis Cuxhaven eine Entscheidung getroffen ( wir wissen, auch Sie müssen sich an Ihre Vorgaben halten), und die „Schlacht“ kann beginnen....der eine spricht die Wahrheit, der andere bezichtigt den anderen der Unwahrheit....schlimm.... Das nur so am Rande....	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002	P002.17	A	Es gibt so viele Dinge, die eben auch zu einer Windparkplanung gehören! Und das ist vor allem die Ängste und Sorgen der dort ansässigen Menschen ernst zunehmen und mit offenen Karten zu spielen. Also die betroffenen Bürger auch mit einzubeziehen und ihnen die notwendigen Informationen zu geben.	Das Verfahren zur Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 ist transparent und offen gestaltet. In der Begründung werden alle dem Landkreis Cuxhaven bekannten und relevanten Belange angeführt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hatten alle Bürger die Möglichkeit die ausgelegten Unterlagen zu prüfen und eine Stellungnahme abzugeben. Alle Sorgen und Ängste der Bevölkerung werden selbstverständlich ernst genommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P002	P002.18	A	Wir bitten Sie daher, um eine Stellungnahme ihrerseits! Für Ihre Aufmerksamkeit vielen Dank im voraus!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P003	P003.01	A	als Anwohner und Grundstückseigentümer im Planungsgebiet Osten-Isensee bin ich von der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm 2012, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie — 2015, betroffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P003	P003.02	SO 31	Ich begrüße, dass der Standort Osten-Isensee (Detailkarte 31), als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung aufgenommen wurde und fordere eine zeitnahe Benennung als Vorranggebiet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P003	P003.03	SO 31	Ich verfüge in dem oben genannten Bereich sowohl über Eigentums- als auch Pachtflächen, die von mir intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P003	P003.04	SO 31	Die Eigentümer der Grundstücke im Windpark haben sich, nach gründlicher Abwägung aller relevanten Aspekte, für den Bau eines Windparks auf dem Standort Osten-Isensee entschieden. Die privaten Interessen der Grundstückseigentümer, die offensichtlich und auch von Bedeutung sind, müssen gemäß § 5 Absatz 4 Satz 3 des Niedersächsischen Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) im Rahmen der Abwägung zum Entwurf — Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie RROP LK Cuxhaven 2012, berücksichtigt werden.	Die privaten Interessen der Grundstückseigentümer wurden in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P003	P003.05	SO 31	Es gibt aus unserer Sicht keine stichhaltigen Argumente, die aus planerischer und rechtlicher Sicht gegen den Windpark Osten-Isensee sprechen.	Der Standort Osten-Isensee wurde im RROP Entwurf 2015 als Vorranggebiet dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P003	P003.06	E 01	Die aktuelle Abgrenzung des Vorranggebietes für die Windenergie — Osten-Isensee ist sehr ausgewogen ermittelt worden. Insbesondere notwendige Abstände zur Wohnbebauung wurden entsprechend berücksichtigt. Die Gemeinden Osten und Hemmoor werden vom Windpark Osten-Isensee profitieren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P004			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P005			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P006			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P007			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P008			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P009			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P010			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P011			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P012			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P013			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P014			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P015			siehe P003	siehe P003	siehe P003
P016	P016.01	A	die Entwicklung des neuen Entwurfes des RROP 2015 verfolge ich sehr aufmerksam und begrüße sie ausdrücklich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.02	SO 31	Nachdem zuletzt die Vorrangflächen für Windenergienutzung in Isensee politisch vom Kreistag in letzter Minute gestrichen wurden, freue ich mich als betroffener Grundeigentümer und aktiver Landwirt, dass nunmehr erneut Vorrangflächen vorgesehen sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.03		Unser Vertragspartner für die Realisierung eines entsprechenden Windparks, wpd onshore GmbH & Co. KG, verfügt seit langem über Flächennutzungsverträge mit den betroffenen Eigentümern, so dass eine zügige Umsetzung unsererseits sicher gestellt ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.04	A	Nach den vielen Monaten des Abwartens und der juristischen Klärungen im Vorfeld erwarten wir von der Kreisverwaltung und den politischen Gremien nun keine weiteren Verzögerungen. Alle Argumente für und wider eines Windparks in Isensee liegen seit langer Zeit auf dem Tisch. Alle Beteiligten benötigen möglichst kurzfristig Planungssicherheit, denn Investitionspartner sind in unserer strukturschwachen Region besonders wichtig.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.05	A	Die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob vor Ort mit vorhandenen Ressourcen Gewinne erzielbar sind	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.06	A	und damit auch Steuern für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Verpflichtungen der Kommunen vorhanden sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.07	A	Die politisch gewollte Wende hin zu erneuerbaren Energien bietet somit große Chancen für unseren ländlichen Raum.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P016	P016.08	SO 31	Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die weiteren Planungen zum Windpark Osten-Isensee positiv begleiten und die Beratungen im Kreistag zügig zur Verabschiedung des Vorranggebietes für die Windenergiegewinnung in Osten-Isensee führen würden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.01	A	im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie riefen Sie in der amtlichen Bekanntmachung vom 12.12.2013 dazu auf, mit Vorschlägen und Anregungen am Aufstellungsverfahren mitzuwirken und u. a. zu bereits eingeleiteten Planungen zu informieren. Hierzu haben wir mit Schreiben vom 16.01.2014 Stellung genommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.02	SO 09	Unsere Einwendung gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung „Geversdorf/Oberndorf“ im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven erhielten Sie am 05.08.2014.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.03	SO 09	In Ergänzung der o. g. Einwendungen erheben wir hiermit Einwendung gegen die Ausweisung des Standortes SO 09 „Geversdorf 1 Oberndorf“ als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und begründen dies wie folgt:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.04	E 01	Unser Grundstück befindet sich in einem Abstand von 500 m zum SO 09 Geversdorf/Oberndorf.	Ein Abstand von 500m entspricht den vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Tabuzonen.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.05	A	Im Zusammenhang mit dem Normkontrollverfahren RROP 2012“ wurde uns u.a. das „Rechtsschutzbedürfnis“ bestätigt (s. Urteil des Nds. OVG vom 13.10.2014 — 1 KN 140113.).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.06	Z	Im jetzt vorliegenden Entwurf des RROP 2015 wird der Standort SO 09 Geversdorf/Oberndorf weder als Potentialfläche noch als Vorranggebiet ausgewiesen.	Dies ist richtig widergegeben.	Kenntnisnahme
P017	P017.07	A	Die Hinderungsgründe dafür sind maßgeblich die hier vorherrschenden naturschutzfachlichen Belange, die durch diverse Gutachten und behördliche Stellungnahmen bestätigt wurden,	Dies ist richtig widergegeben.	Kenntnisnahme
P017	P017.08	E-N	außerdem aufgrund der naturschutzfachlichen Einschätzung“ des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven vom 12.06.2015 als Bestandteil des Entwurfs des RROP 2015.	Dies ist richtig widergegeben.	Kenntnisnahme
P017	P017.09	SO 09	Trotzdem wurde der SO 09 Geversdorf/Oberndorf als bauleitplanensich gesicherter Bereich im Entwurf des RROP 2015 aufgenommen. Hier dürfen somit raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet werden, was ein Widerspruch ist.	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Windparkflächen, die bereits von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven im Rahmen von Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Damit berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven die Planungshoheit der Gemeinden. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung. Dabei werden im Zuge einer Abwägung alle Belange eingestellt, die für oder gegen einen Standort sprechen. Diese Abwägung ist für alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche transparent in der Begründung dargelegt worden. Gründe, die eine Übernahme des Standortes Geversdorf-Oberndorf zwangsweise für eine Windenergienutzung ausschließen, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.10	A	Der LK Cuxhaven selbst hatte die relevante 7. F-Planänderung der SO Am Dobrock mit Bekanntmachung vom 28.08.2014 genehmigt. U.a. hatte sich die Untere Naturschutzbehörde des LK Cuxhaven im Verfahren deutlich gegen die F-Planänderung ausgesprochen.	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.11	A	Die seinerzeit parallel laufende Baugenehmigung zum geplanten Windpark wurde wiederholt abgelehnt, abschließend am 15.09.2014.	Die Ablehnung des Genehmigungsantrags nach Bundesimmissionsschutzgesetz begründet sich aus fehlenden Unterlagen, nicht aus naturschutzfachlichen Gründen.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.12	A	Die natur- und artenschutzfachlichen Belange waren dem Landkreis Cuxhaven zur Zeit der Genehmigung des F-Plans umfassend bekannt.	Dies ist richtig. Die natur- und artenschutzfachlichen Belange wurden auch im Rahmen der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 berücksichtigt und bei der Abwägung über die Übernahme des bauleitplanerisch gesicherten Bereiches eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.13	A	In der Begründung des OVG-Lüneburg-Urteils, dass das RROP 2012 des LK Cuxhaven außer Kraft gesetzt hatte (das BVG hatte die Beschwerde des LK Cuxhaven am 20.08.2014 zurückgewiesen) wurde dem LK Cuxhaven die Vorgehensweise in dem o.g. Fall aufgezeigt: " ... Er (der LK Cuxhaven) kann sich vielmehr im Rahmen seiner Abwägung auf den Standpunkt stellen, dass einer Zulassung von Vorhaben jedenfalls erhebliche Hemmnisse und Risiken entgegen stehen würden, nicht hinreichend abschätzbar ist, ob und in welcher Weise diese Hemmnisse ausgeräumt werden können, und schon diese Umstände zum Anlass nehmen, auf die Ausweisung des Gebietes zu verzichten, sofern er der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gibt. ..."	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.14	A	Aufgrund der dem LK Cuxhaven vor liegenden Kenntnisse, sprach bei der Abwägung mehr gegen als für eine Genehmigung der 7. F-Planänderung der SO Am Dobrock.	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.15	A / E 11	Die Genehmigung der F-Planänderung und damit die Möglichkeit zur Ausweisung als bauleitplanerisch gesicherte Fläche ist aus unserer Sicht zudem nicht rechters, da:	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP. Der F-Plan zum Windpark Geversdorf-Oberndorf wurde vom Landkreis Cuxhaven genehmigt und ist somit rechtskräftig.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.16	A	das RROP 2012 unwirksam war	Siehe Stellungnahme P017.15	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.17	A	der unmaßgebliche Entwurf des RROP 2014 keine rechtliche Grundlage bildet	Siehe Stellungnahme P017.15	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.18	A	die Veränderungssperre bewusst zu spät beschlossen wurde	Die Veränderungssperre ist in § 14 BauGB geregelt und dient den Behörden zur Sicherung der Bauleitplanung. Das Raumordnungsgesetz (ROG) wiederum gehört nicht zum Baurecht. Dies bedeutet, dass für die Raumordnung das BauGB nicht anzuwenden ist. Der Begriff der Veränderungssperre wird im ROG in § 14 nicht verwendet. Vielmehr ist in diesem Paragraphen die sog. Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen geregelt. Eine Untersagung kann nur in Einzelfällen ausgesprochen werden und nicht pauschal für das gesamte Landkreisgebiet. Der Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft (RegA) wurde in der Sitzung am 15.09.2014 seitens der Verwaltung darüber informiert, dass der Landkreis Cuxhaven das Instrument der Untersagung nutzen möchte, um negative Entwicklungen zu verhindern (Sitzungsvorlage 181/2014). Dieses Vorgehen wurde von der Politik gebilligt. In der Sitzung des RegA am 24.06.2015 wurde der neue Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2015 vorgelegt. Zudem wurde von der Verwaltung darüber informiert, dass man auch weiterhin das Ziel verfolge, mögliche Planungen und Maßnahmen zu untersagen, die den Zielen im Entwurf des RROP widersprechen (Sitzungsvorlage 112/2015). Allerdings wird nun nicht länger der Entwurf 2014, sondern der Entwurf 2015 als Bemessungsgrundlage für eine solche mögliche Untersagung genutzt. Bislang hat der Landkreis Cuxhaven kein Vorhaben untersagt, da kein Vorhaben beantragt wurde, das den Zielen der Raumordnung widerspricht.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.19	E 11	es sich hier nicht um einen Altstandort handelt, dem im Rahmen eines Ziel-Ausnahme-Verfahrens die Möglichkeit zum Repowern gegeben werden soll/muss.	Es handelt sich insoweit um einen Altstandort, als dass die Fläche bereits im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Gemeinden über einen Bauleitplan gesichert wurde.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.20	A	Das RROP 2012 hatte seit dem 28. Juni 2012 Rechtskraft. Es wurde mit dem Urteil des OVG Lüneburg vom 14.05.2014, 12 KN 29/13 u.a. aufgrund der „fehlenden Unterscheidung in harte und weiche Tabuzonen“ für unwirksam erklärt. Die Angelegenheit traf den Landkreis Cuxhaven nicht unvorbereitet, zumal bereits in 2011 das OVG Berlin-Brandenburg in einem Urteil „die Unterscheidung in harte und weiche Tabuzonen“ gefordert hatte. Diese Entscheidung wurde vom BVG 2012 bestätigt und am 16.05.2013 vom OVG Lüneburg übernommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.21	A	Der Landkreis Cuxhaven hatte darauf umgehend reagiert und am 12. Dezember 2013 die Planungsabsichten zur „Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP 2012“ bekannt gegeben und dazu aufgerufen, diesbezüglich Hinweise und Anregungen zu geben. Es blieb zunächst bei der Absichtserklärung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.22	A	Nachdem das RROP 2012 am 14.05.2014 für unwirksam erklärt wurde, ging Landrat Bielefeld in einer Informationsvorlage (107/2014) am Folgetag (15.05.2014) zum einen darauf ein, dass mit diesem Urteil zu rechnen war und zum anderen jetzt die Voraussetzung für eine Veränderungssperre gegeben ist. Die Veränderungssperre wurde erst 5 Monate später vom Kreisausschuss beschlossen.	Siehe Stellungnahme P017.18	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.23	A	Am 26.05.2014 hat der Landkreis Cuxhaven die Einleitung des Beteiligungsverfahrens bzgl. der „Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP“ bekannt gegeben. Gegenstand des Beteiligungsverfahrens war der Entwurf des RROP 2014. Dieser Entwurf ist nicht in Kraft getreten sondern musste maßgeblich überarbeitet werden und mündete in den jetzt (am 24.06.2015) vorgelegten Entwurf des RROP 2015, für den aktuell das Beteiligungsverfahren eingeleitet wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.24	A	Die Unwirksamkeit des RROP 2012 wurde am 20.08.2014 vom BVG bestätigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.25	A	Der Entwurf des RROP 2014 unterschied sich unwesentlich vom RROP 2012 (s. hierzu auch Informationsvorlage 107/2014, sowie die beigefügte Tabelle „Kriterienkataloge“). Kurzgefasst wurden lediglich die Kriterien von 2012 tabellarisch aufgeteilt in harte und weiche Tabuzonen. In der Informationsvorlage 107/2014 vom 15.05.2014 heißt es dazu: Die Neuaufstellung des RROP des LK Cuxhaven ist bereits eingeleitet worden. Der Kreisausschuss hat auch über den neuen Kriterienkatalog, der im Wesentlichen, allerdings mit der Entscheidung harte und weiche Tabuzonen, dem bisherigen Kriterienkatalog entspricht, beschlossen. ...“ Alle Vorranggebiete wurden ungeprüft in den Entwurf 2014 übernommen. Die Kriterien und Ziele im Entwurf des RROP 2014 entsprachen somit den Kriterien und Zielen des RROP 2012, das am 14.05.2014 gerichtlich für unwirksam erklärt worden war.	Im Entwurf 2014 wurden die Kritikpunkte aus dem Urteil des OVG Lüneburg aufgegriffen und geändert. Dabei handelt es sich insbesondere um die fehlende Unterscheidung von harten und weichen Tabuzonen. Entsprechend ist der Entwurf 2014 eng angelehnt an das RROP 2012 gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.26	A	Es ist daher unverständlich, warum sich die Genehmigung der 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock (Bekanntgabe am 28.08.2014) durch den LK Cuxhaven auf den unmaßgeblichen Entwurf des RROP 2014 beruft. Der Kreisausschuss hat erst mit einer 5-monatigen Verspätung die Veränderungssperre am 08.10.2014 beschlossen. Mit der raumordnerischen Untersagung sollten Planungen, die den Zielen des RROP 2014-Entwurfs entgegenstehen, verhindert werden. Die Sitzungsvorlage 181/2014 (Ausfertigung 26.08.2014) bildet die Grundlage für den Beschluss.	Die 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock widerspricht den Zielen des RROP Entwurfs 2014 nicht. Im RROP Entwurf 2014 war der Standort Geversdorf-Oberndorf als Vorranggebiet ausgewiesen. In Bezug auf die Veränderungssperre ist auf die Stellungnahme P017.18 zu verweisen.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.27	A	Im vorliegenden Entwurf wird nicht ausreichend deutlich, dass hier gemeinsam mit dem Landkreis Stade einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen á 186 m auf 214 ha errichtet werden soll (s. RROP 2013 LK Stade). Kumulative Wirkungen bleiben gänzlich unberücksichtigt.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht des RROP Entwurfs 2015 und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.28	E 01	Die Abstandsregelungen zur Wohnbebauung, der Windparks im Landkreis untereinander, zu Windparks in Nachbarkreisen, zur Nachbarkreisgrenze etc. differieren stark. In der als Anlage beigefügten Tabelle sind die Kriterien der Landkreise Cuxhaven und Stade sowie der NLT-Arbeitshilfe, Oktober 2014 gegenübergestellt.	Der Abstand der Windparks im Landkreis Cuxhaven untereinander beträgt einheitlich 4km. Der Abstand zur Ortslage beträgt als weiche Tabuzone 1000m, der Abstand zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung als weiche Tabuzone 500m. Die Begründung zu den Tabuzonen wird in der Erläuterung schlüssig dargelegt. Inwieweit diese unterschiedlichen Abstände, bei ganz unterschiedlichen Themen, ein Problem sein sollen, wird nicht klar.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.29	A	Der Entscheidungsbegründung des Gerichtsurteils (OVG Lüneburg vom 1 4.05.2014, 12 KN 29/13), das das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt hat, ist auch zu entnehmen, wie der LK Cuxhaven bei der Ausweisung von Flächen zur Windkraftnutzung bei Vorliegen naturschutzfachlicher Bedenken auf der Planungsebene des RROP zu verfahren hat. Es heißt dort: „... Der Planungsträger kann (bei Vorliegen naturschutzfachlicher Bedenken) in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiet verzichten. Bedenklich wäre, wenn der Plangeber Standorte in sein RROP aufnähme, obwohl die auf dieser Ebene gebotene Prüfung und Feststellung der grundsätzlichen Eignung des Gebietes noch kein positives Ergebnis erbracht hat....“	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.30	A	Ein Fehlverhalten des LK Cuxhaven ist in diesem Zusammenhang 1.) bzgl. des im RROP 2012 und 2.) auch weiterhin im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesenen Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" deutlich. Die Genehmigung der 7. Änderung des Flächennutzungsplans der SG Am Dobrock durch den LK Cuxhaven basierte auf der (weiterhin zu Unrecht) im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesenen Vorrangfläche „Geversdorf/Oberndorf“. In 2013 erfolgten nicht nur wesentliche Verfahrensschritte im Rahmen der 7. Änderung des Flächennutzungsplans der SG Am Dobrock, sondern parallel im Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windrädern bzgl. des Vorranggebietes „Geversdorf/Oberndorf“. Ungeachtet weiterer umfänglicher Kenntnisse zum Vorliegen der naturschutzfachlichen Bedenken bzgl. der Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf, äußert der LK Cuxhaven bereits am 26.02.2013 im Zuge der Behördenbeteiligung zur F-Planänderung und verweist auf die ablehnende Stellungnahme des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven zum (BlmSch)-Genehmigungsverfahren. Weitere ablehnende Stellungnahmen (u.a. Naturschutzamt des LK Stade und des NABU) und Gutachten folgten. Während die Baugenehmigung aufgrund der natur- und artenschutzfachlichen Belange wiederholt abgelehnt wurde, hat der Landkreis Cuxhaven die 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock im Widerspruch dazu genehmigt.	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.31	A	Von der Rechtsprechung werden genaue Anforderungen an das einheitliche Planungskonzept mit Ausschlusswirkung und die Abwägung gestellt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017	P017.32	E 11	In der Begründung des RROP-Entwurfs 2015 (S. 42) wird erläutert, dass Geversdorf / Oberndorf nicht zum einheitlichen Planungskonzept im Umgang mit Altstandorten gehört. Lediglich der Tatbestand, dass hier bereits "kostenintensive Untersuchungen und Planungen" stattgefunden haben bedingt die Aufnahme in den RROP 2015-Entwurf als bauleitplanerisch gesicherter Bereich. Das widerspricht dem geforderten einheitlichen Vorgehen.	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Windparkflächen, die bereits von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven im Rahmen von Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Damit berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven die Planungshoheit der Gemeinden. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung. Dabei werden im Zuge einer Abwägung alle Belange eingestellt, die für oder gegen einen Standort sprechen. Diese Abwägung ist für alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche transparent in der Begründung dargelegt worden. Gründe, die eine Übernahme des Standortes Geversdorf-Oberndorf zwangsweise für eine Windenergienutzung ausschließen, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.33	E 11	Nochmal zur Verdeutlichung: Es ist hier bisher kein Windpark errichtet worden, es ist kein Altstandort, hier kann nicht repowert werden. Dies wären umgekehrt kurzgefasst die Begründungen für die Aufnahme als "bauleitplanerisch gesicherten Bereich" in den Entwurf des RROP 2015.	Es handelt sich insoweit um einen Altstandort, als dass die Fläche bereits im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Gemeinden über einen Bauleitplan gesichert wurde.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.34		Die oben angesprochenen Kosten für Untersuchungen sind den Betreiberunternehmen entstanden, u.a. da wiederholt unangemessene Ergebnisse der beauftragten Unternehmen erarbeitet wurden.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.35	E 11	Das nicht-einheitliche-Vorgehen des LK Cuxhaven bei der Erstellung des Entwurfs des RROP 2015 wird auch an anderer Stelle in der Begründung zum Entwurf deutlich: In dem zeitlichen Übergangsbereich zwischen der Erklärung der Unwirksamkeit des RROP 2012 (14.05.2014) und dem Beschluss der Veränderungssperre (08.10.2014) wurden 5 Flächennutzungspläne und eine Nutzungsplanänderung genehmigt. Sie sind in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet. Die Tabelle ist ein Auszug aus der Tab. 4 der Begründung zum Entwurf des RROP 2015, S. 66ff. Der Tabelle ist zu entnehmen, dass - mit Ausnahme von Geversdorf/Oberndorf - Flächennutzungspläne für bestehende Windparks mit hoher Anlagenzahl genehmigt wurden, so dass hier das Repowering der Altstandorte ermöglicht wird. [nachfolgende Tabelle vergleicht vorhandene Anlagen in unterschiedlichen bestehenden Windparks und weist für Geversdorf / Oberndorf "0" Anlagen aus]	Siehe Stellungnahme P017.18. Die genehmigten Windparks sind alle in der zeichnerischen Darstellung des RROP Entwurfs 2014 dargestellt worden. Der Tatbestand für eine Untersagung, das die vorliegende Planung einem Ziel der Raumordnung widerspricht, lag somit nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.36	E 01	Fazit: kein einheitliches Vorgehen bei der Auswahl der Flächen! Die Ziel-Ausnahme-Regelung kann für die Fläche „Geversdorf/Oberndorf nicht angewendet werden, da es kein Altstandort ist, hier keine Windräder stehen und somit nicht repowert werden kann!	siehe P017.32	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.37	E 11	Daher ist auch die „Einzelfallabwägung der Sonderbaufläche Windenergienutzung Geversdorf/Oberndorf“ (Begründung S. 45) falsch. Sie kommt zu dem Ergebnis: „... Insgesamt kommt der Landkreis zu dem Ergebnis, dass der Standort Geversdorf / Oberndorf im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering zugeführt werden kann. ...“ Zur Wiederholung: Es handelt sich nicht um einen Altstandort, es stehen hier keine Windräder, hier kann nicht repowert werden! Bisher wurden hier lediglich Investitionen in Gutachten und Untersuchungen auf Seite der Betreiber aufgewendet.	siehe P017.32	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.38	E / SO 09	Die Einzelfallbetrachtung der SO Geversdorf/Oberndorf aus naturschutzfachlicher Sicht (s. Begründung S. 45) ist nur eine Ausschnittsbetrachtung und wird dem ökologisch sensiblen Bereich der „Ostemarsch“ mit u. a. einem angrenzenden FFH-Gebiet (aktuell läuft das Ausweisungsverfahren zum Naturschutzgebiet „Untere Oste“ und Hadelner und Belumer Außendeich), dem Naturschutzgebiet (Schnook), der Oste als Vogelzugleitlinie nicht gerecht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untere Oste" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste". Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P017	P017.39	SO 09	Im Projektgebiet sind Vogelbrutgebiete mit lokaler und landesweiter Bedeutung,	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in zwei Vogelbrutgebieten mit lokaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist der mittlere und südliche Teil einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung zuzurechnen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.40	SO 09	es ist Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung. Die Ostemündung ist als bedeutende Zugvogel-Drehscheibe bekannt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P017	P017.41	SO 09	Das Gebiet ist sowohl Seeadler- als auch Weißstorchhabitat	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Der südliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt innerhalb des 2.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.42	SO 09	mit hoher Landschaftsästhetik.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" ist im nördlichen Bereich überwiegend der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung), im südlichen Bereich überwiegend der Wertstufe 2 (= Landschaftsbild mit geringer Bedeutung) zuzuordnen. Im mittleren Bereich ist ein kleiner Teil – geschätzt etwa 10 % der Sonderbaufläche Windenergienutzung – der Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) zuzurechnen. Außerhalb der Sonderbaufläche liegt die Bedeutung höher; dies betrifft die Siedlungsflächen Portshemm bzw. Bentwisch (Wertstufe 4 – Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) bzw. den Bereich der Oste „zwischen den Deichen“ (Wertstufe 5 – Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung). In Bentwisch gibt es zwei Baudenkmale.	Kenntnisnahme.
P017	P017.43	SO 09	Mit diesen Merkmalen bildet es außerdem einen bedeutenden Korridor zu den Elbemarschen mit dem EU-Vogelschutzgebiet Unterelbe.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Ein Korridor bezeichnet in der Ökologie eine Verbindung zwischen zwei isolierten Lebensräumen. Aus der Einwendung wird nicht ersichtlich, welche Lebensräume miteinander verbunden werden. Für den Bereich der Oste kann die Funktion eines Korridors unzweifelhaft angenommen werden; für den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung bedürfte es einer genaueren Betrachtung. - Das FFH-Gebiet "Unterelbe" (DE-2018-331) wurde im Anhang 2 des Umweltberichts einer FFH-Vorprüfung unterzogen; die Ausführungen zur FFH-Vorprüfung werden für dieses Gebiet im Umweltbericht ergänzt.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.44	SO 09	Das Vorkommen streng geschützter Fledermausarten ist bedeutend.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P017	P017.45	SO 09	Zu erwähnen sind u. a. die angrenzenden Vorrang- und Vorbehaltsflächen für Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung.	Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" überschneidet sich nicht mit Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten Natur und Landschaft bzw. Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung. Im Bereich der Oste ist ein Vorranggebiet Natura 2000 vorhanden; das dortige Vorranggebiet Natur und Landschaft geht noch über das Vorranggebiet Natura 2000 hinaus. In räumlicher Nähe zum östlichen Oste-Deich gibt es ein Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft, und zwar im Bereich Neuenschleuse, Altendecken, Portshemm und Bentwisch.	Kenntnisnahme.
P017	P017.46	SO 09	Auch die Entwicklung der bestehenden Ausgleichsfläche am Moorstrich für Windräder am Wetterdeich ist von Bedeutung.	Die Information zu den Kompensationsflächen ist in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]; sie ist hier durch eine Einwendung im Zuge des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf 2015 bekannt geworden [Lfd. Nr. 014.04]. Zu dieser Kompensationsfläche ist im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ein Abstand von (mindestens) 200 m einzuhalten; diese Fläche, die durch extensives Feuchtgrünland gekennzeichnet ist, ist voraussichtlich einem Naturschutzgebiet bzw. einem gesetzlich geschützten Biotop mit einer Flächengröße von über 5 ha vergleichbar.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.47	SO 09	Die Sonderbaufläche Windenergienutzung Geversdorf/Oberndorf ist von mehreren Schutzgebieten direkt umgeben. Der Schutzzweck jedes einzelnen Gebietes, aber insbesondere ihre Vernetzung, ist hierbei zu berücksichtigen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untereibe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste". - Für die Berücksichtigung des Biotopverbunds bzw. der Biotopvernetzung gibt es keine planerische Grundlage; so ist die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" beispielsweise nicht von einem Vorranggebiet Biotopverbund nach dem LROP-Entwurf 2014 bzw. -Entwurf 2015 betroffen.	Kenntnisnahme.
P017	P017.48	SO 09	Die Sonderfläche „Geversdorf/Oberndorf“ in der Osteniederung ist Brut- und Gastvogellebensraum, Nahrungshabitat, Überfliegsraum etc. Aus artenschutzrechtlichen Gründen (u. a. Seeadler, Weißstorch, Rohrweihe, Mäusebussard, Kiebitz, Turmfalke, Wachtel, Waldohreule, Feldlerche, Graugans, Fledermäuse) ist das Gebiet von Windenergie freizuhalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Siehe 017.38 bis 017.47. - Auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist eine weitergehende Prüfung der artenschutzfachlichen bzw. -rechtlichen Probleme erforderlich.	Kenntnisnahme.
P017	P017.49	SO 09	Die Oste ist mit ihrem gesamten Einzugsgebiet als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen, in der das SO ein Teilbereich ist. Die Einzelfallabwägung aus naturschutzfachlicher Sicht berücksichtigt eben dies nicht. Die SO ist nicht isoliert von der Ostemarsch insgesamt zu betrachten und zu bewerten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Siehe 017.38 bis 017.47.	Kenntnisnahme.
P017	P017.50	U	Der Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 und die Anlagen nutzen die NLT-Arbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie“ (Oktober 2014) zur Bewertung nur in Teilen. So werden FFH-Gebiete nur in einem Umfeld von 500 m berücksichtigt. Die NLT-Arbeitshilfe fordert dagegen einen Umkreis >1200 m. Gänzlich unberücksichtigt blieb <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Beurteilung der Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen u.a. bei Gänsen und Greifvögeln - hierfür ist der Bereich völlig freizuhalten</li> <li>• überregional bedeutsame Zugkonzentrationskorridore - hierfür ist der Bereich völlig freizuhalten</li> <li>• sowie die Gebiete mit Bedeutung für den Fledermausschutz — auch hierfür ist ein Bereich über 200m freizuhalten.</li> </ul>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Siehe 017.38 bis 017.47. - Auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist eine weitergehende Prüfung der artenschutzfachlichen bzw. -rechtlichen Probleme erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.51	A	In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das Storchennest auf unserem Grundstück regelmäßig besucht wird (s. hierzu die Dokumentation in unser Einwendung zum Entwurf des RROP 2014).	Eine erfolgreiche Brut ist hier bisher nicht bekannt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.52	SO 09	<p>Nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB können privilegierte Vorhaben (Windparks) an bestimmten Stellen im Planungsraum ausgeschlossen werden, wenn ihnen an anderer Stelle „substanziell Raum verschafft“ wird. Nach obergerichtlicher Rechtsprechung gelten 0,5 bis 1,2 % der Fläche für Windenergieanlagen an der Gesamtfläche des Planungsraums als ausreichender Anteil (Anforderungen an die Ermittlung harter Tabuzonen und an „der Windenergie in substanzieller Weise Raum verschaffen“. Wilhelm Söfker, U.A.N., Hannover). Im aktuellen Entwurf des RROP 2015 werden die Werte deutlich überschritten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 0,51 % der Landkreisfläche sind als Vorrangfläche ausgewiesen</li> <li>• 1,42 % werden als bauleitplanerisch gesicherte Bereiche übernommen</li> <li>• 0,06 % werden als landesplanerische Festlegung berücksichtigt</li> <li>• Dies ergibt einen Anteil der Flächen zur Windenergieerzeugung von rund 2,00 % an der Landkreisgrenze.</li> </ul> <p>Das Ergebnis zeigt, dass die Übernahme des SO 09 Geversdorf/Oberndorf in den Entwurf des RROP 2015 in keiner Weise notwendig war.</p>	<p>Es besteht keinerlei rechtliche Verpflichtung lediglich Flächen in dem Maße auszuweisen, dass der Windenergie substanziell Raum geschaffen wird. Insbesondere aufgrund der Lage des Landkreises, nimmt der Landkreis Cuxhaven im Rahmen der politisch beschlossenen und gesellschaftlich gewollten Energiewende eine besondere Bedeutung ein. Der Landkreis Cuxhaven hat im Rahmen des RROP Entwurfs 2014 ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt. Die Herausnahme einzelner Vorranggebiete, aus anderen Gründen als öffentlichen Belange, würde diesem einheitlichen Konzept widersprechen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.53	E 01	<p>Der Landkreis Cuxhaven hat die 7. Änderung der Flächennutzung der SG Am Dobrock bzw. das SO Geversdorf / Oberndorf mit einem Abstand von 500 m zur Wohnbebauung genehmigt, was nicht rechtens ist. Der 12. Senat des OVG-Lüneburg geht in seiner Begründung zum Verfahren 12 KN 140173 vom 13.10.2014 darauf ein, dass im Umweltbericht des RROP 2012 für den LK Cuxhaven mit Blick auf mögliche Umweltauswirkungen durch die Windenergienutzung im Bereich Geversdorf/Oberndorf durch den LK Cuxhaven selbst ausgeführt wurde, dass dort „Ortslagen“ durch visuelle Wirkungen sowie Lärm betroffen sein werden. Im Widerspruch dazu hatte der LK Cuxhaven das Gebiet mit einem Abstand von 500 m (für „sonstige wohnbaufläche Nutzungen“) statt 1.000 m (Ortslage“) zur Wohnbebauung im RROP 2012 und auch weiterhin im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesen und - wie oben beschrieben - die F-Planänderung genehmigt. Nachfolgend wird die Definition „Ortslage“ aus der Begründung des Entwurfs des RROP 2015 für den LK Cuxhaven (S. 8) wiedergegeben: „... Ortslage wird dahingehend definiert, dass es sich bei diesen um eine im Zusammenhang bebaute Fläche handelt, die neben Wohnbaufläche auch Industrie- und Gewerbefläche, Fläche gemischter Nutzung (beispielsweise Landwirtschaftlicher Hof inkl. eines Wohngebäudes) sowie Fläche besonderer funktionaler Prägung (z.B. Gebäude öffentlicher Verwaltung, Krankenhäuser) enthält. Zudem enthält die Ortslage auch die dazu in einem engen räumlichen oder funktionalen Zusammenhang stehenden Flächen des Verkehrs, von Gewässern, von Flächen die von Bauwerken und sonstigen Einrichtungen für Erholung, Sport und Freizeit belegt sind, sowie Vegetationsflächen. Eine Ortslage hat dabei eine Fläche von 10 Hektar oder 10 Anwesen.</p>	<p>Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.54	E 01	<p>Oberndorf-Bentwisch ist ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil von Oberndorf. Dies geht auch eindeutig aus den vorhandenen Ortsschildern hervor. „Ortstafeln in Deutschland sind nach Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 StVO die Verkehrszeichen 310 und 311. Sie sind ohne Rücksicht auf Gemeindegrenze und Straßenbaulast dort anzubringen, wo ungeachtet einzelner unbebauter Grundstücke die geschlossene Bebauung auf einer der beiden Seiten der Straße beginnt oder endet“, Wikipedia.</p>	<p>Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017	P017.55	E 01	Aus der Zeit um 1775 ist bekannt, dass das Gut Bentwisch zum Kirchspiel Oberndorf gehörte. Die Adelsfamilie Bremer in Cadenberge besaß — neben dem Gut Bentwisch - mehrere Güter auf dem rechten Osteufer, weswegen hier auch eine Fähre u. a. zum Warentransport betrieben wurde. Später befand sich beim Gut auch eine Mühle. Unser Haus stammt aus dem Jahre 1786 und steht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gut Bentwisch. Bis in die 70er Jahre hatte Bentwisch eine eigene Schule und Fähre. Heute sind hier das Feuerwehrhaus, der traditionelle Schützenverein Bentwisch, der Brassen Club Bentwisch, Segelverein, Wohnmobilstellplatz, ÖPNV (regelmäßiger Busverkehr) sowie der Spielplatz, was die hier überwiegende wohnbauliche Nutzung unterstreicht. Auf der ca. 3 km langen Strecke am Ostedeich zwischen dem Neuenseer Schleusenfleth und der Oberndorfer Brücke stehen rund 50 Häuser. D.h. ca. alle 60 m ein Haus. Dies ist nur ein Teilbereich unmittelbar am SO 09, insgesamt stehen in Bentwisch 80 Häuser. Als historisch gewachsene Straßendorfsiedlung entlang des Ostedeichs sind die Häuser hier i.d.R. sehr alt.	siehe P017.54	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.56	E 01	Die Dichte der Bebauung in diesem Bereich verdeutlicht auch die Topographische Karte, Blatt 2220 Cadenberge.	siehe P017.54	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.57	E 01	Oberndorf-Bentwisch weist damit „in größerer Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang“ aus. Es ist ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil von Oberndorf und somit eine Ortslage. Der in diesem Fall vorzusehende Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung wurde bei der Genehmigung des SO Geversdorf/Oberndorf nicht beachtet.	siehe P017.54	Nicht zu berücksichtigen.
P017	P017.58	A	Unsere Einwendung erheben wir auch als Mitglieder der „Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste“.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P017a	P017a.01	E 01	Kriterienkataloge (Auszug) - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cuxhaven / Landkreis Stade / NLT; Kriterium: Naturschutzgebiet Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 200m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 200m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 200m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 200m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.02	E 01	Kriterium: Natura-2000-Gebiet soweit nicht zu vereibarendem Schutzzweck / Erhaltungszielen (v.a. Schutz von Vogel- und Fledermausarten) Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 1.200m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.03	E 01	Kriterium: Natura-2000-Gebiet Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 500m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 500m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 500m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 500m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.04	E 01	Kriterium: Brutvogellebensräume nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 1.200m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017a	P017a.05	E 01	Kriterium: Brutvogellebensräume lokaler Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 500m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.06	E 01	Kriterium: Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 200m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 200m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 200m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.07	E 01	Kriterium: Gastvogellebensräume internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 1.200m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.08	E 01	Kriterium: Gastvogellebensräume regionaler und lokaler Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 500m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.09	E 01	Kriterium: Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 500m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 500m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 500m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 500m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.10	E 01	Kriterium: Naturschutzfachliche Schutzgebiete, Vorranggebiete Natur und Landschaft, gesetzlich geschützte Biotop sowie Vogelbrut- und rastgebiete landesweiter und höherer Bedeutung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 200m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017a	P017a.11	E 01	Kriterium: Wald Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 100m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 100m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 100m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 100m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 200m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.12	E 01	Kriterium: Gewässer oder Gewässerkomplexe Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: ≥ 1.200m	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.13	E 01	Kriterium: Oste Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 750m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 750m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 0m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.14	E 01	Kriterium: Fließgewässer 1. Ordnung und stehende Gewässer > 1 ha Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 50m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.15	E 01	Kriterium: Küstengewässer ab MTHW-Linie Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 150m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.16	E 01	Kriterium: Gewässer 1. und 2. Ordnung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 50m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017a	P017a.17	E 01	Kriterium: Mindestabstand zwischen Vorranggebieten Windenergienutzung Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: 5km	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.18	E 01	Kriterium: Abstände Windparks untereinander Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): im Bereich der LK-Grenze: 2 km zu vorhanden Windparks, in waldreichen Samt- und Einheitsgemeinden: 3km, im Landschaftsraum Ostemarsch: 5km, im übrigen LK: 4km, LK übergeifend: 0km, Abstand neue Windparks im LK Cuxhaven zu bestehenden Windparks im Nachbarlandkreis: 2km Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): im Bereich der LK-Grenze: 2 km zu vorhanden Windparks, in waldreichen Samt- und Einheitsgemeinden: 3km, im Landschaftsraum Ostemarsch: 5km, im übrigen LK: 4km, LK übergeifend: 0km, Abstand neue Windparks im LK Cuxhaven zu bestehenden Windparks im Nachbarlandkreis: 2km Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": im Gebiet des Landkreis Cuxhaven: 4km, Abstand zu Windparks im Nachbarlandkreis: nicht festgelegt Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): Im Gebiet des LK Stade: 4-5km Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.19	E 01	Kriterium: Ortslagen Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 1.000m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 1.000m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 1.000m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.20	E 01	Kriterium: Sonstige wohnbauliche Nutzungen Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): 500m Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): 500m Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": 500m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): k.A. Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.21	E 01	Kriterium: Siedlungsflächen gem. Bauleitplanung und tatsächlicher Siedlungskörper Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 800m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P017a	P017a.22	E 01	Kriterium: Splittersiedlungen / Einzelhäuser im Außenbereich Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": k.A. Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): 600m Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P017a	P017a.23	E 01	Kriterium: Mindestgröße Ausschlussgebiete mit Pufferzonen (RROP 2012 LK CUX): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2014 - Entwurf, LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014): k.A. Weiche Tabuzone (RROP 2015 - Entwurf LK CUX, Beschluss Kreisausschuss v. 26.03.2014, "...in einigen wenigen Punkten angepasst...": mind. 3 Anlagen à 150m Weiche Tabuzonen (RROP 2013 LK Stade, Ausschuss f. Regionalplanung und Umwelt v. 24.02.2012): mind. 4 Anlagen (150 - 180m) Weiche Tabuzone (Niedersächsischer Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung v. 6.2. 2014 / Okt. 2014: k.A.	Anlage - Gegenüberstellung ausgewählter Kriterien Landkreis Cux / Landkreis Stade / NLT Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P018	P018.01	SO 09	hiermit erhebe ich Einwendung gegen die Ausweisung des Standortes SO 09 „Geversdorf / Oberndorf“ als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und begründe dies wie folgt:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P018	P018.02	SO 09	Im jetzt vorliegenden Entwurf des RROP 2015 wird der Standort SO 09 Geversdorf/Oberndorf weder als Potentialfläche noch als Vorranggebiet ausgewiesen. Die Hinderungsgründe dafür sind maßgeblich die hier vorherrschenden arten- und naturschutzfachlichen Belange, die durch diverse Gutachten und behördliche Stellungnahmen bestätigt wurden, außerdem aufgrund der „naturschutzfachlichen Einschätzung“ des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven vom 12.06.2015 als Bestandteil des Entwurfs des RROP 2015. Trotzdem wurde der SO 09 Geversdorf/Oberndorf als bauleitplanerisch gesicherter Bereich im Entwurf des RROP 2015 aufgenommen. Hier dürfen somit raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet werden, was ein Widerspruch ist. Der LK Cuxhaven selbst hatte die relevante 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock mit Bekanntmachung vom 28.08.2014 genehmigt. Die natur- und artenschutzfachlichen Belange waren dem Landkreis Cuxhaven zur Zeit der Genehmigung des F-Plans umfassend bekannt. Während die parallel laufende Baugenehmigung nach BImSchG aufgrund der natur- und artenschutzfachlichen Belange wiederholt abgelehnt wurde, hat der Landkreis Cuxhaven die 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock im Widerspruch dazu genehmigt.	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP. Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Windparkflächen, die bereits von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven im Rahmen von Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Damit berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven die Planungshoheit der Gemeinden. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung. Dabei werden im Zuge einer Abwägung alle Belange eingestellt, die für oder gegen einen Standort sprechen. Diese Abwägung ist für alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche transparent in der Begründung dargelegt worden. Gründe, die eine Übernahme des Standortes Geversdorf-Oberndorf zwangsweise für eine Windenergienutzung ausschließen, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.03	A / E 11	Die Genehmigung der F-Planänderung und damit die Möglichkeit zur Ausweisung als bauleitplanerisch gesicherte Fläche im Entwurf des RROP 2015 ist nicht rechtens, da:	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.04	A	• das RROP 2012 unwirksam ist (Urteil des OVG-Lüneburg vom 14.05.2014)	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.05	A	• der unmaßgebliche Entwurf des RROP 2014 keine rechtliche Grundlage bildet	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.06	A	• die Veränderungssperre bewusst zu spät beschlossen wurde	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.07	E 11	• es sich hier nicht um einen Altstandort handelt, dem im Rahmen eines Ziel-Ausnahme-Verfahrens die Möglichkeit zum Repowern gegeben werden kann	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P018	P018.08	A	Im vorliegenden Entwurf wird nicht ausreichend deutlich, dass hier gemeinsam mit dem Landkreis Stade einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen á 186 m auf 214 ha errichtet werden soll (s. RROP 2013 LK Stade). Kumulative Wirkungen bleiben gänzlich unberücksichtigt.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht des RROP Entwurfs 2015 und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.09	E-N / S 09	Die Einzelfallbetrachtung der SO Geversdorf/Oberndorf aus naturschutzfachlicher Sicht (s. Begründung S. 45) ist nur eine Ausschnittsbetrachtung und wird dem ökologisch sensiblen Bereich der „Ostemarsch“ nicht vollumfänglich gerecht. Die Oste ist mit ihrem gesamten Einzugsgebiet als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen, in der das SO 09 ein Teilbereich ist.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untere Oste" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste". - Für die Berücksichtigung des Biotopverbunds bzw. der Biotopvernetzung gibt es keine planerische Grundlage; so ist die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" beispielsweise nicht von einem Vorranggebiet Biotopverbund nach dem LROP-Entwurf 2014 bzw. -Entwurf 2015 betroffen. - Für den Bereich der Oste kann die Funktion eines Korridors unzweifelhaft angenommen werden; für den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung bedürfte es einer genaueren Betrachtung.	Kenntnisnahme.
P018	P018.10	A	Auch die aktuelle Ausweisung der Naturschutzgebiete „Untere Oste“ und „Hadelner und Belumer Außendeich“ sind zu berücksichtigen.	Der Abstand zwischen der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" und dem im Verfahren befindlichen Naturschutzgebiet "Hadelner und Belumer Außendeich" beträgt etwa 7,4 bis 7,5 km; dies ist für eine Berücksichtigung wohl zu weit entfernt. Der Abstand zwischen der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" und dem im Verfahren befindlichen Naturschutzgebiet "Untere Oste" beträgt etwa 0,5 bis 0,6 km; dies entspricht in etwa dem Abstand zum ausgewiesenen Naturschutzgebiet "Schnook".	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P018	P018.11		Laut NLT-Arbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie“ (Oktober 2014) sind die Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen u.a. bei Gänsen und Greifvögeln sowie überregional bedeutsame Zugkonzentrationskorridore freizuhalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P018	P018.12	E 01	Der Landkreis Cuxhaven hat die 7. Änderung der Flächennutzung der SG Am Dobrock bzw. das SO Geversdorf/Oberndorf mit einem Abstand von 500 m zur Wohnbebauung genehmigt, was nicht rechtens ist, denn es handelt sich hier um eine Ortslage.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Nicht zu berücksichtigen.
P018	P018.13	A	Meine Einwendung erhebe ich auch als Mitglied der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.01	A	im Zuge unserer Aktivitäten im Großraum Kuhstedt haben wir bereits auf der Gemarkung Kuhstedt in Rotenburg-Wümme (ROW) Windenergieanlagen errichtet und planen aktuell weitere WEA zur zeitnahen Umsetzung. Zusammen mit der Interessengemeinschaft Kuhstedt GbR und unserem strategischen Partner der PNE Wind AG bereiten wir derzeit das Windenergieprojekt mit dem internen Arbeitstitel „Kuhstedt II“ zur zeitnahen Umsetzung vor. Dieses Projekt befindet sich in der Grenzbebauungssituation u.a. zu der hier nachfolgend beschriebenen Fläche. Im Zuge dieser Aktivitäten wurden wir von Bürgern im Landkreis Cuxhaven (CUX) und aus dem Landkreis ROW auch auf die Fläche bei Altwistedt angesprochen und wir haben uns an der Flächenvergabe der neugebildeten Interessengemeinschaft Altwistedt GbR beteiligt und letztendlich den Zuschlag für eine ggf. mögliche Umsetzung des nachfolgenden Projekts erhalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P019	P019.02	E 01	Wir möchten nun auf der Grundlage Ihres Entwurfs zur Regionalplanung vom 12.06.2015 diesen Gedanken nochmals aufgreifen und auf der vorbenannten Grundlage zur Diskussion stellen, bzw. mit der Unterstützung der Interessengemeinschaft Altwistedt GbR zur Prüfung auf Umsetzung vorlegen. Dieses Ansinnen hatte Ihnen Herr Dr. Schröder (GF Landvolk Niedersachsen) unter anderen in seinem Anschreiben vom 15.04.2015 an Sie mitgeteilt und dabei um die Berücksichtigung dieses Bereiches als Vorrangfläche Windkraft gebeten. Die zur Diskussion stehende Fläche ist somit bei Ihnen aktenkundig. Diese Fläche wurde von Ihnen auch als Fläche 044 als Potentialfläche gefunden, jedoch letztlich nicht als Vorrangzone Wind im Entwurf des RROP2015 vom 12.06.2015 vorgeschlagen. Aus Ihrem Entwurf haben wir den Teilbereich mit der bezeichneten Fläche 044 unten abgebildet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.03	E 01	Die Potentialflächen sind zunächst als mögliche Vorranggebiete geeignet, da sie nicht von den Tabuzonen berührt werden und somit weder aus rechtlichen, tatsächlichen noch aus planerisch-konzeptionellen Gründen für eine Windenergienutzung ungeeignet sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.04	A	Im Zuge der Verhandlungen mit der IG Altwistedt GbR und nach deren Auftragserhalt, hat die eNatura bei den zuständigen Vertretern der Gemeinde Beverstedt, hier Herr Dieter Allers, Leiter Geschäftsbereich III, das Projekt vorgestellt und über unser Anliegen informiert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.05	A	Die Einbindung des Landvolkes und die Bildung der IG Altwistedt GbR mit den vom Landvolk im Namen von Herrn Dr. Schröder entwickelten Kriterien sorgt für Einvernehmen in der Bürgerschaft und Interessengleichlauf bei den Grundeigentümern.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.06	E 01	In der Entwicklung der Flächenkulisse für Windvorrangstandorte erfüllt die Potentialfläche 044 alle vom Kriterienkatalog RROP 2015 geforderten Eigenschaften. Im Bild unten ist der Teilausschnitt der gefundenen Potentialflächen im Raum Altwistedt/Beverstedt/Kirchwistedt dargestellt, wonach alle harten und weichen Kriterien aus dem Entwurf zum RROP2015 vom 12.06.2015 zur Anwendung kamen. Harte Tabuzone Siedlungsfläche: 420m um Bebauung Weiche Tabuzone Siedlungsfläche, 1000m Ortslage, 500m Aussenbereich	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.07	E 01	Insbesondere die harten und weichen Kriterien zum Kriterium Abstand zu Siedlungen und Abstand zum Außenbereich Wohnbebauung werden eingehalten. Die Fläche 044 eignet sich in Bezug auf diese Kriterien sogar besonders gut, da durch die explizite Lage der Fläche eine Einflussminimierung auf die Siedlungsflächen besteht, die durch die Eingrenzung der Fläche 044 durch die Waldgürtel unterstrichen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.08	E 01	Naturschutz fachliche Gründe sprechen ebenfalls nicht gegen die Potentialfläche 044, wie aus der Karte im Entwurf zum RROP 2015 ersichtlich wird. Eigene Gutachten im nahen Bereich der Fläche 044 und aktuell laufende Kartierungen zeigen keine naturschutzfachlichen Beschränkungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.09	A	Die Flächen werden derzeit landwirtschaftlich genutzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.10	A	Von Seiten der eNatura ist eine gesamtheitliche, Landkreis übergreifende Planung, bzw. Umsetzung vorgesehen. Zusammen mit den strategischen Partnern und den Interessengemeinschaften Kuhstedt und Altwistedt GbR würde eine homogene und ertragsoptimierte Gesamtsituation entstehen können, welche von Seiten der betroffenen Bevölkerung in beiden Landkreisen CUX und ROW mitgetragen würde. Darüber hinaus käme es sogar zu dem Effekt, dass sich Landkreis übergreifend die Bevölkerung vor Ort an diesem Bürgerwindparkprojekt beteiligt. Diese besondere Situation ermöglicht eine besonders weitsichtige und koordinierte Planung in allen Belangen an einer Landkreisgrenze, welche auch durch betroffene Bevölkerung vor Ort getragen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P019	P019.11	E 01	Obwohl somit alle formalen Kriterien, insbesondere auch die Mindestflächengröße, für eine Ausweisung der Fläche 044 als Vorrangstandort Windenergie im RROP 2015 gegeben sind, wurde diese Fläche nicht vorgeschlagen.	Eine nochmalige Erweiterung des bestehenden Windparks Kirchwistedt-Altwistedt ist durch das einheitliche Planungskonzept nicht möglich. Die Potentialfläche 044, um die der Windpark erweitert werden soll, wird durch eine Landesstraße sowie einem Wald und einen Puffer von 100m zum Wald von dem ausgewiesenen Vorranggebiet abgetrennt. Ein optisch zusammenhängender Park ist somit aus Sicht des Landkreises Cuxhaven nicht gegeben. Als eigenständiger Windpark kann diese Potentialfläche ebenfalls nicht ausgewiesen werden, da sie nicht den Kriterien des Landkreises (4km Abstand der Windparks untereinander) entspricht.	Nicht zu berücksichtigen.
P019	P019.12	E 01	Im folgenden die Begründung für den Ausschluss der Fläche 044, entnommen aus dem Entwurf zum RROP 2015 vom 12.06.2015: „Alle Potentialflächen wurden einzeln überprüft, ob diese innerhalb eines vier Kilometer Mindestabstandes liegen. Sofern dies der Fall ist, ist eine Ausweisung als Vorranggebiet nicht möglich. Dies betrifft folgende 172 Potentialflächen: 003, 004, 006, 010, 011, 014, 018, 020, 023, 025, 026, 027, 028, 029, 030, 031, 035, 036, 037, 038, 039, 044, 051, 052, 055, 056, 057, 059, 060, 061, 062, 064, 065, 067, 069, 072, 073, 076, 077, 083, 085, 086, 088, 091, 092, 096, 097, 098, 102, 105, 109, 110, 113, 115, 119, 120, 123, 124, 125, 132, 134, 137, 138, 139, 143, 145, 146, 147, 151, 152, 153, 154, 155, 157, 160, 161, 163, 164, 165, 167, 171, 172, 175, 176, 177, 179, 182, 183, 185, 186, 187, 188, 189, 193, 194, 195, 197, 199, 203, 204, 206, 208, 210, 211, 212, 214, 217, 219, 221, 223, 226, 231, 233, 238, 244, 249, 251, 258, 259, 261, 264, 266, 268, 269, 270, 271, 276, 282, 283, 284, 288, 290, 292, 293, 295, 300, 301, 302, 306, 307, 308, 309, 319, 320, 321, 322, 326, 332, 333, 335, 336, 339, 340, 342, 346, 348, 349, 350, 352, 353, 359, 365, 366, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 375, 376, 378.“	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.13	E 01	Die Potentialfläche 044 wird somit als geeignete Fläche gefunden, die jedoch im 4 km Radius eines existierenden Windparks liegt und somit im letzten Schritt der einzelfallbezogenen Flächenuntersuchung mit dem Kriterium des pauschalen 4 km Abstandes zwischen Windparks verworfen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P019	P019.14	E 01	Die Begründung ist nicht einleuchtend, insbesondere nicht in Bezug auf die im Entwurf zum RROP 2015 weiter geführte Einzelfallbetrachtung. Diese führt wie folgt aus: „Einige Potentialflächen befinden sich innerhalb eines Puffers eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches, sind jedoch innerhalb der in der Flächennutzungsplandarstellung ausgewiesenen Fläche bzw. direkt angrenzend zu dieser. Da an diesen Standorte in der Regel eine Belastung des Landschaftsbildes gegeben ist und kein neuer Vorrangstandort entstehen würde, sondern lediglich ein bestehendes Windpark als Vorranggebiet übernommen werden würde, werden folgende Potentialfläche trotz Unterschreitung des Mindestabstandes im dritten Arbeitsschritt weiter vertiefend untersucht und scheiden vorerst nicht aus der Betrachtung aus: Auszug: ... 032, 144 (Windpark Appeln) 022, 042, 078 und 174 (Windpark Kirchwistedt-Altewistedt) 050,075,111,162, 166, 205, 323 fWindpark Bramstedt-Wittstedt) 066,082,095,232, 317, 331 (Windpark Heerstedt-Lunestedt) 048, 071, 121, 127, 343, 361 (Windpark Heerstedt-Lohe) ...“	Siehe Stellungnahme P019.11	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P019	P019.15	E 01	Potentialfläche 044 liegt im 4 km Puffer eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches, ebenso z.B. wie die Flächen 078, 042, 174 und 022. Die gleiche Begründung für die Berücksichtigung der Flächen 078, 042, 174 und 022 gilt auch für die Fläche 044, da Fläche 044 an die Fläche 078 im Sinne eines zusammenhängenden Windparks angrenzt. Solche Angrenzungen von Flächen, die zu einem Gesamtgebiet führen, wurden in der Einzeluntersuchung von Flächen zum RROP 2015 wiederholt durchgeführt. Dabei trennen solche Flächen die unterschiedlichsten Objekte, etwa Landstraßen, Waldsäume oder Hochspannungsleitungen. Insbesondere auch im Windpark Heerstedt-Lunestedt, die zu dem Vorrangstandortvorschlag SO 11 führen. In diesem Gebiet sind zwei Teilbereiche vereint, die einen ähnlichen Abstand voneinander haben, wie die Flächen 044 und 078. Mit einer analogen Berücksichtigung der Fläche 044 im Vorschlag zu SO 15 entsteht somit ein zusammenhängender Windpark. Mit derselben Begründung wie die Vorrangfläche SO 15 kann nun auch Potentialfläche 044 als Vorrangzone etabliert werden.	Siehe Stellungnahme P019.11	Nicht zu berücksichtigen.
P020	P020.01	A	als Windparkplaner und Windparkbetreiber sind wir - die wpd onshore GmbH & Co. KG - von der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 des Landkreises Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015, betroffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P020	P020.02	SO 31	Wir planen die Errichtung und den Betrieb eines Windparks am Standort Osten-Isensee. Hierzu haben wir mit fast 30 Grundstückseigentümern auf einer ca. 200 ha großen Fläche Nutzungsverträge abgeschlossen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P020	P020.03	SO 31	Wir begrüßen die Überarbeitung des RROP Entwurfs 2014, und begrüßen ausdrücklich die überarbeitete Abgrenzung der Gebietskulisse des Standorts Osten-Isensee, wie sie in der Detailkarte 31 des RROP Entwurfs 2015, Stand Juni 2015 (Fläche: 154 ha) dargestellt ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P020	P020.04	E 01	Ein grundlegender Abwägungsmangel (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12) lässt sich hier nicht erkennen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021	P021		siehe P018	siehe P018	siehe P018
P022	P022.01	A	die Lamping Verwaltungsgesellschaft mbH Windpark Nordholz GbR betreibt die im Windpark Cappel-Neufeld befindlichen fünf Windenergieanlagen des Typs ENERCON E30 mit 55 m Gesamthöhe. Die Verwaltungsgesellschaft ist an einem Repowering der Anlagen interessiert. ÖKOTEC Windenergie GmbH unterstützt sie hierbei hinsichtlich der notwendigen Prüf- und Planungsschritte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P022	P022.02	A	Der aktuelle Entwurf des RROP Teilabschnitt Windenergie (Stand Juni 2015) weist aufgrund des aktuellen Flächennutzungsplanes (mit Sonderbaufläche Windenergie) am Standort ein bauleitplanerisch gesicherten Bereich aus. In entsprechenden Bereichen sollen im Interesse des Ausbaus der Erneuerbaren Energien Repoweringvorhaben ermöglicht werden. Um das Interessen unseres Auftraggebers in den Planungsprozess einzubringen, nehmen wir namens und im Auftrag der Lamping Verwaltungsgesellschaft mbH Windpark Nordholz GbR im Rahmen der aktuellen Offenlage wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P022	P022.03	SO 27	Im Rahmen der Offenlage zum 1. Entwurf Stand Juni 2014 hat die Kanzlei Dombert Rechtsanwälte zum Planungskonzept mit Schreiben vom 15.8.14 ausführlich Stellung genommen und die Ausweisung des Gebiets Nordholz / Cappel-Neufeld (Detailkarte 27) als Vorranggebiet Windenergie beantragt. Dieser Antrag wird mit Verweis auf die in der genannten Stellungnahme dargestellte Begründung – die weitgehend weiterhin greift - aufrechterhalten.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P022	P022.04	B 11	Die im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs vorgenommene Änderung in Ziffer 11 neu, wonach Repoweringvorhaben nun nicht mehr auf die in bestehender rechtsgültiger Bauleitplanung ggf. festgelegte Höhe bzw. auf die Bestandshöhe beschränkt werden, wird im Interesse einer optimalen Ausnutzung eines Standortes für regenerative Energien hingegen ausdrücklich begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P022	P022.05	B 11	Die vorgesehenen Regelungen: „Ein Repowering ...“, das entweder die bisher im FNP festgelegte Gesamtanlagenhöhe übersteigt, oder – sofern keine Höhenbegrenzung im FNP bisher vorliegt – die bisherige Gesamtanlagenhöhe übersteigt, setzt folgendes voraus: Im Flächennutzungsplan muss eine neue höhere oder erstmalige Gesamtanlagenhöhe festgelegt werden. Sieht der Flächennutzungsplan keine Höhenfestlegung vor, wird gemäß Ziffer 05 Satz 4 verfahren.“ Nach Ziffer 05 Satz 4 erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG, wenn die Gemeinde von ihrem Recht auf Höhenfestlegung im Rahmen der Bauleitplanung keinen Gebrauch macht, sind jedoch widersprüchlich und insoweit missverständlich. Wir regen daher an, eine klarstellende Formulierung aufzunehmen, die eindeutig regelt, dass die Höhenfestlegung alternativ im FNP oder im Genehmigungsverfahren nach BImSchG erfolgen kann.	Die zitierte Regelung in Ziffer 11 wird als ausreichend klar angesehen. Ein Widerspruch oder eine missverständliche Regelung lässt sich nicht erkennen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P022	P022.06	E 11	In Ziffer 11 der Entwurfsunterlagen wird für einzelne Windparks, darunter auch Cappel-Neufeld, als Voraussetzung für ein Repowering festgelegt, dass sich die Gesamtrotorfläche nicht wesentlich erhöht. Als „nicht wesentlich“ wird eine Erhöhung der Gesamtrotorfläche um 15 % angesehen. Die 15%-Regelung basiert ausweislich der Begründung nicht auf rechtlichen Vorschriften oder Fachmeinungen, sondern resultiert aus Überlegungen und Berechnungen des Landkreises Cuxhaven. Im Interesse von naturschutzfachlichen Belangen zielt die Regelung auf eine Verringerung der Anlagenzahl. Eine konkrete Herleitung der 15 % wird nicht vorgenommen. Die Festlegung ist damit weder hinreichend begründet, noch nachvollziehbar.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Nicht zu berücksichtigen.
P022	P022.07	E 11	Die Reglementierung der Rotorfläche erweist sich zudem als ungeeignet. Dieser Ansatz wird der Zielvorstellung, die Anlagenzahl zu reduzieren und zugleich durch das Repowering wirksam zur Energiewende beizutragen, nicht hinreichend gerecht.	Siehe Stellungnahme P022.06	Nicht zu berücksichtigen.
P022	P022.08	E 11	Diese Regelung in Cappel-Neufeld umgesetzt, würde zwar zu einer Reduzierung der Bestandsanlagen des Typs E30 / E33 mit Faktor 5:1 führen, die Begrenzung der Rotorfläche verhindert zugleich eine optimale Anlagenwahl, da sie den vollständigen Ersatz der Altanlagen durch Anlagen der Größenklasse ENERCON E80 mit rd. 100 m Anlagenhöhe unterbindet, stattdessen müssten aufgrund der Regelung im Zuge des Repowerings z.T. unwirtschaftlichere Anlagen mit kleineren Rotordurchmesser (bei sonst gleicher Anlagenzahl und -höhe) gewählt werden. Wir regen daher an, im Interesse eines wirksamen Beitrages des Repowerings zur Energiewende auf diese vorgesehene Reglementierung der Rotorfläche zu verzichten.	Siehe Stellungnahme P022.06	Nicht zu berücksichtigen.
P022	P022.09	A	Naturschutzfachliche Belange sind ohnehin im Rahmen der Genehmigungsverfahren auf Grundlage sehr aufwendiger Untersuchungen umfassend zu prüfen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P022	P022.10	B 06	Unter Ziffer 06 der Entwurfsunterlagen wird festgelegt, dass die neu zu errichtenden Windenergieanlagen vollständig in der festgelegten Fläche stehen müssen – einschließlich der Rotorblätter. Wir regen hiermit an, diese Festlegung zu streichen. Sie entspricht nicht der gängigen Praxis und der Maßstabsebene des RROP.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P022	P022.11	E 01 / E 06	Wir geben dabei auch zu bedenken, dass sich die Begründungen zu den in Anwendung gebrachten Kriterien hinsichtlich der Abstandserfordernisse auch auf Angaben und Regelwerke beziehen, die nach praxisüblicher Vorgehensweise Abstände zum Anlagenturm zu Grunde legen. Die Planungskonzeption wäre im Falle der Beibehaltung der o.g. Regelung auch in dieser Hinsicht unschlüssig.	Siehe Stellungnahme P022.10	Nicht zu berücksichtigen.
P023	P023.01	A	Wir haben seit Jahren einen alten Strommast auf unserem Land stehen. Immer schon wollten wir dort ein Storchennest aufsetzen. Jetzt im April war es soweit, dass Nest war aufgesetzt. Nu hieß es warten. Es dauerte knapp eine Woche da liess sich der erste Storch nieder. Zwischendurch waren es zeitweise 6 Störche die sich im Nest niederlassen wollten. Uns freute es. Es ist so schön den Störchen zuzuschauen. Einer hat es geschafft sich zu behaupten und besucht täglich sein Nest und nächtigt auch darin. Leider hat er noch keinen Partner finden können. Wir hoffen das es im nächsten Jahr klappt und viele kleine Störche schlüpfen.	In diesem Jahr gab es keine erfolgreiche Brut. - Eine erfolgreiche Brut im Folgejahr wäre ggf. im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren einzustellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P023	P023.02	SO 31	Es könnte alles so schön sein wenn da der drohende Windpark ( Osten / Isensee) der hier knapp 600 m neben uns erstellt werden soll nicht wäre. Gigantisch 200 m hohe Windmühlen sollen da entstehen. Mehre Flugmeter entfernt blinkt uns jetzt schon der Windpark Oederquart entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P023	P023.03	A	Heute Abend berichtet die Tagesschau das immer mehr Windkraftträder abgestellt werden weil sie zuviel Strom produzieren. Es fehlen die Stromtrassen die den Strom in den Süden bringen. Tschechien baut große Transformatoren weil sie fürchten ein Stromkollaps zu erleiden. Sie können unseren überflüssigen Strom nicht aufnehmen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P023	P023.04	A	Da frage ich mich doch wozu wir hier unsere Idylle durch solche Giganten zerstören lassen müssen.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Die Energiewende wurde politisch beschlossen und ist gesellschaftlich gewollt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P023	P023.05	A	In Hamburg ist es jetzt rechtskräftig das im Umkreis von 1 Km kein Windkraftträd um ein Storchnest gebaut werden dürfe. Ich hoffe das Niedersachsen da nachzieht. Vielleicht hat unser Storch ja Glück und kann hier in Ruhe eine Familie gründen.	Für die Vorranggebiete Windenergienutzung im Entwurf 2015 wird der 1.000 m-Puffer zu Weißstorch-Vorkommen (mit erfolgreicher Brut) eingehalten.	Kenntnisnahme.
P024	P024.01	A	als betroffene Anwohner des o.a. Vorranggebietes (Osten - Isensee, Anm.) für Windenergienutzung widersprechen wir hiermit der Planung des RROP. Diesen Widerspruch begründen wir wie folgt:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P024	P024.02	A	1. Wir befürchten gesundheitliche Gefahren und Beeinträchtigungen durch optische Bedrängung, Schattenschlag, nächtliche Blinkfeuer und in besonderem Maße durch die Auswirkungen von dauerhafter Berieselung durch Infra- und niederfrequenten Schall.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P024	P024.03	A	Gerade die daraus resultierende gesundheitliche Gefährdung ist in zahlreichen Untersuchungen belegt, u.a. sehr verständlich und eindrucksvoll in der Studie "Gefährdung der Gesundheit durch Windkraftanlagen" des "Ärzteforum für Immissionsschutz - unabhängiger Arbeitskreis erneuerbarer Energien - Bad Orb", zu finden unter <a href="http://www.vernunftkraft.de">www.vernunftkraft.de</a> .	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P024	P024.04	A	Während die LVBW und das LGA lapidar und ohne Belege behaupten, dass die permanente Einwirkung von Infraschall in Schallbereichen außerhalb der Wahrnehmungsgrenzen unschädlich sei, ist der internationale Kenntnisstand ein anderer. Internationale Experten, wie Prof. Alec Salt / U.S.A., Möller / Dänemark, Pedersen / Schweden, die britische Gesellschaft für "Wind Vigilance", sowie die deutschen Professoren Krake und Quambusch kamen in unabhängigen Untersuchungen zu dem mehr oder weniger gleichen Ergebnis des schädlichen Wirkungsspektrums durch Infraschall auf den Menschen.	Siehe Stellungnahme P024.03	Nicht zu berücksichtigen.
P024	P024.05	A	Dies zu ignorieren hieße billigend und vorsätzlich mögliche gesundheitliche Schäden der Anwohner von WKA's in Kauf zu nehmen.	Siehe Stellungnahme P024.03	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P024	P024.06	A	2. Unser historischer Reetdachhof wurde aufwändig renoviert. Durch den Bau der Windkraftanlagen wäre der Wertverlust der Immobilie erheblich. Dass Windenergie ein Gut von allgemeinem Interesse ist, welches höher wiegt, kann u.E. so nicht gelten, weil der finanzielle Nachteil der betroffenen Anwohner einem finanziellen Vorteil der Betreiber und Grundbesitzer gegenübersteht.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen.
P024	P024.07	SO 31	3. Das ausgewiesene Gebiet ist so gestaltet, dass es den Bau massiver Industrieanlagen zum Großteil in einem Vorbehaltsgebiet für Naturschutz vorsieht.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht ausschließend. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden. Bezüglich der Einwendung wird klargestellt, dass lediglich ein kleiner Teil der Potentialfläche 008 sowie die Potentialfläche 122 in einem Vorbehaltsgebiet liegt.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P024	P024.08	SO 31	Im Eulenloch unseres Resthofes lässt sich regelmäßig eine Waldohreule nieder. Feldlerche, Steinkauz, Mäusebussard, Silberreiher, Weißstorch, Kuckuck, Gabelweihe, ( Roter Milan / s. Anlage ), Teichhuhn, Grünspecht, Buntspecht, und weitere geschützte bis streng geschützte Vogelarten, sind in diesem Gebiet heimisch und regelmäßig beobachtet worden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zu den Potenzialflächen 008 und 122 gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. Der westliche Teil der Potenzialfläche 008 liegt im 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Ein Brutvorkommen des Rotmilans in räumlicher Nähe zuden Potenzialflächen 008 und 112 ist hier nicht bekannt. - Die Vorkommen der Waldohreule, der Feldlerche, des Steinkauzes, des Mäusebussards, der Silberreiher, des Kuckucks, des Teichhuhns, des Grünspechts, des Buntspechts und weiterer Arten sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P024	P024.09	SO 31	Weiterhin gehören die Breitflügelfledermaus sowie der Abendsegler zu den geschützten, und in dem Planungsgebiet regelmäßig gesichteten Wirbeltieren (s. hierzu Fachbeitrag Fledermäuse im potentiellen Windparkstandort Ahrensdorf /Heinfeld von Dipl.-Biologe Lothar Bach im Auftrag der Stadt Friesoythe). U.a. das "Abkommen zur Erhaltung der Fledermäuse in Europa" (Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil II, 1106 - 1112 ) gehört zu einer Reihe internationaler Konventionen, die die Bundesrepublik Deutschland zum Schutze der Fledermäuse ratifiziert hat. Eine Notwendigkeit der Berücksichtigung von Fledermäusen bei solchen massiven Bauvorhaben lässt sich aus den gesetzlichen Grundlagen ableiten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P024	P024.10	SO 31	Wir bitten Sie, die Planung zu überdenken und den Bau in ein weniger sensibles Gebiet zu verlegen.	Es liegen keine Gründe vor, die zwingend gegen das Vorranggebiet SO 31 - Osten-Isensee - sprechen. Die Ausweisung wird somit beibehalten.	Nicht zu berücksichtigen.
P024a	P024a.01	A	Naturschutz kontra Windkraft? Im Erneuerbare-Energien-Land Brandenburg gewinnt das Thema zunehmend an Bedeutung. Erst recht, nachdem Studien belegen, dass der weitere Windenergie-Ausbau zulasten der Tierwelt geht. Besonders betroffen ist der Rotmilan, aber auch Störche, Eulen sowie Fledermäuse. Allein in Brandenburg werden demnach pro Jahr mehr als 300 Rotmilane getötet.	Anlage zu P024 - Zeitungsartikel aus der Lausitzer Rundschau v. 08.01. 2015 Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P024a	P024a.02	A	Mehr als 3200 Windkraftanlagen gibt es inzwischen in Brandenburg, etwa 24 000 in der Bundesrepublik. Hinsichtlich der installierten Leistung liegt Brandenburg hinter Niedersachsen auf Platz zwei. Im Elbe-Elster-Land drehen sich 202 Windräder (Stand Ende 2012). Aufhorchen lässt eine Studie zu Vogelverlusten der Staatlichen Vogelschutzwarte Brandenburg. Deren Leiter Dr. Torsten Langgemach hat in einem Beitrag für die Fachzeitschrift "Der Falke" erklärt, dass die Vogelschutzwarte auf der Grundlage von etwa 65 000 Anlagenkontrollen für Brandenburg "derzeit vorsichtig mittlere Zahlen von etwa 3,8 Vögeln und vier Fledermäusen pro Jahr und Anlage" kalkuliere.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P024a	P024a.03	A	<p>Besonders betroffen von Kollisionen an Windrädern sind Greifvögel. Zum ersten Mal haben Experten nun wissenschaftlich berechnet, wie viele Rotmilane durch die Rotorblätter von Windrädern erschlagen werden. Dazu wurden in einem Monitoring über mehrere Monate die Schlagopferzahlen in Windparks erfasst. Dr. Langgemach: "Der erste Versuch einer Hochrechnung der Verluste (. . .) wurde durch Personen, denen die Zahlen nicht gefielen, verrissen oder angezweifelt." Die Zahlen, so der Vogelkundler, wurden später einer weiteren wissenschaftlichen Analyse unterzogen, wobei renommierte Experten betraut wurden, die ihre Ergebnisse auch international publiziert hätten.</p> <p>Demnach, so Dr. Torsten Langgemach, ist im Ergebnis "pro Jahr von 308 kollidierten Rotmilanen in Brandenburg auszugehen." Wenn man weiß, dass mehr als die Hälfte des Weltvorkommens dieser Greifvogelart in Deutschland beheimatet ist, ist das ein brisantes Ergebnis und führt den Chef der Vogelschutzwarte zur Erkenntnis: "Für keine andere Vogelart hat Deutschland eine so große regionale Verantwortung."</p>	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P024a	P024a.04	A	<p>Doch wird die auch wahrgenommen? Die Antwort aus dem Landwirtschaftsministerium Brandenburg lässt zweifeln. Mit den 300 getöteten Rotmilanen konfrontiert, schreibt Sprecher Achim Wersin: "Diese Aussage trifft so nicht zu. Die Staatliche Vogelschutzwarte führt eine Statistik der uns bekannten Totfunde, die auch im Internet zugänglich ist. Daraus ersichtlich ist, dass Vögel und Fledermäuse an Windenergieanlagen zu Tode kommen, nicht aber in der angegebenen Größenordnung." Der Ministeriumsauffassung zufolge sei der Bestand des Rotmilans "durch das Freihalten unserer Schutzgebiete (. . .) von Windenergieanlagen gesichert". Demnach kämen nur "Einzelexemplare an Windenergieanlagen zu Tode". Der Sprecher begründet seine Aussagen damit, dass der Schwerpunkt der Rotmilan-Vorkommen in Brandenburg "innerhalb von Schutzgebieten" liege.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P024a	P024a.05	A	<p>Der Landkreis Elbe-Elster sieht sich in dieser Angelegenheit nicht zuständig. "Die Statistik zu Totfunden unter Windkraftanlagen führt das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV). Der Landkreis Elbe-Elster selber macht keine Untersuchungen zu Schlagopfern unter Windkraftanlagen und hat auch keine in Auftrag gegeben und arbeitet hier dem LUGV auch nicht systematisch zu. Dieses liegt auch nicht in seinem Aufgabenbereich", so Pressesprecher Torsten Hoffgaard.</p> <p>Wenn Totfundmeldungen unter Windkraftanlagen beim Landkreis eingehen, würden "diese selbstverständlich an das LUGV weitergemeldet. Hierzu gibt es einen speziellen Meldebogen." Dabei handele es sich aber "um Zufallsfunde, die von Spaziergängern, Landwirten, Jägern oder Naturfreunden gemeldet werden. Aus diesen Zufallsfunden können keine Aussagen abgeleitet werden beziehungsweise sind keine Bewertungen möglich, insbesondere nicht, welche Gebiete am gefährlichsten sind."</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P024a	P024a.06	A	Seit 2007 gibt es bundesweite Empfehlungen über konkrete Mindestabstände zwischen Windrädern und Brutplätzen. Inzwischen sind diese, vor allem wegen höherer Anlagen, teilweise überholt. Deshalb haben die Vogelschutzwarten der Länder neue Empfehlungen erarbeitet. In Nordrhein-Westfalen eskalierte darüber im Vorjahr ein Streit. Das Papier zu den Abstandsempfehlungen aus dem Mai 2014 werde nicht veröffentlicht, weil die Lobby der Windenergie keine weiteren Verschärfungen will – so der Vorwurf der Vogelschützer. Das wies der dortige Umweltminister als "völlig absurd" und als "Verleumdung" zurück und machte seinerseits deutlich, dass solche Empfehlungen vor Gericht "belastbar" sein und deshalb sorgfältig von Fachbehörden geprüft werden müssten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P024a	P024a.07	A	Bildunterschrift: Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll auch in Brandenburg, wo bereits mehr als 3200 Windkraftanlagen stehen – in Elbe-Elster sind es 202 – weiter vorangehen. Und damit erhöht sich das Spannungsfeld zwischen Windkraft und Naturschutz. Eine Studie belegt, dass pro Jahr im Land 308 Rotmilane von den Rotoren der Windräder erschlagen werden. In der Statistik nehmen Greifvögel mit 38 Prozent den traurigen ersten Platz ein. 29 Prozent sind Singvögel, zehn Prozent sonstige Nichtsingvögel, sieben Prozent Wasservögel.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P025a	P025a.01	A	ich bin Eigentümer der Grundstücke Bederkesa Flur 27 Flurstücke 25 und 24 im folgenden Pastorenmoor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P025a	P025a.02	SO 02	Gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Bederkesa / Alfstedt bestehen meine Bedenken im Wesentlichen fort, insofern verweise ich auf meine Stellungnahme vom 15.1.2014 und 05.8.2014.	Die Stellungnahmen wurden in den entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P025a	P025a.03	B 04 / E 04	Die Rücknahme der Rückbauverpflichtung auf eine Tiefe von nur 2,50 m ist nicht akzeptabel ebenso wenig wie die Begründung. Nach § 35 BBauG ist die Anlage nach Aufgabe der dauerhaften Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen sind vollständig zu beseitigen. Bei in der Regel 28 m Durchmesser der Flachgründungen, bleibt es auch unterhalb von 2,50m der häufig aufgeschütteten Fundamente bei einer unzulässigen Bodenversiegelung. Inwieweit eine reine Pfahlgründung ab einer gewissen Tiefe im Einzelfall anders zu bewerten sein kann, bleibt von diesem Prinzip unberührt. Reine Pfahlgründungen sind aber am Standort nicht wahrscheinlich. Die Fundamente sind daher vollständig zurückzubauen, die Regelung im Regionalen Raumordnungsprogramm ist nicht zulässig.	Für die Aufstellung des RROP ist nicht das BauGB, sondern das Raumordnungsgesetz maßgeblich. Ein Verzicht auf den vollständigen Rückbau erscheint verzichtbar, wenn sichergestellt ist, dass eine Nachnutzung durch die Landwirtschaft ermöglicht wird.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025a	P025a.04	A	Die wesentlichen Zielaussagen der Neufassung des Landesraumordnungsprogramms und die Umsetzung der Ziele Vermeidung von Landschaftsbildzerstörung wertvoller Gebiete und landschaftsgebundener Erholung werden im ausgelegten RROP nicht berücksichtigt. Dies ist aber bei der Ausweisung von „Eignungsgebieten“ erforderlich aus der Sicht des LROP.	<p>Es wird hier nicht deutlich, welche Zielaussagen des LROP als "wesentlich" eingestuft werden.</p> <p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.</p> <p>Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden.</p> <p>Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P025a	P025a.05	A / SO 02	Das Regionale Raumordnungsprogramm ist nach § 8 Absatz 4 des NROG aus dem Landesraumordnungsprogramm zu entwickeln und hat dessen Ziele zu übernehmen. Gemäß Punkt 4.2.04 des NROG muss der Umfang der Festlegungen als Vorranggebiet im LK Cuxhaven mindestens eine Leistung von 300MW ermöglichen. Diese Vorgabe ist lange erreicht. Daher ist es auch nicht erforderlich, dass sich die Privilegierung in vollem Umfang auf alle Standorte durchsetzt, um das gesetzgeberische Ziel zu erreichen. Es bleiben auch bei Aufgabe dieses Standortes genügend alternative Standorte für WKA Anlagen möglich. (Vgl. auch Urteil vom 23.10.2014 ,2A 1272/10 VG Stade)	Es ist richtig, dass die Vorgabe im LROP einen Mindestwert darstellt. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Hierfür werden im RROP Vorranggebiete ausgewiesen, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025a	P025a.06	E 01	Die Begründungen des Ausweises aller Eignungsgebiete nach den Kriterien des Landkreises zu Vorranggebieten, begründet mit dem Windenergieerlass, sind unzulässig, insbesondere auch wegen der Nichtrechtswirksamkeit dieses Erlassentwurfes. Bei der Begründung ist für jede Potentialfläche darzulegen welche Belange für oder gegen die Ausweisung sprechen und wie die Abwägung ausgefallen ist. (Amt für regionale Landesentwicklung, Lüneburg vom 12.8.2014) Nur das Kriterium Größe ist nicht ausreichend.	Es wurden nicht alle Potentialflächen als Vorranggebiet ausgewiesen, Wie in der Begründung ausgeführt wird, wurden von 379 ermittelten Potentialflächen nach sorgfältiger Abwägung lediglich 091 Potentialflächen übernommen, aus denen 13 Vorranggebiete gebildet wurden. In der Begründung wurde dabei für alle Potentialflächen dargelegt, welche Gründe für oder gegen eine Ausweisung als Vorranggebiet sprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
P025a	P025a.07	SO 02	Weiterhin ist nicht begründet, weshalb im konkreten Fall die im Entwurf ausgewiesene Schutzzone um das Pastorenmoor gegenüber der Auslegung 2014 wieder verkleinert wurde. Es ist bekannt, dass dieser Bereich zwischen Pastorenmoor und Jungs Tannen von einer Vielzahl von geschützten Wallhecken durchzogen ist.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist. - Die Wallhecken sind im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025a	P025a.08	SO 02	(Fledermäuse) aber auch Flugroute tausender Gänse während des Herbstzuges .	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen. - Zu einem Vogelzug mit tausenden von Gänsen liegen hier keine Informationen vor. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht.	Kenntnisnahme.
P025a	P025a.09	A	Hier liegt der Verdacht nahe, dass man dem Sachverhalt, dass die WKA incl. sämtlicher Komponenten im Vorranggebiet stehen müssen, wieder Raum schaffen will, um die Planung von PNE nicht zu gefährden.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtsprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt. Durch die neue Regelung wird die Planung von PNE nicht ausgeweitet, sondern vielmehr eingeschränkt.	Nicht zu berücksichtigen.
P025a	P025a.10	SO 02	Die mir gehörenden Flächen des Pastorenmoores sind damit erneut voll umstellt. Die dem LK bekannten Kranichsichtungen bleiben nun wieder unberücksichtigt. (Vgl. Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 4.4.2013 zum IMG 31/2012)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025a	P025a.11	SO 02	Hinzuweisen ist erneut auf die bereits bei der Regionalplanung bekannten und zu berücksichtigenden Fledermäuse „ Generell ist anzumerken, dass es sich bei dem Gebiet um einen vielfältigen und strukturreichen Fledermauslebensraum handelt. ...insbesondere wird eine teilweise erhebliche Betroffenheit der Arten Rauhauffledermaus, Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler und Kleinabendsegler festgestellt.“ Naturschutzamt vom 4.4.2013, S.6)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P025a	P025a.12	A	Von all diesen Sachverhalten sind meine Grundstücke und der naturräumliche Wert dieses Bereiches besonders betroffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P025a	P025a.13	SO 02	Der Standort Bederkesa/Alfstedt ist im Umweltbericht als nur bedingt geeignet bezeichnet. Der Landkreis muss aber aus Gründen der Rechtssicherheit bereits im Aufstellungsverfahren die Eignung eines Vorranggebietes soweit geprüft haben, dass sichergestellt ist, dass die geforderten ergänzenden Untersuchungen das Vorranggebiet nicht in Frage stellen (Amt für regionale Landesentwicklung, Lüneburg) Dies ist aber bei Bederkesa/Alfstedt der Fall. So liegen ja z.B. dem LK ausreichende Erkenntnisse vor, dass das Seeadlerpaar auf ihren Nahrungsrouten während der Aufzuchtzeit 2012 u 2013 das Plangebiet regelmäßig überflogen hat und die Forderung nach einer weiteren Raumnutzungsanalyse nur auf Druck der Investoren erfolgt. Da aber Vorranggebiete landesplanerische Letzentscheidungen sind, die auf der Flächennutzungsplanebene nicht mehr abgewogen werden, ist das Gebiet solange nicht auszuweisen, bis seine Eignung hinreichend sicher ist. Er sollte aus diesen und im Umweltbericht genannten Gründen als ungeeignet aufgegeben werden.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Kenntnisnahme.
P025b	P025b.01	A	Zusätzlich zu meinen auf meine Grundstücke in Bad Bederkesa bezogenen Anmerkungen vom 27.7. weitere allgemeingültige Anmerkungen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025b	P025b.02	A	A1 Die durch Flächennutzungspläne bauplanerisch gesicherten Standorte sind ebenfalls als Vorranggebiete auszuweisen, Soweit sie nicht den Kriterien des RROP entsprechen, sind die Flächennutzungspläne anzupassen.	Die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen daher zunächst einmal gar nicht mehr als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.03	A	Es wird angeregt, die abwägungstechnische Herleitung der F-Pläne dem RROP anzupassen.	Für eine solche Anpassung wird keine Relevanz gesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.04	A	Gründe Es sind Eignungsgebiete nach bestimmten einheitlichen Kriterien ausgewiesen. Dann kann man nicht in Flächennutzungsplänen ausgewiesene Gebiete als gesetzt übernehmen, auch wenn sie den Kriterien nicht entsprechen. Damit werden ja gerade die methodischen Regeln für eine solche Ausweisung konterkariert. Dies hat zu mindestens für diejenigen Bereiche zu gelten, in denen Windparks bisher nicht realisiert sind.	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Windparkflächen, die bereits von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven im Rahmen von Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Damit berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven die Planungshoheit der Gemeinden. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung. Dabei werden im Zuge einer Abwägung alle Belange eingestellt, die für oder gegen einen Standort sprechen. Diese Abwägung ist für alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche transparent in der Begründung dargelegt worden.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.05	E 11	Die Abwägung der Eignung "bauplanerisch gesicherter Standorte" ist nicht erfolgt und daher fehlerhaft.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.06	A	A2 Das RROP ist an das LROP anzupassen. Wenn aber Daten fehlen ist auf die Datenlage des Landes zurückzugreifen	Bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 wurden alle dem Landkreis Cuxhaven vorliegenden Daten berücksichtigt. Selbstverständlich wurde dabei auch auf überregionale Daten zurückgegriffen.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.07	A	Gründe Wenn Daten nicht vorliegen oder unzureichend sind, kann man auch nicht abwägen.	Maßgeblich bei der Aufstellung des RROP sind die dem Landkreis vorliegenden aktuellen Daten. Der Landkreis Cuxhaven kann und ist nicht verpflichtet für das gesamte Kreisgebiet eigene Untersuchungen vorzunehmen.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.08	A	Offensichtlich sind ja auch Daten vorhanden die z.B. die Funktionen der Grundzentren definieren (z.B. Erholung und Freizeit für Bad Bederkesa) Diese Funktionen sind gemäß LROP zu sichern. Deshalb sind diese Daten und weitere in die Abwägung einzubeziehen.	Diese Funktionen sind auch gemäß des RROP zu sichern. Die Schwerpunktfunktionen Erholung und Tourismus stehen einem Windpark jedoch nicht per se konfliktträchtig gegenüber.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.09	A	A3 Es wird zu bedenken sein, dass Ersatzzahlungen für die Zerstörung des Landschaftsbildes nicht per se an die Naturschutzstiftung des Landkreises gehen.	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025b	P025b.10	A	Gründe Solange der Landkreis diese Zerstörung des Landschaftsbildes durch seine Planungen auslöst und das Naturschutzamt von Amts wegen diese Schäden zu minimieren hat, besteht ein Interessenkonflikt. In diesem Fall verweist das Naturschutzamt auf fehlende Daten anstatt im Abwägungsprozess mögliche Schäden zu minimieren.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf die Bauleitplanung der Stadt Geestland (bzw. der Samtgemeinde Bederkesa, der Mitgliedsgemeinde Flecken Bad Bederkesa oder der Mitgliedsgemeinde Kührstedt), ggf. auch auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.11	E 01	Das Landschaftsbild oder die Fernwirkung der Anlagen ist sachgerecht nicht in die Auswahlkriterien für Eignungsgebiete einbezogen.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.12	A	Wenn dann der Leiter des Amtes (Aufgabe Schadensminimierung) gleichzeitig Stiftungsvorstandsvorsitzender (Aufgabe Mittelbeschaffung) ist, wird dieser Konflikt besonders deutlich.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.13	A	Da es sich im gesamten Landkreis um Summen im 2 stelligen Millionenbetrag handelt, ist dieser Konflikt zugunsten der Schadensminimierung zu entschärfen. Im Zweifel ist dann gegebenenfalls ein Eignungsgebiet nicht als Vorranggebiet auszuweisen.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.14	A	A4 Der im Entwurf diskutierte Windenergieerlass sollte keinen Einfluss auf die Planungen haben	Der Entwurf des Windenergieerlasses ist nur insoweit ein Thema, als das der Orientierungswert als Orientierungshilfe für die Fragestellung genutzt wird, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wird.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P025b	P025b.15	A	Gründe Planungen sind abzuwägen, ein Erlass ist einer Abwägung nicht zugänglich.	Der Entwurf des Erlasses war zu keinem Zeitpunkt Gegenstand der Abwägung.	Nicht zu berücksichtigen.
P025b	P025b.16	A	Mit der Bitte um Berücksichtigung der Anmerkungen	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P026	P026.01	E 01	obwohl das Raumordnungsprogramm 2015 den Bereich Stinstedt/Heidelberg, Potenzialfläche 024, als entfällt erklärt, hat sich ein Teil des Gemeinderates in Stinstedt, überraschend für diese Potenzialfläche ausgesprochen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P026	P026.02	E 01	Die Potenzialfläche 024 Stinstedt/Heidelberg wurde doch mehrfach durch den Landkreis überprüft und es wurde immer das gleiche Ergebnis erzielt, das diese Fläche nicht den Anforderungen entspricht ( z.B. hohes Naturschutzaufkommen).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P026	P026.03	A	Daher verwundert uns diese Beschlussfassung des Gemeinderates doch sehr. Aber nachvollziehbar, da doch einige Landbesitzer, die an diesem Windpark finanzielles Interesse haben, sich im Gemeinderat von Stinstedt befinden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P026	P026.04	A	Ebenfalls möchten wir zum Ausdruck bringen, das sich ein Gemeindemitglied, welches sich nicht im Rat befindet, versucht mit unlauteren Mitteln (nach unserem Verständnis) die Menschen hier vor Ort zu beeinflussen, um einen Windpark hier in Stinstedt/Heidelberg zu etablieren ohne die Belange des Naturschutzes wirklich zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P026	P026.05	A	Gerne würden wir dieses auch in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen erörtern.	Persönliche Gespräche werden im Zuge des Aufstellungsverfahrens nicht geführt. Es wird jedoch im Anschluss an die Auswertung der Stellungnahmen einen Erörterungstermin für private Einwender geben.	Nicht zu berücksichtigen.
P027			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P028			siehe P018	siehe P018	siehe P018

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P029	P029.01	SO 31	die Auseinandersetzung um das Vorranggebiet Osten-Isensee veranlasst mich, bei Ihnen einen deutlichen Protest zu hinterlegen. Als Bewohner des Hauses Schleusenfeld 7 — eines Baudenkmals von 1707 — in der Gemeinde Großenwörden denke ich mit Schrecken an die drohende Verschandelung des Landschaftsbildes, die auch mich betrifft.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P029	P029.02	SO 31	Die in Osten-Isensee geplanten Anlagen ragen so weit in den Himmel, dass sie auch von meinem Grundstück aus direkt zu sehen wären. Völlig unverständlich ist mir, warum das Kulturgut „Landschaftsbild“ bei den Erörterungen so wenig Beachtung findet. Dieses Landschaftsbild aber ist — einmal abgesehen von seiner Bedeutung für den immer wichtiger werdenden Tourismus — ein wesentlicher Bestandteil des Begriffs und des Gefühls „Heimat“. Dieses geringzuschätzen ist für die Bevölkerung ein verheerendes Signal, insbesondere in den direkt betroffenen Straßendörfern und Streusiedlungen.	siehe P029.01	Nicht zu berücksichtigen.
P029	P029.03	SO 31	Aber es ist ja nicht nur das Bild dieser uralten Kulturlandschaft an sich, das gefährdet ist. „Osten-Isensee“ ist nachweislich ein Vogelbrutgebiet mit einer Reihe von bedrohten, schutzwürdigen Arten. Die Hinweise darauf liegen Ihnen ja inzwischen vor.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P029	P029.04	SO 31	Die Gemeinde Osten hat Ihnen als Alternative zum Vorranggebiet Osten-Isensee ein 52ha großes Gebiet beiderseits der B 495 bei Altendorf als Alternative vorgeschlagen: ein eindeutiger Beleg dafür, dass es hier nicht um eine generelle Ablehnung der Windkraft geht sondern um ihre für Mensch und Fauna verträgliche Nutzung. Das Gebiet bei Altendorf wird — anders als in Isensee — von den meisten Ansässigen dort akzeptiert, vielfach sogar begrüßt.	Die Potentialflächen beidseitig der B 495 sind zusammengekommen unter 19ha groß und entsprechen somit nicht dem einheitlichen Planungskonzept des Landkreises.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P029	P029.05	SO 31	Ich appelliere an Sie, angesichts des von überzeugenden Argumenten getragenen Widerstandes in der Bevölkerung auf das Vorranggebiet Osten-Isensee zu verzichten — und, wie von der Gemeinde Osten angeregt, auf jene Alternative zu setzen, die von der großen Mehrheit der dort lebenden Anwohner akzeptiert würde und in jeder Hinsicht für Mensch und Natur verträglicher wäre.	Siehe Stellungnahme P029.04	Nicht zu berücksichtigen.
P029	P029.06	A	Dies wäre nicht zuletzt ein überzeugendes Stück gelebte Demokratie auf kommunaler und regionaler Ebene.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P030	P030.01	SO 31	hiermit lege ich Widerspruch gegen den geplanten Windindustriepark Osten-Isensee ein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P031	P031.01	A	hiermit nehme ich Stellung zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie - Entwurf Juni 2015.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P031	P031.02	A	Positiv zu würdigen ist zunächst, dass dankenswerter Weise punktuelle Verbesserungen für bestehende Windparks im Vergleich zum Entwurf aus dem Beteiligungsverfahren 2014 vorgesehen sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P031	P031.03	A	Diese Änderungen sind jedoch meines Erachtens im Kern nicht ausreichend. Ich erhalte daher die Bedenken aus meiner letzten Stellungnahme im Beteiligungsverfahren 2014 aufrecht und reiche diese auch in diesem Beteiligungsverfahren erneut ein. Diese in der Anlage dargelegten Bedenken gelten inhaltlich übertragend auch konkret für die Änderungen gegenüber dem Entwurf aus dem Beteiligungsverfahren 2014.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P031	P031.04	E 01	Am Wichtigsten wäre es in Modifizierung der seitens der Regionalplanung vorgesehenen Änderungen eine grundlegende konzeptionelle Änderung vorzusehen, die dazu führt, dass gut geeignete und vorgeprägte aktuelle Vorranggebiete - wie in Belum, Ortsteil Kehdingbruch - auch weiterhin Vorranggebiete bleiben (insb. über nach Bestand und Neuplanungen differenzierte Kriterien auf der Ebene der harten und weichen Tabukriterien zwecks planerisch angemessener Berücksichtigung von Vorprägungen, bestehenden Windpark-Unternehmen, Infrastrukturinvestitionen, Vertrauensschutz etc. in der Gesamtabwägung).	Die Kriterien werden für Altstandorte nicht gesondert angepasst. Das einheitliche Planungskonzept umfasst harte und weiche Tabuzonen, die für das gesamte Landkreisgebiet gleichermaßen gelten. Bereits bestehende und in Bauleitplänen ausgewiesene Windparks werden im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung abgewogen und ggf. als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Bei der Abwägung der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche werden einzelfallbezogen alle auf der konkreten Fläche bestehenden Belange in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P031	P031.05	E 05 / E 11	Dabei sollte jedoch auf Höhenbeschränkungen - zumindest solche < 180 m - verzichtet werden, da diese in der Gesamtabwägung aller Belange insb. aufgrund der Markt-, Vergütungs- und Anlagenentwicklung nicht mehr angemessen sind. Dies gilt zumindest für unkritische Standorte wie Kehdingbruch, in denen nicht z.B. das Luftverkehrsrecht oder der Denkmalschutz Beschränkungen fachrechtlich zwingend erfordern. Dass dies planungsrechtlich nicht nur ohne Weiteres möglich, sondern auch geboten ist, wird in der Anlage detailliert dargelegt.	Im Rahmen des RROP werden lediglich Standorte ausgewiesen, die sich vorrangig für die Windenergienutzung anbieten. Die maximale Höhe der Anlagen wird von der Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung festgelegt, hierauf hat das RROP keinen Einfluss.	Nicht zu berücksichtigen.
P031	P031.06	A	Ich bin der festen Überzeugung, dass die im Anhang vorgeschlagenen Änderungen auch für den Kreis und dessen wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung insgesamt von Vorteil sind.	Kenntnisnahme; Anlage wurde bereits im Zusammenhang mit dem Entwurf 2014 eingereicht und im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P032	P032.01	SO 31	Hiermit legen wir Einspruch zum geplanten Windpark Osten-Isensee ein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P032	P032.02	A	Unser Gemeinde hat über geplante Windparks schon einmal sich mit über 80% gegen geplante Windparkvorhaben entschieden. Warum jetzt wieder ein neuer Versuch? Interessieren die Bürger garnicht??	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P033	P033.01	SO 31	Hiermit legen wir gegen den geplanten Windpark Osten-Isensee Einspruch ein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P034	P034.01	A	Wir nehmen Bezug auf die Schreiben des Verschönerungsvereins Bederkesa e.V. vom 10.8.2014 zum Entwurf des Raumordnungsprogramms 2014 und zum Umweltbericht.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.02	A	Wir haben zur Kenntnis genommen, dass nunmehr einige juristisch nicht haltbaren Sachverhalte (3 km Abstand der Windfarmen in waldreichen Gebieten, oder Überstreichen der Rotoren von Flächen außerhalb der Vorranggebiete) korrigiert wurden,	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.03	E	wir finden aber kein nachvollziehbares Abwägungsergebnis der Windkraftnutzung gegenüber allen anderen im Sinne des § 1 Abs. 7 BauGB.	Bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms ist nicht das Baugesetzbuch, sondern das Raumordnungsgesetz maßgeblich. Dieses regelt die Abwägung öffentlicher und privater Belange in §7 Abs. 2 Satz 1. Alle auf der regionalen Ebene erkennbaren und relevanten Belange wurden in der Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.04	SO 02	Insofern halten wir unsere Einwände vom 10.8.2014 aufrecht. Sie bedürfen im folgenden weiterer Konkretisierung aufgrund der nunmehr ausgelegten Unterlagen. Dabei beziehen sich die Einwände soweit sie nicht den allgemeinen Teil betreffen, auf den ausgewiesenen Vorrangstandort Bederkesa/Alfstedt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P034	P034.05	E 01	Das Kriterium Erholungsfunktion der Landschaft (NROG) fehlt bei der methodischen Auswahl der Potentialflächen, hat aber bei der Bad Bederkesa zugeordneten Zentralen Orte Funktion eine besondere Bedeutung. (E/T). Diese Funktion ist bei diesem Standort in unmittelbarer Nähe zu Bad Bederkesa eine besondere auch im RROP ausgewiesene Bedeutung und ist daher zu berücksichtigen.	Die Erholungsfunktion der Landschaft wird im Niedersächsischen Raumordnungsgesetz (NROG) nicht behandelt und stellt auch keine Tabuzone nach dem politisch beschlossenen Kriterienkatalog dar. Die Schwerpunktfunktionen Erholung und Tourismus stehen nicht per se in einem Konflikt mit der Windenergienutzung. Auf regionaler Ebene ist nicht erkennbar, dass der Windpark Bederkesa-Alfstedt diese Schwerpunktfunktionen beeinträchtigen sollte. Selbstverständlich kann die Stadt Geestland diese Belange jedoch bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans in die Abwägung einstellen und bspw. nur eine geringe Maximalhöhe festlegen.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.06	E 01	Es fehlt die Abwägung warum Bad Bederkesa Vorrang der Windkraftnutzung vor der Erholungs- und Freizeitnutzung haben soll. Eine sachgerechte Abwägung muss zu dem Ergebnis kommen, dass die Erholungs- und Freizeitfunktion bei einem BAD Vorrang haben muss.	Durch einen Windpark in räumlicher Nähe zu Bederkesa wird weder die Funktion als Luftkurort, noch als Moorheilbad beeinträchtigt. Windenergieanlagen haben weder einen Einfluss auf die Luft, noch auf den Zustand der Moorheilküder.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.07	E 01 / U	Das Kriterium Schutzgut Landschaft fehlt bei den Ausweiskriterien. Es wird auch im Umweltbericht ( S.225) richtigerweise gefordert. Bei den harten und weichen Kriterien kann dies nicht vernachlässigt werden, es ist in Bad Bederkesa von besonderer existentieller Bedeutung.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welche für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.08	A	Das Kriterium Fernwirkung der Anlagen gem. § 35 Abs.1 Nr. 6 muss auch auf der Ebene des RROG bereits berücksichtigt werden und ist bei der Höhe der Bauwerke im Radius von 10 km zu betrachten.	Die Fernwirkung der Anlagen kann auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt werden, da lediglich Flächen ausgewiesen werden und noch keine Anlagenkonfiguration (Anzahl, Höhe) feststeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.09	A	Dies umso mehr, als die Landschaft um den geschützten bewaldeten Höhenrücken von Bad Bederkesa schon durch die Windparks in Meckelstedt, Ringstedt und Flögeln stark tangiert ist ( Vgl. die Anmerkungen im Schreiben des VV vom 10.8. 2014). Um den Landmarkpoint der denkmalsgeschützten Mühle am höchsten Punkt des Ortes haben diese Windparks mit ihren blinkenden Beleuchtungen schon heute eine das gesamte Landschaftsbild tangierende Bedeutung, die durch den Standort Bederkesa/Alfstedt negativ kumuliert eine verheerende Fernwirkung haben.	Siehe P034.08	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.10	E 01	Die Betrachtung des Landschaftsbildes im Bereich der 20 fachen Höhe der Anlage ist völlig unzureichend.	Siehe P034.08	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.11		Wir halten auch die Landschaftsbildbewertung 484 für falsch aufgrund der Wallhecken sowie der Beziehung zwischen dem Naturschutzgebiet Fleckenshölzer und Drangstedter/Kührstedter Holz.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Potenzialfläche 012 ist vollständig der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) zuzuordnen. Die Wallhecken sind in der Bewertung berücksichtigt. - Das Drangstedter Holz und das Kührstedter Holz gehören zu einer Landschaftsbildeinheit, die der Wertstufe 5 (= Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung) zuzurechnen ist. Die Fleckenshölzer sind einer Landschaftsbildeinheit zuzurechnen, die die Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) aufweist.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.12	E 01	Eine erforderliche regionsspezifische Abwägung ist nicht erfolgt und kann nicht durch normative Kriterien ersetzt werden.	Siehe Stellungnahme P034.11	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.13	E 01	NLT Kriterien: Der Landkreis weicht erneut von den NLT Kriterien Abstand der Windparks untereinander ab. Danach sollten Windparks einen Abstand von 5 km haben. Der Windpark in Flögeln ist weniger als 5 km vom Vorranggebiet entfernt.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Ziel ist es Freiräume im Landkreis Cuxhaven zu erhalten. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Dies ist rechtlich möglich.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.14	E 01	Die Begründung man müsse von den NLT Kriterien abweichen, um der Windkraft Raum zu schaffen ist nicht stichhaltig, denn das VG Stade hat in seinem Urteil vom 23.10.2014 2 A 1272/10 überzeugend dargelegt, dass das Regionale Raumordnungsprogramm nach § 8 Abs.4 des NROG aus dem Landesraumordnungsprogramm zu entwickeln ist und dessen Ziele zu übernehmen hat. Danach ( Punkt 4.2.04) muss der Umfang der Festlegungen als Vorranggebiet eine Leistung von 300MW ermöglichen. Diese Vorgabe ist lange erreicht. Daher ist es keinesfalls erforderlich, alle Potentialflächen als Vorranggebiet auszuweisen und die Privilegierung durchzusetzen, denn bei der Vielzahl der ausgewiesenen Vorranggebiete ist dies auch an anderer Stelle möglich.	Es ist richtig, dass die Vorgabe im LROP einen Mindestwert darstellt. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Hierfür werden im RROP Vorranggebiete ausgewiesen, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.15	E 01	Auch der bisher nicht rechtskräftig beschlossene Entwurf des Windenergieerlasses ändert an dieser Rechtslage nichts.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.16	E 01	Potentialflächen sind nicht automatisch Vorrangflächen, auch wenn sie die politisch gesetzte Größe aufweisen.	Die Aussage ist korrekt. Die Ermittlung der Vorranggebiete erfolgte, wie in der Begründung ausgeführt wurde, analog zur Rechtsprechung des BVerwG in drei Schritten: 1. Im ersten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die harten Tabuzonen abgezogen. 2. Im zweiten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die weichen Tabuzonen abgezogen. 3. Im dritten Schritt wurden alle durch den 1. und 2. Schritt ermittelten Potentialflächen einer Einzelfallabwägung unterzogen. Bei der Abwägung wurden öffentliche Belange, die einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegenstehen, beispielsweise naturschutzfachliche Gründe, zugrunde gelegt. In diesem Schritt sind einige Potentialflächen entfallen, andere Potentialflächen wurden noch einmal im Zuschnitt angepasst.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.17	A	Die Stadt Geestland hat bereits 10 Windparks eine in Deutschland einmalige Konzentration in einer Stadt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P034	P034.18	SO 02	Im Umweltbericht und auch in der Naturräumlichen Stellungnahme wird der Standort Bederkesa Alfstedt aus mehreren Gründen als bedingt geeignet bezeichnet. Wegen der gravierenden Konflikte sollte er als potentiell ungeeignet bezeichnet werden. Die Erkenntnisse des LK Cuxhaven sind für eine solche Einschätzung ausreichend und daher bereits auf der Ebene des RROP zu berücksichtigen.	Die Auswahl der Vorranggebiete und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.19	A	Der immer wieder erfolgte Hinweis, ein Sachverhalt sei erst auf der nächsten Planungsebene zu bewerten oder untersuchen, z.B. weil dies auf der regionalen Ebene nicht möglich sei oder Daten nicht vorliegen (z.B. Umweltbericht S 213, Abs 3) ist häufig falsch.	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.20	E-N	Insbesondere zu den naturräumlichen Gegebenheiten hier vor Ort, liegen dem Landkreis Daten vor, die nicht zugänglich gemacht werden. Dies betrifft die Flugrouten der Zugvögel wie z. B. der nordischen Gänse im Herbst, die Vorkommen der vielen verschiedenen Fledermausarten aber auch die Flugrouten des Revieradlerpaares aus dem Löh. Der LK weiß sehr genau, dass tausende von Zugvögeln im Herbst von den Rastgebieten der Seen das Gebiet auf dem Weiterflug überfliegen, viele Fledermausarten im Gebiet jagen(vgl. Stelzer vom 28.9.2012 bei den Untersuchungen zum Bebauungsplanuntersuchung im Vorranggebiet, Stellungnahme UNB zum B Plan 51 Flecken Bederkesa vom 25.07.2011) ) oder auch die Aufzeichnungen des Fledermausbeauftragten Bückner zu der Abendseglerkolonie im Kührstedter Holz.( auch NLWKN) mit einem Jagdgebiet von 10 km.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen. - Zum Vogelzug liegen hier nur spärliche Informationen vor. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.21	E-N / U	Auch wenn die Untersuchungen des Verschönerungsvereins 2012 und 2013 während der Aufzuchtzeit der jungen Seeadler methodisch nicht völlig wissenschaftlichen Kriterien genügen mögen, ist doch unbestritten, dass das Revierpaar auch am Beerster/Flögelner/Dalemer und Halemer See jagt. Dies zeigen nicht nur die Sichtungen z.B. des Fischers, sondern auch der Adlerbeauftragten des Landkreises Bechinger und Cordsmeier.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, dass im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Kenntnisnahme.
P034	P034.22	E-N / U	Auch eindeutig belegt ist, dass das ehemalige Adlerpaar aus der Falle nicht mehr vorhanden ist, und die Mutmaßung das heutige Revierpaar könne den alten Horst in der „Falle“ wieder beziehen, entbehrt jeglicher Grundlage .	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Potenzialfläche 012 liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. Dabei ist der Seeadler-Horst im Bereich des Löhbuschs zugrunde gelegt. - Wenn Seeadler an einem Standort über mehrere Jahre nicht brüten, bedeutet dies nicht, dass das Revier endgültig verlassen ist. Im Hinblick auf einmal gewählte Horststandorte weisen Seeadler eine hohe Standorttreue auf.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P034	P034.23	E-N / U	Die gegenüber 2014 erfolgte Einschränkung der Schutzzone um das Pastorenmoor ist nicht begründet. Gegenüber 2014 hat sich an der Sachlage nichts geändert. Fotos von Kranichen zwischen dem Pastorenmoor und Jungs Tannen liegen in ausreichender Anzahl vor. Das gleiche gilt für die Erkenntnisse der Nutzung der Jagdgebiete entlang der Wallhecken durch Fledermäuse.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist. - Hier liegen keine Fotos zu Kranichen zwischen dem Pastorenmoor und Jungs Tannen vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P034	P034.24	B 04 / E 04	Die Einschränkung der Rückbaupflichtung der Fundamente ist gem. BauGB ebenfalls nicht zulässig. Die Begründung eine einmal erfolgte Versiegelung würde zu Bodenbeschädigungen bei der erforderlichen Beseitigung führen, halten einer Überprüfung nicht stand, schon gar nicht in einem Wassereinzugsgebiet.	Die Regelungen des Baugesetzbuches sind bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nach Raumordnungsgesetz nicht maßgeblich. Ein Verzicht auf den kompletten Rückbau ist vertretbar, wenn die Nachnutzung des Bodens durch die Landwirtschaft ermöglicht wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.01	A	Unsere Mandanten zählen wie viele ihrer Nachbarn zu den Betroffenen der geplanten Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms. Sie wohnen in der unmittelbarer Nähe zu dem für Windenergie als „bauleitplanerisch gesichert“ ausgewiesenen Bereich Geversdorf/Oberndorf.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.02	A	Zur Vermeidung von Wiederholungen und einer Überfrachtung dieser Sendung tragen wir Ihnen hiermit alle Argumente und Beweise vor, die in den folgenden, Ihnen vorliegenden Schriftstücken bereits enthalten sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>• unser Schriftsatz an Sie vom 13. August 2014 mit den Anlagen 1 bis 9 und den auf S. 36 aufgeführten weiteren Schriftsätzen, resp. den darin enthaltenen Befangenheitsanträgen, und den Gutachten,</li> <li>• unser Schriftsatz an Sie vom 20. Januar 2014, resp. den darin erneut gestellten Befangenheitsanträgen gegen die Gutachter msp (Oldenburg) und regionalplan &amp; uvp, Planungsbüro Peter Stelzer GmbH (Freren),</li> <li>• unsere Stellungnahme vom 15. Juli 2013 an die Samtgemeinde Am Dobrock zu der damals geplanten 7. Änderung des Flächennutzungsplans (vorsorglich als Anlage 2 anbei),</li> <li>• unser Schriftsatz vom 17. September an die Samtgemeinde Am Dobrock (vorsorglich als Anlage 3 anbei),</li> <li>• die Einwendungen der Eheleute Siegrun u. Karl-Heinz van Bernem, Bentwisch 12, 21787 Oberndorf/Oste vom 25. Juli 2015 zu Ihrem aktuellen Entwurf RROP 2015,</li> <li>• die Rügen gem. § 215 BauGB der Herren Manfred Geppert und Axel Hebestreit, Wetterdeich 4, 21784 Geversdorf, vom 7. August 2015 an die Samtgemeinde Am Dobrock nebst Protokoll von Beobachtungen gefährdeter Vogelarten und Fledermäuse zu der 7. Änderung des FNP (vorsorglich als Anlage 4 anbei),</li> </ul>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.03	A	Darüber hinaus betonen wir folgende Argumente, ohne damit die weiteren erhobenen Einwendungen geringer bewerten oder gar entfallen zu lassen:	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.04	A	I. Willkürliche Zielverschiebung Entsprechend den Vorgaben des RROP hat das RROP 2012 die herausgehobenen Ziele, u. a. • Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Siedlungsbereichen • Dauerhafter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Lebensräume von Pflanzen und Tieren • Sicherung und Weiterentwicklung der naturräumlichen, siedlungsstrukturellen und kulturellen Vielfalt in Ziff. 1.1.01 aufgeführt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.05	A	Angesichts des Bevölkerungsrückgangs im Landkreis von ca. 1 % p. a. (= > 1.800 Personen) soll auch dieser ungünstigen Entwicklung bei allen Planungen entgegengewirkt werden (so Ziff. 1.1.03).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.06	A	Als besondere Standortvorteile des Landkreises werden insbesondere die „hohe Landschafts- und Lebensqualität mit der Lage an der Nordsee“ betont (Ziff. 1.107).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.07	Z / B	In weiterer Umsetzung dieser Ziele werden für die besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus u. a. ausdrücklich der Standort Oberndorf und für die besondere Entwicklungsaufgabe Erholung die Standorte Oberndorf und Geversdorf festgelegt (Ziff. 2.1.03/4). Wörtlich heißt es dort zu diesen Standorten: „In diesen Standorten sind die natürliche Eigenart der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln. Durch die Realisierung von touristischen Großprojekten dürfen historisch wertvolle Kulturlandschaften sowie gewachsene Siedlungs-, Versorgungs- und Nutzungsstrukturen nicht wesentlich beeinträchtigt und der Erholungswert der Landschaft nicht gefährdet werden.“	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.08	Z / B	Wie soll ein Windpark in der Dimension eines Großkraftwerkes mit diesen Nutzungs- und Entwicklungsfestlegungen für Oberndorf und Geversdorf vereinbar sein?	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.09	B	Auch die Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen sind im Einzelnen geregelt. Insbesondere ist dort der klare Rechtssatz festgehalten: „Die Inanspruchnahme von Freiräumen für ... Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. Die Standorte mit besonderer standörtlicher Eignung sollen als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt werden.“ (so Ziff. 3.1.1.02)	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.10	A	Diese planungsrechtlichen Vorgaben des RROP 2012, die explizit für die Standorte Geversdorf und Oberndorf gelten, verbieten dort einen Windpark, da ein solches Industrieprojekt mit den besonderen Entwicklungszielen des Tourismus und der Erholung nicht vereinbar wäre, sie vielmehr zunichte machen würde.	Siehe Stellungnahme P035.08	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.11	B	Auch die in diesem Vorranggebiet gelegenen marschtypischen Beete und Beetstrukturen sind „wegen ihrer kulturhistorischen Bedeutung soweit wie möglich zu erhalten.“ (Ziff. 3.1.1.04). Der Windpark würde sie vernichten.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.12	A	Von besonders wichtiger und praktischer Bedeutung ist die Bestimmung als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Tatsächlich ist die Ostemarsch in dem Dreieck zwischen Osten/Ostemündung und Balje aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit und Nähe zu den Vogel- und Naturschutzgebieten an der Elbe und Oste, gerade auch unter Einbeziehung der neuen Naturschutzgebiete „Untere Oste“ und „Hadelner und Belumer Außendeich“, in hohem Maße für diese Zwecke geeignet, und es gibt aufgrund der Großprojekte im Land (z. B. Hafenerweiterungen in Cux- und Wilhelmshaven, resp. der jetzt neu geplanten Großbetriebsanlage der Fa. Siemens für Offshore-Windenergie in Altenbruch mit ca. 1.000 neuen Arbeitsplätzen) einen akuten und großen Bedarf nach solchen passenden Flächen.	Der Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" ist in der Textkarte 8-3 des Landschaftsrahmenplans 2000 nicht als Bereich mit besonderer Eignung für Kompensationsflächen und -maßnahmen dargestellt.	Kenntnisnahme.
P035	P035.13	A	Der Entwurf enthält so zentral wichtige Auslassungen in der Abwägung. Er verstößt deshalb gegen das Raumordnungsrecht.	Alle Belange die auf Ebene der Regionalplanung von Belang sind, wurden in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.14	A	II. Verstoß gegen die Ziele des geplanten Naturschutzgebietes „Untere Oste“ Diese großräumige Erweiterung des bestehenden Naturschutzgebietes „Schnook“ basiert auf den rechtlich zwingenden Vorgaben des europäischen Artenschutzrechts und der FFH Richtlinie. Sie liegt auf breiter Front nicht weiter als ca. 650 m von der südlichen Grenze des geplanten Windenergiebereiches Geversdorf/Oberndorf entfernt.	Das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste" ist etwa 0,5 bis 0,6 km vom Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Geversdorf/Oberndorf" entfernt. Die Verordnung ist derzeit noch nicht rechtskräftig. In der Verordnung sind u.a. der Schutzgegenstand und der Schutzzweck geregelt. In der Begründung zur Verordnung ist die Schutzwürdigkeit erläutert.	Kenntnisnahme.
P035	P035.15	A	In der amtlichen Begründung für die geplante Verordnung, bekannt gemacht am 11.07.2015 und unterzeichnet vom Landkreis und auch den Bürgermeistern der hier beteiligten Gemeinden Oberndorf und Geversdorf, wird u. a. hervorgehoben, dass	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.16	A	• der Schutz der im Gebiet vorkommenden gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften wild wachsender Pflanzen und Tiere auch aus landesweiter und regionaler Sicht zu gewährleisten ist (vgl. Ziff. 1),	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.17	A	• die Landschaft im Bereich des NSG sich durch eine schützenswerte besondere Eigenart und hervorragende Schönheit auszeichnet (vgl. Ziff. 1),	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.18	A	• das Gebiet aufgrund seiner Standortverhältnisse, der Nutzungsstrukturen und der Habitatkontinuität einen einmaligen Lebensraum für zahlreiche seltene Tierarten darstellt,	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.19	A	• das Gebiet insbesondere in Bezug auf Brut- und Gastvögel zu den avifaunistisch wertvollsten Bereichen im Landkreis Cuxhaven zählt (Vogelbrutgebiet von nationaler Bedeutung, Vogelrastgebiet von internationaler Bedeutung) — (vgl. Ziff. 3),	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.20	A	u. a. in dem Gebiet zahlreiche Arten als Brutvögel nachgewiesen worden sind, die in Niedersachsen auf der Roten-Liste geführt werden: Braunkehlchen, Löffel-, Knäck- und Krickente, Sumpfohreule, Rohr- und Wiesenweihe, Seeadler, Feldlerche, Wachtelkönig, Kiebitz und Sandregenpfeifer, div. Schnepfenarten, Spechte und Pieper	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.21	A	und ferner in den Wintermonaten in hoher Anzahl jeweils die gefährdeten Gastvogelarten: Kormoran, Höcker- und Singschwan, Goldregenpfeifer, Kampfläufer, Grau-, Ringel-,Nonnen- und Saatgans (vgl. Ziff. 3),	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.22	A	• und es über den unmittelbar räumlichen Bereich des NSG hinaus das Entwicklungsziel sei, - die historisch gewachsene Kulturlandschaft entlang der Oste mit extensiv genutztem Marschengrünland zu schützen und zu fördern - und die besondere Eigenart und herausragende Schönheit des Gebietes und seiner weitgehenden Ruhe und Ungestörtheit zu erhalten und zu fördern. (vgl. Ziff. 5).	Siehe P035.14.	Kenntnisnahme.
P035	P035.23	A	1. Die Existenz und höchste Schutzwürdigkeit der genannten Tiere und des Landschaftsbildes sind somit in jüngster Zeit noch einmal behördlich ermittelt und festgestellt worden.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P035	P035.24	A	2. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, dass der Landkreis trotz der absoluten Ausschlussgründe, die aus dem natürlichen Bewegungsverhalten der gefährdeten Tiere und der hohen Wertigkeit des Landschaftsbildes folgen, der Windparkplanung in Geversdorf und Oberndorf nicht endgültig einen Riegel vorschiebt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.25	E 01	III. Keine inhaltliche Abgrenzung zwischen harten und weichen Tabuzonen 1. Wie sein Vorgänger RROP 2012 genügt das RROP 2015 nicht den Anforderungen, die an ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu stellen sind. Auch hier erfolgt keine substantielle Differenzierung zwischen harten und weichen Tabuzonen, so dass das ganze Konzept bereits unter diesem Aspekt an schwerwiegenden Abwägungsmängeln leidet, welche zur Rechtswidrigkeit der gesamten Planung führen.	Die Differenzierung zwischen harten und weichen Tabuzonen wird umfassend und transparent in der Begründung vorgenommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.26	A	2. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit der Landkreis sich über die Empfehlungen seiner übergeordneten Institutionen (Ministerium, Niedersächsischer Landkreistag) hinwegsetzt. Denn in der Arbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie — Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen“ (Stand: Oktober 2014) finden sich klare Anforderungen an die Regional- und Bauleitplanung (Ziff. 3) und die Tiefe der für jedes Schutzgut vorzunehmenden Ermittlungen und Bewertungen. Auch sind vielfach Mindestabstände vorgegeben (z. B. 1.200 m zu Naturschutzgebieten, Brutgebieten geschützter Vogelarten, Gastvogellebensräumen; 3.000 zu Seeadlern und das völlige Freihalten der Flugkorridore des Vogelzuges). Bei der Prüfung soll auch die Kumulationswirkung von bestehenden und weitet geplanten WKA's berücksichtigt werden. Letzteres betrifft hier insbesondere die vorhandenen 6 Anlagen am Wetterdeich und den neuen Großwindpark in Oederquart-Wetterdeich im Landkreis Stade.	Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls sich ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. Dieses können z.B. bestimmte Brutvogelarten sein, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bestimmte Abstandsempfehlungen gegeben hat.	Kenntnisnahme.
P035	P035.27	A	Die bislang angestellten Untersuchungen sind weder methodisch fachgerecht noch ausreichend, um die WKA-Planung rechtfertigen zu können. Im Gegenteil: Die bekannten naturschutzfachlichen Fakten stehen einer Eignung des Bereiches Geversdorf/Oberndorf für Windkraftanlagen völlig entgegen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")].	Kenntnisnahme.
P035	P035.28	A	3. Auch die NLT-Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie“ (Stand: 06.02.2014) nennt für die Siedlungen rund um den geplanten Bereich Geversdorf/Oberndorf eine Gesamt-Tabuzone von > 700-1000 m, und zwar aufgrund von höheren Erfahrungs- und Erkenntniswerten, als der Landkreis sie selbst zu erreichen vermag.	In der NLT Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" wird Geversdorf-Oberndorf nicht benannt. In Bezug auf die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger wohnbaulicher Nutzung wird auf die Begründung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.29	A	Es ist ein schwerwiegendes Defizit, dass der Landkreis von diesen landesweit anzuwendenden Kriterien, die ja auch für Gerechtigkeit, Transparenz und Gleichbehandlung sorgen sollen, abweicht. All dies geschieht auch noch ohne Begründung!	Die Abstände in der NLT Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" stellen lediglich eine Empfehlung und keine Vorschrift dar. Die vom Landkreis Cuxhaven verwendeten Abstände werden in der Begründung hergeleitet und erläutert.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.30		IV. Unzulässige Erweiterung des Bestandsschutzes Gemäß Ziff. 4.2.210 sollen Windkraftanlagen jetzt auch erstmals an Standorten errichtet werden dürfen, • an denen bereits alte Einzelanlagen stehen, oder • für die es „bauleitplanerisch gesicherte Bereiche“ gibt. Mit diesen großen Ausnahmeregelungen verzichtet der Landkreis auf seine originäre Aufgabe, die Entstehung von Windparks in dem Kreisgebiet in eigener Verantwortung gerecht und ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten zu steuern.	Die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen insoweit nicht als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Dies ist im Sinne der Energiewende ausdrücklich von Interesse und wird auch im Landesraumordnungsprogramm eingefordert.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.31	A	1. Altstandorte Denn Altanlagen erfüllen oft nicht die heutigen Anforderungen. Ihre Standorte sind deshalb für die Windenergie nur noch begrenzt nutzbar, d. h. bis zum Ende der betrieblichen Lauffähigkeit der jeweiligen Anlagen.	Siehe Stellungnahme P035.30	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.32	A	Der Grund liegt z. B. darin, dass sich die Größe der Windräder bisher im Zuge der technischen Entwicklung praktisch in einem Rhythmus von 10 Jahren verdoppelt hat. Der Landkreis erwartet die Fortsetzung dieser Entwicklung auch in der Zukunft. (So der Erste Kreisbaurat Jochimsen in der mündlichen Verhandlung vor dem OVG Niedersachsen am 14.05.2014.)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.33	A	Wenn danach also Windräder in Wetterdeich/Oederquart (Kreis Stade) vor ca. 15 Jahren aus zwingenden Gründen des Landschafts- und Umweltschutzes bis zu einer Höhe von max. 100 m gerade noch tolerabel waren, so ist schon heute klar, dass diese Standorte für ein Repowering mit Windrädern in der heute üblichen Höhe von 180 — 200 m keinesfalls mehr in Betracht kommen.	Im RROP werden lediglich Flächen ausgewiesen und keine Höhen festgelegt. Dies geschieht erst im Rahmen der Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.34	A	Neue Anlagen, und auch solche, die als Ersatz für die Altanlagen geplant werden (sog. Repowering), müssen die heute gültigen technischen und rechtlichen Erfordernisse erfüllen. Es gibt keine planungsrechtlich relevanten Gründe, die es rechtfertigen könnten, die Standorte solcher Altanlagen von den Anforderungen an Vorranggebiete nach den heutigen Standards auszunehmen.	Bei einem Repowering muss selbstverständlich ein Antrag auf Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz gestellt werden. Bei diesem müssen alle gültigen technischen und rechtlichen Erfordernisse erfüllt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.35	A	Die 6 Altanlagen in Wetterdeich/Oederquart nahe der Kreisgrenze auf Stader Gebiet sind deshalb wegen ihrer Nähe zu Schutzgütern und der besonderen Schwere der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nur bis zu einer Höhe von max. 100 m genehmigungsfähig gewesen. Beweis: Herbeiziehung der Baugenehmigungsakten des Landkreises Stade	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.36	A	Es wäre im Sinne von einer geordneten Steuerung der Windparks kontraproduktiv und mangels rechtmäßiger Planungsgrundlage rechtswidrig, an einem solchen Standort deutlich höhere Anlagen zuzulassen. Dies gilt erst recht im Hinblick auf die Erwartung des Landkreises, dass die Windräder in 10 Jahren voraussichtlich 350 m hoch sein werden und 5 — 6 MW leisten.	Im RROP werden lediglich Flächen ausgewiesen und keine Höhen festgelegt. Dies geschieht erst im Rahmen der Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Es ist im Übrigen nicht davon auszugehen, dass in 10 Jahren Windenergieanlagen 350m hoch werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.37	A	Es macht im Interesse von Umwelt und Natur keinen Sinn und wäre sach- und rechtswidrig, einen rechtlichen Bestandsschutz über die konkrete Einzelanlage hinaus auf einen Standort erweitern zu wollen.	Siehe Stellungnahme P035.34	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.38	A	2. „Bauleitplanerisch gesicherte Flächen“ Vollends unverständlich ist die ungeprüfte — erstmalige - Zulassung von Windparks auch auf solchen Flächen, die lediglich „bauleitplanerisch gesichert“ sind. Mit dieser weiten Öffnungsklausel werden pauschal alle Eigenmächtigkeiten der Gemeinden in ihrer Leitplanung genehmigt. Indirekt sanktioniert der Landkreis so insbesondere alle Anpassungen der Bauleitplanung, die Gemeinden in Umsetzung des gerichtlich für ungültig erklärten RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) beschlossen haben.	Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wird in der Begründung erläutert.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.39	A	Konkret betroffen sind hier unsere Mandanten ebenso wie alle Nachbarn des Sondergebietes für Windenergie Bentwisch/Portshemm, das die Samtgemeinde Am Dobrock in ihrer 7. Änderung des Flächennutzungsplans am 26.02.2014 beschlossen hat. Dem Protokoll dieser Samtgemeinderatssitzung ist im Einzelnen zu entnehmen, dass die Mitglieder dieses Gremiums — fälschlich — von der Rechtskraft des RROP 2012 ausgegangen sind. Der Landkreis hat diese irrige Vorstellung herbeigeführt und auf die gesetzliche Pflicht der Gemeinde verwiesen, das regionale Raumordnungsprogramm schnell gern. § 1 Abs. 4 BauGS auf der Gemeindeebene in der Bauleitplanung umzusetzen.	Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock ist sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.40	A	Auch die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vom 14.11.2013 beweist diese — rechtswidrige — Einwirkung des Landkreises.	Siehe Stellungnahme P035.39	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.41	A	Sämtliche Mitglieder des Samtgerneinderates haben sich über ihre rechtliche Pflicht zur Anpassung ihrer Bauleitplanung geirrt, und der Landkreis hat diese fälschliche Vorstellung herbeigeführt, zumindest bestärkt.	Siehe Stellungnahme P035.39	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.42	A	Danach soll sich im Landkreis Cuxhaven offensichtlich die Regionale Raumordnung nach der Bauleitplanung der Gemeinden richten und nicht umgekehrt, wie in § 1 Abs. 4 BauGB gesetzlich vorgeschrieben: Die Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen.	Siehe Stellungnahme P035.39	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.43	A	Eine wie auch immer gearetete Vertrauens- oder Bestandswirkung kann von dem RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) nicht ausgehen. Denn die Aufhebung durch das OVG Niedersachsen qualifizierte die Norm als von Anfang an nichtig. Diese rechtliche Wirkung des Verfahrens der Normenkontrolle gem. § 47 VwGO unterstellen wir als amtsbekannt (vgl. u. a. Kopp/Schenke, VwGO, § 47 Rdn. 141 ff. m. w. N.; Kugele, digitaler Kurzkommentar zu § 47 Rdn. 32 m. w. Nj.).	Siehe Stellungnahme P035.39	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.44		3. Unzulässige verdeckte Entschädigung Es ist ferner völlig sachfremd, in diesem Zusammenhang als Grund für die pauschale Ausnahmeregelung anzugeben, dass „die bereits in größerem Umfang getätigten Investitionen zu würdigen“ seien (So wörtlich in Begründung zu Ziff. 10 / 4.2.2, S. 5.).	Bei den getätigten Investitionen handelt es sich um einen privaten Belang, der selbstverständlich in die Abwägung einfließen muss.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.45	A	Derartige Ausgleichsleistungen kennt das Raumordnungsrecht nicht,	Siehe Stellungnahme P035.44	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.46	A	ganz abgesehen davon, dass hier keine Vertrauenstatbestände zugunsten von Investoren oder den Eigentümern der betroffenen Sondergebiete entstanden sind. Denn die Rechtshängigkeit von Normenkontrollklagen gegen das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) war allen Beteiligten bekannt und der immissionsschutzrechtliche Bauantrag für die Windräder befand sich noch im Stadium der Prüfung.	Für den Windpark Geversdorf-Oberndorf liegt ein rechtsgültiger Flächennutzungsplan vor. Insoweit ist natürlich ein gewisses Vertrauen beim Investor gegeben, dass an diesem Standort auch Windenergieanlagen errichtet werden können.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.47	A	4. Zwischenfazit Es liegt auf der Hand, dass diese rechtswidrigen Ausnahmeregelungen den Abwägungsprozess in dem gesamten Kreisgebiet in eine ungerechte Schieflage gebracht haben.	Das Vorgehen des Landkreises entspricht den geltenden Gesetzen und rechtlichen Vorgaben und ist somit nicht zu beanstanden.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.48	A	Wie kann der Landkreis noch beanspruchen, objektiv und neutral und ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten die Vorranggebiete in 3 Planungsschritten ermittelt zu haben, wenn er das Gebiet Oberndorf/Geversdorf von vornherein aus sachwidrigen Erwägungen berücksichtigt hat?	Siehe Stellungnahme P035.47	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.49	A	Und wie gedenkt der Landkreis mit den Gemeinden umzugehen, die vernünftiger Weise mit der Anpassung ihrer gemeindlichen Bauleitplanung an die regionale Windparkplanung gem. RROP 2012 gewartet haben, bis die gerichtliche Klärung abgeschlossen sein würde? Solche Gemeinden hätten vielleicht auch „bauleitplanerisch gesicherte“ Flächen für Windparks erlangt, wenn sie der irrigen Rechtsberatung des Landkreises gefolgt und auch das ungültige RROP 2012 (Windenergie) umgesetzt hätten!	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.50	A	Beide Varianten dieses „erweiterten Bestandsschutzes“ führen zu zufälligen und willkürlichen Ergebnissen. Sie basieren nicht auf sachlichen planungsrechtlichen und damit zulässigen Erwägungen und entwerfen so die gesamte Planung.	Siehe Stellungnahme P035.47	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.51	A	V. Verletzungen von Grundrechten 1. Gesundheit Der Schutzbereich des Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz schließt das Recht auf körperliche Unversehrtheit mit ein. Dazu gehört der Schutz der Gesundheit. Außerdem gewährt er Schutz vor nichtkörperlichen Einwirkungen, die in ihrer Wirkung einem körperlichen Eingriff gleichkommen. Dazu gehören nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch Lärm und andere Emissionen, die von Gebäuden ausgehen, sofern sie Gesundheitsbeeinträchtigungen auslösen können (Vgl. u. a. BVerfG Urt. v. 29.07.2009, 2 BvR 1606/08, Rn. 9.). Unsere Mandatschaft befürchtet die nachhaltige Gefährdung ihrer Gesundheit und wenden ein, dass die einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gesundheitsgefahren, die von den Windkraftanlagen auf die menschliche Gesundheit ausgehen, nicht berücksichtigt worden sind.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.52	A	2. Konkrete Gefahr von Körperverletzungen Es sind heute nur noch Windkraftanlagen in der Größe von 180 bis 220 m Höhe zu erwarten. Von der Richtgröße 220 m geht der Landkreis selbst aus. Diese hohen Anlagen verursachen sog. Schattenschlag, sog. Diskoeffekte, schlagende Schallgeräusche und multiple Immissionen, die als Dauer-Belästigung eine gesundheitsgefährdende Auswirkung haben.	Siehe Stellungnahme P035.51	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.53	A	Die konzentrierte Kumulation von mehreren Windkraftanlagen mit bis zu 220 m Höhe auf einer zusammenhängenden Fläche stellt einen großvolumigen, weitflächigen und blockartig ausstrahlenden Industriekomplex dar. Die Veränderungen für Mensch und Natur im Umfeld und die mittel- und langfristigen Auswirkungen insbesondere auf die menschliche Gesundheit (Herz-Kreislauf-System) sind nicht ansatzweise dargestellt.	Siehe Stellungnahme P035.51	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.54		Wenn die bislang ruhig und natürlich wirkende Landschaft nun von heute auf morgen in eine Industrielandschaft verwandelt wird - um eine solche handelt es sich bei einem Windpark mit mehr als 37 180 bis 220 m hohen Anlagen - , dann wirken derartig intensive und fremdartige Reize auf das vegetative Nervensystem der Anwohner ein, wie sie sonst nur in der Nähe von Flughäfen und industrienahen Wohnorten anzutreffen sind.	Siehe Stellungnahme P035.51	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.55	A	Diese dramatische Gesundheitsgefährdung der ländlichen Bevölkerung rund um das die Kreisgrenze überschreitende Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf (LK Cuxhaven), Wetterndeich/Oederquart (LK Stade), zu der sich unsere Mandanten zählen und zugehörig fühlen, setzen wir dem dortigen Änderungsentwurf ausdrücklich entgegen. Mit der Aufnahme des Betriebes dieses Windparks wird nach heutigen Erkenntnissen eine Gesundheitsverletzung gegenüber den Anrainern beginnen.	Siehe Stellungnahme P035.51	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.56	A	Anlagen in einer Höhe von mehr als 100 m müssen eine sog. Hindernisbefeuerung aufweisen, die tagsüber ständig in weiß und nachts in rot blinkt. Das charakteristische Blinkmuster wird bei den vielen Windkraftanlagen, dessen Errichtung am Standort Geversdorf/Oberndorf zu erwarten sind, als intensiv störend wahrgenommen werden (sog. Lichtverschmutzung).	Die Befeuerung der Windenergieanlagen ist aus Gründen der Flugsicherheit notwendig. In diesem Fall ist das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl des Einzelnen zu stellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.57	A	Unsere Mandanten befürchten auch zu recht Gesundheitsgefährdungen durch den sog. Infra-Schall. Der Planungsträger hätte die aktuellen wissenschaftlichen Gefahreneinschätzungen erwähnen und berücksichtigen müssen. Die Erkenntnisse haben heute deutlich sicherere Datenbasen, da auch mittel- und langfristig auftretende Schäden angesichts der längeren Zeit, in der die Untersuchungen laufen, festgestellt werden konnten. Gerade zahlreiche Windkraftanlagen, die weit über 100 m hoch sind, emittieren in ihrer Gesamtwirkung gesundheitsgefährdende Schallwellen, die noch in Entfernungen von bis zu 3.000 m schädlich sein können. Es ist fahrlässig, wenn der Landkreis Cuxhaven eine Fläche für derartige Anlagen in Geversdorf/Oberndorf freigeben will, ohne die medizinischen Risiken sicher auszuschließen, und zwar auf der Basis der heute dazu in der Fachwelt gewonnenen Erkenntnisse.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.58	E 01	3. Mindestabstände zu Wohnhäusern Ferner begegnen die in dem Entwurf als tolerabel vorausgesetzten Mindestabstände grundsätzlichen Einwendungen. Denn das menschliche Leben und die Gesundheit der Menschen, die in Einzelhäusern auf dem Land wohnen, verdienen denselben Schutz vor gesundheitlichen Gefährdungen wie die entsprechenden Schutzgüter der Menschen, die in Ortslagen wohnen. Diese von dem Planungsträger gewählte Differenzierung ist grundrechtswidrig.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen erlaubt sind, eher hinnehmen muss.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.59	E 01	Es ist absehbar, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese willkürliche und ungerechte Differenzierung nicht gelten lassen wird.	Kenntnisnahme. Diese Unterscheidung entspricht dem üblichen Vorgehen auch in anderen Landkreisen und Bundesländern.	Kenntnisnahme
P035	P035.60	E 01	Überdies ist hier festzustellen, dass es sich bei den Häusern entlang der Straße Portshemm um eine Siedlung handelt. Denn es liegen dort insgesamt 4 zusammenhängend errichtete Wohnhäuser, die teilweise auch von mehreren Familien genutzt werden. So ist der Ortsteil Portshemm von Geversdorf als eine Ansiedlung von holländischen Siedlern bereits im 15. Jh. entstanden und wird seither zu Wohnzwecken genutzt. Auch in der amtlichen — aktuellen - Dorfentwicklungsplanung von Geversdorf wird die Siedlung Portshemm als Ortsteil von Geversdorf bezeichnet. Gerade der Ortsteil Portshemm ist dort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung versehen. (Beweis: Dorfentwicklungsplanung Geversdorf (PDF) über <a href="http://www.am-dobrock.de">www.am-dobrock.de</a> ).	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.61	E 01	Auch die Gemeinde Oberndorf zählt die unmittelbar an Portshemm angrenzende Ortslage von Bentwisch zu ihrem gemeindlichen Siedlungsgebiet. Sämtliche Häuser entlang der Straße mit dem Namen Bentwisch bilden eine Siedlung. Dort — ebenso wie in Portshemm - sind viele nahe beieinander befindliche Wohnhäuser, die gemeinsam auch eine Ansiedlung darstellen.	Siehe Stellungnahme P035.60	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.62	E 01	Das hier kritisierte WKA-Gebiet muss zu den Wohnhäusern der angrenzenden Straßen Bentwisch, Portshemm und auch Altendecken, Neuenschleuse und Wetterdeich, die westlich angrenzen, deutlich höhere Abstände als vorgesehen einhalten.	Siehe Stellungnahme P035.60	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.63	A	Für Dörfer in Norddeutschland ist es typisch, dass die Wohnhäuser entlang der Straßen errichtet sind. Denn die Aufwendungen der Erschließung sind in den seitlich gelegenen Flächen wegen deren Feuchtigkeit meistens zu teuer gewesen. Wohnhäuser in einer Reihe entlang einer Straße sind danach als die übliche Siedlungsform in der hier betroffenen Region zu bezeichnen. Es ist ein vermeidbarer Fehler, den Siedlungscharakter einer Mehrzahl von Häusern etwa nur dann anzunehmen, wenn sie nah und kreisförmig beieinander errichtet wurden. Entscheidende Merkmale einer Siedlung sind vielmehr die soziale Zusammengehörigkeit ihrer Bewohner, die Koordination der Bedürfnisse und die Einzigartigkeit der jeweiligen historischen Entwicklung.	Siehe Stellungnahme P035.60	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.64	E 01	Vorliegend sind die Ortslagen Bentwisch, Portshemm, Altendecken und Neuenschleuse auch deshalb Straßendörfer, weil sie entlang der Oste als natürlichem seitlichen Hindernis und Versorgungsträger entstanden sind. Sie bilden eine Siedlung in den Gemeinden von Oberndorf bzw. Geversdorf.	Siehe Stellungnahme P035.60	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.65	E 01	Als unzulänglich in besonderem Maße muss dieser Teil der Planung auffallen, weil es gerade zu den Mindestabständen zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern in der Zwischenzeit eine breite öffentliche und wissenschaftlich fundierte und begleitete Diskussion gibt, die auch dem Planungsträger bekannt sein dürfte. So fordert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekanntlich einen Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und einer Wohnbebauung von mindestens 2.000 m. In Nordrhein-Westfalen sieht der Windenergieerlass einen Mindestabstand von 1.500 m vor. Auch in Rheinland-Pfalz wird diese Distanz von 1.500 m verlangt. In Baden-Württemberg wird generell ein Mindestabstand von 2.000 m beachtet und in der Altmark z. B. ein Abstand in Höhe des 10-fachen der Anlagenhöhe. Selbst die bayerische Landesregierung und das Land Sachsen fordern neuerdings, einen Mindestabstand von der 10-fachen Anlagenhöhe zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen gesetzlich zu verankern, und haben eine entsprechende Initiative im Bundesrat angekündigt (Vgl. NEZ v. 03.07.2013.).	Die Regelungen in anderen Bundesländern sind in Niedersachsen nicht anzuwenden. Die gewählten Abstände sind ausreichend um den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.66	E 01	Hinzu kommen noch die Erkenntnisse aus den neueren wissenschaftlichen Untersuchungen: Der Infraschall steigt, je höher die Anlagen geraten. Gerade großvolumige Windparks intensivieren und erhöhen die schädlichen Immissionen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.67	A	Vor allem in ländlichen Gebieten werden die Störungen, verglichen mit vorstädtischen Gebieten, deutlich stärker empfunden (So z. B. Waye und Pederson 2007, Pierpont zur Krankheit Windturbinensyndrom).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.68	A	Das Amt für Gesundheit und Umwelt der Freien Hansestadt Bremen empfiehlt deshalb einen Mindestabstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung von einem Zehnfachen der Anlagenhöhe (Stand: 30.04.2014).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.69	A	Zutreffend weisen die Umweltmediziner darauf hin, dass es den Flächenstaaten in Deutschland (wie z. B. in Niedersachsen) am ehesten möglich sei, diese und auch größere Mindestabstände einzuplanen, ohne das Ziel, der Windenergie substanziell Raum zu geben, zu gefährden.	Siehe Stellungnahme P035.65	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.70	E 01	Die Festlegung in dem RROP 2015 lässt jegliche Auseinandersetzung mit den Gründen des notwendigen Mindestabstandes zur Wohnbebauung vermissen.	Siehe Stellungnahme P035.65	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.71	A	<p>4. Eigentumsverletzung</p> <p>Unsere Mandanten wenden ein, dass bereits die Ausweisung des Gebietes Geversdorf/Oberndorf als Vorranggebiet für Windenergie ihr Eigentum rechtswidrig verletzt. Denn es ist bekannt, dass Wohnhäuser in der Nähe von Windparks drastische Wertverluste erleiden und praktisch nicht mehr verkäuflich sind.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.72	A	Die Dimension der Wertreduzierung übersteigt bei weitem die ggf. zu tolerierenden Veränderungen des Umfeldes einer Immobilie, die durch allgemeine Einflüsse der Demografie und wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Denn der Bau eines Windparks bedeutet die Errichtung einer Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen für die Lebensqualität in dem gesamten Umfeld.	Siehe Stellungnahme P035.71	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.73	A	Eine solche Entwicklung müssen unsere Mandanten nicht akzeptieren. Jede Maßnahme mit vergleichbar enteignender Wirkung würde eine Entschädigung enthalten müssen (Art. 14 Abs. 3 S. 1 GG).	Siehe Stellungnahme P035.71	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.74	A	Selbst wenn man die Errichtung des Windparks in der Nähe des Wohnhauses unserer Mandanten einmal hypothetisch als Ausdruck der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und damit als hinnehmbar für unsere Mandanten einstufen wollte, würde eine solche Wertung zumindest eine rechtsstaatlich geregelte und praktizierte Entstehung der kritisierten Beeinträchtigung voraussetzen.	Siehe Stellungnahme P035.71	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.75	E 01	Da hier bereits der Planentwurf und das hierzu praktizierte Verfahren rechtlich fehlerhaft und damit rechtswidrig sind, müssen unsere Mandanten die sie enteignende Wirkung des Vorranggebiets für Windenergie auch keinesfalls hinnehmen.	Siehe Stellungnahme P035.71	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.76	E-N	Es ist rechtswidrig, ein Gebiet für Windenergieanlagen zu planen, ohne zuvor die sich aufdrängenden Beeinträchtigungen der Tierwelt, hier insbesondere der Vogelwelt, in allen Einzelheiten zu überprüfen, zu dokumentieren und die Öffentlichkeit zu beteiligen.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.77	E-N	Es ist bekannt, dass Windenergieanlagen ausgeprägte Scheuch- und Verletzungsgefahren für viele Vogelarten hervorrufen. Hierzu zählen auch die vom Aussterben bedrohten Tierarten wie der Seeadler, Fledermäuse, die Rohrdommel, Milane, Weihen, Wachteln und der Wachtelkönig. Für Wachteln, Rotschenkel und Kiebitze ist die deutlich negative Wirkung von Windkraftanlagen auf ihre Bestände nachgewiesen (vgl. NABU 2006). Auch die Uferschnepfe, Gänse, Goldregenpfeifer, Pfeifenten und Fledermäuse konnten als eindeutig gefährdet durch Windkraftanlagen ermittelt werden. Sämtliche erwähnten Tiere nutzen auch die großen Flächen des hier betroffenen Vorranggebietes als ihren Lebensraum.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Im Hinblick auf die in den Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten genannten Arten sind innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" Brutvorkommen des Kiebitzes bekannt; in räumlicher Nähe sind Brutvorkommen der Rohrweihe sowie des Weißstorks und des Seeadler bekannt. Die Arten Kornweihe, Wiesenweihe, Baumfalke und Uferschnepfe sind in einem Gutachten als Brutzeitgast, die Arten Großer Brachvogel und Bekassine als Durchzügler benannt - nicht jedoch als Brutvorkommen gewertet worden. Zu den Arten Rohrdommel, Rotmilan, Schwarzmilan, Wachtelkönig und Rotschenkel liegen hier im Hinblick auf Brutvorkommen keine Daten vor. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.78	E-N	Die signifikant gestiegene Unfallgefahr gilt auch für sämtliche Storcharten, die in dem hier betroffenen Gebiet leben. Auch auf den Grundstücken Wetterdeich 6 und Portshemm 5, dem Grundstück unserer Mandanten, leben Störche. Das Habitat des Weißstorchs überdeckt das gesamte geplante Vorranggebiet.	Nach bisherigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Brutvorkommen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.79	E-N	Und auch am Vormittag des 11. August 2015 war mal wieder ein Storch unmittelbar vor den 6 Windrädern in Oederquat (Wefferdeich) zu sehen, wie dieses Foto, aufgenommen von Bentwisch aus, zeigt. Glücklicherweise war es windstill und die Windräder konnten keine Gefahren hervorrufen.	Nach bisherigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Brutvorkommen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.80	A	7. Änderung des Flächennutzungsplans Stellungnahme zum Planentwurf Sehr geehrte Damen und Herren, wir vertreten die Eheleute Dorothea und Dr. Dirk Mahne, Portshemm 5, 21784 Geversdorf. Die uns legitimierende Prozessvollmacht fügen wir im Original als Anlage 1 bei. Unsere Stellungnahme zu dem Planentwurf folgt nachstehender Gliederung.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme.
P035	P035.81	A	I. Vorbemerkung Das Wohnhaus unserer Mandanten befindet sich in einer Entfernung von ca. 650 m zu dem geplanten Sondergebiet in Oberndorf (Bentwisch)/Geversdorf (Portshemm). Das Grundstück ist 6.613 m² groß. Unsere Mandanten wohnen dort mit ihrer Familie seit 1979.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme.
P035	P035.82	A	Auf den offenen Grundstücksflächen befinden sich 2 Hegebüsche ä ca. 2.200 m² mit typisch norddeutschem (Wild-) Bewuchs und eine Streuobstwiese. Diese Hilfen des Naturschutzes dienen speziell dem Schutz und als Nahrungsbeitrag für viele Kleintiere. In den alten Bäumen des Grundstücks sind Fledermäuse heimisch.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.83	A	Unsere Mandanten unterstützen seit vielen Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Bewahrung der Marschen und ihrer einzigartigen kulturhistorischen und natürlichen Werte. Erfolgreiche Beispiele des Engagements vieler Bewohner der Osteniederung sind u. a. die EU—gestützten Artenschutzprojekte zur Wiederansiedlung des Stör in der Oste und zur Sicherung der Habitate des Seeadlers, vieler geschützter Wiesenvögel und des hochgefährdeten Weißstorchs.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.84	A	II. Aktuelle Ausgangslage - Aussichtslosigkeit des Projekts Unsere Mandanten befürchten im Falle der Errichtung des Windparks rechtswidrige Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit und ihres Eigentums gem. Art. 1, 14 GG. Sie beanstanden Verletzungen des Rechtsstaatsprinzips gem. Art. 20 GG und des Umweltschutzes gem. Art. 20a GG.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.85	A	Unsere Mandanten sind unmittelbar in ihren Rechten verletzt. Sie haben einen Anspruch darauf, dass die Samtgemeinde Am Dobrock und die Gemeinden Oberndorf und Geversdorf bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans insbesondere dazu beitragen,	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.86	A	• gesunde Wohnverhältnisse zu sichern,	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.87	A	• die natürlichen Lebensgrundlagen und eine menschenwürdige Umwelt zu schützen und	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.88	A	• das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten (so in § 1 Abs. 5 und 6 Baugesetzbuch (BauGB)).	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.89	A	Die Gemeinde hat dabei die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (CS 1 Abs. 7 BauGB).	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.90	A	Unsere Mandanten haben somit einen gesetzlichen Anspruch darauf, dass die Samtgemeinde Am Dobrock „in eigener Verantwortung“ (S 2 BauGB) nicht nur die öffentlichen Belange vollständig erkennt und zutreffend bewertet, sondern auch die privaten Belange unserer Mandanten, die durch die Planung beeinträchtigt werden, berücksichtigt, zutreffend bewertet und schließlich eine gerechte Abwägung der ggf. widerstreitenden Belange vornimmt. Nur auf einer dergestalt breiten Basis der maßgeblichen Fakten und einer sachlich kompetenten Gewichtung kann die gesetzlich vorgeschriebene Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gelingen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.91	A	Bei allem handelt die Gemeinde eigenverantwortlich. Für die Folgen von eventuellen Fehlern ist sie haftbar.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.92	A	Die Gemeinde kann sich nicht auf fehlerhafte Zuarbeit der von den Windparkbetreibern beauftragten Ingenieure und Sachverständige berufen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.93	A	Auch die Fehler des Landkreises Cuxhaven bei der Aufstellung des RROP 2012 darf die Gemeinde nicht umsetzen. Ohnehin ist sie frei, zunächst den Ausgang des Normenkontrollverfahrens gegen das RROP Cuxhaven 2012 beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg abzuwarten, bevor sie sich mit der eventuellen Anpassung ihrer Bauleitplanung befasst.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.94	A	Da hier ein großes Industrieprojekt in Rede steht, das unstreitig und nach Einschätzung von allen Beteiligten erhebliche Eingriffe in die Lebensbedingungen der Nachbarn sowie die Umwelt und Natur verursachen wird, liegt es nahe, zunächst auch das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP nach BImSchG) abzuwarten, bevor die Gemeinde ihre Bauleitplanung eventuell fortschreibt.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.95	A	Es ist hier der Eindruck entstanden, dass die Gemeinde die komplizierten Sachverhalte, die mit der Bewertung der störenden Auswirkungen eines großen Windparks mit 43 Anlagen - 37 davon neu mit je 186 m Höhe - und einer Ausbeute von 111 MW auf das eigene Gebiet sachlich, finanziell und personell völlig überfordert ist.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.96	A	Zu berücksichtigen sind nach dem aktuellen Planungsstand 13 Anlagen á 3 MW in Bentwisch/Portshemm, 24 weitere Anlagen á 3 MW angrenzend in Oederquart und die 6 Altanlagen in Wetterdeich mit 6,8 MW.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.97	A	Wie will die Gemeinde verantwortungsvoll und eigenverantwortlich beurteilen können, dass z. B. die Höhe der neuen Einzelanlagen von 186 m vertretbar ist, solange nicht die schädlichen Auswirkungen von solchen Höhen für die menschliche Gesundheit, das Landschaftsbild oder auf die Populationen von hochgefährdeten Tierarten fachlich kompetent, neutral und mit größtmöglicher Risikogenauigkeit abgeschätzt worden sind?	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.98	A	Mit einer Entscheidung über den Änderungsentwurf nach dem jetzigen - äußerst unzulänglichen - Kenntnisstand würde die Gemeinde dem Landkreis und den Projektbetreibern praktisch einen Blankoscheck ausstellen, der sie berechtigt, diese Fläche von 116 ha zukünftig frei nach Gutdünken und jedenfalls nicht mehr ausgerichtet nach den Interessen der Gemeinde für Windkraftzwecke zu nutzen. Eine solche Vorab-Entscheidung wäre verantwortungslos. Sie kann auch von niemandem gefordert werden.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.99	A	Die Angaben in dem Entwurf und die dazu vorgelegten Unterlagen zu den einzelnen Planungsaspekten sind in weiten Teilen unvollständig, in sich widersprüchlich, unklar und somit insgesamt nicht einlassungsfähig. Die Anforderungen des § 3 Abs. 2 5. 1 BauGB sind offensichtlich nicht erfüllt.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.100	A	Die Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven vom 26.02.2013 spricht eine deutliche Sprache: Sie ist vernichtend gegenüber den fachlichen Qualitäten der Antragsunterlagen (UVS, LBP, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Einzelgutachten [z. B. Avifauna, Fledermäuse], FFH-Vorprüfung/Prüfung). Wir übernehmen hiermit ausdrücklich diese Einwendungen für unsere Mandanten.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Am Dobrock oder auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme
P035	P035.101	A	Es gibt ferner die Stellungnahme des Landkreises Stade vom 28.02.2013 (mit vielen berechtigten Hinweisen auf weitere Fehler!), doch fehlen Abstimmungen mit den unmittelbar angrenzenden Gemeinden, deren Bewohner, Natur und Umwelt ja ebenfalls unmittelbar von dieser Planung betroffen sind.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.102	A	Die Notwendigkeit der gemeinsamen Planung und Abstimmung der beteiligten Landkreise Cuxhaven und Stade nach dem LROG in dem Verfahren zur Ausweisung des kreisübergreifenden Gesamtwindparks Oederquart/Wetterdeich/Portshemm/Bentwisch ist schon ein rechtsvernichtendes Defizit des RROP 2012 des Landkreises Cuxhaven gewesen und als solches jetzt u.a. Gegenstand der Überprüfung durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg. Dieser Fehler auf Kreisebene hindert bereits die Anpassung der Bauleitplanung auf Gemeindeebene. Die unterbliebene Abstimmung mit den Nachbargemeinden ist freilich zusätzlich hier zu kritisieren.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.103	A	So bleibt auch der Umgang mit den lt. RROP 2012 vorgeschriebenen Mindestabständen von 5 km zu anderen Windparks in der Osteniederung völlig im Dunkeln. Denn der Windpark in Wetterdeich (Krs. Stade) mit 6 Anlagen besteht. Wie ist sichergestellt, dass diese Anlagen abgebaut worden sind, bevor ein neuer Windpark in dem hier geplanten Sondergebiet errichtet wird?	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.104	A	Der vorgeschriebene Abstand zur Kreisgrenze von 2 km lt. RROP 2012 wird komplett ignoriert und ausgespart. Der geplante Windpark Oederquart auf der Stader Seite der Kreisgrenze kann hierzu weder eine Ausnahme rechtfertigen noch eine sonstige Erklärung liefern. Denn auch jene Planung ist äußerst umstritten und ihre Verwirklichung ist mehr als ungewiss.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.105	A	Planungsrechtlich geboten und sachlich vernünftig im Sinne von realistischen Eingriffs- und Gefahrenabschätzungen wäre eine koordinierte Prüfung des großen Gesamtwindparkprojektes mit 34 neuen Anlagen von je 186 m Höhe auf Cuxhavener und Stader Gebiet. Ein solches Vorgehen scheuen die Windparkbetreiber indes ganz offensichtlich, weil sich dann die Aussichtslosigkeit der Planung angesichts überhöhter Eingriffe und Gefährdungen schnell herausstellen würde.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.106	A	Die jetzt begonnene Planung eines Teils des Gesamtprojektes ist freilich auch zum Scheitern verurteilt, weil sich die Abwägungen zwischen den widerstreitenden Schutzgütern immer nach der Gesamtbeeinträchtigung richten müssen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.107	A	Die Samtgemeinde Am Dobrock sollte sich auf dieses aussichtslose Vorgehen von vornherein nicht einlassen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.108	A	Wir rügen ausdrücklich die Verletzung von sämtlichen in Betracht zu ziehenden Schutz und Verfahrensvorschriften zu Gunsten unserer Mandanten.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.109	A	III. Anträge zum Verfahren 1. Einstellung, hilfsweise Aussetzung Zur Vermeidung von weiteren Ängsten der vielen von dieser Planung betroffenen Nachbarn, finanziellen Schäden und zusätzlichem Streitaufwand für alle Beteiligte beantragen wir in erster Linie, die Einstellung dieses Aufstellungsverfahrens für die 7. Änderung des Flächennutzungsplans, da bereits jetzt feststeht, dass die Projektanträge für die Errichtung der 13 Windkraftanlagen in dem geplanten Sondergebiet aussichtslos sind, und hilfsweise die A u s s e t z u n g dieses Verfahrens bis • das Gerichtsverfahren beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg zur Überprüfung des RROP 2012 des Landkreises Cuxhaven und • die Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) für den Gesamtwindpark Oederquart/Portshemm/Bentwisch inkl. der 6 Altanlagen Wetterdeich abgeschlossen sind.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.110	A	Wenn sich auf der Prüfungsebene der gemeindlichen Bauleitplanung herausstellt, dass ein Projekt wegen unlösbarer Konflikte zu hochwertigen Schutzgütern (menschliche Gesundheit, geschützte Tiere, Denkmalschutz, Landschaftsbild) nicht durchgeführt werden kann, so ist es ein Gebot des abgestuften Planungsrechts ebenso wie der Vernunft, ein solches Projekt zu stoppen und jegliche Arbeit an der verwaltungsrechtlichen Umsetzung sofort zu beenden. Dies ist die Konsequenz aufgrund der bis dato zusammengestellten Fakten, über die die Samtgemeinde Am Dobrock die Öffentlichkeit jetzt gem. § 3 BauGB unterrichtet hat.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.111	A	2. Wiederholung der Öffentlichkeitsbeteiligung Vorsorglich und weiter hilfsweise beantragen wir, die Beteiligung der Öffentlichkeit zu wiederholen, wenn der Plan, das Sondergebiet für Windkraftanlagen in den Flächennutzungsplan aufzunehmen, entgegen unserer Erwartung fortgesetzt werden sollte.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.112	A	In diesem Zusammenhang rügen wir ausdrücklich die Rechtswidrigkeit des Hinweises in der Veröffentlichung über die Öffentliche Auslegung der 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 28.06.2013, nach dem Stellungnahmen von Bürgern, die sie nach der Auslegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben können. Dieser Hinweis verstößt gegen zwingendes Recht zugunsten der Bürger in Umweltangelegenheiten. Er hat eine abschreckende und hemmende Wirkung ausgelöst und z. B. bewirkt, dass Bürger sich nicht mehr äußern, wenn sie erst nach dem Ablauf der Schulfreien von diesem Änderungsprojekt Kenntnis erlangen und irrig annehmen, dass die Samtgemeinde ihre später übermittelten Einwände nicht mehr berücksichtigen müsse. Auch unter diesem Aspekt ist die aktuell gewährte Anhörung der Öffentlichkeit fehlerhaft.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.113	A	3. Ablehnung der Gutachter wegen Besorgnis der Befangenheit Wir lehnen ferner bereits jetzt die Verfasser der vorgelegten Projektgutachten, Ingenieurgesellschaft msp majcher, scheidt + partner, Oldenburg und regionalplan & uvp, planungsbüro peter stelzer GmbH, Freren, wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Die abgelehnten Fachleute sollten den Auftrag erfüllen, objektiv, vollständig und fachkompetent die Auswirkungen des geplanten Windparks auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt mit ihren div. hohen Schutzgütern zu überprüfen. Ihre Untersuchungen sollten den beteiligten Behörden und den Bürgern als wichtige Information über die jeweils relevanten Fakten und die in der Fachwelt jeweils gesicherten Kriterien der Bewertung dienen. Diesen Anforderungen sind die abgelehnten Gutachter in äußerst nachlässiger Form nicht ansatzweise gerecht geworden. Die beteiligten Landkreise Cuxhaven und Stade haben hierzu in ihren Stellungnahmen vom 26.02.2013 bzw. 28.02.2013, verheerende Kritiken von sich gegeben, denen wir vollinhaltlich beitreten.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.114	A	Neben diesen Inkompetenzen ist zusätzlich der disqualifizierende Eindruck entstanden, dass die Fehler in den fachgutachterlichen Äußerungen auch deshalb geschehen sind, um die Bauvorhaben der beiden Projektbetreiber in diesem geplanten Sondergebiet nicht von vornherein zum Scheitern zu bringen. Die abgelehnten Gutachter haben sich so einseitig und parteiisch engagiert und jegliches Vertrauen in ihre Integrität verloren.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.115	A	Die Samtgemeinde Am Dobrock, die Mitglieder der Organe, die über den Änderungsantrag entscheiden sollen, aber auch unsere Mandanten als Betroffene und Teil der Öffentlichkeit, haben einen Anspruch darauf, dass nur kompetent und unparteiisch erstellte Untersuchungen als Grundlage der Meinungsbildung in dem laufenden Aufstellungsverfahren Verwendung finden.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.116	A	Es entspricht der allgemeinen Auffassung in der Rechtsprechung und Literatur, dass externe Fachleute, die eine Gemeinde als Gutachter oder sog. Verfahrenshelfer tätig werden lässt, ausschließlich in dem Interesse der Gemeinde tätig sein müssen. Das gilt auch dann, wenn ein Projektbetreiber den Auftrag erteilt und bezahlt.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.117	A	Die Gemeinde muss immer darauf achten, dass nur qualifizierte und zuverlässige Fachleute oder Institutionen hinzugezogen werden. Mögliche Interessenkonflikte muss die Gemeinde sicher und konsequent von vornherein ausschließen (vgl. Schröder, BauGB, 7. Aufl. 1., § 4b Rdn. 7). Nach diesen anerkannten Standards würde die Samtgemeinde Am Dobrock pflichtwidrig handeln, wenn sie den abgelehnten Gutachtern bei ihrer weiteren Meinungsbildung und Entscheidung vertrauen sollte.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.118	A	IV. Einzelaspekte Die genauen Abwägungskriterien nennt der Planungsträger nicht, so dass eine Auseinandersetzung mit den Details der gebotenen Abwägung nicht möglich ist. Bereits unter diesem Gesichtspunkt ist, wie gesagt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB unzureichend und rechtswidrig.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.119	A	Sachlich ist die Gemeinde ohnehin nicht sklavisch zur Umsetzung der äußerst ambitionierten Volumenplanung des Landkreises für die Windenergie verpflichtet. Die Gemeinde darf und muss auf ihrer Planungsebene eine eigene Abwägung vornehmen und zwar unter sämtlichen Gesichtspunkten, denen zum jetzigen Zeitpunkt Bedeutung zukommt.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.120	A	1. Geänderte Rahmenbedingungen Zu berücksichtigen ist insoweit auch das Energiekonzept der niedersächsischen Landesregierung vom 25.12.2012, das eher eine Erschöpfung der geeigneten onshore—Standorte konstatiert und den zukünftigen Ausbau der Windenergie auf dem Lande nur noch durch Repowering von bestehenden Anlagen als möglich ansieht (vgl. a. a. O. S. 14/15).	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.121	A	Wir müssen heute mehr denn je das Ausmaß der in dem RROP 2012 noch unterstellten besonderen Windhöflichkeit des Kreisgebiets bestreiten. Denn in den heute üblichen Höhen der Windkraftanlagen von ca. 180 bis 220 m tritt der Vorteil der flachen, an das Meer grenzenden Landkreise gegenüber den weiter binnenwärts liegenden Landkreisen zurück. Auch dort können heute viele Windkraftanlagen mit hoher Stromausbeute betrieben werden, wenn und soweit sie dort gewünscht und raumordnungsrechtlich zulässig sind.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.122	A	Ökologisch bieten Windkraftanlagen im Landesinneren, z. B. im Süden von Niedersachsen, in jedem Fall deutliche Vorteile, da ihre Nähe zur Ansässigkeit von vielen Verbrauchern dort erheblich geringere Investitionen in Leitungsnetze und Umspannungen erforderlich macht.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.123	A	Diese ausgleichenden und auf eine Balance der div. Ziele der Raumordnung ausgerichteten Vorgaben hat das LROP allesamt berücksichtigt. Das RROP 2012 verletzt diese gesetzlichen Grenzen und unterläuft und zerstört damit die Wirkung der gesetzlich geregelten Landesplanung.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.124	A	Das hier kritisierte RROP 2012 und ihm folgend der Entwurf zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans reduzieren so erheblich die Entwicklungschancen für Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen i. 5. v. Ziff. 3 LROP.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.125	A	Das geplante Sondergebiet Bentwisch/Portshemm in dem hochwertig geschützten Oste-Tal ist ein für den Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild wertvolles Gebiet, das nach den unter Ziff. 3.1 LROP 2008 näher aufgeführten Aspekten eher erweitert und ergänzt als eingeschränkt werden darf.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Am Dobrock.	Kenntnisnahme
P035	P035.126	A	2. Hohe Schutzwerte der Osteniederung Es fällt auf, dass der Änderungsentwurf zum FNP sich nicht mit den hohen Schutzwerten der unmittelbar angrenzenden Oste-Niederung auseinandersetzt. Die Gebiete Natura 2000, FFH, das Naturschutzgebiet Schnook mit den Außendeichflächen der Oste und die Brutvogelgebiete von landesweiter Bedeutung Moorstrichweg, Moorstricher Fleth und Wettereich, die allesamt unmittelbar an das geplante Sondergebiet angrenzen, sind zwar in der dem Entwurf beigefügten Karte deutlich gekennzeichnet. Es fehlen indes Angaben zu den sachlichen Gründen, weshalb nicht bereits die Nähe zu diesen hochwertigen Schutzgebieten ein deutliches Ausschlusskriterium ist. Nachvollziehbare Aspekte des notwendigen Bewertungs- und Abwägungsprozesses des Planungsträgers werden nicht erwähnt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Am Dobrock.	Kenntnisnahme
P035	P035.127	A	3. Rückforderung von EU-Subventionen droht Es ist ferner bekannt, dass die Landkreise Cuxhaven und Stade und zahlreiche Gemeinden entlang der Oste gemeinsam seit vielen Jahren erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die gesamte Niederung der Oste touristisch attraktiv zu entwickeln. Viele Projekte sind mit zusätzlicher EU-Hilfe realisiert worden. Diese Förderungen gehen von der Mündung der Oste aus bis zum Ort Gräpel im westlichen Teil des LK Stade (Stichworte u. a.: „Deutsche Fährstraße“, „Deutsche Milchstraße“, Schiffsanleger, Ansiedlung des Stör usw.). Es steht zu befürchten, dass die EU diese Subventionen zurückfordert, wenn sie bemerkt, dass mit dem großen Windpark Wetterdeich/OederquartlPortshemm/Bentwisch ein Industriekoloss entsteht, der die bislang geförderten Ziele wieder vernichtet oder stark beeinträchtigt.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.128	A	4. Sanfter Tourismus an der Oste Das RROP 2012 des LK Cuxhaven erwähnt die herausragende Bedeutung der „besonderen Entwicklungsaufgabe Tourismus“ für die Samtgemeinde Am Dobrock und die Orte Wingst, Neuhaus, Belum, Geversdorf und Oberndorf als einen einheitlichen Raum mit der besonderen Entwicklungsaufgabe „Erholung“. Die raumplanerische Zielsetzung wird auf die „Sicherung und Entwicklung“ der diese Orte umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot ausgerichtet. Diese planungsrechtliche Verankerung und dynamische Fortentwicklung der Einrichtungen für Erholung und Freizeit in dem gesamten Oste-Tal lässt sich mit der parallelen Planung des Sondergebiets für Windenergie in demselben Gebiet nicht vereinbaren.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.129	A	Das EU-gestützte Artenschutzprojekt der Wiederansiedlung des Stör in der Oste läuft seit 2009 und hat bereits messbare Erfolge hervorgerufen. Das Medieninteresse ist groß. Diese Aktion wird auch von allen Gemeinden entlang der Oste unterstützt. Sie ist ein Musterbeispiel für den aktiven Naturschutz und die entsprechende Kommunikation, wie sie in dem IBP (Integrierter Bewirtschaftungsplan Elbeästuar) von Februar 2012 gefordert werden. Der IBP ist die grundlegende Leitlinie für das staatliche Handeln in den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, abrufbar unter <a href="http://www.natura2000-unterelbe.de/links-Geamtplan.php">www.natura2000-unterelbe.de/links-Geamtplan.php</a> .	Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt nicht innerhalb des Funktionsraums 7 des Integrierten Bewirtschaftungsplans Elbeästuar (IBP Elbe).	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.130	A	Der Osteniederung ist dabei als einem Teil des Elbeästuars eine besondere Untersuchung gewidmet (vgl. Kap. 7 a. a. 0). Ein Rückgang der ökologisch existenziell wichtigen Grünlandflächen, der Gräben in den Marschgebieten, des Bewuchses der Ufer und der Verbindungen zu anderen Schutzgebieten wird festgestellt. Deshalb und zugleich fordern die 3 Länder eine ökologische Aufwertung der angrenzenden Flächen. Speziell für die Osteniederung wird die Notwendigkeit zur Erhöhung des Flächenanteils mit ästuartypischen Biotopen betont, d. h. die Rückführung von Acker- in Grünland, mehr extensive Grünlandnutzung, die Auwaldentwicklung, Schutzzonen für die Brutplätze des Seeadlers und vermehrt naturnahe Ufer mit Tideröhrichten und feuchten Uferstaudenfluren.	Siehe Stellungnahme P035.135	Kenntnisnahme.
P035	P035.131	A	Die beigefügte Karte (Anlage 2) zeigt den Geltungsbereich des IBP. Der geplante Windpark Wetterdeich/Oederquart/Portshemm/Bentwisch ist mit einem roten Kreuz eingezeichnet. Es ist so offenkundig, dass dieses große Industrieprojekt inmitten der Oste-Marsch eine Lebensgrundlage der IBP—Ziele irreparabel beschädigen würde.	Siehe Stellungnahme P035.135	Kenntnisnahme.
P035	P035.132	A	Die Planung wäre rechtswidrig, weil das IBP u. a. die Umsetzung der europäischen Richtlinien FFH, Natura 2000 und des Vogelschutzes bewirkt. Es gelten danach ein absolutes Verschlechterungsverbot und die Pflicht zu Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen.	Siehe Stellungnahme P035.135	Kenntnisnahme.
P035	P035.133	A	Wir möchten in diesem Zusammenhang erläutern, dass der Integrierte Bewirtschaftungsplan Elbeästuar (IBP) nicht etwa ein Projekt von reinen Naturschützern ist. Dieser Plan berücksichtigt vielmehr bereits die Belange der Landwirtschaft, der Wirtschaft und von Energieerzeugern. Der IBP bündelt sämtliche Interessen der drei Bundesländer, die an das Elbeästuar angrenzen. Er ist so das offizielle Planungsprogramm der drei Landesregierungen auch für die Flächen, in denen der Entwurf nun das WKA—Sondergebiet vorsieht, danach also in einem absoluten Tabu—Gebiet für diesen Zweck.	Siehe Stellungnahme P035.135	Kenntnisnahme.
P035	P035.134	A	Auch die bekannten Anstrengungen des Konzepts Maritime Landschaft Unterelbe, das auf die Förderung des Tourismus und der Naherholung ausgerichtet ist, findet in dem Entwurf keine Erwähnung, geschweige denn eine sachgerechte Abwägung.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme.
P035	P035.135	A	6. Planungsgeschichte Unsere Einwendungen haben auch deshalb ein besonderes Gewicht, weil der LK Stade schon 1997 aus Gründen des Landschaftsschutzes den auf dem Gebiet des LK Cuxhaven geplanten Vorrangstandort Bentwisch/Portshemm abgelehnt hat.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Eine Entscheidung aus dem Jahre 1997 kann aufgrund der Entwicklung sowohl in der Windenergie, als auch in dem Gebiet nicht mehr als sachgerecht herangezogen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.136	A	Ferner hat die Bezirksregierung Lüneburg als Aufsichtsbehörde damals angeordnet: „Der Vorrangstandort Oberndorf/Portshemm ist aufzugeben. Vor diesem Standort wird ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft gemäß LROP tangiert. Außerdem befindet sich der Standort in einem zusammenhängenden Vogellebensraum der Niederungen, der aufgrund des noch lückenhaften Daten materials nicht abschließend bewertet werden konnte. Ferner liegt in unmittelbarer Nachbarschaft das geplante Naturschutzgebiet „Schnook, Außendeichsflächen bei Geversdorf“. Darüber hinaus werden gegen diesen Standort auch aus kultur- und denkmalpflegerischer Sicht Bedenken erhoben.“	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Seit dem Jahr 1997 haben sich eine Vielzahl von Veränderungen ergeben. In Bezug auf die Eignung des Standortes aus naturschutzfachlicher Sicht wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.137	A	Unsere Mandanten machen sich diese — damals wie heute — begründeten Einwendungen zu eigen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.138	A	Es wird ferner übersehen, dass das RROP Stade 2004 die Überschreitung der Höhe von 100 m für die schon damals umstrittenen Windkraftanlagen in Wetterdeich definitiv ausgeschlossen hat. In Kap. 3.5 Energie (S.36) heißt es hierzu wörtlich: „In den Vorrangstandorten für Windenergie .... „Oederquart/Balje-Wetterdeich“. dürfen die Gesamthöhen der Windenergieanlagen 100 m nicht überschreiten.“ Jedes Repowering dieser 6 Anlagen, das eine Höhererweiterung voraussetzt, wurde ausgeschlossen, und zwar aus zwingenden Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes, unmittelbar angrenzend an das jetzt geplante Sondergebiet Portshemm/Bentwisch.	Die angesprochen sechs Windenergieanlagen liegen im Gebiet des Landkreises Stade. - Das angesprochene RROP 2004 ist nicht das rechtskräftige RROP des Landkreises Stade.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.139	A	Jedes Repowering dieser 6 Anlagen, das eine Höhererweiterung voraussetzt, wurde ausgeschlossen, und zwar aus zwingenden Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes, unmittelbar angrenzend an das jetzt geplante Sondergebiet Portshemm/Bentwisch.	Die angesprochen sechs Windenergieanlagen liegen im Gebiet des Landkreises Stade. - Das unter P035.138 angesprochene RROP 2004 ist nicht das rechtskräftige RROP des Landkreises Stade.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.140	A	Verfahrensrechtlich rüge ich, dass der Planungsträger sich nicht mit dieser speziellen Planungsgeschichte. und den damals wie heute aktuellen Ablehnungsgründen auseinandersetzt hat und die angestellten Überlegungen bekannt gibt. Es haben damals - ebenso wie heute - wissenschaftliche Daten existiert, aus denen sich Erkenntnisse über die Entwicklungen der einzelnen Schutzgüter der Planung ableiten lassen. Wenn der Planungsträger von bisherigen Erkenntnissen abweicht, so bedarf dies einer sorgfältigen und überzeugenden Begründung. Es liegt auf der Hand, dass gerade die Samtgemeinde als örtlich konkret verantwortliche Institution nicht ein Sondergebiet für Windenergie ausweisen darf, ohne auf diese wichtigen Ausschlussargumente im Einzelnen einzugehen.	Siehe Stellungnahme P035.136	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.141	A	7. Zerstörung des Landschaftsbildes Der Änderungsentwurf enthält keine Abwägung zu dem Gesichtspunkt der Vorbelastung des Gebiets. Vorliegend ist das gesamte Oste-Tal von Hemmoor/Osten bis Neuhaus vollständig frei von großen raumrelevanten Industrieanlagen inklusive Windrädern.	Siehe Stellungnahme P035.136	
P035	P035.142	A	Die 6 Altanlagen am Wetterdeich sind zwar vorhanden. Sie prägen indes nicht das ansonsten mit ungestörter Weitsicht ausgestattete Gebiet. An ihren Standorten sind Anlagen über 100 m Höhe nicht zulässig (s. o.). Es ist eine Verfälschung der Fakten, wenn diese damals ausnahmsweise, zeitlich auf ihre technische Leistungszeit beschränkten und mit strikt begrenzter Höhe genehmigten Anlagen heute als eine industrielle Vorbelastung der Landschaft gewertet werden sollen, um die drastische Verböserung der Eingriffe in das Landschaftsbild durch 37 doppelt so hohe Anlagen zu relativieren.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Der dargestellte Sachverhalt aus dem Jahre 2013 entspricht nicht mehr der aktuellen Situation	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.143	A	Bereits im Jahre 2004 hat der Landkreis Cuxhaven im Rahmen der Aufstellung des RROP Cuxhaven 2004 das von den betroffenen Eigentümern angestrebte Vorranggebiet für Windenergie in Portshemm/Bentwisch geprüft und als nicht geeignet unberücksichtigt gelassen. Es stellt sich die Frage, welche Änderungen in tatsächlicher Hinsicht seit 2004 eingetreten sein sollen, die heute eine andere Bewertung dieser Flächen zulassen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock In Bezug auf die Eignung des Standortes aus naturschutzfachlicher Sicht wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.144	A	Die Nähe zu dem Naturschutzgebiet Schnook, die Vorranggebiete für Natur und Landschaft, Natura 2000, FFH sowie die Funktion dieser Flächen für die Vogelrast- und Vogelbrutgebiete von nationaler und internationaler Bedeutung waren ausschlaggebend, um diesen Flächen die Eignung als Standort eines Windparks abzusprechen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt. - Im Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" gibt es kein Vorranggebiet Natur und Landschaft nach dem RROP 2012; das nachstgelegene Vorranggebiet Natur und Landschaft ist vielmehr etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Unterelbe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in zwei Vogelbrutgebieten mit lokaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist der mittlere und südliche Teil einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung zuzurechnen. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Voraussichtlich werden aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung realisierbar sein.	Kenntnisnahme.
P035	P035.145	A	Wir verkennen nicht, dass der LK Cuxhaven in dem RROP 2012 seine Meinung insoweit offenbar geändert hat. Da den Gemeinden heute indes die Entscheidung über eine Höhenbegrenzung der Anlagen überlassen ist, stehen sie nun in der Pflicht und Verantwortung, die notwendigen Untersuchungen und Abwägungen vorzunehmen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.146	A	Denn die Höhe der Windräder ist ein entscheidendes Kriterium für die Auswirkungen eines Windparks auf die menschliche Gesundheit, das Landschaftsbild und die Natur. Hohe Windräder sind weit über die Grenzen einer Gemeinde Tag und Nacht erkennbar. Sie prägen das Landschaftsbild. Der Kölner Dom ist z. B. lediglich 156 m hoch. Der Windpark wird also absolut raum- und landschaftsprägende Auswirkungen hervorrufen.	Die Festlegung der Höhe erfolgt nicht im RROP, sondern in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; so ist in der Beschreibenden Darstellung bestimmt: "Die Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlängenhöhe über Grund kann durch die Gemeinden als Träger der Bauleitplanung erfolgen. Sofern die Gemeinde von ihrem Recht auf Höhenfestlegung im Rahmen der Bauleitplanung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz anhand einer raumordnerischen Beurteilung." [Beschreibende Darstellung, Kap. 4.2.2, Ziffer 05, Satz 3 und 4].	Kenntnisnahme.
P035	P035.147	A	Ein besonders hoher Schutzwert des Landschaftsbildes ist deshalb hier in jedem Fall uneingeschränkt gegeben.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" ist im nördlichen Bereich überwiegend der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung), im südlichen Bereich überwiegend der Wertstufe 2 (= Landschaftsbild mit geringer Bedeutung) zuzuordnen. Im mittleren Bereich ist ein kleiner Teil – geschätzt etwa 10 % der Sonderbaufläche Windenergienutzung – der Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) zuzurechnen. Außerhalb der Sonderbaufläche liegt die Bedeutung höher; dies betrifft die Siedlungsflächen Portshemm bzw. Bentwisch (Wertstufe 4 – Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) bzw. den Bereich der Oste „zwischen den Deichen“ (Wertstufe 5 – Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung). In Bentwisch gibt es zwei Baudenkmale.	Kenntnisnahme.
P035	P035.148	A	8. Denkmalschutz Ein herausragendes Schutzgut sind in diesem Zusammenhang die denkmalgeschützten Bauwerke.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.149	A	Den besonders hohen Maßstab setzt dabei das technische Denkmal Schwebefähre Osten, das weniger als 10 km von dem geplanten Sondergebiet entfernt ist. Es soll demnächst als Weltkulturerbe anerkannt werden. Natürlich ist die verkehrshistorische Bedeutung dieser einzigartigen Ostequerung sinnlich nur vollständig zu erfassen, wenn die Betrachter und weltweit anreisenden Besucher die weite Landschaft der Oste-Niederung auch unbeeinträchtigt von später errichteten Windkraftanlagen wahrnehmen und nacherleben können. Denn nur dann lässt sich erahnen, welchen technischen und zivilisatorischen Fortschritt die Schwebefähre damals für die Bewohner der Ostemarschen bedeutete.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.150	A	Gleiches gilt für den Deichbau, der das geplante Windparkgebiet in Form des Ostedeiches und des Wetterdeiches in allernächster Nähe und zu mehr als die Hälfte seiner Randlinien umgrenzt. Die zivilisatorische und kulturhistorische Bedeutung dieser Deiche kann man nur optisch erkennen und würdigen, wenn die Weite und Flachheit der Landschaft auch ungestört erhalten bleibt. Deshalb stehen diese Deiche auch unter Denkmalschutz.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.151	A	Zu berücksichtigen sind ferner die besondere Reichweite und der hohen Schutzwert der weiteren in dem Verzeichnis der Denkmale eingetragenen Gebäude und Anlagen (§ 3 NdsDSchG), so u. a.: Ostedeich, links und rechts der Oste auf der gesamten Länge zwischen Elbmündung und Gemeindegrenze Osten, und der gesamte Wetterdeich (vgl. Verzeichnis der Baudenkmale für die Gemeinden Geversdorf, Oberndorf, Balje und Oederquart beim niedersächsischen Landesamt für Denkmalspflege in Hannover, u. a. Nr. 352018.00025 bis ..28; 352042.00055 usw.) Einzelhäuser Wetterdeich 21, Neuer Seeweg 1, Hohenlucht 17, Portshemm 1, Schnook 2, Bentwisch 7 und 23 und zahlreiche weitere Einzeldenkmale und Bestandteile von Gruppen in Oberndorf-Laak, -Bentwisch und Geversdorf-Marne.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.152	A	Auch die Marschen sind heute anerkannte Kulturlandschaft. Der nahegelegene Süderdeich gilt als zentrales Schutzgebiet, dem die Felder und Wiesen des Windparkgebietes in ihrer Beschaffenheit teilweise absolut gleichkommen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.153	A	Die besondere planungsrechtliche Relevanz des Denkmalschutzes für die Windparkplanung hat in diesem Frühjahr eindrucksvoll der 32. Deutsche Kunsthistorikertag in Greifswald hervorgehoben und den vielfach publizierten "Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen" vom 22.03.2013 (Anlage 3) verabschiedet.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.154	A	Nach allgemeiner Meinung beläuft sich der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Denkmälern auf 100 m pro 1 m Höhe, vorliegend also auf 2.000 m. Der Denkmalschutz ist hier danach ein zwingendes Ausschlusskriterium.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.155	A	9. Leerformeln statt Argumente Der Umweltbericht vom 25.06.2013 beansprucht selbst nur eine „überschlägige und vorläufige Vorab-Abschätzung der erheblichen Beeinträchtigungen von den Schutzgütern“. Damit disqualifiziert er sich selbst als eine zuverlässige Planungsgrundlage.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Für den RROP Entwurf 2015 wurde ein eigener Umweltbericht angefertigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.156	A	Auch als Vorab-Abschätzung leidet der Umweltbericht endgültig an den hier kritisierten Fehlern und ist nicht mehr ausbaufähig oder nachbesserbar. Denn zumindest die Ist Situation der Schutzgüter in der gesamten Fläche, in der sich die Planung auswirken kann, sollte zweifelsfrei, neutral und nachvollziehbar dokumentiert sein. Die Prognosen der Umfänge der vorhersehbaren Beeinträchtigungen müssen sich naturgemäß an dem Planungsstand ausrichten, der bis jetzt bekannt ist. Insoweit sind allerdings schon die Standorte, die Typen, die Höhen und die Leistungen der geplanten Windkraftanlagen bekannt. Die Prognosen hätten darauf abstellen müssen und können.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Für den RROP Entwurf 2015 wurde ein eigener Umweltbericht angefertigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.157	A	Selbstverständlich kann auch der Gemeinderat nicht auf derartig ungenauen und wahrscheinlich zur Vermeidung von Eigenhaftung bewusst als „vorläufig“ bezeichneten Untersuchungen eine endgültige Gebietsausweisung vornehmen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Für den RROP Entwurf 2015 wurde ein eigener Umweltbericht angefertigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.158	A	Es fehlen ferner, wie schon gesagt, Angaben zu den Kriterien der Abwägung und unterschiedlichen Gewichtung bei den einzelnen Schutzgütern und der verschiedenen Schutzgüter untereinander. Das gilt insbesondere für die Schutzgüter, deren erhebliche Beeinträchtigung in Kauf genommen wird (menschliche Gesundheit, Landschaftsbild, gefährdete Tiere, Umwelt).	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Für den RROP Entwurf 2015 wurde ein eigener Umweltbericht angefertigt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.159	A	Es fragt sich auch, weshalb jetzt das geplante Sondergebiet Bentwisch/Poftshemm angeblich tolerabel sein soll, obwohl die Bezirksregierung Lüneburg diese Flächen 1997 noch ausdrücklich abgelehnt hatte (s. o.). Tatsächlich haben sich die geschützten Tierarten und höherwertigen Schutzgüter in der Zwischenzeit dort weiter gefestigt und positiv entwickelt, so dass heute umso mehr der Schutz dieser Gebiete in der Oste-Niederung geboten ist. Dies gilt gerade für die Außendeichflächen unmittelbar entlang der Oste, die das Land Niedersachsen großflächig aufgekauft und naturnah belassen oder extensiv genutzt hat.	Für den Bereich des Gebietes mit gemeinschaftlicher Bedeutung "Unterelbe", das Naturschutzgebiet "Schnook" bzw. das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste" ist die Aussage, dass sich die Schutzgüter von Natur und Landschaft in der Zeit von 1997 bis zur Gegenwart positiv entwickelt haben, zutreffend; hierzu haben die seitens des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchgeführten Optimierungs-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen beigetragen. Ob und inwieweit dies auch für den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberdorf" zutrifft, bleibt offen; vermutlich trifft dies - aufgrund der Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung - eher nicht zu. U.U. profitieren die Gastvögel jedoch von der Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung.	Kenntnisnahme.
P035	P035.160	A	Speziell geschützte Wiesenvögel (Kiebitze, Feldlerche, Wiesenpieper, Kampfläufer usw.) haben so dort ihre Lebensräume festigen können. Diese Flächen erweitern noch teilweise die dort in der Oste—Niederung gelegenen Natura 2000—Schutzgebiete.	Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberdorf" liegen nach derzeitigem Kenntnisstand sieben Kiebitz-Vorkommen; in räumlicher Nähe, teilweise unmittelbar angrenzend, befinden sich zahlreiche weitere Kiebitz-Vorkommen. - Die Feldlerche und der Wiesenpieper zählen nicht zu den windenergiesensiblen Arten, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten Mindestabstände empfohlen hat. - Der Kampfläufer ist als ehemalige Brutvogelart im Landkreis Cuxhaven zu betrachten. Es gab im Zeitraum ab 1995 verschiedentlich Brutzeitfeststellungen. Der letzte hier bekannte Hinweis auf ein Brutvorkommen bezieht sich auf das - etwa 20 bis 21 km entfernte - Gebiet des Ahlen-Falkenberger Moores. - Siehe 035.159.	Kenntnisnahme.
P035	P035.161	A	Wiederholte Leerformeln, die einen umfassenden Abwägungsprozess behaupten, können die Offenlegung der konkreten Gesichtspunkte einer Abwägung, und zwar direkt bezogen auf die jeweils widerstreitenden Vorgaben und Schutzgüter, nicht ersetzen. Eine solche Pseudo—Rhetorik führt die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit ad absurdum.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.162	A	Gleiches gilt für das schnelle Tempo, in dem die Samtgemeinde das Verfahren der Anpassung des Flächennutzungsplans an die eventuell geänderte Regionalplanung durchgeführt hat. Es entsteht der Eindruck, als ob die planenden Gemeinden sich dieser komplizierten Thematik inhaltlich nicht weiter widmen wollen. Das wäre verantwortungslos und rechtswidrig.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.163	A	Gesundheitsgefährdung Unsere Mandantschaft befürchtet die nachhaltige Gefährdung ihrer Gesundheit und wendet ein, dass die einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gesundheitsgefahren, die von den Windkraftanlagen auf die menschliche Gesundheit ausgehen, nicht berücksichtigt worden sind.	Eine Ausweisung eines Windparks bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.164	A	1. Es sind heute nur noch Windkraftanlagen in der Größe von 180 bis 220 m Höhe zu erwarten. Diese hohen Anlagen verursachen sog. Schattenschlag, sog. Diskoeffekte, schlagende Schallgeräusche und multiple Immissionen, die als Dauer-Belästigung eine gesundheitsgefährdende Auswirkung haben.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.165	A	Die konzentrierte Kumulation von mehr als 37 neuen Windkraftanlagen mit je ca. 200 m Höhe auf einer zusammenhängenden Fläche stellt einen großvolumigen, weitflächigen und blockartig ausstrahlenden Industriekomplex dar. Die Veränderungen für Mensch und Natur im Umfeld und die mittel- und langfristigen Auswirkungen insbesondere auf die menschliche Gesundheit (Herz-Kreislauf-System) sind nicht ansatzweise dargestellt.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.166	A	Zur Kennzeichnung der Problematik verweisen wir auf die fachärztliche Stellungnahme des Hals-, Nasen- und Ohrenarztes Dr. med. Helmut Großgerge, Eppendorfer Baum 3, 20249 Hamburg—Eppendorf. Herr Dr. Großgerge ist selbst mit den Verhältnissen in dem hier betroffenen Planungsgebiet bestens vertraut. Gleichzeitig kennt er die negativen Einflüsse der Immissionen von Industriebetrieben auf die menschliche Gesundheit. Er hat seine Stellungnahme auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste abgegeben. Danach besteht die fachärztlich begründete Gefahr, dass der Windpark Bentwisch/Poftshemm/Oederquart/Wetterdeich in der jetzt geplanten Wucht und Größe • eine um 15 Jahre reduzierte Lebenserwartung der in der Nähe wohnenden Bevölkerung hervorruft, • insbesondere Kinder in ihrer Entwicklung schädigt, sie z. B. dramatisch vermehrt den Leiden des sog. Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms ADS/ADHS aussetzt, • und besonders für ältere Menschen die Gefahren durch Bluthochdruck, von Schlaganfällen und von Herzinfarkten akut erhöht.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.167	A	Die Gesamtwirkung der wahrnehmbaren und unbewusst aufzunehmenden Schall Immissionen beeinflusst das Herz-Kreislauf-System von Menschen in einem inakzeptablen Ausmaß.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.168	A	Diese breite Wirkung, d. h. die Kumulation dieser schädlichen Effekte, ist auch in industrienahen Wohngebieten zu beobachten. Dort ist die Lebenserwartung der Menschen deutlich geringer als diejenige der Menschen, die auf dem freien Land leben. Der Grund liegt in der Dauerbelastung des menschlichen Organismus mit industriegeprägten Geräuschen. Im Bundesgesundheitsministerium liegt eine wissenschaftliche Untersuchung mit dem Ergebnis vor, dass die arbeitenden Menschen, die industrienah wohnen, durchschnittlich 15 Jahre früher versterben als diejenigen Menschen, die das Glück haben, in einer ruhigen und naturbelassenen Umgebung leben zu dürfen. Speziell gesundheitsschädlich sind die dauerhaften Beunruhigungen des vegetativen Nervensystems, die ein Zusammenziehen der Gefäße und so Bluthochdruck und die Einlagerung von Gefäßkalk hervorrufen. Es ist danach erwiesen, dass die Wahrscheinlichkeit, Herzrhythmusstörungen, frühe Herzinfarkte und Schlaganfälle zu erleiden, wächst, je näher ein Mensch an einer Industriegeräusch produzierenden Anlage lebt und wohnt.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.169	A	Es sei hervorgehoben, dass insbesondere Kinder von dieser Gesundheitsgefahr betroffen sind. Bei ihnen zeigen sich deshalb vermehrt Aufmerksamkeitsdefizitsyndrome (ADS/ADHS).	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.170	A	Wenn die bislang ruhig und natürlich wirkende Landschaft nun von heute auf morgen in eine Industrielandschaft verwandelt wird - um eine solche handelt es sich bei einem Windpark mit mehr als 37 180 bis 220 m hohen Anlagen - , dann wirken derartig intensive und fremdartige Reize auf 'das vegetative Nervensystem der Anwohner ein, wie sie sonst nur in der Nähe von Flughäfen und industrienahen Wohnorten anzutreffen sind.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.171	A	Diese dramatische Gesundheitsgefährdung der ländlichen Bevölkerung rund um das grenzüberschreitende Vorranggebiet Portshemm/Bentwisch/Oederquart/Wetterdeich, zu der sich unsere Mandanten zählen und zugehörig fühlen, setzen wir dem dortigen Änderungsentwurf ausdrücklich entgegen. Mit der Aufnahme des Betriebes dieses Windparks wird nach heutigen Erkenntnissen eine Gesundheitsverletzung speziell auch gegenüber Kindern und alten Menschen beginnen.	Siehe P035.163	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.172	A	Anlagen in einer Höhe von mehr als 100 m müssen eine sog. Hindernisbefeuerung aufweisen, die tagsüber ständig in weiß und nachts in rot blinkt. Das charakteristische Blinkmuster wird bei den vielen Windkraftanlagen, die in diesem „gemeinsamen“ grenzüberschreitenden Windpark errichtet werden sollen, intensiv störend von unseren Mandanten wahrgenommen werden.	Die Befeuerung der Windenergieanlagen ist aus Gründen der Flugsicherheit notwendig. In diesem Fall ist das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl des Einzelnen zu stellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.173	A	Unsere Mandanten befürchten auch zu recht Gesundheitsgefährdungen durch den sog. Infraschall. Der Planungsträger hätte die aktuellen wissenschaftlichen Gefahreinschätzungen erwähnen und berücksichtigen müssen. Die Erkenntnisse haben heute deutlich sicherere Datenbasen, da auch mittel- und langfristig auftretende Schäden angesichts der längeren Zeit, in der die Untersuchungen laufen, festgestellt werden konnten. Gerade zahlreiche Windkraftanlagen, die weit über 100 m hoch sind, emittieren in ihrer Gesamtwirkung gesundheitsgefährdende Schallwellen, die noch in Entfernungen von bis zu 3.000 m schädlich sein können. Es ist fahrlässig, wenn die Samtgemeinde eine Fläche für derartige Anlagen freigeben will, ohne die medizinischen Risiken sicher auszuschließen, und zwar auf der Basis der heute dazu in der Fachwelt gewonnenen Erkenntnisse.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.174	A	Ferner begegnen die in dem Entwurf als tolerabel vorausgesetzten Mindestabstände zu Wohnsiedlungen von 1.000 m und zu Einzelhäusern von 500 m grundsätzlichen Einwendungen. Denn das menschliche Leben und die Gesundheit der Menschen, die in Einzelhäusern auf dem Land wohnen, verdienen denselben Schutz vor gesundheitlichen Gefährdungen wie die entsprechenden Schutzgüter der Menschen, die in Ortslagen wohnen. Diese von dem Planungsträger gewählte Differenzierung ist grundrechtswidrig. Es ist absehbar, dass spätestens der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese willkürliche und ungerechte Differenzierung nicht gelten lassen wird (vgl. auch unten Ziff. 7).	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen erlaubt sind, eher hinnehmen muss.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.175	E 01	6. Überdies ist hier festzustellen, dass es sich bei den Häusern entlang der Straße „Portshemm“ um eine Siedlung bzw. Ortslage handelt. Denn es liegen dort insgesamt 4 zusammenhängend errichtete Wohnhäuser, die teilweise auch von mehreren Familien genutzt werden. So ist der Ortsteil Portshemm von Geversdorf als eine Ansiedlung von holländischen Siedlern bereits im 15. Jh. entstanden und wird seither zu Wohnzwecken genutzt. Auch in der amtlichen — aktuellen - Dorfentwicklungsplanung von Geversdorf wird die Siedlung Portshemm als Ortsteil von Geversdorf bezeichnet. Gerade der Ortsteil Portshemm ist dort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung versehen (Beweis: Dorfentwicklungsplanung Geversdorf (PDF) über <a href="http://www.am-dobrock.de">www.am-dobrock.de</a> ).	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.176	E 01	Auch die Gemeinde Oberndorf zählt die Ortslage von Bentwisch zu ihrem Gemeindegebiet. Sämtliche Häuser entlang der Straße mit dem Namen Bentwisch bilden eine Ortslage. Dies gilt speziell auch für die unmittelbar an das Sondergebiet angrenzenden Teile von Bentwisch. Dort sind viele nahe beieinander befindliche Wohnhäuser, die gemeinsam auch eine Ansiedlung darstellen.	Siehe P035.175	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.177	E 01	Das Sondergebiet muss zu den Wohnhäusern der angrenzenden Straßen Bentwisch, Portshemm und auch Altendecken, Neuenschleuse und Wetterdeich, die westlich angrenzen, deutlich höhere Abstände als vorgesehen einhalten. Denn sämtliche Häuser bilden dort jeweils entsprechende Ortslagen von Oberndorf bzw. Geversdorf.	Siehe P035.175	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.178	E 01	Für Dörfer und kleinere Ansiedlungen (Ortslagen) in Norddeutschland ist es typisch, dass die Wohnhäuser entlang der Straßen errichtet sind. Denn die Aufwendungen der Erschließung sind in den seitlich gelegenen Flächen wegen deren Feuchtigkeit meistens zu teuer gewesen. Wohnhäuser in einer Reihe entlang einer Straße sind danach als die übliche Siedlungsform in der hier betroffenen Region zu bezeichnen. Es ist ein vermeidbarer Fehler, den Siedlungscharakter einer Mehrzahl von Häusern etwa nur dann anzunehmen, wenn sie nah und kreisförmig beieinander errichtet wurden. Entscheidende Merkmale einer Siedlung sind vielmehr die soziale Zusammengehörigkeit ihrer Bewohner, die Koordination der Bedürfnisse und die Einzigartigkeit der jeweiligen historischen Entwicklung. In diesem Punkt zutreffend beschreibt der Umweltbericht die Siedlungen rund um das geplante Sondergebiet als „Straßendörfer“ (vgl. Bl. 12).	Siehe P035.175	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.179	E 01	7. Die konkrete Ermittlung der Abstandskriterien, insbesondere die vorgesehenen Mindestabstände von 1.000 m zu Siedlungen und von 500 m zu Einzelwohnhäusern, basiert auf keinen erkennbaren sachlichen, geschweige denn abgewogenen und überzeugenden Argumenten. Als unzulänglich in besonderem Maße muss dieser Teil der Planung auffallen, weil es gerade zu den Mindestabständen zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern in der Zwischenzeit eine breite öffentliche und wissenschaftlich fundierte und begleitete Diskussion gibt, die auch dem Planungsträger bekannt sein dürfte. So fordert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekanntlich einen Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und einer Wohnbebauung von mindestens 2.000 m. In Nordrhein-Westfalen sieht der Windenergieerlass einen Mindestabstand von 1.500 m vor. Auch in Rheinland-Pfalz wird diese Distanz von 1.500 m verlangt. In Baden-Württemberg wird generell ein Mindestabstand von 2.000 m beachtet und in der Altmark z. B. ein Abstand in Höhe des 10-fachen der Anlagenhöhe. Selbst die bayrische Landesregierung und das Land Sachsen fordern neuerdings, einen Mindestabstand von der 10-fachen Anlagehöhe zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen gesetzlich zu verankern, und haben eine entsprechende Initiative im Bundesrat angekündigt (vgl. NEZ v. 3.7.2013).	Abstandsregelungen in anderen Bundesländern sind für die Regionalplanung in Niedersachsen nicht relevant. Die festgelegten Abstände zu Siedlungsflächen sind ausreichend.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.180	A	Hinzu kommen noch die Erkenntnisse aus den neueren wissenschaftlichen Untersuchungen: Der Infraschall steigt, je höher die Anlagen geraten. Gerade großvolumige Windparks intensivieren und erhöhen die schädlichen Immissionen. Vor allem in ländlichen Gebieten werden die Störungen, verglichen mit vorstädtischen Gebieten, deutlich stärker empfunden (so z. B. Waye und Pederson 2007, Pierpont zur Krankheit Windturbinensyndrom).	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.181	A	Es überrascht, dass die Samtgemeinde Am Dobrock die Bewohner rund um das geplante Sondergebiet einem deutlich höheren Gesundheitsrisiko auszusetzen bereit ist, als es heute dem weltweit allgemeinen Standard entspricht, ohne hierüber aufzuklären oder auch nur den Versuch von einer Begründung zu unternehmen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.182	A	VI. Eigentumsverletzung 1. Unsere Mandanten wenden ein, dass bereits die Ausweisung dieses Sondergebiets für Windenergie ihr Eigentum rechtswidrig verletzt.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.183	A	Denn es ist bekannt, dass Wohnhäuser in der Nähe von Windparks drastische Wertverluste erleiden und praktisch nicht mehr verkäuflich sind. Die Dimension der Wertreduzierung übersteigt bei weitem die ggf. zu tolerierenden Veränderungen des Umfeldes einer Immobilie, die durch allgemeine Einflüsse der Demografie und wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Denn der Bau eines Windparks bedeutet die Errichtung einer Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen für die Lebensqualität in dem gesamten Umfeld.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.184	A	Eine solche Entwicklung müssen unsere Mandanten nicht akzeptieren. Jede Maßnahme mit vergleichbar enteignender Wirkung würde eine Entschädigung enthalten müssen (Art. 14 Abs. 3 5. 1 GG).	Siehe Stellungnahme P035.183	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.185	A	Selbst wenn man die Errichtung des Windparks in der Nähe des Wohnhauses unserer Mandanten einmal hypothetisch als Ausdruck der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und damit als hinnehmbar für unsere Mandanten einstufen wollte, würde eine solche Wertung zumindest eine rechtsstaatlich geregelte und praktizierte Entstehung der kritisierten Beeinträchtigung voraussetzen.	Siehe Stellungnahme P035.183	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.186	A	Da hier bereits der Planentwurf und das hierzu praktizierte Verfahren rechtlich fehlerhaft und damit rechtswidrig sind, müssen unsere Mandanten die sie enteignende Wirkung des Sondergebiets für Windenergie auch keinesfalls hinnehmen.	Siehe Stellungnahme P035.183	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.187	A	3. Das Grundstück unserer Mandanten muss aufgrund von einer in das Grundbuch eingetragenen Dienstbarkeit für die Entnahme von Erde für die Erhaltung der Sicherheit des unmittelbar angrenzenden Oste-Deiches zur Verfügung stehen.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.188	A	Die Deichsicherheit ist bekanntlich entscheidend von dem Ausmaß der beidseitig auf den Deich einwirkenden Umwelteinflüsse, insbesondere das aufdrängende Wasser und die Feuchtigkeit, abhängig.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.189	A	Vorliegend ist die Versickerungsfähigkeit der dem Deich nachgelagerten Flächen, zu dem dieses Sondergebiet für Windenergie gehört, eine wichtige Voraussetzung des insgesamt funktionierenden Hochwasserschutzes. Deswegen sind in diesen Gebieten, die von Hochwasser und Überschwemmungen betroffen sein können, auch keine Bodenversiegelungen zulässig.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.190	A	Der Entwurf lässt für dieses Sondergebiet und die angrenzenden Flächen in Oederquart, die nach den Vorstellungen der Gemeinde ja gemeinsam erschlossen und intensiv ausgenutzt werden sollen, mind. 37 neue Windkraftanlagen von jeweils ca. 180 bis 220 m Höhe zu. Für jede Anlage ist eine Bodenfläche von mind. 30 x 30 m, also 900 m <sup>2</sup> , in mind. 1 m Stärke zu betonieren. Es werden also Flächen in einer Gesamtgröße von 33.300 m <sup>2</sup> zubetoniert. Hinzu kommen noch die breiten - ebenfalls zu betonierenden — Zuwegungen für die hohen Kräne und Versorgungsfahrzeuge mit entsprechenden Rangierräumen sowie die Flächen der zu verlegenden Kabeltrassen, die ebenfalls den Boden versiegeln und die Sickerfähigkeit des Grund und Bodens zerstören werden.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.191	A	Wenn man diese Zusatzflächen mit ca. 50 % der Fundamentgrundflächen veranschlagt, so errechnet sich für das gesamte Vorranggebiet eine insgesamt zu versiegelnde Bodenfläche von 50.000 m <sup>2</sup> .	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.192	A	Wir rügen ausdrücklich, dass die für den Windpark benötigten großflächigen Bodenversiegelungen die Deichsicherheit gravierend beeinträchtigen, und damit nicht nur die unbebauten Teile des Grundstücks unserer Mandanten substanziell beschädigen können, sondern auch die Substanz des Wohnhauses und der Nebengebäude.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens nach Bundes-Immissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.193	A	Es überrascht, dass die Samtgemeinde zu diesem wichtigen Gesichtspunkt keine Untersuchungen angestellt und Erläuterungen gegeben hat.	Siehe Stellungnahme P035.192	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.194	A	VII. Wirtschaftliche Auswirkungen 1. Der Änderungsentwurf setzt sich in unzulässiger Weise nicht mit den weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen auseinander, die ein Windpark in der voraussichtlichen Größe von ca. 43 Windkraftanlagen für das nähere Umfeld dieses Sondergebiets hervorrufen wird. Es ist amtsbekannt, dass an die betroffenen Landeigentümer Jahrespachten in Höhe von > ca. 30.000 € pro Windrad gezahlt werden, abgestuft nach der Höhe und Leistung der jeweiligen Anlage. Hinzu kommen Nutzungsentgelte für die Flächen der Zuwegungen und Trassen. Einige Landwirte werden in den Genuss des Vielfachen dieser Jahreszahlungen kommen, da auf ihren Flächen mehrere Windräder aufgestellt werden können.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Die (regionale-)Wertschöpfung ist kein Belang der Raumordnung	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.195	A	2. Diese finanziellen Leistungen werden zu einer großen Wettbewerbsverzerrung zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben in dem Gemeindegebiet führen. Es ist absehbar, dass die Landwirte, die nicht mit Flächen in dem Sondergebiet begünstigt sind, erhebliche Probleme mit ihren Betrieben bekommen. Denn die in großer Dimension gesteigerte Finanzkraft der begünstigten Betriebe wird es diesen erlauben, höhere Pachten für Fremdf Flächen zu bezahlen, so dass kleinere Höfe oder diejenigen Landwirte, die nur mit zugepachteten Flächen wirtschaften, an den Rand ihrer Existenz gedrängt werden. Es ist angesichts der Höhe der in Rede stehenden jährlichen Pachtzahlungen und der Dauer dieser außerordentlichen Einkünfte zu erwarten, dass eine akute Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft ausgelöst wird.	Siehe Stellungnahme P035.194	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.196	A	Für manchen Landwirt, dessen Hof klein ist und in dessen Familie kein Nachfolger bereit steht, werden die hoffremden Windradeinkünfte ferner ein willkommener Anlass sein, um die Landwirtschaft ganz aufzugeben und die frei werdenden Flächen an die plötzlich reich gewordenen Nachbarn zu verkaufen.	Siehe Stellungnahme P035.194	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.197	A	Diese vorhersehbare Folge der Windparkerrichtung wird den Konzentrationsprozess unter den landwirtschaftlichen Betrieben rund um das Planungsgebiet noch zusätzlich beschleunigen. Diese drastische und unausgewogene Wirkung widerspricht indes deutlich den Zielvorgaben in § 1 Abs. 5 bis 8 BauGB. Auch hierzu fehlt jegliche Angabe zu der gesetzlich vorgeschriebenen, mit Fakten unterlegten Abwägung zwischen den dort insgesamt aufgeführten Zielen der Bauleitplanung.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Dabei handelt es sich nicht um einen Belang der Raumordnung.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.198	A	Der zahlenmäßige Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe ist gesamtwirtschaftlich in jeder Hinsicht unerwünscht. Er wird im Übrigen auch in der landwirtschaftlichen Fachwelt ausdrücklich beklagt. Bei genauer Betrachtung gibt es keinen Fachmann in Entwicklungs oder Wirtschaftsfragen, der einer solchen Auswirkung auf die ortsansässige Landwirtschaft etwas Gutes abgewinnen kann, ganz abgesehen von den nachteiligen Folgen für die Umwelt und Natur, die eine zunehmend konzentrierte und industrialisierte Landwirtschaft hervorrufen kann.	Siehe Stellungnahme P035.194	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.199	A	VIII. Gefährdungen der Tierwelt 1. Es ist rechtswidrig, in dem Flächennutzungsplan ein Sondergebiet für Windenergieanlagen auszuweisen, ohne zuvor die sich aufdrängenden Beeinträchtigungen der Tierwelt, hier insbesondere der Vogelwelt, in allen Einzelheiten zu überprüfen, und die Öffentlichkeit zu beteiligen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Am Dobrock.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.200	A	Es ist bekannt, dass Windenergieanlagen ausgeprägte Scheuch- und Verletzungsgefahren für viele Vogelarten hervorrufen. Hierzu zählen auch die vom Aussterben bedrohten Tierarten wie der Seeadler, Eledermäuse, die Rohrdommel, Milane, Weihen, Wachteln und der Wachtelkönig. Für Wachteln, Rotschenkel und Kiebitze ist die deutlich negative Wirkung von Windkraftanlagen auf ihre Bestände nachgewiesen (vgl. NABU 2006). Auch die Uferschnepfe, Gänse, Goldregenpfeifer, Pfeifenten und Fledermäuse konnten als eindeutig gefährdet durch Windkraftanlagen ermittelt werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Brutvorkommen der Rohrdommel, des Rotmilans, des Schwarzmilans, des Wachtelkönigs, der Uferschnepfe und des Rotschenkels innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" oder in räumlicher Nähe sind hier nicht bekannt. Ein Brutvorkommen der Wiesenweihe ist ebenfalls nicht bekannt, allerdings gibt es hier eine Feststellung als Brutzeitgast in räumlicher Nähe. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung sind drei Rohrweihen-Vorkommen bekannt. - Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegen mehrere Kiebitz-Vorkommen; in räumlicher Nähe, teilweise unmittelbar angrenzend, befinden sich zahlreiche weitere Kiebitz-Vorkommen. - Die Wachtel zählt nicht zu den windenergiesensiblen Arten, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten Mindestabstände empfohlen hat. - Der südliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt innerhalb des 2.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Goldregenpfeifer sind als Gastvögel innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung bzw. in räumlicher Nähe bekannt. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.201	A	Sämtliche erwähnten Tiere nutzen auch die großen Flächen des hier betroffenen Sondergebietes als ihren Lebensraum.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Siehe P035.200.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.202	A	Die besondere Unfallgefahr gilt auch für sämtliche Storcharten, die in dem hier betroffenen Gebiet leben. Auch auf den Grundstücken Wetterdeich 6 und Portshemm 5, dem Grundstück unserer Mandanten, leben Störche. Das Habitat des Weißstorches überdeckt bereits das gesamte geplante Sondergebiet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Nach bisherigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Brutvorkommen auf den Grundstücken Wetterdeich 6 und Portshemm 5.	Kenntnisnahme.
P035	P035.203	A	Speziell in Zeiten von schlechter Sicht sind deutlich erhöhte Kollisionsraten für Graureiher, Greifvögel, Austernfischer, Möwen, Stare und Krähen festgestellt worden. NABU hat deshalb zu Recht einen Mindestabstand von 400 bis 500 m zwischen einer WKA und den Rastplätzen dieser Vogelarten gefordert.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung wurden die Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2015 zugrunde gelegt; diese waren die zum Zeitpunkt der Bearbeitung im Winter/Frühjahr 2015 aktuellsten fachlichen Grundlagen im Hinblick auf fachlich erforderliche Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Brutplätzen bestimmter Vogelarten [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 3].	Kenntnisnahme.
P035	P035.204	A	Auch diese Fakten und zwingenden Erfordernisse des Tierschutzes werden in dem Umweltbericht und dem avifaunistischen Gutachten nicht oder nur unzureichend erkannt, berücksichtigt und abgewogen.	Dieser Vorwurf wird zurückgewiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.205	A	3. Vorliegend sind die Flächen in dem Gebiet des Windparks Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich/Oederquart als Rastplätze für Zugvögel ständig genutzt. Die Oste und die sie umgebende Oste—Niederung sind die Leitlinie für den Vogelzug. Sie bilden den Flugkorridor zu den hochwertigen Vogelschutzgebieten an der Elbmarsch.	Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P035	P035.206	A	4. Die Fledermäuse sind ständige Bewohner und Besucher des Sondergebietes. Ihre Aufenthalte werden auch durch die div. Waldgebiete im Umfeld der Häuser und die bereits angelegten und fortgeschritten entwickelten Ausgleichsflächen im Nahbereich des geplanten Gebietes (z. B. Moorstrichweg) begünstigt.	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen. - Die Information zu den Kompensationsflächen ist in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]; sie ist hier durch eine Einwendung im Zuge des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf 2015 bekannt geworden [Lfd. Nr. 014.04]. Zu dieser Kompensationsfläche ist im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ein Abstand von (mindestens) 200 m einzuhalten; diese Fläche, die durch extensives Feuchtgrünland gekennzeichnet ist, ist einem Naturschutzgebiet bzw. einem gesetzlich geschützten Biotop mit einer Flächengröße von über 5 ha vergleichbar.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.207	A	Unsere Mandanten haben auf ihrem Grundstück 2 Hegebüsche von jeweils ca. 2.200 m <sup>2</sup> gepflanzt, die neben dem ebenfalls vorhandenen alten und hohen Baumbestand ständig von Fledermäusen genutzt werden. Dies gilt sowohl für die dauerhaft heimischen Fledermäuse als auch für die vagabundierenden Arten. Die Fledermäuse haben bekanntlich nächtliche Aktionsradien von vielen Kilometern. Der in Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich geplante Windpark wird deshalb eine — rechtswidrige — Gefahr für die Population der vielen Fledermäuse in diesem Gebiet bedeuten.	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.208	A	IX. Soziale Akzeptanz, fehlende Transparenz, keine Bürgerbeteiligung 1. Die soziale Akzeptanz von weiteren Windparks in Norddeutschland ist heute angesichts der großen Anzahl von bereits installierten Anlagen allgemein als eine entscheidende Voraussetzung anerkannt. So hat es auch die niedersächsische Landesregierung in dem Energiekonzept 2012 wie folgt festgelegt: „Der Erhalt der hohen Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung war und ist für die Landesregierung von besonderer Bedeutung. Nur unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Anwohner wird es gelingen, die energiepolitischen Ziele zu erreichen.“	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.209	A	Vorliegend haben sich nahezu alle Anwohner rund um den geplanten Standort Bentwisch/Portshemm/Wetterdeich/Oederquart, mit Ausnahme der begünstigten Landbesitzer, gegen diese Planung ausgesprochen. Viele von ihnen engagieren sich überdies in der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Dabei handelt es sich nicht um einen Belang der Raumordnung.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.210	A	Das RROP 2012 des Landkreises Cuxhaven wird mit der Normenkontrollklage gerichtlich angefochten.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.211	A	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Gemeinde Am Dobrock diese heftigst umstrittene Windparkplanung jetzt vorab planungsrechtlich umsetzen möchte, bevor die Rechtmäßigkeit der Planung auf Kreisebene überhaupt geklärt ist und alle Gefahren für Mensch, Natur und Umwelt sicher auszuschließen sind.	Anlage 2: Stellungnahme zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans vom 15. Juli 2013 an die SG Am Dobrock Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.212	A	Mit Verwunderung und Befremden haben wir bemerkt, dass Sie die o. a. Änderung des Flächennutzungsplans am 28.08.2014 in dem Amtsblatt für den Landkreis Cuxhaven öffentlich bekannt gemacht haben, obwohl das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht bereits am 14.05.2014 das Regionale Raumordnungsprogramm 2012 (Abschnitt Windenergie) des Landkreises durch zwei Urteile für unwirksam erklärt hat. Diese Gerichtsurteile dürften Ihnen bekannt sein (Az.: 12 KN 244/12 und 12 KN 29/13). Über sie hat auch die lokale Presse sofort ausführlich berichtet. Das Bundesverwaltungsgericht hat die vom Landkreis Cuxhaven gegen diese Entscheidungen eingelegten sog. Nichtzulassungsbeschwerden durch Beschlüsse vom 20.08.2014 zurückgewiesen.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.213	A	Ich möchte betonen, dass nach h. M. bereits ab der Verkündung der Urteile durch das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht am 14.05.2014 alle Beteiligten, insbesondere staatliche Behörden, gehalten waren, die Ungültigkeit des RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) in ihrem Verwaltungshandeln zu berücksichtigen.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.214	A	Somit stellten sowohl die Genehmigung der Änderung des FNP am 01.08.2014 durch den Landkreis als auch die Veröffentlichung der geänderten Vorschrift durch Ihre Samtgemeinde am 28.08.2014 Verletzungen der behördlichen Amtspflichten dar.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.215	A	Diese Urteile des Niedersächsischen Obergerverwaltungsgerichts beanspruchen von Gesetzes wegen Allgemeinverbindlichkeit. Sie gelten ex tunc, d. h. die betroffene Norm — RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) — gilt als von Anfang an nichtig.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.216	A	Diese rechtlichen Wirkungen des Verfahrens der Normenkontrolle gem. § 47 VwGO unterstellen wir als amtsbekannt. Vorsorglich verweise ich auf die einschlägigen Kommentierungen in Kopp/Schenke, VwGO, § 47 Rdn. 141 ff. m. w. N. und den digitalen Kurzkommentar von Kugele (Stand: 14.07.2014) zu § 47 Rdn. 32 m. w. N.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.217	A	Meine Mandantschaft ist auch deshalb besonders irritiert durch Ihr — hier kritisiertes — Verhalten, weil die Vorprüfungen und Abwägungen des Landkreises Cuxhaven in dem —jetzt für ungültig erklärten— RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) von den Mitgliedern Ihrer Samtgemeinde ausweislich der Sitzungsprotokolle vom 14.11.2013 und 24.2.2014 als entscheidende rechtliche und tatsächliche Grundlage für die Beschlussfassung über die 7. Änderung des FNP angesehen wurden.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.218	A	Die Mitglieder Ihres Amtes und des Samtgemeinderates mögen rechtlich falsch instruiert worden sein. Dieser Verdacht drängt sich auf, weil es u.a. in dem Protokoll vom 14.11.2013 fälschlich heißt, dass „das Regionale Raumordnungsprogramm vom 28.Juni 2013 bekannt gemacht und damit rechtskräftig“ sei. Das Gegenteil ist, wie gesagt, der Fall: Das RROP 2012 war von Anfang an nichtig. Es war auch nicht etwa in der Zwischenzeit „rechtskräftig“. Das konnte schon deshalb nicht sein, weil die Anträge auf Normenkontrolle ja gerichtlich anhängig waren und somit die gerichtliche Qualifizierung als „von Anfang an nichtig“ drohte.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.219	A	Von dieser Rechtslage gingen im übrigen alle Fachleute inkl. der Landkreis nach den bekannten Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 13.12.2012 (4 CN 1.11 u. 2.11) und vom 11.4.2013 (4 CN 2.12) aus. Der Landkreis hat seine Absicht zur Korrektur des RROP 2012 wegen geänderter Rechtslage sogar am 12.12.2012 öffentlich bekannt gemacht.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.220	A	In zahlreichen Gesprächen mit den Mitgliedern Ihres Amtes und den Mitgliedern des Samtgemeinderates ist unseren Mandanten und anderen Anwohnern des in Oberndorf und Geversdorf ausgewiesenen Sondergebietes für Windenergie immer wieder versichert worden, dass die Samtgemeinde sich gem. § 1 Abs. 4 BauGB in der Pflicht sehe, das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) in ihrer gemeindlichen Bauleitplanung umzusetzen. Alle aufklärenden Hinweise, Bitten und Appelle (u. a. Schreiben der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste vom 01.12.2013), doch zunächst den Ausgang der bekannten laufenden Normenkontrollverfahren abzuwarten, wurden in den Wind geschlagen.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.221	A	All dies ist vor dem Hintergrund geschehen, dass die interessierten Betreiberunternehmen nach unseren Informationen auf vertraglicher Basis Ihnen gegenüber sämtliche Kosten des Verfahrens für diese Änderung des Flächennutzungsplans und auch noch diese - offensichtlich irri - fachanwaltliche Beratung übernommen haben.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.222	A	Es ist hier angesichts dieser Fehler leider der Eindruck entstanden, dass sich die Meinungsbildung zu der 7.Änderung des FNP nicht nach Recht und Gesetz und ausschließlich nach sachgerechten Gesichtspunkten vollzogen hat. Die rechtliche Relevanz wird ggf. zu prüfen sein.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.223	A	Ich erwähne besonders, dass bis zu Ihrer Bekanntmachung der Satzungsänderung Ihre Amtspflicht bestanden hat, wichtige neue Erkenntnisse, die das Verfahren und die Abwägung betroffen haben, zu berücksichtigen und die Bekanntmachung ggf. zu unterlassen (so BVerwG vom 29.09.1978, 4 C 30.76, ferner Jäde/Dirnberger/Weiss, Kommentar zum BauGB, 5. Aufl. 2007, § 214 Rdn. 34 ff. m. w. N.). Sie hätten danach das Inkraftsetzen der 7.Änderung des FNP verhindern können und müssen, nachdem die Ungültigkeit des RROP 2012 gerichtlich festgestellt worden war.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.224	A	Schließlich sind dieselben Fehler, die für die Ungültigkeit des RROP 2012 maßgeblich sind, insbesondere die fehlende Differenzierung zwischen den sog. harten und weichen Tabuzonen in dem Abwägungsverfahren und die Verstöße gegen zwingende artenschutzrechtliche Vorschriften, identisch mit den rechtlichen Fehlern, die das Verfahren und die Inhalte Ihrer Satzungsänderung aufweisen.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.225	A	Zur Vermeidung von unnötigen und zusätzlich kostspieligen Weiterungen fordern wir Sie hiermit auf, Ihre aufgezeigten Fehler zu korrigieren und schnellstmöglich und ersatzlos die Aufhebung der 7. Änderung Ihres Flächennutzungsplans zu beschließen. Bitte teilen Sie uns bis zum 10.10.2014 mit, ob Sie dieser Aufforderung, die auch ohnehin als allgemeine Amtspflicht für Sie besteht, Folge leisten.	Anlage zu P035 - Schreiben vom September 2014 zur 7. Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.226	A	Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen verabschiedet von der Mitgliederversammlung auf dem 32. Deutschen Kunsthistorikertag in Greifswald am 22.03.2013; Bedrohte Kulturlandschaft: Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen Die Landschaft in Deutschland ist in hohem Maße kulturbestimmt. In vielen Regionen hat sich die Kulturlandschaft zu einer Denkmallandschaft verdichtet, deren Erforschung, Interpretation und Schutz zu den Kernaufgaben der Kunstgeschichte gehören. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. sieht durch die 2011 beschlossene Energiewende und den damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien mit neuen Windkraft- und Photovoltaikanlagen die historischen Kulturlandschaften Deutschlands erheblich bedroht.	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.227	A	Besonders deutlich ist der Landschaftswandel bereits jetzt in Norddeutschland zu bemerken, wo der weite, unverstellte Blick auf den Horizont zu den Identitätsstiftenden Merkmalen der Landschaft zählt. inzwischen wurde mit dem Bau einer neuen Generation von Windkraftanlagen begonnen, deren Höhe nicht mehr wie früher um die 60 Meter, sondern bis zu 200 Metern beträgt Sie werden damit deutlich höher als der Kölner Dom. Solche Anlagen sind in der norddeutschen Tiefebene über viele Kilometer sichtbar. Die Anzahl der Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein betrug im vergangenen Jahr 185 Anlagen je 1000 Quadratkilometer. In vielen Landesteilen sehen wir die Grenze der Belastbarkeit der überlieferten Kulturlandschaft damit erreicht, manchmal bereits überschritten. In Mecklenburg-Vorpommern waren es im vergangenen Jahr 1419 einzelne Anlagen und damit 62 je 1000 Quadratkilometer. Mit einer weiteten massiven Verdichtung der Anlagen ist durch die beschleunigte Umsetzung der Energiewende zu rechnen.	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.228	A	Zehntausende Denkmale werden im gesamten Bundesgebiet durch die Errichtung neuer Photovoltaik und Windkraftanlagen in ihrem Wirkungstaum beeinträchtigt. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Bereits heute ist die Silhouettenwirkung der Stadt Prenzlau in der Uckermark durch die umliegenden Windkraftanlagen nachhaltig gestört. Ausgerechnet hier, wo der berühmte, weithin sichtbare Schaugiebel und die Türme der Marienkirche das Stadtbild seit Jahrhunderten prägen, werden die historisch gewachsenen Dimensionen durch Windkraftanlagen an der Stadtperipherie ignoriert. Diese Nutzbauten erreichen die Höhe der stadtbildprägenden historischen Denkmäler, ja übertreffen sie an manchen Stellen. Dass damit eine massive Beeinträchtigung von Denkmalwerten verbunden ist, steht außer Frage.	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.229	A	Dem Schweigen sämtlicher politischer Parteien zu diesem Problem — auch solcher, denen der Landschafts- bzw. Kulturlandschaftsschutz ureigenste Sorge sein müsste — setzen wir unsere Stellungnahme entgegen. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. wendet sich nicht gegen die Energiewende, plädiert aber dafür, die Bedenken von Denkmalpflegern und engagierten Bürgern ernst zu nehmen, um weitere gravierende Beeinträchtigungen der historischen Kulturlandschaften zu verhindern.	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.230	A	Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. fordert daher: • die grundsätzliche Beachtung der kulturellen Werte als identitätsstiftende Bausteine der Kulturlandschaften in Deutschland,	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.231	A	• das vollständige Freihalten der wertvollen historischen Kulturlandschaften von den genannten Anlagen,	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.232	A	• die Einhaltung von Mindestabständen zwischen den Windkraftanlagen und den Denkmälern,	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P035	P035.233	A	die Einbeziehung der Denkmalpflege als zuständiger Fachbehörde bereits im Vorfeld aller Planungsverfahren und ihre zureichende Ausstattung mit Personal.	Anlage zu P035 - Greifswalder Appell Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.234	A	Siebte Änderung des Flächennutzungsplanes Sondergebiet für Windenergieanlagen in den Mitgliedsgemeinden Geversdorf und Oberndorf Veröffentlicht am 28. August 2014 im Amtsblatt für den Landkreis Cuxhaven Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung des Flächennutzungsplans und der Satzung - §214 BauGB	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.235	A	Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, bei der Erstellung der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Am Dobrock wurden Vorschriften verletzt: deren Verletzung wir hiermit fristgemäß geltend machen.	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.236	A	Beginnen möchten wir mit einem Zitat aus dem Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven zum Standort Geversdorf/Oberndorf. Unter Punkt 4 „Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkung: „.....Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei zwei Kriterien (Windenergieempfindliche Vogelarten, Landschaftsbild) zu erwarten, sodass die Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.“ Diese Bewertung lag Ihnen bereits in der Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven vom 26.02.2013 an die Samtgemeinde Am Dobrock vor. Zitat: Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls hat ergeben, dass durch die Umsetzung des beantragten Vorhabens erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden können. Aus naturschutzfachlicher und rechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken bezüglich der vorgelegten Planung. Diese Bewertung seitens des Landkreises wurde nicht berücksichtigt, d. h., der Flächennutzungsplan sieht eine mit dem Artenschutz unvereinbare Etächennutzung vor, Das Artenschutzrecht wurde in den Überlegungen der SG Am Dobrock nicht berücksichtigt. Dazu Legen wir Ihnen ergänzend unsere Beobachtungen zur Avifauna, getätigt am Wetterdeich 4, in der Zeit von 2012 — 2015 bei.	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.237	A	Bereits in unseren Einwendungen in 2013 haben wir die übereilte Änderung des Flächennutzungsplans bemängelt. Ohne einen gültigen RROP abzuwarten und wohlwissend um die Einwendungen der entsprechenden Naturschutzbehörden wurde seitens der Ausschüsse und des Gemeinderates eine Änderung vorgeschlagen und beschlossen. Unvergessen dabei die entsprechende öffentliche Bauausschuss-Sitzung zur Flächennutzungsplanänderung auf der seitens der Gemeindeverwaltung durch Herrn Jungclaus die anwesenden Ausschussmitglieder darauf hingewiesen wurden, dass sie der Vorlage nur mit JA zustimmen könnten; es gäbe keine Möglichkeit der Ablehnung. Die anwesenden Zuhörer waren ob der demokratischen Meinungsbildung und -äußerung äußerst erstaunt.	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.238	A	Die SG Am Dobrock hat unserer Meinung nach das Fehlen eines gültigen RROP für den Landkreis Cuxhaven genutzt, um die Veränderung des Flächennutzungsplans durchzubringen: offensichtlich vor dem Hintergrund der durch die investoren bereits getätigten Investitionen und Versprechungen.	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.239	A	Des Weiteren möchten wir, wiederum wie in 2013, bemängeln, dass gesundheitliche Auswirkungen auf die Anwohner bei der Festlegung eines Abstandes von 500 m zur Wohnbebauung keine hinreichende Würdigung erfahren haben. Es ist davon auszugehen, dass auch für den Windpark Geversdorf/Oberndorf die geplante Höhe der Windkraftanlagen über 200 m betragen wird - wie es im angrenzenden Bereich des LK Stade vorgesehen ist. Demnach sind wesentliche größere Abstände zur Wohnbebauung zwingend erforderlich.	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.240	A	Wir sehen damit eine Verletzung des § 214 BauGB als gegeben und halten die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes dadurch für unwirksam.	Anlage zu P035 - Schreiben vom August 2015 zur Änderung des FNP in Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.241	SO 09	Vogel- und Fledermausbeobachtungen seit November 2012 bis Juli 2015 Geversdorfer Wetterdeich Brutreviere: Turmfalke Wäldchen Wetterdeich 4 Waldohreule Wäldchen Wetterdeich 4 Schleiereule Nebengebäude Wetterdeich 6 Grünspecht Wetterdeich	Die Vorkommen des Turmfalken, der Waldohreule, der Schleiereule und des Grünspechts sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.242	SO 09	02.11.2012 11:00 — 15:00 2000 —4000 Nonnengänse neben Grundstück Wetterdeich 6	Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Voraussichtlich werden nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen realisierbar sein.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.243	SO 09	03.11.2012 500—600 Nonnengänse; Schwärme von Wachholderdrosseln; ca 10 Rotdrosseln	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.244	SO 09	04.11.2012 08:15 bis 15:30 mehrere Trupps in unterschiedlicher Stärke bis zu 200 Exemplaren Nonnengänse hinter eigenem Wald und Wetterdeich 6; ständige Bewegung, Rotdrosseln.	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.245	SO 09	09.11.2012 08:20 1200—2000 Nonnengänse Richtung Altendecken auf Wiese 10:20 weitere 60 Nonnengänse Aftendecken 10:30 200— 300 Nonnengänse südl. Wäldchen	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.246	SO 09	10.11.2012 08:20 120 Nonnengänse von NW nach SW 08:50 60 Nonnengänse S nach NW/Nord 10:10 200—300 Nonnengänse von NW nach S	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.247	SO 09	07.12.2012 08:50 Trupp von „Großer Brachvogel“ direkt auf Wiese hinter eigenem Wäldchen	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.248	SO 09	08.12.2012 14:30 Trupp von Großer Brachvogel" nach NW fliegend	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.249	SO 09	alle Tage im Dezember „Großer Brachvogel“ beobachtet	Diese Einwendung ist nicht präzise.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.250	SO 09	25.12. 2012 16 Seidenschwänze im Garten	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.251	SO 09	30.03.2013 Pfeifenten in Rtg. Oste	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.252	SO 09	31.03.2013 „Großer Brachvogel“	Diese Einwendung ist nicht präzise.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.253	SO 09	05.04.2013 30 Pfeifenten auf Wiese hinter Wetterdeich 1 ganztägig	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.254	SO 09	06.04.2013 25 —40 Pfeifenten auf Wiese und nahe Wettern hinter Wetterdeich 1	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.255	SO 09	07.04.2013 ca. 25 Pfeifenten wie oben.	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.256	SO 09	15.09.2014 14:00 8 große Greifvögel (größer als Bussard) von Südwest (Altendecken nach Ost in Richtung Krummendeich) in großer Höhe	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.257	SO 09	22.09.2014 09:30 — 10:00 Eisvogel am Teich Wetterdeich 2	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.258	SO 09	01.10.2014 22:30 Waldohreulen hinter Wäldchen Richtung Altendecken und Wetterdeich 2 — 4	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.259	SO 09	02.10.2014 ganztägig Nonnengänsekette unterschiedlicher Größe von Ost nach West ziehend in ca. 50 —80 m Höhe	Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug.. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P035	P035.260	SO 09	03.10.2014 ganztägig in höheren Lagen, ca. 150 m, Nonnengänseverbände aus Ost in Richtung West 15:00 Eisvogel am Rand der Wettern	Siehe Stellungnahme P035.259	Kenntnisnahme.
P035	P035.261	SO 09	09.10.2014 21:30 — 22:00 2 Waldkäuze, 2 Waldohreulen Wetterdeich 2,4,6	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.262	SO 09	10.10.2014 20:10 — 20:30 2 Schleiereulen hinter Wäldchen Wetterdeich 4 Richtung Süden 20:45—20:50 2 Waldkäuze Wetterdeich 2, 4	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.263	SO 09	11.10.2014 11:20 Rohrweihe Wiesenflächen Wetterdeich 1 11:45 60 Nonnengänse westlich Wetterdeich 6 in Richtung Wetterdeich 8 11:50 80 Nonnengänse von Süd nach Nord aus Bentwisch in Richtung Oste 11:55 5 große Greifvögel in ca 200 m Höhe von Südost nach West 12:17 40 Nonnengänse von Ost nach West 12:30 8 Graugänse von West nach Ost über Wäldchen Wetterdeich 4 15:18 35 Nonnengänse von Süd nach Nord in flacher Höhe, 15 m, über Wetterdeich 2 16:59 ca. 90 Nonnengänse von Nord (Neuschleuse) nach Süd (Altendecken) in ca. 100 m Höhe 17:01 21 Nonnengänse von Nord nach Süd, wie kurz vorher 17:25 25 Nonnengänse von Nord nach Süd (Schleuse Wettern in Richtung Bentwisch) 17:2 647 Nonnengänse von Schleuse Wettern in Richtung Bentwisch 19:15 2 Waldohreulen Wäldchen Wetterdeich 4	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.264	SO 09	12.10.2014 ab 07:30 Ketten von Nonnengänsen unterschiedlicher Größe von 5— 120 Exemplaren in niedriger Höhe, ca. 20 — 30 m, von Wiesenflächen hinter Wetterdeich 1 —3 in Richtung Altendecken / Bentwisch und Richtung West nach Ost (Schnook nach Wiesenflächen hinter Wetterdeich 8 von Süd nach Nord; hin- und herziehend; auf Wiesenflächen äsend.	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.265	SO 09	17.10.2014 12:45 ca. 2000 —3000 aufgeschreckte Gänse in niedriger Höhe von Süd (Bentwisch) in Richtung Nord (Ostemündung) in verschiedenen Ketten und Formationen 12:50 50 Nonnengänse von Süd nach Nord 12:52 20 Nonnengänse von Süd nach Nord 12:54 9 Nonnengänse von Süd nach Nord 12:56 ca. 20 Nonnengänse von Süd nach Nord 13:10 15 Nonnengänse von Südost nach Nordwest 13:30 5 Mäusebussarde von West nach Ost 15:50 ca. 6000 bis 8000 Nonnengänse auf Wiesenflächen Richtung Brücke bei Thomas Thiedemann	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Voraussichtlich werden nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen realisierbar sein.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.266	SO 09	18.10.2014 12:23 ca. 600 Nonnengänse in mehreren Formationen in niedriger Höhe von Nord in Richtung Wiesenflächen Brücke bei Thomas Thiedemann 12:26 200 Nonnengänse in ca. 150 m Höhe von Süd nach West (Schnook) 12:28 11 Nonnengänse von Feldern südlich der bisherigen Windanlagen über Wiesenflächen Wetterdeich 1 in Richtung Ostemündung 13:18 Bussard Altendecken 3 13:25 Kornweihe Neuschleuse / Wiesenflächen Wetterdeich 1 13:28 Bussard Wiesenflächen südlich Wetterdeich 1	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.267	SO 09	19.10.2014 08:38 — 09:30 Nonnengänse in verschiedenen Formationen und Stärke hin- und herziehend von Schnook in Richtung Wiesenflächen südlich der bisherigen Windanlagen	Siehe Stellungnahme P035.259	Kenntnisnahme.
P035	P035.268	SO 09	02.04.2015 09:30 Rebhuhnpaar Wetterdeich 4 von Wiesenflächen hinter Wäldchen zum Deich Wetterdeich 3	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Nicht zu berücksichtigen.
P035	P035.269	SO 09	03.04.2015 08:45 Rebhuhnpaar Wetterdeich 4 Graben zu Wetterdeich 2 11:15 Fischadler über Wiese Neuschleuse 1 hinüber Wiesenflächen Neuschleuse 7 Richtung Schnook Waldohreulen brüten in Wäldchen Wetterdeich 4	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.270	SO 09	04.04.2015 11:50 Fischadler von Süderdeich über Wetterdeich 4 in Richtung Neuschleuse 7 und Altendecken 1	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.271	SO 09	06.04.2015 10:40 Weißstorch Grundstück Wetterdeich 6, auf Wiesenflächen hinter Wetterdeich 6 und ehemaliger Maisfläche neben Wetterdeich 6	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Nach bisherigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Brutvorkommen auf dem Grundstück Wetterdeich 6.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.272	SO 09	07.04.2015 12:15— 13:45; 2 Bussarde im Storchennest Neuenschleuse 7; 2 Rohrweihenpaare balzend über Wiesenflächen zwischen Wetterdeich 2, 4, Neuenschleuse 1, Neuenschleuse 7, Schnook, Altendecken 1	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung sind drei Rohrweihen-Vorkommen bekannt.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.273	SO 09	12.04.2015 11:50 11:50 2 Paar Rohrweihen über Wiesenflächen zwischen Wetterdeich und Altendecken	Kenntnisnahme. - Siehe P035.272.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.274	SO 09	13.04.2015 11:00 Rohrweihen Wiesenflächen Wetterdeich und Neuenschleuse 1	Kenntnisnahme. - Siehe P035.272.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.275	SO 09	15.04.2015 11:30 Rohrweihen Wiesenflächen Wetterdeich und Neuenschleuse 1 von Wiesenflächen südl. Süderdeich kommend Weißstorch auf Nest Wetterdeich 6 (siehe beigefügte Bildet)	Kenntnisnahme. - Siehe P035.271 und P035.272.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.276	SO 09	16.04. 11:20 Rohrweihe von Wiesenflächen hinter Wetterdeich 3 über Wetterdeich 6 Richtung Altendecken	Kenntnisnahme. - Siehe P035.272.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.277	SO 09	31.05.2015 13:50 — 14:05 Seeadler über Wiesenflächen zwischen Süderdeich, Wetterdeich 3 in Richtung Schnook	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P035	P035.278	SO 09	01.06.2015 14:15 Seeadlet über Flächen wie vorherigem Tag	Kenntnisnahme. - Siehe P035.277.	Kenntnisnahme.
P035	P035.279	SO 09	05.06.2015 14:30 Sperber Weferdeich 4 nach Wetterdeich 6 14:55 2 Fischadler über Wetterdeich 8 in Richtung Wetterdeich 1 weiter zum Schnook	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.280	SO 09	09.06.2015 17:20 — 17:30 Seeadler über Wiesenflächen südl. Süderdeich, Wetterdeich 1 Neuenschleuse 7	Kenntnisnahme. - Siehe P035.277.	Kenntnisnahme.
P035	P035.281	SO 09	01.07.2015 08:45 Trupp Kiebitze (ca 10) auf Wiese zwischen Neuenschleuse 7 und Altendecken 1 14:20 Zwei Großer Brachvogel auf Wiese hinter Wäldchen Wetterdeich 4 in Richtung Neuenschleuse 1 Kornweihe pendelt regelmäßig über Wetterdeich 4 /6 über Wiese Richtung Neuenschleuse 7; Achtung Kornweihe nicht Wiesenweihe Ab 22:15 reger Flugverkehr Schleiereulen von Wiesen hinter Wetterdeich 6 und Wäldchen Wetterdeich 4 Großer Abendsegler über Wäldchen Wetterdeich 4; über Esche. Birke. Wäldchen Weferdich 6 hinüber zu Weferdeich 3 und 9; zurück Wetterdeich 2	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.282	SO 09	02.07.2015 07:42 Kornweihe zwischen Wäldchen Wetterdeich 4 und Wiese hinter Wetterdeich 2 hinüber zwischen Wetterdeich 6 und Wetterdeich 3 zur Wiese hinter der Wettern in Richtung Süderdeichwiesen 16:25 Kornweihe von Neuenschleuse 7 über Wetterdeich 1 in Richtung Balje 16:35 Sørber von Weferdeich 2 über Garten Wetterdeich 4 nach Wetterdeich 6 22:45 GroßerAbendsegler und kleinere Fledermäuse Wetterdeich 4, Wetterdeich 6, Wetterdeich 3 23:00 große unbekannte Eiii - größer als Schleuereule	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P035	P035.283	SO 09	03.07.2015 10:10 Kornweihe über Wiese hinter Wetterdeich 2 in Richtung Wetterdeich 9 ab 22:35 Schleiereulen pendeln zwischen Wiesen hinter Wäldchen Wetterdeich 4 und Nest Wetterdeich 6; ebenso von Wiesenflächen hinter Wetterdeich 3 von Süderdeich kommend Verschiedene Arten von Fledermäusen	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.284	SO 09	04.07.2015 09:10 9 Graugänse von Neuenschleuse 7 in Richtung Wetterdeich 7 10:05 Kornweihe über Wäldchen von Wetterdeich 6 kommend in Richtung Altendecken 1	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.285	SO 09	08.07.2015 17:50 - 18:10 Kornweihe über den Wiesen zwischen Neuenschleuse 7 und Wäldchen Wetterdeich 4 mit Weiterflug zwischen Wetterdeich 6 und Wetterdeich 7 Richtung Süderdeich	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.286	SO 09	14.07.2015 21:20 ca. 30 Kiebitze von Wiesenflächen hinter Wetterdeich 3 über Wetterdeich 4 nach Neuenschleuse 7 / Schnook 21:30 ca. 12 Großer Brachvogel von Wiesenflächen Altendecken über Ackerflächen rechts von Wetterdeich 6 über Wetterdeich 3 hinüber Wiesenflächen Wetterdeich 1 Richtung Oste 21:30 ca. 10 Großer Brachvogel gleiche Route wie oben.	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.287	SO 09	15.07.2015 13:25 Weißstorch über Wiesen in 100 m Höhe von Thiedemann östlich von Wetterdeich 6 in Richtung Wetterdeich 9 14:15 Trupp Großer Brachvogel parallel zur Wettern hinter Wetterdeich 3 und 1 in Richtung Neuen Schleuse	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.288	SO 09	16.07.2015 14:20 Trupp Großer Brachvogel von Wiesenflächen Richtung Bentwisch über Wetterdeich 6 hinüber zur Wettern weitet in Richtung Neuenschleuse / Oste ab 23:05 häufiger Anflug der Schleiereulen auf Nest Wetterdeich 6 von Wetterdeich 2, 4, 1, 3 und Wiesenflächen östlich von Wetterdeich 6 ab 23:10 Betteil- und Lockrufe bis 24:00 Waldohreulen Baumbestand Wetterdeich 2, 1 und Wäldchen Wetterdeich 4 und Wiesenflächen hinter Wetterdeich 2 und 4	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.289	SO 09	17.07.2015 14:15 Trupp von 8 Großer Brachvogel wie gestern. 14:30 Trupp und Einzeltiere Großer Brachvogel Felder östlich Wetterdeich 2 hinüber Wettern weiter Wiesenflächen Wettern hinüber zu Neuenschleuse / Oste 14:45 Sperber auf Beutefang Wetterdeich 4 22:10 Mehrere Großer Brachvogel aus östlicher Richtung hinter Wetterdeich 6 hinter und vor Wäldchen Wetterdeich 4 in Richtung Neuenschleuse. 22:50 Lock- und Betteilflüge Waldohreulen Wäldchen Wetterdeich 4, Bäume hinter und westlich Wetterdeich 2 und 1; bis Beobachtungsende 0:30 22:55 Abwehr- und Beuteflüge Schleiereulen Wetterdeich 4, Baumbestand Wetterdeich 3, 4, 5, 6, hinüber Wetterdeich 9	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.290	SO 09	18.07.2015 10:50 Kornweihe von Altendecken kommend in Richtung nördliche Wiesenflächen in Richtung Süderdeich hinter Wetterdeich 5 12: Trupp von Kiebitzen (9) von Ackerflächen östlich Wetterdeich 6 über Wettern in Richtung Neuenschleuse in ca. 20 m Höhe	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P035	P035.291	SO 09	05.08.2015 09:10 Kornweihe über Altendecken 2 nach Westen zum Außendeich in geringer Höhe 11:20 Kornweihe über Wiesenflächen Wetterdeich 1 in Richtung Altendecken in geringer Höhe.	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Teilweise zu berücksichtigen.
P036a	P036.01	SO 02	gegen den Planentwurf bestehen grundsätzliche Bedenken, außerdem schwerwiegende Einwände was die Fläche bei Bederkesa/Alfstedt/Kührstedt betrifft	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P036a	P036.02	A	Grundsätzlich ist die mit dem RROP einhergehende Ausschlusswirkung zu begrüßen, d.h. dass mit dem Errichten von WKAn allein auf der Grundlage der Privilegierung durch BauGB und BImSchG Einhalt geboten wird. Die damit mögliche Steuerung muss aber verantwortlich erfolgen, d.h. Standortflächen für WKAn dürfen nur bedarfsnotwendig und unter restriktiver und konservativer Beachtung der Schutzgüter Mensch und Natur ausgewiesen werden. Insofern müssten die Vorrangflächen einer Rangfolge nach Eignung unterworfen werden, im Zuge weiterer Fortschreibung des RROP kann, soweit bedarfsnotwendig, über deren Freigabe entschieden werden.	Dem RROP Entwurf 2015 liegt ein einheitliches Planungskonzept für das gesamte Kreisgebiet zugrunde. Dieses umfasst einen Katalog an harten und weichen Tabuzonen, die sicher stellen, dass die Belange der Menschen und der Natur und Landschaft ausreichend berücksichtigt werden. Alle über das Planungskonzept ermittelten Potentialflächen wurden sorgfältig im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung geprüft. Es wurden keine Flächen als Vorranggebiet ausgewiesen, die als ungeeignet eingestuft wurden. Eine Rangfolge nach Eignung ist somit nicht notwendig, da alle Vorranggebiete geeignet sind.	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.03	E 01	Eine konkrete und nachvollziehbare Begründung (s. § 11 (2) ROG) zum Erfordernis der Windenergiegewinnung über das bereits um ca. 100% überschrittene Mindestziel des LROP, dazu notwendigerweise eine Rechenschaftslegung der Planung mangels anderer Mittel, ist dem Plan nicht zum entnehmen. Um welchen Betrag sollte die <u>zusätzlich</u> zu der bereits im Landkreis installierten Leistung von mehr als 500 MW aus Windenergie den Meeresspiegel beeinflussen?	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass auf eine einheitlich Steuerung, die alle Belange berücksichtigt, verzichtet werden würde.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P036a	P036.04	E-N / U	Wohl unbestritten verändern schon jetzt die in Betrieb befindlichen Windparkflächen wegen ihrer Vielzahl und Höhe der Anlagen als störende Fremdkörper das Landschaftsbild des Landkreises Cuxhaven nachteilig,	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015; dort ist jeweils auch die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) aufgeführt.	Kenntnisnahme.
P036a	P036.05	E-N / U	<u>gefährden und schädigen die Avi-fauna und die Fledermaus-Population.</u>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015; dort sind jeweils auch Angaben zur Bedeutung als Vogelbrutgebiet, zu den windenergiesensiblen Brutvogelarten, zur Bedeutung als Gastvogellebensraum und zur Bedeutung als Fledermauslebensraum zu finden.	Kenntnisnahme.
P036a	P036.06	A	Diese schwerwiegenden Folgen werden durch Hinzukommen weiterer Windpark-Flächen oder deren Ausbau in nicht hinnehmbarer Weise verstärkt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P036a	P036.07	A	Einer derart eingriffsbedeutsamen Planung muss vorausgehen und zugrundeliegen eine qualifizierte und nachvollziehbare Prognose des Energiebedarfs unter Berücksichtigung des noch zu verbessernden, effizienten Energieverbrauchs einerseits,	Eine solch detaillierte Untersuchung mit Prognoseabschätzungen mit nur schwer einschätzbaren Parametern ist auf Ebene der Regionalplanung weder vorgeschrieben, noch nötig. Seitens der Bundesregierung wurden für die Energiewende klare Ziele gesetzt: "Insgesamt sollen die erneuerbaren Energien 40 bis 45 Prozent der Stromerzeugung im Jahr 2025 übernehmen, und 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035." (Quelle: <a href="http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/EnergieErzeugen/ErneuerbareEnergien-Zeitalter/_node.html">http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/EnergieErzeugen/ErneuerbareEnergien-Zeitalter/_node.html</a> ). Mit der Ausweisung der Vorranggebiete und der Übernahme der bauleitplanerischen Bereiche übernimmt der Landkreis Cuxhaven in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle.	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.08	A	andererseits der zu erwartenden Speichertechnologien und verbesserter Leistungsfähigkeit (z.B. Repowering) der Windkraftwerke.	Siehe Stellungnahme P036.07	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.09	A	Das hier vorgelegte Planungskonzept ist nach dessen Umsetzung nur mit garantierter und subventionierter Abnahme des Produktes, ggf. auch ohne dessen Herstellung(!), für den Betreiber wirtschaftlich möglich. Zur Vermeidung finanzieller Nachteile für den Bürger und aus volkswirtschaftlicher Vernunft hat sich die Planung auf das notwendige Energie-Erzeugungspotential zu beschränken.	Die Frage der Subvention bzw. Wirtschaftlichkeit von Windenergie ist bei der Aufstellung des RROP nicht von Relevanz. Der Bundesgesetzgeber sowie das Land Niedersachsen haben klare Ziele formuliert. An diesen orientiert sich der Landkreis Cuxhaven.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P036a	P036.10	B 06	Zu „Beschreibende Darstellung“, 4.2.2 Windenergie, Rd.-Ziff. 06 Gemeint ist doch wohl der gesamte horizontale maximale Umkreis von 360° einer Windradanlage, der von den Flügelspitzen beschrieben wird. Dem ist die Geometrie der Flächen im Plan anzupassen, spitz auslaufende Flächen sind danach von vornherein unzulässig.	Ein solches methodisches Vorgehen ist nicht möglich, da die Anlagenkonfiguration auf Ebene der Regionalplanung noch nicht feststeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.11	SO 02	Zu den bereits im Landkreis ohne Bedarfsermittlung errichteten Windparks soll gemäß Planung nun u.a. auch noch der „Park“ bei Bad Bederkesa/Alfstedt/Kührstedt hinzukommen ("Gebiet 012"). Mit der Umsetzung dieser Planung würde eine gravierende und nicht kompensierbare Beeinträchtigung des westlich gelegenen Landschaftsbildes vom Ort aus gesehen aber auch des Ortsbildes selbst erfolgen: noch von der Haupt-Attraktion von Bad Bederkesa, dem Seerundweg aus wären die Windräder zu sehen und würden den bewaldeten Höhenrücken mit alter Mühle und Kirche überragen. Schönheit und landschaftliche Besonderheit von Bad Bederkesa, des als „Perle Nord-Hannovers“ geschätzten Ortes, würden nachhaltig und empfindlich gestört, wobei bereits eine empfindliche Vorbelastung durch die Windräder im Bereich Meckelstedt, Hymendorf und Flögeln besteht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Potenzialfläche 012 ist vollständig der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) zuzuordnen. - Der Bereich der Ortslage Bad Bederkesa gehört zu einer Landschaftsbildeinheit, die die Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) aufweist. Der Bereich des Bederkesaer Sees ist einer Landschaftsbildeinheit mit der Wertstufe 5 (= Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung) zuzurechnen. - Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein.	Kenntnisnahme.
P036a	P036.12	SO 02	Wie wohl zu keinem anderen Windparkprojekt des Landkreises sprechen sich mehr als 2/3 der Bevölkerung gegen das Vorhaben aus! (Man bedenke: mit einer solchen Mehrheit ist Grundgesetzänderung möglich!) Mit einem Ort dieser Qualität ist das geplante Vorranggebiet unvereinbar!	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.13	E-N	Sofern nach Notwendigkeit überhaupt begründbar (s.o.) darf der Plan nur Standort-Flächen ausweisen, die nach öffentlich-rechtlichen Gegebenheiten, natur- und landschaftsschutzfachlicher Beurteilung geeignet sind.	Alle ausgewiesenen Vorranggebiete und übernommenen bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden geprüft. Alle für die regionale Ebene relevanten Aspekte wurden eingestellt. Die Abwägung wurde transparent und nachvollziehbar in der Begründung dargelegt. Die in der zeichnerischen Darstellung dargestellten Flächen sind nach den vorliegenden Informationen für die Windeinergie-nutzung geeignet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P036a	P036.14	E-N / U	Besonders irritierend erscheint bei der vorliegenden Planung, dass die landschaftsbildverändernde Wirkung der hohen Windkraftanlagen bis zu einer Entfernung von 10 km nicht in die Beurteilung eingeht.	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015; dort ist jeweils auch die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) aufgeführt.	Kenntnisnahme.
P036a	P036.15	A	Rechts- und Planungssicherheit, auch das Fairneß-Gebot verlangen, dass Eignungsfeststellungen mit (mehr oder weniger großen) Bedenken nachfolgenden Planungs- oder /und Genehmigungsverfahren (auf die die allgemeine Öffentlichkeit aus Mangel an Rechtsmitteln keinen wirksamen Einfluss nehmen kann) nicht vorbehalten bleiben dürfen!	Siehe Stellungnahme P036.13	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.16	B 04 / E 04	Der Entwurf 2015 RROP Windenergie kann Windenergie-Anlagen nicht zulassen, wenn auf <u>vollständigen</u> Rückbau verzichtet wird. Dem steht § 179 BauGB entgegen. Flächen, die wegen der vorhandenen Bodenbeschaffenheit einen unverhältnismäßig hohen Errichtungs- oder / und Rückbau-Aufwand erfordern, sind eben ungeeignet.	Für die Aufstellung des RROP ist nicht das BauGB, sondern das Raumordnungsgesetz maßgeblich. Ein Verzicht auf den vollständigen Rückbau erscheint verzichtbar, wenn sichergestellt ist, dass eine Nachnutzung durch die Landwirtschaft ermöglicht wird. Bezüglich der Bodenbeschaffenheit: siehe Stellungnahme P036.13	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.17	SO 02	Insbesondere während der langen Errichtungszeit würde das gesamte Umfeld um das „Gebiet 012“ zu einer industriellen Großbaustelle umfunktioniert, die bereits jetzt schon zeitweise überlastete Landesstraße L 120 müsste zeitweise für den öffentlichen Verkehr von und nach Bad Bederkesa gesperrt werden. Auch von daher erscheint die Ausweisung des „Gebietes 012“ unverantwortbar.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Erst im Genehmigungsverfahren wird festgelegt, welche Straßen für den Bau der Windenergieanlagen genutzt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P036a	P036.18	A	Eine ergänzende Stellungnahme behalten wir uns vor zum Umweltbericht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P036b	P036.19	U	Ergänzung unsere Stellungnahme zu RROP. Teilbereich Windenergie. Entwurf 2015. Der Umweltbericht betont unter Ziff. 1.1 („Generell gilt...“) die positiven Auswirkungen der Windenergiegewinnung, ohne die Bedarfsnotwendigkeit zu erwähnen, geschweige denn sich mit ihr auch nur ansatzweise kritisch auseinanderzusetzen. Insofern besteht der Eindruck der Voreingenommenheit, d.h. der Bericht erscheint von daher nur bedingt brauchbar.	Der Ausbau erneuerbarer Energien gilt als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die potenziellen Vorranggebiete sowie ihr Umfeld wurden kritisch und unvoreingenommen hinsichtlich erheblicher Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter, speziell auf das Vorkommen von windenergieempfindlichen Arten, überprüft und finden eine besondere Berücksichtigung in der weiteren Planung. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P036b	P036.20	U	Unverständlich ist die (lobende!) Bewertung der Rückbau-Verpflichtung der Fundamente auf 2,5 m, diese hätten letztlich positive Auswirkung auf das Landschaftsbild! Das ist nun überhaupt nicht nachvollziehbar! In Gegenteil: Das unterhalb 2,5 m verbleibende Fundament bewirkt eine Bodenversiegelung, die ein Aufwuchs tiefwurzelnder Gehölze dauerhaft nicht zulassen würde!	Ein Verzicht auf den vollständigen Rückbau erscheint verzichtbar, wenn sichergestellt ist, dass eine Nachnutzung durch die Landwirtschaft ermöglicht wird.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P036b	P036.21	SO 02	<p>Potentialfläche Bederkesa/ Alfstedt.</p> <p>Der Umweltbericht ist unvollständig. Er trifft keine Feststellungen über das Ausmaß der Gefährdung der zahlreichen und verschiedenen Arten von Zugvogel-Schwärmen, die, in geringer Höhe besonders im Herbst, ihren Weg zu allen möglichen Tages- und Nachtzeiten über die Potentialfläche nehmen, um zu Rastplätzen oder direkt ans offene Wasser zu gelangen.</p>	<p>Die Bewertung des Landschaftsbilds erfolgte auf Grundlage der Karte zur Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft aus dem Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven. Eine differenziertere Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Potenzialgebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus. Weiterhin müssten u a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was ebenfalls im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Somit ist eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich. Durch die Aufnahme dieses Kriteriums mit den Bereichen mit mittlerer, hoher und sehr hoher Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P036b	P036.22	U	Der Umweltbericht ist unvollständig, da er die Wirkung im Falle der bestimmungsgemäßen Nutzung des potentiellen Vorranggebietes auf die in besonderem Maße schützenswerte Landschaft um Bad Bederkesa nicht untersucht und bewertet. Die getroffene Aussage zum Landschaftsbild unter Ziff. 2.25 muss sinngemäßer Weise aber Bederkesa und die diesen Ort beeinträchtigende Wirkung einbeziehen!	Die Bewertung des Landschaftsbilds erfolgte auf Grundlage der Karte zur Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft aus dem Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven. Eine differenziertere Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Potenzialgebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was ebenfalls im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Somit ist eine abschließende Beurteilung für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich. Durch die Aufnahme dieses Kriteriums mit den Bereichen mit mittlerer, hoher und sehr hoher Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P037	P037.01	SO 31	die für den Windpark vorgesehene Stelle in Isensee widerspricht jedem vernünftigen Menschenverstand.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P037	P037.02	SO 31	Rundherum leben überall Menschen - es kann kein vernünftiger Mindestabstand eingehalten werden, da dieses Gebiet relativ dicht besiedelt ist. Das ist doch in unserer Gegend nicht nötig, wo es so riesige unbewohnte Flächen gibt!	Das ausgewiesene Vorranggebiet hält die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände zur Wohnbebauung ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P037	P037.03	SO 31	Vielleicht sollten Sie einmal eine entsprechende Karte unserer Region betrachten, dann wird Ihnen auffallen, dass Isensee der falsche Platz ist.	Alle ausgewiesenen Standorte wurde sorgfältig geprüft. Bezüglich des Windparks Osten-Isensee wurde die Umgebung im Rahmen eines Ortstermins im Februar 2015 intensiv erkundet.	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.01	A	die zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes des RROP Entwurf 2014 verfassten Stellungnahmen des Naturschutzbund des Hegerings 3 der Jägerschaft Wesermünde-Bremerhaven und der betroffener Jagdpächter möchte ich mit diesem Schreiben erneut abgeben, da sie bisher nicht in allen Punkten nachvollziehbar abgewogen wurden.	Die Stellungnahmen zum Entwurf 2014 wurden im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.02	A	Darüber hinausgehende Stellungnahmen sind in einem separaten Schreiben verfasst.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P038	P038.03	A	wir haben zu der Auslegung des Entwurfes zu einigen Punkten weitere Bedenken und Einwände:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P038	P038.04	U	<p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Der Ableitung des Kriteriums "Umfeld" kann grundsätzlich nicht gefolgt werden, weil das Umfeld (bei Wald = 100 m) nur die vorgegebenen Mindestabstände der Schutzgüter (Mindestabstand zum Wald = 100 m) umfasst und deshalb die Schutzgüter im Umfeld gar nicht vorkommen können. Wäre dort im Umfeld nämlich ein Wald, wäre zu ihm ja ohnehin wieder ein Abstand von 100 m einzuhalten! Hier wird also noch nicht einmal der Bereich außerhalb eines vorgeschriebenen Mindestabstands als Umfeld angesehen (vgl. Umweltbericht, Anhang 1, Pkt. 2.9). Dieser Umstand ist dahingehend zu ändern, dass ein Umfeld um ein Schutzgut generell ein erweiterter Bereich um den Mindestabstand sein muss.</p>	<p>Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Der Mindestabstand als Bewertungskriterium für die spezifischen potenziellen Empfindlichkeiten der Schutzgüter (hier: Kriterium Wald) gegenüber WEG nimmt Bezug auf das Umfeld eines jeden Plangebiets bzw. eines jeden Schutzguts. Für das Kriterium Wald wird ein Vorkommen im Radius von 100 m geprüft. Dieser Abstand entspricht dem Umfeld des Plangebiets. Die Ableitung der Umfelder ist der Tab 2. 2 im Anhang I des Umweltberichts zu entnehmen (Zur Vgl. auch NLT 2013 &amp; 2014). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.05	E 01	Das Aufgreifen des 7,1% Zieles (1,98% für den LK CUX) aus einem noch nicht gültigen Windenergieerlass ist insofern erstaunlich, als dass umfangreiche Abstandskriterien und Auflagen aus eben diesem Entwurf nicht berücksichtigt werden.	Das Ausbauziel des Entwurfs des Windenergieerlasses wurde lediglich als Orientierungswert herangezogen.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P038	P038.06	E 01	Festzuhalten bleibt, dass der Landkreis Cuxhaven seine zur Zeit gültigen Landesvorgaben von 300 MW deutlich übererfüllt hat, es somit also keinerlei Veranlassung gibt, an den weichen Kriterien Anpassungen vorzunehmen. Der Windenergie ist bereits substantiell Raum verschafft worden.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass auf eine einheitliche Steuerung, die alle Belange berücksichtigt, verzichtet werden würde.	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.07	E 01	Schutzgut Vorranggebiete Natur und Landschaft Der Abstand zum Pastorenmoor ist im aktuell vorliegenden Entwurf erneut auf den Mindestabstand reduziert worden.	Im Bereich des Pastorenmoores wird zwischen dem Vorranggebiet Natur und Landschaft und dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" nach dem Entwurf 2015 ein Abstand bzw. Puffer von 200 m eingehalten.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P038	P038.08	E-N / U	Die Kraniche werden dort nicht mehr berücksichtigt (s. u.).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.09	A	Die Definition für das "Umfeld" eines Schutzgutes sollte gerade hier angemessen erfolgen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P038	P038.10	A / SO 02	Ferner gilt zu berücksichtigen, dass in der aktuellen Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie des NLT für das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft ein Abstand entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit vorzusehen ist. In dem vorliegenden Entwurf des RROP wird aber das Vorranggebiet Windenergie über das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft geplant!	Die Aussage, dass in der Arbeitshilfe "Naturschutz und Windenergie" des NLT für Vorbehaltsgebiete ein Abstand entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit gefordert wird, ist zutreffend. - Die naturschutzfachlichen Kriterien bleiben bei den weichen Tabuzonen vielfach hinter dem Kriterienkatalog der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück. Nach hiesiger Einschätzung kann bei Verwendung des NLT-Kriterienkatalogs im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft werden; diesbezüglich wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen [Seite 4 bis 12]. Gleichwohl kann bei der Betrachtung und Abwägung des Einzelfalls sich ergeben, dass bestimmte Werte von Natur und Landschaft vorliegen, die einen Verzicht auf eine Potenzialfläche erfordern. Dieses können z.B. bestimmte Brutvogelarten sein, für die die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten bestimmte Abstandsempfehlungen gegeben hat.	Kenntnisnahme.
P038	P038.11	SO 02	Wir fordern, dass dem Vorranggebiet für Natur und Landschaft (Pastorenmoor) ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft zur Erweiterung gelassen wird.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P038	P038.12	SO 02	Schutzgut Waldflächen >1 ha Die Abstand zwischen dem Pastorenmoor und dem Hohen Moor (= Schulwald) ist unverändert immer noch kleiner als die Summe der Mindestabstände um die Schutzgüter.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Im Bereich des Pastorenmoores wird zwischen dem Vorranggebiet Natur und Landschaft und dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" nach dem Entwurf 2015 ein Abstand bzw. Puffer von 200 m eingehalten. - Im Bereich des Hohen Moores wird zwischen dem Wald [Biotoptyp: "Wv - Birken- und Kiefernwald entwässerter Standorte"] und dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" nach dem Entwurf 2015 ein Abstand bzw. Puffer von 100 m eingehalten. - In diesem Bereich weist das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" lediglich eine Breite von etwa 10 m auf; hier können also keine Windenergieanlagen errichtet werden. - Es kann nicht nachvollzogen werden, was in der Einwendung mit "Summe der Mindestabstände um die Schutzgüter" gemeint ist.	Kenntnisnahme.
P038	P038.13	SO 02	Die zeichnerische Darstellung der Potenzialfläche 012 ist deshalb falsch, weil beide Teilflächen miteinander verbunden sind. Dies ist kartographisch durchaus richtig darstellbar und muss zeichnerisch so geändert werden, dass die Potentialfläche 012 in zwei separate Windparks dargestellt wird.	Aus der Stellungnahme wird nicht deutlich, welcher Sachverhalt eine Trennung der Fläche in zwei Teile erfordert. Selbst bei einer Trennung würden die beiden Teile optisch als ein Windpark gesehen werden. Insoweit würden beide Teile als ein gemeinsames Vorranggebiet gewertet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.14	SO 02	In diesem Zusammenhang fordern wir die Einhaltung der Abstände zwischen zwei Windparks.	Siehe Stellungnahme P038.13	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.15	E 01	Schutzgut Landschaftsbild Das Unterschreiten der Landesempfehlung in Bezug auf die Abstände zwischen Windparks ist in der Abwägung nicht angemessen vollzogen worden.	Für die Abstände der Windparks untereinander sah die Empfehlung der obersten Raumordnungsbehörde des Landes Niedersachsen 5 km vor. Da es sich hier um eine Empfehlung handelt, ist eine Unterschreitung des Mindestabstandes rechtlich möglich [Begründung/Erläuterung, Seite 18].	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P038	P038.16	E 01	Richtig ist, dass die Windenergieanlagen im Norddeutschen Tiefland weithin sichtbar sind. Wo der Landkreis Cuxhaven nun bei der Bestimmung des Mindestabstandes die Geländestruktur berücksichtigt hat, ist nicht erkennbar. Die Aussage, dass "mit dieser Vorgabe einerseits das Landschaftsbild geschützt" wird ist falsch. Hier muss doch die Frage aufgeworfen werden, welche Landschaftselemente im Landkreis Cuxhaven eine Sichteinschränkung auf über 200 m hohe Windenergieanlagen bewirken.	Dass Windenergieanlagen im Norddeutschen Tiefland weithin sichtbar sind, ist unstrittig. Die Sichtbarkeit hängt in erster Linie von der Höhe (sowie der Tag- und Nachtkennzeichnung) ab. Vielfach sind Windenergieanlagen mit Tag- und Nachtkennzeichnung im Landkreis Cuxhaven auch über 5 km, bisweilen auch über 10 km, sichtbar. - Die Festlegung der Höhe erfolgt nicht im RROP, sondern in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; so ist in der Beschreibenden Darstellung bestimmt: "Die Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlängenhöhe über Grund kann durch die Gemeinden als Träger der Bauleitplanung erfolgen. Sofern die Gemeinde von ihrem Recht auf Höhenfestlegung im Rahmen der Bauleitplanung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz anhand einer raumordnerischen Beurteilung." [Beschreibende Darstellung, Kap. 4.2.2, Ziffer 05, Satz 3 und 4].	Kenntnisnahme.
P038	P038.17	E 01	Die Abweichung von der Landesempfehlung ist nicht vertretbar. Solche Abstandsunterschreitungen lassen sich im südniedersächsischen Bergland ableiten, nicht jedoch im Landkreis Cuxhaven.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P038	P038.18	E 01	Wir fordern nachdrücklich, dass die Landesempfehlung zum Abstand zwischen zwei Windparks angewendet wird.	Die Gründe für die Abweichung von der ehemaligen Landesempfehlung werden in der Begründung dargelegt. Siehe auch Stellungnahme P038.13	Nicht zu berücksichtigen.
P038	P038.19	E-N / U	Ferner muss für die Bewertung des Landschaftsbildes eine Prüfbereich von 10 km gelten, weil die Windenergieanlagen in unser relativ flachen Landschaft gerade auf weite Sicht so landschaftsprägend wirken. Die Anlagen sind vier bis fünf mal so hoch wie die höchste Erhebung im Landkreis Cuxhaven!	Kenntnisnahme. - Die höchste Erhebung im Landkreis Cuxhaven ist der Silberberg in der Wingst mit einer Höhe von etwa 74 m über NN. Bezogen auf Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m wären diese also etwa 2,7-fach so hoch wie die höchste Erhebung im Landkreis Cuxhaven.	Kenntnisnahme.
P038	P038.20	E-N	Die Einordnung der Potentialfläche in die Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) ist nach den lokalen Gegebenheiten nicht richtig. Die dort vorhandene Vielzahl von geschützten Wallhecken und Einzelbäumen ist im Landkreis einzigartig.	Die Zuordnung der Potenzialfläche 012 zur Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) ist korrekt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Landschaftsbildbewertung auf Ebene des Landschaftsrahmenplans, also der Maßstabebene 1:50.000, handelt. Verglichen mit anderen Landschaftsrahmenplänen im Land Niedersachsen ist die Landschaftsbildbewertung mit über 900 Landschaftsbildeinheiten vergleichsweise detailliert. - Auf einer anderen Planungsebene, beispielsweise der des Landschaftsplans - und somit des Maßstabsbereichs 1:10.000 oder 1:5.000 -, wäre eine detailliertere Bewertung möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P038	P038.21	SO 02	<p>Schutzgut Avifauna</p> <p>An der notwendigen Berücksichtigung der Nahrungskorridore des Seeadlerpaares aus dem Löhbusch hat sich trotz aller gutachterlicher und privater Anstrengungen Einzelner nichts geändert. Nach wie vor wird im Entwurf keine kompakte Windparkform erkennbar. Die ausgelegte zweigeteilte Windparkform stellt hinsichtlich der Gefährdung für das Seeadlerpaar und von Zugvögeln immer noch einen "trügerischen Durchflugkorridor" dar, weshalb von einer erhöhten Beeinträchtigung durch Vogelschlag auszugehen ist.</p>	<p>Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.</p>	Kenntnisnahme.
P038	P038.22	A	<p>Die Zugrouten der Gänse von den Seen im Norden und anderer Zugvögel werden im Entwurf überhaupt nicht berücksichtigt.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht.</p>	Kenntnisnahme.
P038	P038.23	SO 02	<p>Speziell das Seeadlerpaar aus dem Löhbusch durchfliegt zu und von seinen nördlichen Nahrungshabitaten (Dahlemer See, Halemer See, Flögelner See, Bederkesaer See, Wehdenbruch) das gesamte Potentialgebiet 012.</p>	<p>Siehe Stellungnahme P038.21</p>	Kenntnisnahme.
P038	P038.24	SO 02	<p>Aus der Sicht der Jägerschaft sollte der Standort wegen der vorhandenen artenschutzrechtlichen Hemmnisse und der Gefährdung des Schutzgutes Natur und Landschaft nicht ausgewiesen werden.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>	Kenntnisnahme.
P039	P039.01	SO 31	<p>auch ich möchte hiermit meine Ablehnung gegenüber dem geplanten Windpark in Osten-Isensee äußern.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P039	P039.02	A	Zu viele Argumente wie Lärmbelästigung,	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P039	P039.03	A	Beeinträchtigung der Tierwelt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P039	P039.04	A	und gesundheitliche Belastung der Menschen, die dort unmittelbar wohnen, sprechen dagegen.	Siehe Stellungnahme P039.02	Nicht zu berücksichtigen.
P039	P039.05	A	Die Gemeinde äußert sich ja nicht grundsätzlich gegen Windenergie, sondern schlägt alternative Standorte vor. Warum werden diese nicht berücksichtigt?	Der von der Gemeinde vorgeschlagene Alternativstandort erfüllt nicht die Kriterien des vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten einheitlichen Planungskonzeptes.	Nicht zu berücksichtigen.
P040	P040.01	SO 31	im korrigierten Entwurf zum Regionalen Raumordnungsprogramm ist eine Fläche in Osten-Isensee als mögliche Fläche für einen Windpark geplant. Ich möchte einwenden, dass sich diese Fläche in Sichtweite zur Schwebefähre Osten-Hemmoor befindet und damit auch Sichtachsen dorthin zerstört.	Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten.	Nicht zu berücksichtigen.
P040	P040.02	A	Der von den verbliebenen acht Schwebefähren der Welt angestrebte UNESCO-Welterbe-Titel droht hinfällig zu werden, würde es zu einem Bau der Windkraftträder in dieser kurzen Entfernung kommen. Aber auch der Landkreis Cuxhaven als Eigentümer der Schwebefähre müsste ein Interesse an diesem Titel haben, der ja auch wirtschaftlich von hoher Bedeutung für die gesamte Region ist.	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe, bei der bislang noch nicht einmal ein fertiger Antrag vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P040	P040.03	A	Für Osten bietet sich in der Nähe zur Stader Landkreisgrenze im nord-östlichen Grenzbereich der Gemeinde eine Fläche als Vorranggebiet für einen Windpark an. Dieser Vorschlag wird von mir unterstützt, da sich dieses Gebiet nicht in unmittelbarer Nähe zur Schwebefähre befindet.	Der von der Gemeinde vorgeschlagene Alternativstandort erfüllt nicht die Kriterien des vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten einheitlichen Planungskonzeptes.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P041	P041.01	U / SO 31	Unter Punkt 2.1. der Umweltauswertungen werden Auswirkungen auf Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit verneint. Da dort entsprechende Wohnbebauung vorhanden ist, ist diese Aussage weder für die Bauzeit noch für die Betriebszeit aufrecht zu halten.	Im Umfeld (Prüfabstand) des potenziellen Vorranggebiets Osten-Isensee ist keine Wohnbebauung vorhanden (Steckbrief 1.2.2.31). Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA abzuwägen oder ausgeschlossen ist. "Harte" Auswahlkriterien für die Festlegung von Vorranggebieten werden auch in Bezug auf das Schutzgut Mensch angewandt. Ein potenzielles WEG darf einen Mindestabstand von 420 m zu Ortslagen nicht unterschreiten. Mit denen im Regionalplan festgesetzten Siedlungsabständen von 420 m für Ortschaften und sonst. wohnbaulicher Nutzung (als "hartes" Kriterium) bzw. 1.000 m (als "weiches" Kriterium) und 500 m als "weiches" Kriterium für sonstige wohnbauliche Nutzungen ergibt sich dabei im Regelfall eine Unterschreitung der TA-Lärm-Werte für allgemeine Wohngebiete (vgl. Anhang I im Umweltbericht). Die höchste bekannte WEA hat eine Gesamthöhe von 210 m, so dass ein Abstand von 420 m aufzufassen ist. Ebenso spielt nach aktueller Rechtsprechung die optischen Bedrängung durch WEA bei einem 1.000 m Abstand keine Rolle mehr. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.02	SO 31	Während der möglichen Erschließung, Bebauung und des späteren Rückbaus wird es zu erheblichen Beeinträchtigungen für Mensch, Flora und Fauna kommen. Das Gebiet ist für Schwerlastverkehr heute nicht befahrbar.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Erst im Genehmigungsverfahren wird festgelegt, welche Straßen für den Bau der Windnergieanlagen genutzt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.03	A	Gefährdungen für die menschliche Gesundheit sind vorhersehbar.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.04	A	Ebenso für die bauliche Substanz und Grund und Boden.	Siehe Stellungnahme P041.03	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.05	A	Es muss gutachterlich festgestellt werden, in welcher Form insbesondere Infraschall Mensch und Tier schädigen werden. In diesen Zusammenhang sei auf den Baustopp für Landwindanlagen in Dänemark verwiesen.	Siehe Stellungnahme P041.03	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P041	P041.06	E 01	In diesen Zusammenhang ist auch die Unterscheidung von Ortslage und sonstiger Wohnbebauung zu rügen. Hier wird eine Einteilung zweier Klassen für den Menschen geschaffen. Eine unterschiedliche Beurteilung der möglichen Schädigungen durch die differenzierenden Abstände ist nicht hinnehmbar.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen erlaubt sind, eher hinnehmen muss.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.07	E 01	Die sog. sonstige Wohnbebauung ist eindeutig dem Dorfgebiet zuzurechnen und somit Ortslage.	Siehe Stellungnahme P041.06. Die Unterscheidung in Ortslage und sonstige wohnbauliche Nutzung wird nicht angepasst.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.08	E-N	Im Teil der naturschutzrechtlichen Betrachtung des RROP wird davon ausgegangen, dass das Gebiet "voraussichtlich bedingt geeignet" ist und die Tendenz zu "voraussichtlich ungeeignet" geht.	Der dargestellte Sachverhalt ist korrekt. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P041	P041.09	E-N	Dieses wird sich sicherlich durch die notwendige Bestandsaufnahme, die bisher nicht erfolgt ist, bestätigt.	Auf die fehlenden Untersuchungen, v.a. im Hinblick auf Erfassungen und Bewertungen zu den Brut- und Gastvögeln, wird in der Naturschutzfachlichen Einschätzung hingewiesen.	Kenntnisnahme.
P041	P041.10	SO 31	Es wird hier auf die bisherigen Beobachtungen der vielfältigen Vogelwelt in dem Gebiet verwiesen.	Siehe 041.08 und 041.09.	Kenntnisnahme.
P041	P041.11	SO 31	Untermauert wird dieses, da in den Flächen Vogelschutzgebiete landesweiter Bedeutung liegen, die auch im Landschaftsrahmenplan 2000 auch als kreisweit bedeutsam benannt wurden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Gebiete 008 und 122 gehören - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. - Im Landschaftsrahmenplan 2000 gehören die Gebiete zu zwei Vogelbrutgebieten mit kreisweiter Bedeutung. Neuere Erfassungen und Bewertungen zu den Brutvögeln liegen nicht vor.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P041	P041.12	SO 31	Die Gebiete werden im RROP mit potenzieller Bedeutung als Gastvogellebensraum	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Gebiete 008 und 122 gehören zu einem Gastvogellebensraum mit potenzieller Bedeutung. - Es liegen keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor.	Kenntnisnahme.
P041	P041.13	SO 31	und als wertvoller Fledermauslebensraum benannt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Der nördliche Teil des Gebietes 008 und das gesamte Gebiet 122 gehören zu einem potenziell wertvollen Fledermauslebensraum. Es liegen keine Daten vor.	Kenntnisnahme.
P041	P041.14	SO 31	Lt. LRP 2000 sind die Voraussetzungen für die Festlegung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Ein kleiner Teil im nördlichen Bereich des Gebietes 008 sowie das gesamte Gebiet 122 gehören zu einem Gebiet, dass die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt (LRP 2000).	Kenntnisnahme.
P041	P041.15	SO 31	In der Übersichtskartierung 2011 wird von der vermutlichen Einstufung als gesetzliches Biotop ausgegangen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Für den südöstlichen Teil des Gebietes 008 lautet die Einstufung ebenfalls "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet"; hier war bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 noch ein größerer Bereich aus dem Vorranggebiet Windenergienutzung heraus genommen worden. Die Ausprägung der Grünland-Biototypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass eine Herausnahme aus einem möglichen Vorranggebiet Windenergienutzung nicht mehr gerechtfertigt erscheint.	Kenntnisnahme.
P041	P041.16	SO 31	Es ist nicht nachvollziehbar, wie unter diesen Gesichtspunkten ein "Vorranggebiet Windenergienutzung" festgelegt wurde. Insofern ist das Gebiet aus dem RROP zu streichen.	Siehe P041.08 bis P041.15.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P041	P041.17	A	Der Kreis als Träger der Schwebefähre Osten ist bisher untätig geblieben, mit der UNESCO durch Gutachten abzuklären, in welcher Weise der Windpark die Anerkennung als Weltkulturerbe verhindern kann.	Maßgeblich für den Denkmalschutz der Schwebefähre sind die fachlich zuständigen Ämter und Behörden. Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.18	U	Im Umweltbericht wird sogar verneint, dass Bau- oder Kulturdenkmale vorhanden sind.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet (potenzielles Vorranggebiet Osten-Isensee) berücksichtigt. Die Schwebefähre (Abstand ca. 2900 m) sowie weitere Baudenkmäler (z.B. denkmalgeschützte Wohn-/Wirtschaftsgebäude oder Scheunen) liegen außerhalb dieser 300 m. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (hier: WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.19	A	Vor Verabschiedung des RROP ist dieses Gutachten einzuholen.	Siehe Stellungnahme P041.17	Nicht zu berücksichtigen.
P041	P041.20	A	Weiterer und ergänzender Vortrag bleibt vorbehalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P042a	P042a.01	SO 09	hiermit erheben wir Einwendung gegen die Ausweisung des Standortes SO 09 „Geversdorf / Oberndorf“ als "bauleitplanerisch gesicherter Bereich" im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und begründen dies wie folgt:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P042a	P042a.02	SO 09	Im jetzt vorliegenden Entwurf des RROP 2015 wird der Standort SO 09 Geversdorf/Oberndorf weder als Potentialfläche noch als Vorranggebiet ausgewiesen. Die Hinderungsgründe dafür sind maßgeblich die hier vorherrschenden arten- und naturschutzfachlichen Belange, die durch diverse Gutachten und behördliche Stellungnahmen bestätigt wurden, außerdem aufgrund der „naturschutzfachlichen Einschätzung“ des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven vom 12.06.2015 als Bestandteil des Entwurfs des RROP 2015. Trotzdem wurde der SO 09 Geversdorf/Oberndorf als bauleitplanerisch gesicherter Bereich im Entwurf des RROP 2015 aufgenommen. Hier dürfen somit raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet werden, was ein Widerspruch ist.	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Windparkflächen, die bereits von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven im Rahmen von Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Damit berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven die Planungshoheit der Gemeinden. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung. Dabei werden im Zuge einer Abwägung alle Belange eingestellt, die für oder gegen einen Standort sprechen. Diese Abwägung ist für alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche transparent in der Begründung dargelegt worden. Gründe, die eine Übernahme des Standortes Geversdorf-Oberndorf zwangsweise für eine Windenergienutzung ausschließen, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.03	A	Der LK Cuxhaven selbst hatte die relevante 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock mit Bekanntmachung vom 28.08.2014 genehmigt. Die natur- und artenschutzfachlichen Belange waren dem Landkreis Cuxhaven zur Zeit der Genehmigung des F-Plans umfassend bekannt. Während die parallel laufende Baugenehmigung nach BImSchG aufgrund der natur- und artenschutzfachlichen Belange wiederholt abgelehnt wurde, hat der Landkreis Cuxhaven die 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock im Widerspruch dazu genehmigt.	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP. Alle Belange, auch die naturschutzfachlichen, wurden sorgfältig seitens der Samtgemeinde abgewogen. Die Ablehnung des Genehmigungsantrags nach Bundesimmissionsschutzgesetz begründet sich aus fehlenden Unterlagen, nicht aus naturschutzfachlichen Gründen.	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.04	A	Die Genehmigung der F-Planänderung und damit die Möglichkeit zur Ausweisung als bauleitplanerisch gesicherte Fläche im Entwurf des RROP 2015 ist nicht rechtens, da:	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP. Der F-Plan zum Windpark Geversdorf-Oberndorf wurde vom Landkreis Cuxhaven genehmigt und ist somit rechtskräftig.	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.05	A	• das RROP 2012 unwirksam ist (Urteil des OVG-Lüneburg vom 14.05.2014)	Siehe Stellungnahme P042a.04	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.06	A	• der unmaßgebliche Entwurf des RROP 2014 keine rechtliche Grundlage bildet	Siehe Stellungnahme P042a.04	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P042a	P042a.07	A	<ul style="list-style-type: none"> <li>die Veränderungssperre bewusst zu spät beschlossen wurde</li> </ul>	<p>Die Veränderungssperre ist in § 14 BauGB geregelt und dient den Behörden zur Sicherung der Bauleitplanung. Das Raumordnungsgesetz (ROG) wiederum gehört nicht zum Baurecht. Dies bedeutet, dass für die Raumordnung das BauGB nicht anzuwenden ist.</p> <p>Der Begriff der Veränderungssperre wird im ROG in § 14 nicht verwendet. Vielmehr ist in diesem Paragraphen die sog. Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen geregelt. Eine Untersagung kann nur in Einzelfällen ausgesprochen werden und nicht pauschal für das gesamte Landkreisgebiet. Der Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft (RegA) wurde in der Sitzung am 15.09.2014 seitens der Verwaltung darüber informiert, dass der Landkreis Cuxhaven das Instrument der Untersagung nutzen möchte, um negative Entwicklungen zu verhindern (Sitzungsvorlage 181/2014). Dieses Vorgehen wurde von der Politik gebilligt. In der Sitzung des RegA am 24.06.2015 wurde der neue Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2015 vorgelegt. Zudem wurde von der Verwaltung darüber informiert, dass man auch weiterhin das Ziel verfolge, mögliche Planungen und Maßnahmen zu untersagen, die den Zielen im Entwurf des RROP widersprechen (Sitzungsvorlage 112/2015). Allerdings wird nun nicht länger der Entwurf 2014, sondern der Entwurf 2015 als Bemessungsgrundlage für eine solche mögliche Untersagung genutzt. Bislang hat der Landkreis Cuxhaven kein Vorhaben untersagt, da kein Vorhaben beantragt wurde, das den Zielen der Raumordnung widerspricht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.08	A	<ul style="list-style-type: none"> <li>es sich hier nicht um einen Altstandort handelt, dem im Rahmen eines Ziel-Ausnahme-Verfahrens die Möglichkeit zum Repowern gegeben werden kann.</li> </ul>	Es handelt sich insoweit um einen Altstandort, als dass die Fläche bereits im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Gemeinden über einen Bauleitplan gesichert wurde.	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.09	A	Im vorliegenden Entwurf wird nicht ausreichend deutlich, dass hier gemeinsam mit dem Landkreis Stade einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen à 186 m auf 214 ha errichtet werden soll (s. RROP 2013 LK Stade). Kumulative Wirkungen bleiben gänzlich unberücksichtigt.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht des RROP Entwurfs 2015 und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P042a	P042a.10	SO 09 / E-N	Die Einzelfallbetrachtung der SO Geversdorf/Oberndorf aus naturschutzfachlicher Sicht (s. Begründung S. 45) ist nur eine Ausschnittsbetrachtung und wird dem ökologisch sensiblen Bereich der „Ostemarsch“ nicht vollumfänglich gerecht. Die Oste ist mit ihrem gesamten Einzugsgebiet als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen, in der das SO 09 ein Teilbereich ist.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Dass die Oste als zentraler Bestandteil eines Biotopverbundsystems erforderlich ist, ist völlig unstrittig; sie ist beispielsweise bereits im Landschaftsrahmenplan 2000 in der Textkarte 4-2 als "Hauptverbundachse Gewässer" dargestellt sowie im LROP-Entwurf 2014 und im LROP-Entwurf 2015 als "Vorranggebiet Biotopverbund" dargestellt. Für die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf", die etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt ist, trifft dies jedoch nicht zu.	Kenntnisnahme.
P042a	P042a.11	A	Auch die aktuelle Ausweisung der Naturschutzgebiete „Untere Oste“ und „Hadelner und Belumer Außendeich“ sind zu berücksichtigen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Unterebe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste".	Kenntnisnahme.
P042a	P042a.12	A	Laut NLT-Arbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie“ (Oktober 2014) sind die Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen u.a. bei Gänsen und Greifvögeln sowie überregional bedeutsame Zugkonzentrationskorridore freizuhalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P042a	P042a.13	A	Der Landkreis Cuxhaven hat die 7. Änderung der Flächennutzung der SG Am Dobrock bzw. das SO Geversdorf/Oberndorf mit einem Abstand von 500 m zur Wohnbebauung genehmigt, was nicht rechtens ist, denn es handelt sich hier um eine Ortslage.	Das F-Plan-Verfahren ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des RROP.	Nicht zu berücksichtigen.
P042a	P042a.14	A	Unsere Einwendungen erheben wir auch als Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P042a	P042a.15	SO 09	Unser Haus, XXX, liegt von allen angrenzenden Häusern am nächsten zu den 6 vorhandenen Windkraftanlagen. Daher haben wir wohl die schlimmste Erfahrung mit der jahrelangen Störung durch die immerwährende Lärmbelästigung gemacht. Diese Beeinträchtigungen haben wir Ihnen wiederholt mitgeteilt, u. a. in unserem Einspruch-Schreiben vom 15.8.14, das wir hier noch einmal beifügen. – Die dort dargestellten Einwendungen wiederholen wir nachdrücklich, denn sie gelten heute genau so.	Die vom Landkreis Cuxhaven ausgewiesenen Vorranggebiete halten die Mindestabstände zur Wohnbebauung ein. Im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG muss vom Vorhabensträger durch Gutachten dargelegt werden, dass von den Windenergieanlagen keine schädlichen Umweltauswirkungen ausgehen (bspw. Schattenwurf, Lärm).	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P042a	P042a.16	SO 09	Nun sollen über doppelt so hohe Anlagen, bei einer noch niedrigeren Entfernung errichtet werden. Das ist nicht hinnehmbar. Auch die ständige Befeuerung der geplanten Anlagen ist unzumutbar.	Siehe Stellungnahme P042a.15	Nicht zu berücksichtigen.
P042b	P042b.01	A	nachträglich zu unseren Ihnen bereits vorliegenden Einwendungen vom 16. bzw. 17.8.2015 teilen wir Ihnen hiermit mit, daß wir uns ebenfalls den Einwendungen von Dorothea und Dr. Dirk Mahne, vertreten durch das Rechtsanwaltsbüro MAHNE * GERMANN ausdrücklich anschließen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P043	P043.01	SO 31	unser Wohnsitz, das Einfamilienhaus, das wir im Jahr 2008 in Osten-Isensee erworben haben, befindet sich in direkter Nähe, in nur rund 700 m von dem geplanten Windpark.	Das Vorranggebiet Windenergienutzung Osten-Isensee hält die Mindestabstände zur Wohnbebauung ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P043	P043.02	SO 31	Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass wir uns durch die Errichtung und den Betrieb der geplanten Windkraftanlagen der Firma WPD in: Osten-Isensee persönlich betroffen fühlen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P043	P043.03	A	Bei der Planung sind sowohl öffentliche als auch private Belange zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung privater Belange können wir aus dem Entwurf des RROP 2015 nicht erkennen.	Die privaten Belange sind an ganz unterschiedlichen Stellen eingeflossen, bspw. bei der Aufstellung der weichen Tabuzonen. Der Landkreis Cuxhaven hat als Abstand zur Wohnbebauung höhere Abstände festgelegt, als gesetzlich vorgeschrieben sind.	Nicht zu berücksichtigen.
P043	P043.04	SO 31	Daher erheben wir nachstehend Einwendungen gegen das oben genannte Projekt der Fa. WPD:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P043	P043.05	A	1. Gesundheit: Windkraftträder produzieren Infraschall. Es gibt bereits ausreichend Forschungsergebnisse, in denen nachgewiesen wurde, dass bei einer dauerhaften tieffrequenten Geräuscheinwirkung auf den menschlichen Körper mit schweren gesundheitlichen Folgen – angefangen von tiefen Depressionen mit Selbstmordgefahr bis hin zu Hirntumor - zu rechnen ist. Wir fordern und erwarten deshalb die Versagung der Errichtung der Windkraftanlagen.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P043	P043.06	A	2. Erhebliche Wertminderung unseres Einfamilienhauses: Die geplante Errichtung der Windkraftanlagen führt unweigerlich zur Wertminderung von Immobilien in der Nähe derartiger Anlagen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P043	P043.07	A	Wir hatten uns entschieden, ein Einfamilienhaus in Osten-Isensee zu erwerben, um die von uns dringend benötigte Ruhe und Erholung zu erhalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P043	P043.08	A	Darüber hinaus ist die Immobilie auch eine Wertanlage zu unserer Altersvorsorge, die uns durch die Errichtung der Windkraftanlagen zu großen Teilen versagt würde, so dass wir Gefahr laufen, ein Armutsfall zu werden. Welche öffentlichen Gründe stehen dafür, dass wir eine Wertminderung unseres Grundstückes aufgrund der Errichtung von Windkraftanlagen in Kauf nehmen sollen und persönlichen und finanziellen Schaden erleiden? Keine!	Siehe Stellungnahme P043.06	Nicht zu berücksichtigen.
P043	P043.09	SO 31	Deshalb ist die Errichtung zu versagen. Im Fall der Errichtung der Windkraftanlagen durch die Versagung der Würdigung unserer Argumente gegen die Errichtung erwarten wir Schadensersatz durch den Betreiber der geplanten Anlagen	Siehe Stellungnahme P043.06	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P043	P043.10	SO 31	3. Naturschutz: Durch die Errichtung der Windkraftanlagen wird das schöne jahrhundertealte Landschaftsbild mit der einmaligen umliegenden Siedlungsstruktur zwischen Osten und Isensee zerstört.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Das Gebiet 008 ist weit überwiegend der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung), im östlichen Bereich der Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) zuzuordnen. Das Gebiet 122 ist vollständig der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) zuzurechnen. In räumlicher Nähe sind weitere Landschaftsbildeinheiten mit der Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) vorhanden; die der Wertstufe 5 (= Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung) zuzurechnenden Bereiche an der Oste sind etwa 2 km entfernt.	Kenntnisnahme.
P043	P043.11	A	Flora und Fauna werden vernichtet und das ganze ökologische System entwertet. Die Rückzugsmöglichkeiten für die heimische Tierwelt wird stark eingeschränkt und gewaltig zerstört. Zum Schutz der Tierwelt sowie zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts ist die Errichtung von Windkraftanlagen abzulehnen.	Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P043	P043.12	A	Die Errichtung steht den niedersächsischen Naturschutzgesetzen entgegen!	Die gesetzlichen Bestimmungen sind auf allen Ebenen - sowohl auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms als auch der nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung - einzuhalten.	Nicht zu berücksichtigen.
P043	P043.13	SO 31 / A	4. Kindergarten: in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten Windpark befindet sich ein Kindergarten in Osten-Isensee. Windkraftanlagen erzeugen durch Schall und Infraschall über große Entfernungen Resonanzen im menschlichen Körper und in Gebäuden. Als Folge davon sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu nennen: Kopfschmerzen, Verspannungen, Müdigkeit, Störungen der Atemfrequenz, Konzentrationsschwäche, Hörschäden, erhöhter Blutdruck, erhöhtes Herzinfarktrisiko. Für Risikogruppen wie Säuglinge, Kinder, Jugendliche ist Infraschall sehr gefährlich. Zum Schutz der Kinder ist die Errichtung von Windkraftanlagen abzulehnen.	Siehe Stellungnahme P043.05	Nicht zu berücksichtigen.
P043	P043.14	A	Die genannten Einwendungen sind unsere persönlichen Einwendungen und stehen vorbehaltlich weiterer vertiefender Einwendungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P043	P043.15	A	Eine Planung und Genehmigung zur Errichtung der genannten Windkraftanlagen stellt für uns eine Verletzung mehrerer öffentlicher und unserer privaten Belange dar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P044	P044.01	SO 31	hiermit erheben wir fristgerecht unsere Einwände gegen die Errichtung eines Windparks in Osten-Isensee mit folgenden Begründungen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P044	P044.02	SO 31	nachweislich vorhandene seltene Vogelarten wie Weißstorch, Graureiher, Kiebitz, Bussard und andere Greifvögel werden vertrieben	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Nach der vorliegenden Datenlage ist nicht ersichtlich, dass artenschutzfachliche und -rechtliche Probleme der Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich entgegenstehen. - Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P044	P044.03	SO 31	nachweislich vorhandene Fledermäuse werden durch die wegen der Höhenbegrenzung eingesetzten Blinklichter angelockt und fliegen in den sicheren Tod	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Nicht zu berücksichtigen.
P044	P044.04	SO 31	die betroffenen Straßen und Brücken, für die Tonnenbegrenzungen bestehen, sind für den Schwerlastverkehr, der beim Bau eines Windparks erforderlich wäre, nicht ausgelegt. Wann würden Sanierungen erfolgen und wer bezahlt diese?	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P044	P044.05	SO 31	es handelt sich hier um ein, wenn auch dünn, aber dennoch besiedeltes Gebiet: hier leben Menschen, die unmittelbar betroffen wären und dem Schall, dem Infraschall, dem Schattenschlag und den Blinklichtern ausgesetzt wären.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P044	P044.06	A	die Anlagen des Windkraftparks Oederquart und deren Blinklichter sind hier deutlich sichtbar – es würde also zu einer doppelten Belastung durch abend- und nächtliches „Geblinke“ kommen	Die Befeurung der Windenergieanlagen ist aus Gründen der Flugsicherheit notwendig. In diesem Fall ist das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl des Einzelnen zu stellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P044	P044.07	SO 31	vor fünf Jahren – als die Fläche schon einmal im RROP aufgeführt war (seinerzeit allerdings kleiner), gab es eine Bürgerbefragung, bei der sich 82 % der beteiligten Bürger gegen einen Windpark in Osten-Isensee aussprachen. Warum ignoriert man dieses Ergebnis heute?	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P044	P044.08	A	Wir hoffen, dass der Landkreis Cuxhaven im Sinne seiner Bürger entscheidet und handelt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P045.01	SO 31	Wir können es nicht verstehen, warum immer und immer wieder, der Windpark Osten-Isensee uns Nerven kosten muß!	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P045	P045.02	A	Hühnermist, Klärschlamm, Schweinegülle alles müssen wir ertragen.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P045	P045.03	A	Sind wir denn Menschen zweiter Klasse?	Für die Auswahl der Vorranggebiete stellt der gesamte Landkreis die Gebietskulisse dar. Insoweit gibt es selbstverständlich keine Menschen 1. oder 2. Klasse.	Nicht zu berücksichtigen.
P045	P045.04	A	Ist es nicht zu verstehen, dass wir einfach mal unseren Garten und unsere Natur genießen wollen. Ohne Schattenschläge und Geräusche von Windmühlen. Bei unseren Nachbarn hat sich ein Storchpaar niedergelassen. Wunderschön sie "klappen" zu hören. Eben Natur!	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Nach der vorliegenden Datenlage ist nicht ersichtlich, dass artenschutzfachliche und -rechtliche Probleme der Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich entgegenstehen. - Die Einwendung bezieht sich vermutlich auf den Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P045	P045.05	A	Unser Leben ist voller Stress und Hektik. Warum können wir nicht mal bei uns Zuhause Ruhe finden???	Inwieweit ein ruhiges und erholsames Leben mit einem Windpark in ausreichender Entfernung vereinbar ist, ist ein rein subjektives Empfinden.	Nicht zu berücksichtigen.
P046	P046.01	SO 31	als betroffene Anwohner lehnen wir die Weiterführung und Ausweitung des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und machen folgende Bedenken geltend:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P046	P046.02	E 01	Die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind viel zu gering bemessen und entsprechen nicht den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.	Die festgelegten Mindestabstände entsprechen den rechtlichen Vorgaben, den Fachmeinungen sowie dem politischen Willen des Landkreises Cuxhaven.	Nicht zu berücksichtigen.
P046	P046.03	A	Erst im Mai 2015 hat der 118. Deutsche Ärztetag die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Wissenslücken zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Infraschall und tieffrequentem Schall von Windenergieanlagen durch wissenschaftliche Forschung zu schließen sowie offene Fragen im Bereich der Messmethoden zu klären und gegebenenfalls Regelwerke anzupassen, damit der Ausbau und der Betrieb von WEA mit Bedacht, Sorgfalt, ganzheitlicher Expertise, Nachhaltigkeit und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung erfolgen kann (TOP VI-106 des Beschlussprotokolls <a href="http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/118._DAET/118DAETBeschlussprotokoll20150515.pdf">http://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/118._DAET/118DAETBeschlussprotokoll20150515.pdf</a> ).	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P046	P046.04	A	Weiterhin stellt der Ärztetag fest,	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P046	P046.05	A	• dass die derzeit geltende reformbedürftige technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm), nur unzureichend schützt und nicht noch weiterhin als Schutzvorschrift gebraucht werden kann	Siehe Stellungnahme P046.03	Nicht zu berücksichtigen.
P046	P046.06	A	• dass im Rahmen von Messungen zur Beurteilung der Gesundheitsgefahr zukünftig immer zusätzlich zu den Außenmessungen auch Innenmessungen in den Häusern durchgeführt werden müssten, um den tieffrequenten Körperschall zu erfassen	Siehe Stellungnahme P046.03	Nicht zu berücksichtigen.
P046	P046.07	A	Wir fordern die Berücksichtigung unserer fachlichen Einwände und Bedenken und behalten uns anderenfalls rechtliche Schritte vor.	Siehe Stellungnahme P046.03	Nicht zu berücksichtigen.
P047			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P048	P048.01	A	Hiermit bringen wir unseren Einwand gegen den Bau eines Windparks in Osten-Isensee zum Ausdruck.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P048	P048.02	SO 31	Nachdem die vorgesehene Fläche bereits im letzten Jahr aus dem RROP genommen worden ist, müssen wir nun mit Entsetzen feststellen, daß die Pläne wieder aufgenommen werden und dieses in weitaus größerem Umfang.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P048	P048.03	SO 31	Durch die Nähe und Größe der geplanten Anlagen werden wir u.a. folgende Einschränkungen und Nachteile erfahren:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P048	P048.04	SO 31	> Schallauswirkungen (ständige Geräusche)	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.05	SO 31	> Schlagschatten	Siehe Stellungnahme P048.04	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.06	SO 31	> nächtliches Blinkfeuer	Die Befuerung der Windenergieanlagen ist aus Gründen der Flugsicherheit notwendig. In diesem Fall ist das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl des Einzelnen zu stellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.07	SO 31	> Wertminderung unseres Anwesens	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.08	A	Die Beeinträchtigungen sind bereits in anderen Windparks im Landkreis Stade (Deinste-Helmste, Kutenholz) deutlich zu spüren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P048	P048.09	A	Zudem ist während der Bauphase mit deutlich mehr Verkehr durch Schwerlastfahrzeuge zu rechnen. Die Landstraße L 119 ist schon jetzt in einem äußerst desolaten Zustand.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.10	A	Erschütterungen schwerer Fahrzeuge sind in unserem Haus spürbar. Wir befürchten, daß weiterer Schwerlastverkehr zu erheblichen Schäden an unserem Haus führen wird.	Siehe Stellungnahme 048.09	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.11	A	Außerdem sind durch die ständigen Belästigungen während und nach der Bauphase (Lärm etc.) gesundheitliche Beeinträchtigungen / Schäden vorprogrammiert.	Die Windenergieanlagen werden in mindestens 500m bzw. 1000m Entfernung zur nächsten Wohnbebauung errichtet. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.12	A	Ein mehr als deutlicher Bürgerentscheid in der Gemeinde Osten hat sich bereits gegen die Einrichtung eines Windparks ausgesprochen. 82 % gegen einen Windpark sind ein deutliches Zeichen!	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.13	A	Beispiele aus dem Landkreis Stade zeigen, daß in anderen Regionen auf das Votum und vor allem das Wohl der Bürger Rücksicht genommen wird, und wirtschaftliche Interessen Einzelner zurückgestellt werden.	Es sind keine Beispiele aus dem Landkreis Stade bekannt, bei dem Vorranggebiete aufgrund einer Bürgerbefragung ausgeschlossen worden sind. Dies wäre auch rechtlich fehlerhaft, da es sich dabei nicht um einen raumordnerischen Belang handelt. Durch das einheitliche Planungskonzept mit den harten und weichen Tabuzonen wird dem Schutz der Menschen sowie der Natur und Landschaft Rechnung getragen.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P048	P048.14	A	Ferner geben wir zu Bedenken, daß die Bewerbung bzw. der Status der Gemeinde Osten zum Weltkulturerbe negativ beeinflusst wird.	Maßgeblich für den Denkmalschutz der Schwebefähre sind die fachlich zuständigen Ämter und Behörden. Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten.	Nicht zu berücksichtigen.
P048	P048.15	A	In der Hoffnung, daß sie ihr Vorhaben noch einmal gründlich überdenken und der Mehrheit der Bürger folgen verbleiben wir mit freundlichen Grüßen!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P049a	P049a.01	SO 31	Der Detailkarte 31 des RROP 2015 entnehme ich, dass der Landkreis am Windpark Osten-Isensee entgegen dem ausdrücklichen Willen der hiesigen Bevölkerung festhält. Eine Forderung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts nach Berücksichtigung der Ergebnisse von Bürgerbefragungen bleibt unberücksichtigt.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.02	SO 31	Abgesehen von bedenklichen Eingriffen in die Grundrechte (z.B. Gleichheit)	Es wird nicht deutlich, inwieweit die Planung des Windparks Osten-Isensee einen Eingriff in die Grundrechte darstellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.03	SO 31	würden Windenergieanlagen auf dem ausgewiesenen Windpark eklatant gegen	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P049a	P049a.04	SO 31	• den Natur- und Artenschutz	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.05	SO 31	• das Washingtoner Artenschutzabkommen in Verbindung mit der EU-Verordnung Nr. 338/97	Das Washingtoner Artenschutz-Übereinkommen (= Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora, CITES) ist eine internationale Konvention, die den Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten regelt. Es ist nicht ersichtlich, wie es hier einen Zusammenhang zu einem Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" geben soll. - Die Verordnung (EG) Nr. 338/97 setzt das Wahingtoner Artenschutz-Übereinkommen um und regelt die Ein- und Ausfuhr von lebenden Tieren und Pflanzen sowie von daraus erzeugten Produkten, beispielsweise Elfenbein. Auch hier ist kein Zusammenhang zu einem Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" erkennbar.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.06	SO 31	• das Tierschutzgesetz	Das Tierschutzgesetz (TierSchG) hat den Zweck, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen. - Vermutlich zielt die Einwendung auf Vogelschlag durch Windenergieanlagen und vergleichbare Themenkreise ab. - Nach der vorliegenden Datenlage ist nicht ersichtlich, dass artenschutzfachliche und -rechtliche Probleme der Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich entgegenstehen. Ggf. ist dieser Themenbereich in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu klären.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.07	SO 31	• die Ziele der EU für Agrarinvestitionsförderung	Dieser Punkt wird an späterer Stelle argumentativ weiter ausgeführt und entsprechend dort ausgewertet. Siehe Stellungnahme P049a.18	Kenntnisnahme
P049a	P049a.08	SO 31	• Forderungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit verstoßen bzw. diese nicht berücksichtigen.	Es ist nicht ersichtlich, welche Forderungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gemeint sind bzw. sein könnten.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.09	SO 31	Das Washingtoner Artenschutzabkommen etc. stellt u.a alle europäischen Vögel unter besonderen Schutz und nicht nur gegen Aussterben, sondern schützt auch ihr Recht in ehemalige angestammte Lebensräume, aus denen sie durch den Menschen vertrieben wurden, zurückzukehren, wie es z.B. dem Wolf zugebilligt wird, dessen Rückkehr auf eine bodennahe intakte Umwelt hinweist.	Siehe P049a.05	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.10	SO 31 /	Ein Windpark Osten-Isensee würde von vornherein eine Rückkehr von z.B. Seeadler (Wappentier der Bundesrepublik Deutschland) und Rotmilan in angestammte Verbreitungsgebiete durch potenzielle Kollision mit Windenergieanlagen (rotierende Schredder), die eine noch intakte Umwelt in eine nicht mehr intakte Umwelt verwandeln, zumindest erheblich erschweren, wenn nicht gar tödlich verhindern.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Naturschutzfachliche Einschätzung bedarf einer Ergänzung: Im Herbst 2015 sind Hinweise auf ein Seeadler-Vorkommen im Landkreis Stade, in räumlicher Nähe zum Landkreis Cuxhaven, bekannt geworden; der (nord-)östliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee" liegt im 6.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Ein Brut-Vorkommen des Rotmilans in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" ist bisher nicht bekannt; es gibt jedoch Hinweise auf ein Auftreten des Rotmilans als Nahrungsgast bzw. rastenden Zugvogel. - Eine Einbeziehung von potenziell vorkommenden Vögeln ist nicht möglich. - Auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist eine Prüfung etwaiger artenschutzfachlicher bzw. -rechtlicher Probleme erforderlich.	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.11	SO 31	Der Landkreis Cuxhaven, und damit auch Osten-Isensee, liegt im angestammten Ausbreitungsgebiet des Seeadlers, das durch größere Gewässer (Küsten, Seen und Flüsse sowie Be- und Entwässerungsgräben) geprägt ist. Erste Rückkehrer haben sich bereits nahe dem Landkreis (in der Wesermarsch, wo es auffällig wenige Windenergieanlagen gibt) angesiedelt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.12	SO 31	Im nördlichen Bereich des ausgewiesenen Windparks existiert eine ausgeprägte Weidehaltung von Rindern, z.T. ganzjährig. Hinzu kommt eine Artenvielfalt von Wildtieren (Hasen, Rehen, Schlangen, Graureihern, Schwänen, Störchen etc.). Es stellt sich die Frage, was empfinden Tiere, die in unmittelbarer Nähe zu den Windenergieanlagen einen Großteil ihres Lebens Schlagschatten, Schallauswirkungen, Blinkfeuer, Vibrationen etc. sowie umfangreiche über- und unterirdische Bauarbeiten ausgesetzt sind. Dem Tierwohl, auch wenn ein Tier immer noch als Sache eingestuft ist, dürfte das abträglich sein.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Bisher liegen hier keine Untersuchungen zu Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Maulwürfe vor.	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.13	SO 31	Nicht vergessen werden sollten die im Boden lebenden Tiere, z.B. den unter Artenschutzstehendem Maulwurf, dessen Lebensqualität insbesondere durch von Windenergieanlagen erzeugte Vibrationen beeinträchtigt werden dürfte. Der durchaus nützliche Maulwurf würde durch Verbrämung vertrieben werden, was durch damit einhergehender Reduzierung des Ausbreitungsgebietes eine nennenswerte Dezimierung der Population nach sich zieht. Entsprechende Auswirkungen auf das Ökosystem sind vorprogrammiert.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Bisher liegen hier keine Untersuchungen zu Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Schlangen vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.14	SO 31	Ähnliches gilt für die vibrationsempfindlichen Schlangen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.15	SO 31	Als Beispiel sei auf die Schweinswale hingewiesen.	Schweinswale kommen in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.16	SO 31	Fast erschreckend ist, dass die „Planer“ bei der Ausweisung der Flächen offensichtlich übersehen haben, dass zukünftige Windenergieanlagen dort heute lebenden Vögeln z.B. das Ein- und Ausfliegen von und zu ihren innerhalb der ausgewiesenen Fläche gelegenen Waldstücken (Brutstätten und Lebensräume) durch eine ring- und barriereförmige Anordnung von Windenergieanlagen lebensgefährlich macht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.17	SO 31	Es sei außerdem darauf hingewiesen, dass es in der Region eine gesunde Population von hochfliegenden Raubvögeln wie etwa den Bussard gibt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.18	SO 31	Die Ziele der EU für Agrarinvestitionsförderung <ul style="list-style-type: none"> <li>• flächendeckende Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kultur-, Natur- und Erholungslandschaften</li> <li>• Entwicklung von Tourismus in von Standorteigenschaften benachteiligten Gebieten mit touristischem Potenzial</li> </ul> wurden ganz offensichtlich nicht berücksichtigt.	Bezogen auf den Landkreis Cuxhaven werden durch das einheitliche Planungskonzept mit den harten und weichen Tabuzonen die Natur- und Landschaft geschützt und Freiräume erhalten. Selbstverständlich werden durch einen Windpark Flächen in Anspruch genommen, die bislang unbebaut waren (bspw. Ackerflächen). Dies ist jedoch aber auch vom Bundesgesetzgeber so vorgesehen, so sind Windenergieanlagen im Außenbereich privilegiert, d.h. sie dürfen errichtet werden, sofern keine öffentlichen belange entgegenstehen. Ohne das Regionale Raumordnungsprogramm und die Ausweisung von Vorranggebieten, würde es keine gesteuerte Entwicklung der Windenergieanlagen geben. Die Konzentration auf einige wenige Flächen schützt somit die Kultur-, Natur- und Erholungslandschaften insgesamt, auch wenn es bei Einzelfällen zu Beeinträchtigungen kommen mag. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.19	SO 31	Die Fläche wird angesichts des nicht unerheblichen Flächenbedarfs von Windenergieanlagen nicht nur nicht erhalten, sondern auch noch umgestaltet.	Siehe Stellungnahme P049a.18	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.20	SO 31	Bemühungen ansässiger Bürger, die Oste-Landschaft touristisch zu reaktivieren sind angesichts eines weiteren Windparks, der das Landschaftsbild einer intakten landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft durch industrielle Elemente nachhaltig zerstört aussichtslos.	Siehe Stellungnahme P049a.18	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.21	SO 31	Auch muss es verwundern, dass Untersuchungen über die Auswirkung eines Windparks Osten-Isensee auf das lokale (Mikro-) Klima durch Ausbremsen, Verwirbeln, Ab- und Umleiten der Luftströme und Luftmassen sowie erheblicher Energieentnahme bisher nicht untersucht wurden. Im Gespräch befindliche 9 bis 12 Anlagen mit bis zu 200m Gesamthöhe und jeweils 3 MW installierter Leistung dürften dazu durchaus in der Lage sein, ganz besonders angesichts der geographischen Lage nahe dem Elbebogen, der eine Wetterscheide darstellt.	Die Errichtung eines Windparks hat nach derzeitigem Kenntnisstand keine erheblichen Einflüsse auf das lokale (Mikro-)Klima. Durch den Windpark ist keine Wetterveränderung zu erwarten.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.22	SO 31	Und dann gibt es noch den Menschen. Das Windparkgelände liegt inmitten einer aktiven Gemeinde bestehend aus zusammengehörenden Straßendörfern, Streusiedlungen und Siedlungssplittern.	Der Schutzbedürftigkeit des Menschen wurde durch die harten und weichen Tabuzonen Rechnung getragen.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.23	SO 31	Das Windparkgelände in seiner heutigen Form ist einem naturnahen Stadt- oder genauer Gemeindepark vergleichbar. Durch den Bau von Windenergieanlagen würde ein Industriepark entstehen, der im Zentrum einer Gemeinde weltweit ein Novum darstellen dürfte.	Der geplante Windpark liegt auf Ackerflächen mit ausreichendem Abstand zur nächsten Wohnbebauung. In der Umgebung befinden sich nur Splittersiedlungen mit einer kleinen Anzahl von Häusern.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.24	E 01	Eine ungleiche Behandlung gegenüber Haufendörfern, Reihendörfern und Platzdörfern ist nicht zu übersehen.	Die Definitionen von sonster wohnbaulicher Nutzung sowie Ortslage wird in der Begründung gegeben. Diese beiden Kategorien wurden einheitlich, unter Rücksprache mit den Samt- und Einheitsgemeinden, auf das gesamte Landkreisgebiet angewandt.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.25	E 01	Bei allem Verständnis für die Sinnhaftigkeit erneuerbarer Energien stellt sich grundsätzlich die Frage, ob der Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden über die Grenze der Leidensfähigkeit des Menschen getrieben werden muss.	Der vom Landkreis Cuxhaven festgelegte Mindestabstand liegt über den gesetzlich vorgegebenen Werten. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz muss der Vorhabensträger mittels Gutachten nachweisen, dass durch die Windenergieanlagen keine negativen Umwelteinflüsse ausgehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.26	E 01	Eine weniger menschenunfreundliche Abstandsregelung ist angesagt, die grundsätzlich einen Mindestabstand von z.B. 6x Gesamtbauhöhe einer Windkraftanlage zu Wohngebäuden haben sollte sowie einen nennenswert größeren Abstand von Windenergieanlagen zu Wohngebäuden, bei denen Windenergieanlagen im Uhrzeigersinn im Bereich süd-östlich bis nord-westlich zu den Wohngebäuden liegen. Wer hat schon gerne eine Windenergieanlage vor seinem Wohnzimmerfenster oder seiner Terrasse, dort wo sich der Mensch tagsüber überwiegend aufhält.	Siehe Stellungnahme P049a.25	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.27	E 01	Eine gute Planung würde bei der Festlegung von Abständen auch vorherrschende Windrichtungen berücksichtigen.	Die vorherrschende Windrichtung hat keinen Einfluss auf benötigte Mindestabstände zur Wohnbebauung.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.28	SO 31 / A	Der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Zusammenhang mit Windparks genannte volkswirtschaftliche Nutzen wie Stärkung der ländlichen Gebiete und Schaffung direkter und indirekter Arbeitsplätze ist für Osten-Isensee nicht erkennbar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P049a	P049a.29	A	Eine Zunahme der Landflucht als Folge eines Windparks ist hingegen absehbar, insbesondere bei der jüngeren Generation, was nicht im Interesse des Landkreises sein kann.	Wanderungsmotive sind höchst vielfältig. Untersuchungen zufolge sind die Hauptmotive für einen Umzug jedoch der Arbeitsplatz, die Infrastruktur (gerade für junge Familien), sowie das soziale Umfeld. Belastbare Untersuchungen, dass in der Nähe von Windparks eine erhöhte Abwanderung festzustellen ist, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.30	A	Einzig und alleine Hersteller von Windenergieanlagen, der Betreiber des Windparks und unter Vorbehalt wenige meist nicht ortsansässige Landwirte würden (materiell) profitieren.	Durch das Regionale Raumordnungsprogramm werden lediglich Flächen ausgewiesen, die vorrangig für die Windenergienutzung geeignet sind. Bei der Ausweisung ist es jedoch nicht von Belang, ob bzw. wer hiervon profitiert.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.31	A	Entsprechend stellt sich die Frage, wessen Interessen der Landkreis vertritt: Die des Bürgers, dessen Interessen er vertreten sollte, die der Tierwelt und der Natur, deren Interessen er ebenfalls vertreten sollte, oder die der wenigen Profiteure.	Die Interessen und Belange der Menschen sowie der Natur und Landschaft werden durch die harten und weichen Tabuzonen ausreichend geschützt. Die Alternative zum Regionalen Raumordnungsprogramm mit der Ausweisung von Vorranggebieten wäre, auf eine Steuerung der Windenergie zu verzichten. Diese könnten dann durch die Privilegierung überall im Außenbereich errichtet werden, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.32	E 01	Es ist zusammenfassend festzustellen: Gemeinde und Windpark sind harte Tabu-Zonen!	Die harten und weichen Tabuzonen wurden abschließend politisch festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.33	SO 31	Ein Festhalten am Windpark Osten-Isensee bedeutet • eine grobe Missachtung des Entscheids der dort lebenden Bürger	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.34	SO 31	• einen groben Eingriff in das Leben der dort ansässigen und in angestammte Verbreitungsgebiete rückkehrwilligen Tierwelt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.35	SO 31	• eine unverhältnismäßige Verunstaltung der Landschaft	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.36	SO 31	• zunehmende Landflucht	Siehe Stellungnahme P049a.29	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.37	SO 31	Dazu im Einzelnen: • Die Rückkehr von unter Artenschutz stehenden Vögeln (z.B. Seeadler) in ihre ursprüngliche Ausbreitungsgebiete wird verhindert	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Naturschutzfachliche Einschätzung bedarf einer Ergänzung: Im Herbst 2015 sind Hinweise auf ein Seeadler-Vorkommen im Landkreis Stade, in räumlicher Nähe zum Landkreis Cuxhaven, bekannt geworden; der (nord-)östliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee" liegt im 6.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Eine Einbeziehung von potenziell vorkommenden Vögeln ist nicht möglich. - Auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist eine Prüfung etwaiger artenschutzfachlicher bzw. -rechtlicher Probleme erforderlich.	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.38	SO 31	• Vögel, die in dem vom Windpark umschlossenen Forstflächen leben, werden einer tödlichen Gefahr ausgesetzt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.39	SO 31	• Windenergieanlagen von im Gespräch befindlichen Höhen stellen Lebensgefahr für hochfliegende (Raub-) Vögel dar	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P049a	P049a.40	SO 31	• der unter strengem Artenschutz stehende Maulwurf wird massenhaft und großflächig aus seinem angestammten Lebensraum vergrämt mit negativen Folgen für die Population.	Siehe 049a.13.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.41	SO 31	• das Recht auf Tierwohl von nicht unter Artenschutz stehenden Tieren wird nicht beachtet.	Siehe 049a.06.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.42	SO 31	• das intakte Landschaftsbild einer durch Landwirtschaft geprägten Kulturlandschaft wird durch industrielle Elemente nachhaltig zerstört.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049a	P049a.43	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>der Entwicklung eines angestrebten weichen Tourismus und damit verbundener Schaffung zusätzliche Arbeitsplätze wird die Basis entzogen.</li> </ul>	<p>Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird.</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.44	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>die Auswirkungen auf das Mikroklima sind unbekannt.</li> </ul>	Die Auswirkungen von Windenergieanlagen auf das Mikroklima sind gering. Durch Städte, neue Siedlungen, herkömmliche Kraftwerke, aber auch durch Wälder oder durch stark bepflanzte Flächen wird das Mikroklima in einem wesentlich stärkeren Maße beeinflusst.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.45	E 01	<ul style="list-style-type: none"> <li>der offensichtlich willkürlich festgelegte Mindestabstand von 500 m zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden, der das Recht der Betroffenen auf körperliches und seelisches Wohlbefinden negiert steht im krassen Widerspruch zur gebotenen Fürsorgepflicht des Landkreises gegenüber seinen Bürgern.</li> </ul>	Die Herleitung der Tabuzonen wird in der Begründung dargelegt. Sie wurden nicht willkürlich festgelegt. Der Mindestabstand liegt über den gesetzlich vorgeschriebenen Werten. Das Wohl der Menschen im Landkreis hat bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms eine gewichtige Rolle gespielt.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.46	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>ein volkswirtschaftlicher Nutzen ist nicht erkennbar.</li> </ul>	Die Frage, ob durch einen Windpark ein volkswirtschaftlicher Nutzen entsteht, mag subjektiv ganz unterschiedlich beantwortet werden. Dies ist jedoch nachrangig. Die Energiewende ist gesellschaftlich gewollt und wurde politisch beschlossen. Der Landkreis Cuxhaven leistet hierzu einen entscheidenden Beitrag.	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.47	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>Landflucht dürfte beschleunigt werden, vor allem bei jungen Mitbürgern</li> </ul>	Siehe Stellungnahme P049a.29	Nicht zu berücksichtigen.
P049a	P049a.48	SO 31	Vor diesem Hintergrund ist bei einem Festhalten am Windpark Osten-Isensee durch den Landkreis mit Widerstand unter Ausnutzung aller Rechtsmittel durch die Gemeinde und/oder ihrer Bürger bis in allerhöchste Instanzen zu rechnen. Das kann nicht im Interesse des Landkreises sein!	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P049a	P049a.49	SO 31	Entsprechend fordere ich, dass der Windpark Osten-Isensee aus dem RROP 2015 gestrichen wird.	Die Auswahl der Vorranggebiete und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049b	P049b.01	A	<p>Nachtrag zu meinen Einwendungen und Einspruch gegen RROP 2015 Osten-Isensee vom 17.08.2015 betreff Auswirkung eines Windparks Osten-Isensee auf das lokale (Mikro-) Klima</p> <p>• Zu diesem Thema findet sich im Hamburger Abendblatt vom 19.08.15 unter der Rubrik WISSEN ein interessanter Artikel, den ich dieser E-Mail als Anlage beigefügt habe. Die Aussagen dürften auch für auf dem Festland errichtete Windenergieanlagen richtungsweisend sein.</p>	<p>Nachtrag zu Stellungnahme 49 - Anlage: Zeitungsartikel</p> <p>Kenntnisnahme</p>	Kenntnisnahme
P049b	P049b.02	A	<p>Große Offshore-Windparks kühlen Küste leicht ab</p> <p>Von Marita Boettcher</p> <p>Hamburger Forscherin modellierte die großflächige Energiegewinnung mit 9000 Rotoren in der deutschen Nordsee</p> <p>Das Prinzip ist alt wie die Windmühle: Weht der Wind stark genug, drehen sich die Flügel und wandeln die Energie der bewegten Luft in mechanische Energie um. Moderne Windkraftanlagen erzeugen daraus elektrischen Strom. Derzeit sind es mehr als acht Prozent im Energiemix Deutschlands, Tendenz steigend.</p> <p>Großes Potenzial bieten dabei Windkraftanlagen auf dem Meer. Hier weht der Wind beständiger und stärker als an Land. Deshalb können die sogenannten Offshore-Parks mehr und gleichmäßiger Strom erzeugen. Doch die riesigen Rotoren bremsen die Luftströmungen über dem Meer. Könnte sich dies auf das Klima an den Küsten auswirken? Ob es einen solchen regionalen Einfluss gibt, ist bislang kaum erforscht.</p> <p>Deshalb habe ich für das Jahr 2050 ein Szenario mit 9000 Windkraftanlagen in der Deutschen Bucht simuliert. Das wäre ein echter Offshore-Gigant, der mit einer Anlagenleistung von 90 Gigawatt etwa 90 Millionen Haushalte mit Strom versorgen könnte – ein rein fiktives Beispiel. Uns Meteorologen erlaubt das aber eine aussagekräftige Einschätzung der potenziellen Auswirkungen großflächiger Offshore-Parks. Denn in anderen Ländern entstehen bereits jetzt riesige Anlagen. China baut derzeit einen Offshore-Windpark mit einer Leistung von 20 Gigawatt. Die USA planen einen Park mit mehr als 50 Gigawatt.</p> <p>Mit einem Computermodell habe ich berechnet, wie sich im Sommer die Bewegung der Rotoren auf die Temperatur und das Windfeld auswirkt. Unser Transport- und Strömungsmodell der Atmosphäre METRAS beruht auf physikalischen Gleichungen, die dreidimensional gelöst werden. So konnte ich unter anderem Werte für Wind, Temperatur und Feuchte ermitteln</p>	<p>Kenntnisnahme. Offshore-Anlagen sind nicht Gegenstand dieses Aufstellungsverfahrens. Eine Übertragung der Forschungsergebnisse auf Onshore-Anlagen ist nicht möglich.</p>	Kenntnisnahme
P049b	P049b.03	A	<p>Das Ergebnis: Die intensive Nutzung der Windenergie in der Deutschen Bucht würde dazu führen, dass die sommerliche Temperatur an der deutschen Nordseeküste und in Schleswig Holstein um etwa 0,3 Grad sinkt – sowohl am Tag als auch in der Nacht. Tagsüber würde sich sogar das 100 Kilometer entfernte Hamburg um 0,1 Grad abkühlen. Doch wie entsteht dieser Effekt?</p> <p>Hierbei spielt der Wärmeaustausch zwischen Meer und Atmosphäre die entscheidende Rolle. Betrachtet man die Tages- und Nachttemperaturen zusammen, so ist die Nordsee im Sommer im Durchschnitt wärmer als die Luft. Mithilfe des Windes erwärmt das Meer die Luft leicht. Drehen sich nun die riesigen Rotoren, so drosseln sie die Windgeschwindigkeit und reduzieren damit den Wärmeaustausch zwischen Wasser und Luft. Im Bereich des Windparks wird die Luft deshalb etwas kühler. Der Westwind transportiert nun diese kühlere Luft nach Schleswig Holstein und Hamburg.</p>	Siehe P049b.02	Kenntnisnahme
P049b	P049b.04	A	<p>Große Windparks haben aber noch einen zweiten Effekt. Wenn die Rotoren dem Wind Energie entziehen und die Luftströmung verringern, wird der fehlende Wind auf Höhe der Rotoren aus den umgebenden Luftschichten aufgefüllt. Dadurch verändern die Windräder das Windfeld auch in weiterer Entfernung. Doch beide Effekte sind umkehrbar. Meine Simulation zeigt, dass der Einfluss auf Temperatur und Windfeld nach Abschalten der Windkraftanlagen innerhalb einiger Stunden verschwindet.</p>	Siehe P049b.02	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049c	P049c.01	A	2. Nachtrag zu meinen Einwendungen und Einspruch gegen RROP 2015 Osten-Isensee vom 17.08.2015  In der Anlage sende ich einen Beitrag zu „Auswirkungen von Windenergieparks auf das Klima“. Insgesamt erscheinen mir die letztendlich noch ungeklärten potenziellen Auswirkungen auf das Klima so gravierend, dass ich meine, der Landkreis ist gut beraten, wenn er eine umfassende Studie in Auftrag gibt und bis zum Vorliegen der Ergebnisse eine Entscheidung über das weitere Vorgehen aussetzt.	Nachtrag zu Stellungnahme 49 - Auswirkungen von Windenergieparks auf das Klima - verspäteter Eingang am 08.10.2015 Die Auswirkungen von Windenergieanlagen an Land auf das Mikroklima sind im Vergleich durch die Einflüsse des Menschen (durch Städte, Siedlungsbau, herkömmliche Kraftwerke) als nachrangig und gering zu bewerten	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.02	A	Zusätzlich zu meinen bisherigen Einwendungen rege ich an, zu bedenken, dass der Bund offensichtlich bereit ist unter erheblichen Kosten Stromtrassen unterirdisch zu verlegen, da Anwohner verständlicherweise überirdische Leitungstrassen als sehr störend empfinden. Anwohner empfinden WEA auch als sehr störend, und nicht nur aus optischen Gründen, sondern auch wegen der diversen negativen Nebenwirkungen. Zugegeben, eine WEA lässt sich schlecht ins Erdreich verlegen. Damit wären Anwohner von Stromtrassen gegenüber Anwohner von WEA klar bevorzugt. Als WEA-Geschädigter würde ich ernsthaft über eine Klage nachdenken, schon aus Gründen der Gleichheit.	Diese beiden Sachverhalte lassen sich nicht vergleichen. Ein Verstoß gegen das Gleichheitsgebot ist nicht feststellbar.	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.03	A	AUSWIRKUNGEN von WINDENERGIEPARKS auf das KLIMA  Bekannte negative spezifische Nebenwirkungen von Windenergieanlagen sind Schall, Infraschall, Schattenwurf, Disco-Effekt, Eiswurf, Vogelschlag, Veränderungen des Landschaftsbildes und Wertverlust von Immobilien sowie Buchungsverhalten von Touristen.	Diese Sachverhalte wurden bereits in der Hauptstellungsnahme angesprochen und an den betreffenden Stellen ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.04	A	Noch wenig oder bisher überhaupt nicht berücksichtigt ist das Gefühl körperlicher Bedrohung durch rotierende Windenergieanlagen heutiger Baugröße.	Die erdrückende Wirkung von Windenergieanlagen wird in den harten Tabuzonen beim Mindestabstand zur Wohnbebauung berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.05	A	Bisher nicht berücksichtigt sind durch Turbulenzstörungen hervorgerufene Nebenwirkungen von Windschatten/Nachlaufströmung auf das Klima.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P049c	P049c.06	A	Zusammenfassung  Das Windkraftpotenzial des Landkreises beträgt etwa 500 MW. Derzeit sind in 55 Windenergieparks (WEP) rund 500 MW installiert. Windenergieanlagen von 200 m Gesamthöhe verursachen Turbulenzströmungen im Bereich von 400m vor der Anlage bis 4.000 nach der Anlage. Turbulenzströmungen haben einen Einfluss auf die Temperatur und die Niederschlagsverteilung. Die im Landkreis gelegenen WEP im Zusammenspiel mit Offshoreanlagen sowie WEP in angrenzenden Landkreisen dürften bereits heute überproportional das regionale und insbesondere das lokale Mikroklima im Umfeld von WEP bezüglich höherer Temperaturen und geringerer Niederschläge beeinflussen. Zusätzliche WEP sowie Repowering existierender WEP werden sich verstärkend auswirken.	Die Errichtung eines Windparks hat nach derzeitigem Kenntnisstand keine erheblichen Einflüsse auf das lokale oder regionale (Mikro-)Klima. Durch den Windpark ist keine Wetterveränderung zu erwarten.	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.07	A	Nachströmungsturbulenzen eines WEP Osten-Isensee hätten Auswirkungen auf Temperatur und Niederschlag auf einer Fläche von bis zu 90 km <sup>2</sup> , davon entfallen 10 km <sup>2</sup> auf den Kernbereich. Im Kernbereich liegt das gesamte Siedlungsgebiet von Osten-Isensee und angrenzenden Gemeinden.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.08	A	Bis zu einer belastbaren Klärung der Auswirkungen von WEP auf das Mikroklima sollte von einem weiteren Ausbau der Windenergienutzung abgesehen werden.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.09	A	Windkraftpotenzial  Neuere Untersuchungen haben das Windkraftpotenzial für Deutschland auf 1 Watt / m <sup>2</sup> berechnet. Das Flächenpotenzial in Deutschland für Windenergienutzung liegt bei 49.400 km <sup>2</sup> (knapp 14 % der Landesfläche) mit einem Windkraftpotenzial von 49.400 Megawatt (MW). Angenommen, im Landkreis Cuxhaven eignen sich gegenüber bundesweit 14 % etwa 25 % der Landesfläche für Windenergienutzung oder 500 km <sup>2</sup> , dann beträgt das Windkraftpotenzial rund 500 MW, was einer installierten Windleistung von 1.500 MW oder 3 MW / km <sup>2</sup> entsprechen dürfte. Derzeit existieren um die 55 WEP mit einer installierten Windleistung von rund 500 MW. Zur vollen Ausnutzung des Potenzials kann die installierte Windleistung also noch etwa verdreifacht werden.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049c	P049c.10	A	Dem steht entgegen: Für ganz Europa wird für 2020 eine installierte Windleistung von 0,02 MW/km <sup>2</sup> erwartet. Die derzeit im Landkreis Cuxhaven installierte Windleistung entspricht rund 0,24 MW/km <sup>2</sup> oder bereits heute dem 12-fachen der für Europa für das Jahr 2020 prognostizierten installierten Windleistung.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.11	A	Windenergieanlagen und Luftströmungen  Bei einer Nabenhöhe von heute etwa 150 m und einem Rotordurchmesser von 100 m von Windenergieanlagen (WEA), wie sie für den Windenergiepark (WEP) Osten-Isensee im Gespräch sind, arbeiten die WEA in bodennaher Luftschicht, die durch Turbulenzen, verursacht durch Kontur des Geländes und Hindernisse wie z.B. große Bäume und Gebäude geprägt sind. Mit Größe der durch Kontur des Geländes verursachten störenden Luftwirbel von etwa 0,03 m (offene See 0,0002 m und Mittelgebirge 0,40 m) sind die bodennahen Luftmassen im Landkreis Cuxhaven relativ turbulenzarm und damit angesichts der mittleren Windgeschwindigkeiten von 4 bis 5 m/s in Bodennähe und etwa 11 m/s in rund 140 m Höhe als windhöflich zu bezeichnen und damit für die Windenergiegewinnung interessant. Turbulenzströmungen einer insgesamt 200 m hohen WEA, die ein zusätzliches Gebäudehindernisse darstellt, wirken sich im Bereich zwischen rund 400 m vor der WEA bis etwa 4.000 m nach der WEA aus. Der Höhepunkt nach der WEA liegt bei etwa 1.600 m. Im Offshorebereich ist dieser Effekt wesentlich ausgeprägter und dürfte bis in den Küstenbereich Auswirkungen haben.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.12	A	Auswirkungen auf das Klima  Zahlreiche Studien haben mit Hilfe von Modellen nachgewiesen, dass WEA/WEP durch Energieentnahme und Erzeugung von Turbulenzströmungen Auswirkungen auf die atmosphärische Zirkulation haben. Ein Einfluss auf die Temperatur und die Niederschlagsverteilung konnte ebenfalls festgestellt werden. Insbesondere in der Nacht liegt die Temperatur in der Nähe von WEP auf dem Festland als Ursache der durch WEA erzeugten Turbulenzströmungen deutlich über denen der weiteren Umgebung. Durch die Turbulenzströmungen wird die Atmosphäre durchmischt, sodass die Bildung einer bodennahen Inversionsschicht erschwert wird. Eine solche Inversionsschicht sorgt normalerweise in der Nacht für deutlich zurückgehende Temperaturen.  Der mögliche globale durch WEA verursachte Temperaturanstieg über Land wird für Kontinentaleuropa bei einer installierten Windleistung von 200 Gigawatt bis 2020 im Mittel auf etwa 0,3 Grad geschätzt. Das erscheint subjektiv eher gering, gemessen an dem Ziel der internationalen Klimapolitik, den Anstieg auf max. 2 Grad zu begrenzen mit einem Anteil daran von 15 % jedoch durchaus bedenklich.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.13	A	Mit einem Rückgang der Niederschlagsmenge von einigen Prozenten ist zu rechnen, der voraussichtlich im Winter signifikant sein wird.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.14	A	In Regionen mit einer großen WEP-Dichte ist mit vom Mittel abweichenden deutlich höheren Temperaturanstiegen und geringeren Niederschlagsmengen zu rechnen.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.15	A	Landkreis Cuxhaven und seine WEP  Es darf angenommen werden, dass die im Landkreis Cuxhaven gelegenen WEP im Zusammenspiel mit den Nachlaufströmungen von Offshoreanlagen in der Deutschen Bucht sowie WEP in Dithmarschen und im Osten sowie Westen angrenzenden Landkreisen bereits heute insgesamt weit überproportional das Mikroklima im Landkreis (regional) in Richtung höherer Temperaturen und geringerer Niederschläge verändert haben. Im Bereich der Standorte von WEP und deren näheren Umgebung (lokal) dürften die Auswirkungen noch deutlich höher sein. Zusätzliche WEP sowie Repowering-Maßnahmen werden das regionale und lokale Mikroklima weiter verändern, vermutlich deutlich über den Landkreise hinaus.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P049c	P049c.16	SO 31	WEP Osten-Isensee  Wie bereits erwähnt, treten Vorströmungs- (400 m) und Nachströmungsturbulenzen (1.600/4.000 m) auf. Davon sind bis zu insgesamt 90 km <sup>2</sup> bei 4.000 m Nachströmungsturbulenz betroffen, darunter 10 km <sup>2</sup> im Kernbereich von 1.600 m, der in etwa dem Gebiet zwischen der Oste, L 113, K 27 und B 495 entspricht. Die Auswirkungen der Nachströmungsturbulenzen eines WEP Osten-Isensee auf Temperatur und Niederschlag betreffen somit das gesamte Siedlungsgebiet von Osten-Isensee sowie im Westen gelegene Gebiete über die Oste hinaus und im Südwesten Osten bis an den Rand von Hemmoor. Hinzu kommen Kranenweide, Altendorf und Schüttdamm sowie Hasenfleet und Schwarzenmoor. Zusätzlich zu bereits durch andere WEP verursachte Klimaveränderungen würde ein WEP Osten-Isensee diese weiter verstärken, auch über den Landkreis hinaus. Die Verringerung der Niederschläge im Winterhalbjahr hingegen könnte durchaus als positiv gewertet werden. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass es in angrenzenden Region zu zusätzlichen Niederschlagsmengen kommen dürfte, was möglicherweise unerwünscht sein wird.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.17	SO 31	Inwiefern sich ein WEP Osten-Isensee in das durch die Wetterscheiden Elbe und Oste beeinflusste lokale und regionale Mikroklima auswirkt, ist noch unbekannt.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.18	A	Annahme und Frage  Ausgehend von der Annahme, dass sich auch der Landkreis Cuxhaven der internationalen Klimapolitik verpflichtet fühlt, die globale Erderwärmung auf 2 Grad Celsius gegenüber dem Niveau von vor der Industrialisierung zu begrenzen, stellt sich angesichts der durch die große Anzahl bereits vorhandener WEP hervorgerufene Auswirkungen auf das Klima, die durch Ausweisung weiterer Gebiete für WEP und Repowering sich noch verstärken werden, die Frage, ob dem Landkreis bewusst ist, dass er den Zielen für die globale Erderwärmung (vermutlich unbewusst) entgegenwirkt und damit u.a. zu einem weiteren Anstieg des Meeresspiegels beiträgt.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.19	A	Schlussfolgerungen  Zusätzlich zu den bekannten negativen spezifischen Nebenwirkungen von WEP auf Mensch und Natur ist davon auszugehen, dass bereits heute WEP das lokale und regionale Mikroklima durch höhere Temperaturen und Verlagerung von Niederschlägen aus dem lokalen in den regionalen Bereich wesentlich beeinflussen und damit eine zusätzliche Belastung für Mensch und Natur darstellen.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.20	A	Weitere WEP und Repowering vorhandener WEP verstärken diese negativen Auswirkungen und stellen zumindest im globalen Kontext die lokale und regionale Einhaltung von Klimazielen in Frage. Ein, wenn auch unbewusster Raubbau an der „unbegrenzt zur Verfügung stehender erneuerbaren Ressource Windenergie“ mit den damit verbundenen negativen Folgen ist nicht auszuschließen.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.21	A	Empfehlungen  Bis zur umfassenden Klärung der Auswirkungen von WEP auf das regionale und insbesondere lokale Mikroklima im Landkreis Cuxhaven und angrenzender Landkreise wird unter Beachtung des globalen Klimaziels empfohlen, eine entsprechende Schaden/Nutzen-Studie (nicht Kosten/Nutzen) durchzuführen, als Grundlage für zukünftige nachhaltige Entscheidungen bezüglich der Nutzung von Windenergie im Landkreis Cuxhaven und im Offshorebereich. Die Einbindung angrenzender Landkreise wäre wünschenswert. Bis zum Vorliegen der Ergebnisse einer solchen Studie wird von einem weiteren Ausbau der Windenergienutzung durch WEA im Landkreis Cuxhaven abgeraten.	Siehe Stellungnahme P049c.06	Nicht zu berücksichtigen.
P049c	P049c.22	A	Angabe verschiedener (wissenschaftlicher) Quellen	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.01	A	dieser Mail ist meine Stellungnahme v. heute als PDF-File CUX-TKc2.pdf zwV beigefügt. Ggf. zu früheren Versionen des ROP Lk CUX abgegebene Stellungnahmen bleiben gültig, soweit ihnen nicht gefolgt wurde.	Stellungnahmen zum Entwurf 2014 wurden im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.02	A	Im Falle von Diskrepanzen gilt die hier beigefügte Stellungnahme.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.03	A	hiermit reiche ich Anregungen zum zu ändernden sachlichen Teilabschnitt Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogrammes für den Landkreis Cuxhaven auf der Grundlage des bekanntgemachten Entwurfes ein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.04	A	Die Positionierung der Ausführung einer Anregung ist der planenden Stelle überlassen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.05	A	Es sind Rückschlüsse dahingehend unzulässig, daß aufgrund einer persönlichen oder beruflichen Funktion des Uz. - dieser zur Abgabe bestimmter Anregungsinhalte nicht befugt wäre oder - einzelne der folgenden Einlassungen inhaltlich oder formal unbeachtlich würden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.06	A	Lfd. (A=Anregung, G=Gründe, H=Hinweis) Nr.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.07	A	1 Verhältnis des ROP zu vorhandenen bestandsgeschützten WKA und anderen Planungsebenen A1.1 Das Raumordnungsprogramm ist auf seine Übereinstimmung mit der Landesplanung hin zu überprüfen.	Der RROP Entwurf 2015 stimmt mit den Regelungen der Landesplanung überein.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.08	A	A1.2 Nach A.1.1 festgestellte Diskrepanzen (z.B. WKA-Vorrangflächen im ROP ./ Erholungsvorrangflächen in der Landesplanung) sind zu Lasten des ROP-Entwurfes zu bewerten; der Entwurf ist dahingehend im Hinblick auf die ROP-Endfassung zu korrigieren.	Vorranggebiete des Landes-Raumordnungsprogramms, die der Windenergienutzung entgegensehen, wurden als harte Tabuzone dem weiteren verfahren entzogen (vgl. Begründung S. 10)	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.09	E 01	A1.3 Abweichungen von A1.2 sind triftig insbesondere dahingehend zu begründen, warum zum einen der Standort als WKA-Standort nach gerechter Abwägung aus zwingenden Gründen als alternativlos zu bewerten ist und wie ggf. dann zum anderen die jew. landesplanerisch präferierte, aber zugunsten der Funktion als WKA-Standort aufgegeben Standortfunktion funktional im Interesse der Betroffenen adaequat aufgefangen werden soll.	Siehe Stellungnahme P050.08	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.10	E 01 / E 11	A2.1 Vorhandene WKA, deren Bestandsschutz einschließlich ggf. zulässigen Repowerings die vorgesehene Geltungsdauer des ROP überdauert, sind in das ROP als Vorrangstandorte zu integrieren.	Die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen insoweit nicht als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.11	E 01	A2.2 Die Positionierung von Vorrangflächen des ROP ist nach Maßgabe seiner Aufstellungskriterien an den vorhandenen Standorten in deren Eigenschaft fiktiv vorweggenommener Vorrangstandorte zu orientieren.	Siehe Stellungnahme P050.10	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.12	E 01 / E 11	G Es ist damit auszuschließen, daß vorhandene WKA-Standorte mit den neuen Rop-entwurfsgegenständlichen Standorten eine Standortkonstellation bilden, die letztendlich in cumulo den Zielen des ROP zuwiderläuft.	Alle ausgewiesenen Vorranggebiete entsprechen dem einheitlichen Planungskonzept des RROP Entwurfs 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.13	A	A3.1 Andere Stadien der vorbereitenden Bauleitplanung (idR Flächennutzungspläne) sind dahingehend zu überprüfen, welchen Standortfindungskriterien sie unterliegen und nach Maßgabe dessen analog A2.2 in das ROP zu integrieren.	Alle bestehenden Windparks, die über einen Flächennutzungsplan von den Gemeinden ausgewiesen wurden, wurden entweder als bauleitplanerisch gesicherter Bereich oder bei Eignung als Vorranggebiet übernommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.14	A	G wie G zu A2.2	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.15	A	A3.2 Oder es ist, soweit rechtlich möglich, bei mangelnder materieller oder formaler Kongruenz solcher Pläne (vgl. A3.1) zur ROP-Konzeption, deren durch § 35 Abs.1 Nr.5 BauGB oder einen B-Plan ansonsten herstellbare Ausnutzbarkeit auszuschließen.	Siehe Stellungnahme P050.13	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.16	E 06	2 Klarstellung Vorrangzonen A1 Von der im Planentwurf vorgesehenen Klarstellung ist dahingehend, daß sich WKA vollumfänglich, also incl. des Rotorumfangs auf die als Vorrangzonen dargestellten Flächen beschränken müssen, im weiteren Verfahren nicht abzuweichen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.17	E 06	H Es wird begrüßt, daß der Klarstellungserfordernis dahingehend, ob sich WKA vollumfänglich, also incl. des Rotorumfangs auf die als Vorrangzonen dargestellten Flächen beschränken müssen oder ob die Abgrenzung dieser Flächen nur von den Türmen nicht überschritten werden darf, genügt wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.18	E 06	G Es gibt hier zwar Rechtsprechung, die aber nicht allgemeinverbindlich zu übertragen ist (z.B. BVerwG v. 21.10.2004 - 4 C 3.04 - im B-Plan sowohl als auch, VG Hannover v. 30.08.2012 - 2 A 1642/11 - incl. Rotor im Vorranggebiet, dto.v. 22.09.2011 - 4 A 1052/10). Es wäre ohne die Klarstellung durchaus zulässig, nicht nur in der Flächen-Potenzialanalyse, sondern in der Gesamtkonzeption festzulegen, daß die WEA sich nur mit ihrem Mastfuß, also der Standortkoordinate, innerhalb der Zone befinden müssen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.19	E 06	Diese Klarstellung hat mehrstellige ha Unterschied hinsichtlich der durch WKA auf der die in Anspruch zu nehmende Fläche im Gesamtplanungsraum zur Folge.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.20	E 06	A2 Die Abgrenzungen der Vorrangflächen sind dahingehend zu korrigieren, daß nur Flächen dargestellt werden, auf denen die unter A1 beschriebene Bedingung auch im „Worst Case“ (Rotor-Ø = 200 m, vgl. Vestas V200) erfüllt werden kann.	In allen ausgewiesenen Vorranggebieten können marktübliche Windenergieanlagen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.21	A	Dies soll nicht die planerische Darstellung zusätzlicher Auffangflächen zu Folge haben.	Es werden keine zusätzlichen "Auffangflächen" ausgewiesen. Der Herleitung und Abgrenzung der Vorranggebiete ergibt sich aus der Begründung.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.22	E 01	G Alle anderen Flächen, v.a. sog. „Wespentaillen“ (Abb.1) stellten als angebliche Vorrangflächen tatsächlich aber nur unzulässige Phantom-Planungen dar, die der Windenergienutzung nicht substantiell Raum verschaffen.	Siehe Stellungnahme P050.21	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.23	E 01	Eine Korrektur wie angeregt muß schon deshalb nicht mit neuen WKA-Vorrangstandorten aufgefangen werden, weil eine wie auch immer (oft politisch) gesetzte (quasi „in Stein gemeißelte“) Vorgabe eines insgesamt im Lk CUX respektive landesweit zu erreichenden Windenergie-Gewinnungspotentials v.a. ohne die Voraussetzung einer letztendlich auch die Vorgabe selbst berührende Abwägung auf regionaler Planungsebene rechtlich bedenklich wäre.	Siehe Stellungnahme P050.21	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.24	E 04	3 Rückbau A Es ist keine Regelung für den Rückbau von WKA zu treffen, insbesondere keine einen Teilrückbau begünstigende Regelung.	Die Regelungen des Baugesetzbuches sind bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nach Raumordnungsgesetz nicht maßgeblich. Der Verzicht auf einen kompletten Rückbau erscheint verzichtbar, wenn die landwirtschaftliche Nachnutzung sichergestellt wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.25	E 04	G Das BauGB läßt hier den Ländern keinen Spielraum, so daß es hier keiner weiteren Ausführungsbestimmungen bedarf. Gegenteilige Ausführungsbestimmungen widersprechen somit v.a. mehreren Bestimmungen des Bundesrechtes.	Siehe Stellungnahme P050.24	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.26	E 04	G Es liegt die Annahme nahe, daß hier seitens der Planentwurfsverfasser versucht wird, dem BWE e.V. über das bei der durchaus rechtlich zu beachtenden Berücksichtigung von unternehmerischen Interessen, also auch von Interessen der WKA-Branche, zulässige Maß hinaus willfährig näherzutreten.	Die Unterstellung wird zurückgewiesen. Die Regelung wird ausreichend in der Begründung erläutert.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.27	E 04	In der Stellungnahme des BWE e.V. Regionalverband Elbe Weser Nord v. 13. August 2014 zum RROP heißt es „Der vollständige Rückbau einschließlich des vollständigen Fundamentrückbaues würde zudem über die vom Gesetzgeber getroffene Regelung hinausgehen. Wenn ein Fundament einer Windenergieanlage bis 2 m unterhalb der Erdoberfläche beseitigt worden ist, was die übliche Anforderung darstellt, liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor. Fundamentteile, die tiefer als 2 m unterhalb der Erdoberfläche verbleiben, stellen keine Bodenversiegelung dar, sondern wirken wie Gesteinsbrocken.“ Auch eine solche (fälschlicherweise als „übliche Anforderung“ titulierte) Verharmlosung durch den BWE ändert nichts daran, daß nach dessen Willen in Wahrheit statt „Gesteinsbrocken“ materiell wie gesetzlich unterirdische Stahlbetonmonolithen nicht nur expressis verbis Gras über sich wachsen lassen sollen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.28	E 04	G Rückbau ist die Beseitigung der Anlage, welche der bisherigen Nutzung diente und insoweit die Herstellung des davor bestehenden Zustandes. Zurückzubauen sind grundsätzlich alle ober- und unterirdischen Anlagen und Anlagenteile (einschließlich der vollständigen Fundamente) sowie die zugehörigen Nebenanlagen wie Leitungen, Wege und Plätze und sonstige versiegelte Flächen. Die durch die Anlage bedingte Bodenversiegelung ist so zu beseitigen, dass der Versiegelungseffekt, der z.B. das Versickern von Niederschlagswasser beeinträchtigt oder behindert, nicht mehr besteht. Nach Abschluss der Rückbaumaßnahmen ist sicherzustellen, dass der Standort die natürlichen Bodenfunktionen und bisherigen Nutzungsfunktionen wieder erfüllt. Zur Beseitigung nachhaltiger Verdichtungen im Unterboden sind entsprechende Maßnahmen (z.B. Lockerung, geeignete Folgenutzung) umzusetzen. Vgl. auch VGH Kassel v. 160 12.01.2005 - 3 UZ 2619/03, nicht nur deshalb illegal ist z.B. die 14. Änderung des Flächennutzungsplanes (Entw.) von Langenhorn (Umweltbericht Kap. 1.3, 2010) oder die Genehmigung für den Windpark Windpark Stedesdorf (Kreis Wittmund) Az 60/6351.05 07/11, zumal ihr keine eine Ausnahme von § 35 Abs.5 BauGB zwingend begründende Ausgangslage zugrundeliegt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.29	E 04	G Eine Begründung, eine einmal erfolgte Versiegelung würde zu Bodenbeschädigungen bei der erforderlichen Beseitigung führen, hält einer Überprüfung nicht stand. Vielmehr würde ein verbleibendes WKA-Fundament der Abfalleigenschaft iSd Kreislaufwirtschaftsgesetzes erfüllen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.30	E 04	Auch wäre ein Fundamentrest einer im übrigen rückgebauten WKA dahingehend gar nicht genehmigungsfähig, weil er nicht die Genehmigungsvoraussetzungen des § 35 BauGB, auch nicht als sonstiges Vorhaben, erfüllen würde und allemal erst recht nicht mehr der Nutzung der Windenergie diene (§ 35 Abs.1 Nr.5 BauGB).	Siehe Stellungnahme P050.24	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.31	E 04	G Das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ministerium für Inneres und Sport und die Niedersächsische Staatskanzlei schreiben im Erlassentwurf „Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land in Niedersachsen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung“ (Windenergieerlass) S. 21, S. 38, Stand 21.07.2014 in Kap. 3.3.3 Rückbauverpflichtung „Die Sicherheitsleistung muß den Rückbau der Windenergieanlage einschließlich des den Boden versiegelnden Fundaments am Ende der voraussichtlichen Lebensdauer der Anlage vollständig abdecken.“, in Kap. 5 Abs. Bodenschutz „Bei Rückbaumaßnahmen ist sicherzustellen, daß die natürlichen Bodenfunktionen wieder hergestellt werden. Die Rückbautiefe der Fundamente zur Wiederherstellung der Bodenfunktionen gemäß BBodSchG sollte mindestens den effektiven Wurzelraum des Standortes zuzüglich eines Aufschlags von 4 dm, mindestens jedoch 1,2 m. Im Einzelfall können die standörtlichen Bedingungen dazu 190 führen, daß auch geringere Rückbautiefen begründet sein können oder ein vollständiger Rückbau erforderlich sein können.“	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.32	A	Hier wird durch Erlass der Einzelfall zum Regelfall und damit die gesetzliche Grundlage des § 35 Abs. 5 BauGB durchbrochen, der als weitergehende und konkrete, also nicht weiter auslegbare und -bedürftige Regelung Erwägungen nach dem Bodenschutzrecht überflüssig macht. Auch dieser Erlass wäre im Falle seiner Bekanntmachung rechtswidrig, zumal Erlasse eine möglichst landeseinheitliche Umsetzung eines Gesetzes durch eine Verwaltung bewirken, nicht aber diese Verwaltung zu einem möglichst landeseinheitlichen Verstoß gegen geltendes Recht anhalten sollen. Letzteres wäre jedoch aktuell der Fall.	Siehe Stellungnahme P050.24	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.33	A	4 Umfassende Abwägung trotz nicht vollständiger Planung A1 Standortübergreifende und einzelstandortbezogene Abwägungsentscheidungen bzw. dahingehende Beschlussempfehlungen sind nach den Maßstäben einer gerechten Abwägung im Sinne des § 1 Abs.7 BauGB auch an den hier nicht zur Disposition stehenden Planinhalten zu orientieren.	Das BauGB ist für die Raumordnung nicht maßgeblich. Die Vorschriften des § 7 Abs 2 Nr. 1 wurden bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 eingehalten.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.34	A	A2 Eine Planfassung auf der v.g. Grundlage ist einer erneuten öffentlichen Auslegung zwecks Prüfung zuzuführen.	Siehe Stellungnahme P050.33	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.35	A	G Auch, wenn es sich im vorliegenden Fall um eine nicht vollständige Planung handelt, sondern „nur“ um eine Änderungsplanung, ist dennoch dem umfassenden Abwägungsgebot (vgl. § 1 Abs.7 BauGB) Rechnung zu tragen. Das heißt auch, daß nicht ex ante davon ausgegangen werden darf, daß es es hinsichtlich der übrigen nicht unmittelbar zur Änderung deklarierten Regionalplanung schon deswegen dort keinen Änderungsbedarf geben könnte. Vielmehr ist die Einbindung von Planänderungen in den Gesamtplan und nicht nur in einzelne Teile des Planes zu gewährleisten. Denn die Erstellung von Änderungsplanungen iSd § 6 Abs.1 Satz 2 Landesplanungsgesetz NDS setzt die Pflicht zur umfassenden Abwägung aller - zumal ggf. erst im Änderungsplanungsverfahren neu auftretender widerstreitender - relevanten Belange nicht außer Kraft.	Die Aufstellung eine sachlichen Teilabschnitts Windenergie wie in diesem Fall und nicht die gesamte Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms ist rechtlich unstrittig.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.36	E 01	H Wenn z.B. in der Abwägung zur ursprünglichen Planung aus Sicherheitsgründen eine Trassierung einer künftigen Straße um einen WKA- Vorrangstandort herum projiziert wurde, wäre beim Wegfall dieses WKA-Vorrangstandortes eine kürzere Trassenführung für die Straße möglich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.37	A	5 Artenschutz A1 Die Konfliktbewertung ist in Bezug auf den Artenschutz auf ein mindestens nach Maßgabe der fachlichen Standards (AG fachliche Standards der VSW vom 30.04.2013) nachvollziehbares Maß zu erweitern.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung wurden die Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2015 zugrunde gelegt; diese waren die zum Zeitpunkt der Bearbeitung im Winter/Frühjahr 2015 aktuellsten fachlichen Grundlagen im Hinblick auf fachlich erforderliche Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Brutplätzen bestimmter Vogelarten [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 3].	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.38	A	A1.1 Es ist v.a. eine umfassende Aussage über nächtliche Aktivitäten fliegender Tiere incl. Zugvögel anhand entsprechender Untersuchungen (Erfassung über zwei Zuperioden mittels Radar, z.B. Merlin-System der Fa. Detect) nachzuweisen.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt. - Soweit Hinweise vorliegen, dass es sich bei einem Bereich für einzelne oder viele Arten bzw. Artengruppen um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt, ist hier eine Prüfung auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erforderlich.	Zu berücksichtigen.
P050	P050.39	E 01	G Lt. Umweltbericht Teil C S.223 „Tiere“ fehlen wesentliche Daten in Sachen Vogelzug, Fledermäuse, kumulative Auswirkungen auf geschützte Arten etc. Genau um ex ante diese komplexen Systeme auf regionaler Ebene berücksichtigen zu können, müssen diese Daten nicht erst auf Genehmigungsebene, sondern auf regionaler Planungsebene vorliegen und Anwendung finden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum in der Zeit, die das Planungsverfahren inzwischen in Anspruch genommen hat, keine entsprechenden Untersuchungen vorangetrieben wurden.	Auf Ebene der Regionalplanung müssen keine eigenständigen Untersuchungen in Auftrag gegeben werden. Ein solcher Aufwand für das gesamte Kreisgebiet wäre auch unverhältnismäßig.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.40	E-N	G Das Artenschutzrecht gilt „rund um die Uhr“. Die trotz allem verfügbaren Unterlagen bzw. deren Aussagen (v.a. zu Wechselwirkungen zwischen Windkraftanlagen und Fledermäusen bzw. Vögeln) sind oft lückenhaft und nicht hinreichend ausgearbeitet. Eine dahingehend abschließende Beurteilung ist insoweit nicht möglich.	Diese Aussage ist korrekt. - Die Naturschutzfachliche Einschätzung trifft umfangreiche Aussagen zu den einzelnen Gebieten. Sofern in Einzelfällen lediglich eine rudimentäre Datenbasis besteht, lässt sich bereits aus dieser eine Tendenz ableiten. Weitere Untersuchungen sind auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erforderlich.	Kenntnisnahme.
P050	P050.41	E-N	Eine Anwendung der v.g. Daten mit dem Ziel, wenigstens diese planerisch wirksam werden zu lassen, dürfte daran scheitern, daß mangels der übrigen erforderlichen Daten der Komplexität der Aufgabenstellung nicht genügt werden kann.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt.	Kenntnisnahme.
P050	P050.42	A	H Vgl auch Mabee, T. J., Cooper, B. A., Plissner, J. H., Young, D. P., Nocturnal Bird Migration Over an Appalachian Ridge at a Proposed Power Project, Bull. Wildlife Soc. 34(3), Bethesda 2006; Gauthreaux, S. A. Jr., Suggested Practices for Monitoring Bird Populations, Movements and Mortality in Wind Resource areas, Clemson University, Proc. Nat. Avian-Wind Power Planning Meeting, Denver (Col) 1994; Anderson, R. L., Tom, J., Neumann, N., Noone, J., Maul, D. (alle California Energy Commission), Avian Risk Assessment Methodology, Proc. Nat. Avian-Wind Power Planning Meeting, Denver (Col) 1994;	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.43	A	A1.1 Es sind die der Landesplanung zugrundeliegenden Daten heranzuziehen.	Die zugrunde gelegten Daten sind der Naturschutzfachlichen Einschätzung zu entnehmen. Eine Heranziehung weiterer Datenquellen ist nicht notwendig.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.44	E 01	G Wenn man davon ausgehen darf, daß die Landesplanung in Sachen Artenschutz incl. Berücksichtigung des Vorkommens incl. Migration u.a. von Vögeln und Fledermäusen konsolidiert erfolgte, müßten dieser Planung entsprechend solide artenschutzfachliche Analyseergebnisse zugrundeliegen, die auch für das ROP Lk CUX Anwendung finden können müßten.	Die Landesplanung bzw. Landesraumordnung ist Raumordnung auf der Ebene der Bundesländer. In Niedersachsen ist hier das Landes-Raumordnungsprogramm einschlägig. Dieses enthält jedoch im Hinblick auf den Artenschutz lediglich "grobe" Ziele bzw. Grundsätze.	Kenntnisnahme.
P050	P050.45	A	A2.1 Für Fledermäuse ist ein vorgreifliches (!) ganzjähriges Monitoring durchzuführen und nachzuweisen.	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P050	P050.46	A	G Fledermäuse nutzen Abhängigkeit von der Jahreszeit unterschiedliche Quartiere innerhalb ihres Gesamthabitats. Im Falle punktueller Aufgriffe einzelner Species ist immer von großräumigeren Aktivitätsfeldern der Tiere auszugehen. Ein vorgreifliches Monitoring dient der Vermeidung des Mißbrauches der Tiere als wka-betriebsbeeinflusste „Versuchskaninchen“.	Siehe P050.45.	Kenntnisnahme.
P050	P050.47	E 01	6 Minimierungsgebot A Vor allem ist die Abwägung der Ziele „Minimierung der Landschaftsinanspruchnahme“ (vgl. § 13 BNatSchG, § 35 Abs.5 Satz 1 BauGB) und Ertragseffizienzoptimierung am jeweiligen Einzelstandort als ggf. widerstreitende Belange nachvollziehbar darzustellen. Hierbei ist als Ausgangslage der Worst Case nach Maßgabe des für den folgenden Zeitraum von 20 Jahren zu erwartenden Standes der Technik, d.h. eine Anlagengesamthöhe von 250 m (VESTAS V 200), anzunehmen.	Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Natur durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist unumstritten. Aus diesem Grund werden im Genehmigungsverfahren Ersatzzahlungen erhoben.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.48	A	G Nur so kann eine umfassende Einbindung in die Gesamtplanung (vgl. Nr. 4 A1, Nr. 7 A2.2) gewährleistet werden. Es können sich z.B. bereits geringe Gesamthöhenunterschiede sowohl hinsichtlich der Anlagenhöhe als auch der Rotortipphöhe über NN sowohl ertragssenkend, aber zugleich auch erheblich weitergehend als landschaftsbeeinflussungssenkend erweisen. Umgekehrt kann z.B. bei einer höheren Version (idR bei Repowering Maßnahmen der Fall) die „Sprungmarke“ der Sichtbarkeit über ein Sichthindernis hinaus und damit zu Lasten eines unverhältnismäßigen hohen Sichtfeldzuwachses gehen.	Siehe Stellungnahme P050.47	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.49	E 01	7 Erfassungsumfang Landschaftsbild A1 Die Beeinflussung des Landschaftsbildes ist nach nachvollziehbarer Maßgabe der tatsächlich zu erwartenden Sichtbarkeit der WKA auf den jew. Vorrangflächen zu orientieren. Entsprechende Sichtfeldkartierungen sind je Einzelstandort für jew. einen Radius von mindestens 10 km zu ergänzen.	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015; dort ist jeweils auch die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) aufgeführt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.50	E 01	A2.1 Von nach Maßgabe der Planung vss. durch WKA visuell unberührte, wenig berührte, deutlich berührte und stark berührte Räume sind darzustellen (vgl. Abb.2a, Abb. 2b, 310 Abb.3) und hinsichtlich ihres Erholungswertes einschließlich ihrer umweltschonenden Erreichbarkeit von Siedlungsschwerpunkten zu beurteilen. Das Ergebnis ist im abwägungsrelevanten Spannungsfeld zwischen den Belange der Sicherung der Erholungslandschaft und den Belangen der Windenergienutzung nachvollziehbar abzuwägen.	Siehe 050.49.	Kenntnisnahme.
P050	P050.51	E 01	A2.2 Die unter A 2.1 angesprochenen Flächen sind als solche vor gegenüber dem Zweck der Erholung entgegenstehenden Nutzungen unbeschadet ordnungsgemäßer Flächenbewirtschaftungen zu sichern	Siehe 050.49.	Kenntnisnahme.
P050	P050.52	E 01 / E-N	G Ohne eine jeweils im Folgenden angesprochene analytische und abwägungsrelevant bewertende Aussage über Größe und Stuktur anteiliger Sichtfelder, von denen aus ein jeweiliger WKA-Standort sichtbar ist sowie ohne eine entsprechende Aussage über die Auswirkungen der WKA auf die jeweilig von ihnen beeinflussten Landschaftsbildsegmente, sind detaillierte Stellungnahmen zu den einzelnen WKA-Vorrangflächen nicht möglich. Standardisierungen wie z.B. rad = 15-fache Gesamthöhe einer WKA, also im Worst Case 250 m x 15 = 3750 m entsprechen weder den tatsächlich quantitativen noch qualitativen Sichtbarkeiten. Planungsrechtlich abwägbar eins jedoch nur Tatsächlichkeiten, keine pauschalisierenden Abstraktionen. Hinzu kommt, daß die Herkunft der v.g. 15er-Regelung aus dem Bereich der Kompensationsregelungen (z.B. KV Hessen idgF) keinerlei kausale Parallelitäten zu planungsrechtlichen oder -methodischen Hintergründen aufweist. Es kommt zudem nicht nur darauf an, zu wieviel % die jeweiligen Standorte ganz oder partiell einzusehen sind, sondern eben auch, von wo und von wie weit die Einsicht erfolgt.	Siehe 050.49.	Kenntnisnahme.
P050	P050.53	E 01 / E-N	Eine eventuelle/tatsächliche Orientierung an vermeintlich normativen geringeren Sichtfeldradien wie v.g. mit 3750 m angesprochen, wäre als Standard unzulässig. Denn der Radius ergibt sich aus den tatsächlichen Sichtverhältnissen, die im Planungsraum wenigstens zu erwarten sind. Vgl. auch die durch die Kärntener Windkraftstandorträume-Verordnung (vgl. § 5 Abs.2 ff. der 100. Verordnung der Kärntner Landesregierung v. 25. September 2012, Zl. 03- Ro-ALL-373/38-2012 - Erlass eines Sachgebietsprogrammes für Standorträume von WKA) gesetzten Rahmen, mit denen bis 50 km (!) optische Auswirkungen erwartet werden. Das begründet auch bei restriktivster Übernahme "alpiner" Maßstäbe, warum man in Flachlandlagen wenigstens Untersuchungsrahmen mit rad größer / gleich 10 km für eine Landschaftsbildanalyse braucht und in den Mittelgebirgen wenigstens rad größer / gleich 15 km. Es sei dahingestellt, ob letzteres nicht bei 250 m hohen WKA auch im Flachland Anwendung finden müßte.	Siehe 050.49.	Kenntnisnahme.
P050	P050.54	E 01 / E-N	Wenn man im übrigen im ersten Jahr des 21. Jh. zweifellos schon von Untersuchungsräumen von 10 km ausgehen konnte (vgl. Meinel, G., Walter, K., Visualisierung geplanter Windkraftanlagen im Rahmen der Landschaftsbildbewertung - Möglichkeiten und Grenzen, IÖR Dresden 2001), so ist über die 10 km hinaus nun auch angesichts der inzwischen erreichten Worst-Case- Höhen von WKA (seinerzeit gepusht v.a. durch den von der Fa. Enercon beförderten Wechsel des Verwendungszweckes der - ursprünglich erklärtermaßen für den Offshore-Einsatz entwickelten - E-112 weg von Offshore hin zum Binnenland) bis zu 210m (FL 2500) oder 200m (V 200, s.o.) fallweise sogar ein Untersuchungsraum mit rad 15 km wie o.g. im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes begründet.	Siehe 050.49.	Kenntnisnahme.
P050	P050.55	B	8 Ökologische Vertretbarkeit, Terminologie EE A Der Grundsatz ist wie folgt zu formulieren: „Potenziale nachhaltig nutzbarer Energiequellen sollen, soweit landschaftsbildverträglich sowie ökologisch vertretbar, genutzt werden. Die in der Region verfügbaren Energiequellen wie Windenergie, Bioenergie, Solarenergie und Geothermie sollen insoweit nach dem Stand der Technik eingesetzt werden. Im Rahmen der Erarbeitung von Energiekonzepten kann ihre örtliche und regionale Einsatzfähigkeit überprüft werden.“	Gegenstand des RROP Entwurfs 2015 ist die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie. Aussagen über die Windenergie hinaus können in der Beschreibenden Darstellung nicht getroffen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.56	E 01 / E-N	G Auch wenn eine grobe Landschaftsverträglichkeitsanalyse erfolgt sein mag, so könnte der Aspekt „Landschaftsbild“ nur dann in einer Einzelstandortbeplanung vernachlässigt werden, wenn v.a. die Höhe einer WKA bereits feststünde. Das würde aber ggf. den Grad der Planungstiefe überlasten, so daß der Plan hierzu vernünftigerweise keine Angaben über max. Höhen etc. enthält. Umsomehr ist die Anwendung des Standes der Technik nicht nur an ökologischen Maßstäben, sondern auch an solchen der Landschaftsschonung zu relativieren, wobei dies im übrigen auch als öffentlich rechtlicher Belang in § 13 u. § 15 Abs.1 BNatSchG und § 35 Abs.5 Satz 1 BauGB fixiert ist.	Siehe 050.49.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.57	A	G Es gibt keine „Erneuerbaren Energien“ oder „Erneuerbare Energiequellen“. Diese Begriffe sind physikalischer Unsinn, es sei denn, es wäre darlegbar, wie man z.B. Wind erneuert. Es gibt nur nachhaltig nutzbare Energiequellen.	Kenntnisnahme. Der Begriff Erneuerbare Energie ist gängig.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.58	A	H Diese Anregung steht keinen anderen landesplanerischen Festlegungen entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.59	B	9 Erschließung, Freileitungen A Es ist der Satz „Grundsätzlich ist, wenn eine Bündelung von Freileitungen auf vorhandener Trasse nicht erfolgen kann, einer Kabeltrasse gegenüber einer Freileitungstrasse der Vorzug zu geben, soweit dem nicht andere öffentliche Belange entgegenstehen.“ zu ergänzen.	Für eine solche Regelung wird keine Erforderlichkeit gesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.60	A	G Die Priorität der Bündelung von Freileitungen - idealerweise auf vorhandener Trasse - ergibt sich aus § 1 Abs.5 Satz 3 BNatSchG. Die Nutzbarkeit von Erdkabeln ist bis in den Hochspannungsbereich (400 kV) incl. des ökologisch relevanten Abwärmemangements als Stand der Technik, hier insbesondere auch der HGÜ-Technik, anzusehen. Zudem nehmen solche Kabel in der Regel sowohl optisch als auch flächenbezogen wesentlich weniger Raum als Freileitungen in Anspruch. Vgl. dahingehend auch § 35 Abs.5 Satz 1 BauGB, dto. § 13 u. § 15 Abs.1 BNatSchG. Der Vorbehalt hinsichtlich anderer öffentlich rechtlicher Belange bezieht sich auch auf § 2 Energieleitungsausbaugesetz.	Siehe Stellungnahme P050.59	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.61	A	Die Problematik der Wärmeabführung gerade in sandigen Böden ist mittels entsprechender Wärmeabführtechnik, verbunden mit der Nutzung dieser Wärme, zu begegnen.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.62	A	H Diese Anregung steht nicht anderen landesplanerischen Festsetzungen entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.63	B	10 Repowering A Es ist der Satz „Repoweringmaßnahmen bedürfen vor allem dann einer Prüfung hinsichtlich Landschaftsverträglichkeit und ökologischer Kompatibilität, wenn der von Repowering betroffene Windpark die vorherigen Windparkdimensionen in Fläche oder Höhe überschreitet.“ zu ergänzen.	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015; dort ist jeweils auch die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) aufgeführt. - Es nicht ersichtlich, an welcher Stelle der in der Einwendung genannte Satz ergänzt werden soll.	Kenntnisnahme.
P050	P050.64	A	G Siehe auch Begründung zur Anregung Nr. 6 Repowering erzeugt oft zusätzliche Sichtbarkeitsrelationen, weil die Maßnahme in der Regel mit einem Höhenzuwachs eines Windparks verbunden ist.	Es ist zutreffend, dass ein Repowering in der Praxis in den meisten Fällen mit einer Zunahme der Nabenhöhen, der Rotordurchmesser und der Gesamthöhen verbunden ist. Es ist jedoch durchaus denkbar, dass ein Repowering bei abnehmender Nabenhöhe, zunehmendem Rotordurchmesser und gleichbleibender Gesamthöhe wirtschaftlich ist und somit in Betracht kommt. - Die Höhenfestlegung erfolgt auf der Ebene des Flächennutzungsplans.	Kenntnisnahme.
P050	P050.65	A	H Diese Anregung steht nicht anderen landesplanerischen Festsetzungen entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.66	B	11 Wald A Es ist ein Ziel „In den ‚Vorranggebieten für Windenergienutzung‘, die sich mit der Festlegung „Wald“ überlagern, sind Rodungen für Windenergieanlagen nur im für ihre Errichtung nach dem Stand der Technik notwendigen Umfang gestattet.“ zu ergänzen.	Es gibt keine Überlagerungen mit Wald und Vorranggebieten. Wald über 1 ha und ein Puffer von 100m werden als weiche Tabuzonen dem weiteren Verfahren entzogen. Waldflächen die kleiner als 1 ha sind, müssen im weiteren Verfahren beachtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.67	A	G Nicht nur die Technik der WKA-Errichtung selbst erfordert je nach Montagesystem und -logistik verschiedene Eingriffsumfänge, sondern v.a. auch der Transport. Herstellerseits werden teilweise schon mehrteilige Rotorblätter angeboten, die erst vor Ort zusammengefügt werden. Insoweit sind die damit verbundenen Längen, weil eine technisch unstrittige Alternative zu einzeiligen und damit längeren Rotorblättern, auch für die transportbedingten Freistellungen von Wegekehren anzusetzen. Es ist Sache des Antragstellers, sich insoweit für ein geeignetes Fabrikat zu entscheiden. Dies ist v.a. in § 13 u. § 15 Abs.1 BNatSchG begründbar.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.68	A	H Diese Anregung steht nicht anderen landesplanerischen Festsetzungen entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.69	E 01	12 Abstand zu gewerbliche Bauflächen, Sonderbauflächen mit gewerblicher Nutzung, Sondergebiet Einkauf (Bestand/Planung) A Das Abstandslimit zu gewerblichen Bauflächen, Sonderbauflächen mit gewerblicher Nutzung, Sondergebiet Einkauf (Bestand/Planung) ist auf jeweils 600 m festzusetzen.	Die Abstände und deren Herleitung zu Siedlungsflächen werden in der Begründung erläutert.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.70	E 01	G Nur so können zu Lasten der betroffenen Gebiete gehende Folgen von potentiellen Havarien (Rotorblattabriss etc.) ausgeschlossen werden. Geringere Entfernungen sind auch aufgrund der Eiswaufgefahr nicht vertretbar (hier mindestens 400 m). Der Grad der Planungstiefe würde durch die verbindliche Festlegung eines Eiswaufvermeidungsmanagements als Genehmigungsvoraussetzung überlastet. Eiswaufvermeidung ist technisch jedoch nach wie vor keinesfalls regelmäßiger Stand der Technik, nicht jeder Hersteller bietet Rotorblattheizungen an (z.B. Laminatheizung v. NORDEX N112 3000, Warmluftheizung bei ENERCON E 82 ). Gängige Systeme wie Abschaltung erst bei Ansatz von Eis schließen genau dann dessen Abriß bzw. -flug nicht aus. Alternativen wie Abschaltung bereits bei kleinwetterlagenabhängigen Grenzwerten (Überschreitung eines bestimmten %-Satzes der Luftfeuchtigkeit und Unterschreitung einer bestimmten Lufttemperatur), sind oft ökonomisch nicht durchzuhalten, zumal auch fallweise unumgängliche Abschaltungen bei nahenden Zugvogelbewegungen angedacht sind, was in cumulo zu erheblichen Abschaltzeiten führt.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.71	E 01	13 Abstand zu Verkehrslinien und Hochspannungsleitungen A Das Abstandslimit zu Verkehrslinien und Hochspannungsleitungen ist auf jeweils auf 600 m zu erweitern,	Der Abstand zu Straßen- und Bahntrassen wird in der Begründung dargelegt. Der Abstand zu Hochspannungsleitungen ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.72	E 01	G Abstände unter z.B. 200 m unterschreiten die Gesamtkipphöhen gängiger WKA im 3-5 MW Bereich (Nennleistung), z.B. FL 2500 mit einer Gesamthöhe von 210 m. Dies ist zur einschlägigen Gefahrenvermeidung unzureichend. Der Abstand von 600 m dient dem Ausschluß zu Lasten der betroffenen Gebiete gehender Folgen von potentiellen Havarien (Rotorblattabriss etc., Abflug lt. TÜV Nord bis 600 m).	Die Abstände und deren Herleitung zu Siedlungsflächen werden in der Begründung erläutert.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.73	E 01	14 Sichtfeldstruktur A Je Vorrangstandort ist eine analytische und abwägungsrelevant bewertende Aussage über nicht nur die Größe, sondern auch die Struktur anteiliger Sichtfelder, von denen aus ein jeweiliger WKA-Standort sichtbar ist, erforderlich.	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015; dort ist jeweils auch die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) aufgeführt.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.74	E 01	15 Visuelle Auswirkung A Dto. ist eine entsprechende Aussage über die Auswirkungen der WKA auf die jeweilig von ihnen beeinflussten Landschaftsbildsegmente erforderlich.	Siehe 050.73.	Kenntnisnahme.
P050	P050.75	E 01	G Es kommt nicht nur darauf an, zu wieviel % die jeweiligen Standorte ganz oder partiell einzusehen sind, sondern eben auch, von wo die Einsicht erfolgt. Es bewirkt einen hoch zu gewichtenden Unterschied, ob eine WKA zwar zu 100% einsehbar ist, aber nur von 5 qkm (Nahwirkung) oder ob eine WKA nur zu 60% einsehbar ist, dies aber von 200 qkm (incl. Fernwirkung, die sich weniger im physiologisch optischen Erscheinungswinkel der WKA als vielmehr in der umfangreichen Fläche quantifiziert). Letzteres wäre dann idR der schwerwiegendere Fall.	Siehe 050.73.	Kenntnisnahme.
P050	P050.76	A	16 Wirtschaftlichkeit A1 Soweit Überflüge von Zugvögeln oder andere saisonale Beanspruchungen des durch die WKA beanspruchten Umfeldes gegeben sind, kann ein Abschalten der WKA (unter Berücksichtigung anderer zusätzlicher, aber nicht gleichzeitiger Abschaltungsperioden, z.B. wg. Eiswurfgefahr) während der jew. Beanspruchungszeit nur dann als planerisch akzeptabel angesehen werden dürfen, wenn die vorausschaubaren Abschaltungsintervalle nicht summa summarum zu einer Unwirtschaftlichkeit der WKA führten.	Die Wirtschaftlichkeit einer Windenergieanlage ist von unzähligen Faktoren abhängig und kann pauschal nicht auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.77	A	G Mit einer planerisch ex ante zu erwartenden Unwirtschaftlichkeit wäre eine unzulässige Verhinderungsplanung (vgl. BVerwG v. 16.3.2006 - 4 BN 38.05; VGH Baden-Württemberg v. 09.06.2005 - 3 S 1545/04) realisiert.	Siehe Stellungnahme P050.76	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.78	A	A3 Die Rechtfertigung des Verhältnisses von Anlagengröße und Ertragserwartung ist - insbes. nach Maßgabe des § 13 BNatSchG - substantiell und nachvollziehbar zu ergänzen.	Siehe Stellungnahme P050.76	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.79	A	H Schwachwindläuferproblematik, vgl. u.a. auch Bofinger, S. et al., Studie zum Potenzial der Windenergienutzung an Land - Kurzfassung, Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) i.A. BWE, Kassel, März 2011	Siehe Stellungnahme P050.76	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.80	E 01 / E-N	A4 Das Verfahren bedarf - auch wegen essentieller Defizite bei der Einzelstandortbeurteilung - einer erneuten Offenlegung mit den entsprechend ergänzten Unterlagen.	Siehe Stellungnahme P050.76	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.81	E 01 / E-N	17 Schattenwurf A Der ggf. technisch moderierte Schattenwurfverlauf ist für jeden einzelnen Standort darzustellen und jeweils hinsichtlich der Hinnehmbarkeit durch Betroffene zu qualifizieren.	Der Schattenwurf ist abhängig von der Anlagenkonfiguration und kann deshalb erst auf Ebene des Genehmigungsverfahrens berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.82	E 01 / E-N	G Schattenwurf ist bei WKA unvermeidbar. Dies ändert aber nichts daran, daß er in der analytischen Problembewertung berücksichtigt werden muß.	Siehe Stellungnahme P050.81	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.83	E 01 / E-N	18 Ton- und Impulshaltigkeit, Infraschall (IS) A Sicherheitshalber ist bei einer immissionskriterienbezogenen Standortabsicherung in die hier nach dem Stand der Technik anzusetzenden Worst-Case-Emission ein Zuschlag von drei Dezibel zu dem ansonsten zu erwartenden Wert zu integrieren. Die immissionskriterienbezogene Standortabsicherung ist pauschalisierten Standardmindestentfernungen zu immissionsbetroffenen Objekten und Flächen vorzuziehen.	In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P050.84	E 01 / E-N	G Vgl. auch BayVG v. 15.10. 2012 - 22 CS 12.2110, 22 CS 12.2111. Dieser Zuschlag dient aber selbst dann dem Ziel der Vermeidung einschlägig möglicher Schädigungen oder Beeinträchtigungen von Mensch und Tier durch impulshaltigen Schall, wenn nicht regelmäßig von einer Impulshaltigkeit von WKA ausgegangen werden kann (vgl. hierzu auch OVG Lüneburg v. 12.07.2013 - 12 LA 174/12). Aus der Rechtsprechung ergibt sich, daß einschlägige Emissionen spezifisch von Anlagenfabrikat und Standorteigenschaften abhängen.	Siehe Stellungnahme P050.83	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.85	E 01 / E-N	Es wird zwar anzunehmen sein, daß beim Vollzug des ROP regelmäßig sichergestellt wird, daß ein Grad der Ton-, Impuls oder Infraschallhaltigkeit von WKA erzeugter Geräuschemissionen jeweils nach Maßgabe lokaler Vorrangstandortverhältnisse und bzw. in Interaktion miteinander nach Maßgabe des Anlagenfabrikates immissionsmäßig so weit minimiert ist, daß das Unterbleiben durch die entsprechenden Emissionen bewirkter Schäden an bzw. Beeinträchtigungen von Mensch und Tier zumindest im allgemeinen gesichert ist. Dies muß jedoch schon in der ersten Stufe vorbereitender Planung (Regionalplan, Flächennutzungsplan) in hinreichendem Maße berücksichtigt werden.	Siehe Stellungnahme P050.83	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.86	A	Diese Erfordernis ergibt sich vor allem im Sinne der Vorsorge daraus, daß im späteren Vollzug des ROP (Genehmigungsverfahren) nur dann, wenn Zweifel an der Richtigkeit jeweiliger Nachweise bestehen, daß eine geplante Windkraftanlage typenbedingt keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorruft (....) eine weitere Begutachtung (auch durch konkrete Messungen, die dann dem Genehmigungsverfahren und nicht der Anlagenüberwachung zuzurechnen wären) zu veranlassen wäre (vgl. VG Darmstadt v. 2. Februar 2011 6 K 877/09.DA).	Siehe Stellungnahme P050.83	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.87	A	H Unter Impulshaltigkeit versteht man ein amplitudenartiges Geräusch, das schnell ansteigt und wieder rapide abfällt. Hierbei ist die individuell bewußte Wahrnehmung der Emissionen v.a. im Bereich des Infraschalles durch jew. Betroffene keine Voraussetzung für eine evtl. Schädigung oder Beeinträchtigung. Vgl. auch Saccorotti, G. et al, Seismic Noise by Wind Farms: A Case Study from the VIRGO Gravitational Wave Observatory, Cascina (It.) 2011. Bestimmte Wildtiere (wie z.B. auch Elefanten im Zoo) kommunizieren u.a. per IS.	Siehe Stellungnahme P050.83	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.88	A	19 Grafiken	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.89	E 01	20 Abwägung A Insgesamt, also unabhängig von in dieser Stellungnahme angeführten Abwägungserfordernissen, müssen die endgültige Fassung des ROP bzw. die dazugehörigen Materialien ein substantielles Abwägungsergebnis aufweisen, das eine nachvollziehbare Darstellung einschließt, wie und warum welche Belange in welchen Abwägungen gegeneinander abgewogen wurden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P050.90	E 01	A1 Hierbei ist insbesondere die Abwägung der Windenergienutzung zum einen und die Sicherung der auch anderen Nutzungs- und Benutzungsinteressen zugrundeliegenden Landschaftsqualitäten substantiell nachvollziehbar darzustellen.	Die Abwägung wird transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P050	P050.91	E 01	G Formale Bilanzierungen einzelner Belange nach welchen Parametern auch immer (z.B. Biotopwertpunkte,...) sind keine gerechten Abwägung im Sinne der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen. Vielmehr ist der Lk CUX bei der Aufstellung von Plänen (die z.B. Eingriffe in Natur und Landschaft erwarten lassen), nicht an standardisierte Bewertungsverfahren, wozu im Zweifelsfall auch Erlasse oder Erlass-Entwürfe gehören, gebunden. Vgl. im Tenor auch Begründung zu Nr. 3 und Nr. 7, s.a. BVerwG v. 23.04.1997 - 4 NB 13/97 zu OVG Münster v. 05.12.1996 - OVG 7a D 23/95.NE. Das OVG Münster hat am 01.07.2013 (2 D 46/12) darüber hinaus die Annahme harter Tabuzonen zugunsten an einer mehr einzelfallorientierten Verpflichtung zur Abwägung der einschlägigen Belange relativiert. Gerade dies verlangt dann jedoch umso mehr die dokumentierte substantielle Nachvollziehbarkeit dieser Abwägungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 051	P051.01	A	Unsere Mandantin entwickelt, wie Sie wissen, den Windpark Köhlen-Brockoh. Sie hatte sich mit Schreiben vom 31. Juli 2014 und 14. August 2014 zu der als Entwurf vorgelegten Teilfortschreibung Windenergie 2014 des RROP geäußert. Die von unserer Mandantin vorgetragenen Anregungen und Bedenken haben zu keiner substantiellen Änderung des Planentwurfs geführt. Lediglich mit der Beschränkung des Rückbaus der Windkraftanlagen auf eine Tiefe von 2,5 m nimmt der Landkreis in seinem Entwurf Stand Juni 2015 eine Anregung auch unserer Mandantin auf.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 051	P051.02	A	Unsere Mandantin wiederholt daher hiermit ihre Anregungen und Bedenken aus den o.a. Schreiben vom 31. Juli 2014 und 14. August 2014 im Hinblick auf den zurzeit ausgelegten Entwurf Stand Juni 2015.	Die Stellungnahmen zum Entwurf 2014 wurden im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.03	SO 16	Dies gilt namentlich auch für den Vorschlag unserer Mandantin, das Gebiet des Windparks Köhlen als Vorranggebiet auszuweisen.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.04	SO 16	Wesentlicher Grund für die Nichtausweisung des Gebiets Köhlen-Brockoh als Vorranggebiet ist nach unserem Verständnis bislang die Einstufung des Bereichs als Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung, die auf Seite 94 des Umweltberichts erneut herausgestrichen wird.	Siehe Stellungnahme P051.03	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.05	SO 16	Zu diesem Aspekt hatten wir im vergangenen Jahr eine fachgutachterliche Stellungnahme der planungsgruppe grün GmbH vorgelegt, in der begründet dargelegt wurde, dass und warum sich der Standort Köhlen-Brockoh nicht als Brutvogellebensraum mit nationaler Bedeutung darstellt. Ergänzend hatten wir — in die gleiche Richtung weisende — Untersuchungsergebnisse der regionalplan und uvp planungsbüro peter stelzer GmbH für den Standort Köhlen-Brockoh, zusammengefasst als „BV-Bewertung 2012“, überreicht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 7 bis 9]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt nahezu vollständig - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist sie einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung zuzurechnen. Innerhalb dieses Vogelbrutgebiets liegen u.a. ein Vorkommen der Rohrweihe und zehn Vorkommen des Kiebitzes; das Vogelbrutgebiet ist Nahrungshabitat für den Wespenbussard, die Wiesenweihe und den Rotmilan. - Die für die Einstufung als Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (B2419-007) maßgeblichen Vorkommen wurden Herrn Kottke (Fa. PNE WIND AG) auf Nachfrage als Umweltinformation mit Schreiben vom 6. August 2014 per E-Mail mitgeteilt.	Kenntnisnahme.
P 051	P051.06	A	Dem Umweltbericht und den übrigen Unterlagen zum RROP-Entwurf 2015 ist nicht zu entnehmen, dass und mit welchen Erwägungen man sich konkret mit den o.a. fachgutachterlichen Ausführungen auseinandergesetzt hat.	Siehe 051.05.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.07	U	<p>Dabei belegen neuere Erkenntnisse die Notwendigkeit, die bisherigen Annahmen kritisch zu hinterfragen. So wird auf Seite 94 des Umweltberichts erwähnt, es gebe im Plangebiet ein Rohrweihen-Brutpaar. Die Fa. ÖKOLOGIS, Bremen, hat hierzu unter dem 7. August 2015 einen Kurzbericht „Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens in 2015 im Windpark Köhlen“ vorgelegt und kommt darin zu folgendem Ergebnis:</p> <p>"Nach eingehenden und regelmäßigen Brutzeitkontrollen kann als gesichert angesehen werden, dass die Rohrweihe (gemäß BNatSchG streng geschützt und im Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie gelistete Vogelart) in 2015 weder innerhalb des Plangebietes für den Windpark Köhlen-Brockoh noch in dessen Umfeld (bis 1 km) angesiedelt war. Von den an drei Terminen protokollierten Individuenbeobachtungen jagender Vögel entfielen lediglich die Beobachtungen am 25. Juni auf das in der Karte dargestellte Kontrollgebiet. An diesem Termin nutzten insgesamt 3 Vögel (2 Weibchen, 1 Männchen) den Niederungsbereich an der Mehe (östlich knapp außerhalb des Windparks) bzw. des Altgrabens (südlich knapp außerhalb des Windparks). Bei keinen der beobachteten Individuen ergaben sich dabei Hinweise auf ein Brutvorkommen.</p> <p>Auch die gezielten Vor-Ort-Kontrollen an den schilfbestandenen Gräben in der Meheniederung (u.a. mit dem in 2010 ermittelten Brutbereich) oder am Altgraben erbrachten keine Rohrweihen-Bruthinweise. Damit bestätigt sich eine mit dem Vorjahr vergleichbare Situation, nach der die Rohrweihe derzeit offenbar nicht mehr als Brutvogel innerhalb des Windpark-Prüfbereiches vorkommt. Somit verletzt die Windparkplanung derzeit nicht die von den Vogelwarten (hier: LAG VSW 2015) oder dem NLT (2014) fachlich empfohlenen und mit 1.000 m angegebenen Mindestabstandsgebote von WEA und einem Rohrweihen-Brutvorkommen."</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 7 bis 9]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt nahezu vollständig - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist sie einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung zuzurechnen. Innerhalb dieses Vogelbrutgebiets liegen u.a. ein Vorkommen der Rohrweihe und zehn Vorkommen des Kiebitzes; das Vogelbrutgebiet ist Nahrungshabitat für den Wespenbussard, die Wiesenweihe und den Rotmilan. - Die für die Einstufung als Vogelbrutgebiet B2419-007 maßgeblichen Vorkommen wurden Herrn Kottke (Fa. PNE WIND AG) auf Nachfrage als Umweltinformation mit Schreiben vom 6. August 2014 per E-Mail mitgeteilt. - Der Kurzbericht "Windpark Köhlen - Überprüfung eines Rohrweihen-Vorkommens in 2015" wurde zur Kenntnis genommen. Auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms ist das Vorkommen der Rohrweihe letztendlich nicht entscheidend: Aufgrund der nationalen Bedeutung als Vogelbrutgebiet ist das Gebiet den weichen Tabuzonen zuzurechnen. Anhand des am 6. August 2014 übersandten Datenblattes wird deutlich, dass auch im Falle einer Nicht-Existenz des Vorkommens der Rohrweihe die Einstufung zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - bzw. zu einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung - mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate - geführt hätte. Die Existenz oder Nicht-Existenz des Vorkommens der Rohrweihe ist "lediglich" für die Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von Belang (gewesen), nämlich im Hinblick auf die Genehmigung bzw. Nicht-Genehmigung einzelner Windenergieanlagen. - Im Hinblick auf den o.g. Kurzbericht ist übrigens feststellbar, dass es einen Widerspruch zwischen dem Text und der Karte gibt. Im Text sind mehrere Rohrweihen-Beobachtungen für den 25. Juni 2014 angegeben; in der Karte sind mehrere Rohrweihen-Beobachtungen für den 26. Juni 2014 vermerkt.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.08	SO 16	Mithin wurde nun für die Jahre 2013, 2014 und 2015 gutachterlich nachgewiesen, dass es am Standort Köhlen-Brockoh kein Brutvorkommen der Rohrweihe gibt. Der Kurzbericht liegt dem Landkreis seit dem 10. August 2015 vor, wird vorsorglich aber nochmals als Anlage diesem Schreiben beigelegt.	Siehe P051.05 bis P051.07.	Kenntnisnahme.
P 051	P051.09	SO 16	Für den Seeadler wird im Umweltbericht (Seite 94) eine Einzelfallprüfung gefordert. Dies steht im Gegensatz zu den aktuellen Erkenntnissen zum Seeadler am Standort Köhlen-Brockoh, die den Landkreis Cuxhaven bewogen haben, in seinem Teilabhilfebescheid vom 24. Juni 2015 auf den Widerspruch unserer Mandantin hin den Seeadler betreffende Auflagen im Genehmigungsbescheid für den Windpark Köhlen aufzuheben.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 7 bis 9]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig im 6.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung ist ausgesagt, dass die Angaben zu den Prüfbereichen nicht bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden sind; diese Prüfung hat vielmehr im Rahmen nachfolgender Planungen und Genehmigungsverfahren zu erfolgen. Mithin handelt es sich auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms um eine insoweit etwas "schematische", dem Planungsmaßstab gleichwohl angemessene Prüfung. - Die für die Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erstellte Raumnutzungsanalyse mag da zu detaillierteren Ergebnissen gekommen sein; die Raumnutzungsanalyse ist hier für die Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht (nochmals) geprüft worden; in den Folgejahren kann sich die Situation im Hinblick auf Vorkommen und Raumnutzung der Seeadler durchaus ändern. Das jährliche Nachvollziehen der Vorkommen und Raumnutzung eines Brutvogelvorkommens ist nicht Aufgabe des Regionalen Raumordnungsprogramms; hier geht es um einen Planungshorizont von etwa 10 Jahren.	Kenntnisnahme.
P 051	P051.10	SO 16	Grund für die Aufhebung waren nachstehend auszugsweise wiedergegebene Ausführungen in der Widerspruchsbegründung vom 26. Februar 2015: „Der geplante Windpark liegt außerhalb des von den Staatlichen Vogelschutzwarten und im NLT-Papier (Stand Oktober 2014) angenommenen vorsorgeorientierten Mindestabstandes von 3.000 m zum Brutplatz des Seeadlers. Weiterhin kann mit der vorliegenden Datenlage (siehe Anlage 2, Windpark Köhlen — Kurzstellungnahme Seeadler) sicher festgestellt werden, dass die Fläche des geplanten Windparks selbst keine Bedeutung als regelmäßig genutztes Nahrungshabitat hat und nicht in einem wichtigen Flugkorridor zu regelmäßig genutzten Nahrungshabitaten innerhalb eines 6 km-Radius um den Horststandort liegt. Demensprechend kann sicher prognostiziert werden, dass kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für den Seeadler durch den geplanten Windpark Köhlen besteht.“	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.11	SO 16	<p>Eine Raumnutzungsanalyse ist daher ebenfalls nicht erforderlich. Nach dem Entwurf des Leitfadens „Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen“ (Fassung: 12.02.2015) des Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz des Landes Niedersachsen wird hierzu ausgeführt:</p> <p>Für im Gebiet vorkommende kollisionsgefährdete oder stöempfindliche Greif- und Großvogelarten sowie Gastvogelarten, bei denen entweder</p> <p>1. der Brutplatz im Standarduntersuchungsgebiet bzw. im Radius 1 (zu vertiefender Prüfbereich um den Brutplatz, siehe Abbildung 3) liegt, und die Standardraumnutzungskartierung ergeben hat, dass regelmäßig genutzte Nahrungshabitate oder Flugrouten der Art vom Vorhaben betroffen sein können, oder</p> <p>2. für die konkrete Hinweise vorliegen, dass regelmäßig genutzte Flugkorridore oder regelmäßig genutzte Nahrungshabitate des Radius 2 (erweiterter Prüfbereich, siehe Abbildung 3) von der Vorhabenfläche betroffen sein können, [Hinweis: Regelmäßig genutzte Nahrungshabitate oder Flugkorridore können nur innerhalb des Standarduntersuchungsgebiets bzw. des Radius 1 oder des erweiterten Prüfbereichs (Radius 2) liegen. Außerhalb der Prüfbereiche kann eine sporadische Nutzung durch die betreffende Art zwar vorkommen, da dieser Nutzung aber die Regelmäßigkeit fehlt, können hier keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände ausgelöst werden.] oder</p> <p>3. bedeutende Schlafplätze von Gastvögeln im Radius 2 nach Abbildung 3 liegen,</p> <p>sind artspezifisch und problembezogen vertiefte Raumnutzungsanalysen durchzuführen.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.12	SO 16	Keine der drei Voraussetzungen ist im vorliegenden Fall gegeben, da keinerlei konkrete Hinweise vorliegen, dass durch den Windpark Köhlen regelmäßig genutzte Flugkorridore oder regelmäßig genutzte Nahrungshabitate des Radius 2 (erweiterter Prüfbereich, siehe Abbildung 3) betroffen sein können. Das Gegenteil ist der Fall, es gibt keinerlei Anhaltspunkt dafür (Siehe Ziffer 2 in Anlage 2).“	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.13	SO 16	Hinzu kam, dass das MU im Nachgang zu einer Besprechung der Sach- und Rechtslage betreffend den Seeadler seinen an den Landkreis Cuxhaven gerichteten Erlass betreffend weitere Untersuchungen/Raumnutzungsanalysen bei Seeadlervorkommen aufhob.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.14	SO 16	Danach ist festzustellen, dass weder Rohrweihen- noch Seeadler-Vorkommen der Ausweisung des Gebiets als Vorranggebiet entgegenstehen. Die Auffassung, es handele sich beim dem Standort Köhlen-Brockoh um einen Brutvogellebensraum mit nationaler Bedeutung, trägt nach alledem nicht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 7 bis 9]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt nahezu vollständig - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate ist sie einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung zuzurechnen. Innerhalb dieses Vogelbrutgebiets liegen u.a. ein Vorkommen der Rohrweihe und zehn Vorkommen des Kiebitzes; das Vogelbrutgebiet ist Nahrungshabitat für den Wespenbussard, die Wiesenweihe und den Rotmilan. - Die für die Einstufung als Vogelbrutgebiet B2419-007 maßgeblichen Vorkommen wurden Herrn Kottke (Fa. PNE WIND AG) auf Nachfrage als Umweltinformation mit Schreiben vom 6. August 2014 per E-Mail mitgeteilt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.15	B 06	II. Zu dem neuen Ziel der Raumordnung in Nr. 4.2.2. 06 nehmen wir für unsere Mandantin wie folgt Stellung: Der Entwurf formuliert als Ziel der Raumordnung in Nr. 4.2.2 06, dass neu zu errichtende Windkraftanlagen vollständig innerhalb eines Vorranggebietes oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches stehen müssen und dass dies ausdrücklich auch die Rotorblätter einschließt. Zur Begründung wird auf eine Entscheidung des BVerwG und zwei Entscheidungen des VG Hannover verwiesen, auf Vorsorgegesichtspunkte und auf die RROP-Konzeption.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 051	P051.16	B 06	Wir bitten namens und im Auftrag unserer Mandantin darum, diesen Ansatz des Prinzips „Rotor inside“ zu überdenken, und zwar aus folgenden Gründen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 051	P051.17	B 06	1. Das Raumordnungsrecht zwingt den Landkreis nicht dazu, als Ziel der Raumordnung vorzugeben, dass Windkraftanlagen einschließlich der Rotorblätter innerhalb der Vorranggebiete liegen müssen. Entscheidungen des BVerwG, die anderes besagen, gibt es nicht.	Es ist richtig, dass das Raumordnungsgesetz den Landkreis Cuxhaven nicht zu diesem Vorgehen zwingt. Die Gründe für das Vorgehen wurden jedoch ausführlich in der Begründung benannt.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.18	E 06 / B 06	Das Urteil des BVerwG vom 21.10.2004 — 4 C 3/04 — bezog sich denn auch nicht auf Raumordnungsprogramme, sondern erging in Auseinandersetzung mit Festsetzungen zu überbaubaren Grundflächen und Baugrenzen in einem Bebauungsplan.	Die Herleitung der Rechtsprechung des VG Hannover ist nicht Gegenstand dieses Aufstellungsverfahrens. Ob die Übertragung des BVerwG Urteils auf die Raumordnung rechtlich gesehen korrekt ist, kann und wird nicht durch den Landkreis Cuxhaven geprüft. Eine solche Prüfung müsste durch höherinstanzliche Gerichte erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.19	E 06 / B 06	Der Satz, den später das VG Hannover aufgriff,  „Allerdings sind die äußeren Grenzen des Bauleitplans oder die Grenzen von Baugebieten oder Bauflächen (vgl. § 1 Abs. 1 und Abs. 2 BauNVO) stets von der gesamten Windkraftanlage einschließlich des Rotors einzuhalten.“,  war weder entscheidungserheblich, noch wurde er auch nur mit einem weiteren Satz näher erläutert, noch stand er in irgendeiner Beziehung zur Planungsebene Raumordnung.	Siehe Stellungnahme P051.18	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.20	E 06 / B 06	Das VG Hannover greift diesen nicht näher begründeten Satz auf und überträgt ihn, soweit er „die äußeren Grenzen eines Bauleitplans“ (vgl. VG Hannover, Urt. v. 22.09.2011 — 4 A 1052/10 —, juris Rn. 43) betrifft, — ebenfalls ohne nähere Begründung — auf die Grenzen von Vorrangstandorten in RROP.	Siehe Stellungnahme P051.18	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.21	E 06 / B 06	Eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Planungsebenen RROP — F-Plan — B-Plan und der Verbindlichkeit ihrer Festlegungen für die nächste Planungsebene fehlt ebenso wie eine Auseinandersetzung mit dem Befund, dass die höchstrichterliche Rechtsprechung Feinsteuern auf der jeweils konkreteren Planungsebene auch im Hinblick auf Ziele der Raumordnung in Gestalt von Vorranggebieten für möglich hält. Das VG Hannover leitet seine Auffassung daher nicht überzeugend aus dem o.a. Urteil des BVerwG ab.	Siehe Stellungnahme P051.18	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.22	E 06 / B 06	Es ist und bleibt daher Sache des Trägers der Raumordnung zu entscheiden, wie er vorgehen möchte: Nach dem Prinzip „Rotor inside“ oder nach dem Prinzip „Rotor outside“.	Die Rechtsprechung des VG Hannover ist in dieser Fragestellung klar. Insoweit bleibt das Urteil maßgeblich. Zudem gibt es aus Sicht des Landkreises Cuxhaven weitere Gründe für diese Zielfestlegung, die in der Begründung dargelegt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.23	E 06 / B 06	Mit dem im Entwurf verfolgten Ansatz „Rotor inside“ weicht der Landkreis von der seit langem und auch von ihm geübten Praxis ab, der zufolge es entscheidend darauf ankam, dass der Turm der Windkraftanlage vollständig innerhalb des Vorranggebiets steht.	Das mit einer neuen Regelung von alten Regelungen abgewichen wird, ist selbstverständlich. Dies ist jedoch kein Grund, auf neue Regelungen zu verzichten.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.24	E 06 / B 06	Eine Verpflichtung, so zu verfahren, besteht für den Landkreis als Träger der Raumordnung, wie gesagt, nicht. Es steht ihm frei zu bestimmen, dass die Vorranggebietsgrenzen (nur) von den Türmen der Windkraftanlagen einschließlich den Fundamenten als den eigentlichen stationären Bauteilen der Windkraftanlagen einzuhalten sind.	Siehe Stellungnahme P051.17	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.25	E 06	Die Vorsorgegesichtspunkte, die in der Erläuterung zu Nr. 4.2.2 06 angedeutet werden, sind allenfalls von geringem Gewicht und letztlich nicht erheblich. Der Immissionsschutz wird nicht dadurch signifikant verbessert, dass die Windkraftanlagen insgesamt im Vorranggebiet liegt:	Wenn bei heutigen Flügellängen der politisch beschlossene Mindestabstand bis zu 40-50m (rund 10% des Mindestabstands der sonstigen wohnbaulichen Nutzung) unterschritten wird, sieht der Landkreis Cuxhaven dies sehr wohl als erheblich an.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.26	E 06 / B 06	Für die Frage, ob die Windkraftanlage optisch bedrängend wirkt, kommt es auf die Windrichtung im Verhältnis zum zu betrachtenden Immissionsort an und nicht darauf ob die Windkraftanlage 50 m weiter vorne oder hinten steht.	Die optisch bedrängende Wirkung der Windenergieanlagen bzw. andere Faktoren wie der Lärmschutz spielen bei diesem Sachverhalt keine Rolle und wurden auch nicht vom Landkreis Cuxhaven herangezogen. Entscheidend ist, dass bei heutigen Anlagen die Flügel ohne diese Regelung bis zu 40-50m aus der Windparkfläche herausragen und somit der politisch beschlossene Mindestabstand zur Bevölkerung unterschritten wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.27	E 06 / B 06	Auf den Lärmschutz wirken sich 50 m mehr oder weniger angesichts der ohnehin einzuhaltenden großzügigen Vorsorgeabstände (vgl. „weiche“ Abstandsvorgaben) nicht akustisch wahrnehmbar aus.	Siehe Stellungnahme P051.26	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.28	E 06 / B 06	Angesichts der Vorsorgeabstände wird sich daran während der Laufzeit des RROP und der in dieser Zeit evtl. zu erwartenden Größenänderungen bei Windkraftanlagen auch nichts ändern.	Siehe Stellungnahme P051.26	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.29	E 06 / B 06	Diesem Befund steht gegenüber, dass dann, wenn die Rotorkreisflächen ebenfalls vollständig im Vorranggebiet liegen müssen, in erheblichem Umfang flur die Windenergieerzeugung nutzbare Fläche verloren geht. Erhebungen gehen insoweit von einem Flächenverlust von ca. 25 % aus. D.h., allein der Systemwechsel zum Prinzip „Rotor inside“ führt bei gleicher Vorranggebietsgröße zu Flächenverlusten und damit notwendig auch zu Verlusten bei den möglichen Mengen an erzeugter Windenergie von ca. einem Viertel — und damit zu einer Beeinträchtigung von in Zeiten der Energiewende besonders gewichtigen öffentlichen Belangen.	Der Landkreis Cuxhaven schafft der Windenergie weit über das von Gerichten geforderte Maß (rund 0,5%) hinaus substanziell Raum. Auch mit der neuen Regelung in Ziffer 06 nimmt der Landkreis Cuxhaven weiter eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung der Energiewende ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.30	E 06 / B 06	Der Landkreis würde so seine eigene Zielsetzung konterkarieren, nämlich angesichts der besonders hohen Bedeutung des Landkreises für die Erzeugung von Windenergie den Ausbau der Windenergie an Land zu fördern und so seinen Beitrag für die Energiewende zu leisten, ohne dass dies durch ebenso gewichtige Gründe gerechtfertigt wäre.	Siehe Stellungnahme P051.29	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.31	E 06 / B 06	Vor diesem Hintergrund erscheint auch das Argument nicht schlüssig, dass der Landkreis gegen sein eigenes Planungskonzept verstoßen würde, wenn er am Prinzip „Rotor outside“ festhielte und in die Bereiche „eingriffe“, die als Potentialflächen identifiziert sind. Denn die Potenzialflächen, auf die der Landkreis sich beruft (vgl. 5. 40 der Begründung), sind ihrerseits das Ergebnis der Anwendung weicher Tabu-Norsorgekriterien. Dieser Vorsorgeansatz würde weder spürbar eingeschränkt noch konterkariert, wenn man das Prinzip „Rotor outside“ zusätzlich zuließe. Denn es stellt ja nichts anderes dar als ein zusätzliches weiches Abgrenzungskriterium, das im Randbereich der Pufferzonen der Windenergie einige zehn Meter mehr Spiefraum ließe.	Entscheidend ist, dass bei heutigen Anlagen die Flügel ohne diese Regelung bis zu 40-50m aus der Windparkfläche herausragen und somit der politisch beschlossene Mindestabstand zur Bevölkerung unterschritten wird. Zudem wird die aktuelle Rechtsprechung umgesetzt (vgl. Begründung/Erläuterung).	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.32	E 06 / B 06	Vergleicht man die Effekte, welche die Prinzipien „Rotor inside“ und „Rotor outside“ — beide jeweils weiche Tabu-Vorsorgekriterien — auslösen, wird man feststellen müssen, dass die Auswirkungen auf den Immissionsschutz nahezu nicht spürbar sind, während die nachteiligen Auswirkungen zu Lasten der Windenergienutzung bei einem Flächenverlust von ca. 25 % erheblich sind. Somit sprechen die besseren Argumente für das Prinzip „Rotor outside“.	Entscheidend ist, dass bei heutigen Anlagen die Flügel ohne diese Regelung bis zu 40-50m aus der Windparkfläche herausragen und somit der politisch beschlossene Mindestabstand zur Bevölkerung unterschritten wird. Zudem wird die aktuelle Rechtsprechung umgesetzt (vgl. Begründung/Erläuterung).	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.33	A	2. Zu diesen generellen Erwägungen gegen das Prinzip „Rotor inside“ und für das Prinzip „Rotor outside“ treten weitere konkrete Erwägungen hinzu:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.34	A	a) Unsere Mandantin hat den Windpark Köhlen-Brockoh auf der Basis des RROP 2012 und dem vom Landkreis seinerzeit praktizierten Prinzip „Rotor outside“ entwickelt. Im Hinblick auf die Windkraftanlagen, die unsere Mandantin beantragt, die der Landkreis aber nicht genehmigt hat, würde der Systemwechsel zu dem Prinzip „Rotor inside“ während eines noch nicht abgeschlossenen Rechtsbehelfsverfahrens zu einer Entwertung bereits getätigter Investitionen in einer erheblichen Größenordnung und zu zusätzlichen Aufwendungen für die Überarbeitung der Planunterlagen führen.	Bei einer Genehmigung müssen stets die zum Zeitpunkt der Genehmigung geltenden Rechtsvorschriften sowie verbindlichen Planwerke (wie das RROP) beachtet werden. Dies ist auch den Investoren bekannt. Bislang getätigte Investitionen sind somit den üblichen Risikokosten eines Unternehmens zuzuordnen.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.35	E 06 / B 06	Wir regen daher an, sollte es — trotz der Abwägungsrelevanz der Entwertung bereits getätigter Aufwendungen — beim Prinzip „Rotor inside“ bleiben, jedenfalls für bereits in Planung befindliche Windkraftanlagen eine Öffnungsklausel vorzusehen.	Eine Öffnungsklausel würde dem einheitlichen Planungskonzept widersprechen. Zum Weiteren: siehe Stellungnahme P051.34	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.36	E 06 / B 06	b) Wenn Nr. 4.2.2 06 von „neu zu errichtenden Windkraftanlagen“ spricht, auf die das Ziel der Raumordnung Anwendung finden soll, stellt sich die Frage, was an Altstandorten im Falle des Repowering gelten soll. Es werden neue Windkraftanlagen errichtet werden. Müssen in diesem Fall die Altanlagenstandorte, die sich am Rande von Vorranggebieten oder bauleitplanerisch gesicherten Bereichen befinden und nach dem Prinzip „Rotor outside“ entwickelt wurden, aufgegeben und ins Gebietsinnere verlegt werden, ggf. mit weit reichenden Folgen für die Windparkarchitektur?	Das Ziel in Ziffer 06 gilt sowohl bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Windparks, in denen bislang noch keine Anlagen stehen, als auch bei einem Repowering eines Windparks mit Altanlagen. Standorte am Rande eines Windparks, auf denen eine Windenergieanlage im Rahmen eines Repowering ersetzt werden soll, stehen somit nicht mehr zur Verfügung. Aus der Erfahrung im Landkreis Cuxhaven hat sich jedoch gezeigt, dass bei einem Repowering von Altanlagen immer die gesamte Windparkarchitektur angepasst wird. Dies ergibt sich daraus, dass durch die größere Höhe der neuen Anlage andere Abstände zwischen den Windenergieanlagen eingehalten werden müssen, um Turbulenzen zu vermeiden bzw. den Wind vernünftig auszuschöpfen. Insoweit ist es, unabhängig von Regelung in Ziffer 06, bei einem Repowering immer wahrscheinlich, dass der Altanlagenstandort aufgegeben werden muss.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.37	E 06 / B 06	Wenn ja, wäre dies eine weitere erhebliche Beeinträchtigung der Erzeugung erneuerbarer Energien und der betroffenen Windparkbetreiber, die im Rahmen der Abwägung der Prinzipien „Rotor inside“ vs. „Rotor outside“ zugunsten des zuletzt genannten Prinzips berücksichtigt werden müssten. Zumindest müsste auch insoweit eine Öffnungsklausel für Altstandorte aufgenommen werden.	Siehe Stellungnahme P051.34, 35, 36	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.38	E 06 / B 06	Unsere Mandantin schlägt vor diesem Hintergrund vor, das Prinzip „Rotor outside“ im Wortlaut der Nr. 4.2.2 06 ausdrücklich und eindeutig zu verankern, jedenfalls aber Öffnungsklauseln vorzusehen, die dafür Sorge tragen, dass bereits getätigte Aufwendungen nicht entwertet und Altstandorte am Rande der Vorranggebiete bzw. der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche im Falle des Repowering verfügbar bleiben.	Siehe Stellungnahme P051.34, 35, 36	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.39	SO 16	1. Gegenstand und Umfang der Untersuchung Anknüpfend an eine im Auftrag der Windpark Köhlen GmbH am Standort des geplanten Windparks Köhlen laufende Seeadler-Raumnutzungsanalyse konnte in der Zeit von April bis Juli 2015 ebenfalls die Überprüfung eines etwaigen Rohweihen-Brutvorkommens innerhalb des geplanten Windparks und in dessen 1 km-Umfeldes vorgenommen werden. Insgesamt blickt die Untersuchung auf 10 Kontrolldurchgänge an folgenden Terminen (überwiegend morgens und abends) zurück: 09.04.2015; 23.04.2015; 04.05.2015; 07.05.2015; 18.05.2015; 27.05.2015; 04.06.2015; 08.06.2015; 25.06.2015; 06.07.2015. Die Expertise wird damit den zeitlich-methodischen Anforderungen nach SÜDBECK et al. (2005), die Erfassungstermine von Mitte April bis Anfang Juli empfehlen, gerecht.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 051	P051.40	SO 16	An den genannten Tagen erfolgten zum einen mehrstündige Luftraumkontrollen an festen Beobachtungspunkten innerhalb des Windpark-Plangebietes (Schwerpunkt Seeadler Untersuchung), daneben aber auch flächendeckende Überflurungen des Untersuchungsraumes in Bezug auf den Großer Brachvogel (siehe Kurzbericht zum Brutvorkommen des Großen Brachvogels in 2015 vom 18.05.2015) und speziell auch auf die Rohrweihe. Hierfür wurden alle Feldwege zur Fernglaskontrolle der Flächen abgefahren und auch gezielte Kontrollen der von Rohrweihen potentiell besiedelbaren Standorte gecheckt (auch der in 2010 von einem Rohrweihenpaar besiedelte Schilfgraben). An der Untersuchung waren insgesamt 3 langjährig erfahrene Ornithologen beteiligt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.41	SO 16	Das Kontrollgebiet ist in der anhängenden Übersichtskarte veranschaulicht.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.42	SO 16	2 Ergebnisse Alle Ergebnisse sind in der nachfolgenden Tabelle gelistet.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.43	SO 16	3 Fazit Nach eingehenden und regelmäßigen Brutzeitkontrollen kann als gesichert angesehen werden, dass die Rohrweihe (gemäß BNatSchG streng geschützt und im Anhang 1 der EU Vogelschutzrichtlinie gelistete Vogelart) in 2015 weder innerhalb des Plangebietes für den Windpark Köhlen-Brockoh noch in dessen Umfeld (bis 1 km) angesiedelt war. Von den an drei Terminen protokollierten Individuenbeobachtungen jagender Vögel entfielen lediglich die Beobachtungen am 25. Juni auf das in der Karte dargestellte Kontrollgebiet. An diesem Termin nutzten insgesamt 3 Vögel (2 Weibchen, 1 Männchen) den Niederungsbereich an der Mehe (östlich knapp außerhalb des Windparks) bzw. des Altgrabens (südlich knapp außerhalb des Windparks). Bei keinen der beobachteten Individuen ergaben sich dabei Hinweise auf ein Brutvorkommen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.44	SO 16	Auch die gezielten Vor-Ort-Kontrollen an den schilfbestandenen Gräben in der Meheniederung (u.a. mit dem in 2010 ermittelten Brutbereich) oder am Altgraben erbrachten keine Rohrweihen-Bruthinweise.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.45	SO 16	Damit bestätigt sich eine mit dem Vorjahr vergleichbare Situation, nach der die Rohrweihe derzeit offenbar nicht mehr als Brutvogel innerhalb des Windpark-Prüfbereiches vorkommt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.46	SO 16	Somit verletzt die Windparkplanung derzeit nicht die von den Vogelwarten (hier: LAG VSW 2015) oder dem NLT (2014) fachlich empfohlenen und mit 1.000 m angegebenen Mindest-Abstandsgebote von WEA und einem Rohrweihen-Brutvorkommen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 051	P051.47	A	4 Quellen LAG VSW- LANDERARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER VOGELSCHUTZWARTEN (2015): Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Bwtpätzen ausgewählter Vogelarten. —29 S.  NLT- NIEDERsÄCHsISCHER LANDKREISTAG E. V. (2014): Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie - Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen. - Stand: Oktober 2014, 37 8.  SÜDBECK, P., H. ANDRETSKE, 5. FISCHER, K. GEDEON, 1. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELD (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. — Radolfzell. 777 S.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.01	A	Unsere Mandantin entwickelt, wie Sie wissen, den Windpark Kührstedt-Alfstedt. Sie hatte sich mit Schreiben vom 31. Juli 2014 zu der als Entwurf vorgelegten Teilfortschreibung Windenergie 2014 des RROP geäußert. Zu dem nun ausgelegten Planungsentwurf 2015 nimmt sie wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.02	SO 02	1. Änderung des räumlichen Zuschnitts des Vorranggebietes Bederkesa-Alfstedt Das Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt, dargestellt im Entwurf als Potentialfläche 012, erfährt Änderungen in seinem räumlichen Zuschnitt. Insbesondere wird, wie es auf S. 22 f. der „beschreibenden Darstellung“ heißt, „auf Basis der Raumnutzungsanalyse aus Vorsorgegründen hinsichtlich des Seeadlers ein östlicher Teil der Potenzialfläche abgeschnitten“. Begründet wird dies aus naturschutzfachlicher Sicht mit der Raumnutzungsanalyse der Firma BIOS. Diese konnte ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für den Seeadler zwar ausschließen, empfahl aber einen kompakten Bau des Windparks.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.03	SO 02	Natürlich sind natur- und artenschutzrechtlichen Anforderungen bei Realisierung eines Windparkprojektes einzuhalten. Aber auch unter Berücksichtigung der fachlichen und rechtlichen Anforderungen ist die nunmehr vorgenommene Verkleinerung der Potentialfläche nicht erforderlich. Ein derartiges Erfordernis wurde durch zahlreiche Untersuchungen der vergangenen Jahre widerlegt. Diese kamen ausnahmslos zu dem eindeutigen Ergebnis, dass sich die gesamte Windparkfläche gerade nicht im Hauptflugkorridor des Seeadlers befindet. Ein Konflikt mit dem Seeadler ist insoweit ausgeschlossen.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.04	SO 02	Unsere Mandantin hat die Planungsgruppe Grün GmbH vor diesem Hintergrund gebeten zu prüfen, ob sich aus der bestehenden Daten- und Kenntnislage ein begründbares Risiko und dementsprechend eine vorsorgeorientierende Verkleinerung der Potenzialfläche ableiten lässt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 052	P052.05	SO 02	Die Planungsgruppe Grün GmbH kommt in ihrer gutachterlichen Stellungnahme vom 3. August 2015, die wir als Anlage beifügen, zu folgendem Ergebnis:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 052	P052.06	SO 02	„Zusammenfassend ergibt sich in Bezug auf den geplanten Windpark Kührstedt Alfstedt der Befund, dass potenzielle Nahrungsgewässer, bei denen dieser Windpark durchfliegen werden müsste, in mehr als zehn Kilometer Entfernung liegen. Damit ergibt sich kein vertiefendes Prüferfordernis, da das Risiko einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos sicher ausgeschlossen werden kann.“	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.07	SO 02	Weiterhin ist festzustellen, dass auch auf der Basis aller vorliegenden Daten und Erkenntnisse, u.a. als Ergebnis der Beobachtungen sowie der Raumnutzungsanalysen aus dem Zeitraum 2009 bis 2015 ein signifikantes Tötungsrisiko des Seeadlerpaares durch den Windpark Kührstedt-Alfstedt ausgeschlossen werden kann.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.08	SO 02	Die Vorgehensweise des Landkreises Cuxhaven, der die Potenzialfläche im Osten um einen Teil verkleinert, um einen möglichen Flugkorridor des Seeadlers nicht zu gefährden, ist weder vom Grundsatz noch in der räumlichen Abgrenzung begründet oder nachvollziehbar. Ein begründbares Risiko für den Seeadler ist nicht gegeben.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.09	SO 02	Dementsprechend ist eine vorsorgeorientierende Verkleinerung der Potenzialfläche nicht begründbar.“	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.10	SO 02	Auch die Gutachtergruppe BIOS hat bei ihrer 2014 durchgeführten Raumnutzungsanalyse festgestellt, dass der geplante Windpark nicht im Flugkorridor des Revierpaares liegt und selbst ein potenzieller Flugkorridor zum Bederkesaer See nicht über das Windparkgebiet führen würde (BIOS 2015, S. 67).	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.11	SO 02	Insoweit erscheint es verwunderlich, dass eben dieses Gutachten ausschlaggebend für die Verkleinerung der Fläche sein soll. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der durchgeführten Gutachten (siehe Anlage) gibt es keinen sachlichen Grund für eine derartige Verkleinerung.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.12	SO 02	Seit 2013 hat es vielmehr in den bekannten Seeadler-Horsten keine erfolgreiche Brut gegeben. Auch bei erfolgreicher Brut war im Übrigen weder eine Nutzung des Untersuchungsgebietes als Nahrungshabitat noch als Hauptflugkorridor festzustellen.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.13	E-N	So wird in dem Entwurf zum RROP aus naturschutzfachlicher Sicht auch festgestellt, dass keinerlei hinreichend konkrete Unterlagen vorliegen, die eine Gefährdung des Seeadlers begründen könnten (Entwurf, S. 20).	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.14	SO 02	Darüber hinaus erscheinen reine Vorsorgemaßnahmen ohne tatsächliche Belege nicht angemessen. Die Seeadler werden aller Voraussicht nach auch künftig nicht über den geplanten Windpark fliegen, sondern auf die potenziellen Nahrungsgewässer in mehr als 10 km Entfernung zurückgreifen.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.15	SO 02	Unsere Mandantin vermag angesichts der fachkundigen Einschätzung der Planungsgruppe Grün (Anlage) keinen Grund zu erkennen, der die Verkleinerung im östlichen Bereich des Windparks rechtfertigen könnte, und bittet daher darum, den östlichen Teilbereich der Flächen im Interesse der Nutzung und Förderung erneuerbarer Energien nicht „abzuschneiden“.	Siehe P052.02.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.16	SO 02	II. „Freifläche“ zwischen den beiden „Flügeln“ des Vorranggebietes Gegenüber der Entwurfsfassung 2014 wird die „Freifläche“ zwischen den beiden „Flügeln“ des Vorranggebietes zwar etwas verkleinert. Jedoch steht weiterhin die Frage im Raum, was der Grund für die Freihaltung der Fläche zwischen den „Flügeln“ ist. Ist es der Kranichbrutverdachtsplatz, ist es ein Kiebitzvorkommen? Dies wird aus den Unterlagen nicht klar.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist. - Im zentralen Bereich des Vorranggebietes Bederkesa/Alfstedt orientiert die Abgrenzung sich an der Potenzialfläche. Im Hinblick auf die harten und weichen Tabuzonen sowie die Potenzialflächen wird verwiesen auf die in der Begründung/Erläuterung sowie in der Naturschutzfachlichen Einschätzung enthaltenen Karten.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.17	SO 02	Wir verweisen daher auf unsere diesbezüglichen Ausführungen in der Stellungnahme vom 31. Juli 2014, die wir nachstehend auszugsweise wiedergeben: „In Anbetracht der gravierenden Folgen, die der Wegfall eines Teils der Vorranggebietsflächen am Standort Kührstedt-Alfstedt für unsere Mandantin hätte, hat sie das Büro BIOS gebeten, anhand verfügbarer Unterlagen zu beurteilen, ob es belastbare Gründe für die Flächenreduzierung am Standort Kührstedt-Alfstedt aus avifaunistischer Sicht gibt. Dahinter steht die Vermutung, dass Grund für die Flächenreduzierung ein im Jahr 2010 festgestelltes Vorkommen des Kranichs (Brutverdachtsangabe regionalplan & uvp 2012) in einem kleinen Moorbirkenwäldchen im Zentrum zwischen den „Flügeln“ war. Das Büro BIOS kommt in seiner als Anlage beigefügten aktuellen Begutachtung zu dem Ergebnis, dass der Moorbirkenwald nicht als geeignetes Bruthabitat des Kranichs bzw. Habitat für die erfolgreiche Aufzucht von Jungen gelten kann; ein aktuelles Vorkommen ist auszuschließen. Der offenbar angesetzte Abstand des Vorranggebiets von 500 m um den ehemaligen Kranich Brutverdachtsplatz führt nicht dazu, dass sich ein Brutplatz hier etablieren werde. Der Brutverdacht 2010 sollte daher nicht mehr als Restriktion für die Abgrenzung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung herangezogen werden. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen im Gutachten.“	Siehe P052.16.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.18	SO 02	Unsere Mandantin bittet darum, ihr möglichst zeitnah die konkreten Gründe für das Freihalten des Bereichs zwischen den „Flügeln“ zu nennen, damit sie in die Lage versetzt wird, die Gründe gutachterlich überprüfen zu lassen und erforderlichenfalls ergänzend zur Sache Stellung nehmen zu können.	Siehe P052.16.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.19	E 06 / B 06	III. „Rotor Inside“ Der Entwurf formuliert als Ziel der Raumordnung in 4.2.2 06, dass neu zu errichtende Windkraftanlagen vollständig innerhalb eines Vorranggebietes oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches stehen müssen und dass dies ausdrücklich auch die Rotorblätter einschließt. Zur Begründung wird auf eine Entscheidung des BVerwG und zwei Entscheidungen des VG Hannover verwiesen, auf Vorsorgegesichtspunkte und auf die RROP-Konzeption verwiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 052	P052.20	E 06 / B 06	Wir bitten namens und im Auftrag unserer Mandantin darum, diesen Ansatz zu überdenken. Und zwar aus folgenden Gründen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 052	P052.21	E 06 / B 06	Das Raumordnungsrecht zwingt nicht dazu, als Ziel der Raumordnung vorzugeben, dass Windkraftanlagen einschließlich der Rotorblätter innerhalb der Vorranggebiete liegen müssen.	Es ist richtig, dass das Raumordnungsgesetz den Landkreis Cuxhaven nicht zu diesem Vorgehen zwingt. Die Gründe für das Vorgehen wurden jedoch ausführlich in der Begründung benannt.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.22	E 06 / B 06	Entscheidungen des BVerwG, die anderes sagen, gibt es nicht. Das Urteil des BVerwG vom 21.10.2004 — 4 C 3/04 — bezog sich denn auch nicht auf Raumordnungsprogramme, sondern erging in Auseinandersetzung mit Festsetzungen zu überbaubaren Grundflächen und Baugrenzen in einem Bebauungsplan.	Die Herleitung der Rechtsprechung des VG Hannover ist nicht Gegenstand dieses Aufstellungsverfahrens. Ob die Übertragung des BVerwG Urteils auf die Raumordnung rechtlich gesehen korrekt ist, kann und wird nicht durch den Landkreis Cuxhaven geprüft. Eine solche Prüfung müsste durch höherinstanzliche Gerichte erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.23	E 06 / B 06	Der Satz, den später das VG Hannover aufgriff, „Allerdings sind die äußeren Grenzen des Bauleitplans oder die Grenzen von Baugebieten oder Bauflächen (vgl. § 1 Abs. 1 und Abs. 2 BauNVO) stets von der gesamten Windkraftanlage einschließlich des Rotors einzuhalten.“, war weder entscheidungserheblich, noch wurde er nur mit einem weiteren Satz näher erläutert, noch stand er in irgendeiner Beziehung zur Planungsebene Raumordnung. Das VG Hannover greift diesen nicht näher begründeten Satz auf und überträgt ihn, soweit er „die äußeren Grenzen eines Bauleitplans“ (vgl. VG Hannover, Ur. v. 22.09.20 11 — 4 A 1052/10 —, juris Rn. 43) betrifft, — ebenfalls ohne nähere Begründung — auf die Grenzen von Vorrangstandorten in RROP. Eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Planungsebenen RROP — F-Plan — B-Plan und ihrer Verbindlichkeit für die nächste Planungsebene fehlt ebenso wie eine Auseinandersetzung mit dem Befund, dass die höchstrichterliche Rechtsprechung Feinsteuerungen auf der jeweils konkreteren Planungsebene auch im Hinblick auf Ziele der Raumordnung in Gestalt von Vorranggebieten für möglich hält. Das VG Hannover leitet seine Auffassung daher nicht überzeugend aus dem o.a. Urteil des BVerwG ab.	Siehe Stellungnahme P052.22	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.24	E 06 / B 06	Es ist und bleibt daher Sache des Trägers der Raumordnung zu entscheiden, wie er verfahren will: Rotor inside oder outside. Mit dem im Entwurf verfolgten Ansatz „Rotor inside“ weicht der Landkreis von der seit langem und auch von ihm geübten Praxis ab, der zufolge es entscheidend darauf ankam, dass der Turm der Windkraftanlage vollständig innerhalb des Vorranggebiets steht.	Das mit einer neuen Regelung von alten Regelungen abgewichen wird, ist selbstverständlich. Dies ist jedoch kein Grund, auf neue Regelungen zu verzichten.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.25	E 06 / B 06	Eine Verpflichtung, so zu verfahren, besteht für den Landkreis als Träger der Raumordnung, wie gesagt, nicht. Es steht ihm frei zu bestimmen, dass die Vorranggebietsgrenzen von den Türmen der Windkraftanlagen einschließlich den Fundamenten als den eigentlichen stationären Bauteilen der Windkraftanlagen einzuhalten sind.	Die Rechtsprechung des VG Hannover ist in dieser Fragestellung klar; bislang wurde diese Übertragung auf die Raumordnung noch nicht von einer höheren Instanz aufgehoben. Insoweit bleibt das Urteil maßgeblich. Zudem gibt es aus Sicht des Landkreises Cuxhaven weitere Gründe für diese Zielfestlegung, die in der Begründung dargelegt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.26	E 06 / B 06	Die Vorsorgegesichtspunkte, die in der Erläuterung zu Nr. 4.2.2 06 angedeutet werden, sind nicht erheblich. Der Immissionsschutz wird nicht dadurch signifikant verbessert, dass die Windkraftanlagen insgesamt im Vorranggebiet liegt:	Wenn bei heutigen Flügellängen der politisch beschlossene Mindestabstand bis zu 40-50m (rund 10% des Mindestabstands der sonstigen wohnbaulichen Nutzung) unterschritten wird, sieht der Landkreis Cuxhaven dies sehr wohl als erheblich an.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.27	E 06 / B 06	Für die Frage, ob die Windkraftanlage optisch bedrängend wirkt, kommt es auf die Windrichtung im Verhältnis zum zu betrachtenden Immissionsort an und nicht darauf, ob die WEA 50 m weiter vorne oder hinten steht.	Die optisch bedrängende Wirkung der Windenergieanlagen bzw. andere Faktoren wie der Lärmschutz spielen bei diesem Sachverhalt keine Rolle und wurden auch nicht im Landkreis Cuxhaven herangezogen. Entscheidend ist, dass bei heutigen Anlagen die Flügel ohne diese Regelung bis zu 40-50m aus der Windparkfläche herausragen und somit der politisch beschlossene Mindestabstand zur Bevölkerung unterschritten wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.28	E 06 / B 06	Auf den Lärmschutz wirken sich 50 m mehr oder weniger angesichts der ohnehin einzuhaltenden großzügigen Vorsorgeabstände (vgl. „weiche“ Abstandsvorgaben) nicht akustisch wahrnehmbar aus.	Siehe Stellungnahme P052.27	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.29	E 06 / B 06	Angesichts der Vorsorgeabstände wird sich daran während der Laufzeit des RROP und der in dieser Zeit zu erwartenden Größenänderungen bei Windkraftanlagen auch nichts ändern.	Siehe Stellungnahme P052.27	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.30	E 06 / B 06	Diesem Befund steht gegenüber, dass dann, wenn die Rotorkreisflächen ebenfalls vollständig im Vorranggebiet liegen müssen, in erheblichem Umfang für die Windenergieerzeugung nutzbare Fläche verloren geht. Erhebungen gehen insoweit von einem Flächenverlust von ca. 25 % aus. D.h., allein der Systemwechsel zum Prinzip „Rotor inside“ führt bei gleicher Vorranggebietsgröße zu Flächenverlusten und damit notwendig auch zu Verlusten bei den möglichen Mengen an erzeugter Windenergie von ca. einem Viertel und damit zu einer Beeinträchtigung von in Zeiten der Energiewende besonders gewichtigen öffentlichen Belangen.	Der Landkreis Cuxhaven schafft der Windenergie weit über das von Gerichten geforderte Maß (rund 0,5%) hinaus substanziell Raum. Auch mit der neuen Regelung in Ziffer 06 nimmt der Landkreis Cuxhaven weiter eine bedeutende Rolle in der Energiewende ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.31	E 06 / B 06	Der Landkreis würde so seine Zielsetzung, nämlich angesichts der besonders hohen Bedeutung des Landkreises für die Erzeugung von Windenergie den Ausbau der Windenergie an Land zu fördern und so seinen Beitrag für die Energiewende zu leisten, konterkarieren, ohne dass dies durch ebenso gewichtige Gründe gerechtfertigt wäre.	Siehe Stellungnahme P052.30	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.32	E 06 / B 06	Vor diesem Hintergrund erscheint es auch nicht schlüssig, dass der Landkreis gegen sein eigenes Planungskonzept verstoßen würde, wenn er am Prinzip „Rotor outside“ festhielte und so in die Bereiche „eingriffe“, die als Potentialflächen identifiziert sind. Denn die Potenzialflächen, auf die der Landkreis sich beruft (vgl. 5. 40 der Begründung), sind das Ergebnis der Anwendung weicher Tabu-/Vorsorgekriterien, die nicht konterkariert würden, wenn man das Prinzip „Rotor inside“ zusätzlich zuließe, das ja nichts anderes ist als ein zusätzliches weiches Abgrenzungskriterium, das im Randbereich der Pufferzonen der Windenergie einige zehn Meter mehr Spielraum ließe.	Entscheidend ist, dass bei heutigen Anlagen die Flügel ohne diese Regelung bis zu 40-50m aus der Windparkfläche herausragen und somit der politisch beschlossene Mindestabstand zur Bevölkerung unterschritten wird.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.33	E 06 / B 06	Vergleicht man die Effekte, welche die Prinzipien „Rotor inside“ und „Rotor outside“ — beide jeweils weiche Tabu-Vorsorgekriterien — auslösen, wird man feststellen müssen, dass die Auswirkungen auf den Immissionsschutz nahezu nicht spürbar sind, die nachteiligen Auswirkungen zu Lasten der Windenergienutzung bei einem Flächenverlust von ca. 25 % indes erheblich sind.	Entscheidend ist, dass bei heutigen Anlagen die Flügel ohne diese Regelung bis zu 40-50m aus der Windparkfläche herausragen und somit der politisch beschlossene Mindestabstand zur Bevölkerung unterschritten wird. Zudem wird die aktuelle Rechtsprechung umgesetzt.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.34	E 06 / B 06	2. Zu diesen generellen Erwägungen gegen das Prinzip „Rotor inside“ treten weitere konkrete Erwägungen hinzu:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P 052	P052.35	E 06 / B 06	a) Unsere Mandantin plant seit geraumer Zeit auf der Basis des RROP 2012 und dem Prinzip „Rotor outside“. Sollte der Systemwechsel auch bereits in Planung befindliche Vorhaben wie das ihrige treffen, würden bereits getätigte Investitionen in einer erheblichen Größenordnung entwertet und zusätzliche Aufwendungen zur Überarbeitung der Planungsunterlagen anfallen.	Bei einer Genehmigung müssen stets die zum Zeitpunkt der Genehmigung geltenden Rechtsvorschriften sowie verbindlichen Planwerke (wie das RROP) beachtet werden. Dies ist auch den Investoren bekannt. Bislang getätigte Investitionen sind somit den üblichen Risikokosten eines Unternehmens zuzuordnen.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.36	E 06 / B 06	Wir regen daher an, sollte es — trotz der Abwägungsrelevanz der Entwertung bereits getätigter Aufwendungen — beim Prinzip „Rotor inside“ bleiben, jedenfalls für bereits in Planung befindliche Vorhaben eine Öffnungsklausel vorzusehen.	Siehe Stellungnahme P052.35	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.37	E 06 / B 06	b) Wenn Nr. 4.2.2 06 von „neu zu errichtenden Windkraftanlagen“ spricht, auf die das Ziel der Raumordnung Anwendung finden soll, stellt sich die Frage, was an Altstandorten im Falle des Repowering gelten soll. Es werden neue Windkraftanlagen errichtet werden. Müssen in diesem Fall die Altanlagenstandorte, die sich am Rande von Vorranggebieten befinden und nach dem Prinzip „Rotor outside“ entwickelt wurden, aufgegeben und ins Gebietsinnere verlegt werden, ggf. mit weitreichenden Folgen für die Windparkarchitektur?	Das Ziel in Ziffer 06 gilt sowohl bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Windparks, in denen bislang noch keine Anlagen stehen, als auch bei einem Repowering eines Windparks mit Altanlagen. Standorte am Rande eines Windparks, auf denen eine Windenergieanlage im Rahmen eines Repowering ersetzt werden soll, stehen somit nicht mehr zur Verfügung. Aus der Erfahrung im Landkreis Cuxhaven hat sich jedoch gezeigt, dass bei einem Repowering von Altanlagen immer die gesamte Windparkarchitektur angepasst wird. Dies ergibt sich daraus, dass durch die größere Höhe der neuen Anlage andere Abstände zwischen den Windenergieanlagen eingehalten werden müssen, um Turbulenzen zu vermeiden bzw. den Wind vernünftig auszuschöpfen. Insoweit ist es, unabhängig von Regelung in Ziffer 06, bei einem Repowering immer wahrscheinlich, dass der Altanlagenstandort aufgegeben werden muss.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.38	E 06 / B 06	Wenn ja, wäre dies eine weitere erhebliche Beeinträchtigung der Erzeugung erneuerbarer Energien und der betroffenen Windparkbetreiber, die im Rahmen der Abwägung der Prinzipien „Rotor inside“ vs. „Rotor outside“ zugunsten des zuletzt genannten Prinzips berücksichtigt werden müssten. Zumindest müsste auch insoweit eine Öffnungsklausel für Altstandorte aufgenommen werden.	Siehe Stellungnahme P052.37	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.39	A	IV. Sonstiges Die Einwendungen, die mit Schreiben vom 31. Juli 2014 zum RROP-Entwurf 2014 vorgebracht wurden, haben nur zu geringen Teilen Berücksichtigung gefunden. Wir erhalten daher die Einwendungen und Hinweise aus der Stellungnahme 2014 aufrecht, soweit ihnen nicht entsprochen wurde.	Die Stellungnahmen zum Entwurf 2014 wurden im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.40	E 01	Dies gilt insbesondere für die Bildung und Handhabung der harten und weichen Tabukriterien und die Behandlung von Sonderbauflächen für Windenergienutzung, die nach diesseitiger Auffassung ebenfalls als Vorranggebiete ausgewiesen werden können und dann auch ausgewiesen werden sollten.	Siehe Stellungnahme P052.40	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.41	SO 02	Abschließend wiederholen wir unseren Antrag, in die Unterlagen, die zur Bestimmung und Abgrenzung des Vorranggebiets Bederkesa-Alfstedt verwendet wurden, zeitnah Einsicht nehmen zu dürfen, um ggf. zur Sachverhaltsklärung beitragen zu können.	Kenntnisnahme. Ein Antrag auf Akteneinsicht ist formgerecht beim Landkreis Cuxhaven einzureichen.	Kenntnisnahme
P 052	P052.42	E-N	Stellungnahme zum Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven 2015 - Entwurf 1 VERANLASSUNG In der Begründung / Erläuterung zum Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven 2015 — Entwurf wird erläutert, dass bei der Potenzialfläche 012 auf Basis der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler aus Vorsorgegründen hinsichtlich des Seeadlers ein östlicher Teil der Potenzialfläche abgeschnitten wird (Seite 22). Begründet wird dies aus naturschutzfachlicher Sicht wie folgt: „Von der Firma BIOS wurde im Januar 2015 eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler vorgelegt. In dieser wird kein signifikantes Tötungsrisiko für den Seeadler gesehen. Dennoch wird ein kompakter Bau des Windparks empfohlen. Um einen möglichen Flugkorridor des Seeadlers nicht zu gefährden wird die Potenzialfläche deshalb im Osten um einen Teil verkleinert. Es wird darauf hingewiesen, dass die Raumnutzungsanalyse in einem Jahr durchgeführt wurde, in dem kein Bruterfolg des Seeadlers vorlag.“	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.43	SO 02	Die Planungsgruppe Grün GmbH wurde von der Vorhabenträgerin Windpark Infrastruktur Kührstedt-Alfstedt GmbH & Co. KG gebeten zu prüfen, ob sich aus der vorliegenden Daten- und Kenntnislage ein begründbares Risiko und dementsprechend eine vorsorgeorientierende Verkleinerung der Potenzialfläche ableiten lässt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.44	SO 02	2 VORLIEGENDE ERKENNTNISLAGE 2.1 SEEADLERHORSTE IM UMKREIS DES WINDPARKGEBIETS Das Windparkgebiet befindet sich nordwestlich von Kührstedt bzw. westlich von Alfstedt (Stadt Geestland) im Landkreis Cuxhaven. Südöstlich des Windparkgebietes befinden sich in einem Waldgebiet „Hohe Falle“ zwei alte Seeadler-Horststandorte in mehr als 4.000 Meter Entfernung. In 2013, 2014 und 2015 waren diese beiden Horste nicht besetzt. 2011 wurde ein weiterer Horst im Waldgebiet „Löbusch“, welcher ca. 4.300 Meter südlich des Windparkgebiets liegt, bezogen. Die räumliche Situation ist in der nachfolgenden Abbildung (aus BIOS 2015) dargestellt.	Die beiden Seeadler-Horste im Wald "Hohe Falle" sind etwa 4,1 bis 4,2 km vom Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" entfernt. - Der Seeadler-Horst im Wald "Löbusch" ist etwa 4,0 bis 4,1 km vom Vorranggebiet Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt entfernt.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.45	SO 02	Alle genannten Horstplätze befinden sich in nördlicher Randlage der Geeste-Niederung (mit Bederkesa-Geeste-Kanal), die in den letzten Jahren im Zuge der Entwicklung größerer Vernässungspolder (Polder Bramel, Polder Glies) für Wasser- und Watvögel und in diesem Zusammenhang auch für den Seeadler eine entscheidende Habitataufwertung erfahren hat. Allen Kenntnissen nach stellen die südlich des derzeit angesiedelten Seeadlerpaares befindlichen Feuchtgebiete essentielle Nahrungsbiotope dar, während der agrarisch geprägte und gewässerarme Raum nördlich des Brutwaldes bzw. im Betrachtungsraum des geplanten Windparks nicht über entsprechende Nahrungsplätze verfügt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.46	SO 02	2.2 DATENLAGE (GUTACHTEN ZUM SEEADLER) Zum Seeadler wurden in den zurückliegenden Jahren mehrere Gutachten erstellt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.47	SO 02	2.2.1 RAUMNUTZUNG DES SEEADLERS IM RAUM CUXHAVEN (BIOS 2009) In 2009 wurden von der Gutachtergruppe BIOS — Gutachten für ökologische Bestandsaufnahmen, Bewertungen und Planung umfangreiche Daten zur Raumnutzung des Seeadlers im Landkreis Cuxhaven, u.a. für das gesamte Gebiet Oste und Elbe ausgewertet. Danach befindet sich das geplante Windparkgebiet Kührstedt-Alfstedt nicht innerhalb eines Seeadler-Lebensraumes oder wird von dieser Greifvogelart als Nahrungshabitat oder Überfluggebiet genutzt (siehe nachfolgende Abbildung).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.48	SO 02	2.2.2 VORHABENBEZOGENE ERFASSUNGEN 2009 BIS 2013 (REGIONALPLAN & UVP) MIT RAUMNUTZUNGSUNTERSUCHUNG 2013 BEI ERFOLGREICHER BRUT Im Zeitraum 2009 bis 2013 erstellte das Büro Regionalplan & UVP GmbH grundlegende faunistische Gutachten zu dem geplanten Windpark, die sukzessive in das Genehmigungsverfahren eingereicht wurden. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass ein vorhabensbedingtes signifikant erhöhtes Tötungsrisiko des Seeadlers nicht besteht.	Kenntnisnahme. - Die Einwendung bezieht sich - zumindest in Teilen - nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.49	SO 02	Bereits die avifaunistischen Voruntersuchungen von Oktober 2009 bis Anfang August 2010 ergaben, dass im Windpark-Plangebiet keine Vorkommen oder Bestände eingriffsrelevanter Vogel- oder Fledermausarten festzustellen waren, die der Aufnahme der Fläche als Windenergie-Vorrangstandort entgegenstehen könnten.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.50	SO 02	Im avifaunistischen Gutachten von 2012 wird ausgeführt, dass für das Untersuchungsgebiet keine Gefährdung des Seeadlers herauszustellen ist und eine regelmäßige Nutzung des Untersuchungsgebiets bei dieser Vogelart ausgeschlossen werden kann (S. 32). So wurden dort und auch im näheren Umfeld bei den Geländeuntersuchungen keine nahrungssuchenden Seeadler oder Seeadlerüberflüge beobachtet.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.51	SO 02	Anlässlich der Forderung des Landkreises Cuxhaven (Untere Naturschutzbehörde) nach einer Erfassung der Raumnutzung u. a. des Seeadlers erstellte Regionalplan & UVP GmbH in 2013 ein ergänzendes Gutachten und berücksichtigte dabei alle behördlichen Forderungen. Bei den Geländeerfassungen ließen sich erneut keine Seeadler im Umfeld des geplanten Windparks beobachten, d.h. eine Nutzung des Untersuchungsgebietes als Nahrungshabitat war auch diesmal nicht festzustellen. Die Untersuchungen in 2013 erfolgten bei erfolgreicher Brut des Seeadlers. Nach Einschätzung der Gutachter befindet sich die Windparkfläche auch nicht in einem Hauptflugkorridor.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P 052	P052.52	SO 02	2.2.3 RAUMNUTZUNGSUNTERSUCHUNG NOVEMBER 2013 BIS FEBRUAR 2014 (ÖKOLOGIS - UMWELTANALYSE & LANDSCHAFTSPLANUNG GMBH) Die nach Einschätzung der Cuxhavener Naturschutzbehörde dennoch nicht hinreichend aufgeklärte Seeadler-Problematik wurde schließlich vom Büro Ökologis - Umweltanalyse & Landschaftsplanung GmbH in einem weiteren im November 2013 gestarteten Gutachten vertiefend behandelt (Auftraggeber: Windpark Infrastruktur Kührstedt-Alfstedt GmbH & Co. KG). Das vom Konzept her als vertiefende Raumnutzungsanalyse angelegte Gutachten basiert auf regelmäßige Parallel-Planbeobachtungen im Windparkbereich, am Seeadler-Brutwald und an potentiell bedeutsamen Nahrungsgewässern im Umfeld (zeitweise mit 4 Personen). Die im November 2013 bis Januar 2014 gesammelten Beobachtungsdaten offenbarten, dass die Seeadler zum Nahrungserwerb ausschließlich die Geestniederung mit den darin befindlichen größeren Feuchtgebieten (Polder Bramel, Polder Glies) aufsuchen. Im Bereich des geplanten Windparks konnten stattdessen keine Seeadlervorkommen bzw. -überflüge registriert werden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.53	SO 02	2.2.4 RAUMNUTZUNGSUNTERSUCHUNG 2014 (BIOS) Im Februar 2014 wurde die begonnene vertiefende Raumnutzungsuntersuchung dann von der Gutachtergruppe BIOS - Gutachten für ökologische Bestandsaufnahmen, Bewertungen und Planung (in Kooperation mit dem Büro Ökologis GmbH) im Auftrag der Stadt Geestland und in enger Abstimmung mit dem LK Cuxhaven intensiv fortgeführt. Die bis Ende 2014 gesammelten Daten kommen wiederum zu dem Ergebnis, dass sich die Vögel zur Nahrungssuche ausschließlich in Richtung der Polder Bramel und Glies nach Süden hin orientieren und nicht nach Norden in Richtung des Plangebietes fliegen. Der Bau bzw. die Inbetriebnahme eines Windparks innerhalb des vorgesehenen Eignungsgebietes würde damit kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) nach sich ziehen. Auch ein potenzieller Flugkorridor zum Bederkesaer See (9 km nordöstlich) würde nicht über das Windparkgebiet führen (BIOS 2015, S.67).	Die Aussage, dass sich die Seeadler ausschließlich (!) in Richtung der Polder Bramel und Glies orientieren, erscheint problematisch. In der Raumnutzungsanalyse steht, dass "regelmäßige Nahrungsflüge im Sinne eines essentiellen Flugkorridors zu den 11,5-12 km entfernten Seen (Flögelner See, Halemer-Dahlemer See), die über die Windparkfläche führen können (...), (...) nach den vorliegenden Erkenntnissen und aufgrund der großen Entfernungen auch in der Aufzuchtphase kaum anzunehmen" sind [Seite 67]. Außerdem heißt es in der Raumnutzungsanalyse: "Aufgrund der verhältnismäßig geringen Entfernung dürfte am ehesten der Bederkesaer See in ca. 8,5 km Entfernung angefliegen werden, hierfür gibt es einige Indizien aus dieser Studie und aus den Vorinformationen sowie aus den Datenzusammenstellungen des VERSCHÖNERUNGSVEREINS BEDERKESA [2013, 2014]. Hinsichtlich des geplanten Windparkstandorts sollte dies jedoch unkritisch sein, da ein Überflug über die Windparkfläche sowohl vom aktuellen, als auch vom ehemaligen Neststandort nicht erforderlich ist, um den Bederkesaer See zu erreichen (...)."	Kenntnisnahme.
P 052	P052.54	SO 02	Die Untersuchung wurde auch nach Umverpaarung bzw. Abbruch der Seeadlerbrut am Löhbusch (Mitte Mai) fortgeführt, da die Adler nach wie vor den betreffenden Raum besiedelten. Im Ergebnis stellt die BIOS (2015) fest: „Nach den 78 Terminen dieser Raumnutzungsanalyse (mit 66 Beobachtungsstunden im Windpark) zeichnet sich kein nennenswerter Konflikt der geplanten Windkraftnutzung mit der Funktion des betrachteten Gebietes als Lebensraum für den Seeadler ab.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.55	SO 02	Zusammen mit den Daten zweier weiterer systematisch angelegter Studien (REGIONALPLAN & UVP 2013, ÖKOLOGIS 2014) liegen für den Bereich des Windparks aus dem Gesamtzeitraum März 2013 bis November 2014 insgesamt Daten aus 40 drei- bis vierstündigen Terminen (insgesamt 157 Beobachtungsstunden) vor. Dabei gelang lediglich die Feststellung eines Überfluges eines Seeadlers (04/2013) ohne direkten Bezug zu dem näher untersuchten Revierpaar (REGIONALPLAN & UVP 2013).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.56	SO 02	Ebenso wenig konnten bisher Hinweise für eine mögliche weitere Ansiedlung eines Seeadlerpaares im Bereich der Seenplatte gewonnen werden. Der innerhalb des Prüfbereichs von 3 bis 6 km um den Neststandort gelegene geplante Windpark (nördlich des Neststandortes) liegt somit nicht in einem sich abzeichnenden Flugkorridor des Revierpaars des Seeadlers zu bedeutenden, regelmäßig genutzten Nahrungsilächen.“	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.57	SO 02	2.2.5 RAUMNUTZUNGSUNTERSUCHUNG 2015 (BIOCONSULT) In 2015 wurde seitens der Stadt Geestland erneut eine Seeadler- Raumnutzungsanalyse in Auftrag gegeben. Mit den Untersuchungen wurde diesmal das Büro BIOConsult aus Schleswig-Holstein betraut. Da der wiederum am Löhbusch besetzte Seeadlerhorst bereits im März bei einem starken Sturm abgestürzt ist, wurden die Erfassungen eingestellt. Zu den Ergebnissen der in 2015 begonnenen und vermutlich nur ein kurzes Zeitfenster abdeckenden Untersuchungen liegen uns bis jetzt keine Informationen vor.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.58	SO 02	Die Situation der Seeadler stellt sich nach den Untersuchungen wie folgt dar:	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.59	SO 02	• Der Brutplatz ist mit dem Umzug an den Standort „Löhbusch“ deutlich näher an die Poldergebiete (Bramel, Glies) und an den Sellstedter See herangerückt.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.60	SO 02	• Die beobachteten Flugbewegungen der Seeadler gingen fast ausschließlich vom Horststandort gesehen in südliche Richtung. Zielgerichtete Transferflüge waren hauptsächlich in Richtung Südwest, zum Polder Bramel, zu beobachten. Das Gebiet Polder Bramel stellt sich als Nahrungshabitat mit einem ausreichenden Angebot an Nahrung dar und dient offensichtlich als Hauptnahrungshabitat der ansässigen Seeadler.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.61	SO 02	• Das Windparkgebiet, in dem gewässerarme Grünland- und Ackerfluren dominieren, bietet Seeadlern keine geeigneten Nahrungshabitate. Dementsprechend ergaben sich dort bei keiner gutachterlichen Untersuchung Beobachtungen von adulten Vögeln, die dem Löhbusch-Paar zuzuordnen wären.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.62	SO 02	• Im Windparkgebiet und in dessen Umfeld wurden keine Aktionsräume, Nahrungsflüge oder regelmäßigen Flugkorridore des Seeadlers festgestellt (so bereits auch BIOS 2009). Die Seeadler des hier zu betrachtenden Reviers haben ihre Nahrungshabitate vielmehr in südlicher Richtung (Geestenniederung).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.63	SO 02	• Es ergab sich lediglich im April 2013 ein Seeadler-Überflug. Das Tier hatte allerdings keinen Bezug zu dem Revierpaar am Löhbusch, d.h. es handelte sich in diesem Fall um keinen reviergebundenen territorialen Vogel (siehe Ziffer 2.2.4).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.64	SO 02	Zusammenfassend ist festzustellen, dass auf Basis der vorliegenden Datenlage als Ergebnis der Beobachtungen sowie der Raumnutzungsanalysen ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko des Seeadlerpaars durch den Windpark Kührstedt-Alfstedt ausgeschlossen werden kann.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, dass im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.65	A	<p>2.4 ANWENDUNG VON LEITFÄDEN UND EMPFEHLUNGEN</p> <p>Unter strikter Anwendung des Entwurfs des Leitfadens Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen (sowie der Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten und darauf aufbauende Erlasse und Leitfäden wie z. B. Hessen und Bayern) ergibt sich keine Erfordernis für eine vertiefende Raumnutzungsuntersuchung. Eine Darstellung der entsprechenden Regelungen und Empfehlungen ist als Anlage beigefügt.</p>	<p>Bei dem "Leitfaden Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen" handelt es sich um einen Entwurf, der noch keine Verbindlichkeit erlangt hat. Zum Zeitpunkt der Auswertung im Dezember 2015 liegt der Entwurf vom 12.02.2015 vor. - Erlasse und Leitfäden aus anderen Bundesländern sind für die Verhältnisse in Niedersachsen eher weniger interessant; am ehesten ist die naturräumliche Situation in Schleswig-Holstein mit der hiesigen Situation vergleichbar. - Die Aussage zum Erfordernis einer vertiefenden Raumnutzungsanalyse in der Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. Gleichwohl war die Raumnutzungsanalyse der BIOS aus dem Jahr 2015 eine wertvolle fachliche Grundlage zur Einschätzung der Potenzialfläche 012 auch für die Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)].</p>	Kenntnisnahme.
P 052	P052.66	A	<p>Die diesen Empfehlungen zu Grunde liegenden wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, dass besonders in einem drei Kilometer-Radius um einen besetzten Horst ein solches Risiko besteht (hohe Aufenthaltswahrscheinlichkeit). Im Abstand von drei bis sechs Kilometer um einen solchen Horst herum besteht ein erhöhtes Tötungsrisiko nur dort, wo Seeadler zu einem regelmäßig genutzten Nahrungshabitat einen auf der Flugroute liegenden Windpark überfliegen müssen.</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.67	SO 02	<p>Liegen Nahrungshabitate außerhalb des 6-Kilometer-Radius, kann es durch die große Entfernung nicht zu einer erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeit im Bereich eines Windparks kommen. Im vorliegenden Fall des Windparks Kührstedt-Alfstedt liegen die potenziellen Nahrungshabitate, die über die Fläche des Windparks angefliegen werden könnten, in einer Entfernung von mehr als 10km.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	Kenntnisnahme.
P 052	P052.68	SO 02	<p>3 FAZIT</p> <p>Zusammenfassend ergibt sich im Bezug auf den geplanten Windpark Kührstedt-Alfstedt der Befund, dass potenzielle Nahrungsgewässer, bei denen dieser Windpark durchfliegen werden müsste, in mehr als zehn Kilometer Entfernung liegen. Damit ergibt sich kein vertiefendes Prüferfordernis, da das Risiko einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos sicher ausgeschlossen werden kann.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	Kenntnisnahme.
P 052	P052.69	SO 02	<p>Weiterhin ist festzustellen, dass auch auf der Basis aller vorliegenden Daten und Erkenntnisse, u.a. als Ergebnis der Beobachtungen sowie der Raumnutzungsanalysen aus dem Zeitraum 2009 bis 2015 ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko des Seeadlerpaars durch den Windpark Kührstedt-Alfstedt ausgeschlossen werden kann.</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.70	SO 02	Die Vorgehensweise des Landkreises Cuxhaven, der die Potenzialfläche im Osten um einen Teil verkleinert, um einen möglichen Flugkorridor des Seeadlers nicht zu gefährden, ist weder vom Grundsatz noch in der räumliche Abgrenzung begründet oder nachvollziehbar. Ein begründbares Risiko für den Seeadler ist nicht gegeben. Dementsprechend ist eine vorsorgeorientierende Verkleinerung der Potenzialfläche nicht begründbar.	In der Raumnutzungsanalyse wird auch ausgesagt, dass "im Falle einer Realisierung des Windparks (...) die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt geplant werden [sollte], ohne die derzeitige Variante mit zwei mehr oder weniger kompakt bebauten Bereichen und einer dazwischen liegenden 'Gasse'. Eine kompakte Anordnung von WKA wird grundsätzlich als Maßnahme zur Minimierung möglicher Beeinträchtigungen gegen Greifvogelschlag angesehen (...)." [Seite 69]. Insoweit ist die Verkleinerung im östlichen Bereich sehr wohl begründet erfolgt. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage eines Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist. Auch dieser Bestandteil der Planung, der aus einem anderen Zusammenhang herrührt, trägt zu einer kompakteren Form des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" bei. - Im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wies das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" eine Flächengröße von 94,95 ha; im Entwurf 2015 beträgt die Flächengröße des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" 104,38 ha.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.71	A	<p>4 ANHANG: REGELUNGEN IN ERLASSEN, LEITFÄDEN UND EMPFEHLUNGEN</p> <p>4.1 LEITFADEN - UMSETZUNG DES ARTENSCHUTZES BEI DER PLANUNG UND GENEHMIGUNG VON WINDENERGIEANLAGEN IN NIEDERSACHSEN, ENTWURFSFASSUNG VOM 12.02.2015, S. 23</p> <p>Für im Gebiet vorkommende kollisionsgefährdete oder störfähige Greif- und Großvogelarten sowie Gastvogelarten, bei denen entweder</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. deren Brutplatz im Standarduntersuchungsgebiet bzw. im Radius 1 (zu vertiefender Prüfbereich um den Brutplatz, siehe Abbildung 3) liegt, und die Standardraumnutzungskartierung ergeben hat, das regelmäßig genutzte Nahrungshabitat oder Flugrouten der Art vom Vorhaben betroffen sein können, oder</li> <li>2. für die konkrete Hinweise vorliegen, dass regelmäßig genutzte Flugkorridore oder regelmäßig genutzte Nahrungshabitat des Radius 2 (erweiterter Prüfbereich, siehe Abbildung 3) von der Vorhabensfläche betroffen sein können, [Hinweis: Regelmäßig genutzte Nahrungshabitat oder Flugkorridore können nur innerhalb des Standarduntersuchungsgebiets bzw. des Radius 1 oder des erweiterten Prüfbereichs (Radius 2) liegen. Außerhalb der Prüfbereiche kann eine sporadische Nutzung durch die betreffende Art zwar vorkommen, da dieser Nutzung aber die Regelmäßigkeit fehlt können hier keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände ausgelöst werden.] oder</li> <li>3. bedeutende Schlafplätze von Gastvögeln im Radius 2 nach Abbildung 3 liegen, sind artspezifisch und problembezogen vertiefte Raumnutzungsanalysen durchzuführen.</li> </ol>	<p>Kenntnisnahme. - Bei dem "Leitfaden Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen" handelt es sich um einen Entwurf, der noch keine Verbindlichkeit erlangt hat. Zum Zeitpunkt der Auswertung im Dezember 2015 liegt der Entwurf vom 12.02.2015 vor.</p>	Kenntnisnahme.
P 052	P052.72		<p>4.2 LAG-VSW: ABSTANDSEMPFEHLUNGEN FÜR WINDENERGIEANLAGEN ZU BEDEUTSAMEN VOGELLEBENSRAÜMEN SOWIE BRUTPLÄTZEN AUSGEWÄHLTER VOGELARTEN IN DER ÜBERARBEITUNG VOM 15. APRIL 2015</p> <p>„In Tabelle 2 sind die empfohlenen Mindestabstände zu Brutvorkommen WEA-sensibler Arten dargestellt, die anhand von artspezifischen Telemetriestudien, Kollisionsdaten, Funktionsraumanalysen, langjährigen Beobachtungen und der Einschätzung von Artexperten ermittelt wurden (Abschnitt 5). Sie repräsentieren den Bereich um den Neststandort, in dem der überwiegende Teil der Aktivitäten zur Brutzeit stattfindet (mehr als 50 % der Flugaktivitäten). Entsprechend der Genauigkeit der zur Verfügung stehenden Daten sowie der individuellen Variabilität von Aktionsräumen erfolgt die Festlegung in 500m-Schritten. Für großräumig agierende Arten sollte bei Vorliegen substantieller Anhaltspunkte in einem Verfahren auch außerhalb der o. g. Mindestabstände geprüft werden, ob der Vorhabensstandort im Bereich regelmäßig genutzter Flugrouten, Nahrungsflächen oder Schlafplätze liegt. Zu beachten sind weiterhin Aufenthaltsmuster ganzjährig territorialer Brutvögel außerhalb der Brutzeit wenn keine Bindung an den Horstplatz besteht (z. B. Seeadler <i>Haliaeetus albidila</i>). Dazu sind Raumnutzungsanalysen (vgl. LANGGEMACH &amp; MEYBURG 2011) geeignete Methoden. Für solche Raumnutzungsuntersuchungen geben die Tabellen 1 und 2 Prüfbereiche an. Diese Prüfbereiche beinhalten Räume, in denen die Aufenthaltswahrscheinlichkeit eines Individuums erhöht sein kann. Solche Räume ergeben sich beispielsweise aus bevorzugten Flugrouten, bevorzugten Jagd- und Streifgebieten der Brut und Jungvögel, Schlafplätzen oder Reliefstrukturen, die günstige thermische Verhältnisse bedingen. Die Größe der Prüfbereiche orientiert sich an der Dimension des sog. Homerange, also dem Bereich, der von den betroffenen Individuen regelmäßig genutzt wird. Für seine Abgrenzung wurden artspezifische Telemetriestudien, langjährige Beobachtungsreihen und die aktuelle Einschätzung von Artexperten herangezogen (Abschnitt 5). Aufgrund ihres Verhaltens ist bei einigen Arten die Abgrenzung solcher Prüfbereiche nicht sinnvoll, z. B. Kranich (<i>Grus grus</i>), Zwergdommel (<i>Ixobrychus minutus</i>) und Wespenbussard (<i>Pernis ptilorhynchus</i>); bei anderen wie dem Schreiadler (<i>Aquila pomarina</i>) (MEYBURG et al. 2007) ist der empfohlene Abstand i. d. R. groß genug, um die wechselnde Lebensraumnutzung bei großem Aktionsraum ausreichend zu berücksichtigen.“</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P 052	P052.73	A	<p>4.3 NIEDERSÄCHSISCHER LANDKREISTAG, OKTOBER 2014</p> <p>Tabelle zu Abstandsempfehlungen zwischen WEA &amp; Seeadler: Mindestabstand 3000m, Prüfbereich 6000m</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P 052	P052.74	A	<p>4.4 BAYERISCHER WINDENERGIEERLASS: HINWEISE ZUR PLANUNG UND GENEHMIGUNG VON WINDKRAFTANLAGEN, 20. f 2.2011, S. 42</p> <p>Kollisionsgefährdete Arten:</p> <p>„Die in Anlage 2, Spalte 2 angegebenen Abstände beschreiben die von der LAG-VSW empfohlenen Abstände von WKA zu Brutplätzen bzw. zu Kolonien, deren Hauptverbreitungsgebiete in Bayern liegen. In Anlage 2, Spalte 2 werden Abstände angegeben, in denen zu prüfen ist, ob regelmäßig aufgesuchte Nahrungshabitate der betreffenden Art vorhanden sind. Für den Fall, dass die in Anlage 2, Spalten 2 und 3 genannten Abstände für die jeweilige Art überschritten werden, ist davon auszugehen, dass kein signifikant erhöhtes Tötungs-/Verletzungsrisiko besteht. Für den Fall, dass diese Abstände unterschritten werden, ist eine nähere Betrachtung erforderlich: Allein aus der Unterschreitung des Abstandes zu einer geplanten WKA kann kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko hergeleitet werden (vgl. VG Minden, Urteil vom 10.03.2010, Az: 11K 53/09). Es muss daher jeweils orts- und vorhabensspezifisch entschieden werden, ob das Tötungsrisiko im Prüfbereich signifikant erhöht ist. Dazu muss plausibel dargelegt werden, ob es in diesem Bereich der geplanten Anlage zu höheren Aufenthaltswahrscheinlichkeiten kommt oder der Nahbereich der Anlage, z. B. bei Nahrungsflügen, signifikant häufiger überflogen wird. Ergibt die Untersuchung der Aufenthaltswahrscheinlichkeiten bezüglich der Individuen der genannten Arten in dem in Anlage 2, Spalte 2 angegebenen Prüfbereich nicht, dass die WKA gemieden oder selten überflogen wird, ist in diesem Bereich von einem erhöhten Tötungsrisiko auszugehen. Eine großräumige und diffuse Verteilung der Nahrungshabitate außerhalb der in Anlage 2, Spalte 2, genannten Abstände führt in der Regel nicht zu erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeiten im Nahbereich einer Anlage. Vielmehr müssen die Nahrungshabitate eine räumlich gut abgrenzbare kleinere Teilmenge innerhalb der Prüfkulisse nach Anlage 2, Spalte 2 darstellen, die regelmäßig über die Anlage angeflogen werden. Methodenhinweise zur Untersuchung sind in Anlage 6 aufgeführt.“</p>	<p>Erlasse und Leitfäden aus anderen Bundesländern sind für die Verhältnisse in Niedersachsen eher weniger interessant; am ehesten ist die naturräumliche Situation in Schleswig-Holstein mit der hiesigen Situation vergleichbar.</p>	Kenntnisnahme.
P 052	P052.75	A	<p>4.5 HESSISCHER WINDENERGIEERLASS: LEITFADEN - BERÜCKSICHTIGUNG DER Naturschutzbelange bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) in Hessen, 29.11.2012, S. 35f.: „Befinden sich Brutvorkommen außerhalb der Abstandsempfehlungen der VSW zu WKA, kann diesbezüglich ein erhöhtes Tötungsrisiko ausgeschlossen werden. Befinden sich Brutvorkommen innerhalb des Abstands, ist durch den Träger der Planung zu prüfen, ob ein konkretes Tötungsrisiko ausgeschlossen werden kann. Bei einigen Vogelarten muss eine getrennte Betrachtung von Brut- und Nahrungshabitaten (0. ä.) erfolgen. Eine großräumige und diffuse Verteilung der Nahrungshabitate außerhalb der in Anlage 2, Spalte 2, genannten Abstände führt in der Regel nicht zu erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeiten im Nahbereich einer Anlage. Vielmehr müssen die Nahrungshabitate eine räumlich gut abgrenzbare kleinere Teilmenge innerhalb der Prüfkulisse nach Anlage 2, Spalte 3 darstellen, welche regelmäßig über die Anlage angeflogen werden. So sind für verschiedene Vogelarten über größere Entfernungen Pendelflüge zwischen Brut- und bestimmten Nahrungshabitaten nachgewiesen (z.B. Schwarzstorch). Da aber beide Habitate in Bezug zueinander stehen, kann durch eine WKA im Flugkorridor das Tötungsrisiko erhöht sein und die Funktion dieser Habitate für die Art verloren gehen.“</p>	<p>Erlasse und Leitfäden aus anderen Bundesländern sind für die Verhältnisse in Niedersachsen eher weniger interessant; am ehesten ist die naturräumliche Situation in Schleswig-Holstein mit der hiesigen Situation vergleichbar.</p>	Kenntnisnahme.
P053	P053.01	A	<p>Die Energiekontor AG entwickelt und betreibt seit mehr als zwei Jahrzehnten Windenergieprojekte. Ein regionaler Schwerpunkt ist dabei unter anderem der Landkreis Cuxhaven. Einige der Projekte im Landkreis Cuxhaven befinden sich derzeit im Genehmigungsverfahren, in der Bauphase oder wurden vor kurzem errichtet und wären von möglichen Änderungen des RROP negativ betroffen. Vor diesem Hintergrund nutzt Energiekontor gerne die Beteiligungsmöglichkeit und bittet um Beachtung der nachfolgend dargestellten Sachverhalte.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.02	A	<p>1. Abschnitt 4.2.2, Textziffer 01 Satz 01 - Fehlende Nachvollziehbarkeit der Flächenabgrenzung</p> <p>Der Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie weist für einige Vorranggebiete erhebliche Änderungen in der Darstellung der Vorrangzone im Vergleich zum RROP 2012 und RROP-Entwurf 2014 auf. Teilweise wurden Flächen vollständig gestrichen. Anhand der harten und weichen Tabukriterien und den Informationen aus dem Umweltbericht lassen sich nicht in jedem Fall die Abgrenzungen der Flächen ausreichend nachvollziehen, da Karten lediglich in einem Maßstab 1:300.000, bzw. 1:50.000 veröffentlicht wurden und der LK sich auch nach mehrmaligen Nachfragen weigert, Karten in einem Maßstab &lt; 1:50.000 zu veröffentlichen.</p>	<p>Der vorgeschriebene Maßstab der zeichnerischen Darstellung im Regionalen Raumordnungsprogramm beträgt 1:50.000. Im Übrigen wurde seitens der Regionalplanung des Landkreises zu keinem Zeitpunkt die Bitte herangetragen, die Karten in einem anderen Maßstab zur Verfügung zu stellen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.03	A	Einige Windpark wurden in der Zwischenzeit auf Grundlage des RROP 2012 und zusätzlicher FNP-Darstellungen und Genehmigungen nach BImSchG realisiert oder befinden sich im Bau. Für solche Windparks ist es nicht nachvollziehbar, warum sich Vorrangflächenabgrenzungen so massiv ändern oder Standorte sogar ganz entfallen, obwohl FNP und BImSchG Verfahren positiv verlaufen sind.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.04	E 01	Die angewendete Methodik führt dazu, dass teilweise Vorrangflächen ausgewiesen wurden, die mit marktüblichen WEA-Typen (Rotoren >100m) nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt bebaubar wären, da in Zukunft auch die Rotoren innerhalb der Vorrangflächen liegen sollen.	Auch unter Beachtung der Ziffer 06 können weiterhin in allen Vorranggebieten marktübliche Windenergieanlagen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.05	E 11	Das RROP sieht die Ausweisung von 14 Windvorrangflächen und 34 bauleitplanerisch gesicherten Bereichen für Windenergie vor. Die angewendete Methodik führt dazu, dass Einzelfallabwägungen für bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zur Regel werden. Wir fordern den Landkreis Cuxhaven auf, diese Methodik und die Kriterien so anzupassen, dass alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche zu echten Windvorrangflächen erklärt werden können.	Die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen insoweit nicht als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Die Alternative zur Darstellung der bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wäre eine Streichung und somit eine Reduzierung der Altstandorte auf den Bestandsschutz.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.06	E 01	Die Arbeitsweise des Landkreises führt dazu, dass auf Grundlage von artenspezifischen Puffern zu einigen sensiblen Arten (z. B. Kiebitz 500 m) Teilflächen gestrichen wurden und Einzelfallprüfungen erforderlich werden. Diese Methodik wird auch auf all die Windvorrangflächen angewendet, in denen diese Detailprüfungen bereits positiv durchgeführt wurden.	Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wird im Rahmen einer Abwägung geprüft. Dabei müssen alle dem Landkreis Cuxhaven bekannten und auf der regionalen Ebene relevanten Belange eingebracht werden. Die zugrunde gelgten Daten sowie die Methodik wurden transparent in der naturschutzfachlichen Einschätzung (Anlage des Entwurfes) dargelegt. In Bezug auf den Kiebitz wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen. Es gibt keinen Fall, indem eine Potentialfläche aufgrund eines Kiebitz-Vorkommens entfallen ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.07	E 01	Die angewendeten Prüfradien dürfen nicht als Tabuflächen missbraucht werden. Sie dienen lediglich dazu Bereiche zu definieren, in denen Detailuntersuchungen erforderlich werden. Wenn diese Detailuntersuchungen erfolgt sind, müssen die Ergebnisse auch berücksichtigt werden und das nicht nur bei Einzelfallabwägungen von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.	Es sind keine Potentialflächen entfallen oder Vorrangflächen im Zuschnitt verändert worden, nur weil ein Prüfbereich vorliegt. Lediglich die Mindestabstände haben zum Wegfall von Potentialflächen bzw. einem geänderten Zuschnitt geführt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.08	A	Das vom LK an gewendete NLT Papier 2014 (Handlungsempfehlung) darf für den RROP nicht angewendet werden, da aktuell ein Windenergieerlass (WEE) inkl. Leitfaden zum Artenschutz für Niedersachsen aufgestellt wird, der verbindlich für alle Verwaltungen anzuwenden ist. Dies ist insbesondere von Bedeutung, da von der Empfehlung des NLT-Papiers, Tabubereiche zum Schutz schlaggefährdeter Arten anzusetzen, abgekehrt wird. Der Artenschutzleitfaden des WEE sieht in seinem Entwurf vor, dass stattdessen Prüfradien angesetzt werden die es zu beachten gilt (siehe Kapitel 3 des Naturschutzleitfadens zum WEE).	Derzeit ist nicht bekannt, wann und in welcher Form der Windenergieerlass tatsächlich umgesetzt wird. Das NLT-Papier "Naturschutz und Windenergie" ist eine in Gerichtsentscheidungen akzeptierte Richtlinie.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.09	E 01	Energiekontor bittet um Verwendung der aktuellen Gutachten und den daraus hervorgehenden Erkenntnissen auch bei der Darstellung von Windvorrangflächen und nicht nur von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.	Bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms wurden alle der Regionalplanung vorliegenden Daten und Unterlagen zugrunde gelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.10	A	Durch die Verwendung nicht aktueller und teilweise widerlegter Untersuchungsergebnisse steht die Rechtssicherheit des sachlichen Teilabschnitts Windenergie in Frage.	Siehe Stellungnahme P053.09	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.11	SO 01	2. Zum Vorranggebiet Appeln: Das Vorranggebiet Appeln ist in dem RROP-Entwurf komplett gestrichen und lediglich als bauleitplanerisch gesicherter Bereich dargestellt. Das Gebiet ist somit weiter im Rahmen der Festsetzungen des F-Plans bebaubar. Grundlage für diese Entscheidung ist gemäß Begründung zum Entwurf 2015, dass nun durchgehend ein Abstand von 4km zwischen Windparks einzuhalten ist. Aufgrund der Unterschreitung dieser Abstandsvorgabe zum Windpark Kirchwistedt-Altewistedt wird das Vorranggebiet Appeln nicht mehr im RROP 2015 dargestellt. In der Abwägung im Vergleich zur Fläche in Kirchwistedt wird angeführt, dass Appeln vom Flächenumfang her kleiner sei. Tatsächlich bleibt dabei unberücksichtigt, dass die geeignete Fläche in Appeln größer ist, wenn auf die nicht nachvollziehbare Festlegung eines 3-km Schutzbereiches um einen Schwarzstorchbrutplatz im Waldbereich „Malse“ verzichtet werden würde.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 45 bis 47 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Appeln")]. - Der östliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Appeln" liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers zu einem Schwarzstorch-Vorkommen. Für den Schwarzstorch hat die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten einen Mindestabstand von 3.000 m und einen Prüfbereich von 10.000 m empfohlen. Dieser wird im Hinblick auf die Beurteilung der Potenzialfläche 032 angelegt; demzufolge ergibt sich in der Begründung/Erläuterung auf Seite 30, dass der verbleibende Teil der Potenzialfläche 032 als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet ist. In der Begründung/Erläuterung auf Seite 35 ist die Konkurrenzsituation zwischen dem Windpark Appeln (Potenzialfläche 032, 144) und dem Windpark Kirchwistedt-Altewistedt (Potenzialflächen 022, 042, 078 und 174) erläutert; aufgrund der Flächengröße wird der Standort Kirchwistedt-Altewistedt bevorzugt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.12	SO 01	Insofern ist von einer im Vergleich zum RROP 2012 erheblich in östliche Richtung erweiterten geeigneten Fläche auszugehen. Diese Vergrößerung des Vorranggebietes nach Osten ist daher auch im RROP 2015 abzubilden und nicht wie vorgesehen die Streichung des Vorranggebietes Appeln.	Siehe P053.11	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.13	SO 01	<p>Das Schwarzstorchvorkommen ist bereits seit Langem bekannt, so dass Energiekontor umfassende und über mehrere Jahre andauernde Raumnutzungsanalysen von renommierten Fachgutachtern durchführen lassen hat. Dadurch konnte eindeutig nachgewiesen werden, dass der Schwarzstorch den Raum westlich der Malse, in Richtung Windpark, überhaupt nicht nutzt. In der Begründung zum RROP-Entwurf wird diese Einschätzung durch den Landkreis bestätigt. Auf Seite 30 heißt es dazu:</p> <p>„Der östliche Teil des Gebietes liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Mindestabstand] eines Schwarzstorch-Vorkommens. Im Rahmen einer Raumnutzungsanalyse zum Schwarzstorch wurde nachgewiesen, dass keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für den Bereich des Windparks Appeln vorliegt.“</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 45 bis 47 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Appeln")]. - Der östliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Appeln" liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers zu einem Schwarzstorch-Vorkommen. Im Rahmen einer Raumnutzungsanalyse wurde nachgewiesen, dass keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos (Kollisionsrisikos) in der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Appeln" vorliegt. Die in der Einwendung zitierte Aussage aus der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist von daher korrekt. - Für den Schwarzstorch hat die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten einen Mindestabstand von 3.000 m und einen Prüfbereich von 10.000 m empfohlen. Dieser wird im Hinblick auf die Beurteilung der Potenzialfläche 032 angelegt; demzufolge ergibt sich in der Begründung/Erläuterung auf Seite 30, das der verbleibende Teil der Potenzialfläche 032 als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet ist. In der Begründung/Erläuterung auf Seite 35 ist die Konkurrenzsituation zwischen dem Windpark Appeln (Potenzialfläche 032, 144) und dem Windpark Kirchwistedt-Altewistedt (Potenzialflächen 022, 042, 078 und 174) erläutert; aufgrund der Flächengröße wird der Standort Kirchwistedt-Altewistedt bevorzugt.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.14	A	<p>Desweiteren wird darauf hingewiesen, dass im Entwurf zum Windenergieerlass ein Paradigmenwechsel vorgenommen wird: Statt wie bisher starre Tabubereichen um Horstplätze von schlaggefährdeten Arten zu definieren, soll nun auf die tatsächlich durch die jeweils betroffene Art genutzten Flächen abgezielt werden. Diese neue Herangehensweise dient insbesondere dem Artenschutz, da mehr objektiv geeignete Flächen zur Verfügung stehen und so konfliktreichere Gebiete freigehalten werden können.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.15	SO 01	<p>Für den Bereich des Windparks Appeln konnte fachgutachterlich die Verträglichkeit mit der Windenergienutzung nachgewiesen werden, u.a. bestätigt durch die Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung seitens des Landkreis Cuxhaven im März 2015. Im Gegensatz zur Streichung der Fläche aus dem RROP drängt sich auch deswegen eine Erweiterung des Vorranggebietes gerade zu auf. Dies würde ebenso dem Ziel der räumlichen Konzentration von Windparks ideal entsprechen.</p>	Siehe P053.13	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.16	SO 04	<p>3. Zum Vorranggebiet Bramstedt-Lohe: Das Vorranggebiet Bramstedt-Lohe ist in dem RROP-Entwurf nur noch als bauleitplanerisch gesicherter Bereich dargestellt. Das Gebiet ist allerdings somit weiter grundsätzlich bebaubar. Die Hintergründe die zur Verkleinerung im Jahr 2014 geführt haben, waren schon damals nicht nachvollziehbar (siehe unser Schreiben von Juni 2014).</p>	Kenntnisnahme. Die Einwendung zum RROP Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.17	SO 04	Die Streichung in Entwurf 2015 ist u.a. durch eine Stellungnahme der UNB aus dem August 2014 begründet, welche das Gebiet aus naturschutzfachlichen Gründen ablehnt. Hier zu nennen sind die bereits zu diesem Zeitpunkt mehrfach widerlegten vermuteten Vorkommen (wie bspw. des Wespenbussards), aber vor allem ein dokumentiertes Vorkommen eines Uhu-Brutpaares. (Pikanterweise wurde diese Stellungnahme nach einem seitens der UNB geforderten Zwischenbericht über den Uhu geschrieben). Das Uhu-Paar wurde im Rahmen einer Raumnutzungskartierung durchgehend vom 30.03.2014 bis zum 17.06.2015 untersucht, das entsprechende Gutachten liegt diesem Schreiben bei.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 47 bis 49 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Bramstedt")]. - In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist angegeben, dass "der überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung (...) innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Wespenbussard-Vorkommen [liegt] (... letzterer sicherer Nachweis aus dem Jahr 2009)". Aus dem Jahr 2015 ist ein Vorkommen des Wespenbussards in räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung bekannt. - In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist angegeben, dass "der weit überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung (...) innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Uhu-Vorkommen [liegt]". Diese Aussage hat weiterhin Gültigkeit. - Das Naturschutzamt hat im Zuge des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf 2014 im August 2014 eine Stellungnahme - mit Ausführungen zum Standort "Bramstedt" - abgegeben. Die Entscheidung zur Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt" fiel im Zuge der Aufstellung des Entwurfs 2015 im Winter/Frühjahr 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.18	SO 04	In dieser Zeit gab es mehrere Treffen mit der UNB. Die komplette Ablehnung des Windparks wurde diskutiert, aber unter extrem harten Auflagen, welche die Wirtschaftlichkeit des Windparks gefährden, ist eine Einigung auf die grundsätzliche Bebaubarkeit in Aussicht gestellt worden. Seitens Energiekontor wurde darauf hingewiesen, dass sich dies natürlich auch in einer weiteren Ausweisung des Gebietes im RROP wiederfinden muss. Dies hätte weitere Möglichkeiten zur Minderung der Auswirkungen auf den Uhu ergeben. In den Stellungnahmen, welche zum RROP 2015 mit abgedruckt sind, wird das Gebiet allerdings primär mit der Begründung des Schutzes des Uhus abgelehnt. In der Zwischenzeit ist das Uhu-Weibchen laut der beiliegenden Untersuchung verschollen und es kam in 2015 zu keiner Brut. Die Gutachter kommen auf grund der Nutzung der Windparkfläche durch die Uhus zu dem Ergebnis, dass das tötungsrisiko für den Uhu durch den Windpark nicht signifikant erhöht wird.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P053	P053.19	SO 04	Im Juli diesen Jahres sind die überarbeiteten Unterlagen für den Genehmigungsantrag nach BImSchG beim Landkreis eingereicht worden. Aufgrund der Vorgaben des RROP (Rotorflächen innerhalb des Vorranggebietes) und den Forderungen der UNB bzgl. der Uhus sind nur noch vier WEA beantragt worden und diese liegen nun weiter entfernt von den umliegenden Wohnhäusern. Durch die vorgesehenen Änderungen im RROP könnte keine WEA gebaut werden. Das Gebiet ist lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Hagen im Bremischen planungsrechtlich gesichert.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.20	SO 04	Aufgrund der Erkenntnisse der umfangreichen avifaunistischen Untersuchungen der letzten Jahre ist das Vorranggebiet Bramstedt-Lohe wieder in den Grenzen des RROP 2012 in den RROP 2015 als Windvorranggebiet aufzunehmen.	Siehe P053.17. - Das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bramstedt" wird nicht erneut aufgenommen. Es widerspräche dem einheitlichen Planungskonzept.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.21	SO 11	4. Zum Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt: Das Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Während die Herausnahme der geplanten A20-Trasse und die Puffer zur Bahnlinie und zu Hochspannungsfreileitungen noch grundsätzlich nachvollziehbar sind, lehnen wir jegliche weitere Änderung zum RROP 2012 kategorisch ab.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.22	SO 11	Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich neun der erst im Herbst 2014 genehmigten Windenergieanlagen außerhalb der neuen Vorranggebietsabgrenzung und wären lediglich über den genehmigten Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt planungsrechtlich gesichert. Die WEA 6 liegt allerdings im Gemeindegebiet Loxstedt und ist nicht über einen F-Plan abgesichert, so dass ein Repowering in dem Bereich nicht möglich wäre.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.23	SO 11	Begründet werden sämtliche Gebietsverkleinerungen mit naturschutzfachlichen Argumenten, insbesondere aufgrund des Vorkommens von verschiedenen Brutvogelarten. Weitere Gründe sind vermeintlich einzuhaltende Abstände zu Teichfledermausgewässern und der Bestand mehrerer Wallhecken im Windpark. Diese Begründung ist in keinsten Weise nachvollziehbar. Über mehrere Jahre sind im Auftrag von Energiekontor fachgutachterliche Untersuchungen durchgeführt worden, welche die in der Relation zur Größe des Windparks geringe Eingriffsrelevanz belegen. Insofern ist es in keinsten Weise nachvollziehbar, wie sich innerhalb eines Zeitraumes von weniger als einem Jahr die avifaunistische Bewertung des Vorranggebietes Lunestedt-Heerstedt derartig ändern kann. Besonders unverständlich ist die veränderte Bewertung vor dem Hintergrund, dass keine neuen Kartierungen und Untersuchungen in dem Bereich durchgeführt wurden, während zuvor jahrelang kartiert wurde. Ein neuer Erkenntnisgewinn kann also nur retrospektiv erfolgen und berücksichtigt die von Energiekontor vorgelegten Erkenntnisse offensichtlich weitestgehend nicht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 60 bis 62 (= Sonderbauflächen Windenergienutzung "Heerstedt/Lunestedt")]. - Der weit überwiegende Teil der Sonderbauflächen Windenergienutzung gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu Vogelbrutgebieten mit regionaler Bedeutung. Der südlich der Bahntrasse gelegene Teil der Sonderbauflächen Windenergienutzung gehört - mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung; aus diesem Grunde befindet sich hier auch keine Potenzialfläche (mehr). Dem Entwurf 2014 lagen Daten mit Stand Frühjahr 2012 (Mai 2012) zugrunde; dem Entwurf 2015 liegen Daten mit Stand Herbst 2014 (November 2014) zugrunde. Bei den Daten vom Herbst 2014 (November 2014) sind Daten aus dem Kontext "Küstenautobahn A20" eingeflossen. - In räumlicher Nähe zur mittleren Sonderbaufläche Windenergienutzung befindet sich ein Vorkommen des Großen Brachvogels. Jeweils Teile der mittleren und südlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung liegen innerhalb des 500 m-Puffers [Mindestabstand] zu diesem Vorkommen. Dieses Vorkommen stammt aus Daten aus dem Kontext "Küstenautobahn A20". - Weitere Verkleinerungen des Vorranggebietes	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Windenergienutzung "Heerstedt/Lunestedt" gegenüber dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Heerstedt/Lunestedt" ergeben sich durch harte Tabuzonen (A20-Trasse und Hochspannungsleitung) bzw. - sehr geringfügig - durch weiche Tabuzonen (Natura 2000-Gebiet mit 500 m-Puffer und Wald über 1 ha mit 100 m-Puffer). Insoweit handelt es sich überwiegend, aber nicht ausschließlich um Belange von Natur und Landschaft. Die Vorkommen von Fledermäusen und Wallhecken haben bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung "Heerstedt/Lunestedt" im Entwurf 2015 keine Rolle gespielt. Der Vorwurf, dass von Energiekontor vorgelegte Erkenntnisse nicht berücksichtigt werden, ist nicht zutreffend.	
P053	P053.24	SO 11	Im Übrigen werden im Rahmen der Projektrealisierung zudem umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen angelegt und dauerhaft gepflegt, um etwaige eingriffserhebliche Tatbestände vollumfänglich zu kompensieren.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P053	P053.25	SO 11	Auch die Tatsache, dass langjährige Abstimmungs- und Planungsprozesse mit und von der Gemeinde Beverstedt zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes durchgeführt und diese vom Landkreis Cuxhaven genehmigt wurden, widerspricht einer derart veränderten Bewertung im Entwurf RROP 2015.	Zum Abstimmungsverfahren zwischen dem Investor und der Gemeinde Beverstedt kann seitens der Regionalplanung keine Aussage getroffen werden. Die Gründe, die zu einem bestimmten Zuschnitt von Flächen geführt haben, wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.26	SO 11	Insgesamt ist festzuhalten, dass die Verkleinerung des Vorranggebietes die der Landkreis noch im Herbst 2014 getroffene Entscheidung in dieser Fläche 14 Windenergieanlagen zu genehmigen, konterkariert. Es stellt sich daher die Frage, inwiefern statt planerischer Sorgfalt und Konsistenz, willkürliche und damit nicht rechtssichere Planungsentscheidungen getroffen werden.	Es wurden keine willkürlichen Entscheidungen getroffen. Die Vorgehensweise der Ausweisung von Vorranggebieten und der Übernahme von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurde offen dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.27	SO 36	5. Zum Vorranggebiet Uthlede: Das Vorranggebiet Uthlede wurde in mehreren Teilbereichen drastisch verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Im Bereich des Bestandsparks ist das Vorranggebiet bis auf den Bereich, der dem 1000 m Abstandskriterium zur Ortschaft entspricht, gestrichen worden. Im Bereich der im RROP 2012 ausgewiesenen Flächenerweiterung sind nahezu alle Außengrenzen nach innen verlegt worden. Im nördlichen Bereich zwischen den beiden Hochspannungsleitungen (rechts und links des Kuhfleetes) ist ein kompletter Teilbereich gestrichen worden. Ebenfalls sind Streifen um die Hochspannungsleitungen aus der Vorrangzone gestrichen worden, dies entspricht einem neuen harten Kriterium des RROP 2014/1 5. Die Erweiterung, die das Gebiet in südlicher Richtung zum Landkreis Osterholz hin (über die L 134 hinweg) im RROP 2014 hat, ist wieder gestrichen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.28	SO 36	Extrem auffällig sind die neuen Streifen, die sich bedingt durch das ÜSG durch das Gebiet ziehen. Hierzu verweisen wir auf die übersandte Stellungnahme vom Februar 2015. Diese wird an dieser Stelle erneut aufgegriffen um in diesem Beteiligungsverfahren auch beachtet zu werden, denn die Entwicklung ist noch drastischer als im Februar 2015 angenommen. Durch diese „Form“ des Windvorranggebietes, gekoppelt mit dem bereits oben erwähnten Vorgaben des RROP (Rotorflächen innerhalb des Vorranggebietes) und den benötigten Abständen zu den das Gebiet durchlaufenden Hochspannungsleitungen könnte heute keine WEA mehr in Uthlede errichtet werden. Vor dem Hintergrund einer Genehmigung von Ende 2013 und dem Bau eines Windparks mit 12 WEA im Jahre 2014, ist das 2015 schon schwer nachvollziehbar.	Die einzelnen "Teilbereiche" des Vorranggebietes Uthlede werden als ein gemeinsames Vorranggebiet gesehen. Für den Landkreis Cuxhaven ist die Außengrenze dieses Vorranggebietes bei der Anwendung der Grundsätze und Ziele maßgeblich. Sofern in diesem Einzelfall innerhalb des Vorranggebietes kleine Lücken durch das festgelegte Überschwemmungsgebiet Aschwardener Flutgraben entstehen, so ist dies für die Anwendung des Ziels in Ziffer 06 nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.29	A	<p>Zurzeit läuft das Verfahren der Sicherung des Überschwemmungsgebietes Aschwardener Flutgraben/Meyenburger Mühlengraben (USG) in den Landkreisen Cuxhaven und Osterholz durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN). Die Lagepläne sind seit dem 11.02.2015 bei Ihnen im Haus der Öffentlichkeit zugänglich. Auf den Plänen ist die Flächenabgrenzung des ÜSG ersichtlich, diese haben wir in den beiliegenden Plänen mit dem Windvorranggebiet verschnitten. Die zu erwartenden Pegelstände des HQ 100 haben wir für zwei Punkte auf Nachfrage vom NLWKN erhalten. Diese liegen Ihren Unterlagen wohl noch nicht bei.</p> <p>Die Fragestellung ist unser Erachtens in zwei Komplexe aufzuteilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Komplex 1: Das Windvorranggebiet in den Grenzen von 2012 (nördl. Teil)</li> <li>• Komplex 2: Die südliche Erweiterung des Windvorranggebietes, die im Rahmen des 1. Entwurfes des RROP im Juni 2014 dargestellt wurde</li> </ul> <p>Grundsätzlich ist durch die Festlegung/Sicherung des ÜSG keine neue Gefährdung von Überschwemmungen gegeben, sondern bezieht sich lediglich auf die Feststellungen der bereits seit Jahrzehnten und länger gegebenen Gebiete, welche im Rahmen eines Starkregenereignisses, welches mit der Wahrscheinlichkeit eines 100-jährlich zu erwartenden Hochwasserereignisses (HQ100) auftritt, überschwemmt werden würden. Somit sind die fachlichen Erkenntnisse, die der Darstellung des ÜSG zugrunde liegen, nicht neu. Mit anderen Worten: Es wird seitens des NLWKN keine neue inhaltliche Planung für ein USG betrieben, beispielsweise durch wasserbauliche oder andere bauliche Maßnahmen, sondern die Ausweisung dient lediglich einem informatorischen Zweck der potentiellen Überschwemmungsgefährdung. Verbunden mit dem Erlass einer Verordnung eines USG ist eine erhöhte Prüfpflicht für neue Bauwerke.</p>	Überschwemmungsgebiete stellen entsprechend des politisch beschlossenen Kriterienkatalogs des Landkrieses Cuxhaven eine weiche Tabuzone dar. Sie sind somit für ein Vorranggebiet Windenergienutzung ausgeschlossen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.30	E 01	<p>Regionalplanerisch sind Überschwemmungsgebiete im Entwurf der Begründung/Erläuterung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven (S.13) als weiches Tabukriterium im neuen RROP Kriterienkatalog festgelegt:</p> <p>„Überschwemmungsgebiete werden auf Grundlagen des § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) festgelegt. Die Errichtung baulicher Anlagen unterliegt hier starken Restriktionen, das Gesetz sieht jedoch Ausnahmen vor, durch die das Kriterium als weiche Tabuzone aufgefasst wird.“</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.31	E 01	Unserem Erachten nach ist der Kriterienkatalog in diesem Punkt anzupassen, bzw. für den Komplex 1 und 2 eine regionalplanerische Ausnahme zu machen.	Eine politische Anpassung des Kriterienkatalogs ist nicht vorgesehen. Der Landkreis Cuxhaven wird nicht für Einzelfälle Änderungen am einheitlichen Planungskonzept vornehmen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.32	E 01	Entweder sollte als weiches Tabukriterium ein Ausschluss formuliert sein, der aber den Verweis auf die Ausnahmemöglichkeiten im WHG enthält oder das Kriterium Überschwemmungsgebiet ist als Abwägungskriterium und nicht als weiches Tabukriterium zu formulieren.	Siehe Stellungnahme P05.31	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.33	E 01	Folgende Aspekte, die aus dem WHG abgeleitet sind und eine Bebauung von WEA in Überschwemmungsgebieten zulassen, sind für diese Auffassung entscheidend.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.34	SO 36	<p>Komplex 1: Das Windvorranggebiet in seinen Grenzen von 2012 (nördl. Teil)</p> <p>Das ÜSG ragt in „fleckigen Teilen“ in das Gebiet hinein Hier sind im Jahr 2014 zwölf Windenergieanlagen (WEA) und ein Umspannwerk (UW) im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG (Az.: 63 IMG 20/2012) des Landkreises Cuxhaven errichtet worden. Indirekt betroffen sind die WEA 7-12 und Teile des UW. Direkt betroffen sind die WEA 6, Teile des UW und die Zuwegungen der WEA 6-12 und des UW. Diese Bauwerke genießen Bestandsschutz.</p> <p>Der Vergleich des HQ100 Pegels (0,076 ü. NN) mit den Höhen der WEA vor Ort (alle Höhen sind in ü. NN angegeben) zeigt folgende Situation (alle Angaben in m): [siehe Tabelle, Anm.]</p> <p>WEA 6 &gt; Geländeöhe: -0,53 m; HQ100 Pegel: 0,076 m; Höhe der Anschüttung ca. 0,47 m; Freibleibende Anschüttung: ca. 0,394 m</p> <p>Somit ist ersichtlich, dass die WEA 6 auch bei einem HQ100 Ereignis noch deutlich über dem Wasserpegel liegt. Die Standsicherheit der WEA ist nicht gefährdet und die Zuwegungen sind auf gelegentliche Überschwemmungen ausgelegt.</p>	Siehe Stellungnahme P053.29	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.35	SO 36	Die WEA beeinflussen außerdem nicht die Strömungsrichtung des Wasser, da es sich hier nicht um Strömungsflächen, sondern um eingestaute Wasserflächen handelt (NLWKN telefonisch 17.02.2015). Somit entspricht die Errichtungsweise der Windenergieanlagen heute schon einer hochwasserneutralen Bauweise.	Siehe Stellungnahme P053.29	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.36	SO 36	Der Überlagerung eines Vorranggebietes für Windenergie und eines Überschwemmungsgebietes im neuen RROP steht somit unser Erachtens nach nichts entgegen.	Siehe Stellungnahme P053.29	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.37	SO 36	Zusätzlich ist das Gebiet durch die 56. Flächennutzungsplanänderung der Samtgemeinde Hagen Sondergebiet „Windpark Uthlede“ gesichert.	Die 56. FNP-Änderung der Samtgemeinde Hagen im Bremischen wurde als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.38	SO 36	Das nun die Grenzen des ÜSG als neue Grenzen des Windvorranggebietes zu Grunde gelegt wurden ist aus den oben genannten Gründen schon abwegig. Gekoppelt mit der „Rotorregelung“ und den einzuhaltenden Abständen zu den Hochspannungsleitungen führt dies zu der absurden Situation, dass keine WEA mehr auf Grundlage des Windvorranggebietes in Uthlede gebaut werden könnten. Zur Erinnerung: Hier sind im Jahr 2013 12 WEA genehmigt und im Jahr 2014 errichtet worden. Wie wollen Sie das einem neutralen Beobachter erklären? Wo kommt der ausgesparte Teil im nördlichen Bereich rund um das Kuhfleet her?	Die einzelnen "Teilbereiche" des Vorranggebietes Uthlede werden als ein gemeinsames Vorranggebiet gesehen. Für den Landkreis Cuxhaven ist die Außengrenze eines Vorranggebietes bei der Anwendung der Grundsätze und Ziele maßgeblich. Sofern in diesem Einzelfall innerhalb des Vorranggebietes kleine Lücken durch das festgelegte Überschwemmungsgebiet Aschwardener Flutgraben entstehen, so ist dies für die Anwendung des Ziels in Ziffer 06 nicht von Relevanz. Der Zuschnitt ist aus der Begründung ersichtlich.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.39	SO 36	Komplex 2: Die Erweiterung des Windvorranggebietes, welches es im Rahmen des 1. Entwurfes im Juni 2014 erfahren hat. Dies ist der Teil südlich der L 134. Dieser Bereich ist komplett vom ÜSG betroffen (siehe beiliegender Plan). Hier gelten entsprechend die zur WEA 6 getroffenen Aussagen bzgl. der Eigenschaften eines Bauwerks (Standsicherheit, Strömung etc.) innerhalb des ÜSG.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.40	SO 36	Desweiteren greift das oben zitierte weiche Tabukriterium „Überschwemmungsgebiet“, da es zu diesem Gebiet keine Flächennutzungsplanung für ein Sondergebiet für Windenergie gibt. Wie oben angemerkt, ist dieses Kriterium aus unserer Sicht anzupassen, bzw. speziell für die Windpark-Erweiterung eine regionalplanerische Ausnahme zu gewähren, und die Grenzen des 1. Entwurfs sind beizubehalten.	Eine politische Anpassung des Kriterienkatalogs ist nicht vorgesehen. Der Landkreis Cuxhaven wird nicht für Einzelfälle Änderungen am einheitlichen Planungskonzept vornehmen. Die Grenzen des Entwurfs 2014 entsprechen durch das Überschwemmungsgebiet nicht den weichen Tabuzonen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.41	A	<p>Im Hinblick auf §78 des Wasserhaushaltsgesetzes ist anzumerken, dass ein Verbot für die Ausweisung von Baugebieten grundsätzlich gegeben ist, aber:</p> <p>(2) Die zuständige Behörde kann abweichend von Absatz 1 Satz 1 Nummer die Ausweisung neuer Baugebiete ausnahmsweise zulassen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können,</li> <li>• das neu auszuweisende Gebiet unmittelbar an ein bestehendes Baugebiet angrenzt,</li> <li>• eine Gefährdung von Leben oder erhebliche Gesundheits- oder Sachschäden nicht zu erwarten sind,</li> <li>• der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes nicht nachteilig beeinflusst werden,</li> <li>• die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,</li> <li>• der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird,</li> <li>• keine nachteiligen Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger zu erwarten sind,</li> <li>• die Belange der Hochwasservorsorge beachtet sind und</li> <li>• die Bauvorhaben so errichtet werden, dass bei dem Bemessungshochwasser, das der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes zugrundeliegt, keine baulichen Schäden zu erwarten sind.</li> </ul> <p>Und</p> <p>(3) Die zuständige Behörde kann abweichend von Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen genehmigen, wenn im Einzelfall das Vorhaben</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird,</li> <li>• den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,</li> <li>• den bestehenden Hoch wasserschutz nicht beeinträchtigt und</li> <li>• hoch wasserangepasst ausgeführt wird</li> </ul> <p>oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Bei der Festsetzung nach § 76 Absatz 2 kann die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen auch allgemein zugelassen werden, wenn sie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• in gemäß Absatz 2 neu ausgewiesenen Gebieten nach § 30 des Baugesetzbuchs den Vorgaben des Bebauungsplans entsprechen oder</li> <li>• ihrer Bauart nach so beschaffen sind, dass die Einhaltung der Voraussetzungen des Satzes 7 gewährleistet ist.</li> </ul>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.42	SO 36	All diese Punkte werden erfüllt, bzw. kann die Erfüllung durch Auflagen bzw. Anpassungen der Kriterien im RROP und in einer etwaigen Genehmigung sichergestellt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.43	SO 36	Alle anderen Kriterien des RROP werden durch die Erweiterung erfüllt. Durch die Erweiterung des Windparks wird der gewünschten Konzentrationswirkung von Windenergieanlagen ideal entsprochen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.44	SO 36	Darüber hinaus sind alle Flächen bereits vertraglich gesichert, so dass wirtschaftliche Interessen seitens der Grundstückseigentümer und Energiekontor bestehen.	Die angesprochene Erweiterungsflächen entspricht nicht dem einheitlichen Planungskonzept und ist somit - unabhängig vom wirtschaftlichen Interesse - nicht ausweisbar.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.45	SO 36	Es ist an dieser Stelle nur die Errichtung einer WEA möglich, die als Bürgerwindanlage für die Anwohner in Uthlede und Lehnstedt entwickelt wird. Somit entsteht unserer Einschätzung nach ein noch höher einzuschätzendes öffentliches Interesse an der Realisierung.	Auf regionaler Ebene ist der Betreiber einer Windenergieanlage nicht von Relevanz. Im RROP werden lediglich Flächen ausgewiesen, es ist somit keinesfalls gesichert wer wieviele Anlagen errichtet.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.46	SO 36	Im Bereich des Landkreis Osterholz wird im ÜSG, wesentlich näher am Aschwardener Flutgraben, der Windpark Aschwarden-Viehsteige mit bis zu 17 neuen WEA geplant. Die nächstgelegene WEA liegt dabei ca. 600 m von der südlichen Grenze des Windvorranggebiets Uthlede in seinen Grenzen von 1. Entwurf entfernt. Somit wäre im Zuge der Gleichbehandlung durch die Regionalplanung in den zwei angrenzenden Landkreisen und in Erfüllung des Kriteriums „Nachbarlandkreis“ (S.16) des Entwurfes der Begründung/Erläuterung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven die südliche Erweiterung des Windvorranggebietes Uthlede in den RROP 2014 aufzunehmen.	Jeder Landkreis verfügt über eine eigene Planungshoheit und kann für das Regionale Raumordnungsprogramm im Rahmen des Planungskonzeptes eigene weiche Tabuzonen festlegen. Die weichen Tabuzonen im Landkreis Cuxhaven schließen die Erweiterungsfläche aus. Ein Kriterium Nachbarlandkreis, aus dem sich eine zwangsweise Darstellung der Fläche ergibt, existiert im RROP Entwurf 2015 nicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.47	SO 36	Zusammengefasst sind aus unserer Sicht aufgrund • der gegebenen fachlichen Notwendigkeit der Anpassung des Kriteriums,	Eine politische Anpassung des Kriterienkatalogs ist nicht vorgesehen. Der Landkreis Cuxhaven wird nicht für Einzelfälle Änderungen am einheitlichen Planungskonzept vornehmen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.48	SO 36	• der dringenden Gründe für eine regionalplanerische Ausnahme,	Es sind keine Gründe ersichtlich, die im Rahmen der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 eine Ausnahme erfordern. Das aufgestellte Planungskonzept wird einheitlich im gesamten Landkreis Cuxhaven angewendet.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.49	SO 36	• der Erfüllung aller anderen regionalplanerischen Kriterien,	Dies ist richtig. Aber nicht relevant, da eine weiche Tabuzone betroffen ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.50	SO 36	• des hoch einzuschätzenden öffentlichen Interesses und	Laut Auskunft des Investors (diese Stellungnahme) kann auf der potentiellen Erweiterungsfläche lediglich eine einzige Anlage errichtet werden. Ein maßgeblicher Anteil an der Energiewende ist nicht erkennbar. Die Betreiberschaft dieser Anlage ist dabei auf Ebene der Regionalplanung nicht von Relevanz. Ein hoch einzuschätzendes öffentliches Interesse wird somit nicht gesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.51	SO 36	• der Gleichbehandlung der Interessen in zwei angrenzenden Landkreisen die Grenzen des Windvorranggebietes Uthlede im RROP, wie im 1. Entwurf (Juni 2014) dargestellt, beizubehalten.	Ein rechtlicher Anspruch auf Gleichbehandlung der Interesse in zwei angrenzenden Landkreises gibt es nicht. Dies würde auch der Planungshoheit der Landkreise, die im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes selbst die weichen Tabuzonen festlegen können, widersprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.52	SO 30	6. Zum Vorranggebiet Odisheim: Wir begrüßen die fast identische Übernahme der Grenzen der Vorrangfläche „Odisheim-Stinstedt“ aus den vorherigen RROP-Entwürfen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.53	SO 30	Leider konterkariert die Einführung der „Rotorspitzen-Regelung“ unsere bisherigen Planungen und macht trotz identischer Gebietsgrenzen eine Anpassung der Windparkplanung erforderlich. Es handelt sich dabei um eine faktische Verkleinerung der effektiv nutzbaren Fläche innerhalb der Vorrangflächenkulisse die wir, ohne dass es eine eindeutige Rechtsgrundlage hierfür gibt, prinzipiell ablehnen. Von den ursprünglich geplanten 6 WEA können dadurch aktuell nur noch 4 WEA umgesetzt werden, was neben enormen Zeitverzögerungen und Zusatzkosten in der Projektentwicklung auch mit entsprechenden Einnahmeverlusten für die beteiligten Gemeinden, die Verpächter und lokale Vereine verbunden ist.	Die bisherigen Planungskosten stellen ein unternehmerisches Risiko dar. Mögliche Einnahmeverluste von Dritten sind für die Regionalplanung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.54	SO 21	7. Zum Vorranggebiet Lintig- Meckelstedt (WP Wittgeeste): Die Vorrangfläche ist seit 2014 mit 6 WEA bebaut und nach BImSchG genehmigt. Die Fläche wurde auch im FNP der Gemeinde als Vorrangfläche ausgewiesen. Nun kommt der LK zu der Einschätzung, dass erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind da windempfindliche Vogelarten (Seeadler) betroffen sein sollen. Dieser Sachverhalt wurde durch keinerlei fundierte Unterlagen/Raumnutzungsanalysen des LK belegt und wird angezweifelt. Es liegen keine aktuellen Gefährdungen des Seeadlers vor.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 75 bis 77 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb des 3.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Seeadler-Vorkommen. Der Seeadler-Horst war hier zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 erst seit etwa einem Jahr bekannt. Die Einstufung erfolgt hier nach den Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2015. Diese Betrachtungsweise ist für die Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms angemessen. Sofern ein Repowering erfolgen sollte (... dies ergibt derzeit ja keinen Sinn, da die Windenergieanlagen erst vor etwa ein bis zwei Jahren errichtet worden sind), wäre auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach derzeitigem Stand eine Raumnutzungsanalyse erforderlich. Auch etwaige nachträgliche artenschutzfachliche/-rechtliche Anordnungen wären nicht der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms zuzuordnen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.55	SO 21	Die Vorrangfläche steht in direkter Konkurrenz zur Windvorrangfläche Ringstedt (4 km Abstand). Die potentielle Windvorrangfläche Lintig- Meckelstedt hat allerdings ein weitaus größeres Windenergiepotential als die potentielle Windvorrangfläche Ringstedt. Diesen Sachverhalt haben wir dem LK (Herr Eickmann und Herr Mechning) bereits sehr ausführlich am 17.2.2015 per Mail erläutert (siehe Anlage 5). Aus den genannten Gründen bitten wir um die Ausweisung der Windpotentialfläche Lintig-Meckelstedt als Windvorrangfläche.	Die angesprochene e-Mail wird an entsprechender Stelle ausgewertet. Selbst wenn die Fläche Lintig-Meckelstedt als Vorranggebiet ausgewiesen werden würde, würde nicht die gesamte Potentialfläche 015 als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Der Flächenzuschnitt wäre auf den bislang bauleitplanerisch gesicherten Bereich beschränkt (vgl. S. 35 der Begründung). In der vom Investor durchgeführten Untersuchung, die belegen soll, dass der Standort SO 21 ein höheres Potential hat, wurde jedoch die gesamte Potentialfläche 015 beplant. Somit wird ein falsches Ergebnis erzeugt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.56	SO 08	8. Zum Vorranggebiet Flögel-Stüh Die Vorrangfläche ist seit 2014 mit 6 WEA bebaut und nach BImSchG genehmigt. Die Fläche wurde auch im FNP der Gemeinde als Vorrangfläche ausgewiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.57	SO 08	Es ist nicht ersichtlich, warum der Landkreis den Abstand zur L 119 neu festsetzen will. Durch baurechtliche Abstände ist die Sicherheit der Straßennutzung zu gewährleisten. Mit diesem Abstand ist gleichsam der Gehölzbestand entlang der L119 ausreichend gesichert. Mit der Grenzziehung längs der L119 wird in der Zukunft ein WEA-Standort gefährdet. Die neue Grenzziehung ist unverhältnismäßig und nicht akzeptabel. Hier werden festgelegte Attribute aus einem geographischen Informationssystem (GIS) kritiklos übernommen.	Für den bauleitplanerisch gesicherten Bereich Flögel-Stüh besteht keine neue Grenzziehung. Die Grenzziehung des bauleitplanerisch gesicherten Bereiches entspricht der Darstellung des FNP.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.58	SO 08	Vergleichbar ist es mit den Grenzziehungen in der Windvorrangzone weiter östlich. Feldgehölze, die in ihrer Biotopvielfalt als gering differenziert zu bewerten sind, werden mit gleichsam weitläufigen Abständen, wie das Straßenbegleitgehölz an der L 119, umfahren. Auch hier ist der gewählte Abstand unkritisch aus dem GIS-System übernommen und führt hinsichtlich einer zukunftsorientierten Energieversorgung unnötigerweise zu Einschränkungen. Auch in diesem Bereich würde es zukünftig zu dem Verlust eines weiteren WEA Standortes kommen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 52 bis 54 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Flögeln-Stüh")]. - Das Vorranggebiet Windenergienutzung "Flögeln-Stüh" bleibt im westlichen Bereich hinter dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Flögeln-Stüh" zurück, weil sich hier harte Tabuzonen (Sonstige wohnbauliche Nutzung mit Puffer 420 m) bzw. weiche Tabuzonen (Sonstige wohnbauliche Nutzung mit Puffer 500 m und Waldfläche über 1 ha mit Puffer 100 m) auswirken.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.59	SO 08	Angesichts der unverhältnismäßigen Verkleinerung der Fläche und dem damit einhergehenden Verlust von potentiellen WEA-Standorten bitten wir um Rücknahme der Neufestsetzung und fordern die Beibehaltung der Gebietsausweisung aus dem RROP 2012.	Die Fläche wird nicht unverhältnismäßig verkleinert. Die Bereiche der Windparkfläche, die im Vergleich zum RROP 2012 nicht als Vorranggebiet festgelegt wurden, wurden als bauleitplanerisch gesichert übernommen und können voraussichtlich auch in Zukunft bebaut werden. Ein Verlust von potentiellen WEA-Standorten ist somit nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.60	Z	9. Aufnahme des Vorranggebietes Flögeln II: Energiekontor bittet um die Aufnahme des Vorranggebietes Flögeln II in der Samtgemeinde Bederkesa (Potentialfläche 16). Das Vorranggebiet entspricht den erforderlichen harten und weichen Abstandskriterien, besitzt ausreichenden Abstand zu den bestehenden Vorranggebieten und ist naturschutzfachlich unbedenklich (Naturschutzfachliche Unterlagen stehen dem Landkreis bereits seit 2010 zur Verfügung).	Die beantragte Fläche Flögeln II liegt im 4 km Radius der Windparkstandorte Flögeln-Stüh sowie Bederkesa-Alfstedt. Der verbleibende Teil ist aufgrund der naturschutzfachlichen Einschätzung entfallen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.61	A	Weitere Allgemeine Punkte: Aktuell beabsichtigt die rot-grüne Landesregierung einen massiven Ausbau der Windenergie in Niedersachsen. Dazu soll der Windenergieerlass verbindliche Flächenvorgaben für alle Landkreis vorgeben. Ziel ist dabei der Ausbau der Windenergienutzung auf 20 Gigawatt im Jahr 2050. Der Entwurf des RROP 2015, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, des Landkreises Cuxhaven enthält jedoch einige Hindernisse für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.62	E 01	10. Abschnitt 4.2.2, Textziffer 01 Satz 1 (Arbeitsschritt J) — Fehlerhafte Einordnung Ortslage und Puffer 420 m als harte Tabuzone Die Behandlung eines Puffers von 420 m um Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen wie z.B. Einzellagen als harte Tabuzone (Arbeitsschritt 1, Seite 7 ff der Begründung zum Entwurf) ist fehlerhaft.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.63	E 01	<p>Entgegen der Darstellung des Landkreis Cuxhaven in der Begründung zum Entwurf des RROP 2015 hat die Rechtsprechung keineswegs entschieden, dass eine optisch bedrängende Wirkung bei einem Abstand der zweifachen Gesamthöhe oder weniger zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen "zweifelsfrei" gegeben sei. Die Rechtsprechung weist vielmehr stets darauf hin, dass es sich hierbei um grobe Anhaltswerte handelt und die Prüfung, ob von einer Windenergieanlage eine optisch bedrängende, das Gebot der Rücksichtnahme verletzende Wirkung ausgeht, stets eine Würdigung aller Umstände des Einzelfalls erfordert.</p> <p>Die Anhaltswerte dienen lediglich der ungefähren Orientierung bei der Abwägung der gegenseitigen Interessen, entbinden aber nicht von einer Einzelfallwürdigung bei Abständen, die unterhalb der zweifachen und oberhalb der dreifachen Anlagenhöhe liegen (OVG Münster, Urteil v. 09.08.2006, Az. 8 A 3726/05).</p> <p>Dass ausnahmslos eine optisch bedrängende Wirkung der Anlage vorliegt, wenn der Abstand zu einem Wohnhaus geringer als das Zweifache der Gesamthöhe der Anlage ist, wird in der Rechtsprechung nicht angenommen (siehe hierzu ausdrücklich BVerwG, Beschluss v. 23.12.2010, Az. 4 B 36/10 zu dem in der Begründung zum Entwurf des RROP 2015 genannten Beschluss des OVG Münster v. 24.06.2010, Az. 8 A 2764/09).</p> <p>Da somit betreffend die Frage des Vorliegens einer optisch bedrängenden Wirkung eine Einzelfallprüfung erforderlich ist, kann die Fläche der zweifachen Gesamthöhe einer Anlage nicht als harte Tabuzone festgelegt werden, da auf dieser Fläche die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen weder aus tatsächlichen noch rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist.</p>	Die harte Tabuzone mit dem zweifachen der Gesamtanlagenhöhe als Abstand entspricht dem NLT Papier "Regionalplanung und Windenergie" und wurde auch vom OVG Lüneburg nicht beanstandet.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.64	E 01	Es ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb bei der für die Festlegung des Mindestabstands anzusetzenden Höhe der Windenergieanlage auf die derzeit höchste Windenergieanlage vom Typ Fuhrländer mit einer Gesamthöhe von 210m abgestellt wird, die jedoch im Landkreis Cuxhaven bislang weder gebaut noch offensichtlich beantragt wurde. Zudem bietet Vestas die WEA V126 mit einer Nabenhöhe von 149 m an, was einer Gesamthöhe von 212 m entspricht. Die technische Weiterentwicklung von Windenergieanlagen wird mit Sicherheit weitere höhere Anlagentypen hervorbringen, weshalb die Bezugnahme auf die Fuhrländermaschine nicht nachvollziehbar ist.	Siehe Stellungnahme 053.63	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.65	E 01	11. Abschnitt 4.2.2, Zu Textziffer 01 Satz 1 (Arbeitsschritt 3) — Mindestabstand von 4 km zwischen Windparks Die im Entwurf vorgesehene Vorgabe eines Mindestabstandes von 4 km zwischen Windparks ist abwägungsfehlerhaft. Der Mindestabstand ist fachlich nicht begründet und willkürlich gewählt. Auch aus raumordnerischer Sicht ist die Festlegung eines Mindestabstandes nicht erforderlich. Diese Vorgabe ist daher aufzuheben.	Im Land Niedersachsen wurde ein Abstand zwischen Windparks von 5 Kilometer empfohlen. Diese Empfehlung basierte auf der Rechtsprechung des OVG Lüneburg. Von diesem Richtwert kann im Einzelfall abgesehen werden. Die Heranziehung eines Abstandes von 4 Kilometer wird in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.66	E 01	Fehlende Rechtsgrundlage Für die Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Windparks gibt es keine Rechtsgrundlage. Bei der vom Landkreis Cuxhaven in der Begründung zum Mindestabstand in Bezug genommenen Landesempfehlung der obersten Raumordnungsbehörde handelt es sich lediglich um eine Empfehlung ohne jegliche rechtliche Bindungswirkung.	Siehe Stellungnahme P053.65	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.67	E 01	<p>Fehlende fachliche Begründung</p> <p>In der Begründung zum Entwurf des RROP 2015 führt der Landkreis Cuxhaven zu der weiterhin vorgesehenen Vorgabe eines Mindestabstandes von 4 km zwischen Windparks aus:</p> <p>Im Gebiet des Landkreises Cuxhaven soll der Mindestabstand zwischen den Windparks 4 Kilometer betragen. Aus Sicht des Landkreises Cuxhaven werden mit dieser Vorgabe einerseits das Landschaftsbild geschützt, andererseits jedoch keine Restriktionen vorgegeben, die einen Ausbau der Windenergie unnötig erschweren. Die Abweichung von der Landesempfehlung wird dabei als vertretbar erachtet.</p> <p>Die beabsichtigte Festlegung des Mindestabstands von 4 km zwischen den Windparks ist abwägungsfehlerhaft und unwirksam.</p> <p>Nach der Rechtsprechung ist für die Darstellung von Vorranggebieten für Windenergienutzung in einem Regionalplan, mit dem die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeigeführt werden soll, ein schlüssiges Planungskonzept erforderlich. Die planerische Entscheidung muss nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen werde, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten (BVerwG, Urteilv. 13.12.2012, Az.4CN 1/11).</p>	Die Begründung zur Festlegung des 4 km Abstandes zwischen Windparks wird ergänzt. Es wird eine Abwägung vorgenommen, bei der alle relevanten Belange eingestellt werden.	Zu berücksichtigen.
P053	P053.68	E 01	Die Festlegung des Mindestabstandes ist abwägungsfehlerhaft und unwirksam, weil der Landkreis Cuxhaven offensichtlich der Auffassung ist, zwingend einen Mindestabstand festlegen zu müssen, weil es hierzu eine Landesempfehlung der obersten Raumordnungsbehörde gibt. Diese Landesempfehlung beruht jedoch ihrerseits nicht auf zwingendem Recht, daher muss der Landkreis Cuxhaven unter Berücksichtigung aller Belange die Entscheidung über das Ob und das Ausmaß der Mindestabstandsregelung abwägen. Eine solche Abwägung ist hier nicht erfolgt.	Siehe Stellungnahme P053.67	Zu berücksichtigen.
P053	P053.69	E 01	Aus der Begründung im Entwurf RROP 2015 zu dem geplanten Mindestabstand von 4 km wird nicht deutlich, aus welchen Gründen ein Abstand von konkret 4 km zwischen den Windparks erforderlich ist, um das Landschaftsbild zu schützen. Allein die Begründung, mit dieser Abstandsvorgabe werde das Landschaftsbild geschützt, reicht nicht aus, denn es kommen hier auch geringere Mindestabstände in Betracht, bei denen ein Landschaftsbildschutz gegeben sein kann. Eine Auseinandersetzung mit geringeren Mindestabständen wie beispielsweise 3 km, 2,5 km oder 2 km zum Schutz des Landschaftsbildes findet jedoch nicht statt. Vielmehr wird hier lediglich ein pauschaler und willkürlich gewählter Mindestabstand vorgegeben, der fachlich nicht begründet wird und somit weder nachvollziehbar noch plausibel ist.	Siehe Stellungnahme P053.67	Zu berücksichtigen.
P053	P053.70	A	<p>Überwiegender Verzicht der Bundesländer auf Mindestabstandsvorgaben</p> <p>Da ein Mindestabstand zwischen Windparks fachlich nicht begründbar ist, verzichtet die Mehrzahl der Bundesländer in ihren Regionalplänen auf die Festlegung eines Mindestabstands zwischen den Windparks. Neben Niedersachsen empfehlen lediglich Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt einen Mindestabstand (siehe "Überblick zu den landesplanerischen Abstandsempfehlungen für die Regionalplanung zur Ausweisung von Windenergiegebieten", Bund-Länder Initiative Windenergie, Stand: Mai 2013). Entgegen der bestehenden Landesempfehlung in Mecklenburg-Vorpommern hat aktuell der Regionale Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte, der in seinem Regionalen Raumentwicklungsprogramm zunächst einen Mindestabstand von 5 km und sodann 2,5 km festgelegt hatte, mit Bezug auf die o.g. Rechtsprechung des BVerwG entschieden, auf die Festlegung eines Mindestabstandes gänzlich zu verzichten.</p>	Regelungen in anderen Bundesländern sind nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.71	E 11	<p>12. Einzelfallabwägungen für die Bestands-Windparks</p> <p>Ein Planungskonzept muss den allgemeinen Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebots gerecht werden. Dafür ist erforderlich, dass eine Abwägung überhaupt stattfindet, dass in die Abwägung an Belangen eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss, und dass weder die Bedeutung der betroffenen öffentlichen und privaten Belange verkannt noch der Ausgleich zwischen ihnen in einer Weise vorgenommen wird, die zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht. Innerhalb des so gebildeten Rahmens besteht ein planerischer Gestaltungsspielraum, den der Plangeber eigenverantwortlich dadurch ausfüllen darf und muss, dass er sich bei der Kollision zwischen verschiedenen Belangen für die Bevorzugung des einen und damit notwendig für die Zurückstellung eines anderen Belangs entscheidet.</p> <p>Die Einzelfallabwägungen dürften diesen Abwägungsgrundsätzen grundsätzlich genügen. Es wurden in die Abwägungen sowohl die Interessen der Anlagenbetreiber, Gemeinden und Grundstückseigentümer als auch die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes eingestellt. Insbesondere wurden die jeweiligen Belange und Interessen nicht nur pauschal benannt, sondern detaillierter dargestellt ("intensive Windenergienutzung", "Vorbelastung", Anzahl der bestehen den Anlagen, naturschutzfachliche Gegebenheiten) und sich mit den Gründen, die für und gegen die Ausweisung der Standorte als bauleitplanerisch gesicherter Bereich sprechen, im Einzelnen auseinandergesetzt.</p> <p>Ob die Einzelfallabwägungen in Bezug auf die Standorte, die von der beabsichtigten Zielfestlegung in Ziffer 11 Satz 3 erfasst werden, jeweils den Abwägungsgrundsätzen genügen, ist fraglich. Dies deshalb, weil in der Abwägung auf schwerwiegende naturschutzfachliche Belange hingewiesen wird und die Standorte nur deshalb als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen werden, weil bei einem Repowering die sich aus Ziffer 11 Satz 3 ergebende besondere Vorgabe der Beschränkung der Gesamtrorflächenvergrößerung beachtet werden muss, die jedoch nach unserer Auffassung unwirksam ist (siehe Ausführungen unter Punkt 15).</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.72	E 11	Die naturschutzfachlich begründete Einschränkung durch Ziffer 11 Satz 3 sollte aus den Abwägungen gestrichen werden.	Ohne die Einschränkung in Ziffer 11 Satz 3 wäre eine Übernahme dieser Standorte im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung nicht möglich, da in der Abwägung die schwerwiegenden naturschutzfachlichen Belange überwiegen würden. Die Standorte müssten somit gestrichen werden und wären auf den Bestandsschutz limitiert.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.73	SO 13	<p>13. Zum Standort Holßel/Neuenwalde (Potentialfläche 005)</p> <p>Entsprechend der genannten Argumentation ist die Potentialfläche 005 voll umfänglich als Vorrangfläche auszuweisen. Diese Fläche entspricht allen Vorgaben, insbesondere den naturschutzfachlichen - vergleiche positive Einschätzung der Flächen 13 a und b im Umweltbericht, Stand 05.06.15! und würde nur im letzten Arbeitsschritt aufgrund des „4-km-Mindestabstandskriteriums“ abgewiesen.</p>	Dies ist richtig. Zwischen den Vorranggebieten muss ein einheitlicher Abstand von 4 km eingehalten werden. Wenn nun zwischen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen bzw. Vorranggebieten und bauleitplanerisch gesicherten Bereichen dieser Abstand nicht eingehalten werden würde, vielmehr sogar ein Standort über den bisherigen Flächenzuschnitt hinaus vergrößert werden würde, obwohl dieser bereits den Abstand unterschreitet, wäre dies eine Ungleichbehandlung und würde dem einheitlichen Planungskonzept widersprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.74	SO 13	Hierdurch gehen wesentliche Potentiale für die Windenergie verloren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.75	SO 13	Die Begründung auf S.35 bezüglich der Sonderregelung ist nicht schlüssig und daher nicht haltbar.	Eine Aufgabe dieser Sonderregelung würde bedeuten, dass sowohl Holßel-Neuenwalde, als auch Ringstedt nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen werden könnten.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.76	B 05	<p>14. Abschnitt 4.2.2, Textziffer 05 Satz 2 - Anlagenhöhen</p> <p>Gemäß Entwurf des RROP 2015 sind in Abschnitt 4.2.2, Textziffer 05 Satz 2 (weiterhin) innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig. Das Raumordnungsziel lautet konkret:</p> <p>Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung sind maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig.</p> <p>Änderungsvorschlag: Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung sind maximal drei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig. Von diesem Ziel kann in Einzelfällen abgewichen werden, wenn die unterschiedlichen Anlagenhöhen geringfügig (+/-10%) voneinander abweichen.</p> <p>Begründung: In Einzelfällen kann es erforderlich werden das unterschiedliche Anlagenhöhen verbaut werden müssen um Windvorrangflächen max. ausnutzen zu können. Da Altanlagen völlig andere Anlagenhöhen aufweisen als neu geplante und oft unterschiedliche Betreiber in einer Windvorrangfläche agieren ist eine flexible Vorgabe erforderlich.</p>	<p>Die Regelung wird beibehalten. Zum einen gibt es in Windvorranggebieten im Landkreis Cuxhaven nicht häufig unterschiedliche Betreiber. Dies ist vielmehr eher selten der Fall. Zum anderen ist diese Regelung auf eine optisch wahrnehmbare Höhe bezogen. Höhenunterschiede von wenigen Metern, die optisch nicht wahrnehmbar sind, sind für diese Regelung nicht von Belang. Zuletzt können die Altanlagen für ein Repowering abgebaut werden, somit würde sich wieder eine neue mögliche Höhe ergeben. Der Landkreis Cuxhaven ist davon überzeugt, dass die Investoren sich, auch aus ökonomischen Interesse, auf eine gemeinsame Höhe bei einem Repowering einigen können.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.77	B 05	Alternativ sollte diese Festsetzung ganz gestrichen werden, da die nachgelagerte Bauleitplanung der Gemeinden projektspezifisch entsprechende Regelungen vorgeben kann, wo es erforderlich erscheint.	Siehe Stellungnahme P053.77	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.78	B 06 / E 06	<p>1 5. Abschnitt 4.2.2, Textziffer 06 — Lage der Rotorblätter</p> <p>Im Entwurf des RROP 2015 ist in Textziffer 06 die Lage der Rotorblätter nun als Ziel der Raumordnung festgelegt. Das Raumordnungsziel lautet konkret:</p> <p>Neu zu errichtende Windkraftanlagen müssen vollständig innerhalb eines Vorranggebietes oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches stehen. Dies schließt ausdrücklich auch die Rotorblätter ein. Sollte diese Begründung nicht noch korrigiert werden, würde der Landkreis Cuxhaven von der überwiegenden Verwaltungspraxis im gesamten Bundesgebiet abweichen, die bisher nur hinsichtlich des Turms inkl. Fundament, nicht aber hinsichtlich des Rotors, die vollständige Errichtung im Vorranggebiet fordert. Mit der Änderung wären zahlreiche Planungen von Projektentwicklern, die sich auf diese gängige Praxis verlassen haben, hinfällig.</p>	<p>Die Rechtsprechung des VG Hannover ist den Projektentwicklern bereits seit einigen Jahren bekannt, die neue Regelung dürfte somit nicht überraschend kommen. Die Regelung aus Ziffer 06 wird bereits seit mehreren Monaten kommuniziert, seitens der Projektentwickler wurde diese neue Regelung für derzeitige Planungen bislang widerspruchlos umgesetzt (Stand November 2015). Mögliche Umplanungskosten stellen ein unternehmerisches Risiko dar. Den Projektentwicklern ist bekannt, dass die zum Zeitpunkt der Genehmigung gültige Fassung des RROP beachtet werden muss und sich somit immer noch Änderungen ergeben können.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.79	B 06 / E 06	Die Vorgabe im RROP, dass die vom Rotor überstrichene Fläche vollständig innerhalb der Vorranggebiete liegen muss, würde für die Gemeinden zu einem beachtlichen Verlust an real beplanbarer Fläche führen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.80	B 06 / E 06	<p>Wenn der Rotor die Grenzen eines Vorranggebietes nicht überschreiten darf, können Vorranggebiete, deren Grenzen Ecken und Spitzen aufweisen, wirtschaftlich nicht mehr optimal zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien genutzt werden. Im Gegenteil, diese Festlegung hat zur Folge, dass die Vorranggebiete aufgrund der marktüblichen Anlagen mit Rotordurchmessern von 100-130 m nur sehr stark eingeschränkt genutzt werden können. Bei gleichbleibender Vorrangflächen größe würden 20-30% der bislang geplanten WEA durch diese Regelung wegfallen. Das belegt auch die Studie des Dewi und der Klimaschutzagentur Hannover von Juni 2015 (siehe Anlage 6). Wie bereits unter Punkt 6 erläutert sind im Fall des Windparks Odisheim durch diese Regelung 33 % der WEA-Standorte weggefallen.</p>	<p>Der Landkreis Cuxhaven ist sich dieser Einschränkung bewusst. Die Gründe dieses Ziel festzulegen, wurden in der Begründung ausgeführt. Die wirtschaftliche Optimierung ist kein Kriterium, das bei dieser Regelung zugrunde gelegt wurde.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.81	B 06 / E 06	<p>Im Sinne der Investitionssicherheit und im Sinne einer möglichst großen Ermessensbreite im Genehmigungsverfahren und in der Bauleitplanung der betroffenen Gemeinden möchten wir Sie bitten, die Möglichkeit der Rotoren auch außerhalb von Vorranggebieten entsprechend der bisherigen Praxis im neuen RROP zu regeln. Es wäre aus unserer Sicht zumindest notwendig, eine entsprechende Regelung in die Begründung zum RROP aufzunehmen bzw. im Sinne der Rechtssicherheit diese Regelung als Ziel der Raumordnung zu verankern. Es liegt in der Satzungscompetenz des Landkreises Cuxhaven, im RROP mit entsprechenden Planaussagen das Überschreiten der Vorrangbegrenzen durch den Rotor der WEA zuzulassen. Welche Zielsetzungen getroffen werden, kann der Landkreis als dafür zuständiges, demokratisch legitimes Gremium und Träger der Regionalplanung entscheiden.</p>	Eine Anpassung der Regelung in Ziffer 06 ist nicht vorgesehen. Die Gründe für dieses Ziel wurden in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.82	B 06 / E 06	Der Landkreis Cuxhaven kann im RROP auch eine Regelung dahingehend aufnehmen, dass die Festlegung über die Lage der vom Rotor einer WEA überstrichenen Fläche den Gemeinden als Träger der Bauleitplanung überlassen wird.	Siehe Stellungnahme P053.81	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.83	A	<p>Eine solche Entscheidung würde auch nicht im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorgaben stehen. Die Landkreise sind gesetzlich verpflichtet, lediglich diejenigen Ziele der Raumordnung in den RROP festzulegen, die durch das Landes-Raumordnungsprogramm den Regionalen Raumordnungsprogrammen vorgegeben werden. Die Festlegung weiterer Ziele und Grundsätze der Raumordnung liegt im Ermessen der Landkreise. Diese weiteren Ziele und Grundsätze der Raumordnung dürfen lediglich den gesetzlichen Grundsätzen der Raumordnung und den Zielen und Grundsätzen des Landes-Raumordnungsprogramms nicht widersprechen. Insoweit hebt auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover, die sich zudem auf einen anders gelagerten Einzelfall bezieht, nicht die souveräne Entscheidungsfindung des Kreistages auf.</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven kann somit in die Begründung oder beschreibende Darstellung des RROP ausdrücklich aufnehmen, dass die von den Rotoren der Anlagen überstrichene Fläche auch außerhalb der Vorranggebiete liegen darf bzw. eine solche Regelung durch die Kommunen erfolgen soll.</p>	Siehe Stellungnahme P053.81	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.84	E 06	<p>Fehlende gefestigte Rechtsprechung</p> <p>Die nun erstmals im Entwurf des RROP 2015 enthaltene Begründung zu der beabsichtigten Textfestlegung in Ziffer 06 überzeugt nicht. Der Landkreis Cuxhaven stellt in der Begründung zu Ziffer 06 zunächst fälschlich dar, dass es eine wiederholte Rechtsprechung dazu gibt, dass die Rotorblätter zwingend innerhalb der Vorranggebiete liegen müssen, geben würde. Eine wiederholte Rechtsprechung gibt es jedoch nicht.</p>	Das VG Hannover hat die Übertragung des BVerwG auf die Raumordnung zwei Mal vorgenommen. Es handelt sich somit nicht um eine Einzelfallentscheidung.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.85	E 06	Das OVG Lüneburg hat die Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit die Rechtsprechung des BVerwG auf ein durch ein RROP ausgewiesenes Vorranggebiet übertragbar ist, bislang nicht geklärt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.86	E 06	Das VG Hannover hat in einer Entscheidung in 2011 eine Übertragbarkeit der Rechtsprechung des BVerwG auf Vorranggebiete in einem RROP für sachlich gerechtfertigt gehalten. An dieser Stelle verweisen wir noch einmal darauf, dass das VG Hannover sich in seiner Entscheidung in 2011 nicht inhaltlich mit der Entscheidung des BVerwG auseinandersetzt und nicht berücksichtigt, dass die Regionalplanung im Gegensatz zur Flächennutzungsplanung im größeren Maßstab als der Flächennutzungsplan plant.	Die Herleitung der Rechtsprechung des VG Hannover ist nicht Gegenstand dieses Aufstellungsverfahrens. Ob die Übertragung des BVerwG Urteils auf die Raumordnung rechtlich gesehen korrekt ist, kann und wird nicht durch den Landkreis Cuxhaven geprüft. Eine solche Prüfung muss durch höherinstanzliche Gerichte erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.87	E 06	In der weiteren in der Begründung zu Ziffer 06 benannten Entscheidung des VG Hannover vom 30.08.2012 hat das Gericht sich nicht mit der Frage der Lage der Rotorblätter innerhalb von Vorranggebieten in einem RROP befasst! Die Entscheidung betrifft die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb einer in einem Flächennutzungsplan dargestellten Vorrangfläche. Dieser Sachverhalt wird allerdings von der Rechtsprechung des BVerwG, die sich auf Bauleitpläne bezog, erfasst.	In den Entscheidungsgründen im vorliegenden Urteil verweist das VG Hannover auf diese erste Rechtsprechung und das Erfordernis, dass eine Windenergieanlage komplett innerhalb eines Vorranggebietes sein muss: "Auch davon kann hier wohl - noch - nicht ausgegangen werden. Zwar reicht es - darauf weist die Klägerin zu Recht hin - nicht aus, dass der Turm einer Windenergieanlage innerhalb der in einem Flächennutzungsplan dargestellten Vorrangfläche errichtet wird. Vielmehr muss auch die vom Rotor überstrichene Fläche die äußeren Grenzen der Vorrangfläche einhalten (vgl. BVerwG, Urt. v. 21.10.2004 - 4 C 3/04 -, juris Rdnr. 40; VG Hannover, Urt. v. 22.09.2011 - 4 A 1052/10 -, juris)." (VG Hannover vom 30.08.2012 Az.: 12 A 1642/11)	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.88	E 06	Insofern kann also bei lediglich einer Entscheidung eines Verwaltungsgerichts von einer "wiederholten" oder gar gefestigten Rechtsprechung entgegen der Darstellung des Landkreises keine Rede sein.	Eine gefestigte Rechtsprechung wurde seitens des Landkreises zu keinem Zeitpunkt attestiert. Die Rechtsprechung ist jedoch nur einer von mehreren Gründen für diese Regelung.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.89	E 06	Keine immissionsschutzrechtliche Beeinträchtigung Die Festlegung in Ziffer 06 Satz 2 ist unverhältnismäßig und abwägungsfehlerhaft. Die Begründung zu Ziffer 06 Satz 2, dass bei einem Herausragen der Rotorblätter aus den Vorranggebieten/bauleitplanerisch gesicherten Bereichen die Flügelspitzen die Vorsorgeabstände unterschreiten und somit den Vorsorgeabständen entgegenstehen würden, geht in der Sache fehl.	Wenn bei heutigen Flügelängen der politisch beschlossene Mindestabstand bis zu 40-50m (rund 10% des Mindestabstands der sonstigen wohnbaulichen Nutzung) unterschritten wird, sieht der Landkreis Cuxhaven dies als eine erhebliche Unterschreitung der politisch beschlossenen Abstände an. Zudem werden Flächen genutzt, die über die eigentlichen Potentialflächen hinausgehen. Eine Unverhältnismäßigkeit wird darin, dass nur die Fläche genutzt werden darf, die auch tatsächlich eine Potentialfläche darstellt und die vom Landkreis Cuxhaven als Vorranggebiet ausgewiesen bzw. als bauleitplanerisch gesichert übernommen wurde, wird nicht gesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.90	E 06	Die Vorsorgeabstände zur Wohnbebauung sollen dem Schutz der Bewohner vor Lärm und Schattenwurf dienen. Der Landkreis Cuxhaven erkennt, dass der Zweck der Vorsorgeabstände auch erreicht werden kann, wenn die Flächengrenzen von Vorrangflächen/Konzentrationszonen nicht vollständig von den Rotoren einer WEA eingehalten werden. Denn durch ein Heranrücken einer Windenergieanlage an die Wohnbebauung um ca. 50 m verändert sich der Beurteilungspegel für die Bewohner nicht relevant.	Siehe Stellungnahme P053.89	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.91	E 06	Die Bewohner werden zudem durch die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geforderte Einhaltung der maßgeblichen Werte der TA Lärm ausreichend geschützt.	Es geht nicht alleine um den Schutz der Menschen, sondern das politisch festgelegte Kriterien eingehalten werden und nur Flächen genutzt werden, die auch tatsächlich vom Landkreis ermittelt bzw. festgelegt wurden.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.92	E 06	Mit diesen dem Landkreis Cuxhaven aus mehreren Stellungnahmen zum Entwurf 2014 bekannten Argumenten setzt sich der Landkreis überhaupt nicht auseinander.	Die Regelung in Ziffer 06 wurde erst im Entwurf 2015 aufgenommen. Sie kann somit nicht bereits Gegenstand von Stellungnahmen zum Entwurf 2014 gewesen sein.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.93	E 06	Zulässige Regelungen in der Bauleitplanung Die beabsichtigte Festlegung in Ziffer 06 Satz 2 als Raumordnungsziel schränkt die Planungshoheit der Kommunen ungebührlich ein. Insbesondere ist kein Grund ersichtlich, warum auch die Rotorblätter zwingend innerhalb der Vorranggebiete bzw. bauleitplanerisch gesicherten Bereiche liegen müssen. Die Regelung der Lage der Rotorblätter sollte sinnvollerweise nicht auf der Ebene der Regionalplanung erfolgen, sondern den Kommunen im Rahmen der Bauleitplanung überlassen werden.	Es ist nicht ersichtlich, inwieweit durch die Regelung in Ziffer 06 die Planungshoheit der Gemeinden eingeschränkt wird. Seitens der Gemeinden kann im Rahmen der Bauleitplanung als Sondergebiet Windenergienutzung lediglich der Bereich als Fläche festgelegt werden, der auch vom Landkreis Cuxhaven in der zeichnerischen Darstellung festgelegt wurde - unabhängig von Ziffer 06. Die Ziffer 06 schränkt lediglich die Verwertungsmöglichkeit der Investoren ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.94	E 06	Die Rechtsprechung hat auch ein Überschreiten von Grenzen einer Konzentrationszone durch die Rotorblätter von WEA in den Fällen nicht beanstandet, in denen sich aus den Planaussagen und/oder der Begründung des Flächennutzungsplans ergibt, dass lediglich der Turm innerhalb der Konzentrationsfläche liegen muss und ein Überstreichen der Rotorblätter von Flächen außerhalb der Konzentrationsfläche zulässig ist (s. OVG Lüneburg, Urteil v. 24.01.2008, Az.12 LB 44/07;VG Lüneburg, Urteil v. 03.06.2010, Az. 2 A 616/08,juris, Rn. 7, 61).	Die Ziffer 06 wird beibehalten. Die Gründe für die Regelung wurden in der Begründung benannt. Dabei ist es nicht von belang, ob es rechtlich möglich wäre, dies auf kommunaler Ebene zu regeln.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.95	E 11	1 6. Abschnitt 4.2.2, Textziffer 1 1 Satz 3 - 1 5 % - Rotorflächenvergrößerung Die Beschränkung der Erhöhung der Gesamtrotorfläche um (lediglich) 15 % ist abwägungsfehlerhaft. Diese Vorgabe ist weder rechtlich noch fachlich begründet und willkürlich. Auf die Festlegung ist daher zu verzichten. Im Einzelnen:	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.96	E 11	<p>Beabsichtigte Zielfestlegung und Begründung durch den Landkreis</p> <p>Nach der beabsichtigten Zielfestlegung in Ziffer 11 Satz 3 soll ein Repowering in mehreren bauleitplanerisch gesicherten Bereichen nur unter der Voraussetzung zulässig sein, dass sich die Gesamtrotorfläche nicht wesentlich erhöht, wobei gemäß Ziffer 11 Satz 4 eine Erhöhung der Gesamtrotorfläche um 15 % nicht wesentlich sein soll.</p> <p>Nach der Begründung zu dieser Vorgabe könne bei einer nicht wesentlichen Zunahme der Gesamtrotorfläche die naturschutzfachliche Konfliktlage auf den betreffenden Flächen eher bewältigt werden, als bei einem nicht reglementierten Repowering. Berechnungen des Landkreises auf den betreffenden Flächen hätten gezeigt, dass durch die Regelung weniger Windenergieanlagen errichtet werden könnten, als im Zuge eines "normalen" Repowering. Durch eine geringere Anzahl an Windenergieanlagen könne den naturschutzfachlichen Belangen entgegengekommen werden.</p> <p>Der für die Beschränkung der Erhöhung der Gesamtrotorfläche festgelegte Wert von 15 % soll sich aus Überlegungen und Berechnungen des Landkreises Cuxhaven ergeben. So wurde in einem ersten Schritt angenommen, dass unter "nicht wesentlich" maximal 10 % zu sehen seien. Mit einer solchen Vorgabe würde jedoch ein Repowering auf vielen Standorten eingeschränkt werden, eine höhere Vorgabe von 20 % oder 30 % würde dem Ziel der Verhinderung der größeren Beeinträchtigung von Landschaft und Avifauna widersprechen. Letztlich sei deshalb ein Wert von 15 % festgelegt worden, der einen Mittelwert darstelle. Dieser erlaube nach Berechnungen des Landkreises Cuxhaven den Investoren ein Repowering, bei dem am Ende mehr Energie erzeugt werden könne, als durch die Altanlagen, zugleich würden jedoch auch eine erhebliche Anzahl an Altanlagen abgebaut und somit die Situation vor Ort verbessert.</p>	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.97	E 11	<p>Keine erhöhte Kollisionsgefahr/Einzelfallprüfung</p> <p>Zunächst unterscheidet der Landkreis Cuxhaven nicht zwischen den einzelnen in Ziffer 11 Satz 3 aufgeführten Windparkstandorten, sondern geht für alle genannten Standorte pauschal davon aus, dass ein "normales" Repowering aus naturschutzfachlichen Gründen unzulässig sei. Es ist aber für jeden einzelnen Standort im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu prüfen, ob einem Repoweringvorhaben am jeweiligen Standort Belange des Naturschutzes entgegenstehen.</p>	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.98	E 11	Insbesondere berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven bei seinen Überlegungen nicht, dass die Vergrößerung der Rotorfläche zwar eine Vergrößerung des Gefährdungsbereichs und damit eine Erhöhung der Kollisionsgefahr bewirkt, diese Erhöhung aber in den meisten Fällen durch die verringerte Umdrehungszahl größerer Rotoren, durch die sich die Kollisionswahrscheinlichkeit beim Durchflug kollisionsgefährdeter Arten verringert sowie durch größere Nabenhöhen kompensiert wird. Ein Repowering führt daher in der Regel zu einer Verringerung der Kollisionsgefahr.	Eine Aussage zu diesem Themenkreis setzt die Kenntnis der konkret geplanten Windenergieanlage voraus. Sie ist somit nicht Betrachtungsgegenstand auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms, sondern der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. - Eine generelle Aussage zur Reduzierung der Kollisionsgefahr bei einem Repowering mit längeren Rotorblättern ist keinesfalls möglich. So wird in den Abstandempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2015 auf folgende Sachverhalte hingewiesen: "Aus Sicht des Vogelschutzes wird beim Repowering positiv gesehen, dass damit Möglichkeiten zur Reduzierung der Anlagenzahl bzw. der Herausnahme von WEA aus kritischen Standorten geschaffen werden. Auch die i.d.R. höhere Bauweise und der dadurch vergrößerte Abstand der Rotorzone zum Boden wie auch zwischen den WEA kann zu einer Reduktion des Kollisionsrisikos führen. Allerdings betrifft dies nur WEA-sensible Vogelarten, die überwiegend in vergleichsweise niedrigen Höhen fliegen/jagen und die nicht zu den Thermikseglern zählen (...). Grundsätzlich kritisch wird der Einsatz von längeren Rotorblättern (> 45 m) gesehen. Er führt zu einer Vervielfachung des von den Rotorblättern beeinflussten/regelmäßig durchschnittlichen Luftraumes sowie der damit verbundenen Luftdruckunterschiede und Sogwirkungen. Das Gleiche gilt für den Bedarf an größeren Kranstell- und Montageflächen. Sie wirken sich neben dem Flächenverbrauch auch auf die thermischen Gegebenheiten im Nahbereich der Anlagen aus (...) und können ggf. zu damit verbundenen Sekundäreffekten führen."	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.99	E 11	Verhinderung von Repoweringvorhaben/ Willkürliche Festlegung Mit der Beschränkung der Erhöhung der Gesamtrorfläche auf lediglich 15 % ist ein Repowering an den in Ziffer 11 Satz 3 genannten Standorten wirtschaftlich nicht möglich. Die Begründung enthält denn auch bezeichnenderweise kein Berechnungsbeispiel für ein wirtschaftlich sinnvolles Repowering mit einer Gesamtrorflächenvergrößerung um 15%.	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.100	E 11	Die in der Begründung zu Ziffer 11, Satz 3 enthaltenen Überlegungen des Landkreises Cuxhaven sind nicht ansatzweise nachvollziehbar und bereits in ihrem Ausgangspunkt abwägungsfehlerhaft. Denn es ist bereits nicht ersichtlich, warum eine Rotorflächenvergrößerung von maximal 10 % nicht wesentlich sein soll. Ebenso kann angenommen werden, dass eine Rotorflächenvergrößerung von maximal 1 5%, 20 %, 30% unwesentlich ist.	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.101	E 11	Weiter widerspricht sich der Landkreis Cuxhaven in der Begründung, wenn nach seiner Auffassung unter einer nicht wesentlichen Erhöhung der Gesamtrorfläche maximal 10 % zu sehen seien, dann jedoch eine Erhöhung um 15 % festgelegt wird.	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.102	E 11	Weiter ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine Erhöhung um 15‰ das Landschaftsbild und die Avifauna nicht wesentlich beeinträchtigen soll, hingegen eine Erhöhung um 20 % (also lediglich 5‰ mehr) oder 30 % bereits zu einer wesentlichen Beeinträchtigung von Landschaft und Avifauna führen soll. Die angenommenen Werte entbehren einer rechtlich und fachlich begründeten Grundlage oder ansatzweise nachvollziehbaren Herleitung. Sie sind willkürlich festgelegt und damit rechtswidrig.	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.103	E 11	Die beabsichtigte Zielfestlegung in Ziffer 11 Satz 3 ist somit abwägungsfehlerhaft, weil sie weder plausibel noch nachvollziehbar ist und einen Verstoß gegen das Willkürverbot (Artikel § Abs. 1 GG) darstellt.	Siehe Stellungnahme P053.95	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.104	B 04 / E 04	1 7. Rückbausicherung nach Ziffer 3.4.2.3 des Windenergieerlasses Nach Ziffer 3.4.2.3 des Entwurfs des Windenergieerlasses (WEE) soll sich die Höhe der Sicherheitsleistung nach der Formel „Nabenhöhe der WEA [m] x 1000 [Euro/m] = Betrag der Sicherheitsleistung [Euro]“ berechnen. In begründeten Einzelfällen, d. h. bei Vorliegen außergewöhnlicher Konstellationen, kann eine abweichende Bemessung der Sicherheitsleistung vorgenommen werden.	Kenntnisnahme	
P053	P053.105	B 04 / E 04	Bei dem WEE handelt es sich um eine Verwaltungsvorschrift, die die niedersächsischen Genehmigungsbehörden bindet. Die Festlegung einer Sicherheitsleistung nach der im Entwurf des Erlasses vorgesehenen Berechnungsformel ist bereits in aktuell laufenden Genehmigungsverfahren auch schon vor Wirksamkeit des WEE möglich, so wie auch eine Festlegung zur Höhe der Rückbaubürgschaft in Ermangelung einer niedersächsischen verbindlichen Regelung nach den Vorgaben anderer Windenergieerlasse, beispielsweise nach dem Windenergieerlass Sachsen-Anhalt (36.000,00 EUR je MW) stets möglich war.	Die Rückbausicherung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.106	B 04 / E 04	Die Neuberechnung von in bestandskräftigen Genehmigungen bereits festgesetzten höheren Rückbaubürgschaften ist auch noch nachträglich möglich. Dies ergibt sich bereits aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Artikel 3 Abs. 1 GG.	Siehe Stellungnahme P053.105	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.107	B 04 / E 04	Im Übrigen hat der Landkreis Cuxhaven in der Vergangenheit in anderen Genehmigungsverfahren schriftlich erklärt, eine Neuberechnung von in den Genehmigungen festgesetzten Bankbürgschaften für den Fall vorzunehmen, dass es in Niedersachsen zu einem Erlass oder einer vergleichbaren verbindlichen Regelung kommt, mit der die Höhe und Ermittlung von Rückbaubürgschaften für Windenergieanlagen festgelegt wird (z.B. in den Widerspruchsverfahren Windpark Holßel, Windpark Wittgeeste).	Siehe Stellungnahme P053.105	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.108	U	18. Projektspezifische Anmerkungen im Bezug auf den Umweltbericht — Teil C: Die dem Umweltbericht und der FFH-VU zugrunde gelegten Datengrundlagen (z. B. zur Brutvogelbestand) sind nicht ausreichend nachvollziehbar. Für eine Nachvollziehbarkeit der Aussagen von Umweltbericht und FFH-VU (Bosch&Partner, Stand 05.06.201 5) fehlen insbesondere Angaben zur Datenquelle und dem Alter der Daten.	Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Bei den verwendeten Daten für die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen auf die windenergieempfindlichen Vogelarten handelt es sich um den BIOS-Datensatz des Landkreises Cuxhavens (v.a. Brutvogeldaten). Diese wurden zum Stand Herbst 2014 abgerufen. Genauere Angaben zum Stand der Daten sind der Naturschutzfachlichen Einschätzung von Potenzialflächen (S.1ff) des Landkreises Cuxhaven im Entwurf RROP 2015 zu entnehmen. Die FFH-Vorprüfung erfolgt i.d.R. überschlägig anhand von vorhandener Unterlagen zum Vorkommen von Arten und Lebensräumen und anhand akzeptierter Erfahrungswerte zur Reichweite und Intensität von Beeinträchtigungen. Für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist eine zusätzliche Datenerhebung notwendig, die im Zuge der SUP jedoch nicht durchgeführt wird. Für die FFH-Vorprüfungen wurden die Informationen aus den Standarddatenbögen (SDB) des NLWKN mit Stand 2010 (bzw. aus dem NWattNPG vom 19.02.2010 für das Niedersächsische Wattenmeer) zu den VSG- und FFH-Gebieten der Bewertung zugrunde gelegt. Genauere Hinweise dazu sind in "ausgewertete Datengrundlagen" in der jeweiligen FFH-Vorprüfung dargestellt. Wann genau Kartierungen zu Lebensraumtypen und Arten durch das NLWKN erfolgte, ist dem jeweiligen SDB zu entnehmen. Die Hinweise zum NWattNPG werden im Zuge der Überarbeitung des Umweltberichts für den RROP 2015 (Entwurf) aktualisiert.	Teilweise zu berücksichtigen
P053	P053.109	U	Für alle Bestands-Windparks, die nun bauleitplanerisch gesicherte Bereiche sind, ist unter 1.4 des Umweltberichts zu ergänzen, dass es sich um WEA-Vorranggebiete handelte.	Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche sind keine Vorranggebiete. In Bezug auf die Unterscheidung zwischen Vorranggebieten und bauleitplanerisch gesicherte Bereiche wird auf die Begründung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.110	SO 20	<p>Zum Standort Langen-Sievern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Von den in Pkt. 2.6 genannten „Windenergieempfindlichen Vogelarten“ Weißstorch, Uhu und Sumpfohreule konnten im Rahmen der mit dem LK Cux abgestimmten vorhabenbezogenen avifaunistischen Bestandserfassungen 2014 und der vorhabenbezogenen Raumnutzungsanalyse/spezielle Nachsuche Uhu in 2015 die Arten Uhu und Sumpfohreule nicht nachgewiesen werden.</li> </ul>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 73 bis 75 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern")]. - Der östliche Teil der nordöstlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern" liegt innerhalb des 500 m-Puffers zu einem Kranich-Vorkommen. - Der weit überwiegende Teil der südwestlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern" und der weit überwiegende Teil der nordöstlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern" liegen innerhalb der 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu drei Weißstorch-Vorkommen. Ein kleiner Teil der nordöstlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern" liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Uhu-Vorkommen. - Die gesamte nordöstliche Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern" liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Vorkommen der Sumpfohreule. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.111	SO 20	<p>Die Ergebnisse der avifaunistischen Bestandserfassungen 2014 bzgl. der Windenergieempfindlichen Vogelarten und der speziellen Nachsuche für den Uhu im Bereich der WP Langen-Sievern und Debstedt (Deponie Neuenwalde) in 2015 liegen der UNB des LK Cux bereits vor (siehe E-Mails vom 8.4.2015, Übergabe Avifauna-Daten 2104 an UNB am 1.12.2014). So konnten im Rahmen der Uhu-Erfassungen mittels Klangattrappen an den beiden vereinbarten Standorten Deponie Neuenwalde und Dahlemer Holz keine Uhus festgestellt werden. Auf eine weitergehende Potenzialanalyse hinsichtlich der möglichen Nahrungshabitate des Uhus im Untersuchungsgebiet des WP Langen-Sievern kann daher verzichtet werden.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 73 bis 75 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern")]. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.112	SO 20	<p>Die vorhabenbezogene Raumnutzungsanalyse (RNA) für den WP Langen-Sievern berücksichtigt absprachegemäß folgende Windenergieempfindliche Vogelarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Weißstorch, Mäusebussard, Turmfalke und Kranich. Die noch nicht endgültigen Ergebnisse der RNA werden im weiteren Planungsverlauf berücksichtigt.</li> </ul>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 73 bis 75 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Sievern")]. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.113	SO 18	<p>Zum Standort Langen-Debstedt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Unter Punkt 13 des Umweltberichtes sind vorhandene WEA auch in der nördlichen Umgebung (Testfeld) zu ergänzen.</li> </ul>	<p>Da das Testfeld für eine Bewertung der potenziell erheblichen Umweltauswirkungen nicht ausschlaggebend für Gesamtbeurteilung des bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Langen-Debstedt ist, wird auf eine Ergänzung des Umweltberichts verzichtet. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.114	SO 18	<ul style="list-style-type: none"> <li>Von der in Punkt 2.6 genannten "windenergieempfindlichen Vogelart" Uhu konnte im Rahmen der mit dem LK Cux abgestimmten speziellen Nachsuche Uhu in 2015 die Art nicht nachgewiesen werden. Die Ergebnisse für den Uhu im Bereich der WP Langen-Sievern und Debstedt (Deponie Neuenwalde) in 2015 liegen der UNB des LK Cux bereits vor (siehe E-Mails vom 8.4.2015, Übergabe Avifauna-Daten 2104 an UNB am 01.12.2014). So konnten im Rahmen der Uhu-Erfassungen mittels Klangattrappen an den beiden vereinbarten Standorten Deponie Neuenwalde und Dahlemer Holz keine Uhos festgestellt werden.</li> </ul>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 69 bis 70 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Debstedt")]. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.115	SO 18	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zu 2.10: es befindet sich kein Wald &gt; 1 ha im Plangebiet, sondern im Umfeld.</li> </ul>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 69 bis 70 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Debstedt")]. - Die östlich der Autobahn A27, nördlich der Photovoltaik-Freiflächenanlage gelegene Waldfläche hat eine Flächengröße von über 1 ha; ein kleiner Teil - mit einer Länge von etwa 30 bis 40 m - ragt in die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Debstedt" hinein.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.116	SO 18 / E-N	<ul style="list-style-type: none"> <li>In der Unterlage „Naturschutzfachliche Einschätzung von Potentialflächen“ Stand Juni 2015 wird dargelegt, dass keine Fledermausdaten vorliegen. Für das Repoweringvorhaben sind der UNB jedoch die Ergebnisse der Fledermausuntersuchung überreicht worden, vergl. Antragsunterlagen (Az. 63ImG 18/2013).</li> </ul>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 69 bis 70 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Debstedt")]. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung wurden im Hinblick auf die Fledermäuse nur einheitlich für das Kreisgebiet aufbereitete Daten zugrunde gelegt [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 2]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.117	SO 19	<p>Zum Standort Langen-Krempel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Unter 1.7 des Umweltberichtes ist eine weitere Vorbelastungen zu ergänzen: aktiver Sandabbau östlich der Fläche.</li> </ul>	Das Sandabbaugebiet wird im Umweltbericht zum Standort Langen-Krempel unter Vorbelastungen (Pkt. 1.7) ergänzt.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.118	SO 19 / E-N	<p>• In der Unterlage „Naturschutzfachliche Einschätzung von Potentialflächen“ Stand Juni 2015 wird dargelegt, dass keine Fledermausdaten vorliegen. Für das Repoweringvorhaben sind der UNB jedoch die Ergebnisse der Fledermausuntersuchung überreicht worden, vergl. Antragsunterlagen (Az. 63 ImG 17/2013).</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 70 bis 72 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Langen-Krempel")]. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung wurden in der Regel nur einheitlich für das Kreisgebiet aufbereitete Daten zugrunde gelegt [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 2]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.119	A	<p>1 9. Allgemeines Vorgehen zur Übertragung der bauplanerisch gesicherten Flächen in das regionale Raumordnungsprogramm</p> <p>Da es zu Übertragungsfehlern bei der Darstellung der bauplanerisch gesicherten Flächen innerhalb des regionalen Raumordnungsprogramms kommen kann, sollte in den Erläuterungen darauf hingewiesen werden, dass im Zweifel die tatsächliche Ausweisung der kommunalen Bauleitpläne für die bauleitplanerischen gesicherten Flächen maßgeblich ist.</p>	<p>Maßgeblich ist die RROP-Darstellung. Alle Flächennutzungspläne zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurden digitalisiert. Sofern Abweichungen gesehen werden, müssen diese vom Einwender konkret benannt werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.120	A	<p>Energiekontor bittet um Beachtung der dargestellten Hinweise und Sachverhalte. Weiter verweisen wir auf unsere Stellungnahmen vom 17.01.2014, 14.08.2014 und 03.09.2014 sowie vom 17.02.2015 (WP Wittgeeste) im Zuge der ersten Beteiligung zur RROP-Teilfortschreibung. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Anlagen</p> <p>Anlage 1 WP-Bramstedt_Fachgutachten-Uhu-1 5-07-15</p> <p>Anlage 2 Lageplan Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt</p> <p>Anlage 3 Lageplan Vorranggebiet Uthlede</p> <p>Anlage 4 Mail vom 17.02.2015 zum WP Wittgeeste</p> <p>Anlage 5 Lageplan Vorranggebiet Flögeln II</p> <p>Anlage 6 Rotorblattspitze innerhalb oder außerhalb der Konzentrationszone! DEWI Juni 2015</p> <p>Anlage 7 Lageplan Vorranggebiet Flögeln-Stüh</p>	<p>Die Stellungnahmen wurden in den entsprechenden Verfahren ausgewertet.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.121	SO 04	<p>1 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG</p> <p>Die Energiekontor AG plant innerhalb des Sondergebietes „Windpark Bramstedt“ (57. Änderung des Flächennutzungsplans der Samtgemeinde Hagen) den Bau von vier Windenergieanlagen (VVEA) des Typs Servion R 3.4M. Die Anlagen haben eine Nabenhöhe von 93 m und einen Rotordurchmesser von 114 m. Die Gesamthöhe beträgt 150 m. 41/1 Zwischen Rotorkreis und Geländeoberkante beträgt der frei bleibende Luftraum etwa 36 m. Auf die Errichtung einer fünften WEA, die im Südosten des Windparks geplant war und auf die im Zwischenbericht mit Stand vom November 2014 noch eingegangen wurde, wird aus Vorsorgegründen für den Schutz des Uhus durch den Vorhabenträger verzichtet.</p>	<p>Anlage zu P053 - Bericht zur Raumnutzung des Uhu</p> <p>Kenntnisnahme</p>	Kenntnisnahme
P053	P053.122	SO 04	<p>Das Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Windenergienutzung aus der 57. Flächennutzungsplanänderung liegt östlich der Ortschaft Bramstedt und südlich der L 134. Das Sondergebiet umfasst eine Fläche von etwa 38 ha. Die Anbindung der geplanten Windenergieanlagen (WEA) an den übergeordneten Verkehr erfolgt über die noch zu errichtende Zuwegung. Darüber hinaus sind für die Errichtung der geplanten WEA mehrere Kranstellflächen notwendig.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.123	SO 04	Im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens wurde der Energiekontor AG im Frühjahr 2014 durch den Landkreis Cuxhaven mitgeteilt, dass sich in einer Entfernung von 417 bis 1.127 m zu den damals geplanten fünf WEA-Standorten eine Brut des Uhus ( <i>Bubo bubo</i> ) befindet. Der Uhu ist nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) streng geschützt. Der Landkreis erhob daher erhebliche artenschutzrechtliche Bedenken gegen den geplanten Windenergiestandort.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 47 bis 49 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Bramstedt")]. - Der weit überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Uhu-Vorkommen. - Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.124	SO 04	Die Energiekontor AG beauftragte daraufhin die planungsgruppe grün GmbH und das Büro für Ökologie, Naturschutz und räumliche Planung — Frank Sinning mit der Durchführung einer Raumnutzungskartierung. Ziel der Kartierung ist es, über die Analyse der Raumnutzung des betroffenen Uhubrutpaares die Frage eines möglichen artenschutzrechtlichen Konfliktes zu klären und ggf. Wege zur Vermeidung oder Lösung eines solchen Konfliktes aufzuzeigen.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.125	SO 04	Generell sind mit dem Bau von WEA Eingriffe in den Naturhaushalt verbunden. Wenn Arten betroffen sind, die zu den besonders bzw. streng geschützten Arten gemäß § 7 BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz) gehören, gelten für diese Vorkommen besondere Schutzvorschriften ( 44 und 45 BNatSchG). Diese sind als striktes Recht abwägungsfest 1 zu betrachten, so dass die Behandlung artenschutzrechtlicher Belange im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erforderlich ist, um abschätzen zu können, ob Zulassungsrisiken hinsichtlich des Eintretens von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gegeben sind. Die Genehmigung von Windenergieanlagen muss den Vorgaben des § 44 (1) BNatSchG entsprechen.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.126	SO 04	<p>2 DER UHU (BUBO BUBO)</p> <p>Im nachfolgenden Kapitel wird die Art kurz vorgestellt, um die weiteren Ausführungen besser einordnen zu können.</p> <p>2.1 VERBREITUNG UND GEFÄHRDUNG</p> <p>Der Uhu gilt nach der Bundesartenschutzverordnung als streng geschützte Art. Der Erhaltungszustand wird nach der Roten Liste in Deutschland als „nicht gefährdet“ und in Niedersachsen als „gefährdet“ eingestuft. Mit einer Größe von 70 cm und bis zu 180 cm Spannweite sowie einem Gewicht von bis zu 3.200 Gramm ist der Uhu die größte einheimische Eule. Die Art stand in Deutschland schon kurz vor der Ausrottung (BREUER 2014), konnte aber durch Artenschutzmaßnahmen erfolgreich wieder angesiedelt werden (z.B. DALBECK 2003). In Niedersachsen starb die Art aufgrund menschlicher Verfolgung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts aus (ZANG &amp; HECKENROTH 1986). Durch Wiedereinbürgerung von über 400 Vögeln im Südosten des Landes erfolgte 1973 die erste Brut und anschließend in den letzten Jahrzehnten in Niedersachsen wie in der ganzen Bundesrepublik (LANZ &amp; MAMMEN 2005) eine Wiederbesiedlung alter Brutgebiete wie z.B. dem norddeutschen Tiefland ab 1989. In den 90er Jahren brüteten 55-60 und 2002 ca. 75-85 Paare. Für den Zeitraum 2005-2008 wurde der niedersächsische Bestand auf mmd. 170 Paare geschätzt, was einem Anteil von 7 % am bundesdeutschen Bestand von 2.100-2.500 Paare. entspricht (KRÜGER et al. 2014). Der Besiedlungsschwerpunkt liegt im Süden Niedersachsens, während die Nordhälfte Niedersachsens noch lückenhaft besiedelt ist mit Schwerpunkten in der südlichen StaUer Geest und in der Lüneburger Heide. Am stärksten besiedelt sind das Osnabrücker Hügelland, das Harzvorland und das Weser-Leinebergland. Vereinzelt Vorkommen sind am Zwischenahner Meer, zwischen Delme und Hache sowie westlich der Vechte bekannt (KRÜGER et al. 2014). Eine erste Brut wurde 2011 aus Jever gemeldet (KRÜGER et al. 2014). Eine ähnliche Bestandsentwicklung war in Schleswig-Holstein zu beobachten. Nach der Ausrottung bereits um 1830 kam es durch Aussetzung von über 600 Vögeln zur ersten Brut 1984 und zu einer Ausbreitung und Bestandserhöhung auf über 70 Paare 1999 (BERNDT et al. 2003) bzw. 400 Paare (KooP &amp; BERNDT 2014). Auch in Nordrhein-Westfalen hat sich der Bestand nach dem Erlöschen der Vorkommen in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts dank Aussetzungen auf mindestens 250 bis 300 Paare 2005-2009 erhöht (GRÜNEBERG et al. 2014).</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.127	SO 04	2.2 LEBENSRAUMANSPRÜCHE Der Uhu ist bezüglich der Ansprüche seines Lebensraums sehr flexibel. Da Uhus keine eigenen Nester bauen, sind sie auf bereits vorhandene Strukturen angewiesen. Die Nesthabitate stellen aus diesem Grund oftmals keine optimalen Biotope dar, weshalb diese häufig nur zur Brutzeit und ersten Zeit der Jungenaufzucht genutzt werden. Vor und nach der Brut kann sich das Brutpaar einige Kilometer vom Brutplatz entfernt aufhalten. Die Altvögel suchen diese Bereiche teilweise schon auf, lange bevor der Nachwuchs flügge ist (RÖBITZKY 2009).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.128	SO 04	Neben Felswänden und Abbruchkanten von Kies- und Sandgruben werden alte Graureiher-, Kolkkraben- und Greifvogelhorste sowie Fabrikanlagen, Schießstände, Kirchtürme, Bunker etc. als Neststandorte genutzt. Auch Bodenbrüter, z.B. in Kies- und Sandgruben, in Aufforstungsflächen und am Stamm einzelner Bäume, an Baumstubben und großen Steinen ) wurden festgestellt (z.B. BERNDT et al. 2003). Eine herausragende Rolle als Nistplatz spielen Steinbrüche. Noch vor ca. zehn Jahren lagen in Deutschland ca. zwei Drittel aller Brutplätze in diesem Lebensraum (LINDNER 2005).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.129	SO 04	Neben großen ungestörten Lebensräumen siedelt sich der Uhu auch in Großstädten wie Osnabrück und Lübeck an und nistet dort z.B. 1 erfolgreich in Kirchen, auf Grabsteinen oder Bunkern (z.B. EICHSTÄDT 2005, KÖOIKER 2011, LINDNER 2014).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.130	SO 04	Uhus sind eigentlich Offenlandjäger, die zur Jagd stwkturreiche Kulturlandschaften mit einem Mosaik unterschiedlich genutzter Äcker, Grünlandflächen, Hecken und Gehölze sowie Gewässer bevorzugen (z.B. SITKEWITZ 2009), aber auch Mülldeponien und Siedlungsränder (BAUER et al. 2005a). Horstnahe Grünland hat insbesondere in der Vorbrutphase eine hohe Bedeutung für die Ernährung des Uhus (GEIDEL 2012). Große Waldgebiete und strukturarme offene Flächen (z.B. Steppen, Bördelandschaften) werden gemieden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.131	SO 04	Uhus sind Nahrungsoportunisten, was bedeutet, dass sie in der Nutzung von Beutetieren nicht wählerisch sind und die Verfügbarkeit potenzieller Beutearten bestimmend für die Auswahl ist (GEIDEL 2012). Beuteüberschuss wird in der Nähe des Brutplatzes deponiert (BAUER et al. 2005a). Über Kleinsäuger, Frösche, Fische, Eidechsen und große Insekten reicht das Spektrum bis zu größeren Säugern wie z.B. Fuchs und Rehkitz. Neben Kleinvögeln werden auch stellenweise häufig andere Eulen und Greifvögel bis Bussardgröße, sogar Graureiher und Auerhühner, erbeutet. Auch Aas wird gefressen. Eine hohe Bedeutung bei vielen Nahrungsuntersuchungen spielen Säuger wie Igel, Mäuse, Ratten, Eichhörnchen, Hamster, Siebenschläfer, Hasen und Kaninchen und unter den Vögeln Tauben, Krähen- und im Winter insbesondere Wasservögel. (z.B. DALBECK 2005a und b, GEIDEL 2012, GÖRNER 2005a, HÄNEL 2014, LANGE 2014, LANGGEMACH 2005, ROCKENBAUCH 2005). Aus manchen Untersuchungen werden hohe Zahlen von Waldohreulen, Waldkäuzen und Mäusebussarden (DALBECK 2005b, GEIDEL 2012, GÖRNER 2005, LANGE 2014, LANGGEMACH 2005) und Rebhühnern (z.B. DALBECK 2005b, LEDITZNIG 2005a) gemeldet. Nicht nur größere Nahrungstiere können eine bedeutende Rolle bei der Ernährung der Uhus spielen, sondern auch kleine Beutetiere wie Feldmäuse, wenn sie in hoher Dichte vorkommen und leicht zu erbeuten sind (z.B. DALBECK 2005 a und b, GEIDEL 2012, HÄNEL 2014, LANGE 2014). Bei vielen erfolgreich brütenden Uhupaaren ist in ihren Revieren eine Bevorzugung von nur wenigen Beutetieren wie z.B. Igel, Krähen-, Tauben und Wasservögeln festzustellen (GEIDEL 2012, LANGGEMACH 2005). Der Uhu nutzt als Generalist ein ausgesprochen breites Beutespektrum aus mindestens 177 Vogel- und 53 Säugerarten (BAUER et al. 2005). Die Beute wird von einem Ansitz aus oder in niedrigem Pirschflug, aber auch am Boden hüpfend und laufend erbeutet. Anbauflächen mit einer Vegetationshöhe von mehr als 60-70 cm sind zur Jagd nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar. So besteht im Zeitraum Ende Juni / erste Julihälfte bei vorherrschender Nutzung mit Wintergetreide und Mais ein Engpass bei der Nahrungssuche. Auch Winterraps kann ab Mai für den Uhu eine Einschränkung bei der Jagd bedeuten (SITKEWITZ 2009). Wenig nutzbar für Eulen sind auch häufig gemähte, d.h. intensiv genutzte Grünlandflächen, da hier die Kleinsäugerdichten sehr gering sind (z.B. BUTH & MEINING 2013). Der Nahrungsbedarf eines \ Uhupaars pro Jahr wird mit 150 bis 203 kg angegeben, bei erfolgreicher Brut mit 1,5 1 Jungen mit 169,5—225,5 Kg (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.132	SO 04	Die Paarbildung erfolgt während der Herbstbalz zwischen Oktober bis November. Die Paare bleiben zeitlebens zusammen. Ab Ende Februar/Anfang März ist mit dem Beginn der Brut zu rechnen. Dabei werden in Abhängigkeit zum Nahrungsangebot drei bis vier (ausnahmsweise fünf) Eier gelegt, die 34 Tage lang ausschließlich vom Weibchen bebrütet und nur für sehr kurze Zeiträume verlassen werden. Die Fütterung des Weibchens übernimmt der männliche Uhu. Auch die nächsten vier bis fünf Wochen hält sich das Weibchen noch meistens bei den Jungen auf. Erst danach bleiben die Jungvögel auch für längere Zeiträume allein. Jetzt können die Jungen auch krabbeln, hüpfend und kletternd auch mit Hilfe ihres Schnabels die Nestumgebung erkunden und sich von Ast zu Ast bewegen („Ästlinge“). In dieser Phase sind die Junguhus besonders gefährdet durch Fuchs, Dachs oder Wildschwein (z.B. GÖRNER 2005a und b), z.B. wenn sie von Baumnestern auf den Boden fallen. Solches Abstürzen aus den Horsten tritt vor allem nach Störungen auf (BAUER et al. 2005). Die Sterblichkeit in dieser Phase ist hoch. So kamen bei einer Untersuchung in der Schweiz 32 % der Jungvögel um, bevor sie die Eltern verließen (AEBISCHER et al. 2005). Für eine stabile Uhupopulation ist die erfolgreiche Aufzucht von 1,2 Jungen pro Brutpaar erforderlich (BREUER 2014). Schwankungen im jährlichen Reproduktionserfolg werden auf das Nahrungsangebot zurückgeführt (HÄNEL 2014). Nach ca. 10 Wochen sind die Jungvögel voll flugfähig, werden aber noch bis zu 10—14 Wochen lang bis August/September (ausnahmsweise bis November) von den Elterntieren versorgt. Uhus gelten als extrem standorttreu. Lediglich bei Gelegeverlusten wurden Abwanderungen von bis zu sechs Kilometern beobachtet (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980). Jungvögel können sich im Mittel 50-80 km Entfernung zum Nest ansiedeln (MEBS & SCHERZINGER 2000). Uhus erreichen ein Alter von maximal 22 Jahren.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.133	SO 04	23 RAUMNUTZUNG Uhus sind vorwiegend dämmerungs- und nachtaktive Eulen (BAUER et al. 2005a), die insbesondere während der Dämmerung aktiv sind (MEBS & SCHERZINGER 2000). In der Zeit nach Mitternacht geht die Aktivität in der Regel deutlich zurück, allerdings können Uhus sich unter besonderen Umständen (Hunger) auch tagsüber regen (MEBS & SCHERZINGER 2000).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.134	SO 04	Uhus nutzen ganzjährig große Bereiche der Landschaft. Ihre Tagesruheplätze können mehrere Kilometer vom Brutplatz entfernt liegen und die Homeranges umfassen etwa 10 bis ca. 100 km <sup>2</sup> (DALBECK et al. 1998, DALBECK 2003). SITKEWITZ (2009) ermittelte bei telemetrischen Untersuchungen Reviergrößen von 3,47 bis 44,36 km <sup>2</sup> . Territorialverhalten zeigen Uhus nur im Bereich des Nistplatzes, während sich Jagdgebiete überschneiden können und nicht verteidigt werden (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980). Das Paar bleibt ganzjährig zusammen, nutzt aber getrennte Schlafplätze und jagt auch getrennt. Rufe dienen nicht nur der Verteidigung des Neststandortes gegenüber Rivalen, sondern auch der Paarbindung bzw. der Suche nach Partnern bei Einzelvögeln. Laut BAUER et al. (2005a) findet die Jagd bis maximal 5 km vom Horst entfernt statt, so dass die Größe eines Reviers / zwischen 5 und 38 km <sup>2</sup> liegen kann. FLADE (1994) gibt einen Aktionsradius von 2 bis 5 km um den Horst und eine Reviergröße von 12 bis 20 km <sup>2</sup> an. Das NLWKN (2011) gibt die Jagdreviergröße mit bis 40 km <sup>2</sup> an.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.135	SO 04	Für die Jagd nutzt der Uhu offene oder locker bewaldete Gebiete (BAUER et al. 2005a). Nach LEDITZNIG (2005a) nutzen Uhus insbesondere Grünland zum Nahrungserwerb, SITKEWITZ (2005, 2009) fand im Rahmen telemetrischer Untersuchungen heraus, dass Kahlschläge sowie an Wald angrenzendes Grünland zu den wichtigsten Jagdflächen des Uhus gehören. Neben diesen Bereichen werden vor allem landwirtschaftliche Flächen in Waldrandnähe oder mit Einzelbäumen, Hecken oder Feldgehölzen bestandene Flächen bejagt (LEDITZNIG 1999, NYFFELER 2004, SITKEWITZ 2005, 2009). Diese Strukturen bieten dem Uhu geeignete Ansitzmöglichkeiten. Uhus bevorzugen zudem, aufgrund des höheren Nahrungsangebotes, die Nähe zu stehenden oder fließenden Gewässern. Darüber hinaus benötigen diese großen Eulen Wasser zum Trinken und Baden (MEBS & SCHERZINGER 2000). Dies wurde auch durch SITKEWITZ (2009) im Rahmen telemetrischer Untersuchungen bestätigt. Die Untersuchungen konnten eine deutliche Präferenz der besenderten Uhus von stehenden und fließenden Gewässern mit Begleitvegetation, die die Ausübung der Ansitzjagd ermöglichen, ermittelt werden. Weiter fand SITKEWITZ (2005, 2009) heraus, dass Bereiche mit überwiegend kleinen Schlägen sowie einem Wechsel von angebauten Kulturen den Jagderfolg und somit die Nutzungsintensität in diesen Bereichen erhöht. Uhus sind vielseitige Jäger und kombinieren den Pirschflug in niedriger Höhe mit der Ansitzjagd von Warten aus unterschiedlichster Sitzhöhe (MEBS & SCHERZINGER 2000, BAUER et al. 2005a). Allerdings ist davon auszugehen, dass ein Großteil der erbeuteten Vögel an ihrem Schlafplatz überrascht wird (MEBS & SCHERZINGER 2000). Nach GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER (1980) wird der Großteil der Beutetiere in der Dämmerung und den ersten Nachtstunden geschlagen. Auch die Horstanflüge mit Beute erfolgen hauptsächlich in den frühen Abend- und Nachtstunden (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.136	SO 04	Uhus überfliegen Freiflächen dicht über dem Boden, können aber auch bei entsprechender Geländebeschaffenheit, Taleinschnitte in größerer Höhe passieren (MEBS & SCHERZINGER 2000). Nach Angaben von GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER (1980) überwinden Uhus in Aufwinden kreisend Höhenunterschiede bis mindestens 150 m. Telemetrische Untersuchungen in Bayern zeigten, dass insbesondere die vom Brutplatz wegführenden Distanzflüge in einer Höhe von 80—100 m erfolgen (SITKEWITZ 2009). Im Münsterländer Tiefland hingegen, wurde im Rahmen telemetrischer Untersuchungen kein sicheres Höhenflugeignis festgestellt (MIOSGA et al. 2015). Die besenderten adulten Uhus flogen i.d.R. deutlich unter —50 m Höhe. Flughöhen oberhalb von —35 m Höhe wurden nur äußerst selten erreicht. Die Individuen orientierten sich bei ihren Flugbewegungen häufig an vorhandenen Strukturen. Nennenswerten Distanzflüge wurden nicht festgestellt, vielmehr unternahmen die untersuchten Tiere kurze Flüge mit langen Ruhepausen. Da nur adulte Individuen telemetriert wurden sind die Flughöhen in denen die jungen Uhus verstreichen nicht bekannt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.137	SO 04	2.4 EMPFINDLICHKEIT GEGENÜBER STÖRWIRKUNGEN Gefährdet ist der Uhu insbesondere durch Stromleitungen und Trafomasten, Bahn- und Straßenverkehr (z.B. AEBISCHER et al. 2005, BREUER et al. 2009, BREUER 2014, BREUER & BRÜCHER 2010, VALKAMA & SAUROLA 2005), Verlust wichtiger Sekundärlebensräume durch Verfüllung oder Aufforstung (LANZ & PILLE 2005), Störungen durch Klettersportler (z.B. BREUER & BRÜCHER 2010, DALBECK & BREUER 2001, GÖRNER 2005a und b, LEDITZNIG 2005a), Hubschrauber (BREUER 2014), Geocaching (KNÖDLER et al. 2011) und Verschlechterung des Nahrungsangebotes z.B. durch intensive landwirtschaftliche Nutzung (z.B. BAUER et al. 2005a, BREUER & BRÜCHER 2010, DALBECK 2005a und b, LANZ & MAMMEN 2005, LANZ & PILLE 2005, LEDITZNIG 2005a und b). Letztere Gefährdungsursache wird auch durch eine Langzeitstudie der „Gesellschaft zur Erhaltung der Eulen e.V.“ (EGE) bestätigt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.138	SO 04	In einer Reihe von Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass Populationen aufgrund geringer Nahrungsverfügbarkeit und geringer Reproduktion auf Zuzug angewiesen sind (z.B. GEIDEL 2012, LANZ & PILLE 2005, LEDITZNIG 2005a und b).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.139	SO 04	Eine genaue Einschätzung zu der von Windenergieanlagen ausgehende Lebensraumentwertung ist zur Zeit nicht möglich (LANGGEMACH & DÜRR 2013). Nach DÜRR (2015) sind 16 in Deutschland von WEA getötet Uhus bekannt. Eine Gefährdung durch Kollisionen an Windanlagen wird von der EGE (2014) und dem LANDESBUND FÜR VOGELSCHUTZ (LBV 2014) gesehen, wobei das Datenmaterial nach Aussage der Gesellschaft noch keine belastbaren Schlüsse zulässt. ILLNER (2012) ordnet den Uhu in einer fünfstufigen Skala, welche das Kollisionsrisiko von Vogelarten einschätzt, in die fünfte und damit höchste Risikostufe ein.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.140	SO 04	Die EGE hat zwischen 1965 und 2005 in ausgewählten Bundesländern 6.117 Uhus beringt. Von diesen Uhus liegen 1.583 Fundmeldungen mit bekannter Todesursache vor. Die Todesursachen verteilen sich wie folgt (BREUER 2007): <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stromopfer Mittelspannung 415 26,2 %</li> <li>• Straßenverkehrsoffer 387 24,5 %</li> <li>• Drahtopfer i. w. Sinne 163 10,3 %</li> <li>• Stromopfer Oberleitung Bahn 103 6,5 %</li> <li>• Schienenverkehrsoffer 83 5,2 %</li> <li>• Sonstige Ursachen 432 27,3 %</li> </ul>	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.141	SO 04	Der NLWKN (2011) sieht unsere größte Eule durch Freileitungen, Seilbahndrähte, Straßenverkehr, Windenergieanlagen, aber auch durch einen geringeren Bruterfolg aufgrund von Störungen am Brutplatz durch intensive Freizeitnutzung gefährdet. Lebensraumverluste wie die Verfüllung und Sukzession oder die Wiederinbetriebnahme von Steinbrüchen und Sandgruben sowie Nahrungsmangel zählen ebenfalls zu den Gefährdungsursachen (NLWKN 2011).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.142	SO 04	Ringwiederfunde in Finnland zeigen, dass die Hauptmortalitätsfaktoren für die finnischen Uhus derzeit Stromschlag an Freileitungen sowie Verluste durch Kollisionen im Straßenverkehr darstellen (VALKAMA & SAUROLA 2005).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.143	SO 04	GÖRNER (2008) sieht den Uhu in Mitteleuropa hauptsächlich durch (ohne Rangfolge) Mittelspannungsleitungen, Straßenverkehr, Windenergieanlagen, menschliche Störungen im Horstbereich sowie die zunehmende Nahrungsverknappung bedroht.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.144	SO 04	LANZ & MAMMEN (2005) nennen, als möglichen zentralen Faktor für den anhaltenden Rückgang der bayrischen Uhu-Population, das reduzierte Nahrungsangebot aufgrund einer stark veränderten land- und forstwirtschaftlichen Nutzung.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.145	SO 04	Da die Art auch in aktiven Steinbrüchen brütet, wird sie als nicht geräuschempfindlich eingeschätzt. Es gibt jedoch keine Untersuchungen, ob „Dauerschall“ andere Auswirkungen hat als kurzer Lärm (LANGGEMACH & DÜRR 2013). Eigene Beobachtung im Braunkohlentagebau Garzweiler II legen nahe, dass Dauerlärm für eine erfolgreiche Brut nur eine untergeordnete Rolle spielen kann (PGG 2012).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.146	SO 04	Die Fluchtdistanz gegenüber Menschen gibt FLADE (1994) mit 30 bis 60 m an.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.147	SO 04	Der Uhu gilt nach Angaben der LÄNDER-ARBEITSGEMEINSCHAFT DER VOGELSCHUTZWARTEN (LAG-VSW 2015) als durch Windenergie besonders gefährdete Art. Gemäß der EGE (2014, S. 257) ist „die Anzahl der belegten Totfunde [...] zu gering, um daraus weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen oder die Welt der Uhus zu erklären“. Aus Vorsorgegründen empfiehlt sie daher einen 1.000 m Abstand um Uhubrutplätze und bezieht sich dabei auf die LAG-VSW Als Prüfbereich empfiehlt die EGE einen 3 000 m Radius und schließt sich den Empfehlungen der LAG-VSW an. Die LAG-VSW (Stand 15.04.2015) empfiehlt aufgrund ihrer Einschätzung einen Mindestabstand von 1.000 m um den Horst sowie einen 3.000 m großen Prüfbereich. Diese Empfehlungen fanden auch Eingang in die Arbeitshilfe des Niedersächsischen Landkreistages (NLT 2014) welche einen Mindestabstand von 1 .000m und einen Prüfbereich von 3.000 m angibt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.148	SO 04	Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Uhus zu Schlagopfern werden können, da sie nicht nur bodennah, sondern durchaus auch in größeren Höhen fliegen. Telemetrische Untersuchungen zeigten jedoch, dass Flugbewegungen im Tiefland i.d.R. deutlich unter -50 m Höhe stattfinden. Flughöhen oberhalb von —35 m Höhe wurden nur in seltenen Fällen erreicht.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.149	SO 04	3 MATERIAL UND METHODE 3.1 ERFASSUNG Raumnutzungsuntersuchungen haben sich bei Windkraftplanungen bewährt, um Schwerpunkt-Nahrungshabitate sowie regelmäßig genutzte Flugkorridore bei Großvogelarten zu identifizieren. Dabei wird von festen Punkten aus ein festgelegter Untersuchungsraum regelmäßig kontrolliert. Solche Untersuchungen sind in Großbritannien bei Windkraftplanungen Standard und werden seit einigen Jahren auch in der Bundesrepublik bei einer Reihe von tagaktiven Vogelarten wie Adlern, Störchen, Weihen, Baum- und Wanderfalken sowie Kranichen durchgeführt (HANDKE & REICHENBACH 2006, SNH 2005). Untersuchungen an Eulen sind wegen der methodischen Schwierigkeiten bisher die Ausnahme (z.B. LOSKE 2014, HANDKE 2014).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.150	SO 04	Für die Raumnutzungsuntersuchung zum geplanten Windpark Bramstedt-Lohe wurde alle Sichtungen, Flugbewegungen sowie Lautäußerungen der Uhus von drei festen Beobachtungspunkten (VP), entsprechend der „Vantage-Point“-Methode, dokumentiert (vgl. Sc0TTIsh NATURAL HERITAGE 2005). Die Beobachtungspunkte wurden vor Beginn der Untersuchung bei einer Tagbegehung zur besseren Beurteilung der topografischen Verhältnisse durch die Gutachter festgelegt (Abb.1). Ab dem 28.10.2014 wurde ein vierter Vantage-Point eingerichtet, welcher sich südlich des Horstwaldes befand (Abb.1). Dieser Beobachtungspunkt sollte weitere Aufschlüsse über die Aktivität im südlichen Bereich geben und wurde je nach Einschätzung der Situation durch die Kartierer vor Ort besetzt. Ein vierter Beobachter wurde für diese Arbeit nicht eingesetzt, vielmehr agierter der Kartierer auf VP 2 als „Springer“ und besetzte den VP 4, sobald Rufaktivität im Bereich des Horstwaldes zu vernehmen war und sich diese tendenziell Richtung Süden oder Südosten bewegte. Durch den nahegelegenen VP 3 wurde dann der Bereich um den nicht mehr besetzten Beobachtungspunkt Nr.2 mit abgedeckt. Die Anzahl der Beobachtungspunkte wurde ab dem 08.04.2015, in Absprache mit dem Landkreis Cuxhaven, von vier auf sechs erhöht. Die Vantage-Points wurden zeitgleich von sechs Bearbeitern besetzt (Abb.2).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.151	SO 04	Die Beobachtungen wurden, soweit möglich, mit ihrem Standort oder dem Verlauf von Flugbewegungen punktgenau in Feldkarten eingetragen sowie mit weiteren Detailangaben zum beobachteten Verhalten in Tabellen aufgenommen. Die Verteilung der Beobachtungspunkte erfolgte so, dass insbesondere Flugbewegungen vom Horst in den Windpark lückenlos dokumentiert werden konnten (vgl. Abb. 1 und Abb. 2). Darüber hinaus konnten von den Vantage-Points große Teile des geplanten Windparks eingesehen werden. Es bestand Sprechfunkverbindung zwischen den Kartierern, so dass Beobachtungen zwischen den VP's „übergeben“ werden konnten. Die Beobachter - innen erfassten zu Beginn der Untersuchungen synchron etwa zwei Stunden die Flugbewegungen der Arten pro Kartiertermin. Ab dem 08.04.2015 wurde, in Abstimmung mit dem Landkreis Cuxhaven, die Beobachtungsdauer auf drei Stunden pro Geländetag hochgesetzt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.152	SO 04	Die Erfassung begann zunächst eine halbe Stunde vor Sonnenuntergang (SU) und wurde eineinhalb Stunden nach SU beendet (vgl. Tab. 1). Ab dem 28.10.2014 wurden die Vantage Points etwa eine Stunde vor SU bis eine Stunde nach Sonnenuntergang besetzt. Ab dem 08.04.2015 begann die Erfassung im Gelände eine Stunde vor SU bis zwei Stunden nach Sonnenuntergang. Damit wurde die Hauptaktivitätsphase der Uhus durch die Beobachtungszeit abgedeckt. Uhus sind insbesondere während der Dämmerung aktiv und ihre Geschäftigkeit klingt nach Mitternacht deutlich ab. Darüber hinaus wird ein Großteil der Beute während der Dämmerung und den ersten Nachtstunden geschlagen und auch die Horstanflüge mit Beute erfolgen hauptsächlich in diesem Zeitraum. Auch war es in der Regel (abhängig von der Helligkeit der Nacht) eineinhalb Stunden nach Sonnenuntergang zu dunkel, um selbst mit den eingesetzten Nachtsichtgeräten das Blickfeld der Vantage-Points vollständig im Blick zu behalten.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.153	SO 04	Für die Beobachtungen wurden Ferngläser mit sehr hoher Dämmerungsleistung (Bspw. Zeiss Victory 8"x56) eingesetzt. Mit zunehmender Dunkelheit kamen zusätzlich Nachtsichtgeräte der Firma Yukon (NVMT Spartan G2-, 2x50mm) zum Einsatz. Die eingesetzte Technik und die gewählte Methode wurden vor Beginn der Untersuchung in einem anderen Uhukartierprojekt im Landkreis Stade (HANDKE 2014) erprobt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.154	SO 04	Die Untersuchung erfolgte, in Abhängigkeit von der Phänologie, anfangs wöchentlich und wurde nach Vorlage des Zwischenberichtes in Abstimmung mit dem Landkreis auf zwei Termine pro Woche verdichtet. Ab dem 28.10.2014 erfolgte die Erfassung wieder im einwöchigen Rhythmus. Die Abstände der Beobachtungstermine wurde im folgenden Jahr zunächst beibehalten. In Abstimmung mit dem Landkreis wurde die Erfassungsintensität ab dem 15.06.2015 wieder auf zwei Termine pro Woche erhöht.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.155	SO 04	Der vorliegende Bericht enthält die Daten, die in der Zeit vom 30.03.2014 bis zum 17.06.2015 gesammelt wurden, Die einzelnen Termine können Tabelle 1 entnommen werden, Ein Kartiertermin wurde aus organisatorischen Gründen auf zwei Tage verteilt. Der 23.05 und 25.05.2014 werden somit als ein Termin gewertet. Insgesamt wurden an den 58 Beobachtungsterminen mehr als 500 Beobachtungsstunden geleistet.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.156	SO 04	Zur Überprüfung des Brutgeschehens, der Tagesruheplätze und zum Sammeln von Beuteresten und Gewöllen wurde der Horstwald von Ende März bis Mitte Juli 2014 vor Beginn der eigentlichen Kartierung begangen (vgl. Tab. 3). Dieses „Absuchen“ des Horstwaldes geschah in der Regel mit 1 bis 2 Personen unter größter Vorsicht, um Störwirkungen soweit wie möglich zu vermeiden und eine erfolgreiche Brut nicht zu gefährden. Im Jahr 2015 wurde der bekannte Brutplatz am 26.03.2015 kontrolliert. Dabei fiel den Gutachtern auf, dass der Horst teilweise eingestürzt war und dem Paar nicht mehr als Brutplatz zur Verfügung steht. Weitere Begehungen des Horstwaldes wurde den Gutachtern vom LANDKREIS CUXHAVEN untersagt (Email vom 29.04.2015). Dadurch war eine Überprüfung des Bereiches auf mögliche Ersatz-Horste, des Brmtgeschehens sowie eine Untersuchung der Nahrungsreste in diesem Jahr nicht möglich.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.157	SO 04	Tab. 1: Übersicht der Erfassungstermine zwischen März 2014 und Juni 2015 sowie der jeweiligen Witterung.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.158	SO 04	<b>3.2 NAHRUNGSUNTERSUCHUNG</b> Wesentlich für die Interpretation der Beobachtungen im Zusammenhang mit den Windkraftplanungen war aus gutachterlicher Sicht die Nahrung des Uhupaars. Es erschien wichtig, zu klären, ob der Uhu seine Nahrung überwiegend in der Agrarlandschaft (z.B. Hasen, Fasane), in Feuchtgebieten (z.B. Wasservögel) oder im Wald (z.B. Schlafplatz ansammlungen von Krähen und Tauben) oder im Siedlungsraum (z.B. Haustiere, Igel) sucht. Besteht die Nahrung zum größten Teil aus Waldtieren, ist ein geringeres Kollisionsrisiko anzunehmen, als wenn überwiegend Offenlandarten erbeutet werden. Eine Literaturdurchsicht ergab, dass Uhus in Abhängigkeit von Ihrem Brutstandort bei der Nahrungswahl sehr flexibel sein können (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.159	SO 04	Einen Anhaltspunkt zu den vom Uhu hauptsächlich frequentierten Jagdhabitaten kann die Untersuchung der Nahrungszusammensetzung geben. In der Zeit von Ende März bis Mitte Juli 2014 wurde an 18 Terminen die Umgebung des Horstes im Radius von ungefähr 250 m etwa eine Stunde lang nach Beuteresten wie z.B. Gewölle, Federn und Knochen gründlich abgesucht (d.h. es wurden alle sichtbaren Beutereste eingesammelt, um spätere Doppelzählungen zu vermeiden) und mit Hilfe einschlägiger Bestimmungsliteratur (z.B. BOYE 1981, BROWN et al. 1988, HANSEN et al. 1991, HANSEN & SYNNTATZSCHKE 1994, HANSEN & SYNNTATZSCHKE 1998, JENRICH et al. 2012, MÄRZ 1969) analysiert (Tab. 3). Diese Begehungen wurden von ein bis zwei Personen unter größter Vorsicht durchgeführt. Dabei wurde die Uhus nie so stark gestört, dass sie auf- bzw. weggeflogen sind. Im Jahr 2015 wurde den Gutachtern eine Begehung des Horstwaldes vom LANDKREIS CUXHAVEN untersagt (Email vom 29.04.2015). Eine Untersuchung der Nahrungsreste wie sie im vergangenen Jahr stattgefunden hatte war somit nicht möglich.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.160	SO 04	<b>4 ERGEBNISSE DER RAUMNUTZUNGS-KARTIERUNG</b> Durch die gewählten Beobachtungspunkte konnten die Aktivitäten der Uhus zwischen dem Horstwald und den geplanten Windenergieanlagen lückenlos erfasst werden (Abb. 1 und 2). Dabei konnten (Verhaltens-) Beobachtungen der Uhus gemacht werden, die Aufschluss über die Raumnutzung der Vögel in Nachbarschaft zum geplanten Windpark bieten (Flugbeobachtungen, Ansitz und Rufaktivität). Zudem geben die gefundenen Nahrungsreste Hinweise über die bevorzugten Jagdhabitats während der Brut- und Ästlingsphase sowie dem Beginn der Bettelflugphase. Hinzu kommen die Rufaktivitäten der Altvögel, die während der Kontrollen im Horstwald erfasst wurden. Auch die Analyse der landschaftlichen Strukturen im Umfeld lassen in Kombination mit den Verhaltensbeobachtungen Rückschlüsse auf die Raumnutzung des betroffenen Uhupaars zu. Auf dieser Grundlage ist abschließend eine Aussage zum erwarteten Konfliktpotenzial zwischen der Windparkplanung und dem Uhu vorkommen möglich.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.161	SO 04	Die Darstellung der Ergebnisse wurde in drei sich deutlich unterscheidende Phasen getrennt und in vier Karten dargestellt: • Brut- und Ästlingsphase 2014 (Karte 1) • Bettelflugphase 2014 (Karte 2) • Herbst- und Frühjahrsbalz 2014/15 (Karte 3) • Aktivität des Männchens nach dem Verlust des Weibchens 2015 (Karte 4)	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.162	SO 04	Insgesamt konnten an 48 von 58 Terminen Uhus im untersuchten Bereich festgestellt werden (vgl. Tab. 2). An 23 Tagen wurden Uhus direkt beobachtet und an 43 Terminen gehört. Jungvögel wurden im Jahr 2014 erstmals am 19.04. im Horst beobachtet. Am 25.05. 2014 wurden drei noch flugunfähige Ästlinge in unmittelbarer Horstnähe am Boden beobachtet (siehe Abb. 5).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.163	SO 04	Im aktuellen Jahr (2015) konnten keine Jungvögel beobachtet werden. Ob das Paar einen Brutversuch unternommen hat ist mit abschließender Gewissheit nicht zu beantworten. Den Aufzeichnungen zu Folge wurde das Weibchen am 11.03.2015 zuletzt beobachtet (Dueftgesang). Hinweise auf eine erfolgreiche Brut fehlen. Eine Begehung des Horstwaldes wurde den Gutachtern vom LANDKREIS CUXHAVEN untersagt (Email vom 29.04.2015). Dadurch war eine Überprüfung des Brutgeschehens, die Suche eines eventuell vorhandenen Ersatz-Horstes sowie eine Untersuchung der Nahrungsreste in diesem Jahr nicht möglich.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.164	SO 04	Tab. 2: Übersicht der Kartiertermine einschließlich Sichtungen, Flugbewegungen und Lautäußerungen der Uhus.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.165	SO 04	4.1 HORSTKONTROLLE UND VERLAUF DER BRUT 2014 Am 06.04.2014 konnte das Weibchen auf dem Horst beobachtet werden und damit der Brutnachweis erbracht werden. Der im Jahr 2013 gemeldete Horst war allerdings abgängig und nicht besetzt. Der im Jahr 2014 genutzte Horst war von den Gutachtern bereits im Winter bei einer Kontrolle des Horstwaldes als potenzieller Brutplatz eingestuft worden und daher mit Beginn der Kartierung auch gezielt kontrolliert worden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.166	SO 04	Ein Jungvogel konnte erstmals am 19.04.2014 im Nest nachgewiesen werden. Am 25.05.2014 wurden drei junge Uhus (Astlinge) am Fuße des Horstbaumes beobachtet (vgl. Abb. 5). Wie aus der Literaturrecherche bekannt ist, legen Uhuweibchen etwa 2—3 Eier. Somit deutet die Sichtung von drei jungen Eulen auf ein gutes Revier hin, welches ausreichend Nahrung bereitstellt. Geht man davon aus, dass die am 25.05.2014 beobachteten Astlinge ihren Brutplatz erst kurz zuvor verlassen haben, lässt sich der Brutbeginn rein rechnerisch auf etwa Mitte März festlegen. Die Uhus dürften demnach Mitte April geschlüpft sein und ab Anfang Juli, im Alter von etwa 10 Wochen, vollständig flügge gewesen sein. Dieser Umstand deckt sich mit den Beobachtungen am Horstbereich, wo am 26.06.2014 zum letzten Mal ein juveniler Uhu am Boden beobachtet werden konnte. Nach diesem Termin wurden Alt- und Jungvögel nur noch sehr selten im näheren Umfeld des Horstes nachgewiesen.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.167	SO 04	Tab. 3: Übersicht über die durchgeführten Kontrollen des Neststandortes.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.168	SO 04	4.2 BRUT- UND ÄSTLINGSPHASE 2014 (BEOBACHTUNGEN VOM 30.03.2014 BIS 31.06.2014) In diesem Zeitraum beschränkte sich die Aktivität der Uhus zum weitaus größten Teil auf das nähere Umfeld des Horstes (vgl. Karte 1). Am 16.05.2014 wurde ein rufender Uhu zwischen VP 1 und VP 3, in einer Entfernung von etwa 400 m zu WEA 3 festgestellt. Im geplanten Windpark konnte lediglich am 20.06.2014 ein Uhu beobachtet werden. Die Eule saß ab 22:49 Uhr in einem abgestorbenen Baum, etwa 220 m von WEA 4 entfernt und flog kurz darauf bodennah nach West-Südwest ab. Am 26.06.2014 konnte vom VP 1 aus ebenfalls ein Uhu beobachtet werden. Der Vogel flog, aus dem Horstwald kommend, einen Baum in etwa 280 m Entfernung zur WEA 3 an, verweilte dort, um kurz darauf Richtung Osten abzufliegen. Da der Bereich um die genannten Anlage sehr gut einzusehen ist, kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass das Tier in den Bereich des Windparks einflog. Zusammenfassend konnten insgesamt 9 Flugbewegungen in der Zeit vom 30.03.2014 bis einschließlich 30.06.2014 beobachtet werden. Bis auf vier Sichtungen handelt es sich ausschließlich um Beobachtungen im Horstwald. Drei Beobachtungen wurden am nördlichen Waldrand in der Nähe von VP 1 gemacht. Dabei lösten sich die Uhus kaum vom Waldrand und mieden die offenen Ackerflächen. Eine Ausnahme bildet das adulte Tier, welches am 20.06.2014 um 22:49 Uhr in einen Baum saß und kurz darauf in Richtung Westen abflog.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.169	SO 04	Rufende Uhus wurden in dieser Zeit 6-mal festgestellt. Fünf dieser Rufe konnten adulten Tieren zugeordnet werden. Teilweise waren die Rufe der Altvögel schon zum Zeitpunkt der Begehungen im Horstwald zu hören. Auffällig war, dass in der Brutphase ein Teil der Altvogelrufe aus größerer Entfernung im Südosten zu hören waren. Die Ästlinge wurden in der Zeit vor dem 01.07.2014 hauptsächlich in der Nähe des Horstbaumes beobachtet. Auffällig war ein „zentraler“ Fufferplatz etwa 150 m südlich des Horstbaumes (vgl. Abb. 6). In der Nähe dieses Platzes befand sich auch ein häufiger genutzter Tageseinsatz eines Altvogels (vgl. Abb. 4). Auch konnten in der Nähe dieses Rupfungsplatzes die bereits fast flugfähigen Junguhus unter Farnwedeln versteckt am Boden beobachtet werden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.170	SO 04	Flugbewegungen im Bereich des Windparks konnten bis auf eine Ausnahme nicht festgestellt werden. Selbst wenn man die durch die Dunkelheit verschlechterten Sichtbedingungen in der letzten halben Stunde der jeweiligen Beobachtungszeit berücksichtigt, muss doch deutlich darauf hingewiesen werden, dass keinerlei Rufaktivität der Uhus aus der Fläche des Windparks oder den Bereichen dahinter dokumentiert werden konnte.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.171	SO 04	Aufgrund der sehr geringen Aktivität im Bereich des geplanten Windparks in der Brutphase kann somit nicht davon ausgegangen werden, dass Flächen innerhalb des Parks als bevorzugtes Nahrungshabitat intensiv genutzt werden. Die lockeren Waldbestände mit eingestreuten Stillgewässern westlich des Horstwaldes einschließlich der Grünlandflächen um die Grabenstrukturen im Bereich des VP 3 sind jedoch Bestandteil eines horstnahen Jadhabitats (vgl. Abb. 7).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.172	SO 04	43 BETTELFUGHPHASE 2014 (BEOBACHTUNGEN VOM 01.072014 BIS 21 08.2014) Die Bereiche, in denen die Uhus ab dem 01.07.2014 aktiv waren, unterscheiden sich deutlich von denen vor dem genannten Zeitraum (vgl. Karte 1 und 2). So konnten in diesem Zeitraum Aktivitäten hauptsächlich im Bereich des Horstes erfasst werden, während sich der Aktivitätsbereich nach dem flügge werden der Jungvögel deutlich ausdehnte. So wurde der geplante Windpark in dieser Zeit insgesamt 5-mal im Bereich von VP 3 durchflogen. Zwei Flüge dieser Art wurden am 07.07.2014, zwei am 11.08.2014 und einer am 21.08.2014 beobachtet. Am 07.07.2014 wurde ein adulter Uhu um 23:01 Uhr in der Nähe von VP 2 beobachtet. Nur wenige Minuten später tauchte ein weiteres adultes Tier auf, welches im niedrigen Flug (etwa 3 m über Grund) die Rand- und Grabenstwtkturen abflog. Dass die beiden Beobachtungen auf ein und dasselbe Individuum zurückzuführen sind, ist wahrscheinlich aber nicht mit letzter Sicherheit zu belegen. Bei den beiden Flugbewegungen am 11.08.2014 handelt es sich um einen Jungvogel, der um 21:57 Uhr aus Südosten kommend, sich in einer Entfernung von etwa 220 m zur geplanten Anlage 4 auf das Grünland setzte. Nach etwa sechs Minuten flog die Eule nach Südosten ab. Am 21 .08.2014 um 21:40 Uhr wurde ein Uhu beobachtet, der aus Richtung des Horstwaldes kommend, zwischen VP 2 und VP 3 in Richtung Nordwesten durchflog. Aktivitäten in anderen Bereichen des geplanten Windparks konnten nicht beobachtet werden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.173	SO 04	Weitere Flüge wurden im Bereich des Horstes (wieder nur unmittelbar am Waldrand), über dem Wald westlich des Grenzgraben-Harendorf-Lohe-Axstedt sowie über dem zwischen den Waldgebieten gelegenen Grünland festgestellt. All diese genannten Flüge fanden in Höhen unterhalb des geplanten Rotorkreises statt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.174	SO 04	Jagdaktivitäten der Altvögel konnten lediglich 3-mal festgestellt werden. Insbesondere aber während der Aufzucht von Jungtieren ist ein deutlich erhöhtes Angebot von Nahrung notwendig. Die geringe Aktivität der Uhus im Bereich des geplanten Windparks legt die Vermutung nahe, dass dem Brutpaar andere Bereiche der Landschaft als bevorzugtes Jagdhabitat dienen. Die Rufaktivität der Altvögel deutet daraufhin, dass die bevorzugten Nahrungshabitats durch den Horstwald bzw. Bereiche südöstlich und südwestlich des Horstes gebildet werden. Hierauf deutet auch die Analyse der gefundenen Nahrungsreste hin. Südlich und westlich des Horstwaldes finden sich durch Hecken gut strukturierte Äcker (z.T. Wildacker), Stillgewässer im Wald und lockere Siedlungsrandstrukturen (vgl. Abb. 7). Die Nahrungsverfügbarkeit ist hier womöglich höher als in den intensiv genutzten Grün ländern und Ackerflächen im geplanten Windpark.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.175	SO 04	Aus telemetrischen Untersuchungen ist bekannt, dass Kahlschlagflächen neben Waldrändern vorgelagertem Grünland zu den wichtigsten Jagdgebieten von Uhus zählen. Die vom Brutplatz aus im Süden und Südwesten gelegenen Waldflächen sind zu einem großen Anteil lückenhaft ausgeprägt und die hier wachsenden Bäume weisen eine deutlich unterschiedliche Altersstruktur auf und kommen so dem Charakter von Schlagflächen sehr nah (vgl. Abb. 7). Darüber hinaus sind diese Bereiche in unregelmäßigen Abständen von kleineren Teichen sowie freien Flächen durchsetzt. Aus der Literatur geht hervor, dass Uhus die Anwesenheit von stehenden und fließenden Gewässern aufgrund der höheren Beutedichte schätzen und das Wasser auch zum Baden und Trinken nutzen. Die Grünlandflächen sind in diesem Bereich häufiger von Hecken und Einzelbäumen durchzogen und bieten so, in Verbindung mit Waidrändern, dem Uhu gute Ansitzmöglichkeiten. Insgesamt ist zu erkennen, dass die beschriebenen Flächen strukturreicher sind und sich von der strukturalarmen Potenzialfläche deutlich unterscheiden. Ob die Uhus den südlich angrenzenden Bereich als Jagdgebiet tatsächlich intensiv nutzen oder möglicherweise in anderen Gegenden jagen, ist auf Grundlage der vorhandenen Daten nicht abschließend zu klären. Diese Frage ist aber auch nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.176	SO 04	Bettelnde juv. Uhus wurden schwerpunktmäßig westlich des Horstes, wo der Wald licht, lückig und von vielen kleinen Teichen durchsetzt ist, festgestellt (vgl. Karte 2). Die ersten rufenden juvenilen Uhus konnten in diesem Bereich am 31.07.2014 festgestellt werden. Am 07.08., 11.08. und 14.08.2014 konnten jeweils mindestens zwei rufende Junguhus kartiert werden. Der letzte Kontakt fand am 21.08.2014, dem letzten Termin während der Bettelflugphase, in diesem Bereich statt. Westlich des Grenzgraben-Harendorf-Lohe-Axstedt konnten an drei Tagen (07.08, 14.08 und 18.08.2014) rufende juvenile Uhus festgestellt werden. Im Bereich des Horstwaldes wurden im Vergleich nur an zwei Tagen (07.07 und 04.08.2014) rufende juv. Uhus kartiert. Zusammenfassend konnten insgesamt 13 Flugbewegungen in der Zeit ab dem 01 .07.2014 beobachtet werden. Rufende Uhus wurden in dieser Zeit sehr häufig festgestellt. Dabei konnte man häufig die Zahl der Individuen bestimmen, da die Ruforte deutlich räumlich getrennt waren und die Junguhus teilweise im Abstand weniger Sekunden pausenlos während der Beobachtungszeit riefen. Die Altvögel wurden dagegen nur noch selten gehört.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.177	SO 04	Der Ausflug der Junguhus ab dem 01 .07.2014 hat die Bindung an den Brutplatz deutlich gelockert und die Aktivität der Vögel näher an und in den südlichen Bereich des geplanten Windparks gebracht. Auffällig ist darüber hinaus, wie auch in der Brutphase vor dem 01.07.2014, dass keinerlei Rufaktivität aus der Fläche des geplanten Windparks oder den Bereichen dahinter dokumentiert werden konnte.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.178	SO 04	4.4 HERBST- UND FRÜHJAHRSBALZ 2014/15 (BEOBACHTUNGEN VOM 28.10.2014 BIS 26.03.2015) Während der Balzphase konzentrierte sich die Aktivität, bis auf wenige Ausnahmen, hauptsächlich auf den Horstwald in dem sich bereits im Jahr 2014 der Brutplatz befand. Der Bereich, in dem Rufaktivität dokumentiert werden konnte, war im Gegensatz zur Brut- und Astlingsphase 2014 (Karte 1) deutlich ausgeweitet und nicht so kompakt auf das nähere Umfeld des Brutplatzes (2014) beschränkt. Vergleicht man die Ergebnisse der Bettelflugphase 2014 (Karte 2) mit den Daten der Herbst- und Frühjahrsbalz 2014/15, zeigt sich eine tendenzielle Verlagerung der Aktivität Richtung Südost.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.179	SO 04	In dem o.g. Zeitraum wurden außerhalb des Waldes insgesamt nur vier Flugbewegungen beobachtet. Am 19.11.2014 wurde von VP 4 aus ein knapp über die Baumwipfel fliegender Uhu dokumentiert.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.180	SO 04	Im näheren Umfeld des geplanten Windparks wurde am 16.12.2014 ein rufendes Männchen beobachtet, welches gegen 17:19 Uhr zusammen mit dem Weibchen Richtung Norden abflog. Zudem wurde eine Flugbewegung 09.12.2014 im Bereich der Potenzialfläche registriert. Das Tier flog aus dem Umfeld von VP 3 kommend Richtung Horstwald. Von VP 4 aus konnte am 26.03.2015 ein auf einer Lärche sitzender Uhu beobachtet werden, welcher kurz darauf in östlicher Richtung in den Wald hineinflog. Duettgesänge des Paares wurden an mehreren Terminen im Februar und März beobachtet. Das Weibchen wurde zuletzt am 11.03.2015 (Duettgesang) beobachtet.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.181	SO 04	Am 26.03.2015 wurde der Brutplatz in dem das Paar im vergangenen Jahr erfolgreich gebrütet hat kontrolliert. Dabei fiel den Gutachtern auf, dass der Horst teilweise eingestürzt war und dem ansässigen Paar nicht mehr als Brutplatz zur Verfügung steht.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.182	SO 04	4.5 AKTIVITÄT DES MÄNNCHENS NACH DEM VERLUST DES WEIBCHENS 2015 (BEOBACHTUNGEN VOM 08.04.2015 BIS 17.06.2015) Während dieser Phase wurde nur noch das Männchen festgestellt. Aktivitäten des Tieres beschränkten sich hauptsächlich auf den Bereich des Horstwaldes. An zwei Terminen wurde das rufende Männchen außerhalb des Waldes beobachtet. Am 29.04.2015 wurde das rufende Tier südöstlich von VP 5 festgestellt. Der Uhu rief in einer Entfernung von etwa 230 m lediglich zweimal. Am 20.05.2015 wurde von VP 2 aus das rufende Männchen beobachtet. Das Tier befand sich in einer Entfernung von etwa 310 m, in südlicher Richtung vom genannten Beobachtungspunkt entfernt. Beobachtet wurden zum weitaus größten Teil Lautäußerungen, wobei das Männchen teilweise bis zu 27 Minuten lang rief.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.183	SO 04	An drei Terminen wurde das Männchen direkt beobachtet. Am 22.04.2015 wurde von VP 5 aus das am Boden sitzende Männchen beobachtet, Am 13.05.2015 überflog der Uhu den Wald in der Nähe des VP 6. In einem Gehölz südlich der Potenzialfläche wurde am 15.06.2015 das auffliegende Männchen beobachtet, welches kurz darauf wieder in das Gehölz einflog.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.184	SO 04	Innerhalb des geplanten Windparks wurden keine Uhus beobachtet. Juvenile Uhus wurden weder direkt beobachtet noch rufend wahrgenommen. Hinweise auf das weibliche Tier fehlen ebenfalls.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.185	SO 04	Ob das ansässige Paar dieses Jahr einen Brutversuch unternommen hat, kann nicht abschließend beantwortet werden. Fest steht jedoch, dass der Brutplatz aus dem vergangenen Jahr (2014) stark beschädigt ist und es zudem keine Hinweise auf eine erfolgreiche Brut gibt. Das Weibchen wurde zuletzt am 11.03.2015 im UG beobachtet (Duettgesang).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.186	SO 04	4.6 ANALYSE DER BEUTERESTE Das in dem Zeitraum von Ende März bis Mitte Juli 2014 festgestellte Nahrungsspektrum besteht zum überwiegenden Teil aus Ringeltauben ( <i>Columba palumbus</i> ). Daneben wurden Rabenkrähen ( <i>Corvus corone</i> ), zwei Waldohreulen ( <i>Asio otus</i> ) und einige nicht bestimmte Kleinvögel erbeutet. Zudem wurden ein halber Kiefer, der vermutlich von einem Igel ( <i>Erinaceus europaeus</i> ) stammt, sowie ein Igelbalg gefunden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.187	SO 04	Es ist bekannt, dass insbesondere Vögel an ihren Schlafplätzen überrascht werden. Ringeltauben sowie Rabenkrähen nächtigen überwiegend in Baumkronen und bilden außerhalb der Fortpflanzungszeit große Schlafgesellschaften (BAUER et al. 2005b). Igel besiedeln nahezu alle Flächen, man findet sie aber seltener in feuchten Biotopen und Nadelwäldern (BRAUN & DIETERLEN 2005). Nach KLAUSNITZER (1993) besiedelten sie ursprünglich zusammenhängende Waldgebiete, folgten aber dem Menschen in die entstandene offene Kulturlandschaft. Nach REICHHOLF (1983 in KLAUSNITZER 1993) erreichen Igel in Siedlungsgebieten höhere Abundanz als in der freien Landschaft, weshalb sie als Kulturfollower gelten (BRAUN & DIETERLEN 2005). Auf Grundlage dieser Daten ist davon auszugehen, dass ein Großteil der gefundenen Beutereste von Tieren (Vögeln) stammt, die mit großer Wahrscheinlichkeit im Wald oder im Kronenbereich von Bäumen erbeutet wurden. Ob der Igel dem Uhu im Offenland zum Opfer viel oder im Unterholz erbeutet wurde, ist unklar. Zudem muss gesagt werden, dass diese Daten nur als Hinweise zu werten sind, da Nahrungsreste stichprobenartig gesammelt wurden und die Daten keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Dennoch decken sich die aus der Untersuchung der Beutereste gewonnenen Daten mit den Informationen aus der Raumnutzungsuntersuchung, wonach keine intensive Nutzung des geplanten Windparks (vorwiegend offenes Grünland) erkennbar ist. Obwohl von den Beobachtungspunkten aus immer Hasen zu beobachten waren, fanden sich unter den Beuteresten keine Hinweise auf erbeutete Feldhasen. Ob die Uhus schwerpunktmäßig im Wald jagen oder auch offene Bereiche der Landschaft nutzen, ist auf Grundlage der Beutereste mit abschließender Sicherheit nicht zu sagen. Allerdings kann festgestellt werden, dass ein Großteil der gefundenen Beutereste mit hoher Wahrscheinlichkeit im Wald oder in Siedlungsbereichen geschlagen wurde.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.188	SO 04	5 KONFLIKTANALYSE 5.1 GEFÄHRDUNG DURCH KOLLISION Ein generelles Tötungsrisiko für den Uhu bei der Planung von Windkraftanlagen kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Bei einer lebensnahen Betrachtung ist es nicht möglich, die Gefahr einer Kollision im Vorfeld völlig auszuschließen.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.189	SO 04	Entsprechend der aktuellen Rechtsprechung ist der Tatbestand des absichtlichen Tötens daher nur dann erfüllt, wenn sich das Tötungsrisiko für die Individuen der betroffenen Art durch das geplante Vorhaben in signifikanter Weise erhöht (vgl. BVerwG, U. v. 28.03.2013 — 9 A 22/11 — m.w. N.). Für eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos sind nach geltender Rechtsprechung zwei Faktoren wesentlich. Zum einen muss die Art aufgrund ihres artspezifischen Verhaltens ungewöhnlich stark von den Risiken eines Vorhabens betroffen sein und zum anderen muss sich diese Art häufig im Gefahrenbereich aufhalten (vgl. BVerwG, U. v. 14.07.2011 — 9 A 12.10-, juris, Rn. 99; U. v. 18.03.2009 — 9 A 39.07-, juris, Rn. 58). Somit reicht die bloße Anwesenheit besonders geschützter Arten nicht aus, um die Genehmigung eines Vorhabens generell zu versagen. Vielmehr gilt es zu prognostizieren, ob an einem geplanten Vorhabenstandort von einer überdurchschnittlich hohen Nutzung der zu berücksichtigenden Art auszugehen ist und ob diese Art aufgrund ihres arttypischen Verhaltens in besonderer Weise diesen Bereich (in diesem Fall Rotorbereich) nutzt.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.190	SO 04	Daraus folgt, dass die Behörde nicht allein auf der Grundlage von Abstandsempfehlungen die Genehmigung versagen darf. DasVG Hannover (VG Hannover, U. v. 22.11.2012, Rn. 42 ff.) hat zu den Abstandsempfehlungen in Bezug auf den Rotmilan ( <i>Milvus milvus</i> ) festgestellt, dass bei Nichteinhaltung der empfohlenen Abstände die Vermutung, dass der Betrieb der Anlagen gegen das Tötungsverbot verstoße durchaus gerechtfertigt sei. Es bedarf allerdings stets einer konkreten Betrachtung der Raumnutzung. Eine solche Betrachtung kann die Vermutung eines erhöhten Tötungsrisikos durchaus widerlegen.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.191	SO 04	Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen, dass nur äußerst wenige Flüge im Bereich der geplanten Anlagen festgestellt werden konnten. Dieser Umstand ist insbesondere vor dem Hintergrund des horstnahen Grünlandes bemerkenswert, welches potenziell als kleinsäugerreiches Nahrungshabitat zu werten wäre. Im vorliegenden Fall trifft dies jedoch nicht zu. Dies kann darin begründet sein, dass die Grünlandflächen im Vorhabengebiet aufgrund der intensiven Nutzung wenig Nahrung aufweisen oder andere Flächen zum Nahrungserwerb deutlich attraktiver sind. Diese Beobachtungen werden durch die Auswertung der Beutereste aus dem Jahr 2014 unterstützt, wonach davon auszugehen ist, dass ein Großteil der Beute (Ringeltaube, Rabenkrähe, Igel) im Bereich des Waldes bzw. der Siedlungsrandbereiche geschlagen worden ist.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.192	SO 04	Die im Rahmen der Raumnutzung gewonnenen Daten weisen auf eine hohe Aktivität des Paares während der Brut- und Ästlingsphase 2014 im nahen Umfeld des Horstes hin. Im Nahbereich der geplanten Anlagen wurden Individuen der Art nur selten beobachtet. In der Bettelflugphase 2014 setzte eine Lockerung der Horstbindung ein. Damit erhöhte sich auch die Aktivität der Uhus deutlich und reichte bis in den südlichen Randbereich des geplanten Windparks hinein. Während der Herbst- und Frühjahrsbalz 2014/15 verlagerte sich die Aktivität des Paares Richtung Südost. Dementsprechend wurden nur wenige Beobachtungen im näheren Umfeld des WP gemacht. Nach dem Verlust des Weibchens konzentrierte sich die Aktivität des Männchens auf das Zentrum des Horstwaldes. Dieser Zeitraum wäre normalerweise der Brut- und Ästlingsphase zuzuordnen. Aktivität im Bereich des WP wurde, trotz des deutlich erhöhten Kartieraufwandes, nicht beobachtet. Ob das ansässige Paar dieses Jahr einen Brutversuch unternommen hat, kann nicht abschließend beantwortet werden. Fest steht jedoch, dass es keine Hinweise auf eine erfolgreiche Brut gibt. Zudem konnte das Weibchen nach dem 11.03.2015 (Duettgesang) nicht mehr beobachtet werden. Zusammenfassend ist festzustellen, dass Flugbewegungen im Bereich des geplanten WP nur sehr selten dokumentiert werden konnten. Flugaktivitäten wurden innerhalb des Windparks hauptsächlich im Bereich zwischen VP 2 und VP 3 beobachtet.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.193	SO 04	Rufende Uhus innerhalb der Windparkfläche konnten an keinem der insgesamt 58 Beobachtungstermine festgestellt werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse ist nicht davon auszugehen, dass die Grünlandbereiche, obwohl diese theoretisch als Nahrungshabitat in Frage kommen würden, als essentielles Nahrungshabitat einzustufen sind.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.194	SO 04	Für die verbleibenden vier Anlagen kann auf Grundlage der im Gelände gewonnenen Daten, ein signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko nicht prognostiziert werden. Auf die Errichtung einer fünften WEA, die im Südosten des Windparks geplant war und auf die im Zwischenbericht mit Stand vom November 2014 noch eingegangen wurde, wird durch den Vorhabenträger aus Vorsorgegründen zum Schutz des Uhus verzichtet.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.195	SO 04	Zusätzlich zu den im Rahmen der Raumnutzungsuntersuchung gewonnenen Daten über das Verhalten der Beobachteten Individuen ist aus einer aktuellen Untersuchung bekannt, dass adulte Uhus im Flachland nur in äußerst seltenen Fällen Flughöhen von mehr als -35 m erreichen (MIOGA et al. 2015). Nennenswerten Distanzflüge wurden nicht festgestellt, vielmehr unternahmen die untersuchten Tiere kurze Flüge mit langen Ruhepausen. Das Verhalten der besenderten adulten Eulen bestätigt die Aussagen aus der Literatur. So beschreiben MEBS & SCHERZINGER (2000) sowie BAUER et al. (2005a) den Uhu als vielseitigen Jäger welcher den Pirschflug in niedriger Höhe mit der Ansitzjagd von Warten aus unterschiedlichster Sitzhöhe kombiniert. GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER (1980) verweisen zudem darauf, dass ein Großteil der Beutetiere in der Dämmerung sowie den ersten Nachtstunden geschlagen wird. Auch die Horstanflüge mit Beute erfolgen hauptsächlich in den frühen Abend- und Nachtstunden (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.196	SO 04	Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass eine „Risikozone“ sich nicht als Kreis mit festem Radius um den Horst beschreiben lässt, sondern vielmehr durch Faktoren wie Landschaftsstruktur, Beuteangebot etc. standortbezogen geprägt. Ein pauschaler Mindestabstand zum Horst von 1.000 m ist zum Schutz des Uhus vor Kollisionen mit WEA daher an diesem Standort nicht sachgerecht.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.197	SO 04	52 GEFÄHRDUNG DURCH MEIDUNG! VERDRÄNGUNG Ein Brutplatz der Art ist im Umfeld der WEA nicht bekannt. Eine Gefährdung durch Meldung oder Verdrängung ist nicht zu prognostizieren.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.198	SO 04	6 PROJEKTBEZOGENE VERMEIDUNGSMAßNAHMEN Im folgenden Kapitel werden verschiedene Maßnahmen kurz beschrieben, welche das Ziel verfolgen, dem Uhu adäquate Nahrungshabitate außerhalb der Windparkfläche zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen sind auf Grundlage der Ergebnisse der Raumnutzungsuntersuchungen nicht erforderlich, jedoch ist davon auszugehen, dass sie sich deutlich positiv auf den Lebensraum des betroffenen Brutpaares auswirken werden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.199	SO 04	Insbesondere zur Brutzeit ist ein hohes Nahrungsangebot im Revier des Uhus notwendig, um eine erfolgreiche Brut zu ermöglichen. GEIDEL (2012) fand heraus, dass insbesondere kleinsäugerreiches horstnahe Grünland in der Vorbrutphase eine hohe Bedeutung für die Ernährung des Uhus hat. Diese Strukturen nehmen somit eine Schlüsselstellung ein. Der Uhu ist auf offene, kurzrasige oder lückige Bereiche angewiesen, die ihm den Zugriff auf Nahrungstiere ermöglichen (SITKEwTz 2005). Nach BUIH & MEINIG (2013) ist es möglich, durch ein gesteuertes Mahdregime Einfluss auf die Kleinsäugerdichte zu nehmen. BuTH & MEINIG (2013) fanden heraus, dass insbesondere durch eine späte und unregelmäßige Mahd die Kleinsäugerpopulation gefördert wird.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.200	SO 04	Aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Grünlandflächen südlich und westlich vom Horst in ihrem jetzigen Charakter zu bewahren, bzw. ihre Eignung durch ein gezieltes Mahdregime, wie oben beschrieben, zu verbessern. Ein gezieltes Management dieser Flächen trägt dazu bei, dass der Uhu optimale Ernährungsbedingungen in seinem Revier vorfindet und von den Windparkflächen weiter abgelenkt wird. Ziel ist es ein Grünland zu entwickeln, welches neben kurzrasigen Bereichen auch höherwüchsige Altgrasstreifen und Krautsäume aufweist. Sofern für diese Flächen keine geeignete Ansitzwarten vorhanden sind, werden diese durch die zusätzliche Pflanzung von Gehölzen geschaffen. Die ausführliche textliche Erläuterung findet in Form von Maßnahmenblättern statt, welche dem Landschaftspflegerischen Begleitplan (Anhang 3) zu entnehmen sind.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.201	SO 04	<b>7 ZUSAMMENFASSUNG</b> Die EnergiekontorAG wurde im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens durch den Landkreis Cuxhaven auf eine Brut des Uhus (Bubo bubo) im näheren Umfeld des geplanten Windparks hingewiesen. Der Uhu ist nach der Bundesartenschutzverordnung eine streng geschützte Art. Die planungsgruppe grün gmbh und das Büro für Ökologie, Naturschutz und räumliche Planung — Frank Sinning wurde daraufhin durch die Energiekontor AG mit der Durchführung einer Raumnutzungskartierung beauftragt. Ziel der Kartierung ist es, Informationen darüber zu erlangen, ob das Uhu-Paar Flächen im Bereich des als Vorranggebiet für Windenergie ausgewiesenen Standortes nutzt und ob dadurch ggf. ein Kollisionsrisiko für den Uhu besteht.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.202	SO 04	Der Brutplatz des Jahres 2014 befand sich in einer Entfernung von 417 bis 1.127 m zu den geplanten Anlagen. Eine Überprüfung des Brutplatzes am 26.03.2015 ergab, dass der Horst stark beschädigt ist und dem Brutpaar nicht mehr als Brutplatz zur Verfügung steht. Weitere Begehungen des Horstwaldes wurde den Gutachtern vom LANDKREIS CUXHAVEN untersagt (Email vom 29.04.2015). Dadurch war eine Überprüfung des Bereiches auf mögliche Ersatz Horste, des Brutgeschehens sowie eine Untersuchung der Nahrungsreste in diesem Jahr nicht möglich.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.203	SO 04	Ob das ansässige Paar (2015) einen Bwtversuch unternommen hat, kann nicht abschließend beantwortet werden. Fest steht jedoch, dass es keine Hinweise auf eine erfolgreiche Brut gibt. Zudem wurde das Weibchen zuletzt am 11.03.2015 (Dueftgesang) im UG beobachtet.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.204	SO 04	Im Rahmen der Kartierung wurden an insgesamt 58 Beobachtungsterminen mehr als 500 Beobachtungsstunden geleistet. Neben der Erfassung der Eulen im Gelände wurden im Jahr 2014 auch Beutereste im Bereich des Horstes gesucht und auf ihre Artzusammensetzung hin untersucht. Die Ergebnisse der vorliegenden Raumnutzungsuntersuchung sowie die Analyse der Beutereste zeigen, dass die Flächen des geplanten Windparks nur selten von den Tieren zur Jagd genutzt werden und aufgrund dessen nicht von einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko ausgegangen werden kann.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.205	SO 04	Zudem ist aus einer aktuellen Untersuchung bekannt, dass adulte Uhus im Flachland nur in äußerst seltenen Fällen Flughöhen von mehr als -35 m erreichen (MIOSGA et al. 2015). Nennenswerten Distanzflüge wurden nicht festgestellt, vielmehr unternahmen die untersuchten Tiere kurze Flüge mit langen Ruhepausen.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.206	SO 04	Das im Rahmen der telemetrischen Untersuchungen festgestellte Verhalten der besenderten adulten Uhus bestätigt die Aussagen aus der Literatur, So beschreiben MEBS & SCHERZINGER (2000) sowie BAUER et al. (2005a) den Uhu als vielseitigen Jäger welcher den Pirschflug in niedriger Höhe mit der Ansitzjagd von Warten aus u unterschiedlichster Sitzhöhe kombiniert.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.207	SO 04	GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER (1980) verweisen darauf, dass ein Großteil der Beutetiere in der Dämmerung sowie den ersten Nachtstunden geschlagen wird. Auch die Horstanflüge mit Beute erfolgen hauptsächlich in den frühen Abend- und Nachtstunden (GLUTZ VON BLOTZHEIM & BAUER 1980).	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.208	SO 04	Aus gutachterlicher Sicht ist ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko durch die geplanten Anlagen nicht gegeben.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P053.209	SO 04	Zudem werden verschiedene Maßnahmen beschrieben, welche das Ziel verfolgen, dem Uhu adäquate Nahrungshabitate außerhalb der Windparkfläche zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen sind auf Grundlage der Ergebnisse der Raumnutzungsuntersuchungen nicht zwingend notwendig, jedoch ist davon auszugehen, dass sie sich deutlich positiv auf den Lebensraum des betroffenen Brutpaares auswirken werden.	Kenntnisnahme. - Siehe P053.123.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.210		Literaturangaben	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.211	SO 34 / 21	Sie stellen aktuell den neuen Entwurf des RROP zusammen. Sie hatten uns Ende 2014 gebeten zu den Ausbaupotentialen des Windparks Wittgeeste und Ringstedt fundierte Aussagen zu machen, da nur einer dieser beiden WP dargestellt werden soll und das größte Gesamtpotential einer Fläche ausschlaggebend sein wird. Anbei finden sie einige Auswertungen, die eindeutig belegen, dass der vorhandene WP Wittgeeste + Ausbaumöglichkeiten nach Westen im Vergleich zum WP Ringstedt + Ausbaumöglichkeiten bzw. Repowering ein wesentlich höheres Potential aufweist. Schon der vorhandene WP Wittgeeste hat durch die leistungsfähigeren und höheren WEA einen höheren Energieertrag, als die Fläche Ringstedt.	Anlage zu P053 - E-Mail vom 17.02.2015 zu WP Wittgeeste / Ringstedt	Kenntnisnahme
P053	P053.212	SO 34 / 21	Dazu einige Daten, die Sie anhand der Ertragsberechnungen (siehe Hauptergebnis für Windpark-Berechnung) [Karten aus WindPro im Anhang der Anlage, Anm.] nachvollziehen können. Wittgeeste: Bestand 6 WEA mit zusammen 20,4 MW, Nettoertrag ca. 54,5 MWh jährlich. Erweiterungspotenzial Wittgeeste max. 8 WEA ca. 27,7 MW, Nettoertrag ca. 68 MWh jährlich. Summe max. 14 WEA, max. 48,1 MW, Nettoertrag ca. 123 MWh jährlich.	Bei der Berechnung geht der Investor von falschen Voraussetzungen aus. Es werden Anlagen für die gesamte Potentialfläche 015 geplant. Selbst wenn der Standort Lintig-Meckelstedt als Vorranggebiet ausgewiesen werden würde, wäre die Fläche dennoch auf die Grenzen der jetzigen Flächennutzungsplanausweisung beschränkt (vgl. S. 35 der Begründung). Insoweit kann dieser Vergleich der beiden Standorte nicht verwertet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.213	SO 34 / 21	Ringstedt nur begrenzt Repoweringfähig. Ringstedt besitzt keine Verdichtungsmöglichkeiten. Bestand 12 WEA mit zusammen 15,6 MW, Nettoertrag ca. 27 MWh jährlich. Im Rahmen des Repowering könnten im WP Ringstedt ca. vier hohe und leistungsfähige WEA errichtet werden, die eine gemeinsame Leistung von ca. 13,6MW erreichen, zusätzlich würden vom Bestand ca. 5 WEA (7,2MW) stehen bleiben können. Summe insgesamt alt+neu 9 WEA max. 20,8MW, Nettoertrag ca. 48 MWh jährlich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.214	SO 34 / 21	Das Ergebnis dieser Ausbauszenarien ist eindeutig: Während in Wittgeeste ca. 123 MWh jährlich erreicht werden können, liegt der mögliche Ertrag in Ringstedt bei ca. 48 MWh. Die Vergleiche wurden mit dem Anlagentyp berechnet, der bereits in Wittgeeste verbaut wurde. Die Nettoerträge sind gerundet und beinhalten bereits eine Reduktion von 10 %, wie sie bei der konservativen Ertragsberechnung üblich ist.	Siehe Stellungnahme P053.212	Nicht zu berücksichtigen.
P053	P053.215	SO 34 / 21	Gerne stellen wir Ihnen die Daten auch auf dem Postwege zur Verfügung. Bitte berücksichtigen Sie unsere Auswertungen bei der Aufstellung des RROP. Die Ergebnisse unserer Auswertung werden wir den Vertretern der Stadt Geestland mitteilen. Vielen Dank für ihre Rückmeldung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P053	P053.216		vgl. Stellungnahme 093a (TöBs)	Anlage zu P053 - DEWI: Rotorblattspitze innerhalb oder außerhalb der Konzentrationszone? Bereits unter 093a aufgenommen und ausgewertet	Kenntnisnahme
P054	P054.01	SO 31	gegen das o. g. Vorranggebiet für Windenergie [Osten-Isensee, Anm.] machen wir folgende Bedenken geltend:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P054	P054.02	SO 31 / E 01	Die Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach zu "sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen" bzw. zu Einzelgebäuden definiert werden, sondern bilden zusammenhängende Straßendörfer oder Streusiedlungen, sodass größere Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.03	SO 31 / E 01	Die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind nach unserer Ansicht viel zu gering bemessen, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen können.	Die festgelegten Mindestabstände liegen über den gesetzlich vorgeschriebenen Werten. Im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz muss der Vorhabnsträger mittels Gutachten darlegen, dass von den Windenergieanlagen keine schädlichen Umweltauswirkungen ausgehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.04	SO 31 / E 01	In anderen Landkreisen werden teilweise deutlich höhere Mindestabstände zugrunde gelegt, die auch hier anzuwenden wären.	Mindestabstände in anderen Landkreisen sind nicht relevant.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P054	P054.05	A	Die Nähe zur Windindustrie führt für unser Haus zu einer erheblichen Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit. Wir befürchten, dass unser Haus, welches auch ein Teil unserer Alterssicherung ist, im Falle der Errichtung des Windparks erheblich an Wert verliert.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.06	SO 31 / A	Da der Landkreis Cuxhaven seine Verpflichtung zum Ausweisen zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung ohnehin bereits erfüllt bzw. übererfüllt hat, besteht - auch nach dem Urteil des OVG Lüneburg - keine Verpflichtung und keine Notwendigkeit, die Fläche Osten-Isensee als Vorranggebiet Windenergienutzung in das RROP aufzunehmen.	Die Fläche Osten-Isensee entspricht dem einheitlichen Planungskonzept des Landkreises. Es liegen keine Gründe vor, auf eine Ausweisung zu verzichten.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.07	SO 31	Wir fordern die Kreisverwaltung und den Kreistag auf den Bürgerwillen der Gemeinde Osten (siehe 1.800 Unterschriften in 3 Gemeinden im Jahre 2009 und der Bürgerbefragung von 2010) zu übernehmen und die o. g. Vorrangfläche für Windenergie aus dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms zu streichen.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.08	SO 31	Die Errichtung eines Windparks in Osten-Isensee gefährdet die Auszeichnung der Schwebefähre zum Weltkulturerbe. Diese bedeutsame Auszeichnung gilt es im Interesse des gesamten Landkreises zu erreichen. Darum erheben wir gegen diese Planung, als Bürger Einspruch!	Die Auszeichnung als Weltkulturerbe ist eine Einzelfallentscheidung, bei der verschiedene Kriterien berücksichtigt werden. Bislang liegt jedoch noch nicht einmal ein Antrag auf Anerkennung vor. Insoweit kann eine mögliche Auszeichnung nicht berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.09	A	Wir bitten um Berücksichtigung unserer Bedenken und Einwände und behalten uns anderenfalls rechtliche Schritte vor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P054	P054.10	SO 31	Weiterhin mussten wir feststellen, dass sich die Vorrangfläche für Windenergie in der Gemeinde Osten im Entwurf des RROP 2015 noch wieder vergrößert hat, obwohl dadurch schützenswerte Biotope beeinträchtigt werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Gesetzlich geschützte Biotope und gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile sind bisher nicht erfasst worden; mit gesetzlich geschützten Biotopen und/oder gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteilen ist jedoch - angesichts der vorkommenden Biotoptypen - zu rechnen. Auch aufgrund einer Übersichtskartierung im Sommer 2011 ist zu vermuten, dass einige Flächen als gesetzlich geschützte Biotope und/oder gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile einzustufen sind. - Für den südöstlichen Teil des Gebietes 008 war bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 noch ein größerer Bereich aus dem Vorranggebiet Windenergienutzung heraus genommen worden. Die Ausprägung der Grünland-Biotoptypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass eine Herausnahme aus einem möglichen Vorranggebiet Windenergienutzung nicht mehr gerechtfertigt erscheint. - Auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist eine Kartierung der gesetzlich geschützten Biotope und/oder gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.
P054	P054.11	A	Auch mahnen wir an, dass unsere früheren Bedenken bei der Auswertung der Stellungnahmen nicht für uns nachvollziehbar berücksichtigt worden sind.	Die Auswertung der Stellungnahmen zum Entwurf 2014 wird Anfang 2016 veröffentlicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P055	P055.01	SO 09	in Ergänzung zu unserem Schreiben vom 16.1.2014, in dem wir „Hinweise und Anregungen - insbesondere zur Ausweisung eines Vorrangstandortes „Geversdorf-Oberndorf“ - hinsichtlich der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven formuliert haben, und zu unserem Schreiben vom 15. 8. 2014, in dem wir Einwendungen gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergie „Geversdorf-Oberndorf“ im Entwurf des RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven geltend gemacht haben, erheben wir hiermit Einwendung gegen die Ausweisung des Standortes SO 09 „Geversdorf-Oberndorf“ als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und begründen dies wie folgt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P055	P055.02	SO 09	Einstufung des Standortes SO 09 als „bauleitplanerisch gesichert“ In Übereinstimmung mit §1 Abs. 4 BauGB fordert das RROP 2012 in der Beschreibenden Darstellung 4.2.2. Ziffer 10: „Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen. und in Ziffer 08: „Bei den vorhandenen Windparks sind die Möglichkeiten des Repowering zu nutzen. Im Sommer 2013 sind Teile des geltenden RROP 2010 des Landkreises Emsland vom Niedersächsischen Obergericht in Lüneburg für unwirksam erklärt worden, sodass dem LK bewusst war, dass die seit November 2013 beim OVG anhängigen Normenkontrollklagen gegen das RROP 2012 Erfolg haben würden, da auch der LK Cuxhaven die von der Rechtsprechung vorgesehene methodische Vorgehensweise (dreischrittiges Verfahren laut BVG-Urteil vom 13.12.2012) nicht eingehalten hat. Trotzdem wurde die vom Rat der Samtgemeinde Am Dobrock im Februar 2014 beschlossene 7. FNP-Änderung vom LK am 1. 8. 2014 genehmigt, und zwar nachdem das OVG Lüneburg in seiner Entscheidung am 14. 5. 2014 festgestellt hatte, dass die Ausweisung der in Ziffer 10 erwähnten „Vorranggebiete Windenergienutzung“ nicht rechtskonform vorgenommen worden ist. Somit hat der LK einer FNP-Änderung zur Gültigkeit verholten, von der er wusste, dass ihr zum Zeitpunkt der Genehmigung ein in einem gültigen RROP ausgewiesenes Vorranggebiet als Grundlage fehlt, da durch die Entscheidung des OVG das RROP 2012 als von Anfang an nichtig gilt.	Das Verfahren zur 7. FNP Änderung der Samtgemeinde am Dobrock ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P055	P055.03	B 10 / B 11	Im Entwurf des RROP 2015, das im Teilabschnitt Windenergie nach dem gerichtlich geforderten dreischrittigen Verfahren vorgeht, entfallen die entsprechenden Potentialflächen 007 und 033 (Geversdorf-Oberndorf) bei der Einzelabwägung (Arbeitsschritt 3), da nach der Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde gravierende Konflikte vorhanden sind, die Flächen also als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet sind. Ziffer 10 der Beschreibenden Darstellung 4.2.2. des RROP 2012 nun im Entwurf des RROP 2015 Beschreibende Darstellung in 4.2.2. Ziffer 06 folgendermaßen zu ändern: „Neu zu errichtende Windkraftanlagen müssen vollständig innerhalb eines Vorranggebietes oder eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches stehen.“ und in Ziffer 11 folgendermaßen zu ändern bzw. zu erweitern: „Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen ausnahmsweise in den in der zeichnerischen Darstellung dargestellten, bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen für Windenergienutzung zulässig.“, um die in der Einzelabwägung entfallenen Gebiete weiterhin ausweisen zu können, führt den oben geschilderten Ablauf und somit auch die Entscheidung des OVG ad absurdum und widerspricht damit den gerichtlichen Vorgaben für die Raumordnung.	Mit der Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wird die Planungshoheit der Gemeinden beachtet. Die Übernahme wurde dabei im Rahmen einer Abwägung geprüft. Diese wurde in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P055	P055.04	E 01	Vier Kilometer Mindestabstand Die von der obersten Raumordnungsbehörde vorgeschlagenen fünf Kilometer für die Abstände der Windparks untereinander mit der Begründung zu unterschreiten, damit sei das Landschaftsbild geschützt, ist nicht schlüssig. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, Windenergieanlagen seien „im norddeutschen Tiefland weithin sichtbar“, was logischerweise eher ein Überschreiten der Empfehlung nahelegen würde.	Die Empfehlung eines fünf Kilometer Abstandes basiert auf einer Rechtsprechung des OVG Lüneburg aus dem Jahre 1999. Bereits im gleichen Jahr hat das OVG Lüneburg dieses starren Wert relativiert, seit dem Jahre 2005 spricht das OVG Lüneburg von einer Einzelfallentscheidung. Entsprechend kann die Landesempfehlung unterschritten werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P055	P055.05	E 11	Die Ausweisung bauleitplanerisch gesicherter Bereiche, die im dreischrittigen Verfahren als Vorrangflächen weggefallen sind, wird folgendermaßen begründet: „Insbesondere ist hier das Ziel des Landkreises Cuxhaven zu benennen, auf Altstandorten ein Repowering zu ermöglichen“ (Begründung zu 4.2.2 Windenergie, S. 5). Bezüglich dieser Bereiche wird eine Einzelfallabwägung vorgenommen. Diese kommt in den meisten Fällen zu einem Ergebnis wie z. B. bei der Sonderbaufläche Cuxhaven-Altenbruch, „dass der Standort Cuxhaven-Altenbruch im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering zugeführt werden kann. Dabei überwiegen das Interesse der Allgemeinheit an der Verwirklichung der Energiewende, das Interesse der Gemeinde an den wirtschaftlichen Vorteilen sowie die Interessen der Grundstückseigentümer und Investoren an der Entwicklung des Standortes.“ (S. 45). Hier handelt es sich um ein Gebiet, das im Entwurf des RROP 2015 nur teilweise als Vorranggebiet ausgewiesen ist, auf dem jedoch bereits 30 Windenergieanlagen stehen, also ein Gebiet im Sinne der Charakterisierung auf S. 5, das Ergebnis der Abwägung erscheint also schlüssig.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P055	P055.06	E 11	Irritierenderweise kommt die Abwägung z. B. auch bei folgenden Bereichen zu dem oben zitierten Ergebnis, obwohl die Bedingungen nicht der Charakterisierung entsprechen: • Appeln: entfallen wg. Mindestabstand, noch keine Anlagen, Genehmigung von vier Anlagen im Frühjahr 2015 • Bramstedt: entfallen wg. naturschutzfachlicher Einschätzung, noch keine Anlagen, Genehmigungsverfahren für fünf Anlagen, schwerwiegende naturschutzfachliche Belange • Köhlen-Brockoh: keine Potentialfläche ausgewiesen, 16 Anlagen genehmigt, naturschutzfachliche/-rechtliche Auflagen Ausschlaggebend scheinen hier die bereits erfolgten Genehmigungen bzw. das laufende Genehmigungsverfahren zu sein.	Ausschlaggebend ist einzig und allein das Ergebnis der Abwägung. Dabei wurden alle auf der regionalen Ebene erkennbaren und relevanten Belange gerecht miteinander abgewogen.	Nicht zu berücksichtigen.
P055	P055.07	E 11	Sonderbaufläche für Windenergienutzung Geversdorf-Oberndorf Dieser Bereich, der aufgrund der naturschutzfachlichen Einschätzung entfallen ist, ist gleichzeitig die einzige Sonderbaufläche, bei der die untere Naturschutzbehörde für alle enthaltenen Potentialflächen zu dem Urteil „Gravierende Konflikte vorhanden — Fläche als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet“ kommt. Zudem wurde bereits die Genehmigung von 12 Anlagen versagt. Trotzdem kommt die Abwägung zu dem bekannten Ergebnis. Der stereotype Text zur Begründung lautet auch hier: „Insgesamt kommt der Landkreis Cuxhaven zu dem Ergebnis, dass der Standort Geversdorf-Oberndorf im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering [sic!] zugeführt werden kann. Dabei überwiegen das Interesse der Allgemeinheit an der Verwirklichung der Energiewende, das Interesse der Gemeinde an den wirtschaftlichen Vorteilen sowie die Interessen der Grundstückseigentümer und Investoren an der Entwicklung des Standortes.“ Dieses Vorgehen wird einer Einzelfallabwägung nicht annähernd gerecht.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
P055	P055.08		Zudem wurden folgende Einzelaspekte bei der Abwägung nicht hinreichend gewürdigt:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P055	P055.09	SO 09	• Zusammen mit der Planung auf Stader Gebiet entstünde sehr wohl ein „überdimensionierter Windpark“. Die Überdimensionierung ergibt sich aus der Kombination der Flächen sowie der Höhen und der möglichen Anzahl der Anlagen: 26 Anlagen à 186 m bzw. 200 m auf ca. 214 ha.	Der Belang wird in die Abwägung aufgenommen.	Zu berücksichtigen.
P055	P055.10	SO 09	• Die Schutzabstände zur Wohnbebauung werden nicht eingehalten, da es sich bei Oberndorf-Bentwisch um eine Ortslage handelt (vgl. S. 8, Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger wohnbaulicher Nutzung sowie Umweltbericht des RROP 2012).	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P055	P055.11	SO 09	• Die naturschutzfachlichen Belange sind so schwerwiegend, dass die gesamte Fläche als ungeeignet eingestuft wird. Die Bewertung der unteren Naturschutzbehörde weist keine „konfliktärmere[n] Bereiche“ (S. 46) aus, sondern benennt Bereiche, in denen „die Konflikte [...] am relativ geringsten“ sind. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies bei einem Bereich gegeben ist, bei dem allein aufgrund seiner Größe von 112 ha nicht zu erwarten ist, dass die Konflikte überall genau gleich groß sind. Die Formulierung „am relativ geringsten“ verweist vielmehr auf das hohe Konfliktpotential des gesamten Bereichs.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Auf der Basis der vorhandenen Daten sind gravierende Konflikte ersichtlich. Voraussichtlich werden aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung realisierbar sein.	Kenntnisnahme.
P055	P055.12	E 11	Anhand des oben genannten Ergebnisses kann also nicht ernsthaft von einer Einzelabwägung gesprochen werden. Es nährt sich vielmehr der Verdacht, das Ergebnis habe schon vor der Abwägung festgestanden.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird noch einmal kritisch geprüft.	Zu berücksichtigen.
P055	P055.13	E 01	Abstand zur Kreisgrenze / Maximalgröße Mit diesen Aspekten fehlen eine Vorgabe, die noch im RROP enthalten war, und eine, die in den NLT-Empfehlungen vorgesehen ist. Somit ist es wiederholt nicht möglich, den geplanten landkreisübergreifenden Windpark Geversdorf-Oberndorf/Oederquart-Wetterdeich, der mit der Planung der Samtgemeinde Nordkehdingen (13 Anlagen 200 m, vgl. Bürgerinformationsveranstaltung vom 16. 7. 2015) erstmals auch auf Stader Seite konkrete Gestalt annimmt, bezüglich der Vorstellungen zur Raumordnung des LK Cuxhaven einzuordnen.	Eine Maximalgröße von Windparks bzw. ein Abstand zur Kreisgrenze ist nicht vorgesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P055	P055.14	SO 09	Aus allen genannten Gründen ersuchen wir Sie, auf die Ausweisung des Sondergebietes für Windenergie „Geversdorf-Oberndorf“ im RROP 2015 des Landkreises Cuxhaven zu verzichten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P055	P055.15	A	Unsere Einwendung erheben wir auch als Mitglieder der „Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste“ und in Ergänzung zu den Einwendungen der Eheleute van Bernem.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P056.01	A	wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes 2015 (RROP 2015) und bitten Sie um die Beachtung unserer Anmerkungen. Die TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG ist die Betreiberin des Windparks Midlum mit 70 Enercon 6—40 Windkraftanlagen innerhalb der Gemeinde Wurster Nordseeküste. Dieser Windpark wurde bereits 1996 durch ein Raumordnungsverfahren genehmigungsfähig und war zum Zeitpunkt seiner Inbetriebnahme 1999 mit 35 MW Nennleistung der größte in der Bundesrepublik Deutschland und erfährt vor Ort große Akzeptanz.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P056.02	B 11	Wir möchten zunächst grundsätzlich zum Konzept des aktuellen Entwurfes des RROP 2015 Stellung nehmen: Wir begrüßen die Festlegungen in Ziffer 4.2.2. 11, Satz 1 und 2, weil den Kommunen dadurch auch innerhalb der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ein Gestaltungsspielraum zugestanden wird, über die zulässige Gesamthöhe für Windkraftanlagen auf den jeweiligen Flächen zu entscheiden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P056.03	B 10	Wir begrüßen die Ausführungen unter Ziffer 4.2.2. 10 Satz 1, da genannte Fragestellungen innerhalb des Genehmigungsverfahrens zielführend behandelt werden können.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P056.04	B 05	Die Festlegung unter Ziffer 4.2.2. 05 Satz 2 widerspricht unseres Erachtens den Ziffern 4.2.2. 10 Satz 1 sowie 4.2.2. 11 Satz 1 und 2 des RROP 2015, und schränkt die darin eingeräumten Möglichkeiten für den Bau neuer WKAs ein. Abhängig von der zulässigen Gesamthöhe der Windkraftanlagen, z.B. aufgrund von Belangen der Flugsicherung am konkreten Standort, sollte eine Bewertung des Landschaftsbildes und dessen Beeinträchtigung durch die geplanten Windkraftanlagen einzelfallbezogen im Genehmigungsverfahren vorgenommen werden. Eine Festlegung verschiedener zulässiger Bauhöhen, wie aktuell z.B. im bauleitplanerisch gesicherten Bereich Midlum vorhanden, kann ein uneinheitliches Erscheinungsbild von Windparks in angemessener Weise regulieren. Wir sehen das Risiko, dass durch Ziffer 4.2.2. 05 Satz 2 der planerische Spielraum für den Antragssteller im Genehmigungsverfahren je nach den Gegebenheiten vor Ort a priori eingeschränkt wird.	Die Einschränkungen der Vorhabensträger durch die Festlegung von maximal zwei unterschiedlichen Gesamtanlagenhöhen je Windpark wird angesichts der damit verfolgten und in der Begründung ausgeführten Zielstrategie des Schutzes des Landschaftsbildes als vertretbar angesehen. Gemeint sind dabei optisch wahrnehmbare Höhen, d.h. geringe Unterschiede, die nicht optisch wahrnehmbar sind, sind nicht relevant.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P056	P056.05	B 11	Hinsichtlich der Festlegungen im Entwurf des RROP 2015 unter Ziffer 4.2.2. 11 Satz 3, welche artenschutzrechtliche Verbotstatbestände auf Regionalplanungsebene verhindern sollen, haben wir Bedenken. Pauschale Festlegungen ohne Bezug zu konkreten Schutzgebieten machen das Planungskonzept komplexer, schränken den zukünftigen Spielraum für die jeweiligen Betreiber ein und bergen große Unsicherheiten in Bezug auf ihre angedachte positive Wirkung auf die betreffenden Tierarten. Die Bewertung von Auswirkungen auf konkrete Tiergruppen ist nach unserer Ansicht in dieser Detailliertheit auf der Ebene des Genehmigungsverfahrens vorzunehmen.	Die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen daher zunächst einmal gar nicht mehr als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Die Übernahme wird dabei im Rahmen einer Abwägung geprüft. Dabei werden alle auf der regionalen Ebene erkennbaren und relevanten Belange, dies gilt auch für naturschutzfachliche Belange, eingestellt. Die von der Regelung in Ziffer 11 Satz 3 betroffenen Standorte weisen so schwere naturschutzfachliche Belange auf, das eine Übernahme nur durch Einschränkungen der Standorte möglich ist. Andernfalls müssten diese Standorte im Rahmen der Abwägung gestrichen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P056	P056.06	SO 24	Als Betreibergesellschaft des Windparks Midlum möchten wir im Folgenden zu Festlegungen im Entwurf des RROP 2015, welche speziell diesen Windpark betreffen, Stellung nehmen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P056.07	SO 24	Der Windpark Midlum ist aus raumordnerischer Sicht ausgezeichnet für einen langfristigen Weiterbetrieb und ein Repowering geeignet (1.).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P056.08	SO 24	Die Befristung des Windparks Midlum steht nicht in Zusammenhang mit einer absehbaren Ausbeutung der Schwermineralvorkommen in der Lagerstätte "Titalum" (2.).	Die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Abbaus ist für die Befristung nicht von Belang. Die Raumordnung muss sicherstellen, dass das Schwermineralvorkommen abgebaut werden kann.	Nicht zu berücksichtigen.
P056	P056.09	SO 24 / SO 13 / SO 19	Das Amt für Raumordnung muss eine Lösung finden, wie trotz des geplanten Mindestabstandes von 4 km zwischen Vorranggebieten der Erhalt der Vorranggebiete Midlum, Holßel und Krempel sichergestellt werden kann (3.).	Der Landkreis Cuxhaven muss hierfür keine Lösung finden, da keine Problemstellung vorliegt. Alle drei Standorte bleiben in der zeichenrischen Darstellung erhalten. Teilweise als bauleitplanerisch gesicherter Bereich, teilweise als Vorranggebiet. In allen drei Standorten können moderne Windenergieanlagen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P056	P056.10	SO 24	1. Wie im Umweltbericht des RROP 2015 vermerkt, herrschen am Windstandort Midlum, gemessen an den Kriterien des Landkreises ( Siedlungsabstände, landschaftliche Vorprägung, Artenschutz), ideale, konfliktarme Bedingungen vor, welche in einer solch einheitlichen und großräumigen Ausdehnung im Landkreis Cuxhaven kaum zu finden sind. Im Gegensatz zu den meisten anderen Windvorranggebieten im Entwurf des RROP 2015 geht die Potentialfläche Nr. 002 sogar über das im RROP 2012 bestehende Vorranggebiet hinaus! Es widerspräche den Zielen zur Unterstützung der Energiewende des Landes Niedersachsen und insbesondere des Landkreises Cuxhaven, die Nutzung dieses Potentials für Onshore—Windenergie nicht weiterhin in Form eines Vorranggebietes zu ermöglichen.	Es ist richtig, dass am Windparkstandort Midlum sehr gute Voraussetzungen gegeben sind. Es muss jedoch klar gestellt werden, dass der Standort, selbst wenn er als Vorranggebiet ausgewiesen werden würde, sich nicht über die Grenzen der aktuellen FNP-Darstellung vergrößern würde. Dies resultiert aus dem Vorgehen des Landkreises zur Ermittlung von Vorranggebieten (vgl. Begründung S. 35). Die Potentialfläche 002 liegt im 4km Abstandspuffer zum bestehenden Windpark Langen-Krempel. Ein Vorranggebiet könnte zwar ausnahmsweise trotzdem ausgewiesen werden, es wäre jedoch auf die Grenzen der aktuellen bauleitplanerischen Darstellung im FNP beschränkt. Es widerspräche einem einheitlichen und logischem Vorgehen, wenn einerseits zwischen neuen Vorranggebieten ein 4km Abstand eingehalten werden würde und andererseits eine Potentialfläche komplett als Vorranggebiet ausgewiesen wird, die voll in einem 4km Abstand eines anderen Windparks liegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P056	P056.11	E 08	2. Die Beschränkung der Nutzungsdauer des Windparks auf das Jahr 2030 steht in keinem Zusammenhang mit einer aktuell gebotenen Notwendigkeit, die Fläche anderweitig zu nutzen. Der Geltungszeitraum des Raumordnungsverfahrens für den Windpark Midlum aus dem Jahr 1996 wurde im Jahr 2006 durch ein Zielabweichungsverfahren verlängert, da lediglich eine Genehmigung zum Betrieb bis zum Jahr 2016 vorlag. Die Genehmigung der bestehenden Enercon E—40 Windkraftanlagen wurde in der Folge ebenfalls auf das Jahr 2030 verlängert. Das Jahr 2030 ist somit nicht als angedachter Starttermin für den Abbau der Schwerminerale in der sog. Lagerstätte „Titalum“ anzusehen. Dies scheint der Planungsträger ebenfalls erkannt zu haben, wie die Formulierung der Ziffer 4.2.2. 08 vermuten lässt. Es ist aktuell nicht absehbar, ob oder wann besagte Schwermineralialagerstätte ausgebeutet werden kann. Der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als wesentlicher Eigentümer der Grundstücke oberhalb der Lagerstätte wurden in den letzten Jahren keinerlei Bestrebungen mitgeteilt oder in anderer Form bekannt gemacht, die auf eine baldige Ausbeutung der Lagerstätte schließen lassen. Des Weiteren verweisen wir ausdrücklich auf die Ausführungen in der Stellungnahme der von uns beauftragten Kanzlei SATELL vom 13.08.2014 (AZ: 00449—14), in welcher mögliche Strategien aufgezeigt werden, die Zielsetzung der Ziffer 4.2.2.08 langfristig zu erfüllen. Wir widersprechen aus vorgenannten Gründen ausdrücklich der Festlegung unter Ziffer 4.2.2. 08 und regen eine Streichung dieser an.	Es ist richtig, dass ein Abbau der Schwerminerale nicht vor 2030 vorgesehen ist. Die Regionalplanung muss jedoch das Zielabweichungsverfahren aus dem Jahre 2006 beachten. Dieses beschränkt die Nutzungsdauer des Windparkstandorts Midlum bis 2030. Über das Zielabweichungsverfahren kann sich die Regionalplanung bei der Aufstellung des RROP nicht hinwegsetzen.	Nicht zu berücksichtigen.
P056	P056.12	SO 24	3. Es ist aus vorgenannten Gründen nicht nachvollziehbar, dass der Windstandort in der Einzelabwägung gegenüber dem Nachbarwindpark Holßel benachteiligt wird. Das Vorranggebiet Midlum hat aus raumordnerischer Sicht keine Nachteile gegenüber dem Vorranggebiet Holßel. Wir möchten das Amt für Raumordnung des Landkreises Cuxhaven dazu auffordern, eine Lösung zu finden, beide betreffende Windparks als Vorranggebiet zu erhalten und verweisen nochmals auf die Ausführungen in der Stellungnahme der von uns beauftragten Kanzlei SATELL vom 13.08.2014 (AZ: 00449-14).	Gemäß des in der Begründung dargelegten Vorgehens des Landkreises Cuxhaven kann lediglich einer der beiden Standorte als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Aufgrund des Zielabweichungsverfahrens aus dem Jahre 2006 ist die Nutzungsdauer des Windparks Midlum bis 2030 beschränkt. Dies ist bei der Abwägung, welcher der beiden Standorte als Vorranggebiet ausgewiesen werden soll, als gewichtigster Belang zu sehen.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P056	P056.13	A	Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme einen konstruktiven Beitrag bei der Ausarbeitung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP leistet und bitten das Amt Bauaufsicht und Regionalplanung des Landkreises Cuxhaven um die Berücksichtigung der vorgetragenen Anmerkungen in den folgenden Überlegungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P057	P057.01	A	dem Landkreis kommt bei der Erzeugung von elektrischer Energie durch die Nutzung von Windenergie wegen seiner Lage an der Küste und dem sich daraus ergebenden Windenergieertragspotential eine besonders hohe Bedeutung zu. Mit der Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land will der Landkreis Cuxhaven seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Die getroffenen Regelungen zur Steuerung der Windenergienutzung sollen den Ausbau dabei in einem Rahmen halten, der allen anderen Belangen, allen voran den Schutzansprüchen von Mensch und Natur, gerecht wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P057	P057.02	Z	Potentialflächen 019 (Östlicher Teil) und 118—Bei Hemmoor — Mühlenreihe werden als eine gemeinsame Fläche betrachtet. Es wurde im Entwurf 2015 lediglich der östliche Teil der Potenzialfläche 019 betrachtet, der außerhalb des 4.000 m -Puffers der Sonderbaufläche Windenergienutzung „Lamstedt“ in der Flächennutzungsplanung liegt. Der betrachtete Teil des Gebietes 019 und das Gebiet 118 soll voraussichtlich zu einem Vogelbrutgebiet regionaler Bedeutung gehören. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate soll das Gebiet zu einem Teil zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung gehören. Die Potentialflächen 019 und 118 wurden daher im Entwurf 2015 als Vorranggebiet voraussichtlich ungeeignet bewertet. Meiner Ansicht nach sind die Potentialflächen 019 und 118 durchaus als Vorranggebiet geeignet. Die Flächen liegen beidseitig der Gemeindegrenzen von Hemmoor und Börde Lamstedt weit ab von dicht besiedelten Ortslagen. Außerdem befinden sich in dem Bereich nur wenige Wegeverbindungen bzw. keine (überregionalen) Straßen. Durch die am westlichen Rande der Potentialfläche 019 verlaufende Stromleitungstrasse besteht bereits eine Vorbelastung zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 18 bis 20 (= Lfd. Nr. 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor-Mühlenreihe)]. - Im nördlichen und östlichen und südlichen Teil ist die sonstige wohnbauliche Nutzung 500 m von der Potenzialfläche entfernt. Insgesamt ist der Bereich "Bei Hemmoor-Mühlenreihe" im Ehlandsmoor als eher siedlungsfern zu charakterisieren, jedoch mit erheblichen Wertigkeiten im Hinblick auf Natur und Landschaft.	Nicht zu berücksichtigen.
P057	P057.03	Z	Weiterhin möchte ich anregen die Pufferfläche zu dem Bauleitplanerisch gesichertem Bereich (Detailkarte 40) nicht zu berücksichtigen. An dem Standort werden drei Windenergieanlagen (WEA) mit einer über 20 Jahre alten Technik und einer Leistung von insgesamt unter 1 Megawatt betrieben. Langfristig erscheint ein Weiterbetrieb nicht mehr wirtschaftlich und eine Repowering scheidet an diesem Standort aufgrund der direkten Ortsnähe zu Lamstedt aus. Im Sinne einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende erscheint es mir nicht vertretbar auf einen Windpark mit hochmodernen WEA und einer vielfach höheren Leistung zugunsten eines Standortes mit einer so minimalen Leistung zu verzichten. Folglich sollte auch der westliche Teil der Potentialfläche 019 in die naturschutzfachliche Betrachtung einbezogen werden.	Bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms müssen die derzeit bestehenden Strukturen und Standorte beachtet werden. Die drei Windenergieanlagen bei Lamstedt sind nach heutigem Maßstab als raumbedeutsam einzustufen. Insoweit muss um diese ein 4km Abstandspuffer eingehalten werden. Die Regionalplanung kann diesen Standort nicht einfach ignorieren. Erst wenn die drei Anlagen abgebaut sind, werden sie keinen Abstandspuffer mehr auslösen.	Nicht zu berücksichtigen.
P057	P057.04	Z	Außerdem wäre eine Netzeinspeisung vor Ort ohne lange Leitungswege durch die bereits erwähnte 110 KV Stromleitung möglich. Ebenso verläuft in diesem Bereich auch der Korridor der geplanten SuedLink Trasse.	Derzeit gibt es noch keine geplante SuedLink Trasse. Das Verfahren läuft noch, mehrere Trassenvarianten werden noch geprüft. Eine Netzeinspeisung ist bei allen ausgewiesenen Standorten möglich. Dies kann kein Argument für einen Standort sein.	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.01	SO 31	die erneute Absicht einen Windpark auf dem Gemeindegebiet Osten-Isensee zu errichten haben wir mit Bestürzung und großer Sorge zur Kenntnis genommen, da unser Grundstück in nur 650m Abstand zu einer geplanten 200m hohen Windkraftanlage liegt und wir damit am ärgsten betroffenen sind. Wir lehnen das Vorhaben ab und haben u.a. folgende Bedenken:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P058	P058.02	A	die geplanten Mindestabstände von 420 bzw. 500 in sind bei der Größe der Windkraftanlagen viel zu gering.	Die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände liegen über den gesetzlich geforderten Abstände. Die Abstände werden somit als ausreichend angesehen.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P058	P058.03	A	Wir befürchten erhebliche gesundheitliche Gefahren für die betroffenen Anwohner durch Schattenschlag, Betriebsgeräusche, Infraschallmissionen sowie „Discoeffekt“. Durch eigene chronisch psychische Erkrankung haben wir vor den Gesundheitsrisiken große Angst.	Die vom Landkreis Cuxhaven ausgewiesenen Vorranggebiete halten die Mindestabstände zur Wohnbebauung ein. Im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG muss vom Vorhabensträger durch Gutachten dargelegt werden, dass von den Windenergieanlagen keine schädlichen Umwelteinflüsse ausgehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.04	A	Im BauGB § 35, Abs. 3, Ziffer 1 ist das Gebot der Rücksichtnahme verankert. Die Drehbewegung der Rotoren haben eine "optisch bedrängende Wirkung".	Das Gebot der Rücksichtnahme wird nicht verletzt. Es werden ausreichende Abstände zur Wohnbebauung eingehalten. Ob von Windenergieanlagen eine optisch bedrängende Wirkung ausgeht kann erst im Einzelfall geprüft werden. Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden jedoch nur Flächen ausgewiesen. Genaue Anlagenstandorte stehen noch nicht fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.05	E 01	Infraschall ist auch in 12 km Entfernung nachweisbar In einer neuen Studie (Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen—Infraschallmessungen an einem Windrad nördlich von Hannover; Lars Ceranna, Gernot Hartmann&Manfred Henger Bundesanstalt für Geowissenschaften) haben die Autoren bei einer Windkraftanlage (Baujahr 2000, Leistung 1.500 KW, Nabenhöhe 100 m, Rotordurchmesser 70 m, Rotationsgeschwindigkeit 16 rpm) Infraschall noch in 12 km Entfernung nachweisen können. Es liegt auf der Hand und ist auch schon nachgewiesen, dass moderne Anlagen mit ihrer wesentlich größeren Dimensionierung an Rotordurchmesser und somit Rotorgeschwindigkeiten, erheblich intensiveren Infraschall erzeugen als in der Studie berücksichtigt.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayerischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P058	P058.06	E 01	Herrmann Lewke (Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie) stellt klar, dass für die modernen Anlagen DIN 150 9613-2 nicht angewendet werden darf, da dies zu einer Unterschätzung der Geräuschbelastung führen würde. Für moderne Anlagen gibt es momentan keine Norm. Dies wird mit großer Sorge und Unsicherheit gesehen, da hier bereits eine erhebliche Gesundheitsgefährdung nicht ausgeschlossen werden kann.	Herr Lewke stellt nicht klar, dass die DIN ISO 9613-2 nicht angewendet werden darf, sondern dass aus seiner Sicht diese DIN-Vorschrift für moderne Anlagen nicht greift, da sie für bodennahe Geräuschquellen gilt. Dennoch ist die TA Lärm für Windenergieanlagen weiterhin im Rahmen der Genehmigung zu beachten: „In der Praxis der Verwaltungsbehörden und der Judikatur der Verwaltungsgerichte und Obergerichtspräsidenten wird die generelle Eignung der Regelungen der TA Lärm für die von Windenergieanlagen verursachten Geräuschimmissionen nicht ernsthaft in Frage gestellt.“ (Urteil des BVerwG vom 29.08.2007 (Az: BVerwG 4 C 2.07), mit Bezug auf das Urteil des OVG Koblenz vom 3.8.2006 (Az: 1 A 10216/03.OVG ))	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.07	E 01	Gesundheitliche Beeinträchtigungen Windkraftanlagen erzeugen durch Schall und Infraschall mit großen Wellenlängen und geringer Dämpfung über große Entfernungen Resonanzen im menschlichen Körper und in Gebäuden. Als Folge davon sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu nennen: Kopfschmerzen, Verspannungen, Müdigkeit, Störungen der Atemfrequenz, Konzentrationsschwäche, Hörschäden, erhöhter Blutdruck, erhöhtes Herzinfarktrisiko. Für Risikogruppen wie Säuglinge, Kinder, Jugendliche, schwangere Frauen ist Infraschall gefährlich	Der vom Einwender herangezogene Herr Lewke selbst stellt bezüglich der Auswirkungen des Infraschalls klar: "Eine nachvollziehbare Erklärung zwischen dem von WEA verursachten Infraschallanteil und einer erhöhten Häufigkeit von gesundheitlichen Beschwerden lässt sich nach den aktuell vorliegenden Wirkungsforschungen über die Wirkung von Infraschall nicht begründen." Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayerischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P058	P058.08	SO 31	Dem Vogelschutz muss bei Entscheidungen ein höheres Gewicht beigemessen werden. Es wird ignoriert, dass geschützte Arten in unmittelbarer Nähe des geplanten Windparks ihre Brutplätze haben. Kiebitz, Bekassine (u. andere Schnepfenarten) , Feldlerche, Rohrweihe, Weißstorch, Waldohreule, Schleiereule um nur einige wenige zu nennen. Auch Fledermäuse müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Sicherlich ist ihnen der Inhalt des § 44, Abs.I, Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz bekannt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist.	Zu berücksichtigen.
P058	P058.09	SO 31	Die negative Auswirkungen des geplanten Windparks auf den Tourismus und das beantragte Weltkulturerbe „Schwebefähre“ sind nicht zu leugnen. Bereits getätigte Investitionen, auch durch die öffentliche Hand, wären verloren. Befremdlich ist die Tatsache, dass der „Landkreis Cuxhaven“ als Eigentümer der Schwebefähre so gar kein Interesse am Status „UNESCO Weltkulturerbe“ hat.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist. Es gibt keinerlei belastbare Hinweise, dass durch den Windpark Osten-Isensee eine Auszeichnung der Schwebefähre als Weltkulturerbe gefährdet ist. Die zuständigen Fachämter für Denkmalschutz sehen den Abstand als ausreichend an.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P058	P058.10	SO 31	Die Natur und Landschaftszerstörung wäre ungeheuerlich. Die Gebiete entlang der unteren Oste, dem einzig nennenswerten Fluss des Landkreises Cuxhaven, besonders zwischen Osten und Obemdorf sind, meiner Meinung nach, besonders schützenswert. Trotz Landwirtschaft befindet sich hier genug Raum für Flora und Fauna. Eine einmalige Vogelwelt ist die Folge. 12 200m hohe Windkraftanlagen wären der Supergau für dieses ruhige, idyllische Stückchen Ostemarsch. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den § 1 des Bundesnaturschutzgesetzes hinweisen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die naturnahen, hochwertigen Bereiche an der Oste sind etwa 2 km entfernt.	Kenntnisnahme.
P058	P058.11	SO 31	Nach den BauGB § 35, Abs. 3, Ziffer 6 stehen öffentliche Belange einem Vorhaben entgegen, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet. Dies wäre mit einer Errichtung von Windkraftanlagen auf der Vorrangfläche Osten-Isensee gegeben.	Die Belange von Natur und Landschaft wurden im Rahmen der Abwägung und des einheitlichen Planungskonzeptes eingestellt. Naturschutzfachliche Belange, die einer Nutzung des Standortes komplett entgegenstehen, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.12	A	Erhebliche Wertminderung der Immobilien der Anwohner Grundstücke und Gebäude werden bis zur Unverkäuflichkeit entwertet. Anwohner, die wegen der Beeinträchtigung oder sogar gesundheitlicher Schäden durch die Windkraftanlagen gezwungen sind ihr Eigentum zu veräußern, wären ruiniert. Jürgen-Michael Schick, Sprecher des Verbands Deutscher Makler (VDM) erklärt, dass Immobilien in der Nähe von WKA quasi unverkäuflich sind bzw. es muss ein erheblicher Abschlag hingenommen werden.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.13	A	Durch Wertverlust der Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen entsteht ein unüberschaubarer volkswirtschaftlicher Schaden.	Siehe Stellungnahme P058.12	Nicht zu berücksichtigen.
P058	P058.14	A	Der Verbandschef (Eigentümerverband Haus&Grund) Jochem Schlotmann erklärt, dass Immobilienbesitzer, die in der Nähe der Windkraftanlagen wohnen, mit empfindlichen Wertverlusten rechnen müssen. Er fordert eine gesetzliche Ausgleichszahlung für Immobilienbesitzer. Da der Staat Windkraft subventioniert, dürfen nicht einseitig auf Kosten der Allgemeinheit lediglich ein paar Investoren Gewinne einfahren. In Dänemark ist der Wertverlust bei Immobilien, die sich in der Nähe von Windkraftanlagen befinden seit 2009 gesetzlich geregelt. Hier erhalten die Geschädigten eine Ausgleichszahlung.	Siehe Stellungnahme P058.12	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P058	P058.15	SO 31	Wir wohnen bewusst und gerne genau hier, genießen die Lebensqualität und würden es sehr bedauern diesen, unseren Standort mit rechtlichen Mitteln verteidigen zu müssen. Wir hoffen, dass unsere Einwände zur Kenntnis genommen werden und würden uns sehr freuen wenn die Vorrangfläche für Windenergie Osten-Isensee aus dem RROP gestrichen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P059	P059.01		Die Rennert Energieprojekte GmbH ist Betreiberin der Windparks Cappel-Neufeld und Padingbüttel. Folgende Anregungen und Bedenken teilen wir Ihnen mit:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P059	P059.02	B 11	Für die Vorranggebiete unserer Windparks wird in Ziffer 11 Satz 3 festgelegt, dass die Gesamtrotorfläche im Falle eines Repowerings nicht wesentlich erhöht werden darf. Als nicht wesentlich wird eine Erhöhung um 15% als Höchstgrenze angegeben. Aus welchen Annahmen oder Berechnungen resultiert dieser Wert? Warum nicht 20 oder 25%? Bei einigen genehmigten Repoweringmaßnahmen wird die Leistung und damit auch die Rotorfläche verdoppelt oder verdreifacht. Dann wären z.B. 25% in der Tat nicht wesentlich. Wo beginnt eine „Wesentliche Erhöhung“ bei 50% oder 100%? Der Wert 15% ist nicht hergeleitet und falls doch, müsste diese Herleitung bei einer derartigen Einschränkung konkret belegt werden.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P059	P059.03	B 11	Die Beschränkung der Erhöhung wird durch die Aussage in Anhang 2 der FFH-Verträglichkeitsvorprüfungen zum Vogelschutzgebiet Niedersächsisches Wattenmeer zu Anlagebedingten Beeinträchtigungen nicht gestützt, sondern in Frage gestellt: „Der potenziell geeignete Flugkorridor wird durch die Erweiterung nicht beeinträchtigt. Die Anlagen an sich stellen für die Arten keine Barriere da. Beeinträchtigungen der Flugbeziehungen verbunden mit erhöhtem Energiebedarf durch anlagebedingte Wirkungen werden für die Arten ausgeschlossen“. Warum wird die Erhöhung der Rotorflächen dann überhaupt reglementiert?	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P059	P059.04	E 01	Im Rahmen der FNP Änderung Windpark Padingbüttel, die der Landkreis nicht genehmigt hat, wurden umfangreiche Untersuchungen der Avifauna und Fledermäuse durchgeführt, einschl. Artenschutzrechtliche Prüfung und FFH-Verträglichkeitsprüfung, diese finden im vorliegenden Entwurf überhaupt keine Berücksichtigung. Im Gegenteil, im Entwurf wird bedauert, dass Kartierungen und Verträglichkeitsprüfungen nicht zur Verfügung gestanden haben.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 21 bis 22]. - Die Abwägung zu den fünf Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in räumlicher Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer wird noch einmal kritisch überprüft.	Zu berücksichtigen.
P059	P059.05	B 11	Wir sind gegen Festlegungen von Rotorflächenbegrenzungen.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P060	P060.01	SO 31	in Ihrer Bekanntmachung 172. im Amtsblatt vom 02.07.2015 zur o.g. Änderung des RROP verweisen Sie darauf das Stellungnahmen die bereits zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 eingereicht wurden, nicht erneut eingereicht werden müssen. Woraus abzuleiten ist, dass diese Stellungnahmen erneut bzw. weiterhin bei Ihrer Abwägung des jetzt vorliegenden geänderten bzw. fortgeschriebenen Entwurfs des RROP 2015 des sachlichen Teilabschnitts Windenergie berücksichtigt werden. Da aber in der von Ihnen veröffentlichten Abwägung, die von uns am 14.08.2014 zugesendete Stellungnahme zwar grundsätzlich mit aufgeführt wurde aber eine Abwägung der dort aufgeführten Einwände nicht bzw. nicht nachvollziehbar erfolgt ist, verweisen wir hiermit erneut auf die dort aufgeführten Einwände zu der Vorrangflächen für Windenergie - Flächenvorschlag Standort Osten-Isensee. Diese Fläche Nr. 31 ist nach wie vor ungeeignet und unzulässig für eine Windenergienutzung!	Die Auswertung der Stellungnahmen zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren vorgenommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.02	SO 31	Nachfolgend möchten wir erneut auf die wesentlichen Ausschlusskriterien hinweisen: Nach umfänglicher Recherche und Konsultation von Anwälten und Naturschutzrechtlern stellen sich nachfolgende Bedenken für die geplant Vorrangfläche auf dem Gemeindegebiet Osten-Isensee dar:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.03	SO 31	<p>1. Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft</p> <p>Im nördlichen Bereich des Vorrangsgebiets für Windenergie befindet sich, wie auch aus dem den Entwürfen der RROP 2010, 2014 und in dem jetzt vorliegenden 2015 zu entnehmen ist, ein „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“. In diesem Gebiet wurde jetzt, aus nicht nachvollziehbaren Gründen, das Vorrangsgebiet Windenergienutzung erweitert. Diese Quatitätsausweisung steht konträr zu dem Erscheinungsbild und den Auswirkungen von Windindustrieanlagen, was somit entgegen der Begründung für ein solches Gebiet steht bzw. ein Widerspruch ist.</p>	<p>Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorrangsgebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorrangsgebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorrangsgebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>
P060	P060.04	SO 31	<p>Die Fläche des Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft war bereits im letzten RROP von 1990 als „Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft“ ausgewiesen. Die Grundlagen hierfür haben sich in diesem Gebiet mit überwiegend undrainiertem, ursprünglichem Weidecharakter, vielfältiger Vogelwelt (siehe auch Punkt 2.), neu ausgewiesenen Fahrradrouen u.a. eher verfestigt und verstärkt, sodass dieses Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft mindestens in der vorgeschlagenen Ausdehnung beizubehalten ist. Es wird vielmehr vorgeschlagen, das Vorbehaltsgebiet aufgrund des sich fortsetzenden, prägenden Charakters der Landschaft nach Südosten und Südwesten zu erweitern, bzw. es - wie bereits an einer kleinen Fläche innerhalb des Vorbehaltsgebiets entlang des Kleinen Wegs erfolgt - zu einem Vorrangsgebiet Natur und Landschaft aufzuwerten.</p>	<p>Die Ausweisung und Erweiterung von Vorbehaltsgebieten Natur und Landschaft ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.05	SO 31	<p>2. Vogelschutz</p> <p>Die erfolgte Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung ist fachlich nicht nachvollziehbar. Als Ausschlussgebiete werden Brut- und Rastvogelgebiete nationaler bzw. internationaler Bedeutung genannt. Die Beurteilung der Brut- und Rastvogelgebiete im Hinblick auf ihre Bedeutung erfordert jedoch eine systematische, fachlich saubere Bestandserfassung und Bestandsdaten nicht älter als 5 bzw. 3 Jahre (Wilms, Behm-Berkelmann, Heckenroth 1997, BURDORF, K.; HECKENROTH, H.; SÜDBECK, P. 1997). Wie bereits in unserer Stellungnahme zum Entwurf des RROP 2014 für Vorrangflächen für Windenergie dargelegt, kann aus den vorgelegten Untersuchungsergebnissen des Büro Bosch &amp; Partner GmbH eindeutig entnommen werden, dass in keiner Weise eine systematisch Abdeckung des gesamten Gebietes erfolgt ist.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 zu einem Gastvogellebensraum mit potenzieller Bedeutung. Es liegen keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist.</p>	<p>Teilweise zu berücksichtigen.</p>
P060	P060.06	E 01	<p>Die Ausweisung der Vorrangflächen ist in dieser Hinsicht zufällig und willkürlich und widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz.</p>	<p>Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>
P060	P060.07	SO 31	<p>Darüber hinaus gibt es begründete Hinweise auf eine große avifaunistische Bedeutung des Gebietes: Beobachtungen relativ großer Brutvogelbestände von Kiebitzen, Bekassinen, Bussarde, Waldohreulen und Rohrweihen konnten durch ausgewiesene Fachleute (s. Pkt 2.1) festgestellt werden.</p>	<p>Siehe P060.05.</p>	<p>Teilweise zu berücksichtigen.</p>



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.08	SO 31	<p>Die z.B. durch die Ländergemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) empfohlenen Sicherheitsabstände zu Windenergieanlagen, welche auch durch das Büro Bosch &amp; Partner GmbH in Umweltbericht benannt werden, haben zur Folge, dass die Vorrangfläche für Windenergienutzung ungeeignet ist.</p> <p>Literatur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• BURDORF, K.; HECKENROTH, H.; SÜDBECK, P. (1997): Quantitative Kriterien zur Bewertung von Gastvogellebensräumen in Niedersachsen. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 17. Jg., Heft 6, Seite 225-231.</li> <li>• Länder-Arbeitsgemeinschaft der vogelschutzwarten (LAG-VSW) (201 5): Abstandsregelungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogelebenräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten.</li> </ul>	Siehe P060.05.	Teilweise zu berücksichtigen.
P060	P060.09	E-N / U	<p>2.1 Brutvorkommen</p> <p>In der naturschutzfachlichen Einschätzung von Potentialflächen und im Umweltbericht werden nach wie vor eine unvollständige Auswertungen des Vorranggebietes Osten-Isensee zugrunde gelegt.</p>	Siehe P060.05.	Teilweise zu berücksichtigen.
P060	P060.10	SO 31	<p>Nach Auswertung einer aktuellen ornithologischen Untersuchung ergibt sich folgender Sachverhalt: Entgegen der Einschätzung der vorliegenden Voruntersuchung (Quelle 1 u. 2), wurde eine Mehrzahl an schützenswerten Vogelarten in dem Bereich der geplanten Windkraftanlage (Osten/Isensee) festgestellt (siehe Tabelle 1). Zu diesen schützenswerten Arten gehören eine Reihe von Rote Liste Arten, die in Niedersachsen als besonders oder streng geschützt gelten (siehe Quelle 3). [anliegende Tabelle mit beobachteten Vogelarten, Beobachtungszeit, Standort und Verhalten, Anm.]</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Von den in der Tabelle 1 der Einwendung genannten Arten soll vom Vorkommen der Rohrweihe ein Abstand von 1.000 m zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" im Entwurf 2016 eingehalten werden. Bei dem Weißstorch-Vorkommen handelt es sich nach derzeitigem Kenntnisstand nicht um ein Brutpaar; insoweit wird hier kein</p>	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Abstand von 1.000 m zum Vorranggebiet Windenergienutzung zugrunde gelegt. Sofern es im Jahr 2016 zu einer erfolgreichen Brut käme, wäre hier ein 1.000 m-Abstand in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. im immissionsschutzrechtlichen Genehmigung einzuhalten (bzw. dieses Thema über eine Raumnutzungsanalyse zu klären). Die Vorkommen der Waldohreule, des Kiebitzes und des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	
P060	P060.11	SO 31	Allein auf Grund dieser hier aufgelisteten Arten, ist die Errichtung eines Windparks in Bezug auf den Naturschutz fragwürdig und erlaubt den Rückschluss, dass die grundsätzlich erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung das Vorranggebiete Osten-Isensee als nicht geeignet einstuft. Die zuvor genannten vogelkundlichen Feststellungen sowie weitergehende vorgenommene Untersuchungen werden der Zeit in fachgerechter Form aufbereitet und nachgereicht.	Siehe P060.10.	Teilweise zu berücksichtigen.
P060	P060.12	SO 31	Zudem ist zwingend das Vorkommen von Fledermäusen - regelmäßig von Anwohnern beobachtet - zu überprüfen, da auch diese Tiergruppe durch Windkraftträder besonders gefährdet sind (siehe Quelle 3).  Quellen: 1.) Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie RROP LX Cuxhaven 2015 - Umweltbericht - Teil C 2.) Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie RROP LK Cuxhaven 2015 - naturschutzfachliche Einschätzung von Potentialflächen 3.) Voigt, C.C., Popa-Lisseanu, A.G., Niermann, 1. and Kramer-Schadt, 5. 2012. The catchment area of wind farms for European bats: A plea for international regulations. Biological Conservation, 153: 80-86.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören der nördliche Teil des Gebietes 008 und das gesamte Gebiet 122 zu einem potenziell wertvollen Fledermauslebensraum. Es liegen hier keine Daten zu den Fledermäusen vor. - Infolge von inzwischen vorliegenden neueren Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten ist eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich. Hierdurch entfällt auch der überwiegende Teil des o.g. potenziell wertvollen Fledermauslebensraums. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.13	A	2.2 Biotopverbund (Biotopvernetzung). Der Verweis im Entwurf des RROP auf „Natura 2000“ ist nicht ausreichend und die Anforderungen des BNatSchG § 21 werden nicht umfänglich berücksichtigt. Die geforderten Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente sind nicht durch eine Erklärung von zu schützenden Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2 des BNatSchG, durch Planungsrechtliche Festlegungen, in Form von langfristige vertragliche Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich gesichert, um so den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Für die Berücksichtigung des Biotopverbunds bzw. der Biotopvernetzung gibt es keine planerische Grundlage. Im LROP-Entwurf 2014 war der Bereich des Achthöfener Fleths im südöstlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee" nach dem Entwurf 2015 von einem Vorranggebiet Biotopverbund betroffen. Im LROP-Entwurf 2015 ist der Bereich des Achthöfener Fleths nicht (mehr) als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.14	A	Es wird nicht beschrieben wie Unbeschadet des § 30 des BNatSchG die oberirdischen Gewässer einschließlich ihrer Randstreifen, Uferzonen und Auen als Lebensstätten und Biotope für natürlich vorkommende Tier- und Pflanzenarten erhalten werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Gesetzlich geschützte Biotope und gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile sind bisher nicht erfasst worden; mit gesetzlich geschützten Biotopen und/oder gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteilen ist jedoch - angesichts der vorkommenden Biotoptypen - zu rechnen. Auch aufgrund einer Übersichtskartierung im Sommer 2011 ist zu vermuten, dass einige Flächen als gesetzlich geschützte Biotope und/oder gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile einzustufen sind. - Für den südöstlichen Teil des Gebietes 008 war bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 noch ein größerer Bereich aus dem Vorranggebiet Windenergienutzung heraus genommen worden. Die Ausprägung der Grünland-Biotoptypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass eine Herausnahme aus einem möglichen Vorranggebiet Windenergienutzung nicht mehr gerechtfertigt erscheint. - Auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist eine Kartierung der gesetzlich geschützten Biotope und/oder gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.15	A	Die erforderliche Weiterentwicklung von großräumigen Vernetzungsfunktion, die auf Dauer zu erfüllen sind, sind aus dem Entwurf des RROP nicht eindeutig zu entnehmen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Für die Berücksichtigung des Biotopverbunds bzw. der Biotopvernetzung gibt es keine planerische Grundlage. Im LROP-Entwurf 2014 war der Bereich des Achthöfener Fleths im südöstlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee" nach dem Entwurf 2015 von einem Vorranggebiet Biotopverbund betroffen. Im LROP-Entwurf 2015 ist der Bereich des Achthöfener Fleths nicht (mehr) als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.16	A	Des Weiteren wird die auf regionaler Ebene geforderte Erhaltung bzw. Schaffung von Biotopen, in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften, mit den erforderlichen Vernetzung linearen und punktförmigen Elementen, insbesondere Hecken und Felddraine sowie Trittsteinbiotope, nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt.	Siehe P060.15.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.17	E 01	3. Mindestabstände von Siedlungsgebieten Die vorgeschlagene Fläche liegt unzulässig inmitten von Siedlungsgebiet. Der Ostener Ortsteil Isensee zeichnet sich durch eine zwar dünne, jedoch entlang von Straßen angeordnete, gestreute Siedlungsstruktur sowie weitere Siedlungssplitter aus. Der „Windpark“ Osten-Isensee ist für eine Lage zwischen den Straßen Niederkögt, Zehntwege/Großes Wegfährels und dem Ortsteil Fünfhausendorf vorgeschlagen. Der Straßenzug Niederkögt befindet sich am Ostrand der Vorrangfläche und bildet ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet des Ortsteils Isensee. Der Straßenzug Zehntwege (inkl. der Häuser Großes Wegfährels 10, 12, 15 und 17) bildet eine dazu gehörende Streu-/ Splittersiedlung auf halbem Wege zwischen Isensee und den Ortssteilen Osten-Achthöfen und Oberndorf-Niederstrich. Der Ortsteil Fünfhausendorf liegt unmittelbar am südlichen Ende der Vorrangfläche.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.18	E 01	Das Zugrundelagen von 500 m - Mindestabständen zu vermeintlichen Einzelhaus- bzw. Einzelhoflagen ist angesichts dieses Siedlungscharakters nicht statthaft, sondern es sind die planungsüblichen 1000 m (z.T. 1200 oder 1500 m) Mindestabstand zu Siedlungen einzuhalten. Damit ist eine Windindustriefläche an dem vorgeschlagenen Standort nicht möglich.	Siehe Stellungnahme P060.17	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.19	E 01	Der bisher geplante Mindestabstand von 500 Metern zu unserem Wohnhaus sowie zu den Nachbarhäusern der Streusiedlungen in den Straßenzügen Zehntwege/Großes Wegfährels und Niederkögt/Kleines Wegfährels ist bau- und planungsrechtlich nicht haltbar und dürfte einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Er entstammt lediglich einer politischen Beschlussfassung über einen sog. Kriterienkatalog für das RROP und ist nicht rechtsverbindlich.	Siehe Stellungnahme P060.17 Der Mindestabstand zur Wohnbebauung wurde politisch beschlossen und ist somit für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms verbindlich.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.20	E 01	Selbst bei Wohngebäuden in Einzellage ist nach einschlägiger Rechtsprechung ein Abstand von mindestens der dreifachen oder 3,5-fachen Gesamthöhe der Anlagen (inkl. Rotorblättern) einzuhalten. Dieser übersteigt bei Windkraftanlagen der heutigen, höheren Bautypen die 500 m erheblich und dürfte eher bei 750 m liegen. Bei Siedlungen, auch Streusiedlungen und Siedlungssplittern, sind mindestens 1000 m Abstand einzuhalten. Als solche Siedlungen gelten, wie oben dargestellt, auch die Straßenzüge Niederkögt und Zehntwege, sodass hier dieser Abstand zugrunde zu legen ist. (Im Landkreis Emstand, in dem Windenergie wirtschaftlich ebenfalls eine starke Rolle spielt, besteht eine Vorgabe von 800 m Mindestabstand auch zu Einzelhäusern, um die Rechtsposition des Kreises im Falle eventueller Widersprüche und Klagen von vornherein zu stärken)	Urteile die pauschal einen Abstand vom dreifachen bzw 3,5-fachen der Gesamthöhe der Anlagen einfordern gibt es nicht. Insofern kann auch nicht von einer einschlägigen Rechtsprechung gesprochen werden. Die einschlägige Rechtsprechung in Bezug auf die erdrückende Wirkung von Windenergieanlagen wurde, wie in der Begründung ausgeführt, bei den harten Tabuzonen berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.21	E 01	Für den Fall der Beibehaltung des nicht vertretbaren 500 m Mindestabstands im RROP kündigen wir hiermit bereits Nachbarklagen und die Sammelklage unserer Straßengemeinschaft an. Diese dürfte nach Einschätzung namhafter Planungsrechtler sehr erfolgversprechend sein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P060	P060.22	A	4. Gesundheitliche Auswirkungen Die erheblichen Schallauswirkungen, die Infraschalleinflüsse und die täglich langen Schlagschattendauern durch die Windenergieanlagen auf unser Haus bei so geringen Entfernungen, wie im Entwurf vorgeschlagen, sind nicht zumutbar und nicht hinzunehmen. Sie werden infolge bestehender Schutzvorschriften und angesichts bisheriger Rechtsprechung zu diesem Aspekt umfangreiche, tageszeitliche Abschaltungen der Anlagen zur Folge haben müssen (siehe z.B. Entscheidungen des OVG Oldenburg aus jüngerer Zeit).	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Kenntnisnahme
P060	P060.23	A	Die gesundheitlichen Auswirkungen durch Schall und Schlagschatten auch in den ggf. zulässigen, tageszeitlich stark eingeschränkten Laufzeiten der Windkraftanlagen sind im Rahmen der Umweltprüfung zum RROP oder anderweitig weitergehend zu untersuchen (vgl. medizinische Studien der Universität Kiel, u.a.) und dürften zu zusätzlichen Restriktionen für die Anlagen, Schutzmaßnahmen für betroffene Wohnbevölkerung, Entschädigungen bei nachgewiesenen Gesundheitsschädigungen u. a. führen.	Im Rahmen des RROP können keine Lärm- oder Schalluntersuchungen vorgenommen werden. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms sind noch keine Anlagendetails bekannt, die eine Untersuchung ermöglichen würden. Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.24	A	Aus einem Bericht der „tagesschau.de“ vom 13.03.15 kann entnommen werden, dass die Regierung in Dänemark im vergangenen Jahr eine Untersuchung von Gesundheitsgefahren durch Windräder in Auftrag gegeben hat. Untersucht werden unter anderem die Auswirkungen von niederfrequentem Schall, also Lärm, den man gar nicht hört. "Es gibt eine eindeutige Verbindung zwischen Lärm und verschiedenen Krankheiten, wie beispielsweise Bluthochdruck und Diabetes. Die interessante Frage ist, ob es diese Verbindung auch bei der Art von Lärm gibt, den die Windräder machen", so Astak Harbo Poulsen vom dänischen Krebsforschungsinstitut Kræftens Bekæmpelse. Anwohner von Windkraftanlagen klagen über Schlafstörungen und Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Konzentrations- und Gedächtnisstörungen und in einigen Fällen Tinnitus und Angstgefühle. Bis das Ergebnis der Untersuchung vorliegt - voraussichtlich in zwei Jahren - haben viele Kommunen in Dänemark ihre Pläne für neue Windenergie-Projekte aber erstmal gestoppt.  Quelle: Bericht „tagesschau. de“ vom 13.03.15: <a href="http://www.tagesschau.de/ausland /windenergie-101.html">http://www.tagesschau.de/ausland /windenergie-101.html</a>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.25	A	<p>4. Wertminderung</p> <p>Durch die Windenergieanlagen wird eine starke Beeinflussung unseres Grundstückes erzeugt, so dass die heutige Qualität unseres Eigentum grundlegend negativ verändert wird. Was zur Folge hat das eine Veräußerung unseres Eigentums nur erheblich unter Wert möglich wäre, daher würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern der eingetretenen Entwicklung (Kreis, Betreiber, Landwirte) einklagen. Urteile in vergleichbaren Fällen aus anderen Regionen Deutschlands lassen entsprechende Klagen, die auch aus unserer Nachbarschaft in größerer Zahl zu erwarten sind, als durchaus erfolversprechend erscheinen.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.26	A	<p>5. Votum durch Einwohner- und Bürgerbefragung</p> <p>Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Osten haben bereits im Sommer/Herbst 2009 eigenständig eine Einwohnerbefragung der Ostener Bevölkerung durchgeführt. Hierbei sind über 800 Unterschriften gegen die Ansiedlung eines Windparks auf dem Gebiet Osten Isensee geleistet worden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Wahlberechtigten entspricht dies einem Votum von mehr als 50 %. Die Unterschriften wurden der Gemeindevertretung sowie dem Landrat/dem Kreistag überreicht und sind weiterhin als Votum zu respektieren. Die vom 5. - 8. August 2010 nun von der Gemeinde Osten gemäß Niedersächsischer Gemeindeordnung durchgeführte Bürgerbefragung aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde hatte ein deutliches Votum von 81,8 % gegen die Ausweisung einer Fläche für Windenergieanlagen im Gebiet von Osten-Isensee ergeben. Diese klare demokratische Entscheidung der Bürger der Gemeinde Osten gegen Windkraftenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet, kann kreisseitig und kommunalpolitisch nicht übergangen werden.</p>	<p>Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.27	E 01	<p>Zusammenfassend ergibt sich nach wie vor der Eindruck, dass die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie -2015- ENTWURF (Stand Juni 2075) in seiner Aufstellung und Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie nicht nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien aufgestellt wurde. Diese müssen allgemeine Gültigkeit besitzen. Ausnahmen von der Allgemeingültigkeit im RROP-Entwurf festzuschreiben wird mit hoher Wahrscheinlichkeit später vor Gericht keinen Bestand haben, da es in dieser Richtung bereits eine Vielzahl von eindeutigen Urteilen gibt.</p>	<p>Der Landkreis Cuxhaven hat ein einheitliches Planungskonzept für das gesamte Kreisgebiet aufgestellt. Dieses wurde transparent und nachvollziehbar in der Begründung dargelegt. Alle harten und weichen Tabuzonen wurden hergeleitet und begründet. Es wurden keine Ausnahmen vom Planungskonzept vorgenommen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.28	E 01	<p>Die in dieser Stellungnahme dargestellten Einwände zu der Vorrangfläche Osten-Isensee als Windenergieflächen ist ein Beleg dafür, dass die erforderlichen Abwägungen und Einhaltung von eindeutigen Kriterien nicht ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet wurden.</p>	<p>Siehe Stellungnahme P060.27</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P060.29	SO 31	Endgültig ergibt sich die Situation, dass die Vorrangfläche für Windenergie Osten - Isensee nicht im Entwurf bzw. dem endgültigen Regionalen Raumordnungsprogramm verbleiben kann sondern aus diesem zu streichen ist. Sollte wiedererwartend doch eine Aufnahme der Vorrangfläche erfolgen, sehen wir es als unausweichlich an gegen diese Entscheidung rechtliche Schritte einzuleiten. Welche wir als Sammelklage mit allen Betroffenen sowie der Gemeinde Oste einleiten werden.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P060	P060.30	SO 31	Anlage: Fotos von schützenswerten Vögeln in und um der Vorrangfläche Nr. 31, Osten-Isensee aus dem Jahr 2015 [13 Fotos, Anm.]	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Von den in der Tabelle 1 der Einwendung genannten Arten soll vom Vorkommen der Rohrweihe ein Abstand von 1.000 m zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" im Entwurf 2016 eingehalten werden. Bei dem Weißstorch-Vorkommen handelt es sich nach derzeitigem Kenntnisstand nicht um ein Brutpaar; insoweit wird hier kein	Teilweise zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Abstand von 1.000 m zum Vorranggebiet Windenergienutzung zugrunde gelegt. Sofern es im Jahr 2016 zu einer erfolgreichen Brut käme, wäre hier ein 1.000 m-Abstand in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren einzuhalten (bzw. dieses Thema über eine Raumnutzungsanalyse zu klären). Die Vorkommen der Waldohreule, des Kiebitzes und des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	
P061			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P062	P062.01	SO 31	ich, ***, bin in Osten-Isensee geboren und mein Einfamilienhaus befindet sich in direkter Nähe, in fast 900 m zum geplanten Windpark. Meine Tochter, ***, und mein Schwiegersohn wohnen in der Nachbarschaft, in der Nähe von mir und sind ebenfalls von den geplanten Windkraftanlagen sehr betroffen. Mit diesem Schreiben lege ich gegen o.g. Planung der Windkraftanlagen Einspruch ein. Dazu meine persönliche Begründung:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P062	P062.02	SO 31	Landschaft Ich will meine Heimat für mich und meine Nachkommen erhalten. Der Bau der Windkraftanlagen würde im weiten Umkreis das schöne Landschaftsbild zwischen Osten und Isensee zerstören.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	
P062	P062.03	SO 31	Wer soll in 20 Jahren die 1500 Kubikmeter Beton pro Fundament wieder aus der Erde holen? In diesem Bereich wird nie ein Baum wachsen und was ist günstiger als ein Baum zur CO2 Bindung!	Im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz wird der Vorhabensträger dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, dass im Rahmen des Abbaus der Anlagen die natürlichen Bodenfunktionen wieder hergestellt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P062	P062.04	SO 31	Die Fläche ragt weit in ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft, sie vertreibt zahlreiche seltene Vogelarten und zerstört deren Brut- und Rastplätze.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P062	P062.05	A	Gesundheit Es gibt inzwischen genug Untersuchungen, die in der Lärm und Infrarotschallbelastung eine ernste Gefahr für die Bevölkerung sehen. Warum wird sonst z. B. In Bayern ein Mindestabstand von 2000 Meter zum nächsten Ortsrand eingehalten? Sind wir in Niedersachsen weniger schützenswert?	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P062	P062.06	SO 31	Die Fläche ist von Siedlungen umgeben, daher sind 500 m Mindestabstand unzulässig und viel zu gering.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuftten Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P062	P062.07	SO 31	Wir hatten in Osten einen Bürgerentscheid mit einem überdurchschnittlichen Ergebnis von 82 % gegen Windanlagen, und wir streben weiterhin den Status eines Weltkulturerbes für die Schwebefähre an.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein. Es gibt keine belastbaren Hinweise darauf, dass die Anerkennung der Schwebefähre als Weltkulturerbe durch den Windpark gefährdet wäre. Die fachlich zuständigen Ämter haben den Abstand zwischen der Schwebefähre und dem Vorranggebiet als ausreichend bezeichnet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P062	P062.08	A	<p>Immobilien</p> <p>Schon alleine die Planung einer Windkraftanlage wirkt sich wertmindernd auf die Grundstückspreise aus. Ich habe mein Haus auch als Altersvorsorge gekauft und viele Renovierungen vorgenommen. Wer ersetzt mir den Schaden? Im gegebenen Fall werde ich dieses Anliegen einem Rechtsbeistand vorlegen müssen.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P062	P062.09	A	Aus den oben genannten Gründen ist die Planung der Windkraftanlagen für mich und meine Familie absolut unzumutbar und deshalb abzulehnen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P063	P063.01	B 04	<p>Hiermit möchten wir gegen die Änderungen des RROP 2015 (Teilabschnitt Windenergie) für den Landkreis Cuxhaven mit den unten aufgeführten Gründen Einspruch einlegen.</p> <p>Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitt Windenergie 2015 Umweltbericht - Teil C vom 05.06.2015 - Seite 3:</p> <p>Ziel: Rückbau Hier wird ein „vollständiger“ Rückbau (bis in eine Tiefe von 2,5 m) nach Beendigung des Betriebes festgeschrieben.</p> <p>Einspruch: Ein Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5 m ist keine vollständiger Rückbau es ist ein teilweiser Rückbau! Was ist mit dem Rest - bleibt der bis in alle Ewigkeit im Boden? Folgende Festschreibung wäre wichtig: Rücklagen für den Rückbau sind von den Betreibern auf einem Sperrkonto anzusammeln. Der vollständige Rückbau ist nach unserer Meinung sehr sehr teuer. Die Kosten in 20 oder 30 Jahren für das Ausheben und Entfernen des tiefen Betoneisenfundaments bzw. der Betonpfähle sind nicht einzuschätzen. Nach heutigem Stand der Technik energetisch sehr aufwendig.</p>	Durch den Rückbau der Fundamente bis zu einer Tiefe von 2,5m wird sichergestellt, dass der Boden in Zukunft wieder landwirtschaftlich genutzt werden kann.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P063.02	A	Anmerkungen: Warum sollte man gute, von der Bevölkerung akzeptierte Windstandortflächen nach dem Ende der Betriebsgenehmigungen der WKAs zurückbauen. In Zukunft brauchen wir diese Flächen noch dringlicher als heute. In 15-20 Jahren soll der regenerative Stromanteil möglichst über 50% liegen. Wo soll der Strom herkommen, wenn wir diese Flächen wieder aufgeben. Gute Windstandorte sollte man langfristig sichern - weniger gute Standorte wie z. B. in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauungen sollte man gar nicht erst planen bzw. in Erwägung ziehen.	Der Landkreis Cuxhaven schreibt mit dem Regionalen Raumordnungsprogramm nicht vor, dass Windenergieflächen aufgegeben werden sollen. Selbstverständlich können auf den in der zeichnerischen Darstellung dargestellten Windparkstandorten auch nach Ende der Betriebsgenehmigung von Windenergieanlagen neue Anlagen (sog. Repowering) nach den dann aktuellen Bestimmungen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.03	B 05	Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2015 Umweltbericht - Teil C - Seite 3+4: Ziel/Grundsatz: Anlagen gleicher Art maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen Auswirkungen des Grundsatzes und des Zieles auf die Umwelt. Sie bewerten im Text die gleiche Art der Anlagen hinsichtlich der Anzahl der Flügel, Drehrichtung, Farbgebung und gleicher Höhen für die Beeinträchtigung des Landschaftsbild als „positiv“. Hier ist das Wort „positiv“ irreführend. Mit dieser Formulierung sind wir nicht einverstanden. Der Eingriff der mit bis zu 200m hohen WEA in das Landschaftsbild ist grundsätzlich negativ. Eine leichte Reduzierung der o. g. Faktoren sind für die Beeinträchtigung des Landschaftsbild kaum relevant. (Erst verschandelt man die Landschaft mit Windkraftträdern und dann sieht man den Gleichlauf der Rotoren positiv!)	Im Vergleich zu einer möglichen Situation ohne diese Regelung ist die Verbesserung durch den Schutz des Landschaftsbildes als positiv zu werten. Dass das Landschaftsbild durch Windenergieanlagen immer erheblich beeinträchtigt wird, wird vom Landkreis Cuxhaven nicht angezweifelt.	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.04	SO 31	Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2015 - Umweltbericht (Stand Juni 2015) Einspruch zum Standort Osten-Isensee (Tabelle ab Seite 161) 2.1: Das bei Ihnen in der Tabelle unter „Schutzgut“: Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit ist entgegen Ihrer Aussage im Umfeld vorhanden und haben voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen (Lärm, Infraschall, Störlichter, Lebensqualitätsminderung und andere krankmachende Faktoren). Die Abstände von 500 m zu den Siedlungen „Fünfhausendorf“ und „Niederkögt“ sind eindeutig zu kurz. Hier kann man nicht von Einzelsiedlungen ausgehen. Bei einer WKA-Gesamthöhe von um die 200 m kann man auch nicht die gleichen Abstandsregelungen, der wesentlich kleineren Anlagen die noch vor 5 Jahren vorgesehen waren, anwenden.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuftten Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P063.05	SO 31	2.6: Es haben sich in diesem Jahr weitere Weißstörche im Umfeld angesiedelt. Der Schwarzstorch wurde in der Nähe des Plangebietes gesichtet und auch fotografiert. Kiebitze sind im Pangebiet ganz sicher vorhanden und werden von Ihnen nicht aufgeführt. Seeadler und Roter Milan sind hier oft zu sehen werden aber nicht erwähnt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. Der westliche Teil des Gebietes 008 liegt im 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. Sofern es im Jahr 2016 bei dem in der Einwendung genannten weiteren Vorkommen zu einer Brut käme, wäre hier ein 1.000 m-Abstand in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren einzuhalten (bzw. dieses Thema über eine Raumnutzungsanalyse zu klären). - Das nächste bekannte Vorkommen eines Schwarzstorchs im Landkreis Cuxhaven ist sehr weit entfernt (über 30 km). Bei dem in der Einwendung genannten Vorkommen wäre zu klären, wo der Schwarzstorch-Horst ist. Auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms wäre ein 3.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu einem Schwarzstorch-Horst einzuhalten. Sofern sich dieses Vorkommen bestätigt, wäre es auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				<p>Genehmigungsverfahren zu beachten; ggf. wäre eine Raumnutzungsanalyse erforderlich. - Im Hinblick auf den Seeadler ist im Jahr 2015 ein Vorkommen im Randbereich zum Landkreis Stade bekannt geworden; nach derzeitigem Kenntnisstand liegen die gesamte Potenzialfläche 122 sowie der östliche Teil der Potenzialfläche 008 im 6.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu diesem Vorkommen. Dieses Vorkommen ist auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu beachten. - Das nächste bekannte Vorkommen eines Rotmilans im Landkreis Cuxhaven ist weit entfernt (über 14 km). Bei dem in der Einwendung genannten Vorkommen wäre zu klären, wo der Rotmilan-Horst ist. Auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms wäre ein 1.500 m-Puffer [Mindestabstand] zu einem Rotmilan-Horst einzuhalten. Sofern sich dieses Vorkommen bestätigt, wäre es auf der Ebene der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu beachten; ggf. wäre eine Raumnutzungsanalyse erforderlich.</p>	
P063	P063.06	SO 31	<p>2.12: Zugvögel-Korridore sind entgegen Ihrer Bestandsliste vorhanden. Von dem EU-Vogelschutzgebiet Nordkehdingen zu den nächtlichen Rastgebieten Hohes Moor bei Oldendorf und dem großen Tister Bauernmoor geht eine Flugachse genau über das Plangebiet Isensee. Vor allem im Winter sind täglich in beiden Richtungen große Schwärme von Zugvögeln zu sehen.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Zum Vogelzug liegen hier nur spärliche Informationen vor. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.07	SO 31	<p>2.23 + 2.25: Das Plangebiet ist ein unzerschnittener verkehrsarmer Raum. Es gehen keine öffentlichen Straße hier durch. Ein Vorangebiet für neun große WEAn würde die Landschaft radikal zerschneiden und dadurch massiv verändern und zerstören. Sie führen die kleinere Hochspannungsleitung im südlichen Teil des Planungsbiet auf. Sie ist als Vorbelastung des Landschaftsbildes bei Ihnen vermerkt was nur bedingt stimmt. Die Hochspannungsleitung liegt nicht im Planungsbiet - sie liegt etwa 500 m südöstlich entfernt. Ist das aber ein Grund das Landschaftsbild mit drehenden, weithin sichtbaren 4mal höhren Beton-WKA noch mehr zu verschandeln.</p>	<p>Bei den unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen sind i.d.R. die großen zusammenhängenden Räume ab einer Größe von mindestens 50 km² aufgrund ihrer Seltenheit in Niedersachsen von besonderer Bedeutung. - Wenn der durch die Bundesstraße B 495, die Landesstraße L 113 und die Kreisstraße K 27 begrenzte Raum zugrunde gelegt wird, weist dieser eine Flächengröße in der Größenordnung von 25 km² auf. - Die Hochspannungsleitung verläuft etwa 350 m südlich der Potenzialfläche 008.</p>	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P063.08	SO 31	2.26: Kultur- und Baudenkmale Die Schwebefähre Osten/Hemmoor ist im weiteren Umfeld vorhanden. Bei der Realisierung des Windparks Ostensees wäre das technische Baudenkmal Schwebefähre Osten-Hemmoor längerfristig gefährdet. Die mögliche Auszeichnung zum Weltkulturerbe wäre wahrscheinlich nicht mehr möglich - eine touristische Weiterentwicklung würde gestoppt.	Es gibt keine belastbaren Hinweise darauf, dass die Anerkennung der Schwebefähre als Weltkulturerbe durch den Windpark gefährdet wäre. Die fachlich zuständigen Ämter haben den Abstand zwischen der Schwebefähre und dem Vorranggebiet als ausreichend bezeichnet.	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.09	SO 31	Wertverlust von Haus und Hof Es ist hinlänglich bekannt, dass Häuser, Wohnungen und Resthöfe in der Nähe von Windindustrieflächen an Wert verlieren. Bei einer Realisierung würde der Wert unseres Haus um bis zu 40 % verlieren.(Quelle: RDM) Aus diesen Gründen käme eine Flächennutzungsplanänderung einer Enteignung ohne finanzielle Entschädigung gleich. Eine Enteignung ist nach dem Grundgesetz nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Eine Entschädigungsklage gegen die Betreiber werden wir falls die WKA gebaut werden veranlassen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.10	Z	Was wir noch im Entwurf vermissen: Richtfunkstrecken: In einem früheren Planentwurf (1996) zu einer Windvorrangfläche wurden wichtige Richtfunkstrecken die hier vorhanden sind berücksichtigt. Bei Ihrem neuen Entwurf sind sie nicht eingezeichnet. Wir bitten Sie vorrangige Richtfunkstrecken darzulegen und bei dem neu geplanten Vorranggebiet mit den entsprechenden Abständen zu berücksichtigen.	Richtfunkstrecken werden im Regionalen Raumordnungsprogramm nicht mehr ausgewiesen. Sie werden aber selbstverständlich im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz entsprechend berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P063.11	SO 31	Zubringerstraßen: Die Landstraße L 113 ist ziemlich marode und wird immer schlechter. Teilweise sind Geschwindigkeitsbegrenzungs- und ein 12t-Begrenzungsschild aufgestellt. Eine Erschließung und Bebauung aller WEA könnte nur über diese Straße erfolgen. Der Transport der vielen überdimensionierten Bauteile, die bis zu 100 Tonnen wiegen können und das Einbringen der großen Fundamente mit etwa über 3000 Betonmischer und 500 LKWs Stahltransporte (bei angenommenen neun 3-MW-Anlagen) würde diese kleine Straße nicht verkraften und müsste komplett neu gebaut werden.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.12	SO 31	Außerdem sind alle anliegende Häuser in Gefahr. Absenkungen und Risse in den angrenzenden Bebauungen sind unvermeidbar. Bei einer Realisierung des „Windparks“ werden wir alle Schäden an unserem Haus dokumentieren. Wer trägt die Kosten bei der nachweislichen Schädigung.	Siehe Stellungnahme P063.11	Nicht zu berücksichtigen.
P063	P063.13	A	Wir bitten um Berücksichtigung unserer Bedenken und Einwände und bitten um eine persönliche Rückmeldung.	Kenntnisnahme. Eine persönliche Rückmeldung für Einwender erfolgt nicht. Es wird jedoch für alle privaten Einwender einen Erörterungstermin geben.	Nicht zu berücksichtigen.
P064			siehe P057	siehe P057	siehe P057
P065	P065.01	SO 30	Stellungnahme zur Neuauflistung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Cuxhaven sachlicher Teilabschnitt Windenergie (Entwurf 2015) Windpark Lfd. Nr. 053-Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost: > Die geplante Fläche liegt in einem Mooregebiet um einen Windpark zu erstellen kann der Moorschutz nicht gewährleistet werden.	Der Bodentyp Hochmoor steht einer Ausweisung eines Vorranggebietes im Sinne des Kriterienkatalogs nicht entgegen. Die Standort- und Bodenbetrachtung erfolgt in der Naturschutzfachlichen Einschätzung.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P065.02	SO 30	> Um den geplanten Windkraftstandort zu erreichen muss der gesamte Schwerlastverkehr über die K 34 (aus Richtung Stinstedt) die vor kurzem saniert worden ist, nach Ende der Baumaßnahme befürchte ich das Straßenschäden die folge sind.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P065	P065.03	SO 30	> Für den geplanten Windpark soll laut Bauantrag eine Ersatzzahlung an die Naturschutzstiftung Cuxhaven erfolgen, um die Kompensationsmaßnahmen vor Ort nicht durchführen zu müssen, die Naturschutzstiftung erwirbt seit einigen Jahren landwirtschaftliche Flächen im Gebiet Stinstedt die den Landwirten danach nicht zur Verfügung stehen, eine Bewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis ist auf diesen Flächen nicht mehr möglich.	Die Arbeit der Naturschutzstiftung Cuxhaven ist nicht Gegenstand dieser Fortschreibung.	Nicht zu berücksichtigen.
P066	P066.01		Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Cuxhaven sachlicher Teilabschnitt Windenergie (Entwurf 2015) Windpark Lfd. Nr.053-Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Soost Die Fläche sollte aus artenschutzrechtlicher Sicht noch einmal geprüft werden.	Artenschutzfachliche/-rechtliche Aspekte werden sowohl auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms als auch auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft.	Kenntnisnahme.
P066	P066.02	SO 30	> Bodentyp ist Hochmoor mit einer Mächtigkeit bis zu 8m, Moorschutzprogramm wird nicht beachtet	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das gesamte Gebiet wird durch den Bodentyp "Hochmoor" geprägt. - Im Niedersächsischen Moorschutzprogramm, Teil I (1981) ist die Potenzialfläche 053 mit "Kulturfläche nach derzeitigem Kenntnisstand von untergeordneter Bedeutung; höhere Bedeutung für den Naturschutz durch Nutzungsänderung möglich" eingestuft. In der Naturschutzfachlichen Bewertung der Hochmoore (1994) ist die Potenzialfläche 053 mit "Fläche mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz (außerhalb der Bereiche mit Abbaugenehmigungen)" dargestellt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P066	P066.03	SO 30	> Die Straße K34 von Sankt-Joost bis Windpark Nr.053 Odisheim und Stinstedt- Sankt Joost ist auf einen moorigen Untergrund gebaut dadurch erhebliche Straßenschäden, bei Schwerlasttransporte	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P066	P066.04	SO 30	> Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Der westliche Teil des Gebietes gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; der östliche Teil gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört das gesamte Gebiet zu zwei Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung.	Kenntnisnahme.
P066	P066.05	SO 30	> Bedeutung als Gastvogellebensraum	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das gesamte Gebiet gehört zu einem Gastvogellebensraum mit allgemeiner Bedeutung.	Nicht zu berücksichtigen.
P066	P066.06	SO 30	> Es gibt keine Erkenntnisse als Fledermaus Lebensraum Gutachten fehlt. In der Nähe ist ein potenziell wertvoller Fledermaus Lebensraum	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Es liegen hier keine Daten zu den Fledermäusen vor. - Der Hadelner Kanal (bzw. Schifffahrtsweg Elbe-Weser) in räumlicher Nähe ist ein potenziell wertvoller Fledermauslebensraum.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P066	P066.07	SO 30	> Der Windpark liegt an einem Naturschutzgebiet	Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt.	Kenntnisnahme.
P067			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P068			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P069			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P070			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P071			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P072			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P073			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P074a			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P074b	P074b.01	SO 31	gegen das o.g. Vorranggebiet für Windenergie mache ich folgende Bedenken geltend: Der geplante Windindustriepark wird, wenn er so realisiert wird, unser Leben nachhaltig negativ beeinflussen und nach anerkannten, wissenschaftlich belegten Erkenntnissen (und Abhandlungen) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit krank machen. Ich Sorge mich um die Gesundheit meiner ganzen Familie. Lärm und Infraschall werden uns beeinträchtigen und schädigen.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.02	E 01	Der bisher geplante, also absichtlich festgelegte Mindest-„Abstand“ (eigentlich Nichtabstand) von 500 Metern zu bewohnten Häusern zeugt von vorsätzlicher Rücksichtslosigkeit und Ignoranz. Hier geht es offensichtlich ausschließlich um Betreiber / Windindustrie-Interessen. Mir ist absolut schleierhaft, wie man als Planer derart fahrlässig das Leben von Anwohnern verplanen kann. Aber bei der angeblich so sauberen (und lukrativen) Windenergie wird auf den Menschen wenig Rücksicht genommen, da es sich per se um eine gute Sache handelt?	Der Mindestabstand zur Wohnbebauung von 500m bzw. 1000m ist ausreichend, um die Gefahr einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu minimieren. Die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Abstände liegen über den rechtlich erforderlichen Abständen.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.03	SO 31	Planungsethik? Nein. Die vorliegenden Pläne für die o.g. Vorrangflächen tragen eine eindeutige Handschrift: Erst kommt der Profit, dann kommt der Mensch. Die Betreiber kennen die Gefahren und Beeinträchtigungen ganz genau.	Öffentliche Belange (unter anderem der Schutz der Bevölkerung sowie von Natur und Landschaft) sowie private Belange wurden bei der Erstellung des einheitlichen Planungskonzepts gerecht miteinander abgewogen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P074b	P074b.04	A	Ich verweise ausdrücklich und eindringlich auf die Studie „Wind Turbine Syndrome“ von der Kinderärztin Nina Piermont ( <a href="http://vwww.scribd.com/doc/25381518/Das-Wind-Turbinen-Syndrom-fuer-Nichtmediziner">http://vwww.scribd.com/doc/25381518/Das-Wind-Turbinen-Syndrom-fuer-Nichtmediziner</a> ). Der gefährliche Infraschall ist auch über eine Entfernung von 2000m wirksam!	Die Studie wurde zur Kenntnis genommen. Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.05	A	Auch die von den Betreibern (!?) selbst beauftragten Gutachten bezüglich der angeblich Einhaltung von zulässigen Lärmbelästigungen, sind anzuzweifeln!	Eine pauschale Aussage, dass Lärmgutachten allgemein anzuzweifeln sind, kann von der Regionalplanung nicht geteilt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.06	A	Der Gesetzgeber hatte bei der Formulierung der Vorschriften und Richtlinien sicherlich keine 24 Stunden Industriedauerbeschallung der Landbevölkerung im Sinn. Ich lebe mit meiner Familie bewusst auf dem Land. Geräusche von umliegenden Bauernhöfen und Erntemaschinen gehören selbstverständlich zum Landleben — aber eben nicht die Dauerbeschallung bei Tag und bei Nacht durch Windindustrieanlagen.	Ob im Einzelfall eine Lärmbelästigung durch Windenergieanlagen gegeben ist, muss im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz durch Gutachten geprüft werden. Ggf. werden bestimmte Abschaltzeiten oder ähnliche Einschränkungen auferlegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.07	SO 31	Für mich ist die Ostniederung eine besonders erhaltens- und schützenswerte Fluss-, und Kulturlandschaft mit sehr prägenden Elementen wie Fluss-Auen und —Marschen, arten reicher Tierwelt, insbesondere Vogelwelt, charakteristischer Weide- und Ackerstruktur, traditioneller Dorfstrukturen und gewachsener Bebauung im Außenbereich. Windindustrieflächen gefährden und zerstören diese wertvolle Landschaft und sprengen alle Maßstäbe bezüglich der vorhandenen, gewachsenen Gebäudestruktur.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)].	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P074b	P074b.08	E 01	Wie kann es sein, dass in einer Landschaft mit Sichtweite bis zum Horizont, die bereits über Gebühr von Windindustrieanlagen verunstaltet ist, Abstände zu bereits bestehenden Windindustrieflächen nunmehr weniger als 5 Kilometer betragen sollen? Nach meinem Verständnis sind doch daher die verbleibenden, nicht verschandelten Flächen im Außenbereich besonders zu schützen, und können nicht willkürlichen Plänen, das gesamte Land zu verspargeln, geopfert werden.	Durch die Steuerung der Windenergie durch das Regionale Raumordnungsprogramm wird eine ungehemmte Entwicklung von Standorten ja gerade verhindert. Die Alternative wäre auf eine Steuerung zu verzichten. Windenergieanlagen sind nach dem Baugesetzbuch privilegiert und könnten somit im Außenbereich errichtet werden, sofern keine öffentlichen belange entgegenstehen. Die 4km Abstandsregelung ergibt sich aus der Abwägung zwischen öffentlichen und privaten Belangen. So muss einerseits berücksichtigt werden, dass Windenergieanlagen eigentlich privilegiert im Außenbereich sind, somit durchaus also ein Interesse daran besteht, dass möglichst viele Standorte ermöglicht werden. Andererseits jedoch möchte der Landkreis das Landschaftsbild schützen, Freiräume erhalten und die Windenergie auf wenige große Standorte konzentrieren.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.09	A	Schließlich handelt es sich bei einem „Windpark“ de Facto um Industrieanlagen. Jede einzelne Anlage höher als der Fernsehturm einer Großstadt. Tag und Nacht blinkend, aber zusätzlich mit Schlagschatten und Discoeffekt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P074b	P074b.10	SO 31	Wie ich aus persönlichen Gesprächen mit Betroffenen aber von Bausachverständigen aus der Praxis weiß, bedingt die Nähe zur Windindustrie im Grunde für alle Häuser eine erheblichen Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit bei Umzug. Ich befürchte, dass das Haus meiner Familie, welches auch Teil unserer Alterssicherung ist, im Falle der Errichtung des Windindustrieparks erheblich an Wert verliert. Sollte der Windindustriepark realisiert werden, sind wir gezwungen den Wertverlust auf Basis von (Sachverständigen) dokumentierten Vergleichsfällen einzuklagen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P074b	P074b.11	A	Aufgrund der Sanierung der Schwebefähre und dem Ostener „Nein“ zur Windkraft in der gesamten Gemeinde, wurden in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen im Bereich des Tourismus unternommen, nicht zuletzt in Vertrauen darauf, dass es so bleibt. Ferienwohnungen wurden mit Krediten errichtet, saniert und modernisiert. Wenn hier jetzt ein Windindustriepark errichtet wird, werden keine Urlauber und Ausflügler mehr an die Oste kommen, und alle Bemühungen der vergangenen Jahre, einschließlich des investierten Kapitals werden zunichte gemacht.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.12	SO 31	Windindustrie ist mit den auch im RROP erklärten Zielen Erholung und Tourismus nicht vereinbar.	Die Entwicklungsaufgaben Erholung und Tourismus werden durch die Ausweisung eines Vorranggebietes nicht beeinträchtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.13	SO 31	Die Errichtung eines Windparks in Osten-Isensee gefährdet die Auszeichnung der Schwebefähre zum Weltkulturerbe. Diese bedeutsame Auszeichnung gilt es im Interesse des gesamten Landkreises zu erreichen. Als Fördermitglied und als Steuerzahler in Niedersachsen, kann ich nicht verstehen, dass hier bereits bezahlte Fördermittel für die Sanierung der Fähre durch die Errichtung von Windindustrieanlagen zunichte gemacht werden sollen.	Es gibt keine belastbaren Hinweise darauf, dass die Anerkennung der Schwebefähre als Weltkulturerbe durch den Windpark gefährdet wäre. Die fachlich zuständigen Ämter haben den Abstand zwischen der Schwebefähre und dem Vorranggebiet als ausreichend bezeichnet.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.14	SO 31	Auch vor dem Hintergrund, dass die eindeutig ablehnende Stellungnahme des Ostener Gemeinderates im Vorfeld in Cuxhaven schlicht ignoriert wurde ist zu befürchten, dass die nunmehr ausgelegten Planungen der Auftakt einer nicht endenden Spirale mit immer dichter, immer höher, immer rücksichtloserer Verspargelung unserer schönen, schützenswerten Landschaft sein dürfte. Repowering, Zusammenschluss von Windkraftflächen zu einem neuen „Windpark“.	Die Stellungnahme der Gemeinde Osten wurde selbstverständlich berücksichtigt und ausgewertet. Im Bereich Osten werden über das Vorranggebiet Osten-Isensee keine weiteren Flächen als Vorranggebiet ausgewiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.15	A	In Bremerhaven und Cuxhaven werden tausende Arbeitsplätze in der Windindustrie „beschlossen“, und die Politik organisiert die Aufstellflächen für die neuen Giganten (für die Windkraftindustrie und Lobby).	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Es wurden keine Interesse der Windenergiebranche übergewichtet.	Nicht zu berücksichtigen.
P074b	P074b.16	SO 31	Nehmen sie die Wünsche und Sorgen der Mehrheit der hier lebenden und Steuern zahlenden Bevölkerung (Wähler) ernst. Ich fordere die Kreisverwaltung und den Kreistag auf, den Bürgerwillen (siehe 1 .800 Unterschriften in 3 Gemeinden im Jahre 2009!) zu übernehmen und die oben genannte Vorrangfläche für Windenergie aus dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms zu streichen.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P074b	P074b.17	A	Nina Pierpont hat in dieser Studie zehn Familien befragt, die in der Nähe eines Windparks mit WKA der Nennleistung zwischen 1.5 bis 3 MW leben. Die Anlage wurde seit 2004 aufgebaut und erweitert. In der Folge wird der Text in der ‚ICH-Form‘ übersetzt. Gemeint ist damit die Kinderärztin Nina Pierpont, die die Studie aus ihrer Sicht, in leicht verständlicher Form für Laien vorstellt. Die Übersetzung ist so nahe wie möglich am Originaltext gehalten und hält sich vor allem bei wissenschaftlichen Aussagen so genau wie möglich an die originale Bedeutung der Begriffe. IG WINDLAND. (Quelle: <a href="http://www.windturbinesyndrome.com/wp-content/uploads/2009/08/wts-uncorrected-fs-8-14-09.pdf">http://www.windturbinesyndrome.com/wp-content/uploads/2009/08/wts-uncorrected-fs-8-14-09.pdf</a> )	Siehe Stellungnahme P074b.04	Nicht zu berücksichtigen.
P075a			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P075b			siehe P074b	siehe P074b	siehe P074b
P076a			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P076b			siehe P074b	siehe P074b	siehe P074b
P077	P077.01	A	Meine Flächen, siehe Anlage [Grundbucheinträge, Anm.], sind nicht in dem Raumordnungsprogramm Windenergie als Potentialflächen vorgesehen. Hiermit bitte ich um eine Stellungnahme, weshalb die Flächen nicht einbezogen wurden. Ist es in absehbarer Zeit vorgesehen, das sie mit aufgenommen werden?	Die Flächen wurden nicht aufgenommen, da sie nicht dem einheitlichen Planungskonzept (Kriterienkatalog aus harten und weichen Tabuzonen) entsprechen. Sofern dieses Konzept nicht geändert wird, kann eine Einbeziehung der Flächen für die Zukunft ausgeschlossen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P078	P078.01	SO 31	ich spreche mich gegen den Vorschlag für ein Vorranggebiet Windenergie in Osten-Isensee (im RROP-Entwurf Nr. 31) aus und bitte um Streichung dieser Fläche.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P078	P078.02	SO 31	Begründung: 1.) Ich bin unmittelbare Anwohnerin der Fläche. Der vorgesehene Mindestabstand zu unserem Straßenzug ist nicht ausreichend und auch nicht statthaft (Ortsteil!)	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P078	P078.03	SO 31	2.) Fast täglich beobachte ich in der vorgesehenen Windparkfläche Vogelarten wie Kiebitz, Bussard, Storch, u.a., die teilweise auch ihre Brutplätze dort haben. Die Vögel würden vertrieben bzw. durch die Rotorblätter der Windanlagen gefährdet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. Der westliche Teil des Gebietes 008 liegt im 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Die Vorkommen des Kiebitzes und des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Nicht zu berücksichtigen.
P078	P078.04	SO 31	Im Übrigen befindet sich bei uns ein Fledermaus-Standort!	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören der nördliche Teil des Gebietes 008 und das gesamte Gebiet 122 zu einem potenziell wertvollen Fledermauslebensraum. Es liegen keine Daten zu den Fledermäusen vor. - Infolge von inzwischen vorliegenden neueren Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten ist eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich. Hierdurch entfällt auch der überwiegende Teil des o.g. potenziell wertvollen Fledermauslebensraums. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P078	P078.05	SO 31	3.) Das Landschaftsbild westlich unseres Wohnorts wird nachhaltig zerstört.	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.</p> <p>Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden.</p> <p>Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P078	P078.06	SO 31	Diese und weitere Gründe führen zu dem Ergebnis dass die Fläche Osten-Isensee für einen Windpark ungeeignet ist. Ich bitte wie gesagt um Streichung.	<p>Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.01	Z	<p>Anbei lassen wir Ihnen nun unsere Stellungnahme über die Ergänzung der Potenzialfläche „Bokel“, Gemeinde Beverstedt, in das RROP, zukommen. In der Zwischenzeit konnten wir auch ein persönliches Gespräch mit Herrn Bürgermeister Ulf Voigts der Gemeinde Beverstedt führen. Darin hat sich herauskristallisiert, dass die Gemeinde Beverstedt einer Ausweisung der Fläche „Bokel“ positiv gegenüber steht. Sollten Sie für die Prüfung der Stellungnahme noch weitere Unterlagen benötigen, können Sie sich gerne bei uns melden.</p> <p>Anlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Stellungnahme zum RROP des Landkreises Cuxhaven (Stand Juni 15)</li> <li>o Übersichtskarten im Format DIN A3</li> </ul>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079a	P079a.02	Z	Bitte um Ausweisung der Potenzialfläche Nr. 142 des RROP—Entwurfs (Stand Juni 2014) bzw. Nr.126 (Stand Juni 2015) als Windvorranggebiet im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie	Die Potenzialfläche 126 entspricht nicht den Kriterien des Landkreises, um als Vorranggebiet aufgenommen zu werden. Die Größe der Potenzialfläche beträgt 5,94ha und liegt somit unter der Mindestgröße von 19 ha.	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.03	Z	Die OSTWIND project GmbH, Gesandtenstraße 3, 93047 Regensburg beantragt hiermit, das Windvorranggebiet „Bokel“ — im Gemeindegebiet Beverstedt, Gemarkung Bokel — im zukünftigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, auszuweisen.	Siehe Stellungnahme P079a.02	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.04	Z	Diesen Antrag begründen wir im Einzelnen wie folgt: Die OSTWIND project GmbH verfügt über die Nutzungsrechte zur Errichtung und zum Betrieb von fünf Windenergieanlagen einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen innerhalb des zur Ausweisung beantragten Gebietes. Die OSTWIND project GmbH plant an diesem Standort die Errichtung von fünf Windenergieanlagen der 3 MW-Klasse in der Gemarkung Bokel. Um an diesem Standort das geplante Windenergieanlagenprojekt realisieren zu können, beantragen wir, das genannte Gebiet wieder als Windvorranggebiet in das künftige RROP für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, aufzunehmen.	Siehe Stellungnahme P079a.02	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.05	E 01	Im neuen Entwurf des RROP ist die Potenzialfläche Nr. 126 aufgrund der zu geringen Größe, die bei der Anwendung der weichen Tabuzone von 1000 m zu geschlossenen Ortslagen übrig bleibt, als Vorranggebiet weggefallen. Reduziert man den Abstand auf 800 m, so ergibt sich eine Fläche von 72 ha. Die geplanten Anlagenstandorte befinden sich in über 900m zur geschlossenen Ortslage.	Die Mindestabstände zur Wohnbebauung wurden politisch beschlossen und werden nicht für einen Einzelfall angepasst. Im übrigen ergibt sich nach Berechnung des Landkreises auch bei einem geringen Abstand keine Fläche in einer Größe von 72 ha.	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.06	Z	Des Weiteren hat sich in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Bürgermeister Ulf Voigts der Gemeinde Beverstedt herauskristallisiert, dass die Gemeinde einer Ausweisung der Fläche „Bokel“ positiv gegenüber steht.	Kenntnisnahme. Dies ist für das einheitliche Planungskonzept nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.07	Z	Hiermit möchten wir Sie darum bitten, die beantragte Gebietsausweisung für die Nutzung der Windenergie aufgrund der konkreten Umstände vor Ort unter Berücksichtigung der regionalplanerischen Belange zu beachten. Der Standort ist durch eine sehr hohe wirtschaftliche Eignung für die Windenergienutzung gekennzeichnet (vgl. II.).	Die Potenzialfläche 126 entspricht nicht den Kriterien des Landkreises, um als Vorranggebiet aufgenommen zu werden. Eine Anpassung der Tabuzonen um die Potenzialfläche zu vergrößern wird nicht vorgenommen. Die wirtschaftliche Eignung bzw. möglicherweise geringe naturschutzfachliche Belang sind nicht von Relevanz, da die Fläche bereits aufgrund der Größe ungeeignet ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.08	E 01	Raumordnerische Gesichtspunkte, die einer Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung entgegenstünden, sind nicht ersichtlich (vgl. III.).	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.09	A	In Anbetracht dessen begründet nicht nur das private Interesse der Antragstellerin als Inhaberin der Nutzungsrechte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen (Art. 14 GG), sondern insbesondere das durch europa-, bundes- und landesrechtliche Vorschriften und Regierungsbeschlüsse zum Ausdruck kommende öffentliche Interesse an einer weiteren Entwicklung der Windenergienutzung (vgl. IV.) die Ausweisung des beantragten Gebietes als Vorranggebiet für die Windenergienutzung.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.10	Z	1. Beschreibung des Windenergiestandortes — Lage im Raum Der Geltungsbereich des zur Ausweisung beantragten Windeignungsgebietes „Bokel“ befindet sich im Gemeindegebiet Beverstedt, Gemarkung Bokel. Das zur Ausweisung beantragte Gebiet liegt im südlichen Teil des Landkreises Cuxhaven. Die Fläche hat eine Größe von 72 ha. Alle Wohnbebauungen, auch im Außenbereich, liegen über 600 m entfernt. Innerhalb der zur Gebietsausweisung beantragten Fläche sind fünf Windenergieanlagen des Typs Vestas V 112 mit einer Nennleistung von 3,3 MW mit einer Nabenhöhe von 119 m geplant. Die für die Errichtung der Windenergieanlagen benötigten Flächen sind überwiegend in Privatbesitz bzw. im Besitz von Agrargenossenschaften. Die zur Ausweisung beantragte Fläche wird gegenwärtig größtenteils landwirtschaftlich genutzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079a	P079a.11	Z	II. Sehr gute wirtschaftliche Eignung Die hier zur Gebietsausweisung beantragte Fläche für das Vorranggebiet für Windenergieanlagen „Bokel“ in der Gemeinde Beverstedt ist hinsichtlich der Nutzung der Windenergie durch sehr gute wirtschaftliche Eignung gekennzeichnet. Zur Einschätzung der Wirtschaftlichkeit hat die OSTWIND project GmbH eine externe Ertragsabschätzung in Auftrag gegeben, die einen ausgezeichneten Energieertrag prognostiziert. Der Standort „Bokel“ befindet sich auf einer Höhe von 0 bis 4,7 m über NN und weist mit knapp 3000 Volllaststunden für den geplanten Anlagentyp eine sehr gute Windhöflichkeit auf. Damit entspricht die Ausweisung dieses Standortes bereits den Kriterien des am 05. Mai 2015 veröffentlichten Entwurfs des Windenergieerlasses in Niedersachsen, wonach die Konzentration der Windenergieanlagen und damit die Ausweisung von Windvorranggebieten nur an Standorten mit ausreichender Windhöflichkeit — und damit natürlich auch Wirtschaftlichkeit — erfolgen soll.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.12	Z	III. Raumordnerische Rechtfertigung der beantragten Gebietsausweisung Der beantragten Ausweisung des Standortes Bokel“ als Vorranggebiet für Windenergieanlagen im künftigen RROP für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, stehen keine raumordnerischen Belange entgegen.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.13	E 01	1. Siedlungsabstände Bei den im Entwurf des RROP Cuxhaven angegebenen Abstandskriterien (Mindestabstand zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung vom 3—fachen der Gesamtanlagenhöhe, Mindestabstand zur Ortslage vom 5-fachen der Gesamtanlagenhöhe) handelt es sich um weiche Tabukriterien, die der beantragten Gebietsausweisung nicht entgegenstehen. Die zur Ausweisung beantragte Fläche in dem beantragten Umfang hält den als unbedenklich erachteten Siedlungsabstand vom 3-fachen der Gesamtanlagenhöhe zu allen Wohnbebauungen nicht nur ein, sondern überschreitet diesen. Für die Abgrenzung der u.a. Fläche zur geschlossenen Ortslage Bokel wurde ein Puffer von 800m eingehalten. Der Abstand zwischen dem nächstgelegenen geplanten Anlagenstandort und dem nördlich gelegenen Hollenerkamp beträgt 707 m. Der Abstand zur Wohnbebauung der nordöstlich gelegenen Ortschaft Elfershude beträgt bereits 789 m. Alle geplanten Windkraftanlagen halten 900m zur geschlossenen Ortslage Bokel ein.	Das einheitliche Planungskonzept im RROP Entwurf sieht im Kriterienkatalog (harte und weiche Tabuzonen) einen Mindestabstand von 1000m zur Ortslage bzw. 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung vor. Die angesprochenen Mindestabstände vom 3fach bzw. 5fachen der Gesamtanlagenhöhe ergeben sich aus der Ziffer 11 Satz 2 und gelten lediglich für bereits bestehende, bauleitplanerisch gesicherte Bereiche, nicht jedoch für neu auszuweisende Vorranggebiete.	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.14	E 01	2. Ferienhaussiedlungen, Campingplätze, Tourismusschwerpunkte, Erholungsinfrastruktur oder ähnliches Im Bereich der überplanten Flächen sind Einschränkungen durch Ferienhaussiedlungen, Campingplätze, Tourismusschwerpunkte oder ähnliches nicht ersichtlich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079a	P079a.15	E 01	3. Natur- und Landschaftsschutz / Gewässerschutz Die zur Gebietsausweisung beantragte Eignungsfläche „Bokel“ liegt außerhalb eines Schutzgebietes nach nationalem und internationalem Naturschutzrecht. Insbesondere befindet sich die Ausweisungsfläche nicht in einem förmlichen oder potenziellen FFH-Gebiet. Förmliche europäische Vogelschutzgebiete oder auch sog. faktische Vogelschutzgebiete sind ebenso wie Brutvogelgebiete oder Gebiete nördlicher Gastvögel nicht betroffen. Entsprechendes gilt für Landschaftsschutzgebiete bzw. Naturparks / Biosphärenreservate nach nationalem Recht. Zur besseren Nachvollziehbarkeit und Übersichtlichkeit werden nachfolgend die Schutzgebiete, die sich im Umfeld der zur Ausweisung beantragten Fläche befinden, mit ihrer Entfernung zum beantragten Standort aufgelistet:	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.16	E 01	Naturschutzgebiete Die Naturschutzgebiete „Im Hausbeeken“ und „Hahnenknooper Moore“ befinden sich in großer Entfernung von mehr als 3,5 km in nördlicher Richtung bzw. mehr als 8,5 km in westlicher Richtung.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.17	E 01	Landschaftsschutzgebiete Das Landschaftsschutzgebiet „Hollener Heide“ liegt zwar in unmittelbarer Nähe aber außerhalb der beantragten Potenzialfläche.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.18	E 01	Biotope Gleiches gilt für die in der Biotopkartierung erfassten Flächen. Auch diese grenzen, wie aus beigefügter Karte ersichtlich, im Süden an das beantragte Vorranggebiet an, befindet sich aber außerhalb davon.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.19	E 01	Wasserschutzgebiete Das nächste Trinkwasserschutzgebiet „Häsebusch“ liegt knapp 4 km in südwestlicher Richtung vom beantragten Vorranggebiet entfernt.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079a	P079a.20	E 01	FFH / Vogelschutz Das sich entlang der Lune befindliche FFH-Gebiet „Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen“ verläuft über einen Abschnitt von ca. 550 m entlang der nördlichen Grenze der Potenzialfläche und liegt somit außerhalb des beantragten Vorranggebiets. Insgesamt erstreckt sich das FFH-Gebiet über eine Länge von über 30 km und grenzt damit nur mit einem sehr geringen Teil an das beantragte Vorranggebiet. Beide nördlichen Anlagenstandorte befinden sich in einem Abstand von über 200m zum FFH-Gebiet. Der Abstand zum nächstgeplanten WEA-Standort des südlichen Teils der Fläche beträgt über 1000 m.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.21	E 01	Brutvogelgebiete Das Brutvogelgebiet 2010 liegt mit einem geringsten Abstand von 120 m nordöstlich zur Potenzialfläche außerhalb des beantragten Vorranggebiets und ist daher nicht betroffen. Im Ergebnis stehen die Belange des Natur- und Landschafts- oder Freiraumschutzes und des Wasserschutzes der beantragten Ausweisung eines Windvorranggebietes nicht entgegen.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.22	E 01	4. Landwirtschaftliche Nutzung Die auf der Windeignungsfläche festzustellende landwirtschaftliche Nutzung steht der beantragten Ausweisung als Windvorranggebiet im Regionalplan „Vorranggebiete Windenergie“ ebenfalls nicht entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079a	P079a.23	E 01	5. Infrastruktur Nördlich bis östlich der Potenzialfläche verläuft ab ca. 740 m eine Eisenbahnlinie. In einer Entfernung von 1,7 bis ca. 2,0 km in südöstlicher bzw. nordwestlicher Richtung verlaufen die Kreisstraße K45 bzw. die Landesstraße L134.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079a	P079a.24	E 01	6. Abstände zu benachbarten Windparks Der geforderte Abstandsradius von 4 km zu benachbarten geplanten bzw. bereits bestehenden Windparks wird eingehalten. Die Abstände zu den Vorranggebieten Lunestadt, Bramstedt und Bramstedt-Wittstedt betragen zwischen 4,0 km und 4,7 km. Die Prüfung der im RROP Cuxhaven festgelegten Abstands- und Restriktionskriterien zeigt, dass der beantragten Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergieanlagen „Bokel“ keine raumordnerischen relevanten Gesichtspunkte entgegenstehen.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.25	E 01	7. Schall- und Schattenprognose Die Schall- und Schattenprognosen wurden von OSTWIND erstellt. Diese dienen im Anfangsstadium der Planung als Hilfestellung, um mögliche Schwierigkeiten schon frühzeitig zu erkennen.  Schallprognose: Die maximale Schallbelastung ist in Deutschland nach der Art der Flächennutzung festgelegt. So dürfen die Schallwerte in einem Dorf- und Mischgebiet 45 dB(A) und in einem Allgemeinen Wohngebiet 40 dB(A) nicht überschreiten. Anhand der oben stehenden Abbildung kann man erkennen, dass die Grenzwerte für die jeweiligen Immissionsorte an keinem Punkt überschritten werden.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.26	E 01	Schattenprognose: Die gesetzlichen Grenzwerte bei der Beschattung an einem Immissionsort beziehen sich auf folgende Voraussetzungen: • Die Sonne scheint täglich von Sonnenauf- bis -untergang. • Die Rotorfläche steht immer senkrecht zur Sonneneinstrahlungsrichtung. • Die Windenergieanlagen sind immer in Betrieb. Von diesen Annahmen ausgehend dürfen max. 30 Minuten pro Tag und max. 30 Stunden pro Jahr Schattenemissionen an einem Immissionsort ankommen.  Die gesetzlichen Maximalwerte werden an den Immissionspunkten A, B und C eingehalten (s. grafische Darstellung oben). Der Immissionsort E ist mit 0:00 Stunden pro Jahr und 0:00 Minuten pro Tag nicht betroffen. An den Immissionsorten D, F, G und H werden die Grenzwerte minimal überschritten. Bei einer etwaigen Überschreitung im abschließenden Schattengutachten, werden die Anlagen mit einer Abschaltautomatik ausgerüstet, so dass die gesetzlichen Maximalwerte eingehalten werden.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079a	P079a.27	A	IV. Besonderes öffentliches Interesse an einer Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergieanlagen Nicht zuletzt bedingt das durch europa-, bundes- und landesrechtliche Vorschriften zum Ausdruck kommende besondere Interesse an einer gesteigerten Nutzung der Windenergie eine Ausweisung des Standortes Bokel“ als Vorranggebiet für Windenergieanlagen. Ein besonderes öffentliches Interesse an der Ausweisung regionalplanerisch unbedenklicher Standorte als Vorranggebiete für die Windenergienutzung folgt zunächst aus der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 05.06.2009, 5. 16 ff.) zur Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen“. Demnach stellt die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen ein wesentliches Element zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit dar (Erwägung 1). Aus Investitionen in die lokale und regionale Produktion von erneuerbaren Energien ergeben sich bedeutende Wachstumschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten (Erwägung 3). Gemäß Artikel 13 Abs. 1 der Richtlinie sollen die Mitgliedsstaaten den rechtlichen Rahmen von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen mit dem Ziel bewerten, rechtliche und andere Hemmnisse, die dem Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen entgegenstehen, abzubauen und die Verfahren auf der entsprechenden Verwaltungsebene zu vereinfachen und zu beschleunigen.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.28	A	Ferner gehen die Klimaschutzprogramme auf Bundes- und Landesebene von der pünktlichen / frühzeitigen Installierung CO <sub>2</sub> —einsparender Energien aus. Multinational resultiert dies aus der Ratifizierung des Kyotoprotokolls vom 11.12.1997 (BGBl. II 5. 967). Im Anhang 1 zum Protokoll verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland verbindlich, diese Reduktionsziele zu erreichen. Dies ist ein öffentlicher Belang, der national gesetzlich und somit jedenfalls hier bindend sogar inzwischen im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) als Ziel des Gesetzgebers formuliert ist: „Zweck des Gesetzes ist es, [...] für Tätigkeiten durch die in besonderem Maße Treibhausgase emittiert werden, die Grundlagen für den Handel mit Berechtigten zur Emission von Treibhausgasen in einem gemeinschaftsweiten Emissionshandelssystem zu schaffen, um damit durch eine kosteneffiziente Verringerung von Treibhausgasen zum weltweiten Klimaschutz beizutragen.“ -BGBl.IS. 1475.—	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.29	A	Windenergieanlagen schützen nach Auffassung des hier maßgeblichen Willens des demokratisch legitimierten Gesetzgebers das Klima. Im EEG hat der nationale Gesetzgeber Klimaschutz durch erneuerbare Energien (einschließlich der Windenergie) ebenfalls normiert. Jede einzelne Windenergieanlage spart hunderte, ja tausende Tonnen CO <sub>2</sub> . Dies ist eine Tatsache, die selbst in den Klimaberichten des Bundes und der Länder verbrieft ist. Diese Tatsachen begründen ein besonderes öffentliches Interesse.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.30	A	Hinzu kommt, dass die Europäische Union auf dem EU—Gipfel am 09.03.2007 verbindlich beschlossen hat, den Anteil der erneuerbaren Energien im Primärenergieverbrauch von derzeit 6,5 Prozent auf 20 Prozent bis 2020 zu erhöhen. Sigmar Gabriel hatte in seiner Funktion als Umweltminister für die Bundesrepublik am 26.04.2007 vor dem Deutschen Bundestag hierzu erklärt, das Ziel der Europäischen Union bedeute für Deutschland, den Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergie auf 16 Prozent zu erhöhen. Dazu solle die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien auf 27 Prozent gesteigert werden.	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079a	P079a.31	A	<p>Unter Zugrundelegung und in Umsetzung dieser internationalen, europäischen und auch bundesrechtlichen Vorgaben hat nunmehr auch das Land Niedersachsen ausdrückliche und klare Vorgaben sowie Handlungsstrategien entwickelt. Niedersachsen formuliert diese im Entwurf des Windenergieerlasses vom 05. Mai 2015: „Das Land Niedersachsen will zum Gelingen der Energiewende beitragen und seine Energieversorgung schrittweise auf 700 Prozent erneuerbare Energiequellen umstellen.“</p> <p>„Die Windenergie als kostengünstige, etablierte und klima freundliche Technologie bildet das Kernstück der Energiewende im Stromsektor. Deren weiterer Ausbau ist ein wesentlicher Bestandteil deutscher und niedersächsischer Energie- und Klimapolitik und ist von hohem öffentlichen Interesse.</p> <p>Niedersachsen verfügt schon allein auf Grund seiner geografischen Lage und Topografie über hervorragende Potenziale für die Nutzung der Windenergie. Damit kommt Niedersachsen eine besondere Verantwortung beim Ausbau der Windenergie in Deutschland zu, die über die Deckung des niedersächsischen Strombedarfs hinausgeht. Dieser Verantwortung müssen auch die Ausbauziele für die Windenergie in Niedersachsen entsprechen.“</p> <p>- Entwurf des Windenergieerlasses Niedersachsens, Ausgabe Mai 2015 —</p>	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079a	P079a.32	Z	<p>V Ergebnis</p> <p>Aus den obigen Ausführungen folgt, dass dem Antrag im Rahmen der Abwägung der regionalplanerischen Ziele der Raumordnung stattgegeben werden sollte und die Fläche im Gemeindegebiet Beverstedt, Landkreis Cuxhaven, in das Regionale Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, als Vorranggebiet für Windenergieanlagen „Bokel“ ausgewiesen werden sollte.</p>	Siehe Stellungnahme P079a.07	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.01	Z	Bitte um Ausweisung der Potenzialfläche Nr. 032 des RROP—Entwurfs (Stand Juni 2014) bzw. Nr. 026 (Stand Juni 2015) als Windvorranggebiet im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie	Die Potentialfläche 026 liegt im 4km Abstandspuffer zum bauleitplanerisch gesicherten Bereich Nordleda. Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist somit gemäß des einheitlichen Planungskonzeptes (vgl. Begründung) nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.02	SO 29	Die OSTWIND project GmbH, Gesandtenstraße 3, 93047 Regensburg beantragt hiermit, das Windvorranggebiet „Nordleda“ — im Gemeindegebiet Nordleda, Gemarkung Nordleda — im zukünftigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, auszuweisen.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.03	SO 29	Diesen Antrag begründen wir im Einzelnen wie folgt: Die OSTWIND project GmbH ist momentan in Verhandlungen um die Nutzungsrechte zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen innerhalb des zur Ausweisung beantragten Gebietes. Die OSTWIND project GmbH prüft an diesem Standort die Errichtung von bis zu sechs Windenergieanlagen der 3 MW-Klasse in der Gemarkung Nordleda im Rahmen eines Repoweringvorhabens der Bestandsanlagen. Um an diesem Standort das geplante Windenergieanlagenprojekt, realisieren zu können, beantragen wir, das genannte Gebiet als Windvorranggebiet in das Regionale Raumordnungsprogramm Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie aufzunehmen.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.04	SO 29	Hiermit möchten wir Sie darum bitten, die beantragte Gebietsausweisung für die Nutzung der Windenergie aufgrund der konkreten Umstände vor Ort unter Berücksichtigung der regionalplanerischen Belange zu beachten. Der Standort ist durch eine sehr hohe wirtschaftliche Eignung für die Windenergienutzung gekennzeichnet (vgl. II.).	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.05	SO 29	Raumordnerische Gesichtspunkte, die einer Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung entgegenstünden, sind durch das benachbarte Windvorranggebiet gegeben, könnten aber durch gezieltes Repowering zugunsten der Anwohner gelöst werden.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.06	SO 29	In Anbetracht dessen bedingt nicht nur das private Interesse der Antragstellerin als Inhaber der Nutzungsrechte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen (Art. 14 GG), sondern insbesondere das durch europa-, bundes— und landesrechtliche Vorschriften und Regierungsbeschlüsse zum Ausdruck kommende öffentliche Interesse an einer weiteren Entwicklung der Windenergienutzung (vgl. IV.) die Ausweisung des beantragten Gebietes als Vorranggebiet für die Windenergienutzung.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079b	P079b.07	SO 29	1. Beschreibung des Windenergiestandortes — Lage im Raum Der Geltungsbereich des zur Ausweisung beantragten Windeignungsgebietes „Nordleda“ befindet sich im Gemeindegebiete Nordleda, Gemarkung Nordleda. Das zur Ausweisung beantragte Gebiet liegt im nördlichen Teil des Landkreises Cuxhaven. Die Fläche hat eine Größe von etwa 65 ha alle Ortschaften liegen über 500 m entfernt. Innerhalb der zur Gebietsausweisung beantragten Fläche lassen sich insgesamt bis zu 6 Windenergieanlagen (beispielsweise des Typs Vestas V 112 mit einer Nennleistung von 3,3 MW) mit einer Nabenhöhe von mindestens 94 m realisieren. Die für die Errichtung der Windenergieanlagen benötigten Flächen sind überwiegend in Privat- und Kirchenbesitz. Die zur Ausweisung beantragte Fläche wird gegenwärtig größtenteils landwirtschaftlich genutzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.08	SO 29	II. Sehr gute wirtschaftliche Eignung Die hier zur Gebietsausweisung beantragte Fläche für das Vorranggebiet für Windenergieanlagen „Nordleda“ in der Gemeinde Nordleda ist hinsichtlich der Nutzung der Windenergie durch sehr gute wirtschaftliche Eignung gekennzeichnet. Zur Einschätzung der Wirtschaftlichkeit hat die OSTWIND project GmbH eine externe Ertragsabschätzung in Auftrag gegeben, die einen ausgezeichneten Energieertrag prognostiziert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.09	SO 29	III. Raumordnerische Rechtfertigung der beantragten Gebietsausweisung Der beantragten Ausweisung des Standortes „Nordleda“ als Vorranggebiet für Windenergieanlagen im Regionalen Raumordnungsprogramm Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie stehen keine harten Ausschlusskriterien entgegen. Die Betrachtung weicher Ausschlusskriterien wird u.a. im Folgenden betrachtet.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.10	E 01 / SO 29	1. Siedlungsabstände Bei den im Entwurf des RROP Cuxhaven angegebenen Abstandskriterien (Mindestabstand zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung vom 3-fachen der Gesamtanlagenhöhe, Mindestabstand zur Ortslage vom 5-fachen der Gesamtanlagenhöhe) handelt es sich um weiche Tabukriterien, die der beantragten Gebietsausweisung nicht entgegenstehen. Die zur Ausweisung beantragte Fläche in dem beantragten Umfang hält den als unbedenklich erachteten Siedlungsabstand vom 3-fachen der Gesamtanlagenhöhe zu allen Wohnbebauungen ein.	Das einheitliche Planungskonzept im RROP Entwurf sieht im Kriterienkatalog (harte und weiche Tabuzonen) einen Mindestabstand von 1000m zur Ortslage bzw. 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung vor. Die angesprochenen Mindestabstände vom 3fach bzw. 5fachen der Gesamtanlagenhöhe ergeben sich aus der Ziffer 11 Satz 2 und gelten lediglich für bereits bestehende, bauleitplanerisch gesicherte Bereiche, nicht jedoch für neu auszuweisende Vorranggebiete.	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.11	SO 29	2. Ferienhaussiedlungen, Campingplätze, Tourismusschwerpunkte, Erholungsinfrastruktur oder ähnliches im Bereich der überplanten Flächen sind Einschränkungen durch Ferienhaussiedlungen, Campingplätze, Tourismusschwerpunkte oder ähnliches nicht ersichtlich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.12	SO 29	3. Natur— und Landschaftsschutz/ Gewässerschutz Die zur Gebietsausweisung beantragte Eignungsfläche "Nordleda" liegt außerhalb eines Schutzgebietes nach nationalem und internationalem Naturschutzrecht. Insbesondere befindet sich die Ausweisungsfläche nicht in einem förmlichen oder potenziellen FFH-Gebiet. Förmliche europäische Vogelschutzgebiete oder auch sog. faktische Vogelschutzgebiete sind ebenfalls nicht betroffen. Entsprechendes gilt für Landschaftsschutzgebiete bzw. Naturparks/Biosphärenreservate nach nationalem Recht. Zur besseren Nachvollziehbarkeit und Übersichtlichkeit werden nachfolgend die Schutzgebiete, die sich im Umfeld der zur Ausweisung beantragten Fläche befinden, mit ihrer Entfernung zum beantragten Standort aufgelistet:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.13	SO 29	FFH / Vogelschutz Die FFH-Gebiete „Aßbütteler und Herrschaftliches Moor“ und „Ahlen-Falkenberger Moor, Seen bei Bederkesa“ befinden sich in 4,7 km in westlicher Richtung bzw. mehr als 4 km in südlicher Richtung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.14	SO 29	Naturschutzgebiete Die Naturschutzgebiete „Aßbütteler Moor“ und „Ahlen-Falkenberger Moor, Halemer/Dahlemer See“ befinden sich in 4,7 km in westlicher Richtung bzw. mehr als 4 km in südlicher Richtung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.15	SO 29	Landschaftsschutzgebiete Das Landschaftsschutzgebiet „Westerseiter Hochmoor/ Krodonswiesen“ liegt mehr als 6,3 km entfernt in südlicher Richtung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.16	SO 29	Wasserschutzgebiete Die Fläche grenzt an das Trinkwasserschutzgebiete Wanna, Schutzzone III A.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.17	SO 29	Im Ergebnis stehen die Belange des Natur- und Landschafts- oder Freiraumschutzes und des Wasserschutzes der beantragten Ausweisung eines Windvorranggebietes nicht entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079b	P079b.18	SO 29	4. Landwirtschaftliche Nutzung Die auf der Windeignungsfläche festzustellende landwirtschaftliche Nutzung steht der beantragten Ausweisung als Windvorranggebiet im Regionalen Raumordnungsprogramm ebenfalls nicht entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.19	SO 29	5. Gebiete mit Baubeschränkungen Im Bereich der überplanten Flächen sind Einschränkungen durch den Fliegerhorst Nordholz vorhanden. Das Luftüberwachungsradar, wie auch der Fliegerhorst befinden sich 10 km westlich des Standorts.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.20	SO 29	6. Infrastruktur Westlich des Standorts verläuft in 1100m Entfernung die L118.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079b	P079b.21	SO 29	IV. Besonderes öffentliches Interesse an einer Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergieanlagen Nicht zuletzt bedingt das durch europa-, bundes- und landesrechtliche Vorschriften zum Ausdruck kommende besondere Interesse an einer gesteigerten Nutzung der Windenergie eine Ausweisung des Standortes „Nordleda“ als Vorranggebiet für Windenergieanlagen.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.22	A	Ein besonderes öffentliches Interesse an der Ausweisung regionalplanerisch unbedenklicher Standorte als Vorranggebiete für die Windenergienutzung folgt zunächst aus der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 05.06.2009, S. 16 ff.) „zur Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen“. Demnach stellt die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen ein wesentliches Element zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit dar (Erwägung 1).	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.23	SO 29	Aus Investitionen in die lokale und regionale Produktion von erneuerbaren Energien ergeben sich bedeutende Wachstumschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten (Erwägung 3).	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.24	A	Gemäß Artikel 13 Abs. 1 der Richtlinie sollen die Mitgliedsstaaten den rechtlichen Rahmen von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen mit dem Ziel bewerten, rechtliche und andere Hemmnisse, die dem Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen entgegenstehen, abzubauen und die Verfahren auf der entsprechenden Verwaltungsebene zu vereinfachen und zu beschleunigen.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.25	A	Ferner gehen die Klimaschutzprogramme auf Bundes- und Landesebene von der pünktlichen / frühzeitigen Installation C02-einsparender Energien aus. Multinational resultiert dies aus der Ratifizierung des Kyotoprotokolls vom 11.12.1997 (BGBl. II 5. 967). Im Anhang 1 zum Protokoll verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland verbindlich, diese Reduktionsziele zu erreichen. Dies ist ein öffentlicher Belang, der national gesetzlich und somit jedenfalls hier bindend sogar inzwischen im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) als Ziel des Gesetzgebers formuliert ist: „Zweck des Gesetzes ist es, [...] für Tätigkeiten durch die in besonderem Maße Treibhausgase emittiert werden, die Grundlagen für den Handel mit Berechtigten zur Emission von Treibhausgasen in einem gemeinschaftsweiten Emissionshandelssystem zu schaffen, um damit durch eine kosteneffiziente Verringerung von Treibhausgasen zum weltweiten Klimaschutz beizutragen.“ -BGBl.I5. 1475.— Windenergieanlagen schützen nach Auffassung des hier maßgeblichen Willens des demokratisch legitimierten Gesetzgebers das Klima.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.26	A	Im EEG hat der nationale Gesetzgeber Klimaschutz durch erneuerbare Energien (einschließlich der Windenergie) ebenfalls normiert.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.27	A	Jede einzelne Windenergieanlage spart hunderte, ja tausende Tonnen C02. Dies ist eine Tatsache, die selbst in den Klimaberichten des Bundes und der Länder verbrieft ist. Diese Tatsachen begründen ein besonderes öffentliches Interesse.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.28	A	Hinzu kommt, dass die Europäische Union auf dem EU-Gipfel am 09.03.2007 verbindlich beschlossen hat, den Anteil der erneuerbaren Energien im Primärenergieverbrauch von derzeit 6,5 Prozent auf 20 Prozent bis 2020 zu erhöhen. Sigmar Gabriel hat in seiner Funktion als Umweltminister für die Bundesrepublik am 26.04.2007 vor dem Deutschen Bundestag hierzu erklärt, das Ziel der Europäischen Union bedeute für Deutschland, den Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergie auf 16 Prozent zu erhöhen. Dazu solle die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien auf 27 Prozent gesteigert werden.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079b	P079b.29	SO 29	V. Ergebnis Wir bitten daher darum, das Windvorranggebiet „Nordleda“ im zukünftigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, auszuweisen.	Siehe Stellungnahme P079b.01	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079c	P079c.01	Z	Bitte um Ausweisung der Potenzialfläche Nr. 067 des RROP—Entwurfs (Stand Juni 2015) bzw. Nr. 006 (Stand Juni 2015) als Windvorranggebiet im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie	Die Potentialflächen 006 und 067 liegt im 4km Abstandspuffer zum bauleitplanerisch gesicherten Bereich Geversdorf-Oberndorf. Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist somit gemäß des einheitlichen Planungskonzeptes (vgl. Begründung) nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.02	Z	Die OSTWIND project GmbH, Gesandtenstraße 3, 93047 Regensburg beantragt hiermit, ein Windvorranggebiet „Wingst“ — in den Gemeindegebieten Wingst, Gemarkung Voigtding, Geversdorf, Gemarkung Geversdorf, sowie Oberndorf, Gemarkung Oberndorf — im zukünftigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, auszuweisen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.03	Z	Diesen Antrag begründen wir im Einzelnen wie folgt: Die OSTWIND project GmbH ist momentan in Verhandlungen um die Nutzungsrechte zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen innerhalb des zur Ausweisung beantragten Gebietes. Die OSTWIND project GmbH plant an diesem Standort die Errichtung von bis zu zehn Windenergieanlagen der 3 MW-Klasse. Um an diesem Standort das geplante Windenergieanlagenprojekt realisieren zu können, beantragen wir, das genannte Gebiet als Windvorranggebiet im künftigen RROP für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, aufzunehmen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.04	Z	Hiermit möchten wir Sie darum bitten, die beantragte Gebietsausweisung für die Nutzung der Windenergie aufgrund der konkreten Umstände vor Ort unter Berücksichtigung der regionalplanerischen Belange zu beachten. Der Standort ist durch eine sehr hohe wirtschaftliche Eignung für die Windenergienutzung gekennzeichnet (vgl. II.).	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.05	Z	Raumordnerische Gesichtspunkte, die einer Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung entgegenstünden, sind nicht ersichtlich (vgl. III.).	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.06	A	In Anbetracht dessen bedingt nicht nur das private Interesse der Antragstellerin als Inhaber der Nutzungsrechte für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen (Art. 14 GG), sondern insbesondere das durch europa—, bundes— und landesrechtliche Vorschriften und Regierungsbeschlüsse zum Ausdruck kommende öffentliche Interesse an einer weiteren Entwicklung der Windenergienutzung (vgl. IV) die Ausweisung des beantragten Gebietes als Vorranggebiet für die Windenergienutzung.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.07	Z	1. Beschreibung des Windenergiestandortes — Lage im Raum Der Geltungsbereich des zur Ausweisung beantragten Windeignungsgebietes „Wingst“ befindet sich in den Gemeindegebieten Wingst, Gemarkung Voigtding, Geversdorf, Gemarkung Geversdorf, sowie Oberndorf, Gemarkung Oberndorf. Das zur Ausweisung beantragte Gebiet liegt im nordöstlichen Teil des Landkreises Cuxhaven in der Nähe zum Landkreis Stade. Die Fläche hat eine Größe von etwa 215 ha. Alle Wohnbebauungen, auch im Außenbereich liegen über 600m entfernt. Innerhalb der zur Gebietsausweisung beantragten Fläche lassen sich insgesamt bis zu zehn Windenergieanlagen (beispielsweise des Typs Vestas V 126 mit einer Nennleistung von 3,3MW) mit einer Nabenhöhe von mindestens 137m realisieren. Die für die Errichtung der Windenergieanlagen benötigten Flächen sind überwiegend in Privatbesitz. Die zur Ausweisung beantragte Fläche wird gegenwärtig größtenteils landwirtschaftlich genutzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.08	Z	II. Sehr gute wirtschaftliche Eignung Die hier zur Gebietsausweisung beantragte Fläche für das Vorranggebiet für Windenergieanlagen „Wingst“ ist hinsichtlich der Nutzung der Windenergie durch sehr gute wirtschaftliche Eignung gekennzeichnet.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.09	Z	Zur Einschätzung der Wirtschaftlichkeit hat die OSTWIND project GmbH eine externe Ertragsabschätzung in Auftrag gegeben, die einen ausgezeichneten Energieertrag prognostiziert. Der Standort „Wingst“ befindet sich auf Niveau des Meeresspiegels und weist mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von ca. 6,8m/s auf 100m Höhe eine sehr gute Windhöffigkeit auf. Damit entspricht die Ausweisung des Standortes bereits den Kriterien des am 05.Mai 2015 veröffentlichten Entwurfs des Windenergieerlasses in Niedersachsen wonach die Konzentration der Windenergieanlagen und damit die Ausweisung von Windvorranggebieten nur an Standorten mit ausreichender Windhöffigkeit und folglich auch Wirtschaftlichkeit erfolgen soll.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079c	P079c.10	Z	III. Raumordnerische Rechtfertigung der beantragten Gebietsausweisung Der beantragten Ausweisung des Standortes Wingst <sup>2</sup> als Vorranggebiet für Windenergieanlagen im künftigen RROP für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, stehen keine raumordnerischen Belange entgegen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.11	Z	1.Siedlungsabstände Bei den im Entwurf des RROP Cuxhaven angegebenen Abstandskriterien (Mindestabstand zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung vom 3-fachen der Gesamtanlagenhöhe, Mindestabstand zur Ortslage vom 5-fachen der Gesamtanlagenhöhe) handelt es sich um weiche Tabukriterien, die der beantragten Gebietsausweisung nicht entgegenstehen. Die zur Ausweisung beantragte Fläche in dem beantragten Umfang hält den als unbedenklich erachteten Siedlungsabstand vom 3-fachen der Gesamtanlagenhöhe zu allen Wohnbebauungen nicht nur ein, sondern überschreitet diesen. Für die Abgrenzung der angegebenen Fläche zur geschlossenen Ortslage der Gemeinden Wingst, Geversdorf, Oberndorf und Cadenberge werden Puffer von über 900m bis 2,4km eingehalten.	Das einheitliche Planungskonzept im RROP Entwurf sieht im Kriterienkatalog (harte und weiche Tabuzonen) einen Mindestabstand von 1000m zur Ortslage bzw. 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung vor. Die angesprochenen Mindestabstände vom 3fach bzw. 5fachen der Gesamtanlagenhöhe ergeben sich aus der Ziffer 11 Satz 2 und gelten lediglich für bereits bestehende, bauleitplanerisch gesicherte Bereiche, nicht jedoch für neu auszuweisende Vorranggebiete.	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.12	Z	2. Ferienhaussiedlungen, Campingplätze. Tourismusschwerpunkte, Erholungsinfrastruktur oder ähnliches Im Bereich der überplanten Flächen sind Einschränkungen durch Ferienhaussiedlungen, Campingplätze, Tourismusschwerpunkte oder ähnliches nicht ersichtlich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.13	Z	3. Natur- und Landschaftsschutz/ Gewässerschutz Die zur Gebietsausweisung beantragte Eignungsfläche „Wingst“ liegt außerhalb eines Schutzgebietes nach nationalem und internationalem Naturschutzrecht. Insbesondere befindet sich die Ausweisungsfläche nicht in einem förmlichen oder potenziellen FFH-Gebiet. Förmliche europäische Vogelschutzgebiete oder auch sog. faktische Vogelschutzgebiete sind ebenfalls nicht betroffen. Entsprechendes gilt für Landschaftsschutzgebiete bzw. Naturparks/Biosphärenreservate nach nationalem Recht. Zur besseren Nachvollziehbarkeit und Übersichtlichkeit werden nachfolgend die Schutzgebiete, die sich im Umfeld der zur Ausweisung beantragten Fläche befinden, mit ihrer Entfernung zum beantragten Standort aufgelistet:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.14	Z	Naturschutzgebiete Das Naturschutzgebiet "Schnook" befindet sich in ca. 1,2km Entfernung nördlich des beantragten Gebiets.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.15	Z	Landschaftsschutzgebiete Ein kleineres Landschaftsschutzgebiet befindet sich ca. 1,8km westlich bis nordwestlich der zur Ausweisung beantragten Fläche.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.16	Z	Biotop Das nächstgelegene Biotop befindet sich ebenfalls nördlich der beantragten Fläche und überlagert sich mit dem erwähnten Naturschutzgebiet. Weitere kleinere Biotop befinden sich in mehreren Kilometern Entfernung in westlicher und südwestlicher Richtung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.17	Z	Trinkwasserschutzgebiete Das nächstgelegene Trinkwasserschutzgebiet befindet sich in großer Entfernung von mehr als 2km in südwestlicher Richtung auf dem Gebiet der Gemeinde Wingst.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.18	Z	FFH-Gebiete Das FFH-Gebiet Unterelbe liegt ca. 750m östlich bis nordöstlich der beantragten Potenzialfläche. Dieses überschneidet sich ebenfalls teilweise mit dem oben erwähnten Naturschutzgebiet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.19	Z	Vogelschutzgebiete Vogelschutzgebiete sind in der weiteren Umgebung der beantragten Fläche nicht vorhanden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.20	Z	Brutvogelgebiete Das Brutvogelgebiet 2010 grenzt im Süden an die Potenzialfläche, liegt aber außerhalb dieser. Weitere Brutvogelgebiete befinden sich entlang der Oste.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.21	Z	Im Ergebnis stehen die Belange des Natur- und Landschafts- oder Freiraumschutzes und des Wasserschutzes der beantragten Ausweisung eines Windvorranggebietes nicht entgegen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.22	Z	4. Landwirtschaftliche Nutzung Die auf der Windeignungsfläche festzustellende landwirtschaftliche Nutzung steht der beantragten Ausweisung als Windvorranggebiet im Regionalplan Vorranggebiete Windenergie ebenfalls nicht entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079c	P079c.23	Z	5. Gebiete mit Baubeschränkungen Im Bereich der überplanten Flächen sind Einschränkungen durch Flugplätze und/oder militärische Anlagen unserer Kenntnis nach nicht vorhanden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.24	Z	6. Infrastruktur Westlich des beantragten Windvorranggebietes verläuft die Bundesstraße B73. Deren kürzester Abstand zum Windvorranggebiet beträgt gut 1,5 km. Die parallel dazu verlaufende Eisenbahntrasse hat ebenfalls einen Abstand von gut 1,5 km zur Potenzialfläche.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079c	P079c.25	Z	Die Prüfung der im RROP Cuxhaven festgelegten Abstands- und Restriktionskriterien zeigt, dass der beantragten Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergieanlagen "Wingst" keine raumordnerisch relevanten Gesichtspunkte entgegenstehen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.26	Z	IV. Besonderes öffentliches Interesse an einer Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergieanlagen Nicht zuletzt bedingt das durch europa-, bundes- und landesrechtliche Vorschriften zum Ausdruck kommende besondere Interesse an einer gesteigerten Nutzung der Windenergie eine Ausweisung des Standortes „Wingst“ als Vorranggebiet für Windenergieanlagen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.27	A	Ein besonderes öffentliches Interesse an der Ausweisung regionalplanerisch unbedenklicher Standorte als Vorranggebiete für die Windenergienutzung folgt zunächst aus der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 (ABl. L 140 vom 05.06.2009, S. 16 ff.) „zur Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen“. Demnach stellt die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen ein wesentliches Element zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit dar (Erwägung 1).	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.28	A	Aus Investitionen in die lokale und regionale Produktion von erneuerbaren Energien ergeben sich bedeutende Wachstumschancen und Beschäftigungsmöglichkeiten (Erwägung 3).	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.29	A	Gemäß Artikel 13 Abs. 1 der Richtlinie sollen die Mitgliedsstaaten den rechtlichen Rahmen von Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen mit dem Ziel bewerten, rechtliche und andere Hemmnisse, die dem Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen entgegenstehen, abzubauen und die Verfahren auf der entsprechenden Verwaltungsebene zu vereinfachen und zu beschleunigen.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.30	A	Ferner gehen die Klimaschutzprogramme auf Bundes- und Landesebene von der pünktlichen / frühzeitigen Installation CO <sub>2</sub> -einsparender Energien aus. Multinational resultiert dies aus der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls vom 11.12.1997 (BGBl. II S. 967). Im Anhang 1 zum Protokoll verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland verbindlich, diese Reduktionsziele zu erreichen. Dies ist ein öffentlicher Belang, der national gesetzlich und somit jedenfalls hier bindend sogar inzwischen im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) als Ziel des Gesetzgebers formuliert ist: „Zweck des Gesetzes ist es, [...] für Tätigkeiten durch die in besonderem Maße Treibhausgase emittiert werden, die Grundlagen für den Handel mit Berechtigten zur Emission von Treibhausgasen in einem gemeinschaftsweiten Emissionshandelsystem zu schaffen, um damit durch eine kosteneffiziente Verringerung von Treibhausgasen zum weltweiten Klimaschutz beizutragen.“ -BGBl. S. 1475.— Windenergieanlagen schützen nach Auffassung des hier maßgeblichen Willens des demokratisch legitimierten Gesetzgebers das Klima.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.31	A	Im EEG hat der nationale Gesetzgeber Klimaschutz durch erneuerbare Energien (einschließlich der Windenergie) ebenfalls normiert.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.32	A	Jede einzelne Windenergieanlage spart hunderte, ja tausende Tonnen CO <sub>2</sub> . Dies ist eine Tatsache, die selbst in den Klimaberichten des Bundes und der Länder verbrieft ist. Diese Tatsachen begründen ein besonderes öffentliches Interesse.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P079c	P079c.33	A	Hinzu kommt, dass die Europäische Union auf dem EU-Gipfel am 09.03.2007 verbindlich beschlossen hat, den Anteil der erneuerbaren Energien im Primärenergieverbrauch von derzeit 65 Prozent auf 20 Prozent bis 2020 zu erhöhen. Sigmar Gabriel hat in seiner Funktion als Umweltminister für die Bundesrepublik am 26.04.2007 vor dem Deutschen Bundestag hierzu erklärt, das Ziel der Europäischen Union bedeute für Deutschland, den Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergie auf 16 Prozent zu erhöhen. Dazu solle die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien auf 27 Prozent gesteigert werden.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079c	P079c.34	Z	V. Ergebnis Aus den obigen Ausführungen folgt, dass dem Antrag im Rahmen der Abwägung der regionalplanerischen Ziele der Raumordnung stattgegeben werden sollte und die Fläche in den Gemeindegebieten Wingst, Geversdorf und Oberndorf im Landkreis Cuxhaven in das RROP für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, als Vorranggebiet für Windenergieanlagen „Wingst“ ausgewiesen werden sollte.	Siehe Stellungnahme P079c.01	Nicht zu berücksichtigen.
P080	P080.01	B 06 / B 11	Es ist nach wie vor beabsichtigt, den derzeit bestehenden Windpark zu repowern und die derzeit betriebenen 10 Windenergieanlagen durch leistungsstärkere Windenergieanlagen zu ersetzen. Mit den Änderungen des nun vorliegenden Entwurfs des RROP 2015 ist es wegen der Aufhebung der nach dem Entwurf des RROP 2014 faktisch geltenden Höhenbeschränkung auf ca. 55m nun zwar möglich, aktuelle Windenergieanlagen auf dem Standort zu planen. Die im RROP 2015 vorgesehene Beschränkung der Rotorfläche hat aber zur Folge, dass die ausgewiesene Fläche nicht in dem Umfang genutzt werden kann, wie dies ohne die Beschränkung fachlich und rechtlich möglich und auch energiewirtschaftlich sinnvoll wäre. Auch die nun im RROP 2015 vorgesehene Regelung, dass sich der Rotor vollständig innerhalb der ausgewiesenen Fläche befinden muss, führt dazu, dass die Fläche u.U. nicht optimal ausgenutzt werden kann. Beide Regelungen sollten nach unserer Auffassung gestrichen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P080	P080.02	B 11	Im Einzelnen: Der Entwurf zum RROP 2015 sieht unter Ziff. 4.2.2 Nr. 11, Satz 3 vor, dass die Festlegung einer neuen Gesamthöhe voraussetzt, dass sich die Gesamtrotorfläche „nicht wesentlich“ erhöht, wobei unter nicht wesentlich eine Erhöhung von maximal 15% zu verstehen sein soll. Die Begrenzung der Gesamtrotorfläche der in dem Gebiet zu errichtenden Windenergieanlagen lehnen wir aus fachlichen und rechtlichen Gründen ab.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.03	B 11	Eine Beschränkung der Rotorfläche für die zu errichtenden Windenergieanlage auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms halten wir für verfehlt. Es handelt sich im Ergebnis um die Festlegung des Maßes der Bebauung, das auf den nachgelagerten Planungsebenen festzulegen ist. Die Festlegung des Maßes der Bebauung auf Ebene der Regionalplanung durch den Landkreis beschränkt die kommunale Planungshoheit in unzulässiger Weise.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.04	B 11	Die Beschränkung der Gesamtrotorfläche wird auf Seite 65 der Begründung/Erläuterung zum RROP 2015 wesentlich mit einer Barrierewirkung der Windenergieanlagen zwischen Nationalpark Wattenmeer und Binnenland begründet. Die Annahme einer Barrierewirkung lässt sich jedoch naturschutzfachlich nicht begründen. So kommt im „Anhang 2 der FFH-Verträglichkeitsvorprüfungen zum Vogelschutzgebiet Niedersächsisches Wattenmeer die Prüfung in Bezug auf „Anlagenbedingte Beeinträchtigungen“ zu folgendem Ergebnis:  Zitatanfang „Der potenziell geeignete Flugkorridor wird durch die Erweiterung nicht beeinträchtigt. Die Anlagen an sich stellen für die Arten keine Barriere da. Beeinträchtigungen der Flugbeziehungen verbunden mit erhöhtem Energiebedarf durch anlagebedingte Wirkungen werden für die Arten ausgeschlossen Zitatende  Zu diesem Ergebnis kam auch die FFH-Studie bzw. Artenschutzrechtliche Studie (UsaP und FFH-VU, IBL Umweltplanung IBL GmbH 2014), die 2014 im Rahmen der F-Plan Änderung des Windparks Schottwarden beim Landkreis eingereicht worden ist. Die Studie, dessen Untersuchungsumfang für den Windpark Schottwarden in Absprache mit der UNB und der Nationalparkverwaltung erfolgte, geht davon aus, dass negative Auswirkungen auf den Brutvogelbestand des EU Vogelschutzgebietes ausgeschlossen werden können. Negative Auswirkungen auf wertbestimmende Gastvögel des VS-Gebietes aufgrund möglicher Barrierewirkungen durch den bestehenden Windpark als auch den zu repowerenden, wurden ebenfalls ausgeschlossen. Nach der Rechtsprechung genügt es für die Feststellung eines Funktionsverlustes eines Schutzgebietes nicht, dass dieses nur erschwert zu erreichen ist (VG Arnsberg, Urt. V. 22.11.2012, 7 K 2633/10, ZNER 2013, 75, 77).	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.05	U	Der Umweltbericht zum RROP Entwurf 2015 (Bosch und Partner, 05. 06.2015, S. 202) geht ebenfalls davon aus, dass entweder keine erheblichen Beeinträchtigungen auf das FFH-Gebiet zu erwarten sind (siehe ebenda 2.2 unten) sowie, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Schutz- und Erhaltungsziele des EU-VGS (siehe ebenda 2.3) ausgeschlossen werden können: [grafischer Auszug aus dem Umweltbericht, Anm.]	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P080	P080.06		<p>Zu dem Thema Austauschbeziehungen zwischen Watt und Binnendeichs kommt die FFH-Studie der IBL Umweltplanung, die im Rahmen der Änderung des F-Planes für den WP Schottwarden 2014 beim Landkreis eingereicht worden ist zu dem folgendem Ergebnis (siehe UsaP und FFH-VU, IBL Umweltplanung, S. 34f):</p> <p>Zitatanfang</p> <p>5.1.2.3 Barrierewirkung</p> <p>Von Oktober 2009 bis September 2010 wurden alle vierzehn Tage dreistündige Beobachtungen bei auflaufendem Wasser durchgeführt, die Rückschlüsse zu Austauschbewegungen zwischen Nahrungsflächen im Watt und binnendeichs gelegenen Flächen erlauben. Dies betrifft insbesondere die Beobachtungen von Enten, Gänsen, Möwen und Watvögeln. Tabelle 5-13 gibt eine Übersicht über Art und Anzahl der Vogel, die bei auflaufendem Wasser binnendeichsgelegene Flächen zur Nahrungssuche aufsuchen. Beobachtet wurde der Bereich zwischen westlich des WPs gelegenen „Hof Seefahrt“ (Schottwarden) und dem Ochsenturm. [Tabelle zu Austausch der Vogelbestände zwischen Wattenmeer und Binnendeichsflächen] Tabelle 5-13 zeigt, dass es sich bei den beobachteten Ereignissen in der Regel um einzelne Ereignisse handelt. Ein regelmäßiger Austausch der Vogelbestände zwischen Wattenmeer und Binnendeichsflächen wurde nicht festgestellt. Selbst beim Großen Brachvogel, der sowohl außendeichs als auch binnendeichs als Gastvogel häufig anzutreffen war, trat im UG kein regelmäßiger Austausch zwischen den beiden Flächen auf.</p> <p>Zusätzliche Auswirkungen durch ein Repowering mit höheren und größeren WEA</p> <p>Baubedingte Auswirkungen treten nicht auch. Von anlage- und betriebedingten Barriereeffekten der geplanten WEA auf Austauschbewegungen von Gastvögeln zwischen Außen- und Binnendeichsflächen ist aufgrund fehlender regelmäßiger Austauschbewegungen nicht auszugehen. Diese Einschätzung zum UG werden durch die AUssagen von Tesch et al. (2009) gestützt: Im Hinblick auf küstentypische Rastvögel ist zu berücksichtigen, dass insbesondere viele Watvögel auch in der Hochwasserphase nicht oder nur in geringen den Hauptdeich überfliegen (bremenports 2007, 2008).“ Fazit: Barriereeffekte auf Austauschbewegungen von Gastvögeln zwischen Außen- und Binnendeichsflächen durch das geplante Repowering sind nicht zu erwarten.</p> <p>Zitatende</p>	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.07		<p>Aufgrund der Erkenntnisse der FFH Vorprüfung im Anhang 2 des RROP Entwurfes 2015 als auch den Erkenntnissen der Studien für das Repowering Vorhaben des Windparks Schottwarden, die dem Landkreis seit mindestens 2014 im Zuge der F-Plan Änderung vorliegen, stellt sich uns die Frage wozu eine Begrenzung der Gesamtrotorflächen (siehe Ziffer 11 Satz 3 des RROP Entwurfes) dienen soll? In dieser Reglementierung soll für die Windparks-Schottwarden, Paddingbüttel, Spieka-Neufeld, Cappel-Neufeld, Wremen-Grauwall und Misselwarden festgelegt werden, dass sich die Gesamtrotorfläche nicht wesentlich erhöhen darf. Als nicht wesentliche Erhöhung wird ein Wert von 15% angegeben. Es stellt sich jedoch die Frage, welches Schutzziel und welche Schutzgüter durch die Begrenzung erreicht werden sollen, wenn es gar keine Austauschbeziehungen und Barriere Effekte im Windpark Schottwarden gibt. Eine Reglementierung ohne Grund, wäre eine Auflage bzw. Festlegung, die nicht zielführend ist und damit ungeeignet. Als ungeeignete Erschwerung und Belastung wäre die Begrenzung damit eine unverhältnismäßige und damit unzulässige Maßnahme.</p>	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.08	E.11	<p>Aber auch wenn man eine Begrenzung der Rotorfläche als mögliche Regelung annimmt, erscheint uns die scharfe „Grenze“ von 15% Erhöhung uns nicht nachvollziehbar. Die Ausführungen in der Begründung nehmen zwar auf Berechnungen des Landkreises, die zur Ermittlung dieses Wertes angestellt wurden, Bezug, die Berechnungen werden aber nicht transparent gemacht. Warum bspw. nicht auch eine Erhöhung von 17% möglich sein soll, erschließt sich so nicht. Hierzu sollte der Landkreis offenlegen, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse belegen, dass eine nicht wesentliche Erhöhung bei 15% liegt und wie die Herleitung zustande gekommen ist.</p>	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.09	E.11	<p>Der Umweltbericht zum RROP (Bosch und Partner, 05. 06.2015, S. 15), der diese Thematik der Begrenzung aufgreift, geht dabei offenbar von einem „Grundsatz“ aus. Auf welchen Erkenntnissen dieser „Grundsatz“ beruht, wird allerdings nicht erläutert.</p>	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P080	P080.10	E 11	Entsprechende Studien zu Brut-, Rast-, und Zugvögeln, die dem Landkreis wie schon erwähnt durch diverse Vorhaben vorliegen müssten, sind in dem Umweltbericht und der Erkenntnisfindung, die zu dieser Grundsatzregelung kommt nicht berücksichtigt worden, das ergibt sich aus dem Literatur-, Quellenverzeichnis des Umweltberichts. Demnach basiert der Bericht nicht auf den neusten Erkenntnissen, die dem Landkreis vorliegen und die er aber hätte berücksichtigen müssen, sondern vielmehr auf einer pauschalen, und fachlich nicht näher begründeten Annahme. Die 15% Regelung ist demnach nicht nachvollziehbar, die Herleitung unbekannt.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.11	E.11	<p>Laut Umweltbericht soll sich dieser Grundsatz tendenziell positiv auf die Umwelt auswirken, da bereits aufgrund des bereits langjährigen Betriebes erhebliche Vorbelastungen der Umwelt vorliegen. Die Inanspruchnahme eines unvorbelasteten Standortes für eine WEA würde so vermieden werden:</p> <p>Zitatanfang Ein Repowering durch Festlegung einer neuen maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung in den bauleitplanerisch gesicherten Flächen der Windparks Wremen-Schottwarden, Padingbüttel, Nordholz-Spieka-Neufeld, Nordholz-Cappel-Neufeld, Belum, Loxstedt-Stotel, Wremen-Grauwalkkanal sowie Misselwarden setzt des Weiteren voraus, dass sich die Gesamtrotorfläche (d.h. die vom Rotor überstrichene Vertikalfäche) nicht wesentlich erhöht. Nicht wesentlich ist eine Erhöhung der Gesamtrotorfläche um 15 %.</p> <p>Auswirkungen des Grundsatzes auf die Umwelt Diesem Grundsatz sind tendenziell positive Auswirkungen auf die Umwelt beizumessen, weil aufgrund des bereits langjährig erfolgten Betriebs der zu ersetzenden Altanlage eine erhebliche Vorbelastung der Umwelt an diesem Standort vorhanden ist. Die Inanspruchnahme eines unvorbelasteten Standortes für eine WEA wird somit vermieden. Auch im Rahmen des sogenannten 'Repowering' muss für die neu zu errichtende WEA ein vollständiges immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt werden mit Prüfung der Einhaltung aller Umweltrechtsvorschriften.</p> <p>Zitatende Hier wird nun eine pauschale Annahme, deren Herleitung unbekannt ist, undifferenziert auf alle oben genannten Repowering Projekte übertragen, ohne dass auf die Vorbelastungen und tatsächliche Situation der einzelnen Flächen näher eingegangen wird, was aber gerade vor dem Hintergrund der umfangreichen neueren Daten erforderlich gewesen wäre.</p>	<p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung potenzieller Repoweringstandorte (bzw. neuer potenzieller Vorranggebiete) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Die potenziellen Vorranggebiete/bauleitplanerische gesicherten Bereiche sowie ihr Umfeld wurden methodisch einheitlich, kritisch und unvoreingenommen hinsichtlich erheblicher Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter, speziell auf das Vorkommen von windenergieempfindlichen Arten, überprüft und finden eine besondere Berücksichtigung in der weiteren Planung. Hierzu wurden u.a. die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT als Bewertungsgrundlage verwendet. Die zusammenfassende Eignung eines potenziellen Vorranggebiets bzw. potenziellen Repoweringstandort aus naturschutzfachlicher Sicht, ist in den Prüfbögen dem Punkt 4 zu entnehmen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P080	P080.12	Z	Der Windpark Schottwarden ist seit über 20 Jahren im Betrieb. Durch die Lage zum Containerhafen z.B. mit den Containerbrücken (ca. 110m hoch), der Nähe zu Freileitungen, der Bahnstrecke, Tourismus und der Landstraße existieren bereits erhebliche Vorbelastungen. Diese Vorbelastungen sind bei der Betrachtung des Windparks stets (auch in den nachgelagerten Planverfahren) zu berücksichtigen.	Die Vorbelastung der bestehenden Windparks wurde in die Abwägung eingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P080	P080.13		Für den Windpark Schottwarden wurden wie schon benannt umfangreiche Studien (IBL Umweltplanung 2014) vorgelegt, die zu dem Ergebnis kommen, dass die über 1.500m Entfernung liegenden Hochwasserrastplätze bereits durch im Norden aufgrund der an der Wasserkante entlang gehenden Spaziergänger (oft mit Hunden) und im Süden durch den angrenzenden Hafen und seinen visuellen als auch akustischen Emissionen vorbelastet sind. Auswirkungen auf Gastvögel sind dem Gutachten zu Folgen aufgrund der großen Entfernung zu den Hochwasserrastplätzen und den Anlagen nicht zu erwarten (siehe UsaP und FFH-VU, IBL Umweltplanung IBL Umweltplanung GmbH 2014, S. 34 und Begründung zur 2. Änderung des F-Planes Windpark Schottwarden S. 46). Dies gilt auch für Wasservögel außendeichs sowie für Brutvögel und Rastvögel bei einer Verlagerung der Standorte nach einem Repowering.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.14	B 11 / E 11	Das sich durch Repowering Vorhaben die Anzahl der Anlagen ohnehin verringert, wird in den Unterlagen zum RROP Entwurf 2015 ebenfalls nicht beachtet. Stattdessen soll auf der Ebene RROP eine pauschale Reglementierung festgelegt werden, die dann dazu führt, dass auf der Planungsebene einzelne Anlagenstandorte entfallen. Hier wird im RROP und dem Umweltbericht davon ausgegangen, dass die Situation in der nächsten Umgebung einer einzelnen Anlage, bzw. dort wo noch keine Anlage steht, gänzlich unvorbelastet sei, ohne die vorliegenden Untersuchungen zu den einzelnen Vorhaben einzubeziehen. Damit wird bereits auf RROP Ebene eine Festlegung gemacht, ohne vor liegende Erkenntnisse vor Ort zu prüfen. Es wird auf RROP Ebene eine Reglementierung für angeblich unvorbelastete Einzelstandorte auf sehr kleinräumiger Ebene (Mikrostandort) getroffen.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P080	P080.15	A	Soweit den darin angesprochenen Kritikpunkten nicht abgeholfen wurde, nehmen wir Im Übrigen auf unsere Stellungnahme vom 14.08.2014 Bezug.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P081	P081.01	SO 02	a) Durch die Fusion von der SG Bederkesa mit Langen hat sich für das neu entstandene Stadtgebiet Geestland eine veränderte Situation bezüglich der Verteilung der Windenergieanlagen ergeben. Wir fordern Sie auf, den potenziellen Standort Bederkesa/Kührstedt/Alfstedt unter diesem Aspekt fallen zu lassen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass es sich hier um den windschwächsten Teil des gesamten Landkreises handelt und ausreichend alternative Standorte vorhanden sind.	Die Fusion der Gemeinden zur Stadt Geestland hat für die Ausweisung von Vorranggebieten keine Relevanz. Es wurde ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt, was auf den gesamten Landkreis Cuxhaven angewendet wurde. Die Gemeinden, in denen die Vorranggebiete letztlich liegen, stellen dabei kein Kriterium dar. Der Standort Bederkesa-Alfstedt bietet ein ausreichendes Potential für die Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P081	P081.02	SO 02	b) Laut naturfachlicher Einschätzung ist das gesamte Planungsareal aus Naturschutzgründen nur sehr bedingt geeignet oder ungeeignet. Wir fordern eine umfassende Berücksichtigung der naturfachlichen Einschätzung.	Die naturschutzfachliche Einschätzung wurde in der Abwägung der Potentialflächen berücksichtigt. Die naturschutzfachliche Einschätzung ist nicht zu dem Ergebnis gekommen, dass der Standort komplett ungeeignet ist. Die als ungeeignet eingestuften Teile der Potentialflächen wurden herausgenommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P081	P081.03	SO 02	Bei Wegfall der ungeeigneten Planungsflächen verkleinert sich die Gesamtfläche des Windparks derart, dass sie die im Niedersächsischen Windenergieerlass geforderte Mindestgröße nicht mehr erfüllt.	Der Entwurf des Windenergieerlasses sieht keine Mindestgrößen für Windenergiestandorte vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P081	P081.04	A	c) Wir wiederholen nochmals unsere Einwendungen in dieser Sache vom 14.8.2014 (AZ: 218/2014/JE/pr). Diese Einwendungen haben weiterhin volle Gültigkeit.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P082	P082.01	Z	entgegen meinen Erwartungen haben sie im RROP 2015 nicht die meinerseits geeignetere Potenzialfläche Stinstedt "Heidelberg" berücksichtigt sondern sich für die Fläche Stinstedt "Wildes Moor" entschieden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P082	P082.02	Z	Ich bitte um Überprüfung der beiden Flächen da meines Erachtens eine Vielzahl von Gründen für Stinstedt-Heidelberg sprechen, wie z.B. bessere topographische Bedingungen , bessere Erschließungsmöglichkeiten, bessere Netzanbindungsmöglichkeiten , geringere Eingriffe in die Landschaft , größere Fläche, Keine Schädigung der maroden Kreisstraße Stinstedt usw. Im Sinne einer erfolgreichen Energiewende vielen Dank im Voraus!	Beide Standorte wurde im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes geprüft. Die Fläche Odisheim-Stinstedt ist aus naturschutzfachlicher Sicht besser geeignet als die Potentialfläche Heidelberg (vgl. Begründung RROP Entwurf 2015)	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P083.01	SO 30 / Z	<p>Als Anwohnerin habe ich gegen die Ausweisung der o.g. Flächen [Odisheim/Stinstedt bzw. Eichofsberg] als Vorranggebiet Bedenken:</p> <p>- Beide Gebiete sind Lebensraum für viele geschützte Vögel/Tiere (Eichofsberg liegt in der Flugbahn Balksee-Stinstedter See des Seeadlers, Umgebung des wilden Moores Rotmilanvorkommen, verschiedene Fledermausarten im Bereich Sumpfweg, großes Weißstorchvorkommen -v.a. seit diesem Jahr, Kranichgruppen im Frühjahr und Herbst)</p> <p>Die Höhe und der Durchmesser der Rotorblätter der geplanten Anlagen sind extrem – diese zerstören diesen Lebensraum.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost) und Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. Lt. einer Studie der BIOS ist mit regelmäßigen Flügen innerhalb eines Korridors zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See zu rechnen. Das Gebiet 024 liegt innerhalb dieses Flugkorridors und hat zudem einen Abstand zum Nestumfeld von nur etwa 4.600 m (... hier wurden 4.400 m ermittelt). Seitens der BIOS wird das Konfliktpotenzial in Bezug auf den Seeadler als sehr hoch eingeschätzt. - Die Potenzialfläche 024 liegt vollständig innerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Rotmilan-Vorkommen. - Die Potenzialfläche 024 liegt nach den hier vorliegenden Daten außerhalb von 2.000 m-Puffern [Prüfbereich] zu Weißstorch-Vorkommen. - Die Potenzialfläche 053 liegt nach den hier vorliegenden Daten knapp außerhalb von 6.000 m-Puffern [Prüfbereich] zu Seeadler-Vorkommen. - Im Hinblick auf den Rotmilan liegt eine Studie der BIOS vor, die ein Brutvorkommen auf den Bereich des Tuschlikers Moor eingrenzt. In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				<p>angegeben, dass ein kleiner östlicher Teil der Potenzialfläche 053 innerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] liegt. Inzwischen liegen neuere Daten vor; demzufolge befindet sich der Horst im Bereich des Basmoores. Insoweit ist die Naturschutzfachliche Einschätzung änderungsbedürftig. Die Potenzialfläche 053 liegt nicht (mehr) innerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Rotmilan-Vorkommen. - Nahezu die gesamte Potenzialfläche 053 liegt innerhalb der 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu mehreren Weißstorch-Vorkommen. - Bei der Potenzialfläche 024 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2016 keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor. - Inzwischen liegen neue Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor; demzufolge liegt die Potenzialfläche 024 in einem Gastvogellebensraum mit lokaler Bedeutung. Im Hinblick auf die Gastvögel ist die maßgebliche Art der Kranich. - Die gesamte Potenzialfläche 053 gehört zu einem Gastvogellebensraum mit allgemeiner Bedeutung. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.</p>	
P083	P083.02	SO 30 / Z	- Wildes Moor: Ökosystem Hochmoor durch unverhältnismäßige Aufwendungen bereits beim Bau der Anlagen stark beeinflusst (Erschließung einer ganz neuen Zuwegung zum Bau nötig).	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das gesamte Gebiet wird durch den Bodentyp "Hochmoor" geprägt. - Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt. - Die Erstellung der Erschließung wird einen gravierenden Eingriff darstellen, aus dem umfangreiche Kompensationsmaßnahmen resultieren werden; dieser Themenbereich ist im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu bearbeiten.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P083.03	SO 30 / Z	Bereits größere Landmaschinen verursachen in dem von mir mitbewohntem Haus direkt an der K34 erhebliche Erschütterungen – mehrere Dutzend LKW's pro Tag in der Bauphase wie auf einer der ersten Infoveranstaltung berichtet, können erhebliche Bauschäden erwarten lassen? Haftet dafür jemand? Bei wem läge die Beweispflicht möglicher Schäden?	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P083	P083.04	SO 30 / Z	- Geräusch- und Schallemissionen durch die Anlagen (Infraschall!)	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P083	P083.05	SO 30 / Z	diskussionswürdige Abstandsregelungen auch zu Einsiedlerhöfen – in anderen Bundesländern wird ein größerer Abstand zu bewohntem Gebiet diskutiert.	Der Mindestabstand zur Wohnbebauung in anderen Bundesländern ist für die Regionalplanung nicht von Belang. Die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände liegen über den gesetzlich geforderten Werten und sind ausreichend, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P083.06	SO 30 / Z	- Es gibt bereits so viele Windkraftanlagen in unserem schönen Cuxland – bald ist nirgends mehr ein freier Blick auf den Horizont sichtbar.....	Es wurden wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.01	SO 31	Sehr geehrte Damen und Herren, wir sprechen uns gegen das im Entwurf der RROP 2015 vorgeschlagene Vorranggebiet für Windenergie Nr. 31 Osten-Isensee aus und nehmen hierzu wie folgt Stellung: <u>Die Fläche Nr. 31 Osten-Isensee ist für Windenergienutzung ungeeignet und unzulässig.</u>	Aus Sicht des Landkreises ist der Standort Osten-Isensee für eine Windenergienutzung geeignet. Die Herleitung des Standortes wurde in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.02	SO 31	Begründung: 1. Bereits das im RROP 2014 vorgeschlagene Vorranggebiet Osten-Isensee überlappte sich mit einem Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft (im selben RROP!). Die neue, separate Ergänzungsfläche im Nordwesten liegt nunmehr vollends in diesem Vorbehaltsgebiet und ist mit einem solchen unvereinbar.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.03	SO 31	2. Wie bereits im gesamten Vorranggebiet und dessen Umfeld brüten und rasten zahlreiche geschützte und/oder besonders wertvolle Vogelarten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Potenzialflächen 008 und 122 gehören zu einem Gastvogellebensraum mit potenzieller Bedeutung. - Es liegen keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.04	SO 31	Für die Gesamtfläche des Vorranggebietes wird auf die Ausführungen und Auflistungen der Anwohner Miller und Horeis, sowie des Anwalts der Gemeinde Osten, Gellermann, verwiesen.	Die angesprochenen Stellungnahmen werden an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P084.05	SO 31	Für die neue nordwestliche Ergänzungsfläche wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass diese sich ausschließlich in dem örtlich am tiefsten gelegenen Gebiet mit wiederum ausschließlich Grün- und Weideland befindet. Auf diesen extensiv genutzten Flächen sind zwischen April und Juni 2015 Vogelarten wie Kiebitz, Kranich, Weißstorch, Kornweihe, Bekassine, Mäusebussard beobachtet worden (z. T. Brutplatz, z. T. Rastplatz; nähere Standortangaben gern auf Wunsch bzw. im weiteren Verfahren).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen des Kiebitzes und des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen. - Eine Konkretisierung, ob es sich um Brutnachweise, Brutverdachte, Brutzeitfeststellungen, Durchzügler, Brutzeitgäste oder Gastvögel handelt, wäre hilfreich.	Teilweise zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P084.06	SO 31	3. Die Vorrangfläche Osten-Isensee liegt inmitten von Siedlungsgebiet und ist von vier Ostener Ortsteilen mit siedlungsähnlichem Charakter in Form von Streusiedlungen, Straßendörfern, Siedlungssplittern (in zwei Fällen mit über zehn Häusern pro Ortsteil) umgeben. Aus diesem Grunde ist ein Mindestabstand von 420/500 Meter nicht ausreichend.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuften Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.07	SO 31	Die noch im RROP 2010 durch den Landkreis verwendete Dreiteilung der Siedlungskategorien (Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen) kann nicht lapidar durch die neue, erstmals 2014 angewandte Zweiteilung in nur noch Ortslagen und sonstigen wohnbauliche Nutzung ersetzt werden.	Die Entscheidung wie die Siedlungsgebiete eingestuft werden obliegt dem Landkreis. Es gibt keine rechtlichen Vorgaben für ein bestimmtes Vorgehen. Die Unterscheidung in Ortslagen bzw. sonstige wohnbauliche Nutzungen wird in der Begründung dargelegt. Eine wie vom Einwender dargestellte Dreiteilung hat es weder im Entwurf 2010, noch im RROP 2012 gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.08	SO 31	Siedlungsgeographische Fachuntersuchungen im weiteren Verfahren werden zweifelsfrei zu dem Ergebnis kommen, dass die genannten Ortsteile den sogenannten Ortslagen nahe kommen. Ohnehin wäre der im RROP-Entwurf gewählte Begriff einer „Ortslage“ vertieft zu überprüfen.	Vergleich Stellungnahmen P084.06 und P84.07	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.09	SO 31	Die in der Erläuterung/Begründung behauptete Abstimmung mit den Gemeinden über Siedlungsstrukturen ggf. auch außerhalb von „Ortslagen“ ist unseres Wissens zumindest im Falle der Gemeinde Osten nicht erfolgt. Ganz im Gegenteil verweist auch die Gemeinde Osten in ihrer Stellungnahme zum RROP 2014 und erneut in der veröffentlichten, anwaltlichen Stellungnahme zum RROP 2015 ausdrücklich auf den besonderen Siedlungscharakter der Ostener Ortsteile auch außerhalb der Hauptortschaft.	Die Abstimmung erfolgte mit der Samtgemeinde Hemmoor, die für die Flächennutzungspläne auf dem Gebiet der Samtgemeinde zuständig ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.10	SO 31	Im übrigen bekräftigen wir unsere Stellungnahme zum RROP 2014 vom 13.08.2014 und die dort aufgeführten, weiteren Hinderungsgründe, beispielsweise den Bürgerentscheid in Osten, die Schwebefähre Osten sowie die Wertminderung von Eigentum im Umfeld der Fläche.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.11	SO 31	Zum letztgenannten Aspekt weisen wir erneut darauf hin, dass wir mit einer Baugenehmigung Ihres Amtes in den Jahren 2006/2007 eine erhebliche Geldsumme in den Ersatzbau/Neubau des seit 1992 in unserem Eigentum befindlichen Wohnhauses investiert haben. Die vorgeschlagene Windenergiefläche in nur 500 m Abstand macht einen Verbleib so unzumutbar und gesundheitlich bedenklich, dass wir gezwungenermaßen einen Umzug erwägen müssten.	Durch die Mindestabstände wird ein Schutz der Bevölkerung gewährleistet. Zudem müssen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen Gutachten vorgelegt werden, dass von den Anlagen keine schädlichen Umwelteinflüsse ausgehen. Sofern subjektiv dennoch eine Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen wahrgenommen wird, kann dies nicht als objektiver Belang in die Planung einfließen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P084.12	SO 31	Da eine Veräußerung des Objekts in Folge der stark belastenden Faktoren durch die Windenergieanlagen nur erheblich unter Wert möglich wären, würden wir den entsprechende Wertminderung bei den Verursachern der eingetretenen Entwicklung (Anlagenbetreiber, Planungsbehörde, Grundeigentümer der Anlagenstandorte) geltend machen. Urteile in vergleichbaren Fällen aus anderen Regionen Deutschlands lassen entsprechende Klagen, die auch aus unserer Nachbarschaft in größerer Zahl zu erwarten sind, als durchaus erfolgversprechend erscheinen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.13	SO 31	Abschließend wird auf das rechtlich nicht bestehende Erfordernis einer Wiederaufnahme der Vorrangfläche Ostensee in das RROP in Folge des Lüneburger OVG-Urteils zur Normenkontrollklage verwiesen. Verwaltung und Politik des Landkreises sind hierdurch nicht gebunden, sondern müssen lediglich eine fehlerhafte Abwägung vornehmen. Eine solche ist mit dem vorliegenden Entwurf 2015 wiederum nicht erfolgt, welches Anlass für eine erneute Klage geben kann.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden. Zudem können nur öffentliche Belange zu einer Herausnahme einer Fläche führen.	Nicht zu berücksichtigen.
P084	P084.14	SO 31	Im übrigen vermissen wir ohnehin eine ordnungsgemäße Abwägung unserer Einwände vom 13.08.2014. Soweit wir bisher feststellen können, sind diese lediglich den RROP 2014 angefügt worden (in einer sich nicht erschließenden Systematik). Sollte die Einzelabwägung unserer Hinweise und Bedenken an anderer Stelle erfolgt sein, bitten wir um Benennung der Fundstelle.	Die Synopse zu den Einwendungen zum Entwurf 2014 wird im Vorfeld der Erörterungstermine veröffentlicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.01	SO 09	Ich bin mit meiner Tochter XYZ [Name zensiert] Eigentümer des mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstücks XYZ [Adresse zensiert], in 21787 Oberndorf/Oste. 1. Ich erhebe für mich und meine Tochter als Betroffene Einwendungen gegen den Entwurf der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 für den Landkreis Cuxhaven (Teilabschnitt Windenergie 2015), insbesondere die beabsichtigte Ausweisung des Standorts SO 09, Geversdorf-Oberndorf.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P085	P085.02	SO 09	2. Ich beziehe mich zunächst zur Begründung auf die Ihnen schon vorliegenden Einwendungen durch: - Die Eheleute XYZ [Name zensiert], XYZ [Adresse zensiert], 21784 Geversdorf (Schreiben v.17.08.2015). - Die Eheleute XYZ [Name zensiert], XYZ [Adresse zensiert], 21787 Oberndorf/Oste.	Die angesprochenen Stellungnahmen werden an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.03	SO 09	3. Ergänzend werden folgende Einwendungen erhoben: 3.1. Das RROP 2015 würde gegen die Ziele des ROG und NROG verstoßen. Ziele der Raumordnung sind gemäß § 2 Abs. 1 ROG ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovation sind zu unterstützen. Entwicklungspotenziale sind zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Demographischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie anderen strukturverändernden Herausforderungen ist Rechnung zu tragen, auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung. Auf einen Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen ist hinzuwirken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P085	P085.04	SO 09	Es ist bekannt, dass im Landkreis, insbesondere aber in der betroffenen Region des Landkreises, somit auch in der Gesamtgemeinde am Dobrock (hier insbesondere in den Gemeinden Geversdorf und Oberndorf) seit langer Zeit ein Bevölkerungsrückgang festzustellen ist, der Folge eines in der Region mangelnden Wirtschaftswachstums ist. Der geplante Großwindpark (mit dem Windpark auf dem Gebiet des Landkreises Stade) würde keinen einzigen neuen Arbeitsplatz im Einzugsgebiet des Windparks bzw. im Gemeindegebiet schaffen.	Wanderungsmotive sind höchst vielfältig. Untersuchungen zufolge sind die Hauptmotive für einen Umzug jedoch der Arbeitsplatz, die Infrastruktur (gerade für junge Familien), sowie das soziale Umfeld. Hinweise, dass in der Nähe von Windparks eine erhöhte Abwanderung festzustellen ist, gibt es nicht. Ob durch Windenergieanlagen neue Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden, ist für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Belang. Die Energiewende ist gesellschaftlich gewollt und wurde politisch beschlossen. Als besonders windhöffiger Landkreis leistet der Landkreis Cuxhaven einen wesentlichen Beitrag hierzu.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.05	SO 09	Sicher ist jedoch, dass die Industrieanlage eine Entwicklung des Tourismus und Fremdenverkehrs im Bereich der von Naturschönheiten geprägten Osteniederung massiv behindern und absehbar zu einem wirtschaftlichen Niedergang dieses Erwerbszweigs mit Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.06	SO 09	Weitere Folge der Errichtung des Großwindparks würde sein, dass im näheren und weiteren Umfeld der gigantischen Windenergieanlagen die Grundstückspreise massiv sinken. Die damit einhergehende faktische Enteignung eines erheblichen Bevölkerungskreises dürfte die Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages erreichen. Bei nicht wenigen Grundstückseigentümern würde der Schaden eine sechsstellige Höhe erreichen. Auch wenn dies kein entschädigungspflichtiger enteignungsgleicher Eingriff im Rechtssinne sein sollte (was angesichts der Gigantomanie der bekannten Planungen keineswegs sicher ist), so ist dies doch ein erheblicher Eingriff in die ökonomische/soziale Lage der Betroffenen. Schon jetzt sind die Grundstückspreise für bebaute Grundstücke in der Region recht niedrig. Immobilienbesitz ist jedoch bekanntlich der beste Schutz vor Altersarmut, da die Renten häufig nicht für ein auskömmliches Leben im Alter reichen. Angesichts der demografischen Entwicklung werden die Renten mit Sicherheit in den kommenden Jahrzehnten stark sinken. Neben den Renten werden eigene Wohnimmobilien zunehmend der zweite Grundpfeiler des sozialen Schutzes der Bevölkerung vor Armut werden müssen. Dies gilt insbesondere für eine älter werdende Gesellschaft. Gerade ältere Leute im ländlichen Raum sind häufig darauf angewiesen, ihre Immobilie zu veräußern oder zu vermieten und in ein regionales Zentrum umzuziehen, sobald sie physisch nicht mehr in der Lage sind, sich wegen der weiten Wege weiter selbst zu versorgen und am sozialen Leben teilzunehmen. Bei Errichtung des Großwindparks würde diese Möglichkeit wegen gesunkener Immobilienpreise (sofern sich überhaupt ein Käufer findet) oder Unvermietbarkeit der Immobilie nicht mehr bestehen bzw. erheblich beeinträchtigt werden. Diese nachteiligen ökonomischen/sozialen Nachteile für die Bevölkerung werden in der Planung nicht einmal ansatzweise berücksichtigt, obwohl dies gemäß § 2 ROG zu den wesentlichen Zielen der Raumplanung gehört.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.07	SO 09	Darüber hinaus würde der monströse Großwindpark weitere unerwünschte Folgen für die in seinem Einzugsgebiet betroffenen Gemeinden und deren Einwohner haben. Es ist absehbar, dass die Tendenz zur Abwanderung sich verstärken würde.	Wanderungsmotive sind höchst vielfältig. Untersuchungen zufolge sind die Hauptmotive für einen Umzug jedoch der Arbeitsplatz, die Infrastruktur (gerade für junge Familien), sowie das soziale Umfeld. Untersuchungen, dass in der Nähe von Windparks eine erhöhte Abwanderung festzustellen ist, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.08	SO 09	Als weitere Folge würde der Wohnimmobilienbau zurückgehen mit nachteiligen Auswirkungen auf Handwerk und Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Gerade diese Erwerbszweige sind jedoch im ländlichen Raum im Hinblick auf die Arbeitsplätze von erheblicher Bedeutung.	Mögliche, nicht prognostizierbare, Auswirkungen von Windparks können nicht objektiv als Belang in eine Planung eingestellt werden. Bereits seit den 90er Jahren werden im Landkreis Cuxhaven Windenergieanlagen errichtet. Bislang haben die Gemeinden im Landkreis stets von der Entwicklung profitiert, es gibt keine Gemeinde im Landkreis Cuxhaven, die durch einen Windpark negative wirtschaftliche Entwicklungen hinnehmen musste.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.09	SO 09	Weitere Folge wäre dann auch noch ein Rückgang der Steuereinnahmen, insbesondere Gewerbesteuererinnahmen.	Siehe Stellungnahme P085.08	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.10	SO 09	Von erheblicher Bedeutung ist auch, dass die betroffenen Gemeinden keine wirtschaftlichen Vorteile durch Gewerbesteuereinnahmen aufgrund der Errichtung der industriellen Windenergieanlagen einplanen können. Windparks werden ausnahmslos mit Krediten finanziert. Folge ist, dass wegen der regelmäßig langen Laufzeit der Kredite während des Tilgungs- und Zinszeitraums keine Gewinne anfallen. Die Gewerbesteuer ist eine Gewinnsteuer. Die Gesamtgemeinde Am Dobrock bzw. die zu ihr gehörenden Gemeinden können daher absehbar für viele Jahre (die Regel sind zehn Jahre) nicht mit Gewerbesteuereinnahmen rechnen. Aber selbst wenn Gewerbesteuern anfallen würden, so würden die Gemeinden nur einen Bruchteil der Steuer erhalten, da die Betreiber ihren Sitz nicht im Gemeindegebiet haben, sondern (wohl derzeit) in Cuxhaven (§ 29 GewStG).	Selbst wenn, wie vom Einwender unterstellt, in den ersten zehn Jahren keine Gewerbesteuereinnahmen anfallen würden, würden bei einer Laufzeit von rund 20 Jahren in den nächsten 10 Jahren dafür umso mehr Gewerbesteuern anfallen. Die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden sind allerdings für die Regionalplanung nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.11	SO 09	Die wirtschaftlichen Nachteile durch die industrielle Windstrom-Produktionsanlage hätten die Gemeinden jedoch in voller Höhe zu tragen. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass die Gemeindestraßen, Brücken und Wege nicht dafür ausgelegt sind, den zu erwartenden Baustellenverkehr und die Schwertransporte schadlos zu überstehen. Die Kosten für die Reparatur und Neuherstellung werden die Gemeinden jedoch schon während der Bauphase treffen, was durch Gewerbesteuereinnahmen mit Sicherheit nicht kompensiert werden kann. Auch das wäre ein erheblicher wirtschaftlicher Nachteil für die Samtgemeinde Am Dobrock.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.12	SO 09	Nach § 2 ROG sind darüber hinaus ländliche Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehört auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Die prägende Vielfalt des Gesamttraums und seiner Teilräume ist zu sichern. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Städte und ländliche Räume auch künftig ihre vielfältigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen können.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P085	P085.13	SO 09	Die vorstehend aufgeführten Ziele des Gesetzes werden ebenfalls nicht bzw. nicht ausreichend von der Planung berücksichtigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass das betroffene Gebiet an der Oste eine Erholungsfunktion mit erheblichem weiterem Entwicklungspotenzial hat. Dies ist angesichts einer Bevölkerung, die einem zunehmenden gesellschaftlichen Stress in der Arbeitswelt ausgesetzt ist, schon für sich genommen ein Ziel mit erheblichem Gewicht, das im RROP keine ausreichende Berücksichtigung findet. Gerade das Gebiet der Osteniederung (und Wingst) ist als Erholungsraum geradezu prädestiniert und könnten mit positiven Wirkungen für den Fremdenverkehr zweifellos noch weiter entwickelt werden. Diese Entwicklung würde durch die Errichtung des industriellen Großwindparks auf Dauer unterbunden werden.	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.14	SO 09	Eine intakte und attraktive Umwelt ist jedoch auch für das wirtschaftliche Entwicklungspotential einer Region von zunehmender Bedeutung. Insbesondere für hoch qualifizierte Arbeitnehmer spielen Umweltfaktoren im Wohn- und Arbeitsumfeld zunehmend eine Rolle und damit auch für die Ansiedlung und den Erhalt von Betrieben in der Region. Gerade für diese ist es sicher unattraktiv, sich im Bereich einer riesigen Industrieanlage und deren nachteiligen Immissionen anzusiedeln.	Der pauschalen Aussage, dass durch die Errichtung eines Windparks keine hochqualifizierten Arbeitnehmer mehr in dieser Region wohnen wollen kann nicht gefolgt werden. Dies kann nicht als Belang in die Planung eingestellt werden.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.15	SO 09	Zu berücksichtigen ist auch, dass die prägende Vielfalt des Gesamttraums schon durch die Vielzahl von Biogasanlagen und einer sich damit weiter ausbreitenden Monokultur der Maisanpflanzung beeinträchtigt ist. Diese Verödung würde auf dem Gebiet der Gesamtgemeinde Am Dobrock durch den industriellen Windpark ganz erheblich weiter verstärkt und zementiert werden. Es bestehen jedenfalls Zweifel daran, dass es den Zielen der Raumplanung entspricht, das von schützenswerter Natur und Landwirtschaft sowie mittelständischem Gewerbe geprägte Gemeindegebiet in eine öde Fläche mit Energieproduktionsanlagen durch planerischen Zwang umzuprägen. Diesseits wird vielmehr davon ausgegangen, dass die regionale Raumordnung als letztes Ziel das Wohl der Bevölkerung und nicht das Gewinnstreben einiger Weniger zu Lasten der Bevölkerung, Natur und Umwelt zu verfolgen hat.	Die Errichtung von Biogasanlagen und die damit aus Sicht des Einwenders verbundenen negativen Auswirkungen sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Durch die Übernahme des bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Geversdorf-Oberndorf entsteht keine Verödung. Die Belange von Natur und Landschaft werden durch das Planungskonzept berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.16	SO 09	Daher ist auch nach § 2 Abs. 2 NROG die Siedlungs- und Freiraumstruktur so zu entwickeln, dass die Eigenart des Landes, seiner Teilräume, Städte und Dörfer erhalten wird. Die nicht rückgängig zu machende rücksichts- und maßlose großräumige Umstrukturierung des ländlichen Raumes allein im Interesse der Gewinnmaximierung einiger weniger zu Lasten vieler (angesichts der exorbitanten EEG-Umlage sogar der Gesamtbevölkerung Deutschlands) ist danach sicher nicht gesetzgeberisches Ziel der Raumordnung.	Ein Windpark verstößt nicht gegen die Ziele in § 2 Abs. 2 NROG. Mit dieser Argumentation könnte in ganz Niedersachsen kein einziger Windpark mehr errichtet werden. Die Eigenart des Landes, seiner Teilräume, Städte und Dörfer wird auch bei einem Windpark erhalten. Im Übrigen steht die politisch beschlossene und gesellschaftlich gewollte Energiewende im Mittelpunkt, nicht das Interesse von Investoren.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.17	SO 09	Nach § 2 ROG sind vielmehr die Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung langfristig offenzuhalten. Wenn das Gemeindegebiet durch die industriellen Windproduktionsanlagen (und die Biogasproduktion sowie die dazu gehörende Mais-Monokultur) auf Jahrzehnte gravierend umgeprägt wird, wird eine gestalterische Raumnutzung gerade nicht langfristig offen gehalten, sondern blockiert. Der § 2 ROG verlangt dagegen, dass der Raum im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln ist. Diese Ziele der Raumordnung würden durch den industriellen Großwindpark nicht nur verfehlt, sondern für die nächsten Jahrzehnte verhindert.	Ein Windpark verstößt nicht gegen die Ziele in § 2 NROG. Durch Planungen in Freiräumen, ob durch Windparks oder Siedlungsentwicklung, wird immer eine Umnutzung verursacht und Gestaltungsmöglichkeiten aufgegeben. Die Planung entscheidet sich jedoch gerade dafür, dass ein Gebiet auf eine bestimmte Weise genutzt werden soll.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.18	SO 09	Insbesondere auch die Bedenken wegen der Missachtung des ökologischen Wertes der Landschaft, Flora und Fauna durch das RROP bestehen weiterhin.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")].	Kenntnisnahme.
P085	P085.19	SO 09	Der § 2 ROG verlangt wirtschaftliche und soziale Nutzungen des Raums unter Berücksichtigung seiner ökologischen Funktionen zu gestalten; dabei sind Naturgüter sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen, Grundwasservorkommen sind zu schützen. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten. Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P085	P085.20	SO 09	Hierzu zunächst folgendes: Die Vorstellung, dass ein Eingriff in die Natur sinnvoll kompensiert werden kann, ist objektiv unzutreffend und eine gesetzgeberische Fiktion. Diese findet zumindest dann eine Grenze, wenn die Ersatzmaßnahme lediglich Feigenblattfunktion hat.	Die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.21	SO 09	3.2. Das Ziel des RROP 2015 soll vermutlich die Anpassung an die aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und OVG Lüneburg sein. Dieses Ziel wird durch den Entwurf nicht erreicht. Der transparente Abwägungsprozess bei der Festlegung der „harten und weichen Tabuzonen“ hat dabei eine überragende Bedeutung, ebenso der Nachweis, der Windenergienutzung „substanziell Raum zu verschaffen“.	Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen wurde in der Begründung transparent dargelegt. Der Nachweis, dass der Windenergienutzung substanziell Raum verschafft wird, wurde umfassend vorgelegt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.22	SO 09	Nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB können privilegierte Vorhaben (Windparks) an bestimmten Stellen im Planungsraum ausgeschlossen werden, wenn ihnen an anderer Stelle „substanziell Raum verschafft“ wird. Nach obergerichtlicher Rechtsprechung gelten 0,5 bis 1,2 % der Fläche für Windenergieanlagen an der Gesamtfläche des Planungsraums als ausreichender Anteil. Das LROP hatte vom LK Cuxhaven gefordert, 300 MW vorzuhalten. Schon vor Inkrafttreten des - bekanntlich gescheiterten - RROP 2012 waren bereits 450 MW installiert, weitere sind hinzugekommen. Es ist davon auszugehen, dass alleine durch das geplante Repowering an vorhandenen Standorten, ohne die Ausweisung neuer Vorranggebiete, der Windenergie im LK Cuxhaven in einem mehr als ausreichenden Maß substanziell Raum verschafft wird. Von einer „Verhinderungsplanung“ kann nicht die Rede sein.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass im gesamten Landkreis im Außenbereich unkontrolliert Windenergieanlagen entstehen könnten.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.23	SO 09	Aber auch flächenmäßig übertrifft der bereits gesicherte Teil der Windenergie schon den die vom Windenergieerlass des Landes Niedersachsen für den Landkreis Cuxhaven als Orientierungswert vorgegebene Fläche.	Eine Überschreitung von vorgegebenen Werten ist nicht schädlich.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.24	SO 09	Der Anteil der installierten Gesamtleistung im Land Niedersachsen übertrifft die in anderen Bundesländern installierte Leistung bei weitem und teilweise um ein mehrfaches.	Als Bundesland, das an die Nordsee grenzt, ist es natürlich selbstverständlich, dass Niedersachsen mehr Windenergie produziert, als andere Bundesländer.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.25	SO 09	Der Entwurf erkennt, dass die im Abwägungsprozess zu berücksichtigenden, der Windenergienutzung widerstehenden Interessen zunehmendes Gewicht erhalten. Dies muss man sich wie eine Waage vorstellen. Wenn der Windenergie – wie hier - schon substanziell Raum geschaffen worden ist bzw. sogar mehr als hierfür erforderlich Raum geschaffen worden ist reduziert oder entfällt das Interesse, der Windenergie substanziell Raum zu schaffen und widerstehenden Interessen, wie zum Beispiel der Naturschutz oder das Interesse der Bevölkerung an ungestörtem Wohnen etc., gewinnen zusätzlichen Raum.	Dies ist sachlich falsch. Die Prüfung, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wurde, stellt den letzten und abschließenden Schritt des Planungskonzeptes dar (vgl. S. 6 der Begründung). Bei der Abwägung der Potentialflächen kann somit nicht das Ergebnis des gesamten Planungskonzeptes vorweggenommen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.26	SO 09	Eine die dynamische Entwicklung der Windenergie in Zeit und Raum im Verhältnis zu den widerstehenden Interessen berücksichtigende Interessenabwägung ist dem Entwurf des RROP 2015 nicht zu entnehmen.	Die bei der Aufstellung des RROP vorgenommene Abwägung und das aufgestellte einheitliche Planungskonzept entsprechen den gesetzlichen Anforderungen und der Rechtsprechung.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.27	SO 09	Als weiteres Argument für die Ausweisung des Standorts Geversdorf-Oberndorf wird in dem RROP 2015 für die planerische Ausweisung angeführt, dass von Seiten des Investors erhebliche Kosten für Gutachten Untersuchung zum Standort aufgewendet wurden. Als weitere entscheidungserhebliche Kriterien werden das Interesse der Allgemeinheit an der Verwirklichung der Energiewende, das Interesse der Gemeinde an den wirtschaftlichen Vorteilen sowie die Interessen der Grundstückseigentümer und Investoren an der Entwicklung des Standortes angeführt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P085	P085.28	SO 09	Hierbei wird klar, dass entscheidende Grundlage der Entscheidung des Landkreises das Individualinteresse von Investoren ist. Es ist jedoch nicht zulässig, die Ausweisung von Vorrangflächen an das finanzielle Interesse irgendwelcher Investoren auszurichten.	Das Interesse der Investoren stellt lediglich einen von mehreren Belangen dar, die in die Abwägung eingestellt wurden. Alle öffentlichen und privaten belange wurden gerecht miteinander abgewogen.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.29	SO 09	Auch woher der Landkreis die Auffassung nimmt, dass die Allgemeinheit ein Interesse an der Verwirklichung der Energiewende habe, ist nicht nachvollziehbar. Folge der Energiewende ist vielmehr eine Instabilität der elektrischen Versorgungsnetze sowie eine exorbitante Steigerung der Kosten für elektrische Energie und den Netzausbau. Das ist allgemein bekannt.	Die Energiewende wurde gesellschaftlich eingefordert und vom Bundesgesetzgeber politisch beschlossen. Durch die bereits absehbare Abschaltung der Atomkraftwerke besteht ein allgemeines Interesse daran, durch Erneuerbare Energien zu einer stabilen Stromversorgung beizutragen.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.30	SO 09	Die Energiewende ist im Übrigen ein politischer Begriff bzw. manipulativer Kampfbegriff wirtschaftlich interessierter Kreise, der in einer in der Abwägung zur Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie nichts zu suchen hat.	Die Energiewende ist ein Begriff der von der Bundesregierung selbst entscheidend geprägt wurde. Selbstverständlich kann dieser Begriff in einer Abwägung genutzt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.31	SO 09	Ein Hohn ist, die Behauptung, die Interessen von Grundstückseigentümern sprächen für die Ausweisung des Standortes. Bis auf die Grundstückseigentümer, die durch die Verpachtung von Flächen an die Betreiber des geplanten Windparks ohne eigene wirtschaftliche Leistung reich werden, werden die betroffenen Grundstückseigentümer dagegen erheblich dadurch geschädigt, dass der Wert ihrer Grundstücke durch den Windpark ins Bodenlose sinken würden, wobei ihre Immobilien schon durch die derzeitige Planung erheblich an Wert verloren haben bzw. faktisch unverkäuflich sind.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.32	SO 09	3.2. Die im Entwurf des RROP vertretene Auffassung, ein Abstand von 1000 m sowohl zu Ortslagen und 500 m zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen würde die Windenergie erheblich einschränken und damit der vom Gesetzgeber vorgesehene Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich widersprechen, enthält einen gravierenden Abwägungsfehler.	Eine solche Auffassung wird im RROP Entwurf nicht vertreten. Würde eine solche Auffassung vertreten, könnte der Landkreis Cuxhaven die Mindestabstände von 500m und 1000m nicht durchsetzen, sondern müsste sie sogar verringern.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.33	SO 09	Denn im Landkreis Cuxhaven ist der Windenergie schon jetzt substantiell Raum geschaffen worden, sodass der Windenergie das gesetzgeberische Privileg schon verschafft worden ist.	Es ist nicht ersichtlich, wie der Einwender ohne jegliche Berechnung zu dem Ergebnis kommt, dass der Windenergie substantiell Raum geschaffen wird. Ein Verweis auf die Vorgabe von 300 MW im Landesraumordnungsprogramm ist hierbei nicht ausreichend, da das Land Niedersachsen mit diesem Wert nie die Schaffung von substantiellen Raum verbunden hat. Die Frage, ob der Windenergie substantiell Raum geschaffen wurde, kann erst als abschließender Schritt im Planungskonzept beantwortet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.34	SO 09	Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass in einigen Bundesländern größere Abstände von Ortslagen und wohnbaulichen Nutzungen eingehalten werden müssen, die keineswegs rechtswidrig sind, obwohl in diesen Bundesländern der Windenergie bisher weit weniger Raum geschaffen worden ist.	Die Mindestabstände zur Wohnbebauung in anderen Bundesländern sind nicht relevant.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.35	SO 09	Von der Bayerischen Regierung ist z.B. ein Abstand von 10H zu Ortslagen geplant, was bei den derzeitigen Höhen der Windenergieanlagen einen Abstand von mehr als 2 km bedeuten würde. Das beweist ist einmal mehr, dass in Bayern das Wohl der Bevölkerung der Regierung am Herzen liegt, im Landkreis Cuxhaven dagegen die Partikularinteressen der Windenergie-Seilschaft den Gang der Dinge bestimmt.	Die Abstände wurden nicht willkürlich festgelegt, sie entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Die angesprochene 10-H-Regelung, die in Bayern derzeit diskutiert wird, ist fachlich höchst umstritten. Mit den weichen Kriterien von 500 m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung sowie 1000 m zur Ortslage hat der Landkreis Cuxhaven angemessene Abstände angesetzt, die einerseits dem Anwohnerschutz und andererseits dem Ziel des Ausbaus der Windenergie nutzen. Im Übrigen ist vorgesehen, dass auch die Flügelspitzen innerhalb der ausgewiesenen Flächen liegen müssen. Diese Regelung geht weiter als die bisherige Praxis und führt ebenfalls zu einem Anwohnerschutz.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.36	SO 09	Unberücksichtigt in dem Entwurf des RROP 2015 bleibt auch, dass es im vorliegenden Fall nicht um eine einzelne Windenergieanlage geht.	Das es nicht um einzelne Windenergieanlagen, sondern Windparkstandorte von mindestens drei Anlagen, deshalb auch die Mindestgröße von 19ha, geht, ergibt sich aus dem RROP. Dies ist jedoch für das einheitliche Planungskonzept nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085	P085.37	SO 09	Eine einzelne Windenergieanlage hat zweifellos nicht die erdrückende Wirkung, wie ein riesiger Windpark. Selbst wenn ein Abstand einer einzelnen Windenergieanlage von 1000 m zu Ortslagen bzw. 500 m zu sonstiger Wohnbebauung noch keine erdrückende Wirkung hätte (was bei über 200 m hohen Windenergieanlagen zweifellos nicht der Fall sein dürfte), so sind entsprechende Abstände zu den Grenzen eines riesigen Windparks sicher zu gering, da die erdrückende Wirkung eines Windparks die einer einzelnen Anlage weit übertrifft. Dieser Gesichtspunkt spielt offensichtlich bei dem Abwägungsprozess des Landkreises keine Rolle.	Die optisch bedrängende Wirkung von Windenergieanlagen steht in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Gebot der Rücksichtnahme in § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. In der Rechtsprechung wird dabei im Einzelfall geprüft, ob von einer Windenergieanlagen eine optisch bedrängende Wirkung ausgeht. Es geht dabei nicht um mehrere Windenergieanlagen oder gar einen Windpark, sondern immer um den Einzelfall einer Anlage. Eine optisch bedrängende Wirkung eines Windparks gibt es rechtlich nicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.38	SO 09	Es muss jedoch gelten: je größer die Anzahl von Windenergieanlagen ist, desto größer muss auch der Abstand der von diesen Anlagen besetzten Fläche von jeglicher Wohnbebauung sein, um eine erdrückende optische Wirkung zu vermeiden bzw. zumindest zu reduzieren. Hierbei handelt es sich um eine Selbstverständlichkeit, die aber offensichtlich vom Landkreis nicht erkannt worden ist.	Siehe Stellungnahme P085.37	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.39	SO 09	Um das Problem zu verdeutlichen ein Beispiel aus der deutschen Geschichte. 10 m der Mauer, die die Bundesrepublik von der DDR trennten, hätten zweifellos keine erdrückende Wirkung in Ost wie West gehabt. Die Mauer, die jedoch die beiden Teile Deutschlands auf der gesamten Grenzlänge geteilt hatte, hatte zweifellos eine be- und erdrückende Wirkung.	Siehe Stellungnahme P085.37	Nicht zu berücksichtigen.
P085	P085.40	SO 09	Die erdrückende Wirkung eines riesigen Windparks ist so auch nicht nur optischer Natur, sondern hat auch eine psychische Wirkung sie ist somit nicht nur erdrückend, sondern auch bedrückend. Oder um drastisch zu formulieren. Ein riesiger Windpark mit über 200 m hohen Windenergieanlagen ist geeignet, eine terrorisierende Wirkung auf die im angrenzenden Wohnumfeld lebenden Menschen zu entfalten. Auch dies spielt offensichtlich für den Abwägungsprozess des Landkreises keinerlei Rolle. Und so werden die Interessen der Bevölkerung den Profitinteressen weniger geopfert.	Der vom Landkreis Cuxhaven festgelegte Mindestabstand liegt über den gesetzlich vorgegebenen Werten. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz muss der Vorhabensträger mittels Gutachten nachweisen, dass durch die Windenergieanlagen keine schädlichen Umwelteinflüsse entstehen. Der Schutz der Bevölkerung wird gewährleistet. Das subjektive Empfinden einer "terrorisierenden Wirkung" von Windenergieanlagen kann nicht als objektiver Belang in die Planung eingestellt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.01	SO 30	hiermit möchten wir auf unsere Sorgen und Bedenken hinweisen, die im Zusammenhang mit dem oben genannten Windpark auftreten. Meiner Meinung nach haben sich viele Bürger/Bürgerinnen bei der Abstimmung im Jahr 2010 für oder gegen den Windpark durch den „Informationsbrief“ von der Grundstückseigentümer-Gemeinschaft beeinflussen lassen. In diesem „Informationsbrief“ wird der Kindergarten genannt, der evtl. auch an der „Spendenausschüttung“ teilhaben sollte, was rechtlich gar nicht möglich ist weil der Kindergarten zur Gemeinde gehört. Außerdem wird über noch zu erwartende Arbeitsplätze geschrieben. Wer aus unserer Gemeinde hat denn Arbeitsplätze zu erwarten? Des Weiteren wurde eine hohe Summe als finanzielle Unterstützung der Vereine und Verbände in Aussicht gestellt:	Dies ist für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Belang. Es wurde ein einheitliches Planungskonzept mit objektiven Kriterien erstellt. Inwieweit lokal für bzw. gegen einen Windpark geworben wird, ist für das Planungskonzept nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.02	SO 30	Daraufhin war die Abstimmung dann 92 zu 62 Stimmen für den Windpark. Das sind ca. 60% zu 40 % was sehr knapp ist. Wenn man bedenkt das seinerzeit in Armstorf über 80% dafür waren und der Windpark dennoch abgelehnt wurde.	Siehe Stellungnahme P086.01	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.03	SO 30	Mittlerweile habe ich den Eindruck das mehrere Einwohner die erst dafür gestimmt haben jetzt anders darüber denken, nachdem scheinbar immer neue negative Details von den Betreibern durchsickern.	Siehe Stellungnahme P086.01	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.04	SO 30	Vor allen Dingen jetzt nachdem in Meckelstedt die ersten Anlagen der in Stinstedt geplanten Höhe von 186 Metern und damit die wahren Ausmaße zu sehen sind! Bei der Abstimmung 2010 sind die meisten davon ausgegangen das die Höhe der Anlagen dieselben wie im Windpark Lamstedt/Mittelstenahe sind. Da in der Börde Lamstedt nur bis 100 Meter hohe Anlagen zulässig sind.	Siehe Stellungnahme P086.01	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P086	P086.05	SO 30	Auf der Bürgerversammlung in Stinstedt habe ich gefragt: Ab wann, wie viel und wie lange die Zahlungen zu erwarten sind? Und ob es dokumentiert ist und man den Vertrag nachlesen kann? Die Antwort vom Sprecherrat des geplanten Windparks lautete : „Die Abgaben an die Vereine sei freiwillig von den Landeigentümern festgelegt, die aber jederzeit geändert werden können Die Verträge können nicht eingesehen werden“ Das heißt ifir mich die Zahlungen können auch jederzeit ganz eingestellt werden!!	Siehe Stellungnahme P086.01	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.06	SO 30	Sorgen machen wir uns auch über den Schwerlastverkehr der monatelang ausschließlich durch Stinstedt rollt. Außerdem ist die K34 zwischen Stinstedt und Mittelstenahe gerade aufwendig erneuert worden. Die Gefahren flur die Kinder in Stinstedt sind sehr groß. Der Schwerlasttransport würde direkt durch den Ortskern in Stinstedt führen. Hier befindet sich auch unser Kindergarten mit Spielplatz, und auch der Sportplatz wo regelmäßig Spielbetrieb mit Jugendmannschaften stattfindet. Da kommt es öfter vor das Bälle auf die Straße rollen.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.07	SO 30	Wir sind direkt betroffen da wir an der Hauptstraße wohnen, und unsere zwei Kinder jeden Tag den Weg entlang der Straße zur Bushaltestelle zurücklegen und sie dann überqueren müssen, was bei erhöhtem Verkehrsaufkommen dann sehr gefährlich ist! Die große Kreuzung im Ort müssen täglich auch die kleinsten Kinder überqueren. Sei es zum Schulbus oder zum Kindergarten. Jeweils morgens und mittags!	Die Schwertransporte der Bauteile einer Windenergieanlage werden eng in Abstimmung mit den Straßenverkehrsbehörden vorgenommen und geschehen in der Regel Nachts, um Beeinträchtigungen zu minimieren. Durch den Bau von Zuwegen bzw. den Windenergieanlagen selbst entsteht im Vergleich zu anderen Baumaßnahmen kein dauerhaft höheres Verkehrsaufkommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.08	SO 30	Außerdem sind die Schäden für Straßen und Wege gar nicht abzusehen. Die Betreiber teilten mündlich mit das die entstandenen Schäden geprüft und entschieden wird ob ihre Baufahrzeuge Verursacher sind und kommen dann für die Schäden auf oder bringen es selbst in Ordnung. Wenn die Betreiber meinen die Schäden haben ihre Fahrzeuge nicht verursacht dann kommen erhebliche Kosten auf die Gemeinde zu!	Siehe Stellungnahme P086.06	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.09	SO 30	Des weiteren können wir nicht nachvollziehen wie man einen Windpark so nah an ein seit Jahren intaktes Naturschutzgebiet planen kann.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P086	P086.10	SO 30	Auch das extra renaturierte Seegebiet in Stinstedt ist nur 2,5 Kilometer entfernt, und mittlerweile für seine Artenvielfalt bekannt.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Der Abstand zwischen der Potenzialfläche 053 und dem Bereich Stinstedter See beträgt etwa 2,0 bis 2,1 km.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.11	SO 30	Auch die Population der Zugvögel die sehr wohl vorhanden sind, wurde anscheinend nicht berücksichtigt.Wie kann man, gerade in der heutigen Zeit so mit der Natur umgehen?	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Zu den Zugvögeln liegen keine Daten vor.	Kenntnisnahme.
P086	P086.12	SO 30	Wenn der Windpark wirklich realisiert wird, bedeutet das erheblichen Lärm flur die heimische Tierwelt und die nahen Anwohner (monatelang rammen weil sich das Gebiet mitten im Moor befindet, Baufahrzeuge die ständig im Einsatz sind usw.)	Im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz muss der Vorhabensträger ein Lärmgutachten vorlegen. Negative Auswirkungen auf die Bevölkerung sind somit ausgeschlossen.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.13	SO 30	Einige direkte Anwohner wurden nicht informiert welche Ausmaße der geplante Wmdpark wirklich hat.	Eine solche Information ist nicht Aufgabe der Regionalplanung. Im RROP wird lediglich eine Fläche für ein Vorranggebiet festgelegt. Wie viele Anlagen bzw. wie hoch die Anlagen sind steht auf regionaler Ebene noch nicht fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.14	SO 30	Und vor allen Dingen das jetzt eine rote Dauerbefeuerung auf sie zukommt!	Die Befeuerung der Windenergieanlagen ist aus Gründen der Flugsicherheit notwendig. In diesem Fall ist das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl des Einzelnen zu stellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P086	P086.15	SO 30	Abschließend bitten wir die Verantwortlichen unsere Bedenken,bei Ihrer Entscheidung mit einfließen zu lassen und unsere Meinung zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P087	P087.01	SO 30	mit diesem Schreiben möchten wir linien unsere erheblichen Bedenken bezüglich der Umsetzung des oben genannten Windparks mitteilen und können nicht verstehen, dass in unmittelbarer Nähe zu einem eingetragenen Naturschutzprojekt ("Wildes Moor“) ein solches Projekt realisiert werden soll.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.02	SO 30	Welche enormen Eingriffe hier in der Natur stattfinden werden ( 8m Moor als Untergrund) steht in keinem Verhältnis zu einer „sauberen Energie“.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Nach der "Bodenkundlich-geologischen Karte der Marschengebiete 1:25.0000, Blatt 2319" liegt im Bereich der Potenzialfläche 053 eine Torfmächtigkeit von etwa 3 bis 5 m (Hochmoor auf Niedermoor) vor. Im westlichen Teil der Potenzialfläche liegt die Mächtigkeit eher bei 3 m, im östlichen Teil eher bei 5 m.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P087	P087.03	SO 30	Gäbe es hier nicht wesentlich geeignetere Standorte?	Aus naturschutzfachlicher Sicht ist der Standort Odisheim/Stinstedt geeignet.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.04	SO 30	Wie soll denn nach 20 Jahren der Boden wieder so hergestellt werden können, wie es vom Gesetzgeber gefordert wird? Ein Moor entwickelt sich doch erst über viele, viele Jahre.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.05	SO 30	Ein großes Problem sehen wir auch in den geplanten Höhen von 186m mit nächtlicher Dauerbeleuchtung. Durch bereits bestehende Windparks in Meckelstedt und Flügeln sind wir sehr schockiert über die Präsenz dieser Anlagen. Diese „Windriesen“ können nicht mehr durch Bäume und Hügel verdeckt werden. Überall blinkt und leuchtet es! Das ist für Mensch und Tier mehr als störend und der Begriff „Lichtverschmutzung“ dürfte Ihnen hierzu auch nicht fremd sein.	Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden keine Höhen festgelegt. Dies obliegt der Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung. Die Befeuierung der Windenergieanlagen ist aus Gründen der Flugsicherheit notwendig. In diesem Fall ist das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl des Einzelnen zu stellen.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.06	SO 30	Vom Infraschall ganz zu schweigen.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.07	SO 30	Das, was unsere Landschaft ausmacht, wird nach und nach für viele Jahre zerstört und wir befürchten durch die Zunahme dieser Windparks eine immer größere Landflucht. Es wäre doch wirklich schade, wenn wir Zustände wie in Ostdeutschland bekommen, wo immer mehr verwaiste und vergreiste Dörfer und Landstriche entstehen. Das dürfte auch nicht in Ihrem Sinne sein.	Wanderungsmotive sind höchst vielfältig. Untersuchungen zufolge sind die Hauptmotive für einen Umzug jedoch der Arbeitsplatz, die Infrastruktur (gerade für junge Familien), sowie das soziale Umfeld. Untersuchungen, dass in der Nähe von Windparks eine erhöhte Abwanderung festzustellen ist, liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.08	SO 30	Hinzu käme noch das enorme Verkehrsaufkommen in einer anstehenden Bauphase eines solchen Projektes. Die Baufahrzeuge (Schwerlasttransporte) könnten nur durch unsere Dorf geleitet werden. Hier haben wir berechnete Sorgen um unsere Kinder!	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P087	P087.09	SO 30	Auch Häuser und Straßen werden das nicht ohne Schäden überstehen. Die Kreisstraße wurde doch erst in diesem Jahr für viel Geld erneuert. Wer kommt dafür auf?	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P087	P087.10	SO 30	Zusammenfassend sind also noch viele Fragen offen! Wir hoffen daher auf eine vernünftige Entscheidung, die uns zeigt, dass Sie unsere Ängste und Sorgen Ernst nehmen! Wir bitten um eine schriftliche Stellungnahme Ihrerseits.	Alle eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf 2015 werden ausgewertet und soweit relevant berücksichtigt. Eine schriftliche Stellungnahme zu den eingegangenen Stellungnahmen wird es seitens des Landkreises nicht gegeben. Es wird jedoch einen Erörterungstermin für die privaten Einwender geben und die Synopse der Einwendungen und der Auswertungen wird veröffentlicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P088	P088.01	A	Als Grundstückseigentümer im Windpark Heerstedt-Lohe biete ich Ihnen für Repowering, Kompensationsmaßnahmen eine Fläche in der Groveniederung neben dem Silbersee an der Straße Lohe — Wehdel von ca. 7,5 ha - Beverstedt-Wollingst Flur 1 Flurstück 2 / 1 - Beverstedt-Wollingst Flur 1 Flurstück 2 / 2 zum Kauf bzw. auch teilweisen Kauf an.	Kenntnisnahme. Die Kompensation wird auf Ebene des RROP nicht geregelt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P089	P089.01	SO 30	hiermit zeige ich zu dem geplanten Windpark in Stinstedt / Odisheim (Sank Jost) Aufgrund meiner neuen Erkenntnisse an - da die Kreisstraße von Mittelstenahe nach Stinstedt gerade erneuert worden ist und ein Teil der Strecke auf moorigen bzw. nicht gutem tragfähigen Untergrund für die mehreren 1000 t an Baumaterial ausgelegt ist, um den Windmühlenpark zu bauen, habe ich meine Bedenken . Ich meine "unsrere" neue Infrastruktur sei mit besonderem Auge zu schützen. Die Kreisstraße von Stinstedt nach Odisheim (Sank Jost) ist jetzt schon in einem sehr schlechtem Zustand. Da der Landkreis Cuxhaven zur Zeit nicht gerade im Geld schwimmt, sollte man auch diese schlechte Strasse vor diesen gewaltigen Baumaterialientornagen schützen. Es ist schließlich eine 12 Tonnen Strasse.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P089	P089.02	SO 30	- des Weiteren habe ich meine Bedenken, dass in einem Moorgebiet ein Windpark gebaut werden soll. Das Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg will das Moor wieder vernässen bzw. als Speicher verwenden und in Stinstedt/Odisheim soll jetzt vom Landkreis Cuxhaven ein Windpark entstehen. Meiner Ansicht nach paßt das irgendwie nicht ganz zusammen. Sprechen sie nicht mit Amt Lüneburg?	Eine Abstimmung mit dem Amt für Regionale Landesentwicklung erfolgt selbstverständlich. Allerdings verfolgt dieses Vorstellung nicht das ARL Lüneburg, sondern das Land Niedersachsen. In Bezug auf die Eignung des Standortes wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P089	P089.03	SO 30	- die Bodenverhältnisse sind nach dem Rückbau in 20 Jahren wieder herzustellen . Auch hier habe ich erhebliche Bedenken , das hier alle Tiere! Lebewesen einschließlich aller Pflanzen zurück finden. Sie sind dann vielleicht in Rente und ihnen ist es ja vielleicht egal aber mir nicht. Weil dieses Gebiet hier meine Heimat ist und ich fahre oft mit meiner Familie auf dem dem Fahrrad durch diese schöne Natur und wir möchten diese schöne Natur so erhalten wie sie ist. Nämlich mit allen Tieren ob klein oder groß und mit allen Pflanzen ob klein oder groß, ob dick oder dünn. Außer den Wolf, den können sie gerne beseitigen. Da habe ich Angst vor, das der mich oder meine Frau und Kinder eines Tages vom Fahrrad reißt und verspeist.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)].	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P090	P090.01	E 01	<p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015.</p> <p>3. Begründung Erläuterung</p> <p>Zu 4.2.2 Seite 5</p> <p>Die im LROP geforderte 300 MW installierte Leistung ist mit derzeit 500 MW installierter Leistung übererfüllt. Eine zusätzliche Steigerung der installierten Leistung ist gemäß Verwaltungsgericht Stade vom 23.1.0.20 14 ZA 1.272/10 nicht erforderlich. Eine zusätzliche Steigerung der installierten Leistung ist daher ausschließlich eine politische Entscheidung und der gemäß Bau GB § 1 Abs. 7 nicht zulässig.</p>	<p>Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.</p> <p>Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass im gesamten Landkreis im Außenbereich unkontrolliert Windenergieanlagen entstehen könnten.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.02	E 01	Die durch diese Fortschreibung zusätzlichen Einschränkungen der Schutzgüter Mensch, Tier und Landschaft sind unbegründet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015.	Kenntnisnahme.
P090	P090.03	E 01	Die beabsichtigte Erweiterung der Potenzialflächen ist somit nicht erforderlich.	Siehe Stellungnahme P090.01	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.04	E 01	<p>Zu Ziffer 01 Satz 1 methodische Vorgehensweise Seite 6</p> <p>1. Die Zuordnung in harte und weiche Tabuzonen ist nach den Vorgaben der NTL-Empfehlungen vom 15.11.2013 vorzunehmen.</p>	<p>Die vom NLT in der Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie benannten Abstände und Puffer sind nur Empfehlungen, keine rechtlichen Vorgaben. Dementsprechend sind sie rechtlich gesehen nicht bindend. Es wird auch vom NLT betont, dass die Kriterien je nach Einzelfall angepasst werden müssen und das Papier nur einen Orientierungsrahmen darstellt. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen.</p> <p>Bei einer kompletten Anwendung aller im NLT-Papier aufgeführten Abstände wären im gesamten Landkreisgebiet nur noch kleine Einzelflächen für die Windkraftnutzung möglich.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.05	E 01	2. Gemäß meiner Ausführung zu 4.2.2. ist der 4. Schritt zu streichen.	Siehe Stellungnahme P090.01	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P090	P090.06	E 01	Seite 8 3. Die Kategorie.- sonstige wohnbautische Nutzung - ist so nicht erforderlich/zulässig (gemäß Auslihnmg zu 4.2.2.).	Die Entscheidung wie die Siedlungsgebiete eingestuft werden obliegt dem Landkreis. Es gibt keine rechtlichen Vorgaben für ein bestimmtes Vorgehen. Die Unterscheidung in Ortslagen bzw. sonstige wohnbauliche Nutzungen wird in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.07	E 01	Abschnitt 2. weiche Tabuzone. Seite 10 1. Die Zuordnung hat nach den Vorgaben NTL - Regionalplanung und Windenergie zu erfolgen.	Siehe Stellungnahme P090.04	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.08	E 01	2. Seite 11 Gemäß Grundgesetz sind alle Menschen gleich. Eine Unterscheidung der Schutzbedürftigkeit (z.B. Immission) zwischen Ortslagen und sonstiger Wohnbebauung ist nicht vorgesehen.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen erlaubt sind, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung eines Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.09	E 01	3. Natur und Landschaft Seite 12 Die Vorgabe NLT - Regionalplanung und Windenergie - sind komplett zu übernehmen. Siehe auch MU - Niedersachsen - Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen 2015.	Siehe Stellungnahme P090.04	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P090	P090.10	E 01	4. .Potenzialfläche 012 Bederkesa Seite 22 Die Raumnutzungsanalyse der Firma BIOS vom Januar 2015 ist unzulässig. Gemäß Kurzbericht Bio-Consult-SH vom 11.05.2015 ist eine Raumnutzungsanalyse des Seeadlers ohne Aufzuchtzeit nicht möglich.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.11	E 01	5. Potenzialflächen 034 Flögeln / Sttth Seite 31 Der überaus starke Kranichflug von Oktober bis März (zeitweise 1000 Vögel und mehr) von den Nachteinständen (Harlemer / Dalemer See) zu den Nahrungsflächen (Maisstoppel) Stüh, Drangstedt und Bederkesa ist zu berücksichtigen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 52 bis 54 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Flögeln-Stüh")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit allgemeiner Bedeutung. - Insbesondere im nördlich angrenzenden Bereich - außerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung - kommen Gastvogellebensräume mit nationaler Bedeutung vor. - Zu den Zugvögeln liegen hier keine Daten vor.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P090	P090.12	E 03	Zu Ziffer 03 Seite 38 Streiche soll die Anbindung. Setze ist die Anbindung	Die Ziffer 03 der Beschreibenden Darstellung stellt einen Grundsatz der Raumordnung dar, kein Ziel. Insoweit kann die Formulierung nicht angepasst werden, da durch die "ist"-Formulierung der Eindruck eines Zieles erweckt werden würde.	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.13	B 04	Zu Ziffer 04 Seite 39 Gemäß §. 35 Abs. 5 Bau GB ist der vollständige Rückbau vorzunehmen. Gemäß MU Niedersachsen ist ebenfalls der vollständige Rückbau gefordert.	Die Regelungen des Baugesetzbuches sind bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nach Raumordnungsgesetz nicht maßgeblich. Ein kompletter Rückbau der Fundamente, über die Tiefe hinaus die für eine spätere Nutzung durch die Landwirtschaft nötig ist, ist unverhältnismäßig.	Nicht zu berücksichtigen.
P090	P090.14	B 05	Zu Ziffer 05 Seite 39 Gemäß § 13 BNatSchG ist die Beeinträchtigung und Beeinflussung der Landschaft zu minimieren. Für die Analyse der Schutzgüter Tiere und Landschaft sind gemäß Bosch und Partner GmbH im Umweltbericht - Teil c - Nr. 5 nicht ausreichend Unterlagen bereitgestellt worden, so dass eine aussagekräftige Bewertung nicht erfolgen konnte. Die Bewertung Schutzgüter Landschaft und Tiere sind unter Vorlage der vollständigen Unterlagen zu wiederholen.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt.	Kenntnisnahme.
P090	P090.15	E 11	Zu Ziffer 11 Sonderbaufläche Ringstedt Seite 53 Die Fläche liegt teilweise innerhalb des Prüfbereiches 6000 Meter zum Seeadlerhorst Großenheide. Dieses ist in der Bewertung zu berücksichtigen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 79 bis 81 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Ringstedt")]. - Die östliche Sonderbaufläche Windenergienutzung und ein kleiner Teil der westlichen Sonderbaufläche Windenergienutzung liegen innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu dem Seeadler-Vorkommen in Geestland-Großenheide.	Zu berücksichtigen.
P91	P91.01	SO 30	Hiermit reiche ich zum o.g. Vorgang folgende Anregungen und Bedenken ein: Standort Nr.053 Stinstedt / Odisheim 1. Die Erschließung kann ausschließlich über den Ort Stinstedt erfolgen, da eine Zuwegung über die Brücke am Hadelner Kanal für Schwerlasttransporte nicht möglich ist. Ich wohne mit meiner Familie direkt an der Hauptstraße im Dorf. Sämtliche Transporte ( mehrere Tausend LKW) müssen direkt an unserem Haus vorbeifahren. Ist die erhebliche Belästigung aller Anwohner ausreichend berücksichtigt?, Was ist mit dem „Vermeidungsgrundsatz“ ?	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.02	SO 30	Gibt es eine Haftungsregelung für mögliche Schäden?	Siehe Stellungnahme P91.01	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P91	P91.03	SO 30	ist die Straße für diese Art Transporte ausgelegt? Ist berücksichtigt, dass die Kreisstraße von Mittelstenahle nach Stinstedt gewichtsbegrenzt ist (12 to) und in 2015 gerade für fast 1 Mio € grundsaniert wurde ?	Siehe Stellungnahme P91.01	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.04	SO 30	Wie sieht es mit der Tragfähigkeit des Mooruntergrund ab Stinstedt St Joost aus?	Siehe Stellungnahme P91.01	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.05	SO 30	2. Ist bei diesem Standort die Mooraufgabe von ca. 8! Meter berücksichtigt?,	Im Landkreis Cuxhaven wurden bereits Windenergieanlagen in Mooregebieten errichtet. Angesichts der technischen Weiterentwicklung der Anlagen ist dies nicht problematisch.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.06	SO 30	kollidiert die Planung nicht mit dem „Moorschutzprogramm“ ?	Ein Konflikt mit dem Moorschutzprogramm ist nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.07	SO 30	Wie ist der vollständige Rückbau bei diesen Gegebenheiten gewährleistet, geht das überhaupt?	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.08	SO 30	3. Ich gehe dort oft spazieren, ist die Wertigkeit des Landschaftsbildes und der vielfältigen Vogelwelt zutreffend erfasst und bewertet?	Die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms erfolgte in enger Abstimmung mit dem Naturschutzamt. Selbstverständlich wurden alle Bewertungen und Erkenntnisse des Naturschutzamtes berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.09	SO 30	4. Die nächste Stromtrasse ist über 10 Km entfernt, wie soll das mit der Netzanbindung realisiert werden ? Gibt es nicht günstigere Standorte?	Die Netzanbindung ist gewährleistet. Im Übrigen ist dies Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.10	SO 30	Ich rege an 1. Auswahl der alternativen Potentialfläche Nr 024 in Stinstedt. Bei dieser Fläche wäre eine kurze Netzanbindung und eine Zuwegung ohne mögliche Schäden an der Kreisstraße möglich.	Die Potentialfläche 024 ist im Gegensatz zum Standort Odisheim-Stinstedt aus naturschutzfachlicher Sicht weniger geeignet (siehe Begründung)	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.11	SO 30	2. Vermeidung der Moorzerstörung durch den Geeststandort „Heidelberg“.	Auch bei einer Ausweisung des Standortes Heidelberg würden Moorflächen beeinträchtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.12	SO 30	3. Nutzung der erforderlichen Infrastruktur für die Landwirtschaftliche Bewirtschaftung und Freizeitnutzung in dem überwiegend als Acker genutzten Gebiet Nr 024 „Heidelberg“.	Die Infrastruktur für die Windparks ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens. Im Übrigen kann man nicht davon ausgehen, dass nur weil bereits landwirtschaftliche Wege gegeben sind, diese auch letztlich als Infrastruktur für einen Windpark genutzt werden können.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.13	SO 30	4. Ausbau und Unterhaltung von Gemeindewegen durch ein Windprojekt.	Siehe Stellungnahme P91.12	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.14	SO 30	5. Mitbestimmung bei der Konzeption und Gestaltung der Fläche 024 als „Bürgerwindprojekt“	Die Trägerschaft eines Windparks ist bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.15	SO 30	6. Auswahl der „größeren“ Fläche Nr 024 zur effizienteren Ausnutzung der Stromerzeugung im Sinne der beschlossenen „Energiewende“	Siehe Stellungnahme P91.10	Nicht zu berücksichtigen.
P91	P91.16	SO 30	Nach einer kurzen Eingangsbestätigung würde ich mich sehr über das Ergebnis ihrer Abwägung zu meinen o.g. Punkten freuen.	Zur Beschleunigung des Verfahrens wird keine Eingangsbestätigung für jeden Einwender versendet. Die Synopse aller Einwendungen wird öffentlich zur Verfügung gestellt. Zudem wird ein Erörterungstermin für private Einwender stattfinden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P92	P92.01	SO 30	zu Ihrer Ausweisung eines Vorrangstandortes im "wilden Moor" Stinstedt-Odisheim möchte ich folgende Bedenken einreichen: Der für den Bau dieses Windparks benötigte Schwertransport würde über die gerade erneuerte Kreisstraße Stinstedt-Mittelstehnahe gehen. Dies würde zu einer Zerstörung der neuen Fahrbahn führen.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P93	P93.01	Z	dem Landkreis kommt bei der Erzeugung von elektrischer Energie durch die Nutzung von Windenergie wegen seiner Lage an der Küste und dem sich daraus ergebenden Windenergieertragspotential eine besonders hohe Bedeutung zu. Mit der Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land will der Landkreis Cuxhaven seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Die getroffenen Regelungen zur Steuerung der Windenergienutzung sollen den Ausbau dabei in einem Rahmen halten, der allen anderen Belangen, allen voran den Schutzansprüchen von Mensch und Natur, gerecht wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P93	P93.02	Z	Potentialflächen 019 (Östlicher Teil) und 118 — Bei Hemmoor — Mühlenreihe werden als eine gemeinsame Fläche betrachtet. Es wurde im Entwurf 2015 lediglich der östliche Teil der Potenzialfläche 019 betrachtet, der außerhalb des 4.000 m -Puffers der Sonderbaufläche Windenergienutzung „Lamstedt“ in der Flächennutzungsplanung liegt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P93	P93.03	Z	Der betrachtete Teil des Gebietes 019 und das Gebiet 118 soll voraussichtlich zu einem Vogelbrutgebiet regionaler Bedeutung gehören. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate soll das Gebiet zu einem Teil zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung gehören. Die Potentialflächen 019 und 118 wurden daher im Entwurf 2015 als Vorranggebiet voraussichtlich ungeeignet bewertet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 18 bis 20 (= Lfd. Nr. 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor-Mühlenreihe)].	Kenntnisnahme.
P93	P93.04	Z	Meiner Ansicht nach sind die Potentialflächen 019 und 118 durchaus als Vorranggebiet geeignet. Die Flächen liegen beidseitig der Gemeindegrenzen von Hemmoor und Börde Lamstedt weit ab von dicht besiedelten Ortslagen.	Alle Potentialflächen wurden im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes abgewogen. Alle Gründe die für bzw. gegen eine Fläche sprechen, wurden in der Begründung ausgeführt. Die Potentialflächen 019 und 118 sind für eine Windenergienutzung aus Sicht des Landkreises Cuxhaven nicht geeignet.	Nicht zu berücksichtigen.
P93	P93.05	Z	Außerdem befinden sich in dem Bereich nur wenige Wegeverbindungen bzw. keine (überregionalen) Straßen.	Siehe Stellungnahme P93.04	Nicht zu berücksichtigen.
P93	P93.06	Z	Durch die am westlichen Rande der Potentialfläche 019 verlaufende Stromleitungstrasse besteht bereits eine Vorbelastung zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.	Siehe Stellungnahme P93.04	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P93	P93.07	Z	Weiterhin möchte ich anregen die Pufferfläche zu dem Bauleitplanerisch gesichertem Bereich (Detailkarte 40) nicht zu berücksichtigen. An dem Standort werden drei Windenergieanlagen (WEA) mit einer über 20 Jahre alten Technik und einer Leistung von insgesamt unter 1 Megawatt betrieben. Langfristig erscheint ein Weiterbetrieb nicht mehr wirtschaftlich und eine Repowering scheidet an diesem Standort aufgrund der direkten Ortsnähe zu Lamstedt aus.	Bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms müssen die derzeit bestehenden Strukturen und Standorte beachtet werden. Die drei Windenergieanlagen bei Lamstedt sind nach heutigem Maßstab als raumbedeutsam einzustufen. Insoweit muss um diese ein 4km Abstandspuffer eingehalten werden. Die Regionalplanung kann diesen Standort nicht einfach ignorieren. Erst wenn die drei Anlagen abgebaut sind, werden sie keinen Abstandspuffer mehr auslösen.	Nicht zu berücksichtigen.
P93	P93.08	Z	Im Sinne einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende erscheint es mir nicht vertretbar auf einen Windpark mit hochmodernen WEA und einer vielfach höheren Leistung zugunsten eines Standortes mit einer so minimalen Leistung zu verzichten.	Siehe Stellungnahme P93.04	Nicht zu berücksichtigen.
P93	P93.09	Z	Folglich sollte auch der westliche Teil der Potentialfläche 019 in die naturschutzfachliche Betrachtung einbezogen werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 18 bis 20 (= Lfd. Nr. 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor-Mühlenreihe)]. - Der westliche Teil der Potenzialfläche 019 nach dem Entwurf 2015 liegt innerhalb des 4 km-Puffers zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung "Lamstedt" bzw. zum Windpark "Lamstedt". Aus diesen Gründen kommt der westliche Teil der Potenzialfläche 019 nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung in Betracht. Eine naturschutzfachliche Einschätzung ist nicht erforderlich, weil die Potenzialfläche aufgrund des Abstands zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich Windenergienutzung "Lamstedt" sowie zum Windpark "Lamstedt" bereits ungeeignet ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P93	P93.10	Z	Außerdem wäre eine Netzeinspeisung vor Ort ohne lange Leitungswege dtrrch die bereits erwähnte 110 KV Stromleitung möglich. Ebenso verläuft in diesem Bereich auch der Korridor der geplanten SuedLink Trasse.	Derzeit gibt es noch keine geplante SuedLink Trasse. Das Verfahren läuft noch, mehrere Trassenvarianten werden noch geprüft. Eine Netzeinspeisung ist bei allen ausgewiesenen Standorten möglich. Dies kann kein Argument für einen Standort sein.	Nicht zu berücksichtigen.
P94	P94.01	Z	Nach unserer Auffassung müsste das Vorranggebiet Beversetdt-Wellen (für Wind),wieder mit aufgenommen werden, da die Mindestgröße für ein Windstandort von 19 ha erfüllt ist. Wir haben unter der Berücksichtigung der Abstandsregeln des Landkreises des RROP 2015 eine Fläche von 22,7ha ermittelt und liegen so über den Anforderungen des Landkreises für ein Vorranggebiet, und bitten den Landkreis dieses zu Berücksichtigen.	Der Standort Beverstedt-Wellen liegt innerhalb des 4km Puffers des Windparks Kirchwistedt-Altewstedt und kann somit gemäß des Planungskonzeptes nicht ausgewiesen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P94	P94.02	Z	Wenn der Landkreis diesem so zustimmen würde,möchten wir einen Bürgerwindpark bauen, der unserer Meinung nach eine große Akzeptanz für die Bürger vor Ort ist, da sie sich mit einen kleinen Betrag dran beteiligen können, der nach oben gedeckelt werden soll.	Siehe Stellungnahme P94.01	Nicht zu berücksichtigen.
P95	P95	Z	Siehe Stellungnahme P93	Siehe Stellungnahme P93	Siehe Stellungnahme P93
P96	P96.01	SO 31	ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass ich durch den geplanten Betrieb dieses Windparkes persönlich und betrieblich betroffen bin.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P96	P96.02	SO 31	Naturkundlich sind ihre Feststellungen z.t schlicht falsch. Aus Begehungen als Fachkraft für Landschaftspflege und sgl, Landwirt, bin ich mit ihrer naturschutzfachlichen Beurteilung nicht einverstanden, Beispiel am 16.8.2015 waren 23!!! Störche auf den Flächen von XXX von wegen nur 3 Paar Störchen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Die in der Einwendung genannten Flächen sind nicht hinreichend lokalisierbar; sie liegen möglicherweise (bzw. vermutlich) überwiegend außerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee".	Kenntnisnahme.
P96	P96.03	SO 31	Des Öfteres wurden von mir dort nicht nur Falken sondern auch Eulen und im Frühjahr 2015 ein Seeadler gesehen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. Der mittlere und östliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee" liegen innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen; die Lage des Horst-Standes im Landkreis Stade ist hier noch nicht bekannt. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P96	P96.04	SO 31	Im Bereich der ehemaligen Hofstelle sind Fledermäuse.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Der nördliche Teil des Gebietes 008 und das gesamte Gebiet 122 gehören zu einem potenziell wertvollen Fledermauslebensraum. Es liegen hier keine Daten vor. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P96	P96.05	SO 31	Ihr Ingenieurbüro hat naturkundlich scheinbar das Auto oder Büro nicht verlassen dessen aussagen sind falsch.	Die naturschutzfachliche Einschätzung sowie der Umweltbericht basieren auf den offen gelegten Quellen (Gutachten, Untersuchungen)	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.06	SO 31	Zum Schutz der Tierwelt und des Erholungswertes dieser Region sowie zu Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes ist der Antrag abzulehnen.	Naturschutzfachliche Belange wurden bei der Aufstellung des Planungskonzeptes und der Ausweisung aller Vorranggebiete berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.07	SO 31	Die Bedeutung des Infraschalls und die Problematik für den Menschen als auch für Tiere, in diesen Fall unsere Rinder, der aufgrund der extrem schlechten Bodenverhältnisse notwendigen Rammarbeiten mit der Dauerbelastung aufgrund der Schwingungen der Windkraftanlagen über das Fundament über den Boden in unsere Ställe die als Resonanzkörper (Gülle Keller) sind nicht bedacht worden.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayerischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Schwingungen von Windkraftanlagen sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.08	SO 31	Ich weise sie darauf hin, wenn Schäden entstehen die nachweisbar sind siehe Nerzfarm in Dänemark werden wir sie den LK Cuxhaven haftbar machen.	Der Landkreis Cuxhaven ist für Schäden die durch den Betrieb von Windenergieanlagen entstehen nicht haftbar.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P96	P96.09	SO 31	Arbeiten sie bitte mal einen Tag unter eine WKA sie kriegen ein "Dachschaden". Wir machen dieses oft bei Pflegearbeiten unter diesen Anlagen. Wir haben eine Anlage ROW da haben wir ständig elctr.: (Can Bus) Probleme mit unseren Mäher diese fahren wir nur noch mit den alten vollmechanischen Mäher an.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P96	P96.10	SO 31	Anzumerken extreme Problematik krichstrom beim Melken für Menschen nicht merkbar ,für Kühe katostrophal bis hin zur Melkverweigerung. Sowohl persönlich als auch betrieblich mit unseren Milchviehbetrieb wo wir durch Reduzierung dieser Punkte extreme Leistungssteigerungen erreicht haben . Wo der Tierarzt am liebsten nur noch für Verkaufsuntersuchungen kommt.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum RROP Entwurf 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.11	SO 31	Aufgrund unserer Tätigkeiten (Jan u Antje Bohn Gbr) haben wir erhebliche Bedenken aufgrund des Landschaftsbüdes, Beinschränkungen der Atraktivität des Weltkulturerbes Schwebefähre das unsere Kunden/Gäste die Gemeinde meiden.	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe, bei der bislang noch nicht einmal ein fertiger Antrag vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.12	SO 31	oder möchte der LK Cuxhaven als d.factor Eigentümer die Abrisskosten der Fähre zahlen, weil kein Mensch mehr kommt und schonend Geld im Land verteilt.	Siehe Stellungnahme P96.12	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.13	SO 31	Wir halten auch in dieser Entfernung den Windpark in der geplanten Höhe für extrem kontraproduktiv.	Das Vorranggebiet Osten-Isensee hält den vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstand zur Wohnbebauung ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.14	SO 31	WKA an dieser Stelle in der Gemeinde werden in erheblichen Maße unsere Erwerbsmöglichkeiten im Bereich Tourismus und Fremdenverkehr schädigen.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.15	SO 31	Die BRD ist gegründet als soziale Marktwirtschaft Dieser Windpark wird aufgrund seiner Größe und Eigentümerstruktur (Ulf Gieseler) eine extrem schädliche Strukturen in der örtlichen Landwirtschaft hinterlassen, dieses ist bereits angekündigt worden.	Die Eigentümer der Flächen, die durch einen Windpark eingenommen werden, sind für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht relevant.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.16	SO 31	Das Wegenetz in der Gemeinde ist extrem schlecht und nur mit to- und Geschwindigkeitsbegrenzungen mit LKW zu befahren ursächlich sind die schlechten Bodenverhältnisse, soll ein Einzelner zu Lasten der Gemeinschaft dieses weiter ruinieren? Ist das soziale Marktwirtschaft?	Siehe Stellungnahme P96.15	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.17	SO 31	Aufgrund dieser und der allgemeinen Äußerung der örtlichen Bevölkerung, Gemeinderat mit den Folgen des Zusammenlebens, Politikverrossenheit, Vertrauen in der Verwaltung etc. halte ich und alle in meinen Umfeld diesen Windpark für nicht statthaft.	Das Vorranggebiet Osten-Isensee entspricht dem einheitlichen Planungskonzept des Landkreises. Es gibt keine Belange, die einer Ausweisung absolut entgegenstehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P96	P96.18	SO 31	Sind unsere Gewerbesteuerinnahmen denn gar nicht im Gegensatz zu Gewerbesteuerzahlungen einer auswärtigen Gesellschaft wo anders.	Die Gewerbesteuern sind bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P96	P96.19	SO 31	Hinweis: Im Fall der Errichtung der WKA durch die Versagung meiner Argumente gegen die Errichtung erwarte ich Schadensersatz durch die Betreiber der Anlage und bei nicht Berücksichtigung der Argumente Schadensersatz durch den LK Cuxhaven als Genehmigungsbehörde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P97a	P97a.01	E 01	A. Stellungnahme für die Energiequelle GmbH: Unsere Mandantin plant bekanntermaßen im Bereich des Standortes „Hemmoor Bröckelbeck“ einen Windpark. Die hierfür erforderlichen Flächen hat unsere Mandantin vertraglich gesichert. Zu dem Entwurf des regionalen Raumordnungsprogramms und den dazugehörigen Planunterlagen nehmen wir namens und im Auftrag unserer Mandantin wie folgt Stellung: Der Planentwurf leidet an mehreren Abwägungsmängeln. Bei der Entscheidung über die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie wurde die Bedeutung der naturschutzfachlichen Belange verkannt und der Ausgleich zwischen betroffenen öffentlichen und privaten Belangen nicht in einer dem Abwägungsgebot entsprechenden Weise vorgenommen. Der Planentwurf ist rechtswidrig, da die ausgewiesenen Konzentrationsflächen mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung nicht den Vorgaben eines schlüssigen gesamtträumlichen Planungskonzept entsprechen, insbesondere fehlt es an einem schlüssigen Abwägungsergebnis.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P97a	P97a.02	E 01	Im Falle der Festlegung einer Ausschlusswirkung gemäß § 35 Abs. 3 5. 3 BauGB fordert das Bundesverwaltungsgericht (Urteile vom 13.12.2012, Az. 4 CN 1.11 und 4 CN 2.1 1) die Ausarbeitung eines Planungskonzept in vier Arbeitsschritten, namentlich Abzug harter Tabuzonen und weicher Tabuzonen (I.), Abwägung der übrigen Potentialflächen (II.) und Schaffung von substanziellen Raum (III.). Vorliegend sind diese Vorgaben in Bezug zur Fläche „Hemmoor-Bröckelbeck“ nicht ordnungsgemäß erfüllt worden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P97a	P97a.03	E 01	Dazu im Einzelnen: 1. Abzug von harten und weichen Tabuzonen 1. Zunächst muss festgestellt werden, dass die Fläche „Hemmoor-Bröckelbeck“ im Nordosten zu Unrecht durch eine berücksichtigte Stallfläche verringert wurde, vgl. Skizze. Denn als Tabuzone sind laut Planfestlegung lediglich Siedlungsflächen oder sonstige wohnbauliche Nutzungen zu berücksichtigen. Laut Begründung des regionalen Raumordnungsprogrammes soll, orientiert an der Rechtsprechung zur optisch bedrängten Wirkung, eine Pufferzone von 420 m um diese Bereiche als harte Tabuzone festgelegt werden. Begründet wird der Ausschluss von wohngenutzten Siedlungsbereichen mit den Grenzwerten der TA Lärm, die eine Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen in wohngenutzten Wohnbereichen nicht zulassen würden. Die TA-Lärm ist eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift, die im Wesentlichen dem Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche dient. Die hier berücksichtigte Stallfläche ist kein maßgeblicher Immissionsort nach A. 1.3. der TA-Lärm. Die Fläche wird weder wohnbaulich genutzt noch steht sie im direkten Zusammenhang zu anderen wohnbaulich genutzten Flächen. Die Fläche genießt demnach gar keinen Schutzanspruch nach Maßgabe der TA-Lärm.	Die Einstufung der Siedlungsflächen basiert auf den ATKIS-Daten und wurde mit den Gemeinden abgestimmt. Im Falle der Potentialfläche 049 ist die Einstufung der Siedlungsfläche jedoch insoweit nachrangig, da die Potentialfläche in der Einzelfallbetrachtung aus naturschutzfachlichen Gründen entfallen ist - unabhängig davon, ob sie möglicherweise geringfügig größer sein müsste oder nicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.04	E 01	Die Planbegründung zum regionalen Raumordnungsprogramm räumt auf S. 8 Nr. 2 selbst ein, dass teilweise Flächen, auf denen lediglich ein Sendemast oder eine Tierhaltungsanlage ohne Betriebsleiterwohnung im Außenbereich vorhanden sind, als Fläche gemischter Nutzung eingestuft wurden. So scheint dies auch hierzu sein. Die Stallfläche wurde völlig unzutreffend als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft und beschränkt damit die Fläche „Hemmoor-Bröckelbeck“ unrechtmäßig (und zu Lasten unserer Mandantschaft).	Siehe Stellungnahme P97a.03	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.05	E 01	2. Zudem wurde die Fläche "Hemmoor-Bröckelbeck" auch im südlichen Bereich zu Unrecht verkleinert. Das regionale Raumordnungsprogramm legt für Ortslagen eine Pufferzone von insgesamt 1.000 m (inklusive der 420 m harter Tabuzone) als weiche Tabuzone fest. Gemäß Planbegründung dient der Abstand von 1.000 m dem vorbeugenden Immissionsschutz und zur Minimierung von Nutzungskonflikten. Jedoch wurde bei der Ermittlung dieses Abstandes der von der hier streitgegenständlichen Fläche südlich gelegene landwirtschaftliche Hof als Einheit betrachtet und von dort aus der Abstand bemessen (Ziffer 1 der Skizze). Der maßgebliche Immissionsort gemäß der TA Lärm A.1.3 liegt jedoch bei bebauten Flächen 0,5 m außerhalb vor der Mitte des geöffneten Fensters des vom Geräusch am stärksten betroffenen schutzbedürftigen Raumes (Ziffer 2 der Skizze). Die Auswirkungen von Schall und Schatten als auch die optisch bedrängten Wirkungen werden immer am Wohnhaus als Immissionsort beurteilt. Nur so kann ein einheitlicher Schutzanspruch erfüllt werden. Konkret führt diese Fehlbewertung zu einer Differenz von ca. 200 m zu Lasten ansonsten auszuweisender Vorrangflächen. In Anbetracht der Verpflichtung, der Windenergie substantiell Raum zu schaffen, ist diese Abweichung in rechtlicher Hinsicht nicht hinnehmbar. Vor allem führt dies im Rahmen der Abwägung der Potenzialflächen zu einer völlig anderen zu beurteilenden Fläche, vgl. II 7.	Die Mindestabstände zur Wohnbebauung von 500m bzw. 1000m als weiche Tabuzone wurden nicht aus der TA Lärm abgeleitet. Sie stellen einen Vorsorgeabstand dar. Insofern spielt der maßgebliche Immissionsort bei der Zugrundelegung des Abstands keine Rolle. Weiter wird auf die Definition der ATKIS Daten zur Ortslage verwiesen: "Die Grenze der Ortslage zur Feldlage oder zu Waldflächen wird in der Regel durch die Grenzen der bebauten Grundstücke unter Einbeziehung der Hofraumflächen und Hausgärten gebildet." (Webseite ATKIS). Das der 1000m Mindestabstand somit zur Grundstücksgrenze angelegt wird, ist folgerichtig.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.06	E 01	Abwägung der Potentialflächen 1. Die Abwägung der Potenzialflächen untereinander ist bezüglich der Standortfläche "Hemmoor-Bröckelbeck" in mehrerlei Hinsicht fehlerhaft. Zunächst ist festzustellen, dass die hier streitgegenständliche Fläche zusammengefasst aufgrund vermeintlicher zu erwartender Konflikte mit dem Wespenbussard, dem Kiebitz, dem Seeadler, dem Uhu und dem Graureiher sowie aufgrund einer unzutreffenden Anwendung der vermeintlich zu berücksichtigenden Schutzbereiche zu klein ausgefallen ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P97a	P97a.07	E 01	2. Zu diesem Punkt ist anzumerken, dass für die naturschutzfachliche Einschätzung der Avifauna und Fledermäuse unterschiedliche, mithin nicht aufeinander abgestimmte, Untersuchungen herangezogen wurden. Teilweise lagen offensichtlich erheblich veraltete Avifauna-Daten vor, an anderer Stelle wurden vier bis fünf Jahre alte Daten herangezogen. Im Ergebnis führt dies zwingend logisch zu einer Ungleichbehandlung bei der Bewertung der verschiedenen in Betracht kommenden Potenzialflächen.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt. - Die verschiedenen Aspekte (... von der "Naturräumlichen Gliederung" bis zu den "Gebieten, die die Voraussetzungen für ein Schutzgebiet erfüllen" ...) fließen in der Einstufung/Einschätzung des Gebietes zusammen. Auch bei "mäßiger" Datenlage kann die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet" erreicht werden. - Eine 100 %-ig gleiche Bewertung aller in Betracht kommenden Potenzialflächen ist wohl schlechterdings unmöglich zu erreichen, gleichwohl ist eine größtmögliche Annäherung - auf der Basis der vorhandenen Daten - angestrebt worden. Der Umfang der Naturschutzfachlichen Einschätzung belegt, dass doch auch recht umfangreiche Datenbestände vorliegen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.08	E 01	Die mit dem Ergebnis der (fehlerhaften) Abwägung einhergehende - zumindest angestrebte - Ausschlusswirkung der jetzt vorliegenden Regionalplanung kann im Falle von veralteten bzw. überholten Daten, die für eine solche Planung herangezogen worden sind, nicht eintreten. Der mit der Ausschlusswirkung einhergehende Eingriff in das Grundrecht auf freie Eigentumsausübung seitens des Flächeneigentümers lässt sich nur dann - auch verfassungsrechtlich - rechtfertigen, wenn solche Einschränkungen mit aktuellen Entscheidungsgrundlagen, mithin aktuellen Gutachten, unterlegt werden können. Dies geschieht im vorliegenden Fall nicht. Die hier gemachten Einschränkungen werden auf Basis veralteter Gutachten beschlossen und wären damit nicht nur verwaltungsrechtlich unwirksam, sondern auch verfassungswidrig.	Die Regionalplanung ist lediglich dazu angehalten die besten verfügbaren und vorliegenden Daten zu nutzen. Dies ist bei der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie der Fall. Sofern neuere Untersuchungen oder Gutachten vorliegen, können diese selbstverständlich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingereicht werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.09	E-N	3. Beispielsweise basiert die Festlegung des Schutzbereiches für den Wespenbussard auf einer Kartierung von BIOS aus dem Jahr 2011. Zeitgleich erfolgte jedoch von der ECO Concept & Consult ebenfalls eine Avifauna-Untersuchung (mit insgesamt 52 Begehungen betreffend Brutvögel und zehn Begehungen betreffend Gostvögel), die eine erhebliche Prüfungstiefe erreicht. Nach dieser Untersuchung wurde der Wespenbussard nur wenige Male gesichtet und eine Brutzeitfeststellung ergab sich gerade nicht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Der mittlere und südliche Teil der Potenzialfläche 049 liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Wespenbussard-Vorkommen. Im Bereich des Westerbergs sind zwei weitere Wespenbussard-Vorkommen bekannt. - Im Jahr 2011 wurden drei Brutreviere des Wespenbussards im Bereich des Westerbergs festgestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.10	E-N	Mit diesem Gutachten hat sich die jetzt vorliegende Planung überhaupt nicht auseinandergesetzt. Insbesondere lässt sich dem Planentwurf nicht entnehmen, warum dem BIOS-Gutachten der Vorzug gewährt wird. Genau zu einer solchen Abwägung und Erläuterung ist der Plangeber aber verpflichtet: er muss, will er ein Gutachten dem anderen Gutachten vorziehen, genau erläutern, weshalb das vermeintlich vorzugswürdige Gutachten in seinem Ergebnis für die Planung besser nutzbar sei als das nicht vorzugswürdige Gutachten. Eine solche "abgekürzte Entscheidung" stellt einen erheblichen Abwägungsfehler dar, der zur Rechtsfehlerhaftigkeit der hieraus folgenden Regionalplanung führt. Zwar steht dem Plangeber eine gewisse Einschätzungsprärogative zu, trotzdem muss bei einer von dem Plangeber durchzuführenden Auswahl von heranzuziehenden Kriterien vollständige Transparenz herrschen und klar werden, weshalb welche Quellen verwendet und andere nicht verwendet werden. Eine plausible und nachvollziehbare Begründung ist vor diesem Hintergrund erforderlich, diese fehlt hier vollständig.	Siehe P97a.09. - Das Gutachten "Planung Windenergieanlagen Bröckelbeck, Landkreis Cuxhaven - Erfassung der Avifauna" mit Stand 14. Juli 2011, das vom Büro ECO CONCEPT & CONSULT bearbeitet wurde, ist im für die Auswertung zugrunde gelegten Datenbestand vom Herbst 2014 (November 2014) enthalten.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.11	SO 12	4. Aufgrund der unterschiedlichen Kartierungs-Ergebnisse hat unsere Mandantin das Institut für Ökologie und Naturschutz Niedersachsen (IFÖNN) mit einer Nach-Kartierung beauftragt. Diese wurde im Frühjahr/Sommer 2015 durchgeführt, wobei die Kartierung der planungsrelevanten Brutvogelarten durch zehn Begehungen in der Zeit von Ende Februar bis Anfang Juli 2015 unter Berücksichtigung der Kriterien nach Südbeck et al. (2005) durchgeführt wurde. Die Kartierungen erfolgten durch Verhören der artenspezifischen Gesänge, über Sichtbeobachtungen, Revieranzeigen, Fütterungen etc. Dabei wurden alle hör- und sichtbaren relevanten Vögel erfasst und in Rohkarten eingezeichnet. Insbesondere wurde auf die Registrierung sogenannter "Revier anzeigender Merkmale" geachtet, mithin singende Männchen, rezente Nester, bittende bzw. jungflügge Nestlinge, warnende und/oder Nistmaterial oder Futter transportierende Alttiere. Die planungsrelevanten Vogelarten wurden in 2 km Umkreis zu den geplanten Windenergieanlagen erfasst. Überfliegende Gastvögel wurden unter Angabe von Anzahl, Flugrichtung und der geschätzten Höhe protokolliert. Das Ergebnis der jetzigen Untersuchung ist, dass sich durch die Aktualisierung der Datenlage zu den planungsrelevanten Arten im Vergleich zu der bisherigen artenschutzrechtlichen Einschätzung (IFÖNN 2015) keine grundsätzlich neuen Erfordernisse ergeben. Insbesondere wird beispielsweise ein Wespenbussard in dem hier maßgeblichen Bereich nicht gesichtet. Hinsichtlich der Arten Wanderfalke, Seeadler, Rotmilan, Turmfalke, Mäusebussard, Graureiher, Weißstorch, Uhu und Kiebitz ergeben sich entweder keine relevanten Beeinträchtigungen oder es sind Vermeidungsmaßnahmen bereits definiert, die die Einhaltung des artenschutzrechtlichen Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG gewährleisten. Wir fügen in Kopie in der Anlage die Untersuchung "Avifauna im geplanten Windpark Bröckelbeck, Landkreis Cuxhaven, Aktualisierung planungsrelevanter Arten 2015" vom 10.08.2015 bei.	Siehe P97a.09. - Das angesprochene Gutachten lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 hier noch nicht vor; es ist ja - lt. Titelblatt - auch erst am 10. August 2015 abgeschlossen worden. Leider fehlen die Abbildung 2 "Brutvögel (Planungsrelevante Arten)" und die Abbildung 3 "Raumnutzungs- und Konflikte". Von daher war in der Auswertung der Einwenden eine Prüfung nur sehr eingeschränkt möglich.	Kenntnisnahme.
P97a	P97a.12	SO 12	5. Ferner sind die angewandten Pufferbereiche bei der Potenzialfläche „Hemmoor-Bröckelbeck“ im Wesentlichen (und ermessenswidrig) an den Prüfbereichen und nicht an den Mindestabständen orientiert. Im konkreten Fall betrifft es den Seeadler, Uhu und Graureiher. Der festgelegte Prüfbereich der NLT „Arbeitshilfe zu Naturschutz und Windenergie“ (Stand: Oktober 2014) beschreibt jedoch Radien um die jeweiligen Brutvorkommen, innerhalb derer zu prüfen ist, ob Nahrungshabitate der betroffenen Art oder Artengruppe vorhanden sind und inwiefern diese durch das Projekt beeinträchtigt werden. Ein abstrakter/pauschaler Ausschluss ohne konkrete Einzelfallprüfung in diesen Radien widerspricht dieser Vorgabe und stellt somit ein Verstoß gegen den Vorbehalt des Gesetzes dar - und ist überdies ermessenswidrig.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Der mittlere und südliche Teil der Potenzialfläche 049 liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Wespenbussard-Vorkommen. Im Bereich des Westerbergs sind zwei weitere Wespenbussard-Vorkommen bekannt. - Im Jahr 2011 wurden drei Brutreviere des Wespenbussards im Bereich des Westerbergs festgestellt. - Der südliche Teil des Gebietes liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Uhu-Vorkommen. - Das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler Vorkommen. - Das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu zwei oder drei Uhu-Vorkommen (... in einem Fall ist der Status derzeit unklar). - Nahezu das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einer Graureiher-Kolonie. - In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung ist ausgesagt, dass die Angaben zu den Prüfbereichen nicht bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden sind; diese Prüfung hat vielmehr im Rahmen nachfolgender Planungen und Genehmigungsverfahren zu erfolgen. Mithin handelt es sich auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms um	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				eine insoweit etwas "schematische", dem Planungsmaßstab gleichwohl angemessene Prüfung. - Das jährliche Nachvollziehen der Vorkommen und Raumnutzung eines Brutvogelvorkommens ist nicht Aufgabe des Regionalen Raumordnungsprogramms; hier geht es um einen Planungshorizont von etwa 10 Jahren.	
P97a	P97a.13	SO 12	Beispielsweise wird durch diese Fehlbewertung nicht berücksichtigt, dass der im südlichen Bereich kartierte Uhu zur Nahrungssuche ausschließlich in den Süden fliegt. Die Folge hiervon ist eine Überwertung der naturschutzfachlichen Auswirkungen des Uhu-Vorkommens und eine in rechtlicher Hinsicht unzulässige Beschränkung der Nutzbarkeit der hier in Rede stehenden Flächen, die unsere Mandantin für die Errichtung und den Betrieb des Windparks Bröckelbeck vertraglich gesichert hat.	Siehe 097a.12. - Die für die Ebene der Bauleitplanung bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erstellten Gutachten mit Aussagen zur Raumnutzung mögen zu detaillierteren Ergebnissen gekommen sein; in den Folgejahren kann sich die Situation im Hinblick auf Vorkommen und Raumnutzung von Brutvögeln durchaus ändern. - Das jährliche Nachvollziehen der Vorkommen und Raumnutzung eines Brutvogelvorkommens ist nicht Aufgabe des Regionalen Raumordnungsprogramms; hier geht es um einen Planungshorizont von etwa 10 Jahren.	Kenntnisnahme.
P97a	P97a.14	E 01	6. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass selbst der Mindestabstand (Seeadler 3.000 m, Uhu 1.000 m und Graureiher 1.000 m) lediglich eine Empfehlung der "Arbeitshilfe" darstellt. Es handelt sich deshalb hier lediglich um eine Verwaltungsvorschrift, die gegenüber einer bescheidenden Behörde eine ermessenslenkende Wirkung hat, welche jedoch gerade eine Einzelfallprüfung nicht entbehrlich macht. Es besteht immer die Pflicht des Plangebers, sich zumindest mit den zugrunde liegenden Verbot-Ausnahme-Konstellationen planerisch auseinander zu setzen und dies in das auszuübende Ermessen mit einzubeziehen. Dies ist hier offensichtlich nicht geschehen. Anerkannt ist überdies eine mögliche Reduzierung des Schutzbereiches, wenn nicht der gesamte Radius als Brutplatz benötigt wird. Darüber hinaus existieren verschiedene, gesetzliche Ausnahmen, wie beispielsweise § 45 Abs. 7 BNatSchG, die zu beachten wären - hier aber offensichtlich nicht beachtet worden sind. Eine solche Nichtbeachtung stellt wiederum einen maßgeblichen Abwägungsfehler dar, der die Rechtmäßigkeit der Planung insgesamt in Frage stellt.	Siehe 097a.12. - Die Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten sind für die Ebene der Regionalplanung weithin akzeptiert und mehrfach/vielfach von Gerichten als Beurteilungsgrundlage bestätigt worden. - Auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms handelt es sich um eine etwas "schematische", dem Planungsmaßstab gleichwohl angemessene Prüfung. - Das jährliche Nachvollziehen der Vorkommen und Raumnutzung eines Brutvogelvorkommens ist nicht Aufgabe des Regionalen Raumordnungsprogramms; hier geht es um einen Planungshorizont von etwa 10 Jahren.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.15	E 01	<p>7. Vergleicht man die jetzt vorliegende Regionalplanung mit der Bewertung der Fläche aus dem RROP 2012, lässt sich die aktuelle Bewertung der hier maßgeblichen Fläche ebenfalls nicht nachvollziehen. Im RROP 2012 wurde die Fläche "Hemmoor-Bröckelbeck" als Vorranggebiet für Windenergienutzung ausgewiesen. Unter dem Punkt "mögliche Umweltauswirkungen" wurde in den Unterlagen zum RROP 2012 außerdem festgestellt, dass das Gebiet ein Brutvogel-Lebensraum von regionaler Bedeutung sei, vgl. RROP 2012, Umweltbericht, S. 78. Zwar verweisen die Unterlagen aus 2012 auch auf eine noch durchzuführende Kartierung im Genehmigungsverfahren, trotzdem hat dies den Plangeber im Jahr 2012 nicht davon abgehalten, die Fläche als Vorranggebiet für Windenergienutzung auszuweisen. Dies trotz der Tatsache, dass ein Gutachten von BIOS zu diesem Zeitpunkt bereits vorlag. Die Entscheidung, weshalb aufgrund eben dieses BIOS-Gutachtens nunmehr die hier von unserer Mandantschaft als auszuweisen begehrte Fläche Bröckelbeck entfallen soll, ist daher nicht nachvollziehbar. Die Entscheidung wurde außerdem insoweit überhaupt nicht begründet. Es liegt deshalb auf der Hand, dass der Plangeber sich mit einer Bewertung des BIOS-Gutachtens, aber auch der aktuellen gutachterlichen Betrachtungen, überhaupt nicht auseinandergesetzt hat, was einen klaren Abwägungsfehler darstellt,</p>	<p>Bekanntlich begann das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms, das mit dem am 28. Juni 2012 rechtskräftig gewordenen Regionalen Raumordnungsprogramm endete, bereits im Jahr 2008. Bei der Abgrenzung der damaligen Vorranggebiete Windenergienutzung lagen Daten zu den Vogelbrutgebieten und den Gastvogellebensräumen aus dem Jahr 2008 zugrunde; im weiteren Verfahren wurden Daten aus dem Jahr 2010 herangezogen. In weiten Teilen ist die Datengrundlage heute sehr viel genauer. - Bei der Erstellung der Entwürfe zum sachlichen Teilabschnitt Windenergie in den Jahren 2009/2010, 2014 und 2015 wurde jeweils auf die hier verfügbare - aber eben auch heterogene - Datengrundlage zu den Brut- und Gastvögeln zurückgegriffen. Eine systematische Erfassung und Bewertung des Gebietes des Landkreises Cuxhaven - nach Abzug der harten Tabuzonen - im Hinblick auf die Brut- und Gastvögel ist nicht erfolgt. Sie wäre auch extrem aufwändig. - Der Leitfaden "Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen" (Fassung: 23. November 2015) sagt aus, dass eine rechtliche Verpflichtung zur Durchführung einer Artenschutzprüfung für die Regionalen Raumordnungsprogramme (RROP) nicht besteht, sondern erst für die nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren. Bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergienutzung auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms ist es allerdings sinnvoll, die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung zu berücksichtigen, soweit sie auf dieser Ebene bereits ersichtlich sind. Auf diese Weise lassen sich regionalplanerische Festsetzungen vermeiden, die in nachgeordneten Verfahren aus Artenschutzgründen nicht umgesetzt werden können [Leitfaden, Kap. 4.1].</p>	Kenntnisnahme.
P97a	P97a.16	E 01	<p>8. Im Ergebnis ist deshalb der Ausschluss der hier maßgeblichen Fläche Bröckelbeck aufgrund der vermeintlichen Unterschreitung der Mindestgröße, welche eine solche Fläche vorweisen "muss", rechtlich überaus zweifelhaft. Dies einerseits, weil die hier in Rede stehende Potentialfläche sowohl im nördlichen, als auch im südlichen Bereich erheblich größer ausfallen müsste, da Faktoren zur Flächenverminderung geführt haben, die nicht oder nicht in der vorhandenen Weise überhaupt flächenrelevant sind. Außerdem ist auf Basis einer zeitlich weit überholten avifaunistischen Kartierung eine Beeinträchtigung der Avifauna angenommen worden für den Fall, dass die hier maßgebliche Fläche mit Windkraftanlagen bebaut wird, obgleich aktuelle avifaunistische Bewertungen eine solche These Oberhaupt nicht stützen.</p>	<p>Siehe P097a.07 bis P07a.15. - Im Jahr 2011 wurden drei Brutreviere des Wespenbussards im Bereich des Westerbergs festgestellt. Die Daten sind aktuell etwa 4 1/2 Jahre alt.</p>	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.17	E 01	Insgesamt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als hätte der Plangeber unter Missachtung der von ihm einzuholenden strikten Abwägungskriterien und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts alles versucht, um die Fläche Bröckelbeck möglichst so stark zu verkleinern, dass sie insgesamt "durch das Prüfraster fällt" und als zu kleine Fläche von vornherein nicht mehr berücksichtigt werden "darf". Aus den von uns geschilderten Gründen ist der Abwägungsvorgang des Plangebers allerdings rechtlich unzulässig, weshalb ein Regionalplan, der auf der jetzt zu Tage tretenden Basis verabschiedet wird, allen rechtlichen Überprüfungen nicht standhalten wird.	Bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde ein einheitliches Planungskonzept angewandt. Alle Potentialflächen wurden gleich behandelt.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.18	E 01	III. Keine Schaffung von substanziellem Raum für Windkraft/Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Schließlich ist noch festzustellen, dass die gegenwärtig vom Plangeber vorbestimmten Vorranggebiete kein hinreichendes Flächenpotential für die Windenergie gewährleisten und der Windenergie im Abweichung von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht in der erforderlichen Weise substantiell Raum schaffen.	Wie in der Begründung dargelegt wurde (vgl. S. 37), wird der Windenergie sehr wohl substantiell Raum geschaffen.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.19	B 06	1. Aus den Planunterlagen ergibt sich, dass die Rotoren der Windkraftanlagen innerhalb der ausgewiesenen, wenngleich nicht flurstücks-scharfen, Vorrangflächen liegen müssen. Hieraus ergibt sich eine stark eingeschränkte Nutzbarkeit der ohnehin schon zu geringen Flächen für die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen. Nach Maßgabe des DEWI-Beitrages "Rotorblattspitze innerhalb oder außerhalb der Konzentrationszone: welchen Einfluss hat dies auf den Flächenbedarf einer Windenergieanlage" (Juni 2015) wird die tatsächlich für Windkraftanlagen zur Verfügung stehende Fläche durch diese Regelung um ca. 20 % faktisch verringert. Sofern argumentiert werden könnte, es sei ein Vorsorge-Abstand der Windkraftanlagen bis zur Flügelspitze (der äußerten Flügelspitze) zu wählen, ist dies zumindest in schalltechnischer Hinsicht nicht erforderlich. Die Geräuschquelle befindet sich in der Gondel, von dort geht die Immission aus, im übrigen auch rechnerisch nach Maßgabe der TA-Lärm. Die Schaffung eines Extra-Abstandspuffers zwischen Gondel und Vorranggebiets-Grenze ist schon aus diesem Grunde systemwidrig und dürfte abwägungsfehlerhaft sein, da eine Schallausbreitung bei einer solchen Betrachtung gerade nicht vom Rand des Vorranggebietes entsteht, sondern - und damit weit weniger intensiv - aus einem Kernbereich des Gebietes, welcher um 60 m weiter innerhalb der Fläche liegt, als diese Fläche tatsächlich ausgewiesen ist. Dies jedenfalls, wenn man marktübliche Rotordurchmesser von 120 m zugrunde legt.	Die Regelung in Ziffer 06 setzt die aktuelle Rechtssprechung um und berücksichtigt die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, die vor einem über die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände hinausgehendes Heranrücken der WEA geschützt wird. Die Gründe für die Regelung wurden ausführlich in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.20	E 01	2. Überhaupt nicht bei der gegenwärtigen Planung berücksichtigt, wird die Tatsache, dass bei Test- bzw. Pilot-Windparks nach allen Entscheidungsmaßgaben für die Genehmigungsbehörden andere Abstandsregelungen untereinander gelten, als die hier zugrunde gelegten mindestens 4 km.	Dies ist zwar richtig, es ist jedoch nicht ersichtlich, wieso dieser Aspekt für die Planung relevant sein soll.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.21	E 01 / B 11	Das Gleiche gilt für verringerte Abstandsflächen bei Repowering Windkraftanlagen, die, bei wachsender Anlagengröße, logisch zwingend geringere Abstände einhalten müssen als die auszutauschenden Vorgänger-Anlagen. Sofern sich der Entwurf des RROP hiermit auseinandersetzt, halten wir die Festlegung, in einigen Repowering-Flächen dürfe die vorherige überstrichene Rotorfläche um lediglich maximal 15% überschritten werden, für ermessensfehlerhaft. Eine solche Einschränkung der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit des Repowerings führt zu einer unzulässigen Verhinderung von ansonsten zulässigen Vorhaben.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.
P97a	P97a.22	E 01	3. Wie sich schließlich der Begründung des regionalen Raumordnungsprogramms entnehmen lässt, hat der Landkreis Cuxhaven im aktuellen Entwurf des Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen (Stand Mai 2015) als Orientierungswert 1,98 % der Landkreisfläche festgelegt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.23	E 01	Addiert man die im Plan für Windkraft vorgesehenen Flächen, ergibt sich ein Wert von 1,99 % der insgesamt im Landkreis vorhandenen Flächen (0,51% für Vorrangflächen + 1,42 % bauplanerisch gesicherte Bereiche + 0,06 % landesplanerische Festlegungen). Diese übersteigt nur minimal den Orientierungswert. Berücksichtigt man dann jedoch, dass eine Vielzahl der verbleibenden Potentialflächen wegen naturschutzfachlicher Belange nur bedingt geeignet sind, so dass bei der Umsetzung der planerisch im Ergebnis gestatteten Projekte weitere Flächen wegfallen, wird der Orientierungswert erheblich unterschritten. Dies um so mehr, als das regionale Raumordnungsprogramm vorsieht, dass sich die Rotorblattspitzen innerhalb der Konzentrationszone befinden sollen. Die tatsächlich nach Maßgabe des regionalen Raumordnungsprogramms der Windkraft zur Verfügung zu stellende Fläche wird deshalb bei vermutlich weniger als 1,8 % liegen, so dass die eigene planerische Vorgabe des Plangebers hierdurch konterkariert wird. Faktisch handelt es sich deshalb insgesamt in verschiedener Ebene um unzulässige Verhinderungsplanung.	Derzeit liegt lediglich ein Entwurf des Windenergieerlasses vor, in dem ein nicht verbindlicher Orientierungswert benannt wird. Entscheidend ist jedoch die Frage, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wurde. Ein Wert von 0,5% der Landkreisfläche wird dabei nach gängiger Rechtssprechung und Literatur als ausreichend angesehen. Diesen Wert übertrifft der Landkreis Cuxhaven um ein vielfaches. Alle vom Landkreis Cuxhaven ausgewiesenen Vorranggebiete sind für eine Windenergienutzung geeignet. Andernfalls hätte der Landkreis Cuxhaven sie nicht ausweisen dürfen. Auch die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind für eine Nutzung durch Windenergieanlagen geeignet, andersfalls hätten sie in der Abwägung entfallen müssen. Durch die Regelung in Ziffer 06 entfallen keineswegs Flächen für die Windenergie. Die Größe der Vorranggebiete und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche bleibt identisch. Es können lediglich möglicherweise weniger Anlagen errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.24	SO 17	B. Stellungnahme für die Windpark Mittelstenahe GmbH & Co. Betriebs KG Für die Windpark Mittelstenahe GmbH & Co. Betriebs KG verweisen wir zunächst vollinhaltlich auf die bereits oben unter tit. A. für die Energiequelle GmbH abgegebene Stellungnahme. Überdies beschneidet der jetzige Entwurf des RROP 2015 in rechtlich unzulässiger Weise die bereits bestehende Sonderbaufläche Windenergienutzung Lahmstedt Mittelstenahe am westlichen Rand in einer Breite von ca. 300 m.	Die Darstellung des bauleitplanerischen Bereiches des Windparks Lamstedt-Mittelstenahe basiert auf der 22. FNP-Änderung der Börde-Lamstedt vom 12.02.2003. Diese bauleitplanerisch gesicherte Fläche wurde nahezu in Gänze übernommen. Es wurde lediglich der Teil der Fläche herausgenommen, in dem eine Windenergieanlage steht die laut Urteil des OVG Lüneburg den Denkmalschutz des Gutes Haneworth verletzt (siehe Begründung S. 49). Eine darüber hinausgehende Verkleinerung des bauleitplanerisch gesicherten Bereiches hat, insbesondere im Westen der Fläche, nicht stattgefunden.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.25	SO 17	Im Einzelnen: 1. Die Planunterlagen zur Sonderbaufläche Windenergienutzung Lahmstedt-Mittelstenahe lassen die faktisch offensichtlich geplante Einschränkung der Fläche an ihrer Westseite in einer Breite von ca. 300 m nicht deutlich werden. Die Erläuterungen hierzu ab S. 48 im Erläuterungsbericht geben auch nach mehrfacher Bewertung keinen Anlass, davon auszugehen, dass diese Sonderbaufläche faktisch verkleinert werden soll. Im Gegenteil: das hier maßgebliche Kapitel (auf S.49) kommt zu dem Ergebnis, dass der Standort Lahmstedt Mittelstenahe im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen und einem Repowering zugeführt werden könne. Da auf großen Teilen der Fläche auf Ebene der Regionalplanung keine absolut entgegenstehenden Belange für die Errichtung von WEA gesehen werden, überwiegen das Interesse der Allgemeinheit an der Verwirklichung der Energiewende, das Interesse der Gemeinde an den wirtschaftlichen Vorteilen sowie die Interessen der Grundstückseigentümer und Investoren an der Entwicklung des Ständortes. Trotzdem wird diese Fläche verkleinert und damit im Widerspruch zu der Darstellung der Ermessensausübung in der Planerläuterung der Windkraft Ausbreitungsraum genommen.	Siehe Stellungnahme P097a.24	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97a	P97a.26	E 11	2. Zwar ergibt sich aus dem Erläuterungsbericht, S.48, unten, S. 49, oben, dass aus naturschutzfachlicher Sicht Belange vorhanden seien, die einer "ausnahmsweisen Übernahme" entgegenstehen könnten. Diese Belange, mithin das Vorkommen von Kiebitzen, das potentielle Vorkommen von Waldohreulen sowie die große Nähe eines Gastvogel-Lebensraums mit landesweiter Bedeutung bzw. lokaler Bedeutung für die Arten Kranich, Singschwan, Saatgans, Kiebitz, Graugans, großer Brachvogel und Sturmmöwe, sind indes nicht korrekt ermittelt worden. Faktisch ist aus avifaunistischer Sicht und auch gutachterlich durch unsere Mandantin nachgewiesen, eine Sensibilität der hier maßgeblichen Flächen gerade nicht gegeben. Insoweit wäre zwar, dies wiederum ergibt sich aus der schriftlichen Planerläuterung, die vollständige Übernahme der bislang schon im Jahr 2012 ausgewiesenen Fläche auch in den RROP 2015 logisch. Die kartografisch allerdings nachweisbare Flächenverkleinerung widerspricht wiederum dieser Bewertung.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 66 bis 68 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Für den Teil der Potenzialfläche, der im westlichen Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt und in dem bisher keine Windenergieanlagen realisiert worden sind, lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Dieser Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung ist für ein Repowering ungeeignet. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten außerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P97a	P97a.27	E 11	3. Im Ergebnis ist daher die planerische Aussage widersprüchlich, zumindest jedoch unklar. Unsere Mandantin hat den Eindruck, als hätte der Plangeber hier sein Ermessen nicht oder zumindest nur fehlerhaft ausgeübt. Einzig ermessensgerecht wäre eine vollständige Übernahme der bislang schon vorhandenen Fläche in die aktuelle Regionalplanung. Genau dies scheint aber nicht der Fall zu sein. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.	Siehe Stellungnahme P097a.24	Nicht zu berücksichtigen.
P97b	P97b.01	SO 12	1 Aufgaben- und Zielsetzung Im Februar 2015 wurde das Institut für Ökologie und Naturschutz Niedersachsen (IfÖNN GmbH) von der Energiequelle GmbH, Bremen, als Träger des Vorhabens beauftragt, eine Aktualisierung zum Vorkommen der planungsrelevanten Vogelarten mit Abstandsregelungen zu Windenergieanlagen (NLT 2014) für das Plangebiet bei Bröckelbeck im Landkreis Cuxhaven vorzunehmen. Die relevanten Arten Wanderfalke, Seeadler, Wespenbussard, Weißstorch, Kiebitz und Uhu sind aus den Voruntersuchungen aus dem Jahr 2011 (ECO CONSULT & CONCEPT 2011, aktualisiert 2014, IFÖNN 2015) und aus den Stellungnahmen des Genehmigungsverfahrens bekannt. Als Vorhaben ist der Bau von sechs Windenergieanlagen (WEA) vom Typ Enercon E 101 mit einer Nabenhöhe von 135,5 m und einörm Rotordurchmesser von 101 m geplant. Das Ziel der Aktualisierung ist es, die in der artenschutzrechtlichen Prüfung (IFÖNN 2015) aufgeführten Konflikte mit neuem Datenmaterial erneut zu betrachten und Aussagen zu deren Gültigkeit vorzunehmen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Siehe P97a.07 bis P097a.16. - Das Gutachten "Avifauna im geplanten Windpark Bröckelbeck, Landkreis Cuxhaven - Aktualisierung planungsrelevanter Arten 2015" lag zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 hier noch nicht vor; es ist ja - lt. Titelblatt - auch erst am 10. August 2015 abgeschlossen worden. Leider fehlen die Abbildung 2 "Brutvögel (Planungsrelevante Arten)" und die Abbildung 3 "Raumnutzungs- und Konfliktkarte". Von daher war eine Prüfung im Rahmen der Auswertung der Einwendungen nur sehr eingeschränkt möglich. Das Gutachten bezieht sich auf die nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. - Mehrfach wurde im vorstehend genannten Gutachten auf das Gutachten "Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zum geplanten Windpark Bröckelbeck, Landkreis Cuxhaven" Bezug genommen; dieses Gutachten war der Einwendung ebenfalls nicht beigelegt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97b	P97b.02	SO 12	<p>2 Untersuchungsgebiet</p> <p>(Abb. 1: Lage des Untersuchungsgebietes. Das Eingriffsgebiet (schraffiert) liegt im Zentrum, umgeben von einer 1 km Zone (rote Linie) und einer 2 km Zone (gestrichelte äußere Linie).</p> <p>Das Untersuchungsgebiet wird von Acker- und Intensivgrünlandnutzung bestimmt. Das Landschaftsbild in der Eingriffsfläche ist vorwiegend offen, allerdings sind viele Schläge noch von Hecken oder Baum- und Buschreihen gefasst. Besonders die von Norden aus ins Gebiet führenden Wegeverläufe sind auf größeren Strecken beidseitig mit Hecken bepflanzt. Der umgebende Untersuchungsraum ist ebenfalls von intensiver Landwirtschaft geprägt. Es überwiegt die Ackerbewirtschaftung (überwiegend große Maisschläge), Grünlandflächen sind vor allem im Westen im Bereich Bröckelbeck und Westersode verbreitet. Im westlichen und südlichen Bereich des Untersuchungsgebiets liegen größere aktiv betriebene oder inzwischen stillgelegte Sandabgrabungen.</p> <p>Mit Ausnahme des großen Westerbergwaldes im Süden gibt es noch einige kleinere Waldstücke und Feldgehölze und angrenzender Waldstücke im zentralen Untersuchungsgebiet etwa südlich und südöstlich von Bröckelbeck. Fichten, Kiefern und Eichen bilden den Hauptanteil der Watdflächen. Weiteres Gehölz ist in Form meist einreihiger Hecken oder Baumreihen an den Wegen und Straßenzügen vorhanden.</p> <p>Mit dem Mühlenbach und dem Mühltelch an der K29 Im Norden, kleineren Fischteichen am Stubbenwischweg und den größeren Teichen in den aufgelassenen Sandabgrabungen am Hollbecker Berg an der südlichen Grenze des Untersuchungsgebiets gibt es keine nennenswerten Gewässer im Gebiet.</p>	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.03	SO 12	<p>3 Methodik</p> <p>Die Kartierung der planungsrelevanten Brutvogelarten erfolgte durch zehn Begehungen in der Zeit von Ende Februar bis Anfang Juli 2015 unter Berücksichtigung der Kriterien nach SÜBECK et al. (2005). Die Erfassungstermine sind in Tabelle 1 zusammengefasst (Tab. 1: Begehungszeiten und Untersuchungsschwerpunkte) [Tabelle mit Überblick zu Begehungszeiten und Untersuchungsschwerpunkten, Anm.].</p>	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.04	SO 12	<p>Die Kartierungen erfolgten durch Verhören der artspezifischen Gesänge, über Sichtbeobachtungen, Revieranzeigen, Fütterungen etc.. Dabei wurden alle hör- und sichtbaren relevanten Vögel erfasst und in Rohkarten eingezeichnet. Insbesondere wurde auf die Registrierung sogenannter "Revier anzeigender Merkmale" geachtet, das sind singende Männchen, rezente Nester, bettelnde bzw. jungtlügge Nestlinge, warnende und/oder Nistmaterial oder Futter transportierende Alttiere. Die planungsrelevanten Vogelarten wurden im 2-km-Umkreis zu den geplanten Windenergieanlagen erfasst. Überfliegende Gastvögel wurden unter Angabe von Anzahl, Flugrichtung und der geschätzten Höhe protokolliert.</p>	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.05	SO 12	<p>4 Ergebnisse</p> <p>Da die Untersuchung insbesondere auf die Aktualisierung der Datenlage der planungsrelevanten Vogelarten ausgerichtet war, wurden die übrigen Arten nachrangig erfasst. In der Tabelle 2 sind alle Arten aufgeführt, die im Jahr 2015 im Untersuchungsgebiet angetroffen wurden. Tab. 2: Liste der nachgewiesenen Vogelarten [anliegende Tabelle mit Liste nachgewiesener Vogelarten, Anm.]. Die planungsrelevanten Brutvogelarten sind in der Abbildung 2 mit Hinweis auf den Brutstatus dargestellt. In der Konfliktkarte (Abb. 3) werden sämtliche Aufenthaltsorte dieser Arten im Untersuchungsgebiet aufgeführt. Im Folgenden werden die relevanten Arten und die Vorkommen näher beschrieben.</p>	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.06	SO 12	<p>4.1 Wanderfalke</p> <p>Der Wanderfalke brütete wie bereits im Jahr 2010 erneut auf einem Sendeturm bei Wohlenbeck. Am 8. März wurde dort ein balzendes Paar beobachtet und am 30. Mai gab es durch das Vorkommen eines Jungtieres einen Brutnachweis. Im 1-km-Umkreis der geplanten WEA wurden keine Wanderfalken beobachtet. Im 2-km-Umkreis gab es nur bei einer Begehung am 28. April ein Überfliegendes Tier bei Westersode (s. Abb. 3).</p>	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.07	SO 12	<p>In der Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 1.000 m zum Brutplatz empfohlen und der Leitfadens zur Umsetzung des Artenschutzes bei Windenergieanlagen (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Ein PrOfbereich ist nicht getordert. Da die Entfernung zwischen dem Brutplatz und der geplanten WEA 6 ca. 1,5 km beträgt, wird kein erhöhtes Tötungsrisiko prognostiziert.</p>	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97b	P97b.08	SO 12	4.2 Seeadler Beiden zehn Begehungen wurde einmal, am 5.4.15, ein juveniler Seeadler im 1-km-Umkreis zwischen HeeBel und dem Hollenbecker Berg beim Thermikkreisen in etwa 700 m Höhe beobachtet. Das Jungtier flog in südlicher Richtung davon (s. Abb. 3). Die Entfernung zur geplanten WEA 6 beträgt ca. 760 m und zur geplanten WEA 4 ca. 1,3 km.	Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.09	SO 12	Eine einmalige Suche nach dem Seeadler westlich von Bröckelbeck blieb ohne Erfolg. Bei der Kontrolle des Nordahner Holzes wurde aus südwestlicher Richtung ein Ruf des Seeadlers verhört. Die Entfernung zur geplanten WEA 2 beträgt ca. 5,7 km.	Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.10	SO 12	Nach Angaben der Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven gibt es ein Brutvorkommen des Seeadlers am Balksee, mehr als 3 km von der Potenzialfläche entfernt. Der genaue Brutstandort wurde nicht bekannt gegeben, so dass eine Analyse der genauen Entfernung und zum Brutstatus nicht stattfinden konnte. In der Arbeitshilfe (NLT 2074) wird ein Mindestabstand von 3.000 m zum Brutplatz empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Der Prüfbereich (bei relevanten Hinweisen auf regelmäßig genutzte, essentielle Nahrungshabitate und Flugkorridore) beträgt 6.000 m. Gelegentliche Überflüge oder eine mögliche Nutzung der Gewässer am Hollbecker Berg sind möglich, sie sind aber nach den bisherigen Beobachtungen nicht signifikant. In dem Detailblatt Seeadler im Artenschutzbericht (IFÖNN 2015) wurden wahrscheinliche Flugbewegungen zu besser geeigneten Nahrungsgewässern aufgezeigt und es werden keine artenschutzrechtlichen Verstöße erwartet.	Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.11	SO 12	4.3 Rotmilan Der Rotmilan wurde aktuell nur außerhalb des Untersuchungsgebietes beim Nordahner Holz als Gastvogel nachgewiesen. Das Vorkommen lag ca. 5 km südwestlich der geplanten WEA 2. Auch in der früheren Kartierung gab es im Untersuchungsgebiet keinen Brutverdacht, sondern nur gelegentliche Überflüge (EGO C&C 2017). In der Arbeitshilfe (NLT 2074) wird ein Mindestabstand von 7.500 m zum Brutplatz empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Der Prüfbereich beträgt 3.000 m. Gelegentliche Überflüge oder Jagdflüge sind möglich, es sind aber keine artenschutzrechtlichen Verstöße zu erwarten.	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.12	SO 12	4.4 Turmfalke Es gab im Untersuchungsgebiet keinen Brutverdacht. Bei drei Begehungen wurden einzelne Turmfalken bei der Nahrungssuche nördlich der Potenzialfläche zwischen Bröckelbeck und Westersode beobachtet. In der früheren Kartierung gab es im Untersuchungsgebiet ebenfalls keinen Brutverdacht, wohl aber Nahrung suchende Tiere (ECO C&C 2011). In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 500 m zum Brutplatz empfohlen und im Leitfaden (MUEK 2015) wird diese Art nicht benannt. In der Arbeitshilfe wird ein Prüfbereich von 1.000 m genannt. Gelegentliche Überflüge oder Jagdflüge sind möglich, es sind aber keine artenschutzrechtlichen Verstöße zu erwarten.	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97b	P97b.13	SO 12	<p>4.5 Wespenbussard</p> <p>Der Wespenbussard wurde aktuell nicht im Untersuchungsgebiet nachgewiesen. Eine stichprobenartige Horstsuche im Nadelwald am Westerberg war nicht erfolgreich. Allerdings ist die Horstsuche in Nadelwaldbeständen immer nur eingegrenzt möglich und zeitaufwändig. Bei einer Begehung des Waldes im 1 -km-Umkreis der geplanten WEA wurden keine Rufe des Wespenbussards vernommen.</p> <p>Nach Angaben der Naturschutzbehörde des Lanäkreises Cuxhaven gab es im Jahr 2011 nach einem unveröffentlichten Gutachten der BIOS, Osterholz-Scharmbeck, drei Brutreviere im Wald vom Westerberg, von denen eines ca. 350 m vom Vorhabengebiet entfernt sein sollte. Die Angaben beruhen auf zwei Begehungen am 23.5.2011 und am 21.7.2011 durch Daueransatz mit drei Personen rund um den Wald (BIOS, Herr Schikore, schr. Mitt. 2015). Die Brutverdachtsangaben beruhen auf der Beobachtung von Balzflügen und der späteren Anwesenheit. Es gab bei dieser Untersuchung keine Horstsuche und es wurden auch keine Horste festgestellt.</p> <p>Der Wespenbussard ist in Niedersachsen von Anfang Mai bis September anwesend. In der Untersuchung von ECO C&amp;C (2011) wurden in diesem Zeitraum bei 19 Begehungen im Jahr 2010 viermal überfliegende Einzeltiere im Untersuchungsgebiet nachgewiesen und Anfang Juli einmalig vier überfliegende Tiere. Innerhalb des 2-km-Umkreises um die geplanten WEA wurde im Jahr 2010 im nördlichen Teil des Westerbergwaldes kein Brutvorkommen vermutet. Bei einer aktuelleren Begehung am 17.06.2014 gab es im Südbereich des Westerbergwaldes eine Brutzeitfeststellung (BIOS, Herr Schikore, schr. Mitt. 2015). In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 1.000 m zum Brutplatz empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Ein Prüfbereich ist nicht gefordert. Gelegentliche Überflüge oder Jagdflüge sind möglich, es sind aber keine artenschutzrechtlichen Verstöße zu erwarten.</p>	<p>Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Der mittlere und südliche Teil des Gebietes liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Wespenbussard-Vorkommen. Im Bereich des Westerbergs sind zwei weitere Wespenbussard-Vorkommen bekannt.</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.14	SO 12	<p>4.6 Mäusebussard</p> <p>Innerhalb des UG gab es aktuell zwei Brutnachweise des Mäusebussards zwischen Bröckelbeck und Dornsode. Der Mäusebussard ist in Niedersachsen nicht gefährdet, ist aber wie alle Greifvögel nach § 7 (2) Nr. 14 BNatSchG streng geschützt. Die geringste Entfernung zur geplanten WEA 1 beträgt 730 m.</p> <p>In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 500 m zum Brutplatz empfohlen und im Leitfaden (MUEK 2015) wird diese Art nicht benannt. In der Arbeitshilfe wird ein Prüfbereich von 1.000 m genannt. Gelegentliche Überflüge oder Jagdflüge sind möglich, es sind aber keine artenschutzrechtlichen Verstöße zu erwarten.</p>	<p>Siehe P097b.01.</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.15	SO 12	<p>4.7 Graureiher</p> <p>Am westlichen Ufer des Kreidesees Hemmoor existiert seit längerem eine Graureiherkolonie. Es wurden bei einer Begehung am 25. Februar 45 Nester gezählt und es hielten sich zehn Tiere in unmittelbarer Nähe auf. Im Untersuchungsgebiet wurden bei zwei Begehungen zwei bzw. fünf Graureiher bei der Nahrungssuche beobachtet. Die Aufenthaltsorte lagen beide an einem Graben bzw. an der Hollbeck nördlich der Potenzialfläche in der Nähe der Kiebitzreviere.</p> <p>In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 1.000 m zu Koloniebrütern empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. In der Arbeitshilfe wird ein Prüfbereich von 3.000 m genannt. Da die Entfernung zwischen der Kolonie am Kreidesee und der geplanten WEA 1 ca. 2,6 km beträgt und das Untersuchungsgebiet kaum zur Nahrungssuche aufgesucht oder durchflogen wird, sind keine artenschutzrechtlichen Verstöße zu erwarten.</p>	<p>Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Nahezu das gesamte Gebiet liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einer Graureiher-Kolonie.</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.16	SO 12	<p>4.8 Weißstorch</p> <p>Vom Weißstorch gab es im Jahr 2015 drei besetzte Horste in Hemmoor-Basdahl, Hemmoor und Althemmoor. Die geringste Entfernung zur geplanten WEA 1 beträgt ca. 3,2 km. Im Untersuchungsgebiet gab es nur einmal am 28. April ein hoch fliegendes Tier (Thermikkreisen) am Ortsrand von Westersode.</p> <p>In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 1.000 m zum Brutplatz empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Gelegentliche Überflüge oder Jagdflüge sind möglich, es sind aber keine artenschutzrechtlichen Verstöße zu erwarten.</p>	<p>Siehe P097b.01. - Den Ortsteil Hemmoor-Basdahl gibt es nicht.</p>	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97b	P97b.17	SO 12	<p>4.9 Uhu</p> <p>Das Brutrevier auf dem Gebäude in der alten Sandgrube Hollbecker Berg war wieder besetzt und mit dem Nachweis von drei rufenden Jungtieren gab es eine erfolgreiche Brut. Der Brutplatz ist von der geplanten WEA 6 ca. 860 m und von der WEA 4 1,4 km entfernt. Es gab mehrere Mal Uhurufe vom nördlichen Waldrand des Westerberges an der K21 in Höhe einer Sandgrube. Anfang März wurde hier ein Paar und ein weiteres Männchen verhört. Da zur gleichen Zeit keine Uhus am Brutplatz auf dem Gebäude der alten Sandgrube riefen, handelt es sich wahrscheinlich um eine Revierabgrenzung gegen ein weiteres Männchen. Durch das Vorkommen eines rufenden Männchens gab es eine zusätzliche Brutzeitfeststellung an der Sandgrube an der K21. Die Entfernung zur geplanten WEA 2 beträgt ca. 1,1 km.</p> <p>In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 1.000 m zum Brutplatz empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Der Prüfbereich beträgt 3.000 m. In dem Detailblatt Uhu im Artenschutzbericht (IFÖNN 20.15) wurden potenzielle Jagdreviere im 3-km-Umkreis aufgezeigt. Die Potenzialflächen für die Windkraftnutzung in Bröckelbeck sind dabei durch den überwiegenden Maisanbau ungünstige Nahrungsräume. Die Bedeutung der Waldränder als Ansitz- und Jagdstrecken sind durch die aktuelle Untersuchung gut dokumentiert. Für die am Waldrand geplante WEA 6 wurde als Vermeidungsmaßnahme zum Eintritt eines artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes nach §44 (1) Nr. 1 (Maßnahme V3, IFÖNN 2015) bei einer erfolgreichen Brut die nächtliche Abschaltung zur Zeit der Bettelphase der Jungtiere (von Mai bis Oktober) gefordert.</p>	<p>Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Der südliche Teil des Gebietes liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand] zu einem Uhu-Vorkommen. - Das gesamte Gebiet liegt innerhalb der 3.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu zwei oder drei Uhu-Vorkommen (... in einem Fall ist der Status derzeit unklar).</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.18	SO 12	<p>4.10 Kiebitz</p> <p>Zwei Paare Kiebitze brüteten nördlich der Eingriffsfläche in der Mühlenbachniederung. Die Entfernung zur geplanten WEA 1 beträgt ca. 350 m. Durch die Feldbearbeitung (Mais) wurde eine Brut vernichtet und ein neues Brutrevier (Nachgelege) wurde auf einem Maisfeld ca. 600 m weiter östlich gegründet. Dieses Ersatzrevier ist ca. 500 m von der geplanten WEA 1 entfernt. Bei der Kartierung im Jahr 2010 (ECO C&amp;C 2011) gab es an dem traditionellen Brutplatz in der Nähe der aktuellen Vorkommen vier Brutpaare und ein weiteres Brutpaar hatte ein Revier näher an der Potenzialfläche. Bei der überwiegenden Nutzung der Ackerflächen durch Mais kommt es durch die landwirtschaftliche Bodenbearbeitung immer wieder zu Gelegeverlusten, die letztlich zu einer Bestandsabnahme führen.</p> <p>In der Arbeitshilfe (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 500 m zum Brutplatz von bedrohten störungsempfindlichen Wiesenvogelarten wie dem Kiebitz empfohlen und der Leitfaden (MUEK 2015) folgt dieser Empfehlung. Es wird ein Prüfbereich von 1.000 m genannt. In den Bemerkungen der Arbeitshilfe wird zudem erwähnt, dass diese Abstände auch für regelmäßige Brutvorkommen in Ackerlandschaften gelten, soweit sie mindestens von regionaler Bedeutung sind. Die ehemals fünf Kiebitzvorkommefl im Untersuchungsgebiet im Teilgebiet II waten von lokaler Bedeutung (EGO C&amp;C 2011).</p>	<p>Siehe P097b.01. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 28 bis 30 (= Lfd. Nr. 049 - Bei Hemmoor-Bröckelbeck)]. - Im Gebiet bzw. in räumlicher Nähe zum Gebiet befinden sich sechs Kiebitz-Vorkommen.</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.19	SO 12	<p>5 Schlussfolgerungen</p> <p>Durch die Aktualisierung der Datenlage zu den planungsrelevanten Arten ergeben sich Im Vergleich zu der bisherigen artenschutzrechtlichen Einschätzung (IFÖNN 2015) keine grundsätzlich neuen Erfordernisse.</p>	<p>Siehe P097b.01.</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.20	SO 12	<p>Aus der Brutzeitfeststellung eines weiteren Uhu-Männchens an der Sandgrube an der K21 könnte sich ein neues Brutrevier ergeben. Der im Leitfaden (MUEK 2015) geforderte Prüfbereich von 1.000 m zu dieser Neuansiedlung wird aber eingehalten und zudem bieten die vorgesehenen Flächen für die Windkraftnutzung für den Uhu ungünstige Nahrungsräume. Für die am Waldrand geplante WEA 6 wird die Forderung der Vermeidungsmaßnahme (V3, IFÖNN 2015) zum Eintritt eines artenschutzrechtlichen Tötungsverbotes nach § 44 (1) Nr. 1 aufrecht erhalten. Die Maßnahme beinhaltet bei einer erfolgreichen Brut die nächtliche Abschaltung der WEA über die Zeit der Bettelphase der Jungtiere (von Mai bis Oktober).</p>	<p>Siehe P097b.01.</p>	Kenntnisnahme.
P97b	P97b.21	SO 12	<p>Die Brutvorkommen vom Wespenbussard im südlich gelegenen Westerbergwald sind unregelmäßig. Im Untersuchungsgebiet gibt es aktuell keinen Brutverdacht innerhalb des 1.000-m-Umkreises und die vom Landkreis genannte Entfernung von ca. 350 m zum Vorhabengebiet bezog sich auf einen Brutverdacht im Jahr 2011 im nordöstlichen Teil des Westerbergwaldes ohne tatsächlichen Horstnachweis. Im Jahr 2014 gab es im Südbereich des Westerbergwaldes eine Brutzeitfeststellung.</p>	<p>Siehe P097b.01.</p>	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P97b	P97b.22	SO 12	Die Anzahl der Kiebitzreviere hat sich von fünf Revieren im Jahr 2010 auf zwei Reviere (2015) reduziert. Ein Revier auf einem Maisacker in unmittelbarer Nähe zur geplanten WEA 1 wurde aufgegeben und auch am traditionellen Brutplatz nördlich der Eingriffsflächen wurde eine Grünlandfläche aktuell in ein Maisfeld umgewandelt.	Siehe P097b.01.	Kenntnisnahme.
P98	P98.01	SO 30	Gegen die Ausweisung der oben genannten Windparkflächen als Vorranggebiet habe ich als Anwohnerin folgende Anregungen und Bedenken: Begründung: -Naturschutz Die Tier- und Pflanzenwelt im Wilden Moor' wurde trotz Naturschutzstatus in Mitleidenschaft gezogen. Allein für den Bau der Zuwege und der Flächen der Fundamente für die Windkraftanlagen müssten die Hochmoorauflagen zerstört werden. Diese Hochmoorauflagen sind 8m dick. Wie soll das ausgeglichen werden. Zudem könnten die tiefen Bohrungen für die Fundamente Sogwirkung also Entwässerung bewirken, in Folge könnte das Moor austrocknen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt. - Nach der "Bodenkundlich-geologischen Karte der Marschengebiete 1:25.000, Blatt 2319" liegt im Bereich der Potenzialfläche 053 eine Torfmächtigkeit von etwa 3 bis 5 m (Hochmoor auf Niedermoor) vor. Im westlichen Teil der Potenzialfläche liegt die Mächtigkeit eher bei 3 m, im östlichen Teil eher bei 5 m. - Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P98	P98.02	SO 30	Könnte hier nicht der Vermeidungsgrundsatz gelten? Viele streng geschützte Tierarten haben hier ihren Lebensraum. (Kraniche, Weißstörche, Seeadler, Rotmilane, Kiebitze, Austernfischer, Eulen und Fledermäuse...) Sind die Belange des Naturschutzes ausreichend bewertet worden?	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P98	P98.03	SO 30	Bereits durch den Bau der Windkraftanlagen (im folgenden WKA) würden diese vertrieben, durch rotierende Flügel der WKA's können sie erschlagen werden. Nähere Erläuterungen dazu folgen im Text.	Siehe P098.02.	Kenntnisnahme.
P98	P98.04	SO 30	Auch die geplante Ausweisung des Windparks Heidbergsee/Sumpfweg ist nicht nachvollziehbar, da die Fläche bereits einmal verworfen wurde. Naturschutzbedenken vom NABU, die fachlich begründet sind dürften dem Landkreis doch bekannt sein. Viele geschützte Tierarten halten sich auch in diesem genannten zweiten Gebiet auf: Kiebitze, Weißstörche, Kraniche, die Feldlerche und die Bekassine.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 ist im Entwurf 2015 nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen worden. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P98	P98.05	SO 30	Regelmäßig fliegen hier Rotmilane und Seeadler, die Nester sind in der Nähe.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 ist im Entwurf 2015 nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen worden. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P98	P98.06	SO 30	In der Dämmerung sind verschiedene Eulenarten und Fledermäuse zu sehen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 ist im Entwurf 2015 nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen worden. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P98	P98.07	SO 30	Die Fledermäuse im Sumpfweg wurden nicht berücksichtigt sind aber vorhanden!	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 ist im Entwurf 2015 nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen worden. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P98	P98.08	SO 30	Beide Gebiete betreffend habe ich folgende Anregungen/Bedenken Viele der genannten Tiere stehen unter besonderem Schutz. Diese Tiere würden vertrieben oder könnten in die sich drehenden Windräder fliegen. Adler haben kein Vermeidungsverhalten, hinzu kommt die Sogwirkung der Rotoren. Wenn die Vögel die Gefahr bemerken ist es zu spät und sie werden erschlagen. An den Flügeispitzen gibt es Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 400 km/h! Es wurden bereits erschlagene Adler unter Windrädern gefunden!	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost) und Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 ist im Entwurf 2015 nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen worden; die Potenzialfläche 053 ist im Entwurf 2015 als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P98	P98.09	SO 30	Beim Bau der Fundamente dürfte es bereits zu erheblichen Störungen kommen. Der Untergrund ist sumpfig bzw. sandig. Wie tief müsste gebohrt werden um ein fast 200m hohes Windrad sicher zu befestigen? 1/3 der Pfostenlänge? Oder tiefer?	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.10	SO 30	Könnten die Bohrungen keine "Stöpselwirkung" haben, alles austrocknen und das Landschaftsbild komplett verändern?	Durch Pfahlgründungen von Windenergieanlagen wird das Moor nicht ausgetrocknet. Eine Gefährdung einer "Stöpselwirkung" ist nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P98	P98.11	SO 30	Jede Erschütterung in unserer Gegend ist weithin spürbar, große Erschütterungen dürften die Straßen/Kreisstraße und Immobilien beschädigen. Wer käme für diese Schäden auf? Der Landkreis als Genehmigungsbehörde, die Gemeinde als Antragsteller oder der Erbauer? Was passiert im Falle einer Insolvenz?	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.12	SO 30	Stimmt es, dass die geplanten Zuwegungen durch Landschaftsschutzgebiete laufen sollten? Was ist mit den zu erwartenden Störungen der dort lebenden Tiere und Pflanzen?	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Innerhalb der Potenzialfläche 053 und in räumlicher Nähe zur Potenzialfläche 053 gibt es kein Landschaftsschutzgebiet. - Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P98	P98.13	SO 30	Gesundheitliche Bedenken. Es wird behauptet niemand würde durch den Geräuschpegel gestört. Wie hoch würde dieser bei einer Entfernung von nur 500m sein? Wahrscheinlich mehr als die erlaubten 25 Dezibel? Wir leben hier sehr abgeschieden. Nachts herrscht Stille. Es gibt außer Eulen oder Fuchsrufe keine Hintergrundgeräusche. Da nimmt man doch selbst 35 Dezibel deutlich wahr. Zudem es sich um ein dauerhaftes wiederkehrendes Geräusch handelt. Ein tropfender Wasserhahn hat eine Lautstärke von nur 20 Dezibel, da dürfte ein Einschlafen schon schwierig sein, oder? Ein Kühlschrank im selben Zimmer 40 Dezibel. Da das Grundgeräusch leise ist würde beides als schlafstörend wirken. Laut WHO wird der Schlaf ab 30 Dez. gestört.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P98	P98.14	SO 30	Infraschallproblematik: Infraschall könnte man denken stört ja nicht. Nicht zu sehen, nicht zu hören. Je höher die Windkraftanlage, desto länger die Schallwellen. Bisherige Messungen gehen von 30m hohen Windkraftanlagen (im folgenden mit WKA abgekürzt) aus. Die geplanten WKA's sollen fast 200m hoch sein. Sie durchschneiden und durchquirlen dann unterschiedliche Windschichten. Die Flügellänge ist ca. 70m lang. Das entspricht den Flügelängen eines Jumbojets. Der Schall geht auch durch die Hauswand. Inftaschall ist bis 11km messbar in der Landschaft. Es gibt noch gar keine Studien darüber aber medizinische Einwände.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.15	SO 30	Es sind keine gültigen Prognosen bei Infraschall möglich. Infraschall kommt auch natürlich vor, hat aber keine Periodizität. (z. B. Erdbeben, Föhn). Bei Föhnlagen im Raum München steigen die gesundheitlichen Erkrankungen Kreislauf, Kopfschmerzprobleme, selbst Suizidversuche. Der Einsatz der Rettungsfahrzeuge steigt um des 3 fache.	Siehe Stellungnahme P98.14	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.16	SO 30	Die gesundheitlichen Folgen sind nicht abzusehen, die „Einwirkzeiten“ dieser Druckwellen unzureichend bekannt. Gerade bei Kindern die sich noch im Wachstum befinden muß sich das Gehirn erholen können auch um sich gut zu entwickeln, Rückzugsmöglichkeiten müssen gegeben sein. Wir bräuchten 14m dicke Wände um das zu gewährleisten...	Siehe Stellungnahme P98.14	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.17	SO 30	Es würde nicht nur dieses wunderbare Landschaftsbild zerstört und die Tier- und Pflanzenwelt in Mitleidenschaft gezogen, sondern es wären auch gesundheitliche Nebenwirkungen zu erwarten.	Siehe Stellungnahme P98.13	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.18	SO 30	Niemand würde ein Medikament einnehmen wenn diese Nebenwirkungen auf dem Beipackzettel stünden. Nur der zu erwartende Gewinn und die politische Ausrichtung erneuerbare Energien können nicht den Ausbau der Windenergie um jeden Preis rechtfertigen. Wir könnten uns doch alle um mehr Solarenergie bemühen! Zudem es bereits im Landkreis Cuxhaven doch überdurchschnittlich viele WKA's gibt. Ich hoffe, dass meine Einwände Gehör finden und bitte Sie auf die Ausweisung der oben genannten Gebiete zu verzichten.	Siehe Stellungnahme P98.13	Nicht zu berücksichtigen.
P98	P98.19	SO 30	Beim Thema Infraschall habe ich mich unter anderem auf einen Vortrag des Mediziners Herrn Dr. Eckhard Kuck, Vernunftkraft" Hessen e. V., zu finden bei YouTube/ Windkraftanlagen/Inftaschall bezogen. Dieser medizinische Vortrag dauert 56 Minuten und würde bei Beachtung Ihnen meine Einwände noch verständlicher machen. Vielleicht können Sie sich die Zeit nehmen diesen kleinen Film anzusehen. Für Ihre Mühe danke ich Ihnen im voraus.	Siehe Stellungnahme P98.14	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P99	P99.01	SO 30	Ich bin gegen eine Ausweisung eines Vorranggebietes am Standort Odisheim/Stinstedt aus folgenden Gründen: 1.) der LK schreibt in der eigenen Einschätzung zum Gebiet bereits von „gravierenden Konflikten, als Vorranggebiet ungeeignet“	Diese Aussage ist sachlich falsch. In der naturschutzfachlichen Einschätzung kommt der Landkreis Cuxhaven für die Potentialfläche 053 (Windpark Odisheim/Stinstedt) zu folgendem Ergebnis: "Möglicherweise gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet" (vgl. Naturschutzfachliche Einschätzung der Potentialfläche S. 32/33)	Nicht zu berücksichtigen.
P99	P99.02	SO 30	2.) im gesamten Gebiet ist Moorboden in seiner ureigensten Form vorhanden der in anderen Bereichen durch den LK geschützt wird (Moorschutzprogramm) und eine Veränderung einen Straftatbestand gleich kommt //am Standort Odisheim/Stinstedt sollen nun aber großflächig Zuwegungen und Anlagengründungen durchgeführt werden bei denen eine intakte Moorlandschaft unwiederbringlich zerstört wird (8 Meter Moorauflage//Wasserstand 40 cm unter Oberfläche besser karin ein Mooregebiet nicht aufgebaut sein)	Der Bodentyp Hochmoor auf dieser Fläche wurde im Rahmen der naturschutzfachlichen Einschätzung behandelt. Dieser Bodentyp steht einer Ausweisung als Vorranggebiet nicht entgegen. Die Pfahlgründung der Windenergieanlagen ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P99	P99.03	SO 30	3.) eine Erreichbarkeit eines Windparkstandortes Odisheim/Stinstedt ist nur über die K34 (gesamte Strecke mit 12 Tonnen begrenzt) aus Richtung Mittelstenahe möglich da ein Überqueren des Hadler Kanals aus Richtung Odisheim wegen der vorhandenen Kanaibrücke mit Tonnenbegrenzung nicht möglich wäre. Die K34 wurde im Jahr 2015 in Teilbereichen mit erheblichen Kostenaufwand saniert und würde nach der Errichtung eines Windparks Odisheim/Stinstedt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf gesamter Länge neu gebaut werden müssen siehe dazu auch ENTWURF Begründung /Erläuterungen zu Ziffer 01, Satz 02 Dies bedeutet, dass raumbedeutsame Windenergieanlagen im Außenbereich errichtet werden dürfen, sofern eine ausreichende Erschließung gesichert ist und keine öffentlichen Belange entgegenstehen aus meiner Sicht stehen dem Vorhaben sehr wohl öffentliche Belange entgegen nämlich eben diese nicht hinzunehmende Zerstörung der Infrastruktur durch den Schwerlastverkehr zur Baustelle. Die Kosten für die Reparatur und Neuherstellung werden den LK und die Gemeinde jedoch schon während der Bauphase treffen, was durch eventuelle Gewerbesteuererinnahmen mit Sicherheit nicht kompensiert werden kann.	Es handelt sich um eine bautechnische Frage, die durch entsprechende technische Lösungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz bewältigt werden kann.	Nicht zu berücksichtigen.
P99	P99.04	SO 30	4.) Unzulässige verdeckte Entschädigung /Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit der Genehmigung zum Windpark Odisheim/Stinstedt sind bereits durch den Investor Zahlungen getätigt worden, des Weiteren fordert der gleiche Investor in einer früheren Stellungnahme bereits vom LK Bestandsschutz für seine Vorranggebiete. Nach der Veröffentlichung des RROP 2012 hat Energiekontor erhebliche finanzielle Mittel in die Entwicklung der Windenergieprojekte investiert, die auf ausgewiesenen Vorrangflächen zur Realisierung vorgesehen sind. Die im RROP 2012 ausgewiesenen Flächen sind daher ausnahmslos im Rahmen der Teilfortschreibung auszuweisen. Aus meiner Sicht stellt diese Forderung schon einen Straftatbestand dar und ist daher strikt zu Unterbinden.	Dies ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens eines Regionalen Raumordnungsprogramms.	Nicht zu berücksichtigen.
P100	P100		siehe Stellungnahme P99	siehe Stellungnahme P99	siehe Stellungnahme P99
P101	P101		siehe Stellungnahme P99	siehe Stellungnahme P99	siehe Stellungnahme P99
P102	P102.01	SO 31	hiermit widerspreche ich ganz entschieden Ihren Plänen zur Bebauung mit Windkraftträndern in Osten-Isensee.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P102	P102.02	SO 31	Begründung: Es besteht Gefahr für Menschen und Tiere. Die Gesundheit wird nachweislich beeinträchtigt. Verschiedene Krankheiten werden auftreten: ADS/ADHS, Hörverlust, Unruhe (Infraschall), Konzentrationsschwäche (Folge auf das vegetative Nervensystem), Bluthochdruck, Herzrhythmusstörungen, Herzinfarkt, Schlaganfall, Störungen der Lebensräume, Schattenschlag, discoartiger Schlagschall, Vibrationen, Blinklichter, Warnlichter.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P102	P102.03	SO 31	In den naheliegenden Wäldern halten sich Fledermäuse, Käuzchen auf, verschiedene Arten von Vögeln und in unmittelbarer Nachbarschaft haben Störche genistet und gebrütet. Gefahr für Vögel durch rotierende Flügel.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P102	P102.04	SO 31	Baudenkmal Schwebefähre (Antrag auf Weltkulturerbe).	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe, bei der bislang noch nicht einmal ein fertiger Antrag vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P102	P102.05	SO 31	Zerstörung der einzigartigen Landschaft.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P102	P102.06	SO 31	Entwertung des Eigentums.	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P102	P102.07	SO 31	Zerstörung des Ortsbildes durch Windkraftanlagen.	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.</p> <p>Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden.</p> <p>Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P102	P102.08	SO 31	Die Dorfgemeinschaft wird zerstört.	Dies ist kein Belang für die Raumordnung.	Nicht zu berücksichtigen.
P102	P102.09	SO 31	Durch die verspargelte Landschaft entstehen maßgebliche Nachteile für den Tourismus. Ein Wirtschaftszweig für unsere karge Landschaft. Wer will seinen Urlaub neben Windkraftträdern verbringen?	<p>Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird.</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P102	P102.10	SO 31	Ich bitte Ihre Entscheidung in allen Punkten zu Gunsten der betroffenen Bürger zu überdenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103	Z	Siehe Stellungnahme P93	Siehe Stellungnahme P93	Siehe Stellungnahme P93
P104	P104	Z	Siehe Stellungnahme P93	Siehe Stellungnahme P93	Siehe Stellungnahme P93
P105	P105.01	SO 31	in 2007 haben wir ein Wohnhaus in Kranenweide gekauft, aufwendig umgebaut und modernisiert. Neben viel Zeit und Mühe ist in dieses Objekt eine Menge Geld geflossen. Als Grundstückseigentümer lehnen wir daher die erneute Aufnahme des Flächenvorschlages Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P105	P105.02	SO 31	Wir weisen daraufhin, dass bei einer etwaigen Zubringerwegung über die Kranenweide unser Haus durch den aufkommenden Schwerlastverkehr aufgrund des Untergrundes (Moor) zusätzlichen Erschütterungen ausgesetzt wird. Wenn es zu Schäden kommen sollte, werden wir den Landkreis Cuxhaven in Regress nehmen.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P105	P105.03	SO 31	Gegen den Windpark machen wir folgende weitete Bedenken und Einwände geltend: - Die ausgewiesene Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile bilden eine zusammenhängende Siedlung so dass größerer Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuftten Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P105	P105.04	SO 31	- Durch die Errichtung eines solchen Windparks wird das Landschaftsbild entlang der Oste zerstört. der wesentlich von landwirtschaftlicher Nutzung geprägte Charakter der Gegend sollte erhalten bleibe. Gerade auch im Hinblick des mit Steuergeldern geförderten Tourismus sollte dies im Interesse des Landkreises und der Gemeinde sein.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P105	P105.05	SO 31	- Mehrere seltene und zu schützende Vogelarten (Weißstorch, Eulen, Kiebitz, Greifvögel etc.) und Fledermäuse sind im Plangebiet zu beobachten. Durch die Realisierung eines Windparks sind die Brutplätze der Vögel gefährdet. Weiterhin besteht ein hohes Risiko, dass viele Tiere durch Kollision mit den Rotoren zu Tode kommen. Dieser Vogelbestand ist nicht mit Windenergie vereinbar.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P105	P105.06	SO 31	- Ein in Osten mit 8 1,3% gegen den Windpark ausgegangener Bürgerentscheid wurde erstaunlicherweise nicht als Planungskriterium anerkannt.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P105	P105.07	SO 31	- Die Schallauswirkungen und die Schlagschatten durch die Anlagen sind nicht zumutbar und nicht hinzunehmen. Die gesundheitlichen Auswirkungen sind nicht vorhersehbar.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P105	P105.08	SO 31	- Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Immobilien. Die Gebäude dienen vielfach als Alterssicherung ihrer Besitzer und wurden teilweise mit erheblichen finanziellen Aufwand renoviert. Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger und sind häufig nur mit Wertverlusten möglich. Hier stellt sich natürlich auch die Frage, ob es sinnvoll war, Renovierungen mit öffentlichen Mitteln (Dorferneuerungsprogramm) zu bezuschussen und anschließend durch die Erstellung eines Windparks diese Objekte im Wert zu mindern.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P105	P105.09	SO 31	Wir bitten um Berücksichtigung unserer Bedenken und Einwände und behalten uns rechtliche Schritte vor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P106	P106.01	SO 31	als betroffene Anwohner lehnen wir die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP 2015 ab.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P106	P106.02	SO 31	Die Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile bilden zusammenhängende Straßendörfer oder Streusiedlungen, so dass größere Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuftten Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P106	P106.03	SO 31	Die gesundheitliche Beeinträchtigung durch Windenergie sind ja bekannt.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P106	P106.04	SO 31	Durch die Errichtung eines solchen Windparks wird das Landschaftsbild entlang der Oste zerstört. Der wesentlich von der landwirtschaftlichen Nutzung geprägte Charakter sollte erhalten bleiben.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P106	P106.05	SO 31	Dieses sollte auch im Interesse des Landkreises Cuxhaven und der Gemeinde Osten sein, die bisher mit Geldern den Tourismus im Osteland gefördert haben.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P106	P106.06	SO 31	Mehrere seltene und geschützte Vogelarten wie auch Fledermäuse sind im geplanten Vorranggebiet und dessen Umfeld regelmäßig zu sehen. Dieser schützenswerte Bestand ist nicht mit Windenergienutzung vereinbar.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P106	P106.07	SO 31	Sehr überrascht sind wir auch, dass die in 2009 in Osten durchgeführte Bürgerbefragung für den Landkreis Cuxhaven keine Aussagekraft hat. Unserer Meinung nach, sollte dieser Bürgerentscheid für den Landkreis Cuxhaven bindend und verpflichtend sein.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P107	P107.01	SO 31	Der Landkreis möchte gegen den Willen der Gemeinde Osten ein Gebiet als Windkraftfläche einplanen, womit die Bürger aus Osten nicht einverstanden sind.	Siehe Stellungnahme 106.07	Siehe Stellungnahme 106.07
P107	P107.02	SO 31	Auch ich bin damit nicht einverstanden, ich betreibe zur Zeit einen Hof in Wischhafen und zähle mich als Kleinbauer und besitze Flächen direkt hinter dem Torfabbauggebiet	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P107	P107.03	SO 31	Wenn der Windpark in unsere Fläche, hinter dem Torfabbauggebiet, käme, würden endlich die Kleinbauern vor Ort profitieren: Es gibt sicherlich rund 30 kleine landwirtschaftliche Betriebe, welche die Landwirtschaft teils als Hauptexistenz besitzen und somit aus der Windenergie finanziell profitieren könnten um so langfristig ihre Existenz vor Ort zu sichern.	Dies ist für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Belang. Das einheitliche Planungskonzept wurde unabhängig davon aufgestellt, wer hiervon profitiert.	Nicht zu berücksichtigen.
P107	P107.04	SO 31	Würde im Gegenzug dazu der Windpark auf die vom Landkreis vorgeschlagene Fläche kommen, profitiert nur ein Großbauer. Langfristig verdrängt dieser Großbauer alle anderen Bauern vor Ort und wird ihnen ihre Ländereien abnehmen. Es käme zu Abwanderungen aus der Gemeinde. Ob die Steuereinnahmen in der Gemeinde bleiben ist fraglich.	Siehe Stellungnahme P107.03	Nicht zu berücksichtigen.
P107	P107.05	Z	Deshalb möchten wir bitten, dass von der Gemeinde vorgeschlagene Gebiet in Osten als Windkraftgebiet zu genehmigen.	Die von der Gemeinde vorgeschlagene Fläche entspricht nicht dem vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Planungskonzept (vgl. Begründung).	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.01	SO 30 / Z	Bei uns in Stinstedt sind 2 Potentialflächen für Windkraftnutzung ermittelt worden. Beide Flächen sind „bedingt geeignet“. Die Räche 053 ( Stinstedt / Odisheim ) wurde im vorgelegten Entwurf als Vorrangfläche ausgewiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.02	SO 30 / Z	Hierzu möchte ich folgende Anmerkungen machen: 1. Bei der Fläche 053 handelt es sich um einen reinen Hochmoorstandort mit ca. 8 m Moorauflage und hohen Wasserständen. Der Eingriff in Natur und Landschaft ist entsprechend hoch und ein notwendiger erhöhter „Ausgleich“ geht anschließend zu Lasten der landwirtschaftlichen Produktionsflächen und mithin zu Lasten der wirtschaftenden Familienbetriebe.	Im Hinblick auf die Eignung des Standortes wird verwiesen auf die Naturschutzfachliche Einschätzung.	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.03	SO 30 / Z	2. Neben den aufwendigen Infrastrukturmaßnahmen in der Fläche selbst müssen mehrere tausend Schwertransporter mit Material und Anlagenteilen über die Kreisstraße K34 durch den Ort Stinstedt herangeführt werden. Die K34 wurde aus Richtung Mittelstenahe dieses Jahr bis zur Ortschaft Stinstedt mit erheblichen öffentlichen Mitteln grundsaniiert. Ab dem Ortsteil St Joost hat die Straße einen kaum tragfähigen Mooruntergrund, selbst in dem neu sanierten Teil der K34 zwischen Mittelstenahe und Stinstedt befindet sich teilweise auch Mooruntergrund. Nach Aussage des Herrn Haase von der Straßenbehörde in Stade verursacht ein LKW genau so viel Schäden wie 40.000 PKW! Hier sind aus meiner Sicht unnötige Schäden durch die Schwertransporte nicht auszuschließen. Ist das berücksichtigt?	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.04	SO 30 / Z	3. Der alternative Standort 024 „Heidelberg“ könnte indes ohne Benutzung der K34 erreicht werden	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.05	SO 30 / Z	und ist zudem ein Geeststandort mit überwiegender intensiver Ackernutzung. Insofern ist hier ein deutlich geringer Eingriff in Natur und Landschaft zu erwarten (Vermeidungsgrundsatz).	Im Hinblick auf die Eignung des Standortes wird verwiesen auf die Naturschutzfachliche Einschätzung.	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.06	SO 30 / Z	4. Durch das von uns favorisierte Gebiet 024 könnte zudem ein selbstbestimmtes »Bürgerprojekt« im Sinne der notwendigen Energiewende entwickelt werden, um der Wirtschaftskraft unseres Dorfes in Zeiten knapper öffentlicher Kassen eine neue Perspektive zu geben.	Die Trägerschaft eines Windparks ist bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.07	SO 30 / Z	5. Durch breite Akzeptanz im Dorf erscheint auch ein sinnvolles Kompensationskonzept durch bereitstellen der notwendigen Flächen durch die Grundeigentümer deutlich unproblematischer. Durch entsprechende „Pflegeverträge“ könnte eine zusätzliche Wertschöpfung für unser Gemeinwesen erreicht werden	Die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.08	SO 30 / Z	6. Als ortskundiger Landwirt, Jäger und Jagdpächter erscheint mir zudem die Fläche 053 im „wilden Moor“ wegen der kleinräumigen Struktur mit vielen Gräben und extensiver Feuchtgrünlandbewirtschaftung gegenüber der Fläche 024 eher ungeeignet.	Im Hinblick auf die Eignung des Standortes wird verwiesen auf die Naturschutzfachliche Einschätzung.	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.09	SO 30 / Z	Die Fläche ist zudem mit gut 30 ha deutlich kleiner als die gut 70 ha große überwiegend intensiv ackerbaulich genutzte Fläche 024. Dies ist doch für die Nutzung der Windkraft im Sinne der Energiewende wichtig, oder?	Die Größe einer Potentialfläche ist durchaus ein Kriterium bei der Ausweisung. Noch wichtiger ist jedoch die naturschutzfachliche Eignung. Hiernach ist die Fläche des Windparks Stinstedt vorzuziehen (vgl. Begründung S. 36)	Nicht zu berücksichtigen.
P108	P108.10	SO 30 / Z	7. Die Herleitung der Entscheidung zugunsten des Vorrangstandortes 053 ist für mich nicht nachvollziehbar und erscheint mir sachlich nicht begründet. Die Untersuchungen und Schlussfolgerungen zur Tier und Pflanzenwelt lassen sich mit meinen Beobachtungen nicht vereinbaren.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109	P109.01	SO 30	<p>wir sind gegen den Bau der geplanten Windkraftanlagen im „Wildes Moor“</p> <p>Begründung:</p> <p>Immobilie:</p> <p>Wir haben uns 2014 eine Immobilie in St. Joost gekauft und sind mit der Absicht und in gutem Glauben von der Stadt aufs Land gezogen um hier in Ruhe leben zu können. Der Bau eines Windparks würde den Wert unserer Immobilie erheblich senken.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P109	P109.02	SO 30	<p>Wir äußern zudem Bedenken, das durch den hierfür notwendigen Transport der Schwerlasten entstehenden Erderschütterungen der Substanz unserer Immobilie erheblichen Schaden zufügen wird.</p>	<p>Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig.</p> <p>Entschädigungspflichtigen können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109	P109.03	SO 30	Natur: Wir konnten mehrmals beobachten wie ein Adler direkt über unser Haus flog, von Ost-Süd in Richtung West-Nord (entlang des Sumpfweges) sowie aus Richtung „Wildes Moor kommend in Richtung Balksee).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung. - Die genannten Adler-[Seeadler]-Überflüge entlang des Sumpfwegs und vom Wilden Moor zum Balksee [Horst-Standort] führen vermutlich nicht über die Potenzialfläche 053.	Kenntnisnahme.
P109	P109.04	SO 30	Es gibt weitete Vorkommen in diesen Gebieten von schützenswerten Vogelarten wie Kraniche und Störche.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P109	P109.05	SO 30	Nicht nur bereits vom Aussterben bedrohte Tierarten sondern auch andere Bestände sind durch die Auswirkungen des WKAs gefährdet, sei es durch den Infraschall, der innere Blutungen verursacht oder sei es durch den Flügelschlag selbst, der zum qualvollen Tode führt.	In Bezug auf die naturschutzfachliche Eignung des Standorts wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P109	P109.06	SO 30	Der Bau der Fundamente sowie der Bau für die extrem breite Zuwegung für Anlieferung und Unterhaltung der WKAs im Wilden Moor erfordert eine Trockenlegung. Diese Trockenlegung setzt sich noch nach Jahren fort, so das angrenzende Wälder und das Naturschutzgebiet in Mitleidenschaft gezogen werden. Dies ist ein erheblich gravierender Eingriff in das gesamte ökologische Gleichgewicht.	Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten. - Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt. Eine Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes ist verboten; hierzu zählt auch der Wasserhaushalt des Wilden Moores bei Stinstedt.	Nicht zu berücksichtigen.
P109	P109.07	SO 30	Gesundheit: Die benannten Mindestabstände zur bewohnten Fläche sind bei weitem nicht ausreichend. Windkraftanlagen schädigen durch: Lärm, Schattenwurf, Infraschall, Blitzlicht	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109	P109.08	SO 30	Infraschall ist auch noch nach mehreren Kilometern nachzuweisen. Es würde eine mindestens 14 Meter dicke Hauswand erforderlich sein, sich einigermaßen dagegen abzusichern. Der Infraschall verändert nachweislich Hirnströme, Gewebeveränderungen in der Lunge und anderer Organe, und verursacht weitere nicht unerhebliche Erkrankungen. In der Natur ist der Infraschall chaotisch, der erzeugte Infraschall und Lärm ist permanent und periodisch, gleichzusetzen mit Folter, egal in welcher Dezibel-Stärke. Auf dem ruhigen Land ist eine Stärke von 20 Dezibel (Tropfen eines Wasserhahnes) in der Nacht schon schlafstörend. (Relativität Grundgeräusch — Störgeräusch)	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P109	P109.09	SO 30	Wir berufen uns auf das Grundgesetz, Artikel 2: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit) Wir berufen uns auf die Definition der WHO: Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen	Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wird durch den RROP Entwurf 2015 nicht eingeschränkt.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.01	E 01	nach Durchsicht der im öffentlichen Beteiligungsverfahren ausgelegten Unterlagen habe ich folgende Anregungen und Bedenken: a. Allgemein 1. Insgesamt fällt auf, dass die per Gerichtsbeschluss eingeforderte einheitliche Beurteilungsgrundlage zur Ausweisung geeigneter Windstandorte nach „harten“ und ‚weichen‘ Kriterien von vielen Ausnahmen aufgeweicht wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P110	P110.02	E 01	2. Es gelten weder einheitliche Abstände der Windstandorte untereinander noch gleiche Abstände zu Wohnbebauung.	Zwischen Vorranggebieten ist ein einheitlicher Abstand von 4 km einzuhalten. Zur Wohnbebauung können unterschiedliche Abstände festgelegt werden. Die Abstände werden in der Begründung erläutert.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.03	E 01	3. Ebenfalls völlig unberücksichtigt bleibt zum Thema Landschaftsschutz eine Regelung und Einbeziehung von Windstandorten direkt an den Kreisgrenzen zu benachbarten Landkreisen in die Abstandsregelung.	Windparks anderer Landkreise an der Kreisgrenze werden im Genehmigungsverfahren als kumulative Wirkung miteinbezogen. Der sachliche Teilabschnitt Windenergie hat nur eine Steuerungsfunktion im Kreisgebiet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P110	P110.04	E 01	4. Nach dem ersten Gerichtsurteil zur Unwirksamkeit des RROP 2012 ist durch den Landkreis der weitere Rechtsweg durch die Instanzen beschritten worden. In diesem Zeitfenster bis zur höchststrichterlichen Entscheidung sind durch den Landkreis Flächennutzungspläne genehmigt worden, die den nunmehr ausgelegten Zielen der Raumordnung und den naturschutzfachlichen Anforderungen in keiner Weise gerecht werden. Gleichwohl sind diese (nach dem ersten Urteil zur Unwirksamkeit des RROP 2012) genehmigten FNP als „bauleitplanerisch gesicherte Bereiche“ in den Entwurf 2014 und 2015 aufgenommen worden. Diese entfalten mithin auch eine Ausschlusswirkung (über das "weiche" Abstandskriterium von 4 Km) für weitere "Potentialflächen".	Es wurden vom Landkreis Cuxhaven zu keinem Zeitpunkt Pläne genehmigt die, die keine rechtliche Grundlage hatten. Bis zur Aufhebung des RROP 2012 - Sachlicher Teilabschnitt Windenergie durch das OVG Lüneburg wurden Genehmigungen auf dieser Grundlage ausgesprochen. Die in der Folge erteilten Genehmigungen basierten alle auf den in Aufstellung befindlichen Zielen des RROP Entwurfs 2014 bzw RROP Entwurfs 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.05	E 01	5. Ebenfalls in diesem Zeitfenster wurden auf Grundlage der genehmigten FNP Bauanträge gestellt und durch den Landkreis genehmigt, obwohl diese Anträge den in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung nicht genügen.	Es wurden keine immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsanträge genehmigt, die den in Aufstellung befindlichen Zielen des Raumordnung widersprochen haben. Sofern der Einwender ganz bestimmte Genehmigungsanträge anspricht, müssen diese benannt werden, da andernfalls eine Überprüfung des Sachverhaltes nicht möglich ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.06	E 01	6. Darüber hinaus fällt auf, dass die ausgewiesenen „Vorrangflächen“ im gesamten Landkreisgebiet zum überwiegenden Teil von 2 interessierten Aktiengesellschaften beplant werden. Auch die Genehmigungen der letzten Jahre sind überwiegend für diese beiden firmen ausgestellt worden.	Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden lediglich Flächen für die Windenergie ausgewiesen. Wer letztlich Windenergieanlagen in diesen Gebieten errichtet, ist für die Regionalplanung nicht von Belang. In der Genehmigung spielt es keine Rolle, der der Antragsstelle ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.07	E 01	Dabei sind die nunmehr ausgelegten Kriterien gerade in Bezug auf Abstände (4Km zu anderen Windflächen) und Beurteilung des Bauwerks (Rotorspitze innerhalb der ausgewiesenen Fläche) schlichtweg ignoriert worden. Hier wurde mit „veralteter“ Verwaltungspraxis entgegen einschlägiger Rechtsprechung unter Umgehung des Rechtsstaates die „normative Kraft des Faktischen praktiziert.	Bei der Genehmigung von Windenergieanlagen in den vergangenen Jahren wurden die Vorgaben der Regionalplanung nicht ignoriert, es gibt sie erst seit dem Entwurf 2015. Bis zum Entwurf 2015 hat das Regionale Raumordnungsprogramm keine Regelung zur Lage der Rotorblattspitzen enthalten. Die Genehmigung hat somit die Vorgaben der Regionalplanung eingehalten. Die Anpassung an die Rechtsprechung zur Lage der Rotorblattspitzen wurde erst mit den RROP Entwürfen 2014/2015 vorgenommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.08	E 01	7. Der ausgelegte Entwurf untersagt alle raumbedeutsamen Planungen, die nicht den ausgewiesenen „Vorrangstandorten“ entsprechen. Mit anderen Worten wird durch diese Festlegung den Interessen der beiden Aktiengesellschaften entsprochen, nachdem die Genehmigungen für nicht kriterienkonforme Vorhaben bereits erteilt wurden.	Siehe Stellungnahmen P110.06 und P110.07	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.09	E 01	8. Die nicht kriterienkonformen Genehmigungen sind teilweise bereits als Standorte mit WKA bebaut, derzeit im Bau oder kurz vor dem Baubeginn. Mithin entfalten diese „bauleitplanerisch gesicherten Bereiche“ eine Ausschlusswirkung von 4 Km auch für kriterienkonforme „Potentialflächen“, die sich folgerichtig bezüglich Akzeptanz und substantiellen Raum für Windkraftnutzung einfach mal besser eignen.	Siehe Stellungnahmen P110.06 und P110.07	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P110	P110.10	A	9. In diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben kann der Hinweis auf personelle Verflechtungen zwischen Antragstellern, Verwaltungsbeamten und „maßgeblichen Politikern. So ist z.B. der Leiter der UNB als Genehmigungsfachbehörde in Personalunion auch Gf der Naturschutzstiftung. Der Stiftungsrat und die stellv. Vorsitzenden wiederum rekrutieren sich aus Kreistagsabgeordneten, aus deren familiären Umfeld die Aktiengesellschaften Personal rekrutieren. Diese Stiftung ist nach einem Beschluss des Kreistages Empfänger des sog. „Ersatzgeldes“ (ca. 5% vom Invest) für Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Das bedeutet für die zu genehmigenden Vorhaben eine Einnahme von deutlich über 20 Mio € in der Kasse der Stiftung. Der Behördenleiter genehmigt also dem GF der Stiftung die Haupteinahmequelle, was ?	Dies ist für die das Regionale Raumordnungsprogramm nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.11	A	Der Ehrenlandrat und ehem. BGM von Köhlen hat während seiner Zeit als gut bezahlter Vertreter des Landkreises bei EWE für seine Heimatgemeinde ein Großprojekt initiiert, dass nunmehr im Hause EWE beheimatet ist. Die ehem. stellv. Landrätin hat in ihrer aktiven Zeit in ihrer Heimatgemeinde. teils auf eigenem Land ein Projekt initiiert und ist nach Inbetriebnahme in die Projektabteilung einer der besagten Aktiengesellschaften gewechselt. Der ehemalige Kreisfraktionsvorsitzende der CDU hat ein Projekt in seiner ehemaligen Samtgemeinde initiiert und ist nun aus dem Polizeidienst als zuständiger Dezernent in die Verwaltung seiner neu gebildeten Stadt gewechselt. Der Vorsitzende des BWE Elbe Weser Nord ist Vertreter in der IRK. im Vorstand des BUND Cuxhaven und Antragsteller mit großer Nähe zu besagten Aktiengesellschaften. Der ehem. stellv. SGBM und ehem. SG Fraktionsvorsitzende hat in seiner Eigenschaft als KA Mitglied lt Protokoll den AG's die "uneingeschränkte Unterstützung der maßgeblichen Politiker" seiner Samtgemeinde für ihr Projekt zugesichert.	Dies ist für die das Regionale Raumordnungsprogramm nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.12	A	10. Die Liste ist beispielhaft und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll lediglich Verflechtungen andeuten. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die immer wiederkehrend geäußerte Aussicht auf Spenden für Vereine und Institutionen und eine eigenwillige Interpretation von Gewerbesteueraufkommen als populistische „akzeptanzfördernde“ Maßnahme vor Ort. Eine entsprechende Würdigung kann nur mit den Mitteln des Rechtsstaates erfolgen. Insofern erlaube ich mir eine Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft in Verden (Abteilung Korruption).	Dies ist für die das Regionale Raumordnungsprogramm nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.13	E 11	11. Die Vielzahl der „bauleitplanerisch gesicherten Bereiche“ sprechen nicht dafür, dass Abweichungen von den Zielen der Raumordnung als „Zielabweichungsverfahren“ die absolute Ausnahme darstellen. Hier wird vielmehr die Ausnahme zur Regel erhoben. Darin sehe ich einen erheblichen Mangel in den Unterlagen.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurden einer Abwägung unterzogen. Sofern keine grundsätzlichen Belange entgegenstehen, können diese übernommen werden. Der Landkreis Cuxhaven kann nicht willkürlich Flächen, die in der Abwägung als übernehmbar eingeschätzt wurden, streichen, weil subjektiv der Eindruck entsteht, dass aus der Ausnahme die Regel wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.14	A	12. Es ist zu berücksichtigen, dass die Ziele der Raumordnung zunächst eine "Beachtenspflicht" und nach Rechtskraft eine „Anpassungspflicht“ für die betroffenen Gemeinde.	In Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung haben nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 als sonstiges Erfordernis der Raumordnung eine Berücksichtigungspflicht, keine Beachtenspflicht. Ziele der Raumordnung müssen erst mit Rechtskraft des Regionalen Raumordnungsprogramms beachtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.15	E-N	b. Fläche 053 und 024 in Stinstedt 1. Die Einstufung der Fläche 024 ist fachlich nicht zutreffend. Die Begründung für den hellrot markierten Bereich ist bezüglich Rotmilan und Seeadler schlichtweg nachgewiesenermaßen falsch und beruht auf (bewußt?) sachlich nicht haltbaren Vermutungen. Die Datengrundlage ist unzureichend, irreführend aus Wunschvorstellungen abgeleitet und in keiner Weise haltbar. (Zwischenbericht Fachgutachten anbei).	Hinweis: Das angesprochene Fachgutachten liegt nicht als Anhang bei. Die Kritik an der naturschutzfachlichen Einschätzung kann ohne weitere Begründung nicht nachvollzogen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.16	E-N	2. Die methodische Herangehensweise ist abenteuerlich und liest sich teilweise wie ein Aktenvermerk. (Abstände Seeadlerhorst, Einstufung OT Eichhofsberg)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P110	P110.17	E-N	3. Die Fläche 053 entbehrt einer begründeten naturschutzfachlichen Basis, fußt auf teilweise veralteten, nicht methodisch standardisierten und eigenwilligen, nicht nachgewiesenen Interpretationen von beweisbaren Tatsachen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)].	Nicht zu berücksichtigen.
P110	P110.18	E 01	4. Die Herleitung des Vorranggebiets 053 im Vergleich zur Fläche 024 widerspricht den postulierten Zielen der Energiewende. Danach ist der Windkraft substantiell Raum zu geben. Durch den Ausschluss aufgrund nachweislich falscher Bewertungen wird hier einem sensiblen Feuchtgrünland/ Kochmoorstandort von ca.30 ha der Vorzug vor einem intensiven Acker / Geeststandort gegeben.	Durch den RROP Entwurf 2015 wird der Windenergie substanziell Raum geschaffen. Die Auswahl der Vorranggebiete wurde transparent in der Begründung dargelegt. Vom Einwender wurden keine belastbaren Gründe vorgelegt, die dem Vorranggebiet Odisheim/Stinstedt entgegenstehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P111	P111.01	A	Wir wollen den elterlichen Betrieb in Kürze übernehmen, wir sind ausgebildete Landwirte. Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass wir durch den geplanten Betrieb dieses Windparks persönlich und betrieblich betroffen sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P111	P111.02	E-N	Naturkundlich sind ihre Feststellungen z.t schlicht falsch. Aus Begehungen als Landwirt mit meinem Vater Fachkraft für Landschaftspflege und sgl, Landwirt, bin ich mit ihrer naturschutzfachlichen Beurteilung nicht einverstanden, Beispiel am 16.8.2015 waren 23!!! Störche auf den Flächen von XXX von wegen nur 3 Paar Störchen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Die in der Einwendung genannten Flächen sind nicht hinreichend lokalisierbar; sie liegen möglicherweise (bzw. vermutlich) überwiegend außerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee".	Kenntnisnahme.
P111	P111.03-13	SO 31	Siehe Stellungnahme P96.03-13	Siehe Stellungnahme P96.03-13	Siehe Stellungnahme P96.03-13
P111	P111.14-18	SO 31	Siehe Stellungnahme P96.15-19	Siehe Stellungnahme P96.15-19	Siehe Stellungnahme P96.15-19
P112	P112.01	SO 30	Wir, der Sprecherrat WP Odisheim/Stinstedt, sind darüber erfreut, dass unser Windpark, auch nach Abwägung der harten und weichen Kriterien, im Entwurf des RROP 2015 wieder enthalten ist. Damit sind wir nun ein drittes Mal vom Landkreis gesetzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.02	SO 30	Mitglieder unseres Sprecherrates waren dabei, als sich der Gemeinderat Stinstedt in seiner Sitzung am 21. Juli 2015 in Stinstedt, nach vierjähriger einstimmiger Haltung pro WP Odisheim/Stinstedt, verabschiedete und sich in seiner Stellungnahme zum RROP an den Landkreis Cuxhaven für die Potentialfläche „Heidberg“ in Stinstedt als WP-Standort entschieden hat. Mit dieser Entscheidung hat sich der Rat, ohne jegliche Erklärung zuvor, auch aus dem seinerzeit von Stinstedt und der SGM Börde Lamstedt initiierten Schulterschluß für einen gemeinsamen WP Odisheim/Stinstedt recht stilllos verabschiedet; wenn auch nur mit einer Einstimmenmehrheit.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.03	SO 30	Allein schon wegen der Nähe zur vielfältigen Wohnbebauung in Stinstedt muß bei der favorisierten WP—Fläche „Heidberg“ sicher von einem weitaus höheren Konfliktpotenzial ausgegangen werden.	Die Abstände zur Wohnbebauung entsprechen den Vorgaben des RROP Entwurfs 2015 und sind als ausreichend anzusehen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P112	P112.04	SO 30	Bevor es allerdings zu der Beschlußfassung zur RROP-Stellungnahme an den LK kam, gab man dem Initiator des WP "Heidelberg", dem Ihnen sicher sattem bekannt Thomas Müller aus Stinstedt, seitens des Bgm. Pape und seines ständigen Vertreters in Verwaltungsangelegenheiten SGM-Bgm. Holger Meyer breiten zeitlichen Raum gegen den Entwurf des RROP 2015 zu wettern. In seinen Tiraden verstieg sich Müller dabei mehrfach soweit zu sagen: „der Landkreis hat gelogen!“ ohne hierfür vom Ratsvorsitzenden oder von den Hauptverwaltungsbeamten Meyer und Volker Thiel zur Ordnung gerufen worden zu sein?	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.05	SO 30	Nachstehend geben wir einige so verstandene Beispiele: - die Gutachter von BIOS haben vom Landkreis leichtfertig anerkannte Gefälligkeitsgutachten geliefert - das Potenzial-Gebiet Heidelberg wurde sehr bewußt als WP-Standort herabgewertet - der LK gibt dem WP Odisheim/Stinstedt allein schon deshalb den Vorrang, weil er, bedingt durch die landschaftliche Höherwertigkeit gegenüber der Pot. -Fl. "Heidelberg", höhere Ausgleichszahlungen für seine Naturschutzstiftung einnehmen kann. Nach der müllerschen Berechnung rd. 1,150 Millionen Euro. Mit diesem Geld wird Rusch dann für die Landwirtschaftlichen ein noch grösserer Landkaufkonkurrent werden. Allein im letzten Jahr hat Rusch in der Gemeinde Stinstedt 27 Hektar aufgekauft. — es ist für Müller unsinnig, und zeugt von Unkenntnis der LK-Bediensteten, wenn das Material für den WP Odisheim/Stinstedt durch den Ort Stinstedt geführt werden soll und muß. Viel sinnvoller wäre es, die Materialien für einen WP "Heidelberg" von Mittelstenahe aus über den ehemaligen „Kirchweg“ zum dann angeblich nahegelegenen WP "Heidelberg" zu leiten. Müller verschweigt hier u.E. sehr geflissentlich, dass dieser Weg durch das örtliche, moorige Naturschutzgebiet „Tunschliekermoor und Bassenmoor“ führt, der größtenteils eng von alten bis sehr alten Bäumen gesäumt wird. - Müller will nach seiner Selbsteinschätzung mittels eigener, in Auftrag gegebener Gutachten (im Gestellungswert von immerhin 30.000,— Euro aus seinem Privatvermögen zum gesellschaftlichen Wohl in Stinstedt, wie er behauptet?) beweisen, dass die Pot.-Fl. „Heidelberg“ bewußt falsch bewertet wurde oder die Fachkräfte des LK, ganz im Gegensatz zu ihm, einfach über zu wenig Sach- und Fachkenntnisse verfügen. — usw., usw.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.06	SO 30	Ohne vom Ratsvorsitzenden oder von den beiden Hauptverwaltungsbeamten H. Meyer und Volker Thiel zur Ordnung gerufen worden zu sein, erlaubte es sich Müller mehrfach wörtlich zu behaupten: „der Landkreis hat gelogen!“, sei nochm. erwähnt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.07	SO 30	Am Ende seiner Hetz-Rhetorik kontra LK, und auch gegen die Investoren/Betreiber, ertete Müller von den 43 Zuhörern keine Zustimmungsbekundungen sondern nur kritische Fragen, die er nur vage beantworten konnte oder wollte. Allein seine Landeigentümer-Gefolgsleute murmelten halblaut etwas Zustimmendes.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.08	SO 30	Wir jedenfalls, der Sprecherrat WP Odisheim Stinstedt und auch die Grundstückseigentümer im Windparkareal haben, trotz so mancher seit 2010 aufgetretenen Widrigkeiten, letztlich immer noch Vertrauen in die entscheidende Sach- und Fachkompetenz der Entscheidungsträger des Landkreises.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.09	SO 30	Wenn Müller und seine Gefolgsleute einen Bürgerwindpark propagieren, ohne deutlich zu sagen was sie darunter verstehen, können wir sagen, den hatten wir mit 72 beteiligten Grundstückseigentümern von Anfang an.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.10	SO 30	Es zeugt für uns schon von einer gewissen Unverfrorenheit, wenn jemand den LK wiederholt öffentlich als Lügner bezeichnet sowie Inkompetenz unterstellt und ein seriöse Unternehmen wie BIOS in die Nähe von Gefälligkeitsgutachtern rückt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P112	P112.11	SO 30	Abschliessend nun sind wir, vor dem Hintergrund Ihrer wiederholt sachkundigen Entscheidungen pro Windpark Odisheim/Stinstedt, zuversichtlich, daß der WP nun endlich im nächsten Jahr gebaut werden kann.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P113	P113	SO 09	Siehe Stellungnahme P018	Siehe Stellungnahme P018	
P114	P114.01	Z	obwohl das Raumordnungsprogramm 2015 den Bereich Stinstedt/Heidelberg, Potenzialfläche 024, als entfällt erklärt, hat sich ein Teil des Gemeinderates in Stinstedt, überraschend für diese Potenzialfläche ausgesprochen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P114	P114.02	Z	Die Potenzialfläche 024 Stinstedt/Heidelberg wurde doch mehrfach durch den Landkreis überprüft und es wurde immer das gleiche Ergebnis erzielt, dass diese Fläche nicht den Anforderungen entspricht (z.B. hohes Naturschutzaufkommen).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P114	P114.03	Z	Daher verwundert uns diese Beschlussfassung des Gemeinderates doch sehr. Aber nachvollziehbar, da doch einige Landbesitzer, die an diesem Windpark finanzielles Interesse haben, sich im Gemeinderat von Stinstedt befinden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P114	P114.04	A	Ebenfalls möchten wir zum Ausdruck bringen, dass sich ein Gemeindemitglied, welches sich nicht im Rat befindet, versucht mit unlauteren Mitteln (nach unserem Verständnis) die Menschen hier vor Ort zu beeinflussen, um einen Windpark hier in Stinstedt/Heidberg zu etablieren ohne die Belange des Naturschutzes wirklich zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P115	P115.01	SO 09	hiermit erheben wir Einwendung gegen die Ausweisung des Standortes " Geversdorf / Oberndorf" als "bauleitplanerisch gesicherten Bereich" im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie. Unsere Einwendung gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergie im Entwurf des RROP 2014 erhielten Sie am 14.08.2014. Sie hat auch heute noch Gültigkeit.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.02	SO 09	Im jetzt vorliegenden Entwurf des RROP 2015 wird der Standort Geversdorf/Oberndorf weder als Potentialfläche noch als Vorranggebiet ausgewiesen. Die Hinderungsgründe sind die hier vorherrschenden naturschutzfachlichen Belange, belegt durch diverse Gutachten und auf Grund der "naturschutzfachlichen Einschätzung" des Naturschutzamtes vom 12.6.2015. Auch im Entwurf des RROP 2015 ( Windenergie) lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Trotzdem wurde der Standort als bauleitplanerisch gesicherter Bereich im Entwurf des RROP 2015 aufgenommen, was ein Widerspruch ist.	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Windparkflächen, die bereits von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven im Rahmen von Bauleitplänen ausgewiesen worden sind. Damit berücksichtigt der Landkreis Cuxhaven die Planungshoheit der Gemeinden. Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung. Dabei werden im Zuge einer Abwägung alle Belange eingestellt, die für oder gegen einen Standort sprechen. Diese Abwägung ist für alle bauleitplanerisch gesicherten Bereiche transparent in der Begründung dargelegt worden. Es liegen keine ausschließenden Gründe beim Standort Geversdorf/Oberndorf vor, die gegen eine Übernahme sprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.03	SO 09	Die Oste ist mit Ihrem gesamten Einzugsgebiet, auch im Bereich der Ostemarsch, ist als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen und ist ein Hauptflugkorridor zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen von u.a. von Gänsen, Störchen und Greifvögeln. Siehe Fotos.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P115	P115.04	A	Der LK Cuxhaven hatte die relevante 7. F-Planänderung der SO Am Dobrock genehmigt. Die natur- und artenschutzfachlichen Belange waren zur Zeit der Genehmigung bekannt. Während die parallel laufende Baugenehmigung nach BimSchG wiederholt abgelehnt wurde, hat der LK die 7. F-planänderung trotzdem genehmigt. Aus unserer Sicht ist diese Genehmigung nicht rechtens, da das RROP 2012 unwirksam war und damit der Entwurf des RROP 2014 keine rechtliche Grundlage bildet, siehe Urteil vom 14.5.2014.	Die 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock widerspricht den Zielen des RROP Entwurfs 2014 nicht. Im RROP Entwurf 2014 war der Standort Geversdorf-Oberndorf als Vorranggebiet ausgewiesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115	P115.05	A	Die Veränderungssperre bewußt zu spät beschlossen wurde	Die Veränderungssperre ist in § 14 BauGB geregelt und dient den Behörden zur Sicherung der Bauleitplanung. Das Raumordnungsgesetz (ROG) wiederum gehört nicht zum Baurecht. Dies bedeutet, dass für die Raumordnung das BauGB nicht anzuwenden ist. Der Begriff der Veränderungssperre wird im ROG in § 14 nicht verwendet. Vielmehr ist in diesem Paragraphen die sog. Untersagung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen geregelt. Eine Untersagung kann nur in Einzelfällen ausgesprochen werden und nicht pauschal für das gesamte Landkreisgebiet. Der Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft (RegA) wurde in der Sitzung am 15.09.2014 seitens der Verwaltung darüber informiert, dass der Landkreis Cuxhaven das Instrument der Untersagung nutzen möchte, um negative Entwicklungen zu verhindern (Sitzungsvorlage 181/2014). Dieses Vorgehen wurde von der Politik gebilligt. In der Sitzung des RegA am 24.06.2015 wurde der neue Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2015 vorgelegt. Zudem wurde von der Verwaltung darüber informiert, dass man auch weiterhin das Ziel verfolge, mögliche Planungen und Maßnahmen zu untersagen, die den Zielen im Entwurf des RROP widersprechen (Sitzungsvorlage 112/2015). Allerdings wird nun nicht länger der Entwurf 2014, sondern der Entwurf 2015 als Bemessungsgrundlage für eine solche mögliche Untersagung genutzt. Bislang hat der Landkreis Cuxhaven kein Vorhaben untersagt, da kein Vorhaben beantragt wurde, das den Zielen der Raumordnung widerspricht.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.06	SO 09	und es sich hier nicht um einen Altstandort handelt und damit auch ein Repowern unmöglich ist. Wo keine Windmühle steht, kann man auch nicht Repowern.	Ein bauleitplanerisch gesicherter Bereich ist nicht gleichzusetzen mit einem Altstandort. Die Definition eines bauleitplanerisch gesicherten Bereiches wurde auf S. 5 der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.07	E 01	Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass bei einem Abstand von 500 m der Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Wetterdeich die gesundheitlichen Auswirkungen nicht genügend berücksichtigt sind. Hier soll ,gemeinsam mit dem LK Stade, der grösste Windpark mit 27 Anlagen an der Küste Niedersachsens errichtet werden. Das ist ein Industriegebiet auf 214 ha. Die "Kumulative Wirkung" bleibt völlig unberücksichtigt. Der Wetterdeich ist mit einer Bebauung von 16 Wohnhäusern auf ca 800 m ein Ortsteil von Geversdorf und damit Ortslage.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht des RROP Entwurfs 2015 und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt. Ausreichende Abstände zu Siedlungsflächen werden eingehalten. Die Einstufung in sonstige wohnbauliche Nutzungen bzw. Ortslagen in diesem Bereich ist nicht zu beanstanden.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115	P115.08	A	Im Entwurf des Landes Niedersachsen zum Windenergieerlass vom 5.5.2015 heißt es: Der Ausbau der Windenergienutzung soll UMWELT- und SOZIALVERTRÄGLICH und WIRTSCHAFTLICH gestaltet werden. Das Motto lautet: EHRGEIZIG IN DER ZIELSETZUNG und mit AUGENMASS IN DER UMSETZUNG. Wir haben den Eindruck, hier wird nur das "Wirtschaftlich" umgesetzt	Der Schutz von Natur, Landschaft und des Menschen wird durch den RROP Entwurf 2015 sichergestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.09	A	Anlagen: Als Hinweis auf die noch intakte Natur einige Fotos Gänse im Planungsgebiet am 13.10.14 - drei Fotos Weißstorch Wetterdeich 6 am 3.4.15 Störche auf Hs Nr. 11 Wetterdeich am 13.6.15 Jungvogel Schleiereule (Brut fünf Jungvögel) aus Kamin gerettet, Wetterdeich 6 Beobachtungstabelle Avifauna unseres Nachbarn Axel Hebestreit	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Voraussichtlich werden aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung realisierbar sein. - Bei den in der Einwendung genannten Weißstörchen (Wetterdeich 6 und Wetterdeich 11) handelt es sich nach bisherigem Kenntnisstand nicht um Brutvorkommen.	Kenntnisnahme.
P115	P115.10	SO 09	Im Rahmen der Neuaufstellung des RROP bitten wir um die Einstellung des Genehmigungsverfahrens für die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf im RROP 2014, da die aktuelle Rechtsprechung hierfür von einer Festlegung als "harte Tabuzone" ausgeht. Die Fläche würde somit einer Windenergienutzung nicht zur Verfügung stehen.	Die harten Tabuzonen des RROP Entwurfs 2015 wurden in der Begründung dargelegt. Beim Standort Geversdorf-Oberndorf handelt es sich nicht um eine harte Tabuzone.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115	P115.11	SO 09 / E 01	Der geplante Windpark würde unseren Lebensraum unzumutbar und inakzeptabel beeinträchtigen. Unser Haus am Wetterdeich liegt nur 500 m vom geplanten Vorranggebiet entfernt. Wir befürchten unzumutbaren Lärm und Schattenschlag, wie auch gesundheitsgefährdenden Infraschall. Sind die Infraschalluntersuchungen von behördlicher Seite z.B Gesundheitsbehörde begleitet worden? Die Anhaltswerte - zulässige Grenzwerte - sind gegenüber 2011 wieder erhöht worden. Ist das hier berücksichtigt worden?	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.12	SO 09 / E 01	In einem Umkreis von 500 bis 1000 um die Vorrangflächen Geversdorf/Oberndorf und Oederquart/Wetterdeich“ befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Ohne die kumulative Wirkung der beiden Windparks zu berücksichtigen, wird alleine der Grenzwert, TA- Lärm in nahezu allen Immissionswerten überschritten.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht des RROP Entwurfs 2015 und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.13	SO 09	Ebenso werden die zulässigen Beschattungsdauern teilweise um ein vielfaches überschritten.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.14	SO 09 / E 01	Es zeigt sich, dass die Abstände zur Wohnbebauung deutlich zu gering gewählt worden sind und damit hohe Abschaltzeiten die Wirtschaftlichkeit dieses Windparks in Frage stellen. Im Erläuterungsbericht des Urteils des OVG-Lüneburg v. 14.05.2014 steht unter anderem, "das man schon diese Abstände zum Anlass nehmen kann um auf die Ausweisung des Gebietes zu verzichten, sofern er der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gibt". Es ist wohl unstiftig dass das Soll der Energiegewinnung im Landkreis Cuxhaven durch Windkraftanlagen bei weitem erfüllt ist.	Die Wirtschaftlichkeit einer Windenergieanlage ist von unzähligen Faktoren abhängig und kann pauschal nicht auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden. Die Abstände zur Wohnbebauung sind ausreichend um den Schutz der Menschen zu gewährleisten.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115	P115.15	E 01	Aufgrund der gesundheitlichen Schäden, die von den modernen 200 m hohen Anlagen ausgehen, fordern Experten einen Mindestabstand der 10fachen Höhe zu jeglicher Wohnbebauung. In einigen Bundesländern ist das schon umgesetzt worden und auch das Land Niedersachsen denkt darüber nach (siehe NEZ v. 13.8.14).	Das Land Niedersachsen denkt nicht über einen einheitlichen Mindestabstand zur Wohnbevölkerung nach. Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P115	P115.16	SO 09	Wir wehren uns auch gegen die Zerstörung von Landschaft und Natur in diesem sensiblen Gebiet der Ostemarsch mit angrenzenden FFH-Gebieten, dem Naturschutzgebiet Schnook und der Oste als Vogelzugleitlinie. (siehe anhängende Karte). Die Belange des Artenschutzes sind Ihrer Behörde hinlänglich bekannt. Siehe Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde LK Cuxhaven und Gutachten Dr. Schreiber v. 2013 und Begutachtung Bosch + Partner, sowie das Grundsatzpapier RROP 2014 vom BUND.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Unterelbe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt. - Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt).	Kenntnisnahme.
P115	P115.17	SO 09	Das Storchennest auf unserem Grundstück Wetterdeich 6 wurde zuerst 2013 und auch seit dem 23. März 2014 regelmässig besucht (siehe Fotos im Anhang). Die Störche sind den ganzen Sommer über auf Nahrungssuche auf den umliegenden Äckern und Wiesen. Damit wird deutlich, dass die Vorrangfläche mitten in einem Storchengebiet ausgewiesen wurde und damit der vorgeschriebene Abstand nicht eingehalten wird.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Bei den genannten Weißstörchen (Wetterdeich 6 und Wetterdeich 11) handelt es sich nach bisherigem Kenntnisstand nicht um Brutvorkommen.	Kenntnisnahme.
P115	P115.18	SO 09	Aus diesen von uns erwähnten Gründen, ersuchen wir Sie auf die Ausweisung des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" zu verzichten.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden. Zudem können nur öffentliche Belange zu einer Herausnahme einer Fläche führen. In diesem Fall liegen keine öffentlichen Belange vor, die eine Herausnahme der Fläche erfordern.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115	P115.19		siehe P035.241 - P035.291; Handschriftliche Ergänzung zum 18.07.2015: 19. Trupp von ca. 180 Kiebitzen, Ackerfläche südwestlich von Wetterdeich	Kenntnisnahme. - Siehe P035.242 und P035.265.	Kenntnisnahme.
P116a	P116a.01	SO 09	DWAG ist Trägerin eines Windenergievorhabens in dem im bisherigen RROP ausgewiesenen Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung Geversdorf-Oberndorf. Ein Antrag auf Genehmigung von fünf Windkraftanlagen wurde durch den Landkreis Cuxhaven abgelehnt. Hierüber ist ein verwaltungsgerichtliches Verfahren anhängig. Insbesondere besteht Dissens über die naturschutzfachliche Bewertung des Vorhabens. Nach dem Entwurf der sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015 soll dieses Gebiet zukünftig als „Bauleitplanerisch gesicherter Bereich 2015“ ausgewiesen werden. Für eine solche Festlegung in Raumordnungsplänen fehlt es an jeder Rechtsgrundlage. Sie steht auch nicht im Einklang mit dem LROP.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereichen stellen eine Ziel-Ausnahme-Regelung dar. Dieses Vorgehen ist durch das Raumordnungsgesetz gedeckt und mit der Genehmigungsbehörde des Landes Niedersachsen abgestimmt.	Nicht zu berücksichtigen.
P116a	P116a.02	B 07	Abgesehen davon lässt sich bei Festlegung solcher Gebiete eine Ausschlusswirkung nach § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 ROG nicht begründen bzw. fehlerfrei festlegen. Das Planziel ist verfehlt.	Siehe Stellungnahme P116a.01	Nicht zu berücksichtigen.
P116a	P116a.03	SO 09	Im Übrigen erfüllt das bisherige Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung Geversdorf-Oberndorf nach wie vor die Voraussetzungen dafür, als ein solches Vorranggebiet fortgeschrieben zu werden. Insgesamt sind die Kriterien zur Festlegung harter und weicher Tabuzonen nicht fehlerfrei angewandt, vor allem liegen den erstellten Karten fehlerhafte und unvollständige Daten zu Grunde, die letztlich eine fehlerfreie Ableitung von Vorranggebieten und eine Abwägung über den Plan ausschließen.	Die Potentitalflächen 033/007 sind im Rahmen der naturschutzfachlichen Einschätzung in der Einzelabwägung entfallen (s. Begründung). Die naturschutzfachliche Einschätzung liegt dem RROP als Anlage transparent vor (siehe S. 54-57, naturschutzfachliche Einschätzung). Die zugrunde gelegten Daten wurden mit Quellenangaben ausgewiesen. Ohne nähere Ausführungen durch den Einwender, inwieweit bzw. welche Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, kann dieser pauschalen Aussage nicht weiter gefolgt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P116a	P116a.04	E 01	Die Kriterien zur Festlegung der harten und weichen Tabuzonen sind im Übrigen nicht sachgerecht und orientieren sich nicht an dem gesetzten Planungsziel.	Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen wurde in der Begründung offen und transparent dargelegt. Der pauschalen Aussage des Einwenders kann nicht gefolgt werden. Hierzu wäre es nötig, dass vom Einwender genau benannt wird, welche Tabuzonen in welchem Maße nicht sachgerecht sind.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116a	P116a.05	U	Ferner sind die umweltfachlichen Annahmen zu dem Standort Geversdorf/Oberndorf, wie sie im Umweltbericht zu Punkt 1.2.2.9 niedergelegt sind, in Bezug auf windenergieempfindliche Vogelarten und das Landschaftsbild nicht zutreffend. Erhebliche Umweltauswirkungen sind nicht als erheblich einzuschätzen, vor allem wenn man mögliche Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen einbezieht.	Die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen für die windenergieempfindlichen Brutvogelarten ist korrekt. Diese basiert auf der vom Landkreis Cuxhaven bereitgestellten Daten aus dem BIOS-Datensatz (vgl. dazu auch die naturschutzfachl. Einschätzung von Potenzialflächen, S. 1f.). Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein, weshalb eine Bewertung des Tötungsrisikos und der Störungstatbestände für Brutvögel auf der Regionalplan-Ebene nicht erfolgen kann. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Die Bewertung des Landschaftsbilds erfolgte auf Grundlage der Karte zur Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft aus dem Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven. Eine differenziertere Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Potenzialgebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus. Weiterhin müssten u a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was ebenfalls im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Somit ist eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich. Durch die Aufnahme dieses Kriteriums mit den Bereichen mit mittlerer, hoher und sehr hoher Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Daneben kann das RROP des LK Cuxhaven, als übergeordnetes, zusammenfassendes und rahmensetzendes Planwerk keine konkreten Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung oder zum Ausgleich der im Rahmen der Umweltprüfung nachgewiesenen nachteiligen Auswirkungen darstellen. Diese werden im nachgeordneten Planungs- und Zulassungsverfahren insbesondere im Rahmen der Eingriffsregelung konkret festgelegt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	
P116a	P116a.06	E-N	Ebenfalls unzutreffend sind die Annahmen zu der Sonderbaufläche Windenergienutzung „Geversdorf/Oberndorf“ in der Unterlage“ Naturschutzfachliche Einschätzung von Potenzialflächen“ (S. 54ff.). Es sind keine gravierenden Konflikte vorhanden, die nicht durch Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen ausräumbar wären. Daher ist die Fläche sehr wohl auch als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet und eine auf dieser Grundlage erfolgende Abwägung über die Fortschreibung fehlerhaft. Eine ausführliche (Gegen-) Darstellung zu den umweltfachlichen Konflikten ist der dem Landkreis Cuxhaven bekannten und vorsorglich noch einmal als Anlage beigelegte Begründung der Klage der DWAG gegen die Ablehnung des Antrages auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung von Windkraftanlagen vom 29.01.2015 zu entnehmen. Die darin enthaltenen Ausführungen sind Gegenstand dieser Stellungnahme.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P116a	P116a.07	A	Anzumerken ist in diesem Kontext, dass die Regionalplanung ohnehin den ihr zugewiesenen Maßstab der „Einschätzung“ abwägungsfehlerhaft verlässt, wenn sie in einem Einzelfall auf eine „Begutachtung von Antragsunterlagen“ Bezug nimmt.	Es ist nicht zu beanstanden, wenn von Mitarbeitern der Kreisverwaltung die ihnen bekannten Informationen und Datengrundlagen zur Beurteilung zugrunde gelegt werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116a	P116a.08	U	Die Umweltprüfung insgesamt und an sie anknüpfend eine ggf. nachfolgende Abwägung über den Plan und vor allem die mit dem Plan verbundene Ausschlusswirkung nach Nr. 4.2.2.01 Satz 2 des Fortschreibungsentwurfs sind im Übrigen fehlerhaft, wenn ausweislich Punkt 5 des Umweltberichts „Informationen und Daten nicht flächendeckend und einheitlich für den gesamten Geltungsbereich vorliegen“ und es darüber hinaus an einem geeigneten Kriterium für die Erfassung und Bewertung visueller Beeinträchtigungen fehlt.	Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt. - Eine 100 %-ig gleiche Bewertung aller in Betracht kommenden Potenzialflächen ist wohl schlechterdings unmöglich zu erreichen, gleichwohl ist eine größtmögliche Annäherung - auf der Basis der vorhandenen Daten - angestrebt worden. Der Umfang der Naturschutzfachlichen Einschätzung belegt, dass doch auch recht umfangreiche Datenbestände vorliegen.	Nicht zu berücksichtigen.
P116a	P116a.09	U	Die Darstellung zu den geplanten Überwachungsmaßnahmen (Kap. 6 des Umweltberichts) ist unvollständig, vor allem fehlt es einer Erarbeitung ggf. notwendige Abhilfemaßnahmen, die die Anforderungen an die Abwägung bei Festlegung einer Ausschlusswirkung des RROP im Blick behalten. Der Überwachungsmechanismus ist auch rechtlich nicht hinreichend gesichert, dass er die notwendige Wirkung entfalten könnte. Wir bitten, uns den Eingang unserer Stellungnahme schriftlich zu bestätigen und uns über den weiteren Fortgang des Verfahrens schriftlich zu informieren.	Die Hinweise zum Monitoring in Kapitel 6 sind ausreichend. Die Überprüfung der tatsächlichen erheblichen Umweltauswirkungen infolge der Umsetzung Änderung des Regionalen Raumordnungspro-gramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015, erfolgt in erster Linie auf der nachgeordneten Planungsebene, da die Umweltauswirkungen überwiegend erst bei Umsetzung der Pläne in konkrete Maßnahmen wirksam werden. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.01	SO 09	In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren Denker & Wulf AG ./.. Landkreis Cuxhaven beigeladen: Gemeinde Oberndorf  2 A 1212114  danken wir für die Gewährung der Akteneinsicht. Nach dem Vorliegen des Ablehnungsbescheids des Beklagten kündigen wir an, in einer mündlichen Verhandlung zu beantragen,  den Beklagten unter Aufhebung des beiliegenden Bescheides des Landkreises Cuxhaven, Amt Bauaufsicht und Regionalplanung, vom 15.09.2014 mit dem Aktenzeichen 63 ImG 23/2012 (K 20) in Form des Widerspruchsbescheids zu verpflichten, die mit Antrag vom 08.11.2012 in der Fassung der im Januar 2014 ergänzend eingereichten Unterlagen beantragte immissionsschutzrechtliche Genehmigung zu erteilen. Wir begründen die Klage weitergehend wie folgt:	Anlage - Schreiben der Kanzlei Ohms Rechtsanwälte an das Verwaltungsgericht Stade zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren Denker & Wulf AG ./.. Landkreis Cuxhaven	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.02	SO 09	<p>A. Sachverhalt</p> <p>Wegen des Sachverhalts wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Ausführungen zum Klageanlass in der Klage vom 09.07.2014 verwiesen.</p> <p>Nach Einreichung der Klage und der Aufforderung des Gerichts an den Beklagten vom 10.07.2014, sich zum Zeitpunkt einer Entscheidung zu äußern, erging die ursprünglich durch den Beklagten für Mitte August, dann für Anfang September angekündigte Entscheidung mit Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 nach § 20 Abs. 2 S. 2 der 9. BImSchV (Anlage K 20). Im Wesentlichen wird die Ablehnung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrages durch den Beklagten damit begründet, es fehlten wesentliche Erfassungen von Arten und Artengruppen, um eine sachgerechte Beurteilung potentieller Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG zu ermöglichen. Die bisherigen Erfassungen/Erhebungen und Untersuchungen entsprächen nicht dem fachwissenschaftlichen Methodenstandard. Die Prüfung und Bewertung der ökologischen Erfassungen obliege dabei der zuständigen Behörde, der eine Einschätzungsprärogative zukomme, auf die sich der Beklagte zurückzieht.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.03	SO 09	<p>B. Rechtliche Würdigung</p> <p>Der Ablehnungsbescheid des Beklagten ist rechtswidrig, weil die Klägerin gern. § 6 Abs. 1 BImSchG einen Anspruch auf die beantragte immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb der WEA 1 bis 5 hat. Insbesondere ist der immissionsschutzrechtliche Genehmigungsantrag nicht aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht unvollständig (dazu im Folgenden 1). Es stehen der Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung auch artenschutzrechtliche Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG als andere öffentlich-rechtliche Vorschriften i.S.v. § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG nicht entgegen (dazu im Folgenden II.). Das Vorliegen aller anderen Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 Abs. 1 BImSchG wird vom Beklagten nicht bezweifelt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.04	SO 09	<p>1. Vollständigkeit der Antragsunterlagen</p> <p>Der Ablehnungsbescheid des Beklagten stützt sich allein auf § 20 Abs. 2 S. 2 der 9. BImSchV. Gern. § 20 Abs. 2 S. 2 der 9. BImSchV soll der Antrag abgelehnt werden, wenn der Antragsteller einer Aufforderung zur Ergänzung der Unterlagen innerhalb einer ihm gesetzten Frist, die auch im Falle ihrer Verlängerung drei Monate nicht überschreiten soll, nicht nachgekommen ist. Eine Ergänzungsbedürftigkeit des Antrages oder der Unterlagen im Sinne dieser Vorschrift liegt aber nicht vor. Der Beklagte hat selbst bestätigt, dass der Antrag vollständig ist. Er hat das Vorhaben unter dem 08.08.2013 öffentlich bekannt gemacht. Die Auslegung nahm der Beklagte in der Zeit vom 16.08. bis 16.09.2013 vor. Er räumt somit selbst ein, dass ihm ein vollständiger Antrag vorliegt. Nur ein vollständiger Antrag ist nämlich gern. § 10 Abs. 3 S. 1 und 2 BImSchG aus zulegen. Zudem hat das Naturschutzamt des Beklagten bereits bei der Vollständigkeitsprüfung mit Schreiben vom 23.01.2013 (Blatt 96 der Verwaltungsakte) bescheinigt »Die vorgelegten Planunterlagen zum BImSchG-Antrag sind vollständig.« Des Weiteren hat das Naturschutzamt mit internem Vermerk vom 15.07.2013 (Blatt 198 der Verwaltungsakte) festgestellt, dass die Unterlagen auch in naturschutzfachlicher Hinsicht vollständig seien. Der Beklagte teilte mit Schreiben vom 29.07.2013 (Anlage k 8) zudem mit, es seien lediglich noch einige besprochene Aspekte in den Landschaftspflegerischen Begleitplan einzuarbeiten, so dass die Auslegung am 16.08.2013 beginnen könne. Damit hat der Beklagte selbst dokumentiert, dass der Antrag und die Unterlagen insbesondere unter naturschutzfachlichen Aspekten LS.d. § 10 Abs. 3 S. 1 BImSchG und § 7 Abs. 2 der 9. BImSchV vollständig sind. Bereits deshalb konnte der streitgegenständliche Ablehnungsbescheid nicht auf § 20 Abs. 2 S. 2 der 9. BImSchV gestützt werden. Im Übrigen zeigen die nachfolgenden Darlegungen, dass alle auch für die naturschutzfachliche Beurteilung erforderlichen Unterlagen vorliegen.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.05	SO 09	<p>II. Naturschutzrechtliche Genehmigungsvoraussetzungen sind gegeben</p> <p>Dem Genehmigungsanspruch nach § 6 Abs. 1 BImSchG stehen keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, Abs. 5 BNatSchG entgegen. Die vorzunehmende artenschutzfachliche und -rechtliche Beurteilung des Vorhabens ist auf Grundlage der eingereichten, vollständigen Antragsunterlagen möglich.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.06	SO 09	1. Rechtlicher Ausgangspunkt Die vom Beklagten im Ablehnungsbescheid dargestellte artenschutzfachliche und -rechtliche Beurteilung hält sich nicht in dem bestehenden rechtlichen Rahmen. Die rechtlichen Anforderungen an die für eine Bewertung der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, Abs. 5 BNatSchG erforderlichen Datengrundlagen werden verkannt (im Folgenden: a.). Der Antrag auf Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BImSchG wird auch unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundsätze zur naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative (im Folgenden: b.) zu Unrecht abgelehnt, weil artenschutzrechtliche Vorschriften nicht entgegen stehen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.07	SO 09	a. Datengrundlagen sind ausreichend aa. Rechtlicher Ausgangspunkt Art und Umfang, Methodik und Untersuchungstiefe der erforderlichen fachgutachtlichen Untersuchungen zur Ermittlung der artenschutzrechtlichen Betroffenheiten im Planungsraum lassen sich mangels normativer Festlegung nur allgemein umschreiben und hängen maßgeblich von den naturräumlichen Gegebenheiten des Einzelfalls ab. Sie speisen sich regelmäßig aus der Bestandserfassung vor Ort durch Begehung des Untersuchungsraums mit dabei vorzunehmender Erfassung des Arteninventars sowie der Auswertung bereits vorhandener Erkenntnisse und Fachliteratur, die sich wechselseitig ergänzen können. Wie viele Begehungen zur Erfassung welcher Tierarten zu welchen Jahres- und Tageszeiten erforderlich sind und nach welchen Methoden die Erfassung stattzufinden hat, lässt sich nicht für alle Fälle abstrakt bestimmen, sondern hängt von vielen Faktoren ab (Größe des Untersuchungsraums, vermutete Breite des Artenspektrums, Vorliegen von Ergebnissen aus früheren Untersuchungen). Erst durch eine aus beiden Quellen (Bestandserfassung vor Ort; Auswertung vorhandener Erkenntnisse und Literatur) gewonnene und sich wechselseitig ergänzende Gesamtschau kann sich die Genehmigungsbehörde regelmäßig die erforderliche hinreichende Erkenntnisgrundlage verschaffen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.08	SO 09	Lassen allgemeine Erkenntnisse zu artspezifischen Verhaltensweisen, Habitatsprüchen und dafür erforderlichen Vegetationsstrukturen sichere Rückschlüsse auf das Vorhandensein bestimmter Arten zu, ist es nicht zu beanstanden, wenn die Genehmigungsbehörde, gestützt auf naturschutzfachlichen Sachverstand, daraus Schlussfolgerungen auf das Vorkommen und den Verbreitungsgrad bestimmter Arten zieht. Diese bedürfen, ebenso wie sonstige Analogieschlüsse, der plausiblen, naturschutzfachlich begründeten Darlegung. Ebenso ist es zulässig, mit Prognosewahrscheinlichkeiten und Schätzungen zu arbeiten. Lassen sich gewisse Unsicherheiten aufgrund verbleibender Erkenntnislücken nicht ausschließen, darf die Genehmigungsbehörde auch „worst-case-Betrachtungen“ anstellen, also im Zweifelsfall mit negativen Wahrunterstellungen arbeiten, sofern sie konkret und geeignet sind, den Sachverhalt angemessen zu erfassen. So ausdrücklich BVerwG, 09.07.2008 - 9 A 14/07 -, BVerwGE 131, 274, juris Rn. 59 ff.; st. Rspr. BVerwG, vgl. etwa BVerwG, 18.06.2007 - 9 VR 13/06 -, juris Rn. 20; 17.01.2007 - 9 A 20/05 -, BVerwGE 128, 1, juris Rn. 64.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.09	SO 09	Das verpflichtet die Behörde — und damit den Antragsteller bei Vorlegen der Antragsunterlagen — aber nicht, ein lückenloses Arteninventar zu erstellen. Die Untersuchungstiefe hängt maßgeblich von den naturräumlichen Gegebenheiten im Einzelfall ab. Lassen bestimmte Vegetationsstrukturen sichere Rückschlüsse auf die faunistische Ausstattung zu, so kann es mit der gezielten Erhebung der insoweit maßgeblichen repräsentativen Daten sein Bewenden haben. Das Recht nötigt nicht zu einem Ermittlungsaufwand, der keine zusätzliche Erkenntnis verspricht, also keine weitergehenden Untersuchungen „ins Blaue hinein“. St. Rspr.; BVerwG, 03.05.2013 - 9 A 16/12 -, BVerwGE 146, 254, juris Rn. 64; 18.06.2007 - 9 VR 13/06 -, juris Rn. 20; 09.06.2004 - 9 A 11/03 -, BVerwGE 121, 72, juris Rn. 90; 31.01.2002 - 4 A 15/01 -, juris Rn. 91; 21.02.1997 - 4 B 177/96 -, NuR 1997, 353.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.10	SO 09	Erforderlich, aber auch ausreichend, ist danach eine am Maßstab der praktischen Vernunft ausgerichtete Prüfung. Die zuständige Behörde muss sich nicht Gewissheit darüber verschaffen, dass Beeinträchtigungen nicht auftreten werden. Heugel, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2011, § 44 Rn. 53.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116b	P116b.11	SO 09	Behauptungen von Nicht-Fachleuten und behördlichen Stellungnahmen, die auf „Hörensagen“ beruhen, gehören hingegen nicht zu den bereits vorhandenen Erkenntnissen zu einem Gebiet, weil jede Erkenntnis stets unter dem Vorbehalt der Validität und der Art ihres Zustandekommens steht. So BVerwG, 09.07.2008 - 9 A 14/07 -, BVerwGE 131, 274, juris Rn. 61;	Bei der Bewertung der Potentialflächen wurden ausschließlich die in der Naturschutzfachlichen Einschätzung genannten Quellen zugrunde gelegt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.12	SO 09	Wird etwa behauptet, dass in einem nicht ganz kleinen Erhebungsgebiet zusätzliche Vogelarten gesichtet worden sind, muss dies nur dann weiterverfolgt werden, wenn jedenfalls Zeit und Ort der Sichtung präzise genannt worden sind. Niedersächsisches OVG, 25.11.2009-1 KN 141/07-, juris Rn. 133, unter anderem dem Rechtsgedanken des BVerwG, 23.11.2007 - 9 B 38/07 -, juris Rn. 31 folgend.	Dies ist richtig und wurde bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 auch nicht anders gehandhabt.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.13	SO 09	bb. Zu beurteilendes Vorhaben Den vorgenannten rechtlichen Anforderungen werden die von der Klägerin eingereichten naturschutzfachlichen Unterlagen gerecht. Sie beruhen im Ausgangspunkt auf der Arbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie“ Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen (Stand: Oktober 2011) des Niedersächsischen Landkreistages (nachfolgend: NLT 2011) konkretisiert durch die Abstimmungen mit dem Beklagten vor Durchführung der Umweltuntersuchungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116b	P116b.14	SO 09	Maßgeblich für die Bewertung ist dabei der aktuellste Erkenntnisstand, der sich aus der 3. Änderung der entsprechenden Umweltunterlagen vom 10.01.2014 der Klägerin ergibt, in die auch Hinweise sowie Anregungen aus den Stellungnahmen und Besprechungsterminen mit der Unteren Naturschutzbehörde des Beklagten wie beispielsweise eine deutlichere Darstellung der artenschutzrechtlichen Bewertung eingeflossen sind. Wenn insoweit der Beklagte immer wieder auf einen älteren Erkenntnisstand verweist, ist dies bereits deshalb zur Begründung des Ablehnungsbescheids nicht geeignet, weil damit nicht die letzten Erkenntnisse der Bestandserfassung vor Ort sowie der Auswertung vorhandener Erkenntnisse und Fachliteratur berücksichtigt sind. Der Versuch des Beklagten, aus vorherigen Versionen der Umweltunterlagen scheinbare Widersprüche zu konstruieren, kann nicht gelingen, weil ein solcher Widerspruch tatsächlich nicht vorliegt, was nachfolgend im Hinblick auf die Ausführungen des Beklagten in seinem Ablehnungsbescheid im Einzelnen dargestellt wird.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.15	SO 09	Außerdem entspricht eine solche Vorgehensweise des Beklagten nicht der gebotenen Fairness im Verwaltungsverfahren, weil die Unterlagen — wie sie zuletzt eingereicht sind - auf den ausdrücklichen Wunsch des Beklagten hin entsprechend angepasst wurden.	Die Aussage bezieht sich auf ein verwaltungsrechtliches Verfahren und ist somit nicht Gegenstand des RROP Entwurfs 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.16	SO 09	b. Naturschutzfachliche Einschätzungsprerogative Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wird der zuständigen Behörde ein Beurteilungsspielraum im Hinblick auf die Erfassung des Bestandes der geschützten Arten als auch auf die Bewertung der Risiken, denen diese bei Realisierung des zur Genehmigung stehenden Vorhabens ausgesetzt sind, nicht generell eingeräumt. Zum einen ist für eine Einschätzungsprerogative kein Raum, soweit sich für die Bestanäserfassung von betroffenen Arten eine bestimmte Methode oder für die Risikobewertung ein bestimmter Maßstab durchgesetzt hat und gegenteilige Meinungen nicht mehr als vertretbar angesehen werden können. Insofern unterliegt es einer vollen gerichtlichen Überprüfung, ob trotz fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterhin ein gegensätzlicher Meinungsstand fortbestehen kann und ob es an eindeutigen ökologischen Erkenntnissen fehlt. St. Rspr. BVerwG, Urteil vom 21.11.2013-7 C 40/11 -, juris Rn. 19.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.17	SO 09	Der Beklagte kann mithin — auch unter Heranziehung von externen Stellungnahmen — den Ablehnungsbescheid nicht auf Gründe stützen, die in Anbetracht der durch die Klägerin vorgelegten wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr vertretbar sind oder auf einem Bewertungsverfahren beruhen, das sich als unzulängliches oder gar ungeeignetes Mittel erweist, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Dies gilt im Hinblick auf die Erfassung des Bestandes und auch im Hinblick auf die Bewertung der Risiken der geschützten Arten. BVerwG, 27.06.2013 -4 C 1/12 -, juris Rn. 16; 28.12.2009 - 9 5 26/09 -, juris Rn. 18.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.18	SO 09	Insofern ist es dem Beklagten — auch mit Rücksicht auf eine naturschutzfachliche Einschätzungsprerogative — nicht erlaubt, ohne eine wissenschaftlichen Maßstäben und vorhandenen Erkenntnissen entsprechende Sachverhaltsermittlung, insbesondere Bestandserfassung im Umfeld einer Anlage, von einer erhöhten Aktivitätsdichte und einem daraus folgenden signifikant erhöhten Tötungsrisiko einer besonders geschützten Art auszugehen, wenn die fachgerecht erfolgte Sachverhaltsermittlung der Klägerin anderweitige Erkenntnisse erbracht hat. Vgl. OVG Sachsen-Anhalt, 13.03.2014 -2 L 212/11 -, juris Rn. 29; 26.11.2011 -2 L6/09-, NuR 2012, 196 (201), juris Rn. 65 m.w.N.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.19	SO 09	Vor diesem Hintergrund kann der von dem Beklagten in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 immer wieder herangezogenen Stellungnahme der Firma Bosch & Partner (Anlagen K 12 und 13) — wenn überhaupt — nur sehr eingeschränkte Bedeutung beigemessen werden, da deren Ausführungen sich allein auf Aussagen und Annahmen durch das Naturschutzamt beziehen, ohne dass der „Gutachter“ ein einziges Mal die Örtlichkeit in Augenschein genommen oder eigene Daten und Informationsquellen herangezogen hätte. Vgl. Ausführungen in der Klage vom 09.07.2014, S. 4; Bosch & Partner, Ergänzendes Gutachten zur Stellungnahme von Ohms Rechtsanwälte zu den Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf / Oberndorf im Landkreis Cuxhaven, 22.04.2014 (Anlage K 13), 8. 2 und 4. Es wird angeregt, über die Umstände, dass der „Behördengutachter“ bei Verfassung der „Gutachten“ vom 27.03.und 22.04.2014 das Vorhabengebiet gar nicht in Augenschein genommen und seine Darlegungen nur auf nicht von ihm selbst ermittelte Erkenntnisse gestützt hat, Beweis zu erheben durch Zeugnis des Herrn Dipl.-Ing. Michael Püschel, zu laden über die Firma Bosch & Partner GmbH, Listet Damm 1 30163 Hannover. Außerdem ist der Bearbeiter als Dipl.-Ing. fachlich überhaupt nicht hinreichend qualifiziert, in ornithologischen Fragen die von der Klägerin im Verfahren vorgelegten Fachgutachten zu erschüttern.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.20	SO 09	Darüber hinaus erwecken die Gutachten der Firma Bosch & Partner GmbH vom 27.03.und 22.04.2014 den Anschein, dass Mitarbeiter des Beklagten aktiv auf das Ergebnis Einfluss genommen haben. Hierüber ist Beweis zu erheben durch Zeugnis des Herrn Sieghard Haude, des Herrn Helmut Märkle und der Frau Ina Humbracht, alle zu laden über den Beklagten.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.21	SO 09	Darüber hinaus überschreitet der Beklagte jeden ihm verbleibenden Beurteilungsspielraum, wenn er sich in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 auf vermeintlich gefestigte neue wissenschaftliche Erkenntnisse beruft, die auf Unterlagen beruhen, die während des Verwaltungsverfahrens noch überhaupt nicht verabschiedet oder für die Klägerin zugänglich waren wie die Arbeitshilfe des Niedersächsischen Landkreistages mit Stand Oktober 2014 (nachfolgend: NLT 2014) oder auf die noch nicht erschienene und nach wie vor der Überarbeitung unterliegende Fachkonvention „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten“ der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (nachfolgend: LAG-VSW 2014).	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.22	SO 09	Bei den vorgenannten Papieren sowie dem NLT 2011 und den „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten aus dem Jahr 2007 (LAG-VSW 2007) handelt es sich auch nicht um sogenannte antizipierende Sachverständigengutachten, was — wenn überhaupt — bei einem auf breiter fachlicher Basis erlassenen Windkrafterlass der Fall sein kann. Bayerischer VGH, 06.10.2014 -22 ZB 14.1079, 22 ZB 14.1080-, juris Rn. 25.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Die Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten sind für die Ebene der Regionalplanung - in Niedersachsen die Ebene der Regionalen Raumordnungsprogramme - weithin akzeptiert und mehrfach/vielfach von Gerichten als Beurteilungsgrundlage bestätigt worden.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.23	SO 09	Dementsprechend wird in den Papieren auch jeweils zum Ausdruck gebracht, dass sie keinen Erlasscharakter haben, sondern es sich lediglich um Empfehlungen handelt, die die erforderliche Einzelfallprüfung eines jeden Vorhabens nicht ersetzen. Insofern sind die Papiere vorsorgeorientiert und entstammen im Wesentlichen einem „Nichtwissen“ über Gefahren und Risiken im konkreten Einzelfall. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil die betroffenen Vogelarten sich meist nicht gleichmäßig im Umfeld ihres Brutplatzes aufhalten, sondern vorwiegend an die Habitatstrukturen gebunden sind.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.24	SO 09	Die telemetrischen Untersuchungen zu Greifvögeln und Windenergieanlagen kommen zu dem Ergebnis, dass große individuelle Unterschiede in der Raumnutzung zu beobachten waren, welche in Abhängigkeit der Nahrungsbasis, der Nahrungsverfügbarkeit und des Brutverlaufs variieren. Groß- und Greifvögel nutzen demnach das nahe Umfeld ihres Brutplatzes nicht konzentrisch. Vgl. etwa <a href="http://bergenhusen.nabu.de/forschung/greifvoegel/index.html">http://bergenhusen.nabu.de/forschung/greifvoegel/index.html</a> .	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.25	SO 09	Hieraus folgt, dass eine Einzelfallprüfung durch entsprechende Kartierungen rein abstrakten Abstandsempfehlungen immer vorgehen muss. Dies wird in den jeweiligen Papieren auch anerkannt, wenn es etwa im Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG- V\$W), Abstandsregelung für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten, Berichte zum Vogelschutz 33 (2007), 151 (152). heißt, die Empfehlungen könnten die erforderliche Einzelfallprüfung eines jeden Vorhabens keinesfalls ersetzen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.26	SO 09	Der Versuch des Beklagten, aus ohne erkennbare Systematik abwechselnd herangezogenen Papieren (NLT 2011, NLT 2014 und LAG-VSW 2014 Entwurf) angebliche fachliche Mängel aufzuzeigen, ist vor dem Hintergrund der vorgenannten Anforderungen rechtlich nicht tragfähig. Im Übrigen wird nachfolgend im Hinblick auf die Ausführungen des Beklagten in seinem Ablehnungsbescheid im Einzelnen dargestellt, dass solche angeblichen fachlichen Mängel nicht bestehen. Unter Zugrundelegung des vorstehenden rechtlichen Rahmens für die Bewertung der artenschutzrechtlichen Anforderungen an ein Vorhaben ist auf Grundlage der eingereichten Antragsunterlagen ersichtlich, dass der nachgesuchten immissionsschutzrechtlichen Genehmigung keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, Abs. 5 BNatSchG entgegenstehen:	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.27	SO 09	2. Erfassung Brutvögel Entgegen der Annahme des Beklagten entspricht die Bearbeitungsintensität des Gutachters regionalplan & uvp zur Erfassung der Brutvögel, welche den naturschutzfachlichen Unterlagen der Klägerin zugrunde liegt, gemessen am vorliegenden Einzelfall dem naturschutzfachlichen Standard. Der von dem Beklagten geforderte Kartierungsumfang von insgesamt 238,13 Stunden für die Erfassung von Brutvögeln (vgl. im Folgenden unter b.) bewegt sich nicht mehr in dem rechtlich zulässigen Rahmen. Dies gilt angesichts der anerkannten fachmethodischen Anforderungen an Revierkartierungen (im Folgenden: a.), den Forderungen des Beklagten zum Kartierungsumfang aus dem Jahr 2010 (im Folgenden: b.) und dem Vergleich mit dem geleisteten Kartierungsumfang des Gutachters regionalplan & uvp (im Folgenden: c).	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.28	SO 09	a Fachmethodische Anforderungen an Revierkartierungen Allgemein anerkannt sind die fachmethodischen Anforderungen an Revierkartierungen nach Südbeck (Hrsg.), Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands, 2005 (nachfolgend: Südbeck). Hierauf nimmt auch der Beklagte in seinem Ablehnungsbescheid Bezug. In Südbeck werden verschiedene Methoden zur Erfassung von Brutvögeln beschrieben, von denen die sogenannte Revierkartierung nur eine ist (andere sind beispielsweise Punkt Stopp-Zählung oder Linienkartierung). Sie gehört— auch nach Südbeck—zu den komplexesten und aufwändigsten Erfassungsmethoden, die die gesamte Lebensgemeinschaft eines Gebiets umfasst, und darauf abzielt, die vollständigsten und genauesten Daten über die avifaunistische Ausstattung eines Landschaftsraums zu liefern, die nur mit einem entsprechend hohen Erfassungs- und Auswertungsaufwand erzielt werden können. So ausdrücklich festgestellt von BVerwG, 09.07.2008 - 9 A 14/07 -, BVerwGE 131, 274, juris Rn. 81.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.29	SO 09	Zu den Empfehlungen zur Anzahl von Erfassungsterminen im Falle von Revierkartierungen wird in Südbeck ausgeführt: „2.3 Standard-Erfassungsmethoden 2.3.1 Revierkartierung Anwendung: kleinere Flächen (max. 100 ha je Kartierungsgang, in einförmigen Landschaften auch bis zu 150 ha) Schutzgebietsausweisungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Habitatvergleiche, Erfassung von Brutvogelgemeinschaften, Brutvogel-Bestandsmonitoring, Monitoring des Erhaltungszustandes von (Schutz-)Gebieten [...] Zeitaufwand: hoch; (5-) 6-10 Begehungen (vgl. Tab. 1)“  Südbeck (Hrsg.), Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands, 2005, S. 47 (hier im Auszug vorgelegt als Anlage K 21).	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.30	SO 09	Damit soll die Revierkartierung — nach diesem anerkannten Methodenstandard als genaueste und zeitaufwendigste aller Erfassungsmethoden — nur auf kleineren Flächen zum Einsatz kommen, wo die genaue Kenntnis des Arteninventars von besonderer Bedeutung ist. Die Anzahl der Begehungen wird dabei nicht exakt festgelegt, sondern soll sich in einem Rahmen von 5-10 Begehungen, was nach der jeweiligen Flächenausstattung zu beurteilen ist, bewegen. So können für strukturalarme und intensiv genutzte Flächen weniger Begehungen erfolgen als für komplex strukturierte und schwer einsehbare Gebiete.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.31	SO 09	Zu der von Südbeck fachmethodisch empfohlenen zeitlichen Verteilung der Begehungen bei der Revierkartierung wird ausgeführt:  „Arbeit im Gelände: Begehungen: (5-) 6-10, verteilt auf die Monate März (0-1), April (2-3), Mai (2-3), Juni (2-3) und Juli (0-2).“  Südbeck (Hrsg.), Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands, 2005, 5. 49, (Anlage K 21).  Entsprechend diesem fachlichen Standard werden die Monate April, Mai und Juni von besonderer zeitlicher Bedeutung für die Revierkartierungen angesehen, während die Monate März und Juli je nach Artenspektrum und Gelände bedeutsam sein können, im Übrigen aber für die Kartierungen optional sind.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.32	SO 09	Zur Kartierungsdauer in Stunden, bezogen auf eine Flächengröße von 100-150 ha, wird von Südbeck bei der Revierkartierung (RK) als Empfehlung ausgesprochen:  Wald RK [alle Arten]: 8 Std (2-20 Std.) RK [Artenauswahl]: 3-6 Std.  Siedlung RK [alle Arten]: 7 Std (2-10 Std.) RK [Artenauswahl]: 4,5-5 Std.  Grünland RK [alle Arten]: 3,5 Std (2-6 Std.) RK [Artenauswahl]: 1-3 Std.  Acker RK [alle Arten]: 2,5 Std (1-5 Std.) RK [Artenauswahl]: 2 Std.  Heide, Moor RK [alle Arten]: 3,5 Std (3-7 Std.) RK [Artenauswahl]: 3 Std.  Südbeck (Hrsg.), Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands, 2005, 5.37, Tab. 1 (Anlage K21).  Auch diese Empfehlungen sind nicht statisch, sondern variieren nach der jeweiligen Geländestruktur.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.33	SO 09	<p>b. Forderungen des Beklagten zum Kartierungsumfang aus dem Jahr 2010</p> <p>Der Beklagte und die Klägerin haben bei einem Gespräch am 18.03.2010 vor Durchführung der Kartierungen den Untersuchungsumfang abgestimmt. Hiernach gilt:</p> <p>„Untersuchungsraum: Für die Erfassung der Brut- und Rastvögel wird ein einheitlicher Untersuchungsraum gewählt, der vor allem nach Norden und Süden offene Bereiche weit über den 1.000 m-Radius hinaus berücksichtigt. [...] Im Bereich der großräumig strukturalarmen Flächen im Norden und Süden wird er hingegen deutlich reduziert und orientiert sich hier etwa am 500 m-Radius um die potenziellen Planflächen (siehe Karte). Evtl. im Rahmen der Erfassungen festgestellte, eingriffsrelevante Wechselbeziehungen werden auch über den festgelegten Untersuchungsraum hinaus erfasst und dargestellt (z. B. Brutplätze und Flugbewegungen von Großvögeln [...])</p> <p>Erfassungsintensität Brutvögel: - 5 Tagbegehungen von Ende März bis Mitte Juli - Erfassung aller gefährdeten und streng geschützten Arten nach den „Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands“ (SÜDBECK et al. 2005) - Besondere Berücksichtigung und ggf. Darstellung der Raumnutzung durch Großvögel (mögliche Funktion als Flugkorridor und Nahrungshabitat) - Parallel Dokumentation möglicher Rastplatzfunktionen in den Sommermonaten“</p> <p>Vgl. Windparkplanung Oberndorf — Ergebnisprotokoll zum faunistischen Erfassungsumfang und Karte „Übersicht Untersuchungsraum“ (Anlage K 3).</p> <p>Als Untersuchungsgebiet hat der Beklagte nicht nur die als Windvorranggebiet ausgewiesene Fläche mit einer Größe von 221 ha bestimmt (im RROP 2012 wurde dieses Windvorranggebiet nochmals auf eine Fläche von 115,32 ha verkleinert). Der Beklagte forderte viel mehr, dass ein Gebiet mit einer Gesamtgröße von 1.902 ha untersucht werde. Dies entsprach dem 8,6-fachen der Größe der (zum damaligen Zeitpunkt noch nicht ausgewiesenen) Windvorrangfläche. Der Beklagte hat also von seinem Beurteilungsspielraum insofern Gebrauch gemacht, als er in Anbetracht der ganz überwiegenden intensiven landwirtschaftlichen Nutzung im Vorhabengebiet eine geringere Anzahl an Begehungen, dafür aber einen ungewöhnlich großen Untersuchungsraum für sachgerecht hielt. Hinsichtlich der Kartierungsdauer hat der Beklagte keine speziellen Anforderungen gestellt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.34	SO 09	<p>Mit der Besprechung am 18.03.2010 liegt eine Unterrichtung über das Vorhaben und eine Klärung des Umfangs der Antragsunterlagen und der Gutachten i.S.d. § 2 Abs. 2 der 9. BImSchV vor. In dieser Norm kommt das immissionsschutzrechtliche Kooperationsprinzip zum Ausdruck, wonach die Behörde dem Vorhabenträger Hilfestellung zu leisten hat, um ihm unnötige Umwege und damit verbundene Kosten zu ersparen und das formelle Verfahren auf dem schnellsten Wege durchzuführen.</p> <p>So Czajka, in: Feldhaus, Bundesimmissionsschutzrecht, 87. Erg.-Lfg. Juni 1999, 9. BImSchV, § 2 Rn. 16; ebenso Kutscheid/Dietlein, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, 73. Ergänzungslieferung 2014, 9. BImSchV, § 2 Rn. 9.</p> <p>Indem der Beklagte mit dem Gutachter regionalplan &amp; uvp der Antragstellerin die wesentliche Frage des Untersuchungsumfangs abgestimmt hat, wurde eine wesentliche Hilfestellung im vorgenannten Sinne geleistet, an die der Beklagte nun auch gebunden ist. Ansonsten wird das immissionsschutzrechtliche Kooperationsprinzip verletzt, wenn gerade die zur Vermeidung von zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten durch weitere Untersuchungen durchgeführte Abstimmung i.S.d. § 2 Abs. 2 der 9. BImSchV keine Bindungswirkung und Vertrauensschutz entfalten würde.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.35	SO 09	Mit Feststellung der UVP-Pflicht gegenüber der Klägerin durch Schreiben vom 04.02.2013 (Blatt 105 ff. der Verwaltungsakte) — die amtliche Bekanntmachung hierzu erfolgte am 08.08.2013 (Blatt 221 ff., 257 ff. der Verwaltungsakte) — gilt ergänzend § 2a der 9. BImSchV. Nach § 2a Abs. 1 5. 1 der 9. BImSchV hat die Genehmigungsbehörde nach Feststellung der Erforderlichkeit der UVP-Pflicht den Vorhabenträger über die Beratung nach § 2 Abs. 2 der 9. BImSchV hinaus entsprechend dem Planungsstand des Vorhabens und auf der Grundlage geeigneter Angaben zum Vorhaben frühzeitig über Inhalt und Umfang der voraussichtlich nach den § 3 bis 4e der 9. BImSchV beizubringenden Unterlagen zu unterrichten. Zu diesen beizubringenden Unterlagen gehören auch die naturschutzfachlichen Gutachten und deren zugrunde liegenden Kartierungen. Zwischen dem 04.02.2013 und dem 08.08.2013 erfolgte ausweislich der Verwaltungsakte (Blatt 105 —221 der Verwaltungsakte) aber keine explizite Nachforderung hinsichtlich noch beizubringender Kartierungen. Im Gegenteil hat das Naturschutzamt des Beklagten mit internem Vermerk vom 15.07.2013 (Blatt 198 der Verwaltungsakte) zu diesem Zeitpunkt festgestellt, dass die Unterlagen auch in naturschutzfachlicher Hinsicht vollständig seien. Lediglich bei einer Besprechung am 23.07.2013 wurde seitens des Naturschutzamtes des Beklagten mit Vertretern der Klägerin einvernehmlich erörtert, welche noch zwingend einzureichenden Unterlagen für die öffentliche Auslegung benötigt würden (vgl. Blatt 217 ff. und 244 der Verwaltungsakte). Weitergehende Kartierungen wurden dabei nicht gefordert.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.36	SO 09	Insofern hat der Beklagte durch die Besprechung am 18.03.2010 einen eigenen, auf das Vorhaben hin konkretisierten Erfassungsumfang bestimmt und damit für seine eigene Bewertung einen fachlichen Standard gesetzt. Dies begründet hinsichtlich des Untersuchungsumfangs zum einen eine Selbstbindung des Beklagten  BVerwG, 30.04.1981 -2 C 8/79-, NVwZ 1982, 101; vgl. zur Selbstbindung der Verwaltung bei Entscheidungen mit Beurteilungsermächtigung Sachs, in: Stelkens/Bonk/Sachs, Verwaltungsverfahrensgesetz, 8. Auflage 2014, § 40 Rn. 215ff.; Aschke, in: Bader/Ronellenfitsch, BeckOKVwVfG, Stand: 01.10.2014, §40 Rn. 134;  und zum anderen einen Vertrauensschutz für die Klägerin.  Vgl. allgemein dazu BVerwG, 26.03.1997 - 6 C 7196, BVerwGE 104, 203, 223, juris Rn. 26; BVerwG, 18.10.1984-7 C 10/81 -,NJW 1985, 1234, juris Rn. 16.	Die Aussage bezieht sich auf ein verwaltungsrechtliches Verfahren und ist somit nicht Gegenstand des RROP Entwurfs 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.37	SO 09	Es ist deshalb nicht nur in der Sache unzutreffend, sondern auch rechtlich unzulässig, wenn der Beklagte in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 auf Seite 7 von „eigenen, von den Methodenstandards nach unten abweichenden aufgestellten Standards“ des Gutachters regionalplan & uvp spricht, da diese zum einen vom Beklagten selbst aufgestellt wurden und zum anderen was sogleich dargelegt wird — von den Methodenstandards von Südbeck zur Revierkartierung nach unten hin nicht abweichen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.38	SO 09	c. Vergleich mit dem geleisteten Kartierungsumfang des Gutachters Vergleicht man den Kartierungsumfang des Gutachters regionalplan & uvp mit den vorstehen dargestellten fachmethodischen Anforderungen an Revierkartierungen von Südbeck (a.) und den Forderungen des Beklagten zum Kartierungsumfang aus dem Jahr 2010 (b.), ergibt sich, dass der Gutachter den fachmethodisch geforderte Kartierungsrahmen eingehalten hat. Die mit dem Beklagten vereinbarten 5 Tagbegehungen von Ende März bis Mitte Juli sind in den geforderten Zeiträumen auch durchgeführt worden. Dies wird vom Beklagten selbst in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 auf Seite 8, Tabelle 1 auch eingeräumt, wobei die zweite Erfassung im März 2010 vom Beklagten nicht erwähnt wurde, die parallel zum Abstimmungstermin mit dem Beklagten zum Untersuchungsumfang am 18.03.2010 von 7.00 bis 12.00 Uhr durchgeführt wurde. Irreführend und unzutreffend ist, dass der Beklagte darin die vereinbarten und durchgeführten Begehungen mit den bis zu 10 Erfassungsterminen“ gemäß Südbeck gegenüberstellt. Die damit verbundene Unterstellung, der Gutachter regionalplan & uvp habe zu wenige Begehungen durchgeführt, ist unzutreffend. Fachmethodisch werden gemäß Südbeck weder 10 Begehungen gefordert,  vgl. vorstehende Ausführungen unter a. und bspw. VerwG, 13.03.2008 - 9 VR 10/07-, juris Rn. 33; 13.03.2008 - 9 VR 9/07 -, juris Rn. 31, wonach auch acht Begehungen bei einem großen Infrastrukturprojekt den anerkannten fachlichen Standards von Südbeck genügt haben; noch hat der Beklagte selbst in seinen eigenen, auf das Vorhaben hin konkretisierten Erfassungsumfang 10 Erfassungstermine gefordert.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.39	SO 09	<p>Im Übrigen hat der Gutachter regionalplan &amp; uvp der Klägerin im Jahr 2013 auf Anforderung des Beklagten vom 15.03.2013 (Anlage K 5) 8 zusätzliche Erfassungstermine im Rahmen einer Nachkartierungen durchgeführt, von denen 4 Erfassungstermine planungsrelevante Brutvogelarten umfasste. Im Ergebnis sind 2010 und 2013 insgesamt 10 Erfassungstermine zu Brutvögeln durchgeführt worden:</p> <p>fachmethodisch gefordert (Südbeck): (5-) 6-10 mit Beklagtem abgestimmt: 5 tatsächlich durchgeführt: 6 (in 2010), 4+4 (in 2013), Gesamt: 10+4</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.40	SO 09	<p>Neben der Anzahl wurde auch die zeitliche Verteilung der Erfassungstermine fachmethodisch korrekt eingehalten und entspricht dem vom Beklagten selbst aufgestellten, auf das Vorhaben hin konkretisierten Erfassungsumfang (5 Begehungen in 5 Monaten):</p> <p>fachmethodisch gefordert (Südbeck): "Begehungen (5-) 6-10, verteilt auf die Monate..." "März (0-1), April (2-3), Mai (2-3), Juni (2-3), Juli (0-2)"; mit Beklagtem abgestimmt: "5 Begehungen von Anfang März bis Mitte Juli"; tatsächlich durchgeführt: 18.03.2010, 25.03.2010, 13.04.2010, 18.05.2010, 02.06.2010, 07.07.2010</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.41	SO 09	<p>Die tatsächliche Gesamtkartierungsdauer zu den Brutvögeln betrug in den Jahren 2010 und 2013 insgesamt 85 Stunden und 50 Minuten: [anliegende Tabelle mit Überblick zu Kartierungsarbeiten und Angabe von Tag, Uhrzeit, zeitlichem Umfang der Kartierungsarbeiten, Anzahl Kartierer, Anm.]</p> <p>Hieraus ergibt sich, dass auch im Hinblick auf die Kartierungsdauer — zu der der Beklagte keine speziellen Anforderungen benannt hat — der Gutachter regionalplan &amp; uvp den fachmethodisch geforderten Zeitrahmen eingehalten haben, selbst für ein so großes Untersuchungsgebiet von 1.902 ha, wie von dem Beklagten gefordert: [anliegende Tabelle mit Überblick zu Anforderungen an Kartierung in Bezug auf bestimmte Kriterien. Inhalte der Tabelle: fachmethodische Anforderungen, mit Beklagtem abgestimmte Anforderungen und tatsächlich durchgeführte Arbeiten, Anm.]</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.42	SO 09	Die Erfassung der eingriffsrelevanten Brutvögel war in Abhängigkeit der Gebietsstruktur (großflächig intensiv bewirtschaftete Ackerschläge oder Intensivgrünlandflächen) im Rahmen der im Jahr 2010 durchgeführten Begehungen (6 Erfassungsterminen mit insgesamt 50 Stunden und 30 Minuten) fachlich auch korrekt umsetzbar. Die weiträumig offene Vorhabenfläche ist weithin und auch von nur wenigen Betrachtungsorten aus gut einsehbar. Die intensiven landwirtschaftliche Bearbeitung weiterer Teile des Untersuchungsgebietes sowie der daran angrenzenden Flächen lässt — wenn überhaupt — ausschließlich Brutvorkommen der Arten Kiebitz und Feldlerche erwarten. Das Fehlen jeglicher Strukturen auch an den Gräben und Fleets bedingt eine entsprechende Artenarmut (Entenvögel, Rohrsänger, etc.) und ermöglicht gleichzeitig eine verlässliche Kartierung. Dementsprechend ist eine qualitativ ausreichende Erfassung der eingriffsrelevanten Arten mit dem vom Beklagten 2010 festgelegten und tatsächlich erfolgten Kartierungsprogramm verlässlich möglich und ausreichend für eine artenschutzfachliche und artenschutzrechtliche Bewertung.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.43	SO 09	Die im Jahr 2013 durchgeführten Nachkartierungen bestätigen die Ergebnisse für die nochmals betrachteten Arten und stützen die auf Grund der Kartierungen aus dem Jahr 2010 getätigten Aussagen zu Vorkommen und Betroffenheit der Arten.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.44	SO 09	Damit werden nicht nur die von der Rechtsprechung gestellten Anforderungen an die für eine artenschutzrechtliche Beurteilung erforderliche Datengrundlage hinsichtlich der Bestandserfassung vor Ort erfüllt, die Klägerin hat auch die Untersuchungen durchgeführt, die der Beklagte selbst im Rahmen seiner Beratung bei Antragstellung nach § 2 Abs. 2 der 9. BImSchV für ausreichend hielt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.45	SO 09	<p>Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts die Revierkartierung nach Südbeck als strengsten Maßstab und daher auch nicht als einen zwingenden Methodenstandard ansieht. Es handele sich nach den Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts bei Südbeck nur um eine bloße Empfehlung mit der Maßgabe, dass bei der Methodenwahl das Ziel der jeweiligen Untersuchung, die Stärken und Schwächen des jeweiligen methodischen Ansatzes einschließlich des dafür benötigten Aufwands gegeneinander abzuwägen sind. Dass sich eine flächendeckende Revierkartierung der Brutvögel als allgemein anerkannter Standard durchgesetzt hätte, ergebe sich — so das BVerwG — daraus nicht. Ein lückenloses Arteninventar aufzustellen, ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung aber nicht gefordert.</p> <p>So ausdrücklich BVerwG, 09.07.2008 - 9 A 1 4/07 -, BVerwGE 131, 274, juris Rn. 81 m.w.N.; 18.03.2009 - 9A 39/07-, BVerwGE 133, 239, juris Rn. 54.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.46	SO 09	<p>Des Weiteren ist es unzutreffend, wenn der Beklagte auf Seite 7 seines Ablehnungsbescheides vom 15.09.2014 behauptet, dass „selbst die eigenen, von den Methodenstandards nach unten abweichenden aufgestellten Standards nicht umgesetzt wurden [...] Reviere der einzelnen Arten, vor allem der Groß- und Greifvögel wurden ebenfalls nicht dargestellt.« Die Brutplätze von Großvögeln und die Flugbewegungen sind im avifaunistischen Gutachten dargestellt. Vgl. regionalplan &amp; uvp, Avifaunistisches Gutachten zum Windpark Geversdorf / Oberndorf Landkreis Cuxhaven, 30.10.2012, S. 12-20, Karten Blatt Nr. 2a, Blatt Nr. 2b (Kapitel 19.2 der Antragsunterlagen).</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.47	SO 09	<p>Die besondere Berücksichtigung und ggf. Darstellung der Raumnutzung erfolgte ebenfalls für ausgewählte eingriffsrelevante Arten in textlicher Form. Die Darstellung der Reviere der Brutvögel (inkl. Groß- und Greifvögel) ist in den Karten Blatt Nr. 2a und 2b des Avifaunistischen Gutachtens als konkreter Brutplatz oder Reviermittelpunkt dargestellt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.48	SO 09	<p>Im Rahmen von zwei Besprechungsterminen am 04.03.2013 und 19.04.2013 zur Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Beklagten vom 04.02.2013 hat der Beklagte Nachkartierungen zu Seeadler, Weißstorch, Rohrweihe und Kiebitz gefordert (vgl. Anlage K 5). Diese Untersuchungen wurden im Frühjahr 2013 durchgeführt. Weitergehende Forderungen zu Nachkartierungen wurden in diesen Besprechungen trotz Kenntnis des Beklagten vom geleisteten Kartierungsumfang nicht gestellt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.49	SO 09	<p>Wenn also die Klägerin</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Brutvögel bereits mit der komplexesten und aufwändigsten Erfassungsmethode erfasst hat,</li> <li>• sich dabei im Rahmen der nicht zwingend anzuwendenden fachmethodischen Anforderungen von Südbeck bewegt,</li> <li>• den von der Klägerin geforderten, vorhabenspezifischen Untersuchungsumfang einhält und</li> <li>• auch den nach Kenntnis des Untersuchungsumfanges seitens des Beklagten im Jahr 2013 von ihm geforderten Nachkartierungen nachkommt,</li> </ul> <p>so ist es — selbst bei Einräumung einer naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative — nicht mehr als rechtmäßig anzusehen, wenn der Beklagte in seinem Ablehnungsbescheid den Untersuchungsumfang für unzureichend hält, erneut weitere Untersuchungen fordert und den Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung mit entsprechender Begründung ablehnt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.50	SO 09	<p>d. Ergebnis</p> <p>Im Ergebnis entspricht die Brutvogelerfassung des Gutachters regionalplan &amp; uvp gemessen am vorliegenden Einzelfall dem naturschutzfachlichen Standard und ist ausreichend für eine naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Beurteilung im Genehmigungsverfahren. Es ist daher rechtswidrig, wenn der Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung der Klägerin unter Hinweis auf die vermeintlich nicht hinreichende Qualität der Datengrundlage sowie der Bearbeitungsintensität abgelehnt wird.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.51	SO 09	<p>3. Einzelne Arten der Brutvögel</p> <p>Hinsichtlich der vom Beklagten in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 auf Seite 8 ff. genannten Brutvogelarten werden durch die beantragten fünf Windenergieanlagen keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, Abs. 5 BNatSchG betroffen.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.52	SO 09	<p>a. Rechtlicher Ausgangspunkt: Verbotstatbestände, § 44 Abs. 1, Abs. 5 BNatSchG</p> <p>aa. Verletzungs- und Tötungsverbot, § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG</p> <p>Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.</p> <p>Bei den hier in Frage kommenden Arten handelt es sich um europäische Vogelarten i.S.d Art. 1 i.V.m. Anhang 1 der Richtlinie 2009/147/EG vom 30.11.2009 und damit um besonders geschützte Arten gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 lit. b) bb) i.V.m. Nr. 12 BNatSchG.</p> <p>Das Verletzungs- und Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG greift aber nur insoweit ein, als sich das Risiko des Erfolgeintritts einer Verletzung oder Tötung durch das Vorhaben in signifikanter Weise erhöht. Hiernach ist das Verletzungs- und Tötungsverbot nicht erfüllt, wenn das Vorhaben nach naturschutzfachlicher Einschätzung jedenfalls aufgrund der vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen kein signifikant erhöhtes Risiko, z.B. kollisionsbedingter Verluste von Einzelexemplaren, verursacht, mithin unter der Gefahrenschwelle in einem Risikobereich bleibt, der mit einem Vorhaben der geplanten Art im Naturraum immer verbunden ist.</p> <p>BVerwG, 09.07.2008- 9A 14/07-, NVwZ 2009, 302, juris Rn. 91; 13.05.2009 - 9 A 73/07 -, (A4“) juris Rn. 86.</p> <p>Ansonsten würde das Tötungsverbot zu einem unverhältnismäßigen Planungshindernis werden.</p> <p>BVerwG, 12.03.2008 - 9A 3106-, NuR 2008, 633, juris Rn. 219.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P116b	P116b.53	SO 09	<p>Grundsätzlich sind Maßnahmen, mittels derer das Risiko von Kollisionen vermieden oder verringert werden, in die Betrachtung einzubeziehen.</p> <p>BVerwG, 06.11.2012-9A 17/11 -, juris Rn. 98; 18.03.2009-9A39107-, juris Rn. 58.</p> <p>Dies ist bezüglich Infrastrukturvorhaben wie dem Straßen- oder Flughafenbau anerkannt. Ebenso ist in Bezug auf Windenergieanlagen entsprechende Rechtsprechung ergangen.</p> <p>Übertragung auf andere Bauvorhaben durch VGH Baden-Württemberg, 12.10.2010 - 3 S 1873/09-, juris Rn. 54 f.; bejaht durch Schütte/Gerbig, in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2012, § 44 Rn. 16.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P116b	P116b.54	SO 09	<p>Die Signifikanzschwelle ist mithin nur überschritten, wenn (erstens) eine ungewöhnlich starke Betroffenheit bestimmt Tiere von den Tötungsrisiken des Vorhabens ausgehen und »zweitens diese besonderen Risiken durch die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens einschließlich der geplanten Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen sich nicht beherrschen lassen.“ (BVerwG, 18.03.2009 - 9 A 39/07 -, juris Rn. 58).</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.55	SO 09	<p>bb. Störungsverbot, § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG</p> <p>Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören. Eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.</p> <p>Unter Störung im Sinne dieser Vorschrift ist nur jede unmittelbare Einwirkung auf ein Tier zu verstehen, die eine Verhaltensänderung des Tieres bewirkt, insbesondere jede Form der Vergrämung (z.B. durch Schall, Licht, Wärme oder sonstige Beunruhigungen und Scheuchwirkungen), nicht hingegen alle von einer unmittelbaren Einwirkung auf die betroffenen Tiere losgelösten nachteiligen Auswirkungen, wie etwa bei der Inanspruchnahme von Jagd- oder sonstigen Nahrungshabitaten.</p> <p>OVG Rheinland-Pfalz, 14.10.2014 - 8 C 10233/14 -, juris Rn. 67; BVerwG, 14.04.2010-9A5/08-, NuR2010, 558, 569f., juris Rn. 118; Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 2011, BNatSchG, § 44 Rn. 11 m.w.N.</p> <p>Die Störung ist nur dann erheblich, wenn i.S.d. §44 Abs. 1 Nr. 2 HS. 2 BNatSchG sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Eine Population besteht in Anlehnung an § 7 Abs. 2 Nr. 6 BNatSchG aus einer Mehrzahl von Exemplaren einer Art, die einen bestimmten, zusammenhängenden Lebensraum bewohnen und in der Regel über mehrere Generationen hinweg eine genetische Kontinuität aufweisen. Lokal ist die Population, wenn ein ausreichender räumlich-funktionaler Zusammenhang der Individuen einer Art vorhanden ist.</p> <p>Müller-Walter, in: Konrad/Müller-Walter/Stöckel, Naturschutzrecht, 3. Aufl. 2013, BNatSchG, § 44 Rn. 16.</p> <p>Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Überlebenschancen, der Bruterfolg oder die Reproduktionsfähigkeit vermindert werden, wobei dies artspezifisch für den jeweiligen Einzelfall untersucht und beurteilt werden muss und nicht nur eine unerhebliche oder vorübergehende Verminderung vorliegen darf.</p> <p>Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, BT-Drs. 16/51 00, S. 11; Heugel, in: Lütke/Ewer, BNatSchG, 2011, §44Rn. 15.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P116b	P116b.56	SO 09	<p>Kann die lokale Population bestimmte nachteilige Wirkungen im Wege der Eigenkompensation und/oder durch entsprechende konfliktvermeidende oder -mindernde Maßnahmen in absehbarer Zeit auffangen, liegt keine erhebliche Störung vor.</p> <p>BVerwG, 08.01.2014-9A4/13-, BVerwGE 149, 31, jurisRn. 82; 12.03.2008 - 9 A 3/06 -, NuR 2008, 633, juris Rn. 237; 18.03.2009 - 9 A 39/07 -, NVwZ 2010, 44, juris Rn. 86; Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 2011, BNatSchG, § 44 Rn. 12.</p> <p>Solche konfliktvermeidende oder -mindernde Maßnahmen stellen die ökologische Kontinuität des Erhaltungszustandes der lokalen Population sicher und werden deshalb von Fachgutachtern in Anlehnung an das Guidance document on the strict protection of animal species of Community interest under the Habitats Directive 92/43/EEC oftmals als CEF-Maßnahmen (continuous ecological functionality) bezeichnet. Dem Zweck nach sind damit jedoch die konfliktvermeidenden oder -mindernden Maßnahmen im Hinblick auf § 44 Abs. 1 Nr. 2 HS. 2 BNatSchG gemeint.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.57	SO 09	<p>cc. Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätte, § 44 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 BNatSchG</p> <p>Gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist es verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.</p> <p>§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG regelt allein den Schutz der ausdrücklich bezeichneten Lebensstätten, die durch bestimmte Funktionen für die jeweilige Art geprägt sind</p> <p>BVerwG, 18.03.2009 - 9 A 39/07 -, juris Rn. 66.</p> <p>Fortpflanzungsstätten im Sinne der Vorschrift sind alle Stätten, die für eine erfolgreiche Fortpflanzung notwendig sind. Geschützt sind die als Ort der Fortpflanzung dienenden Gegenstände und die diesen unmittelbar zu Grunde liegenden Strukturen. Dabei umfasst der Schutz auch den Standort der konkreten Fortpflanzungsstätte; dies gilt insbesondere für die Horst- bzw. Nistbäume von Vögeln. Ruhestätten sind diejenigen Bereiche, in die sich die Tiere zur Wärmeregulierung, zur Rast, zum Schlaf oder zur sonstigen Erholung, als Versteck, zum Schutz oder als Unterschlupf für die Überwinterung zurückziehen.</p> <p>BVerwG, 12.08.2009 - 9 A 64.07 -, juris Rn. 68; Lau, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 2011, BNatSchG, § 44 Rn. 16 f.</p> <p>Nicht erfasst sind nur potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätte.</p> <p>BVerwG, 12.03.2008 - 9 A 3/06 -, BVerwGE 130, 299, 367, juris Rn. 222.</p> <p>Nahrungshabitate und Jagdgebiete zählen nicht zu den maßgeblichen Schutzgütern.</p> <p>Vgl. Gellermann, in: Landmann/Rohmer, Umweltrecht, BNatSchG, 72. Ergänzungslieferung 2014, § 44 Rn. 14; Kratsch, in: Schumacher/Fischer-Hüftle, BNatSchG 2010, § 44 Rn. 36; Louis, NuR 2009, 94; BVerwG, 12.08.2009 - 9 A 64.07 -, juris Rn. 68</p> <p>Auch Wanderkorridore und entsprechend Flugkorridore haben selbst dann keinen Anteil an den Sicherungen des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, wenn sie als Verbindungswege zwischen Fortpflanzungs- und Ruhestätten fungieren.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.58	SO 09	<p>Das Verbot wird durch § 44 Abs. 5 S. 2 BNatSchG eingeschränkt. Demnach liegt ein Verstoß gegen das Verbot der §44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot der § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Die ökologische Funktion ist etwa dann nicht gestört, wenn hinreichende Ausweichmöglichkeiten für eine betroffene Art bestehen. Soweit erforderlich, können gem. § 44 Abs. 5 S. 3 BNatSchG auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Diese Maßnahmen sind als sog. CEF-Maßnahmen (measures to ensure the continuous ecological functionality of breedingsites or resting places) im Sinne des Guidance document on the strict protection of animal species of Community interest under the Habitats Directive 92/43/EEC einzuordnen, weil sie entsprechend Art. 12 Abs. 1 lit. d FFH-Richtlinie (92/43/EWG) dazu dienen sollen, die Funktionalität der Zufluchtsstätten zu erhalten.</p> <p>BT-Drs. 16/5100, 5. 12; BVerwG, 14.04.2010 - 9 A 5.08 -, juris Rn. 123; Lau, in: FrenzlMüggenborg, BNatSchG, 2011 BNatSchG, § 44 Rn. 42; Schütte/Gerbig, in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2012, § 44 Rn. 58.</p> <p>Auf Grund dieser ergänzenden Regelungen ist nach</p> <p>BVerwG, 12.08.2009—9 A 64.07 -, juris Rn. 68;</p> <p>das Verbot</p> <p>„nicht erfüllt, wenn z.B. einem Vogelpaar weitere geeignete Nistplätze in seinem Brutrevier zur Verfügung stehen oder durch Ausgleichsmaßnahmen ohne zeitlichen Bruch bereit gestellt werden (Urteil vom 18. März 2009 a.a.O. Rn. 67). Dasselbe gilt z.B. für Fledermausarten, die einen Verbund von mehreren Höhlenbäumen nutzen, zwischen denen sie regelmäßig wechseln, wenn im Falle der Rodung einzelner Bäume dieses Verbundes deren Funktion von den verbleibenden Bäumen oder durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang weiter erfüllt werden kann (Urteil vom 13. Mai 2009 - BVerwG 9 A 73.07 - NVwZ 2009, 1296 Rn. 91).“</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.
P116b	P116b.59	SO 09	<p>b. Seeadler</p> <p>Artenschutzrechtliche Konflikte können hinsichtlich des Seeadlers ausgeschlossen werden. In tatsächlicher Hinsicht ist zum Seeadler festzuhalten, dass sich in 3,3 km und in 5,1 km Entfernung zur nächstgelegenen beantragten Windenergieanlage zwei Horste befinden, die seit 2013 nicht mehr genutzt wurden (Anlage K 22, Karte 1) Dies ist in den vorgelegten Umweltunterlagen auch so dargestellt und im Hinblick auf seine artenschutzrechtliche Relevanz untersucht mit dem Ergebnis, dass artenschutzrechtliche Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgelöst sind.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.60	SO 09	<p>Im Ausgangspunkt ist auch insoweit festzuhalten, dass entgegen der Ausführungen des Beklagten die Datengrundlagen ausreichend sind, dieses Ergebnis zu begründen. Die Klägerin hat dem Beklagten umfangreich folgende Untersuchungen und Gutachten vorgelegt:</p> <p>Die „Zusammenstellung und Auswertung vorhandener Daten zum regionalen Vogelzug so wie zu tages- bzw. tideperiodischen Interaktionen von Brut- und Rastvögeln im Elbe-Weser-Dreieck, Landkreis Cuxhaven“ des Gutachters BIOS - Gutachten für ökologische Bestandsaufnahmen, Bewertungen und Planung (BIOS) vom November 2009 stellt die Raumnutzung des Seeadlers an der Osteniederung dar. Die Datenqualität und Ergebnisse dieses Gutachtens aus 2009 sind von dem Beklagten nie in Zweifel gezogen worden. Die wesentlichen Auszüge des Gutachtens zum Seeadler werden hier als Anlage K 23 vorgelegt. Darin heißt es auf Seite 36 zu den vom Seeadler im Landkreis Cuxhaven bevorzugt genutzten Räumen:</p> <p>„Bislang sind zwei Brutvorkommen im Landkreis Cuxhaven seit mehreren Jahren belegt (Ostemündung, Geesteniederung), mindestens zwei weitere Ansiedlungen stehen bevor bzw. sind noch nicht sicher als Brutpaar zu werten (Tegeler Plate, Geesteniederung).</p> <p>Das Nahrungsrevier des Paares vom Brutstandort an der Ostemündung bei Neuhaus erstreckt sich über den gesamten Außendeichbereich entlang der Unterelbe bis Freiburg (Nahrungsquelle hier insbesondere Rastvögel wie Gänse und Enten) sowie entlang der unteren Oste bis nach Laumühlen/Kranenburg, [...]“</p> <p>In der Karte Nr. 7 „Raumnutzung — Brutvorkommen; Elmarsch / Osteniederung, Flugbewegungen zwischen Sitzwarten, Schlaf- / Brutplätzen und Nahrungshabitaten — Seeadler (<i>Haliaeetus albicilla</i>)“ auf Seite 60 des vorbezeichneten Gutachtens ist dieser textlich beschrieben Aktionsraum dargestellt. Aus dieser Karte ergibt sich, dass das Beobachtungsgebiet des Gutachters auch Teile des geplanten Windparks Oberndorf/Geversdorf umfasst, dort aber weder Aktionsräume noch Flugkorridore des Seeadlers festgestellt wurden.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Das genannte Gutachten der BIOS aus dem Jahr 2009 beinhaltet noch nicht die Entwicklung der letzten Jahre. So fehlt die Darstellung der Entwicklung in den Seeadler-Revieren im Bereich des Balksees und des Langen Moores.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.61	SO 09	<p>Die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens eingereichte „Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zum Windpark Geversdorf / Oberndorf Landkreis Cuxhaven“ (saP) des Gutachters regionalplan &amp; uvp vom 02.01.2014 (Anlage K 24) kommt auf Seite 36 bezüglich des Seeadlers zum Schluss:</p> <p>„2010 wurde ein Überflug vom Seeadler im Gebiet beobachtet (REGIONALPLAN &amp; UVP 2012a). Im Rahmen einer Nachkartierung speziell zu den Arten Seeadler, Weißstorch und Rohrweihe in 2013 (REGIONALPLAN &amp; UVP 2013) konnten keine Nachweise vom Seeadler im Gebiet erbracht werden. Dies hatte vor allem seine Ursache auch darin, dass die in 3.300m bzw. 5.100m Entfernung zur nächstgelegenen WEA vorhandenen Horste des Seeadlers nicht besetzt waren. Aber auch aus früheren Erhebungen (REGIONALPLAN &amp; UVP 2012a, BIOS 2009) ist bekannt, dass das Vorhabensgebiet vom Seeadler nur sporadisch genutzt wird. Seine Hauptnahrungsgebiete liegen im gesamten Außendeichbereich entlang der Unterelbe bis Freiberg sowie entlang der Oste bis Laumühlen/Kranenburg (BIOS 2009), also überwiegend auf der vom geplanten Windpark abgewandten Seite des Horstes bzw. jedenfalls in einem Abstand zum Vorhabensgebiet von mehr als 620m. Ansonsten ist wegen des unzureichenden Nahrungsangebotes eine regelmäßige Frequentierung der Vorhabensfläche durch den Seeadler nicht anzunehmen.“</p> <p>Dieser Zusammenfassung liegen Kartierungen zugrunde, die der Beklagte so gefordert hat. Hierzu wird auf das Besprechungsprotokoll vom 15.03.2013 (Anlage K 5) sowie die Auflistung der Erfassungstage bei der faunistischen Nachkartierungen 2013 (Anlage K 25) verwiesen, die dies belegen.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.62	SO 09	<p>Des Weiteren liegt dem Beklagten die „Windpark Geversdorf/Oberndorf Fachgutachterliche Stellungnahme zur Betroffenheit des Seeadlers“ der Gutachter ökologis — Umweltanalyse &amp; Landschaftsplanung GmbH (ökologis) vom 27.03.2014 vor (Anlage K 22). ökologis wurde von der Klägerin als weiteres Gutachterbüro damit beauftragt, auf Grundlage der vorhandenen aktuellen Daten im Landkreis Cuxhaven eine fachgutachterliche Stellungnahme abzugeben, ob das Windparkgebiet als Nahrungsgebiet für den Seeadler geeignet ist. Neben einer eigenen Vor-Ort-Spektivkontrolle der bekannten Horststandorte haben die Gutachter zudem die Seeadler-Betreuer und weitere Ortskenner befragt. Der Gutachter ökologis kommt auf Seite 5 zur fachlichen Einschätzung:</p> <p>„Ein am angestammten Horstplatz bei Altenwisch sich ansiedelndes Seeadlerpaar wird dennoch mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Einflussbereich des Windparks gelangen. Hierfür sprechen die gegebenen Entfernungen (5,1 km) und insbesondere die Tatsache, dass im Nahbereich des Horstes ganzjährig sehr attraktive Nahrungsangebote verfügbar sind, während diese in der gewässerarmen und agrarisch intensiv genutzten Ostemarsch eher begrenzt sind bzw. nur sporadisch genutzt werden können.“</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.63	SO 09	<p>Des Weiteren wird durch ökologis die vorstehende Einschätzung des Gutachters regionalplan &amp; uvp auf Seite 6 der vorzeichneten fachgutachterlichen Stellungnahme bestätigt:</p> <p>„Das hier betrachtete Windparkgebiet ist somit wie zahlreiche andere Windparks in Niedersachsen bzw. Deutschland Teil eines großräumigen Überflugebietes, insofern ergibt sich an dieser Stelle keine spezifische, sondern vom Grundsatz her eine allgemeine Gefährdungssituation (allgemeines Lebensrisiko). Das von REGIONALPLAN &amp; UVP (2013) in einem ergänzenden avifaunistischen Gutachten dargelegte Fazit, nach dem zwischen Vorkommen des Seeadlers und geplantem Windpark kein Konfliktpotential zu erkennen ist, kann daher an dieser Stelle vom Kern her fachlich bestätigt werden.“</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.64	SO 09	<p>Mit diesen vorstehend benannten Gutachten zum Seeadler und deren Datengrundlagen, welche auf mit dem Beklagten hinsichtlich des Umfangs abgestimmten Kartierungen und der Auswertung vorhandener Erkenntnisse sowie Erkenntnisse weiterer örtlicher Experten beruhen, können Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG vernünftigerweise ausgeschlossen werden. Diese Gutachten zeigen, dass sich Bosch &amp; Partner bei seiner Einschätzung vom 27.03.2014 auf bestenfalls lückenhafte Unterlagen gestützt hat. Die vorliegenden, von unterschiedlichen Gutachtern erstellten Bewertungen bestätigen hingegen, dass das Vorhabengebiet und dessen Umfeld als Nahrungshabitat für den Seeadler unattraktiv sind und wegen dem Vorhandensein anderer, weit attraktiverer Nahrungshabitate in der Umgebung und in größerer Horstnähe nicht aufgesucht wird. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse und den vorliegenden Gutachten fehlt es an jeder rechtlichen Grundlage dafür, weitergehende Untersuchungen und eine Raumnutzungsanalyse zu verlangen. Solche Forderungen des Beklagten laufen auf Untersuchungen „ins Blaue hinein“ hinaus, die nicht mehr einer am Maßstab der „praktischen Vernunft“ ausgerichteten Prüfung entsprechen und — auch vor dem Hintergrund der damit zusammenhängenden Kosten und des zeitlichen Verzuges — unverhältnismäßig sind.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.65	SO 09	<p>Es fehlt auch an jeder sachlichen Begründung dafür, dass Bosch &amp; Partner vom 27.03.2014, was sich der Beklagte zu eigen macht — annimmt, „trotz des fehlenden Vorkommensnachweises der Seeadler in 2013“ müsse von einem stetigen Vorkommen ausgegangen werden. Dies erschließt sich bereits deshalb nicht, weil auch im Jahr 2014 die bekannten Seeadlerhorste untersucht und als unbesetzt festgestellt wurden.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60. - Das Seeadler-Revier an der Oste-Mündung war in den Jahren 2004 bis 2012 besetzt; in diesem Jahren gab es jedoch mehrfach Brutabbrüche. Erstmals im Jahr 2013 war das Seeadler-Revier dann unbesetzt.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.66	SO 09	<p>Nach den vorgenannten Gutachten ist zudem — bereits ohne weitere Untersuchungen — ersichtlich, dass auch der Teil des Prüfbereichs nach NLT 2011, NLT 2014 sowie LAG-VSW 2007 von 6.000 m, in dem das Windparkgebiet liegt, weder ein Nahrungshabitat des Seeadlers darstellt, noch innerhalb regelmäßig genutzter Flugwege zu Nahrungshabitaten liegt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.67	SO 09	<p>Wenn der Beklagte sich — mangels anderer Begründung — auf die Rast von Nonnengänsen im Vorhabengebiet als Nahrungsquelle für Seeadler beruft, widerspricht er in fachlich nicht vertretbarer Weise den genannten fachgutachterlichen Aussagen zu den in der Region vor handenen Nahrungshabitaten des Seeadlers.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.68	SO 09	Darüber hinaus widerspricht es den oben aufgezeigten rechtlichen Grundsätzen zur Bewertung von Informationen nach Validität und Art des Zustandekommens, wenn er sich maßgeblich auf bloße Behauptungen von Nicht-Fachleuten und „Hörensagen“ zu einem Vorkommen von Nonnengänsen im Vorhabengebiet beruft und daraus eine verstärkte Nutzung des Vorhabengebiets durch den Seeadler ableitet.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.69	SO 09	Die vom Beklagten zur Begründung herangezogenen Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) sowie des Adlerschutzbeauftragten des Landes Niedersachsens sind offenbar „auf Zuruf“ durch die Untere Naturschutzbehörde des Beklagten abgegeben worden, ohne dass dem eine hinreichend fachliche Beurteilung zugrunde lag.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.70	SO 09	Da diese Stellungnahmen aus dem Jahr 2013 stammen (Blatt 264 if. und Blatt 315 f. der Verwaltungsakte) sind die durch die ausführliche fachlichen Begutachtung durch die saP von regionaiplan & uvp vom 02.01 .2014 sowie ökolo gis vom 27.03.2014 überholt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.60.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.71	SO 09	Bemerkenswert ist außerdem, dass sie Aussagen von BIOS vom November 2009 nicht weiter bewerten, obwohl diese Ausarbeitung von allen Beteiligten als sachgerecht angesehen wird. Nur so erklärt es sich, dass der Beklagte auch keinen Anlass sah, die Klägerin über den Inhalt der Auskünfte des NLWKN sowie des Adlerschutzbeauftragten zu informieren.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Das genannte Gutachten der BIOS aus dem Jahr 2009 beinhaltet noch nicht die Entwicklung der letzten Jahre. So fehlt die Darstellung der Entwicklung in den Seeadler-Revieren im Bereich des Balksees und des Langen Moores.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.72	SO 09	Nach alledem kann ohne weitere Untersuchungen und Gutachten eine vorhabenbedingte signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos durch die Errichtung und den Betrieb der beantragten fünf Windenergieanlagen ausgeschlossen werden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Siehe P116.71.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.73	SO 09	<p>c. Wachtel</p> <p>Auch im Hinblick auf die Wachtel sind keine artenschutzrechtlichen Verbote ausgelöst.</p> <p>Zunächst ist in rechtlicher Hinsicht zur Wachtel festzuhalten, dass entgegen der Annahme des Beklagten auf Seite 10 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 zur Vermeidung des Störungsverbotese sehr wohl konfliktvermeindende oder -mindernde Maßnahmen in Betracht kommen (vgl. Ausführungen bei a. bb., S. 20). Allein der Umstand, dass der Gutachter regionalplan &amp; uvp auch insoweit von „vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen“ spricht, ändert daran nichts. Des Weiteren ist es mit der oben ausgeführten Rechtsprechung und Literatur zu § 44 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 BNatSchG (Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätte; vgl. a. cc., S. 21) nicht vereinbar, wenn der Beklagte auf Seite 11 des Ablehnungsbescheides vom 15.09.2014 meint, beim Verlust einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte müsse eine artenschutzrechtliche Ausnahme beantragt werden, und dies könne nicht durch Maßnahmen kompensiert werden.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.74	SO 09	<p>Des Weiteren wurde durch das</p> <p>Niedersächsische OVG, 28.01.2010 -12 LB 243/07-, juris Rn, 53,</p> <p>bereits festgestellt, dass bei einem Abstand von etwa 350 m zwischen Brutplatz der Wachtel und dem geplanten Standort einer Windenergieanlage keine artenschutzrechtlichen Bedenken bestehen. Dies stimmt auch mit einer Literatursauswertung aus acht Studien zum Meideverhalten der Wachtel überein, in der Distanzen bis 350 m angegeben werden und sich da mit den Aussagen des Gutachters regionalplan &amp; uvp decken.</p> <p>Vgl. Auszug aus Hanjo Steinborn/Marc Reichenbach/Hanna Timmermann, Windkraft — Vögel — Lebensräume. Ergebnisse einer siebenjährigen Studie zum Einfluss von Windkraftanlagen und Habitatparametern auf Wiesenvögel, 2011 (Anlage K 26).</p> <p>Insofern ist auch im vorliegenden Verfahren von einem Meideverhalten der Wachtel von bis zu 250 m zu Windenergieanlagen-Standorten auszugehen, zumal in NLT 2014 gar kein Abstand mehr für die Betroffenheit der Wachtel genannt wird. Für das vorliegende Verfahren ist entscheidend, dass sich ein Wachtelpaar in 370 m Entfernung zurWEA 1 befindet. Eine Störung ist damit nicht gegeben. Bei der WEA 1 handelt es sich um den äußeren Anlagenstandort des Windparks in nordwestlicher Richtung, sodass der besiedelbare Raum in nördlicher, südlicher und westlicher Richtung zu diesem Wachtelpaar frei von WEA-Standorten und Zuwegungen bleibt und als Lebensraum weiterhin zur Verfügung steht.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.75	SO 09	<p>Zudem wird für den gesamten Windpark zugunsten der Wachtel ein kombiniertes Maßnahmenpaket aus Extensivgrünland (8,5 ha), Ackerrandstreifen (1,5 ha) und extensiver Getreideanbau (5,66 ha) vorgehalten, um eine Aufwertung eines Raumes innerhalb von 20 - 50 ha zu erreichen (Reviergröße Wachtel). Die vorgesehenen Maßnahmen (Anlage K 10) sind naturschutzfachlich geeignet, im Hinblick auf die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG auch Vorsorgeaspekten Rechnung zu tragen.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.76	SO 09	<p>Die gegenteilige und fachlich nicht substantiierte Auffassung von Bosch &amp; Partner vom 27.03.2014, die sich der Beklagte ohne eigene Bewertung zu eigen macht (vgl. Seite 11 des Ablehnungsbescheides vom 15.09.2014), ist naturschutzfachlich nicht begründbar. Die konfliktvermeidende Wirkung und der hierfür erforderliche Flächenumfang für die Maßnahmen hat der Gutachter regionalplan &amp; uvp naturschutzfachlich und unter Quellenangabe begründet dargelegt:</p> <p>»Der Umfang richtet sich nach dem Raumbedarf der Art. Wachteln benötigen nach FLADE (1994) ca. 20-50 ha an geeigneten Habitaten wobei keine Ausgleichsflächen im vollen Umfang bereitgestellt werden müssen, sondern vielmehr ein Nutzungsmosaik aus verschiedenen genutzten landwirtschaftlichen Flächen geschaffen werden sollte. Damit sind folgende Strukturen gemeint, die von Wachteln bevorzugt besiedelt werden: gehölzfreie Felder, Wiesen, Ruderalfluren, Getreidefelder und Brachen. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen bleibt die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gewahrt.« (saP, S. 30, Anlage K 24).</p> <p>Insofern ist für die Wachtel ein kombiniertes Maßnahmenpaket aus Ackerrandstreifen, extensive Getreidenutzung (doppelter Saatzeilenabstand) und Grünlandextensivierung in einem offenen Landschaftsraum im räumlichen Zusammenhang zur betroffenen Lebensstätte für ein Wachtelrevier mit entsprechender konfliktvermeidender Wirkung vorgesehen. Dass Bosch &amp; Partner das Gegenteil behauptet (Bosch &amp; Partner vom 27.03.2014, S. 16, vorgelegt als Anlage K 12), unterstützt die obigen Ausführungen zur Annahme, dass eine eigene naturschutzfachliche Befassung dort nicht stattgefunden hat.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.77	SO 09	Die Behauptung, die Maßnahme M1a sei ungeeignet, weil sie eine MahU ab Juli zulieBe (vgl. Bosch & Partner vom 27.03.2014, S. 16, vorgelegt als Anlage K 12), ist nach Auskunft des Gutachters regionalplan & uvp fachlich nicht zutreffend. Außerdem wäre eine Verschiebung der Mahd auf August ohne weiteres möglich und könnte vom Beklagten auch im Wege der Nebenbestimmung angeordnet werden. Dementsprechend wird bei der Beschreibung der Maßnahme M1a auch ausdrücklich vermerkt, die „Bewirtschaftungsauflagen sind im Detail mit der UNB abzustimmen“ (vgl. regionalplan & uvp vom 10.12.2013, S. 10, vorgelegt als Anlage K 10). Insofern können artenschutzrechtliche Konflikte im Hinblick auf die Wachtel eine Ablehnung nicht rechtfertigen. Eine Verschiebung des Mahdtermins um einen Monat hätte im Übrigen auch auf die anderen Zielarten der Maßnahme (Weißstorch, Kiebitz, Feldlerche, Rohrweiher, Mäusebussard) keine nachteiligen Auswirkungen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.78	SO 09	Der weitere Einwand, die Maßnahme M1b sei wegen der zu großen Nähe zu einem Gehöft und zur Straße L 113 ungeeignet (vgl. Bosch & Partner vom 27.03.2014, S. 16 f., vorgelegt als Anlage K 12), ist unzutreffend und fachlich nicht haltbar. Wachteln legen ihre Nester jährlich neu an. Eine Entfernung von weniger als 250 m zu einem Gehöft führt nicht dazu, dass Wachteln die Fläche in der Nähe des Gehöftes meiden. Die Nähe zur Straße ist unproblematisch, weil aufgrund des hier sehr geringen Verkehrsaufkommens lärmbedingte Beeinträchtigungen nicht zu erwarten sind. Nach NLSfBV SM Otterndorf beträgt die durchschnittliche tägliche Verkehrsmenge weniger als 500 Fahrzeuge pro Tag. Zur zugelassenen Mahd wird auf die Ausführungen zur Maßnahme M1a verwiesen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.79	SO 09	Ebenso fachlich nicht vertretbar sind die Einwände zur Maßnahme M6, wonach sich deren nördlicher Bereich in nur 250 m Entfernung zur der anderweitig beantragten WEA 12 befindet und dies zu Störungen oder einer verringerten Nutzung der Getreidefläche führe (vgl. Bosch & Partner vom 27.03.2014, S. 17, vorgelegt als Anlage K 12). Tatsächlich befindet sich die geplante Kompensationsfläche aber außerhalb einer Entfernung von 250 m. Im Hinblick auf das Tötungsverbot ist die Nähe der Kompensationsflächen für Wachteln zu Windenergieanlagen schon deshalb unproblematisch, weil Wachteln Windenergieanlagen bis zu der genannten Entfernung von ca. 250 m meiden. Zweifelhaft ist zudem, wenn Bosch & Partner allein an Hand von Luftbildern auf Google Maps ohne Kenntnis des Aufnahmezeitpunktes auf einen notwendigen Grünlandumbruch schließen (vgl. Bosch & Partner vom 27.03.2014, S. 17, vorgelegt als Anlage K 12). Sollte es sich bei den Randflächen am Moorstricher Fleth der Maßnahme M6 aber tatsächlich um Dauergrünland handeln, würde ein für die Maßnahme M6 vorgesehener Umbruch nicht durchgeführt werden und stattdessen diese Bereiche dann mit den Bewirtschaftungsauflagen der Maßnahme MIs versehen. Damit wäre die Maßnahme im gleichen Umfang zum Kompensationsumfang für die Wachtel anzurechnen. Eine Konkretisierung hätte in der bereits vorstehend ausgeführten Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde erfolgen können, anstatt hiermit eine Ablehnung zu begründen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.80	SO 09	Im Übrigen kann der Beklagte, die nach seiner Ansicht fachlich erforderlichen Anpassungen der Maßnahmen bei der Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung im Wege der Nebenbestimmung nach § 12 BImSchG vornehmen. § 20 Abs. 2 S. 1 der 9. BImSchV stellt explizit klar, dass eine Ablehnung dann nicht in Frage kommt, wenn Genehmigungshindernisse durch Nebenbestimmung ausgeräumt werden können. Eine gänzliche Ablehnung des Genehmigungsantrages lässt sich unter Hinweis auf vermeintliche artenschutzrechtliche Konflikte mit der Wachtel nicht begründen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.81	SO 09	d. Kiebitz Es sind auch keine artenschutzrechtlichen Konflikte im Hinblick auf den Kiebitz erkennbar, die dem Genehmigungsanspruch nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG entgegenstehen könnten. Der Gutachter regionalplan & uvp hat fachlich zutreffend ein Meideverhalten von 100 m angenommen. Dieser Abstand wurde bereits gerichtlich als sachgerecht bestätigt.  Niedersächsische OVG, 28.01.2010 - 12 LB 243/07 -, juris Rn. 52; 20.12.2001 - 1 MA 3579/01 -, juris Rn. 12; VG Lüneburg, 16.02.2012 - 2 A 170/11 -, juris Rn. 51ff.  Auch die für den Beklagten tätige Firma Bosch & Partner bestätigt in der vom Beklagten zitierten Passage das betriebsbedingte Meideverhalten von bis zu 100 m (vgl. Bosch & Partner vom 27.03.2014, 8. 25, vorgelegt als Anlage K 12). Die dadurch eventuell entstehenden Revierverschiebungen sind durch die Maßnahmen M1a, M1b, M2 und M3 hinreichend und wirkungsvoll ausgeglichen (vgl. regionalplan & uvp vom 10.12.2013, 5. 10ff., vorgelegt als Anlage K 10).	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.82	SO 09	Dabei ist die Annahme des Beklagten, die Wirksamkeit der vorgeschlagenen CEF-Maßnahmen würde auf Grund der Reviertreue des Kiebitz eine Vorlaufzeit von ca. 2 Jahren benötigen, naturschutzfachlich nicht begründbar. Zwar ist der Kiebitz grundsätzlich als reviertreu zu bezeichnen, d.h. es werden jährlich die gleichen Räume wiederbesiedelt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass auch jedes Jahr die gleichen Flächen besiedelt werden. Vielmehr ist die konkrete Flächennutzung abhängig von der im Frühjahr vorherrschenden Vegetation und damit in Ackerlandschaften von den jeweiligen Anbaufrüchten. Im konkreten Untersuchungsraum führt dies aufgrund der Größe der Ackerschläge teilweise zu erheblichen Revierverschiebungen und zu jährlich wechselnden Besiedlungsschwerpunkten. Selbst auf den intensiv bewirtschafteten Grünlandflächen kommt es vor allem witterungsbedingt zu Verschiebungen der Besiedlung. So werden Ende März bereits hoch aufgewachsenen Grünlandflächen (milde Witterung, niedrige Wasserstände) deutlich gemieden und es kommt zu Verlagerungen auf Ackerflächen. Die Ergebnisse der Kiebitz-Nachkartierung 2013 belegen entsprechende Revierverschiebungen und zeigen, dass diese auch deutlich über die einzelnen Fleths hinausgehen. Bereits aus diesem Grund ist die Abgrenzung der lokalen Population großräumiger vorzunehmen. Insofern ist es fachlich zutreffend, wie in Nordrhein-Westfalen die Abgrenzung der Lokalpopulation auf Ebene des Gemeindegebietes vorzunehmen.  Vgl. Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen, Kiebitz (Fundstelle: <a href="http://www.naturschutzinformationen-niw.de/artenschutz/de/arten/gruppe/voegel/massn_statll_03073">http://www.naturschutzinformationen-niw.de/artenschutz/de/arten/gruppe/voegel/massn_statll_03073</a> ).	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.83	SO 09	Zugleich zeigen diese auch im vorliegenden Gebiet nachgewiesenen jährlich wechselnden Besiedlungsschwerpunkte, dass günstige Bruthabitate kurzfristig angenommen werden. Somit kann auch von einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit der vorgesehenen Maßnahmen für den Kiebitz ausgegangen werden. Insofern sind die Maßnahmen M1a, M1b, M2, M3 und M4 fachlich geeignet, bei Umsetzung vor dem Frühjahr kurzfristig entsprechende Ausweichhabitate für den Kiebitz zu schaffen, so dass der Eintritt der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG vermieden wird.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.84	SO 09	<p>e. Rohrweihe</p> <p>Auch hinsichtlich der Rohrweihe können artenschutzrechtliche Konflikte ausgeschlossen werden. Zunächst ist klarzustellen, dass sich das von dem Beklagten benannte Vogelschutzgebiet Unterlebe 4,35 km zur in diesem Verfahren nächstgelegenen WEA 1 in nördlicher Richtung entfernt befindet (vgl. saP, Anhang Blatt Nr. 1 Karte „Übersicht mit Schutzgebieten, vorgelegt als Anlage K 24, wobei auf gleicher Höhe östlich davon gelegen sechs bereits errichtete und betriebene Windenergieanlagen bestehen.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" sind drei Rohrweihen-Vorkommen bekannt. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung liegt ein kleiner nördlicher Teil und ein großer südlicher Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu den Rohrweihen-Vorkommen. - Inzwischen liegen neuere Daten vor; demzufolge liegt der weit überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu den Rohrweihen-Vorkommen; lediglich ein kleiner nordöstlicher und ein kleiner südöstlicher Teil liegt außerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand].</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.85	SO 09	<p>Ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (vgl. Ausführungen bei a. as., S. 19) kann für die Rohrweihe auch selbst unter Zugrundelegung der von dem Beklagten zitierten Literatur zu Wiesenweihen von Grajetzky &amp; Nehls, 2014 nicht angenommen werden, da die hier gegenständlichen WEA 1 bis 5 alle außerhalb des von Grajetzky &amp; Nehls, 2014 für die Wiesenweihe angegebenen Abstandes von ca. 500 m liegen. Die nächstgelegenen WEA 1 (700 m) und WEA 3 (730 m) haben zum Brutplatz der Rohrweihe an der Oste einen größeren Abstand als 500 m, die WEA 2, 4 und 5 sogar mehr als 1.000 m. Mit der ornithologisch nicht begründeten Übertragung von Ergebnissen aus einer einzigen Untersuchung zur Wiesenweihe auf die hier relevante Rohrweihe — ohne sich mit den von der Klägerin angeführten Fachliteratur zur Rohrweihe auseinanderzusetzen — überschreitet der Beklagte die dargestellten rechtlichen Grenzen der naturschutzfachlichen Einschätzungsprerogative. Eine Überschreitung der Einschätzungsprerogative liegt auch darin, dass der Beklagte auf Seite 13 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 lediglich mit Verweis auf den noch nicht erschienenen und nach wie vor der Überarbeitung unterliegenden Entwurf LAG-VSW 2014, der nach Aussage des Beklagten eine Abstandsempfehlung von 1.000 m von Windenergieanlagen zu Brutplätzen der Rohrweihe beinhaltet, für die WEA 1 und 3 eine weitergehende Prüfung auf artenschutzrechtliche Verbotstatbestände fordert. Dies gilt umso mehr, als sich der Beklagte selbst widerspricht, da er im selben Absatz (Seite 13 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014) mit Bezugnahme auf Grajetzky &amp; Nehls, 2014 fachlich eigentlich von einem Abstand von 500 m ausgeht. Dem steht die art- und vorhabenspezifische wissenschaftliche Auseinandersetzung in der saP, 5. 34 mit Verweis auf einschlägige Fachliteratur gegenüber, die zu dem Ergebnis gelangt, dass jedenfalls unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (passive Umsiedlung; Maßnahme M1a, vgl. regionalplan &amp; uvp vom 10.12.2013, S. 10ff., vorgelegt als Anlage K 10), artenschutzrechtliche Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgelöst sind.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.84.</p>	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.86	SO 09	<p>Ergänzend zu den Ausführungen in der saP, 5. 34 ist nochmals festzuhalten, dass sich die Rohrweihe aufgrund ihrer Jagdweise in der Regel in niedrigen Flughöhen von wenigen Metern über dem Boden weitestgehend unterhalb des Gefahrenbereichs der Rotoren aufhält. Lediglich im Nahbereich des Horstes kommen Aufenthalte in größeren Höhen durch Thermikkreisen, Balz, Nahrungsflüge von/zu entfernter liegenden Nahrungshabitaten sowie zur Beuteübergabe und Feindabwehr vor. Dementsprechend ist nur im Nahbereich eines Horstes mit Flügen in kritischen Höhen zu rechnen. Hierzu führen aus T. Langgemach / T. Dürr, Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Staatliche Vogelschutzwarte Brandenburg, Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel, Stand 19.11.2014, aus (S. 28):</p> <p>„Im Nahbereich des Horstes regelmäßiger Aufenthalt in größerer Höhe durch Thermikkreisen, Balz, Nahrungsflüge von/zu entfernter gelegenen Nahrungsgebieten, Beuteübergabe und Feindabwehr. STRASSER (2006) konnte die Art nicht in Entfernungsklassen &lt;10 m zu WEA beobachten. Die meisten Flugaktivitäten (n57, 1.189 Sekunden) wurden bodennah 20 m (92,3 %) bzw. in 21-62 m Höhe (7,1 %) registriert, nur eine Beobachtung in Rotorhöhe (1,8 %). OLIVER (2013) fand während der Brutzeit einen großen Prozentsatz von Flügen in größerer Höhe als außerhalb derselben: In der Brutzeit waten 17,3 % der Flüge im Bereich 20-60 m und 30,9 % &gt;60 m. In einem WP in BB entfielen 15,0 % der Flüge während der Brutzeit auf eine Höhe von etwa 80-150 m (DÜRR &amp; RASRAN 2013). An westfälischen Brutplätzen v. a. in der Balzphase häufig hohe Flüge von 100 bis zum Teil weit über 300 m Höhe ähnlich wie bei der Wiesenweihe (H. ILLNER schriftl. Mitt.).</p> <p>Eine Betroffenheit der Art ist hiernach nur in unmittelbarer Brutplatznähe gegeben. Im weiteren Umfeld wie bei den vorliegenden WEA 1 bis 5 (mind. 700 m entfernt) kann aufgrund des Flugverhaltens eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos LS.v. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ausgeschlossen werden.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.84.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.87	SO 09	<p>In der Rechtsprechung wurde dies auch hinsichtlich der geringen Flughöhe bei der Jagd unterhalb der Gefahrenzone von Windenergieanlagen bestätigt und insgesamt kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für diese Art angenommen.</p> <p>OVG Sachsen-Anhalt, 21.03.2013-2 M 154/12 -, juris Rn. 36; VG Arnberg, 22.11.2012 -7 K 2633/10-, juris Rn. 139; VG Lüneburg, 29.11.2007 - 2 A 695/06 -, juris, Rn. 48, 71 if. (auch vor dem Hintergrund des NLT Papiers)</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.84.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.88	SO 09	Vor dem Hintergrund der bestehenden Fachliteratur und Rechtsprechung und unter zusätzlicher Berücksichtigung der vorgesehenen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen besteht artenschutzfachlich und -rechtlich kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für die Rohrweihe durch die mindestens 700 m entfernten WEA 1 bis 5.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.84.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.89	SO 09	<p>Im Weiteren ist es zwar zutreffend, dass — wie der Beklagte auf Seite 13 seines Ablehnungsbescheides vom 15.09.2014 ausführt—im Landschaftspflegerischen Begleitplan vom 02.01.2014 (LBP 2014) nicht mehr von einer Störung von Rohrweihen ausgegangen wird. Hierin ist aber kein Widerspruch zum Landschaftspflegerischen Begleitplan vom 28.06.2013 (LBP 2013) zu sehen, der eine positive Bescheidung durch den Beklagten nicht möglich mache (so wohl der Beklagte). Vielmehr wurde entsprechend der Forderung des Beklagten der LBP 2013 überarbeitet. Dabei sind neue Bewertungsgrundlagen wie bspw. die Auswertungen von DOrt und Langgemach sowie der Leitfaden zur Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV) und des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUV) vom 12.11.2013 (Leitfaden des MKULNV und LANUV 2013) eingeflossen. Unter Auseinandersetzung mit diesen Erkenntnissen und der auch bereits im LBP 2013 herangezogenen Fachliteratur zur Kollisionsgefährdung von Rohrweihen kommt der LBP 2014 zutreffend zum Ergebnis, dass durch das Vorhaben keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG betroffen sind. Bei einer etwaigen Beeinträchtigung eines Brutplatzes — was auf Grund des Abstandes von mehr als 500 m hinsichtlich der hier gegenständlichen WEA 1 bis 5 nicht der Fall sein kann — kommen zudem konfliktvermeindernde oder -mindernde Maßnahmen bzw. CEF-Maßnahmen, die auch für andere Arten durchgeführt werden, der Rohrweihe zugute. Hiermit hat sich der Beklagte nicht in fachlich vertretbarer Weise auseinandergesetzt. Entscheidungsgrundlage kann aber immer nur der letzte Stand der eingereichten Antragsunterlagen und damit — zumal auf Forderung des Beklagten hin überarbeitet — der LBP 2014 sein.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.84.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.90	SO 09	Soweit der Beklagte die naturschutzfachliche Eignung der konfliktvermeidenden oder -mindernden Maßnahmen bzw. CEF-Maßnahmen mit Verweis auf die Habitatanforderungen für die Rohrweihe in Frage stellt, so werden diese seitens des Beklagten auf Seite 13 in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 nur unvollständig beschrieben. Nach dem naturschutzfachlichen Standardwerk Süßbeck, S. 248 umfasst der Lebensraum der Rohrweihe ebenfalls Grünland- und Ackerbaugebiete mit Gräben oder Söllen, und der Neststandort liegt gebietsweise verstärkt in Getreide- bzw. Rapsfeldern. Letzteres trifft für das Untersuchungsgebiet insbesondere deshalb zu, da Altschilfbestände als bevorzugte Brutplätze aufgrund der intensiven Grabenunterhaltungen fast vollständig fehlen. Die vorgenannten Habitatanforderungen werden im Rahmen der Maßnahmen, wie vom Beklagten selbst zitiert, berücksichtigt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116.84.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.91	SO 09	f. Turmfalke Auch im Hinblick auf den Turmfalken werden keine artenschutzrechtlichen Verbote ausgelöst.  Zunächst ist festzuhalten, dass sich der Beklagte nicht auf die aktuellste Fassung der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung vom Januar 2014 bezieht. Die auf Seite 14 im Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 vom Beklagten wiedergegebene Textpassage ist in der geltenden saP nicht vorhanden, da neue Erkenntnisse und Richtlinien (Leitfaden des MKULNV und LANUV 2013) herangezogen wurden, insoweit ist der Hinweis des Beklagten auf Seite 14 seine Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 auf die saP vom August 2013 bereits sachlich nicht zutreffend.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Vorkommen des Turmfalken sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in dem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.92	SO 09	Er ist aber auch in rechtlicher Hinsicht unzutreffend, da der Gutachter regionalplan & uvp keine populationsbezogene Bewertung des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vornahm, sondern zunächst nur die allgemeine Schlaggefährdung dieser Art beschreibt, was natürlich populationsbezogen geschieht, da sich dies bei den Einzelexemplaren nicht unterschiedlich darstellt. Die Anzahl von 55 Turmfalken in der Schlagopferstatistik bei dieser weit verbreiteten Art (Deutschland: knapp 50.000 von 90.000 Bwtpaaren in Mitteleuropa; Europa: etwa 350.000 Brutpaare — häufigste Falkenart in Europa),  vgl. VG Gera, 09.07.2013 - 5 K 252/12 Ge -, juris Rn. 144;  lässt auf eine vergleichsweise geringe Kollisionsgefährdung schließen. Selbst wenn eine allgemeine Schlaggefährdung für Turmfalken anzunehmen wäre, würde auf Grund des regelmäßig genutzten Aktionsraumes der Art eine Gefahr nur durch kleinere Windenergieanlagen ausgehen. Hierdurch erklären sich auch die bisherigen Schlagopfer. Bei den zur Genehmigung beantragten Windenergieanlagen handelt es sich jedoch um große Windenergieanlagen, bei denen die Rotoren den Luftraum ab einer Höhe von ca. 85 m überstreichen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.91	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.93	SO 09	Offenbar hat sich der Beklagte mit den Ausführungen des Gutachters regionalplan & uvp auch insoweit nicht hinreichend befasst, als er annimmt, es bestünden für den Turmfalken Kompensationsmaßnahmen, zu deren Erreichung er jedes Mal den Windpark durchfliegen müsste (vgl. Seite 14 des Ablehnungsbescheides vom 15.09.2014). Eine Kompensationsmaßnahme für den Turmfalken ist weder artenschutzfachlich, noch artenschutzrechtlich erforderlich, soll dementsprechend auch nicht umgesetzt werden und kann deshalb auch nicht dazu führen, dass der Turmfalke das Vorhabengebiet in signifikant erhöhter Weise durchfliegt. Sollte sich der Beklagte auf die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen für andere Zielarten beziehen wollen und würde man entgegen der Fachliteratur regelmäßige Flughöhen des Turmfalken von über 85 m annehmen, die vorliegend überhaupt zu einer Schlaggefährdung führen könnten, kann für die im Untersuchungsgebiet lediglich zwei festgestellten Turmfalkenreviere auf Grund von Flugwegen zu den Ausgleichsflächen kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko angenommen werden. Ein Turmfalkenrevier befindet sich im östlichen Randbereich der Windparkfläche. Zum Erreichen der vorgesehenen Kompensationsflächen südlich der Windparkfläche ist ein Durchfliegen nicht notwendig. Eine Nutzung der Ausgleichsflächen im »Schnook« ist bereits vor dem Hintergrund der Entfernung zum Brutstandort als sehr unwahrscheinlich anzunehmen. Somit ist für dieses Brutpaar ein erhöhtes Tötungsrisiko nicht anzunehmen. Dies gilt auch für das zweite Brutpaar westlich der Windparkfläche an der Oste. Es könnte nämlich alle geplanten Kompensationsflächen ohne ein Durchqueren der Windparkfläche erreichen. Somit ist auch für dieses Brutpaar ein erhöhtes Tötungsrisiko nicht erkennbar.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.91.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.94	SO 09	g. Waldohreule/Waldkauz  Die bloße Behauptung des Beklagten, die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung der Klägerin müsse Schallimmissionen der Windenergieanlagen und deren Auswirkungen auf nachtaktive Greifvögel berücksichtigen, stellt vor dem Hintergrund fehlender artenschutzfachlicher Erkenntnisse, die dies bestätigen könnten, einen Ermittlungsaufwand dar, der keine zusätzliche Erkenntnis erwarten lässt und nicht mehr mit einer am Maßstab der „praktischen Vernunft“ ausgerichteten Prüfung vereinbar ist. Insofern geht diese Forderung des Beklagten über den rechtlich zulässigen Rahmen hinaus.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Vorkommen der Waldohreule und des Waldkauzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in dem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.95	SO 09	Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen des durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie die Staatliche Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (VSW) in Auftrag gegebene Gutachten der Planungsgruppe für Natur und Landschaft GbR (PNL), Abgrenzung relevanter Räume für windkraftempfindliche Vogelarten in Hessen vom Juli 2012, Seite 15— hier in Auszügen als Anlage K 27 vorgelegt. Dort heißt es mit entsprechenden Fachnachweisen, neuere Ergebnisse konnten Auswirkungen des konstanten AnJagerauschens für primär akustisch kommunizierende bzw. jagende Arten insbesondere bei nachts jagenden Arten (Eulen) nicht bestätigen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.94.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.96	SO 09	<p>4. Rast- und Zugvögel</p> <p>Hinsichtlich der vom Beklagten in seinem Ablehnungsbescheid vom 15.09.2014 auf Seite 14 ff. genannten Rast- und Zugvogelarten werden durch die beantragten fünf Windenergieanlagen keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1, Abs. 5 BNatSchG ausgelöst. Dabei ist die vorgelegte Datengrundlage zu den Rast- und Zugvögeln für die Bewertung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände ausreichend.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Voraussichtlich werden nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen realisierbar sein.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.97	SO 09	<p>a. Datengrundlagen sind ausreichend</p> <p>Nach den Ausführungen in der saP, Seite 15 ist die Erfassung der Zug- und Rastvögel den fachlichen Standards entsprechend erfolgt. Dabei wurde die Erfassung in der Regel bei Hochwasser und auf Grund der langen Aufenthalte im Untersuchungsgebiet darüber hinaus auch in Phasen mit abnehmendem bzw. zunehmendem Wasserstand durchgeführt. Die vom Beklagten auf Seite 15 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 aufgeführten Beispiele zeigen, dass auch innerhalb der zwei Stunden vor oder nach Hochwasser Erfassungen erfolgten und somit ein mit dem Hochwasser zusammenhängendes Rast- und Zuggeschehen erfasst werden konnte. Stundenweise fand eine Beobachtung von den Deichen aus statt, so dass auch Wechselbeziehungen zu regionalen Schutzgebieten wie dem Vogelschutzgebiet „Unterelbe“ erfasst werden konnten.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.98	SO 09	<p>Des Weiteren ist der Hinweis des Beklagten auf Seite 15 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 auf die Erfassungslücke im Oktober 2009 sowie auf die Nichteinhaltung des mit dem Beklagten abgestimmten Untersuchungsrahmens irreführend. Die Abstimmung fand am 18.03.2010 statt (vgl. Anlage K 3), also nach der Erfassung im Oktober 2009. Die in der gutachterlichen Stellungnahme von regionalplan &amp; uvp vom 01.04.2014 (Anlage K 16) zusammengestellten Begehungsdaten zeigen, dass das Rast- und Zugvogelgeschehen naturschutzfachlich hinreichend und umfassend erfasst wurde. Damit kann ausgeschlossen werden, dass Arten oder Artengruppen übersehen wurden. Im Übrigen verweisen wir auf die als Anlage K 28 vorgelegten Ausführungen der Gutachter regionalplan &amp; uvp vom 12.06.2014.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.99	SO 09	Die Hinweise des Beklagten auf Seite 15 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 auf die Nonnengans, welche sich angeblich „zu Hunderten/Tausenden“ im „Untersuchungsgebiet / Vorranggebiet Windenergie“ aufhielten, sind bereits von ihrer Beschreibung durch den Beklagten nicht substantiiert. Wie oben ausgeführt (vgl. 2. b., S. 12) ist das Untersuchungsgebiet unverhältnismäßig groß abgesteckt (1.902 ha Untersuchungsgebiet gegenüber 221 ha bzw. 115,32 ha Windvorranggebiet), so dass diese behaupteten Beobachtungen von den tatsächlich beantragten Standorten der hier gegenständlichen WEA 1 bis 5 gar nicht betroffen sein müssen. Selbst Bosch & Partner vermerken in ihrer Stellungnahme vom 22.04.2014, 5. 4 (Anlagen K 13), es sei nicht zu erkennen, ob es sich um Vorkommen innerhalb der Flächen des geplanten Windparks handele und es seien keine Aussage zu Zahlen der rastenden / nahrungssuchenden Gänse zu machen. In der Verwaltungsakte findet sich auch nur der Hinweis eines Einwenders, der örtlich unspezifisch und zeitlich völlig unzureichend ist (Blatt 624 if. der Verwaltungsakte). Aus den Lichtbildern lassen sich die von dem Beklagten angegebenen hohen Zahlen nicht nachvollziehen und eine exakte Artbestimmung ist ebenfalls nicht möglich (vgl. Stellungnahme von regionalplan & uvp vom 29.01.2014, Blatt 720 der Verwaltungsakte). Zudem wird die Glaubwürdigkeit der Aussage dadurch in Zweifel gezogen, dass auf den von demselben Einwender beigelegten „Weißstorch“-Fotos offensichtlich Attrappen (zum Anlocken von echten Individuen) abgebildet sind (vgl. Email des Naturschutzamtes und Fotos Blatt 624, 626 R, 627 der Verwaltungsakte). Wenn der Beklagte solche Einwenden für ‚bare Münze‘ nimmt und seiner Ablehnungsentscheidung zugrunde legt (Seite 15 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014), ist nachvollziehbar, dass die Klägerin in Zweifel zieht, dass der Genehmigungsantrag objektiv fachlich beurteilt wurde und etwaige Beurteilungsspielräume rechtmäßig ausgeübt wurden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.100	SO 09	Entsprechend der eingangs aufgeführten Rechtsprechung des Niedersächsischen Obergerichts müssen Behauptungen von Nicht-Fachleuten und behördlichen Stellungnahmen, die auf „Hörensagen“ beruhen, ohnehin nicht herangezogen werden, zumal wenn Zeit und Ort der Sichtung nicht präzise genannt worden sind.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.101	SO 09	Wenn der Beklagte auf Seite 16 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 weiter meint, die Aussagen im LBP 2013 und LBP 2014 seien in Bezug auf die Rast- und Zugvögel widersprüchlich und entsprechende Passagen zitiert, so verlässt der Beklagte jede rechtliche Grundlage, nach der ein Verwaltungsverfahren zu führen ist ( 25 VwVfG, § 2, 7 der 9. BImSchV), nachdem er die Erstfassung der Umweltunterlagen zunächst selbst als unzureichend zurückgewiesen und diese Überarbeitung selbst angeregt hat.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.102	SO 09	Im Übrigen ist der Vorwurf der Widersprüchlichkeit auch nicht zutreffend. Im LBP 2014 wurde die wertende Einschätzung aus dem LBP 2013, die „Schwelle der Umwelterheblichkeit“ für die Arten Graugans, Mäusebussard, Goldregenpfeifer und Kiebitz seien überschritten, aus der Einleitung zum Abschnitt „Rast- und Zugvögel“ des LBP 2014 gestrichen. Stattdessen erfolgen im LBP 2014 die Bewertungen nachfolgend im Detail zu den einzelnen Arten, wie der Beklagte dies verlangt hat. Offenbar interpretiert der Beklagte die „Schwelle der Umwelterheblichkeit“, den der LBP 2013 als Maßstab für die Prüfung der Eingriffsregelung ansah, auch als Verwirklichung eines artenschutzrechtlichen Verbots, was nach den überarbeiteten Unterlagen aus 2014 nicht der Fall ist. Vielmehr war auch bereits für die Interpretation der Ausführungen im LBP 2013 („Schwelle der Umwelterheblichkeit“) hinsichtlich der Betroffenheit artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände die in der saP hierfür durchgeführte „Artenschutzrechtliche Untersuchung nach § 44 BNatSchG“ maßgeblich.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.103	SO 09	<p>b. Graugans</p> <p>Im Hinblick auf die Graugänse als Rast- und Zugvögel sind keine artenschutzrechtlichen Verbote betroffen. Zunächst ist in tatsächlicher Hinsicht klarzustellen, dass der LBP 2013 und der LBP 2014 auch insoweit keine widersprüchlichen Aussagen zu Graugänsen enthalten. Diese Behauptung des Beklagten auf Seite 16 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 wird nicht weitergehend begründet und es wird durch ihn auch nicht benannt, welche Textpassagen er im LBP 2014 vermisst. Der Hinweis auf die Stellungnahme von Bosch &amp; Partner vom 27.03.2014 kann einen solchen Widerspruch ebenfalls nicht begründen. Vielmehr ist wesentlicher Inhalt die Frage, ob ein Vorkommen von „landesweiter Bedeutung“ oder von »regionale Bedeutung“ besteht. Die Klägerin hat dem Beklagten mehrfach erläutert, wieso sie zur Einschätzung einer »regionale Bedeutung“ kommt. Mit Schreiben vom 27.05.2014 hat der Gutachter regionalplan &amp; uvp ausgeführt:</p> <p>„Die zur Bedeutung der Fläche aufgeworfenen Fragen (Bosch und Partner (Stellungnahme vom 27.3.2014, S. 10 und S. 34) sind ohne weiteres erklärbar: Die gegenüber Karte 3a Erfassungsergebnisse Rast- und Zugvögel abweichende Darstellung einer Rastfläche von regionaler Bedeutung für die Graugans begründet sich darin, dass die für eine landesweite Bedeutung erforderliche Anzahl nur in einem von 18 Begehungsterminen erreicht wurde. Dabei bezieht sich die Anzahl der in diesem Termin festgestellten Individuen auf mehrere, voneinander getrennte Rasttrupps, so dass auch Doppelzählungen nicht auszuschließen sind. Da zu keinem weiteren Zeitpunkt eine solche Wertigkeit erreicht wurde, also keine regelmäßig landesweit bedeutsame Rastbestände festgestellt wurden, ist eine Einstufung des gesamten Untersuchungsgebiets als landesweit bedeutsam nach KRÜGER et al (2013) nicht gerechtfertigt.“ (regionalplan &amp; uvp, 27.05.20 14, S. 12 f., Anlage K 17)</p> <p>Damit ist in Übereinstimmung mit der ornithologischen Fachliteratur von einer Rastfläche von regionaler Bedeutung auszugehen. Insoweit hat auch die Staatliche Vogelschutzwarte im NLWKN mit Schreiben vom 11.12.2013 (Blatt 486 der Verwaltungsakte) bescheinigt, dass „der Ist-Zustand der Rast- und Gastvögel nach dem in Niedersachsen landesweit üblichen Bewertungsverfahren nach Krüger et al. (2010) bewertet“ wurde.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.104	SO 09	<p>Im Weiteren stellen sowohl der LBP 2013, S. 30 als auch der LBP 2014, S. 31 fest, dass es zu einem weitläufigen Verlust von Rastplätzen kommt, wobei bei der Bearbeitung des LBP lediglich redaktionelle Änderungen vorgenommen wurden. So wird im LBP 2014, S. 31 dann auch in Übereinstimmung mit der saP, S. 71 f. als konfliktvermeindernde oder -mindernde Maßnahmen / CEF-Maßnahmen für die Graugänse ein Bedarf von 6 ha Ausgleichsflächen vorgesehen, der in der Maßnahmenaufstellung Artenschutz vom 10.12.2013 (Anlage K 10) entsprechend abgebildet ist.</p> <p>Damit ist das Eintreten der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG hinsichtlich der Graugänse auch unter Berücksichtigung der konfliktvermeindernden oder -mindernden Maßnahmen / CEF-Maßnahmen auf Grundlage der hinreichenden Erfassungen auszuschließen.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.105	SO 09	<p>c. Mäusebussard</p> <p>Hinsichtlich des Mäusebussards als Rastvogel sind durch die WEA 1 bis 5 keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände betroffen. Zunächst ist es zutreffend, dass bei der Überarbeitung des LBP eine anderweitige Bewertung hinsichtlich der Schlaggefährdung des Mäusebussards getroffen wurde. Dies beruht auf den aktuellen Erkenntnissen aus dem nach Erstellung des LBP 2013 erschienenen Leitfaden des MKULNV und LANUV 2013, worauf im LBP 2014 auch verwiesen wird. Im Leitfaden des MKULNV und LANUV 2013 wird in einer Regelfallvermutung zutreffend davon ausgegangen, dass der Mäusebussard nicht schlaggefährdet ist. Diese Einschätzung wurde durch das LANUV auch bereits in einem gerichtlichen Verfahren bestätigt. Die häufigen Kollisionen mit Windenergieanlagen sind vor allem auf die weite Verbreitung dieser Vogelart zurückzuführen.</p> <p>Vgl. VG Köln, 25.10.2012 - 13 K4740/09 -, juris Rn. 61.</p> <p>Auf den Leitfaden des MKULNV und LANUV 2013 wurde im LBP 2014 auch verwiesen. Da rin und in der saP, 5. 38 f. findet eine Auseinandersetzung mit der fehlenden Schlaggefährdung des Mäusebussards sowie den vorgesehenen Ablenkungsmaßnahmen (Mib, M2, M3 und M4, vgl. regionalplan &amp; uvp vom 10.12.2013, 5. 13ff., Anlage K 10) statt, so dass nicht von einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos ausgegangen werden kann und dies auf Grund der vorliegenden Unterlagen auch bewertbar ist. Lediglich der Hinweis des Beklagten, dies sei eine Fehleinschätzung, und der ins Leere gehende Hinweise zu den Ausführungen zum Mäusebussard als Brutvogel stellen auch vor dem Hintergrund der naturschutzfachlichen Einschätzungsprärogative keine ausreichende fachliche Auseinandersetzung dar.</p> <p>Vielmehr wurde von den Gutachtern regionalplan &amp; uvp dargelegt, dass keine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für den Mäusebussard, jedenfalls unter Einbeziehung der Maßnahmen Mib, M2, M3 und M4 vorliegt.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.106	SO 09	<p>d. Kiebitz</p> <p>Artenschutzrechtliche Konflikte können hinsichtlich des Kiebitz als Rastvogel ebenfalls aus geschlossen werden. Zunächst ist klarzustellen, dass entgegen den Ausführungen des Beklagten auf Seite 18 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014 keine gravierenden Änderungen zwischen dem LBP 2013 und dem LBP 2014 vorgenommen wurden. Vielmehr zitiert der Beklagte sowohl den LBP 2013, S. 33 als auch den LBP 2014, S. 32 f. verkürzt. Bei einer vollständigen Erfassung der Ausführungen zum Kiebitz im LBP 2013 und LBP 2014 lässt sich feststellen, dass beide LBP im Untersuchungsgebiet (1.902 ha) auf Teilflächen sowohl Rastflächen von lokaler Bedeutung als auch von regionaler Bedeutung angeben. Ebenso geben der LBP 2013 und der LBP 2014 übereinstimmend an, dass vor allem die landwirtschaftliche Nutzung Einfluss auf die Nutzungsdichte und damit Einfluss auf die Bedeutung der Rasiflächen hat. Der LBP 2014 differenziert gegenüber dem LBP 2013 lediglich zwischen der Windparkfläche (115 ha) und dem Untersuchungsgebiet (1.902 ha). Eine inhaltliche Relativierung wurde jedoch nicht vorgenommen.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.107	SO 09	<p>Des Weiteren bestehen auch kein Widerspruch und keine Relativierung zwischen dem LBP 2013 und dem LBP 2014 hinsichtlich der Störung von Kiebitzen. Vielmehr wird auch im LBP 2014, S. 32 von einer Störung ausgegangen, weshalb folgerichtig 12 ha Extensivgrünland mit Bewirtschaftungsruhe zu Überwinterungs- und Wanderzeiten als konfliktvermeinde oder -mindernde Maßnahmen vorgesehen sind (vgl. Ml b, M2 und M4, vgl. regionalplan &amp; uvp vom 10.12.2013, S. 13ff., Anlage K 10 mit einem Gesamtumfang von 27 ha, die auch zugunsten des Kiebitz wirken), wie dies in diesem Umfang auch schon im LBP 2013 der Fall war.</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen ist sicher davon auszugehen, dass das Störungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG durch das Vorhaben nicht verwirklicht wird.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116b	P116b.108	SO 09	e. Großer Brachvogel Auch im Hinblick auf den Großen Brachvogel als Rastvogel sind keine artenschutzrechtlichen Verbote ausgelöst.  Die Behauptung des Beklagten auf Seite 18 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014, es kämen im Gebiet weit mehr Große Brachvögel vor als vom Gutachter aufgeführt, stellt eine unsubstantiierte Behauptung dar, zumal der Beklagte auch nicht ausführt, ob er das Untersuchungsgebiet von 1.902 ha oder das Windparkgebiet von 115 ha meint. Zudem können gelegentliche Sichtungen von Laien entsprechend den oben gemachten Ausführungen zu den rechtlichen Anforderungen an die Datengrundlagen (vgl. Ausführungen unter 1. a. aa., S. 4) nicht in der Form herangezogen werden, dass damit weitere Untersuchungen „ins Blaue hinein“ veranlasst werden müssten. Dies gilt hier insbesondere auch deshalb, weil bei den der Klägerin vorliegenden Einwendungen Dritter lediglich an drei Terminen Beobachtungen des Großen Brachvogels dokumentiert wurden, jedoch ohne Angaben zur Anzahl, noch zur genauen Verortung. Inwiefern die von dem Beklagten ausgeführten „konkreten Angaben (Datum, Uhrzeit und Ort)“ bestehen sollen, erschließt sich der Klägerin nicht.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.109	SO 09	Die weitere Behauptung des Beklagten auf Seite 18 des Ablehnungsbescheids vom 15.09.2014, der Gutachter regionaipplan & uvp hätte keine Bezüge zwischen dem Plangebiet und dem FFH-Gebiet sowie Vogelschutzgebiet Unterelbe herausgestellt, ist unzutreffend. Hierzu wird auf die den Antragsunterlagen beigelegte FFH-Verträglichkeitsuntersuchung zum „Windpark Geversdorf / Oberndorf“ von regionaipplan & uvp vom Juni 2013, Seite 53 (Kapitel 19 der Antragsunterlagen) verwiesen. Angesichts der oben stehenden Ausführungen zur Erfassung der Rast- und Zugvögel kann diese reine Behauptung des Beklagten zum Großen Brachvogel nicht auf eine fehlerhafte Kartierung schließen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren. - Siehe P116b.96.	Nicht zu berücksichtigen.
P116b	P116b.110	SO 09	III. Kostenentscheidung Die dem angefochtenen Ablehnungsbescheid beigelegte Kostenentscheidung ist rechtswidrig und verletzt die Klägerin in ihren Rechten ( 113 Abs. 1 5. 1 VwGO). Aus dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung folgt, dass die Rechtmäßigkeit einer Amtshandlung Voraussetzung für einen rechtmäßigen Gebührenbescheid ist.  VGH Baden-Württemberg, 19.05.2003 - 10 6 619/03-, juris Rn. 23; BVerwG, 13.04.1984-4 C 31/81 -, DÖV 1984, 887; VGH Baden-Württemberg, 20.03.1986 - 1 S2654/85 -, VBIBW 1986, 299, 302 m.w.N.  Da — wie vorstehend ausgeführt — die Ablehnungsentscheidung des Beklagten rechtswidrig ist, folgt hieraus auch die Rechtswidrigkeit des Gebührenbescheids.	Die Aussage bezieht sich auf ein verwaltungsrechtliches Verfahren und ist somit nicht Gegenstand des RROP Entwurfs 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.01	Z	Aus folgenden Gründen bin ich für den Bau eines Windparks Stinstedt auf dem Heidberg  1) Sandstandort	In Bezug auf die naturschutzfachliche Eignung des Standorts wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.02	Z	2) Zuwegung auf Sand	Die Erschließung des Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.03	Z	3) Ab Mittelstenahe kann der Standort über Schotterwege erreicht werden	Die Erschließung des Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.04	Z	4) Die Zuwegung kann landwirtschaftlich voll genutzt werden	Die Erschließung des Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.05	Z	5) Kurze Wege für den Strom	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117	P117.06	SO 30	Aus folgenden Gründen bin ich gegen den Windpark Stinstedt-Odisheim  1) Der Standort auf 8m Moor	In Bezug auf die naturschutzfachliche Eignung des Standorts wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.07	SO 30	2) Die Zuwegung ab Straße auch 8m Moor	Die Erschließung des Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.08	SO 30	3) Die Straße Stinstedt - Odisheim 8 - 12m Moor	Die Erschließung des Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P117	P117.09	SO 30	4) Die Straße Mittelstenahe - Stinstedt gerade erneuert	Die Erschließung des Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P119			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P120			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P121	P121.01	A	Die ENERCON GmbH plant auf dem Gebiet des Landkreises Cuxhaven u.a. auf der unter III. genannten Flächen die Errichtung von Windenergieanlagen. Darüber hinaus ist die ENERCON GmbH als Hersteller von Windenergieanlagen betroffen. Die Windenergienutzung leistet nicht nur einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, sie bietet vor allem für den ländlichen Raum erhebliche Standortvorteile und Wertschöpfungsmöglichkeiten. Zugleich werden hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, wie dies die Erfolgsgeschichte des Unternehmens ENERCON in eindrucksvoller Weise aufzeigt. ENERCON ist das führende deutsche Unternehmen im Bereich der Entwicklung und Herstellung von Windenergieanlagen. Es wurden für Herstellung, Planung, Betrieb und Wartung von ENERCON - Windenergieanlagen in den vergangenen Jahren mehr als 17.000 Arbeitsplätze, davon allein mehr als 11.000 Arbeitsplätze in Deutschland, geschaffen. Vor diesem Hintergrund verwundert es sehr, dass keine andere Form der Erneuerbaren Energien in der Öffentlichkeit so brisant diskutiert wird wie die Windenergie. Oft werden Sachverhalte falsch dargestellt oder bewusst falsch und irreführend argumentiert. Häufig entstehen Konflikte aufgrund falscher oder fehlender Informationen über geplante Projekte und wären durch angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung mit sorgfältiger Aufklärung vermeidbar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.02	B / E	Zunächst möchten auf die unter 4.2.2 der Beschreibenden Darstellung des Entwurfs zur Änderung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven (Entwurf RROP 2015) aufgeführten Ziele und Grundsätze samt Begründung/Erläuterung eingehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.03	E 01	Zu 01: Die als Ziel der Raumordnung festgelegte Ausschlusswirkung, d.h. Konzentration raumbedeutsamer Windenergieanlagen auf die ausgewiesenen Vorranggebiete, setzt nach der ständigen Rechtsprechung ein schlüssiges Gesamtkonzept voraus, das der Windenergienutzung substanziellen Raum verschafft. Gemäß der Begründung zum sachlichen Teilabschnitt Windenergie werden 0,51 % der Landkreisfläche als Vorranggebiete zur Windenergienutzung ausgewiesen. Damit liegt die Ausweisungsquote nochmals unterhalb dem vorangegangenen Entwurf (0,73 % der Landkreisfläche). Soweit der Landkreis Cuxhaven darauf abstellt, dass bei Abzug der harten Tabuzonen ca. 1,45 % der Landkreisfläche ausgewiesen werden, geht dieser Verweis fehl, da dadurch lediglich die Bemessungsgrundlage verkleinert wurde.	Das methodische Vorgehen bei der Prüfung, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wurde entspricht sowohl der Rechtsprechung, als auch der gängigen Literatur (vgl. Gatz 2009: Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis).	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.04	E 01	Unter Berücksichtigung der Bestandswindparks außerhalb von Vorranggebieten soll sich dieser Flächenanteil sogar auf annähernd 2 % erhöhen, jedoch entsprechen diese Bestandswindparks in vielen Fällen nicht den Kriterien der Regionalplanung und sind daher nur sehr begrenzt für die Errichtung moderner Windenergieanlagen verfügbar. Im Wesentlichen wurde dadurch lediglich der status quo übernommen. Aufgrund fehlender Repowering-Möglichkeiten handelt es sich somit nur um die redaktionelle Übertragung des ohnehin aufgrund bestehender Genehmigungen greifenden Bestandschutzes der Alt-Windenergieanlagen. Auf diesen Flächen würde mittelfristig aufgrund des Alters der Alt-Windenergieanlagen die Windenergienutzung eingestellt. Eine Förderung der Windenergienutzung ist damit nicht verbunden.	Auf den als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommenen Flächen ist ein Repowering entsprechend den Vorgaben im RROP Entwurf 2015 möglich. Es handelt sich somit nicht um die Übernahme des Status-Quo mit fehlenden Repowering-Möglichkeiten, sondern um eine Übernahme von Standorten, die auch nach den Vorgaben des RROP Entwurfs 2015 mit marktüblichen Anlagen repowert werden können. Es ist zwar richtig, dass auf einigen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen die Errichtung von 200m Windenergieanlagen aufgrund der Abstände zur Wohnbebauung oder andere Kriterien nicht möglich ist, allerdings fordert die Rechtsprechung auch nicht ein, dass nur Flächen ausgewiesen werden dürfen, auf denen 200m Anlagen errichtet werden können.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.05	E 01	Es bleibt festzustellen, dass der Landkreis allenfalls rechnerisch den Zielen der niedersächsischen Landesregierung nachkommt und somit tatsächlich nur ein sehr geringer Teil der Landkreisfläche zur Windenergienutzung ausgewiesen wird (< 1 %). Diese Ausweisungsquote ist — insbesondere im Vergleich zu anderen ähnlich strukturierten Landkreisen in Niedersachsen — sehr niedrig. Aufgrund der vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte und der landwirtschaftlich geprägten Struktur des Landkreises Cuxhaven ist grundsätzlich ein hohes Potenzial zu erwarten, was sich letztlich auch in der hohen Anzahl der im Rahmen der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP Cuxhaven niederschlägt. Dass dennoch lediglich 0,51 % der Landkreisfläche als Vorranggebiete ausgewiesen wird, liegt in der Anwendung unangemessener Tabukriterien und einer sehr restriktiven Ausweisung der ermittelten Potenzialflächen begründet. Der vom Landkreis Cuxhaven aufgrund seiner Windhöflichkeit und geringen Bevölkerungsdichte erkannten besonderen Bedeutung zur Förderung der Windenergienutzung kommt der Landkreis Cuxhaven daher nicht nach.	Seitens der niedersächsischen Landesregierung liegt kein Ziel vor. Derzeit liegt lediglich ein Entwurf eines Windenergieerlasses vor, in dem sogenannte Orientierungswerte genannt werden. Dabei wird jedoch auch vom Land selbst klargestellt, dass diese Werte keinesfalls verbindlich sind. Dem Landkreis Cuxhaven sind keine anderen Landkreise in Niedersachsen bekannt, deren Ausweisungsquote sehr viel höher ist. Ohne weitere Angabe von Beispielen kann dies nicht weiter verifiziert werden. Selbst wenn dies so wäre, wäre es allerdings auch hinfällig. Die Prüfung, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wurde, ist stets eine Einzelfallbetrachtung. Es wird nicht deutlich, inwieweit die Tabukriterien unangemessen sein sollen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen wurde transparent und offen in der Begründung dargelegt. Gerade aufgrund der Siedlungsstruktur haben sich im Landkreis Cuxhaven wertvolle Flächen für Natur und Landschaft herausgebildet, die geschützt werden müssen. Die Herleitung eines Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungsdichte und der Fläche, die für die Windenergie ausgewiesen werden sollte, ist somit fehlerhaft.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.06	E 01	Völlig unberücksichtigt bleibt darüber hinaus die Prüfung, ob und inwieweit eine als Vorranggebiet zur Ausweisung vorgesehene Potenzialfläche für die Errichtung von modernen Windenergieanlagen nutzbar ist. In den weiteren Ausführungen unter III. wird beispielhaft zu den geplanten Vorranggebieten Nr. 10 Heerstedt-Lohe und Nr. 15 Kirchwardt-Altwardt dargelegt, dass aufgrund zahlreicher in der Fläche vorhandener Einschränkungen die tatsächlich nutzbare Fläche deutlich unter der im Entwurf des RROP ausgewiesenen Fläche des Vorranggebiets liegt. Dieses Beispiel lässt den Schluss zu, dass der tatsächlich für die Errichtung moderner Windenergieanlagen zur Verfügung stehende Raum deutlich unter dem ohnehin bereits geringen Flächenanteil von 0,51 % der Landkreisfläche liegen wird.	Insgesamt wird der Windenergie 2% der Landkreisfläche zur Verfügung gestellt. Unabhängig davon, ob manche Vorranggebiete Windenergienutzung oder bauleitplanerisch gesicherten Bereiche in ihrer Nutzbarkeit möglicherweise eingeschränkt sind - dies kann im Übrigen erst im Genehmigungsverfahren geklärt werden - wird der Windenergie im Landkreis Cuxhaven substanziell Raum geschaffen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.07	E 01	Aus unserer Sicht wäre es auch im Landkreis Cuxhaven möglich, den für eine Nutzung mit modernen Windenergieanlagen zur Verfügung stehende Flächenanteil durch eine Überarbeitung der angewandten harten und weichen Tabukriterien sowie einer geänderten Abwägung der Potenzialflächen deutlich zu vergrößern. Insbesondere die folgenden, in der Begründung zum Sachlichen Teilregionalplan aufgeführten Kriterien sind noch zu überprüfen:  Harte/weiche Tabukriterien Der festgelegte Puffer von 420 m um Siedlungsflächen stellt kein hartes Tabukriterium dar. Soweit zur Begründung auf die Rechtsprechung des OVG Nordrhein Westfalen abgestellt wird, handelt es sich hierbei nicht um zwingende rechtliche Vorgaben, die eine Windenergienutzung schlichtweg ausschließen.	Wie in der Begründung dargelegt wurde, ergibt sich die harte Tabuzone aus der Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung. Aus rechtlicher Sicht verstoßen Windenergieanlagen, die lediglich die zweifache Höhe als Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung einhalten, gegen das Gebot der Rücksichtnahme.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.08	E 01	Hinzu kommt, dass der Puffer mit 420 m willkürlich bemessen wurde anhand der höchsten, im Landkreis Cuxhaven errichteten Windenergieanlage. In der weiteren Begründung zum Entwurf RROP 2015 legt der Landkreis Cuxhaven jedoch deutlich kleinere Windenergieanlagen mit max. 150m Gesamthöhe zugrunde. Selbst nach der Rechtsprechung des OVG Nordrhein-Westfalen wäre die Errichtung der vom Landkreis Cuxhaven offenbar als Referenzanlage in der weiteren Planung zugrunde gelegten Windenergieanlagen in dem als hartes Tabu festgelegten Pufferzone möglich.	Der Puffer von 420 m wurde nicht willkürlich gewählt. Bei der Erarbeitung des RROP Entwurfs wurde die höchstmögliche, auf dem Markt verfügbare Windenergieanlage als Referenz genutzt. Wie in der Begründung dargelegt, geht es dabei darum, dass der Landkreis Cuxhaven bei der Bemessung des Puffers vom worst case ausgeht. Bei der Festlegung einer Mindestgröße für Vorranggebiete wurde jedoch nicht vom worst case ausgegangen, sondern von einer gängigen, im Landkreis Cuxhaven üblichen Anlagengröße.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.09	E 01	Im Rahmen der als weiche Tabukriterien festgelegten Abstände zur Wohnbebauung wird zwischen Ortslagen und sonstigen wohnbaulichen Nutzungen unterschieden. Wie sich bereits aus den für die einzelnen Bereiche differenzierten Grenzwerten nach TA-Lärm ergibt, werden Einzelhäuser im Außenbereich als deutlich weniger schutzbedürftig eingestuft als u.a. allgemeine oder reine Wohngebiete. Hinzu kommt, dass die Windenergienutzung gemäß § 35 Abs.1 Nr.5 BauGB im Außenbereich privilegiert ist, Wohnnutzung hingegen nicht. Insofern ist es u.E. richtig, zu Einzelhäusern im Außenbereich einen geringeren Schutzabstand anzusetzen. Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben sich jedoch durch den im Entwurf der Änderung des sachlichen Teilabschnitts verwendeten Begriff der Ortslagen. Dieser Begriff ist nicht weiter definiert. Es könnten hiernach auch mehrere Wohnhäuser des Außenbereichs u.U. als Ortslagen definiert werden, obwohl sie nach TA-Lärm als Außenbereich zu werten wären. Wir schlagen daher zur Vermeidung von Fehlinterpretationen vor, auf den beplanten Innenbereich der BauNVO abzustellen.	Die Definition von Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung findet sich in der Begründung auf Seite 8. Die Regionalplanung ist frei in der Entscheidung, welche Kategorien bei der Betrachtung von Siedlungslagen zugrunde gelegt werden. Die vom Landkreis gewählten Kategorien sind ausreichend genug voneinander abgegrenzt.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.10	E 01	Die festgelegten Puffer von 40 m zu Autobahnen sowie 20 m zu Bundes-, Landes- und Kreisstraße stellen kein hartes Tabukriterium dar. Nach der Rechtsprechung des OVG Nordrhein-Westfalen (AZ, 8 A 2138/06, am Beispiel einer Landesstraße) ist die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich auch innerhalb der nach StraßenG festgelegten Baubeschränkungszonen zulässig. Die zulässigen Abstände sind viel mehr im Einzelfall zu prüfen.	Harte Tabuzonen sind diejenigen Flächen, in denen die Windenergie aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist. Die Herleitung der angesprochenen harten Tabuzonen findet sich in der Begründung auf S. 9. In dieser wird ausgeführt, dass Windenergieanlagen aus tatsächlichen Gründen in den angesprochenen harten Tabuzonen nicht errichtet werden können.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.11	E 01	Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung ist das weitergehende weiche Tabukriterium (Erhöhung der Puffer auf 40 m bzw. 100m) nicht sachgerecht. In diesen Puffern wäre nach der Rechtsprechung die Errichtung von Windenergieanlagen ebenfalls grundsätzlich möglich und würde einer Einzelfallprüfung bedürfen.	Die weichen Tabuzonen ergeben sich nicht aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen, sondern es handelt sich dabei um jene Flächen, auf denen nach den planerischen Vorstellungen des Landkreises keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.12	E 01	Vorranggebiete zur Rohstoffgewinnung sind nicht als harte Tabukriterien zu werten. Insbesondere in Sandabbaugebieten ist eine Windenergienutzung aufgrund der langen und idR nicht flächendeckenden Parallelnutzung durch Sandabbau problemlos möglich. In Abstimmung mit dem Sandabbauberechtigten können die Windenergieanlagen so platziert werden, dass der Sandabbau dennoch ermöglicht wird. Vielmehr ist aufgrund der bereits durch den Sandabbau vorgenommenen Eingriffe in Natur und Landschaft eine Windenergienutzung in Sandabbaugebieten sehr sinnvoll. Aus diesem Grunde wird beispielsweise in Sachsen-Anhalt ein ENERCON-eigener Windpark in einem Sandabbaugebiet betrieben. Diese Fläche wurde bewusst seitens der Regionalplanung Magdeburg in einem bestehenden Sandabbaugebiet ausgewiesen.	Bei Vorranggebieten handelt es sich um Gebiete, die "die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind (Vorranggebiete)" (§ 8 Abs. 7 Nr. 1 Raumordnungsgesetz). Die Errichtung von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Rohstoffgewinnung würde einen Abbau der Rohstoffe erschweren bzw. ggf. sogar verhindern.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.13	E 01	Vor diesem Hintergrund ist der als weiches Tabukriterium festgelegte Sicherheitsabstand von 100 m zu Vorranggebieten Rohstoffgewinnung ebenfalls nicht sachgerecht. Hinzu kommt, dass selbst nach der Begründung des Entwurfs RROP 2015 keine sachlichen Gründen für einen solchen pauschalen Sicherheitsabstand genannt werden.	Die weichen Tabuzonen ergeben sich nicht aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen, sondern es handelt sich dabei um jene Flächen, auf denen nach den planerischen Vorstellungen des Landkreises keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen. Durch den festgelegten Puffer von 100m soll verhindert werden, dass ein Rohstoffabbau erschwert wird.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.14	E 01	Ein pauschaler Ausschluss von Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Biotopen, Vogelbrutgebieten und Waldflächen samt Puffer als Tabukriterium wäre nicht angemessen. Vielmehr bedarf es einer Prüfung im Einzelfall. Sofern das Naturschutzgebiet dem Schutz von Tier- und Pflanzenarten dient, die mit der Nutzung der Windenergie verträglich sind, wäre ein Ausschluss dieser Flächen unangemessen. Der Landkreis Cuxhaven räumt in der Begründung zum Entwurf RROP 2015 selbst ein, dass bei einer Einzelfallprüfung eine Windenergienutzung zulässig wäre. U.E. ist im Rahmen einer den Vorgaben der Rechtsprechung genügenden, ordnungsgemäßen Abwägung eine unvoreingenommene Einzelfallprüfung geboten unter Berücksichtigung des Schutzzwecks des jeweiligen Gebiets. Es dürften dadurch zahlreiche NSG, LSG und insbesondere Waldflächen zu ermitteln sein, die für eine Windenergienutzung verträglich wären.	Zu den Naturschutzgebieten: Alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beeinträchtigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Soweit es der Schutzzweck erlaubt, können Naturschutzgebiete der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden (§ 23 Abs. 2 BNatSchG). Das Naturschutzgebiet darf außerhalb der Wege nicht betreten werden. Soweit der Schutzzweck es erfordert oder erlaubt, kann die Verordnung Ausnahmen von Satz 1 zulassen (§ 16 Abs. 2 NAGBNatSchG). Es ist im Grunde keine Konstellation vorstellbar, in der Windenergieanlagen in einem Naturschutzgebiet errichtet werden können, ohne gegen § 23 Abs. 2 BNatSchG zu verstoßen. In der Rechtsprechung werden Naturschutzgebiete bisweilen auch als harte Tabuzonen betrachtet. - Zu den Landschaftsschutzgebieten: In einem Landschaftsschutzgebiet sind unter besonderer Beachtung des § 5 Abs. 1 BNatSchG und nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen (§ 26 Abs. 2 BNatSchG). Maßgeblich ist die Verordnung zum jeweiligen Landschaftsschutzgebiet. Es ist nur äußerst selten eine Konstellation vorstellbar, in der Windenergieanlagen in einem Landschaftsschutzgebiet errichtet werden können, ohne gegen § 26 Abs. 2 BNatSchG zu verstoßen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				<p>können, ohne gegen § 26 Abs. 2 BNatSchG zu verstoßen. - Zu den gesetzlich geschützten Biotopen: Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung des gesetzlich geschützten Biotops führen, sind verboten (§ 30 Abs. 2 BNatSchG). Es ist im Grunde keine Konstellation vorstellbar, in der Windenergieanlagen in einem gesetzlich geschützten Biotop errichtet werden können, ohne gegen § 30 Abs. 2 BNatSchG zu verstoßen. In der Rechtsprechung werden gesetzlich geschützte Biotope bisweilen auch als harte Tabuzonen betrachtet. - Zu den Vogelbrutgebieten: Im Kriterienkatalog werden lediglich Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung zu den weichen Tabuzonen gestellt. Der Landkreis Cuxhaven bleibt hier deutlich hinter den Empfehlungen der NLT-Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie" zurück, die auch die Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung, die Vogelbrutgebiete mit regionaler Bedeutung und die Vogelbrutgebiete mit lokaler Bedeutung zu den weichen Tabuzonen stellt. - Zum Wald: Ein Wald weist meist vielfältige Funktionen und Bedeutungen für den Naturschutz, insbesondere den Artenschutz, sowie für die Erholungsnutzung auf. Des weiteren ist im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 des Landkreises Cuxhaven - unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel festgelegt: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten.</p>	

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.15	E 01	Gerade die Nutzung von Waldflächen ist in anderen Bundesländern üblich und hat sich bewährt. Wälder galten lange Zeit als Landschaftselemente, die einen ertragreichen Betrieb von Windenergieanlagen aufgrund ihrer Wind-Barriere-Funktion und der dadurch erzeugten Turbulenzen ausschlossen. Dies lag insbesondere an der technischen Ausstattung der Windenergieanlagen mit geringen Nabenhöhen und Rotordurchmessern. Durch die Weiterentwicklung zu z.B. Nabenhöhen größer 120 m können turbulenzarme Luftschichten erreicht werden; zudem strömt der Wind in größeren Höhen konstanter. In Kombination mit größeren Rotordurchmessern kann an hohen Windenergieanlagen ein erheblicher Mehrertrag an Strom erzielt werden. Eine Beeinträchtigung von Flora und Fauna im Wald wird ebenfalls verringert, da durch die hohen Windenergieanlagen auch der Abstand zwischen der nach unten gerichteten Rotorspitze und dem darunter liegenden Baumkronendach vergrößert wird. Es wäre u.E. fehlerhaft, Waldflächen pauschal als Tabuzone auszuschließen. Vielmehr ist auch hierbei die Schutzfunktion und naturschutzfachliche Wertigkeit des jeweiligen Waldgebiets zu bewerten.	Ein Wald weist meist vielfältige Funktionen und Bedeutungen für den Naturschutz, insbesondere den Artenschutz, sowie für die Erholungsnutzung auf. Des weiteren ist im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 des Landkreises Cuxhaven - unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel festgelegt: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. - Hinzu kommt, dass der Landkreis Cuxhaven nur ein geringen Anteil an Waldflächen aufweist [Begründung/Erläuterung, Seite 13].	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.16	E 01	Die um die vorgenannten Gebiete gezogen Puffer sind naturschutzfachlich nicht gerechtfertigt. Es dürfte im Einzelfall ein Schutzpuffer um ein besonders schützenswertes NSG oder Vogelschutzgebiet sinnvoll sein, jedoch rechtfertigt dies keine pauschalen Abstände.	Siehe P121.14 und P121.15. - Eine Einzelfallprüfung würde einen immensen Arbeitsaufwand verursachen, aber möglicherweise nicht einmal zu einer einzigen weiteren Fläche führen. Hierbei ist auch zu beachten, dass sich insbesondere die weichen Tabuzonen vielfältig überlagern.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.17	E 01	Der Landkreis Cuxhaven nimmt zwar eine Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabukriterien vor, behandelt jedoch nach eigenen Angaben im weiteren Planungsverfahren alle Tabukriterien gleich, so dass die von der Rechtsprechung vorgegebene Differenzierung der Tabukriterien unterbleibt. Die weichen Tabukriterien werden daher faktisch als harte Tabukriterien behandelt. Nach der Rechtsprechung sind weiche Tabukriterien gerade keine absoluten Ausschlussgründe, sondern bedürfen einer sorgfältigen Einzelprüfung und einer ordnungsgemäßen Abwägung. Wie bereits dargelegt, ist dies jedoch in weiten Teilen unterblieben. Die von der Rechtsprechung entwickelte Systematik wird nicht angewandt, so dass der Entwurf des RROP 2015 nicht den Vorgaben der Rechtsprechung genügt.	Das methodischen Vorgehen der Ermittlung der Potentialflächen wird auf Seite 6 der Begründung erläutert. Dieses Vorgehen entspricht der gängigen Rechtsprechung des BVerwG. Die harten und weichen Tabuzonen werden dabei nicht gleich behandelt. Bei den weichen Tabuzonen hat der Landkreis einen Abwägungsspielraum. Insoweit werden auch alle weichen Tabuzonen und die Begründung für diese in der Begründung transparent dargelegt. Sofern der Windenergie kein substantieller Raum geschaffen worden wäre, hätte der Landkreis Cuxhaven auch noch einmal die weichen Tabuzonen prüfen müssen. Dies ist dem Landkreis bewusst und dies wird auch in der Begründung offen kommuniziert.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.18	E 01	Einzelabwägung Selbst nach Anwendung der u.E. unangemessenen harten und weichen Tabukriterien wurden 379 Potenzialflächen ermittelt. Jedoch wurde aufgrund nicht sachgerechter Kriterien die überwiegende Mehrheit der Potenzialflächen wieder verworfen. • Zwischen den einzelnen Vorranggebieten soll ein Mindestabstand von 4 km eingehalten werden. Unter Anwendung dieses Kriteriums sind ausweislich der Begründung zum Entwurf des RROP 2015 zahlreiche Potentialflächen ausgeschlossen worden. Dieses Kriterium ist jedoch nur in offenen Landschaften zur Verhinderung einer Überprägung des Landschaftsbildes sinnvoll. In strukturierten Bereichen mit genügend Sicht verschaffenden Landschaftselementen ist hingegen ein deutlich geringerer Abstand zwischen einzelnen Vorranggebieten ausreichend. Dieses 4-km-Kriterium kann u.E. allenfalls als Grundsatz im Rahmen der Einzelfallprüfung angewendet werden. Eine solche Einzelabwägung können wir der Begründung zum Entwurf des RROP 2015 nicht entnehmen.	Nach Empfehlung des Landes Niedersachsen sollte zwischen Windparks ein Mindestabstand von fünf Kilometer eingehalten werden. In der Begründung auf Seite 18 wird diese Empfehlung abgewogen und lediglich ein Abstand von 4km festgelegt. Das Ziel des Landkreises ist es dabei, das Landschaftsbild im norddeutschen Tiefland zu schützen. Die einzelfallbezogene Abwägung aller 379 Potentialflächen, bei der unter anderem der 4km Mindestabstand zugrunde gelegt wird, erfolgt ab S. 18 der Begründung.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.19	E 01	Ferner ist es nicht sinnvoll, um bauleitplanerisch gesicherte Bereiche ebenfalls einen 4 km-Puffer zu legen, zumindest soweit diese Bereiche lediglich dem Bestandsschutz vorhandener Alt-Windenergieanlagen dienen. Bei diesen Bereichen handelt es sich gerade nicht um ordnungsgemäß anhand von Tabukriterien ermittelte Potenzialflächen.	Der Landkreis Cuxhaven ermöglicht es mit dem RROP Entwurf 2015, dass in allen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ein Repowering durchgeführt werden kann, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Selbstverständlich muss ein 4km Puffer auch um bereits bestehende Windparks gelegt werden. Andernfalls würde möglicherweise zwischen einem Vorranggebiet und einem bauleitplanerisch gesicherten Bereich nicht der nötige Mindestabstand eingehalten, der notwendig ist, um das Landschaftsbild zu schützen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.20	E 01	Unberücksichtigt bleibt darüber hinaus, dass u.U. eine Konzentration von Vorranggebieten in Teilbereichen des Planungsgebietes unter Missachtung eines 4 km-Abstandes sinnvoll wäre, um andere Bereiche des Planungsgebietes gänzlich freigehalten zu können. Es wäre somit sinnvoll, gänzlich auf dieses Kriterium zu verzichten.	Die Gründe für den Mindestabstand wurden in der Begründung dargelegt. Der Landkreis sieht keine zwingende Gründe, dieses Kriterium aufzugeben. Im Übrigen würde es bei Wegfall des Kriteriums nicht zu einer Konzentration von Vorranggebieten in Teilbereichen des Landkreisgebietes kommen, sondern im gesamten Landkreis würden Konzentrationen entstehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.21	E 01	Die Festlegung einer Mindestgröße von 19 ha pro Vorranggebiet erscheint wenig sinnvoll. Vielmehr ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Potentialfläche nach raumordnerischen Gesichtspunkten verträglich ist. Die Flächengröße ist daher zweitrangig. Ebenfalls ist nicht sinnvoll, dass mindestens eine Anzahl von 3 Windenergieanlagen realisierbar sein muss. Die Festlegung eines Vorranggebiets ist vielmehr von der Struktur der jeweiligen Potentialfläche abhängig. Danach kann auch die Errichtung von weniger als 3 Windenergieanlagen und/oder eine Fläche von weniger als 19 ha sinnvoll sein.	Der Landkreis Cuxhaven verfolgt mit dem Regionalen Raumordnungsprogramm eine Bündelung der Windenergie auf möglichst wenig, möglichst großen Flächen. Kleinstandorte mit weniger als drei Anlagen sind deshalb nicht planerisch gewollt. Die 19 ha Mindestgröße wurde vom Landkreis berechnet und ermöglicht unabhängig vom Zuschnitt eines Vorranggebietes die Errichtung von drei Windenergieanlagen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.22	E 01	Ob und inwieweit im Rahmen der Regionalplanung der Windenergienutzung der von der Rechtsprechung geforderte substanzielle Raum verschafft wird, ist anhand des vorhandenen Potentials zu ermitteln. Das im Landkreis Cuxhaven vorhandene Potenzial sollte vor dem Hintergrund der vorgenannten Anmerkungen jedoch im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie nochmals ermittelt und ordnungsgemäß abgewogen werden. Andernfalls droht die Gefahr, dass der als Vorranggebiete zur Windenergienutzung vorgesehene Flächenanteil den Anforderungen der Rechtsprechung an die Schaffung eines substantiellen Raums für die Windenergie nicht genügt.	Die Überprüfung, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wurde, wurde nach den Maßstäben der Rechtsprechung durchgeführt.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.23	B 04	2. Zu 04: Die Regelung und Sicherstellung des Rückbaus von Windenergieanlagen ist im Bauordnungsrecht angesiedelt und wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung von Windenergieanlagen hinreichend behandelt. Diese Thematik entzieht sich der Regelungskompetenz der Regionalplanung. Darüber hinaus ist eine zwingende Verpflichtung zum Rückbau insbesondere der Erschließung nicht sachgerecht. Im Einzelfall kann ein Verbleib der Erschließung für eine Nutzung u.a. durch die Landwirtschaft sinnvoll sein.	Sofern eine Erschließung für die Nutzung durch die Landwirtschaft sinnvoll ist, kann dies im Einzelfall geregelt werden. Das Raumordnungsrecht regelt die Nutzung des Raumes als solchen. Insoweit hat die Raumordnung sehr wohl eine Kompetenz den Rückbau von Windenergieanlagen zu reglementieren, da diese als raumbedeutsame Elemente Einfluss auf den Raum haben.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.24	B 05	3. Zu 05: Wir bitten, im Rahmen der Festlegung der Ziele der Raumordnung und im Rahmen der Begründung des Entwurfs des RROP 2015 auf eine sachgerechte Wortwahl zu achten. Beispielsweise verfügen Windenergieanlagen nicht über „Flügel“. Wir möchten Sie bitten, statt dessen die Bezeichnung „Rotorblätter“ zu verwenden.	Dem Einwand wird gefolgt. Die Wortwahl wird in der Begründung angepasst.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.25	B 05	Die als Ziel der Raumordnung vorgesehene Begrenzung auf zwei unterschiedliche Anlagenhöhen innerhalb eines Vorranggebiets ist insbesondere in Vorranggebieten, die eine Erweiterung bestehender Windparks darstellen, nicht sachgerecht. Dadurch wäre z.T. die Errichtung moderner, dem Stand der Technik entsprechender Windenergieanlagen ausgeschlossen (siehe hierzu unsere Ausführungen zu III.1).	Die Regelung bezieht sich auf optisch wahrnehmbare Höhen. Unterschiede von wenigen Metern, die optisch nicht wahrnehmbar sind, sind nicht relevant. Durch Abbau von Altanlagen kann ein Investor eine neue Höhe für moderne Anlagen ermöglichen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.26	B 05	Ausweislich der beschreibenden Darstellung der Ziele der Raumordnung ist unter „05“ die Möglichkeit der Festsetzung von Höhenbegrenzungen durch die Gemeinden möglich. Dies ist jedoch nur in Ausnahmefällen städtebaulich gerechtfertigt und unterliegt sehr hohen, von der Rechtsprechung formulierten Hürden. Ferner erachten wir die Festsetzung von Höhenbegrenzung der Windenergienutzung nicht förderlich, da dadurch gerade moderne Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Das zur Verfügung stehende Windpotential könnte nicht optimal genutzt werden.	Im Rahmen der Bauleitplanung können die Gemeinden selbstverständlich die maximale Anlagenhöhe von WEA regeln. Dies wird im RROP weder in Frage gestellt, noch eingeschränkt. Die Möglichkeit wird von den Gemeinden im Landkreis Cuxhaven auch rege genutzt.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.27	B 05	Sofern die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung keine Höhenbegrenzungen festlegen, soll eine Höhenbegrenzung im Genehmigungsverfahren im Rahmen einer raumordnerischen Beurteilung erfolgen. Dies suggeriert, dass dadurch eine indirekte Höhenbegrenzung durch die Genehmigungsbehörden verhängt werden kann. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Raumverträglichkeit wird bereits durch die Ausweisung als Vorranggebiet auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms festgestellt. Eine Höhenbegrenzung kann sich im Genehmigungsverfahren nur in Ausnahmefällen aufgrund naturschutzfachlicher Belange oder Belange der Flugsicherheit ergeben, nicht jedoch erfolgt eine erneute raumordnerische Beurteilung. Wir bitten somit die Sätze 3 und 4 des „05“ zu streichen.	Die Regelung in Ziffer 05 Satz 4 wird angepasst.	Zu berücksichtigen.
P121	P121.28	B 06	4. Zu 06: Wir stimmen der in der Begründung zum geplanten Ziel der Raumordnung 06 vorgenommenen Auslegung der Rechtsprechung zu. Aus der bisherigen Rechtsprechung ist die Tendenz erkennbar, dass die Rotorblätter der innerhalb von ausgewiesenen Vorranggebieten geplanten Windenergieanlagen nicht über die Grenzen der Vorranggebiete hinausragen sollen. Dies hat jedoch zur Folge, die im Entwurf des RROP vorgesehenen Vorranggebiete z.T. nicht genutzt werden können. Um ein schlüssiges gesamtträumliches Konzept zu erreichen, das der Windenergienutzung substanziellen Raum verschafft, ist eine umfassende Überarbeitung und damit verbunden eine Vergrößerung der auszuweisenden Vorranggebiete geboten (siehe hierzu unsere Ausführungen zu Ziff. 1).	Alle vom Landkreis Cuxhaven ausgewiesenen Vorranggebiete können auch mit der Regelung in Ziffer 06 genutzt werden. Einschränkungen ergeben sich lediglich in Einzelfällen bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen. Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche, in denen dem Ziel 06 entsprechende Anlagen nicht mehr errichtet werden können, werden im RROP Entwurf 2016 gestrichen.	Teilweise zu berücksichtigen.
P121	P121.29	B 06	5. Zu 10: Gemäß dem Grundsatz der Raumordnung unter „10“ sind zu den dort genannten Vorranggebieten die Schutzbereiche Flugsicherungsanlagen zu berücksichtigen. Ob und inwieweit jedoch dieses überhaupt zu berücksichtigen ist, ist sehr umstritten. Nach der Entscheidung des VG Oldenburg ist dies jedenfalls nicht der Fall, da das VG Oldenburg eine Störung der Radaranlagen der DFS verneint (5 B 34/1 3). Ferner liegt uns eine Bestätigung der DFS vor, dass das für die genannten Vorranggebiete relevante VOR Weser bis spätestens Herbst 2015 deinstalliert wird (siehe hierzu unsere Ausführung zu III. 1).	Die Regelungen in Ziffer 10 wurden bewusst als Grundsatz gefasst. Sie dienen als Hinweis für nachgelagerte Ebenen, dass diese Aspekte beachtet werden sollten.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.30	B 11	6. Zu 11: Das unter „11“ formulierte Ziel der Raumordnung zum Repowering ist völlig unklar und sachlich nicht gerechtfertigt. Es widerspricht den Vorgaben der Rechtsprechung, wenn einerseits zur Ermittlung von Vorranggebieten eine umfassende Prüfung und Abwägung unter Anwendung von harten und weichen Tabukriterien vorgenommen wird, andererseits für die Zulässigkeit eines Repowering offenbar allein die Gesamthöhe möglicher Repowering-Anlagen entscheidend ist. Ferner wird durch diese Regelung eine - zumindest auf der Ebene der Regionalplanung — unzulässige Höhenbegrenzung verhängt. Diese Regelung dürfte einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten.	Durch die Regelung in Ziffer 11 wird keine Höhenbegrenzung verhängt. Es wird lediglich festgelegt, dass Windenergieanlagen einen Mindestabstand zur Wohnbebauung einhalten müssen. Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen. Hierzu wurde für jede einzelne Fläche eine Abwägung vorgenommen. Die Alternative zu diesem Vorgehen wäre gewesen, alle Altstandorte die nicht dem einheitlichen Planungskonzept entsprechen zu streichen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.31	B 12	7. Zu 12: Eine Befristung der Genehmigung für Prototypen auf max. 5 Jahre ist nicht ausreichend, um damit eine Erprobung neuer Windenergieanlagen-Typen zu ermöglichen. I.Ü. ist die Frage nach einer Befristung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Windenergieanlagen ausschließlich nach Bauordnungsrecht im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu beurteilen und entzieht sich einer Regelungskompetenz der Regionalplanung.	Die Regelung in Ziffer 12 Satz 4 wird angepasst.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.32	SO 10	III. Zu berücksichtigende Flächen 1. Heerstedt-Lohe Nr. 10 Der vorliegende Entwurf des RROP 2015, sieht für den Standort Heerstedt-Lohe (Detailkarte Nr. 10) ein Vorranggebiet mit einer Größe von 68,4 ha vor. Der bauleitplanerisch gesicherte Bereich beträgt 78,5 ha (zum Teil überlagern sich die beiden Bereiche).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.33	SO 10	Wir begrüßen die im Entwurf vorgesehene Erweiterung an dem bereits bestehenden Vorrangstandort Heerstedt-Lohe, da auf Grund der hier vorhandenen Vorbelastung mit 9 Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.34	SO 10	Als Betreiber der Bestandsanlagen plant ENERCON in Eigenregie die Erweiterung des Windparks mit Windenergieanlagen des Typs E-101 mit 149 m Nabenhöhe. Bereits seit dem Jahr 2012 treiben wir die genehmigungsrelevanten Planungen zur Erweiterung voran. Leider wurden diese Planungsprozesse in den letzten Jahren behindert und verzögert durch 1.) Radarproblematik mit dem Drehfunkfeuer VOR Weser und 2.) Änderung der bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen durch laufende Anpassungen im RROP des Landkreises Cuxhaven – Teilabschnitt Windenergie. Als die Radarproblematik mit dem Drehfunkfeuer VOR Weser Ende 2012 aufkam, wurden alle bis dahin angelaufenen Planungsaktivitäten auf Grundlage von Stellungnahmen der zivilen Luftverkehrsbehörden gestoppt. Hiernach hieß es, dass die Errichtung weiterer Windenergieanlagen die Funktionsfähigkeit der Radaranlage so einschränken würde, dass die Verlässlichkeit der Anlage infrage gestellt wurde. Der öffentliche Belang der Luftverkehrssicherheit sei damit so stark betroffen, dass er der Errichtung der an sich privilegierten Windenergieanlagen entgegenstehen würde. Wir haben sofort reagiert und gemeinsam mit der Fa. Energiekontor AG und der Fa. Reon AG die Gesellschaft EER GbR gegründet. Die EER GbR hatte einzig allein die Aufgabe, eine Lösung für den Konflikt mit dem VOR Weser zu finden. Die zahlreichen Gespräche führten im Ergebnis nach ca. 1 1/2 Jahren zu einer Konfliktlösung, die es zulässt ab 31.10.2015 Windenergieanlagen am Vorrangstandort Heerstedt-Lohe zu errichten. Um unsere Planungsaktivität und den Konflikt mit dem Drehfunkfeuer gegenüber dem Landkreis Cuxhaven kundzutun, reichten wir parallel zu den Gesprächen innerhalb der EER GbR im Januar 2014 einen Antrag auf Vorbescheid für 3 E-82 beim Landkreis ein. Dieser Antrag wurde mit Datum vom 20.04.2015 positiv beschieden (Az.-Nr. 63ImA 2/2014). Zwischenzeitlich gab es jedoch insbesondere durch das Zutun der EER GbR eine Lösung zur Radarproblematik. Der positive Vorbescheid erübrigte sich dadurch. Die damit verbundenen Kosten für die Verwaltungsgebühr in Höhe von 26.941,00 € sind eine unnötige Ausgabe.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.35	SO 10	Neben der Radarproblematik führten in den letzten drei Jahren die bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen des RROP zu erheblichen Verunsicherungen. Nachdem das RROP des Landkreises Cuxhaven in der Fassung vom 28.06.2012 für nichtig erklärt wurde, kam nach der Veröffentlichung eines Entwurfes im Juni 2014 inzwischen ein weiterer Entwurf 2015 raus. Die Vorrangfläche für die Windenergiegewinnung am Standort Heerstedt-Lohe ist laufend verändert worden. In Folge dessen zog dies Anpassungen unserer Planungsgrundlage und aller erforderlichen genehmigungsrelevanten Unterlagen nach sich. Neben einem hohen zeitlichen Aufwand bedeutete dies vor allem enorme finanzielle Kosten.	Gegenüber privater Firmen wurde seitens der Regionalplanung stets betont, dass Planungen erst auf Basis eines rechtskräftigen RROP erfolgen sollten. Sofern einzelne Firmen bereits auf Basis von Entwürfen Planungen vornehmen, entspricht dies dem eigenen unternehmerischen Risiko.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.36	SO 10	Diese seit geraumer Zeit unsichere planungsrechtliche Situation ist nicht nur für uns als Wirtschaftsunternehmen untragbar, auch die Gemeinde und die betroffenen Grundstückseigentümer leiden unter dem wenig stabilen Projektzeitrahmen. Die Erweiterungsplanungen am Standort Heerstedt-Lohe erfolgten immer in enger Abstimmung mit der Einheitsgemeinde Beverstedt. Die Gemeinde ist gewillt, die notwendige 46. Flächennutzungsplanänderung vorzunehmen. Hierzu hat der Verwaltungsausschuss der Gemeinde in der Sitzung vom 20.02.2012 bereits die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Auf Grund der aufkommenden Radarproblematik wurde das Verfahren zwischenzeitlich allerdings ruhend gestellt, eine Wiederaufnahme ist jederzeit möglich und auch gewollt. Einer Wiederaufnahme steht nun jedoch, - und das nach erfolgreicher Lösung des 1. Konflikts -, der unwirksame Regionalplan entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.37	SO 10	Mit Datum vom 01.06.2015 wurde beim Landkreis einen Antrag nach BImSchG eingereicht. Aufgrund der vorgenannten Umstände befinden wir uns derzeit mit dem Projekt Heerstedt-Lohe in einer wirtschaftlich-bedenklichen Situation. Jede weitere Zeit, die untätig verstreicht, macht das Projekt noch unwirtschaftlicher. Sollte in näherer Zukunft keine verlässliche Planungssituation geschaffen werden können, droht unter anderem die Veralterung der Planungsdaten. Die Neufassung würde einen immensen zeitlichen und kostenintensiven Aufwand für uns bedeuten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.38	SO 10	Dies vorausgeschickt möchten wir nun im Rahmen der förmlichen Beteiligung folgende Hinweise und Änderungsvorschläge geben: Durch den im RROP 2015 - Entwurf dargestellten Flächenzuschnitt des Vorrangstandorts Heerstedt-Lohe ist ein erheblicher Anteil an der ausgewiesenen Fläche für die Windenergie nicht nutzbar. Dies betrifft insbesondere den östlichen Teilbereich. Durch die Zielvorgabe 06, neu zu errichtende Windenergieanlagen vollständig samt Rotorblättern innerhalb des Vorranggebietes zu stellen, muss dieser schmale, pferdefußähnliche Gebietszuschnitt bei der Planung mit einer Windenergieanlage des Typs E-101 ungenutzt bleiben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.39	SO 10 / B 05	Hinzu kommt die Zielvorgabe 05, wonach innerhalb eines Vorranggebietes maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig sind. Im vorliegenden Fall würde dies bedeuten, dass nur Windenergieanlagen vom Typ E-70 mit 64 m Nabenhöhe analog den Bestandsanlagen zulässig sind. Das erreichbare Windpotenzial am Standort Heerstedt-Lohe wäre damit nicht ausgereizt.	Die Regelung zu den zulässigen Anlagenhöhen wird für den Entwurf 2016 überarbeitet.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.40	SO 10	Ein weiterer erheblicher Anteil der im Entwurf ausgewiesenen Fläche für die Windenergie kann ferner aus zwei weiteren Gründen tatsächlich nicht genutzt werden: Zum einem verläuft unmittelbar nördlich eine 110 kV-Hochspannungsfreileitung und quer durch das Plangebiet eine Rohrfernleitung (Gas), zu denen Abstände eingehalten werden müssen (vgl. hierzu auch Anmerkungen zum Standort Kirchwistedt-Altewistedt). Zum anderen kann durch die Nähe zu den Einzelhäusern der Vorrangstandort schalltechnischbedingt nicht vollumfänglich beplant werden. Wir regen daher an, die Gebietsabgrenzung auf unsere Planung abzustellen. Ein Lageplan liegt unserer Stellungnahme bei.	Die Abgrenzung von Vorranggebieten erfolgt auf Basis des einheitlichen Planungskonzeptes des Landkreises Cuxhaven. Der Landkreis Cuxhaven passt die Flächenausgestaltung nicht für Einzelfälle an.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.41	SO 10	Von den oben genannten Punkten absehend ist erfreulicherweise im Vergleich zum Entwurf RROP 2014 — Entwurf im südlichen Bereich eine ergänzende Fläche von ca. 6,2 ha als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung hinzugekommen. Überdies ist aber unserer Ansicht nach ein erheblicher Anteil an geeignetem Windpotential weiterhin unbeachtet geblieben. Um den Standort Heerstedt-Lohe sinnvoll auszunutzen, wäre es u.E. sinnvoll den Vorrangstandort noch weiter in südliche Richtung auszudehnen wo sich über 250 ha für den Ausbau des Windparks eignen. Darunter fällt insbesondere der gesamte süd-südöstliche Bereich zwischen den Ortschaften Döhren, Heyerhöfen, Wehldorf, Osterndorf und Wollingst.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.42	A	Bereits bekannte Planungsabsichten sollten bei der Entstehung der Gebietskulisse miteinfließen, so z.B. der Verlauf der geplanten Küstenautobahn A 20. Um die Eingriffe in die Natur und Landschaft insgesamt gering zu halten, sind Windenergieanlagen räumlich mit vorhandenen Infrastruktureinrichtungen zu bündeln. Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten.	Siehe Stellungnahme P121.41	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.43	SO 15	2. Kirchwistedt-Altewistedt Nr. 15 Der vorliegende Entwurf des RROP 2015, sieht für den Standort Kirchwistedt-Altewistedt (Detailkarte Nr. 15) ein Vorranggebiet mit einer Größe von 101,9 ha vor. Der bauleitplanerisch gesicherte Bereich beträgt 65,7 ha. Wir begrüßen auch hier die im Entwurf vorgesehene Erweiterung an dem bereits bestehenden Vorrangstandort Kirchwistedt-Altewistedt, da auf Grund der Vorbelastung mit ebenfalls 9 Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.44	SO 15	Als Betreiber der Bestandsanlagen plant ENERCON in Eigenregie die Erweiterung des Windparks mit Windenergieanlagen des Typs E-101 mit 149 m Nabenhöhe. Bereits seit dem Jahr 2012 treiben wir die genehmigungsrelevanten Planungen zur Erweiterung voran. Leider wurden diese Planungsprozesse in den letzten Jahren behindert und verzögert durch 1.) Radarproblematik mit dem Drehfunkfeuer VOR Weser und 2.) Änderung der bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen durch laufende Anpassungen im RROP des Landkreises Cuxhaven — Teilabschnitt Windenergie. Als die Radarproblematik mit dem Drehfunkfeuer VOR Weser Ende 2012 aufkam, wurden alle bis dahin angelaufenen Planungsaktivitäten auf Grundlage von Stellungnahmen der zivilen Luftverkehrsbehörden gestoppt. Hiernach hieß es, dass die Errichtung weiterer Windenergieanlagen die Funktionsfähigkeit der Radaranlage so einschränken würde, dass die Verlässlichkeit der Anlage infrage gestellt wurde. Der öffentliche Belang der Luftverkehrssicherheit sei damit so stark betroffen, dass er der Errichtung der an sich privilegierten Windenergieanlagen entgegenstehen würde. Wir haben sofort reagiert und gemeinsam mit der Fa. Energiekontor AG und der Fa. Reon AG die Gesellschaft EER GbR gegründet. Die EER GbR hatte einzig allein die Aufgabe, eine Lösung für den Konflikt mit dem VOR Weser zu finden. Die zahlreichen Gespräche führten im Ergebnis nach ca. 1 1/2 Jahren zu einer Konfliktlösung, die es zulässt ab 31.10.2015 Windenergieanlagen am Vorrangstandort Kirchwistedt-Altewistedt zu errichten. Um unsere Planungsaktivität und den Konflikt mit dem Drehfunkfeuer gegenüber dem Landkreis Cuxhaven kundzutun, reichten wir parallel zu den Gesprächen innerhalb der EER GbR im Januar 2014 einen Antrag auf Vorbescheid für 9 E-101 beim Landkreis ein. Dieser Antrag wurde mit Datum vom 27.03.2015 positiv beschieden (Az.-Nr. 63ImA 1/2014). Zwischenzeitlich gab es jedoch insbesondere durch das Zutun der EER GbR eine Lösung zur Radarproblematik. Der positive Vorbescheid erübrigte sich dadurch. Die damit verbundenen Kosten für die Verwaltungsgebühr in Höhe von 96.605,50 € sind eine unnötige Ausgabe.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.45	SO 15	Neben der Radarproblematik führten in den letzten drei Jahren die bauplanungsrechtlichen Rahmenbedingungen des RROP zu erheblichen Verunsicherungen. Nachdem das RROP des Landkreises Cuxhaven in der Fassung vom 28.06.2012 für nichtig erklärt wurde, kam nach der Veröffentlichung eines Entwurfes im Juni 2014 inzwischen ein weiterer Entwurf 2015 raus. Die Vorrangfläche für die Windenergiegewinnung am Standort Kirchwistedt-Altewistedt ist laufend verändert worden. In Folge dessen zog dies Anpassungen unserer Planungsgrundlage und aller erforderlichen genehmigungsrelevanten Unterlagen nach sich. Neben einem hohen zeitlichen Aufwand bedeutete dies vor allem enorme finanzielle Kosten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.46	SO 15	Diese, seit geraumer Zeit unsichere planungsrechtliche Situation ist nicht nur für uns als Wirtschaftsunternehmen untragbar, auch die Gemeinde und die betroffenen Grundstückseigentümer leiden unter dem wenig stabilen Projektzeitrahmen. Die Erweiterungsplanungen am Standort Kirchwistedt-Altewistedt erfolgten immer in enger Abstimmung mit der Einheitsgemeinde Beverstedt. Die Gemeinde ist gewillt die notwendige 44. Flächennutzungsplanänderung vorzunehmen. Hierzu hat der Verwaltungsausschuss der Gemeinde in der Sitzung vom 20.02.2012 bereits die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Auf Grund der aufkommenden Radarproblematik wurde das Verfahren zwischenzeitlich allerdings ruhend gestellt, eine Wiederaufnahme ist jederzeit möglich und auch gewollt. Einer Wiederaufnahme steht nun jedoch, - und das nach erfolgreicher Lösung des 1. Konflikts -, der unwirksame Regionalplan entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.47	SO 15	Dies vorausgeschickt möchten wir nun im Rahmen der förmlichen Beteiligung folgende Hinweise und Änderungsvorschläge geben: Die Vorrangfläche Kirchwistedt-Altewistedt ist im Vergleich zu dem Entwurf RROP 2014 im nördlichen Bereich um ca. 14 ha verkleinert worden. Der Grund dafür erschließt sich uns nicht. Durch die Anwendung von pauschalen Mindestabständen zwischen Windparks gehen für die Windenergie wertvolle nutzbare Potentiale verloren. Wir bitten daher um Wiederausweisung.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt. Solange keine neuen Informationen (bspw. Gutachten) im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt werden, die begründet eine Änderung erfordern, hält der Landkreis Cuxhaven an der Zeichnerischen Darstellung fest.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.48	SO 15	Ferner möchten wir anmerken, dass durch diesen Vorrangstandort zwei 110 kV Hochspannungsfreileitungen verlaufen, zu denen Abstände einzuhalten sind. Im RROP 2015 — Entwurf ist lediglich die Fläche der Hochspannungsleitung selbst von dem Vorranggebiet ausgespart. Das stellt die tatsächliche Planungssituation jedoch nicht korrekt dar, denn bei den heutigen modernen Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von etwa 200 m sind durchschnittlich weit größere Abstände zu den Hochspannungsfreileitungen einzuhalten. Für den Vorrangstandort bedeutet dies, dass nicht die gesamte im Entwurf RROP 2015 dargestellte Fläche schlussendlich auch tatsächlich für die Windenergie genutzt werden kann. In Kirchwistedt-Altewistedt bleibt beispielsweise durch die unvermeidlichen Abstände zur Hochspannungsfreileitung und der Einhaltung einer 100 m Pufferzone zu Waldflächen ein nicht unerheblicher Flächenanteil des Vorrangstandortes ungenutzt. Hier könnte eine Lösung eine Einzelfallbetrachtung sein, die z.B. zur Aufgabe hat, den pauschalen Abstand zwischen Windenergieanlagenstandort und Wald zu überprüfen. Am Vorrangstandort Kirchwistedt-Altewistedt ließe sich die ansonsten ungenutzte Vorrangfläche mit mindestens einem weiteren WEA-Standort beplanen, wenn die Abstandsvorgabe zum Wald unterschritten werden könnte. Im Übrigen möchten wir an dieser Stelle anmerken, dass wir bei unserer Planungsarbeit die Erfahrung gemacht haben, dass eine genaue Abgrenzung zur Waldkante über die gebräulichen raumbezogenen Informationssysteme nicht möglich ist. Die im Entwurf RROP 2015 dargestellten Abstandsangaben zu Wald sind u.E. unscharf und ungenau. Insbesondere für diesen konkreten Fall regen wir eine Einzelfallprüfung an.	Für die Maßstabsebene 1:50.000 sind die Kartengrundlagen äußerst detailliert.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.49	SO 15	Mit dem vorliegenden Zuschnitt dieses Vorranggebietes im Zusammenhang der Zielvorgabe der Raumordnung, dass neu zu errichtende Windenergieanlagen einschließlich Rotorblätter vollständig innerhalb eines Vorranggebietes stehen müssen, kann u.E. das vorhandene Windpotenzial nicht optimal genutzt werden. Wir bitten, daher den Flächenzuschnitt nochmal zu überprüfen, um der Windenergie substanziellen Raum zu verschaffen. Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der potentiellen Erweiterungsmöglichkeiten sowie unseren auf Basis des RROP 2012 vorgesehenen Standortplanungen.	Die Abgrenzung von Vorranggebieten erfolgt auf Basis des einheitlichen Planungskonzeptes des Landkreises Cuxhaven. Der Landkreis Cuxhaven passt die Flächenausgestaltung nicht für Einzelfälle an.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.50	SO 14	3. Kirchwistedt-Ahe Im Bereich Kirchwistedt-Ahe befindet sich eine aus unserer Sicht sehr gut zur Errichtung von modernen Windenergieanlagen geeignete Potenzialfläche. Diese Fläche ist in dem anliegenden Lageplan dargestellt. Die Potenzialfläche widerspricht nicht den harten/weichen Tabukriterien. Daher war diese Potenzialfläche im Entwurf des RROP 2014 als Vorranggebiet aufgeführt. Jedoch wurde diese Potenzialfläche im Entwurf des RROP 2015 aufgrund eines Abstands < 4 km zu benachbarten Vorranggebieten gestrichen. Im Zuge der gebotenen Einzelabwägung sollte jedoch auf die Anwendung des 4 km Kriteriums verzichtet werden. Die Fläche Kirchwistedt-Ahe ist als eine Erweiterung des direkt angrenzenden, auf dem Gebiet des Landkreises Osterholz gelegenen Windparks Holste-Hellingst anzusehen und gerade nicht isoliert zu betrachten. Es wäre ein gravierender Planungsmangel, sollten bekannte angrenzende Planungen benachbarter Landkreise im Zuge der Festlegung von Vorranggebieten im RROP des Landkreises Cuxhaven unberücksichtigt bleiben. Das 4 km-Kriterium ist bei Berücksichtigung des Windparks Holste-Hellingst bereits auch ohne die Potenzialfläche Kirchwistedt-Ahe nicht eingehalten. Im Rahmen einer ordnungsgemäßen Abwägung ist daher ein Verzicht auf die Anwendung des 4 km Kriteriums geboten. Die Potenzialfläche Kirchwistedt-Ahe ist daher mangels entgegenstehender Kriterien als Vorranggebiet auszuweisen.	Die angesprochene Fläche befindet sich im 4 km Abstandspuffer zum bestehenden Windpark Kirchwistedt-Altewistedt und scheitert deshalb entsprechend des Planungskonzeptes des Landkreises als mögliches Vorranggebiet aus. Ein einheitlicher Windpark wird seitens des Landkreises Cuxhaven nicht gesehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.51	Z	4. Wellen Im Bereich Wellen/Beverstedt wäre aus unserer Sicht in dem im anliegenden Lageplan ersichtlichen Gebiet die Errichtung von mindestens 3 modernen Windenergieanlagen möglich. Diese Fläche wurde bereits im vorangegangenen RROP Cuxhaven geplant und wäre weiterhin aus unserer Sicht sehr geeignet. Entgegenstehenden harte bzw. weiche Tabukriterien sind nicht erkennbar.	Der Standort Wellen liegt im 4km Puffer zum Windpark Kirchwistedt-Altewistedt und ist somit als Vorranggebiet nicht geeignet.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.52	SO 35	5. Sellstedt-Schiffdorf Im Übrigen möchten wir darum bitten, an den bestehenden Windenergieanlagen in der Gemarkung Sellstedt, Gemeinde Schiffdorf, über eine Erweiterung nachzudenken. Wie bereits erwähnt, sind Erweiterungsmöglichkeiten an bereits bestehenden Windparks zu begrüßen, da aufgrund der Vorbelastung durch Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen. Aufgrund der bereits bestehenden Vorbelastung durch die Windenergieanlagen und des weitläufigen, überwiegend ackerbaulich geprägten Geländes scheint es nur vernünftig, die Windenergienutzung an diesem Standort zuzulassen. Durch Berücksichtigung aller für die Windenergie erforderlichen Abstandskriterien ergibt sich eine beachtliche Potentialfläche, die Flächen in den Gemarkungen Donnern und Wehdel einbezieht.	Im Bereich des Windparks Sellstedt sind nach dem einheitlichen Planungskonzept des Landkreises keine Potentialflächen vorhanden, die eine Erweiterung des Windparks ermöglichen würden.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.53	A	Darüber hinaus sollte hier auch der Aspekt der Wertschöpfungsmöglichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Der Ausbau der Windenergie im ländlichen Raum hat erhebliche positive Auswirkungen insbesondere auf die Grundstückseigentümer und landwirtschaftlichen Betriebe. Direkte und indirekte Zahlungen aus der Windenergienutzung tragen dazu bei, die ländlichen Strukturen zu erhalten, zu sichern und den heutigen Möglichkeiten anzupassen. Es kann sich daraus eine spürbare Verbesserung in der Situation der ländlichen Räume, speziell bei den landwirtschaftlichen Betrieben, entwickeln.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.54	A	Darüber hinaus bietet ein Windpark auch Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Gemeinden und Nicht-Grundstückseigentümer. So können durch Einnahmen z.B. durch Gewerbesteuer, Verpachtung von Gemeindeflächen, durch Auftragsvergabe an Regionalbetriebe für Bau-, Pflanz- und Pflegemaßnahmen die Gemeinden vor leeren Haushaltskassen bewahrt werden. Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten.	Dies ist für das Regionale Raumordnungsprogramm nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P121	P121.55	A	Wir möchten Sie bitten, unsere oben genannten Vorschläge, Hinweise und Anmerkungen wohlwollend im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven zu berücksichtigen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn das weitere Verfahren zur Aufstellung eines sachlichen Teilabschnitts trotz der u.E. notwendigen Anpassungen zügig fortgesetzt wird, um zeitnah auch für den Landkreis Cuxhaven Rechtssicherheit in Form von verbindlichen Zielen der Raumordnung zu erreichen. Aus unserer Sicht wäre eine Steuerung der Windenergienutzung auf Regionalplanebene der Akzeptanz der Windenergie sehr förderlich. Gerne möchten wir unsere Erfahrungen aus mittlerweile 30 Jahren Planungstätigkeit im Bereich der Windenergienutzung einbringen und stehen gerne unterstützend im weiteren Verfahren zur Aufstellung des sachlichen Teilabschnitts zur Verfügung. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne unter o. g. Kontaktdaten zur Verfügung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P122	P122.01	A	am 24.06.2015 hat der Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft dem Entwurf des RROP 2015 zugestimmt und die Einleitung des Beteiligungsverfahrens beschlossen. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens können bis zum 20.08.2015 Stellungnahmen zum Entwurf des RROP 2015, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, abgegeben werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P122	P122.02	A	Die Energiekontor Windkraft GmbH & Co. WP SN KG betreibt seit fast zwei Jahrzehnten am Standort Spieka-Neufeld Windenergieanlagen. Seit einigen Jahren ist ein Repowering dieser Windenergieanlagen geplant. Durch die im Entwurf des RROP 2015 vorgesehenen Regelungen sind aus unserer Sicht massive Erschwernisse bzgl. dieser Planungen zu erwarten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P122	P122.03	A	Vor diesem Hintergrund nutzt die Energiekontor Windkraft GmbH & Co. WP SN KG gerne die Beteiligungsmöglichkeit und bittet um Beachtung der nachfolgend dargestellten Sachverhalte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P122	P122.04-12	E 11	Siehe Stellungnahme P053.95-103	Siehe Stellungnahme P053.95-103	Siehe Stellungnahme P053.95-103
P122	P122.13-18	E 01	Siehe Stellungnahme P053.65-70	Siehe Stellungnahme P053.65-70	Siehe Stellungnahme P053.65-70
P122	P122.19-20	E 11	Siehe Stellungnahme P053.71-72	Siehe Stellungnahme P053.71-72	Siehe Stellungnahme P053.71-72
P122	P122.21-37	B 06	Siehe Stellungnahme P053.78-94	Siehe Stellungnahme P053.78-94	Siehe Stellungnahme P053.78-94



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P122	P122.38	A	5. Rückbausicherung nach Ziffer 3.4.2.3 des Windenergieerlasses Nach Ziffer 3.4.2.3 des Entwurfs des Windenergieerlasses (WEE) soll sich die Höhe der Sicherheitsleistung nach der Formel „Nabenhöhe der WEA [m] x 1000 [Euro/m] = Betrag der Sicherheitsleistung [Euro]“ berechnen. In begründeten Einzelfällen, d. h. bei Vorliegen außergewöhnlicher Konstellationen, kann eine abweichende Bemessung der Sicherheitsleistung vorgenommen werden. Bei dem WEE handelt es sich um eine Verwaltungsvorschrift, die die niedersächsischen Genehmigungsbehörden bindet.	Die Rückbausicherung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P122	P122.39	A	Die Festlegung einer Sicherheitsleistung nach der im Entwurf des Erlasses vorgesehenen Berechnungsformel ist bereits in aktuell laufenden Genehmigungsverfahren auch schon vor Wirksamkeit des WEE möglich, so wie auch eine Festlegung zur Höhe der Rückbaubürgschaft in Ermangelung einer niedersächsischen verbindlichen Regelung nach den Vorgaben anderer Windenergieerlasse, beispielsweise nach dem Windenergieerlass Sachsen-Anhalt (36.000,00 EUR je MW) stets möglich war.	Siehe Stellungnahme P122.38	Nicht zu berücksichtigen.
P122	P122.40	A	Die Neuberechnung von in bestandskräftigen Genehmigungen bereits festgesetzten höheren Rückbaubürgschaften ist auch noch nachträglich möglich. Dies ergibt sich bereits aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Artikel 3 Abs. 1 GG. Im Übrigen hat der Landkreis Cuxhaven in der Vergangenheit in anderen Genehmigungsverfahren schriftlich erklärt, eine Neuberechnung von in den Genehmigungen festgesetzten Bankbürgschaften für den Fall vorzunehmen, dass es in Niedersachsen zu einem Erlass oder einer vergleichbaren verbindlichen Regelung kommt, mit der die Höhe und Ermittlung von Rückbaubürgschaften für Windenergieanlagen festgelegt wird.	Siehe Stellungnahme P122.38	Nicht zu berücksichtigen.
P122	P122.41	A	Siehe Stellungnahme P053.119	Siehe Stellungnahme P053.119	Siehe Stellungnahme P053.119
P123	P123.01	A	Siehe P122.01	Siehe P122.01	Siehe P122.01
P123	P123.02	A	Die Energiekontor Windkraft GmbH & Co. WP Misselwarden KG betreibt seit fast zwei Jahrzehnten am Standort Misselwarden Windenergieanlagen. Seit einigen Jahren ist ein Repowering dieser Windenergieanlagen geplant. Durch die im Entwurf des RROP 2015 vorgesehenen Regelungen sind aus unserer Sicht massive Erschwernisse bzgl. dieser Planungen zu erwarten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P123	P123.03	A	Vor diesem Hintergrund nutzt die Energiekontor Windkraft GmbH & Co. WP Misselwarden KG gerne die Beteiligungsmöglichkeit und bittet um Beachtung der nachfolgend dargestellten Sachverhalte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P123	P123.04-12	E 11	Siehe Stellungnahme P053.95-103	Siehe Stellungnahme P053.95-103	Siehe Stellungnahme P053.95-103
P123	P123.13-18	E 01	Siehe Stellungnahme P053.65-70	Siehe Stellungnahme P053.65-70	Siehe Stellungnahme P053.65-70
P123	P123.19-20	E 11	Siehe Stellungnahme P053.71-72	Siehe Stellungnahme P053.71-72	Siehe Stellungnahme P053.71-72
P123	P123.21-37	B 06	Siehe Stellungnahme P053.78-94	Siehe Stellungnahme P053.78-94	Siehe Stellungnahme P053.78-94
P123	P123.38	A	Siehe P122.38	Siehe P122.38	Siehe P122.38
P123	P123.39	A	Siehe P122.39	Siehe P122.39	Siehe P122.39
P123	P123.40	A	Siehe P122.40	Siehe P122.40	Siehe P122.40
P123	P123.41	A	Siehe Stellungnahme P053.119	Siehe Stellungnahme P053.119	Siehe Stellungnahme P053.119
P124	P124.01	A	Der ausgelegte Entwurf weist in mehrerer Hinsicht sachliche und rechtliche Fehler auf und ist daher entsprechend zu überarbeiten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.02	E 01 / U	<p>Im Einzelnen:</p> <p>1. In der Begründung werden Kulturdenkmäler weder den harten noch den weichen Tabukriterien zugeordnet. Auch im Rahmen der Abwägung findet eine Auseinandersetzung mit etwaiger Beeinträchtigung von Kulturgütern nicht statt. Lediglich der Umweltbericht enthält unter Ziffer 2.7 einen kurzen Abschnitt zu Kulturgütern. Wir rügen, dass nicht klar ist, in welchem Maße die Berücksichtigung von Kulturgütern stattfand.</p>	<p>Wie vom Einwender richtig festgestellt wurde, wird das Thema Denkmalschutz im Umweltbericht geprüft. Ob bzw. inwieweit ein Denkmal durch Windenergieanlagen beeinträchtigt ist, hängt entscheidend von der Anlagenkonfiguration (Anzahl, Höhe, Positionierung) ab. Auf Ebene der Regionalplanung ist eine Beeinträchtigung des Denkmalschutzes aufgrund der Entfernung nicht erkennbar. Gleichwohl müssen denkmalschutzrechtliche Belange auf den nachfolgenden Ebenen berücksichtigt werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.03	U	<p>Ausweislich des Umweltberichts wird davon ausgegangen, dass für Vorkommen von Kultur- und Bodendenkmälern im Umfeld der Plangebiete erhebliche Umweltauswirkungen auf der Ebene des Regionalplans nicht festgestellt werden können. Ein Sonderfall ergebe sich für das Kulturdenkmal Gut Haneworth, welches bekanntlich im Eigentum unseres Mandanten steht. Der Umweltbericht nimmt Bezug auf das Urteil des OVG Lüneburg vom 23.08.2012 (Az. 12 LB 170/11). Danach sei eine erhebliche Beeinträchtigung des Denkmals hinsichtlich der in etwa 550 m Entfernung stehenden Windenergieanlage festgestellt worden. Es werde daher ein Abstand von 600 m zum Plangebiet festgelegt (Umweltbericht Seite 17). Wir rügen, dass der Plangeber augenscheinlich die Belange der Kulturdenkmäler nicht ausreichend berücksichtigt. Der im Umweltbericht angedeutete Abstand von 300 m ist unzureichend. Es ist nicht klar, welchem Kriterium der 300 m-Abstand bzw. der 600 m-Abstand beim Gut Haneworth unterliegt. Auch zeigt das Beispiel Gut Haneworth, dass ein Abstand von 300 m ungenügend ist. Es ist daher ein gleichmäßiger und größerer Abstand für alle Kulturdenkmäler anzuwenden.</p>	<p>Ob bzw. inwieweit ein Denkmal durch Windenergieanlagen beeinträchtigt ist, hängt entscheidend von der Anlagenkonfiguration (Anzahl, Höhe, Positionierung) ab. Ein Abstand von 300m der bei der Prüfung im Umweltbericht zugrunde gelegt wird, wird auf Ebene der Regionalplanung als ausreichend erachtet. Gleichwohl müssen denkmalschutzrechtliche Belange auf den nachfolgenden Ebenen berücksichtigt werden.</p> <p>Mit Urteil vom 23. August 2012 (12 LB 170/11) hat das OVG Lüneburg entschieden, dass die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Windparks Mittelstenahe teilweise rechtswidrig ist. Nach einem ausgiebigen Vor-Ort-Termin hat der 12. Senat entschieden, dass lediglich die dem Gut Haneworth nächstgelegene Anlage (in rund 550m Entfernung) den Denkmalschutz beeinträchtigt. Diese Windenergieanlage musste deshalb in der Folge zurückgebaut werden. Das Urteil des OVG Lüneburg zu dem Teilbereich Mittelstenahe wurde bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 beachtet. Dies wird in der Begründung zu Ziffer 01 bei der Einzelfallabwägung aller Potentialflächen auch ausgeführt (vgl. S. 33 der Begründung/Erläuterung).</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.04	A	Hinsichtlich des Kulturdenkmals Gut Haneworth berücksichtigt der Entwurf nicht, dass das Verwaltungsgericht Stade mit Urteil vom 23.10.2014 (Az. 2 A 1272/10) die Genehmigung für eine weitere Windenergieanlage im Umfeld des Kulturdenkmals aufgehoben hat. Das Urteil betrifft die Anlage L 6, die einen Abstand von 722 m vom Gutshaus des Gutes Haneworth aufweist. Der eingestellte Abstand von 600 m ist daher deutlich zu gering.	Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig, derzeit ist ein Berufungsverfahren beim OVG Lüneburg anhängig. Das VG Stade hat eine Berufung zugelassen, da es "dem Niedersächsischen Obergericht nicht gefolgt ist, was den Drittschutz aus § 8 NDSchG bei immissionsschutz- oder baurechtlichen Nachbarklagen angeht, und daher den strengerer Schutz durch diese Vorschrift nicht zugunsten des Klägers berücksichtigt hat". Um einer abschließenden Rechtsprechung nicht vorzugreifen, wurde dieser Sachverhalt in der Regionalplanung deshalb nicht zugrunde gelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.05	A	Die Bezugnahme auf das Urteil des OVG Lüneburg ist insofern auch falsch, weil dieses Urteil sich allein mit dem Windpark Mittelstenahle, der — nach Teilaufhebung der Genehmigung — nunmehr aus fünf Anlagen besteht, befasst. Die weiteren Anlagen des Windparks Mittelstenahle befinden sich in einer Entfernung von mehr als 947 m zum Kulturdenkmal (vgl. Urteil VG Stade vom 23.10.2014, Az. 2 A 1272/10, Umdruck Seite 3). Das Urteil des OVG Lüneburg befasst sich ausdrücklich nicht mit der Beeinträchtigung des Denkmals Gut Haneworth durch beide Windparks Mittelstenahle und Lamstedt. Aufgrund des Prioritätsgrundsatzes befasst es sich ausschließlich mit dem Windpark Mittelstenahle. Das Zusammenwirken der beiden Windparks war nicht Gegenstand des Verfahrens. Auf der Ebene der Regionalplanung geht es jedoch genau um dieses Zusammenwirken, denn der Plangeber muss sich damit auseinandersetzen, inwieweit das Kulturdenkmal durch die Planung und damit durch die Realisierungsmöglichkeit eines (oder ggf. mehrerer) Windparks in der Vorrangfläche und ggf. im bauleitplanerisch gesicherten Bereich auswirkt. Dies ist hier unzutreffend geschehen.	Mit Urteil vom 23. August 2012 (12 LB 170/11) hat das OVG Lüneburg entschieden, dass die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Windparks Mittelstenahle teilweise rechtswidrig ist. Nach einem ausgiebigen Vor-Ort-Termin hat der 12. Senat entschieden, dass lediglich die dem Gut Haneworth nächstgelegene Anlage (in rund 550m Entfernung) den Denkmalschutz beeinträchtigt. Diese Windenergieanlage musste deshalb in der Folge zurückgebaut werden. Das Urteil des OVG Lüneburg zu dem Teilbereich Mittelstenahle wurde bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 beachtet. Dies wird in der Begründung zu Ziffer 01 bei der Einzelfallabwägung aller Potentialflächen auch ausgeführt (vgl. S. 33 der Begründung/Erläuterung). So wurde die Potentialfläche bzw. somit auch das spätere Vorranggebiet im Nordosten in dem Bereich verkleinert, in dem die abzubauende Anlage stand. Der Rechtsprechung folge zu leisten wird nicht als falsch angesehen. Der Denkmalschutz des Gutes Haneworth führt nicht dazu, dass das Vorranggebiet bzw. der bauleitplanerisch gesicherte Bereich nicht nutzbar ist.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.06	E 01 / E 11	Ergänzend kommt hinzu, dass sich die spärlichen Angaben allein im Umweltbericht unter Bezugnahme auf das OVG Lüneburg nur mit der Frage einer „erheblichen Beeinträchtigung“ beschäftigt. Das ist für die Regionalplanung ein unzutreffender Maßstab. Nach § 8 NDSchG dürfen Anlagen in der Umgebung eines Baudenkmals nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Das materielle Recht geht von dem Begriff der „Beeinträchtigung“ aus. Dem Begriffspaar „erhebliche Beeinträchtigung“ des Urteils des OVG Lüneburg liegt eine — rechtsfehlerhafte — Auffassung zugrunde, die aus Gründen des Nachbarschutzes eine höhere Schwelle der Beeinträchtigung verlangt. Im Rahmen der Regionalplanung ist der Plangeber jedoch gehalten, das objektive Recht umzusetzen. Er darf seine Abwägungsentscheidung und die Aufstellung der harten und weichen Tabukriterien nicht unter dem Gesichtspunkt des Drittschutzes verkürzen, um — wie auch auf der Genehmigungsebene, vgl. die in der Anlage überreichten, von unserem Mandanten mit Überschriften versehenen, Ausschnitte aus den Genehmigungsverfahren — mit einer fehlerhaften Abwägung eine politisch gewollte Entscheidung durchzusetzen. Indem er das tut, wird die Ausweisung des Vorranggebietes bzw. die Feststellung des bauleitplanerisch gesicherten Bereiches unwirksam.	Das Urteil des OVG Lüneburg ist rechtskräftig, inwieweit der Einwender dies subjektiv als rechtsfehlerhaft ansieht ist nicht relevant. Weiter wird verwiesen auf die Stellungnahme P124.03	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.07	E 01 / E 11	2. Im Rahmen der Abwägung wurde unzureichend berücksichtigt, dass die Genehmigung des Windpark Lamstedt noch nicht bestandskräftig ist. Sie ist Gegenstand eines Klagverfahrens unseres Mandanten, welches derzeit beim OVG Lüneburg (Az. 12 LC 54/15) anhängig ist. Das Verwaltungsgericht Stade hat mit Urteil vom 23.10.20 14 (Az. 2 A 1272/10) bereits die Genehmigung einer Windenergieanlage aufgehoben. Es ist damit keinesfalls als Vorbelastung einzustellen, dass das Vorranggebiet bzw. der bauleitplanerisch gesicherte Bereich in soweit von Windenergieanlagen bebaut ist. Denn die Bebauung mit Windenergieanlagen war und ist rechtswidrig. Sie darf deshalb in die planerischen Überlegungen nicht einbezogen werden. Mindestens müsste sie jedoch als unsicher eingestuft werden.	Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig, derzeit ist ein Berufungsverfahren beim OVG Lüneburg anhängig. Das VG Stade hat eine Berufung zugelassen, da es "dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht nicht gefolgt ist, was den Drittschutz aus § 8 NDSchG bei immissionsschutz- oder baurechtlichen Nachbarklagen angeht, und daher den strengeren Schutz durch diese Vorschrift nicht zugunsten des Klägers berücksichtigt hat". Um einer abschließenden Rechtsprechung nicht vorzugreifen, wurde dieser Sachverhalt in der Regionalplanung deshalb nicht zugrunde gelegt	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.08	E-N	<p>3. Das Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe ist auch aus naturschutzfachlichen Gründen ungeeignet. Wir rügen zunächst, dass keine aktuellen Untersuchungen und Datenerhebungen Eingang in das Planverfahren fanden. In der ausgelegten naturschutzfachlichen Einschätzung der Potentialflächen wird einleitend ausgeführt:</p> <p>„Ein gravierendes Problem ist die Verfügbarkeit ausreichender Daten zu Brut-, Gast- und Zugvögeln sowie Fledermäusen. Weitere gezielte Erfassungen und Bewertungen sind erforderlich — v.a. auch um Rechtssicherheit für die möglichen Vorranggebiete Windenergienutzung zu erreichen.“ (Naturschutzfachliche Einschätzung von Potentialflächen, Stand Juni 2015, S. 2).</p> <p>Für die Sonderbaufläche Windenergienutzung „Lamstedt/Mittelstenahe“ — und mögliche Erweiterungsflächen weist die naturschutzfachliche Einschätzung von Potentialflächen beispielsweise zur Bedeutung als Fledermauslebensraum ausdrücklich aus:</p> <p>"Für die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegen keine Daten zu den Fledermäusen vor.“ (Naturschutzfachliche Einschätzung von Potentialflächen, Stand Juni 2015, S. 67).</p> <p>Grundlage einer planerischen Entscheidung ist eine ordnungsgemäße Ermittlung der Tatsachengrundlagen. Dies ist hier sogar ausweislich der ausgelegten Planunterlagen nicht geschehen und somit abwägungsfehlerhaft.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 66 bis 68 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Die Einstufung der Potenzialfläche 001 innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" ist unterschiedlich: Die Einstufung für den östlichen Teil der Potenzialfläche 001, der weit überwiegend zentral in der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt, lautet "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten - Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden". Für einen sich hieran westlich anschließenden Teil der Potenzialfläche 001 lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet"; in diesem Bereich sind derzeit Windenergieanlagen vorhanden. Für den Teil der Potenzialfläche 001, der im westlichen Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt und in dem bisher keine Windenergieanlagen realisiert worden sind, lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Dass bei einer Reihe von Gebieten erhebliche Defizite bestehen, ist bei den einzelnen Gebieten angemerkt. - Eine 100 %-ig gleiche Bewertung aller in Betracht kommenden Potenzialflächen ist wohl schlechterdings unmöglich zu erreichen, gleichwohl ist eine größtmögliche Annäherung - auf der Basis der vorhandenen Daten - angestrebt worden. Der Umfang der Naturschutzfachlichen Einschätzung belegt, dass doch auch recht umfangreiche Datenbestände vorliegen. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.09	E-N / U	Bereits die Vorplanungen zur Küstenautobahn A 22 haben das Gebiet des Vorranggebietes Lamstedt/Mittelstenahne als regionalbedeutsame Gast- und Brutvogelgebietes dargestellt. Dies hätte eine detailliertere Untersuchung erfordert. Unterlässt der Plangeber dies, muss im Sinne einer worst-case-Betrachtung angenommen werden, dass es sich bei den Flächen im Vorranggebiet um regional bedeutsame Gast- und Brutvogelgebiete handelt, was zu einem Ausschluss der Flächen hätte führen müssen.	Die Regionalplanung ist ausdrücklich nicht verpflichtet eigene Untersuchungen durchzuführen. In Bezug auf die Wertigkeiten von Natur und Landschaft wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.10	E-N / U	Das Vorkommen und die Eignung als Lebensraum für Kiebitze wird unterschätzt. Im Vorranggebiet befindet sich die so genannte „Kiebitzkuhle“. Es handelt sich hierbei um ein gesetzlich geschütztes Biotop, welches Lebensraum einer Kiebitzpopulation ist, die im Konflikt zur geplanten Windenergienutzung steht. Die ungefähre Lage der „Kiebitzkuhle“ können Sie dem Lageplan entnehmen, den wir in der Anlage überreichen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 66 bis 68 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahne" - und mögliche Erweiterungsflächen)]. - Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung, unmittelbar angrenzend bzw. in räumlicher Nähe befinden sich mehrere Kiebitz-Vorkommen. Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt zu etwa Dreiviertel innerhalb der 500 m-Puffer zu diesen Vorkommen. - Die hier vorliegenden Informationen wurden aufgrund der Einwendung überprüft: Innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahne" liegen fünf Kiebitz-Vorkommen. Innerhalb des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahne" liegen neun Kiebitz-Vorkommen. In räumlicher Nähe zu diesen Gebieten kommen jeweils weitere Kiebitz-Vorkommen hinzu. - Innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahne" bzw. des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahne" ist ein kleines gesetzlich geschütztes Biotop ("Teich im Wittegrund", Flächengröße 0,04 ha) vorhanden. Insoweit ist hier die Naturschutzfachliche Einschätzung ergänzungsbedürftig. Auf der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ist dieses - sehr kleine - gesetzlich geschützte Biotop zu berücksichtigen.	Teilweise zu berücksichtigen.
P124	P124.11	B 01	4. In Ziffer 01 des Teils 4.2.2 Windenergie des beschreibenden Teils des RROP-Entwurfes wird in Zielqualität festgelegt:  „Die Vorranggebiete Windenergienutzung sind in der zeichnerischen Darstellung abschließend festgelegt. Die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ist außerhalb der in der zeichnerischen Darstellung gekennzeichneten Vorranggebiete Windenergienutzung nicht zulässig (Ausschluss).“  Dieses Ziel steht im Widerspruch zu den ebenfalls als Ziele definierten Ziffern 06 und 11. Denn Ziffer 06 lässt ebenso wie Ziffer 11 zu, dass Windenergieanlagen auch außerhalb von Vorranggebieten errichtet werden können. Die Ausschlusswirkung des Ziels 01 wird somit nicht umgesetzt. Dieses Konzept, mit dem letztlich durch die „bauleitplanerisch gesicherten Bereiche“ eine neue raumordnerische Kategorie geschaffen werden wird, überzeugt nicht.	Die Ziffer 11 unterstützt die Ausschlusswirkung der Ziffer 01 geradezu. Die Windenergieanlagen müssen sich komplett mit den Rotoren innerhalb eines Windparks befinden. Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen nach Ziffer 11 handelt es sich um eine Ziel-Ausnahme-Regelung. Jeder einzelne Windpark wird dabei einer Einzelfallabwägung unterzogen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.12	B 11 / E 11	In der Begründung wird an mehreren Stellen suggeriert, dass in den nach Ziffer 11 festgesetzten bauleitplanerisch gesicherten Bereichen nur ein Repowering zulässig sein soll. Das ist nach dem Wortlaut des Ziels 11 nicht richtig. In Satz 1 wird allgemein festgelegt, dass auch außerhalb der Vorranggebiete die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen in den in der zeichnerischen Darstellung dargestellte bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen für Windenergienutzung zulässig ist. Satz 2 der Ziffer 11 regelt unabhängig von diesem Grundsatz in Satz 1 die Frage des Repowerings. Das Ziel 11 erlaubt daher sowohl die Errichtung neuer Windenergieanlagen als auch ein Repowering, letzteres unter einschränkenden Gesichtspunkten.	In den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen, in denen bereits Windenergieanlagen errichtet worden sind, ist ein Repowering entsprechend der Ziele des RROP Entwurfs 2015 möglich. In den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in denen bislang keine Windenergieanlagen errichtet wurden, ist die Errichtung von neuen Windenergieanlagen ebenfalls möglich. Dies wird in der Begründung jedoch auch nicht anders dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.13	B 11	Die Einführung der Kategorie „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ ist rechtsfehlerhaft. Für die wirksame Festsetzung von Vorrangflächen mit Ausschlusswirkung sind die auch vom Plangeber erkannten vier Schritte (harte Tabuzonen, weiche Tabuzonen, Einzelfallprüfung/Abwägung, Verschaffung substantiellen Raums für die Windenergie) einzuhalten. Der Plangeber wendet dieses Verfahren allerdings nur für das Ziel Ziffer 01 an. Die mit Ziffer 11 festgesetzten bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind nicht Teil eines gesamträumlichen schlüssigen Planungskonzepts. Ihre Festlegung ist rechtsfehlerhaft.	Die Übernahme der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wird im Zuge einer Ziel-Ausnahme-Regelung vollzogen. Jede bauleitplanerisch gesicherte Fläche wird dabei einer Einzelfallabwägung unterzogen. Dies ist rechtlich zulässig.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.14	E 11	Auch der Plangeber hält in der Begründung zu Ziffer 11 Satz 2 fest, dass die als bauleitplanerisch gesicherten Bereiche übernommenen Sonderbauflächen in der Regel nicht dem vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten einheitlichen Planungskonzept entsprechen. „Sie konnten nur im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung ausnahmsweise übernommen und einem Repowering zugeführt werden.“ (Begründung, Seite 68). Dabei übersieht der Plangeber, dass nach Ziffer 11 Satz 1 die Errichtung neuer Anlagen auch ohne ein Repowering in den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen nach dem Wortlaut zulässig wäre. Aber auch nur für ein Repowering wäre die Festsetzung rechtlichen Bedenken ausgesetzt.	Siehe Stellungnahme P124.13	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.15	SO 17	Die Festlegung des bauleitplanerisch gesicherten Bereichs für den Standort Lamstedt/Mittelstenahe ist rechtswidrig. Die angeführten Argumente überzeugen nicht. Die allgemein aufgeführten Argumente zur Übernahme der Altstandorte (vgl. Begründung Seite 41 f.) sind insbesondere an diesem Standort verfehlt.	Der Landkreis Cuxhaven sieht die Abwägung zum Standort Lamstedt/Mittelstenahe als ausreichend an.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.16	SO 17	Für den Standort Lamstedt/Mittelstenahe ist keine Akzeptanz seitens der Bevölkerung gegeben. Die Verfahren unseres Mandanten erfahren hohe Aufmerksamkeit seitens der Öffentlichkeit. Unser Mandant, als Teil der betroffenen Bevölkerung, zeigt, dass keine Akzeptanz der Bevölkerung besteht.	In der Begründung auf Seite 49 wird ausgeführt, dass die Allgemeinheit ein Interesse an der Verwirklichung der Energiewende hat, nicht das eine Akzeptanz seitens der Bevölkerung besteht. Ob eine Akzeptanz in der bevölkerung besteht sei an dieser Stelle dahingestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.17	SO 17	Das Tätigen hoher Investitionen reicht ebenfalls nicht für eine Festlegung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich. Der Plangeber verfolgt einen überzogenen Ansatz eines überbordenden „Bestandsschutzes“. Dies gilt beim Standort Lamstedt/Mittelstenahe insbesondere deshalb nicht, weil die Genehmigungen des Windparks Lamstedt noch nicht rechtskräftig sind. Die Errichtung und der Betrieb des Windparks erfolgt aufgrund einer sofort vollziehbaren immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Der Landkreis hat als Genehmigungsbehörde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Betreiber auf eigenes wirtschaftliches Risiko handelt. Dieses wirtschaftliche Risiko, welches der Betreiber eigenverantwortlich und mit schriftlicher Erklärung gegenüber dem Kreis eingegangen ist, kann nicht zur Festschreibung eines erweiterten Bestandschutzes führen.	Die Belange die für oder gegen eine Übernahme des Standortes sprechen, wurden in der Begründung auf S. 48f. dargelegt. Der Landkreis stützt die Übernahme der Fläche nicht auf die Investitionen des Investors.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.18	SO 17	Die weiteren genannten Argumente sind Allgemeinplätze, die letztlich an vielen Standorten zutreffen würden. Sie sind eben gerade keine Argumente, die im Rahmen eines ordnungsgemäßen Verfahrens für die Festlegung von Vorrangflächen mit Ausschlusswirkung herangezogen werden können.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind keine Vorranggebiete.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.19	E 11 / SO 17	Hinsichtlich der Einzelfallabwägung der Sonderbaufläche Windenergienutzung Lamstedt/Mittelstenahe (Begründung Seite 48 f.) ist darauf hinzuweisen, dass der Verweis auf dort bereits stehende 16 Windenergieanlagen unterschlägt, dass nur die Genehmigung von fünf dieser Windenergieanlagen bestandskräftig ist. Eine weitere Genehmigung für eine der dort beschriebenen 16 Windenergieanlagen wurde durch Urteil des Verwaltungsgerichts Stade vom 23.10.2014 (Az. 2 A 1272/10) zudem aufgehoben. Hinsichtlich der übrigen Windenergieanlagen des Windparks Lamstedt ist das Berufungsverfahren beim OVG Lüneburg anhängig. Es ist rechtlich daher unzutreffend, hier im Rahmen der Einzelfallabwägung die intensive Windenergieerzeugung als gegenläufigen Belang aufzuführen. In rechtlicher Hinsicht ist eine Vorbelastung eben nicht gegeben.	Der Absatz in der Einzelfallabwägung wird entsprechend angepasst.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.20	E 11 / SO 17	Eine ordnungsgemäße Auseinandersetzung mit den denkmalrechtlichen Belangen fehlt auch hier. Wir verweisen auf unsere obigen Ausführungen.	Ob bzw. inwieweit ein Denkmal durch Windenergieanlagen beeinträchtigt ist, hängt entscheidend von der Anlagenkonfiguration (Anzahl, Höhe, Positionierung) ab. Auf Ebene der Regionalplanung ist eine Beeinträchtigung des Denkmalschutzes aufgrund der Entfernung nicht erkennbar. Gleichwohl müssen denkmalschutzrechtliche Belange auf den nachfolgenden Ebenen berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.21	E-N	Ausweislich der naturschutzfachlichen Einschätzung von Potenzialflächen liegen etwa 40 % des bauleitplanerisch gesicherten Bereichs innerhalb der harten (30 %) und weichen (10 %) Tabuzonen (Naturschutzfachliche Einschätzung von Potenzialflächen, Seite 67). Dabei ist es noch zu einer Unterschätzung der naturschutzfachlichen Belange gekommen, wie oben bereits dargestellt.	Eine Unterschätzung der naturschutzfachlichen Belange ist nicht ersichtlich.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.22	E 11 / SO 17	Im Rahmen der Einzelfallabwägung der Sonderbaufläche Windenergienutzung Lamstedt/Mittelstenahe werden die naturschutzfachlichen Belange ebenfalls unzureichend gewichtet.	Eine unzureichende Gewichtung der naturschutzfachlichen Belange ist nicht ersichtlich.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.23	E 01	Der Verweis auf das Gegenstromprinzip und die Berücksichtigung von Planungen der Gemeinden, geht ebenfalls fehl. Das Gegenstromprinzip behandelt die wechselseitigen Beziehungen der räumlichen Planung für den Gesamttraum und die räumliche Planung für die Teilräume. Die Gemeinde ist zunächst nach § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung — und somit an die Vorranggebietsausweisung mit Ausschlusswirkung — gebunden. Die Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Bei der Aufstellung des Regionalplans sind die Belange der gemeindlichen Ebene zu berücksichtigen (vgl. Maslaton, „Windenergieanlagen“, 2015, Kapitel 1, Rn. 280 m.w.N.). Allerdings darf es nicht zu einer unreflektierten Übernahme kommen, die Regionalplanung hat sich mit den städtebaulichen Planungen auseinander zu setzen, diese zu gewichten und ins Verhältnis zu den sonstigen einschlägigen Belangen zu setzen. Es muss sich auch um zulässige städtebauliche Planungen handeln. Eine Berücksichtigungspflicht für städtebauliche Planungen, die im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung stehen, besteht nicht (vgl. Spannowsky/Runkel/Goppel, Raumordnungsgesetz, 1. Aufl. 2010, § 8 ROG Rn. 34 f. — beck-online). Vorliegend ist nicht beachtet, dass die Flächennutzungsplanung der Samtgemeinde Börde Lamstedt ihren Ursprung in der Umsetzung der Regionalplanung hat. Die Samtgemeinde selbst schreibt hierzu: „Nach erfolgter Ausweisung des Vorrangstandortes war die Samtgemeinde gemäß 1 Absatz 4 des Baugesetzbuches (BauGB) verpflichtet, ihre Flächennutzungsplanung anzupassen, was zwischenzeitlich geschehen ist.“ ( <a href="http://boerde-lamstedt.der-norden.de/neuigkeiten/windpark.htm">http://boerde-lamstedt.der-norden.de/neuigkeiten/windpark.htm</a> , zuletzt aufgerufen am 18.08.2015). Es gibt somit keine eigenständige gemeindliche Planung, auf die durch die Regionalplanung Rücksicht genommen werden müsste.	Auf welche Art und Weise ein Flächennutzungsplan beschlossen wurde, ist nicht von Belang. Der Landkreis Cuxhaven hat alle Standorte die im Rahmen von Flächennutzungsplänen als Windparkflächen ausgewiesen wurden einer Einzelfallabwägung unterzogen. Es gibt keine Belange, die einer Übernahme der Fläche Lamstedt/Mittelstenahe widersprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.24	E 01	Auch wird bezweifelt, dass der Flächennutzungsplan der Gemeinde den Anforderungen an ein schlüssiges gesamträumliches Konzept (für das Gemeindegebiet) entspricht. Die Übernahme solcher Festlegungen aus der Flächennutzungsplanung hat ein Festschreiben von veralteten Ausweisungen von Vorranggebieten zur Folge, von denen der Plangeber selbst erkannt hat, dass diese nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen werden dürfen. Hierdurch wird die Schlüssigkeit des gesamträumlichen Konzepts der Planung insgesamt in Frage gestellt.	Das der Flächennutzungsplan der SG Börde Lamstedt den Anforderungen an ein gesamträumliches Konzept für das Gemeindegebiet entspricht wird seitens des Landkreises ebenfalls bezweifelt (vgl. S. 34 der Begründung). Dies ist für die Übernahme des bauleitplanerisch gesicherten Bereichs jedoch nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P124	P124.25	SO 17	5. Die Argumente, die für eine Ausweisung eines Vorranggebiets bzw. für die Festlegung eines bauleitplanerisch gesicherten Bereichs sprechen, werden zu stark gewichtet. Denn dem Ziel des LROP 2012, im Kreisgebiet Vorranggebiete für Windenergienutzung mit mindestens 300 MW installierter Leistung vorzuhalten, wird mit einer Gesamtleistung von derzeit über 500 MW installierter Leistung sehr deutlich überschritten (vgl. Begründung S. 5). Das zeigt, dass der Windenergie bereits jetzt in substantieller Weise Raum gegeben wird.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.26	SO 17	Bei der Abwägung, insbesondere des rechtlich kritischen Standorts Lamstedt/Mittelstenahe inkl. des dortigen bauleitplanerisch gesicherten Bereichs ist der Belang der alternativen Energieerzeugung daher geringer zu gewichten, als die Belange des Denkmalschutzes, des Naturschutzes und des Eigentumsschutzes der Anwohner. Auch aus diesem Grunde ist der Standort aufzugeben.	Alle Belange fließen gleichberechtigt in die Abwägung ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.27	SO 17	Wir beantragen daher, die Ausweisung des Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe inkl. der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ersatzlos zu streichen.	Es liegen keine Gründe vor, die zwingend eine Streichung der Fläche erfordern.	Nicht zu berücksichtigen.
P124	P124.28		Ergänzend nehmen wir Bezug auf unserer Stellungnahme vom 15.08.2014 nebst dortigen Anlagen.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P125a	P125a.01	A	der Landkreis Cuxhaven hat im Amtsblatt vom 2. Juli 2015 unter Position 172. den Entwurf zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 und die Einleitung des Beteiligungsverfahrens bekanntgegeben. Im Rahmen der öffentlichen Auslegungsfrist können bis zum 20. August 2015 Stellungnahmen/Eingaben zum Entwurf eingebracht werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.02	A	Dem Entwurf zugrunde liegt ein einheitliches Planungskonzept aus Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung in einem Kriterienset aus harten und weichen Tabuzonen, die im Kontext der aktuellen Rechtsprechung (Urteil OVG Lüneburg, 14.05.2014) zur konsistenten Herleitung von Vorrangflächen heranzuziehen sind. Er basiert auf einem Umweltbericht sowie naturschutzfachlicher Einschätzungen des Amtes für Naturschutz und Landesplanung (Landkreis Cuxhaven), deren Hinweise bei der Herleitung von Vorranggebieten als Kriterien zur Auswahl! Differenzierung ebenfalls verwendet worden sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.03	A	Es ist ausgesprochenes Ziel des Landkreises, einen signifikanten Beitrag zur Energiewende zu leisten und mit dem Entwurf zur Steuerung der Windenergienutzung den Ausbau in einem Rahmen zu halten, der den Schutzansprüchen von Mensch und Natur gerecht wird aber auch der Windenergienutzung den gesetzlichen geforderten „substantiellen Raum“ verschafft.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.04	Z	Wir als SAB WinäTeam GmbH haben für die Potentialfläche Stinstedt-St. Joost in 2015 naturschutzfachliche Untersuchungen durch ein anerkanntes Fachbüro durchführen lassen. Den Zwischenbericht zu den aktuellen Erhebungen stellen wir Ihnen in der Anlage als Eingabe im Verfahren der öffentlichen Beteiligung zur Fortschreibung des RROP 2015 gern zur Verfügung.	Kenntnisnahme. Der Zwischenbericht wird an späterer Stelle ausgewertet.	Kenntnisnahme
P125a	P125a.05	Z	Gestatten Sie uns bitte nachfolgende Stellungnahme mit Herleitung des Antrags auf Ausweisung der Potentialfläche „24 — Stinstedt-St. Joost“. Herleitung der Potentialfläche „24 — Stinstedt-St. Joost“ als Windvorranggebiet Im Rahmen der Herleitung möglicher Vorrangflächen nach Arbeitsschritt 3 findet sich auf S. 14 ff. in der Anlage „Änderung des RROP für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie —2015— Begründung! Erläuterung (Stand Juni 2015)“ eine Aufstellung von 379 potentiellen Gebieten, die nachfolgend über Kriterien zu Mindestabständen (4 km), Mindestgrößen von Vorranggebieten (> 19 ha) und nach „einzelfallbezogener Abwägung öffentlicher Belange“ auf 102 mögliche Potentialflächen eingeschränkt worden ist (S. 35).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.06	E 01	Nachfolgend findet sich die Abwägung zur Ausweisung bei konkurrierenden Flächen, wobei auf S. 36 die Herleitung der Fläche „53 — Odisheim/Stinstedt“ mit naturschutzfachlichen Einschränkungen der konkurrierenden Fläche „24 Stinstedt-St. Joost“ begründet wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.07	E-N	Basis dieser Bewertung ist die Dokumentation zur „naturschutzfachlichen Einschätzung von Potentialflächen“ (Amt für Naturschutz und Landesplanung, Landkreis Cuxhaven, vom 12.06.2015) als Anlage zum veröffentlichten Entwurf des RROP 2015. Dort findet sich eine Klassifizierung in einer vierstufigen Bewertungsskala: - Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten — Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden (grün markiert); - Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten — Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet ( ); - Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten — Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet (heflrot markiert); - Gravierende Konflikte vorhanden — Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet (rot markiert);	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.08	E-N	In der Dokumentation wird vom Autor insbesondere darauf verwiesen, dass nur die nach seiner Ansicht wichtigsten Aspekte bei der Bewertung herangezogen worden sind und diese bei Bedarf durch weitere Informationen ergänzt werden können. „Weitere gezielte Erfassungen und Bewertungen sind erforderlich — v.a. auch um Rechtssicherheit für die möglichen Vorranggebiete Windenergienutzung zu erreichen“ (S. 2).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.09	E-N	Auch zur Fläche 24 bei Stinstedt-St. Joost wird auf S. 22 explizit darauf verwiesen, dass aktuelle Daten zu Brut- und Gastvögeln sowie Fledermäusen nicht vorhanden sind. Die veraltete Datenlage — diese wird gleichwohl zur Bewertung der Fläche herangezogen — wird nicht nur als mangelhaft, sondern als ungenügend gekennzeichnet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.10	E-N	Einschätzung der Windpotentialfläche 24 Stinstedt-St. Joost durch das Amt für Naturschutz und Landesplanung, Landkreis Cuxhaven Die Fläche 24 Stinstedt-St. Joost wird für den östlichen Teil mit „voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten“ (hellrot markiert) und für den westlichen Teil mit „möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten“ (gelb markiert) bewertet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.11	E-N	Basis der Bewertung für den östlichen Teil ist der Hinweis aus einer BIOS-Studie, nach der ein Brutvorkommen des Rotmilan auf den Bereich des Tunschlikers Moors eingegrenzt wird. Ein Brutnachweis hingegen liegt anscheinend nicht vor. Dieser wäre indes erforderlich, um einen Ausschlussbereich von 1.500m zu rechtfertigen, der die Einschränkung der Potentialfläche 24 Stinstedt-St. Joost im östlichen Teil begründen könnte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.12	E-N	Ferner wird zur Einschränkung des östlichen Teils der Fläche angeführt, dass lt. oben genannter BIOS-Studie sich die Gesamtfläche 24 Stinstedt-St. Joost im 6.000m Prüfbereich zu einem Seeadlervorkommen am Balksee befindet. Lt. BIOS-Studie sei dabei mit regelmäßigen Flügen zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See „zu rechnen“. Das Gebiet soll dabei innerhalb eines Flugkorridors des Seeadlerpaars liegen (siehe Anlage „Änderung des RROP für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie —2015— Begründung! Erläuterung“, S. 23).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.13	E-N	Der Wortlaut der Studie als auch der Hinweis des Autors, dass die Datenlage zu den Brut und Gastvögeln als auch zu den Fledermäusen veraltet ist und nicht nur als mangelhaft sondern vielmehr ungenügend bezeichnet werden kann legt nahe, dass aufgrund vereinzelter Beobachtungen Tendenzen zur Raumnutzung und zum Brutverhalten bei Rotmilan und Seeadler abgeleitet worden sind, die mehr auf Annahmen und abgeleiteten Konjunktiven beruhen als auf hinreichende, empirisch abgesicherte Datenlagen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Gebiet liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Lt. einer Studie der BIOS ist mit regelmäßigen Flügen innerhalb eines Korridors zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See zu rechnen. Das Gebiet 024 liegt innerhalb dieses Flugkorridors und hat einen Abstand zum Nestumfeld von nur etwa 4.600 m (... hier wurden 4.400 m ermittelt). Seitens der BIOS wird das Konfliktpotenzial in Bezug auf den Seeadler als sehr hoch eingeschätzt. - Aufgrund der Einwendung wurde die Potenzialfläche 024 im Hinblick auf die derzeit bekannten Seeadler-Vorkommen einer Detailbetrachtung unterzogen; demzufolge liegt der mittlere und östliche Teil der Potenzialfläche 024 innerhalb eines möglichen direkten Flugkorridors des Seeadlers. - Im Hinblick auf den Rotmilan liegt eine Studie der BIOS vor, die ein Brutvorkommen auf den Bereich des Tunschlikers Moor eingrenzt. Das Tunschlikers Moor gehört zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Balksee und Randmoore, Nordahner Holz" sowie zum Naturschutzgebiet "Balksee und Randmoore, Basmoor und Nordahner Holz". In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist angegeben, dass der östliche Teil des Gebietes innerhalb des 1.500 m-Puffers [Mindestabstand] liegt. Inzwischen liegen neuere Daten vor; demzufolge befindet sich der Horst im Bereich des Basmoores. Insoweit ist die Naturschutzfachliche Einschätzung änderungsbedürftig. - Das Gebiet 024 liegt vollständig innerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Rotmilan-Vorkommen. ] - Die Seitens des Einwenders erstellten Gutachten sind noch nicht abgeschlossen; der Einwendung war lediglich ein Zwischenbericht beigelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P125a	P125a.14	E-N	Es wird an dieser Stelle bezweifelt, dass aufgrund der vorhandenen Datenlage eine Konfliktlage der Fläche 24 Stinstedt-St. Joost hinreichend begründet werden kann.	Siehe P125a.13.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.15	E-N	Fachgutachterliche Erhebungen durch BioLaGu für Brut-I Gastvögel in 2015 — Ergebnisse lt. Zwischenbericht Die SAB WindTeam GmbH hat das Fachbüro BioLaGu für die relevanten Datenerhebungen zur Fläche 24 Stinstedt-St. Joost beauftragt. Die Windpotentialfläche als auch das untersuchungsrelevante Umfeld wurde analog zur aktuellen Methodik der 5. Fassung des NLT Papiers im Hinblick auf Brut- und Gastvögel empirisch erfasst und untersucht. Hierbei wurden Vorkommen und Horststandorte der relevanten Groß- und Greifvogelarten im Umfeld von 2.000m um das Plangebiet erfasst und die relevante Raumnutzung dokumentiert. Im Untersuchungsumfang abgebildet wurde ferner das Brutverhalten des Seeadlerpaares am Balksee sowie dessen Raumnutzungsverhalten bezüglich eines möglichen Flugkorridors zwischen dem nachgewiesenen Horststandort am Balksee und dem Stinstedter See (Details zur Methodik, siehe BioLaGu, S. 4 ff.)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.16	E-N	Unter Windparkplanungs-Aspekten relevant ist hierbei v.a. die erfolgreiche Brut eines Rotmilan-Paares in ca. 1 .700m Entfernung zur südlichen Grenze der Windpotentialfläche. Lt. BioLaGu wurden 4 Jungvögel aufgezogen, wobei Stand Ende Juli 2015 die Jungen kurz davor waren den unmittelbaren Horstbereich zu verlassen und damit die Horst- und Revierbindung aufzugeben.	Siehe P125a.13. - Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.17	E-N	Die empirischen Daten zur Raumnutzung bis Mitte Juni bestätigen allenfalls vereinzelte Sichtungen im Bereich der Windpotentialfläche. Eine erhöhte Funktion als Nahrungsraum von Flächen im Bereich des Plangebiets lasse sich daraus allerdings nicht ableiten (siehe BioLaGu, S. 11).	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.18	E-N	Weitere Horststandorte von Rotmilanbrutpaaren im 2.000m Radius um die Potentialfläche 24 Stinstedt-St. Joost konnten auch nach zusätzlicher Niststättenkontrolle im Juni 2015 nicht ermittelt werden (siehe BioLaGu, S. 10).	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.19	E-N	Der nachgewiesene Horststandort des Rotmilanbrutpaares befindet sich außerhalb des 1 .500m Puffers (Mindestabstand) zur vorgenannten Windpotentialfläche. Das durch die Studie von BIOS vermutete Brutvorkommen im „Tunschliker Moor“ konnte nicht bestätigt werden. Damit liegen für die Gattung des Rotmilan keine empirischen Daten vor, aus denen eine Einschränkung der naturschutzfachlichen Eignung über den Schutzabstand abgeleitet werden kann.	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.20	E-N	Das Seeadlerbrutpaar am Balksee konnte im Gegensatz zu den Vorjahren für 2015 ebenfalls eine erfolgreiche Brut mit zwei Jungvögeln abschließen. Die in der Studie angenommene Raumnutzung im Hinblick auf einen Flugkorridor zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See konnte durch die empirischen Erhebungen von BioLaGu nicht bestätigt werden. Während der gesamten Brutphase konnten nur vereinzelte Überflüge beobachtet werden, aus denen nach Ansicht des Gutachters kein Revierverhalten im Hinblick auf einen Flugkorridor zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See abgeleitet werden kann (siehe BioLaGu, S. 12).	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Im Papier "Avifaunistische Untersuchungen im Bereich der Windpotenzialfläche Stinstedt, Samtgemeinde Börde Lamstedt, Landkreis Cuxhaven, Niedersachsen - Zwischenbericht nach Abschluss der Brutvogelerfassungen - Stand: Ende Juli 2015" heißt es wörtlich: "(...) Zu prüfen bleibt aber, ob Seeadler den Bereich der Potenzialfläche als regelmäßigen Durchflugkorridor nutzen. Das Plangebiet liegt in einer Achse zwischen dem Balksee und dem für diese Art zumindest zu Beginn des Jahres offenbar ebenfalls bedeutsamen Bereich um den 'Stinstedter See' (...)".	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.21	E-N	Aufgrund der Sensibilität der Daten wird auf die Darstellung über einen Lageplan bewusst verzichtet. Beide Horststandorte sind allerdings sowohl bei der UNB im Landkreis Cuxhaven registriert als auch dem Horstschutzbeauftragten des Landkreises (Fritz Bechinger) bekannt.	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Das Anliegen, die Horststandorte der sehr störungsempfindlichen Arten nicht öffentlich zugänglich zu machen, kann im Grundsatz nachvollzogen werden. Eine direkte Weitergabe an den Träger der Regionalplanung - u.U. mit einem Hinweis auf aus Artenschutz nicht zu veröffentlichenden Passagen - wäre wohl aber möglich gewesen. Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur eingeschränkt möglich. Erst im Zuge einer Bearbeitung in einem Geografischen Informationssystem (GIS) sind einige Sachverhalte angemessen prüfbar.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.22	E-N	Weitere empirische Daten zu Horststandorten oder Raumnutzungen „windkraftrelevanter Arten“ sind insofern negativ, als dass keine Einschränkungen der Eignung der Windpotentialfläche 24 Stinstedt-St. Joost abgeleitet werden können (siehe BioLaGu, 5. 13).	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Im Papier "Avifaunistische Untersuchungen im Bereich der Windpotenzialfläche Stinstedt, Samtgemeinde Börde Lamstedt, Landkreis Cuxhaven, Niedersachsen - Zwischenbericht nach Abschluss der Brutvogelerfassungen - Stand: Ende Juli 2015" sind eine Fülle von Arten genannt, für die eine Prüfung unerlässlich ist: Weißstorch, Wiesenweihe, Rohrweihe, Rotmilan, Seeadler, Kranich, Kiebitz, Großer Brachvogel, Graureiher und weitere Arten.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.23	E-N	Naturschutzfachliche Neubewertung der Abwägung bei Ausweisung der konkurrierenden Vorrangflächen 24 Stinstedt-St. Joost und 53 Odisheim-Stinstedt Mit dem Zwischenbericht des Fachbüros BioLaGu für die Brutperiode 2015 konnten aktuelle empirische Daten zur naturschutzfachlichen Bewertung in das Verfahren zur Fortschreibung des RROP 2015, Kapitel Windenergie, eingebracht werden, die den Anforderungen des NLT Papiers gerecht werden.	Siehe P125a.13. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Die hier vorliegenden Teile des Zwischenberichts (... die Karten fehlen ...) lassen auch eine Bewertung der Gebiete (... deren Abgrenzung auch offenbleibt ...) nach den Standmethoden der Staatlichen Vogelschutzwarte vermissen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.24	E-N	Die Studie des Amtes für Naturschutz und Landschaftsplanung des Landkreises Cuxhaven zur Einschätzung der naturschutzfachlichen Eignung von Windvorrangflächen beruhte (nach eigenen Aussagen) insbesondere für den Bereich der Fläche 24 Stinstedt-St. Joost auf „nicht nur mangelhafte, sondern ungenügende“ Datenlagen (siehe 5. 22, naturschutzfachliche Einschätzung, Amt für Naturschutz und Landesplanung, Landkreis Cuxhaven), die zur Abwägung der konkurrierenden Flächen 24 Stinstedt-St. Joost und 53 Odisheim-Stinstedt zugrunde gelegt worden sind.	Die Naturschutzfachliche Einschätzung, die seitens des Naturschutzamtes erstellt wurde (... die Bezeichnung "Amt für Naturschutz und Landschaftspflege" liegt mehr als 15 Jahre zurück), beruht auf hier vorliegenden Daten und Informationen; dies ist in der Einleitung im einzelnen angegeben [Seite 1 und 2]. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Im Hinblick auf das Gebiet 024 ist der Hinweis angebracht, dass aktuelle Daten zu den Brut- und Gastvögeln sowie Fledermäusen fehlen - und die Datenlage nicht nur als mangelhaft, sondern als ungenügend zu betrachten ist. - Ein Grund für die ungenügende Datenlage mag auch darin liegen, dass die Potenzialfläche 024 nach dem RROP-Entwurf 2015 (bzw. Potenzialfläche 030 nach dem RROP-Entwurf 2014) bei früheren Neuaufstellungen bzw. Fortschreibungen des Regionalen Raumordnungsprogramms nie eine Rolle gespielt hat (einschließlich RROP 2012); erstmalig nach der Umstufung von "Ortslage" in "Sonstige wohnbauliche Nutzung" durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt im Vorfeld der Erstellung des Entwurfs 2014 gab es diese Potenzialfläche.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.25	E-N	Die Einschätzung des Amtes für Naturschutz und Landschaftsplanung bzgl. eines Rotmilan Brutvorkommens im Bereich des Tunschlikers Moors als auch Annahmen zum Raumnutzungsverhalten des Seeadlerbrutvorkommens am Balksee und eines möglichen Flugkorridors zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See (siehe BIOS-Studie) konnten empirisch mit dem Zwischenbericht von BioLaGu nicht bestätigt werden.	Siehe P125a.13 und P125a.22.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.26	E-N	Damit entfällt in der Herleitung zur Abwägung bei Ausweisung der konkurrierenden Flächen 24 Stinstedt-St. Joost und 53 Odisheim-Stinstedt die Begründung zur Einstufung der Fläche 24 Stinstedt-St. Joost mit „voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten“ (hellrot markiert) insbesondere für den östlichen Bereich der Fläche.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. Es ist keinesfalls sicher, dass die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten ..." für den östlichen Teil des Gebietes 024 entfällt.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.27	E-N	Die erforderliche Neubewertung der Fläche 24 Stinstedt-St. Joost führt in Folge zu einer Aufwertung der Windvorrangfläche, wobei diese unseres Erachtens insbesondere im Hinblick auf die naturschutzfachliche Einschätzung mit „voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten“ (grün markiert) neu einzustufen ist.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden. - Es ist keinesfalls sicher, dass die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten ..." für den östlichen Teil des Gebietes 024 entfällt. - Eine Einstufung mit "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten ..." kann als ausgeschlossen gelten.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.28	E-N	Insofern Sie unserer Argumentation und der Datenlage folgen ist bei Neubewertung der Fläche 24 Stinstedt-St. Joost im direkten Vergleich mit der Fläche 53 Odisheim-Stinstedt erstgenannte Fläche selbst dann zu bevorzugen, wenn erstgenannte Fläche nur um eine Stufe in den Bereich „möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten“ (gelb markiert) vom Amt für Naturschutz und Landesplanung hinsichtlich der Eignung aufgewertet und damit neu eingestuft wird.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.29	E-N	Auch in diesem Fall wird dem Ziel des Landkreises — der Windenergie das größtmögliche Potential einzuräumen — bei gleicher naturschutzfachlicher Eignung von Standorten mehr substanzieller Raum verschafft als im konkurrierenden Gebiet 53 Odisheim-Stinstedt, da diese Windpotentialfläche mit über 72 Hektar mehr als doppelt so groß ist.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.30	E 01	Hinweis auf Einstufung des Außenbereichs Eichhofsberg als sonstige Siedlungsflächen Es findet sich in der vorgenannten naturschutzfachlichen Einschätzung des Amts für Naturschutz und Landesplanung weiterhin der Hinweis, dass die Einstufung der Siedlungsflächen am Eichhofsberg als sonstige wohnbauliche Nutzung mit einem Schutzabstand von 500m zum Windvorranggebiet vorgenommen worden ist. Diese im Entwurf des RROP 2015 vorgenommene Festsetzung wird vom vorgenannten Amt in seiner naturschutzfachlichen Einschätzung angezweifelt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.31	E 01	Wie zu Beginn unserer Stellungnahme bereits erwähnt, liegt dem veröffentlichten Entwurf zum RROP 2015 ein einheitliches Planungskonzept aus Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung in einem Kriterienset aus harten und weichen Tabuzonen zugrunde, die zur konsistenten Herleitung von Vorrangflächen heranzuziehen sind. Zu Siedlungsflächen erfolgte im RROP 2015 die Kategorisierung in Ortslagen (Abstandspuffer 1000m) und einer sonstigen wohnbaulichen Nutzung (Abstandspuffer 500m). Bei Ortslagen handelt es sich primär um Kernsiedlungsbereiche mit Bedeutung für die Siedlungsstruktur der Gemeinden, einer bestimmten Größe und einer bestimmten Zahl an wohnbaulichen Nutzungen. Bei sonstigen wohnbaulichen Nutzungen handelt es sich um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebiets.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.32	E 01	Am Eichhofsberg befinden sich zehn Häuser, wobei diese Siedlungslage durch zwei landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe mit Milchviehhaltung stark geprägt ist. Drei von zehn Häusern gehören direkt zu diesen Vollerwerbsbetrieben. Ein Gebäude dient als Betriebswohnung des Milchviehbetriebs. Der Siedlungsbereich Eichhofsberg ist im Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Börde Lamstedt nicht als Wohnbereich vorgesehen. Er ist nicht durch wohnbauliche Nutzung geprägt und somit ein klassischer Außenbereich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P125a	P125a.33	E 01	Im Vorfeld ist beim Verfahren zum Entwurf des RROP die Samtgemeinde Börde Lamstedt bzgl. der Kategorisierung beteiligt worden. Diese hat den Bereich auf Anfrage als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft. Hieraus ist ein Schutzabstand von 500m zum Windvorranggebiet abzuleiten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125a	P125a.34	Z	Antrag auf Aufnahme der Windvorrangfläche 24 Stinstedt-St. Joost ins RROP 2075 Wir beantragen die Aufnahme der Fläche 24 Stinstedt-St. Joost in den Entwurf zur Fortschreibung des RROP 2015 des Landkreises Cuxhaven. Die aktuellen empirischen Daten belegen, dass sich die Einschränkung der vorgenannten Fläche durch ein Brutvorkommen des Rotmilans im Bereich des Tunschlikers Moors im Bereich des 1.500m Radius um die Windpotentialfläche nicht nachweisen lässt. Die Analyse der Raumnutzung eines aktuell nachgewiesenen Rotmilanbrutpaars südlich der Windpotentialfläche lässt keine erhöhte Funktion des Plangebiets als Nahrungsraum erkennen.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.35	E-N	Der „vermutete“ Flurkorridor des Seeadlerbrutpaars vom Balksee zum Stinstedter See konnte mit den empirischen Erhebungen nicht bestätigt werden. Aus den vereinzelt beobachteten Überflügen im Plangebiet lasse sich nach Einschätzungen der Gutachter keine Revierverhalten erkennen, aus dem ein Flugkorridor abgeleitet werden kann.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden.	Kenntnisnahme.
P125a	P125a.36	Z	Die Fläche beinhaltet damit im Vergleich zum konkurrierenden Gebiet naturschutzfachlich geringeres Konfliktpotential und ist danach allein aufgrund ihrer Größe von 72,91 ha deutlich besser geeignet, um der Windenergie den geforderten substanziellen Raum zu verschaffen.	Siehe P125a.13 und P125a.22. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung des Sachverhalts nicht bzw. nur sehr eingeschränkt möglich. - Bei der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die besten verfügbaren Daten, die hier zum Zeitpunkt der Erstellung vorlagen, genutzt worden.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.01	E-N	1 Einleitung Nordöstlich von Stinstedt, Samtgemeinde Börde Lamstedt im Landkreis Cuxhaven liegt eine ca. 72 ha große Potenzialfläche, die aus gegebener Veranlassung auf ihre naturschutzfachliche Eignung als möglicher Windenergiestandort untersucht wird. Mit den für ein Genehmigungsverfahren erforderlichen avifaunistischen Begleituntersuchungen wurde Anfang März 2015 begonnen. Nachfolgender Zwischenbericht ZU den bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt — Ende Juli 2015 — durch geführten Untersuchungen soll einen kurzen Überblick über die bislang ermittelten Ergebnisse, insbesondere die der weitgehend abgeschlossenen Brutvogeluntersuchungen, sowie zu den bisherigen Tendenzen bei der Raumnutzung von Greif- und Großvögeln und ersten Trends zur Bedeutung des Gebietes für Gastvögel ermöglichen.	Kenntnisnahme. - Es handelt sich um die Potenzialfläche 024. Hier ist im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms kein Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.02	E-N	2 Methodik und Untersuchungsstand Der Untersuchungsrahmen für die avifaunistischen Begleituntersuchungen im Bereich der Potenzialfläche »Stinstedt« orientiert sich an den Untersuchungsempfehlungen des NLT in seiner 5. Fassung der „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen“ vom Oktober 2014 (ARBEITSGRUPPE NATURSCHUTZ UND WINDENERGIE DES NIEDERSÄCHSISCHEN LANDKREISTAGES NLT, 2014).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.03	E-N	Der dort empfohlenen Größe des Untersuchungsraums von 1000 Metern um die Windpotenzialfläche folgend, wurde bis in diese Entfernungen — an den natürlichen Landschaftsstrukturen und infrastrukturellen Leitlinien orientiert — ein insgesamt ca. 690 ha großes „Engeres“ Untersuchungsgebiet abgegrenzt, das zur differenzierteren Beschreibung und Bewertung der Brut- und Rastvorkommen sowie des Raumnutzungsverhaltens von Greif- und Großvögeln noch einmal in die Teiluntersuchungsgebiete (TUG) „Zentrum“ (ca. 180 ha), das das Plangebiet und alle angrenzenden Flächen bis in 200 Metern Entfernung abdeckt, „West“ (ca. 271 ha) und „Ost“ (ca. 239 ha) gegliedert wurde. Die genauen Abgrenzungen des „Engeren“ Untersuchungsgebietes mit seinen drei Teiluntersuchungsgebieten sind den beiden beigefügten Plänen zu entnehmen. Innerhalb des »Engeren« Untersuchungsgebietes werden das gesamte Gastvogelartenspektrum quantitativ ebenso wie die gesamte Brutvogelgemeinschaft quantitativ nach der Revierkartierungsmethode (SÜDBECK ET AL., 2005) bzw. bei einigen allgemein häufigen und nicht planungsrelevanten Arten (Ringeltaube, Rabenkrähe, Blaumeise, Kohlmeise, Rauchschnalze, Fitis, Zilpzalp, Mönchsgasmücke, Zaunkönig, Amsel, Singdrossel, Rotkehlchen, Haussperling, Buch- und Grünfink) ohne spezielle Habitatpräferenz oder ausschließlich auf die Ansiedlungen beschränkten Arten halbquantitativ erfasst.	Kenntnisnahme. - Der Einwendung sind, entgegen der Aussage im Text, keine Karten beigefügt gewesen. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich. - Der 1.000 m-Puffer zur Potenzialfläche 024 weist - einschließlich der Potenzialfläche 072 - eine Flächengröße von 835,53 ha auf. Mithin ist das Untersuchungsgebiet möglicherweise nicht korrekt abgegrenzt.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.04	E-N	Wesentlich weiter ausgedehnt wurde der Untersuchungsraum für die Erfassung der Brut- und Gastvogelvorkommen möglicherweise planungsrelevanter Arten — insbesondere von Groß- und Greifvögeln — sowie die Beobachtungspunkt-gestützten Dauerbeobachtungen (s.u.). Dieser »Erweiterte« Untersuchungsraum berücksichtigt die Bereiche in einem Radius von mindestens 2 Kilometern um die Windpotenzialfläche. Zudem wurde im Nordosten für die Beobachtungen zur Raumnutzung des Seeadlers das Gebiet um den „Balksee“ in Entfernungen von stellenweise noch mehr als 3 Kilometern zur Potenzialfläche einbezogen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.05	E-N	Mit der Kartierung von Brutplätzen von Greif- und Großvögeln im Radius 2000 Metern um die Windpotenzialfläche wurde in einer ersten Phase bereits Anfang März begonnen, um den Vorteil des unbelaubten Zustands vieler der im Gebiet vorhandenen Gehölze auszunutzen zu können. In einer zweiten (April) und dritten (Anfang Mai bis Ende Juni) Phase stand die Kontrolle der kartierten Niststätten im Vordergrund, wobei insbesondere durch direkte Beobachtung v.a. revieranzeigender Merkmale oder der Vögel auf den Nestern — sofern dies ohne Störungen möglich war — die tatsächliche Nutzung ermittelt wurde. Hilfreich waren hierbei z.T. auch Berichte orts- und fachkundiger Anwohner. Diese lieferten auch weitere interessante Informationen, auch aus Bereichen außerhalb des Untersuchungsraums — z.B. dem Gebiet um den „Stinstedter See“ — oder früherer Jahre. Solchen Hinweisen — wie auch Teilergebnissen anderer Untersuchungen aus dem Gebiet — wurde gezielt nachgegangen und, sofern sie sich nach Prüfung nachvollziehen ließen, bei der naturschutzfachliche Bewertung berücksichtigt.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.06	E-N	Zunehmend im Mittelpunkt der naturschutzfachlichen Bewertung von Windenergieprojekten und den hierfür zugrunde liegenden Untersuchungen stehen die Vorkommen und die Raumnutzung von Greif- und Großvogelarten, wobei v.a. Arten(-gruppen) mit einem offensichtlich erhöhten Kollisionsrisiko wie Störche, Rotmilan, Seeadler sowie eine Reihe weiterer Greifvogelarten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.  Für die Ermittlung der Raumnutzung von Greif- und (Groß)vögeln kommen im vorliegenden Projekt zwei unterschiedliche methodische Vorgehensweisen zum Einsatz:  1. Raumnutzung von Greif- und Großvögeln innerhalb des „Engeren“ Untersuchungsgebietes mittels „untersuchungsbegleitender Erfassungen“  Neben den nun durch den NLT (2014) geforderten „Beobachtungspunkt-gestützten Dauerbeobachten“ (s.u.) arbeitet das Büro BIOLAGU schon seit längerem mit „untersuchungsbegleitenden Raumnutzungsanalysen“ im Rahmen der über das gesamte Jahr laufenden standardisierten Erfassungen zu Brut- und Gastvögeln. Bei diesen wird die Nutzungsintensität sowie die mögliche Präferenz bestimmter Bereiche innerhalb des „Engeren“ Untersuchungsgebietes durch Groß- und Greifvögel im Rahmen der dortigen Brut- und Gastvogelkartierungen erfasst und quantifiziert (flächenbezogene Raumnutzungsanalyse). Auf Basis der festgestellten Nutzungsintensität (Feststellungen/„gültiger“ Kartierstunde) lässt sich aus dem Vergleich mit zahlreichen anderen durch das Büro BIOLAGU unter suchten Gebieten (Offen- oder Halboffenlandschaften mit ähnlicher Erfassungswahrscheinlichkeit) eine artenschutzrechtliche Bewertung des Kollisionsrisikos durch die geplanten WEA ableiten.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.07	E-N	<p>2. Analyse der Raumnutzung von Greif- und Großvögeln mittels „Beobachtungspunkt-gestützten Dauerbeobachtungen“</p> <p>Im Gegensatz zu den „untersuchungsbegleitenden Raumnutzungsbeobachtungen“ werden die Flugwege planungsrelevanter Arten hier gezielt von günstig im Gelände gelegenen „Watchpoints“ erfasst. Diese können flächenbezogen die Bedeutung bestimmter Bereiche innerhalb des Untersuchungsraums als Nahrungsgebiete oder Flugkorridore von Groß- und Greifvögeln analysieren. Bei Vorhandensein planungsrelevanter Brutvorkommen, insbesondere von Arten von besonderem naturschutzfachlichem Interesse wie dem Rotmilan, sind auch horstbezogene Dauerbeobachtungen anzustreben. Letztere sind v.a. dann sinnvoll, wenn für bestimmte Vorkommen das Individuum-spezifische Kollisionsrisiko ermittelt werden muss, setzt allerdings voraus, dass die örtlichen Gegebenheiten ausreichende Kontrollmöglichkeiten der Flugwege erlauben und die Dauerbeobachtungen ohne Störungen der jeweiligen Tiere möglich sind. Für die Untersuchungen in „Stinstedt“ wird ein Teil der „Beobachtungspunkt-gestützten Dauerbeobachtungen“ horstbezogen für den Rotmilan-Brutplatz im südlichen „Erweiterten“ Untersuchungsraum eingesetzt. Auch für das Seeadler-Brutvorkommen am Balksee werden gezielte Dauerbeobachtungen durchgeführt. Dabei wurden bzw. werden zwei Beobachter parallel eingesetzt, wobei ein Mitarbeiter den Bereich um den Balksee kontrolliert, während der andere — in Kontakt mit dem „Balksee“-Beobachter — das Gebiet um die Potenzialfläche überwacht. Ziel dieser Strategie ist es, zu analysieren, ob an- oder abfliegende Seeadler des Brutstandorts „Balksee“ auf ihren Nahrungsflügen den Bereich des Plangebietes regelmäßig überqueren. Neben diesen gezielt individuen-bezogenen Dauerbeobachtungen werden weitere zahlreiche Stunden für die flächenbezogenen Kontrollen eingesetzt. Im Hauptinteresse steht dabei natürlich das Plangebiet mit den angrenzenden Bereichen, wobei hier von insgesamt 6 im Wechsel besetzten „Watchpoints“ ein Bereich von mindestens 500 Metern um die Potenzialfläche herum weitgehend vollständig kontrolliert werden kann. Als Referenzgebiet für diese flächenbezogenen Beobachtungen dient ein grünlandreicher Bereich südöstlich von Odisheim, nahe dem NSG „Wildes Moor“ mit einem „Watchpoint“ ca. 2000 Meter westlich der Grenze der Potenzialfläche Stinstedt“. Im Gegensatz zu den „untersuchungsbegleitenden Raumnutzungsanalysen“, die die Nutzungsintensitäten von Groß- und Greifvögeln über das Gesamtjahr erfassen, konzentrieren sich die „Beobachtungspunkt-gestützten Dauerbeobachtungen“ auf den Zeitraum zwischen dem späteren Frühjahr bis hinein in den Spätsommer bzw. Frühherbst und damit auf die Zeit, in der aufgrund des erhöhten Nahrungsbedarfs während der Jungenaufzucht und der anschließenden Anwesenheit besonders vieler Greif- und Großvögel aufgrund des nun flüggen Nachwuchses, normalerweise mit der höchsten Aktivität dieser Artengruppen zu rechnen ist. Entsprechend der Vorgabe in der 5. Auflage der NLT Hinweise (NLT, 2014) werden für diese »Beobachtungspunkt-gestützten Dauerbeobachtungen“ innerhalb des Untersuchungsraum insgesamt ca. 240 Stunden, die sich auf etwa 30 Tage</p>	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.08	E-N	<p>Der derzeitige Untersuchungsstand erlaubt einen weitgehend vollständigen Überblick über die im Gesamtuntersuchungsraum (2000 Meter-Radius) vorhandenen Brutställen von Greifvögeln und deren Besetzung in der Brutsaison 2015. Auch die Erfassungen der sonstigen Brutvogelarten sind weitgehend abgeschlossen, wobei sich bei einigen späten Arten wie Neuntöter oder Wachtel noch Veränderungen ergeben können. Auch bei den Bruterfolgskontrollen sind noch Ergänzungen zu erwarten. Die beiden diesem Zwischenbericht beigefügten Pläne — Bwtplätze von Groß- und Greifvögeln im 2000-Meter-Radius“ sowie wertbestimmende oder planungsrelevante Brutvögel (Dargestellt werden alle festgestellten Brut(zeit-)vorkommen von Rote Liste-Arten, streng geschützten Arten nach dem BNatSchG und Arten des Anhangs 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie (außer der in großer Zahl auf einigen Höfen brütenden Rauchschwalbe und dem nicht auf einzelne Brutplätze festgelegten Kuckuck) sowie einiger weiterer interessanter Arten (Austernfischer, Kolkrabe und Schwarzkehlchen).) im Engeren“ Untersuchungsgebiet“ sind daher als vorläufig zu betrachten, auch wenn vermutlich nur noch mit wenigen Änderungen zu rechnen sein wird.</p> <p>Auch wenn bereits zahlreiches Datenmaterial vorliegt, können zur Raumnutzung von Groß- und Greifvögel zum jetzigen Zeitpunkt lediglich Tendenzaussagen gemacht werden. Allgemein und offenbar auch im Untersuchungsraum „Stinstedt“ unterliegt das Raumnutzungsverhalten der planungsrelevanten Arten einer hohen jahreszeitlichen Dynamik, die oftmals im Zusammenhang mit der überwiegend durch die landwirtschaftliche Nutzung bedingten Nahrungsverfügbarkeit steht.</p>	Kenntnisnahme. - Der Einwendung sind, entgegen der Aussage im Text, keine Pläne beigefügt gewesen. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.09	E-N	Die bisherigen Ergebnisse der Gastvogeluntersuchungen lassen Aussagen zur späteren Heimzugperiode sowie dem im Juni begonnenen Zwischenzug insbesondere von Kiebitzen und Großen Brachvögeln zu. Die frühe Heimzugperiode, die u.a. auch den planungsrelevanten Zug von Gänsen, Kranichen, Kiebitzen oder Goldregenpfeifer umfasst, ließ sich im März 2015, wegen der frühen, schon im Februar einsetzenden milden Südwestströmung, die zu vergleichsweise frühen Zugbewegungen dieser Artengruppen führte, dagegen nicht mehr vollständig erfassen und muss in der kommenden Heimzugperiode im Frühjahr 2016 entsprechend berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.10	E-N	3 Vorläufige Ergebnisse 3.1 Brutvögel im „Engeren“ Untersuchungsgebiet (ohne Greifvögel) Innerhalb des „Engeren“ Untersuchungsgebietes lassen sich mindestens 60 Arten als Brutvogelarten einstufen. Für einige weitere Arten gelangen (bislang) zumindest Brutzeitfeststellungen oder Teile ihrer Reviere liegen innerhalb der Grenzen des „Engeren“ Untersuchungsgebietes. 12 dieser Arten werden in der Roten Liste Niedersachsens als zumindest „gefährdet“ eingestuft.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.11	E-N	Die — nach der auf einigen der Höfe im TUG „West“ sowie in der Siedlung „Eichhofsberg“ zahlreich brütenden Rauchschwalbe — häufigste Rote Liste-Brutvogelart des „Engeren“ Untersuchungsgebietes ist der Kiebitz, der mit insgesamt 46 erfassten Revieren einen bemerkenswert hohen Bestand aufweist. Die Schwerpunktverbreitung der oft dicht beieinander brütenden Kiebitze liegt im TUG „Zentrum“, wo 28 Reviere (davon 15 auf der Potenzialfläche) ermittelt werden konnte. Ein weiteres Dichtezentrum mit z.T. kolonieartigem Brüten lässt sich im TUG „Ost“ für die Bereiche östlich der Fahrstraße, die nach Norden zur Siedlung „Eichhofsberg“ führt, abgrenzen (vergl. Plan). Ebenso wie im TUG „Zentrum“ finden sich hier Maisäcker, die wegen der zur Brutzeit weitgehenden Vegetationsfreiheit gerne als Neststandorte genutzt werden, neben Grünland, das im späteren Verlauf der Brutzeit und wenn die Jungen geführt werden als Nahrungshabitat dient. Insgesamt ließen sich aber — trotz der hohen Brutpaarzahlen — nur vergleichsweise geringe Zahlen von Jungkiebitzen feststellen. Gründe hierfür dürften Gelegeverluste durch landwirtschaftliche Arbeiten auf den Maisäckern zur Brutzeit sein. Hinzu kommen offenbar Verluste durch Prädatoren, was sich während der Begehung am 01.06.2015 direkt beobachten ließ, als 6 adulte Kiebitze versuchten, ihre Jungen gegen 5 Kolkkraben zu verteidigen, was zumindest in einem Fall nicht gelang.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.12	E-N	Wie bei der Wachtel ging der NLT noch in seiner 4. Fassung (2011) auch für den Kiebitz bis in einen Radius von 500 m zu den Revierzentren von einer erheblichen Beeinträchtigung und von einer vollständigen Entwertung des potenziellen Lebensraums bis in eine Entfernung von 250 m um eine WEA aus. Dies muss allerdings angesichts entsprechender Untersuchungsergebnisse als deutlich zu hoch angesetzter Störeinflussbereich bewertet werden. REICHENBACH et al. (2004) stellen nach Auswertung zahlreicher Studien dar, dass von Beeinträchtigungen brütender Kiebitze wohl lediglich bis in einen Bereich von ca. 100 m um WEA ausgegangen werden muss. Ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg (AZ 2 A 170/11) vom Februar 2012 bestätigt dementsprechend auch, dass für Genehmigungsverfahren von geringeren Meidungsabständen aus zugehen ist. Die in der in der aktuellen Fassung vorgesehenen Abstandsempfehlungen bei NLT (2014) fordern Abstände von 500 Metern zu regelmäßigen Brutvorkommen in Ackerlandschaften somit auch nur, wenn diese von zumindest regionaler Bedeutung sind, wobei nicht näher erläutert wird, wann von einer „regionalen Bedeutung“ auszugehen ist. Ein solch großer Abstand lässt sich fachlich allerdings nicht begründen. Sinnvoller wären daher bei Realisierung von WEA auf der Potenzialfläche „Stinstedt“ gezielte Ausgleichsmaßnahmen für den Kiebitz, die eine Verbesserung des Bruterfolgs anstreben sollten.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.13	E-N	Weitgehend dieselben Flächeneinheiten, in denen auch die Kiebitze ihre Brutverbreitungsschwerpunkte im Untersuchungsgebiet „Stinstedt“ besitzen, werden auch von der in Niedersachsen ebenfalls als „gefährdet“ eingestuft Feldlerche besiedelt. Auch sie ist mit 21 Revieren (davon 15 auf der Potenzialfläche) im TUG „Zentrum“ deutlich häufiger als in den beiden anderen Teiluntersuchungsgebieten. Mit insgesamt 33 Revieren, was einer Siedlungsdichte von unter 0,5 Revieren/10 ha für das gesamte „Engere“ Untersuchungsgebiet entspricht, ist der Bestand allerdings insgesamt geringer als in vielen anderen landwirtschaftlich genutzten Gebieten Niedersachsens.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.14	E-N	Neben Feldlerche und Kiebitz sind, abgesehen vom Schwarzkehlchen, dessen in Niedersachsen insgesamt deutlich zunehmender Bestand sich mit mindestens 9 Revieren auch im „Engeren“ Untersuchungsgebiet „Stinstedt“ bemerkbar macht, andere Offenlandarten nur spärlich vertreten. Für die Wachtel ließ sich bislang erst ein Revier — im Norden des TUG „West“ deutlich außerhalb des artspezifischen Meidungsbereichs gegenüber möglicher WEA — erfassen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.15	E-N	Ein Austernfischer-Paar war während der gesamten Brutzeit im westlichen Plangebiet und den angrenzenden Flächen präsent.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.16	E-N	Der Große Brachvogel brütet nur im „Erweiterten“ Untersuchungsraum, wo ein Brutnachweis im Süden gelang und zumindest ein weiteres Revier im Osten besetzt ist. Von diesen Vögeln gab es auch während der Brutzeit gelegentlich Beobachtungen im angrenzenden Bereich des IUG „Ost“ und ganz vereinzelt weiter westlich (siehe Plan).	Kenntnisnahme. - Der Einwendung ist, entgegen der Aussage im Text, kein Plan beigelegt gewesen. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.17	E-N	Die einzige im Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie geführte Art, die auch innerhalb des „Engeren“ Untersuchungsgebietes brütet, ist der Neuntöter. Abgesehen vom Südosten, wo 5 Paare nebeneinander zumindest z.T. erfolgreich brüteten, ist die Art im übrigen „Engeren“ Untersuchungsgebiet allerdings nur spärlich vertreten.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.18	E-N	Hervorzuheben ist der hohe Bestand des in Niedersachsen in Kategorie 3 der Roten Liste geführten Gartenrotschwanzes. Von den insgesamt 36 erfassten Revieren finden sich allerdings lediglich 4 innerhalb des TUG „Zentrum“, das nur wenige Gehölzstrukturen, die der (halb-)höhlenbrütenden Art als Bruthabitat dienen könnten, aufweist.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.19	E-N	Vier weitere Rote Liste-Arten — Kuckuck, Grünspecht, Kleinspecht und Pirol — sind mit Einzel- oder Teilrevieren im „Engeren“ Untersuchungsgebiet vertreten, fehlen aber im TUG „Zentrum“ und damit entsprechend auch im Bereich der Windpotenzialfläche.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.20	E-N	Mit der Waldohreule, die in einem Feldgehölz im Süden des TUG „West“ erfolgreich brütete, und dem Waldkauz, von dem ein Individuum während der Nachtexkursion am 24.04.2015 intensiv sang, kommen mindestens zwei Eulen-Arten im „Engeren“ Untersuchungsgebiet vor.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.21	E-N	3.2 Brutvögel im „Engeren“ Untersuchungsgebiet (vorläufige Bewertung) Zur Bewertung von Brutvogellebensräumen ist in Niedersachsen das Verfahren nach WILMS ETAL. (1997), das aktuell nach der 3. Fassung (BEHM & KRÜGER, 2013) unverändert anzuwenden ist, maßgebend. Es basiert ausschließlich auf den Einstufungen der Roten Liste, wobei der Status „Vorwarnliste“ — ebenso wie andere Schutz bzw. Gefährdungseinstufungen (z.B. nach dem BNatSchG oder der EU-Vogelschutzrichtlinie) oder andere Parameter wie die Artenvielfalt — unberücksichtigt bleiben, weshalb das Bewertungsverfahren nicht unumstritten sein kann. Danach erreicht das ca. 180 ha große TUG „Zentrum“, in dem nach dem gegenwärtigen Untersuchungsstand mit Kiebitz (28 Reviere), Feldlerche (21 Reviere), Gartenrotschwanz (4 Reviere) und Neuntöter (1 Revier) vier Rote Liste-Arten brüten, auf Basis aller drei relevanten Roten Listen eine „Regionale Bedeutung“ als Brutvogellebensraum.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial und Bewertungstabellen ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.22	E-N	3.3 Greifvögel: Brutbestände und bisherige Tendenzen zur Raumnutzung Der beigelegte Plan zeigt die (potenziellen) Brutstätten von Greifvögeln (und einigen anderen Arten), die im Rahmen der Horstsuchen innerhalb des 2000 Meter-Radius um die Windpotenzialflächen gefunden wurden. In sehr hoher Dichte brütet der Mäusebussard. Insgesamt gelangen 14 Brutnachweise, davon 2 innerhalb des 500 Meter-Radius und 3 weitere im 1000 Meter-Radius, und für 10 weitere Plätze bestand Brutverdacht (3 davon innerhalb des 1000 Meter-Radius). Entsprechend häufig sind Mäusebussarde im gesamten Untersuchungsraum zu beobachten, mit stellenweise („Watchpoint“-Bereich südöstlich von Odisheim) bis zu 8 gleichzeitig erfassten Individuen. Auch während der „untersuchungsbegleitenden Raumnutzungserfassungen“ zeichnen sich bereits sehr hohe Nutzungsintensitätswerte ab.	Kenntnisnahme. - Der Einwendung ist, entgegen der Aussage im Text, kein Plan beigelegt gewesen. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.23	E-N	Die zweite auch innerhalb des „Engeren“ Untersuchungsgebietes brütende Greifvogelart ist der Turmfalke. Mit mindestens 3 flüggen Jungvögeln war ein Paar im Südosten des „Engeren“ Untersuchungsgebietes erfolgreich, wobei die Brut offenbar in einem von drei geeigneten Nestern in einem Wäldchen ca. 200 Meter südöstlich der Windpotenzialfläche stattfand. Zudem brütet die Art offenbar auf einem der Höfe im TUG „West“, in deren Nähe mehrfach Revierverhalten beobachtet werden konnte.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.24	E-N	Im „Erweiterten“ Untersuchungsraum gelangen für zwei weitere Greifvogelarten Brutnachweise. Ein Sperber-Paar brütet ca. 1400 Meter nördlich der Plangebietsgrenze.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.25	E-N	Unter Windparkplanungs-Aspekten ist aber v.a. die erfolgreiche Brut eines Rotmilan-Paares etwa 1700 Meter südlich der Grenze der Windpotenzialfläche von Interesse. Das Paar zog erfolgreich 4 Jungvögel auf, was aus ausgesprochen guter Bruterfolg gewertet werden muss. Von 269 brütenden Rotmilan-Paaren aus verschiedensten Landesteilen Niedersachsens, deren Bruterfolg zwischen 1965 und 1988 untersucht wurde, was ZANG (1989) zusammenfassend darstellt, zogen nur 2 (im Landkreis Lüchow-Dannenberg) erfolgreich vier Junge groß, was einem Anteil von gerade einmal gut 0,7 % entspricht. 14,9 % der Brutpaare zogen ein Junges, 27,9 % zwei Junge und ca. 20 % drei Junge erfolgreich auf, während gut 36 % der Paare erfolglos blieb. Bei Bruterfolgskontrollen in einem Untersuchungsgebiet in Hessen (GELPKE & STÜBING, 2009) brüteten von 75 Vorkommen nur 37 Paare erfolgreich, wobei Bruten mit zwei Jungvögeln (26 Paare) vor 8 dreier- und 3 einer-Bruten dominierten. Paare mit 4 flüggen Jungvögeln wurden nicht festgestellt. Mit Stand Ende Juli waren die Jungen kurz davor, den unmittelbaren Horstbereich zu verlassen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.26	E-N	Hinweisen auf ein angebliches Brutvorkommen im Bereich „Tunschlickers Moor“, noch innerhalb des östlichen 1000m-Radius' (BIOS, 2014), wurde durch intensivierte Beobachtungen dieses Bereichs und einer nochmaligen, zusätzlichen Niststättenkontrolle im Juni gezielt nachgegangen. Für ein Brüten des Rotmilans in diesem Bereich gab es allerdings keinerlei Anzeichen. Weder wurden hier vermehrt Flugbewegungen beobachtet, noch gab es Revierverhalten oder gar Hinweise auf einen durch die Art genutzten Horst.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Naturschutzfachliche Einschätzung beruht auf hier vorliegenden Daten und Informationen; dies in der Einleitung im einzelnen angegeben [Seite 1 und 2]. Bezüglich des Gebietes 024 ist der Hinweis angebracht, das aktuelle Daten zu den Brut- und Gastvögeln sowie Fledermäusen fehlen - und die Datenlage nicht nur als mangelhaft, sondern als ungenügend zu betrachten ist. - Im Hinblick auf den Rotmilan liegt eine Studie der BIOS vor, die ein Brutvorkommen auf den Bereich des Tunschlickers Moor eingrenzt. Das Tunschlickers Moor gehört zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Balksee und Randmoore, Nordahner Holz" sowie zum Naturschutzgebiet "Balksee und Randmoore, Basmoor und Nordahner Holz". Der östliche Teil des Gebietes liegt innerhalb des 1.500 m-Puffers [Mindestabstand]. - In der Naturschutzfachlichen Einschätzung wird auf die "Raumnutzungsanalyse zum Rotmilan (Milvus milvus) im weiteren Umfeld des geplanten Windparks Odisheim-Stinstedt, Landkreis Cuxhaven" Bezug genommen, die von der BIOS bearbeitet worden ist. Die Erfassungstermine zur Raumnutzungsanalyse des Rotmilans liegen im Zeitraum Februar 2014 bis August 2014; das Untersuchungsgebiet ist relativ groß (... die West-	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Ost-Ausdehnung erstreckt sich über mehr als 20 km). In der Karte 2 "Rotmilanbeobachtungen im UG bei 29 Erfassungsterminen zwischen Februar und August 2014" sind eine Vielzahl von Rotmilan-Beobachtungen dargestellt. Neben den festgestellten Rotmilan-Flugrouten sind auch ein "Ansitzpunkt Rotmilan" und ein "potenzieller Rotmilan-Brutstandort" im Bereich des Tunschlikers Moor dargestellt. Diese Angaben stellen die Grundlage für die o.g. Aussage in der Naturschutzfachlichen Einschätzung zur Potenzialfläche 024 dar. - Der Horstbaum im Bereich des Tunschlikers Moor ist nicht bekannt gewesen; eine Verlagerung des Horstes von einem zum anderen Jahr ist durchaus denkbar.	
P125b	P125b.27	E-N	Sicher ist allerdings, dass sich neben dem brütenden Rotmilan-Paar noch mindestens ein weiterer adulter Rotmilan im Gebiet bewegt, was sich durch die gleichzeitige Beobachtung von 3 Rotmilanen nach der Mahd einer Wiese im Bereich der Potenzialfläche in der zweiten Juni-Hälfte direkt belegen ließ, sich aber auch aus den bisherigen Raumnutzungsdaten, u.a. mit einer Reihe von Beobachtungen auch im westlichen bzw. nordwestlichen „Erweiterten“ Untersuchungsraum — also deutlich abseits des bekannten Brutplatzes — erkennen lässt.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.28	E-N	Während der horstbezogenen Dauerbeobachtungen ließen sich die Rotmilane bei der Nahrungssuche erwartungsgemäß v.a. im näheren Brutplatzbereich beobachten. Ein Wechsel aus Grünland und Ackerflächen bietet hier gute Jagdbedingungen. Nahrungsflüge in weitere Entfernungen finden offensichtlich v.a. in nördliche, nordöstliche und westliche Richtung statt. Im Bereich der Windpotenzialfläche wurden Rotmilane bis Mitte Juni nur vereinzelt gesichtet. Ab Mitte Juni wurden die Nachweise dort dann allerdings häufiger, was aber in der Regel direkt mit Mahdereignissen, die Greifvögel aber auch Weißstörche und einige andere Arten oft auch aus größeren Entfernungen anlocken, in Verbindung stand. Räumlich konzentrierten sich die Rotmilan-Nachweise im Bereich der Potenzialfläche bislang v.a. auf den südlichen Teil.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.29	E-N	Sowohl der NLT (2014) wie auch die LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT DER VOGELSCHUTZWARTEN (LAG VSW, 2014) haben in ihren aktuellen Hinweisen den gegenüber Rotmilan-Brutplätzen empfohlenen Abstand zu WEA von 1000 Metern auf 1500 Metern erhöht. In diesem Radius muss — so die Begründung für den empfohlenen Abstand — normalerweise von einer signifikant erhöhten Kollisionsgefahr über das allgemeine Lebensrisiko hinaus und damit einem Verbotstatbestand im Sinne des BNatSchG § 44 Abs. 1 Nr. 1 ausgegangen werden. Auch über diesen Abstand hinaus kann der Verbotstatbestand noch eintreten, beispielsweise, wenn besonders geeignete und entsprechend häufig aufgesuchte Nahrungsflächen oder regelmäßig genutzte Flugkorridore verbaut werden würden. Dies lässt sich aus den bisherigen Daten zur Raumnutzung allerdings nicht erkennen. Häufigeres Auftreten von Rotmilanen war zumeist mit temporären Ereignissen wie der Mahd von Wiesen verbunden, was aber auch ganz ähnlich in anderen Bereichen des Untersuchungsraums zu beobachten ist. Eine erhöhte Funktion als Nahrungsraum von Flächen im Bereich des Plangebietes lässt sich daraus nicht ableiten.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.30	E-N	Ähnlich wie der Rotmilan unterliegt auch der Seeadler einem offensichtlich deutlich erhöhten artspezifischen Risiko an WEA zu verunglücken. Setzt man die bekannt gewordenen Fallzahlen (DÜRR, 2004, aktualisierter Stand: 28.10.2014) in Relation zu den Beständen, ist es sogar noch deutlich höher als beim Rotmilan. Die Horstabstandsempfehlungen für den Seeadler des NLT (2014) und der LAG VSW (2014) betragen 3000 Meter. Auch dieser Abstand wird gegenüber dem Brutplatz im nordöstlichen Uferbereich des Balksees durch die derzeitige Abgrenzung der Windpotenzialfläche eingehalten. Zu prüfen bleibt aber, ob Seeadler den Bereich der Potenzialfläche als regelmäßigen Durchflugkorridor nutzen. Das Plangebiet liegt in einer Achse zwischen dem Balksee und dem für diese Art zumindest zu Beginn des Jahres offenbar ebenfalls bedeutsamen Bereich um den „Stinstedter See“. Hier konnte ein Anwohner (mdl. Mitteilung und Fotodokumentation) in diesem Frühjahr neben regelmäßig anwesenden unausgefärbten Seeadlern auch adulte Individuen beobachten, bei denen es sich möglicherweise um Seeadler aus anderen Revieren im Landkreis Cuxhaven handelte, die bei dem schweren Sturm zum Monatswechsel März/April ihre Horste verloren haben sollen. Seitdem liegen aus diesem Bereich allerdings keine Sichtungen mehr vor, was gegen die Annahme regelmäßiger Nahrungsflüge der am Balksee brütenden Individuen zum „Stinstedter See“ spricht. Die — mit je einem Beobachter am Balksee und einem im Bereich der Windpotenzialfläche synchron durchgeführten — Dauerbeobachtungen lassen bislang ebenfalls keine regelmäßigen Nahrungsflüge über das Plangebiet erkennen. Zwar gab es insgesamt 2 Sichtungen im Bereich der Potenzialfläche (eine am 27.04.2015 im Südosten und eine am 03.07.2015 im Westen), doch liegt diese Nachweis zahl im normal erwartbaren Bereich bei dieser Entfernung zum Brutplatz einer so hoch mobilen Art. Auch ließen die Sichtungen am Balksee, den die ansässigen Seeadler zumindest ab dem Spätf Frühjahr und Sommer ganz überwiegend zur Nahrungssuche nutzten, keine zielgerichteten Nahrungsflüge in Richtung Potenzialfläche erkennen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich. - Es wird bestätigt, dass die Potenzialfläche in der Achse vom Seeadler-Horst im Bereich des Balksees und dem Gebiet des Stinstedter Sees liegt.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.31	E-N	Auch bei der Rohrweihe stiegen die Beobachtungszahlen ab Mitte Juni an. Bestimmte räumliche Präferenzen sind dabei allerdings (noch) nicht erkennbar. Alle durch die Dauerbeobachtungen kontrollierten Flächeneinheiten wurden ähnlich (mäßig) häufig frequentiert und auch untersuchungsbegleitend ließ sich allenfalls für die an den Nordosten des „Engeren“ Untersuchungsgebietes anschließenden, bereits zum NSG „Balksee und Randmoore“ gehörenden Flächen eine Häufung der Nachweise erkennen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich. - Für die Rohrweihe hat die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten einen Mindestabstand von 1.000 m empfohlen.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.32	E-N	Ganz im Süden des „Erweiterten Untersuchungsraums“ gelangen zudem Anfang Juni zwei Beobachtungen der Wiesenweihe.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich. - Für die Wiesenweihe hat die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten einen Mindestabstand von 1.000 m und einen Prüfbereich von 3.000 m empfohlen.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.33	E-N	Eine Reihe von Feststellungen im März und April lassen auf eine regelmäßige Nutzung des Gebietes durch durchziehende bzw. überwinternde Kornweihen schließen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.34	E-N	3.4 „Großvögel“: bisherige Tendenzen zur Raumnutzung Aus dieser — aus planungstechnischen Gründen zusammengefassten und nicht systematisch definierten — Gruppe sind im Untersuchungstau Weißstorch, Kranich und Graureiher sehr präsent.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.35	E-N	Der Weißstorch brütet mit mehreren Paaren in Odisheim und damit nächstgelegen mindestens rund 3 Kilometer nordwestlich der Potenzialfläche. Allerdings haben Anwohner in den Einzelsiedlungen von Sankt Joost, nördlich von Stinstedt, erst vor kurzem insgesamt 4 Nistmasten errichtet, die alle innerhalb des 1000 Meter-Radius' zur Windpotenzialfläche und damit auch innerhalb des durch den NLT (2014) und der LAG VSW (2014) empfohlenen Horstschutzbereichs liegen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich. - Es wird bestätigt, dass es mehrere Weißstorch-Vorkommen in Odisheim gibt; nach hier vorliegenden Daten sind fünf Vorkommen in der Gemarkung Odisheim bekannt. Das zur Potenzialfläche 024 nächstgelegene Weißstorch-Vorkommen ist das Vorkommen in Bülkau-Bovenmoor, mit einem Abstand von etwa 2,1 bis 2,2 km.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.36	E-N	Neben den Brutvögeln aus Odisheim sind im Untersuchungsraum v.a. Nichtbrüter, die sich z.T. zu kleinen Verbänden zusammengeschlossen haben und auch zeitweise mit bis zu 15 Individuen gemeinsam einen Schlafplatz auf Eichen am „Jooster Feld“ (westlichen 000 Meter-Radius) nutzten, zu beobachten.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P125b	P125b.37	E-N	Die größten Nahrungstrupps mit bis zu 9 Individuen wurden während Mäharbeiten am „Watchpoint“ Odisheim (nahe „Wildes Moor“) beobachtet. Ein fachkundiger Anwohner berichtete von dortigen Ansammlungen von sogar bis zu 23 Individuen. Eine recht hohe Präsenz zeigen Weißstörche v.a. seit Anfang Juni auch in den Wiesengebieten des nördlichen „Engeren“ Untersuchungsgebietes, wo bis zu 6 Individuen gleichzeitig anwesend waren. Weniger häufig wurden Nahrung suchende Weißstörche im Bereich der Windpotenzialfläche beobachtet, aber auch dort kam es nach der Mahd von Wiesen zu Ansammlungen von bis zu 4 Individuen (26.06.2015). Zudem wurde die Fläche gelegentlich von Weißstörchen überflogen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.38	E-N	Kraniche mit Reviervverhalten ließen sich im März und April im nordöstlichen und westlichen „Erweiterten“ Untersuchungsraum — also außerhalb des 1000 Meter-Radius — beobachten. Ab Juni wurden dann auch paarweise auftretende Kraniche im südlichen „Erweiterten“ Untersuchungsraum und vereinzelt auch im „Engeren“ Untersuchungsgebiet angetroffen, allerdings stets ohne Jungtiere. Ab Mitte Juni kam es verstärkt zu Nachweisen von Nichtbrüter-Trupps. Auf der Windpotenzialfläche gelang allerdings nur eine Beobachtung von 8 Individuen auf einer gemähten Wiese. Häufiger waren solche Trupps (maximal 11 Individuen) auf den Grünlandflächen am Beobachtungspunkt „Odisheim“ und die bislang größte Ansammlung wurde am 21.07.2015 auf den Wiesen nördlich des Beobachtungsstands im Süden des TUG „Ost“ festgestellt, wo 15 adulte Kraniche gemeinsam Nahrung suchten.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.39	E-N	Graureiher sind v.a. an den Gräben und kleinen Teichen im Nordosten des „Engeren“ Untersuchungsgebietes und dem angrenzenden nordöstlichen „Erweiterten“ Untersuchungsraum zu beobachten. Die größten Ansammlungen mit maximal 9 Individuen wurden allerdings am Beobachtungspunkt „Odisheim“ erfasst (29.06.2015). Im Bereich der Windpotenzialfläche wurden Graureiher dagegen bislang meist nur überfliegend beobachtet.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.40	E-N	Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen lässt sich für keine der drei „Großvogel“-Arten — Weißstorch, Kranich und Graureiher — eine gegenüber anderen Bereichen des Untersuchungsraums erhöhte Bedeutung der Windpotenzialfläche als Nahrungsraum erkennen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.41	E-N	3.5 Bisherige Ergebnisse der Gastvogeluntersuchungen Wie im Abschnitt 2 aufgeführt, konnte die frühe Heimzugperiode, die u.a. auch den planungsrelevanten Zug von Gänsen, Kranichen, Kiebitzen oder Goldregenpfeifer umfasst, wegen der frühen, schon im Februar einsetzenden milden Südwestströmung, die zu vergleichsweise frühen Zugbewegungen dieser Artengruppen führte, nicht mehr vollständig erfasst werden und muss in der kommenden Heimzugperiode im Frühjahr 2016 entsprechend berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.42	E-N	Auffällig waren aber während der Begehungen im März und z.T. auch noch im April die hohen Zahlen von im Untersuchungsraum anwesenden Graugänsen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial und Bewertungstabellen ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.43	E-N	Im späteren Verlauf der Heimzugperiode gelangen dann innerhalb des „Engeren“ Untersuchungsgebietes u.a. Nachweise rastender Flussregenpfeifer (auch balzfliegend), Waldwasserläufer, Schnatterenten, Braunkehlchen und Steinschmätzer.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial und Bewertungstabellen ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.44	E-N	Ab Mitte Juni kam es verstärkt zu Sichtungen von Rasttrupps von Kiebitzen und Großen Brachvögeln auf ihrem Frühsommerzug, bei dem sie sich nach Verlassen der Brutplätze zunächst einmal in Gebieten versammeln, die noch nicht den späteren Herbstrastplätzen entsprechen müssen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial und Bewertungstabellen ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.45	E-N	Kiebitze waren (bzw. sind z.T. noch) in Trupps mit zu 70 Individuen v.a. überall dort, wo kurzrasiges Grünland zur Verfügung stand — auch im Bereich der Windpotenzialfläche —, anzutreffen. Sehr häufig waren die Gruppen auf Flügen zwischen verschiedenen Flächen zu beobachten. Offensichtlich nutzen die Kiebitze sehr flexibel verschiedenste, temporär als Nahrungshabitate geeignete Flächen innerhalb des Untersuchungsraums. Dies ist für die naturschutzfachliche Bewertung des Beeinträchtigungspotenzials möglicher WEA bedeutsam, da trotz der Entwertung einzelner bislang durch die Art genutzter Flächen, die aufgrund des Meideverhaltens rastender Kiebitze (vergl. u.a. REICHENBACH EI AL., 2004) anzunehmen wäre, die Rastraumfunktion des Gesamtgebietes erhalten bliebe.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial und Bewertungstabellen ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.
P125b	P125b.46	E-N	Ähnlich ist die Situation für den Großen Brachvogel einzuschätzen. Auch von dieser Art wurde ab Mitte verstärkt kleinere Rasstrupps mit maximal 20 Individuen beobachtet, die unterschiedliche Flächenbereiche im Gesamtuntersuchungsraum nutzten. Allerdings ließ sich bislang beim Großen Brachvogel deutlicher als beim Kiebitz durchaus eine Präferenz für einzelne Flächen im Bereich der Potenzialfläche erkennen.	Kenntnisnahme. - Ohne Kartenmaterial und Bewertungstabellen ist eine Prüfung nicht möglich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.01	A	als Windparkplaner und -betreiber sind wir - die wpd Windpark Nr. 301 GmbH & Co. KG - von der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 des Landkreises Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015, betroffen. Im Gebiet Osten Isensee haben wir bereits ca. 30 Nutzungsverträge zur Errichtung und zum Betrieb von Windkraftanlagen abgeschlossen und umfangreiche Dispositionen zur Planung von Windkraftanlagen getätigt. Wir begrüßen daher die Wiederaufnahme des Gebietes Osten Isensee in das Regionale Raumordnungsprogramm.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.02	A	Im Hinblick auf die uns bekannte Stellungnahme der Gemeinde Osten vertreten durch Herrn Professor Dr. Martin Gellermann wollen wir nochmals auf die dort erwähnten Punkte eingehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.03	SO 31	1. Schwebefähre Osten Hemmoor Eine denkmalpflegerische Abwägung ist erfolgt und eine Prüfung der denkmalschutzrechtlichen Belange sind insbesondere im Hinblick auf die Schwebefähre ausführlich erfolgt. Ein Gutachten der Unesco ist für die denkmalschutzrechtliche Abwägung nicht erforderlich, da es hier nicht darum geht, ob der Antrag auf Anerkennung des Welterbestatus von der Ausweisung des Gebiets als Vorranggebiet für die Windenergie betroffen ist.	Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten.	Nicht zu berücksichtigen.
P126	P126.04	SO 31	2. Naturschutzrechtliche Eignung des Vorranggebietes Nr. 31 Osten Isensee Das Gebiet Osten Isensee ist aufgrund intensiver landwirtschaftlicher Bewirtschaftung und fehlender naturschutzrechtlichen Konflikten für die Windkraft sehr geeignet. Mit der Ausweisung des Gebiets mit der aktuellen Gebietskulisse mit einer Flächengröße von 154 ha folgt der Landkreis Cuxhaven sinnvoll und konsequent der Vorgehensweise, größere Flächen als Vorranggebiet zu bevorzugen, um die Windenergie räumlich konzentriert zu bündeln und das Landschaftsbild so wenig wie möglich durch möglichst wenige, große Standorte zu schützen. Die Potentialflächen 008 und 122 gebiet sind auch naturschutzrechtlich sehr wohl als Vorranggebiet für Windenergie geeignet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.05	SO 31	Zwar ist richtig, dass sich der westliche Teil der Potentialfläche 008 innerhalb des 2.000 m Prüfbereichs mehrerer Weißstorch-Vorkommens befindet. Dies führt jedoch nicht zu einer pauschalen Ungeeignetheit der Flächen. Es ist nämlich aufgrund eines von und eingeholten Gutachtens davon auszugehen, dass allein aufgrund der Entfernungen die Brutpaare durch die Windkraft in diesen Flächen nicht beeinträchtigt werden. Der Gutachter kam nämlich zum Ergebnis, dass trotz der in der Umgebung vorhandenen Weißstorchhorste Beobachtungen von nahrungssuchenden Weißstörchen im Bereich der Potentialfläche sehr selten waren, weshalb davon auszugehen ist, dass die Hauptnahrungsgebiete der Weißstörche außerhalb des Untersuchungsgebietes liegen. Das Gutachterbüro geht in seiner abschließenden Beurteilung daher von keiner erheblichen Beeinträchtigung der Art aus.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - In räumlicher Nähe zu den Potenzialflächen 008 und 122 gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. Der westliche Teil der Potenzialfläche 008 liegt im 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Ohne Kartenmaterial und weitere Angaben ist eine Prüfung nicht möglich. - Weitere Untersuchungen sind auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erforderlich.	Kenntnisnahme.
P126	P126.06	SO 31	Diesbezüglich führen wir derzeit nochmals eine aktuelle Raumnutzungsstudie zu allen im Umkreis von 2 km um die Potentialflächen vorkommenden Groß- und Greifvögeln durch, darunter auch dem Weißstorch. Dabei werden Brutplätze und Flugbewegungen der einzelnen Brutpaare genau dokumentiert und ausgewertet. Derzeit liegen noch keine Ergebnisse der Raumnutzungsstudie vor. Sollten die Ergebnisse der Raumnutzungsstudie wider Erwarten von dem bereits vorliegenden Gutachten abweichen, ist im Einzelfall zu klären, wie damit umzugehen ist, ggf. können geeignete Maßnahmenkonzepte entwickelt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.07	SO 31	Des Weiteren wird von Herrn Prof. Dr. Gellermann auf einen Brutplatz der Rohrweihe nördlich der Potentialfläche 008 hingewiesen. Zu diesem werde bei Realisierung des Windparks kein Schutzabstand von 1.000 m eingehalten. Sofern Meideeffekte befürchtet werden, liegen bereits seit 2007 Ergebnisse einer umfassenden Studie von SCHELLER & VÖKLER vor (SCHELLER, W. & F. VÖKLER (2007): Zur Brutplatzwahl von Kranich Grus grus und Rohrweihe Circus aeruginosus in Abhängigkeit von Windenergieanlagen. Orn. Rundbrief Meckl.-Vorp. 46: 1-24.) die bei der Brutplatzwahl Meidedistanzen von maximal 150-200 m ermittelten. Diese werden im Rahmen der Planungen in jedem Fall eingehalten. Im Hinblick auf eine mögliche Kollisionsgefährdung werden derzeit die Flugbewegungen der Rohrweihe im Rahmen der laufenden Raumnutzungsstudie ausgewertet. Zwar stehen ebenso wie beim Weißstorch die Ergebnisse derzeit noch aus, generell nutzen Rohrweihen jedoch zur Nahrungssuche vermehrt Bereichen mit hohem Brachanteil so HANDKE, K., J. ADENA, HANDKE, P. & M. SPRÖTGE (2004): Räumliche Verteilung ausgewählter Brut- und Rastvogelarten in Bezug auf vorhandene Windenergieanlagen in einem Bereich der küstennahen Krummhörn (Grothusen/Ostfriesland). Bremer Beiträge für Naturkunde und Naturschutz 7: 69 - 76.), weshalb die fast ausschließlich intensiv genutzte Potentialfläche vermutlich höchstens vereinzelt aufgesucht wird.	Es wird davon ausgegangen, dass hier v.a. auf das Gutachten "Zusammenstellung der Erfassungen zu Brut-, Zug- und Rastvögeln im Bereich der geplanten Vorrangzone Nr. 31 Osten/Isensee der Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015" (Auftraggeber: Diplom-Biologe Georg Ramm, Oederquart, Auftragnehmer: Diplom-Biologe Reinhard Utzel, Gnarrenburg) Bezug genommen wird. - Die in dem vorstehend genannten Gutachten enthaltenen Informationen zur Rohrweihe sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu dem Brutpaar der Rohrweihe ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen. Das Vorkommen wird mit einem 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] berücksichtigt; hieraus resultiert eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung.	Nicht zu berücksichtigen.
P126	P126.08	SO 31	Zudem bewegt sich die Rohrweihe während des Fluges fast ausschließlich in sehr niedrigen Höhenlagen. Bei einer Untersuchung der Flughöhen von Rohrweihen in Windparks fanden 87 % aller Registrierungen in Höhen bis 30 m und weitere 7 % in Höhen von 30-60 m statt. Etwa 6 % aller Registrierungen stammen aus Höhen über 60 m und davon etwa 3 % aus Höhen über 90 m (siehe ECODA (2012): Modellhafte Untersuchungen zu den Auswirkungen des Repowerings von Windenergieanlagen auf verschiedene Vogelarten am Beispiel der Hellwigbörde.). An modernen Windenergieanlagen liegt der Rotorbereich also fast vollständig außerhalb der Flughöhen der Rohrweihe. Inwieweit größere Abstände von Windenergieanlagen zu Brutplätzen der Rohrweihe erforderlich sind, muss also im Einzelfall beurteilt werden und sollte Bestandteil der Prüfung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sein. Die Planung der wpd sieht zudem vor, auf geeigneten Flächen Strukturen zu schaffen, die für die bodenbrütende Rohrweihe ein attraktives Brut- und Nahrungshabitat darstellen. Zu Rate gezogen werden dabei auch externe Fachgutachter.	Siehe P126.07.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.09	SO 31	<p>Des Weiteren erwähnt Herr Prof. Dr. Gellermann das Vorkommen dreier Kiebitzbrutbaare am Nordrand der Fläche 008 sowie dreier weiterer Brutpaare im direkten Umfeld der Fläche 122 und fordert unter Verweis auf die Abstandsempfehlungen der LAG-VSW die Einhaltung eines Mindestabstands von 500 m. er ist der Ansicht, dass bei Nichteinhaltung dieser Pufferzone, die Möglichkeit erheblicher Störungen des Brutgeschehens sowie hiermit einhergehender Brutvogelverluste bzw. Minderungen des Reproduktionserfolges bestehe, die sich nachteilig auf den Erhaltungszustand der Population auswirken könnten.</p> <p>Die Abstandsempfehlung gilt jedoch gemäß der Angaben in den LAG-VSW (5. 32) für Dichtezentren der genannten Art. Ein solches besteht vorliegend nicht, da in der Potentialfläche intensiv genutzte Flächen dominieren, die für Arten des Extensivgrünlandes wie den Kiebitz nur eine geringe Habitateignung aufweisen. Die Siedlungsdichten der Art sind daher vor Ort gering und die Anlage von Brutplätzen auf die Randbereiche der Eignungsfläche beschränkt. Sofern für die Gemeinde Hemmoor Dichtezentren der Art definiert werden sollten, wäre in erster Linie der Hemmoorer Außendeich mit seinen ausgedehnten, extensiv genutzten Grünlandflächen hervorzuheben, auch in anderen Bereichen des Gemeindegebietes sind die Siedlungsdichten der Art deutlich höher als im Bereich der Potentialfläche.</p>	<p>Es wird davon ausgegangen, dass hier v.a. auf das Gutachten "Zusammenstellung der Erfassungen zu Brut-, Zug- und Rastvögeln im Bereich der geplanten Vorrangzone Nr. 31 Osten/Isensee der Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015" (Auftraggeber: Diplom-Biologe Georg Ramm, Oederquart, Auftragnehmer: Diplom-Biologe Reinhard Utzel, Gnarrenburg) Bezug genommen wird. - Die in dem vorstehend genannten Gutachten enthaltenen Informationen zum Kiebitz sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu den drei Brutpaaren des Kiebitzes südlich des Großen Flethes ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen; hinzu kommt ein Vorkommen des Kiebitzes nördlich des Großen Fleths. Durch die Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels erfolgt eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung. - Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.</p>	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.10	SO 31	<p>Zudem handelt es sich bei dem Kiebitz nicht um eine schlaggefährdete Art. Nach DÜRR [ (DÜRR, 1. (2015): Vogelverluste an Windenergieanlagen in Deutschland und Europa. Daten aus der zentralen Funddatei der staatlichen Fundkartei der Staatlichen Vogelschutzwarte im Landesumweltamt Brandenburg, Stand Juni 2015. Online unter: <a href="http://www.lugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm;a.33;O.de/wka_voegel_de.xls">http://www.lugv.brandenburg.de/cms/media.php/lbm;a.33;O.de/wka_voegel_de.xls</a>] ergaben sich seit 2002 deutschlandweit 6 Kollisionsopfer an WKA (abzüglich 12 nicht verifizierbarer Funde; Angaben zu Zeitpunkt, Fundort und Finder fehlen) bei einer Populationsgröße von 63.000 — 100.000 Brutpaaren [(so Bundesamt für Naturschutz (BFN) 2013): Bestand und Trend der Vogelarten (Vogelschutzbericht 2013). Online unter: <a href="http://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/presse/2014/Ergebnisse_Vogelschutzbericht_Bestand_Trend.pdf">http://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/presse/2014/Ergebnisse_Vogelschutzbericht_Bestand_Trend.pdf</a>] und 100.000— 1.000.000 Deutschland jährlich auf dem Zugweg querenden Individuen.</p> <p>Nach Hüppop [(HÜPPOP, O.; BAUER, H.-G.; HAUPT, H.; RYSLAW, T.; SÜDDECK, P. &amp; J. WAHL (2013): Rote Liste wandernder Vogelarten Deutschlands, 1. Fassung, 31. Dezember 2012. Berichte zum Vogelschutz 49/50: 23—83.3)] ist das Kollisionsrisiko des Kiebitzes allgemein als verschwindend gering einzustufen. Ein Verstoß gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 lässt sich bei Realisierung des Vorhabens also nicht ableiten.</p>	Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P126	P126.11	SO 31	<p>Zusätzlich zur angenommenen Kollisionsgefährdung wird von Herrn Prof. Dr. Gellermann von einer erheblichen Störwirkung der Windenergieanlagen auf den Kiebitz ausgegangen. Dies ist in geringem Umfang zutreffend, so konnten in der bislang umfangreichsten Studie zu der Thematik STEINBORN &amp; REICHENBACH [(STEINBORN, H. &amp; M. REICHENBACH (2011): Kiebitz und Windkraftanlagen. Ergebnisse aus einer siebenjährigen Studie im südlichen Ostfriesland. Naturschutz und Landschaftsplanung 43 (9): 261-270)] bis zu einem Umkreis von 100 m um WEA Vertreibungswirkungen nachweisen. Diese Ergebnissen decken sich auch mit anderen durchgeführten Studien unter anderem BREUER &amp; SODBECK [BREUER, W. &amp; SÜDBECK, P. (2002): Standortplanungen von Windenergieanlagen in Niedersachsen, Anforderungen und Erfahrungen hinsichtlich des Schutzes bedeutender Vogel Lebensräume. Tagungsband zur Fachtagung „Windenergie und Vögel, Ausmaß und Bewältigung eines Konflikts“, 29-30.11.01, Berlin]] und HÖTKER. [(HÖTKER, H.; THOMSEN, K.-M. &amp; H. KÖSTER (2004): Auswirkungen regenerativer Energiegewinnung auf die biologische Vielfalt am Beispiel der Vögel und der Fledermäuse — Fakten, Wissenslücken, Anforderungen an die Forschung, ornithologische Kriterien zum Ausbau von regenerativen Energiegewinnungsformen. Endbericht.))]</p> <p>Andere Habitatparameter wie Gehölzanteil oder die landwirtschaftliche Nutzung hatten gemäß der Studienergebnisse jedoch einen wesentlich größeren Einfluss auf das Vorkommen der Art. Nach Meinung der Autoren können sich möglicherweise kleinräumig ergebende Verdrängungen daher im Zuge der Eingriffsregelung gemäß § 14ff. BNatSchG kompensiert werden, eine artenschutzrechtliche Relevanz bestehe nicht (NuL 43 (9): 261-270). Selbst, sofern sich auf Einzelindividuen geringfügige Störeffekte ergeben sollten, sind populationsrelevante Störwirkungen vor dem Hintergrund der in der weiteren Umgebung bestehenden Dichtezentren der Art auszuschließen. Von der wpd werden derzeit verschiedene Flächen auf ihre Eignung zur Durchführung von Kompensationsmaßnahmen für Wiesenbrüter überprüft.</p>	Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.12	SO 31	Des Weiteren wird auf das Vorkommen eines Brutpaars der Bekassine nördlich des „Großen Fleths“ hingewiesen. Bei Realisierung des geplanten Windparks seien Kollisionsverluste oder eine Vergrämung der als störungsempfindlich bekannten Art zu erwarten. Belege für eine erhöhte Kollisionsgefahr der Art liegen jedoch nicht vor. So wurde in der Liste von Dürr (aaO) seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2001 nur ein Schlagopfer der Art verzeichnet (abzüglich einem Fund ohne Fundortangabe). Bei zusätzlicher Betrachtung der Populationsgröße der Art (5.500 — 8.500 Brutpaare, aaO BfN 2013) sowie der Deutschland jährlich auf dem Zugweg querenden Individuen (100.000 — 1.000.000, Hüppop et al. 2013 aaO) ist das Kollisionsrisiko insgesamt als verschwindend gering einzustufen.	Es wird davon ausgegangen, dass hier v.a. auf das Gutachten "Zusammenstellung der Erfassungen zu Brut-, Zug- und Rastvögeln im Bereich der geplanten Vorrangzone Nr. 31 Osten/Isensee der Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015" (Auftraggeber: Diplom-Biologe Georg Ramm, Oederquart, Auftragnehmer: Diplom-Biologe Reinhard Utzel, Gnarrenburg) Bezug genommen wird. - Die in dem vorstehend genannten Gutachten enthaltenen Informationen zur Bekassine sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu dem Brutpaar der Bekassine ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen, allerdings liegt das Vorkommen hier südliche des Großen Fleths. Das Vorkommen wird mit einem 500 m-Puffer [Mindestabstand] berücksichtigt; hieraus resultiert eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung.	Kenntnisnahme.
P126	P126.13	SO 31	Zur Störungsempfindlichkeit der Bekassine bestehen widersprüchliche Angaben. So lag bei einer Auswertung verschiedener Studien von HÖTKER et al. (2004) aaO der Mindestabstand der Brutplätze von Bekassinen zu WEA im Mittelwert bei 300 m. Nach REICHENBACH UND STEINBORN (2007 aaO) konnten hingegen auch innerhalb von Windparks Bekassinenreviere nachweisen, darunter ein Revierzentrum direkt unterhalb einer Windenergieanlage.	Siehe P126.12.	Kenntnisnahme.
P126	P126.14	SO 31	Nach den Erfassungen de externen Gutachterbüros, uns vorliegen, wurden Brutpaare der Bekassine nur außerhalb der Potentialfläche nachgewiesen. Auch zukünftig sind Ansiedlungen der Art im Bereich der Potentialfläche aufgrund der hohen Nutzungsintensitäten sehr unwahrscheinlich. Insofern ergeben sich höchstens geringfügige Störeffekte, die im Zuge der Eingriffsregelung gemäß § 14ff. BNatSchG kompensiert werden können. Negativauswirkungen auf die Population der Art sind in jedem Fall auszuschließen.	Siehe P126.12. - Das Vorkommen der Bekassine, das in dem unter P126.12 genannten Gutachten dargestellt wird, liegt unmittelbar angrenzend an die Potenzialfläche 008.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.15	SO 31	<p>In der Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Gellermann wird auch auf ein Vorkommen des Rotschenkels nördlich des Großen Fleths hingewiesen, auf den sich bei Realisierung des Windparks, ebenso wie bei der Bekassine, Störeffekte ergäben. Diesbezüglich existieren in der gängigen Literatur unterschiedliche Angaben.</p> <p>Gemäß REICHENBACH et al. (2004) sind bis zu einer Entfernung von 100-200m von den Windkraftanlagen Meideeffekte nicht auszuschließen. LANGGEMACH &amp; DÖRR (2011) geben als Mittelwert mehrerer Studien 183 m als Minimalabstand von Rotschenkelrevieren zu WEA an. Statistisch belegt ist, dass höhere Anlagen auf den Rotschenkel weniger abschreckend wirken als kleinere Anlagen (HÖTKER et al. 2004). Rotschenkel als Schlagopfer sind bisher in der zentralen Fundkartei der staatlichen Vogelschutzkarte (DÜRR, STAND 06/2015) nicht bekannt.</p>	<p>Es wird davon ausgegangen, dass hier v.a. auf das Gutachten "Zusammenstellung der Erfassungen zu Brut-, Zug- und Rastvögeln im Bereich der geplanten Vorrangzone Nr. 31 Osten/Isensee der Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015" (Auftraggeber: Diplom-Biologe Georg Ramm, Oederquart, Auftragnehmer: Diplom-Biologe Reinhard Utzel, Gnarrenburg) Bezug genommen wird. - Die in dem vorstehend genannten Gutachten enthaltenen Informationen zum Rotschenkel sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung nicht enthalten [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Eine Information zu dem Brutpaar des Rotschenkels ist dem in der Auswertung zu 011.11 genannten Gutachten zu entnehmen. Das Vorkommen wird mit einem 500 m-Puffer [Mindestabstand] berücksichtigt; hieraus resultiert eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung.</p>	Kenntnisnahme.
P126	P126.16	SO 31	<p>Auch der Rotschenkel ist für die Anlage seines Brutplatzes auf sehr extensiv genutzte, hochwüchsige und nasse Flächen angewiesen. Derartige Bereiche existieren im Bereich der Potentialflächen derzeit nur im Bereich einer Stilllegungsfläche nördlich der Fläche 122. Innerhalb der Potentialflächen sind aufgrund der hohen Nutzungsintensität keine geeigneten Bereiche zur Anlage von Brutplätzen gegeben. Insofern ergeben sich höchstens geringfügige Störeffekte, die im Zuge der Eingriffsregelung gemäß § 14ff. BNatSchG kompensiert werden können. Negativauswirkungen auf die Population der Art sind in jedem Fall auszuschließen. Dennoch werden derzeit von der wpd verschiedene Flächen auf ihre Eignung als Kompensationsmaßnahme für Wiesenbrüter überprüft.</p>	Siehe P126.15.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.17	SO 31	Es wird zudem die Unterschreitung von Abstandsempfehlungen zu Brutplätzen des Mäusebussards in der Umgebung der Potentialfläche angemerkt. Eine Abstandsempfehlung für den Mäusebussard wurde bislang nur seitens des NLT [NLT (2014): Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie. Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen. Online unter: <a href="http://www.nlt.de/pics/medien/1414133175/2014_10_01_Arbeitshilfe_Naturschutz_und_Windenergie_5_Auflage_Stand_Oktober_2014_Arbeitshilfe.pdf">http://www.nlt.de/pics/medien/1414133175/2014_10_01_Arbeitshilfe_Naturschutz_und_Windenergie_5_Auflage_Stand_Oktober_2014_Arbeitshilfe.pdf</a> ] ausgesprochen, in den Abstandsempfehlungen der Vogelschutzwarten (LAG VSW 2015) ist die Art nicht enthalten. Grund dafür ist die praktisch flächendeckende Verbreitung der Art. Mit 80.000-135.000 Brutpaaren (BFN 2013) ist der Mäusebussard die häufigste Greifvogelart Deutschlands, auch in Niedersachsen ist die Art mit 15.000 Brutpaaren häufigster Greifvogel und weist praktisch keine Verbreitungslücken auf (NLWKN 2014). Es existieren daher auch praktisch keine Potentialflächen zur Windenergienutzung, in deren direkter Umgebung der Mäusebussard nicht brütet. Das Ansetzen eines 500 m Abstandes zu Horsten des Mäusebussards würde also nicht nur die Ausweisung des genannten Windeignungsgebietes sondern auch die aller weiterer Windeignungsflächen unmöglich machen und kann daher fachlich kein Maßstab sein. Dass bei Ansetzen des NLT-Kriterienkatalogs der Windenergie im Raum Cuxhaven nicht substantiell Raum verschafft werden kann, ist auch dem Entwurf des RROP vom Juni 2015 zu entnehmen; demnach ständen (noch vor der Abwägung) lediglich 0,22% der Landesfläche für die Windenergie zur Verfügung.	Die Vorkommen des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P126	P126.18	SO 31	Zudem konnte bereits 2006 von HOLZHÜTER & GRÜNKORN [HOLZHÜTER, T. & GRÜNKORN, T. (2006): Verbleibt dem Mäusebussard (Buteo buteo) noch Lebensraum? Naturschutz und Landschaftsplanung 38: 153-157] nachgewiesen werden, dass Windenergieanlagen den Bestand des Mäusebussards nicht negativ beeinflusst. Diese untersuchten die Siedlungsdichte und den Bruterfolg (Ei- und Jungenzahl) des Mäusebussards in Relation zur Entfernung der nächstgelegenen WEA. Negative Auswirkungen konnten dabei nicht festgestellt werden, erfolgreiche Brutten fanden bis zu einer Nähe von 160 m zur nächsten WEA statt.	Siehe P126.17.	Kenntnisnahme.
P126	P126.19	SO 31	Schließlich wird befürchtet, dass sich die Aktionsradien der westlich in über 500 m Entfernung zu den Potentialflächen brütenden Waldohreule mit dem geplanten Windpark überlagert. Inwieweit dies problematisch sein sollte, wird vom Verfasser nicht weiter ausgeführt. Sofern ein erhöhtes Tötungsrisiko für das Brutpaar befürchtet werden sollte, so ist darauf hinzuweisen, dass seit Beginn der Aufzeichnungen der Vogelschutzwarte (DÜRR, Stand 06/2015) im Jahr 2002 deutschlandweit nur 8 Kollisionsoffer an WKA nachgewiesen wurden. Bei einer Populationsgröße von 26000 - 43000 Brutpaaren (BfN 2013) und 10.000 — 100.000 Deutschland jährlich auf dem Zugweg querenden Individuen (Hüppop et al. 2013) ist das Kollisionsrisiko der Art als verschwindend gering einzustufen.	Das Vorkommen der Waldohreule ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P126	P126.20	SO 31	Zudem jagt die Art, wie die meisten anderen Eulenvögel auch, sehr vegetationsnah, weshalb sich Kollisionen an Windenergieanlagen neuer Bauart allein aufgrund der Höhe des Rotors praktisch ausschließen lassen. Auch Störungen sind allein aufgrund der Entfernung des Brutplatzes zum Windpark auszuschließen. Die Bedeutung der Potentialflächen für die Avifauna ist auch vor dem Hintergrund der Angaben im Landschaftsplan zu relativieren. Demnach entspricht die Avizönose im genannten Bereich weitgehend der Avizönose der küstennahen See- und Flussmarschen nach FLADE [FLADE (1994): Die Brutvogelgemeinschaften Mittel- und Norddeutschlands. Grundlagen für den Gebrauch vogelkundlicher Daten in der Landschaftsplanung.- IHW Verlag, Eching, 879 S.], die Artengemeinschaft ist mit nur 4 (von insgesamt 8) vorhandenen Leitarten (Kiebitz, Bekassine, Rotschenkel, Austernfischer) jedoch nur unvollständig ausgebildet. Ursachen dafür sind die modernen Kulturverfahren, die starke Entwässerungen über Drainagen, dichteren Viehbesatz, zu frühe und zu häufige Mahd, hohe Düngergaben sowie Bodenverdichtungen und Grünlandumbruch mit sich bringen und die Habitatqualität für viele Wiesenvögel soweit verschlechtern, dass ihre Reproduktionsraten zur langfristigen Bestandserhaltung nicht ausreichen. Nahezu vollständige Ausprägungen der genannten Avizönose finden sich so auch nur noch in wenigen, extensiver genutzten Bereichen im Samtgemeindegebiet. In diesen Bereichen sollte die Errichtung von Windenergieanlagen selbstverständlich vermieden werden.	Siehe P126.19.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.21	SO 31	Auch das in der Stellungnahme genannte Biotop der landesweiten Biotopkartierung im Bereich der Potentialfläche 122 und zu kleinen Teilen auch im Bereich der Potentialfläche 008 stellt dabei keine Ausnahme dar. Die Kartierung des Biotops liegt bereits über 20 Jahre zurück. Gemäß Kartierprotokoll wurden bereits zum Kartierzeitpunkt keinerlei gefährdete Pflanzenarten nachgewiesen, es dominierten vielmehr weitverbreitete Arten nährstoffreicher Standorte. Inzwischen wurde der Südtel des Biotops in Acker umgewandelt und die in diesem Bereich vorhandenen Gräben durch Drainagen ersetzt. Weiter nördlich bestehen ausschließlich intensiv genutzte Grünlandflächen, die sich durch ein ubiquitäres und nitrophiles Artenspektrum auszeichnen. Beeinträchtigungen wertvoller Biotope sind durch die Planungen im Bereich der Potentialflächen 008 und 122 also nicht zu erwarten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Ein kleiner Teil im nördlichen Bereich des Gebietes 008 sowie das gesamte Gebiet 122 gehören zu einem Biotop der Landesweiten Biotopkartierung.	Kenntnisnahme.
P126	P126.22	SO 31	3. Fazit: Insgesamt sind demnach keine artenschutzrechtliche Konflikte bei Realisierung des Windparks auf den Potentialflächen 008 und 122 zu erwarten. Bedingt durch intensive Nutzungsformen sind Artenzahlen und Individuendichten der Avizönose vergleichsweise gering. Die vorgebrachten naturschutzfachlichen Bedenken gegen die Potenzialflächen sind daher nicht nachvollziehbar.	Siehe P126.04 bis 126.21.	Kenntnisnahme.
P126	P126.23	Z	Dass nach Meinung der Gemeinde Osten zudem mehrere kleiner Flächen im Nordosten des Gemeindegebietes naturschutzfachlich deutlich geeigneter sein sollten, verwundert zudem auch vor dem Hintergrund der in ihrer Stellungnahme gegen die Potentialflächen 008 und 122 vorgebrachten Argumente. So liegen auch die angeblichen Alternativflächen praktisch vollständig innerhalb der nach den Empfehlungen des NLT einzuhaltenden Schutzabstände zu Brutplätzen verschiedener Vogelarten. Zudem befinden sie sich in der Umgebung des Oedenquarier, Altendorfer und Neuländer Moors - das Vorkommen schützenswerter Vogelarten ist dort deutlich wahrscheinlicher als auf den intensiv genutzten Flächen in der Umgebung der gewählten Potentialflächen 008 und 122. Diese als naturschutzfachlich geeigneter zu bezeichnen, ist also bestenfalls auf einen Mangel an Kenntnissen zurückzuführen, wahrscheinlicher ist jedoch, dass hier der Naturschutz auf Kosten von Flora und Fauna instrumentalisiert werden soll.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft bei den einzelnen Potenzialflächen wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung.	Kenntnisnahme.
P126	P126.24	E 01	Abschließend ist festzuhalten, dass der RROP Entwurf konsequent die Vorgaben aktuellster Rechtsprechung umsetzt. Hier sei insbesondere auf das Urteil des OVG Lüneburg (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12) verwiesen. Der Planung liegt insbesondere ein nachvollziehbares, schlüssiges gesamtträumliches Planungskonzept zu Grunde (vgl. Nds. OVG, Urt. V. 28.1.2010 — 12 LB 342/07 -, juris Rdn. 35 ff, 37; Urt. V. 11.7.2007 — 12 LC 18/07 -, juris RUn. 47; Beschl. V. 29.8.2012 — 12 LA 194/fI -, NordÖR 2012, 494, juris).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.25	E 01	Auch die Festsetzung der Mindestabstände von 500m zur Wohnnutzung im Außenbereich sowie von 1000m zur Wohnnutzung in geschlossenen Ortschaften ist zu begrüßen. Hier sei auf verschiedene Regionalplan-Verfahren in Niedersachsen und Deutschland verwiesen, die in ähnlicher Form Mindestabstände definiert haben, oder teilweise sogar geringere Abstände festgesetzt haben (z.B. die am 29.05.2015 in Kraft getretene 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 - Teilabschnitt Windenergie des Landkreis Nienburg/Weser, welche Abstände von 500m/ 800m vorsieht). Es ist damit in einem ausreichenden Maße Schutz im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes und zur Minimierung von Nutzungskonflikten geleistet. Dabei ist darauf zu verweisen, dass im späteren Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) die geltenden Schutzansprüche des Menschen (insbesondere zum Schall (TA-Lärm) sowie zum Schattenwurf (LAI-Hinweise)) erneut detailliert geprüft werden. Eine Einhaltung geltender Immissions-Richtwerte ist durch die Kontrolle des Landkreis Cuxhaven sichergestellt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.26	E 01	Des Weiteren wird das Landschaftsbild durch die Ausweisung möglichst weniger, großer Standorte geschützt und die Windenergie konzentriert. Es wird hervorgehoben, dass der Belang das Landschaftsbild zu schützen und Windenergieanlagen an geeigneten, ausreichend großen Standorten zu bündeln, höher gewertet wird, als viele kleinere Standorte zu ermöglichen. Aus diesem Grund wurde aus gutem Grund die Errichtung von mindestens 3x Windenergieanlagen (WEA) mit 150m Gesamthöhe als Anforderung an einen Vorrangstandort definiert. Es wird von einem dafür benötigten Flächenbedarf von 19 ha ausgegangen. Diese Vorgehensweise ist schlüssig.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.27	A	Grundsätzlich ist nicht erkennbar, dass eine Klage von Dritten gegen das Gesamtkonzept des RROP in seiner aktuellen Form noch gegen die Ausweisung des Gebiets Osten-lensee (Detailkarte 31) in seiner aktuellen Form erfolversprechend ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126	P126.28	SO 31	Sollte das Gebiet Osten-Isensee in seiner jetzigen Form (Detailkarte 31, 154 ha) nochmals aus nicht nachvollziehbaren Gründen wesentlich eingeschränkt werden, was im weiteren Verfahren des RROP zu einer deutlich verkleinerten Gebietskulisse führen würde, so sehen wir erhebliche Defizite in der Abwägung, was erneut juristische Schritte unsererseits zur Folge haben könnte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P126	P126.29	A	Wir begrüßen die solide Arbeit des Amt für Bauaufsicht und Regionalplanung und ermutigen zur Fortführung des mit dem RROP Entwurf 2015 eingeschlagenen Weges.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P127	P127.01	SO 03	Im Gegensatz zu dem Entwurf aus dem Jahre 2014 ist auf der Sonderbaufläche Belum keine Potentialfläche mehr ausgewiesen (vgl. Detailkarte 3 Standort Belum). Im Windpark stehen bereits acht Windenergieanlagen (WEA) mit einer Gesamtanlagenhöhe von jeweils 100 Meter.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P127	P127.02	SO 03	1. Keine Erklärung für Änderung der Gebietsausweisung Eine überzeugende Begründung, wonach die Sonderbaufläche als Vorranggebiet nicht geeignet ist, lässt sich dem Entwurf nicht entnehmen. Laut Begründung stehen einer Ausweisung „schwerwiegende naturschutzfachliche Belange“ (Entwurf RROP 2015, Begründung, 5. 54) entgegen. Insoweit ist nicht überzeugend und plausibel dargestellt, warum der bereits bauleitplanerisch gesicherte Bereich einem Repowering zugänglich sein soll, aber eine Erweiterung der Fläche aus naturschutzfachlicher Sicht ausgeschlossen sein soll.	Im Bereich Belum liegt nach Anwendung des einheitlichen Planungskonzepts keine Potentialfläche vor, die als Vorranggebiet ausgewiesen werden könnte bzw. die als Potentialfläche entfallen ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P127	P127.03	SO 03	Grundsätzlich sind natur- und artenschutzrechtliche Anforderungen bei der Realisierung eines Windparkprojektes einzuhalten. Daher ist es nachvollziehbar und richtig, solche Flächen auszuschließen, die eine besondere Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege aufweisen und deren Werte mit dem Bau oder Betrieb der WEA zerstört oder erheblich beeinträchtigt werden. Vorliegend besteht aber die Besonderheit, dass bereits acht WEA in diesem Gebiet errichtet sind, was für ein grundsätzlich geringes Konfliktpotenzial spricht.	Siehe Stellungnahme P127.02	Nicht zu berücksichtigen.
P127	P127.04	SO 03	Es erscheint fraglich, ob die Herausnahme der Potentialfläche tatsächlich erforderlich ist und dem Abwägungsgebot genügt. So wird bereits nicht hinreichend deutlich, aufgrund welcher Informationsquellen und Untersuchungen der Landkreis zu dieser Einschätzung gelangt ist und ob überhaupt eine sachverständige Begutachtung stattgefunden hat.	Siehe Stellungnahme P127.02	Nicht zu berücksichtigen.
P127	P127.05	SO 03	2. Keine Konflikte mit den genannten Vogelarten Die artenschutzrechtlichen Einwände gegen die Ausweisung des Windparkgebietes sind unserer Ansicht nach nicht nachvollziehbar und unberechtigt. Ein Konflikt mit den genannten Vogelarten ist nicht anzunehmen. Dies haben die von der PNE in Auftrag gegebenen artenschutzrechtlichen Untersuchungen, die an 10 Terminen von März bis Anfang Juni 2015 durchgeführt wurden, ergeben.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 4 bis 6]. - Auch unter Berücksichtigung der Vorbelastungen durch vorhandene Windenergieanlagen kommen lediglich Teile der Sonderbaufläche Windenergienutzung für ein Repowering in Betracht. Die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Hindernisse sind gravierend. - Über die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche der fünf Windparks "Misselwarden", "Nordholz/Cappel-Neufeld", "Nordholz/Spieka-Neufeld", "Padingbüttel" und "Wremen-Schottwarden" hinaus gilt die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 auch für die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche der drei Windparks "Belum", "Loxstedt-Stotel" und "Wremen-Grauwalkkanal". - Im Hinblick auf die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" ist eine vertiefende Prüfung auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erforderlich.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.06	SO 03	Es ist Ihnen zunächst dahingehend zuzustimmen, dass es im Umfeld von einem Kilometer des angedachten Standortes Kiebitz - Vorkommen gibt. Die lokale Kiebitz-Population würde durch die WEA auf dem Gebiet der Sonderbaufläche aber nicht erheblich gestört. Kiebitze sind zwar insoweit reviertreu, als dass sie ihr Nest jedes Jahr innerhalb eines bestimmten, großflächigen Gebiets neu anlegen. Welche Flächen sie konkret nutzen, entscheidet sich vorrangig anhand der im Frühjahr vorherrschenden Vegetation. Auf intensiv bewirtschafteten Grünlandflächen, wie etwa der in Rede stehenden Sonderbaufläche, verschiebt sich die Revierbesiedelung vor allem witterungsbedingt, weil Kiebitze Ende März (bei milder Witterung und niedrigen Wasserständen) bereits hoch aufgewachsene Grünlandflächen meiden und die Brutplätze sich infolgedessen auf Ackerflächen verlagern. So kommt es auch auf dem Gebiet der Sonderbaufläche aufgrund der Größe und Bearbeitung der Ackerschläge im Verlauf der Brutsaison zu wechselnden Besiedlungsschwerpunkten der Kiebitze und damit zu teilweise erheblichen Revierschiebungen. Auf die lokale Kiebitz-Population haben diese Revierschiebungen aber keine Auswirkungen. Ganz im Gegenteil zeigen sie, dass Kiebitze in der Lage sind, sich etwaigen WEA anzupassen und auf geeignetere Brutplätze im Umkreis auszuweichen. Die Anpassungsfähigkeit zeigt sich insbesondere, weil im Umfeld bereits WEA errichtet wurden und es zu keinerlei Auswirkungen auf die Kiebitz-Population gekommen ist. Als Schlagopfer wurde der Kiebitz bisher kaum festgestellt, so dass eine Kollisionsgefahr nicht besteht.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 4 bis 6]. - Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung liegen sechs Kiebitz-Vorkommen; in räumlicher Nähe befinden sich weitere 12 Kiebitz-Vorkommen. Die gesamte Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" wird durch die 500 m-Puffer zu Kiebitz-Vorkommen abgedeckt. - Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P127	P127.07	SO 03	Auch an dieser Stelle wäre zudem unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zunächst zu prüfen gewesen, ob beispielsweise durch Ausgleichsflächen oder andere mildere Maßnahmen dem Kiebitz-Vorhaben begegnet werden kann.	Siehe P127.06.	Kenntnisnahme.
P127	P127.08	SO 03	Darüber hinaus werden die NLT Abstandsempfehlungen zum Kiebitz (500 Meter) angewendet, ohne die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Lüneburg zu berücksichtigen, das einen Meideabstand des Kiebitz von max. 200 Meter akzeptiert hat (Verwaltungsgericht Lüneburg, Urteil vom 16.02.2012, 2 A 170/1 1).	In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung wird angegeben: "(...) Hierzu ist anzumerken, dass ein Mindestabstand von 500 m für den Kiebitz wohl als fachlich strittig einzuschätzen ist. Eine Umsetzung eines Mindestabstandes von 500 m würde in einer Vielzahl von zu prüfenden Gebieten zu erheblichen Problemen führen; insoweit sind nur größere Zahlen von Kiebitz-Vorkommen bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden."	Kenntnisnahme.
P127	P127.09	SO 03	Der Hinweis auf 12 weitere Vorkommen (Entwurf RRQP 2015, Begründung, 5. 54) mag ebenfalls korrekt sein, wenngleich nicht erkennbar ist, welche Vorkommen hier tatsächlich gemeint sind. Um einen fehlerfreien Abwägungsvorgang sicherzustellen wäre es erforderlich, dass die betroffenen Arten namentlich genannt werden und die konkreten Gefährdungen, die von den WEA für diese Vogelarten ausgehen, bewertet werden. Laut unserer Untersuchungen wurden im Umkreis von einem Kilometer noch Schafstelze, Feldlerchen, Schwarzkehlchen, Wiesenpieper, Mäusebussard (davon ein Paar auf dem ehemaligen Militärgelände), Turmfalken und Sumpfrohrsänge beobachtet. Eine Gefährdung dieser Vogelarten konnte nicht festgestellt werden. Vielmehr handelt es sich bei diesen Arten um nicht WEA-empfindliche Arten.	Siehe 127.06. - Bei den 12 Vorkommen handelt es sich um Kiebitz-Vorkommen; dieser Satzteil ist in der Begründung/Erläuterung [Seite 54] nur durch ein Semikolon vom vorherigen Satzteil abgetrennt. Der nachfolgende Satz bezieht sich ebenfalls auf die Kiebitz-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P127	P127.10	SO 03	Insbesondere befinden sich auf dem Gebiet der Sonderbaufläche auch keine Brutplätze der Rohrweihe. Die Rohrweihe war im Rahmen der getätigten Beobachtungen lediglich als unregelmäßiger Nahrungsgast zu beobachten. Als Groß- und Greifvogel gehört die Rohrweihe sowieso nicht zu den Arten, die gegenüber WEA störfähig sind. Dies zeigt sich dadurch, dass die Rohrweihe das in Rede stehende Gebiet auch nach der Errichtung und während des Betriebs der WEA als Nahrungshabitat nutzt. Dabei ist sie keinem Risiko ausgesetzt, denn sie jagt in niedrigen Flughöhen von wenigen Metern über dem Boden und ist daher durch die Drehbewegungen der Rotorblätter von WEA nicht gefährdet. Höher fliegt die Rohrweihe lediglich zur Balz oder zur Beuteübergabe. Da die Rohrweihe ihren Brutplatz jährlich wechselt und sie sich nicht in der unmittelbaren Nähe von WEA niederlassen wird, besteht keine Gefahr für sie.	Es ist nicht bekannt, dass in der Begründung/Erläuterung und in der Naturschutzfachlichen Einschätzung festgestellt worden wäre, dass sich innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" oder in räumlicher Nähe hierzu ein Vorkommen der Rohrweihe befindet. - Es gibt jedoch Hinweise aus einem Gutachten, dass sich im Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" ein Nahrungshabitat der Rohrweihe befindet; die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2011.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.11	SO 03	Vogelarten wie Weißstörche, Rotmilane, Schwarzmilane, Baumfalken, Wiesenweihen, Seeadler, Uhu, Wachtel oder Großer Brachvogel und somit solche Arten, die besonders empfindlich auf WEA reagieren, wurden nicht beobachtet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die Anlage zur Stellungnahme des Naturschutzamtes vom 13. August 2015 [Seite 4 bis 6]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P127	P127.12	SO 03	Desweiteren behauptet der Landkreis, ohne nähere Differenzierung die Sonderbaufläche liege in einem „Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung.“ Eine derartig pauschale Aussage ist nicht geeignet als Argument im Rahmen des Abwägungsvorgangs herangezogen zu werden. Es muss vielmehr auch hier nach konkreter Vogelart differenziert werden. Dann ist abzuwägen, ob unter Berücksichtigung des Gebots der Verhältnismäßigkeit Maßnahmen getroffen werden können, um Konflikte mit den Gastvögeln möglicherweise zu vermeiden.	In der Begründung/Erläuterung [Seite 54] wird im Hinblick auf die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Belum" festgestellt: "Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb eines Gastvogellebensraums mit nationaler Bedeutung, einem Ausschlussgebiet nach dem Kriterienkatalog. Maßgeblich ist hier die Art Weißwangengans. Der Gastvogellebensraum weist für die Arten Höckerschwan und Sturmmöwe eine lokale Bedeutung auf."	Kenntnisnahme.
P127	P127.13	SO 03	Insbesondere wurden bei den Untersuchungen für den Windpark Belum auch keine Weißwangengänse gesichtet. Auch über Bestände von Höckerschwan und Sturmmöwe und eine lokale Bedeutung sind keine Anhaltspunkte bekannt oder dargelegt.	Es ist aus der Einwendung nicht ersichtlich, um welches Gutachten es sich seitens des Einwenders handelt. - Die in der Begründung/Erläuterung [Seite 54] genannten Daten zum Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung für die Weißwangengans stammen aus Untersuchungen zum Neubau der B73 (B73n).	Nicht zu berücksichtigen.
P127	P127.14	SO 03	Zusammenfassend ist die Bewertung „schwerwiegende naturschutzfachliche Belange“ unzutreffend und fraglich, ob das aus dem Abwägungsvorgang gewonnene Ergebnis verhältnismäßig ist. Wir bitten Sie daher noch einmal unter Berücksichtigung der Belange der erneuerbaren Energien und des Naturschutzes zu prüfen, ob auf eine Ausweisung tatsächlich verzichtet werden muss.	Siehe P127.05 bis P127.13. - Die Bewertung mit "schwerwiegende naturschutzfachliche Belange" ist zutreffend. - Da es sich bei einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung um eine weiche Tabuzone handelt und hier mithin keine Potenzialfläche (mehr) vorhanden ist, ist in diesem Bereich kein Vorranggebiet Windenergienutzung "Belum" möglich.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.01	SO 09	Im Entwurf des RROP 2015 ist das Windparkgebiet Geversdorf-Oberndorf nicht mehr als Windvorranggebiet ausgewiesen, im Gegensatz zum RROP 2012 und zum Entwurf des RROP 2014. Diese Entscheidung wird im Umweltbericht — Teil C — zum RROP 2015 wie folgt begründet: „Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei zwei Kriterien (windenergieempfindliche Vogelarten, Landschaftsbild) zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.“ Diese Einschätzung ist fehlerhaft. Eine auf dieser Einschätzung basierende Abwägungsentscheidung, die zum Entfall der seit über drei Jahren vorgesehenen Vorranggebietseinstufung führt, wird ebenfalls fehlerhaft. Wichtige Tatsachen sind bei der Erstellung des Umweltberichts und in der Abwägung selbst nicht berücksichtigt worden. Im Einzelnen:	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")].	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.02	SO 09	<p>1. Zu windenergieempfindlichen Vogelarten</p> <p>In 2. Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen des Umweltberichtes werden unter 2.2 „Bestand, Beschreibung derzeitiger Umweltzustand“ als windenergieempfindliche Vogelarten aufgelistet:</p> <p>a) im Plangebiet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kiebitz: 7 Brutpaare</li> </ul> <p>b) innerhalb des jeweiligen (vom NLT empfohlenen) artspezifischen Mindestabstands zum Potentialgebiet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kiebitz: 12 Brutpaare</li> <li>- Rohrweihe: 3 Brutpaare</li> </ul> <p>c) außerhalb des (vom NLT empfohlenen) Mindestabstands zum Potentialgebiet, aber innerhalb des (vom NLT empfohlenen) Prüfbereichs</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kiebitz: 1 1 Brutpaare</li> <li>- Weißstorch: 3 Brutpaare</li> <li>- Seeadler: 2 Brutpaare</li> </ul>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P128	P128.03	SO 09	<p>Bestand:</p> <p>Zum Bestand möchten wir aufgrund von Gutachten aus dem Jahr 2013 und aufgrund neuer Gutachten aus Untersuchungen im Jahre 2014 die folgenden Annahmen des Umweltberichts richtig stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Rohrweihe:</li> </ul> <p>Innerhalb des artspezifischen, vom NLT empfohlenen Mindestabstands befinden sich nur 2 Brutpaare, deren Brutplätze direkt an der Oste bei Altendecken liegen und jeweils ca. 750 m vom Potentialgebiet entfernt liegen.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - In räumlicher Nähe zur Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" sind drei Rohrweihen-Vorkommen bekannt. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung liegt ein kleiner nördlicher Teil und ein großer südlicher Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu den Rohrweihen-Vorkommen. - Inzwischen liegen neuere Daten vor; demzufolge liegt der weit überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" innerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand] zu den Rohrweihen-Vorkommen; lediglich ein kleiner nordöstlicher und ein kleiner südöstlicher Teil liegt außerhalb der 1.000 m-Puffer [Mindestabstand].</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.04	SO 09	<p>- Weißstorch:</p> <p>Innerhalb des artspezifischen, vom NLT empfohlenen Prüfbereichs befinden sich nur 2 Brutpaare. Der Horst in Moorstrich befindet sich ca. 1.000 m vom Potentialgebiet entfernt. Der Horst westlich von Bentwisch befindet sich ca. 1.700 m vom Potentialgebiet.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung liegt der südliche Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" innerhalb des 2.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Weißstorch-Vorkommen. - Diese Aussage ist insoweit korrekturbedürftig, als nach derzeitigem Kenntnisstand drei Weißstorch-Vorkommen mit ihren 2.000 m-Puffern [Prüfbereich] sich auswirken (Vorkommen in Moorstrich, Bentwisch und Oberndorfer Laak).</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.05	SO 09	- Seeadler: Innerhalb des artspezifischen, vom NLT empfohlenen Prüfbereichs zum Potentialgebiet befindet sich kein Brutpaar.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.06	SO 09	Einschätzung: Hauptgründe der Einschätzung im Umweltbericht, dass voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen vorliegen, sind: a) das Vorkommen des Kiebitz im Potentialgebiet selbst und im artspezifischen Mindestabstand zum Potentialgebiet und b) die Annahme, dass drei Brutpaare der Rohrweihe im artspezifischen Mindestabstand zum Potentialgebiet vorhanden seien (in der Einschätzung besonders hervorgehoben). Für Weißstorch und Seeadler werden „Einzelfallprüfungen“ als erforderlich angesehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P128	P128.07	SO 09	zu a) Die Einschätzung zum Konflikt mit brütenden Kiebitzen ist nicht nachvollziehbar. Für alle Kiebitz-Brutpaare können Ausgleichsflächen bereitgestellt werden, wie dies bereits im laufenden Genehmigungsverfahren zum Windpark Geversdorf/Oberndorf nachgewiesen wurde. Ein Eingriff durch die Ausnutzung des Potentialgebietes kann damit vollständig ausgeglichen werden, ein ggfs. bestehender Konflikt kann gelöst werden. Deswegen kann ein Entfall des Windvorranggebiets-Status nicht mit dem Vorkommen von 7 Kiebitz-Brutpaaren im Potentialgebiet begründet werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegen nach derzeitigem Kenntnisstand sieben Kiebitz-Vorkommen; in räumlicher Nähe, teilweise unmittelbar angrenzend, befinden sich zahlreiche weitere Kiebitz-Vorkommen. - Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen. - In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung wird angegeben: "(...) Hierzu ist anzumerken, dass ein Mindestabstand von 500 m für den Kiebitz wohl als fachlich strittig einzuschätzen ist. Eine Umsetzung eines Mindestabstandes von 500 m würde in einer Vielzahl von zu prüfenden Gebieten zu erheblichen Problemen führen; insoweit sind nur größere Zahlen von Kiebitz-Vorkommen bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden."	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.08	SO 09	zu b) Die Einschätzung zum Konflikt mit brütenden Rohrweihen ist ebenfalls unverständlich. Zum Einen befinden sich die Brutpaare am Ostedeich, einem attraktiven Brut- und Nahrungsgebiet für Rohrweihen (siehe Südbeck et al, Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands, S. 248 „Lebensraum: Seenlandschaften, Astuare und Flussauen mit Verlandungszonen ...“). Zum Anderen kann auch für diese Art ein Eingriff durch die Ausnutzung des Potentialgebietes vollständig ausgeglichen werden. Dies ist im laufenden Genehmigungsverfahren nachgewiesen worden, ein ggfs. bestehender Konflikt kann ausgeräumt werden. Deswegen kann ein Entfall des Windvorranggebiets Status nicht mit dem Vorkommen von 3 (tatsächlich: 2) Brutpaaren der Rohrweihe im (empfohlenen) Mindestabstand zum Potentialgebiet begründet werden.	Siehe 128.03.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.09	E 01	Weitere Ausführungen zur Konflikteinschätzung befinden sich in dem Dokument: Begründung/Erläuterung zum RROP 2015 auf S. 31 und S. 32. Hier ist richtigzustellen: Erster Spiegelstrich: Die Feststellung, dass „der mittlere und südliche Teil einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung“ zuzurechnen sei, widerspricht den Daten des NLWKN (Quelle: wms Datenserver des NLWKN, Stand 19.08.2015). Das Potentialgebiet und deren unmittelbare Umgebung ist eine Weißfläche, die gem. NLWKN nicht als bedeutsam eingestuft ist. Insofern besteht kein Konflikt.	Die der Naturschutzfachlichen Einschätzung zugrunde liegende Datengrundlage ist weitaus umfangreicher als die Darstellung des NLWKN; gemeint ist hier augenscheinlich der Dienst "Niedersächsische Umweltkarten" ( <a href="http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/globalnetfx_umweltkarten/">http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/globalnetfx_umweltkarten/</a> ) mit dem Layer "Brutvögel - wertvolle Bereiche 2010". Die dortige "weiße" Fläche bedeutet, dass in der Datenquelle zum Dienst keine Informationen für diesen Bereich vorhanden sind; sie bedeutet nicht, dass dieser Bereich keine Wertigkeit aufweist. Der Dienst geht von den der Staatlichen Vogelschutzwarte vorliegenden avifaunistischen Daten aus ( <a href="http://www.umwelt.niedersachsen.de/service/umweltkarten/natur_landschaft/weitere_den_naturschutz_wertvolle_bereiche/brut_und_gastvoegel_wertvolle_bereiche/wertvolle-bereiche-9098.html">http://www.umwelt.niedersachsen.de/service/umweltkarten/natur_landschaft/weitere_den_naturschutz_wertvolle_bereiche/brut_und_gastvoegel_wertvolle_bereiche/wertvolle-bereiche-9098.html</a> ).	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.10	E 01	Zweiter Spiegelstrich: Es ist nicht zutreffend, dass große Teile im Süden der Potentialfläche innerhalb des 1.000 m Puffers [Mindestabstand] zu den Rohrweihe-Vorkommen liegen. Die Rohrweihen brüten im Norden direkt an der Oste. Wir verweisen auf aktuelle Brutvogelkartierungen aus dem Jahre 2014 und auf die oben genannten Ausführungen zu b).	Siehe 128.03.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.11	E 01	Dritter Spiegelstrich: Wir verweisen auf die Ausführungen zu a).	Siehe 128.07.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.12	E 01	Vierter Spiegelstrich: Die Annahme, dass die Potentialflächen vollständig innerhalb des 6.000 m Prüfbereichs zu einem Seeadler-Vorkommen liegt, ist falsch. Eine begonnene Raumnutzungsanalyse wurde im April 2015 abgebrochen und — trotz eines seit Jahren fehlenden Seeadler-Brutpaares und trotz Nachweis, dass Seeadlern das Potentialgebiet nicht nutzen — auf Forderung der Unteren Naturschutzbehörde im Mai 2015 wieder aufgenommen. Ein Konflikt besteht nicht.	Siehe 128.05.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.13	E 01	Fünfter Spiegelstrich: Eine Raumnutzungsanalyse zum Weißstorch aus dem Jahre 2014 kommt zu dem Ergebnis, dass das Potentialgebiet weder als Nahrungsgebiet noch als Überfluggebiet genutzt wird und schließt ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für den Weißstorch aus. Wegen eines nachweislich nicht bestehenden Konfliktes kann der Vorranggebiets-Status für das Potentialgebiet nicht entfallen.	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist ausgeführt, dasss Angaben zu den Prüfbereichen nicht bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden sind; hier muss jedoch eine Prüfung im Rahmen nachfolgender Planungen und Genehmigungsverfahren erfolgen [Naturschutzfachliche Einschätzung, Seite 3].	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.14	E 01	<p>Sechster Spiegelstrich: Hier wird festgestellt, dass: „Die Potentialflächen liegen in einem Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung. Maßgeblich ist hier die Art Graugans.“ Die oben zitierte Feststellung ist überholt. In aktuellen Rastvogeluntersuchungen 2014/2015 wurden erheblich weniger Graugänse festgestellt. Auch die Arten Goldregenpfeifer und Kiebitz wurden nicht mehr in regional bedeutender Anzahl festgestellt. Kormorane wurden sowohl in den Rastvogeluntersuchungen 2009/2010 als auch in den Rastvogeluntersuchungen 2014/2015 nur vereinzelt und in einer Anzahl unter regionaler Bedeutung festgestellt. Ein Konflikt von Rastvögeln mit der Potentialfläche besteht nicht.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegt in einem Gastvogellebensraum mit - mindestens - landesweiter Bedeutung. - Nach neueren Daten liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" in einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. - Voraussichtlich werden aus artenschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen Windenergieanlagen nur in einem Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung realisierbar sein.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.15	E 01	<p>Siebenter Spiegelstrich: Als weiches Tabukriterium hat der Landkreis auf 5. 12 der Begründung / Erläuterung zum RROP „Naturschutzgebiete und Puffer 200 m“ festgelegt. Dennoch wird als Begründung für den Entfall des Status als Windvorranggebiet der Konflikt aufgeführt: „Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung „Untereibe“ ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt, das Naturschutzgebiet „Schnook“ ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt. Die o. g. Entfernungen entsprechen also den Kriterien des Landkreises und dürfen nicht als potentieller Konflikt aufgeführt werden.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untereibe" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste". Die Oste ist ein Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug, v.a. für den Wegzug. - Es ist jedoch offen, wie weit sich diese Bedeutung mit zunehmender Entfernung von der Oste erstreckt. Hierzu liegen keine Untersuchungen vor (bzw. sind hier nicht bekannt). - Die Distanz zwischen dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untereibe" und dem Naturschutzgebiet "Schnook" einerseits sowie den Potenzialflächen 007 und 033 andererseits sind kein Kriterium für den Verzicht auf die Darstellung als Vorranggebiet Windenergienutzung; maßgeblich sind hier insbesondere die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Belange, einschließlich der Bedeutung als Vogelbrutgebiet und Gastvogellebensraum.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.16	E 01	<p>Abwägung:</p> <p>1. Aus der Begründung/Erläuterung, S. 31 und S. 32 ist zu entnehmen, dass die Abstandsempfehlungen des NLT bei der Einzelabwägung zur Potentialfläche Geversdorf/Oberndorf als starre Regel angewendet werden. Beispielsweise werden die NLT-Abstandsempfehlung zum Kiebitz (500 m) starr bei der Konflikteinschätzung angewendet: „Wenn die Kiebitz-Vorkommen mit einem Puffer von 500 m versehen werden, liegt die Sonderbaufläche Windenergienutzung vollständig innerhalb der 500m-Puffer“.</p> <p>Die für die Abwägung verbindlichere Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Lüneburg (16.02.2012, Az.: 2 A 170/11), das einen Meideabstand des Kiebitz von max. 200 m konstatiert, wird nicht herangezogen. An diesem Beispiel wird erkennbar, dass die Abwägung dem Charakter der NLT-Abstandskriterien (Empfehlungen) gerade nicht Rechnung trägt. Dieses Vorgehen widerspricht dem eigenen Anspruch des RROP 2015, S. 10: „Die vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien, gerade im Bereich Natur und Landschaft, weichen von diesem Empfehlungen ab. [...] Bei Verwendung des kompletten NLT-Kriterienkatalogs kann somit im Landkreis Cuxhaven der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft werden.“</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Innerhalb der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" liegen nach derzeitigem Kenntnisstand sieben Kiebitz-Vorkommen; in räumlicher Nähe, teilweise unmittelbar angrenzend, befinden sich zahlreiche weitere Kiebitz-Vorkommen. - Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen. - In den Vorbemerkungen zur Naturschutzfachlichen Einschätzung wird angegeben: "(...) Hierzu ist anzumerken, dass ein Mindestabstand von 500 m für den Kiebitz wohl als fachlich strittig einzuschätzen ist. Eine Umsetzung eines Mindestabstandes von 500 m würde in einer Vielzahl von zu prüfenden Gebieten zu erheblichen Problemen führen; insoweit sind nur größere Zahlen von Kiebitz-Vorkommen bei der Einstufung der Gebiete berücksichtigt worden."</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.17	SO 09	<p>2. Weiterhin werden behördenbekannte Tatsachen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- zur Ausgleichsfähigkeit eines Eingriffes</li> <li>- zur Bestandsbeschreibung des Potentialgebietes</li> </ul> <p>sachwidrig nicht herangezogen, sodass es zu einem Abwägungsdefizit kommt.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.18	SO 09	<p>3. Es werden Behauptungen aufgestellt, ohne diese zu verifizieren (vgl. insb. Ausführungen zu Seeadler, vierter Spiegelstrich). Von unserer Gesellschaft erhobene Daten bleiben unbeachtet und es werden Einschätzungen vorgenommen, die aber selbst nicht durch Fakten (z. B. konkrete Sichtungen mit Ort und Zeit und Flugrouten) verifiziert werden.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Aussage zur Raumnutzungsanalyse zum Seeadler bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2015, sondern auf das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.19	SO 09	4. Es werden Tatsachen zu Konflikten erklärt und als Begründung für den Entfall des Windvorranggebietsstatus herangezogen, die nicht konfliktträchtig sind. Entfernungen der Potentialflächen zu den Naturschutzgebieten dürfen nicht als Konfliktkriterium gewertet werden, wenn diese Entfernungen den weichen Tabukriterien des Landkreises entsprechen. Folglich dürfen diese auch nicht als Begründung zur Ablehnung des Windvorranggebietsstatus herangezogen werden.	Auf den Arbeitsschritt 1 zu den harten Tabuzonen und den Arbeitsschritt 2 zu den weichen Tabuzonen folgt der Arbeitsschritt 3, die Einzelabwägung. Es kann durchaus Konstellationen geben, in denen Werte und Funktionen für Natur und Landschaft durch den bei den weichen Tabuzonen festgelegten Abständen zu beachten sind.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.20	SO 09	II. Landschaftsbild In 2. Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen des Umweltberichts werden unter 2.22 Landschaft aufgeführt: „Landschaftsbild mit geringer, mittlerer und hoher Bedeutung: Ostemarsch“ Das Potentialgebiet befindet sich in einer landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebietsstruktur, die nur eine geringe Bedeutung für das Landschaftsbild hat. Die Ablehnung des Vorranggebietsstatus ist schon aus diesem Grunde nicht nachvollziehbar.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" ist im nördlichen Bereich überwiegend der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung), im südlichen Bereich überwiegend der Wertstufe 2 (= Landschaftsbild mit geringer Bedeutung) zuzuordnen. Im mittleren Bereich ist ein kleiner Teil – geschätzt etwa 10 % der Sonderbaufläche Windenergienutzung – der Wertstufe 4 (= Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) zuzurechnen. Außerhalb der Sonderbaufläche liegt die Bedeutung höher; dies betrifft die Siedlungsflächen Portshemm bzw. Bentwisch (Wertstufe 4 – Landschaftsbild mit hoher Bedeutung) bzw. den Bereich der Oste „zwischen den Deichen“ (Wertstufe 5 – Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung). In Bentwisch gibt es zwei Baudenkmale. - Die Bedeutung für das Landschaftsbild im Bereich der Potenzialflächen 007 und 033 ist kein Kriterium für den Verzicht auf die Darstellung als Vorranggebiet Windenergienutzung; maßgeblich sind hier insbesondere die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Belange, einschließlich der Bedeutung als Vogelbrutgebiet und Gastvogellebensraum.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.21	SO 09	In Kombination mit dem Argument „schutzgutübergreifend“ mit Verweis auf windenergieempfindliche Vogelarten kommt es zu einer Fehlgewichtung der Abwägung.	Siehe P128.01 bis 128.20. - Das Vorranggebiet Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" wird nicht erneut aufgenommen. Es widerspräche dem einheitlichen Planungskonzept.	Nicht zu berücksichtigen.
P128	P128.22	SO 09	Vor diesem Hintergrund möchten wir darum bitten, die Tatsachen, die der Einschätzung zugrunde liegen, zu berichtigen, die Einschätzung zu überarbeiten und die Abwägung im Sinne eines Verbleibs des Vorranggebiets-Status neu vorzunehmen.	Die Einschätzung wird beibehalten. Der Wegfall des Vorranggebiets-Status ist aus naturschutzfachlichen Gründen gerechtfertigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P129	P129.01	A	Siehe Stellungnahme P122.01	Siehe Stellungnahme P122.01	Siehe Stellungnahme P122.01
P129	P129.02	A	Siehe Stellungnahme P122.02	Siehe Stellungnahme P122.02	Siehe Stellungnahme P122.02

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P129	P129.03	A	Vor diesem Hintergrund nutzt die Energiekontor Windkraft GmbH & Co. WP SN KG gerne die Beteiligungsmöglichkeit und bittet um Beachtung der nachfolgend dargestellten Sachverhalte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P129	P129.04-12	E 11	Siehe Stellungnahme P053.95-103	Siehe Stellungnahme P053.95-103	Siehe Stellungnahme P053.95-103
P129	P129.13-18	E 01	Siehe Stellungnahme P053.65-70	Siehe Stellungnahme P053.65-70	Siehe Stellungnahme P053.65-70
P129	P129.19-20	E 11	Siehe Stellungnahme P053.71-72	Siehe Stellungnahme P053.71-72	Siehe Stellungnahme P053.71-72
P129	P129.21-37	B 06	Siehe Stellungnahme P053.78-94	Siehe Stellungnahme P053.78-94	Siehe Stellungnahme P053.78-94
P129	P129.38	A	Siehe Stellungnahme P122.38	Siehe Stellungnahme P122.38	Siehe Stellungnahme P122.38
P129	P129.39	A	Siehe Stellungnahme P122.39	Siehe Stellungnahme P122.39	Siehe Stellungnahme P122.39
P129	P129.40	A	Siehe Stellungnahme P122.40	Siehe Stellungnahme P122.40	Siehe Stellungnahme P122.40
P129	P129.41	SO 28	Dem Kartenmaterial zum Standort Nordholz/Spierka-Neufeld ist eine zeichnerisch sehr ungenaue Eingrenzung des bauplanerisch gesicherten Bereiches zu entnehmen. 6 im Jahre 2007 errichteten WEA-Anlagen sind nicht eingezeichnet. Alle vorhandenen WEA-Bestände einschließlich der im Jahre 2007 errichteten WEA-Anlagen befinden sich innerhalb der bauplanerisch gesicherten Flächen. Es sollte sichergestellt sein, dass die Flächen sämtlicher vorhandenen WEA-Bestände entsprechend in das regionale Raumordnungsprogramm digitalisiert übertragen werden.	Die Einzeichnung von Windenergieanlagen ist bei der Darstellung der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche nicht relevant. Vor Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 wurden alle bestehenden Flächennutzungspläne digitalisiert.	Nicht zu berücksichtigen.
P130	P130.01	Z	im Zuge der öffentlichen Beteiligung zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms, Teilplan Windenergie möchten wir beiliegende Stellungnahme abgeben. Neben allgemeinen Anmerkungen zum Entwurf unterbreiten wir Ihnen auch den Vorschlag die Potenzialfläche Stinstedt (Nr. 24) als Vorranggebiet Windenergie auszuweisen. Für Rückfragen steht Ihnen die Unterzeichnerin jederzeit gern zur Verfügung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.02	Z	Ziel der Stellungnahme Die NWind GmbH beantragt die Ausweisung der Potenzialfläche Stinstedt als Vorranggebiet für Windenergienutzung im Zuge der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Landkreises Cuxhaven. In Anlage 1 ist die von uns ermittelte Potenzialfläche Stinstedt dargestellt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.03	Z	Abgrenzung der Potenzialfläche Stinstedt Im Rahmen einer hausinternen Potenzialstudie hat die NWind GmbH Flächen im Landkreis Cuxhaven hinsichtlich ihrer Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung geprüft. Eine, der von uns identifizierten Flächen, befindet sich im Bereich der Samtgemeinde Börde Lamstedt / Gemeinde Stinstedt, nördlich von Stinstedt (vgl. Lageplan Anlage 1). Die Planungskriterien des Entwurfs des sachlichen Teilabschnitts Windenergie wurden bei der Abgrenzung berücksichtigt. Die Potenzialfläche Stinstedt ergibt sich anhand folgender Kriterien: 1.000 m-Abstand zu Ortslagen 500 m-Abstand um sonstige bauliche Nutzungen 500 m-Abstand zum FFH-Gebiet 500 m-Abstand zu Naturschutzgebieten 200 m-Abstand zu Biotopen	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.04	Z	Zur Ortslage Stinstedt wird ein Abstand von 1.000 m eingehalten, die sonstigen baulichen Nutzungen Sankt Joost und Eichhofsberg sind 500 m entfernt. Es ergibt sich eine Potenzialfläche von ca. 80 ha. Bei einer optimalen Beplanung ist hier die Errichtung von 6 bis 8 Windenergieanlagen der Multimegawatt Klasse möglich. Aufgrund der überdurchschnittlichen Windverhältnisse am Standort ist ein sehr guter wirtschaftlicher Betrieb der Windenergieanlagen möglich. Nutzungsverträge mit den Grundstückseigentümern liegen vor. Derzeit wird die Potenzialfläche intensiv landwirtschaftlich genutzt. Zwischen dieser Raumnutzung und der Windenergie besteht kein Raumnutzungskonflikt. Die immissionsschutzrechtlichen Vorgaben wurden geprüft und werden eingehalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.05	E 01	Die Potenzialfläche Stinstedt nach den Kriterien des sachlichen Teilabschnitts Windenergie Zur Ermittlung von Vorranggebieten Windenergie werden von der Regionalplanung Cuxhaven zuerst harte und weiche Tabuzonen ausgeschlossen. Die danach ermittelten Potenzialflächen werden ortsbezogen einer Einzelfallprüfung unterzogen und hinsichtlich unterschiedlicher konkurrierender Belange abgewogen. Abschließend ist zu prüfen, ob der Windenergie genug substantieller Raum im Planungsgebiet gegeben ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.06	E 01	Abwägung der harten und weichen Tabuzonen (Tabellen 1 und 2)  Harte Tabuzonen: Ortslage und Puffer 420 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterium erfüllt Begründung: Der Abstand wird eingehalten. Die nächstgelegene Ortschaft Stinstedt ist in 1.000 m Entfernung in südwestlicher Richtung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.07	E 01	Harte Tabuzonen: Sonstige wohnbauliche Nutzung, z.B. Einzellagen und Puffer 420 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterium erfüllt Begründung: Der Abstand wird eingehalten. Sankt Joost und Eichhofsberg liegen entsprechend unter der Vorgabe der Mindestgröße: 10 ha bzw. 10 Anwesen und sind als sonstige bauliche Nutzung zu bewerten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.08	E 01	Harte Tabuzonen: Infrastruktur (Autobahn und Abstand von 40 m, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen und Abstand von 20 m, Bahnstrecken, Trasse der Hochspannungsleitung, Bundes-wasserstraße); Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.09	E 01	Harte Tabuzonen: Wasserwirtschaft (Fließgewässer 1. Ordnung, Stehende Gewässer ab 1 ha Größe, Küstengewässer, Wasserschutzgebiete Zone 1); Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.10	E 01	Harte Tabuzonen: Vorranggebiete des Landesraumordnungsprogramms, die der Windenergienutzung entgegenstehen (Vorranggebiete Rohstoffgewinnung, Güterverkehrszentren, Seehafen/Binnenhafen, Haupteisenbahnstrecke, sonst. Eisenbahnstrecke, Autobahn, Hauptverkehrsstraße, Schifffahrt, Leitungstrasse); Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.11	E 01	Weiche Tabuzonen: Puffer um Ortslagen von insgesamt 1.000 m Potenzialfläche Stinstedt: Kriterium erfüllt Begründung: Der Abstand wird eingehalten. Die nächstgelegene Ortschaft Stinstedt ist in 1.000 m Entfernung in südwestlicher Richtung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.12	E 01	Weiche Tabuzonen: Puffer um sonstige wohnbauliche Nutzung von insgesamt 500 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterium erfüllt Begründung: Der Abstand wird eingehalten. Sankt Joost und Eichhofsberg liegen entsprechend unter der Vorgabe der Mindestgröße: 10ha bzw. 10 Anwesen und sind als sonstige bauliche Nutzung zu bewerten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.13	E 01	Weiche Tabuzonen: Infrastruktur (Flugplatzflächen, Anbaubeschränkungszonen an Autobahnen von 100 m, Bundeswasserstraßen); Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.14	E 01	Weiche Tabuzonen: Landschaftsschutzgebiet; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine Landschaftsschutzgebiete innerhalb Potenzialfläche	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Innerhalb der Potenzialfläche 024 ist kein Landschaftsschutzgebiet vorhanden.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.15	E 01	Weiche Tabuzonen: Naturschutzgebiete und Puffer 200 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: Abstand zu umliegenden Naturschutzgebieten wird eingehalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Naturschutzgebiet "Balksee und Randmoore / Basmoor und Nordahner Holz" weist einen Abstand von etwa 370 m auf.	Kenntnisnahme.
P130	P130.16	E 01	Weiche Tabuzonen: Natura 2000-Gebiete und Puffer 500 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine Natura 2000-Gebiete innerhalb der Potenzialfläche und im 500 m Puffer.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Balksee und Randmoore, Nordahner Holz" ist lediglich 500 m entfernt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.17	E 01	Weiche Tabuzonen: Nationalpark und Puffer 500 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: kein Nationalpark innerhalb der Potenzialfläche und im 500 m Puffer.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P130	P130.18	E 01	Weiche Tabuzonen: Gesetzlich geschützte Biotope ab 5 ha Fläche und Puffer 200 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: zu dem südwestlich von Eichhofsberg gelegenen Biotop besteht ein 200 m Abstand	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Innerhalb der Potenzialfläche 024 sind bisher keine gesetzlich geschützten Biotope und keine gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile erfasst worden. In räumlicher Nähe befinden sich vier gesetzlich geschützte Biotope, jeweils unter 5 ha Flächengröße ("Auf dem Wachelberge I", Flächengröße 0,19 ha, Entfernung etwa 100 m - "In der Barcheler Heide I", Flächengröße 1,24 ha, Entfernung etwa 190 m - "Gänsepohlmoor I", Flächengröße 2,52 ha, Entfernung etwa 190 m - "Sandgrube zwischen Stinstedt und Eichhofsberg", Flächengröße 0,40 ha, Entfernung etwa 300 m).	Kenntnisnahme.
P130	P130.19	E 01	Weiche Tabuzonen: Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung und Puffer 200 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Es liegen keine Daten zu den Brutvögeln bzw. zur Bedeutung als Vogelbrutgebiet vor.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.20	E 01	Weiche Tabuzonen: Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung und Puffer 500 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Nach neueren Daten liegt die Potenzialfläche 024 in einem Gastvogellebensraum mit lokaler Bedeutung.	Kenntnisnahme.
P130	P130.21	E 01	Weiche Tabuzonen: Waldflächen ab 1 ha Größe und Puffer 100 m; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: Abstand zu um liegenden Waldflächen wird deutlich eingehalten	Im nordwestlichen Bereich ist eine Waldfläche 100 m von der Potenzialfläche 024 entfernt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.22	E 01	Weiche Tabuzonen: Wasserwirtschaft: Abstand 50 m zu Fließgewässern 1. Ordnung und stehenden Gewässern ab 1 ha, Abstand 150 m ab mittlerer Tidehochwasserlinie der Küstengewässer, Wasserschutzgebiet Zone 2, Überschwemmungsgebiete; Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.23	E 01	Weiche Tabuzonen: Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms, die der Windenergienutzung entgegenstehen (Vorranggebiete Natur und Landschaft inkl. 200 m Abstand, Vorranggebiet Rohstoffgewinnung mit 100 m Sicherheitsabstand); Potenzialfläche Stinstedt: Kriterien erfüllt Begründung: keine entgegenstehenden Informationen bekannt	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.24	E 01	Einzelfallabwägung der möglichen Vorranggebiete Wegfall von Potenzialflächen, die den 4 km Mindestabstand nicht einhalten Im Landkreis Cuxhaven soll der Abstand zwischen Windparks 4 km betragen um einerseits das Landschaftsbild zu schützen und andererseits keine Restriktionen aufzugeben, die einen Ausbau der Windenergie unnötig erschweren. Die bestehenden bzw. im Bau befindlichen Windparks im Landkreis Cuxhaven, müssen bei einer neuen Planung berücksichtigt werden. Deshalb wird um die sog. bauleitplanerisch gesicherten Bereiche ein Puffer von 4.000 m gelegt. Die Potenzialfläche Stinstedt befindet sich nicht in so einer Pufferzone.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.25	E 01	Wegfall wegen zu geringer Flächengröße Die Gesamtfläche eines Vorranggebiets muss die Errichtung von mindestens 3 Anlagen mit 150 m Gesamthöhe ermöglichen. Deshalb setzt die Regionalplanung eine Mindestgröße für Vorranggebiete Windenergie von 19 ha fest. Wie eingangs erwähnt hat die Potenzialfläche Stinstedt eine Größe von ca. 80 ha, damit ist dieses Kriterium erfüllt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.26	E 01	Wegfall und Veränderung von Potenzialflächen aufgrund möglicher Beeinträchtigungen öffentlicher Belange im Einzelfall Der Katalog zu diesem Abwägungspunkt findet sich auf Seite 21 der Begründung/Erläuterung zum Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie. Keiner der aufgeführten Punkte trifft auf die Potenzialfläche Stinstedt zu.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.27	E 01	Die Potenzialfläche Stinstedt fällt unter die ermittelten 128 Potenzialflächen des Landkreises Cuxhaven und unterliegt nun der Bewertung der Unteren Naturschutzbehörde. Generell ist zu sagen, dass die Potenzialfläche durch Einhaltung aller bisherigen geprüften Kriterien für eine Windenergienutzung infrage kommt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.28	E-N	<p>Untersuchung der Potenzialflächen aus naturschutzfachlicher Sicht</p> <p>In der Tabelle S. 23 der Begründung/Erläuterung zum Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie wird auf die möglicherweise naturschutzfachlich kritischen Punkte zur Potenzialfläche Stinstedt eingegangen: (Tabelle 3)</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht entgegenstehende Belange:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Östliche Teil innerhalb 1.500 m Puffer (Mindestabstand) zu Vorkommen Rotmilan</li> <li>- Gebiet vollständig innerhalb 4.000 m Puffer (Prüfbereich) Rotmilan</li> <li>- Gebiet vollständig innerhalb 6.000 m Puffer (Prüfbereich) zu Seeadlervorkommen (Verweis auf Bios-Studie zu Flugrouten)</li> <li>- Abstand zum Nestumfeld Seeadler lediglich 4.600 m (Bios-Studie)</li> </ul> <p>Anmerkungen NWind GmbH:</p> <p>Das VG Hannover hat entschieden, dass starre Abstandskriterien nicht geeignet sind, eine Betrachtung der Raumnutzung im Einzelfall zu ersetzen (Urteil vom 22.11.2012 - 12A 2305/11). Pauschale Abstände entsprechen nicht mehr der aktuellen Rechtsprechung, vielmehr sollten durch Raumnutzungsanalysen die tatsächlichen Beeinträchtigungen ermittelt werden.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Die Potenzialfläche 024 liegt vollständig innerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Rotmilan-Vorkommen. - Die Erstellung von Raumnutzungsanalysen ist der nachfolgenden Ebene der Bauleitplanung bzw. der nachfolgenden Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zuzuordnen.</p>	Kenntnisnahme.
P130	P130.29	E-N	<p>Aus naturschutzfachlicher Sicht entgegenstehende Anmerkungen: Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung „Balksee und Randmoore, Nordahner Moor) lediglich 500 m entfernt</p> <p>Anmerkungen NWind GmbH:</p> <p>Kein Kriterium des Abwägungsprozesses, 500 m Abstand wird u.a. bei Natura 2000 oder Vogelrastgebieten (internationaler u. nationaler Bedeutung) angesetzt. Es ist fraglich, ob Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung hinsichtlich des Schutzzweckes höher zu bewerten sind.</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P130	P130.30	E-N	<p>Aus naturschutzfachlicher Sicht entgegenstehende Anmerkungen: Kleiner Teil im nordwestlichen Bereich gehört zu einem Gebiet, das Voraussetzungen für Landschaftsschutzgebiet erfüllt</p> <p>Anmerkungen NWind GmbH:</p> <p>Dies sollte bei der Abgrenzung berücksichtigt werden.</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P130	P130.31	E-N	<p>Unabhängig von unserer Einschätzung bewertet die untere Naturschutzbehörde zumindest den westlichen Teil der Potenzialfläche als bedingt geeignet für die Windenergienutzung und damit wird sie bisher nicht ausgeschlossen. Der Ausschluss erfolgt erst beim Vergleich mit konkurrierenden Potenzialflächen — hier die Potenzialfläche Stinstedt (Nr. 24) mit Odisheim (Nr. 53). Begründet wird der Ausschluss von Stinstedt mit der Verkleinerung der Potenzialfläche aufgrund naturschutzfachlicher Belange und der Lage des verbliebenen Teils im Flugkorridor des Seeadlers zwischen Balksee und Stinstedter See. Aufgrund der naturschutzfachlichen Belange wird also die Potenzialfläche Odisheim bevorzugt. Daher macht es Sinn, sich die Einschätzung der beiden Flächen im direkten Vergleich anhand der Naturschutzfachlichen Einschätzung von Potenzialflächen zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie, genauer anzuschauen: (Tabelle 4)</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P130	P130.32	E-N	<p>Kriterium Naturräumliche Gliederung;</p> <p>Stinstedt Nr. 24: Lamstedter Geest,</p> <p>Odisheim Nr. 53: Bederkesa-Stinstedter Niederung</p>	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.33	E-N	<p>Kriterium: Biotoptypen</p> <p>Stinstedt Nr. 24: Acker, Grünland-Einsaat, artenarmes Grünland feuchter Moorstandorte; kleinflächig: Mesophiles Grünland, Wälder (Birken- und Kiefernwald entwässerte Standorte) außerhalb, lineare Gehölzbestände</p> <p>Odisheim Nr. 53: Artenarmes Feuchtgrünland feuchter Moorstandorte</p>	<p>Die Aussage bzgl. der Potenzialfläche 024 ist korrekt. - Die Potenzialfläche 053 wird überwiegend durch den Biotoptyp "Artenarmes Feucht-Grünland feuchter Moorstandorte (...)" (Gf) geprägt. Jeweils kleinere Teilbereiche sind den Biotoptypen "Feucht - und Nassgrünland" (Gf) und "Mesophiles Grünland" (Gm) zuzuordnen. Des Weiteren kommen lineare Gehölzbestände vor.</p>	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.34	E-N	Kriterium: Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaft Stinstedt Nr. 24: Überwiegend Biotoptypen geringer Bedeutung, Mitte und östlicher Bereich: mittlere Bedeutung, kleinflächig: hohe Bedeutung Odisheim Nr. 53: Überwiegend Biotoptypen mittlerer Bedeutung, kleine Teile hohe bzw. sehr hohe Bedeutung, in räumlicher Nähe ebenfalls hohe und sehr hohe Bedeutung	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.35	E-N	Kriterium: Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft Stinstedt Nr. 24: Landschaftsbild Wertstufe 3 (mittlere Bedeutung), Wertstufe 4 (hohe Bedeutung) und 5 (sehr hohe Bedeutung) in räumlicher Nähe Odisheim Nr. 53: Landschaftsbild Wertstufe 4 (hohe Bedeutung), nordöstlicher Teil Wertstufe 5 (sehr hohe Bedeutung)	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.36	E-N	Kriterium: Bedeutung als Vogelbrutgebiet Stinstedt Nr. 24: Keine Daten zu Brutvögeln Odisheim Nr. 53: Westlicher Teil: Vogelbrutgebiet regionaler Bedeutung, östlicher Teil: lokale Bedeutung (Nahrungshabitate nicht berücksichtigt - Anmerkung: Es könnte durchaus Nahrungshabitate hier geben), Westlicher Teil: Vogelbrutgebiet landesweiter Bedeutung (NLWKN 2006-2010), lt. Landschaftsrahmenplan 2000 ist gesamtes Gebiet "Vogelbrutgebiet kreisweiter Bedeutung"	Die Aussage bzgl. der Potenzialfläche 024 ist korrekt. - Der westliche Teil der Potenzialfläche 053 gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; der östliche Teil gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört das gesamte Gebiet zu zwei Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Nach den NLWKN-Brutvogel-Daten 2006 und 2010 gehört der westliche, in der Gemeinde Odisheim gelegene Teil der Potenzialfläche 053 zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung. Im Landschaftsrahmenplan 2000 gehört die gesamte Potenzialfläche 053 zu einem Vogelbrutgebiet mit kreisweiter Bedeutung.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.37	E-N	Kriterium: Brutvogelarten (Mindestabstände) Stinstedt Nr. 24: Rotmilan am Tunschliker Moor (östl. Teil im 1.500m Puffer) Odisheim Nr. 53: Kiebitz-Vorkommen in räumlicher Nähe	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 20 bis 22 (= Lfd. Nr. 024 - Bei Stinstedt-Sankt Joost)]. - Die Potenzialfläche 024 liegt vollständig innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Lt. einer Studie der BIOS ist mit regelmäßigen Flügen innerhalb eines Korridors zwischen dem Balksee und dem Stinstedter See zu rechnen. Das Gebiet 024 liegt innerhalb dieses Flugkorridors und hat einen Abstand zum Nestumfeld von nur etwa 4.600 m (... hier wurden 4.400 m ermittelt). Seitens der BIOS wird das Konfliktpotenzial in Bezug auf den Seeadler als sehr hoch eingeschätzt. - Aufgrund der Einwendung wurde die Potenzialfläche 024 im Hinblick auf die derzeit bekannten Seeadler-Vorkommen einer Detailbetrachtung unterzogen; demzufolge liegt der mittlere und östliche Teil der Potenzialfläche 024 innerhalb eines möglichen direkten Flugkorridors des Seeadlers. - Im Hinblick auf den Rotmilan liegt eine Studie der BIOS vor, die ein Brutvorkommen auf den Bereich des Tunschlikers Moor eingrenzt. Das Tunschlikers Moor gehört zum Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Balksee und Randmoore, Nordahner Holz" sowie zum Naturschutzgebiet "Balksee und Randmoore, Basmoor und Nordahner Holz". In der Naturschutzfachlichen Einschätzung ist angegeben, dass der östliche Teil des Gebietes	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				<p>innerhalb des 1.500 m-Puffers [Mindestabstand] liegt. Inzwischen liegen neuere Daten vor; demzufolge befindet sich der Horst im Bereich des Basmoors. Insoweit ist die Naturschutzfachliche Einschätzung änderungsbedürftig. - Das Gebiet 024 liegt vollständig innerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Rotmilan-Vorkommen. - Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - In räumlicher Nähe zur Potenzialfläche 053 gibt es ein Kiebitz-Vorkommen. - Die Potenzialfläche 053 liegt knapp außerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. In der "Raumnutzungsanalyse zum Seeadler <i>Haliaeetus albicilla</i> im Umfeld des geplanten Windparks Odisheim/Stinstedt (Landkreis Cuxhaven) - Endbericht" kam die BIOS zu dem Schluss, dass "nach nunmehr 28 Terminen (...) von Januar bis August 2014 (...) sich kein Konflikt [zwischen] der geplanten Windkraftnutzung mit der Bedeutung des Gesamtgebietes als Lebensraum für den Seeadler [abzeichnet]". - Die Potenzialfläche 053 liegt außerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem derzeit hier bekannten Rotmilan-Vorkommen im Basmoor.</p>	



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.38	E-N	Kriterium: Brutvogelarten (Prüfbereich) Stinstedt Nr. 24: Innerhalb 6.000m Puffer (Prüfbereich) zum Seeadlervorkommen, BIOS-Studie vermutet Flüge im Korridor zwischen Balksee und Stinstedter See, Nest in 4.400 bis 4.600 m Entfernung; Innerhalb 4.000 m Puffer (Prüfbereich) von Rotmilan-Vorkommen, Atlas der Brutvögel (2005-2008): Rohrweihe, Baumfalke, Wachtelkönig, Kiebitz, Großer Brachvogel, Rotschenkel im Gebiet oder in räumlicher Nähe Odisheim Nr. 53: Innerhalb 2.000 m Puffer (Prüfbereich) zu mehreren Weißstorchvorkommen, Innerhalb 3.000 m Puffer (Prüfbereich) zu Wiesenweihe-Vorkommen, innerhalb 1.000 m Puffer (Prüfbereich) Kiebitz-Vorkommen, kleiner östl. Teil innerhalb 4.000 m Puffer (Prüfbereich) zu Rotmilan-Vorkommen, Atlas der Brutvögel (2005-2008): Baumfalke, Großer Brachvogel, Bekassine und Rotschenkel im Gebiet oder in räumlicher Nähe	Bzgl. des Seeadlers und des Rotmilans wird auf P130.37 verwiesen. - Im "Atlas der Brutvögel in Niedersachsen und Bremen 2005-2008" gibt es Hinweise auf ein Vorkommen der Rohrweihe in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe, auf ein Vorkommen des Baumfalken in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe, auf ein Vorkommen des Wachtelkönigs in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe, auf mehrere Vorkommen des Kiebitzes in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe, auf mehrere Vorkommen des Großen Brachvogels in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe, auf mehrere Vorkommen der Bekassine in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe, auf mehrere Vorkommen des Rotschenkels in der Potenzialfläche 024 bzw. in räumlicher Nähe. - Nahezu die gesamte Potenzialfläche 053 liegt innerhalb der 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu mehreren Weißstorch-Vorkommen. Die gesamte Potenzialfläche 053 liegt innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Wiesenweihen-Vorkommen. Die gesamte Potenzialfläche 053 liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Kiebitz-Vorkommen. Im "Atlas der Brutvögel in Niedersachsen und Bremen 2005-2008" gibt es Hinweise auf mögliche Vorkommen des Baumfalken in der Potenzialfläche 053 bzw. in räumlicher Nähe, auf mögliche Vorkommen des Großen Brachvogels in der Potenzialfläche 053 bzw. in räumlicher Nähe, auf mögliche Vorkommen der Bekassine in der Potenzialfläche 053 bzw. in räumlicher Nähe, auf mögliche Vorkommen des Rotschenkels in der Potenzialfläche 053 bzw. in räumlicher Nähe.	Kenntnisnahme.
P130	P130.39	E-N	Kriterium: Bedeutung als Gastvogellebensraum Stinstedt Nr. 24: Keine Daten zu Gastvögeln Odisheim Nr. 53: Gastvogellebensraum allgemeiner Bedeutung	Nach neueren Daten liegt die Potenzialfläche 024 in einem Gastvogellebensraum mit lokaler Bedeutung. Im Hinblick auf die Gastvogelarten ist die maßgebliche Art Kranich. - Die gesamte Potenzialfläche 053 liegt in einem Gastvogellebensraum mit allgemeiner Bedeutung.	Kenntnisnahme.
P130	P130.40	E-N	Kriterium: Gastvogelarten Stinstedt Nr. 24: Keine Ausführung Odisheim Nr. 53: Keine Ausführung	Siehe P130.39.	Kenntnisnahme.
P130	P130.41	E-N	Kriterium: Bedeutung als Fledermauslebensraum Stinstedt Nr. 24: keine Daten Odisheim Nr. 53: keine Daten (neue Daten aus den Antragsunterlagen zum BImSch sind nicht geprüft worden), Hadelner Kanal in räumlicher Nähe ist potenziell wertvoller Fledermauslebensraum	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.42	E-N	Kriterium: Bodentypen Stinstedt Nr. 24: Pseudogley-Podsol, Niedermoor, kleinflächig Hochmoor Odisheim Nr. 53: Hochmoor	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.43	E-N	Kriterium: Schutzgebiete und -objekte, sowie gesetzlich geschützte Biotope Stinstedt Nr. 24: Keine durch Verordnung ausgewiesenen Schutzgebiete Odisheim Nr. 53: Keine durch Verordnung ausgewiesenen Schutzgebiete, bisher keine Erfassung gesetzl. geschützter Biotope und gesetzl. geschützter Landschaftsbestandteile, allerdings im Bereich des Biotoptyps Feuchtes- und Nassgrünland Vorkommen wahrscheinlich auch aufgrund Übersichtskartierung (Sommer 2000) ist mit gesetzl. geschützten Biotopen und/oder Landschaftsbestandteilen zu rechnen.	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt. Bzgl. der gesetzlich geschützten Biotope in räumlicher Nähe zur Potenzialfläche 024 wird auf P130.18 verwiesen. Bei der Potenzialfläche 053 erfolgte die Übersichtskartierung im Sommer 2011.	Kenntnisnahme.
P130	P130.44	E-N	Kriterium: Gebiete, die die Voraussetzung für ein Schutzgebiet erfüllen Stinstedt Nr. 24: Nordwestlicher Bereich: äußerst kleiner Teil erfüllt Voraussetzungen für LSG Odisheim Nr. 53: Gesamtes Gebiet erfüllt die Voraussetzungen als Biosphärenreservat (LRP 2000), kleiner Teilbereich erfüllt Voraussetzungen als LSG	Die Aussagen sind im Wesentlichen korrekt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.45	E-N	Hinsichtlich der naturschutzfachlichen Einschätzungen der beiden Eignungsgebiete sind diese durchaus als ähnlich zu bewerten. Wie in der Tabelle 3 angemerkt, entspricht ein pauschaler Abstand mit vermeintlichen Mindestabständen zu Brutplätzen nicht mehr der aktuellen Rechtsprechung. Außerdem wird für die Fläche Odisheim die Möglichkeit einer Raumnutzungsanalyse für den Seeadler gestattet (vgl. Umweltbericht —Teil C, 5. 158), so dass im Zuge der Gleichbehandlung dies auch für die Fläche Stinstedt gelten muss.	Ein wesentlicher Unterschied liegt bei den Arten Seeadler und Rotmilan; diesbezüglich wird auf P130.37 verwiesen. - Des Weiteren gibt es unterschiedliche zeitliche Dimensionen: Die Potenzialfläche 024 nach dem RROP-Entwurf 2015 (bzw. Potenzialfläche 030 nach dem RROP-Entwurf 2014) hat bei früheren Neuaufstellungen bzw. Fortschreibungen des Regionalen Raumordnungsprogramms nie eine Rolle gespielt (einschließlich RROP 2012); erstmalig nach der Umstufung von "Ortslage" in "Sonstige wohnbauliche Nutzung" durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt im Vorfeld der Erstellung des Entwurfs 2014 gab es diese Potenzialfläche. - Die Potenzialfläche 053 wurde - in deutlich abweichender Abgrenzung - erstmalig im RROP-Entwurf vom April 2010 als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt; sie war - in geringfügig abweichender Abgrenzung - auch im rechtskräftigen RROP vom Juni 2012 enthalten, bis dieses durch Urteil des OVG Lüneburg vom 14. Mai 2014 unwirksam wurde.	Kenntnisnahme.
P130	P130.46	E-N	Einige der aufgeführten Vogelarten beziehen sich auf den Brutvogelatlas 2005 — 2008. Da im Zuge des Genehmigungsverfahrens die Daten auch nur 5 Jahre Geltungsdauer haben, sollten hier ebenfalls neuere Erkenntnisse berücksichtigt werden und nicht aufgrund alter Daten mögliche Windvorranggebiete zu früh ausgeschlossen werden. Im Genehmigungsverfahren werden detaillierte avifaunistische Untersuchungen gefordert, so dass es sinnvoll ist, erst hier eine Auswahl vorzunehmen.	Die Angaben aus dem "Atlas der Brutvögel in Niedersachsen und Bremen 2005-2008" sind nur sehr grob. Sie sind jeweils im Abschnitt "Brutvogelarten [Prüfbereiche]" aufgeführt, weil es sich hier um Hinweise für die nachfolgende Ebene der Bauleitplanung bzw. die Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung handelt.	Kenntnisnahme.
P130	P130.47	E-N	Hinsichtlich Landschaftsbild ist die Fläche Stinstedt besser für eine Windenergienutzung geeignet, da sie nur mit der Wertstufe 3 (mittlere Bedeutung) bewertet wird, wohingegen Odisheim die Wertstufen 4-5 (hohe bzw. sehr hohe Bedeutung) hat.	Die Aussage ist im Wesentlichen korrekt. - Die Bedeutung für das Landschaftsbild im Bereich der Potenzialflächen 024 einerseits bzw. der Potenzialfläche 053 andererseits ist im Hinblick auf eine Darstellung als Vorranggebiet Windenergienutzung kein maßgebliches Kriterium.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.48	E-N	Bei der Bewertung des Schutzgutes Boden schneidet ebenfalls die Potenzialfläche Stinstedt besser ab. Laut Daten des NLWKN befindet sich die Potenzialfläche Odisheim in der Neubewertung des Moorschutzprogramms 1994 (Wildes Moor). In ihrer Einschätzung schreiben sie vom Bodentyp Hochmoor. Der Boden ist hier stark vernässt, so dass Windenergieanlagen voraussichtlich nur mit auftriebssicheren Fundamenten oder einer Pfahlgründung gebaut werden können. Dies wirkt sich entschieden auf die Wirtschaftlichkeit eines Projektes aus und sollte mit berücksichtigt werden.	Die Aussage ist im Wesentlichen korrekt. - Die Wirtschaftlichkeit eines Projektes fließt nicht in eine Bewertung bzw. Abwägungsentscheidung zwischen zwei Standorten ein. Einerseits wird davon ausgegangen, dass an allen ausgewiesenen Standorten Windenergieanlagen wirtschaftlich betrieben werden können, andererseits sind auf der Ebene eines Regionalen Raumordnungsprogramms nicht alle für eine Abschätzung der Wirtschaftlichkeit erforderlichen Parameter verfügbar; insoweit lässt sich die Wirtschaftlichkeit erst auf der Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens - mit Kenntnis der Standorte und des Typs der Windenergieanlagen - beurteilen.	Kenntnisnahme.
P130	P130.49	E-N	Außerdem befindet sich die Fläche Odisheim innerhalb eines Vorsorgegebiets Natur und Landschaft, Stinstedt hingegen im Bereich Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. Wie eingangs erwähnt wird die Fläche intensiv landwirtschaftlich genutzt, was sich gut mit einer zusätzlichen Nutzung als Vorranggebiet Windenergienutzung vereinbaren lässt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.50	Z	Fazit Abschließend ist festzustellen, dass die Potenzialfläche Stinstedt (Nr. 23) sich ebenso gut bzw. in einigen Punkten sogar besser für die Errichtung eines Windparks eignet, als die Fläche Odisheim (Nr. 53). Es ist nicht ersichtlich, warum Odisheim in der Abwägung bevorzugt wird.	In Bezug auf die Eignung der beiden Potentialflächen wird auf die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen. Die Abwägung zwischen den beiden konkurrierenden Potentialflächen ist nicht zu beanstanden.	Nicht zu berücksichtigen.
P130	P130.51	U	Hinsichtlich des Umweltberichts — Teil C zum Entwurf der Fortschreibung des sachlichen Teilplans Windenergie 2015 (S. 160) sind bei der Fläche Odisheim voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten (hinsichtlich windenergieempfindliche Vogelarten und Landschaftsbild), so dass die Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.	Siehe Stellungnahme P130.50	Nicht zu berücksichtigen.
P130	P130.52	E 01	Laut Begründung/Erläuterung zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms Fortschreibung sachlicher Teilabschnitt Windenergie (2015) (S. 23/24) lautet die Einschätzung zum westlichen Teil der Fläche Stinstedt „voraussichtlich bedingt geeignet“. Da, wie erläutert, pauschale Abstände zu Brutgebieten nicht mehr der Rechtsprechung entsprechen, kann auch der östliche Teil für eine Windenergienutzung infrage kommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.53	Z	Mit ca. 80 ha ist die Potenzialfläche Stinstedt um einiges größer als Odisheim (ca. 35 ha). Auch dies sollte bei der Flächenauswahl berücksichtigt werden. Eine größere Fläche bietet mehr Platz für die Errichtung von Windenergieanlagen und damit eine bessere Konzentrationswirkung.	Die Größe einer Potentialfläche ist durchaus ein Kriterium bei der Ausweisung. Noch wichtiger ist jedoch die naturschutzfachliche Eignung. Hiernach ist die Fläche des Windparks Stinstedt vorzuziehen (vgl. Begründung S. 36)	Nicht zu berücksichtigen.
P130	P130.54	Z	Daher bitten wir um erneute Prüfung und Aufnahme der Potenzialfläche Stinstedt (Nr. 23) als Vorranggebiet Windenergienutzung im Zuge der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie 2015 zum Regionalen Raumordnungsprogramm Landkreis Cuxhaven.	Die Fläche des Windparks Stinstedt ist aus naturschutzfachlichen Gründen der Potentialfläche St. Joost / Heidberg vorzuziehen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.55	A	Allgemeine Kritikpunkte zum Entwurf Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015 des Landkreises Cuxhaven (Begründung/Erläuterung; Beschreibende Darstellung; Naturschutzfachliche Einschätzung von Potenzialflächen): In den Entwurfsunterlagen werden als Datenquelle Untersuchungen von BIOS (hinsichtlich Brutvogelgebiete, Brutvogelarten, Gastvogellebensräume und Gastvogelarten) angegeben. Wenn diese sog BIOS-Daten für die Auswahl der zukünftigen Vorranggebiete Windenergienutzung von so grundsätzlicher Bedeutung sind, müssen sie als Anhang zum Entwurf bereitgestellt werden. Anders ist es nicht nachvollziehbar, warum Gebiete bevorzugt werden bzw. rausfallen.	Den bisher erstellten Naturschutzfachlichen Einschätzungen (und den Stellungnahmen des Naturschutzamtes) lagen im Wesentlichen die Daten aus der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans zugrunde. Die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Bzgl. der Vogelbrutgebiete lag beim Entwurf 2014 ein Stand vom Mai 2012, beim Entwurf 2015 ein Stand vom November 2014 zugrunde. Diese unterschiedlichen Stände können in der öffentlichen Diskussion zu Irritationen und Verwirrungen führen. - Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms in den Jahren 2008 bis 2012 wurden seinerzeit die Gebietskulissen der Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung und der Gastvogellebensräume mit internationaler bzw. nationaler Bedeutung in Form von DIN A4-Karten im Internet-Auftritt des Landkreises Cuxhaven bereitgestellt. Hier kam es in der Folgezeit jedoch teilweise zu Fehlinterpretationen, nämlich dass die übrigen Bereiche keine besondere Bedeutung hätten. - Derzeit werden auf Anfrage - gegen Erstattung des Aufwands - Umweltinformationen bereitgestellt, die sich auch auf Angaben zu Vogelbrutgebieten und Gastvogellebensräumen beziehen können.	Kenntnisnahme.
P130	P130.56	A	Wir hatten bezüglich Bereitstellung der Daten beim Landkreis angefragt. Die Abteilung Regionalplanung hat uns an das Naturschutzamt verwiesen. Dort wurde uns mitgeteilt, dass die Daten nicht allgemein zur Verfügung stehen, sondern gebietsabhängig aufbereitet werden müssen. Aufgrund der Urlaubszeit hätten vollständige Ergebnisse erst Mitte September für uns zur Verfügung gestanden, also nicht mehr innerhalb des Zeitraums der Öffentlichkeitsbeteiligung. Dieses Vorgehen ist nicht transparent. Da die Daten nicht nachvollziehbar im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung geprüft werden können, sind sie nicht für eine Bewertung der Flächen geeignet.	Der Sachverhalt ist nicht zu beanstanden. Die zugrunde gelegten Daten können nicht allgemein zur Verfügung gestellt werden. Zeitliche Verzögerungen in der Beantwortung von Anfragen, die durch Urlaubszeiten oder Krankheit verursacht werden, müssen hingenommen werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P130	P130.57	A	Die von der Regionalplanung angesetzte relativ kurze Frist für die öffentliche Beteiligung (4 bzw. 6 Wochen), noch dazu im Zeitraum der Sommerferien, kritisieren wir ebenfalls.	Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme von 6 Wochen wird als angemessen angesehen und entspricht den üblichen Standards.	Nicht zu berücksichtigen.
P131			siehe P018	siehe P018	siehe P018
P132	P132.01	SO 31	die erneute Absicht einen Windpark auf dem Gemeindegebiet Osten- Isensee zu errichten haben wir mit Bestürzung und großer Sorge zur Kenntnis genommen. Wir lehnen das Vorhaben ab und haben u.a. folgende Bedenken:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P132	P132.02	SO 31	--- Unser Demokratieverständnis hat durch die Entscheidung des OVG Lüneburg stark gelitten. (81,3% Gegenstimmen und der Antrag die Ostener Schwebefähre als Kulturerbe, keine Planungskriterien). Wir hoffen der Landkreis Cuxhaven fühlt sich dadurch nicht seiner Verantwortung enthoben demokratisch zu entscheiden.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P132	P132.03	SO 31	--- die geplanten Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind bei der Größe der Windkraftanlagen viel zu gering. Wir befürchten erhebliche gesundheitliche Gefahren für die betroffenen Anwohner durch Schattenschlag, Betriebsgeräusche, Infraschallmissionen sowie „Discoeffekt“.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P132	P132.04	SO 31	--- Dem Vogelschutz muss bei Entscheidungen ein höheres Gewicht beigemessen werden. Es wird ignoriert, dass geschützte Arten in unmittelbarer Nähe des geplanten Windparks ihre Brutplätze haben. Kiebitz, Bekassine (u. andere Schnepfenarten), Feldlerche, Rohrweihe, Weißstorch, Waldohreule um nur einige wenige zu nennen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 zu einem Gastvogellebensraum mit potenzieller Bedeutung. Es liegen keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen des Kiebitzes und der Waldohreule sowie weiterer Arten sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P132	P132.05	SO 31	Auch Fledermäuse müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Eine gründliche Untersuchung kompetenter Ornithologen ist unerlässlich.	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P132	P132.06	SO 31	--- Die negative Auswirkungen des geplanten Windparks auf den Tourismus und das beantragte Weltkulturerbe „Schwebefähre“ sind nicht zu leugnen. Bereits getätigte Investitionen, auch durch die öffentliche Hand, wären verloren.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist. Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten.	Nicht zu berücksichtigen.
P132	P132.07	SO 31	--- Die Natur und Landschaftszerstörung würde eine erhebliche und nachhaltige Minderung der Lebensqualität der Anwohner nach sich ziehen.	Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P132	P132.08	SO 31	Zudem ist eine Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden bis zur Unverkäuflichkeit zu befürchten. Anwohner die wegen der Beeinträchtigung oder sogar gesundheitlicher Schäden durch die Windkraftanlagen, ihr Eigentum veräußern müssten, werden in den Ruin getrieben.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P132	P132.09	SO 31	Wir wohnen bewusst und gerne genau hier, genießen die Lebensqualität und würden es sehr bedauern diesen Standort mit rechtlichen Mitteln verteidigen zu müssen. Wir hoffen, dass unsere Einwände zur Kenntnis genommen werden und würden uns sehr freuen wenn die Vorrangfläche für Windenergie Osten- Isensee aus dem RROP gestrichen wird.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden. Zudem können nur öffentliche Belange zu einer Herausnahme einer Fläche führen.	Nicht zu berücksichtigen.
P133	P133.01	SO 31	hiermit erhebe ich Einwendung gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Nr.31 Osten/Isensee, der Potenzialflächen 008 und 122, im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und nehme wie folgt Stellung: Die Flächen 008 und 122 Osten/Isensee sind für die Nutzung der Windenergie ungeeignet und unzulässig.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P133	P133.02	SO 31	Begründung: 1. Die Errichtung eines Windparks mit raumbedeutsamen Anlagen in einer Gesamthöhe von ca. 180 bis 220 Metern in einem Abstand von 2,9 km zu dem bedeutenden, landesweit anerkannten „Wahrzeichen der deutschen Ingenieurbaukunst“, der Schwebefähre Osten-Hemmoor, würde dazuführen, dass ein Antrag auf Anerkennung des Weltkulturerbe-Status abschlägig beschieden wird.	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P133	P133.03	SO 31	2. Durch die Einrichtung des Windparks, eines Industriegeländes von unvorstellbaren Dimensionen, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schwebefähre, auf dem Gebiet der Gemeinde Osten, würden auch die Bemühungen und die Arbeit der Ostener Bürger den Ort zu einem überregional attraktiven, touristischen Zentrum zu entwickeln, konterkariert werden.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P133	P133.04	SO 31	Die Bürger der Gemeinde Osten haben ihre Ablehnung mit überwältigender Mehrheit bei einer Bürgerbefragung zum Ausdruck gebracht: 82 Prozent haben sich gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Nr.31 für die Nutzung der Windenergie ausgesprochen.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P133	P133.05	SO 31	Im RROP 2012 wurde Osten zudem als Zentrum für Tourismus und Erholung ausgewiesen. Die Flächen liegen auch in einem Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft. Ein Industrie-Komplex in diesem Bereich oder in unmittelbarer Nachbarschaft ist mit diesen Zielen nicht vereinbar. Ich möchte an dieser Stelle auch auf folgendes Zitat aus dem Entwurf der Änderungsverordnung LROP des Landes Niedersachsen verweisen: „Die Bewahrung und Gestaltung einer Raumstruktur, in der möglichst ungestörte Natur- und Landschaftsräume die Voraussetzung für die Erholung und Freizeitgestaltung bieten, ist eine zentrale Aufgabe der Raumordnung. Jede Landschaft verfügt über charakteristische Eigenschaften, die sie unverwechselbar macht und ihre Eignung für Freizeit und Erholung bestimmt. Prägend ist ein Zusammenspiel der natürlichen Geländeformen, der standortbedingten Flora und Fauna und der historisch gewachsenen landschaftstypischen Nutzungs- und Siedlungsstrukturen. Das Zusammenspiel von natürlichen, naturnahen und kulturhistorisch bedingten Strukturen bestimmen die Schönheit und Eigenart einer Landschaft.“ (Begründung zum Entwurf der Änderungsverordnung LROP, Teil G Umweltbericht, S.32)	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P133	P133.06	SO 31	Zum besseren Verständnis für Ortsfremde möchte ich daraufhin weisen, dass es sich bei den Potenzialflächen um ein Gebiet handelt, dass größtenteils für die extensive Grünlandbewirtschaftung und als Sommerweiden für Rinder und Pferde genutzt wird und in dem neben dem ausgewiesenen Waldstück eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Gehölze zu finden sind, die einerseits das Bild einer für diese Region typischen, leider nur selten anzutreffenden Kulturlandschaft vermitteln, andererseits auch der vielfältigen Fauna als Habitat dienen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Potenzialflächen 008 und 122 werden vorwiegend durch die Biotoptypen "Acker" (A), "Grünland-Einsaat" (Ga) und "Artenarmes Grünland feuchter Marschstandorte (...)" (Gif) geprägt. Im zentralen Bereich der Potenzialfläche 008 liegen ein "Laubforst aus einheimischen Arten (...)" (Wxe) bzw. ein "Nadelforst aus einheimischen Arten (...)" (Wze), die jedoch nicht zur Potenzialfläche 008 gehören. Auch am südlichen Rand des Gebietes 008 befindet sich ein "Nadelforst aus einheimischen Arten (...)" (Wze), der jedoch mit etwa 0,6 ha eine Flächengröße von unter 1 ha aufweist; gleichwohl handelt es sich hier um Wald im Sinne von § 2 NWaldLG. Lineare Gehölzbestände kommen nur vereinzelt vor. - Für den südöstlichen Teil des Gebietes 008 lautet die Einstufung ebenfalls "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet"; hier war bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 noch ein größerer Bereich aus dem Vorranggebiet Windenergienutzung heraus genommen worden. Die Ausprägung der Grünland-Biotoptypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass eine Herausnahme aus einem möglichen Vorranggebiet Windenergienutzung nicht mehr gerechtfertigt erscheint. - Dass einige Grünlandflächen als Sommerweide für Rinder und Pferde genutzt werden, ist korrekt; in der Tendenz ist der Flächenanteil dieser Grünlandflächen jedoch rückläufig.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P133	P133.07	SO 31	<p>3. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf den Flächen 008 und 122 stellt eine Bedrohung der Brut- und Nahrungsgebiete von zahlreichen Vogelarten und Flugtieren wie Rohrweihe, Waldohreule, Kiebitz, Weißstorch, Bussard, Kranich, Kormoran, Bekassine und Fledermaus, die besonders geschützt sind und/oder als wertvoll und erhaltenswert gelten, auf keinen Fall vergrämt oder gefährdet werden dürfen. (Für eine ausführliche Darstellung der Vogelarten und Beobachtungen verweise ich auf die Ausführungen der Anwohner Miller und Horeis). Darüber hinaus liegen die Potenzialflächen im Flugkorridor von Gastvögeln, u.a. verschiedenen Wildgänsearten, die auf den Wiesen im Aussendeichbereich an der Elbe rasten, z.T. ihr Winterquartier beziehen und durch diese Windkraftanlagen gefährdet würden.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 zu einem Gastvogellebensraum mit potenzieller Bedeutung. Es liegen keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen der Waldohreule, des Kiebitzes, des Mäusebussards sowie weiterer Arten sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen. - Zum Vogelzug liegen hier nur spärliche Informationen vor. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P133	P133.08	SO 31	4. Die Vorrangfläche Osten-Isensee ist von vier Ostener Ortsteilen mit siedlungsähnlichem Charakter in Form von Streusiedlungen, Straßendörfern, Siedlungssplittern (in zwei Fällen mit über zehn Häusern pro Ortsteil) umgeben. Aus diesem Grunde ist ein Mindestabstand von 420/500 Meter nicht ausreichend. Hier verweise ich auch auf die Ausführungen der Anwohner Palm und Palm-Reinecke:	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P133	P133.09	SO 31	Die noch im RROP 2010 durch den Landkreis verwendete Dreiteilung der Siedlungskategorien (Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen) kann nicht einfach durch die neue, erstmals 2014 angewandte Zweiteilung in nur noch Ortslagen und sonstigen wohnbauliche Nutzung ersetzt werden. Siedlungsgeographische Fachuntersuchungen im weiteren Verfahren werden zweifelsfrei zu dem Ergebnis kommen, dass die genannten Ortsteile den sogenannten Ortslagen entsprechen. Ohnehin wäre der im RROP-Entwurf gewählte Begriff einer „Ortslage“ zu überprüfen. Die in der Erläuterung/Begründung behauptete Abstimmung mit den Gemeinden über Siedlungsstrukturen ist zumindest im Falle der Gemeinde Osten nicht erfolgt. Deshalb verweist auch die Gemeinde Osten in ihrer Stellungnahme zum RROP 2014 und erneut in der veröffentlichten, anwaltlichen Stellungnahme zum RROP 2015 ausdrücklich auf den besonderen Siedlungscharakter der Ostener Ortsteile auch außerhalb der Hauptortschaft.	Eine Unterscheidung in Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen hat weder im RROP Entwurf 2010, noch im RROP 2012 oder im RROP Entwurf 2014 stattgefunden. Der Träger der Regionalplanung ist frei in der Entscheidung, wie er Siedlungsflächen kategorisiert. Auf die Definition von Ortslage und sonstiger wohnbaulicher Nutzung in der Begründung wird verwiesen. Eine Abstimmung fand mit der Samtgemeinde Hemmoor statt, die für die Flächennutzungsplanung zuständig ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P133	P133.10	SO 31	Darüber hinaus müsste geprüft werden, ob die aktuell vorgeschlagene Abstandsregelung zu Wohnbebauungen im Vergleich zu den in anderen Bundesländern verabschiedeten Regelungen, die teils 2000 Meter bzw. die zehnfache Anlagenhöhe vorschreiben, Bestand hat.	Als Träger der Regionalplanung ist der Landkreis Cuxhaven - unabhängig von Regelungen in anderen Bundesländern - in Niedersachsen frei in der Entscheidung, welche Abstände zugrunde gelegt werden. Die Abstände in den harten und weichen Tabuzonen werden in der Begründung hergeleitet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P133	P133.11	SO 31	5. Der Bau und Betrieb eines Windparks unter den oben geschilderten Bedingungen stellt überdies eine Verletzung von Grundrechten dar. Ich möchte hier sowohl auf die Gefahren für die Gesundheit der Anwohner in der Nachbarschaft hinweisen als auch auf die Verletzung der Eigentumsrechte. Die gesundheitsschädlichen Wirkungen von Windkraftanlagen sind hinlänglich bekannt, wurden aber offensichtlich bei der Ausweisung der Vorrangfläche Osten/Isensee nicht berücksichtigt: Bei Anlagen der jüngsten Generation mit Gesamthöhen von 180 bis 220 Metern treten in einem weiten Umkreis erhebliche Beeinträchtigungen und Gefährdungen auf durch Lärm, Schlagschatten, ständige Lichtwarnsignale, die sog. Hindernisbefeuerung, und Infraschall, der bei der aktuellen Dimension der modernen Anlagentypen selbst in Entfernungen von 3000 Metern als sehr störend wahrgenommen wird und erhebliche Gesundheitsgefährdungen verursacht.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P133	P133.12	SO 31	Darüber hinaus würde der Bau und Betrieb eines Windparks die Eigentumsrechte der Hauseigentümer in den benachbarten Wohngebieten verletzen. Häuser in der Nähe von Windkraftanlagen, und dazu gehört angesichts der Höhe der Anlagen auch der gesamte Ortsteil Isensee, sind – wenn überhaupt – nur mit großen Wertverlusten zu veräußern. Da die Immobilien aber für viele Anwohner nicht nur ein mit viel Mühe und Entbehrungen errichtetes oder renoviertes Wohngebäude, sondern auch einen wesentlichen Bestandteil ihrer Altersvorsorge darstellen, würden sie durch die Ausweisung der Vorrangfläche um ihre Ersparnisse und ihre Alterssicherung gebracht, die sie sich während ihres Arbeitslebens erwirtschaftet haben. Entschädigungsforderungen gegen die Anlagenbetreiber, die Planungsbehörde bzw. die Betreiber wären nicht auszuschließen und - wie sich in anderen Regionen Deutschlands gezeigt hat – durchaus erfolgversprechend.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P134	P134.01	A	dem Landkreis kommt bei der Erzeugung von elektrischer Energie durch die Nutzung von Windenergie wegen seiner Lage an der Küste und dem sich daraus ergebenden Windenergieertragspotential eine besonders hohe Bedeutung zu. Mit der Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land will der Landkreis Cuxhaven seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Die getroffenen Regelungen zur Steuerung der Windenergienutzung sollen den Ausbau dabei in einem Rahmen halten, der allen anderen Belangen, allen voran den Schutzansprüchen von Mensch und Natur, gerecht wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P134	P134.02	E 01	Potentialflächen 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor - Mühlenreihe werden als eine gemeinsame Fläche betrachtet. Es wurde im Entwurf 2015 lediglich der östliche Teil der Potenzialfläche 019 betrachtet, der außerhalb des 4.000 m -Puffers der Sonderbaufläche Windenergienutzung „Lamstedt“ in der Flächennutzungsplanung liegt. Der betrachtete Teil des Gebietes 019 und das Gebiet 118 soll voraussichtlich zu einem Vogelbrutgebiet regionaler Bedeutung gehören. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate soll das Gebiet zu einem Teil zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung gehören. Die Potentialflächen 019 und 118 wurden daher im Entwurf 2015 als Vorranggebiet voraussichtlich ungeeignet bewertet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 18 bis 20 (= Lfd. Nr. 019 (Östlicher Teil) und 118 - Bei Hemmoor-Mühlenreihe)]. - Der betrachtete Teil der Potenzialfläche 019 gehört - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - etwa zur Hälfte zu einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; der übrige Teil gehört zu Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. es liegen keine Daten vor. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehört der betrachtete Teil der Potenzialfläche 019 etwa zur Hälfte zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung. - Neuere Erfassungen und Bewertungen zu den Brutvögeln fehlen.	Kenntnisnahme.
P134	P134.03	E 01	Meiner Ansicht nach sind die Potentialflächen 019 und 118 durchaus als Vorranggebiet geeignet. Die Flächen liegen beidseitig der Gemeindegrenzen von Hemmoor und Börde Lamstedt weit ab von dicht besiedelten Ortslagen. Außerdem befinden sich in dem Bereich nur wenige Wegeverbindungen bzw. keine (überregionalen) Straßen. Durch die am westlichen Rande der Potentialfläche 019 verlaufende Stromleitungstrasse besteht bereits eine Vorbelastung zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P134	P134.04	E 01	Weiterhin möchte ich anregen die Pufferfläche zu dem Bauleitplanerisch gesichertem Bereich (Detailkarte 40) nicht zu berücksichtigen. An dem Standort werden drei Windenergieanlagen (WEA) mit einer über 20 Jahre alten Technik und einer Leistung von insgesamt unter 1 Megawatt betrieben. Langfristig erscheint ein Weiterbetrieb nicht mehr wirtschaftlich und eine Repowering scheidet an diesem Standort aufgrund der direkten Ortsnähe zu Lamstedt aus. Im Sinne einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende erscheint es mir nicht vertretbar auf einen Windpark mit hochmodernen WEA und einer vielfach höheren Leistung zugunsten eines Standortes mit einer so minimalen Leistung zu verzichten. Folglich sollte auch der westliche Teil der Potentialfläche 019 in die naturschutzfachliche Betrachtung einbezogen werden.	Die drei Windenergieanlagen beim Lamstedt gelten nach Maßstab des Landkreises Cuxhaven als raumbedeutsam. Insoweit muss entsprechend des einheitlichen Planungskonzeptes ein Abstand von 4km zu diesen eingehalten werden. Die Anlagen bei Lamstedt haben jüngst eine Laufzeitverlängerung für mehrere Jahre erhalten, sodass kurzfristig nicht davon auszugehen ist, dass diese Anlagen aufgegeben werden. Sofern die Anlagen in den kommenden 7-10 Jahren aufgegeben werden, kann dies sicherlich bei einer künftigen Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie zu einer neuen Planungssituation führen.	Nicht zu berücksichtigen.
P134	P134.05	E 01	Außerdem wäre eine Netzeinspeisung vor Ort ohne lange Leitungswege durch die bereits erwähnte 110 KV Stromleitung möglich. Ebenso verläuft in diesem Bereich auch der Korridor der geplanten SuedLink Trasse.	Derzeit existiert kein geplanter Korridor für die SuedLink-Trasse. Mit der Entscheidung, dass diese in großen Teilen über Erdverkabelung erfolgen soll, ist eine Neuplanung notwendig.	Nicht zu berücksichtigen.
P135	P135.01	SO 30	ich beziehe mich in meiner Stellungnahme auf die Potentialflächen Windenergie in Stinstedt. Im oben genannten Entwurf wurde die Potentialfläche Stinstedt/Odisheim als Vorrangstandort ausgewiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P135	P135.02	SO 30	Hierzu möchte ich folgende Anregungen geben: Ein möglicher Windpark in Stinstedt ist für unsere finanzschwache Gemeinde und seinen Einwohnern in einem strukturschwachen Gebiet eine große Chance, Wertschöpfung für unsere Region, für unser Dorf zu schaffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P135	P135.03	SO 30	Sollte der Windpark auf der Potentialfläche Stinstedt/Odisheim realisiert werden, so kann unsere Gemeinde nur bedingt von der erhofften Wertschöpfung profitieren, da die Projektierung durch eine Aktiengesellschaft betrieben wird und so auch die Einnahmen aus den Stromverkäufen nicht in unserer Heimatgemeinde bleiben werden. Zudem ist es äußerst fraglich, ob hiesige Bauunternehmer, Banken, Versicherungen und Handwerker an der Errichtung eines Windpark mitverdienen.	Die (regionale) Wertschöpfung eines Windparks ist kein Belang bei der Ausweisung von Vorranggebieten.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P135	P135.04	SO 30	Zum anderen können wir Bürger nicht in ausreichendem Maße bei einer etwaigen Wmdparkrealisierung mitbestimmen. Sowohl Höhen- als auch Abstandskriterien müssen durch Bürgerhand festgelegt werden!	Die maximal zulässige Anlagenhöhen wird im Flächennutzungsplan festgelegt. Dieser wird von den demokratisch gewählten Samtgemeinderäten beschlossen.	Nicht zu berücksichtigen.
P135	P135.05	SO 30	Um eine größtmögliche Wertschöpfung für unser Dorf Stinstedt und die angrenzende Region zu erzielen, wäre es daher erstrebenswert einen "Bürgerwindpark" in unserem Dorf für unser Dorf zu planen und zu errichten, damit Wertschöpfung und Mitbestimmung in den Händen der Bürger der Gemeinde Stinstedt bleiben.	Siehe Stellungnahme P135.03	Nicht zu berücksichtigen.
P136	P136.01	SO 31	hiermit erheben wir fristgerecht auf diesem Weg Einwendung gegen die geplante Errichtung eines Windparks in der Gemarkung Isensee und möchten das wie folgt begründen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P136	P136.02	SO 31	Bereits seit Generationen leben wir in dieser noch relativ ursprünglichen Gegend, die fast nicht durch große Industrie geprägt ist, außer ein paar landwirtschaftl. Großbetrieben, die bekanntl. wohl auch in der Hauptsache von diesem Windpark durch Pachteinahmen usw. profitieren würden. Diese geplanten fast 200m hohen Windkraftanlagen werden unser Landschaftsbild in einer nie zuvor dagewesenen Art und Weise verändern.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P136	P136.03	SO 31	Wie man inzwischen festgestellt hat, sollen durch Windanlagen verursachter Schlagschatten (Discoeffekt) und Infraschall auf Dauer krank machen. Das kann man als betroffener Bewohner doch nicht einfach so über sich ergehen lassen.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P136	P136.04	SO 31	Zudem ist der Windpark in einem Bereich geplant, in dem sich in Isensee der größte zusammenhängende Nadel- und Laubholzwald befindet (ca. 10 Hektar).	Der Wald wurde entsprechend berücksichtigt und ist nicht Teil des Vorranggebietes.	Nicht zu berücksichtigen.
P136	P136.05	SO 31	Da ich als Jäger in diesem Gebiet häufig unterwegs bin, kann ich sagen, dass sowohl im Laub- als auch im Nadelholzwald sich u.a. auch Greifvögelneester usw. befinden. Im Herbst/Winter sind auch regelmäßig rastende/durchziehende Seeadler in diesem Gebiet von mir gesichtet worden. Vor ca. 2 Jahren habe ich sogar einen Uhu in dem Laubholzwald angetroffen, wegen fehlender Ausrüstung aber leider kein Foto davon machen können.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Bezüglich der "Greifvogelneester" fehlen in der Einwendung eine Konkretisierung und ein Beleg. - Der mittlere und östliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-isensee" liegen innerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen; die Lage des Horst-Standortes im Landkreis Stade ist hier noch nicht bekannt. - Auch bezüglich des Uhus fehlen eine Konkretisierung und ein Beleg; derzeit liegen hier lediglich Hinweise auf ein 3,5 bis 4,0 km entferntes Uhu-Vorkommen vor.	Kenntnisnahme.
P136	P136.06	SO 31	Im Übrigen schließen wir uns den bekannten Argumenten der Mehrheit der Bürger gegen den Windpark Osten/Isensee sowie der Beschlusslage des Gemeinderates dazu in vollem Umfang an.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P137	P137.01	SO 09	hiermit erheben wir Einwendung gegen die Ausweisung des Standortes SO 09 „Geversdorf / Oberndorf“ als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und begründen dies wie folgt:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P137	P137.02	SO 09	– Im jetzt vorliegenden Entwurf des RROP 2015 wird der Standort SO 09 Geversdorf/Oberndorf weder als Potentialfläche noch als Vorranggebiet ausgewiesen. Die Hinderungsgründe dafür sind maßgeblich die hier vorherrschenden arten- und naturschutzfachlichen Belange, die durch diverse Gutachten und behördliche Stellungnahmen bestätigt wurden, außerdem aufgrund der „naturschutzfachlichen Einschätzung“ des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven vom 12.06.2015 als Bestandteil des Entwurfs des RROP 2015. Trotzdem wurde der SO 09 Geversdorf/Oberndorf als bauleitplanerisch gesicherter Bereich im Entwurf des RROP 2015 aufgenommen. Hier dürfen somit raumbedeutsame Windenergieanlagen errichtet werden, was ein Widerspruch ist.	Es handelt sich dabei um keinen Widerspruch. Bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 wurden die neusten verfügbaren und vorliegenden Daten zugrunde gelegt. Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist dabei entsprechend des einheitlichen Planungskonzeptes für Geversdorf-Oberndorf nicht möglich. Gleichwohl wurde dieser Standort bereits von der Samtgemeinde bauleitplanerisch gesichert. Alle im Landkreis Cuxhaven bauleitplanerisch ausgewiesenen Flächen wurden im Rahmen einer Einzelfallabwägung geprüft und ggf. übernommen, sofern keine öffentlichen belange einer Übernahme entgegenstehen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P137	P137.03	SO 09	Der LK Cuxhaven selbst hatte die relevante 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock mit Bekanntmachung vom 28.08.2014 genehmigt. (S. Hierzu in separater Mail unser Schreiben an die SG Am Dobrock zur F - Planänderung ) Die natur- und artenschutzfachlichen Belange waren dem Landkreis Cuxhaven zur Zeit der Genehmigung des F-Plans umfassend bekannt. Während die parallel laufende Baugenehmigung nach BImSchG aufgrund der natur- und artenschutzfachlichen Belange wiederholt abgelehnt wurde, hat der Landkreis Cuxhaven die 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock im Widerspruch und ungeachtet genehmigt.	Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock und das Genehmigungsverfahren zum Windpark sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P137	P137.04	SO 09	– Die Genehmigung der F-Planänderung und damit die Möglichkeit zur Ausweisung als bauleitplanerisch gesicherte Fläche im Entwurf des RROP 2015 ist nicht rechtens, da: • das RROP 2012 unwirksam ist (Urteil des OVG-Lüneburg vom 14.05.2014) • der unmaßgebliche Entwurf des RROP 2014 keine rechtliche Grundlage bildet • die Veränderungssperre bewusst zu spät beschlossen wurde • es sich hier nicht um einen Altstandort handelt, dem im Rahmen eines Ziel-Ausnahme-Verfahrens die Möglichkeit zum Repowern gegeben werden soll/muss.	Eine Veränderungssperre existiert im Raumordnungsgesetz (ROG) nicht. Es besteht lediglich die Möglichkeit, dass die Regionalplanung eine Untersagung nach §14 ROG im Einzelfall ausspricht. Der sachliche Teilabschnitt Windenergie des RROP 2012 war zwar zum Zeitpunkt des Beschlusses des F-Plans unwirksam, allerdings wurde die Fläche im RROP Entwurf 2014 als Vorranggebiet ausgewiesen. Insoweit bestand ein Ziel in Aufstellung. Somit gab es keine Grundlage für eine Untersagung, da keine Ziele der Raumordnung verletzt wurden. Windenergieanlagen sind nach § 35 BauGB im Außenbereich privilegiert, die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für Windenergie, der nicht den Zielen der Raumordnung widerspricht, ist somit rechtens.	Nicht zu berücksichtigen.
P137	P137.05	SO 09	– Im vorliegenden Entwurf wird nicht ausreichend deutlich, dass hier gemeinsam mit dem Landkreis Stade einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen à 186 m auf 214 ha errichtet werden soll (s. RROP 2013 LK Stade). Auf der letzten Bürgerinformationsveranstaltung in Oederquart avisiert die Samtgemeinde Kehdingen Windmühlen mit einer Gesamthöhe von über 200m - Kumulative Wirkungen bleiben gänzlich unberücksichtigt.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks wird im Umweltbericht und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen.
P137	P137.06	SO 09	– Die Einzelfallbetrachtung der SO Geversdorf/Oberndorf aus naturschutzfachlicher Sicht (s. Begründung S. 45) ist nur eine Ausschnittsbetrachtung und wird dem ökologisch sensiblen Bereich der „Ostemarsch“ nicht vollumfänglich gerecht. Die Oste ist mit ihrem gesamten Einzugsgebiet als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen, in der das SO 09 ein Teilbereich ist. Laut NLT-Arbeitshilfe „Naturschutz und Windenergie“ (Oktober 2014): Hauptflugkorridore zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen u.a. bei Gänsen und Greifvögeln sowie überregional bedeutsame Zugkonzentrationskorridore sind freizuhalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 54 bis 57 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf")]. - Das Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Untere Oste" ist etwa 0,7 bis 0,8 km entfernt; das Naturschutzgebiet "Schnook" ist etwa 0,5 bis 0,6 km entfernt; ähnlich verhält es sich im Hinblick auf das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet "Untere Oste". - Für die Berücksichtigung des Biotopverbunds bzw. der Biotopvernetzung gibt es keine planerische Grundlage; so ist die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" beispielsweise nicht von einem Vorranggebiet Biotopverbund nach dem LROP-Entwurf 2014 bzw. -Entwurf 2015 betroffen. - Für den Bereich der Oste kann die Funktion eines Korridors unzweifelhaft angenommen werden; für den Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung bedürfte es einer genaueren Betrachtung.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P137	P137.07	SO 09	Im Anhang senden wir Ihnen unsere Vogelbeobachtungen, die wir lediglich in einem kleinen Teilbereich am Wetterdeich gemacht haben (s. separate Mail).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P137	P137.08	SO 09	- Der Landkreis Cuxhaven hat die 7. Änderung der Flächennutzung der SG Am Dobrock bzw. das SO Geversdorf/Oberndorf mit einem Abstand von 500 m zur Wohnbebauung genehmigt, was nicht rechtens ist, denn es handelt sich hier um eine Ortslage.	Die Einstufung als sonstige wohnbauliche Nutzung ist korrekt. Es wird auf die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger wohnbaulicher Nutzung in der Begründung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P137	P137.09		siehe P035.241 - P035.291;	Anlage - Vogel- und Fledermausbeobachtungen seit November 2012 bis Juli 2015 - Geversdorfer Wetterdeich  Siehe P035.241 bis P035.291.	Kenntnisnahme.
P137	P137.10		bei der Erstellung der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Am Dobrock wurden Vorschriften verletzt; deren Verletzung wir hiermit fristgemäß geltend machen. Beginnen möchten wir mit einem Zitat aus dem Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven zum Standort Geversdorf/Oberndorf. Unter Punkt 4 „Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkung: „...Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei zwei Kriterien (Windenergieempfindliche Vogelarten, Landschaftsbild) zu erwarten, sodass die Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.“ Diese Bewertung lag Ihnen bereits in der Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven vom 26.02.2013 an die Samtgemeinde Am Dobrock vor. Zitat: „...Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls hat ergeben, dass durch die Umsetzung des beantragten Vorhabens erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden können.....Aus naturschutzfachlicher und rechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken bezüglich der vorgelegten Planung....“ Diese Bewertung seitens des Landkreises wurde nicht berücksichtigt, d. h., der Flächennutzungsplan sieht eine mit dem Artenschutz unvereinbare Flächennutzung vor. Das Artenschutzrecht wurde in den Überlegungen der SG Am Dobrock nicht berücksichtigt. Dazu legen wir Ihnen ergänzend unsere Beobachtungen zur Avifauna, getätigt am Wetterdeich 4, in der Zeit von 2012 – 2015 bei.	Anlage - Siebte Änderung des Flächennutzungsplanes Sondergebiet für Windenergieanlagen in den Mitgliedsgemeinden Geversdorf und Oberndorf Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock ist sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P137	P137.11		Bereits in unseren Einwendungen in 2013 haben wir die übereilte Änderung des Flächennutzungsplans bemängelt. Ohne einen gültigen RROP abzuwarten und wohlwissend um die Einwendungen der entsprechenden Naturschutzbehörden wurde seitens der Ausschüsse und des Gemeinderates eine Änderung vorgeschlagen und beschlossen. Unvergessen dabei die entsprechende öffentliche Bauausschuss-Sitzung zur Flächennutzungsplanänderung auf der seitens der Gemeindeverwaltung durch Herrn Jungclaus die anwesenden Ausschussmitglieder darauf hingewiesen wurden, dass sie der Vorlage nur mit „JA“ zustimmen könnten; es gäbe keine Möglichkeit der Ablehnung. Die anwesenden Zuhörer waren ob der demokratischen Meinungsbildung und -äußerung äußerst erstaunt. Die SG Am Dobrock hat unserer Meinung nach das Fehlen eines gültigen RROP für den Landkreis Cuxhaven genutzt, um die Veränderung des Flächennutzungsplans durchzubringen; offensichtlich vor dem Hintergrund der durch die Investoren bereits getätigten Investitionen und „Versprechungen“.	Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock ist sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P137	P137.12		Des Weiteren möchten wir, wiederum wie in 2013, bemängeln, dass gesundheitliche Auswirkungen auf die Anwohner bei der Festlegung eines Abstandes von 500 m zur Wohnbebauung keine hinreichende Würdigung erfahren haben. Es ist davon auszugehen, dass auch für den Windpark Geversdorf/Oberndorf die geplante Höhe der Windkraftanlagen über 200 m betragen wird - wie es im angrenzenden Bereich des LK Stade vorgesehen ist. Demnach sind wesentliche größere Abstände zur Wohnbebauung zwingend erforderlich.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
	P137.13		Wir sehen damit eine Verletzung des § 214 BauGB als gegeben und halten die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes dadurch für unwirksam.	Die Aufstellung der 7. Flächennutzungsplanänderung der SG Am Dobrock ist sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P138	P138.01	SO 30	In meiner folgenden Stellungnahme werde ich ihnen meine Bedenken für die Genehmigung zum Bau einer Windkraftanlage in meiner direkten Nachbarschaft geltend machen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P138	P138.02	SO 30	Zuallererst sind meine naturschutzrechtlichen Bedenken zu klären. In unmittelbarer Nähe zum Gebiet Lfd. Nr. 053 befindet sich ein Storchennest, sowie bereits in der „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm LK Cuxhaven – Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2015“ unter 2.6 im „Umweltbericht – Teil C“ diverse zu schützende Vogelarten, u.a. Kieblitz, Weißstorch, Wiesenweihe und Rotmilan, laut der Aussage des Dachverbands Deutscher Avifaunisten in einem Artikel der „Welt“ vom 17.08.2015 („Energiewende tötet Deutschlands heimliches Wappentier“) sollte Deutschland für dessen Schutz international große Verantwortung übernehmen, da mit 10.000 bis 14.000 Brutpaaren der Hauptbestandteil des internationalen Bestands an Rotmilanenbrutpaaren in Deutschland brütet. Im Gutachten der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten heißt es, dass der Rotmilan „absolut und auf den Brutbestand bezogen zu den häufigsten Kollisionsopfern von Windkraftenergieanlagen“ gehört. Ebenso heißt es im „Neuen Helgoländer Papier“, dass „allein die Verluste durch Windkraftanlagen hier im Grenzbereich einer Populationsgefährdung liegen“.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Nahezu die gesamte Potenzialfläche 053 liegt innerhalb der 2.000 m-Puffer [Prüfbereich] zu mehreren Weißstorch-Vorkommen. Sofern "in unmittelbarer Nähe" - wie in der Einwendung angegeben - zur Potenzialfläche 053 ein Storchennest vorhanden ist, bedarf die Einwendung der Konkretisierung bzw. des Belegs. - Die Potenzialfläche 053 liegt außerhalb des 4.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem derzeit hier bekannten Rotmilan-Vorkommen im Basmoor.	Kenntnisnahme.
P138	P138.03	SO 30	Des Weiteren ist der Seeadler durch die geplanten Windkraftanlagen gefährdet, da er auf seinen Beuteflügen das Gebiet Lfd. Nr. 053 durchquert. Die laut Umweltbericht erforderlichen Einzelfallprüfungen sind meines Erachtens nach vor der Erteilung der Baugenehmigung abzuwarten, genau wie das Ergebnis der für den Seeadler derzeit durchgeführten Raumnutzungsanalyse.	Die Potenzialfläche 053 liegt knapp außerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. In der "Raumnutzungsanalyse zum Seeadler Haliaeetus albicilla im Umfeld des geplanten Windparks Odisheim/Stinstedt (Landkreis Cuxhaven) - Endbericht" kam die BIOS zu dem Schluss, dass "nach nunmehr 28 Terminen (...) von Januar bis August 2014 (...) sich kein Konflikt [zwischen] der geplanten Windkraftnutzung mit der Bedeutung des Gesamtgebietes als Lebensraum für den Seeadler [abzeichnet]".	Kenntnisnahme.
P138	P138.04	SO 30	Des Weiteren sieht der „Umweltbericht – Teil C“ unter 2.6 Aufgrund der vielen windenergieempfindlichen Vogelarten „voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen“, weshalb die Ausweisung des Gebietes Lfd. Nr. 053 als „Vorranggebiet Windenergienutzung“ meines Erachtens nach neu zu prüfen ist.	Die Aussagen des Umweltberichts sind bei der Aufstellung des Entwurfs 2015 berücksichtigt worden.	Kenntnisnahme.
P138	P138.05	SO 30	Der Schutz der windenergieempfindlichen Vogelarten sollte hier bevorzugt werden, da Natur und Landschaft Aufgrund ihres Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen, sowie in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen sind, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und der nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie den Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Dieser Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (§1 Abs.1 BNatSchG).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P138	P138.06	SO 30	Aufgrund dieses allgemeinen Grundsatzes sollte das Gebiet Lfd. Nr. 053 nicht als „Vorranggebiet Windenergienutzung“ deklariert werden, da allein für den Zugang zum Baugebiet erheblich ins Landschaftsbild eingegriffen wird, da es keine Zufahrtswege zum geplanten Baugebiet gibt.	Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P138	P138.07	SO 30	Vor allem würde eine solche Zufahrt, sollte sie an meinem Grundstück entlang gebaut werden, die Gesundheit meiner 10-jährigen Tochter gefährden, da durch den schlagartig immens erhöhten Verkehr das Risiko steigt, das mein Kind von einem Baustellenfahrzeug angefahren werden könnte.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im Übrigen entsteht in Vergleich zu anderen baustellen kein erhöhter Verkehr bei der Errichtung von Windenergieanlagen.	Nicht zu berücksichtigen.
P138	P138.08	SO 30	Des Weiteren könnte es durch den erheblichen Verkehr mit schweren Baufahrzeugen zu Schäden an meinem Haus kommen. Diese Möglichkeit des Eingriffs in eines meiner Rechtsgüter ist zu unterbinden!	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P138	P138.09	SO 30	Auch ist die Zerstörung des Landschaftsbildes mit hoher und sehr hoher Bedeutung, der Bederkesa-Stinstedter Niederungen, nach dem allgemeinen Grundsatz aus §1 Abs.1 BNatSchG nicht zu genehmigen. Der „Umweltbericht – Teil C“ teilt die Auffassung, dass die „Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit hoher und sehr hoher Bedeutung“ zu „Voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen“ im Plangebiet Lfd. Nr.053 führt. Deshalb ist die „Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen“ maßgeblich zu berücksichtigen. In dieser heißt es nämlich: „Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilungen sind erhebliche Umweltauswirkungen demnach in zwei Kriterien (windenergieempfindliche Vogelarten, Landschaftsbild) zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.“ Ich bin der Auffassung, dass dieser Einschätzung ein hoher Stellenwert bei der Vergabe der Raumplanordnung als „Vorranggebiet Windenergienutzung“ zu bemessen ist. Aufgrund dieser Einschätzung sollte die Vergabe als Vorranggebiet neu geprüft werden.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P138	P138.10	SO 30	Ein weiterer wichtiger Punkt den es meines Erachtens nach zu bedenken gilt, ist die Gefahr für die Gesundheit der Bewohner im Umfeld zu einer Windkraftanlage. Diverse Studien zu diesem Thema haben gezeigt, dass Menschen im Umkreis von 2 Kilometer zu einer Windkraftanlage durch eben diese an diversen gesundheitlichen Problemen litten (Unter anderem die Studie zum Thema Wind-Turbinen-Syndrom von Dr. Nina Pierpont). Dazu gehört Schlafentzug, Schwindel, Übelkeit, etc. Dies ist weder mir, noch meiner kleinen Tochter zuzumuten. Denn auch für uns gilt das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs.2 GG. Nicht nur der vorhin beschriebene Infraschall würde die Gesundheit der Bewohner einschränken, sondern auch der Schlagschatten, der Discoeffekt und der Lärm können zur gesundheitlichen Belastung werden. Solch einer Belastung durch Industrie bin ich bewusst ausgewichen, indem ich auf dem Land lebe.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P138	P138.11	SO 30	Ein weiterer wichtiger Punkt ist die kalte Enteignung. Durch den Bau einer Windkraftanlage wird der Wert von meinem Grundstück und meinem Haus nicht aufgewertet, sondern in einem nicht unerheblichen Maße gemindert. Des Weiteren ist auch die Möglichkeit des Verkaufs durch den Bau einer Windkraftanlage stark verringert. Dieses Haus dient auch als Altersabsicherung, weswegen diese kalte Enteignung nicht nur grausam, sondern auch kaltherzig wäre.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P139	P139.01	SO 12	wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der für Hemmoor - Bröckelbeck geplante Windpark aus dem RROP 2015 gestrichen wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P139	P139.02	SO 12	Die Gutachten zur Tierwelt und insbesondere der geschützten Vogelarten können wir nur bestätigen. Die vom Gutachterbüro Bosch gemachten Vogelmonitorings zum Wespenbussard, Seeadler, Uhu und den Kiebitzen, im Bereich des ehemals geplanten Windparks Hemmoor Bröckelbeck, decken sich mit den von uns regelmäßig gemachten Beobachtungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P139	P139.03	SO 12	Dies trifft auch für geschützte Fledermäuse zu.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P139	P139.04	E-N	Die genannten Vogelarten insbesondere den Seeadler und den Schwarzstorch sowie Weissstorch sehen wir regelmäßig hinter unserem Haus in Richtung Wingst bei den Potentialflächen 087, 099 und 156.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P139	P139.05	Z	Wir möchten sie deshalb auffordern am Entwurf RROP 2015 festzuhalten und Hemmoor Bröckelbeck weiterhin zu streichen und die Potentialflächen 087, 099 und 156 nicht ins Vorrangprogramm aufzunehmen und diesbezügliche Anträge abzulehnen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P139	P139.06	SO 12	Unsere Vogelbeobachtungen können wir auch, wie schon gemacht, mit Fotos belegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P140	P140.01	SO 31	wir erklären hiermit ausdrücklich, dass wir uns durch die vorgesehene Errichtung und den nachfolgenden Betrieb der geplanten Windkraftanlagen in Osten-Isensee persönlich betroffen fühlen. Bei der Abwägung sind sowohl öffentliche als auch private Belange zu berücksichtigen. Eine Berücksichtigung privater Belange können wir aus den veröffentlichten Unterlagen nicht erkennen. Daher erheben wir nachstehende Einwendungen gegen das oben geplante Projekt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P140	P140.02	SO 31	Gesundheit: Windkraftträder produzieren außer Energie auch Infraschall. Es gibt mittlerweile bereits ausreichend Forschungsergebnisse, in denen eingeschätzt wird, dass bei einer dauerhaften tieffrequenten Geräuscheinwirkung auf den menschlichen Körper mit gesundheitlichen Folgen zu rechnen ist. Wir fordern und erwarten deshalb die Versagung der ortsnahen Errichtung.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P140	P140.03	SO 31	Weiterhin möchten wir darauf verweisen, dass die geplante Errichtung der WKA zur unweigerlichen Wertminderung von Immobilien in der Nähe derartiger Anlagen führt. Wir haben uns vor etlichen Jahren entschieden, hier zu wohnen und haben eine Immobilie erworben. Darüber hinaus ist die Immobilie auch eine Wertanlage unserer Altersvorsorge, die uns durch die Errichtung der WKA zu großen Teilen versagt würde, so dass wir Gefahr laufen, ein Armutsfall zu werden. Welche öffentlichen Gründe stehen dafür, dass wir eine Wertminderung unseres Grundstückes aufgrund der Errichtung von WKA in Kauf nehmen sollten und persönlichen und finanziellen Schaden erleiden? Keine! Deshalb ist die Errichtung zu versagen. Im Fall der Errichtung der WKA durch die Versagung der Würdigung unserer Argumente gegen die Errichtung erwarten wir Schadensersatz durch den Betreiber der geplanten Anlagen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht gesch�tzt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P140	P140.04	SO 31	Naturschutz: Durch die Errichtung der WKA wird das bestehende Landschaftsbild mit der einmaligen umliegenden Siedlungsstruktur zerstört. Es handelt sich hier um die Zerstörung einer als Erholungsgebiet eingestuften Fläche. Flora und Fauna werden vernichtet und das ganze ökologische System entwertet. Rückzugsmöglichkeiten für die heimische Tierwelt wird stark eingeschränkt und gewaltig zerstört. Zum Schutz der Tierwelt sowie zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts ist der Antrag abzulehnen.	Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P140	P140.05	SO 31	Die genannten Einw�ndungen sind unsere persönlichen und keine gleichförmigen Einw�ndungen und stehen vorbehaltlich weiterer vertiefender Einw�ndungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P140	P140.06	SO 31	Aus den genannten Gründen lehnen wir das RROP zur Errichtung von WKA in Osten-Isensee ausdrücklich ab.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P140	P140.07	SO 31	Eine Genehmigung zur Errichtung der genannten WKA stellt für uns eine Verletzung mehrerer öffentlicher und unserer privaten Belange dar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P141	P141.01	A	ich möchte darauf hinweisen, dass meine Anmerkungen zum RROP 2014 hinsichtlich der Fledermäuse etc. weiterhin bestehen, da sie nicht ausreichend abgewogen wurden!	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P142	P142.01	SO 02	Gegen den geplanten Windpark Bederkesa/ Alfstedt mache ich folgende Einwände geltend:  1. Aus Naturschutzsicht:  Die Seeadlerproblematik ist nach wie vor ungeklärt, weil die kürzlich vorgelegte BIOS Studie (Zwischenbericht) keine neuen Erkenntnisse ergeben hat, damit ihren Auftrag verfehlt und unzulässige Schlüsse gezogen hat.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P142	P142.02	A	<p>Erläuterung:</p> <p>Im Zwischenbericht der Firma BIOS der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler im Umfeld des geplanten Windparks Kührstedt/Alfstedt vom Juni 2014, wird auf Seite 34 im Abschnitt Methoden ausgeführt:</p> <p>“...wurden weitere spezifische Anforderungen der niedersächsischen Vogelwarte (NLWKN &amp; AG Adlerschutz Niedersachsen 2013, aufgestellt Dezember2013) berücksichtigt, nach denen der Schwerpunkt der Untersuchungen in der Aufzuchtzeit der Jungvögel liegen muss, weil nur in dieser Phase mit einer entsprechenden Flugfrequenz bei der Nahrungsbeschaffung zu rechnen ist.” Die Vorgaben bzw. Empfehlungen “setzen damit ein erfolgreiches Brutgeschehen voraus, um anhand der während dieser Gesamtzeit gemachten Beobachtungen belastbare Rückschlüsse auf eine mögliche Beeinträchtigung des näher untersuchten Gebiets durch die geplante Windkraftnutzung ziehen zu können.”</p> <p>Wie bekannt liegt Brutabbruch vor, so dass die Firma BIOS über die Aufzuchtphase keine eigenen Beobachtungen hat. Für diesen entscheidungsrelevanten Zeitraum verwendet Herr Schikore von der Firma BIOS unter anderem ausgerechnet Ergebnisse der Firma R+UVP aus dem Jahr 2013, die er in seinem unabhängigen Gutachten überprüfen sollte.</p>	Siehe 142.01.	Kenntnisnahme.
P142	P142.03	A	Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Firma R+UVP die Beobachtungszeiten für ihr Gutachten falsch gewählt hat, so dass sie keinen Überflug über das geplante Windparkgebiet festgestellt hatte. Ferner verwendet BIOS für seine Prognose Ergebnisse einer Studie der Firma Ökologis ( 12/ 2013 im Auftrag PNE ). Diese Studie ist kaum als unabhängig zu bezeichnen. Da sie unveröffentlicht ist, liegen keine Angabe zu Umfang und Untersuchungszeitraum vor.	Siehe 142.01.	Kenntnisnahme.
P142	P142.04	A	Der vorgelegte Zwischenbericht beinhaltet daher keine Erkenntnisse, die nicht schon vor Beginn der Analyse Ende 2013 bekannt waren. Der eigentliche Zweck der Studie ist bisher nicht erfüllt.	Siehe 142.01.	Kenntnisnahme.
P142	P142.05	SO 02	Der Nachweis, der Seeadler fliege nicht über den geplanten Windpark, wurde nicht erbracht. Im Gegenteil. Es liegen ausreichend Erkenntnisse für die Unvereinbarkeit von diesem Windpark und Seeadler vor.	Siehe 142.01.	Kenntnisnahme.
P142	P142.06	A	Zusätzlich zu diesen Gründen mit dem Seeadler aus 2014 kommt hinzu, dass die Firma BIOS im Jahr 2015 den Brutabbruch, als das Nest durch den Sturm vom Baum fiel, nicht bemerkt hat.	Siehe 142.01.	Kenntnisnahme.
P142	P142.07	A	Des weiteren hat sie geschützte Arten wie Kranich in ihrem Gutachten zum Windpark Wittgeeste nicht bemerkt. Daher sind die Aussagen der Firma Bios nicht zuverlässig.	Siehe 142.01.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P142	P142.08	A	<p>2. Aus Gründen der kommunalen Baukultur: Der deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinen Leitlinien beschlossen:</p> <p>„ ... Auch der massive Ausbau von Windenergieanlagen steht mit der gleichzeitigen qualitativen Baukultur im Spannungsverhältnis. Ziel muss es sein, die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen mit einer guten Gestaltung sowie der Wahrung des Denkmal- und Landschaftsschutzes in Einklang zu bringen“</p> <p>Kritik: Gerade das Landschaftsbild ist durch den geplanten Windpark massiv beeinträchtigt und hat erhebliche Nachteile für Tourismus und Bewohnerinnen und Bewohner der Samtgemeinde Bederkesa.</p>	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.</p> <p>Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden.</p> <p>Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P142	P142.09	A	<p>3. Aus wirtschaftlichen Gründen: Deutschland erwirtschaftet zur Zeit einen Energieüberschuss, der ins Ausland exportiert wird. Es ist daher aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu verstehen, dass ausgerechnet so nahe bei einem Moorheilbad ein Windpark dieser Größe entstehen soll, der wirtschaftlich nur den Landbesitzern zugutekommt und für alle übrigen Leute ein massiver Nachteil ist.</p>	<p>Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Die Förderung der Erneuerbaren Energie ist notwendig und sinnvoll. Die Atomkraftwerke werden in den nächsten Jahren abgeschaltet, insoweit sind Windenergieanlagen notwendig um die Versorgung sicherzustellen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P142	P142.10	A	<p>Für die Wertschöpfung Windenergie gibt es außerhalb der Samtgemeinde noch genügend andere Flächen, die nicht so ortsnah sind.</p>	<p>Das ausgewiesene Vorranggebiet hält einen ausreichend Abstand zu den Siedlungsflächen ein.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P142	P142.11	A	<p>4. Aus Bürgersicht: Der deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinen Leitlinien weiterhin beschlossen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine über den Umgang mit der Landschaft mit einbezogen werden.</p> <p>Kritik Trotz vieler Gegenstimmen, die bei einer Bürgerbefragung deutlich wurden und trotz Ablehnung durch den Verschönerungsverein wird der Windpark geplant. Dies widerspricht der oben genannten Leitlinie, dass möglichst viele in einen Dialog treten.</p>	<p>Die Bürgerbeteiligung ist im Planungsprozess sichergestellt. Alle Bürger haben die Möglichkeit gehabt, ihre Belange und Interessen zu benennen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P142	P142.12	A	<p>Eine Bewohnerin aus Alfstedt sagte gestern resigniert zu mir: „der Windpark macht meine ganze Wohnqualität zunichte, aber die machen ja doch was sie wollen. Die Natur wird geschützt, wo bleibt der Menschenschutz.“</p> <p>Aus diesen Gründen darf der geplante Windpark Bederkesa/ Alfstedt nicht gebaut werden.</p>	Der Schutz des Menschen wird über die harten und weichen Tabuzonen gewährleistet. Die Wohnqualität ist lediglich subjektiv und kann nicht als objektiver Belang in die Planung einfließen.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.01	A	zum geplanten „regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven (Fortschreibung Windkraft)*“ habe ich folgende Anmerkungen und Anregungen bzw. Einsprüche. Meine im Schreiben vom August 2014 vorgebrachten Argumente (siehe unten) sind bisher nicht abgewogen worden und ich halte sie daher vollständig aufrecht.	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.02	A	Eine öffentliche Erörterung der Anmerkungen zum RROP Entwurf (Windkraft) 2014 hat meines Wissens nach nicht stattgefunden. Auf meine Eingaben zum RROP 2012 habe ich seinerzeit keine Eingangsbestätigung erhalten und wurde auch nicht zur öffentlichen Erörterung eingeladen. Ich bitte sie, mich diesmal rechtzeitig zu informieren, damit ich meine Anregungen mündlich erläutern kann.	Die Erörterung zum RROP Entwurf 2014 wird gemeinsam mit der Erörterung zum RROP Entwurf 2015 stattfinden. Es werden keine Empfangsbestätigungen für eingegangene Stellungnahmen versendet. Ebenfalls erfolgt keine Einladung zum Erörterungstermin im Einzelfall. Der Erörterungstermin wird in den lokalen Zeitungen und auf der Homepage des Landkreises bekannt gegeben.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.03	A	Ich unterstütze die Bemühungen von Bundes- und Landesregierung sowie des Landkreises Cuxhaven zur Energiewende, die eine Abkehr von der Risikotechnologie Atomkraft darstellen. Der angestrebte Ausstieg auch aus der Kohleverstromung ist ein wesentlicher Beitrag zur Begrenzung der globalen Erderwärmung. Daher begrüße ich ganz ausdrücklich die Bemühungen des Landkreises zur Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015, Abteilung Windenergie, die einen substantiellen Ausbau der Windenergie ermöglicht, zwischen Energieerzeugung, Landschaftsbild, Naturschutz und den Interessen der betroffenen Bevölkerung vermitteln will und zur Rechtssicherheit führen soll. Mit zahlreichen großen Windparks die sich im Betrieb, im Repowering oder im Bau befinden sowie einem Testfeld für Windmühlen leistet der Landkreis Cuxhaven bereits heute einen sehr bedeutenden Beitrag zum Schutz von Natur und Klima.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P143	P143.04	E 01	Der Entwurf soll in erster Linie Windparks als Ausschlussstandorte ausweisen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, da so für die erneuerbaren Energien ein einheitliches und geordnetes Verfahren vorgesehen wird. Im begleitenden Text sowie aus der öffentlichen Diskussion erscheint es aber, dass ohne übergeordnete Leitlinien alle Flächen, die nicht durch einschlägige Vorschriften ausgeschlossen sind, jetzt als geeignet gelten. Dies widerspricht dem Gedanken, die Windparks ordnend und den Landschaftlichen Gegebenheiten entsprechend auszurichten.	Alle ausgewiesenen Vorranggebiete entsprechen dem einheitlichen Planungskonzept des RROP Entwurfs 2015. Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche wurden im Rahmen einer Einzelfallabwägung übernommen.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.05	E 01	Die vorherigen Raumordnungsprogramme und die daraus folgenden Bestimmungen wurden nicht angepasst sondern wurden übergangen und der Vertrauensschutz für die Einwohner verletzt. Der neue Entwurf 2015 ist im Vergleich zum Entwurf 2014 nur in Einzelheiten verändert und versucht so, eine Rechtssicherheit herzustellen. Auch sind Argumente aus dem Entwurf „Windenergieerlass“ der Niedersächsischen Landesregierung aufgenommen worden. Ganz entscheidend scheint ist dabei das Argument zu sein „einen wesentlichen Beitrag“ zur Windenergieerzeugung leisten zu müssen. Um das Ziel ca. 3% der Fläche des Landkreises als geeignet auszuweisen, werden Kriterien, Abwägungen und Entscheidungshilfen des NLT die sich als gerichtsfest erwiesen haben, hier verworfen werden und kommen mehr zur Anwendung. Ein Erlass stellt aber nur eine Richtlinie dar und kann nicht als Vorgabe angesehen werden, die eine Abwägung überflüssig macht. Bei richtiger Anwendung der Empfehlungen des NLT sind weniger Flächen geeignet. Der Landkreis ist demnach bezüglich Windkraftstandorten schon mit weniger als 3% seiner Fläche gesättigt. Angesichts zahlreicher bestehender und genehmigter Windfarmen sowie der Möglichkeit fast unbeschränkt zu repowern hat der Landkreis seine Aufgaben bezüglich Windenergie schon umfänglich voll erfüllt.	Bei einer kompletten Anwendung alle Abstände die im NLT-Papier genannt sind, könnte der Windenergie kein substanzieller Raum geschaffen werden. Es würden lediglich wenige kleine Flächen verbleiben. Alöle harten und weichen Tabuzonen werden in der begründung erläutert und hergeleitet. Es ist richtig, dass im Landkreis Cuxhaven bereits eine Vielzahl von Windenergiestandorten bestehen. Der Landkreis Cuxhaven evrfolgt jedoch das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.06	E 01	Eine wesentliche Abwägung, die einem RROP zugrunde liegen muss, ist eine Stimmigkeit seine Bestandteile. Der Abschnitt Windenergie darf nicht den übrigen Teilen des Raumordnungsprogramms widersprechen. Dies ist aber im vorliegenden Entwurf nicht gegeben. Eine Abwägung bezüglich anderer Nutzungen z.B. Tourismus hat nicht erkennbar stattgefunden.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.07	E 01	Regionale Raumordnungsprogramme und Flächennutzungspläne bilden mit Landschaftsrahmen- und Landschaftsplan Planungspaare. Der Bezug im Entwurf RROP2015 auf die Landeplanung ist nicht erkennbar. Das Kriterium Landschaftsbild ist nicht übergeordnet berücksichtigt und gegenüber anderen Zielen bewertet worden.	Die Zuordnung "Regionales Raumordnungsprogramm"- "Landschaftsrahmenplan" und "Flächennutzungsplan"- "Landschaftsplan" - im Sinne von "Planungspaaren" - ist korrekt. - Den bisher erstellten Naturschutzfachlichen Einschätzungen (und den Stellungnahmen des Naturschutzamtes) lagen im Wesentlichen die Daten aus der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans zugrunde. Die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans ist derzeit noch nicht abgeschlossen. - Im Rahmen der Aufstellung des Kriterienkatalogs hat kein Kriterium zum Schutzgut "Landschaftsbild" Berücksichtigung gefunden. Gleichwohl zeigt sich, dass Gebiete mit sehr hoher Bedeutung für das Landschaftsbild eigentlich auch immer für andere Schutzgüter des Naturschutzes und der Landschaftspflege eine herausgehobene Rolle spielen, das Landschaftsbild über andere Schutzgüter gleichsam mit abgedeckt wird. Lediglich ein kleiner Teilbereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" gehört zu einer Landschaftsbildeinheit mit sehr hoher Bedeutung. - Dass Gebiete mit hoher Bedeutung für das Landschaftsbild zu Vorranggebieten Windenergienutzung zu rechnen sind, ist ebenfalls eher selten.	Kenntnisnahme.
P143	P143.08	A	WEA sind technische Bauwerke, die – insbesondere in Form von Windparks – nicht nur in einem beträchtlichen Umfang Flächen beanspruchen, sondern es gehen von diesen Bauwerken wegen ihrer Größe, Gestalt, Rotorbewegung und -reflexe auch großräumige Wirkungen aus, die das Erscheinungsbild einer Landschaft verändern und ihr bei großer Anzahl und Verdichtung den Charakter einer Industrielandschaft geben können. Die bauhöhenbedingte Dominanz wird aufgrund der Bevorzugung von Offenlandschaften und exponierten Standorten noch verstärkt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P143	P143.09	E 01	Die Geräuscentwicklung der Anlagen stellt zumindest innerhalb von Bereichen mit besonderer Bedeutung für die Erholung ein zusätzliches Problem dar.	Das Thema Lärm wird im Genehmigungsverfahren behandelt.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.10	A	Die je nach Standort (z. B. Nähe zu Flugplätzen) oder Bauhöhe (mehr als 100 m über Grund) erforderliche Kennzeichnung gemäß der Allgemeinen Vorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen kann zu einer zusätzlichen erheblichen Beeinträchtigung führen. Das gilt sowohl für farbliche Kennzeichnungen als auch für weiß blitzende Feuer (tags) und rote Hindernisfeuer bzw. Gefahrenfeuer (nachts). (aus NLT Arbeitshilfe 2014)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P143	P143.11	E 11	Zahlreiche bestehende oder geplante Windfarmen genügen offenbar nicht mehr den aktuellen Kriterien im Entwurf RROP 2015 und sind nur als „gesicherten Flächen“ ausgewiesen. Sie müssen nun entweder als Vorranggebiet übernommen werden oder gestrichen werden wenn sie den Kriterien nicht entsprechen. Jetzt sieht es so aus, dass sie samt und sonders wegfallen, sobald ihre bisherige Genehmigung erlischt oder sich als rechtswidrig erweist. Im Umweltbericht werden für zahlreiche als bauplanerisch gesicherte Bereiche wichtige Argumente angeführt die eine Eignung als fraglich erscheinen lassen. Es werden teilweise erheblich Umweltauswirkungen dokumentiert und besondere Prüfungen für erforderlich gehalten. Haben die Prüfungen nicht stattgefunden, so dass dem LK keine abwärgungsfähigen Unterlagen vorliegen. Sind die im Umweltbericht für erforderlich genannten FFH VP bisher nicht erfolgt und warum? Worauf beruht dann die schon erteilte Baugenehmigung? Muss sie nicht erlöschen?	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurden einer Abwägung unterzogen. Sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen, können diese übernommen werden. Selbstverständlich müssen jedoch bei einem Repowering der Altanlagen umfassende Untersuchungen vorgenommen werden. Die bereits erteilte Baugenehmigung bleibt bestehen. Alle Anlagen haben einen Bestandsschutz.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.12	A	Es gibt Flächennutzungspläne (FNP), die auf dem erfolgreich beklagten RROP2012 beruhen. Diese FNP selbst können nicht beklagt werden. Sie sind aber hinfällig und ungültig und widersprechen der Rechtsprechung. Darauf aufbauende Baugenehmigungen sind folglich ebenso hinfällig. Wenn nun im neuen Entwurf des RROP die Standorte nicht mehr als Vorrangstandort ausgewiesen werden, also nicht genehmigungsfähig sind, ist die Illegalität offensichtlich.	Sofern Standorte als Vorranggebiet oder als bauleitplanerisch gesicherter Bereich ausgewiesen werden, können selbstverständnlich auf diesen Flächen Genehmigungsanträge nach Bundesimmissionsschutzgesetz gestellt werden. Es gibt keine Flächennutzungspläne für Windenergie die ungültig sind oder der Rechtsprechung widersprechen.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.13	SO 16	Mindestens eine Windfarm (Köhlen Brockoh) beruht auf eine ungültigen FNP und ist im RROP Entwurf 2015 kein Vorrangstandort mehr. Da noch kein Baubeginn erfolgt ist, sind alle bisher erteilten Genehmigungen zu widerrufen und eine Bautätigkeit zu unterbinden.	Siehe P143.12	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.14	E 01 / E 11	Einige bestehende Windfarmen verletzen die Abstandsregel von 4km untereinander. Es ist festzulegen, welche Windfarm Vorrang hat und welche bei erneuter Bebauung (Ersetzen bzw. Repowering) eingeschränkt werden muss. Die Vorrangflächen sind entsprechend neu auszuweisen. Ein Hinweis auf „planerisch gesichert“ stellt keine Abwägung und keine Entscheidung dar.	In Bezug auf den Abstand der Windparks untereinander wird auf die Begründung verwiesen. Vorranggebiete müssen einen Abstand von 4 km untereinander einhalten. Bei Altwindparks ist dies selbstverständlich nicht möglich, da diese Standorte bereits bestehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.15	E 01	Einer geplanten Windfarm wurde im Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) die Genehmigung verweigert. Nun wird auf der gleichen Datenbasis für die gleiche Fläche ein Vorrangstandort ausgewiesen. Das ist nicht nachvollziehbar. Der Standort ist zu streichen.	Hier muss eine Trennung der Ebenen erfolgen. Im Genehmigungsverfahren steht die genaue Anlagenkonfiguration fest, das heißt die genaue Position und die Höhe. Sofern eine Anlage an einer bestimmten Stelle nicht genehmigungsfähig ist, bedeutet das jedoch nicht, dass die Fläche insgesamt für die Windenergie geeignet ist. Auf regionaler Ebene wird die Fläche selbst untersucht, nicht die einzelne Anlage.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.16	E 11	Die Regelung, Repowering auf Flächen zuzulassen, die keine Vorrangstandorte sind, ist zu überprüfen. Es sind in jedem Fall neue Genehmigungen nach BImSchG zu beantragen, sobald die Windmühlen in der Fläche oder Höhe die bisherige Größe überschreitet. Die Regelung, dass dabei die überstrichene Rotorfläche um 15% größer werden darf ist nicht nachvollziehbar und zu streichen. Wenn dadurch kein Repowering mehr sinnvoll ist muss der Standort entfallen, er ist ohnehin kein Vorrangstandort.	Die Regelung in Ziffer 11 Satz 3 wird noch einmal überarbeitet.	Zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.17	A	Für die Küstenstandorte, die nach aktuellen Kriterien nicht genehmigungsfähig sind, aber in Zukunft repowert werden sollen, sind im Inland Ersatzstandorte vorzusehen. D.h die jetzt neu dazukommenden Flächen bzw. noch nicht genehmigte Standorte sind für die in Zukunft wegfallenden Standorte als Ersatz zu reservieren so dass kein Verlust entsteht.	Der Landkreis Cuxhaven ist nicht verpflichtet Ersatzstandorte für wegfallende Standorte zu schaffen. Es werden Vorranggebiete ausgewiesen und bauleitplanerisch gesicherte Bereiche dargestellt, welcher Betreiber letztlich Windenergieanlagen in den entsprechenden Flächen errichtet, ist für die Regionalplanung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.18	SO 40	Zum Vorranggebiet Lamstedt (Nr. 40): wieso wird der Bereich als gesichert betrachtet, für die bestehenden Erprobungswindmühlen (z.B. Bereich Geestland) aber keine Aussagen getroffen?	Für die drei Anlagen bei Lamstedt liege eine Bauleitplanung vor. Das so genannte Testfeld wurde nicht über einen Bauleitplan dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.19	B 12	Die Regelung, dass bestimmte Betriebe Erprobungswindmühlen außerhalb von Vorrangstandorten errichten dürfen ist zu streichen. Es kann ohne weiteres ein eigener Erprobungsstandort ohne Höhenbegrenzung ausgewiesen werden. Es gab schon einen solchen im Raum Cuxhaven. Abschnitt 12 ist entsprechend zu ändern.	Die Regelung in Ziffer 12 wird beibehalten. Es liegt kein Grund vor, der eine Streichung erfordern würde. Das ein Erprobungsstandort ausgewiesen kann, ist ja gerade gewollt.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.20	SO 17	Zum Vorranggebiet Lamstedt-Mittelstenahe: wie kann der westliche Bereich in 2014 als Vorranggebiet ausgewiesen werden, in 2015 aber als bauplanerisch gesichert?	Bezüglich der Abgrenzung und Ausweisung der Flächen wird auf die umfangreiche Begründung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.21	E-N	Zum Vorranggebiet Bederkesa/Alfstedt : es wird ein mittleres Landschaftsbild angegeben. Da hier naturschutzwürdige Flächen liegen und auch der hochwertige Kührstedter Wald angrenzt ist das Landschaftsbild hoch bis sehr hoch anzusehen	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Potenzialfläche 012 ist vollständig der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) zuzuordnen. Bei dem in räumlicher Nähe gelegenen Kührstedter Holz ist die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) unzweifelhaft höher; diese Landschaftsbildeinheit ist der Wertstufe 5 (= Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung) zugerechnet worden.	Kenntnisnahme.
P143	P143.22	SO 17	das touristisch wichtige Baudenkmal Bederkesaer Mühle wird in seinen Sichtbeziehungen entscheidend eingeschränkt. Dies gilt sowohl für die Sicht auf die Mühle, die eine bedeutende Landmarkierung darstellt (z.B. wird sie gern von Flugzeugen angesteuert) sondern auch für die weite Rundumsicht von der öffentlich zugänglichen Aussichtsplattform der Mühle	Denkmalschutzrechtliche Belange wurden im Umweltbericht berücksichtigt. Eine Beeinträchtigung der Bederkesa Mühle liegt nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.23	SO 17	wird auf die großräumige Vernetzung der Lebensräume vom FFH Gebiet Holzburg über die Naturschutzgebiete Fleckenhölzer Bederkesa über die Wallhecken zum Wald westlich von Alfstedt/Forst Kührstedt zum Löhbusch und weiter zu den international bedeutenden Poldern Bramel und Glies nicht eingegangen. Eine Windfarm würde diesen wichtigen Korridor zerschneiden.	Für die Berücksichtigung des Biotopverbunds bzw. der Biotopvernetzung gibt es keine planerische Grundlage; so ist das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" beispielsweise nicht von einem Vorranggebiet Biotopverbund nach dem LROP-Entwurf 2014 bzw. -Entwurf 2015 betroffen.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.24	SO 17	die Fledermäuse, die zu Fortfall des südlichen Zipfels des Gebiets geführt haben sind auch in vielen anderen Bereichen des Standortes vorhanden. Erkenntnisse dazu liegen auch dem Landkreis vor, wurden aber nicht angemessen berücksichtigt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P143	P143.25	SO 17	es wurden Gast- und Rast- bzw. Zugvögelvorkommen nicht berücksichtigt	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Potenzialfläche 012 gehört vollständig zu einem Gastvogellebensraum mit allgemeiner Bedeutung. - Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht.	Kenntnisnahme.
P143	P143.26	SO 17	es wurden Flächen im Inneren des zweiteiligen Gebiets, die im RROP2014 herausgenommen worden waren, wieder eingeführt. Die Grundlage für das Herausnehmen, die Vogelwelt, hat sich aber nicht verändert. Die Flächen gehören erneut herausgenommen	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoores bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wurde im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht wiederholt. Es wurde der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich des Pastorenmoores nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.27	SO 17	es wurde der östliche Bereich unter Hinweis auf den Seeadler gestrichen und eine kompaktere Bauweise der Windfarm gefordert. Der Flugkorridor des Seeadlers ist aber nicht eng. Daher gehört der ganze Vorrangstandort gestrichen.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, dass im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.	Kenntnisnahme.
P143	P143.28	A	Insgesamt entsteht der Eindruck, dass sich der Entwurf des RROP2015 durch zahlreiche Ungereimtheiten und unbegründete und damit angreifbare Regelungen als nicht gerichtsfest erweist und wie seine Vorgänger erfolgreich beklagt werden wird. Möglicherweise ist dies auch beabsichtigt oder es wird billigend in Kauf genommen, um wie bisher in einer rechtlichen Grauzone unbeschränkt weitere Windfarmen zu genehmigen und zu bauen. Alle diese Genehmigungen, die auf erfolgreich beklagten Plänen beruhen, sind rechtswidrig und müssen widerrufen werden. Da den Betreibern die Rechtswidrigkeit bekannt ist und sie trotzdem bauen, muss auch nicht mit Entschädigungsforderungen gerechnet werden. Oder entsteht eine Amtshaftung für den Landkreis?	Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.29	A	Es folgen Anregungen Anmerkungen/Widersprüche, die ich schon gegen das RROP2014 vorgebracht habe und die fortbestehen. Der Text wurde leicht überarbeitet. Das Landesraumordnungsprogramm schreibt vor: Niedersachsen hat als Nordseeanrainer und Flächenland natürliche Standortvorteile zur verstärkten Nutzung der Windenergie im Binnenland und auf dem Meer. Dieses Potenzial soll unter Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen wie Schutz der Bevölkerung, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Schifffahrt, Fischerei und Naturschutz genutzt werden. Die Raumordnung hat mit ihrem Auftrag gemäß § 1 NROG sicherzustellen, dass bei der Planung, dem Bau und Betrieb von Anlagen zur Windenergienutzung die öffentlichen Belange und die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes und seiner Teilräume ausgewogen berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Nicht hinnehmbare Beeinträchtigungen sind vorsorgend mit planerischen Möglichkeiten zu verhindern. Diese Vorsorge ist im vorgelegten RROP nicht erfüllt. Von den planerischen Möglichkeiten wird kein Gebrauch gemacht.	Die genannten Belange wurden allesamt berücksichtigt. Es wird verwiesen auf die ahnten und weichen Tabuzonen sowie die Erläuterungen hierzu. Weiter wird verwiesen auf die Einzelfallabwägung der Potentialflächen und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.30	A	Das LROP führt weiter aus: Das Potenzial der zur Nutzung der Windenergie geeigneten Flächen ist weitgehend ausgeschöpft. Als geeignet gelten Standorte, an denen ein Referenzertrag von mindestens 60% erzielt werden kann. Künftig wird nicht die Erschließung neuer Flächen im Vordergrund stehen, sondern die effektive Nutzung planerisch abgestimmter Flächen durch Repowering-Maßnahmen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P143	P143.31	E 01	Das vom LK Cuxhaven vorgelegte RROP trägt dem keine Rechnung. Es ist vordringlich auf die Ausweisung von neuen Flächen ausgelegt. Das Vorgehen, den gesamten Landkreis nur nach Ausschlussgründen zu beurteilen, ist keine Planung. Es fehlt offenbar an Abwägung.	Das einheitliche Planungskonzept entspricht den Anforderungen der Rechtsprechung. Im Übrigen ist es nicht vordringlich auf die Ausweisung von neuen Flächen ausgerichtet.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.32	A	Für den Landkreis hat die Landesregierung im Landesraumordnungsprogramm einen Beitrag an Windkraft vorgesehen, der schon jetzt im Landkreis Cuxhaven bei weitem übererfüllt wird. Auch der geplante Windkraft-Erlass der neuen Landesregierung stellt keine Anforderungen, die nicht schon heute erfüllt sind. Das gilt sowohl für die erzeugte Leistung wie auch für den Flächenanteil. Die bestehenden sowie die bauplanungsrechtlich gesicherten Windfarmen reichen dafür voll und ganz aus. Unter Berücksichtigung von Repowering sowie der Erweiterung bestehender Parks besteht daher kein Anlass, neue Windparks auszuweisen.	Der im Landesraumordnungsprogramm genannte Wert von 300 MW ist lediglich ein Mindestwert. Selbstverständlich kann und soll dieser Wert überschritten werden, um die politisch beschlossene und gesellschaftlich gewollte Energiewende zu fördern. Der im Windenergieerlass genannte Orientierungswert wird mit den heute bereits bestehenden Windparks nicht erreicht.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.33	A	Wie Windfarmbetreiber aussagen, wird in der Nordsee bald mehr Strom erzeugt, als von allen Atomkraftwerken zusammen. Das Ziel, an günstigen Standorten Energie zu erzeugen ist erfüllt und für die Allgemeinheit besteht kein weiterer Bedarf. Lediglich Einzelinteressen der Besitzer und Betreiber werden durch zusätzliche Windparks öffentlich gefördert. Die Vorstellung Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen ist nur in Einzelfällen richtig. Für die meisten Windparks wird durch Bilanzgestaltung und Weiterverkauf nur mäßige bis keine Steuern fällig. Während die Gewinne nur wenigen zugute kommen, bleiben der Allgemeinheit und den betroffenen Anwohnern nur die Nachteile. Dies ist bei der Planung zu berücksichtigen.	Die Aussage, dass an der Nordsee bald mehr Strom erzeugt wird, als von allen Atomkraftwerken zusammen, ist sachlich falsch. Die (regionale-)Wertschöpfung von Windparks ist nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.34	A	Bei dem Bau von Windpark werden neuartige Strukturen in die Landschaft eingebracht. Sie überprägen die Identität des Raums und sind schädlich für den Tourismus, von dem die Region lebt.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.35	A	Die Ausweisung von neuen Windparks über das Repowering sowie sinnvolle Erweiterung von bestehenden Parks ist abzulehnen. Die vorliegende Planung dient vorrangig dem wirtschaftlichen Privat-Interesse und geht durch die damit verbundenen - nicht ausgleichbaren- Beeinträchtigungen zu Lasten von Natur, Landschaft und Menschen.	Die Vorranggebiete entsprechen dem einheitlichen Planungskonzept. Durch die harten und weichen Tabuzonen werden Natur, Landschaft und der Mensch geschützt.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.36	E 01	Insbesondere die Regelung, zwischen den Windparks generell einen Abstand von 4 km einzuhalten widerspricht den Richtlinien des Landes, die einen Abstand von 5 km vorsehen. Eine Regel, für die es nur Ausnahmen gibt, wird insgesamt verletzt und so nicht als Regel des Landes anerkannt. Dies widerspricht den Vorschriften des Landes.	Es gibt keine Vorschrift des Landes, dass zwischen Windparks ein Abstand von 5 km einzuhalten ist. Es gibt lediglich eine Empfehlung, von der im Landkreis Cuxhaven begründet abgewichen wird. In bezug auf die Gründe wird auf die Begründung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.37	E 01	Speziell die Ausnahme im RROP, dass in einigen „waldreichen“ Gebieten nur 3 km Abstand ausreichen, ist unbegründet und nicht nachvollziehbar. Bäume werden im Landkreis bis zu 35m hoch und können Windräder mit eine Höhe von 150m bis 200m nicht verdecken. Tatsachen können nicht durch politischen Beschluss geändert werden. Die Sichtbarkeit von WEAs ist nicht abwägbar. Nur der subjektive Eindruck auf den Menschen kann beurteilt werden.	Die Regelung, das in waldreichen Gebieten nur 3 km Abstand vorgesehen sind, ist im RROP Entwurf 2014 nicht mehr enthalten.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.38	B 05	Innerhalb eines Windparks werden neuerdings 2 verschiedene Höhen zugelassen. Dies widerspricht explizit früheren Regeln und Absprachen, in denen innerhalb eines Parks gleichartige Anlagen hinsichtlich Höhe und Ausführung zu verwenden sind. Ich erkenne hier ein Schlupfloch, das beispielsweise am Windpark Bederkesa Alfstedt der Flecken Bederkesa eine Beschränkung auf 100m festlegt, Alfstedt/Kührstedt jedoch 200m zulässt und so die Entscheidung von Bederkesa ausgehebelt wird. Also wiederholt: Die Höhen müssen Einheitlich pro Windpark gelten und ausschließlich von Kreis festgelegt werden.	Der Landkreis Cuxhaven legt keine Höhe in Windparks fest. Hierfür sind vorrangig die Samtgemeinden bzw. Einheitsgemeinden zuständig. Die Regelung, das zwei unterschiedliche Höhen zulässig sind, ist in Hinsicht auf das Landschaftsbild vertretbar.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.39	B 11 / E 11	Im neuen Entwurf des RROP2014 sind viele Flächen aus dem vorangegangenen RROP2012 herausgenommen worden. Sie werden nicht mehr als Vorrangstandorte Windkraft gewertet. Sie werden nur als bauleitplanerisch gesichert bezeichnet. Bedeutet dies, dass diese Gebiete nicht mehr als geeignet betrachtet werden können. Sie sind lediglich als Altlasten einzustufen?	Bezüglich der Unterscheidung zwischen Vorranggebieten und bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird auf die Begründung verwiesen. In sog. Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche können Windenergieanlagen - mit Einschränkung - weiterhin errichtet werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.40	Z	Ist zum Beispiel ein Repowering der Windfarmen in Land Wursten nicht mehr zulässig? Aus heutiger Sicht – insbesondere bei den extrem gestiegenen Höhen der WEAs- wären diese Windfarmen schon wegen der Nähe zum Nationalpark Wattenmeer nicht genehmigungsfähig.	Die Abwägung zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen am Nationalpark Wattenmeer wird noch einmal kritisch geprüft.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.41	Z	Stellt das Gebiet Nord-Leda keinen Windpark mehr dar, sondern nur noch eine Reihe von kleinen Einzelgenehmigungen?	Wie der zeichnerischen Darstellung zu entnehmen ist, handelt es sich bei Nordleda um einen bauleitplanerisch gesicherten Bereich.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.42	SO 21	Ist Lintig-Meckelstedt nicht bauleitplanerisch gesichert? Die hohen WEAs stehen doch schon. Im Umweltbericht wird der Park als erheblich für windenergieempfindliche Vogelarten bezeichnet. Das gesicherte Vorkommen von Kranich und Seeadler werden nicht erwähnt.	Wie der zeichnerischen Darstellung zu entnehmen ist, handelt es sich bei Lintig-Meckelstedt um einen bauleitplanerisch gesicherten Bereich. Dies wird auch im Steckbrief Lintig-Meckelstedt (1.2.2.21) entspr. dargestellt. Die Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen erfolgt für die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie für die Vorranggebiete der Windenergiegewinnung des RROP Entwurf 2015 methodisch einheitlich, sofern eine Raumbedeutsamkeit gemäß RROP 4.2.2-02 vorliegt (vgl. dazu Anhang 1 des Umweltberichts, S.1). Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen des LK Cuxhavens. Im Steckbrief wird neben Kiebitzvorkommen auch das Vorkommen des Seeadlers im Umfeld des potenziellen Plangebiets dargestellt. Die Kranichvorkommen liegen gem. der zur Verfügung gestellten Daten außerhalb des festgelegten Mindestabstands von 500 m (vgl. dazu Tab. 2-1 im Anhang 1 des Umweltberichts & NLT 2014). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.43	SO 08	Wieso wird für Flögeln geplant? Auch hier stehen schon neue Windmühlen. Im Windpark Flögeln/Stüh liegt ein wertvoller Fledermauslebensraum. In Fledermausgebieten sind 200m Abstand zu den Wäldern einzuhalten.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 52 bis 54 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Flögeln-Stüh")]. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.44	U / SO 08	Schwerer wiegt hier die Tatsache, dass die besonders geschützten Seeadler im Bereich Flögelner See – Halemer/ Dahlemer See häufig anzutreffen sind. Nach öffentlichen Aussagen von Experten der Firma BIOS (H. Schikore) liegt hier eine große Gefährdung vor. Dies widerspricht der Angabe des Umweltberichts, der hier keine Beeinträchtigung erkennen will. Eine mögliche Bedrohung wird nur für Pflanzen und den Fischotter untersucht. Seeadler und Uhu fehlen in der Abwägung.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 52 bis 54 (= Sonderbaufläche Windenergienutzung "Flögel-Stüh")]. - Die Potenzialfläche 034 bzw. die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Flögel-Stüh" liegen außerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. - Der überwiegende Teil der Potenzialfläche 034 bzw. der überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergienutzung "Flögel-Stüh" liegen innerhalb des 3.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Uhu-Vorkommen.	Kenntnisnahme.
P143	P143.45	SO 08	Dieser Windpark hätte nie genehmigt werden dürfen. Zumindest ist das Repowering mit der Erhöhung der Windmühlen falsch gewesen. Daher ist hier die Laufzeit des Parks auf ein Minimum zu begrenzen. Auch müssen Schlüsse auf andere noch nicht abgeschlossenen Verfahren gezogen werden. Man darf den Betreibern und den Gemeinden nicht überlassen, welche Gutachten/Gutachter zu welchen Fragen Stellung nehmen. Dies muss von Seiten des LK veranlasst werden.	Das Genehmigungsverfahren nach BImSchG ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.46	SO 16	Einen Sonderfall stellt hier der Windpark Köhlen Brockoh dar. Es wird als gesichert vorgestellt. Es gibt aber weder ein gültiges RROP, das hier einen Windpark vorsieht, noch eine Baugenehmigung. Sogar der Bau von Zuwegungen ist untersagt. Wie kann man dann von gesichert reden.	Die Fläche ist insoweit als bauleitplanerisch gesichert eingestuft, als das für diesen Standort ein gültiger Flächennutzungsplan vorliegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.47	SO 16	Neben der 3km Abstandsregelung sind auch Naturschutzbelange kritisch zu bewerten. Der gesamte Bereich des RROP2012 wird hier als gesichert betrachtet, obwohl es deutliche Änderungen gegeben hat, bzw. noch von der UNB wegen Vogelschutz zu erwarten sind. Von gesichert kann daher nicht gesprochen werden.	Alle bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurden einer Abwägung unterzogen. Sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen, können diese übernommen werden. Selbstverständlich müssen jedoch bei einem Repowering der Altanlagen umfassende Untersuchungen gemacht werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.48	SO 16	Der Windpark enthält Waldgebiete größer als ein Hektar (wie auch der Windpark Flögel Stüh). Er widerspricht damit den Absichten der Landesregierung, die den Wald frei von WEAs halten will. Der Windpark muss insgesamt erneut auf den Prüfstand gestellt werden.	Es werden im Landkreis Cuxhaven keine Windenergieanlagen in Wäldern errichtet.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.49	SO 02	Bederkesa ist als Grundzentrum für Wohnen, Arbeiten, Tourismus und Erholung vorgesehen. Diese nur wenigen Zentren vorbehaltene Kombination erfordert auch besonderen Schutz im RROP. Diesem Ziel dienen auch die örtlichen Naturschutzgebiete, die Bestimmungen für den Bederkesaer See sowie die Entwicklung der Baugebiete vornehmlich in südlicher Richtung. Der Windparks bei Bederkesa/Alfstedt widerspricht dem. Es ist unverzichtbar, dass der Landkreis hier regelnd mit einer Höhenbegrenzung eingreift, oder auf diesen Standort wegen der vorhandenen Konflikte verzichtet.	Das Vorranggebiet SO 02 entspricht allen Vorgaben des einheitlichen Planungskonzepts. Es liegen keine öffentlichen Gründe vor, die einen Verzicht zwingend erforderlich machen. Die Höhenbegrenzung obliegt vordringlich der örtlichen Gemeinde.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.50	A	Alle Erfahrungen bei bereits existierenden Windfarmen zeigen: Die Bürger haben mit einem Wertverlust der Immobilien zu rechnen. Neue Bauplätze im betroffenen Gebiet sind praktisch unverkäuflich. (z.B. in Alfstedt). Gerade Familien mit jüngeren Kindern siedeln sich nicht an. (siehe Prof. Dr. Quambusch: Öffentliches Baurecht. Die Zerstörung der Landschaft durch Windkraftanlagen, ua.).	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.51	SO 02	<p>Grundlage beim Umgang mit Windkraftanlagen in der Planung ist die bundesgesetzliche Einstufung selbiger als privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB). Dies gibt Windkraftanlagen ein sehr starkes Gewicht im Verhältnis zu anderen Fachbelangen. In § 35 BauGB sind jedoch auch Einschränkungen dargestellt, die der Windkraft keine Garantie auf Umsetzung zugestehen und die bei weiteren Planungen zu beachten sind: So darf z. B. eine Beeinträchtigung von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, des Denkmalschutzes und der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswertes sowie eine Verunstaltung von Orts- und Landschaftsbildern nicht vorliegen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 und S. 3 BauGB).</p> <p>Als eins der wichtigsten Argumente gegen den Windpark Bederkesa Alfstedt ist das bisher weitgehend ungestörte Landschaftsbild zu nennen. Es sind negative Auswirkungen für den Bereich Wohnen (Ziel des RROP) und Tourismus (Ziel des RROP) und Erholung zu erwarten. Die Beeinträchtigungen umfassen vor allem die großräumigen Auswirkungen auf die landschaftlichen Gegebenheiten und den im hohen Maße landschaftsabhängigen Erholungswert. Das höchste Gut unserer Erholungslandschaften ist die Landschaft selbst, ihre Eigenheit, Unverwechselbarkeit, Artenvielfalt und Natürlichkeit. So sieht z.B. der Deutsche Touristenverband (2013) mit Sorge, dass im dicht besiedelten Deutschland zunehmend auch hochwertige Flächen für die Energiegewinnung umgewidmet werden, die bisher der Erholung und dem naturverträglichen Tourismus vorbehalten waren.</p>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Potenzialfläche 012 ist vollständig der Wertstufe 3 (= Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung) zuzuordnen. Bei dem in räumlicher Nähe gelegenen Kührstedter Holz ist die Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft (bzw. Landschaftsbild) unzweifelhaft höher; diese Landschaftsbildeinheit ist der Wertstufe 5 (= Landschaftsbild mit sehr hoher Bedeutung) zugerechnet worden. - Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild immer beeinträchtigt. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.52	A	Verschiedene Studien haben den Einfluss von WEAs auf den Tourismus untersucht. Neue Ergebnisse werden diametral gegenteilig interpretiert. Der überwiegende Teil der Befragten fühlte sich nicht beeinträchtigt. Dabei ist zu beachten, dass Touristen, die sich schon heute entscheidend beeinträchtigt fühlten nicht befragt werden konnten. Nur zwischen etwa 8% (Mecklenburg) und 26% (Mittelgebirge) der Befragten sagten, sie würden Gebiete mit Sicht auf Windkraft aktiv meiden. Einerseits wird dies als Verträglichkeit verstanden. Andererseits stellen diese Zahlen für den Tourismus ein schweres Problem dar. Wenn auch nur 8% der Besucher ausbleiben, verursacht dies einen immensen Verdienstausfall in der Tourismusbranche. Entsprechend besorgt zeigen sich deren Dachverbände. Bederkesa ist wirtschaftlich fast vollständig auf naturnahen, naturverträglichen Tourismus ausgerichtet. Der Branche geht es heute schon nicht besonders gut. Für viele Betriebe ist der zu erwartende Umsatzrückgang von 8-26% der Unterschied zwischen Wirtschaftlichkeit und Insolvenz.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.53	SO 02	Der Blick von der denkmalgeschützten Bederkesaer Windmühle wird schon durch die bestehenden Windfarmen in Flügeln, das Offshore-Testgebiet, die Parks in Meckelstedt und Ringstedt sowie den projektierten Park in Köhlen Brockoh stark eingeschränkt. Das Landesraumordnungsprogramm schreibt für die Küstenregion ausdrücklich vor, das es keine Beeinträchtigung des freien Horizonts geben darf. Gerade der Touristenort Bederkesa ist auf eine intakte und unverbaute Naturlandschaft angewiesen. Ein Windpark Bederkesa Alfstedt würde den letzten freien Blick in die Ferne verderben und zunichte machen.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort beispielsweise 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzzahlung gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.54	SO 02	Für den Windpark Bederkesa/Alfstedt wurde gegen weitere zahlreiche Belange aus Sicht von Naturschutz und Raumprogramm verstoßen. Im Windpark liegt ein engmaschiges Heckensystem, das geschützt werden muss. Die Sicherung kulturgeprägter Ökosysteme im engen Bereich und ihre Entwicklung für größere Zonen des Windparks wurde im Landschaftsrahmenplan Cuxhaven für dies Gebiet vorgeschrieben, sie entfällt offenbar, dabei stellt sie ein Kulturelles Sachgut dar.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Die Wallhecken sind im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu berücksichtigen. - Vermutlich wird auf die Karte VII "Anforderungen Nutzungen von Natur und Landschaft" im Maßstab 1:50.000 im Landschaftsrahmenplan 2000 Bezug genommen; für den Bereich der Potenzialfläche 012 ist das Ziel "Sicherung bzw. Entwicklung von Gehölzstrukturen (in Teilbereichen)" und "Neuschaffung von Gehölzstrukturen (in Teilbereichen)" dargestellt. - Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P143	P143.55	SO 02	Im selben Plan wird die Windparkfläche als Vorsorgegebiet Erholung ausgewiesen. D.h. hier müssen Tourismus und Erholung Vorrang haben.	Die Ausweisung eines Vorranggebietes steht nicht im Widerspruch mit einem Vorsorgegebiet Erholung.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.56	SO 02	Die Fläche wird für eine Kompensationsmaßnahme geeignet eingestuft. Dies sollte bestehen bleiben.	Vermutlich wird auf die Textkarte 8-3 "Bereiche mit besonderer Eignung für Kompensationsflächen bzw. -maßnahmen" im Landschaftsrahmenplan 2000 Bezug genommen. Die Punkt-Signatur betrifft insbesondere den südwestlichen Teil der Potenzialfläche 012. Ob und inwieweit eine Beibehaltung der Signatur im Falle einer Realisierung von Windenergieanlagen sinnvoll ist, wird im Zuge der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans zu entscheiden sein.	Kenntnisnahme.
P143	P143.57	SO 02	Teile des Parks liegen im Vorranggebiet Natur und Landschaft und müssen aus der Planung entfernt werden.	Dies ist sachlich falsch. Vorranggebiete Natur und Landschaft nach dem RROP 2012 sind eine weiche Tabuzone und wurden somit dem weiteren Verfahren entzogen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.58	SO 02	Weitere Teile werden als mögliches Landschaftsschutzgebiet (Stichwort LS231810) im alten Rahmenplan 2000 eingestuft. Dies sollte erfolgen und diese Bereiche ebenfalls aus dem Windpark genommen werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 16 bis 18 (= Lfd. Nr. 012 - Bei Bad Bederkesa und Kührstedt-Alfstedt)]. - Der westliche Teil der Potenzialfläche 012 gehört zu einem Gebiet, das die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt (LRP 2000). - Ob und inwieweit eine Darstellung eines Gebietes, das die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt, im Falle einer Realisierung von Windenergieanlagen sinnvoll ist, wird im Zuge der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans zu entscheiden sein.	Kenntnisnahme.
P143	P143.59	SO 02	Selbst im vorliegenden RROP wird dies Gebiet als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft eingestuft. Dem muss Rechnung getragen werden. Dieser Windpark enthält selbst nach der Umplanung noch streng geschützte Gebiete.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.60	SO 02	<p>Im „Löhrbusch“ brüten regelmäßig Seeadler. Der Windpark liegt in der Verbindung der Futtergebiete Polder Bramel/Glies und Flögeler See/ Dahlemer See. Seeadler sind besonders geschützt und sind sehr gefährdet in Bezug auf Vogelschlag an Windmühlen. Das Vorkommen des Seeadlers ist unstrittig und wurde in mehreren Studien untersucht. Dem Landkreis liegen ausreichend Informationen des NLWKN, des Landesadlerbeauftragten Görke, des Adlerbetreuers für den Löhrbusch Cordsmeier, des Verschönerungsvereins Bederkesa, von Betreiberseite vorgelegten Gutachten und mehr sowie aus eigenen Erkenntnissen vor. Der Seeadler gehört zu den streng geschützten Arten. Im Wege der nachvollziehbaren Abwägung ist den Belangen des Vogelschutzes der Vorzug zu geben. (siehe z.B. BayVGH 30.6.05). Dies gilt auch für Vogelschutzgebiete, die noch nicht förmlich unter Schutz gestellt wurden (z.B. VG Ansbach, VG Stuttgart). An der Planung des Windparks Bederkesa-Alfstedt kann daher nicht festhalten werden.</p>	<p>Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, dass im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erforderlich. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler nicht gegeben.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.61	SO 02 / U	Der Umweltbericht, den der LK hierzu vorlegt ist ungeeignet. Er ist weitgehend falsch. Z.B. werden Waldflächen, geschützte Gebiete und international bedeutsame Vogelrastgebiete in der Umgebung negiert.	Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen des LK Cuxhavens. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt werden diese Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im potenziellen Plangebiet und im Umfeld kann demnach ausgeschlossen werden. Auch für Vogelrastgebiete mit nationaler oder internationaler Bedeutung wird das Abstandskriterium von 1.200 m (gem. NLT 2014) zum potenziellen Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt eingehalten. Der Umweltbericht Teil C ist geeignet. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.62	A	Es entsteht der Eindruck, die vorhergehende Diskussion des RROP 2012 wurde nicht berücksichtigt und kaum faktische Fehler korrigiert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P143	P143.63	U	In der Beantwortung der Einwände gegen das RROP 2012 wurden seitens des LK bezüglich des Seeadlers ausgeführt, „Darüber hinaus erfolgt eine Berücksichtigung im Zuge des Umweltberichts.“ Dies ist offenbar nicht geschehen.	Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen des LK Cuxhavens. Der Seeadler gehört zu den von Kollisionsrisiken an WEA stark betroffenen Vogelarten. Er gilt als bedrohte, besonders störungssensible Vogelart, auf die bei der Ausweisung von WEG verstärkt Rücksicht genommen werden muss. Gemäß der tierökologischen Abstandskriterien (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 3.000 m zum Horst und ein Prüfbereich von 6000 m empfohlen. Im Prüfbogen des Umweltberichts zum RROP 2014 zum potenziellen Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt wurde zur Ermittlung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen das Vorkommen zweier Seeadler-Brutpaare innerhalb des Prüfbereichs berücksichtigt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.64	U	Der Umweltbericht verneint die Existenz von Landschaftsschutzgebieten, geschützter Landschaftsbestandteile, UNZERSCHNITTENER VERKEHRSARMER RÄUME, und erkennt nur ein mittleres Landschaftsbild. Alle diese Angaben sind falsch. Sie können kaum den Standpunkt der Fachleute des LK widerspiegeln.	Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien geprüft: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatschG. Für das potenzielle Vorranggebiet werden die entspr. festgelegten Abstandskriterien eingehalten. Die Bewertung des Landschaftsbilds erfolgte auf Grundlage der Karte zur Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft aus dem Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven. Eine differenziertere Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was ebenfalls im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Somit ist eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich. Durch die Aufnahme dieses Kriteriums mit den Bereichen mit mittlerer, hoher und sehr hoher Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.65	SO 02	Die Gründung der 186m hohen Anlagen geschieht wegen des schlechten Baugrunds durch teilweise 40m lange Pfähle. Bei den WEA, die im Wasserschutzgebiet liegen, kann dadurch das Oberflächenwasser, das stark Nitratbelastet ist, in tiefere Grundwasserschichten eindringen. Spätestens beim geplanten vollständigen Rückbau muss mit dieser Möglichkeit gerechnet werden. Ein hydrogeologische Gutachten ist daher vor Genehmigung vorzulegen.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.
P143	P143.66	SO 02	Der notwendige Wegebau für schwere Maschinen wird in letzter Zeit zunehmend durch ortsfremdes, wiederaufgearbeitetes Material gesichert. Z.B. Bauschutt ist in der Regel schadstoffbelastet. Eine Beimischung von geringer belastetem Material zur geringfügigen Unterschreitung von Grenzwerten ist problematisch. Gerade im Wasserschutzgebiet muss ein gänzlich unbelastetes Wegebaumaterial vorgeschrieben werden.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P143	P143.67	A	Infraschall: Es gibt inzwischen zahlreiche aktuelle Studien, die den Einfluss von Infraschall auf Säugetiere und selbst Vögeln und Fischen belegen. Entsprechende Studien zur möglichen Belastung der Menschen liegen inzwischen ebenfalls vor, wenn auch nicht im gleichen Maße. Die unvermeidliche Belastung des Menschen zeigen Messungen aus Dänemark und den Niederlanden. Deshalb wird ein Abstand von WEA zur Wohnbebauung im Flachland von 2km empfohlen (siehe z.B. Pereira, Laufer u. a.). Eine Standortplanung sollte daher substantiell das Infraschallthema schon im Vorfeld klären.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P144	P144.01	SO 31	ich wohne XXX [Adresse zensiert] mit meiner Familie. Der geplante Windpark kann an diesem Standort nicht entstehen!!!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P144	P144.02	SO 31	Weil: Meine Kinder und auch wir nicht mit Schattenschlag, Infraschall, Disko Effekt leben können wollen und müssen. Sollte der Windpark gebaut werden, ist dieses mit vorsätzlicher Körperverletzung gleichzusetzen. Wir sind haben kein Verständnis dafür, das Natur, Ruhe ,Tiere ,Grundstücke und Menschen gestört und auch zerstört werden.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P144	P144.03	SO 31	Ich habe auch kein Verständnis dafür das sogar unser Kindergarten (mit Kindern) der eben falls ganz in der Nähe ist genauso beeinträchtigt wird.	Siehe P144.02	Nicht zu berücksichtigen.
P144	P144.04	SO 31	Bei uns sind viele Störche ansässig die ständig auf Nahrungssuche sind. Direkt am und ums Haus fliegen viele Fledermäuse und sogar Eulen.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P144	P144.05	SO 31	Ebenfalls ist das Weltkulturerbe Schwebefähre erstrebenswert aber mit einem Windpark ist dieses wohl nicht möglich.	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe, bei der bislang noch nicht einmal ein fertiger Antrag vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P144	P144.06	SO 31	Außerdem befürchten wir durch die Vibrationen und den Bau, Schäden an unserem Haus für die keiner aufkommt.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P144	P144.07	SO 31	Ganz zu schweigen davon ,das unser Gebäude und Grundstück wertlos,und damit unverkäuflich sein werden.	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund anerkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P144	P144.08	SO 31	Mir ist es ebenso völlig unverständlich wie nach einem Bürgerentscheid mit 82% gegen Windanlagen in der Gemeinde Osten-Isensee , überhaupt die Überlegung kommen kann einen solchen Park zu planen. Dieses würde wiederum heißen der Bürger ist nichts wert, seine Meinung uninteressant und gleicht somit schon einer Diktatur.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P145	P145.01	SO 31	Als Anwohner von Isensee protestieren wir gegen die Planung einer Windenergieanlage im Bereich Zehntwege, Osten-Isensee.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P145	P145.02	SO 31	Die Bauernhöfe und Wohnhäuser stehen hier vereinzelt, aber doch so, dass viele Anwohner durch die mit dem Vorhaben einhergehenden Baumaßnahmen und die dann vorhandenen großen Windräder erheblich belastet werden.	<p>Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P145	P145.03	SO 31	Die Landschaft dort ist intakt und schön, zusammen mit dem Oste-Ufer ein beliebtes Gebiet u.a. für Radwanderer. Größere Bauvorhaben in diesem doch begrenzten Naturgebiet zu starten ist mit unserem Umweltverständnis nicht in Einklang zu bringen, zumal sich anderenorts Gemeinden um eine Vergrößerung ihrer Windparks beworben haben.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P146	P146.01	SO 30	Bedenken gegen den Entwurf des RROP 2015. Sachlicher Teilabschnitt Windenergie! Betrifft: Windpark Stinstedt/odisheim "Wildes Moor"	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P147	P147.01	SO 31	hiermit spreche ich mich gegen das im Entwurf der RROP 2015 vorgeschlagene Vorranggebiet für Windenergie Nr. 31 Osten-Isensee aus. Als zukünftige Besitzerin des Grundstücks Zehntwege 3 und zukünftige Anwohnerin des Straßenzugs „Zehntwege“ bin ich von diesem Vorranggebiet direkt betroffen und möchte daher Stellung beziehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P147	P147.02	SO 31	Die Fläche Nr. 31 Osten-Isensee ist meiner Meinung nach für eine Windenergienutzung weder geeignet noch zulässig.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P147	P147.03	SO 31	Hierfür möchte ich gerne einige Punkte anführen: • Das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft, das im PROP 2014 ausgewiesen war, scheint im Vorranggebiet für Windenergie NR 31 nicht berücksichtigt zu werden. Die abgespaltene scheinbar neu hinzugekommene Ergänzungsfläche nordwestlich des Kerngebiets nörd-östlich der Grundstücke Zehntwege 2 und 3 liegen mitten in diesem Vorbehaltsgebiet.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P147	P147.04	SO 31	• Soll der Energiegewinnung und dem Profit wirtschaftender Unternehmen ein größerer Wert beigemessen werden als dem Schutz der Umwelt, und darunter seltener Arten, sowie der Gesundheit und dem Wohlbefinden der in unmittelbarer Nähe wohnenden Bevölkerung?	Im einheitlichen Planungskonzept wurden öffentliche und private Belange gerecht untereinander abgewogen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P147	P147.05	SO 31	<p>• In dem ausgewiesenen Gebiet pausieren und brüten Vogelarten wie Kiebitz, Kranich, Weißstorch, Kornweihe, Bekassine und Mäusebussard. Der Graureiher ist hier bisher zu Hause. Auch der Eisvogel ist gesichtet worden. Diesen einzigartigen Tiere würde durch den Bau von enormen Windkraftanlagen der Lebensraum an dieser Stelle genommen und insgesamt noch weiter verkleinert werden.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen des Kiebitzes und des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung; diese wären insbesondere im Hinblick auf Kranich, Kornweihe und Graureiher erforderlich.</p>	Kenntnisnahme.
P147	P147.06	SO 31	<p>• In Verlängerung des Grundstücks Zehntwege 2 befindet sich ein im Flächennutzungsplan eingetragener Wald. Zu diesem Wald muss beim Bau von Windkraftanlagen ein Abstand gehalten werden. Ist dieser Abstand beim Ergänzungsbereich des Vorranggebiets für Windenergie Nr. 31 Osten-Isensee berücksichtigt worden?</p>	<p>Entsprechend der weichen Tabuzonen wurden Wälder über 1 ha sowie ein 100m Puffer hierzu für das weitere Verfahren ausgeschieden. Waldflächen unter 1 ha müssen in den nachgelagerten Verfahren beachtet werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P147	P147.07	SO 31	<p>Auch in diesem Fall muss bedacht werden, dass die im Wald vorkommenden schuttsuchenden am Boden und in der Luft lebenden Tierarten durch den Bau und das Vorkommen von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe erheblich gestört werden.</p>	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P147	P147.08	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>Im worst case wird davon ausgegangen, dass Windkraftanlagen des Typs Fuhrländer FL 2500 mit einer Gesamthöhe von 210 m gebaut werden. Diese enormen Windkraftanlagen führen in einem kleinen Vorranggebiet wie der Ergänzungsfläche im PROP 2015 zu NR 31 zu einer enormen optischen und lärmtechnischen Belastung. Diese ist den Anwohnenden nicht zumutbar!</li> </ul>	<p>Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P147	P147.09	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die optisch bedrängende Wirkung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet wird dadurch verstärkt, dass es sich nicht um einzelne Häuser handelt, sondern um Ansammlungen mit Siedlungscharakter. In und um das ausgewiesene Gebiet liegen Ostener Ortsteile mit siedlungsähnlichem Charakter. Diese haben die Form von Streusiedlungen, Straßendörfer oder Siedlungssplitter mit Häuseransammlungen von bis zu 10 Häusern. Ein Abstand von 420m ist nicht ausreichend wie auch in anderen Bundesländern bestätigt. Die noch im RROP 2010 durch den Landkreis verwendete Dreiteilung der Siedlungskategorien (Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen) hatte diesen besonderen Charakter berücksichtigt. Ist dieser Tatbestand im neuen PROP 2015 einfach stillschweigend aufgelöst?</li> </ul>	<p>Die beschriebene Aufteilung in Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen hat weder im Entwurf 2010, noch im RROP 2012 oder im RROP Entwurf 2014 existiert. Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P147	P147.10	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verlangt einen Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und einer Wohnbebauung von mindestens 2.000 m!</li> </ul>	Die Empfehlungen der WHO sind für die Regionalplanung nicht verbindlich.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P147	P147.11	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sind Erkenntnisse aus neuen gesundheitlichen Studien und wissenschaftliche Befunde und Ideen aus anderen Bundesländern gründlich überprüft worden? (In NRW der Windenergieerlass mit einem Mindestabstand von 1.500 m. Ebenso in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg ein Mindestabstand von 2.000 m, in Bayern und Sachsen die Forderung einer gesetzlichen Verankerung von einem Mindestabstand der 10-fachen Anlagenhöhe zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen).</li> </ul>	<p>Die Abstände entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Mit den weichen Kriterien von 500 m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung sowie 1000 m zur Ortslage hat der Landkreis Cuxhaven angemessene Abstände angesetzt, die einerseits dem Anwohnerschutz und andererseits dem Ziel des Ausbaus der Windenergie nutzen.</p> <p>Zudem bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P147	P147.12	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass schädliche Immissionen in ländlichen Gebieten noch störender wirken. Je größer die Anlagen, desto schlimmer!</li> </ul>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P147	P147.13	SO 31	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sollte nicht das Wohlbefinden der Bevölkerung im Vordergrund stehen? Der Großteil der anwohnenden Bevölkerung befürchtet enorme Einschränkungen durch Windkraftanlagen im im RROP 2015 vorgeschlagenen Vorranggebiet für Windenergie Nr. 31 Osten-Isensee. Diese sollten berücksichtigt werden und daher auch größere Mindestabstände wie in anderen Bundesländern eingehalten werden. Schließlich sind die Anwohnenden in Osten-Isensee ebenso schutzbedürftig wie anderswo. Dies sollte der Kreis Cuxhaven berücksichtigen!</li> </ul>	Siehe Stellungnahme P147.11	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P147	P147.14	SO 31	<p>• Nicht zuletzt fürchte ich persönlich eine enorme Wertminderung des Grundstücks Zehntwege 3. Als zukünftige Besitzerin würde ich mich dem Lärm, der Gesundheitsgefährdung und der optischen sowie landschaftsästhetischen Einschränkung nicht aussetzen wollen. Ich würde einen Ausgleich für eine Verkaufspreisminderung des Grundstücks bei den Verantwortlichen (Raumplanung Cuxhaven) einfordern. In anderen Bundesländern gibt es bereits Urteile, die einen solchen finanziellen Ausgleich als wahrscheinlich erscheinen lassen.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P148	P148.01	A	hiermit möchte ich meinen Einspruch gegen den Entwurf des RROP 2015 einreichen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P148	P148.02	SO 30	<p>In diesem Entwurf wird das Gebiet Stinstedt / Odisheim als Vorrangstandort ausgewiesen, aus unterschiedlichen Gründen möchte ich hier gegen Einspruch einlegen:</p> <p>— die Zuwegung zum Bau dieser Anlagen soll über Stinstedt erfolgen, hier wurde gerade die Straße neu in Stand gesetzt, durch die Nutzung für die Zulieferung wäre die Straße wieder baufällig.</p>	Die Erschließung des Windparks ist kein Belang der Raumordnung.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P148	P148.03	SO 30	— einen Windpark im tiefsten Moor zu errichten, erscheint unverhältnismässig und kaum mit der Natur vereinbar zu sein (Seeadler, Naturschutzgebiet, Stinstedter Seegebiet)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Nach der "Bodenkundlich-geologischen Karte der Marschengebiete 1:25.0000, Blatt 2319" liegt im Bereich der Potenzialfläche 053 eine Torfmächtigkeit von etwa 3 bis 5 m (Hochmoor auf Niedermoor) vor. Im westlichen Teil der Potenzialfläche liegt die Mächtigkeit eher bei 3 m, im östlichen Teil eher bei 5 m. - Das Naturschutzgebiet "Wildes Moor bei Stinstedt" (NSG-LÜ 101) ist 200 m von der Potenzialfläche 053 entfernt. - Die Potenzialfläche 053 liegt knapp außerhalb des 6.000 m-Puffers [Prüfbereich] zu einem Seeadler-Vorkommen. In der "Raumnutzungsanalyse zum Seeadler Haliaeetus albicilla im Umfeld des geplanten Windparks Odisheim/Stinstedt (Landkreis Cuxhaven) - Endbericht" kam die BIOS zu dem Schluss, dass "nach nunmehr 28 Terminen (...) von Januar bis August 2014 (...) sich kein Konflikt [zwischen] der geplanten Windkraftnutzung mit der Bedeutung des Gesamtgebietes als Lebensraum für den Seeadler [abzeichnet]".	Kenntnisnahme.
P148	P148.04	SO 30	— in der Börde Lamstedt gibt es mit Lamstedt und Mittelstenahe bereits zwei Windstandorte, die noch ausbaufähig sind.	Dies ist kein ausschließendes Argument gegen einen Standort.	Nicht zu berücksichtigen.
P148	P148.05	SO 30	Ich bitte um eine Neuplanung des RROP.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P149	P149.01	A	hiermit möchte ich meinen Einspruch gegen den Entwurf des RROP 2015 einreichen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P149	P149.02	Z	In diesem Entwurf wird das Gebiet Stinstedt/ Odisheim als Vorrangstandort ausgewiesen, außerdem gibt es Änderung an dem Standort Lamstedt-Mittelstenahe.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P149	P149.03	SO 30	— Stinstedt/ Odisheim liegt in einem Mooregebiet. Teilweise gibt es dort sehr tiefe Stellen im Moor. Die Erschließung von Anlagen im Moor ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Natur.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 31 bis 33 (= Lfd. Nr. 053 - Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)]. - Nach der "Bodenkundlich-geologischen Karte der Marschengebiete 1:25.0000, Blatt 2319" liegt im Bereich der Potenzialfläche 053 eine Torfmächtigkeit von etwa 3 bis 5 m (Hochmoor auf Niedermoor) vor. Im westlichen Teil der Potenzialfläche liegt die Mächtigkeit eher bei 3 m, im östlichen Teil eher bei 5 m. Einzelne Bereiche mit einer Torfmächtigkeit von über 5 m sind durchaus denkbar; hier liegen dazu aber keine Informationen vor. - Dass der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen einen großen Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist völlig unstrittig. Die Eingriffsregelung ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zu bearbeiten.	Kenntnisnahme.
P149	P149.04	SO 30	— Die Planung von Stinstedt/ Odisheim ist nicht konform mit Landschaftsprogramm (LPro) ( § 4 NNatG)	Die Einwendung bedarf der Konkretisierung. Es ist nicht klar, auf welche Passage des Landschaftsprogramms des Landes Niedersachsen hier Bezug genommen wird.	Kenntnisnahme.
P149	P149.05	SO 17	— in der Börde Lamstedt gibt es eine Grundsatzentscheidung über eine zentrale Lage von Windanlagen. Anscheinend ist diese Grundsatzentscheidung der SG Börde Lamstedt nicht berücksichtigt worden, denn wenn Windenergie weiter ausgebaut werden soll, macht es doch Sinn, den Park Lamstedt-Mittelstenahe zu vergrößern und nicht zu verkleinern.	Der Windpark Lamstedt-Mittelstenahe kann nicht vergrößert werden (vgl. Begründung). Die Ausschlusswirkung der SG Börde Lamstedt wurde in der Planung berücksichtigt (vgl. S. 34 der Begründung)	Nicht zu berücksichtigen.
P149	P149.06	SO 17	Ich rege an den Standort Lamstedt-Mittelstenahe weiter auszubauen und auf andere Windstandorte in dieser Region zu verzichten. Dort ist bereits die Infrastruktur geschaffen.	Siehe Stellungnahme P149.05	Nicht zu berücksichtigen.
P150	P150.01	E 01	entgegen meinen Erwartungen haben sie im RROP 2015 nicht die meinerseits geeignetere Potenzialfläche Stinstedt "Heidberg" berücksichtigt sondern sich für die Fläche Stinstedt "Wildes Moor" entschieden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P150	P150.02	E 01	Ich bitte um Überprüfung der beiden Flächen da meines Erachtens eine Vielzahl von Gründen für Stinstedt-Heidberg sprechen, wie z.B. bessere topographische Bedingungen , bessere Erschließungsmöglichkeiten, bessere Netzanbindungsmöglichkeiten , geringere Eingriffe in die Landschaft , größere Fläche, keine Schädigung der maroden Kreisstraße Stinstedt usw.	Bezüglich der Untersuchung und Einstufung der Potentialflächen wird auf die Begründung und die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen. Die beiden Potentialflächen 024 und 035 wurden aufgrund der Konkurrenzsituation geprüft. Hierbei können nur Belange eingestellt werden, die auf Ebene der Regionalplanung von Bedeutung sind. Die Fläche St. Joost / Heidberg ist dabei aus naturschutzfachlichen Gründen schlechter geeignet.	Nicht zu berücksichtigen.
P151	P151.01	SO 05	unser Büro errichtet aktuell 4 neue Windenergieanlagen (WP Moosmoor) im nordwestlichen Bereich des Vorranggebietes Bramstedt-Wittstedt. Bereits 2007 haben wir den WP Bramstedt (6 WEA) im südwestlichen der L135 errichtet. Bzgl. des neuen ROP-Entwurfs 2015 haben wir für die Vorrangfläche Bramstedt-Wittstedt folgende Hinweise und Anmerkungen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P151	P151.02	SO 05	Nach den aktuellen Unterlagen zur Nachbesserung des RROP-Entwurfs 2014 ergeben sich für den Zuschnitt der Vorrangfläche keine neuen Änderungen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P151	P151.03	SO 05	Aus diesem Grunde nehmen wir zum Entwurf des RROP 2015 erneut wie folgt Stellung: Im südwestlichen Bereich wurde die Vorrangfläche gegenüber dem RROP 2012 und 2006 stark eingeschränkt. Dies entzieht sich unserem Verständnis und unseres Erachtens auch den Zielen der Politik, welche ursächlich für die Neuauflage des RROP verantwortlich waren. Wir bitten um Darlegung der Gründe, die zu einer Verkleinerung der Vorrangfläche geführt haben.	Die Auswahl der Vorranggebiet und der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sowie deren Zuschnitt wurden ausführlich und transparent in der Begründung dargelegt.	Nicht zu berücksichtigen.
P151	P151.04	SO 05	Offensichtlich wurde das Kriterium für Wald neu angewendet, wonach auch sehr schmale Gehölzstrukturen als Wald eingestuft wurden. Seit Jahren hat sich jedoch an der Situation vor Ort nichts geändert. Das vorhandene Gehölz (Birkenbruchwald) wurde auch in früheren Genehmigungsverfahren bewusst nicht als Wald im Sinne der Waldgesetze (BWaldG und NWaldLG) eingestuft.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 49 bis 52]. Beim südwestlichen Bereich handelt es sich um die in der 40. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hagen i.Br. dargestellten Sonderbauflächen Windenergienutzung [= Bereich 2]. - In die Sonderbaufläche Windenergienutzung ragt ein schmaler Wald (Breite etwa 30 m) hinein; dieser ist gemäß Kriterienkatalog mit einem Puffer von 100 m versehen worden. - Die Wälder sind aus den Biototypen-Daten der Landschaftsrahmenplan-Fortschreibung mit Stand Juli 2013 (April 2014) abgeleitet worden. Die Maßstabsebene des Landschaftsrahmenplans ist der Maßstab 1:50.000 - und entspricht somit der Maßstabsebene des Regionalen Raumordnungsprogramms. - In der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung sind auch Waldflächen unter 1 ha zu berücksichtigen. Im RROP 2012 ist im Kapitel 3.2.1.2 Forstwirtschaft unter Ziffer 05 - unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel formuliert: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern." - Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms.	Nicht zu berücksichtigen.
P151	P151.05	SO 05	Die vorliegenden Erfassungen der Fledermäuse, Brutvögel und Biotope lassen darüber hinaus keine Anhaltspunkte erkennen, die einen Abstand zu den vermeintlichen Waldflächen erforderlich machen.	Siehe P151.04.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P151	P151.06	SO 05	Hinzu kommt, dass ein Teil des Waldes auf einer registrierten Altlastenfläche (Bauschuttablagerung) liegt, und insofern bereits erheblich vorbelastet ist (Gemarkung Bramstedt, Flur 3, Flst. 39/1). Nach Vorgaben des LROP sind zu vorbelasteten Flächen keine Puffer einzuhalten.	Die Einwendung bedarf der Konkretisierung. Nach den hier vorliegenden Daten gibt es keine Überlagerung des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt-Wittstedt" mit einer Altlastenfläche; auch im unmittelbaren Nahbereich ist keine Altlastenfläche bekannt. Die Altlastenfläche konnte auch nicht über den NIBIS-Kartenserver ermittelt werden.	Kenntnisnahme.
P151	P151.07	SO 05	Das Kriterium für den Abstand zu Wald wird im vorliegenden Entwurf uneinheitlich angewendet: Für die Genehmigung des Flächennutzungsplanes (58. FNPÄ) musste im vergangenen Jahr ein Mindestabstand von 100m zum Wald im nahen Umfeld der vorhandenen Anlagen und innerhalb der geltenden Vorrangfläche eingehalten werden, was dazu führte, dass eine WKA nicht genehmigungsfähig war. Innerhalb der sog. baurechtlich gesicherten Bereiche im Rahmen des aktuellen Entwurfs wird dagegen auf Pufferzonen zu Wald verzichtet. Hier müssen lediglich die Waldflächen ohne Puffer freigehalten werden.	Für die Vorranggebiete Windenergienutzung gilt der Kriterienkatalog; dort sind Waldflächen ab einer Größe von 1 ha mit einem Puffer von 100 m den weichen Tabuzonen zugeordnet. Die Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche Windenergienutzung werden über eine Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen; hier sind u.U. auch harte oder weiche Tabuzonen enthalten. Jede Ziel-Ausnahme-Regelung wird begründet und erläutert. - In der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung sind auch Waldflächen unter 1 ha zu berücksichtigen. Im RROP 2012 ist im Kapitel 3.2.1.2 Forstwirtschaft unter Ziffer 05 - unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel formuliert: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern."	Nicht zu berücksichtigen.
P151	P151.08	SO 05	Wir beantragen deshalb die Situation für den konkreten Einzelfall und unter Berücksichtigung der für das BImSchG-Verfahren relevanten fachlichen Gutachten und der vorhandenen Altlastfläche erneut zu bewerten und an den gegenwärtigen Kenntnisstand anzupassen, so dass die Vorrangfläche im Südwesten wie im ROP 2012 dargestellt, erhalten bleibt und die geplante einzelne WKA 5 noch errichtet werden kann.	Siehe Stellungnahmen P151.04,P151.05, P151.06 und P151.07	Nicht zu berücksichtigen.
P152	P152.01	SO 31	Ich wohne mit meiner Familie in XXX [Adresse zensiert]. Und ich bin entschieden gegen die Windindustrie in Osten/Isensee. Und das aus guten Grund. Die Windanlagen sind ca. 500 Meter von uns entfernt und stehen von uns aus auf Wind und Sonnen Seite. So das wir von den Schattenschlag der Schallauswirkung und dem Nächtlichen Blinkfeuer betroffen sind.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P152	P152.02	SO 31	Zu der Seite schlafen meine beiden Kinder ( 2 Jahre und 5 Wochen alt )den ich das nun wirklich nicht zumuten möchte. Der Schattenschlag und der Schall sollen sich sehr negativ auf die Gesundheit und Entwicklung aus wirken. Wir wohnen nun ja schon sehr sehr Ländlich damit wir unsere ruhe haben und nicht so vielen negativen äußerlichen Einwirkung ausgesetzt werden. Wenn der Windpark gebaut wird ist ein Gesundes aufwachsen nicht mehr möglich. Ich empfinde es als unzumutbar hier unter den Umständen weiter zu wohnen.	Siehe Stellungnahme P152.02	Nicht zu berücksichtigen.
P152	P152.03	SO 31	Und wir können hier ja auch nicht einfach so weg wie soll das gehen. Unser Grundstück ist dann dann nahezu wert los.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P152	P152.04	SO 31	Und wer kommt für Schäden an unserem Haus auf, die durch den Bau der Windanlagen entstehen.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern oder möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig. Entschädigungspflichten können sich jedoch im Zuge der Errichtung einer Anlage ergeben, wenn bei der Nutzung öffentlicher Straßen ein rechtswidriges Verhalten vorliegt oder bei einer Nutzung der Infrastruktur über dem Gemeingebrauch. Entschädigungspflichtig wäre dann jedoch der Spediteur bzw. der Vorhabenträger.	Nicht zu berücksichtigen.
P152	P152.05	SO 31	Es kann ja nicht sein das ein Windpark Mensch und Tier vertreibt. Die Baustraßen und die Massen die an Beton verbaut werden müssen werden unsere Landschaft für immer zerstören. Dabei werden auch viele seltene Vogelarten die ihre Brut und Rastplätze hier haben Vertrieben, zum Beispiel die Störche, Fledermäuse und Eulen. Zudem kommen noch die ganzen klein Tiere Frösche, Molche usw.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P152	P152.06	SO 31	Dies sind nur ein paar Beispiele gegen den Windpark es gibt natürlich noch etliche aus verschiedenen Gesichtspunkten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P152	P152.07	SO 31	In der Vergangenheit gab es ein Bürgerentscheid von 82 % gegen die Windanlagen. Ich denke das Spricht für sich.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P153	P153.01	E 01	mit dem jetzigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP)-Entwurf 2015 bin ich nicht einverstanden. Meiner Ansicht nach sind die Potentialflächen 019 und 118 sehr gut als Vorranggebiet geeignet. Die Flächen sind weit ab von dicht besiedelten Gebieten und es gibt keine überregionalen Straßen. Damit wird das Landschaftsbild kaum beeinträchtigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P153	P153.02	E 01	Außerdem verläuft am westlichen Rand der Potentialfläche 019 eine 110 kV Stromleitung und die geplante SuedLink Trasse.	Derzeit existiert kein geplanter Korridor für die SuedLink-Trasse. Mit der Entscheidung, dass diese in großen Teilen über Erdverkabelung erfolgen soll, ist eine Neuplanung notwendig.	Nicht zu berücksichtigen.
P154	P154.01	SO 31	der Ostener Gemeinderat bleibt laut einstimmigen Ratsbeschluss vom 12.08.2015 bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem geplanten Windpark Isensee. Der ist leider wieder in den überarbeiteten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven aufgenommen worden und sorgt in der Oste-Gemeinde für neue Aufregung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P154	P154.02	SO 31	Vor 5 Jahren wurde dieses schon mit mehr als 82 Prozent der Ostener abgelehnt. Wir sind daher nicht mit diesem Entwurf einverstanden!	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P154	P154.03	SO 31	Herr Detlef Palm gab auf der jetzigen Sitzung bekannt, dass der Standort leider wieder ins Raumordnungsprogramm aufgenommen wurde. Leider auch noch deutlich größer wie vorher, Die Fläche liegt in besiedeltem Gebiet,	Die Abstände zu den Siedlungsflächen sind ausreichend und entsprechen dem einheitlichen Planungskonzept.	Nicht zu berücksichtigen.
P154	P154.04	SO 31	übedappt ein Schutzgebiet mit wertvollen Vogelbrutplätzen für Weißstorch-Vorkommen, Rohrweihen, Kiebitze, Bekassinen, Waldohreulen und Mäusebussarde!	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen des Kiebitzes und des Mäusebussards sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P154	P154.05	SO 31	Aus Sicht der Gemeinde wird mit viel zu geringen Abständen zu den Siedlungsflächen geplant Bei Straßenzügen wie Achthöfen oder Kranenweide handelt es sich um Straßendörfer, Streusiedlungen und Siedlungssplitter, die aufgrund der Anzahl der Wohnhäuser als Ortslagen und nicht als „sonstige Wohnbebauung“ angesehen werden müssten! Danach muß der Abstand zu den Windkraftanlagen 1000 Meter und nicht nur, wie hier vorgesehen 500 Meter betragen.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuftten Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P154	P154.06	SO 31	Ein wichtiger Grund ist die Schwebefähre, knapp 3 Kilometer vom geplanten Windpark entfernt. Der Antrag läuft auf den Status des bedeutenden technischen Baudenkmals als Unesco Weltkulturerbe. Will der Eigentümer, Landkreis Cuxhaven, den Titel Weltkulturerbe nicht?	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.
P154	P154.07	SO 31	Wir erwarten, dass Sie die Planung zum Windpark Osten-Isensee einstellen!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.01	Z	Grenzbereich LK Cuxhaven zu LK Stade  Systematische Erfassung des Schutzgutes „Historische Kulturlandschaften und Landschaftselemente / Landschaftsbild / Naturdenkmal“ in den grenzübergreifenden Kartierungen der o. g. Landkreise im Kontext zu Festlegungen zur Windenergie und deren Betreibung im Hinblick u.a. auf §35 Abs. 3 Satz 3 BauGB  Sehr geehrte Damen und Herren,  unter Bezugnahme auf die Anpassungs-Verpflichtung der Bauleitplanung an die Vorgaben der Raumordnung gem. §1 (4) BauGB,  hat die Gemeinde Osten die festgelegten Entwicklungsziele E (Standort ->besondere Entwicklungsaufgabe Erholung) und T (Standort ->besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus),  siehe zeichnerische Darstellung RROP, Rechtskraft seit Juni 2012, weiter forciert.  Hier wurden Träger öffentlicher Belange dazu aufgerufen, an diesen Zielen verstärkt mitzuarbeiten und mitzuwirken und diese auch in ihren jeweiligen Bereichen tatkräftig umzusetzen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.02	A	Unter Ausschöpfung von EU-Fördermitteln, genauer „Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung“ (ZILE) des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landentwicklung wurden von der GLL (Geoinformation, Landentwicklung, Liegenschaften) in unserer Gemeinde zahlreiche Maßnahmen in den Bereichen Pkt. 2.2.1 „Kultur- und Erholungslandschaften, Fremdenverkehr, Dorfentwicklung/erneuerung und Erhalt und Verbesserung des ländlichen Erbes“) siehe Pkt. 2.2.1 - Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung RdErl. d. ML Nr. 44 / 2007 umgesetzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.03	A	Alles entsprechend der Maxime der Präambel des Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz: „Gemäß ihrer Grundsätze der Raumordnung, die im Gesamttraum der Bundesrepublik und in seinen Teilräumen anzuwenden sind (§2 Abs. 2, ROG) gilt die Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Nachhaltige Raumentwicklung bedeutet: Die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum sind in seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen. Mit Blick auf den Bodenschutz wird durch die Grundsätze der Raumordnung im ROG gefordert, dass ... die Nutzung des Raumes dem Grundsatz folgen soll, vorhandene Naturgüter nur sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen. Der Gesetzgeber betont die Verringerung der Flächeninanspruchnahme.“ Diesen Anspruch haben unsere Nachbarkreise, wie die Stadt Cuxhaven und der Landkreis Stade verstärkt bei den Umsetzungen ihrer just verabschiedeten RROP's mit den dazugehörigen LROP's bereits berücksichtigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.04	E-N	Dem geschuldet, sind wir dem Aufruf nach vollständiger Erfassung des Schutzgutes „Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft“  (siehe Seite 91 ff Landschaftsrahmenplan Stadt Cuxhaven – Landschaftsbild / Landschaftserleben und Erholung“ (Anlage) mit seinen Kernaktivitäten der landschaftsgebundenen und naturverträglichen Erholung Wandern / Spazierengehen, Radfahren/Radwandern, Schauen /Besichtigen, Lagern /Ausruhen, praktische Naturaneignung – sowie Pkt. 3.2.1. Gegenwärtiger Zustand des Landschaftsbildes einschließlich der Erholungseignung-> „Wichtigstes Kriterium und Maßstab der Bewertung ist die Eigenart des Planungsraumes, die sich natur- und kulturhistorisch herausgebildet hat. Geeignete Indikatoren zur Beschreibung der Eigenart sind Naturnähe, Vielfalt und historische Kontinuität. Das zweite Kriterium ist die Freiheit von Beeinträchtigungen mit den Indikatoren Freiheit von störenden Objekten, Freiheit von störenden Geräuschen und Freiheit von störenden Gerüchen.“ LROP Stade, S.8->03 „Länder- und Kreisübergreifende Projekte sollen unterstützt werden“ S. 38, 3.2.3. „landschaftsgebundene Erholung sollte angestrebt werden“ „Kulturlandschaften sind grundsätzlich zu erhalten und zu pflegen“ 05 Die Belastung der Landschaft hinsichtlich Erscheinungsbild und Nutzungsintensität soll beachtet werden.“ und dem Aufruf des Landkreises Cuxhaven im Internet (siehe Anlage vom 23.06.2015 „Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft“ ->Der Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Cuxhaven entspricht in Teilen nicht mehr den derzeitigen Verhältnissen u wird z Zt fortgeschrieben. Die dort in Text und Karte getroffenen Aussagen für das Schutzgut Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft sind zudem noch nicht nach der von der Fachbehörde für Naturschutz entwickelten Methodik nach KÖHLER und PREISS erarbeitet worden; zum Zeitpunkt der Erstellung des Landschaftsrahmenplans lag diese Methodik noch nicht vor. Nach der „Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie“ des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) wird für die Vorhabenzulassung von Windenergieanlagen jedoch ausdrücklich die Methodik von KÖHLER und PREISS empfohlen) (siehe Anlage),  sowie explizit dem Schreiben von Herrn C. Fokuhl, Leiter des Naturschutzamtes des Landkreises Cuxhaven vom 22. 06. 2015, wonach Zwischenergebnisse und naturschutzfachliche Beiträge immer wieder in laufende „Verwaltungsverfahren“, beispielsweise für das RROP einfließen,  gefolgt,	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.05	A	und haben mit Schreiben vom 06.06.2015, sowie zuzüglich 06.07.2015 an den Landrat LK CUX, sowie letztgültig nicht nur an diesen, sondern mit Schreiben vom 23.07.2015 auch an das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz /Oberste Natur-Landesbehörde (siehe Anlagen) eine Schutzgut-Gebietsfläche „Rönndeich-Oste und Umgebung“ mit seiner überregionalen, einmalig schönen, über die Jahrhunderte gewachsenen „Historische Kulturlandschaft Rönndeich“ und seinen einmaligen freien und ungestörten Blickbezügen zur weltweit einzigartigen Schwebefähre mit ihren insgesamt 38 m Höhe (nur noch 8 Stück weltweit) unmißverständlich deutlich gemacht, dass wir dieses Schutzgut entsprechend Pkt. 5 §2 (2) ROG, Grundsätze der Raumordnung, „Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln“, auch entsprechend für nachfolgende Generationen nachhaltig unzerstört bewahren wollen.Aufgrund dessen ist der Antrag auf Anerkennung eines Landkreis-übergreifenden Schutzgutes „Historische Kulturlandschaft Rönndeich“ entstanden und entsprechend eingereicht worden (siehe vorliegende Schreiben).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.06	E 01	Dieses landkreisübergreifende Bewahren und Anerkennen eines besonderen, überregional bedeutsamen, Schutzgutes entspricht zudem der Forderung des Urteils des Niedersächsischen Obergerichtes Az.: 12 KN 244/12 in der Verwaltungsrechtssache Fa. WPD gegen KL CUX, vom 14.05. 2014, nach der gemäß Seite -20- ff hier eine „Anstoß“-Pflicht für die unter- bzw. nachrangig angeordneten Gemeinden vorliegt, hier mittels ergänzender Planverfahren auf kommunaler Ebene etwaige Unsicherheiten im Hinblick auf harte und weiche Tabu-Zonen, die hier für die Nutzung von Windenergie noch nicht zur Verfügung standen, unmißverständlich für die Zukunft klarzustellen, wörtlich S. -24- als... „Planungsträger“ ...“nicht nur bewußt zu machen“..., sondern auch ...„dokumentieren muß“... . (Um hier Irritationen vorzubeugen: Unsere Schutzgutzone liegt nicht, und lag niemals, in einer zuvor von Wind-Rotoren beanspruchten Fläche. Nichtsdestotrotz möchten wir auf einige wichtige Aspekte in diesem Urteils-Spruch Bezug nehmen, die auch für unser Anliegen wegweisend von Bedeutung waren.)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.07	E 01	Hier wird sich nämlich explizit ab Seite -26- mit dem Schutzgut „Schwebefähre“, welches die Anerkennung zum UNESCO-Weltkulturerbe entsprechend seines spanischen Nachbarn anstrebt, auseinandergesetzt.  Hier geht es um Distanzbeziehungen zu dem nördlich von ihm sich befindenden Vorranggebiet Osten-Isensee „Windenergie“, wonach der richtige „Vorsorgeabstand“ von der Schwebefähre dorthin diskutiert wird. Hier schwanken die Abstands-Zahlen zwischen 2,9 und 5 km. Da hier die Landschaft (nördlich von der Schwebefähre) jedoch eine ganz andere ist, sprich, wesentlich andere Strukturen aufweist, (Waldflächen), bietet dieser Bereich entsprechend Anlass für andersgeartete Diskussionen.  Innerhalb des von uns deklarierten Schutzgutzone-Bereiches, welches die Schwebefähre einschließt, gibt es in der Sicht-Achse Ost-West, Blick-Achsen, die unstrittig über mehr als 10 km Länge, freie Sicht-Beziehungen zulassen, und die dem Betrachter ein unbeschreibliches Gefühl von Weite vermitteln. (siehe beigefügtes Kartenmaterial mit Schreiben 06.06.2015). Aufgrund des hier vorhandenen, visuell hoch-empfindlichen, freien Ebenen-Reliefs ist die Sicht auf die Schwebefähre unvergleichlich. Hier kann der Betrachter, ungestört durch mögliche andere Erhebungen oder sonstige visuelle Beeinträchtigungen die volle Schönheit, des „Eifelturm des Nordens“ genießen. Sie macht hier nicht nur in den Tages-Stunden das Gesehene zu einem unvergesslichen Erleben, sondern das visuelle Eintauchen hinterlässt zusätzlich, auch in den Abend- und Nacht-Stunden, durch die extra installierte Beleuchtung, einen einmaligen, nachhaltigen und unvergleichlichen Eindruck, den der Betrachter nicht so schnell wieder vergießt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.08	E 01	<p>Im zitierten Urteil wird bemängelt, dass sich die Gemeinde bisher nur auf die „...technik-geschichtliche Bedeutung des Baudenkmals“... (und das auch nur sehr kurz auf zwei Sätzen) stützt, und dass „...eine nähere Befassung und Auseinandersetzung mit der denkmalfachlichen Stellungnahme des Landesamtes im Planausstellungsverfahren“ noch ausstünde. Das wollen wir hiermit nachholen und reichen entsprechend jetzt, im anstehenden Planfeststellungsverfahren zum RROP 2015, die unten angegebene Stellungnahme zur Festschreibung im RROP ein!</p> <p>Hier beziehen wir uns in erster Linie auf die Stellungnahme von Frau Dipl.-Ing. U. Thiessen, vormals Landrätin des Amtes für Bauaufsicht und Regionalplanung des Landkreises Cuxhaven, aufgestellt am 07.11.2014 (also zu einem späteren Zeitpunkt als zur Niederlegung des Urteils), welche sie explizit im Internet unter „Informationen zu Schutzgütern der Landschaftspflege“ unter „Abstanzrelevanz zum technischen Baudenkmal Schwebefähre Osten-Hemmoor“ veröffentlichte:</p> <p>...„Bei der Schwebefähre handelt es sich um eine feste Brücke als Eisenkonstruktion, die mit einer beweglichen Gondel eine Querung der Fußgänger und Radfahrer über die Oste ermöglicht.</p> <p>Die Konstruktion der im Jahre 1909 fertig gestellten Brücke weist eine Länge von 80 m und eine Höhe von ca. 30 m auf und verbindet den beschaulichen kleinen Ort Osten mit der Stadt Hemmoor (s. anliegender Lageplan). Auf Hemmoorer Seite wird die Schwebefähre von Weiden und Obstwiesen eingefasst, von Ostener Seite von den kleinen Ein- und Zweifamilienwohnhäusern Ostens. Daher ist die Konstruktion auch noch in mehreren Kilometern Entfernung relativ gut zu sehen und stellt zudem auch aufgrund ihrer ungewöhnlichen Bauart ein optisches Highlight in der Gegend dar.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.09	E 01	<p>Von den bislang erbauten Schwebefähren existieren weltweit nur noch 8 Exemplare (zwei in Deutschland, jeweils eine in Spanien, Frankreich und Argentinien sowie drei in Großbritannien). Derzeit laufen Bestrebungen, alle acht Fähren als Weltkulturerbe einzustufen. Die spanische Schwebefähre hat diesen Titel bereits erhalten, für die übrigen sieben Fähren wird der Antrag derzeit erarbeitet. Die Schwebefähre Osten- das einzige Baudenkmal im Gebiet des Landkreises Cuxhaven, welchem bereits vom Hemmoor ist Land Niedersachsen eine besondere nationale Bedeutung und Wertigkeit bescheinigt wurde und nun im Begriff steht, auch das in denkmalfachlicher Hinsicht größtmögliche Prädikat, den Status Weltkulturerbe, zu erreichen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.10	E 01	<p>Gemäß § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) dürfen Anlagen in der Umgebung von Kulturdenkmalen diese nicht beeinträchtigen. Lt. mündlich vorgegebener Faustformel des MWK ist ein Abstand von mind. 10 m je m Anlagenhöhe zugrunde zu legen, daneben sind im Einzelfall die übrigen Bedingungen zur Beurteilung einer möglichen Beeinträchtigung der betroffenen Denkmale zu überprüfen (z. B. sind topografische Bedingungen, Zwischenbebauungen, Bedeutung des Denkmals, Höhe des Denkmals etc. zu berücksichtigen). Die Schwebefähre Osten-Hemmoor ist, wie bereits ausgeführt, ein sehr hohes Bauwerk und steht als Solitär ohne konkurrierende Nachbarbebauung in der freien Landschaft. Sie ist als Landmarke weithin sichtbar und setzt damit nicht nur visuell sondern auch ein historisch begründetes Zeichen. Es handelt sich dabei auch um ein landschaftsprägendes Denkmal.“...</p> <p>Diesen Textteil möchten wir, entsprechend des Schreibens vom Landrat unter unser Schutzzonen-Gebiet (Landschaftsbild-Einheit) als kurze Charakterisierung fixiert wissen.</p>	<p>Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe, bei der bislang noch nicht einmal ein fertiger Antrag vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.11	B 02 / E 02	<p>Dieses Einreichen einer Schutzgutzone für ein besonderes, bedeutsames und landschaftsprägendes Denkmal ist zudem dem Umstand geschuldet, als dass der vorliegende Entwurf des RROP 2015 bei raumbedeutsamen Planungen im Hinblick auf Windenergie-Anlagen unter 2.2.8 S. 11 ff, 2.6 Landschaft folgenden Satz festlegen möchte „...von einer Raumbedeutsamkeit ist i. d. R. auszugehen, wenn Einzelanlagen eine Gesamthöhe von 75 m über Grund überschreiten...“.</p> <p>Da die Schwebefähre fast nur die Hälfte an Höhe ausmacht, aber dennoch unstrittig überregional raumbedeutend ist, kommt die Gemeinde Osten hier somit nur ihrer geforderten Verpflichtung nach, Schutzgüter mit nationaler, und hier sogar internationaler, Bedeutung für die Landschaftspflege (als Schutzgut mit dem für sie angemessenen Raum – hier: markierte Schutzgutfläche) auf eine ihnen angemessene Planungs-Ebene – eben durch entsprechende Aufnahme in den RROP, sowie dem darauf bedingten LROP - richtig darzustellen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.12	A	<p>Dies hat natürlich auch für den erblühenden Bereich „Tourismus / Osten“ gravierende Gründe: Ein Marketing-Konzept mit einem zerstörten Landschaftsbild „Schwebefähre“ (umgeben von visuellen Stör-Elementen!) macht sich für potentielle nationale und internationale Besucher natürlich schlecht. Man verkauft eben keinen leuchtend roten Apfel mit fünf schwarzen Druckstellen!</p> <p>Hier verweisen wir des schnellen Augenmerks halber, noch einmal auf den Anfang unseres Schreibens: die für die Gemeinde Osten fixierten Entwicklungsziele E = Erholung und T= Tourismus.</p> <p>Im Zuge dessen wurde der national, als auch international bedeutsame View-Point (siehe Plan-Unterlage) mittels LEADER-Antragsverfahren auf den Weg gebracht und fernmündlich von Frau Rabenaldt, Amt für Regionale Landesentwicklung Lüneburg, Geschäftsstelle Bremerhaven, als EU-förderungsfähig eingestuft. Hier sind weitere konkretere Abstimmungen, auch über die Landkreisgrenze hinweg, in Arbeit.</p> <p>Die Schwebefähre ist eben nicht nur ein technisches Bauwerk, sondern ein Wirtschafts-Magnat für die beiden Entwicklungs-Punkte E und T und steht symbolträchtig für eben diese!</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.13	A	<p>Wer einmal mit der Schwebefähre eine Gondel-Fahrt mit diesem Fähr-Oldtimer genossen hat, wird es sein Leben lang nicht vergessen!</p> <p>Der Werbe-Slogan der Schwebefähre, der gleichzeitig auch für Osten steht „Der Welt (dem Alltag) entschweben“ birgt in einer Zeit, in der alle Welt immer höher, immer weiter und immer schneller routiert eine Erholung, die heute mit dem Wort „Entschleunigen“ das faßt, was viele Menschen suchen, die von weither zu uns nach Osten kommen.</p> <p>Hier finden sie das, was sie im Übrigen Deutschland kaum noch antreffen!</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.14	A	<p>Und genauso, wie der Eiffelturm nicht nur für seine technische Konstruktionsweise steht, sondern unstrittig ein weithin sichtbares, einmaliges Sky-Line-Highlight und Touristen- Anziehungspunkt für die Weltstadt Paris bildet,</p> <p>steht die Schwebefähre, die nicht umsonst „Eiffelturm des Nordens“ genannt wird, nicht nur für ein einmaliges technisches Bauwerk, von dem es nur noch 8 Stück weltweit gibt,</p> <p>sondern bietet natürlich einen einmaligen, weithin sichtbaren, unvergleichlichen Eye-Catcher, der nicht nur ebenso ein Touristen-Highlight ist,</p> <p>sondern zudem, dank seiner exponierten Sichtbezüge im weithin platten Land, markanter Orientierungs- und Anziehungspunkt der weit gereisten Gäste ist!</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.15	A	<p>Da nimmt es einen Wunder, dass es überhaupt möglich ist, dieses Jahrhundert-Bauwerk, mit Planungen zu belegen:</p> <p>wir sprechen hier von „geraden Strichführungen“ für Leitungstrassen-Planungen die sofort unbestreitbar erkennen lassen, dass sich der Plan-Verfasser nicht einmal im Ansatz ! mit der Bedeutung von visuellen Blick-Bezügen auf menschlicher Boden-Ebene befasst hat, sondern sich allerhöchstens mittels Luftbildern a la Google-map orientierte. Hier wurde entsprechend auch auf höchster Ebene, sprich Regional-Planungsebene vom Landkreis Cuxhaven reagiert.</p> <p>Um dem nun für alle Zukunft einen Riegel vorzuschieben, ist es also entsprechend zwingend notwendig, gegen zukünftige visuelle Blick-Zerstörungen unseres Kultur-Landschaftsbildes im Hinblick auf Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft entgegenzuwirken und diese einmalige Recource nachhaltig auch für kommende Generationen zu schützen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.16	A	<p>Anbei die entsprechenden Plan-Unterlagen zur Einpflege in das RROP / LROP.</p> <p>Wir bitten um zeitnahe Eingangsbestätigung,</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.17	A	<p>Unsere Bürgerinitiative setzt sich nicht nur aus alteingesessenen Bürgern des Rönndeiches zusammen, sondern beinhaltet auch Bürger öffentlicher Belange, wie</p> <p>die Vorsitzende des Landfrauen-Verein Großenwörden LK STD</p> <p>Mitglieder im Tourismusverband Landkreis Stade / Elbe e. V., Landkreis Stade,</p> <p>sowie im Tourismusverband Oste, Landkreis Cuxhaven,</p> <p>Mitglied des Landfrauenverbandes Wingst LK CUX</p> <p>den Ratsherr der Samtgemeinde Hemmoor, Ausschuss für Finanzen, Tourismus, Wirtschaft und Soziales LK CUX</p> <p>den Bürgermeister von Großenwörden LK STD</p> <p>und den Bürgermeister von Osten LK CUX</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.18	Z	<p>Ergänzung zum RROP Landkreis Cuxhaven</p> <p>Osten</p> <p>E = Standort -&gt; besondere Entwicklungsaufgabe -&gt; Erholung</p> <p>T = Standort -&gt; besondere Entwicklungsaufgabe -&gt; Tourismus</p> <p>Erweiterung des „Vorbehaltsgebietes Natur und Landschaft“, entsprechend Gebietsmarkierung (grün-Schraffur)</p> <p>Erläuterung:</p> <p>Die bereits seit 2013 bestehende Gebietsfläche „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“ direkt am und um den Uferverlauf des „Basbecker Schleusenfleethes“ mit Übergang in den „Hackemühlener Bach“ südlich der Oste im Plangebiet (roter Kreis),</p> <p>soll a) wesentlich vergrößert werden</p> <p>und b) sein entsprechendes Pendant, nördlich der Oste (auf der gegenüberliegenden Flußseite)</p> <p>direkt am und um den Uferverlauf der „Rönne“ mit der entsprechenden, eingetragenen Erweiterung bis zum Altendorfer Dorffleeth, Kreisstraße L113, (Hüller Kleines Fleth, einschl. Schleusenfeld LK STD) also im Bereich Osteschleife / Rönndeich erhalten.</p>	<p>Anlage - Ergänzung zum RROP Landkreis Cuxhaven</p> <p>Die Erweiterung eines Vorbehaltsgebietes Natur und Landschaft ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.19	SO 31	<p>Erörterung:</p> <p>Es ist in den letzten Jahren eine Erhöhung der Vogelbrut-Arten von landesweiter Bedeutung festgestellt worden.</p>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P155	P155.20	SO 31	<p>Auch bietet dieses Gebiet Gastvogelarten Nahrungshabitate, die eine Häufung der Gastvogel-Sorten, ebenfalls von landesweiter Bedeutung, feststellen lassen.</p>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.21	SO 31	Desgleichen gilt für die wertvollen Fledermauslebensräume innerhalb der markierten Erweiterungsfläche. Die Bestände konnten nachgewiesener Maßen erhöht werden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P155	P155.22	SO 31	Offensichtlich dienen sie zudem als Zwischenstopp und Nahrungsaufnahme bei Zug-Routen (Störche, Fischreiher, Fledermäuse).	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P155	P155.23	SO 31	Die parallele landwirtschaftliche Nutzung scheint in einem angenehmen Verhältnis zum Brutverhalten und zum Nahrungshabitat zu stehen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P155	P155.24	SO 31	Sind dieses Jahr (2015) sogar unverhältnismäßig viele Störche direkt nach dem Pflügen und Sähen gesichtet worden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P155	P155.25	U / E-N	Vielfalt, Eigenart und Schöneft von Natur und Landschaft Der Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Cuxhaven 2000 entspricht in Teilen nicht mehr den derzeitigen Verhältnissen und wird z.Zt. fortgeschrieben. Die dort in Text und Karte getroffenen Aussagen für das Schutzgut Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft sind zudem noch nicht nach der von der Fachbehörde für Naturschutz entwickelten Methodik nach KÖHLER und PREISS erarbeitet worden; zum Zeitpunkt der Ersterstellung des Landschaftsrahmenplans lag diese Methodik noch nicht vor. Nach der 'Arbeitshilfe Naturschutz und Winde ergie' des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) wird für die Vorhabenzulassung von Windenergieanlagen jedoch ausdrücklich die Methodik von KÖHLER und PREISS empfohlen.	Anlage - Auszug aus Geoprotal des LK Cuxhaven - "Vielfalt und Schönheit von Natur und Landschaft (Stand: 23.06.2015)  Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.26	U / E-N	um eine möglichst einheitliche, schnelle und rechtssichere Bearbeitung der Eingriffsregelung im Zusammenhang mit geplanten Windenergieanlagen vorzubereiten, wurde durch den Landkreis Cuxhaven, Naturschutzamt, die Erarbeitung eines Gutachtens Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes im Maßstab 1:50.000 für die Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans und für die Vorbereitung der Eingriffsregelung bei der Realisierung von Windenergieanlagen in Auftrag gegeben.  Nachfolgend wird die Karte "Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft - Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes" aus dem Gutachten einschließlich eines Erläuterungstextes, jeweils in Form von PDF-Dokumenten, zur Nutzung bereit gestellt.  Karte "Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes" [Link zur entsprechenden Karte, Anm.]  Erläuterungstext zur Karte [Link zum Erläuterungstext, Anm.]  Sofern seitens der Vorhabenträger oder der für sie tätigen Planungsbüros die Informationen über die Bewertung des Landschaftsbildes im jeweiligen Betrachtungsraum für die Bemessung der Ersatzzahlung benötigt werden, werden diese auf Antrag gegen Erstattung des Aufwandes zur Verfügung gestellt. Der Antrag ist formlos - gern auch per E-Mail an das Naturschutzamt zu richten. Voraussichtlich werden die Daten in Form von GeoTIFF-Dateien und zugehöriger Erläuterung abgegeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.27	U / E-N	vielen Dank für Ihre Hinweise bzw. Anregung, das Landschaftsbild im Bereich des Fernradweges im Streckenabschnitt 'Am Rönndei / Teilstück Großenwörder Straße / Altendorfer Grenzweg' der Vollständigkeit halber im Landschaftsrahmenplan (LRP) Stade 2014 aufzulisten und entsprechend sehr hoch zu bewerten. [...] werden, sondern lediglich als aufwertendes Element in die Bewertung der größeren Einheiten einfließen" (S. 238). Eine detailliertere Abgrenzung und Bewertung kleinräumig abgegrenzter Landschaftsbildeinheiten müsste auf der Ebene kommunaler Landschaftspläne, die nach hiesiger Auffassung infolge der Neuaufstellung des LRP in Gänze oder zumindest in Teilen ebenfalls einer Neuaufstellung oder Fortschreibung bedürfen, erfolgen (der Landschaftsrahmenplan gibt hier "nur" den "Rahmen" vor). [...] nehme ich Ihre Anregungen zur Kenntnis und werde im Rahmen einer etwaigen Fortschreibung des gerade erst neu aufgestellten Landschaftsrahmenplans prüfen, ob Ihre Anregungen berücksichtigt werden können.	Anlage - Mailverkehr mit Landkreis Stade zum Thema Landschaftsbild aus Juni 2015  Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.28	U / E-N	vielen Dank für Ihre E-Mail vom 9. Juni 2015 bzgl. der systematischen Erfassung des Schutzgutes Historische Kulturlandschaften und Landschaftselemente / Landschaftsbild / Naturdenkmal'. [...] Im Erläuterungstext wird ausgeführt, dass die bereit gestellte Karte „Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft — Charakterisierung des Landschaftsbildes“ in wesentlichen Teilen mit der zukünftigen großformatigen Karte zum Landschaftsbild des Vorentwurfs des Landschaftsrahmenplans übereinstimmen wird; aufgrund der in der Zwischenzeit bereits erstellter oder demnächst zu erstellender neuer Datenbestände wird es jedoch noch die eine oder andere Veränderung geben.	Anlage - Mailverkehr mit Landkreis Cuxhaven zum Thema Landschaftsbild aus Juni 2015  Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.29	U / E-N	Die Darstellung der Landschaftsbildelemente der Natur- und Kulturlandschaft, der kulturgeprägten Siedlungselemente und -strukturen sowie der wesentlichen überlagernden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft gehört zum Inhalt der Karte „Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft — Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes“. Die Karte hat jedoch den Maßstab 1:50.000 und somit — wie der gesamte Landschaftsrahmenplan — lediglich rahmenhaften Charakter; in Zulassungsverfahren geht es meist um die Maßstabsebene 1:10.000 oder größer (und somit um einen höheren Detaillierungsgrad). [...] Die Schwebefähigkeit in Osten ist in der genannten Karte im Maßstab 150.000 dargestellt ebenso wie die vielen weiteren natur- und kulturgeprägten Elemente und Strukturen, die in der Legende aufgeführt sind. Eine Berücksichtigung von Blickbeziehungen ist für diese Planungsebene nicht angezeigt.	Kenntnisnahme	
P155	P155.30	U / E-N	Die Methodik von KÖHLER und PREISS — (2000) ist veröffentlicht im „Informationsdienst Naturschutz / Niedersachsen (Heft 1/2000, 72 Seiten, Preis: 2,50 EUR) ( <a href="http://www.nlwkn.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=7896&amp;article_id=38882&amp;psmand=26#Köhler">http://www.nlwkn.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=7896&amp;article_id=38882&amp;psmand=26#Köhler</a> ). [...] Hinweise und Anregungen zur Karte „Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft — Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes“ nehme ich gern entgegen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P155	P155.31	U / E-N	gemäß der öffentlichen Auslegung und Aufforderung zur Vervollständigung, siehe Landschaftsrahmenplan Land Cuxhaven Endfassung 2000 „Einzelne Teile des LRP Land Cuxhaven bedürfen der Fortschreibung. Diese Fortschreibung soll kontinuierlich erfolgen.“),  des Nachbarkreis –Landschaftsrahmenplanes der Stadt Cuxhaven von 2014 auf Seite 108 „Historische Kulturlandschaftselemente –  Bedeutung Landschaftsbild –  ...wie in weiten Teilen des übrigen Niedersachsens, so gibt es auch in Cuxhaven bislang keine systematische Erfassung dieses Schutzgutes“ (siehe anliegende Auszüge in Kopie),  sowie des Nachbarlandschaftsrahmenplanes Landkreis Stade von 2014 (siehe S. A-5-38 „Bedeutung der Landschaftsbildeinheiten der freien Landschaft für das Landschaftsbild und das Landschaftserleben“  möchte ich hiermit auf noch fehlende, bzw. lückenhafte Kartierungen der Auflistung und dem damit einhergehenden ordentlichen Einpflegen des Schutzgutes „Historische Kulturlandschaften und Landschaftselemente / Landschaftsbild / Naturdenkmal“ in die entsprechenden Pläne aufmerksam machen und pflichtgemäß anzeigen.	Anlage - Schreiben vom 06.06.2015 an die Landkreise Stade und Cuxhaven betreffend der systematischen Erfassung des Schutzgutes "Historische Kulturlandschaften und Landschaftselemente / Landschaftsbild / Naturdenkmal" Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.32	U / E-N	<p>Als</p> <p>a) direkte Anwohner im Grenzbereich Landkreis Cuxhaven / Landkreis Stade - wir wohnen in XXX, Gemeinde Osten, 21756 Osten-Altendorf im Landkreis Cuxhaven, mein Sohn XXX wohnt direkt an der gleichen Straße (Grenze der Landkreise) direkt gegenüber – jedoch heißt der Wohnort plötzlich anders: XXX, Gemeinde Drochtersen, 21706 Drochtersen im Landkreis Stade, mein Sohn XXX wohnt in der angrenzenden Straße XXX, Ortsteil Hüll, ( mit eigenem Heimat-Verein, eigener Jugendfeuerwehr und eigenem über 100 Jahre alten Schützen-Verein), am Fluß „die Große- und Kleine Rönne“ die, im Verlauf der Rönne, als Grenzfluss am Rönndeich, zwischen den Landkreisen Cuxhaven und Landkreis Stade fließt, in der Straße XXX.</p> <p>b) entsprechend meiner Mitgliedschaft im Landfrauen-Verein Großenwörden und</p> <p>c) entsprechend meiner Mitgliedschaft im Tourismusverband Landkreis Stade / Elbe e. V., Landkreis Stade, sowie im Tourismusverband Oste, Landkreis Cuxhaven, möchte ich hiermit folgende „Landschaftsbildeinheiten“ der Kategorie „offengeprägte Räume“ wegen ihrer besonderen und einzigartigen Schönheit, Eigenart und Einmaligkeit gemäß und unter Bezugnahme der LRP's Cuxhaven, sowie LRP Stade (Pkt. A 40 LBE - 035-) der Vollständigkeit halber aufgelistet und entsprechend mit sehr hoch bewertet wissen:</p> <p>Das Landschaftsbild des internationalen Fahrradwegs: – Mönchsweg</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Deutsche Fährstraße</li> <li>-vom Ijsselmeer zur Ostsee</li> <li>- vom Teufelsmoor zum Wattenmeer</li> <li>- Niedersächsische Milchstraße</li> </ul> <p>mit den Straßen Am Rönndeich / Teilstück Großenwörder Str. / Altendorfer Grenzweg</p> <p>mit seinen einmaligen, freien Blickbezügen zum eingetragenen deutschen Kultur-Denkmal „Schwebefähre“ (einzigartig in Europa, weltweit nur noch acht Stück – siehe WIKIPEDIA).</p> <p>Eine Kopie des Landschaftsbildes, (Fotos), sowie der dazugehörigen Karte füge ich diesem Schreiben bei.</p>	<p>Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>
P155	P155.33	A	<p>Da diese grenzübergreifenden einmalig schönen Blickbezüge</p> <p>a) noch nicht Eingang gefunden haben (beispielsweise im LRP A 40 LBE – 035-, LK Stade), bzw.</p> <p>b) pflichtgemäß - entsprechend Bürgerbeteiligung - noch nicht angezeigt wurden (LRP Landkreis Cuxhaven)</p> <p>bitte ich hier ordnungsgemäß, gerade auch im Hinblick auf den länderübergreifenden Tourismus (siehe Kopie ZILE „Ländlicher Tourismus“ Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hannover: „Der ländliche Tourismus ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die ländlichen Regionen. ZILE fördert... Radrouten und Wanderwege.“)</p> <p>um Berücksichtigung.</p> <p>Ich sende dieses Schreiben plangleich per e-mail, sowie auf dem Postweg.</p> <p>Um eine möglichst zeitnahe Eingangsmitteilung wird gebeten.</p>	<p>Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.34	A	<p>als Vorsitzende der BI „Rönndeich-Oste und Umgebung“, (sowie auch im Namen einer unserer Gründungs.Mitglieder, einer Architektin, die sich aufgrund von mehr als 25 Berufs-Jahren, sehr gut mit der Thematik „Raumordnungs- und Regionalplanung“ auskennt) möchten wir Sie hiermit höflichst um Rat fragen,</p> <p>bzw. dies gleichzeitig</p> <p>mit einem Antrag auf Anerkennung eines Landkreis-übergreifenden Schutzgutes „Historische Kulturlandschaft Rönndeich“ verbinden.</p> <p>Siehe beiliegende Karte (M.: 1: 25 000) Rot-gestrichelt-markierter Bereich, welcher zur Hälfte dem Landkreis CUX, sowie zur anderen Hälfte dem Landkreis STD zuzuordnen ist.</p> <p>Dieses Schreiben geht plangleich an die bereits kontaktierten Landräte der zuständigen Landkreise.</p> <p>Aus dem bisherigen Schriftwechsel mit den Landkreisen (siehe beigegefügte Anlagen) ist zu ersehen, dass es sich offensichtlich bei unserem Anliegen um keine einfache Angelegenheit handelt, deswegen wenden wir uns hilfesuchend an Sie.</p>	<p>Anlage Schreiben zum Grenzbereich LK Cuxhaven zu LK Stade / Systematische Erfassung des Schutzgutes „Historische Kulturlandschaften und Landschaftselemente / Landschaftsbild / Naturdenkmal in den grenzübergreifenden Kartierungen der o. g. Landkreise; Adressaten MU, Landkreise Cuxhaven und Stade</p> <p>Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.35	A	<p>Um die Sachlage kurz und präzise zu fassen, bemühen wir uns um ein, zugegeben etwas hochtrabendes, Beispiel aus der Länder-Geschichte, wir bitten dies zu entschuldigen:</p> <p>Der Rönndeich ist eine ca. 2,5 km lange, kulturhistorisch wertvolle, und landschaftlich einmalige Siedlungsreihe (die sich - bis heute- als Straßen-, bzw. Wege-Adresse widerspiegelt) welche sich wiederum an dem Flüsschen, die „Große Rönne“, als ehemalige Ufer-Befestigung entlang-schlängelt.</p> <p>Diese ist wiederum die Grenze zu den Landkreisen Stade und Cuxhaven. Allerdings nicht in ihrer kompletten Länge und auch nicht geradlinig innerhalb des Mündungsbereiches in den sie einspeisendem größeren Fluss, „die Oste“. Hier ist sturmflut-wehr-bedingt ein Schöpfwerk seit 1937 zwischengefügt.</p> <p>An dem Fluß entlang reihen sich zum überwiegendem Teil mehr als 100 Jahre alte Fachwerkgebäude als Siedlungsband in der typischen Ziegelbauweise, teilweise in Reetdeckung, mit Sprossenfensterteilungen, verzierten Tür-und Torgestaltungen, und Gebäudestrukturen, die im Laufe der letzten Jahre aufwendig saniert wurden und die das Orts- und Landschaftsbild der Naturräumlichen Region seit Generationen charakterisieren und prägen und die bereits in zwei Chroniken, sowohl bildlich (teilw. mittels erster Photographien, gemacht um die Jahrhundert-Wende, mit stolzen Besitzern, sämtl. Hof-Mägden und –Knechten, sowie den ersten Besitztümern, wie Kutschen und Reit-Pferden im Bild-Vordergrund), als auch textlich, verewigt wurden.</p>	<p>Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.36	A	<p>Der kulturgeschichtliche Hintergrund hat seinen Ursprung maßgeblich in einer Ringziegelei, die im letzten Jahrhundert auf der sogen. Oste-Schleife (siehe Karte) ansässig war und die für die Backstein-Produktion der Gebäude-Bildung der Region, und selbst für die Lieferung der Ziegelsteine der Welt-Kultur-Denkmäler Hamburger Speicherstadt, Chilehaus und Sprinkenhof verantwortlich war, und deren wasserführende Gräben noch heute an der Oste sichtbar sind.</p> <p>Der „Verkehrsweg“ der Ziegel-Lieferungen war der Fluß.</p> <p>Über die Flüsse Oste und Elbe wurden die Ziegel nach HH oder England geliefert, und zu den höhergelegenen Marschen-Bauern wurde über die Rönne geschippert. So wurde selbst die komplette Mühlenkonstruktion der ehem. Hüller Mühle, Rönndeich Nr. 9, auf dem Fluß-Wege angeliefert.</p> <p>Zum Zwecke der Bewirtung der vielen Saison-Arbeiter, den sogen. „Lippscher“, die mit der ersten Eisenbahn vom heutigen NRW über Stade, weitergereist per Segel-Schoner über Elbe und Oste zu den Ring-Ziegeleien anlandeten (es waren damals bedingt durch den regionalen Torf und Fluß-Schlick beste Ortsbedingungen für mehrere solcher Ziegel-Produktions-Stätten entlang des Flusses), gab es gleich zwei Wirtshäuser an der Rönne-Mündung.</p> <p>Zu den historischen Kuriositäten gehört, dass die Bedachung des einen Wirts-Hauses, direkt am Anfang des Rönndeiches (postalisch heute aber Ostedeich Nr.29, erbaut 1896 von Fam. Jantzen) noch heute aus Englischem Schiefer besteht, welcher auf der Rückfahrt der Backstein-Lieferungen nach Norden über See, retour kam.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.37	A	<p>Da das Wasser der Nordsee hier noch einen Tidehub von 1,50 m hervorbringt, wurde der Oste-Deich erbaut, der viele ortsansässige Maler wegen seiner landschaftlich außerordentlichen reiz- und stimmungsvollen Bilder und Blickbezüge zu vielen Motiven anregte, deren Ergebnisse noch heute große Ausstellungen füllen und der im Landkreis Stade nicht umsonst in seiner vollen Gänze zum Natur-Denkmal deklariert wurde.</p> <p>Genau wie übrigens das nächste reetgedeckte Fachwerk-Haus, neben den gerade beschriebenen Schank-Stätten, im sog. Schleusenfeld, heutiger Besitzer Klaus Lietke, welches ebenfalls unter Denkmalschutz steht.</p> <p>Eine 250 Jahre alte Linde, mittig am Rönndeich (Nr. 17), deren riesige, die Rönne überragende Baum-Krone Brut-Platz für viele seltene u.a. Eulen- und Fledermaus-Arten ist, wurde gerade bereits mündlich als Natur-Denkmal-würdig von Herrn Bergmann /Naturschutzamt Stade eingestuft.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.38	A	Einmalige Blickbezüge vom Rönndeich, als auch von dem, in der beigegefügen Karte zukünftigen, markierten View-Point, direkt an der Rönndeich-Straßen-Brücke gelegen, zum „Welt“-Kultur-Denkmal Schwebefähre, bestätigen diesen tatsächlich national bedeutenden Landschafts-Abschnitt.	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.39	A	<p>Ähnlich wie die „Elsässer“, die sich als Elsässer verstehen, ob sie nun zum deutschen oder zum französischen Grenzbereich gehören, verstehen sich die Rönndeicher auch als Rönndeicher, ob sie nun durch merkwürdige, kaum noch nachvollziehbare Grenzziehungen zum LK Cuxhavener und damit Ostener-, Altendorfer Bereich postalisch gezählt werden oder als Pendant zum Großenwördener, Hüller und damit LK Stader Bereich kreis-rechtlich gehören.</p> <p>Entsprechend wurde jetzt auch unser Anliegen im Kontext der Neu-Aufstellungen der RROP's Stade und Cuxhaven nach Erfassung des Schutzgutes „Rönndeich“ als Reihensiedlung (=Bänderung der Landschaft, d.h. Siedlungsbänder entlang alter Deichlinien) als Kulturlandschaftselement beantragt.</p> <p>Dies haben wir entsprechend auch unterlegt mit den Beispielen des Nachbar-Landschaftsrahmenplanes der Stadt Cuxhaven Landschaftsbild/Landschaftserleben und Erholung S. 108 (siehe Anlage) in dem explizit aufgeführt wird, dass es in weiten Teilen des übrigen Niedersachsens bislang noch keine systematische Erfassung dieses Schutzgutes gibt, und das somit implizit dazu auffordert.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.40	A	<p>Zusätzlich stützend zu unserem Antrag, haben wir aufgeführt, dass es sich um eine, an einem Fluß entlanggereihe Siedlungseinheit handelt, die zudem wegen seiner landschaftlich besonderen Schönheit, Eigenart und Einzigartigkeit von insgesamt 7 ! nationalen und internationalen Rad- und Pilgerwegen belegt wurde:</p> <p>„NorthSeaCicleRoute“, „Deutsche Fährstraße“, „Niedersächsische Milchstraße“, „Vom Teufelsmoor zum Wattenmeer“, „Börde-Rundweg“, „CUXLAND-Radweg“ und nicht zuletzt von dem Pilgerweg „Mönchsweg“.</p> <p>Viele nationale und internationale Touristen und Pilger, die dies auch bereits schriftlich in Gastbriefen am Rönndeich kundtaten, belegen den außerordentlichen Reiz dieser einmaligen Landschaft in der Niedersächsischen Marsch.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.41	A	<p>Auch angeführt haben wir, dass der Hüller Teil während der mit EU-Geldern geförderten Dorferneuerungs-Programm-Bewertung, bereits als „einmalige Ensemble-Struktur in Reihensiedlung“ bewertet und kategorisiert wurde, dass verortete Schriftsteller und Maler, wie Elke Loewe und Dietrich Rusch, Karl Otto Braun und Karl Otto Matthei ihn für die Nachwelt verewigt haben und dass er einmalige Blickbeziehungen zum „Welt“-Kulturerbe, die Schwebefähre (einzigartig in Europa, weltweit nur noch 8 Stück siehe WIKIPEDIA) bietet.</p> <p>(Hier legen wir zuzüglich eine Beurteilung von Frau Dipl.-Ing. Thiessen, Leiterin Bauleitplanung und Regionalplanung / Landkreis Cuxhaven „Informationen von Schutzgütern des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ vom 07.11.2014 Akt.Z. 8061 16/351 über dieses Kulturgut auszugsweise bei – siehe Anlage)</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.42	A	<p>Schlussendlich wurden noch die seltenen Brut- und Gastvogel-Arten, wie u.a. Eulen, Krickenten, Rotmilan, Graureiher, Kraniche, Seeadler, Federmäuse, etc. aufgeführt (40 Stck.! Weißstörche haben dieses Jahr ein spektakuläres Schauspiel auf dem angrenzenden Ackerland geboten!) aufgelistet, so dass die Einschätzung des Landschaftsbildes unstrittig mit der Bedeutungsstufe sehr hoch abzuschließen ist.</p>	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Eine Konkretisierung und ein Beleg fehlen in der Einwendung.	Kenntnisnahme.
P155	P155.43	A	<p>Da sich der Rönndeich aber, wie gesagt, „digital“ auf zwei verschiedenen Layern befindet, wird er auch entsprechend „zerschnitten“ auf zwei verschiedenen Karten unter zwei verschiedenen RROP's an den äußersten Randbereichen von zwei verschiedenen Landkreisen wiedergegeben und dies eben auch nicht entsprechend seiner eigentlichen, wie o. beschriebenen würdigen Wertigkeit, sondern als jeweils hälftiger „Grenz“-Bereich!</p> <p>Um diesen Missstand nun zu beheben, und den Blickwinkel eben wieder über den äußersten „Tellerand“ des jeweiligen zust. Landkreis-Bereiches, sozusagen durch eine höhere Ebene, auf die entsprechende, überregionale, und wie wir meinen, nationale Bedeutungsebene,</p> <p>entsprechend seiner Hochrangigkeit als besonderes Schutzgut für kommende Generationen, und für eine nachhaltige Raumentwicklung kartieren zu lassen, haben wir nun Sie kontaktiert und fordern eine eigene Rönndeich-Landschaftsbild- Kategorisierung entsprechend der rot-gestrichelten Bereichs-Gebiets-Markierung (siehe Anlage).</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.44	A	<p>Hier wollen wir jetzt aus der Not eine Tugend machen und gleichzeitig, wie es die Aufforderung von beiden Ziel-Präambeln der jeweiligen RROP's ist,</p> <p>RROP LK Stade S.7</p> <p>Der Klimawandel macht Veränderungen und Anpassungsstrategien für einen effektiven Klimaschutz in den räumlichen und baulichen Strukturen erforderlich.</p> <p>Auch hier bilden die Mittel- und Grundzentren die zentralen Entwicklungspole für eine klimaneutrale, nachhaltige Entwicklung.</p> <p>Die natürliche Vielfalt zu erhalten, ebenso wie die Eigenart der Landschaft und ihrer einzelnen Teile ist mit der klimabedingt einhergehenden Veränderung des Artenspektrums, eine naturschutzfachliche Herausforderung.</p> <p>Der landschaftsbezogene Tourismus im Landkreis Stade profitiert von der abwechslungsreichen Landschaft der Marschen und Geest, die mit den prägnanten Städten und Siedlungen die Grundlage des Tourismus im Landkreis Stade bildet.</p> <p>Die Ansprüche der wirtschaftsnahen und verkehrlichen Infrastrukturen sind ausgewogen zu entwickeln und den ökonomischen Anforderungen zeitnah anzupassen.</p> <p>Diese Herausforderungen sind gemeinsam mit den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden, der Wirtschaft, weiteren Akteuren und nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern selbst, als gemeinsame Aufgabe zu bewältigen.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.45	A	<p>S.8</p> <p>1. Ziele und Grundsätze zur gesamträumlichen Entwicklung des Landkreises LROP</p> <p>1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landkreises</p> <p>03 Die einzelnen ökologischen Landschaftseinheiten bilden mit ihren Struktur und Funktionselementen zusammenhängende Vernetzungsformen. Sie besitzen regionale bzw. überregionale Bedeutung. Eine nachhaltige Sicherung und Förderung folgender Bereiche soll gewährleistet sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; die weiträumigen Grünlandkomplexe im Bereich der Elbe- und Oste- Niederung,</li> <li>&gt; die Elbe- und Ostewatten,</li> <li>&gt; die Flussniederungen von Schwinge, Oste, Aue und Este sowie</li> </ul> <p>Im Rahmen einer kooperativen und partnerschaftlichen regionalen Zusammenarbeit soll die Umsetzung der einzelnen Projekte der Schwerpunktthemen im Rahmen der Zuständigkeiten und Möglichkeiten gefördert werden.</p> <p>04 Die Zusammenarbeit und Kooperation mit den Nachbarkreisen und norddeutschen Ländern, vor allem auf den Gebieten</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Wirtschaftsförderung,</li> <li>&gt; Verkehr, Mobilität,</li> <li>&gt; Naturschutz,</li> <li>&gt; Bildung,</li> <li>&gt; Siedlungsentwicklung und Daseinsvorsorge,</li> <li>&gt; Klimaschutz und</li> <li>&gt; Tourismus und Naherholung</li> </ul> <p>sollen verbessert und verstärkt werden.</p> <p>Länder- und kreisübergreifende Projekte sollen unterstützt werden.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.46	A	<p>S.38</p> <p>3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung LROP 3.2.3</p> <p>01 Erholungsgebiete sollen in ihrer landschaftlichen Vielfalt, Schönheit und natürlichen Eigenart gesichert und weiterentwickelt werden.</p> <p>Erholungsgebiete von überregionaler Bedeutung sind</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; die Elbe,</li> <li>&gt; das Alte Land,</li> <li>&gt; Krautsand.</li> </ul> <p>Regionale Bedeutung haben</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Der Rüstjer Forst,</li> <li>&gt; das Estetal zwischen der Kreisgrenze und Buxtehude,</li> <li>&gt; der Neukloster Forst,</li> <li>&gt; die Oste-Niederung zwischen Gräpel und Großenwörden.</li> </ul> <p>Diese Bereiche sind bedarfsgerecht zu entwickeln.</p> <p>Eine Gesamtkonzeption für die landschaftsgebundene Erholung sollte angestrebt werden.</p> <p>Die Erholungsgebiete von regionaler und über regionaler Bedeutung sind durch weitere erholungsrelevante und touristische Infrastruktur zu entwickeln.</p> <p>Die Erholungs- und Tourismusregionen Altes Land, Kehdingen-Oste und Stader Geest sind einschließlich der naturnahen Potenziale der Elbmarschen weiterzuentwickeln.</p> <p>02 Die Kulturlandschaften des Alten Landes, Kehdingens sowie der Stader Geest sind grundsätzlich zu erhalten und zu pflegen.</p> <p>05 Zur Verbindung der innerörtlichen Grün- und Freiflächen der Zentralen Orte sowie der Standorte mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung mit den außerhalb der Siedlungsgebiete liegenden Wald-, Grün- und Freiflächen sollen in Natur und Landschaft Grünzüge mit Fuß-, Rad und Reitwegen ausgebildet werden.</p> <p>Einrichtungen der Erholungsinfrastruktur sollen die Landschaftsstrukturen und typischen Bauweisen berücksichtigen.</p> <p>Ortseingänge und Ortsränder sollen landschaftstypisch eingebunden und gestaltet werden. Die Belastbarkeit der Landschaft hinsichtlich Erscheinungsbild und Nutzungsintensität soll beachtet werden.</p>	<p>Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>
P155	P155.47	A	<p>S.40</p> <p>Das regionale und überregionale Radwegenetz, insbesondere die Radwege die nationale und europäische Bedeutung haben (Elberadweg, Nordseeküsten-Radweg, vom Teufelsmoor zum Wattenmeer, Deutsche Fährstraße, Niedersächsische Milchstraße, Este-Radweg), sind zu erhalten und nach einheitlichen Maßstäben auszubauen (vgl. 4.1.2.3).</p> <p>Die Routen sind mit einer einheitlichen Beschilderung auf der Grundlage der Radwegekonzeption des Landkreises Stade zu versehen. Sie sind regelmäßig zu überprüfen und sind mit einer entsprechenden radtouristischen Infrastruktur auszustatten.</p>	<p>Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen.</p>



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P155	P155.48	A	<p>S.52</p> <p>4.1.2.3 Fahrradverkehr LROP</p> <p>01 Das vorhandene Radwegenetz für den touristischen und den Freizeitverkehr sowie für den Alltagsfahrradverkehr ist zu erhalten und soweit erforderlich durch Lückenschlüsse zu ergänzen bzw. auszubauen (s. a. 3.2.3).</p> <p>Das Radwegenetz soll als ein vom Straßennetz unabhängig geführtes Verkehrs- und Wandernetz geführt werden.</p> <p>Die Wegeführung sowie die Gestaltung der Radwege und Radwegenetze sollen den Kriterien der sozialen Sicherheit entsprechen, gegebenenfalls ist eine alternative Wegeführung vorzusehen.</p> <p>Die regional bedeutsamen Radwanderwege und die im Rahmen des Radwanderwegekonzeptes des Landkreises ausgewiesenen Themenrouten sind zu erhalten und nachhaltig den Bedürfnissen anzupassen.</p> <p>Die regional bedeutsamen Radwanderwege sind in der zeichnerischen Darstellung ausgewiesen (s. a. Kap 3.2.3 06).</p> <p>Die Beschilderung von Radwanderwegen ist einheitlich vorzunehmen (s. a. Kap. 3.2.3).</p> <p>Die Radwege und regionalen Radverkehrsnetze sind im Grenzbereich zu benachbarten Landkreisen und nach Hamburg mit den dortigen Netzen zu verbinden</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.49	A	<p>Regionsübergreifend, in beiden uns betreffenden Landkreisen, genau an der jeweiligen Grenze die gleichen Ziel-Vorgaben, nach, sowohl Erholung, als auch dem Tourismus (siehe beigefügte Kartierung im RROP CUX), in einen gemeinsamen Einklang, an einem prädestinierten Ort, eben, dem bereits erwähnten View-Point (oranger Punkt) zusammenführen, um gemeinsam den fantastischen Blick auf die Schwebefähre, sowie die über den Feldern kreisenden außergewöhnlichen Greifvögel, zu genießen!</p> <p>Hier bietet es sich an, die nur 400 fehlenden Meter auf der Cuxhavener Grenze als eigenen Fahrrad-Weg auszubauen, und diesen mit einem, sozusagen „Stader Bau-Punkt“, in Form der bereits ansonsten durch LEADER verwirklichten Naturerlebnisstationen/bzw. Schutz- und Aussichtshütten mit PicknickTischBank wie sie bereits mehrfach im LK Stade am Deich stehen, auszustatten.</p> <p>Ein Joint-Venture der Landkreise sozusagen, zur Förderung des wirtschaftlichen Potentials der ländlichen Region, insbesondere im Grenzbereich!</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.50	A	<p>Da die jüngsten Nachrichten aus der Niedersächsischen Landes-Hauptstadt unserem Vorhaben hier sogar noch zuträglich sind, ( die Region Kehdingen-Oste wurde von der EU-Kommission gerade bis 2020 für LEADER-würdig befunden, stärkere finanzielle Anreize zu erhalten und sieht vor, weniger entwickelte ländliche Gebiete bis zu 90 % zu fördern) wollen wir dies hiermit zugleich für unser Vorhaben beantragen!</p> <p>Hier bitten wir Sie um die entsprechende Fürsprache bei dem zuständigen Leader-LAG-Leitungs-Ansprechpartner Holger Falcke aus Himmelpforten.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P155	P155.51	A	<p>Sehr geehrter Herr XXX, bitte helfen Sie mit, den Artikel 3 des BNatSchG §1 Abs.1 auch für unsere „Grenz“-Region umzusetzen und Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.</p>	Dies ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P156	P156.01	A	<p>wir sprechen uns gegen das im Entwurf der RROP 2015 vorgeschlagene Vorranggebiet für Windenergie Nr. 31 Osten-Isensee aus und nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>Als Ergänzung unserer Stellungnahme vom 15.08.2014 (als Anlage beigefügt). Für uns ist es nicht ersichtlich, ob eine ordnungsgemäße Abwägung (RROP 2014) unserer Einwände stattgefunden hat. Wir bitten sie nochmals, diese Einwände mit zu berücksichtigen. (Entschädigungsklagen, gesundheitliche Gefährdungen, Landschaftsbild)</p>	Die Stellungnahme zum Entwurf 2014 wurde im entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P156	P156.02	E-N / U	Als weitere Einwände möchten wir Ihnen unsere Avifaunistischen Beobachtungen als Anlage zusenden. Ergänzend dazu auf der Karte unter Waldstück, ca. 6000 qm, Pkt. 1a Bussardhorst (Brutpaar 2015) (siehe Bild)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Für die Vorranggebiete Windenergienutzung gilt der Kriterienkatalog; dort sind Waldflächen ab einer Größe von 1 ha mit einem Puffer von 100 m den weichen Tabuzonen zugeordnet. In der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. immissionsschutzrechtlichen Genehmigung sind auch Waldflächen unter 1 ha zu berücksichtigen. Im RROP 2012 ist im Kapitel 3.2.1.2 Forstwirtschaft unter Ziffer 05 - unter Bezugnahme auf LROP 3.2.1 03 - folgendes Ziel formuliert: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzungen sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern." - Das Vorkommen des Mäusebussards ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P156	P156.03	E-N / U	1b Krähenest (siehe Bild)	Siehe P156.02.	Kenntnisnahme.
P156	P156.04	E-N / U	1c alter Bussardhorst (vermutlich von Eulen bewohnt) (siehe Bild)	Siehe P156.02.	Kenntnisnahme.
P156	P156.05	E-N / U	Pkt. 2 Im Eisengittermast Kolkrabe Brutpaar 4 Junge (siehe Bild)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Das Vorkommen des Kolkraben ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P156	P156.06	E-N / U	Pkt. 3 großes Waldstück — Pappeln Bussardhorst (Brutpaar 2015) (siehe Bild) fast täglich haben wir einen Sperber beobachtet können, der auf unserem Grundstück Sperlinge geschlagen hat und dann in Richtung Tannen geflogen ist (vermutlich Brutpaar)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Das Vorkommen des Mäusebussards ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P156	P156.07	E-N / U	Pkt. 4 Bussardhorst (Bwtpaar 2015) sind Jungvögel ausgeflogen (siehe Bild)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Das Vorkommen des Mäusebussards ist in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen.	Kenntnisnahme.
P156	P156.08	E-N / U	Pkt. 5 Storchennest S. Kroker, Fünfhausendorf Bezug von "Junggesellenstorch" mit Partnerin z. Zt. Tgl. zu sehen beim Nestbau	Nach bisherigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Brutvorkommen. - Für die Vorranggebiete Windenergienutzung im Entwurf 2015 wird der 1.000 m-Puffer zu Weißstorch-Vorkommen (mit erfolgreicher Brut) eingehalten.	Kenntnisnahme.
P156	P156.09	E-N / U	Pkt. 6 Storchennest Großes Wegfährels 15 mehrmaliger Anflug von „Junggesellenstorch“ (siehe Bild)	Nach bisherigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Brutvorkommen. - Für die Vorranggebiete Windenergienutzung im Entwurf 2015 wird der 1.000 m-Puffer zu Weißstorch-Vorkommen (mit erfolgreicher Brut) eingehalten.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P156	P156.10	E-N / U	Pkt. 7 im Frühjahr 2015 wurden mehrere Rohrweihen beobachtet (südliche Vorrangfläche und Umgebung) die das Feld mit Mescantos häufig anfliegen. (wahrscheinlich auf der Suche nach Nistmöglichkeiten) Mit Erschrecken mußten wir feststellen, dass dieser im Mai abgemulcht wurde	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen des Kiebitzes und der Waldohreule sowie weiterer Arten sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen. - Möglicherweise ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung eine Raumnutzungsanalyse erforderlich.	Kenntnisnahme.
P156	P156.11	E-N / U	Pkt. 8 Kiebitz-Brutgebiet — fliegende Kiebitze (siehe Bild)	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Vorkommen des Kiebitzes sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und zu untersuchen.	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P156	P156.12	E-N / U	In den Sommermonaten werden tgl. Rohrweihen bei der Beutesuche im Getreidefeld des Vorranggebietes beobachtet.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen des Kiebitzes und der Waldohreule sowie weiterer Arten sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen. - Möglicherweise ist auf der Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung eine Raumnutzungsanalyse erforderlich.	Kenntnisnahme.
P156	P156.13	E-N / U	Bei Fragen, Begutachtung oder Kartierung der einzelnen »Nester« stehen wir der Naturschutzbehörde gerne zur Verfügung.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme.
P156	P156.14	E-N / U	Des weiteren wurden im ganzen Vorranggebiet auf den Höfen und Häusern an den Straßen Niederkögt-Süd, Fünfhausendorf, Niederkögt-Nord, Zehntwege, Großes Wegfährels vermehrt Fledermäuse beobachtet. Wir bitten sie hiermit, dieses zu dokumentieren und zu berücksichtigen und fordern eine Fledermauszählung an. Wir hoffen sie berücksichtigen diesmal unsere Einwände und Bedenken.	Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme.
P157	P157.01	SO 31	hiermit erhebe ich Einwendungen gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Nr. 31 Osten / Isensee, der Potenzialflächen 008 und 122, im Entwurf des RROP 2015 des LK Cuxhaven für die Nutzung der Windenergie und nehme wie folgt Stellung: Die Flächen 008 und 122 Osten/Isensee sind für die Nutzung der Windenergie ungeeignet und unzulässig.	In Bezug auf die Eignung der beiden Potentialflächen wird auf die Begründung sowie die Naturschutzfachliche Einschätzung verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen.
P157	P157.02	SO 31	Begründung: 1. Die Errichtung eines Windparks mit raumbedeutsamen Anlagen einer Gesamthöhe von ca. 180 bis 220 Metern in einem Abstand von 2,9 Km zu dem bedeutenden, landesweit anerkannten "Wahrzeichen der deutschen Ingenieursbaukunst", der Schwebefähre Osten-Hemmoor, würde dazuführen, dass ein Antrag auf Anerkennung des Weltkulturerbe-Status abschlägig beschieden wird.	Eine mögliche Anerkennung als Weltkulturerbe kann nicht berücksichtigt werden. Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Osten-Isensee und der Schwebefähre wurde seitens der fachlich zuständigen Ämter als ausreichend bewertet.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P157	P157.03	SO 31	2. Durch die Einrichtung des Windparks, eines Industriegeländes von unvorstellbaren Dimensionen, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schwebefähre auf dem Gebiet der Gemeinde Osten, würden auch die Bemühungen und die Arbeit der Ostener Bürger den Ort zu einem überregional attraktiven, touristischen Zentrum zu entwickeln, konterkariert werden.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P157	P157.04	SO 31	Die Bürger der Gemeinde Osten haben ihre Ablehnung mit überwältigender Mehrheit bei einer Bürgerbefragung zum Ausdruck gebracht: 82 Prozent haben sich gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Nr. 31 für die Nutzung der Windenergie ausgesprochen.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen.
P157	P157.05	SO 31 / A	Im RROP 2012 wurde Osten zudem als Zentrum für Tourismus und Erholung ausgewiesen. Die Flächen liegen auch in einem Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft. Ein Industrie-Komplex in diesem Bereich oder in unmittelbarer Nachbarschaft ist mit diesen Zielen nicht vereinbar.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden. Die Ausweisung der Entwicklungsaufgaben Tourismus und Erholung stehen einer Ausweisung eines Vorranggebietes nicht entgegen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P157	P157.06	SO 31	<p>Zum besseren Verständnis für Ortsfremde möchte ich darauf hinweisen, dass es sich bei den Potenzialflächen um eine Gebiet handelt, dass größtenteils für die extensive Grünlandbewirtschaftung und als Sommerweiden für Rinder und Pferde genutzt wird und in dem neben dem ausgewiesenen Waldstück eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Gehölze zu finden sind, die einerseits das Bild einer für diese Region typischen, leider nur selten anzutreffenden Kulturlandschaft vermitteln, andererseits auch der vielfältigen Tierwelt als Habitat dienen.</p>	<p>Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Die Potenzialflächen 008 und 122 werden vorwiegend durch die Biotoptypen "Acker" (A), "Grünland-Einsaat" (Ga) und "Artenarmes Grünland feuchter Marschstandorte (...)" (Gif) geprägt. Im zentralen Bereich der Potenzialfläche 008 liegen ein "Laubforst aus einheimischen Arten (...)" (Wxe) bzw. ein "Nadelforst aus einheimischen Arten (...)" (Wze), die jedoch nicht zur Potenzialfläche 008 gehören. Auch am südlichen Rand des Gebietes 008 befindet sich ein "Nadelforst aus einheimischen Arten (...)" (Wze), der jedoch mit etwa 0,6 ha eine Flächengröße von unter 1 ha aufweist; gleichwohl handelt es sich hier um Wald im Sinne von § 2 NWaldLG. Lineare Gehölzbestände kommen nur vereinzelt vor. - Für den südöstlichen Teil des Gebietes 008 lautet die Einstufung ebenfalls "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet"; hier war bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 noch ein größerer Bereich aus dem Vorranggebiet Windenergienutzung heraus genommen worden. Die Ausprägung der Grünland-Biotoptypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass eine Herausnahme aus einem möglichen Vorranggebiet Windenergienutzung nicht mehr gerechtfertigt erscheint. - Dass einige Grünlandflächen als Sommerweide für Rinder und Pferde genutzt werden, ist korrekt; in der Tendenz ist der Flächenanteil dieser Grünlandflächen jedoch rückläufig.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P157	P157.07	SO 31	Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf den Flächen 008 und 122 stellt eine Bedrohung der Brut- und Nahrungsgebiete von zahlreichen Vogelarten und Flugtieren wie Rohrweihe, Waldohreule, Kiebitz, Weißstorch, Bussard, Kranich, Kormoran, Bekassine und Fledermaus, die besonders geschützt sind und / oder als wertvoll und erhaltenswert gelten, auf keinen Fall vergrämt oder gefährdet werden dürfen. (Für eine ausführliche Darstellung der Vogelarten und Beobachtungen verweise ich auf die Ausführungen der Anwohner P060 und P156). Darüber hinaus liegen die Potenzialflächen im Flugkorridor von Gastvögeln, u.a. verschiedenen Wildgänsearten, die auf den Wiesen im Aussendeichbereich an der Elbe rasten, z.T. ihr Winterquartier beziehen und durch diese Windkraftanlagen gefährdet würden.	Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seiten 13 bis 15 (= Lfd. Nr. 008 und 122 - Bei Osten-Zehntwege)]. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate - zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate gehören die Gebiete vollständig zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter Bedeutung. Da zu den Brutvögeln zum Zeitpunkt der Erstellung der Naturschutzfachlichen Einschätzung im Winter/Frühjahr 2015 keine Daten vorlagen, sind dort keine Brutvogelarten genannt, bei denen der Mindestabstand unterschritten wurde. - Lt. der Naturschutzfachlichen Einschätzung gehören die Gebiete 008 und 122 zu einem Gastvogellebensraum mit potenzieller Bedeutung. Es liegen keine Daten zu den Gastvögeln bzw. zur Bedeutung als Gastvogellebensraum vor. - Inzwischen liegen neuere Daten zu den Brutvögeln aus einem Gutachten vor; Vorkommen der Rohrweihe, der Bekassine und des Rotschenkels führen dazu, dass eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im nordwestlichen Bereich erforderlich ist. - Die Vorkommen der Waldohreule, des Kiebitzes, des Mäusebussards sowie weiterer Arten sind in der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. in einem nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und ggf. zu untersuchen. - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen. - Zum Vogelzug liegen hier nur spärliche Informationen vor. Bisher liegen keine Hinweise vor, dass es sich um einen Konzentrationsbereich und eine Leitlinie für den Vogelzug handelt; grundsätzlich ausgeschlossen werden kann dies jedoch nicht .	Kenntnisnahme.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P157	P157.08	SO 31 / E 01	Die Vorrangfläche Osten-Isensee ist von vier Ortsteilen mit siedlungsähnlichem Charakter in Form von Streusiedlungen, Straßendörfern, Siedlungssplittern (in zwei Fällen mit über zehn Häusern pro Ortsteil) umgeben. Aus diesem Grunde ist ein Mindestabstand von 420/500 Meter nicht ausreichend. Hier verweise ich auch auf die Ausführungen der Anwohner P084: Die noch im RROP 2010 durch den Landkreis verwendete Dreiteilung der Siedlungskategorien (Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen) kann nicht einfach durch die neue, erstmals 2014 angewandte Zweiteilung in nur noch Ortslagen und sonstigen wohnbaulichen Nutzungen ersetzt werden. Ohnehin wäre der im RROP-Entwurf gewählte Begriff einer "Ortslage" zu überprüfen.	Eine Unterscheidung in Ortslagen/Siedlungssplitter/Einzellagen hat weder im RROP Entwurf 2010, noch im RROP 2012 oder im RROP Entwurf 2014 stattgefunden. Der Träger der Regionalplanung ist frei in der Entscheidung, wie er Siedlungsflächen kategorisiert. Auf die Definition von Ortslage und sonstiger wohnbaulicher Nutzung in der Begründung wird verwiesen. Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuften Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen.
P157	P157.09	SO 31 / E 01	Die in der Erläuterung / Begründung behauptete Abstimmung mit den Gemeinden über Siedlungsstrukturen ist zumindest im Falle der Gemeinde Osten nicht erfolgt. Deshalb verweist auch die Gemeinde Osten in ihrer Stellungnahme zum RROP 2014 und erneut in der veröffentlichten, anwaltlichen Stellungnahme zum RROP 2015 ausdrücklich auf den besonderen Siedlungscharakter der Ostener Ortsteile auch außerhalb der Hauptortschaft.	Die Abstimmung erfolgte mit der Samtgemeinde Hemmoor, die für die Flächennutzungspläne auf dem Gebiet der Samtgemeinde zuständig ist.	Nicht zu berücksichtigen.
P157	P157.10	E 01	Darüber hinaus müsste geprüft werden, ob die aktuell vorgeschlagene Abstandsregelung zu Wohnbebauungen im Vergleich zu den in anderen Bundesländern verabschiedeten Regelungen, die teils 2000 Meter bzw. die zehnfache Anlagenhöhe vorschreiben, Bestand hat.	Die Regelungen zu anderen Bundesländern ist für die Regionalplanung in Niedersachsen nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P157	P157.11	A	Der Bau und Betrieb eines Windparks unter den oben geschilderten Bedingungen stellt überdies eine Verletzung von Grundrechten dar. Ich möchte hier sowohl auf die Gefahren für die Gesundheit der Anwohner in der Nachbarschaft hinweisen als auch auf die Verletzung der Eigentumsrechte.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen. Durch die Ausweisung eines Vorranggebietes werden keine Eigentumsrechte verletzt.	Nicht zu berücksichtigen.
P157	P157.12	A	Die gesundheitsschädlichen Wirkungen von Windkraftanlagen sind hinlänglich bekannt, wurden aber offensichtlich bei der Ausweisung der Vorrangfläche Osten/Isensee nicht berücksichtigt: Bei Anlagen der jüngsten Generation mit Gesamthöhen von 180 bis 220 Metern treten in einem weiten Umkreis erhebliche Beeinträchtigungen und Gefährdungen auf durch Lärm, Schlagschatten, ständige Lichtwarnsignale, die sog. Hindernisbefeuerung, und Infraschall, der bei der aktuellen Dimension der modernen Anlagentypen selbst in Entfernungen von 3000 Metern als sehr störend wahrgenommen wird und erhebliche Gesundheitsgefährdungen verursacht.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P157	P157.13	A	Darüber hinaus würde der Bau und Betrieb eines Windparks die Eigentumsrechte der Hauseigentümer in den benachbarten Wohngebieten verletzen. Häuser in der Nähe von Windkraftanlagen, und dazu gehört angesichts der Höhe der Anlagen auch der gesamte Ortsteil Isensee, sind - wenn überhaupt - nur mit großen Wertverlusten zu veräußern. Da die Immobilien aber für viele Anwohner nicht nur ein mit viel Mühe und Entbehrungen errichtetes oder renoviertes Wohngebäude, sondern auch einen wesentlichen Bestandteil ihrer Altersvorsorge darstellen, würden sie durch die Ausweisung der Vorrangfläche um ihre Ersparnisse und ihre Alterssicherung gebracht die sie sich während ihres Arbeitslebens erwirtschaftet haben. Entschädigungsforderungen gegen die Anlagenbetreiber, die Planungsbehörden bzw. die Betreiber wären nicht auszuschließen und - wie sich in anderen Regionen Deutschlands gezeigt hat - durchaus erfolgsversprechend.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.01	B 06	ich beziehe mich auf unser Gespräch vom Fr., 16.10.2015 mit Ihnen, Hr. Jochemsen. In diesem Gespräch geht es um die Aussage in der Ziff. 06 „Dies schließt ausdrücklich die Rotorblätter ein“. Es geht um den Anwohnerschutz.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P158	P158.02	B 06	Aus folgenden Gründen wird gebeten, den 2. Satz gänzlich zu streichen, in dem es heißt: „Dies schließt ausdrücklich auch die Rotorblätter ein.“ Auch das Wörtchen „vollständig“ sollte aus dem 1. Satz gestrichen werden.	Die Gründe folgen im Weiteren.	Kenntnisnahme
P158	P158.03	B 06	Gründe: Bisherige Praxis war, daß der Türme innerhalb der Grenze des Windvorranggebietes stehen und die Flügel darüber hinaus ragen durften. Mit Ihrer jetzigen Festlegung im Entwurf weichen Sie insofern von der alten Praxis ab, so daß in Zukunft auch die Flügel nicht mehr über das Windvorranggebiet hinaus ragen dürfen. Sie haben hier sicherlich den legitimen Schutz der nahen Anwohner im Auge (Lärm, Schatten, erdrückende Wirkung), der ja dann notwendiger Weise die Windkraftanlagen ca. 50 bis 70 m von der bisherigen Grenze nach innen abweichen läßt. Dieses Ziel können Sie aber besser dadurch erreichen, indem Sie unter Ziff 11 den Maximalabstand auf 550 bis 570 m nach außen erweitern und nicht nach innen reduzieren Damit wäre Ihrem Schutzgedanken voll Rechnung getragen.	Ein Abweichen von einer alten Regelung, die nicht mehr der aktuellen Rechtsprechung und den Zielen des Landkreises entspricht, ist nicht schädlich. Die Gründe für diese Regelung ergeben sich aus der Begründung. Die Erhöhung der Mindestabstände würde zwar einem gewichtigen Grund Rechnung tragen (Schutz der Anwohner), jedoch liegen weitere rechtliche Gründe für diese Regelung vor.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.04	B 06	Es ist ja ohnehin so, daß die bisherigen Grenzen für die Windvorranggebiete nicht exakt am 500 m Abstand zu den betroffenen Anwohner festgelegt sind, sondern in aller Regel bei 600 und 700 m und noch in wesentlich weiteren Abständen von einigen Kilometern verlaufen. Trotzdem käme es aber in allen Fällen zur Einrückung ins Windfeld hinein um 50 bis 70 m.	Siehe P58.03 Im Übrigen sieht das einheitliche Planungskonzept als weiche Tabuzone einen Abstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung zwingend vor. Die genannten Abstände von "in aller Regel [...] 600 und 700m" sind somit sachlich falsch.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P158	P158.05	B 06	Folgen Ihrer neuen Festlegung: Die neue Vorgabe im vorgelegten Entwurf bedeutet, daß das Windfeld am kompletten Außenrand entlang um rd. 50 m bis 70 m verkleinert wird, was zu Vernichtung der bisher geschaffenen Infrastruktur mit den befestigten Wegen und Kranstellflächen sowie den bestehenden Kabeitrassen führt.	Bestehende Windenergieanlagen haben einen Bestandsschutz. Die Regelung greift erst bei einem Repowering dieser Anlagen. Insoweit ist das genannte Argument hinfällig. Ein Repowering von Altanlagen und der Bau von neuen, größeren Anlagen - die auch neue Mindestabstände untereinander einhalten müssen - führt immer dazu, dass die geschaffene Infrastruktur sich ändert.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.06	B 06	Mit dieser Maßnahme fügen Sie jedem Windpark einen Schaden in annähernder Millionenhöhe zu, weil jeder Betreiber die alte Infrastruktur zurückbauen und eine vollkommen neue schaffen muß. Auch wenn die Zuwegungen kürzer werden oder neu geschaffen werden müssen, so kommt niemand umhin den alten Kranstellplätze, wie auch die befestigten Wege zurück zu bauen und neue zu schaffen. Ähnliches gilt auch für die verlegten Kabeitrassen sowie für die vollkommene Neustrukturierung des Parks bis hin zu den Pachtverhältnissen.	Siehe Stellungnahme P158.05	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.07	B 06	Häufig liegen die Windenergiestandorte am Straßenrand mit 40 bis 50 m Vorplatz als befestigte Kranstellfläche an der bisherigen Windfeldgrenze. Wenn ihre Vorgabe bleibt, müssen diese Standorte aufgegeben und auf der gegenüberliegenden Straßenseite mit viel Aufwand neu geschaffen werden, sofern dies überhaupt möglich ist. Welchen Sinn macht es da noch, z.B. im Detailplan 34 am Standort Ringstedt 2 Standorte östlich der Durchfahrtsstr. „Totenweg“ einzuzeichnen, die sowieso der neuen Abstandsregel im bisherigen Windfeld zum Opfer fallen. Wenn Sie das wollen, können Sie ja gleich jedes Windfeld am Außenrand um 50 bis 70 m, also in Rotorblatflänge einkürzen und alle Pläne neu auflegen.	Siehe Stellungnahme P158.05 Der Flächenzuschnitt der Vorranggebiet ergibt sich aus dem einheitlichen Planungskonzept (harte und weiche Tabuzonen, 3. Arbeitsschritt) und wird nicht wegen der Ziffer 06 angepasst.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.08	B 06	Allein durch diese Regelung kann keiner der bisherigen WKA-Standorte gehalten werden, d.h. >einreihige Standorte mit 100 bis 140 m breiten Windvorrangflächen sind für Anlagen mit einem Rotor über 100 bis 140 m nicht mehr bebaubar, weil von jeder Seite eingerückt werden muß. Beispielsweise würden durch diese Maßnahme alle Standorte zwischen Wald und Totenweg in der Detailkarte 34 am Standort Ringstedt entfallen. Im Falle eines späteren Repowers mit 140 m Rotorkreisfläche bleibt trotz Ausweisung nach Abzug von 70 m zur westlichen Windvorrangausweisung und ebenso zur östlichen Windvorrangseite kein Innenraum mehr zur Errichtung einer Windenergieanlage. Welchen Sinn soll das überhaupt noch ergeben? >zweireihige Standorte werden einreihig, weil links und rechts, oben und unten 50 bis 70 m verloren gehen und >dreireihige Standorte werden aus den besagten Gründen zweireihig.	Kenntnisnahme. Dass durch die Regelung weniger Windenergieanlagen in einer Fläche errichtet werden können ist dem Landkreis Cuxhaven bekannt und wird in der Begründung auch angeführt. Die Gründe für diese Regelung überwiegen jedoch.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.09	B 06	Nachdem die Windfelder links wie rechts, unten wie oben durch Ihre Maßnahmen erheblich eingekürzt werden und außerdem stets da ein Eck weggestrichen wird und dort eine ganze Linie östlich vom Totenweges wegretuschiert wird, stellt sich auch die Frage in welchem Verhältnis dies noch zu den enormen Ausgleichleistungen wie Schaffung des Mietenmoors und weiteren zusätzlichen Ausgleichsflächen steht.	Das Thema Ausgleichsflächen ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.10	B 06	Das sind aber noch nicht alle Verwerfungen, die durch die nicht zielgenaue Pauschalformulierung auftreten. Investoren die beispielsweise nur einen bestehende Windfeldstreifen von rd. 300 m zur Verfügung haben, können gegenüberliegend keine 2. Anlage mehr errichten, selbst wenn sie nur eine Anlage mit 40 bis 50 m Flügel errichten wollen, weil durch die beiderseitige Einengung um jeweils 50 m der nötige Abstand zueinander gar nicht mehr hergestellt werden kann, obwohl die zu errichtende Anlage zu einem 2. Windfeld hin anliegt und an dieser Seite weit und breit kein Wohnhaus steht. Der gewollte Anwohnerschutz geht mit dieser Formulierung vollkommen ins Leere. Ziel ist doch, daß man Anwohner, die auf 500 m an der WKA anliegen schützen wollte, wofür ich vollstes Verständnis habe.	Die Gründe für die Regelung der Ziffer 06 werden in der Begründung dargelegt. Sind können nicht auf den Anwohnerschutz reduziert werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.11	B 06	Als Quintessenz aus dieser Pauschalformulierung bleibt aber, daß man über die generell verlangte Einrückung am Rand des gesamten Windparks so tut, als wenn überall Anwohner auf 500 m am Park wohnen, obwohl dies nur in Einzelfällen vorkommt, aber in aller Regel der nächste Anwohner weit außerhalb des 500 m-Bereiches liegt oder das Windfeld gänzlich nur von weiteren Feldern, Wäldern und gar von einem weiteren Windpark begrenzt wird, obwohl die Regelung auch dort gilt.	Siehe Stellungnahme P158.10 Die Aussage, dass es nur in Einzelfällen vorkommt, dass Anwohner in 500m Entfernung zu einem Vorranggebiet wohnen, wird zurückgewiesen. Dabei handelt es sich im Landkreis Cuxhaven nicht um Einzelfälle.	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P158	P158.12	B 06	Der avisierte Anwohnerschutz mag in Einzelfällen, wo es tatsächlich um diese 500 m Gesamtabstand zum nächsten Anwesen geht, vollkommen in Ordnung sein, aber dies sind wirkliche Einzelfälle, wo man nicht in eine Generalanwendung links und rechts, unten und oben, rings um den gesamten Windpark agieren darf. Außerdem ist ja der Schallschutz im Einzelfall sowieso nachzuweisen.	Siehe Stellungnahme P158.10 Die Aussage, dass es nur in Einzelfällen vorkommt, dass Anwohner in 500m Entfernung zu einem Vorranggebiet wohnen, wird zurückgewiesen. Dabei handelt es sich im Landkreis Cuxhaven nicht um Einzelfälle.	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.13	B 06	Beabsichtigt oder unbeabsichtigt geht es aber hier um eine massive Einschränkung eines jeden Windfeldes, mit einer erheblichen Reduzierung an WKA-Standorten bis hin zur Vernichtung der bestehenden Infrastruktur in Verbindung mit erheblichen Wertvernichtungen. Die oft schmalen Windfelder werden durch diese Einschränkungen entweder ganz oder zum Großteil vernichtet. Dort wo die Windfelder in Spitzen oder Dreiecken bestehen, kommt doch durch die Einrückung von 50 bis 70 m links und rechts einer drastische Reduzierung des Windfeldes zustande, so daß es in der Regel zur Vernichtung, Halbierung oder Drittelung des eigentlichen Windfeldes kommt. Ich hoffe, daß Sie das mit diesem kleinen Satz im Raumordnungsprogramm nicht erreichen wollten.	Siehe Stellungnahme P158.08	Nicht zu berücksichtigen.
P158	P158.14	B 06	Ich bitte Sie, Ihren Entwurf in diesem Punkt zu überdenken. Gerne bin ich bereit die Problematik anhand eines Windfeldes vorzutragen. Bitte lassen Sie es mich wissen, wie Sie sich entscheiden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P159	P159.01	SO 04	meine Einwendungen richten sich gegen den Windpark Bramstedt-Lohe. Für den Windpark Bramstedt-Lohe wurde von der damaligen Samtgemeinde Hagen auf Betreiben der Windenergie Kontor AG, Bremen die 57. Änderung des Flächennutzungsplanes aufgestellt. Die Genehmigung erfolgte am 03.04.2014, die Bekanntmachung der Änderung am 17.04.2014.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P159	P159.02	SO 04	Im Rahmen der regionalen Bauleitplanung ist festzustellen, dass bei der Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie immer wieder entgegen stehende öffentliche und private Belange in den Bereich des Genehmigungsverfahrens verschoben werden, so auch im Falle des RROP 2015.	Entsprechend §7 Abs. 2 Satz 1 Raumordnungsgesetz (ROG) sind "die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen". Dies ist bei der Aufstellung der RROP Entwurfs 2015 geschehen.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.03	SO 04	Obwohl der Landkreis Cuxhaven den überwiegenden Teil der Potentialfläche 045 des Vorranggebietes Windenergie Nutzung in Bramstedt für ungeeignet hält (siehe Seite 49, der naturschutzfachlichen Einschätzung von Potentialflächen Stand Juni 2015), befinden sich dennoch fünf Windenergie Anlagen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.	Der Sachverhalt ist richtig widergegeben. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist die Potentialfläche 045 als nicht geeignet eingestuft worden. Entsprechend wurde der Standort Bramstedt-Lohe im Entwurf 2015 nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen (im Entwurf 2014 wurde dieser Standort noch als Vorranggebiet ausgewiesen). Der Standort wird lediglich als bauleitplanerisch gesichert übernommen (zur Unterscheidung zwischen einem Vorranggebiet und einem bauleitplanerisch gesicherten Bereich wird auf die Begründung verwiesen). Die Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz ist somit - zumindest aus raumordnerischer Sicht - nicht zu beanstanden. Selbstverständlich müssen jedoch im Genehmigungsverfahren auch die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.04	SO 04	Es wird nicht verkannt, dass es sich bei dem RROP um eine Bauleitplanung handelt, die sich nicht konkret auf jede Einzelheit und jeden einzelnen entgegenstehenden Belang konzentrieren kann. Bekannte, private und öffentliche entgegenstehende Belange sind dann aber stets in der Bauleitplanung zu berücksichtigen, wenn sie bekannt sind oder der entgegenstehende Belang erkennbar ist. So auch hier.	Siehe P159.02	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P159	P159.05	SO 04	Nicht nach zu vollziehen sind in dem Zusammenhang die Bestrebungen des Landkreises, die Kommunen im Vorfeld des neu aufzustellenden RROP 2015 an zu halten, „ihre“ im RROP 2012 ausgewiesenen WEAPotentialflächen mit Flächennutzungsplan- beziehungsweise Bebauungsplanänderungen voran zu treiben.	Der Landkreis Cuxhaven hält die Kommunen keineswegs an, ihre Bauleitpläne bezüglich von Windkraftstandorten voranzutreiben. Im Gegenteil, seitens der Regionalplanung wird sowohl den Kommunen als auch den Vorhabensträgern stets geraten alle Planungen ruhen zu lassen, bis ein rechtsgültiges RROP besteht. Die Gemeinden haben jedoch eine eigene Planungshoheit, in die der Landkreis Cuxhaven nicht eingreift.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.06	SO 04	In der textlichen Begründung zum RROP 2015 (Stand August 2014) heißt es, die Gemeinde Hagen habe das jetzt ausgeklammerte Gebiet bereits mit einem Flächennutzungsplan rechtskräftig gesichert. Dem Willen der Gemeinde sei durch das im Baurecht verankerte „Gegenstromprinzip“ Rechnung zu tragen. Außerdem seien die bereits getätigten Investitionen der Betreiberfirma „zu würdigen“ und es bestehe für die Investoren ein „gewisser Vertrauensschutz“. Das sind keine Abwägung bestehender Belange.	Dies ist sachlich falsch. Die gemeindlichen Planungen sind im Rahmen des Gegenstromprinzips zu berücksichtigen. Seitens der Gemeinde Hagen i.B. wurde ein rechtsgültiger Flächennutzungsplan aufgestellt und somit klar der Wille dokumentiert, dass auf dieser Fläche ein Windpark entstehen soll. Dies ist ein Belang, der in die Abwägung eingestellt werden muss. Ebenso hat sich der Vorhabensträger darauf verlassen, dass an dieser Stelle ein Windpark errichtet werden kann, da bereits ein rechtsgültiger Flächennutzungsplan besteht. Entsprechend wurden bereits Investitionen in den Standort getätigt. Dies stellt einen öffentlichen Belang dar.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.07	SO 04	Ich verweise auf eine im Darmstädter Echo vom 05.08.14 zitierten Aussage der Darmstädter Regierungspräsidiums Pressesprecherin Nicole Ohly-Müller: Während eines laufenden Genehmigungsverfahrens nach Bundes-Immissionsschutzgesetz könne grundsätzlich keine Aussage über die abschließende Genehmigungsfähigkeit eines beantragten Vorhabens getroffen werden. In dem Fall Sondergebiet Bramstedt heißt das doch, dass mit dieser ausgewiesenen Vorrangfläche in Bramstedt falsche Hoffnungen gesetzt werden. Oder die notwendige Baugenehmigung ist bereits in festen Tüchern. Anfang des Jahres war zu erfahren, dass es „nur noch“ um die Höhe der Ausgleichszahlung in die Naturschutzstiftung des Landkreises und Ausgleichsflächen gehe.	Der Standort Bramstedt-Lohe stellt kein Vorranggebiet dar. Die Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz ist nicht Gegenstand der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.08	SO 04	Obwohl der überwiegende Teil der Sonderbaufläche Windenergie Nutzung zu einem Gebiet gehört, dass nach Einschätzung des Naturschutzamtes des LK Cux zu einem Gebiet gehört, dass die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiets erfüllt, werden vom Vorhaben Betreiber weiterhin die Planung des Windparks Bramstedt vorangetrieben.	Dies stellt keinen so gewichtigen Belang dar, dass dies gegen einen Windpark sprechen würde.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.09	SO 04	Der Betreiber hat zunächst einmal Fakten schaffen lassen. Der damalige Bürgermeister von Bramstedt ließ im Winter 2013 alte Bäume und eine Wallhecken fällen, dazu mehrere 100 Meter Hecken beseitigen. Bis heute ist kein Ausgleich für diese Eingriffe erfolgt. Bereits in den vergangenen Jahren beteiligten sich auch die Landwirte, mit denen der Betreiber seit mehr als fünf Jahren finanziell lukrative Vorverträge abgeschlossen hatte, an zahllose massiven Eingriffen in Natur und Landschaft, die anscheinend vom Landkreis und Landwirtschaftskammer großzügig hin genommen wurden. Kein Wunder, wenn heute laut Umweltgutachten nur noch wenige Kiebitz-Paare in der Gackau-Niederung brüten, noch vor drei Jahren belegten Fotos ganze Schwärme.	Der Eingriff vor Ort ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Im Übrigen ist die Regionalplanung nicht die zuständige Stelle um solche Vorkommnisse zu melden.	Nicht zu berücksichtigen.



Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P159	P159.10	SO 04	<p>Trotz fortschreitender Naturzerstörung kommt die Naturschutzbehörde dennoch zu der Einschätzung, dass der überwiegende Teil der Sonderbaufläche 045 in Bramstedt als Vorrangfläche der Windenergie Nutzung ungeeignet ist. Der Landkreis sieht gravierende Konflikte als vorhanden an, nur in einem westlichen Teilabschnitts der Sonderbaufläche erkennt er voraussichtlich als bedingt geeignet an. Denn für keine der fünf geplanten Windenergie Anlagen kann ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) ausgeschlossen werden (siehe Seite 50 der naturschutzfachlichen Beurteilung). Dabei werden nur Kiebitz, Wespenbussard und Uhu explizit benannt. Obwohl sich in diesem Gebiet auch dauernd Kolkkraben, Kraniche und Weißstörche aufhalten. Rohrweihen, Waldschnepfen und Bekassien ziehen regelmäßig durch.</p>	<p>In der naturschutzfachlichen Einschätzung wird die Potentialfläche 045 als ungeeignet eingestuft. Dies ist richtig, aus diesem Grund wurde die Potentialfläche nicht als Vorranggebiet ausgewiesen. Die naturschutzfachliche Einschätzung spricht jedoch an keiner Stelle ein "signifikant erhöhtes Tötungsrisiko" durch die geplanten Windenergieanlagen an. Dies ist auf Ebene der Regionalplanung auch insoweit gar nicht möglich, als das lediglich die Fläche ausgewiesen wird. Es ist weder bekannt wieviele Anlagen erricht werden, noch wie hoch diese sind. Das Tötungsrisiko kann somit gar nicht bewertet werden.</p> <p>Für die genannten, in der naturschutzfachlichen Einschätzung nicht behandelten Vogelarten, wurde kein belastbarer Nachweis in der Einwendung geliefert. Insoweit kann dies nicht weiter geprüft werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.11	SO 04	<p>Dementsprechend verweise ich auf ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.2011 Az: 2 BV 10.2295, das ausdrücklich für die Regionalplanung im Bereich der Förderung der Windenergie gilt, mit folgenden Inhalt: "Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung soweit konkretisiert, dass es als unbenannter Belang nach § 35 Abs. 3, Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegen stehen kann."</p>	<p>Es wird nicht deutlich, inwieweit der Einwender das zitierte Urteil auf die Aufstellung des RROP Entwurfs 2015 übertragen sehen möchte. Der Standort Bramstedt-Lohe ist kein Vorranggebiet. Die Potentialfläche entspricht den harten und weichen Tabuzonen, ist jedoch im dritten Arbeitsschritt aufgrund entgegenstehender öffentlicher Belange (hier: naturschutzfachliche Belange) entfallen. Der baulieptlanerisch gesicherte Bereich wurde einer Einzelfallprüfung unterzogen, es bestehen keine Belange, die diesen Standort absolut ausschließen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.12	SO 04	<p>Der Belang „Förderung der Windenergie“ ist im Gegensatz zu einer weithin geübten faktischen Praxis kein generell den sonstigen öffentlichen oder privaten Belangen übergeordneter Belang. Nach dem Wortlaut des § 1 des Gesetzes zur Förderung der Erneuerbare Energien (EEG) dient die Förderung der Windenergie zwar dem Klima-, Natur- und Umweltschutz. Hieraus lässt sich aber kein Vorrang der Windenergie vor anderen Belangen her leiten. Auch die Privilegierung der Windkraftanlagen im Außenbereich trifft hinsichtlich der Gewichtsungsregelung bei der Abwägung keinerlei Aussage, sondern eröffnet gerade die Abwägung.</p>	<p>Mit der Entscheidung des Bundesgesetzgebers Windenergieanlagen im Außenbereich zu privilegieren, wurde der Windenergie eine entsprechend hohe Bedeutung zugeordnet. Insoweit müssen gewichtige Belange entgegenstehen, um im Rahmen der Abwägung einen Standort auszuschließen.</p>	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.13	SO 04	<p>Die möglichen entgegenstehenden Belange des Natur- und Landschaftsschutzes unterfallen ebenso den Artikel 20 a Grundgesetz und müssen daher genauso bei der Gewichtung eines gerechten Ausgleichs bei der planerischen Konfliktbewältigung beachtet werden.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes wurden in die Abwägung eingestellt (und führten auch letztlich dazu, dass der Standort nicht als Vorranggebiet ausgewiesen wurde).</p>	Nicht zu berücksichtigen.

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P159	P159.14	SO 04	Es darf nicht aus den Augen verloren werden, dass bei der Errichtung von Windkraftanlagen erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden sind. Es kommt z.B. zu erheblichen Flächenversiegelungen, es müssen unzählige Bäume gefällt werden und neue Wegenetze angelegt werden und - wie im Falle des Windparks Bramstedt-Lohe - muss eine Brücke über die (geschützte) „Gackau“ gelegt werden, die schwerlastfähig ist. Ebenso „verlieren WEA Öl- und Schmierstoffe, die sich als Film auf die Vegetation absetzen und sehr wahrscheinlich in die Nahrungskette Nutztier-Mensch gelangen.	Das bei der Errichtung von Windenergieanlagen Eingriffe in Natur und Landschaft stattfinden, wird nicht in Abrede gestellt. Dies ist vollkommen richtig. Diese Eingriffe müssen auch entsprechend kompensiert werden. Dies ist jedoch Gegenstand nachfolgender Planungsebenen (Bauleitplanung, Genehmigungsverfahren).	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.15	SO 04	Auch dem Schutzgut Mensch wird zu geringe Bedeutung bei gemessen. Bereits der Bau des Windparks ist mit erheblicher Lärmbelästigung verbunden. Bei einem Abstand von 500 Meter zum Ortsteil Gackau ist dies eine zusätzliche Beeinträchtigung der Anwohner, die bereits von dem Straßenlärm der L-134 beschallt werden. Ebenso sollte die Infraschallbelastung der WEA berücksichtigt werden und der Schattenwurf.	Die Themen Schattenwurf und Lärm werden im Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz behandelt. Der Vorhabensträger muss dabei mittels Gutachten nachweisen, dass von den geplanten Windenergieanlagen keine schädlichen Auswirkungen ausgehen. Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen.
P159	P159.16	SO 04	Weiter verweise ich auf meine Stellungnahmen zum RROP 2012 (14.09.2010) und zum RROP 2014 (14.08.14).	Die Stellungnahmen wurden in den entsprechenden Verfahren ausgewertet.	Nicht zu berücksichtigen.